UNIV OF
TORONTO
LIBRARY

P
Law.
F

DIE FRIEDENS-WARTE

Zeitschrift für zwischenstaatliche Organisation

Herausgegeben
von
ALFRED H. FRIED

XIII. JAHRGANG

12186
11 | 4 | 12

BERLIN ▪ WIEN ▪ LEIPZIG
1911

JX
1903
F7
Jg.13

APR 5 1933
UNIVERSITY OF TORONTO

LC
Mar 8/63
MG

A. Spezial-Artikel.

	Seite
Apponyi, Graf Albert, Amerikanische Eindrücke	100
Arnhold, Kommerzienrat Georg, Der Kriegsschatz im Juliusturm	141
von Bar, Geh. Rat Prof., Zur Londoner Seerechtsdeklaration	85
Burton, E., Flottenrüstungen	40
Carnegie, Andrew, Die Rüstungen und ihre Ergebnisse	5
d'Estournelles de Constant, Das Mittel gegen den bewaffneten Frieden	57
Friedrichs, Elsbeth, Der sozialdemokratische Parteitag in Jena	287
— „Der Menschheit Hochgedanken"	355
Jaurès, Jean, Das Werden einer neuen Ordnung	43
Jordan, David Starr, Ueber die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Japan und Mexiko	132
Kobutsch, Prof. Dr., Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen	76
— Die Italienreise der niederösterreichischen Gewerbevereine	198
— Vom Krieg und seinen Forderungen	236
Lascelles, Sir Frank, Die Pflicht der Kirche, den Weltfrieden zu fördern	352
Moe, R., „Praktische Friedenspolitik"	37
Passy, Fréd., Das Ende der Welt durch die Wissenschaft	196
Quidde, Prof. L., Zur Organisation der Interparlamentarischen Union. I. Fragen der Mitgliedschaft und des Stimmrechts	167
II. Die Grundlagen der künftigen Repräsentations-Verfassung	199, 237
— Der Verband für internationale Verständigung und die Deutsche Friedensgesellschaft	228
Ritter, Prof. Dr., Leiden die Kulturaufgaben?	137
— Die Friedensfreunde denken anders	182
Schücking, Prof. Dr. Walter, Der erste Weltrassenkongreß	230
Stead's, William T., Protest gegen den Tripoliskrieg	279
Suttner, Bertha von, Höherentwicklung und Menschenökonomie	193
— Interparlamentarische Union u. Pazifismus	227
— Tripolis und die Friedensbewegung	316
Telmann, Fritz, Der Krieg und die austro-italienischen Beziehungen	322
Umfrid, Otto, Der Kampf um den Boden	9
— Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich	102
— Kabinettsdiplomatie	221
— Platzangst	286
Wehberg, Dr. Hans, Rußland und die Türkei vor dem Haager Schiedsgericht	17
— Die deutsche Reklamation aus dem Burenkrieg	18
— Die internationale Völkerrechtsschule im Haag	50
— Ueber das Anrufen der guten Dienste und der Vermittlung. (Zum Streitfall zwischen Haiti und San Domingo)	50
— Der Sarvarkar-Schiedsfall vor dem Haager Hof	71
— Die Eröffnung des russisch-türkischen Schiedsgerichts	86
— Zur Frage einer internationalen Völkerrechtsschule im Haag	87
— Unbeachtete Arbeiten über die Haager Friedenskonferenz	88
— Die neueste Entwicklung des internationalen Prozeßrechts	120
— Prof. Zorn und die Frage des Rüstungsstillstandes	139
— Das obligatorische Kompromiß des Artikels 53 des Haager Friedensabkommens	145
— Friedensrechtliches von der Balkanhalbinsel	147
— Freiherr von Stengel und die Haager Friedenskonferenz	177
— Die bisherigen Staatsbeschlüsse über Rüstungsbeschränkugen	205
— Die Zukunft des Völkerrechts	232
— Das Zusammenarbeiten der Interparlamentarier und der Pazifisten	325
— Der italienische Raubzug und die internationale Rechtsgemeinschaft	357
Wyon, Lyonel, Was ist Mord?	122
Die Friedens-Warte an den Universitäten	1
Der Kampf um den Rüstungszustand	3
Die Friedensstiftung Carnegies	6
Nicht an den Bettelstab?	10
Die Beschlüsse der IV. pan-amerikanischen Konferenz	12
Elihu Burrit, geb. 10. Dezember 1810	13
Auf der schiefen Ebene	33
Amerikanische Rüstungskommission und Europa	36
Kanada und die Vereinigten Staaten	42
Ein unbedingtes Erfordernis für „ewige Zeiten"	65
Die Opposition gegen die Rüstungen in den europäischen Parlamenten	73

	Seite
Die Friedensidee im Reichstag . . .	97
Die Abrüstungs- und Schiedsgerichtsfrage in den Parlamenten: A. Deutscher Reichstag. — B. Englisches Unterhaus. — C. Oesterreichisches Abgeordnetenhaus. — D. Ungarischer Reichstag. — E. Schwedischer Reichstag. — F. Dänisches Folkething	104
Sozialdemokratie und Friedensbewegung	129
Das Guildhall-Friedensmeeting . . .	134
Der amerikanische Entwurf und Deutschland	161
Der Verband für internationale Verständigung	171
Stimmen zum 18. Mai. Beiträge von Premierminister Graf Albert Apponyi, Asquith, Leon Bourgeois, Andrew Carnegie, Domherr Dr. Alex. Gießwein, Prof. Heinr. Lammasch, Minister Lövland, Prof. Ostwald, Lord Mayor Sir Vezey Strong, Lord Weardale . .	174
Der XIX. Friedenskongress in Rom . .	206
Betrachtungen zur Marokkokrisis . .	217
Berner Konferenz des ständigen Rats der wirtschaftlichen und historischen Abteilung der Carnegie-Stiftung	223
Das Tripolis-Attentat und die Friedensbewegung	277
Das Versagen der italienischen Pazifisten	280
Rundschreiben des Berner Internationalen Friedensbureaus an die Vertragsstaaten der Haager Abkommen	281
Kriegsminister Haldanes Rede über Deutschland und Großbritannien .	289
Die „France Militaire“	291
Generalversammlung des Berner Internationalen Friedensbureaus . .	292
Das Marokkoabkommen	313
„Pazifisten vom Vortag und vom Nachtag“: Ueber die Haltung der italienischen Pazifisten	318
Die Stellungnahme des internationalen Pazifismus zur Tripolis-Affaire. .	320
Die Mansion-House-Versammlung für die Besserung der anglo-deutschen Beziehungen	323
Rüstungs-Kartelle. Ueber den Einfluß der Erzeuger von Kriegsmaterial und des in Rüstungsgewerben angelegten Kapitals	327
Ein neuer Roman der Suttner	332
Zwiesprache	349
Norman Angell und die Pazifisten . .	360

B. Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha von Suttner.

Drei Ereignisse von der Jahreswende. — Die amerikanische Rüstungskommission. — Die Carnegie-Stiftung. — Der vorbehaltlose Schiedsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und England. — Das Rätsel des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg. — Der österreichische Flottenverein und seine Förderer. — Flotte und kein Ende! — Das Muster eines Flottenabkommens von 1814. — Die neue Türkei vom Gesichtswinkel eines Militärschriftstellers. — „Weidmanns Heil!“ den amerikanischen Schützen. — Das deutsch-russische Abkommen . . . . . Seite 14

Die Pest in China. — Die Befestigung von Vlissingen. Militärische Kommentare dazu. — Die Marine- und Heeresforderungen vor den Delegationen. — Das Exposé des Ministers des Aeußern. Vertrauensvolle Beziehungen. Professor Exner interpelliert wegen der Initiative Tafts. Einer wartete auf den andern. — Protestversammlungen im Volke. — Anzuklagen sind die Zustände, nicht die Personen. — Die Potsdamer Vereinbarungen im Lichte der Tripel-Allianz und Tripel-Entente. — Technische Fortschritte. — König Georg zu Professor Harnack. — Zollabkommen zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten. — Der Rosenkavalier. — Uebung auf dem Tempelhofer Felde. — Russisch-italienischer Schiedsgerichtsvertrag . . . . . Seite 46

Schwarze Punkte und ihr Verschwinden. Der chinesisch-russische Konflikt. — Die Rüstungsfrage in den verschiedenen Parlamenten. — Die Vorschläge für Vereinbarung eine Gefahr? — Pazifistisches Geblöke. — Der Marinekommandant über englische und amerikanische Friedensvorschläge. — Dr. v. Grabmeyers Rede; die austro-italienischen Freundschaftsaktionen; Anregung des Professors Kobatsch. — Weltweiter Friedensplan des Gouverneurs Foss. — Der englisch-amerikanische Schiedsvertrag und die Bewegung dagegen. — Auftreten der Camelots du roi. — Zwei Gespenster: „Invasion“ und die „Einkreisung“. — Der europäische Rundflug . . . . . Seite 82

Sir Edward Greys Rede. — Seine zweite Rede beim Banket der Arbitation-league. — Das von innen verriegelte Gefängnis. — Admiral Lord Beresford als Pazifist. — Bethmann Hollweg über Grey-Taft. — Beifall in der internationalen Chauvinistenpresse. — Lord Roberts aus seiner Verlegenheit gerettet. — Aktionen zugunsten des Taftschen Vorschlages. — Senator Lamarzelle. — Rußland-China. — Kämpfe in Marokko und auf dem Balkan. — Die erste Rede der ersten Parlamentsfrau. — Demonstration der Arbeiterinnen in Wien. — Der Friedens-Rundflug gescheitert. — Freiwilliges Luftschifferkorps . . . . . Seite 115

Kämpfe und Ausstände in Albanien, Marokko und Mexiko. — Was das Zeitungspublikum in Atem hält. — Der einschränkungslose anglo-amerikanische Schiedsvertrag. — Protest in der gelben Presse. — Hungersnot in China. — Nervenzermürbung als Kriegsmittel. — Empfang der französischen Militärmission im Quirinal. — Der Champagnerkrieg. — Aus einem Briefe Carnegies . . . . Seite 142

Offizieller Pazifismus; Sir Edward Grey und der Premierminister von Kanada über den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag. — Das Carnegie-Bankett. — Was Sir Edward aus Norman Angells

Buch gelernt. — Jahresversammlung der Peace-Society unter dem Vorsitz des Lord Mayor. — Balkanwirren, Mahnungen der Mächte zugunsten Albaniens. — Unglück auf dem Flugfeld von Issy. — Die Luftkriegfrage auf dem Völkerrechtskongreß in Madrid. — Türkisch-persischer Grenzstreit vor dem Haag. — Kaiser Wilhelm in London. — Vom deutschen Flottenverein. — Rouvier †. — Die neue österreichisch-ungarische Wehrvorlage . Seite 178

Ereignisse verschiedener Tragweite. — Die Entsendung des „Panthers" nach Marokko. Kriegsfanfare der Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Gewahrte Ruhe. — Montenegro mobilisiert. Die Ratschläge der Mächte an die Türkei. — Die Nervenstränge des Friedens. — Protest gegen die Londoner Seerechtsdeklaration. — Prinz Windischgrätz über die Aviatik im Kriege. — Erfindung lenkbarer unbemannter Boote durch elektrische Wellen. — Europäische Konversation. — Geänderte Situation. — Mr. Charles Crane über die Greuel in Albanien . . . . . Seite 207

Marokko. — Zwei hinter dem Vorhang, Hetzereien und Klatschereien. — Offiziöse Zurückweisung der Alldeutschen. — Die Mission der Presse. — Friedensdemonstrationen. — Die angesagte Friedensversammlung im Treptower Park. — Vorhersage, daß es nicht zum Kriege kommt. — Die Angelegenheit der einschränkungslosen Schiedsverträge. — Verschiebung der Verhandlung im amerikanischen Senat. — Admiral Togo in Washington. — Der abgeänderte anglo-japanische Bündnisvertrag. — Japanische Militär-Luftschiffe. Handelsinteressen und die Kosten eines modernen Seekrieges. — Eine Schlachtenerinnerungsfeier in den Vereinigten Staaten. — Tafts pazifistische Tätigkeit. — Richard Barthold als Ueberbringer eines Briefes an Kaiser Wilhelm. — Rassenkongreß, Carnegie-Stiftung in Aktion und die Konferenz des britischen Imperiums. — Der Bonbon-Tag des österreichischen Flottenvereins. — Betrübendes und Bedrohliches . . . . . Seite 247

Brief Frédéric Passys über den italienischen Kriegszug. — Der Bankbruch des bewaffneten Friedens. — Ein sonderbarer Krieg. Ruf nach Vermittlung. — Eine edle Geste der Türkei. — Der deutsche Kaiser an den Sultan. — Marokko. — Zerstörung des französischen Panzers Liberté. — Kämpfe in Portugal. — Englandhetze und englische Reden. — Attentat auf Stolypin. — Revolverschüsse im österreichischen Abgeordnetenhaus. — Der Schiedsvertrag scheitert im Senat. — Niederlage des kanadischen Ministeriums. — Düstere Vorboten. — Die Teuerung. — Was Bloch vorhergesagt . . . . . Seite 293

Die italienischen Pazifisten. — Die Hölle ist los. — Die Vernichtung idealer Güter im Tripoliskrieg. — Zwei Episoden. — Die Revolution in China. — Der Abschluß des Marokkogeschäfts. — Die Wirkung der Brisanzgeschosse. — Das Wirthsche Fernlenkboot. — Alleluja! — Das Stillschweigen der zivilisierten Welt. — Warum „italienische" Grausamkeiten? — Friedensproteste und die Mächte . . . . . Seite 332

Eine schmerzliche Zeit. — Berichterstattung aus Tripolis. Militärische Notwendigkeiten. Die Annexionserklärung. — Grausamkeiten und Scheußlichkeiten. — Operationsberichte. — Die Mächte gegen die Dardanellenblockade. — Italienische Proteste gegen den Krieg; chauvinistische Intoleranz. — Treue Pazifisten. — Abschluß der Marokkoaffäre. Das Nicken des deutschen Kronprinzen. — Deutsch-englische Beziehungen. Zitate aus den englischen und aus den deutschen Parlamentsreden. — Rücktritt des Generalstabschefs Conrad v. Hötzendorf. — Taft über die Friedensbewegung. Seite 361

C. Aus der Zeit.

I. Völkerrecht.

Rußland und die Türkei vor dem Haager Schiedshof. Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf. — Die deutsche Reklamation aus dem Burenkrieg. Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf. — Der neue englisch-amerikanische Schiedsvertrag. — Ablehnung eines Schiedsanerbietens durch die Schweiz. — Kollision zweier Weltkonferenzen . . Seite 17

Die internationale Völkerrechtsschule im Haag. Von Dr. jur. H. Wehberg (Düsseldorf). — Ueber das Anrufen Guter Dienste und die Vermittlung. (Zum Streitfall zwischen Haiti und San Domingo.) Von Dr. H. Wehberg (Düsseldorf). — Die Fischereifrage im Weißen Meer. — Die Pacht der Galapagos-Inseln. — Die Gefährdung des internationalen Prisengerichtshofes. — Die Washingtoner Konferenz. — Georg Jellinek †. — Der Knoxsche Vorschlag. — Kurze Mitteilungen . . . . . Seite 50

Zur Londoner Seerechtsdeklaration. Von Geh. Rat Prof. v. Bar. — Die Eröffnung des russisch-türkischen Schiedsgerichts. Von Dr. jur. Hans Wehberg (Düsseldorf). — Der russisch-chinesische Konflikt. — Die Fischereifrage im Weißen Meer. — Zur Frage einer internationalen Völkerrechtsschule im Haag. Von Dr. jur. Hans Wehberg (Düsseldorf). — Unbeachtete Arbeiten über die Haager Friedenskonferenz. Von Dr. jur. Hans Wehberg (Düsseldorf). — Kleine Mitteilungen Seite 85

Deutschland gegen den Knoxschen Vorschlag. — Sir Edward Grey über den anglo-amerikanischen Schiedsvertrag. — Die neueste Entwicklung des internationalen Prozeßrechtes. Von Dr. Hans Wehberg. — Die Protokolle des Savarkarschiedsgerichts . . . . . Seite 120

Zur Geheimgeschichte der II. Haager Konferenz. — Das obligatorische Kompromiß des Artikels 53 des Haager Friedensabkommens. — Friedensrechtliches von der Balkanhalbinsel. Von Dr. Hans Wehberg . . . . . Seite 144

Die Londoner Seerechtsdeklaration. Kleine Mitteilungen . . . . . Seite 192

Der Papst und der geplante englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag . . . Seite 210

Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit. — Die amerikanischen Schiedsverträge. — Die Neuordnung des Bureaus des Haager Schiedshofs . Seite 254

Ein Protest gegen die Luft-Kriegsschiffe Seite 336

Deutschland und die Schiedsgerichtsbarkeit. — Der Fall des Schiffes Oldhamia. — Die Schiedsgerichtsklausel im Marokkovertrag. — Die Vorkehrungen zur dritten Haager Konferenz. Seite 366

II. Rüstungsproblem.

Lord Asquith über die Rüstungsfrage. — Die internationale Demonstration gegen die Rüstungen vom 10. Dezember. — Spiel mit Worten. — Der Irrtum von der Produktivität der Rüstungslasten. — Der ungarische Dreadnought . . . Seite 21

Neue Kundgebung der englischen Arbeiter. — Protest der österreichischen Friedensgesellschaft gegen die Rüstungen . . . . . Seite 56

Auflehnung gegen das Anwachsen der Rüstungslasten in Oesterreich . . . . . Seite 89

David Starr Jordan über den Rüstungswahn. — Das „heuchlerische" Amerika. — Bebel über die Abrüstung . . . . . Seite 121

Friedrich Naumann über das Rüstungssyndikat. — Ein französischer Senator für die Abrüstung. — Die Resolution vom 1. Mai . . . . . Seite 148

Politische Propaganda österreichischer Frauen. — Vom internationalen Textilarbeiterkongreß. — Aufklappbare Bajonette. — Die fünfte Generalversammlung des Flottenbundes deutscher Frauen. Seite 210

Die Taftsche Anregung von Europa abgelehnt. — Ein Vorschlag zur Heeresreform. — Die neue Wehrvorlage in Oesterreich-Ungarn. — Der ungarische Landesverteidigungsminister über die Friedensbewegung. — Wozu halten wir diese Armee? . . . . . Seite 254

Zwölf Milliarden Staatsschuld . . Seite 298

Ist eine anglo-deutsche Flottenverständigung in Sicht? . . . . . Seite 336

III. Verschiedenes.

Kaiser Wilhelm für die internationale Verständigung. — Washingtoner Friedenskonferenz (15.—17. Dezember). — Die Heldenstiftung für Deutschland. — Der deutsch-französisch-englische Völkerbund. — Wirksame Propaganda gegen den Krieg. — Frei von pazifistischer Utopisterei. — Das „gefährliche Alter" und das Reich. — Die Beseitigung der Spionage. — Kleine Mitteilungen. Seite 23

Der Vatikan und die nächste interparlamentarische Konferenz. — Vlissingen und Panama. — Weltgeschichtliches Wiederaufnahmeverfahren. — Charles Dilke †. — Eine Friedensrede des englischen Postministers. — Der Boykott als Friedenszwangsmittel. — Militaristische Kriegsverherrlichung und Kriegshetze. — Schießübungen in den Schulen. — Die Kulturaufgaben leiden nicht? Seite 57

Die „Cosmopolitan-Clubs" in Deutschland. — Graf Albert Apponyi in Amerika. — Friedensminister und Kriegsminister. — Mittelalter . . Seite 90

Was ist Mord? Von Lyonel Wyon. — Aktionen zugunsten des amerikanisch-englischen Schiedsvertrages. — Ein österreichischer Erzherzog für den Weltfrieden. — Die Haager Universität für internationales Recht. — Patriotenmache . Seite 122

Vlissingen. — Niederländischer Zentralrat für Internationalismus. — Englisch-deutsche Freundschaft. — Das kirchliche Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland. — New Yorker Friedensbankett vom 8. April. — Kleine Mitteilungen . Seite 150

Die Friedensfreunde denken anders. Von Prof. Ritter. — Der dementierte Friedenskaiser. — Austro-italienische Verständigung. — Etappen. — Ein Dokument. — Carnegie-Bankett in London. — Baron d'Estournelles über das pan-europäische Bureau. — „Amerikanischer Imperialismus und europäischer Pazifismus" . . . . . Seite 182

Latet anguis in herba. — Ein Delegierter des preußischen Kultusministeriums bei der Lake-Mohonk-Konferenz. — Eine Rede Adolf Lassons. — Die fünfte Generalversammlung des Flottenbundes deutscher Frauen. — Eine neue Erfindung. — Eine Korrespondenz. — Charles Richet Gast des Fürsten von Monako. — Die englische Volkshymne . . . . . Seite 210

Das Totengeläute des Krieges. — Das Jubiläum eines Wortes. — Eine Friedensrede des Kaisers. — Lord Haldanes Rede. — Lloyd Georges Rede. — Menschenopfer im Frieden. — Eine Rede Adolf Lassons. — Ein neues Schlagwort. — Der internationale Bergarbeiterkongreß für den Frieden. — Eine Völkerentente zur Abschaffung der Spionage. — Die skandinavischen Sozialdemokraten auf der Interparlamentarischen Konferenz. — Deutsche Platzangst. — Niedriger hängen! — Ein Dokument der Kriegshetze. — Kleine Mitteilungen. Seite 254

Sir Frank Lascelles über die deutsch-englische Verständigung. — Die wahren Ursachen des Tripoliskrieges. — General den Beer Portugael über die Kriegsgefahr. — Schwedischer Protest gegen die Tripolisaktion. — Hetzerarbeit. — Auf frischer Tat ertappt. — „Wir leben in einer Zeit der internationalen Verständigung." — Kriegsalarm in Spanien. — „Krieg und Wirtschaftsleben." — Anti-Kriegs-Kongreß der französischen Gewerkschaften. — Das Kapital als Friedensgarantie. — Der Kampf gegen den Krieg. — Eine „Zuchthausvorlage" gegen die Pazifisten. — Das „wahre Wesen des Krieges". — Eine Schüler-Enquête über den Krieg . . . . . Seite 298

Kommers-Kultur. — Die psychologische Grundlage der Kriegsbegeisterung. — Professor Kohler über die moderne Friedensbewegung. — Professor Eickhoff und der Marokkovertrag. — „Sorgt nur, daß ich angegriffen werde." — Fortschrittliche Flottenfrauen . . . . . Seite 336

Vor zwanzig Jahren. — Das Studieren Deutschlands an der Oxforder Universität. — „Was lehrt uns die Marokko-Affaire?" — Rüstungsinteressenten. — „Es nützt ja doch alles nichts." — Die „Einfaltspinsel". — Die Friedensadresse der englischen Arbeiterpartei an die deutsche Sozialdemokratie. — Freundschaftskundgebung der englischen reisenden Kaufleute. — Kleine Mitteilungen . . Seite 366

D. Aus der Bewegung.

Richard-Feldhaus-Jubiläum. — Baronin Suttner in Budapest. — Dr. Sylvester F. Scovel †. — Die Friedensidee im kärntnerischen Landtag. — Der Weltfriedenskongreß von 1911 . . . . Seite 26

Die anglo-deutsche Freundschaftsbewegung. — Feldhausjubiläum . . . . . Seite 61

Von der interparlamentarischen Union. — Eine amerikanisch-japanische Friedensgesellschaft. — Populärer Vortragszyklus über die Friedensbewegung. — Der Friedenstag in Paris. — Kongreßkalendarium. — Kleine Mitteilungen . Seite 92

Der XX. Weltfriedenskongreß 1912 in Wien. — Provisorische Tagesordnung für den XIX. Weltfriedenskongreß. — Kleine Mitteilungen Seite 125

Sitzung des Interparlamentarischen Rats. — Das Ehepaar Mead in Deutschland. — Die Resolution für den 18. Mai . . . . . Seite 152
Sitzung des Berner Bureaus. — Interparlamentarische Konferenz. — Tagesordnung des XIX. Weltfriedenskongresses. — IV. Deutscher Friedenskongreß. — III. National-amerikanischer Friedenskongreß in Baltimore. — Die Friedenswoche in Budapest. — I. Weltstraßenkongreß. — Russische Friedensgesellschaft . . . . . Seite 185
Der amerikanische Friedenskongreß. — Preisausschreibung. — Mr. und Mrs. Mead in England und Deutschland. — Ein Denkmal für Sir W. Randel Cremer. — XVII. Lake-Mohonk-Konferenz. — Internationale Gastfreundschafts-Sektion. — Eine Versammlung der Friedensfreunde . . Seite 213
Das Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft. — Der amerikanische Nationalrat für Frieden und Schiedsgericht . . . . . Seite 266
Ernst Freiherr v. Plener. — Sitzung des Interparlamentarischen Rates. — Das Ehepaar Mead in Europa. — Baronin Suttner in Rumänien. — Auszeichnung für Justizrat Heilberg . . . Seite 305
Die deutsch-französische Verständigung. — Die Friedensresolution der Deutschen in Amerika. — Die Carnegie-Stiftung in Asien. — Die Friedensbewegung in Japan. — Weitere Pazifisten-Proteste gegen den Tripolis-Krieg . . . . . Seite 340
Der Nobelpreis 1911. — Treugebliebene Pazifisten in Italien. — Das Budget der Interparlamentarischen Union. — Richard Feldhaus. — Der Internationale Frauenrechtskongreß . . Seite 373

E. Pazifistische Chronik.

Seite 17, 49, 84, 118, 144, 181, 251, 297, 335, 366.

F. Literatur und Presse.

I. Besprechungen.

Seite

Barrett, The Pan American Union . . . 215
Bebel, Aus meinem Leben 308
Bericht des Verwaltungsrats des Schiedshofs 268
Chillenden, War or peace 270
Columbia Alumni News 345
XVIII. Congrès Universel de la Paix à Stockholm 268
Daehne von Varick, La Révolution et la question d'Orient 268
Diederichs, „Politische Bibliothek“ . . . 343
Dietz, Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein 188
Exner, Internationale Gemeinschaftsarbeit auf technischem Gebiet 61
Förster, Lebenserinnerungen 155
Fried, Weg zum Weltfrieden 29
Friedens-Jahrbuch 268
Gobat, Le Cauchemar de l'Europe 156
Grand-Carteret, Une victoire sans guerre 344
Grosch, Völkerrecht und Weltfriedensbewegung 157
Hill, World-Organisation 270
— Völkerorganisation und der moderne Staat 308
Huber, Die soziologischen Grundlagen des Völkerrechts . . . . . Umschlag No. 1
Kemény, A Világbéke 156
Kolb, „Die letzte Reform“ 378
Lange, Resolution des Conférences interparlementaires 189
— Annuaire de l'Union Interparlementaire 1911 269
Ludwig Salvator, Erzherzog, Einiges über Weltausstellungen 156
Lynkeus, Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen 307
Macdonell, Immunity from Capture of Private Property at Sea 155
Neuburger, Experimentierbuch Umschlag No. 1
Nippold, Zweite Haager Konferenz II . . 342
Office Central des Institutions . . . 156
Ostwald, Organisation der Welt Umschlag No. 1
Peace Year-Book 1911 62
Plener, Erinnerungen 155
Pohl, Deutsche Prisengerichtsbarkeit . . . 159
Reinsch, The fourth panamerican Conference 269
— Public International Unions 309
Rhenanus, „Vernunft-Europa“ 378
Schubart, Die deutsche Schlachtflotte eine Gefahr für Deutschlands Machtstellung . 215
Der fahrende Schüler 189
Spiller, Papers on Inter-Racial Problems . 270
Stael Holstein, Réglementation de la Guerre 343
Stehelin, Der Kernpunkt der elsaß-lothringischen Frage 156
Strupp, Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts 378
Sturm, Die psychologische Grundlage des Rechts . . . . . Umschlag No. 1
— Die Form des Rechts . . Umschlag No. 1
B. S., Die Erlebnisse des Prinzen Carl von Hohenzollern während des russisch-japanischen Krieges 376
Umfrid, Rüstungsstillstand 188
Wehberg, Kommentar zu dem Haager (friedensrechtlichen) Abkommen 267
— Ein internationaler Gerichtshof für Privatklagen 268
— The Hague Peace Conferences of 1899 and 1907 376
— International Arbitral law and procedure 377
— Das Haager Schiedsgericht 377
Wertheimer, Graf Andrássy Umschlag No. 1
Ziegler, Geistige und soziale Strömungen des XIX. Jahrhunderts 189

II. Eingegangene Druckschriften, Fachpresse, Artikel-Bibliographie.

Seite 29, 61, 94, 125, 154, 188, 215, 267, 307, 342, 375.

G. Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

Oesterreichische Friedensgesellschaft Seite 32, Umschlag No. 2, 96, 128, 159, 191, 215, 275, 312, 346, 380.

Schwedische Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung Seite 32, Umschlag No. 2.

Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft Seite 64, 159, 274.

Hamburger Friedensgesellschaft S. 64.

Internationale Friedenspropagandakasse Seite 64.

Sektion für Friedens- und Schiedsgericht des Bundes ungarischer Frauen Umschlag No. 2.

Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen Seite 276.

Journal d'Allemagne Seite 96, 274, 347.

Wehberg-Fonds Seite 2.

Deutsche Friedensgesellschaft Seite 380.

H. Briefkasten.

Seite 31, 64, 127, 159, 191, 274, 311, 346.



Januar 1911.

Die Friedens-Warte an den Universitäten.

Auf Anregung des Dr. jur. Hans Wehberg in Düsseldorf, der sich als völkerrechtlicher Schriftsteller und namentlich als Verbreiter der Idee des zwischenstaatlichen Friedensrechts bereits einen Namen gemacht hat, haben einige Freunde dieser Blätter kürzlich einen Aufruf unterzeichnet, der zu einer Sammlung zwecks Auflegung der „Friedens-Warte" in den Lesehallen der Hochschulen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn aufforderte.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Aufruf für eine Sammlung zur Verbreitung der „Friedens-Warte".

Die Idee der Annäherung der Völker hat in Deutschland trotz unverkennbarer Fortschritte noch nicht den Einfluß wie z. B. in Amerika und anderen Ländern gewonnen, und es drängt sich daher die Frage auf, wie die Entwicklung dieser Idee gefördert werden kann. Vielfache Versuche sind bereits in dieser Richtung gemacht worden, und erst vor kurzem ist ein „Verband für internationale Verständigung" begründet worden, der sicher starke Wirkung tun und auf die breite Oeffentlichkeit in erheblichem Maße einwirken wird. Bei dem großen Mißtrauen aber, das man in Deutschland noch allenthalben dem Probleme der internationalen Organisation entgegenbringt, müssen auch andere Möglichkeiten, den großen Gedanken zu stärken, sorgsam beachtet werden. Zu den gefährlichsten Gegnern der internationalen Annäherung gehören sicherlich die zahlreichen Hetzartikel gegen andere Völker in manchen Tageszeitungen. Vielfach wird den Anhängern der Friedensbewegung nicht der Raum für eine Entgegnung zur Verfügung gestellt, und einige Blätter sind geradezu von tiefem Haß gegen den Pazifismus erfüllt, so daß selbst ein gelegentlich erscheinender friedensfreundlicher Aufsatz in dieser Umgebung keine Wirkung tut.

Es wäre nun die Möglichkeit vorhanden, eine große pazifistische Tageszeitung zu begründen, auch gibt es noch zahlreiche ähnliche Wege. Aber sie erfordern so ungeheure Mittel, und ihr Erfolg ist selbst bei angemessener finanzieller Grundlage so zweifelhaft, daß man die größten Bedenken diesen Plänen gegenüber haben muß. Ein Mißerfolg würde doch allzu großen Schaden stiften.

Wenn man aber ernstlich versucht, diesen Gedanken von aller Utopie zu befreien und in bescheidener Weise ein erreichbares Ziel zu erstreben, so läßt sich ein schönes Resultat erzielen. Wenn es erreicht werden könnte, daß in jeder öffentlichen Lesehalle, namentlich der deutschen und österreichischen Universitäten und technischen Hochschulen, die von A. H. Fried herausgegebene pazifistische Monatsschrift „Friedens-Warte" gehalten würde, so würden viele auf den Pazifismus aufmerksam werden und auf seine Seite treten. Wenn Tausende von Studenten und Gebildeten des Volkes allmonatlich die „Friedens-Warte" lesen, so wird eine wertvolle Saat ausgestreut, die mit der Zeit reifen würde. Wie wenige vertreten doch den Gedanken der Annäherung der Völker in der Oeffentlichkeit! Würden daher nur einige wenige neue Anhänger dieser Idee jährlich gewonnen, so wäre schon viel erreicht.

Aus diesem Gedanken heraus soll eine Sammlung veranstaltet werden, um mit den gewonnenen Geldmitteln einer möglichst großen Zahl öffentlicher Lesehallen, insbesondere der deutschen und österreichischen Universitäten und technischen Hochschulen, die „Friedens-Warte" frei zusenden zu können. Der Herausgeber der „Friedens-Warte", Herr Alfred H. Fried, hat sich bereit erklärt, für diese Exemplare den Preis des jährlichen

Abonnements auf die Hälfte, nämlich von Mark 6.— auf Mark 3.— zu ermäßigen.

Die durch die Sammlung gewonnene Summe müßte so hoch sein, daß einer großen Anzahl von Lesehallen die „Friedens-Warte" auf eine Reihe von Jahren zugeschickt werden könnte. Wenn sämtlichen deutschen und österreichischen Universitäten usw. (ungefähr 50) die „Friedens-Warte" auf 5 Jahre zugesandt werden sollte, so ist hierzu ein Betrag von ca. 750 M. erforderlich. Wenn also nur diese Summe einkommt, ist schon ein wertvolles Resultat gesichert.

Beiträge werden freundlichst an die Adresse: „Dr. jur. Hans Wehberg, Düsseldorf 44, Fürstenwallstr. 160", des Urhebers des Aufrufes, erbeten. Es ist zweckmäßig, gleichzeitig anzugeben, in welchen Lesehallen des Wohnorts des Absenders die „Friedens-Warte" aufliegt und wo sie noch fehlt.

Die Abrechnung über die eingelaufenen Gelder soll in der „Friedens-Warte" erfolgen.

Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Bruno Ablaß, Mitglied des Deutschen Reichstags, in Hirschberg in Schlesien.

Geheimer Justizrat Dr. jur. Ludwig von Bar, Universitätsprofessor in Göttingen, früherer Präsident des Instituts für Internationales Recht.

Professor Richard Eickhoff, Mitglied des Deutschen Reichstags und des Preußischen Abgeordnetenhauses, in Remscheid.

Bergrat Georg Gothein, Mitglied des Deutschen Reichstags, in Breslau.

Justizrat Heilberg, Rechtsanwalt, in Breslau.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. jur. Paul Laband, Exzellenz, Universitätsprofessor in Straßburg, Mitglied des Staatsrats.

Geheimer Hofrat Dr. phil. Karl Lamprecht, Rektor der Universität in Leipzig.

Dr. med. Johannes Leonhart, prakt. Arzt in Kiel, Mitglied des Reichstags.

Dr. jur. et phil. Christian Meurer, Universitätsprofessor in Würzburg, Mitglied des Instituts für Internationales Recht.

Wirklicher Geheimer Rat Dr. jur. Ernst Edler von Plener, Exzellenz, Kaiserlich österreichischer Finanzminister a. D., Präsident des k. k. gem. Oberrechnungshofes, Mitglied des Herrenhauses, in Wien.

Dr. jur. Walter Schücking, Universitätsprofessor in Marburg, Mitglied des Instituts für Internationales Recht.

Geheimer Hofrat Dr. jur. Emanuel Ritter von Ullmann, Universitätsprofessor in München, Mitglied des Instituts für Internationales Recht.

Dr. jur. Hans Wehberg, Gerichtsreferendar in Düsseldorf.

* * *

Daraufhin sind bis jetzt (Mitte Januar) von nachstehend verzeichneten Persönlichkeiten und Körperschaften die beigedruckten Beträge eingegangen:

Geh.-R. Prof. Lamprecht, Leipzig	M.	15,—
Prof. Bartning, Karlsruhe	„	20,—
Geh.-Rat Prof. v. Bar, Göttingen	„	20,—
Rechtsanw. Dr. Dietz, Karlsruhe	„	20,—
Reichstag-Abg. Prof. Eickhoff, Remscheid	„	6,—
Prof. Meurer, Würzburg	„	5,—
Hofrat Prof. Lammasch, Wien	„	30,—
Exz. Prof. Laband, Straßburg	„	10,—
Exz. v. Plener, Wien	„	20,—
Justizrat Heilberg, Breslau	„	15,—
Reichst.-Abg. Rechtsanw. Ablaß, Hirschberg	„	20,—
Exz. Asser, Haag	„	15,—
Exz. den Beer Portugael, Haag	„	20,—
Geh.-Rat. Prof. v. Martitz, Berlin	„	10,—
Prof. Strisower, Wien	„	25,—
Prof. Oppenheim, Cambridge	„	20,20
Exz. v. Karnebeck, Haag	„	10,—
Gen.-Kons. Müller-Abeken, Haag	„	100,—
Prof. Fleiner, Heidelberg	„	10,—
N. v. Martens, Stockholm, mit der Bezeichnung „Zur Erinnerung an meinen Vater"	„	40,—
Siegfried Trebitsch, Wien	„	10,—
Dr. Heinr. Rößler, Frankfurt a. M.	„	20,—
Adolf Marburg-Friedrich, Frankfurt a. M.	„	50,—
Prof. Kräuterkraft, Turin	„	15,—
Exz. Loeff, Haag	„	5,—
Exz. de Beaufort, Haag	„	20,—
Exz. de Quesada, Gesandter Cubas, Berlin	„	15,—
Prof. Ullmann, München	„	30,—
Prof. W. Schücking, Marburg	„	10,—
Kommerzienrat Georg Arnhold, Dresden	„	200,—
Dr. jur. H. Wehberg, Düsseldorf	„	60,—
	M.	866,20

Das Nobelkomitee des norwegischen Storthing bewilligte in seiner Sitzung vom 6. Dez. 1910 auf Anregung seines Mitgliedes M. Francis Hagerup „unter der Voraussetzung, daß die Zeitschrift den Universitäten und Hochschulen der nordischen Länder zugestellt wird", 400 norwegische Kronen, das ist M. 443,90

Zusammen M. 1310,10

Dieser Betrag, den ich hiermit bestätige, wurde von mir unter der Bezeichnung „Wehberg-Fonds" bei dem Bankhause Gebr. Arnhold in Dresden hinterlegt. Er wird im Sinne des obigen Aufrufes, bzw. entsprechend der von einzelnen Spendern angegebenen Bestimmungen Verwendung finden.

Ich drücke den Spendern für das der Friedens-Warte damit erwiesene Wohl-

wollen, den Unterzeichnern des Aufrufes und insbesondere Herrn Dr. Wehberg für seine freundliche Anregung und deren tatkräftige Durchführung meinen herzlichsten Dank aus. Möge das Zusammenwirken so vieler hervorragender Persönlichkeiten den Erfolg haben, dem Pazifismus unter der akademischen Jugend zahlreiche neue Anhänger zu werben. Für mich wird diese Stiftung ein weiterer Ansporn sein, mit allen meinen Kräften für die Ausgestaltung des Blattes zu wirken.

Herr Dr. jur. Hans Wehberg teilt mir mit, daß er für die Ausgestaltung des Fonds noch weitere Beiträge entgegennimmt. Seine Adresse ist jetzt: Düsseldorf, Jülicherstraße 86. Bei weiterer Beteiligung besteht die Absicht, außer den Universitätslesehallen auch andere öffentliche Leseinstitute mit Exemplaren der Friedens-Warte zu bedenken. *)

Wien, im Januar 1911.

Alfred H. Fried.

Der Kampf um den Rüstungsstillstand.

In dem Kampf um den Rüstungsstillstand sind drei wichtige Aeußerungen zu verzeichnen, von denen zwei die Merkmale des maskierten Rückzuges an sich tragen, während der andere als Sturmangriff zu erkennen ist.

In der italienischen Kammer sagte der Minister San Giuliano am 2. Dezember in Beantwortung des Vorschlages Bissolatis, der eine Rüstungsverständigung mit Oesterreich-Ungarn forderte, die österreichisch-ungarische Regierung habe vollständig recht gehabt, als sie in den Delegationen wiederholt darauf hinwies, daß die Rüstungen Italiens und Oesterreich-Ungarns nicht gegeneinander gerichtet seien, daß vielmehr ein starkes Italien im Interesse Oesterreich-Ungarns liege und umgekehrt. Jedesmal, wenn man versucht habe, sich über die Abrüstung zu verständigen, hätten die Beziehungen zwischen den Mächten eine Abkühlung erfahren. Es sei besser, den umgekehrten Weg zu gehen, nämlich, wie es heute alle Großmächte und insbesondere Italien und seine Verbündeten täten, gemeinsam dahin zu streben, alle Ursachen zu Streitigkeiten abzuschwächen und zu beseitigen.

Im Deutschen Reichstag äußerte sich der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg am 10. Dezember folgendermaßen:

„Ueber unsere Beziehungen zu England und angebliche Verhandlungen mit diesem über vertragliche Beschränkungen der Rüstungen zur See muß ich zunächst hervorheben, daß es wohl publici juris ist, daß die großbritannische Regierung wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben hat, eine vertragsmäßige Festlegung der Flottenstärken der einzelnen Mächte würde zu einer wesentlichen Beruhigung in den internationalen Beziehungen beitragen. Diesen Gedanken hat England bekanntlich bereits auf der Konferenz im Haag geäußert. Seitdem hat England diesen Gedanken wiederholt angeregt, ohne jedoch Anträge zu stellen, die für uns den Anlaß zu einer positiven Annahme oder zu einer positiven Ablehnung hätten geben können.

Auch wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in Beziehung auf Rüstungen zu vermeiden, haben aber in den ab und zu stattgehabten, unverbindlichen, von gegenseitigem freundschaftlichen Geiste getragenen Pourparlers stets den Gedanken vorangestellt, daß eine offene und vertrauensvolle Aussprache und darauf folgende Verständigung über die beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei. —

Schon die Fortdauer eines zwanglosen und vertrauensvollen Gedankenaustausches über alle mit diesen Dingen zusammenhängende Fragen ist eine Garantie für die freundschaftliche Absicht auf beiden

*) Eines zufälligen Zusammentreffens sei hier Erwähnung getan. Unser französisches Bruderorgan „La Paix par le Droit“ konnte in seiner Novembernummer folgende Mitteilung machen: „Dank einer edlen Spende wird unsre Revue vom 1. Januar 1911 den hervorragendsten Universitäten der ganzen Welt zugesandt werden.“

Seiten und dürfte allmählich, aber sicher zur Beseitigung des Mißtrauens führen, das nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung sich leider vielfach geltend gemacht hat."

Diese beiden Aeußerungen geben zu, daß die Rüstungen das Mißtrauen in bedenklicher Weise steigern. Um dem abzuhelfen, will man das Mißtrauen beseitigen, dessen Ursache, die stets sich erhöhenden Rüstungen, aber belassen.

Man will alle Ursachen der Streitigkeiten beseitigen, man will sich über wirtschaftliche und politische Interessen freundschaftlichst verständigen, man will aber trotzdem fortfahren, aus Mißtrauen für die Ergebnisse dieser Politik, alljährlich neue Milliarden zu opfern.

Es wird so dargestellt, als handle es sich bei den Rüstungen lediglich um die gegenseitigen Verstimmungen, die sie verursachen. Nur um eine Gefühlssache, sonst um nichts. — Es handelt sich aber um Milliarden, um den Krebsfraß am sozialen Körper, um das Wohl der Menschheit!

Wer vermag solcher Logik zu folgen? Und welche Einschätzung läßt die Diplomatie dem Denkvermögen der Völker und sich selbst zuteil werden, wenn sie es ungescheut wagt, solche sich widersprechende Dinge zu verkünden.

Will man das Mißtrauen, das die Wettrüstungen gegenseitig erzeugen, beseitigen, so muß man auf dem Wege der Verabredung das Wettrüsten selbst einstellen. Glaubt man, sich freundschaftlichst über alle Konflikte verständigen zu können, so verständige man sich doch in erster Linie über die Rüstungen, die ja ihr Vorhandensein dem Umstande verdanken, daß man an eine freundschaftliche Verständigung bislang nicht zu glauben vermochte.

Am meisten setzt sich der italienische Premier mit den Tatsachen in Widerspruch, wenn er auf einmal behauptet, daß die Rüstungen Italiens und Oesterreich-Ungarns „nicht gegeneinander gerichtet" sind. Ja, wurden denn die Sperrforts in Südtirol gegen Schweden oder Norwegen errichtet? Und glaubt San Giuliano, unsere Zeitgenossen hätten ein so kurzes Gedächtnis, daß sie sich der Reden der beiderseitigen Marineminister nicht erinnerten, die ihre Flottenneuforderungen stets mit dem Hinweis auf die Flottenbauten im anderen Lande begründeten?

Und wie kommt der italienische Minister dazu, zu behaupten, daß die Versuche zur Herbeiführung einer Rüstungsverständigung „jedesmal" die Beziehungen zwischen den Mächten abgekühlt hätten?

Jedesmal? — Wie oft sind denn schon solche Versuche unternommen worden?

Und eine „Abkühlung"? Acht Tage nach dieser Behauptung hat der deutsche Reichskanzler erklärt, daß schon die Fortdauer eines solchen Gedankenaustausches eine Garantie für die freundschaftliche Absicht auf beiden Seiten sei!

Und wer sind „die Mächte", deren Beziehungen sich trüben („Abkühlung" ist doch wohl eine Trübung der Beziehungen), wenn sie sich über die Beseitigung eines Uebels verständigen sollten, unter dessen Last die Völker keuchen?

Wer sind diese „Mächte"? — Die Völker sind es nicht. Es sind ein paar Diplomaten, ein paar Generalstäbler, irgendwelche Aktionäre von Panzerplattenfabriken oder sonst Personen, die die Welt von 1911 nicht verstehen.

Alle diese Widersprüche hat sich die Oeffentlichkeit ruhig gefallen lassen. Kein großes deutsches oder österreichisches Blatt hat einen Kommentar dazu gegeben, hat auf die Fadenscheinigkeit dieser Rückzugsargumente hingewiesen.

Kein großes Blatt*) hat auch den Sturmangriff verkündet, der jenseits des Ozeans gegen das Rüstungsbollwerk unternommen wird.

Man höre:

„Es wird beschlossen, daß von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Kommission von fünf Mitgliedern ernannt werde, die erwägen soll über die Möglichkeit der Ausnützung vorhandener internationaler Behelfe zum Zwecke der Beschränkung der Rüstungen aller Staaten der Welt auf dem Wege internationaler Abkommen, und über die Gestaltung der kombinierten Flotten der Welt zu einer internationalen Gewalt zum Schutze des allgemeinen Friedens, und die etwaige andere Mittel zur Verminderung der Regierungsausgaben für Militärzwecke und zur Verringerung der Kriegswahrscheinlichkeit in Betracht ziehen und darüber berichten soll.

Es wird bestimmt, daß die durch obige Resolution erwachsenen Gesamtausgaben die Summe von 10 000 Dollar nicht über-

*) Das „Berliner Tageblatt" allein hat am 4. Januar einen Artikel darüber veröffentlicht.

steigen und daß die Kommission aufgefordert werde, ihren Schlußbericht binnen zweier Jahre vom Datum der Annahme dieser Resolution zu erstatten.“

Das ist nicht die Resolution eines Friedenskongresses oder des Vorstandes einer Friedensgesellschaft.

Das ist ein amerikanisches Gesetz!

Es ist die sogenannte Bennet-Bill, die am 10. Juni dieses Jahres im amerikanischen Repräsentantenhause einstimmig zur Annahme gelangte, am 24. Juni vom Senat gebilligt und unmittelbar darauf vom Präsidenten der Union unterzeichnet wurde.

Dieses Gesetz bedeutet nichts anderes, als die Aufnahme der Ideen der Friedensbewegung seitens der Regierung eines der mächtigsten Staaten.

Erst durch den Wortlaut dieses Gesetzes wird die Stelle in der am 6. Dezember an den Kongreß gerichteten Botschaft des Präsidenten Taft klar, worin er mitteilte, daß Verhandlungen mit den Großmächten zwecks Einberufung einer Konferenz angebahnt werden, um erneut das Problem der Rüstungsbeschränkung in Erwägung zu ziehen.

Wie seltsam nehmen sich gegen diesen energischen Vorstoß die Ausflüchte der beiden europäischen Diplomaten aus. Gewiß, ihr Zaudern ist zu verstehen. Die historischen Reliquien Europas! Aber es wird auch zu verstehen sein, wenn die Geschichte über diese Schwächen der Tradition hinweggehen wird. A. H. F.

Die Rüstungen und ihre Ergebnisse.

Von Andrew Carnegie.

Armeen und Flotten bestehen und wachsen lediglich nur auf Grund der Behauptung, daß sie die besten, ja sogar die einzigen Mittel zur Sicherung des Friedens seien.

Fassen wir einmal drei zu ihrer Rechtfertigung vorgebrachte Gründe ins Auge.

Erstens: Für den Krieg vorbereitet zu sein, ist das beste Mittel, um den Frieden zu sichern.

Antwort: Wenn sich nur eine Nation „vorbereitet“, wäre diese Begründung vernünftig; aber wenn der Rüstung des einen die des anderen folgt, verschwindet die eingebildete Sicherheit. Es entwickelt sich ein Wettbewerb zwischen den Nationen, und die Vorbereitung, weit davon entfernt, den Frieden zu sichern, sät Mißtrauen und Eifersucht, die sich zu Haß entwickeln, jener furchtbaren Saat künftiger Kriege zwischen Völkern, die bislang friedvoll waren.

Die Nationen sind nur eine Anhäufung von Menschen, und alle menschliche Erfahrung beweist, daß unbewaffnete Menschen weniger zu Streit geneigt sind als bewaffnete. Daher haben sich auch die Bürger in allen zivilisierten Ländern der Waffen begeben.

Nehmen wir an, zwei Nachbarn haben eine Differenz, die ein freundlicher Gedankenaustausch beigelegt haben würde. Aber der eine handelt nach dem Grundsatz „In Friedenszeiten bereite dich für den Krieg vor“ und kauft sich eine Pistole. Der andere, der dies hört, „bereitet“ sich ebenfalls schleunigst vor. Hierauf erkennt der erste, daß er unzulänglich „vorbereitet“ ist und kauft einen sechsläufigen Revolver, was der andere unverzüglich nachmacht. Mit jeder neuangeschafften Waffe würde die Lebensprämie dieser Leute bei den Versicherungsgesellschaften in die Höhe gehen. Diese so „vorbereiteten“ Menschen brauchen nur gelegentlich zusammenzukommen und ein mißverstandenes Wort, eine Gebärde, werden zu Blutvergießen, wenn nicht zum Tode führen. Genau so ist es mit den Nationen. Die Ursachen der Kriege sind sowohl bei Nationen wie bei Personen in der Regel geringfügiger Natur. Es hängt meist davon ab, ob ihre wechselseitige Haltung freundlich oder unfreundlich ist. Im ersteren Falle gibt es keinen Streit, der nicht friedlich beigelegt werden kann; sind die Beziehungen aber unfreundlich, gibt es keine Geringfügigkeit, die nicht einen Krieg hervorrufen kann. Alles hängt von der Gesinnung ab. Darin liegt die Torheit und die Gefahr des gegenseitigen Rüstens der Nationen, das immer zu einem den freundlichen Beziehungen so nachteiligen gegenseitigen Mißtrauen führen muß.

Rüstungen und aufrichtige Freundschaft sind unvereinbar. Sogar Nationen, die in enger Allianz verbunden sind, müssen stets fürchten, daß die Bündnisverhältnisse sich ändern und sich vielleicht feindlich gestalten. Dieses unvermeidliche Mißtrauen folgt eben den Rüstungen wie der Schatten der Materie. Es gibt keinen Ausweg aus diesem Verhängnis.

Zweitens: Unsere Rüstungen sind nur zu unserm Schutze beabsichtigt und sind keine Drohung für die anderen Nationen; sie dienen dem Frieden.

Antwort: So sprechen alle gerüsteten Nationen, und es ist wahr, daß jede Nation ihre eigenen Rüstungen lediglich als ein Instrument des Friedens ansieht und als solches bezeichnet, weil sie durch sie gegen die bestehenden Rüstungen der anderen Nationen geschützt zu sein glaubt. Aber ebenso natürlich betrachtet jede Nation die Rüstungen einer jeden anderen als offenkundiges Kriegsinstrument und nicht als Friedensinstrument, weil

sie damit angegriffen werden könnte. Demnach verdächtigt jede Nation alle anderen, und es bedarf nur eines Funkens, um die Unmenge aufgespeicherten Brennstoffes in Flammen zu setzen. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die furchtbaren Rüstungen einer Nation die anderen Nationen nicht alarmieren sollten. Wenn auch alle Nationen dagegen protestieren, daß sie keinen Angriff beabsichtigen, so vermöchten sie es dennoch.

So dienen die Rüstungen, seien sie persönliche oder nationale, seien sie zu Lande oder zu Wasser, nicht zur Bewahrung des Friedens, sondern werden unweigerlich zur Hauptursache des Krieges, da sie den tödlichen Samen des gegenseitigen Mißtrauens säen.

Die gigantischen Rüstungen unserer Tage haben in hohem Maße diese Gefahr vermehrt, und die jetzt in Vorbereitung befindlichen Mittel müssen sie unweigerlich noch weiter vermehren. Es ist klar, daß die Rüstungsvermehrung keine Abhilfe schafft, da sie die Kriegsgefahr vervielfacht.

Drittens: Rüstungen sind die billigste Verteidigung der Nationen.

Antwort: Wir wollen einmal sehen. Im vergangenen Jahre verausgabte Großbritannien für Heer und Flotte rund 70 000 000 £, Deutschland 48 000 000 £, Amerika 97 000 000 Pfund, wovon 32 000 000 £ für Kriegspensionen verwendet wurden. Diese Ausgaben beziehen sich auf die Zeit vor den Dreadnoughts, deren jetzt ein jeder 2 225 000 £ kostet. Die Flottenausgaben der Staaten und in deren Folge die Kriegsgefahr müssen daher in Zukunft noch größer sein, und niemand kann nach den gegenwärtigen unheilvollen Zuständen das Ende vorhersagen. Das eine ist jedoch klar: Eine erstklassige Macht wird weder an Menschen noch an Geld Mangel leiden, da unseligerweise die Bevölkerung eines jeden Landes für keinen anderen Zweck so schwer belastet werden kann, als für den Zweck des Krieges, für den alle so sehr geneigt sind, ihr eigenes Land als im Recht befindlich anzusehen.

Die Abhilfe: Neulich kamen die in London tagenden Vertreter von acht Seemächten, von Deutschland, Frankreich, Italien, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Japan, Großbritannien und Amerika, überein, einen höchsten Gerichtshof zu errichten, der über alle Fälle von Seeprisen ein endgültiges Urteil abgeben solle. Jede Großmacht wird bei diesem Gerichtshofe je einen Richter haben, während man den kleineren Nationen sieben in einem bestimmten Turnus amtierende Richter gewährte, so daß die kombinierten großen Seemächte immer die Mehrheit haben werden, was auch vernünftig ist.

Diese selben acht Mächte brauchen nur wieder zusammenzukommen und zu beschließen, daß künftighin Streitigkeiten zwischen Kulturnationen in gleicher Weise (oder auf schiedsgerichtlichem Wege) beigelegt werden sollen, und der Krieg wird ein Ding der Vergangenheit sein.

Die Friedensstiftung Carnegies.

Wir haben in der vorhergehenden Nummer noch kurz die große Stiftung ankündigen können, die Andrew Carnegie für den Weltfrieden gemacht hat. Heute sind wir in der Lage, nähere Mitteilungen zu machen.

Carnegie machte die Mitteilung am 14. Dezember zu Washington in einer Versammlung der von ihm zur Verwaltung des Fonds ernannten Kuratoren. Zweiundzwanzig von den siebenundzwanzig Vertrauensmännern waren anwesend.

Die Namen der Kuratoren sind folgende: Senator Elihu Root; Dr. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität; Dr. Henry S. Pritchett, Präsident der Carnegie-Stiftung für die Förderung des Unterrichts; Joseph H. Choate, früher Gesandter in London und erster Delegierter der Vereinigten Staaten auf der zweiten Haager Konferenz; Albert K. Smiley, der Begründer der Lake Mohonk-Konferenzen; Dr. Charles W. Eliot, früherer Präsident der Harvard-Universität; James Brown Scott, Syndikus des Auswärtigen Amtes der Vereinigten Staaten; John W. Foster, ehemaliger Staatssekretär und Gesandter; Andrew J. Montague, früherer Gouverneur von Virginia; William M. Howard, Mitglied des Kongresses für Georgia; Richter Thomas Burcke aus Scattle; James L. Slaydon, Mitglied des Kongresses für Texas; Andrew D. White, früherer Botschafter in Deutschland, Präsident der Universität zu Ithaca und erster Delegierter der Vereinigten Staaten auf der ersten Haager Konferenz; Robert S. Brookings, Rechtsgelehrter aus St. Louis; Samuel Mather, Bankier und Stahlfabrikant in Cleveland; J. G. Schmidlapp, Eisenbahnleiter, Cincinnati; Arthur William Foster, Präsident der Universität von Kalifornien; R. A. Franks, Bankier in Hoboken; Charlemagne Tower, früherer Botschafter in Deutschland usw.; Oskar Strauß, Botschafter in der Türkei; Austen G. Fox in New York; John L. Cadwalader in New York; John Sharp Williams, künftiger Senator von Mississippi; C. L. Taylor, Präsident der Carnegie-Helden-Kommission; George W. Perkins von New York; Clevland H. Dodge; Robert S. Woodward.

Die Stiftung, die 10 000 000 $ beträgt, wurde in fünfprozentigen Pfandbriefen der Vereinigten Stahl-Korporationen übergeben. Die Jahreszinsen belaufen sich demnach auf 500 000 $ (d. i. 2 000 000 M. oder 2 500 000 Fr. oder Kronen).

Zum Präsidenten des Kuratoriums wurde Senator Elihu Root, zum Ehrenpräsidenten Präsident Taft erwählt.

Die Stiftungsurkunde, die Carnegie bei der Uebergabe des Fonds vorlas, und die eines der denkwürdigsten Dokumente des Pazifismus bildet, sei hier in deutscher Uebersetzung im Wortlaut mitgeteilt:

Der Stiftungsbrief.

„Meine Herren! Ich habe Ihnen — als Vertrauensmänner des Carnegie-Friedensfonds — die Summe von 10 000 000 $ in 5 % Pfandbriefen, Wert 11 500 000 $, übermittelt, deren Einkommen durch Sie verwaltet und verwendet werden soll, um die Abschaffung des internationalen Krieges — dieses häßlichsten Fleckens unserer Zivilisation — zu beschleunigen. Obgleich wir nicht mehr unsere Mitmenschen aufessen, oder unsere Gefangenen foltern, so fahren wir doch fort, einander im Kriege totzuschlagen, wie Barbaren. Nur wilden Tieren kann man solches Vorgehen in diesem unserem zwanzigsten Jahrhundert der christlichen Aera verzeihen, denn der Krieg ist an sich widerrechtlich, weil er ja niemals entscheidet, wer im Recht, sondern wer der Stärkere ist. Die Nation ist verbrecherisch, die das Schiedsgericht ablehnt, und ihren Gegner vor ein Tribunal treibt, das nichts von rechtschaffenem Urteil weiß.

Ich glaube, daß der kürzeste und leichteste Weg zum Frieden darin läge, die Platform des Präsidenten Taft anzunehmen, der in seiner Rede vor der New Yorker Friedensgesellschaft (22. März 1910) folgendes sagte: „Ich habe in unseren Schiedsgerichtsverträgen Ausnahmeklauseln bemerkt, die sich auf Ehrenfragen beziehen. Für meine Person sehe ich keinerlei Grund, warum Fragen nationaler Ehre nicht ebensogut vor ein Schiedsgericht gebracht werden sollten, wie Eigentums- und Besitzfragen. Ich weiß, daß ich hierin weiter gehe, als die meisten gewillt sind zu gehen, aber ich kann nicht einsehen, warum Ehrenfragen nicht einem Tribunal vorgelegt werden sollten, das aus Ehrenmännern besteht, die sich auf nationale Ehre verstehen, und daß man sich hierin ihrer Entscheidung nicht ebensogut fügen könnte, wie in was immer für anderen, zwischen den Nationen aufsteigenden Differenzen."

Ich erlaube mir zu zitieren, was ich als Vorsitzender des Friedenskongresses in New York 1907 gesagt habe. „Das Wort Ehre ist das am häufigsten entehrte Wort unserer Sprache. Kein Mensch hat jemals eines anderen Menschen Ehre berührt; keine Nation hat jemals eine andere Nation entehrt — alle Verwundungen der Ehre sind selbstbeigebrachte."

Bei der Eröffnung des internationalen Bureaus der amerikanischen Republiken in Washington, am 26. April 1910, sagte Präsident Taft: „Wir einundzwanzig Republiken können es nicht mehr dulden, daß zwei oder drei unter uns miteinander streiten. Dem mußten wir ein Ende machen; und wir werden nicht ruhen, Herr Carnegie und ich, bis nicht unserer neunzehn imstande seien, jeglichen Streit zwischen zwei anderen durch geeignete Mittel zu unterdrücken."

Ich hoffe, daß meine Vertrauensmänner damit beginnen werden, in dieser Richtung weiterzudringen — gründlich und ohne Skeptizismus. Ein Richter, der den Vorsitz in einer Sache führt, in der er selbst beteiligt ist, wird geächtet, wenn er entdeckt wird. Der Bürger, der sich in eigener Sache gegen seinen Mitbürger zum Richter aufwirft und sich herausnimmt, ihn anzugreifen, ist ein Gesetzübertreter und als solcher entehrt. So sollte auch eine Nation als entehrt gelten, welche darauf besteht, im Falle eines internationalen Streites Selbstrache zu üben.

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit auf folgenden Beschluß des Comités der auswärtigen Angelegenheiten in der ersten Sitzung des 50. Kongresses, 14. Juni 1888:

„Der Senat fordert hierdurch den Präsidenten der V. S. auf, von Zeit zu Zeit, je nachdem sich geeignete Gelegenheiten hierzu ergeben, mit irgendwelchen Regierungen, zu denen die V. S. in diplomatischen Beziehungen stehen, Verhandlungen zu dem Zwecke anzuknüpfen, daß jeglicher Streit, der zwischen den beiden Regierungen entstehen und keine diplomatische Schlichtung finden könnte, einem Schiedsgericht unterbreitet und auf diese Weise friedlich beigelegt werde." (Dieser Antrag, der in der Sitzung von 1888 nicht mehr zur Abstimmung kam, wurde am 14. Februar 1890 wieder eingebracht und am 3. April 1890 angenommen.)

Der Antrag wurde dem britischen Parlament vorgelegt, welches seinerseits eine Resolution annahm, des Inhalts, daß I. M. Regierung die Aktion des amerikanischen Kongresses gutheiße und bereit sei, zur Erreichung des angegebenen Zweckes ihre Mithilfe zu leisten. (Englisches Parlament, 16. Juli 1893). Hier finden wir schon den Geist, der die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 beseelt hat und den Abschluß von 80 Schiedsgerichtsverträgen herbeiführte, von welchen 23 auf unser Land entfallen.

Ich hatte die Ehre, im Jahre 1897 dem Präsidenten Cleveland ein Komitee von britischen Parlamentsmitgliedern, mit William Randel Cremer an der Spitze, vorstellen. Das Komitee überbrachte, als Antwort auf die Aktion des Kongresses, den Vorschlag eines Vertrages, durch welchen Großbritannien und die Vereinigten Staaten vereinbaren, jeden zwischen ihnen etwa sich erhebenden Streit schiedsrichterlich zu schlichten. Ein solcher Vertrag wurde im Dezember 1896 vom britischen Botschafter Pauncefote und dem amerikanischen Staatssekretär Olney unterzeichnet. Die Ratifikation kam aber nicht zu-

stande, weil an der erforderlichen Zweidrittel-Majorität drei Stimmen fehlten.

Es ist Grund zu glauben, daß Großbritannien den Wunsch hatte, den Vertrag ratifiziert zu sehen, oder bereit wäre, einem anderen gleichen Charakters zuzustimmen, so daß sich dem Erfolge der Taft'schen Politik keine Schwierigkeit in den Weg legen wird. Wenn die englisch sprechende Rasse einen solchen Vertrag annimmt, so werden wir nicht lange darauf zu warten brauchen, daß sich andere Nationen anschließen. Und es sei hervorgehoben, daß der Kongreßbeschluß von 1890 „jede Regierung" umfaßt „mit der die Vereinigten Staaten diplomatische Beziehungen pflegen oder pflegen werden", so daß die Einladung, die der Präsident ergehen lassen wird, an alle Nationen ergehen kann, da ja keine Zeitgrenze vorgesehen ist. Wenn die Unabhängigkeit und die Rechte der Nationen bezüglich ihrer internen Angelegenheiten in solchen Verträgen anerkannt werden, so kann über diese Elemente der Souveränität keinerlei Streit auftauchen.

Die Kuratoren sind ermächtigt, die Kapitalien zu verkaufen, zu investieren und zu reinvestieren, in den Vereinigten Staaten oder anderen Ländern, ohne weitere Einschränkung, als jene, welche den Sparkassen und Versicherungs-Gesellschaften auferlegt sind. Um der Stiftung gesetzliche Wirkungskraft zu verleihen, wird es notwendig sein, aus dem ernannten Kuratorium eine mit den Rechten einer juridischen Person ausgestattete Körperschaft zu bilden. Es wird für die Vertrauensmänner mit dem, was sie als solche tun oder unterlassen, keinerlei persönliche Verantwortung verbunden sein. Sie sind ermächtigt, Vakanzen auszufüllen, Beamte anzustellen und deren Gehalt zu bestimmen. Die Auslagen, die ihnen in Verbindung mit ihren Pflichten als Kuratoren erwachsen, sollen ihnen ersetzt werden, eingerechnet Reisekosten, Teilnahme an Versammlungen, so auch die Reisekosten für Frau und Tochter. Der Vorsitzende wird ein Honorar erhalten, welches die Kuratoren für geeignet erachten werden und das anzunehmen er verpflichtet werden kann.

Die Richtlinien der künftigen Aktionen können wohlweislich nicht festgesetzt werden. Vieles wird versucht werden müssen, und da ich volles Vertrauen zu den Mitgliedern des Kuratoriums hege, so lasse ich ihnen den weitesten Spielraum zu den zeitweise anzuwendenden Maßregeln, nur das eine Versprechen ihnen abnehmend, daß das einzige Ziel, das sie stets im Auge zu behalten haben, bis es erreicht ist, die schleunige Abschaffung des Krieges unter den sogenannt zivilisierten Nationen ist. Wenn zivilisierte Nationen solche Verträge, wie die erwähnten, abschließen, dann wird der Krieg unter gesitteten Menschen ebenso als gesetzwidrig verpönt sein, wie der persönliche Krieg (das Duell) und der Menschenverkauf (Sklaverei) jetzt schon innerhalb der weiten Grenzen der englisch sprechenden Rasse verpönt sind. Später mögen meine Kuratoren erwägen, was das nächstgrößte erniedrigende Uebel sei, dessen Vertilgung — oder was es für neue erhebende Elemente gibt, deren Einführung oder Förderung — am meisten zum Fortschritt, zur Höherbildung und zum Glück der Menschheit beitragen würden. Und so fort von Jahrhundert zu Jahrhundert, von Geschlecht zu Geschlecht, sollen meine Kuratoren entscheiden, wie sie den Menschen am besten auf seinem aufwärts führenden Weg helfen können, ohne Unterlaß, zu immer höheren und höheren Stufen der Entwicklung, denn wir wissen es jetzt, daß dem Menschen als sein Wesensgesetz der Wunsch und die Fähigkeit zur Vervollkommnung innewohnen — für welche es vielleicht — und vielleicht schon auf dieser Erde — keine andere Grenze gibt, als die Vollkommenheit.

Es mögen daher meine Vertrauensmänner von Zeit zu Zeit, von Epoche zu Epoche, sich fragen, wie sie am besten der Menschheit in ihrem herrlichen Aufstieg helfen können und dazu diesen Fonds verwenden.

Indem ich Ihnen für die freundliche Annahme des Vertrauensamtes und Ihre herzliche Zustimmung zu dessen Zweck meinen Dank sage, bin ich Ihr ergebener

Andrew Carnegie."

Zeugen:
Louise Whitfield Carnegie.
Margaret Carnegie.

* * *

Nach Entgegennahme der Stiftung traten die Kuratoren zu einer Beratung zusammen, bei der sie folgende Resolution faßten:

„Es wird beschlossen, daß der in der Urkunde beschriebene und von Mr. Carnegie heute übergebene Fonds für die Förderung des Friedens hiermit für die vom Stifter vorgeschriebenen Zwecke angenommen wird.

Es wird erklärt, daß die Kuratoren bei der Unterhaltung und Verwendung dieser großzügigen Gabe für das Wohl der Menschheit auf tiefste von dem aufrichtigen und edlen Geiste reiner Menschlichkeit bewegt sind, die den Stifter beseelte. Sie finden, daß alle denkenden Männer und Frauen ihm dankbar sein müssen und sich freuen sollten, soweit es in ihren Kräften liegt, an der Erreichung des ersehnten Endzieles, auf das er seine Hoffnungen gesetzt, und zu dessen Erreichung er beizutragen wünscht, mitzuhelfen. Sie geben sich über die Schwierigkeit keiner Täuschung hin, die darin liegt, eine so große Summe für solch einen Zweck klug und ohne Nachteil in zweckmäßiger und wirksamer Weise zu verwenden. Sie nehmen jedoch die Stiftung an in der Hoffnung,

daß damit, wenn auch manche Mißgriffe unterlaufen können, etwas Großes und Dauerndes erzielt werden kann.

Es wird beschlossen, daß von dem Vorsitzenden ein Siebener-Komitee ernannt werde, dessen Vorsitzender ebenfalls als Mitglied zu fungieren hat, um die Aufgabe dieser Körperschaft, deren Statut und andere Organisations-Details zu beraten und darüber einer künftigen, vom Vorsitzenden einzuberufenden Sitzung zu berichten.

Es wird beschlossen, daß die nächste Sitzung auf Einladung des Vorsitzenden abgehalten wird."

Der Kampf um den Boden.

Von O. Umfrid.

Unter den zahllosen Kriegen, die den Erdball erschüttert haben, ist ein großer Teil mit dem ausgesprochenen Zweck der Landerwerbung geführt worden. Man braucht zum Beleg dafür nicht auf die Zeiten der alten Römer und Karthager, auf die Einfälle der Cimbern und Teutonen, auf die Stürme der Völkerwanderung zurückzugreifen. Man darf ruhig auf die Beispiele der neuesten Zeit hinweisen und kann zeigen, daß der Krieg des Jahres 1866, der des Jahres 1870, aber ebenso der spanisch-amerikanische Krieg, der Burenkrieg, der ostasiatische Krieg mit Landerwerbungen von seiten des Siegers geendet haben. Die Veranlassung der betreffenden Kriege mag in diplomatischen Zettelungen gelegen sein, die nicht direkt mit der Absicht einer Grenzverschiebung zusammenhingen — dennoch war eine „Grenzregulierung" jedesmal das Resultat. Der Pazifismus verurteilt jeden Versuch, eine Rechtsfrage, also auch eine Grenzfrage, auf kriegerischem Wege zu lösen, weil er in der Entscheidung der Waffen überhaupt keine Lösung zu finden vermag. Nichtsdestoweniger dürfte die Frage berechtigt sein, ob nicht dem welterschütternden Ringen um die Ländereien dieser Erde ein Rechtsgedanke bewußt oder unbewußt zugrunde gelegen ist? Ich glaube diese Frage mit einem entschiedenen „Ja" beantworten zu müssen. Bei einer großen Anzahl jener Hekatomben, die dem Kriegsgott geopfert wurden, war der Kampf ums Recht, d. h. der Kampf um den fremden Grund und Boden das treibende Motiv. Norman Angell, mit dessen epochemachendem Buch „Die große Täuschung" ich mich an anderer Stelle gründlich auseinandersetze, scheint zu zwei Irrtümern Veranlassung zu geben. Wenn man ihn hört, so könnte man denken, der ganze Streit der Menschheit bewege sich um Aktien, also um Papiere. Nun liegen aber diesen Aktien nicht bloß „Kredite", sondern Werte zugrunde, und all diese Werte, es seien Naturprodukte oder industrielle Erzeugnisse, haben ihren Ursprung in dem unter unseren Füßen liegenden Boden. Daher wird die Frage, wem dieser Boden von Rechts wegen gehört, nicht sobald zur Ruhe kommen. Der Kampf um die Hektare, der zwischen Arbeitern und Bauern auszufechten sein dürfte, mag ein Jahrhundert füllen. Die Frage, ob es z. B. den römischen Großen erlaubt sein soll, Tausende von Morgen brach liegen zu lassen, um mit den Fieberdünsten der Campagna die Welt zu verpesten, während die besitzlose Masse hungert, oder ob die englischen Lords drei Viertel von England in Weidegrund für ihre Fuchsjagden verwandeln dürfen, während der englische Arbeiter dem krassesten Mangel preisgegeben wäre, sobald die Zufuhr ausbliebe — diese Frage sollte die Gelehrten und die Staatsmänner in ganz anderer Weise beschäftigen, als es heute geschieht. Es ist also ein Irrtum, zu meinen, daß es sich in dem Streit der Gegenwart nur um Aktien und Kredite handle. Ein zweiter Irrtum aber legt sich nahe, wenn man Norman Angells Ausführungen über Kolonialpolitik liest. Es ist ja frappierend, zu erfahren, daß die Engländer ihre Kolonien eigentlich nicht „besitzen", daß diese vielmehr nur in einer losen Allianz mit dem Mutterlande sich befinden, daß sie wirtschaftlich und politisch fast unabhängig sind. Dennoch ist es nicht ganz gleichgültig, wenn sich nachweisen läßt, daß England bei einer Bevölkerung von 43 000 000 Einwohnern 31 000 000 qkm Land unter seiner Flagge vereinigt, Rußland bei 120 000 000 Einwohnern 22 000 000 qkm, Frankreich bei 38 000 000 Einwohnern 9 840 000 qkm, Deutschland bei 65 000 000 Einwohnern nur 3 190 000 qkm, Japan bei 47 000 000 Einwohnern 640 000 qkm, China bei 320 000 000 Einwohnern 5 400 000 qkm und daß Indien bei 295 000 000 Einwohnern überhaupt kein eigenes Land besitzt und daß es in dem englischen Weltreich, zu dem es gehört, nur 5 000 000 qkm besetzt hält. Ein zu enges Wohnen ist aber nicht nur gesundheitsschädlich; es hindert auch die genügende Ernährung der Massen. Dazu kommt, daß bei der ungleichen Verteilung der Menschen über die Erde ungeheure Gebiete einen fast unbewohnten Eindruck machen, was seinerseits eine äußerst mangelhafte Bearbeitung des Bodens zur Folge hat. Wie soll denn in Australien, wo ein Mensch auf 2 qkm gefunden wird, oder in Brasilien, wo zwei Menschen auf 1 qkm vorkommen, von einer richtigen Ausbeutung der Erde die Rede sein? Man kann nun wohl sagen — und ich selbst habe das des öfteren ausgeführt —, daß die politische Einteilung der Erde relativ gleichgültig ist, vorausgesetzt, daß die Erde unter Kulturstaaten geteilt ist, was ja bis zu einem gewissen Grad tatsächlich der Fall ist. Immerhin liegt der Gedanke nicht ganz fern, daß die Zuteilung von 22 000 000 qkm an das minderwertige russische Kulturgebiet eine bedauerliche Tatsache sei, angesichts dessen, daß die wesentlich höherstehende deutsche Kultur zu-

nächst nur in 3 190 000 Geviertmetern sich in bodenständiger Weise auswirken kann. Aber beruhigen wir uns dabei, daß auch die Russen noch entwicklungsfähig sind, und daß die germano-romano-slawische Kultur, also die europäische Zivilisation, die Welt zum allgemeinen Besten beherrscht, daß also beispielsweise der Deutsche, er mag hinkommen wo er will, so ziemlich sicher sein kann, in einem anständigen Bett schlafen und unter dem Schutz der betreffenden Landesregierung seinen Handel treiben zu können. Ein anderes ist es um die Frage, ob nicht doch die allzu ungleiche Verteilung der Welt noch zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen kann. Die Engländer sind zwar nicht leicht zum Schutzzoll zu bekehren, aber theoretisch muß die Möglichkeit doch zugegeben werden, daß sich eines Tages das ganze englische Riesenreich mit seinen Kolonien zu einem mit Hochschutzzollmauern umgebenen Wirtschaftsgebiet zusammenschließt; und wenn nun Rußland sich ebenfalls abschließt, wie Frankreich und die Union es getan haben, — würde dadurch beispielsweise dem deutschen Handel nicht ein tötlicher Stoß versetzt? Und wird diese Unsicherheit nicht immer bestehen bleiben, so lange die grandiose Ungleichheit in der Verteilung der Erde besteht, oder so lange nicht festere Garantien als heute gegeben sind, daß die politische Vorherrschaft der einen Rasse nicht zu Ungunsten der anderen mißbraucht wird? Was soll aus den Chinesen und Indiern werden, wenn ihren Auswanderungsbestrebungen so, wie es bisher geschieht, von seiten der zivilisierten Staaten fast unübersteigliche Hindernisse in den Weg geworfen werden? Wird auf diese Weise die gelbe Gefahr nicht geradezu heraufbeschworen? Ist nicht zu fürchten, daß sich die Völker des Ostens eines Tages, „wenn der Riese erwacht", wie Züge von Wanderratten über die Erde hinwälzen werden? Das sind ja wohl Fragen, wie sie gewöhnlich im Lager unserer Gegner gestellt werden. Es hieße aber Vogelstraußpolitik treiben, wenn wir Pazifisten absichtlich unsere Augen vor diesen Gefahren verschließen wollten. Tatsächlich sagen sich Chinesen, Japaner, Indier, Neger und Deutsche — man verzeihe, daß ich unsere hochgeborenen Landsleute in so wenig anständiger Gesellschaft nenne — instinktiv, daß sie bei der Teilung der Erde zu schlecht weggekommen seien und daß doch die Erde der einzig solide Untergrund für allen Wohlstand sei.

Wie sollen die von Ferne drohenden Kämpfe um die Futterplätze beschworen werden? Ich habe an anderer Stelle auf die Möglichkeit einer staatlichen Uebereinkunft über räumlich beschränkte Lieferungsgebiete hingewiesen. An diesem Punkt berühre ich mich mit Barolins „Teilung der Erde". Man wird zwar nicht, wie er will, die ganze Welt vom grünen Tisch aus in deutsche, österreichische, russische, englische, französische Absatzgebiete einteilen können, aber man wird vielleicht imstande sein, von Fall zu Fall den Ausfuhrhandel zu regulieren, in der Art, daß man hier dem deutschen, dort dem englischen, dort dem französischen Handel die Vorhand zugesteht, wie das ja tatsächlich heute schon bei gewissen politischen Transaktionen geschieht. Das andere aber, was ich vorzuschlagen habe, ist viel wichtiger. Man suche auf diplomatischem Wege im Interesse der allgemeinen Sicherheit die australische und die kanadische Regierung, ebenso die anderen amerikanischen Staaten zur Anerkennung des Gesetzes der Hospitalität, also zur Zulassung der Fremden, zu bewegen. Die australische Einwanderungspolitik z. B. ist ja im eigensten Interesse des Landes zu beklagen. Der Reichtum der Nation würde in geometrischer Progression wachsen, wenn die Bevölkerung entsprechend vermehrt würde. Haben aber die mit Landbesitz schlecht dotierten Völker einmal genügenden Boden unter den Füßen, so werden sie aufhören, ein Element der Unruhe zu sein, sie werden vielmehr Stützen der allgemeinen Sicherheit werden. Dazu braucht — um das ausdrücklich hervorzuheben — keine politische Neueinteilung der Erde vorgenommen zu werden; es genügt, wenn die Möglichkeit, Niederlassungsverträge für die Auswanderungslustigen abzuschließen, international sanktioniert wird. Kurz, man schaffe Gerechtigkeit, und die Kriegsgefahr wird verschwinden. Die dann noch übrig bleibenden Reibereien müssen und werden sich schiedsrichterlich erledigen lassen.

Nicht an den Bettelstab?

Das Wort des englischen Finanzministers Lloyd George von dem Spiel des An-den-Bettelstab-bringens, das die Nationen durch den gegenseitigen Rüstungswettbewerb spielen, hat die Verteidiger der Rüstungen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn nicht ruhen lassen. Professor Delbrück, der in den „Preuß. Jahrbüchern" das Dogma von der Produktivität der Rüstungen vertritt, läßt in der Dezember-Nummer durch Professor Ballod den Nachweis bringen, daß nach den Aufstellungen über die ergänzungssteuerpflichtigen Vermögen, wie aus der Zunahme der Versicherungswerte bei den Versicherungsgesellschaften das Nationalvermögen jährlich um 5 Milliarden zunimmt, wogegen seiner Ansicht nach die jährliche Mehrbelastung des Volkes um 400 bis 500 Millionen, wie sie aus der Reichsfinanzreform sich ergibt, nicht in Betracht kommt.*)

*) Gestützt auf die Ausführungen Ballods veröffentlichte der österreichische General der Infanterie Emil von Woinvoich, Direktor des Kriegsarchivs zu Wien, unter dem Titel „Ist unsere Rüstung zu schwer?" in der „Neuen

Prof. Ballod bemüht sich auch, auszuführen, daß es nicht allein die wohlhabenden Klassen sind, die an dieser Vermehrung des Nationalvermögens teilnehmen, sondern beweist aus einer Zunahme der Löhne um 48 % und einer Zunahme des Konsums der Hauptnahrungsmittel eine allgemeine Zunahme des Wohlstandes.

Es ist keine kleine Aufgabe, dem rüstungsfreundlichen Professor auf den wirren Pfaden seiner statistischen Beweise zu folgen. Es sei aber angenommen, daß seine Angaben richtig sind. Was beweisen sie? Das Elend ist in Deutschland trotz der stets wachsenden Rüstungen nicht so groß wie vor zwanzig oder dreißig oder fünfzig Jahren. Die Volksmassen hungern weniger.

Soll man sich dabei beruhigen? Oder will der Herr Professor uns auch wirklich glauben machen, daß das gesamte deutsche Volk im Wohlstand lebt? Wer nur halbwegs die Verhältnisse kennt, weiß wie sehr die breite Masse des deutschen Volkes sich in kärglichen Verhältnissen befindet, und daß nur eine geringe Schicht der Bevölkerung auskömmlich, eine noch kleinere Schicht im Wohlstand lebt. Dafür möchte ich die Steuerstatistik für Preußen von 1902 anführen, wonach von 34 551 274 Einwohnern nur 3 759 377 zur Einkommensteuer herangezogen wurden. Das ist kaum ein Zehntel der Bevölkerung. Wenn man nun fünf Personen für die Familie annimmt, so muß man doch erkennen, daß die Hälfte der erwerbenden Bewohner Preußens ein der Einkommensteuer nicht unterliegendes Einkommen von unter 900 M. besitzt. Also die Hälfte der Bewohner Preußens, darunter auch fünfköpfige Familien, hat ein Einkommen, das ihnen die schwierigsten Entbehrungen auferlegt.

Wenn selbst das Nationaleinkommen sich um 5 Milliarden jährlich vermehrt, so darf nicht vergessen werden, daß die Rüstungen nicht bloß die Mehrausgabe von einer halben Milliarde, sondern unter Hinzurechnung aller mit dem Militarismus zusammenhängenden Belastungen alljährlich 2½ Milliarden Ausgaben auferlegen, so daß sich dieser Vermögenszuwachs jährlich um die Hälfte reduziert.

Es ist aber falsch, wie Prof. Ballod es tut, aus den Steigerungen der Versicherungswerte und der ergänzungssteuerpflichtigen Einkommen die Steigerung des Nationalvermögens und — noch falscher — davon die Steigerung des Volkswohlstandes abzuleiten. Diese Steigerung der versteuerten und versicherten Werte hängt aufs engste zusammen mit der Erhöhung der Bodenpreise in und bei den großen Städten, was für einzelne reiche Personen wohl eine Vermögenserhöhung bedeutet, aber gleichzeitig auch eine Belastung der überwiegenden Mehrheit des Volkes, da dadurch die notwendigsten Lebensmittel, vor allem die Wohnungspreise, in die Höhe gehen. Diese Art der Vermögenszunahme ist nur eine weitere Belastung des Volkes.

Was die Zunahme des Konsums der Hauptnahrungsmittel anbelangt, so hängt dies einfach mit der Zunahme der Industrie und den erhöhten Lebensansprüchen der Industriearbeiter zusammen. Das beweist noch nicht den wachsenden Wohlstand, sondern nur den wachsenden Willen zum menschenwürdigen Dasein. Wenn der Deutsche jetzt im Jahre zehn Kilo Rindfleisch mehr konsumiert als vor dreißig Jahren, so ist er dadurch noch nicht reich ist er kein Verschwender, den man verpflichten kann, ungestraft die stets wachsende Militärlast zu tragen.

Was wollte der Herr Professor beweisen? Daß die Rüstungen dem Volkswohlstand nützen; dazu verstieg er sich nicht einmal. Er begnügte sich, nachweisen zu wollen, daß sie dem Volkswohlstand nicht so sehr schaden, als die schlimmen Pazifisten behaupten. Wenn das der Fall wäre, müßte doch das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit mit seiner Lage äußerst zufrieden sein. Der Umstand aber, daß mehr als die Hälfte aller Wähler sozialdemokratische Stimmen abgibt, widerlegt diese Folgerung auf das anschaulichste. Das deutsche Volk ist unzufrieden mit dieser Politik des Wettrüstens und sehnt sich nach einer Politik der internationalen Verständigung, die ihm gestatten wird, sein Dasein in seiner Gesamtheit menschenwürdig auszugestalten.

Die Behauptungen des Professors Ballod sind übrigens gar nicht neu. Schon der deutsche Militärdelegierte auf der ersten Haager Konferenz, General von Schwarzhoff, hatte sie bei der Beratung über die Rüstungsbeschränkungen vorgebracht. Darauf hat ihm der französische Delegierte, Emil Bourgeois, treffend folgendes geantwortet: „Wir haben hier nicht das Recht, nur ins Auge zu fassen, wie unser eigenes Land die Lasten des bewaffneten Friedens erträgt. Unsere Aufgabe steht höher. Wir sind hier berufen, die Gesamtlage der Nationen ins Auge zu fassen.“ Und das will auch uns als der Kern des Problems erscheinen. Angenommen, daß das deutsche Volk die Lasten der Rüstungen leichter ertragen kann als jedes andere Volk in Europa, so sind die Schwierigkeiten der anderen auch ein Nachteil Deutschlands. Es hat wirtschaftlich kein Interesse daran, daß seine Kunden,

---

Freien Presse“ vom 22. Dezember v. J. einen Artikel, worin er auch für die armen Länder Oesterreich und Ungarn, den Nachweis der Produktivität und Leichtigkeit der Rüstungen erbringen wollte. Wir haben ihm hier nur mit den Worten Molieres zu antworten: „Vous êtes orfèvre, Monsieur Josse.“

von denen es leben muß, verarmen, es hat aber noch weniger politisch ein Interesse daran, da die Unzufriedenheit der durch die Rüstungen arg bedrückten Völker sich schließlich gegen jenen Staat Luft machen muß, der in seinem (angenommenen) Reichtum auf die anderen Staaten keine Rücksicht nimmt. Und gegen solches Aufbrausen des verzweifelten Europas würde Deutschland auch die Verdoppelung seiner Rüstungen nichts nützen.

Herr Professor Ballod, Sie haben gegen den Pazifismus nichts anderes bewiesen, als jener Professor Schmalz, der sich im Jahre 1815 nachzuweisen bemühte, daß die Einheit Deutschlands ein Nachteil und eine Schande für das deutsche Volk wäre, und als jene amerikanische Pastoren, die gegen die Anti-Sklavereibewegung ankämpften, mit der Behauptung, daß die Schwarzen gar keine Menschen seien und von Gott bei der Schöpfung schon als Knechte der Weißen bestimmt wurden. Sie werden den Siegeszug des Pazifismus ebensowenig aufhalten als jene kuriosen Köpfe, über die auch Sie sich heute belustigen! A. H. F.

Die Beschlüsse der IV. pan-amerikanischen Konferenz.

Erst jetzt werden die Beschlüsse bekannt, die die IV. pan-amerikanische Konferenz, die bekanntlich im Juli und August des vorigen Jahres in Buenos Aires tagte, gefaßt hat. Es ist eine reiche Sammlung von Abmachungen und Anregungen, die aus dieser wichtigen Versammlung — „eine der wichtigsten internationalen Versammlungen, die jemals abgehalten wurden" — hervorgingen.

Im ganzen sind es 4 Konventionen, 23 Resolutionen und 17 Motionen, die zutage gefördert wurden.

Die vier Konventionen beziehen sich: 1. auf die Rechte des literarischen und künstlerischen Eigentums; 2. auf die schiedsgerichtliche Regelung von Reklamationen aus Geldansprüchen oder Verlusten; 3. auf die Patente für Erfindungen, industrielle Muster und Modelle; 4. auf den Schutz von Handelsmarken und Wortzeichen.

Die Konvention für den Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums erkennt das in einem Staate nach dessen Gesetzen anerkannte Eigentumsrecht für alle anderen Staaten an. Die Konvention soll für jene Staaten in Kraft treten, die sie ratifizieren. Sie beginnt drei Monate nach Mitteilung der Ratifikation an die argentinische Regierung und erlischt ein Jahr nach der Kündigung.

Die Konvention für die schiedsgerichtliche Regelung von Reklamationen aus Geldansprüchen oder Verlusten ist eine Wiederholung des am 30. Januar 1902 auf der zweiten pan-amerikanischen Konferenz zu Mexiko für fünf Jahre angenommenen und auf der dritten Konferenz zu Rio de Janeiro 1906 etwas veränderten und bis 31. Dezember 1912 ausgedehnten Schiedsvertrages für Geldentschädigungen und Verluste. Der Art. 4 des jetzt abgeschlossenen Vertrages sieht jedoch vor, daß dieser unmittelbar nach dem 31. Dezember 1912, also nach Erlöschen der alten Konvention, mit unbegrenzter Geltungsdauer in Kraft tritt. Jedem einzelnen Staat ist der Rücktritt von der Konvention zwei Jahre nach erfolgter Kündigung gestattet.

Die Konvention für Patent- und Musterschutz erkennt die in einem Staate erworbenen Rechte für alle anderen Staaten an. Frühere Einzelverträge werden durch den neuen Vertrag außer Kraft gesetzt. Rücktritt ein Jahr nach Kündigung.

Aehnlich sind die Bestimmungen in der Konvention für den Schutz der Handelsmarken und Wortzeichen.

Die Resolutionen haben folgende Materien zum Gegenstand.

Die Gedenkveranstaltung für die Unabhängigkeit der amerikanischen Republiken durch Erbauung und Erhaltung eines ständigen Ausstellungsgebäudes amerikanischer Produkte in Buenos Aires und Herausgabe eines künstlerisch ausgestatteten geschichtlichen Gedenkbuches.

Die Prägung einer Medaille zu Ehren Carnegies mit der Inschrift: „Wohltäter der Menschheit".

Dank für die Abhaltung des amerikanischen wissenschaftlichen Kongresses in Chile und Ausdruck des Wunsches zur Abhaltung weiterer ähnlicher Veranstaltungen.

Der Verwaltungsrat der Union der amerikanischen Republiken soll beschließen, in welcher Weise die amerikanischen Republiken die Eröffnung des Panamakanals feiern werden.

Empfehlungen über die Erstattung von Denkschriften und Berichten der einzelnen Staaten zwecks Förderung der Arbeit der pan-amerikanischen Konferenzen.

Die durch die pan-amerikanischen Konferenzen begründete Zusammenarbeit der amerikanischen Staaten erhält die Bezeichnung „Union der amerikanischen Republiken", während das Bureau in Washington die offizielle Bezeichnung „Panamerikanische Union" erhält. Die Vorschriften für die Tätigkeit und Verwaltung des Bureaus werden revidiert und ergänzt.

Aufforderung zur tatkräftigen Unterstützung der Arbeiten der internationalen Kommission für die pan-amerikanischen Eisenbahnen und Ermutigung der Kommission zur Durchführung ihrer Arbeit.

Empfehlung einer Konvention betreffend die „Pan-amerikanische

Union", d. i. das frühere Bureau der amerikanischen Republiken in Washington.

Dank für die Abhaltung des amerikanischen wissenschaftlichen Kongresses in Buenos-Aires. Hoffnung auf das Gelingen des nächsten amerikanischen wissenschaftlichen Kongresses, der 1912 in Washington stattfinden soll.

Bevollmächtigung des Verwaltungsrates der „Pan-amerikanischen Union" zur Einberufung der V. Pan-amerikanischen Konferenz binnen einer Frist von fünf Jahren unter Bezeichnung des Ortes, wo sie abzuhalten ist.

Empfehlung auf Herstellung direkter Schiffsverbindungen zwischen den amerikanischen Staaten.

Urgierung zur Einberufung des auf der dritten Konferenz beschlossenen Rassen-Kongresses.

Empfehlung zum Beitritt zu der Washingtoner Sanitäts-Konvention und Aufforderung zur Teilnahme an der nächsten amerikanischen Sanitäts-Konferenz, die in Santiago de Chile stattfinden wird.

Empfehlung und Regelung eines umfangreichen Austausches von Professoren und Studenten zwischen allen amerikanischen Universitäten.

Empfehlung zur Vereinheitlichung und Regulierung des Konsulardienstes, des Zolldienstes, der Handelsstatistik und der einheitlichen Volkszählung.

Empfehlung zur Errichtung staatlicher bibliographischer Aemter nach dem Muster der in Argentinien, Chile und Peru bereits errichteten.

Die Motionen enthalten nur Höflichkeitsbezeugungen.

Elihu Burritt.

Geb. 10. Dezember 1810.

Hundert Jahre waren am 10. Dez. vorigen Jahres verflossen, seit Elihu Burritt, der „gelehrte Grobschmied", in New-Britain (Connecticut) das Licht der Welt erblickte. Seinen Beinamen erwarb sich der berühmte Menschenfreund dadurch, daß er als Knabe das Schmiedehandwerk erlernte, sich dabei, durch großen Wissensdrang getrieben, mannigfache Kenntnisse aneignete, namentlich ein umfangreiches Wissen in den orientalischen Sprachen. Sein Wissensdrang und seine geistigen Fähigkeiten führten ihn gar bald aus seinem ursprünglichen Berufe heraus und machten ihn zu einem in seiner Heimat, wie in Europa hochgeschätzten Förderer edler Menschlichkeit. Elihu Burritt wurde im Verein mit Ladd und Worcester, den Gründern der ersten amerikanischen Friedensgesellschaft, einer der Vorkämpfer der Friedensbewegung. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts kam er nach Europa, um hier zum erstenmal die Friedensidee zu verbreiten. Auf den großen Friedenskongressen, die 1848 in Brüssel, 1849 unter dem Vorsitz Victor Hugos in Paris, 1850 unter dem Vorsitz des ehemaligen Darmstädter Ministers Jaup in der Paulskirche zu Frankfurt am Main, und 1851 in London stattfanden, nahm er lebhaften Anteil.

Auf diesen Kongressen entwickelte Burrit den Gedanken eines Staatenkongresses und eines Staatengerichtshofes, den er Zeit seines Lebens mit ungeschwächtem Eifer betrieb. Die Idee war nicht seine eigene. Sie war dem Kopfe seines Landsmannes William Ladd entsprungen. Aber Burritt gebührt das Verdienst, sie zum erstenmal in weiterer Oeffentlichkeit bekanntgemacht und zur freien Erörterung gestellt zu haben. Der Staatenkongreß sollte sich aus Abgesandten aller christlichen und zivilisierten Nationen zusammensetzen und die Aufgabe besitzen, die Grundsätze eines internationalen Rechtes festzustellen und durch gegenseitige Verträge den Völkerfrieden zu sichern. Die Nationen sollten auf diesem Kongresse gleichberechtigt sein und die dabei gefaßten Beschlüsse sollten nachträglich von den inneren Organen der vertretenen Staaten ratifizert werden.

Als Burritt diesen Gedanken in Europa vertrat, fand er wohl schon einige Anhänger, die Mehrheit der Regierungen und die übergroße Oeffentlichkeit verhielten sich diesen Plänen gegenüber gleichgültig. Erst ein halbes Jahrhundert später konnte im Haag jene Staatenkonferenz zusammentreten, die dem großen Menschenfreund vorgeschwebt hatte, als er seine Ideen in seiner Zeitschrift „Advocat of Peace" und in den sehr bekanntgewordenen Flugblättern, die er „Oelblätter" benannte, verfocht.

Elihu Burrit ist 1879 in seiner Vaterstadt gestorben. Er hat weder die Haager Konferenzen, noch die pan-amerikanischen Konferenzen erlebt. Sein Verdienst, diese großen Einrichtungen zur Völkerverständigung vorbereitet zu haben, bleibt ihm ungeschmälert bewahrt. Er war einer der Vorkämpfer, die die große Idee des Weltfriedens zutage förderten. Sie ihrer Schlacken zu entledigen, blieb einer späteren Zeit vorhanden. In Amerika wird das Andenken des großen Volksmannes hochgehalten. Im Mai dieses Jahres wurde zur Feier des Elihu Burritt-Jahres in seiner Vaterstadt ein großer Friedenskongreß abgehalten, in dessen Programm auch die Veranstaltung einer internationalen Huldigung am Grabe Burritts enthalten war. Die Vertreter von 27 Nationen beteiligten sich an dieser Feier, bei der auch die politische und Gelehrtenwelt der Vereinigten Staaten vertreten war. Ueber dreitausend weißgekleidete Schulmädchen defilierten vor dem Grabe. Die ganze Stadt war beflaggt, und die Läden und Aemter blieben zu Ehren des großen Mitbürgers geschlossen.

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 12. Januar 1911.

Das Ende des Jahres 1910 und der Anfang von 1911 haben für die Entwicklung der Friedensbewegung, die ja ein Teil der Kulturentwicklungs-Geschichte ist, einige hochwichtige Erscheinungen gezeitigt. Der Lokalpolitiker und Tagespolitiker, den nur das interessiert, was im Umkreis der örtlichen und zeitlichen Nähe geschieht, hat für die Tragweite jener Erscheinungen wieder kein oder nur gar wenig Verständnis aufgebracht. Und doch handelt es sich dabei um Großes, Richtunggebendes, Ausschlaggebendens. Es kommt aus der Neuen Welt. Drei Aktionen sind es, die ich meine: Die im Repräsentantenhaus eingesetzte Friedenskommission, die Stiftung des Carnegie-Friedensfonds, der Antrag Tafts an Großbritannien zum Abschluß eines einschränkungslosen Schiedsgerichtsvertrags. Diese drei Aktionen, mit allem, was drum und dran ist, rechtfertigen den Ausspruch des Senators Elihu Root bei der Eröffnung eines Meetings in Washington, 15. Dezember: „Die Friedensbewegung ist nunmehr aus dem Stadium der Theorie in das der Praxis eingetreten". Ich will zu den drei Paragraphen, welche verdienen, in der Chronik des Pazifismus mit großen roten Buchstaben angeführt zu werden, nur einige Bemerkungen fügen:

Ad 1.

In einem Brief, datiert Skibo Castle, 30. Juni 1910, schrieb mir der Schloßherr: — — —, die größte letzte Neuigkeit ist die Annahme eines Antrages im Repräsentantenhaus und im Senat zur Einsetzung einer Kommission zwecks Zustandebringung eines Friedensbundes zwischen den Staaten. Herr Roosevelt soll der Präsident dieser Kommission werden. „This means business". Amerika geht ernsthaft ans Werk. Ich hoffe, daß wir nicht mehr weiter zu Riesenrüstungen getrieben werden. Das gute Werk geht tapfer vorwärts. Immer der Ihre

Andrew Carnegie.

In seiner letzten Botschaft an den Kongreß erwähnte Präsident Taft die Einsetzung dieser Kommission. Der Antrag, dessen Text an anderer Stelle dieser Nummer abgedruckt ist, stieß zuerst auf einige Zweifel; es traten aber außenstehende Korporationen (darunter der New Yorker Friedensverein, dessen Präsident A. Carnegie ist, so auch die Ginnsche „Peace school" u. a.) dafür ein; eine Deputation einflußreicher Männer befürwortete sie beim Auswärtigen Amt, und dieses ließ ihn dann mit unterstützenden Worten an das Haus zurückgehen, wo er nunmehr einstimmig angenommen wurde. Dann ratifizierte ihn der Senat, worauf der Präsident ihn unterzeichnete — und die Bill ward zum Gesetz. Damit verkündeten die Vereinigten Staaten Nordamerikas vor aller Welt, daß sie bereit seien, im Rate der Völker die Ideen eines Friedensbundes der Staaten zu vertreten.

Ad 2.

Nicht die Summe, nicht die 10 Mill. Doll. sind es, die der Sache einen solchen Impuls geben — ein einziger Dreadnought kostet mehr. Es sind die begleitenden Umstände, es ist der Stiftungsbrief — an sich ein Dokument von apostolischer Kraft — es ist die Zusammensetzung des Kuratoriums, das aus den Spitzen der in öffentlichem Amte stehenden Männer der Union besteht mit einem Elihu Root als Vorsitzenden, mit dem Staatsoberhaupt als Ehrenpräsidenten. In dem Stiftungsbrief wird ohne Umschweife, ohne Vorbehalte „die Abschaffung des Krieges" — „this foulest blot on civilisation" als das einzige zu erreichende Ziel hingesetzt, und in der Resolution, mit welcher das ernannte Kuratorium das Vertrauensamt „für den vom Stifter vorgeschriebenen Zweck annimmt", heißt es, „daß alle denkenden Männer und Frauen ihm dankbar und freudig bereit sein sollten, zu helfen, daß das sehr erstrebenswerte Ziel, in das er seine Hoffnung setzt, erreicht werde". Obwohl Carnegie keine bestimmten Direktiven gibt und die Mittel und Wege den Entschlüssen seiner Vertrauensmänner überläßt, so weist er doch in der Stiftungsurkunde auf den Ausspruch Tafts hin, daß er keinen Grund sehe, die Klausel der „nationalen Ehre" in den Schiedsverträgen beizubehalten — und diese Platform des Präsidenten gibt Carnegie als die Linie an, auf der weiter vorgegangen werden soll. Man sieht, die Spende soll hauptsächlich dazu dienen, den positiven Friedensaktionen der Regierung jenen Nerv zu geben, dessen auch die Kriegspolitik nicht entraten kann.

Ad 3.

Die vor einigen Tagen im Depeschenteil der Blätter kurz mitgeteilte Nachricht, zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien sei der Abschluß eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages im Zuge, hat bei unserem Publikum wenig Eindruck gemacht. Es wurden in unseren Hauptzeitungen auch keinerlei Leitartikel daran geknüpft, also wußte man nicht recht, worum es sich handelt. Wenn man aber die Nachricht in Zusammenhang mit der Einsetzung der Friedenskommission, mit der Stiftung Carnegies und mit der „Platform Tafts" betrachtet, so erkennt man, daß da nichts Geringeres in Angriff genommen worden ist, als die auch von Campbell-Bannermann in seiner Guildhall-Rede und von Roosevelt in seiner Christiania-Rede verkündete „Friedensliga der Staaten". Ein Schiedsvertrag, der alle Streitfälle dem Forum des Schwertes entzieht, verbunden vielleicht mit der Fusion der beiderseitigen Flotten: das ergibt doch einen Bund, der — indem er allen andern Staaten zum Anschlusse offen steht — den Kern zu einer allgemeinen Rechts-Föderation bilden kann. Jener einschränkungslose Vertrag, der schon im Jahre 1897 auf dem Punkte war, abgeschlossen zu werden, und der

an einem Zufall (die drei an der Zweidrittelmajorität mangelnden Stimmen) scheiterte, wird jetzt wieder, in erweiterter Form, mächtig unterstützt, offiziell in Verhandlung genommen. Das ist ein Ereignis — ein kulturhistorisches Ereignis — das von den Sehenden nicht hoch genug einzuschätzen ist und vielleicht eben darum von den Blinden so wirkungslos abprallt. — Ja, wenn irgendwo eine halbverhüllte Kriegserklärung in Sicht gewesen wäre, da hätte es Sensation genug gegeben — aber diese entschiedene, offene, laute, von den leitenden Männern eines mächtigen Staates der Mitwelt gebotene Friedenserklärung, die läßt die Allgemeinheit kalt. Die Allgemeinheit hat eben, wie es scheint, noch kein Organ dafür. Dieses auszubilden bleibt immerhin noch die Aufgabe der pazifistischen Vereine — denn auf Widerstand, besonders auf passiven, wird die amerikanische Aktion noch stoßen, das ist zweifellos. Von den Kriegsanhängern gar nicht zu reden: selbst unter den Mitgliedern der pazifistischen Organisationen — interparlamentarische Union, Haager Gerichtshof, Völkerrechtsinstitute usw. — gibt es viele, die den Frieden wollen — unter Beibehaltung des Krieges. Diesen werden Carnegie und Taft zu radikal sein, zu weit gehen. Schließlich aber können doch nur die Führer sein, die weiter gehen als andere.

☞

In seiner Rede über die auswärtige Politik kam der deutsche Reichskanzler über das Verhältnis zu England zu sprechen. Ich halte es für zweckmäßig, sagte er, darüber folgende Erklärung abzugeben. Herr v. Bethmann-Hollweg, der bisher frei gesprochen, ergreift ein Blatt und liest:

„Ueber unsere Beziehungen zu England und angebliche Verhandlungen mit diesem über eine vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen zur See, muß ich zunächst hervorheben, daß es wohl publici juris ist, daß die großbritannische Regierung wiederholt dem Gedanken Ausdruck gegeben hat, eine vertragsmäßige Beschränkung der Flottenrüstungen herbeizuführen. Diesen Gedanken hat die englische Regierung bereits in der Konferenz im Haag geäußert. Seitdem hat England diesen Gedanken wiederholt erneuert, ohne jedoch Anträge zu stellen, die für uns einen Anlaß zur Annahme oder Ablehnung geben konnten. (Der Antrag war ja ein prinzipieller: „Reden wir darüber", und dieser wurde wiederholt abgelehnt. B. S.) Wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in bezug auf die Rüstungen zu vermeiden, und haben dem in unverbindlichen, aber von freundschaftlichem Geiste getragenen Verhandlungen Ausdruck gegeben. Die Aussprache darüber und die darauf folgende Verständigung über die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen gab Gelegenheit zur Beseitigung des gegenseitigen Mißtrauens bezüglich der Rüstungen zu Wasser und zu Lande. (Aber nicht zu ihrer Einschränkung. Uebrigens sind Rivalität und Mißtrauen die Wesenselemente der Rüstungen, die sich daraus nicht eliminieren lassen. B. S.) Der Gedankenaustausch dürfte eine Garantie bieten für die friedlichen Absichten auf beiden Seiten und zur Beseitigung des Mißtrauens führen, das sich zwar nicht zwischen den Regierungen, aber in der öffentlichen Meinung vielfach geltend gemacht hat."

Diese Ausführungen schienen offenbar noch zu klar und verständlich. Sie sagen zwar nicht viel, aber doch etwas. Der Text wurde daher in der offiziellen Fassung mit der gehörigen diplomatischen Undurchsichtigkeit versehen und im Telegraphenbureau wie folgt veröffentlicht:

Bis zu den Worten „Gedanken Ausdruck gegeben hat" gleichlautend, und dann abweichend: „daß eine vertragsmäßige Festlegung der Flottenstärke (also nicht mehr das ominöse Wort „Beschränkung der Rüstungen" — so etwas niederzuschreiben sträuben sich die wohlgesinnten Kanzleikielfedern —) der einzelnen Mächte zu einer wesentlichen Beruhigung in den internationalen Beziehungen beitragen. Auch wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in betreff der Rüstungen zu vermeiden, haben aber in den unverbindlichen, von gegenseitigem freundschaftlichen Geiste getragenen Pourparlers stets den Gedanken vorangestellt, daß eine offene und vertrauensvolle Aussprache und darauf folgende Verständigung über die gegenseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen der beiden Länder das sicherste Mittel zur Beseitigung jeglichen Mißtrauens wegen des gegenseitigen Kräfteverhältnisses zu Wasser und zu Lande sei".

Diese Stilprobe wurde hierauf in den politischen Blättern als eine, jegliches Mißverständnis verscheuchende Friedenskundgebung begrüßt und an leitender Stelle kommentiert, während sie doch offenbar in die Rätselecke gehört.

☞

Wenn bei uns zu Lande ein Millionär (Wundervogel, wo bist du?) sich bewogen fühlte, einen Friedensfonds zu stiften, er fände wohl unter unsern höchsten Würdenträgern des Staates kein Kuratorium, das ihn verwalten wollte. Nur dem Flottenverein erblüht die Gunst von oben. Die „Flagge", das Vereinsorgan, enthält schmeichelhafte Zuschriften an das Präsidium vom Marinekommandanten Grafen Montecuccoli und vom Handelsminister Dr. Weißkirchen. Die Dankbarkeit des Admirals ist schließlich natürlich, aber woher das Entzücken des Handelsministers? „Mit aufrichtiger Freude habe ich aus den mir gemachten Mitteilungen einen Aufschwung des Vereinslebens und eine Erstarkung der Organisation entnommen, wie sie wohl den schönsten und am lautesten sprechenden Beweis für die Tragfähigkeit und die werbende Kraft der von dem geehrten Verein mit so viel ehrlicher Ueberzeugung, ja Begeisterung, und so früchtereichen Erfolgen vertretenen patriotischen, wirtschaftsfördernden (!) Idee erbringt, der Idee, daß auch wir

Oesterreicher auf dem Meere zu Hause sind und allen Anspruch, aber auch die Pflicht haben, uns dort heimisch einzurichten."

Ach, was ist das z. B. doch für gemütliches, heimliches, häusliches Möbel, so ein von Flatterminen lieblich umkräuselter Dreadnought! Im weiteren Verlauf schwenkt der Minister zwar auf die Handelsmarine ab, aber man weiß doch, daß sich der Verein mit dieser nur „im Nebenberuf" beschäftigt, die Hauptsache bleibt die den Flottenkommandanten so dankbar stimmende Beschaffung von Opfergaben für die Kriegsmarine. Der Brief Dr. Weißkirchners schließt mit dem herzlichen Wunsch, „daß es dem Oesterreichischen Flottenverein beschieden sein möge, sich in jugendfrischem Aufstreben der mächtigen Förderung seines durchlauchtigsten Protektors stets in gleicher Weise wert zu erweisen, wie bisher."

☞

Flotte und kein Ende! Der Dreadnought ist das Wahrzeichen unserer friedensehnenden, friedenversichernden, friedenbenötigenden Zeit. Dieser Widerspruch tut sich von allen Seiten kund. Am 29. Dezember hat der Erzherzog Thronfolger in Vertretung des Kaisers die Delegationen in Budapest empfangen. In der Thronrede, die er verlas, kam die übliche Stelle von den guten Beziehungen zu allen übrigen Mächten, aber daneben noch die ausdrückliche Versicherung, daß nirgendsher eine Kriegsgefahr drohe und der Weltfrieden gesichert erscheint. Und gleich darauf, ohne den geringsten Uebergang: „Zur Ausgestaltung der Marine und zum Bau der erforderlichen Dreadnoughts" usw. Die Thronrede nennt die Summe noch nicht, die von den Delegationen verlangt werden wird, doch man weiß, es werden 300 Millionen sein. Ein Artikel der „Zeit" befaßt sich mit dem Stande der italienischen Flotte und dem Ausbau der österreichischen: „ . . . Wenn dann die mit vielversprechenden Anfängen binnen nur drei Jahren zur Konsolidierung gelangte Werft von Monfalcore in entsprechender Zeit ebenfalls den Dreadnoughtbau wird wagen können, so würden auf unserer Seite acht gegenüber den zehn italienischen Neubauten gleichzeitig realisierbar sein, usw." Das Ergebnis dieser Betrachtung besteht also darin, daß auch diese technische Frage für uns keineswegs aussichtslos ist. Die beste Friedensgewähr beruht für alle Zeiten in dem gegenseitigen Gleichgewicht der Kräfte, demnach in der Möglichkeit, auch die fieberhaften Rüstungen der einen Partei durch analoge Maßnahmen paralysieren zu können." — Der Artikelschreiber weiß wahrscheinlich nichts von der schon hundert Jahre währenden Friedensgewähr, welche die Abrüstung der großen Seen zwischen Nordamerika und Kanada geboten hat? Für 1914 wird jetzt schon eine große Friedensfeier geplant zur Erinnerung daran, daß im Jahre 1814 die tausend Meilen langen Küsten an beiden Seiten der Seen von ihren Befestigungen befreit und die auf den Gewässern befindlichen Kriegsschiffe in Handelsschiffe umgetauscht wurden. Wieviel Geld, wieviel Bitterkeit, wieviel gegenseitiges Wettrüsten und wer weiß? — wieviel Kriege sind dadurch erspart worden? Könnten Italien und Oesterreich-Ungarn nicht das gleiche auf der Adria versuchen? Den „soldatisch" Gesinnten auf beiden Seiten würde der Gedanke freilich ungeheuerlich erscheinen. Diese Gesinnung ist das größte Hindernis, das sich der Organisierung der Welt entgegenstemmt. Hier eine Probe dieser Denkungsweise. In einem Aufsatz über die Neutürkei und ihre Wehrkräfte schreibt ein Militärschriftsteller:

„Existieren bleiben kann und wird sie, wenn sie nur die goldenen Worte Mohammeds „Das Paradies ist unter dem Schatten des Schwertes" und die Mahnung ihres „deutschen Schutzheiligen" Goltz im Sommer 1908 „Seid stark, und man wird gerecht gegen euch sein" jederzeit befolgt. Das eine ist sicher: die nächste Zukunft der Neutürkei gehört den türkischen Soldaten. So sehr es unter dem alten Regime förmlich ein großes patriotisches Opfer war, türkischer Soldat zu bleiben und sich dabei echte Soldatenlust und Begeisterung zu bewahren, so sehr ist es jetzt für echte Soldatennaturen eine Freude, Soldat der Neutürkei zu sein. Die Soldaten aller europäischen Armeen, die in eine trübe, langweilige Friedenszukunft sehen, können ihre türkischen Kameraden um ihre Zukunftsaussichten tief beneiden. Ihnen gehört die Zukunft der Neutürkei, sie können sie zu einer glänzenden machen — und im schlimmsten Falle steht ihnen ein glorreicher Untergang bevor." (Danzers Armeezeitung, Nr. 51—52.)

☞

Unglücksfälle hat es in den verflossenen Wochen wieder in Unzahl gegeben: Erdbeben, Eisenbahnzusammenstöße, Grubenbrände, Aviatiker-Abstürze — — — ach unser kleiner, armer Planet! Wenn nur wenigstens jener Wolf verschwinden könnte, der noch immer des Menschen Wolf ist. Darum zum Schluß ein freudiges „Waidmanns Heil!" jenen amerikanischen Schützen, die dieses Wild aufs Korn genommen haben.

☞

Zwischen dem deutschen Kaiser und Zar Nikolaus und ihren Ministern hat in Potsdam eine Entrevue stattgefunden, bei der ein Uebereinkommen über die strittige Bagdadbahn-Frage getroffen und überhaupt Annäherung angebahnt wurde. Immer deutlicher und sichtbarer ziehen sich die Freundschaftsfäden zwischen den Mächten der beiden Dreibünde — was fehlt da noch am Netz des Sechsbundes? Die Chauvinisten überall waren über die Potsdamer Abmachungen sehr unwirsch; die friedliche Hinwegräumung strittiger Fragen stört sie in ihren Kreisen. Daily Telegraf jammerte, daß, wenn Rußland und Deutschland wirklich übereingekommen seien, bei keinerlei gegen den einen

oder den anderen gerichteten Angriffen sich daran zu beteiligen, damit der eigentliche Zweck der Triple-Entente illusorisch geworden sei. Es ist doch eine einfache Jingo-Lüge, daß dieser Zweck jemals ein kriegerischer gewesen sei. So erklärt denn auch Pichon in seiner letzten Rede über die auswärtigen Angelegenheiten, daß sich Frankreich, dessen Politik eine dezidierte Friedenspolitik sei, nur darüber freuen könne, wenn Rußland und Deutschland Schwierigkeiten, die zu Konflikten führen konnten, aus dem Wege geschafft worden seien. Es sei dies eine Garantie mehr für den Weltfrieden. Am Schlusse seiner sehr pazifistischen Rede hebt aber auch Pichon unter den Friedensgarantien den Ausbau von Heer und Marine hervor. Durch diesen Widerspruch, der allgemein zwischen Zweck und Mittel aufrecht erhalten wird, entsteht jene ewig geteilte Auffassung, der die politischen Ereignisse und Aktionen überall begegnen. Alles wird darauf berechnet, daß es den Pazifisten und den Chauvinisten zugleich Befriedigung bringe, und bringt doch beiden Aerger. Wenn Ententen und Freundschaften als Bedrohungen des Friedens und Mordmaschinenerhöhung als Sicherung des Friedens angesprochen werden können, so geschieht gar nichts, was ehrlich bedroht und was ehrlich sichert. Das Werkzeug soll doch mit der gewollten Arbeit übereinstimmen: man schafft sich doch nicht Drehbänke an, um darauf Violine zu spielen, und Stradivariusse wird man nicht als Heizmaterial betrachten.

Pazifistische Chronik.

9. November. Friedensdebatte im kärntnerischen Landtag. Annahme des Antrags Aichelburg-Labia auf Feier des internationalen Friedenstages in den Schulen.

15.– 17. Dezember. Kongress der amerikanischen Gesellschaft zur friedlichen Beilegung internationaler Streitfälle in Washington. Präsident Taft tritt abermals für vorbehaltlose Schiedsverträge ein.

16. Dezember. Bei den Beratungen über den Ausbau der Schweizer Befestigungen tritt Nationalrat Dr. Gobert für eine Einschränkung der Militärlasten ein.

19. Dezember. Es wird bekannt, dass die englische Regierung eine grosse Anzahl der aus dem Burenkrieg herrührenden Entschädigungsansprüche Deutscher abgelehnt habe.

27. Dezember. Zusammentritt der österreichischen und ungarischen Delegationen in Budapest. Die Thronrede kündigt neue Heeres- und Marineforderungen an.

31. Dezember. Kaiser Wilhelm genehmigt die Stiftung, die Carnegie für Friedenshelden in Deutschland in der Höhe von 1¼ Million Dollar gemacht hat.

1. Januar. Beim Neujahrsempfang im Elysée gab Präsident Fallières der Hoffnung Ausdruck, dass die Bemühungen der Diplomatie zur Beilegung internationaler Streitigkeiten durch Schiedsgerichte weiter Erfolg haben werde.

4. Januar. Die zur Prüfung der deutschen Forderungen an den Machsen in Tanger eingesetzte Schiedskommission beendigt ihre Arbeiten.

4. Januar. Die peruanische Regierung beschliesst, den Grenzstreit mit Ecuador dem Haager Schiedshof zu unterbreiten.

6. Januar. Besprechung des Präsidenten Taft mit Mitgliedern des Senatsausschusses über die Umwandlung des anglo-amerikanischen Schiedsvertrages in einen vorbehaltlosen Vertrag. Anbahnung der Verhandlungen mit dem englischen Botschafter Bryce.

8. Januar. Andrew Carnegie hält in New-York einen Vortrag, in dem er den Abschluss eines Welt-Schiedsvertrages im Verlaufe eines Jahres ankündigt.

Aus der Zeit.

Völkerrecht.

Rußland und die Türkei vor dem Haager Schiedshofe.

Zu den drei neuen, dem Haager Schiedshofe überwiesenen Streitfällen, von denen in der letzten Nummer der „Friedenswarte" berichtet wurde, ist jetzt bereits ein weiterer hinzugekommen, nämlich ein Grenzstreit zwischen Peru und Ekuador. Es ist dies der erste Fall vor dem Haager Hofe, bei dem keine Großmacht beteiligt ist, wenn man von dem schwedisch-norwegischen Konflikt absieht, der dem Haager Hofe nicht direkt überwiesen war, sondern bei dem das internationale Bureau lediglich seine Dienste nach Artikel 47 Abs. I des Haager „Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten" zur Verfügung gestellt hatte. Peru hat bereits zusammen mit Italien dem Haager Hofe einen Streit überwiesen, und somit, ebenso wie ein anderer südamerikanischer Staat, Venezuela, das Haager Tribunal zweimal in Anspruch genommen. Zu dem zwölften Falle wird vielleicht schon in Kürze ein dreizehnter hinzukommen, sollen doch Italien und die Türkei nach einer Haager Meldung beabsichtigen, den Zwischenfall von Hodeidah ebenfalls im Haag entscheiden zu lassen.

Der russisch-türkische Konflikt nimmt aus zwei Gründen unser besonderes Interesse in Anspruch, einmal darum, weil sich hier die dem Zusammentritt des Schiedsgerichts vorhergehenden Ereignisse ungewöhnlich lange verzögert haben und noch verzögern. Bereits im Mai 1904 berichtete die „Friedenswarte" (S. 96) folgendes: „Eine Jrade des Sultans genehmigt den Vorschlag, wonach die russischen Finanzforderungen dem Hager Schiedsgerichte unterbreitet werden sollen. Man erwartet eine schnelle Erledigung, da die Hauptforderung von 380 000 Pfund, die aus der Zeit des russisch-türkischen Krieges herrührt, keiner Erörterung unterliegt. Angefochten wird von türkischer Seite die Nebenforderung an Zinsen und Zinses-

zinsen, welche das Hauptobjekt auf 925 000 Pfund erhöhen." Es ist recht eigentümlich, daß sich die Sache schon so lange hinzieht. Noch bemerkenswerter ist aber, daß mir noch im Oktober von einem gut orientierten Mitgliede des Haager Schiedshofes berichtet wurde, es schwebe ein russisch-türkischer Streit wegen der Zahlung von Verzugszinsen vor dem Haager Hofe, daß aber bis Anfang 1911 das internationale Bureau keinerlei Mitteilung von diesem Falle erhalten hat. Das wird daran liegen, daß die Bildung des Schiedsgerichts noch nicht erfolgt ist; denn gemäß Artikel 46 der Haager Konvention erfolgt die offizielle Mitteilung an das Bureau erst nach der Bildung des Schiedsgerichts.

Der Entscheidung des Schiedsgerichts in dem russisch-türkischen Konflikte darf man besonders deshalb mit Interesse entgegensehen, weil zwischen dem Kgl.-Rumänischen Justizfiskus und einer Münchener Firma, deren Rechte durch das Deutsche Auswärtige Amt und den Handelsvertragsverein vertreten werden, seit etwa 15 Jahren auch Differenzen über die Frage schweben, ob der Rumänische Justizfiskus zur Zahlung von Verzugszinsen verpflichtet ist. Ohne dem Urteile des Ständigen Schiedshofes in dem russisch-türkischen Konflikte vorgreifen zu wollen, darf doch so viel behauptet werden, daß bei allen bisherigen Schiedssprüchen, falls nicht ganz besondere Umstände vorlagen, die Staaten zur Zahlung von Zinsen seit dem Tage der Fälligkeit der Forderung verurteilt wurden. (Vgl. die bei La Fontaine, Pacierisie Internationale, 1902, S. 104, 122, 168, 222, 225, 281, 377, 397, 411, 420, 449, 474, 509, 520, 544, 609, 617 usw. angeführten Entscheidungen.) In dem Schiedsspruche des Kaisers von Oesterreich vom 2. Juli 1881 in dem Streite zwischen Nicaragua und England wurde Nicaragua lediglich deswegen nicht die Zahlung von Verzugszinsen auferlegt, weil es sich hier, wie im Urteil hervorgehoben wurde, nur um eine numeratorische Liberalität gehandelt habe (a. a. O. S. 392). Auch betont Hofer in seinem vortrefflichen Buche „Der Schadenersatz im Landkriegsrecht" (Zürich, 1910), daß sich für sein Thema nur wenige Prinzipien aus der schiedsrichterlichen Praxis ableiten ließen, ganz zweifellos aber der Satz, daß von geschuldeten Kapitalien Zinsen gezahlt werden müßten.

Was die Frage der Zinseszinsen angeht, so ist die Gefahr, daß infolge dieser Berechnung die Forderungen eine gewaltige Höhe erreichen, bei Forderungen gegen Staaten mindestens so groß wie im Privatrecht, da die Grundforderung im Verkehre mit Staaten meist nicht nur besonders hoch, sondern auch recht alt ist. Zinseszinsen dürfen daher für Forderungen gegen Schuldnerstaaten nicht berechnet werden. Auch das Schiedsgericht des Haager Tribunals in dem Streite zwischen Mexiko und Nordamerika ist von diesem Grundsatze ausgegangen. Es handelte sich darum, daß Mexiko 33 Jahre lang an Amerika eine bestimmte Rente nicht bezahlt hatte. Mexiko wurde lediglich zur Zahlung des 33fachen Betrages der Jahresrente verurteilt. Auch in dem Urteil des Delagoaschiedsgerichts vom 23. März 1900 wurde ausdrücklich bestimmt, daß Portugal für die geschuldeten Kapitalien wohl Zinsen, aber keine Zinseszinsen zu zahlen habe. (La Fontaine, Pasicrisie Internationale, 1902, S. 409.)

Vielleicht wird das Schiedsgericht über den russisch-türkischen Konflikt auch darüber zu entscheiden haben, wie weit derartige, von Staaten geschuldete, Zinsen der Verjährung unterliegen. In dem Streitfalle zwischen dem Rumänischen Justizfiskus und der Münchener Firma ist auch die Frage der Verjährung zur Sprache gekommen, und ich habe in dem von mir in dieser Sache erstatteten Gutachten nach Feststellung der Rechtsnatur zwischen Privatpersonen und Schuldnerstaaten (quasi völkerrechtlicher Vertrag; vgl. namentlich Freund, der Schutz der Gläubiger gegenüber auswärtigen Schuldnerstaaten, insbesondere bei auswärtigen Staatsanleihen, 1910, S. 12 ff., sowie Meili, Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht, IV, S. 13), dem von dem amerikanisch-mexikanischen Schiedsgerichte in seinem Urteile vom 14. Oktober 1902 festgesetzten Satze zugestimmt, „que les règles de la prescription, étant exclusivement du domaine du droit civil, ne sauraient être appliquées au présent conflict entre les deux Etats en litige". Man muß aber weiterhin annehmen, daß selbst für den Fall, daß man eine Verjährung zugibt, eine Unterbrechung dieser Verjährung durch diplomatische Interventionen eintreten müßte. In einem Aufsatze im „Bank-Archiv" über die „Verzinsung und Verjährung von Forderungen gegen Schuldnerstaaten" werde ich diese Behauptung demnächst begründen.

Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

Die deutschen Reklamationen aus dem Burenkriege

Bekanntlich hat die südafrikanische englische Kommission von den deutschen Forderungen aus dem Burenkriege 16 % bewilligt und die Befriedigung der Restforderung abgelehnt. Auf den Antrag der deutschen Regierung, die Frage der Gültigkeit der anderen Forderungen im Betrage von etwa 2 Mill. M. dem Haager Schiedshofe zu überweisen, wie es der deutsch-englische Schiedsvertrag für alle Rechtsfragen vorgesehen habe, erwiderte England: Hier handle es sich nicht um Rechtsfragen, und der Schiedsvertrag könne deswegen keine Anwendung finden. Wir haben hier also einen der nicht zahlreichen völkerrechtlichen Fälle, wo eine Partei sich weigert, einen Schiedsgerichtsvertrag auf einen Streitfall anzuwenden. Ueber eine ähnliche Meinungsverschiedenheit zweier Staaten über die Auslegung des Schiedsvertrages hat Hilty im „Politischen Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft" von 1899 berichtet.

Wie alle neueren völkerrechtlichen Streitfälle, so hat auch dieser letzte zu Vor-

schlägen geführt, die für die Zukunft derartige Zwistigkeiten vermeiden sollen, und man hat die Erriehtung eines internationalen Kompetenzgerichtshofes vorgeschlagen. Dagegen darf das Bedenken geltend gemacht werden, ob es sich wirklich lohnt, einen besonderen Gerichtshof für derartige Streitigkeiten zu schaffen, und ob es nicht, wie das bereits Nippold in seinem vortrefflichen Werke über „die Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten" (1907, S. 281) vorgeschlagen hat, genügt, diese Fragen dem Haager Schiedshofe zu überweisen. Es kann sich bei dieser Frage ganz sicherlich nur um die Fortbildung des materiellen, nicht aber des formellen Rechts handeln. Was dem Völkerrechte fehlt, ist nicht der Gerichtshof, sondern die Bestimmung, die diesem Gerichtshofe, d. h. dem Haager Ständigen Schiedshofe, die aus der Auslegung der Schiedsverträge entstehenden Streitfragen überweist. Es kann nun bei den namentlich von seiten Deutschlands gegen das obligatorische Schiedsverfahren geltend gemachten Bedenken fraglich erscheinen, ob es der dritten Haager Friedenskonferenz, die etwa 1913 oder 1914 zusammentreten dürfte, gelingen wird, eine generelle obligatorische Verpflichtung in das Völkerrecht einzuführen. Ja, es muß sogar selbst unter der Voraussetzung der Zustimmung zu dem genannten Prinzip zweifelhaft scheinen, ob gerade mit solchen Streitfällen ein Anfang gemacht werden soll, die sich aus der Auslegung von Schiedsverträgen ergeben. Hat doch auch die zweite Haager Friedenskonferenz derartige Streitigkeiten in ihren Projekten noch nicht für geeignet gefunden, der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen zu werden. Daher wäre es am vorteilhaftesten, wenn die Staaten einzeln in jedem Schiedsvertrage die aus der Auslegung desselben entstehenden Streitigkeiten dem Haager Hofe überweisen würden. In einigen Schiedsverträgen ist das auch bereits geschehen, und der Artikel 53 des Haager „Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten" vom 18. Oktober 1907 trägt dieser Tatsache Rechnung, indem er auch den Fall berücksichtigt, daß das Schiedsabkommen dem Schiedsgerichte die Befugnis zur Entscheidung der Kompetenzfrage überträgt. Es ließe sich nun die Einführung einer derartigen Bestimmung in die Schiedsverträge dadurch fördern, daß man in das zuletzt genannte Abkommen einen Artikel einführte, wonach sich die Mächte ausdrücklich vorbehalten, eine entsprechende Bestimmung in jedem Schiedsvertrage zu treffen. Eine solche, in ein völkerrechtliche Verpflichtungen enthaltendes Abkommen eingeführte Anweisung an die Mächte erscheint vielleicht auf den ersten Blick bedeutungslos, ist es aber keineswegs. Ich erinnere nur an die große Bedeutung des Artikels 19 desselben Abkommens in seiner ersten Fassung von 1899. Jener Artikel lautete: „Unabhängig von den allgemeinen und besonderen Verträgen, die schon jetzt den Vertragsmächten die Verpflichtung zur Anrufung der Schiedssprechung auferlegen, behalten diese Mächte sich vor, neue allgemeine oder besondere Uebereinkommen abzuschließen, um die obligatorische Schiedssprechung auf alle Fälle auszudehnen, die ihr nach ihrer Ansicht unterworfen werden können." Ueber die Bedeutung dieses Artikels, der durchaus keine rechtlichen Verpflichtungen enthält, sondern nur eine Anweisung an die Mächte sein sollte, sagt der hervorragendste Geschichtsschreiber der ersten Haager Konferenz, Professor Meurer in Würzburg, daß durch ihn eine mächtige Schiedsabkommensbewegung angeregt wurde und jede Fortbildung des Schiedswesens an ihn anzuknüpfen habe. (Die Haager Konferenz, Bd I, S. 200.) Darum verspreche ich mir von der Einführung einer ähnlichen Bestimmung, zwar nicht über den Abschluß, aber über den Inhalt der Schiedsverträge, sehr viel. Interessant ist noch die Feststellung, daß ein englisch-amerikanischer Entwurf auf der zweiten Haager Friedenskonferenz die „Geldstreitigkeiten aus Anlaß von Kriegshandlungen, Bürgerkriegen, Gefangennehmung Fremder oder Konfiskation ihrer Güter" der obligatorischen Schiedssprechung unterwerfen wollte. Der Vorschlag wurde aber nicht angenommen und hätte auch die Reklamationen aus dem Burenkriege nicht berühren können, da diese aus der Zeit vor der zweiten Haager Friedenskonferenz stammen.

Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

☞

Der neue englisch-amerikanische Schiedsvertrag. :: ::

Am 15. November 1903 war bei Besprechung des damals abgeschlossenen anglo-französischen Schiedsvertrags hier zu lesen: „. . . . Es gibt wenige Fragen, die so für ein Schiedsgericht geeignet sind als Ehrenfragen. Ist doch das Schiedsgericht das beste Mittel, die Ehre eines beleidigten Staates herzustellen, da diese auf solche Art sicherer hergestellt wird, als wenn der beleidigte Staat etwa in einem Kriege vom Beleidiger noch obendrein geschlagen wird. Wo ist dann die wiederhergestellte Ehre? Soll es für die verletzte Ehre keine schiedsgerichtliche Wiederherstellung geben, so haben die Staaten lediglich die Möglichkeit, ihre Ehre nur gegen schwächere Gegner zu wahren, müßten diese aber mächtigeren Gegnern gegenüber allen Gefahren und Schmähungen aussetzen. Man sieht, das Schiedsgericht ist gerade in dieser Beziehung ein universaleres Mittel als das Kleinkaliber-gewehr."

Die Schiedsverträge, die nach der ersten Konferenz im Haag in großer Zahl zwischen einzelnen Staaten abgeschlossen wurden, schließen jedoch die Verpflichtung zur Schiedsgerichtsbarkeit für gewisse Fälle aus. Unter diesen Einschränkungen figurieren in erster Linie jene Streitfälle, die die Ehre eines Landes betreffen, ferner jene, die die vitale Interessen oder dessen Unabhängigkeit in Frage stellen. Dennoch haben es einige Staaten zuwege gebracht, allgemeine Schiedsverträge abzu-

schließen, bei denen keinerlei Vorbehalte über den Charakter der der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfenden Streitfälle getroffen wurden. Der erste Vertrag dieser Art war der zwischen Dänemark und den Niederlanden am 12. Februar geschlossene. Ihm folgte am 16. Dezember 1905 ein Vertrag zwischen Dänemark und Italien, am 20. März 1907 zwischen Dänemark und Portugal, am 18. September 1907 zwischen Italien und Argentinien, am 16. Oktober zwischen Italien und Mexiko, am 20. November 1909 ein Vertrag zwischen Italien und den Niederlanden. Hinzuzurechnen wäre noch der zentralamerikanische Vertrag, der am 20. Dezember 1907 zu Washington abgeschlossen wurde.

Für die Vertragspraxis der Großstaaten schien die vorbehaltlose Schiedsgerichtsbarkeit bislang nicht anwendbar.

Dagegen erhob sich nun eine mächtige Stimme. Am 22. März v. J. vertrat der Präsident der Vereinigten Staaten, Taft, in einer Ansprache an die New-Yorker Peace and Arbitration Society. den Standpunkt, daß er nicht einzusehen vermag, warum Angelegenheiten der nationalen Ehre einem Schiedsgerichtshof nicht ebenso unterbreitet werden sollten, wie Angelegenheiten des Eigentums oder des nationalen Besitzes. „Ich weiß," so fuhr der Präsident fort, „daß dies weitergeht als die Meisten zu gehen bereit sind, aber ich sehe nicht ein, warum Ehrenfragen einem aus Ehrenmännern zusammengesetzten Tribunal, die die Fragen der nationalen Ehre verstehen, zur Schlichtung nicht ebenso unterbreitet werden könnten, als irgendeine andere zwischen den Staaten sich erhebende Streitfrage."

Am 17. Dezember v. J. hat Präsident Taft seinen Standpunkt auf dem Kongreß der „American Society for the Iudicial Settlement of Int. Disputes" noch energischer vertreten.

Ausgehend von diesen Erklärungen sind nun zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien Verhandlungen zwecks Herstellung eines vorbehaltlosen Schiedsvertrages zwischen diesen beiden Ländern angeknüpft worden.

Bereits der im Jahre 1897 zwischen England und den Vereinigten Staaten abgeschlossene Schiedsvertrag, der in Ermangelung von drei Stimmen, die im amerikanischen Senat zu der für solche Verträge notwendigen Zweidrittelmehrheit fehlten, nicht ratifiziert wurde, sah bereits keine Ausnahmen für Ehren- und Interessenfragen vor. Als dann im Jahre 1904 in Washington eine Anzahl angesehener Persönlichkeiten der Union zu dem Zwecke zusammentrat, um den im Jahre 1897 gescheiterten Vertrag wieder aufzunehmen, begründete John W. Foster den allgemeinen Charakter eines solchen Schiedsvertrages mit folgenden Worten: „Zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien vermag sich keine Streitfrage mehr zu erheben, die in ernsterer Weise die Gebietsintegrität, die Ehre und Unabhängigkeit beider Länder zu berühren vermag, als jene Fragen, die zwischen diesen beiden Ländern bereits der Schiedsgerichtsbarkeit unterbreitet wurden, ohne irgendein Interesse der Beteiligten zu verletzen."

Dieser Standpunkt hat mittlerweile in der öffentlichen Meinung der Union festen Fuß gefaßt, so daß mit Aussicht auf Erfolg der unternommenen Schritte zu rechnen ist.

Diese Schritte sind daher von größter Bedeutung. Ihr Erfolg würde mit einem Schlage einen Sieg der Weltorganisations-Bestrebungen bringen. Wenn jener vorbehaltslose Schiedsvertrag zustande kommt, dann haben die beiden größten Staatenkomplexe der Welt endgültig auf das Mittel des Krieges zur Regelung ihrer Beziehungen verzichtet. Das würde ein Anfang sein, dem die andern Staaten bald werden nachfolgen müssen. So wie der Konstitutionalismus, die Schwurgerichtsbarkeit, die Pressefreiheit nach und nach von allen andern Ländern eingeführt werden mußten, nachdem ein Land damit den Anfang gemacht hatte, werden die andern Staaten mit der Abschaffung des Krieges dem von England und Amerika gegebenen Beispiele folgen müssen. Es wird zunächst nur ein angelsächsicher Friede sein, der da geschlossen wird. Dann wird es ein pan-amerikanisch-pan-englischer Friede sein. Dreiviertel der Welt! Es wird schließlich der Weltfriede daraus entstehen!

Wir leben in einer gewaltigen Zeit. Die Wenigsten erkennen sie. Aber wir Pazifisten sehen die große Stunde der Weltgeschichte vor uns. Wir lauschen gespannt der Entscheidung.

☞

Ablehnung eines Schiedsanerbietens durch die Schweiz.

Bei der Errichtung der Gotthardbahn haben Deutschland und Italien die Schweiz mit ungefähr 80 Mill. Fr. subventioniert. Aus dieser Tatsache leiteten die beiden Staaten gewisse Rechte ab. So bestritten sie der Schweiz das Rückkaufsrecht der Alpenbahn ohne ihre Zustimmung. Die Schweizer Regierung nahm den entgegengesetzten Standpunkt ein, und als Deutschland und Italien die Regelung des Streitfalles durch ein Schiedsgericht vorschlugen, lehnte der Schweizer Bundesrat dies mit dem Hinweis ab, daß es nicht angehe, eine Frage, in der die Schweizer Regierung allein zu entscheiden habe, dem Urteil Dritter zu überantworten.

Infolge dieser Entscheidung greift das Schweizer pazifistische Organ „La Paix" in seiner Dezembernummer die Schweizer Regierung sehr entschieden an. Am Schlusse einer Begründung des unrichtigen Standpunktes bringt unser

Schweizer Bruderorgan folgende recht treffende Aeußerung vor: „Es ist sicher, daß unser Land, indem es in dem Gotthard-Konflikt zur Schiedsgerichtsbarkeit seine Zuflucht genommen hätte, seine Freiheit, Ehre oder Unabhängigkeit keineswegs mehr verloren hätte, als es diese Attribute verlor, indem es zur Errichtung der Alpenlinie der Mittelschweiz die finanzielle Hilfe Deutschlands und Italiens annahm."

Dieser Einwand ist sehr richtig. Die Feinfühligkeit, die in gewissen Regierungskanzleien erwacht, wenn es sich um die Festigung des Friedensrechtes handelt, scheint verschwunden zu sein, wenn es sich um die Festigung des heimischen Geldmarktes durch ausländische Anleihen handelt.

Wir möchten aber zu diesem Falle noch die Bemerkung beifügen, daß sich Deutschland diese Verweigerung der angebotenen Schiedsentscheidung hätte ersparen können, wenn es den bereits im Jahre 1905 der Reichsregierung seitens der Schweiz angebotenen Schiedsvertrag zur Unterzeichnung gebracht hätte. Die in diesen Blättern so oft erhobene Frage „Wo bleibt der deutsch-schweizer Schiedsvertrag?" ist wieder einmal auf der Tagesordnung.

☞

Kollision zweier Weltkonferenzen. :: :: :: :: :: :: ::

Nach dem Beschluß der II. Haager Konferenz soll die III. Konferenz in einem Zeitpunkte zusammentreten, der von der II. ebenso entfernt ist, wie die II. von der I. Konferenz war; das wäre acht Jahre nach der II. Konferenz, also im Jahre 1915. —

Die IV. pan-amerikanische Konferenz beauftragte den Verwaltungsrat der pan-amerikanischen Union innerhalb einer Frist von fünf Jahren nach der IV. Konferenz die V. anzuberaumen; das wäre ebenfalls im Jahre 1915.

Dieses Zusammentreffen könnte abermals zu einer Verschiebung der Haager Konferenz führen, wie dies 1906 der Fall war, wo die für dieses Jahr anberaumt gewesene II. Haager Konferenz in Rücksicht auf die zur selben Zeit einberufene III. pan-amerikanische Konferenz um ein Jahr verschoben werden mußte.

Eine Verständigung über den Termin beider Konferenzen wäre seitens der pazifistischen Friedensorgane rechtzeitig anzustreben.

☞

Rüstungsproblem.

Lord Asquith über die Rüstungen. :: :: :: :: :: :: ::

Am letzten Lord-Mayors-Tag äußerte sich der englische Premier wieder über das Rüstungsunwesen. Er erklärte, er sei vollständig überzeugt, daß die Mehrheit der Völker in den zivilisierten Ländern der Welt den Frieden wünsche und dem Kriege entschieden abgeneigt sei. Was für ein Paradoxon sei es dann, daß in fast jedem Lande die Ausgabe für Rüstungen der häufigste Gegenstand parlamentarischer Debatte sei, zuerst in England selber, dann in Deutschland, dann in den österreichischen Delegationen. „Es wird uns oft gesagt," fuhr der Premierminister fort, „daß gerade der Umfang dieser Rüstungen eine Sicherung des Friedens ist. Aber schon die Ansammlung und Anhäufung einer solchen Masse von explosivem Material ist an sich eine Gefahr, dann erzeugt die Bürde der dafür nötigen Besteuerung überall eine Beunruhigung, die ihren Ausdruck in inneren Ruhestörungen finden kann, die aber auch unter irgend einem neuen Impuls in einem äußeren Angriff Erleichterung suchen kann. Kein einzelnes Land kann seine Ausgaben herabsetzen und der Mäßigung stärkerer, wachsamerer Nachbarn vertrauen, am wenigsten von allen wir mit unseren Besitzungen über die ganze Länge und Breite der Welt. Wir scheinen uns in einem circulus vitiosus zu befinden. Das Vorhandensein ausgedehnter Rüstungen schafft Furcht und Mißtrauen zwischen den Regierungen. Die Furcht und das Mißtrauen zwischen den Regierungen stachelt zur Ausgabe für Rüstungen an. Aber wenn die Stimmung der Völker friedlich ist, so sollte es sicher nicht unmöglich sein, daß sich eine freundlichere Atmosphäre nicht nur zwischen zwei oder drei, sondern zwischen allen großen Ländern Europas verbreitet. Ich bemerke, daß unter dem wachsenden Druck der öffentlichen Meinung in jedem Weltteil eine gute politische Stimmung, ob sie die Form tatsächlicher Verständigung oder nicht annimmt, in nicht zu langer Zeit so allgemein und umfassend unter den Großmächten werden wird, daß sie diesem verschwenderischen, unheilvollen Wettbewerb zu kriegerischen Zwecken eine Grenze setzen wird."

☞

Die internationale Demonstration gegen die Rüstungen.

Die von der „Independent Labor Party" in England unternommene großzügige Aktion gegen die Rüstungen (siehe Fr.-W. 1910, S. 214) kam am 10. Dezember in London und am 11. Dezember in Bradford zu einem glänzenden Abschluß.

Im ganzen veranstaltete die I. L. P. im vierten Quartal des vorigen Jahres in England 250 (!) Versammlungen gegen die Rüstungsvermehrung.

Am 10. Dezember fand in Albert Hall zu London das große internationale Schluß-Meeting statt, dem 10 000 (!) Personen beiwohnten. Es sprachen Keir Hardie, J. R. Macdonald und W. C. Anderson für England, Jean Jaurès für Frankreich, E. Vandervelde für Belgien, Hermann Molkenbuhr für Deutschland und Professor W. T. Mills für die Vereinigten Staaten.

Um die denkwürdigen Reden hier wiederzugeben, fehlt es leider an Raum. Die von Keir Hardie vorgeschlagene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Diese Massenversammlung heißt die vier hervorragenden Vertreter der internationalen sozialistischen Bewegung, die zu uns reden werden, willkommen, und begrüßt ihre Anwesenheit als ein weiteres Zeichen der wachsenden Solidarität der Arbeiterbewegung.

Diese Versammlung erklärt ferner, daß es zwischen den Demokratien Europas keinen Grund zum Kriege gibt und keinen geben kann. Sie protestiert nachdrücklich gegen die beständige Vermehrung der Rüstungen und gegen die Versuche, die gemacht werden, um Streit zwischen den Nationen zu erzeugen. Die internationale Arbeiterbewegung verwirft den Militarismus in allen seinen Formen, da er dem Fortschritt der Menschheit feindlich ist.

Schließlich fordert diese Versammlung die Arbeiter aller Länder auf, sich unter der sozialistischen Flagge zu vereinigen und damit den wirtschaftlichen Frieden und die internationale Eintracht herzustellen."

Tags darauf fand in der Industriestadt Bradford eine Fortsetzung dieses Schlußmeetings statt, dem die ausländischen Delegierten ebenfalls beiwohnten. Das Präsidium führte der Abgeordnete Jowett. Namens der Gewerkschaften der Frauen, die 200 000 weibliche Arbeiter umfaßt, sprach Frau Mac-Arthur gegen die Rüstungen und gegen den Krieg.

Der Andrang des Publikums zu dieser Versammlung war so groß, daß unvorbereitet eine zweite Versammlung im Empire-Theater veranstaltet werden mußte, der 2000 Personen beiwohnten.

Die geschickte und rührige Agitation der Independent Labor Party gegen die Rüstungen war nicht ohne Einfluß auf den Ausfall der Wahlen.

Nach Schluß der Londoner Versammlung fand im Westminster-Palace-Hotel ein Bankett statt, an dem auch unsere Freunde zahlreich teilnahmen, so Mr. und Mrs. Felix Moscheles, J. F. N. Green und die gerade in England anwesend gewesene Anna B. Eckstein.

Eine derartige Agitation ist in England möglich, weil die dortige Sozialdemokratie nicht dem bodenlos verlogenen Dogma von der „einen reaktionären Masse" huldigt. Ihr ist es vielmehr bewußt, daß es im Bürgertum eine weitverzweigte und einflußreiche Schicht gibt, die ernsten Fortschritt will, die gerade gegen den Krieg und seine unheilvollen Folgen wirksam gearbeitet hat. Wenn die Sozialdemokratie die Massen gegen den Krieg in Bewegung setzt, so hat der sogenannte „bürgerliche" Pazifismus (als ob es eine bürgerliche Serumtherapie oder einen bürgerlichen Kampf gegen Krebs und Schwindsucht gäbe!) die Intelligenz in Bewegung gesetzt. Nur durch das Zusammenwirken von Bürgertum und Proletariat, von Intelligenz und Arbeit kann die gefährlichste Geißel der Zeit überwunden werden.

☞

Spiel mit Worten. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Präsident der österreichischen Delegation, Deleg. v. Baernreiter, sagte bei der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 29. Dezember folgendes:

„Auch die Völker Oesterreichs würden die Zeit willkommen heißen, in der es gelänge, die Segnungen des Friedens ohne Rüstungen zu erhalten, in denen sich heute die Staaten überbieten. Die Monarchie kann aber, solange dieses hohe Ziel nicht erreicht ist, ohne ihr Ansehen, ihren Einfluß und ihre Sicherheit aufs Spiel zu setzen, keine Sonderstellung einnehmen. Die Delegation wird deshalb das in Aussicht gestellte wesentlich erhöhte Erfordernis für die Wehrmacht unter Bedachtnahme auf die internationale Stellung der Monarchie, aber auch auf die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft gewissenhaft prüfen, und erwartet, daß die notwendigen Opfer für eine einheitliche, auf den alten Grundlagen beruhende Armee gebracht werden."

Das sind oft gehörte Worte.

Der Präsident der österreichischen Delegation weiß nicht, daß es sich zunächst nicht darum handelt, „den Frieden ohne Rüstungen" zu erhalten, sondern ohne das Ueberbieten durch Rüstungen.

Der Präsident der österreichischen Delegation hat aber auch die offene Frage unbeantwortet gelassen, was denn die Monarchie bisher getan hat oder zu tun gedenkt, um an der Erreichung dieses „hohen Zieles" mitzuwirken.

Wie lange wird man die Völker noch mit solchen Redensarten abspeisen?

☞

Der Irrtum von der Produktivität der Rüstungslasten kommt auch in der letzten ungarischen Thronrede zum Ausdruck, die am 29. Dezember der Erzherzog Thronfolger von Oesterreich-Ungarn zur Verlesung brachte. Die große Flottenvorlage wird darin in folgender Weise angekündigt: „Die Kriegsmarine . . . . . benötigt die Bewilligung größerer Mittel, um sich angesichts der einschlägigen Vorbereitungen aller anderen Mächte auf der Höhe ihrer Aufgabe zu erhalten. Diese Kreditforderung wird aber nicht bloß die Schlagfertigkeit der Kriegsmarine erhöhen, sondern auch wirtschaftlichen Nutzen bringen!"

Welcher Irrtum!

☞

Der ungarische Dreadnought. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Als es bekannt wurde, daß die österreichisch-ungarische Marineverwaltung vier Dreadnoughts bauen wolle, kränkten sich die ungarischen Industriellen und Geldmagnaten, daß an diesem vorteilhaften Geschäft nur ein österreichisches Etablissement beteiligt sein solle. Sie setzten alle Hebel in Bewegung, daß auch Ungarn seinen Dreadnought zu bauen bekomme. Nun besitzt aber Ungarn in Fiume wohl eine Werft,

die aber technisch noch nicht so erprobt ist, wie das Stabilimento Tecnico in Triest. Dennoch entschloß man sich bei der Regierung, die Ungarn durch Ueberweisung des Baues eines Dreadnoughts (von vieren) zu befriedigen, da man fürchten mußte, die ungarische Delegation könnte sonst die gesamte Rüstungsforderung ablehnen.

Gegen diese Entscheidung wendet sich Leopold Freiherr von Chlumetzki in der „Neuen Freien Presse" vom 17. Januar, wobei er die Nachteile hervorhebt, die entstehen würden, wenn ein so komplizierter Mechanismus, wie es ein moderner Dreadnought ist, auf einer dazu nicht vorbereiteten Werft von nicht erfahrenen Arbeitern und Ingenieuren erbaut werden solle. Er schreibt dazu ferner:

„Ungarn kann leicht auf anderem Wege Kompensationen suchen und finden. Schon heute hat es den Löwenanteil an den Getreidelieferungen, und es wird sich gewiß die Möglichkeit ergeben und auch in Oesterreich die Bereitwilligkeit vorhanden sein, auf anderem Gebiete, wie etwa im kleineren Kriegsschiffbau, den Geschoßlieferungen usw., Ungarn einen Ersatz für den entfallenden Dreadnoughtbau zu bieten. An diesem scheint in Ungarn nur eine sehr kleine Gruppe interessiert zu sein, die es verstanden hat, Ungarns Nationalehre ins Treffen zu führen."

Hier haben wir einmal in idealer Reinkultur den Bazillus des ganzen Rüstungsrummels. Hier haben wir des Pudels Kern. Es ist überall eine sehr kleine Gruppe, die an dem Bau der Schiffe interessiert ist und die es in allen Ländern versteht, die Nationalehre ins Treffen zu führen. Hier tritt einmal das Motiv ziemlich deutlich und kraß zum Vorschein. Nicht die Sicherheit des Vaterlandes ist es, nicht der Drang zur Seeherrschaft, zur Förderung des Handels, zur Vertretung der Großmachtstellung, das Geschäft ist es, das Panzerplatten- und Kanonenrohrgeschäft ist es, das Europa und die übrige Welt zur Rüstungsaktion und zum Verbluten bringt.

Merken wir uns diese Worte des Freiherrn von Chlumetzki. Er war in seiner Jugend einmal einer der eifrigsten Förderer der Friedensbewegung und hat sich allgemach zum Rüstungsfanatiker entwickelt. Diesmal hat er wieder einmal der Friedenssache einen großen Dienst getan. Die „kleine Gruppe, die es versteht, die Nationalehre für sich ins Treffen zu führen", damit sie Dreadnoughtaufträge bekommt, werden wir uns gut merken. Wir sind ihm dankbar für diese Analyse des Rüstungsproblems.

☞

Verschiedenes.

Kaiser Wilhelm für die internationale Verständigung.

Am Neujahrstage soll sich der Kaiser zu einigen Botschaftern über die internationale Lage geäußert und dieselbe als äußerst beruhigend bezeichnet haben. Der Kaiser habe ferner bemerkt, daß schon lange keine so friedliche Stimmung überall geherrscht habe, wie jetzt, und dise erfreuliche Erscheinung darauf zurückgeführt, daß die verschiedenen Staaten im Falle von auftauchenden Gegensätzen sich jetzt bemühen, zu einer Verständigung zu gelangen, die ihren Interessen jedenfalls mehr entspreche als die Führung eines gefährlichen Krieges.

Diese Bemerkung des Kaisers ist sehr interessant. Der Pazifismus ist es doch, der seit Jahren dafür eintritt, daß die Regierungen statt durch das barbarische Mittel des Krieges durch Verständigung ihre Streitigkeiten beseitigen. Und der Pazifismus ist es, dem dieser, jetzt vom Kaiser bemerkte Wandel der internationalen Methode zu danken ist.

☞

Washingtoner Friedens-Konferenz (15.—17. Dezember).

Das Comité der neubegründeten amerikanischen Gesellschaft für rechtliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten hielt Mitte Dezember in Washington eine Konferenz ab, der hervorragende Persönlichkeiten beiwohnten.

J. B. Scott präsidierte in Vertretung des Staatssekretärs Knox, der im Weißen Hause zurückgehalten war. Senator E. Root begann seine Rede mit den Worten: „Die Bewegung zur Abschaffung des Krieges ist nunmehr aus dem theoretischen in das praktische Stadium getreten." Andere Sprecher waren: Sennor de la Barra, mexikanischer Botschafter; Oberster Richter Rendwick Riddell, B. J. Whecler, Präsident der Universität von Kalifornien; John Foster, ehemaliger Staatssekretär, und Andrew Carnegie.

Letzterer hob in seiner Rede hervor, daß zur Bekämpfung des Krieges der Appell an das Gewissen wichtiger sei als der Appell an die Tasche. Mit den Kosten der Kriegführung und der Rüstungen findet man sich ab, wenn aber das moralische Unrecht, das Verbrechen der Menschentötung erkannt werden, die im Kriege liegen, so wird das seine Abschaffung herbeiführen. Er erwähnte nur kurz die eben gegründete 10 Millionen-Stiftung, und wandte sich nur an die Amerikanische Gesellschaft für rechtliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten mit der Bitte, mit der Friedensstiftung sowie mit allen Friedensorganisationen zusammenzuarbeiten als Mitarbeiter in der größten aller Sachen, auf daß der Krieg vom Antlitz der Erde verschwinde.

☞

Die Heldenstiftung für Deutschland. :: :: :: :: :: :: ::

Wie er es bereits für die Vereinigten Staaten, für England und Frankreich getan, hat Carnegie nunmehr auch für Deutschland einen Fonds für Friedenshelden gestiftet. Für „Helden", nicht für „Lebensretter", wie es in der deutschen Urkunde korrigiert heißt. Carnegies Absicht ist es, durch diesen Fonds augen-

fällig zu machen, daß nicht der Krieg allein Helden züchtet, wie seine Anhänger und Verherrlicher durchaus glauben machen wollen. Kriegerische Heldentaten werden laut Stiftungsurkunde durch diesen Fonds nicht belohnt. Hingegen sollen Bergleute, Seeleute, Aerzte, Krankenpfleger, Eisenbahn- und Polizeibeamte bei Unglücksfällen, denen sie bei der Rettung von Menschenleben zum Opfer fielen, belohnt werden. Diese Unterstützung soll den Betreffenden auch dann zuteil werden, wenn die Tat den erwünschten Erfolg nicht gehabt hat. Im Falle ihres Todes werden die Hinterbliebenen bedacht werden.

Die Bezeichnung Lebensretter ist falsch. Es handelt sich nicht nur um die Rettung, sondern um den unter Selbstaufopferung unternommenen Dienst für die Menschheit, also um „Heldentum". Als Pettenkofer anfangs der neunziger Jahre eine Bouillontasse voll Cholerabazillen austrank, um die Unrichtigkeit der Kochschen Theorie zu beweisen, war er wohl kein Lebensretter, aber doch ein Held, — ein Friedensheld. Solcher Fälle kann es häufig geben.

Der Kaiser hat die Stiftung, die 1¼ Million Dollar beträgt, genehmigt, das Protektorat dafür übernommen und ein Kuratorium eingesetzt, dem auch der jeweilige amerikanische Botschafter in Berlin angehört. Auch ein Dankschreiben richtete der Kaiser an Carnegie. Daß Carnegie mit dieser Stiftung auch nur dem Frieden dienen wollte, kam in diesem Dankschreiben nicht zum Ausdruck.

Daß die alldeutsche Presse darüber hadert, daß der Kaiser das Geld „von einem Fremden" angenommen habe, zeigt deutlich in welchem Jahrhundert diese Querköpfe leben.

☞

„Der deutsch-französisch-englische Völkerbund". :: ::

Aus der Reichstagsrede des sozialdemokratischen Abgeordneten Scheidemann am 9. Dezember 1909: „Wir sind fest entschlossen, eine Katastrophe, wie sie ein Krieg zwischen Frankreich, England und Deutschland für die ganze Kulturwelt bedeuten würde, so weit es in unseren Kräften steht, unter allen Umständen zu verhindern. Wir leben nicht in dem Irrwahn, als könnte irgend ein Vorteil für eines dieser Länder bei kriegerischen Verwickelungen herauskommen. Gerade unser Regierungskurs trägt die Hauptschuld daran, wenn der Freundschaftsbund zwischen diesen Ländern noch nicht Wirklichkeit hat werden können. Ich will den herrschenden Mächten in Deutschland das Zeugnis nicht vorenthalten, daß sie natürlich den Krieg nicht wollen, aber größer als ihre Scheu vor dem Kriege ist zweifellos ihre Furcht vor dem ehrlichen, wirklichen Frieden der Völker, die Furcht vor dem Frieden, der geeignet wäre, uns von drückenden Lasten zu befreien, vor dem ehrlichen wirklichen Frieden, der den Militarismus entwertet, und der dem sogenannten ersten Stande, dem Offiziersstande, im Staatsleben nur eine nebensächliche, untergeordnete Stellung anweisen würde. Dieser ehrliche, wirkliche Friede wäre, glaube ich, der schrecklichste aller Schrecken für die herrschenden Gewalten. Um diesen zu vermeiden, sind sie bereit, sich lieber in den fürchterlichsten Krieg hineinzustürzen. Sie wollen nicht den Krieg in der Gegenwart, aber sie fristen ihre Existenz von den Kriegen der Vergangenheit und ziehen ihre Wechsel auf die Kriege der Zukunft. Daß Europa eine Art Räuberhöhle ist, in der man nicht unbewaffnet schlafen kann, sondern auf Ueberfälle immer gerüstet sein muß, ist die große Lebenslüge, die sie nicht lassen können, wenn sie nicht ihr ganzes System elendiglich zusammenbrechen sehen wollen. Deutschland kann die Last der Rüstungen nicht nur für sich, sondern auch für alle großen Mächte Europas wesentlich herabdrücken. Die wirtschaftlichen Vorteile, die daraus entständen, wären außerordentlich groß.

So schwer der Kampf ist, den wir auf diesem Gebiete führen: dem deutsch-französisch-englischen Völkerbunde gehört die Zukunft doch, und wir setzen unsere Ehre darein, der Zukunft vorzuarbeiten, soweit wir können!"

☞

Wirksame Propaganda gegen den Krieg. :: :: :: :: ::

Der konservative weimarische Landtagsabgeordnete H. Ziehn schreibt in seinen Erinnerungen eines sechsten Ulanen 1870/71:

„Der 15. Oktober war der Tag fürchterlichster Vergeltung für den Ort Varige, wie auch für Civry. Es wurde vom Rittmeister v. Stockhausen, uns wie den übrigen Truppen auch, der Befehl gegeben: Ihr wißt, wie sich diese Dörfer gegen uns vergangen haben. Es soll ein Exempel statuiert werden, und es wird alles, was vor die Lanzen kommt, erstochen oder erschossen, einerlei, ob alt oder jung, ob Mann oder Frau . . ." Es wird dann drastisch geschildert, wie der Befehl ausgeführt worden ist:

Da kommt aus dem Ort heraus eine zirka 65 Jahre alte Frau mit einem Säugling auf dem Arm auf mich zu, gewaltig schimpfend und den Durchlaß fordernd. Ich brachte es aber wirklich nicht fertig, gerade diese (!) alte Frau mit dem Kind zu erschießen, durchlassen durfte ich sie aber auch nicht, also setze ich ihr die Lanze auf die Brust, sie zurücktreibend. Da kommt aus dem brennenden Ort heraus mein schon mehrfach erwähnter Rekrutenleutnant v. Langermann mit zwei Mann gesprengt, mich anrufend: „Nun, Ziehn, warum erschießen Sie die Frau nicht, sie schimpft doch fürchterlich auf Sie," und als ich etwas entgegnen wollte, sagte er: „Nun, dann befehle ich Ihnen, die Frau zu erschießen." Da natürlich half alles nichts. Der Schuß krachte, streifte aber nur einen Arm der Frau. „Kannst nicht schießen," sagte einer seiner Leute, der damals mit bei Leutnant Fleischer gewesen war. Ein Krach, die Frau fiel tot vornüber, das Kind flog im Bogen auf den Acker, wo es schrecklich weinend liegen blieb . . . Einer wollte den daliegenden Säugling mit dem Bajonett durchstechen mit den Worten: „Das Wurm wird einmal gerade so schlecht wie die andern," ein anderer nahm auf meine Bitte das Kind und trug es hinter einen zirka

100 Meter entfernten Schober, wo ich es, solange ich noch blieb, weiter weinen hören konnte . . ."

Von einem großen Garten, in den sich eine Anzahl Personen, auch Frauen, geflüchtet hatten, schreibt er: „Da erschienen auch hier die Bayern und knallten alle nieder, wie auf dem Exerzierplatz nach der Scheibe schießend." Von einem andern Ort, wo die Bewohner, Männer, Frauen und Kinder, auf das Feld geflüchtet waren und Möbel, Betten usw. hingetragen hatten, berichtet er: „Mit einem Male kamen einige Truppen Bayern aus Varige herüber, und da diesen der Befehl, andere als waffenfähige Personen nicht zu erschießen, nicht zugegangen war, so fingen sie auch hier an, alles niederzuschießen."

Die Verbreitung dieser „Erinnerungen", die wie eine zündende Propagandaschrift gegen den Krieg wirken, sucht man jetzt, wie die „Münchener Post" berichtet, nach Möglichkeit zu verhindern!

Als im Jahre 1895 Bertha von Suttner in ihrer Erzählung „Es müssen doch schöne Erinnerungen sein . . ." behauptete, daß die darin geschilderte Hinrichtung eines französischen Pfarrers durch deutsche Truppen auf Wahrheit beruhe, entfesselte der Londoner Karl Blind in der nationalen Presse einen Sturm der Entrüstung. Warum schweigt diese Presse jetzt über die photographische Kriegsschilderung seitens eines konservativen Mannes?

Frei von pazifistischer Utopisterei. :: :: :: :: :: :: ::

Der Herausgeber der englischen Wochenschrift „Public Opinion", Herr Percy L. Parker, sendet an die deutschen Reichtagsabgeordneten nachstehendes Rundschreiben:

Sehr geehrter Herr!

Die Dieterichsche Verlagsbuchhandlung, Leipzig, sendet Ihnen auf meinen Wunsch ein Exemplar des Buches „Die große Täuschung", wovon ich Ihnen anbei einen Prospekt übersende.

Ohne mit dem Buche in allen Punkten übereinzustimmen, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß dasselbe, wie Sie aus den im Prospekte zitierten Preßäußerungen ersehen können, in England viel Aufsehen erregt hat, und nach der von manchen Seiten ausgesprochenen Meinung den Weg zu einer vernünftigen Regelung des deutsch-englischen Wettrüstens weist.

Aus diesem Grunde möchte ich eine durchaus unparteiische Uebersicht über den Eindruck, welchen die Anschauung des Verfassers in Deutschland hervorgerufen hat, und über den Grad der Zustimmung, die derselben in den dortigen maßgebenden Kreisen zuteil geworden ist, veröffentlichen.

Darf ich Sie also ersuchen, mir in einigen Zeilen Ihre Meinung über das Buch mitzuteilen, sobald Sie dasselbe gelesen haben?

Das behandelte Thema ist für beide Länder von der allergrößten Bedeutung. Der im Buche vertretene Standpunkt ist neu, und er fände hüben und drüben die allgemeine Zustimmung der öffentlichen Meinung; so wäre damit fast sicher ein wichtiger Schritt zur Besserung der Verhältnisse getan.

Wie Sie sehen werden, steht das Buch abseits vom Parteikampf, und Anhänger aller Parteien können dem darin entwickelten Standpunkte beistimmen. Es ist frei von jeder „pazifistischen" Utopisterei; es ist das Werk eines Praktikers, der darauf abzielt, die Diskussion des deutsch-englischen Problems in gesündere und gedeihlichere Bahnen zu lenken. Das Buch hat die Runde durch die Welt gemacht und ist Ihrer Aufmerksamkeit wert.

Sollten Sie es vorziehen, ungenannt zu bleiben, so können Sie der Erfüllung dieses Ihres Wunsches unbedingt sicher sein. Ich würde dann unter Ihre Meinungsäußerung einfach die Worte „ein wohlbekanntes Reichstagsmitglied" setzen.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
P. L. Parker
Redakteur der „Public Opinion".

Man weiß nicht, soll man sich mehr über die Unverfrorenheit oder über die Unwissenheit dieses Mannes wundern, der es unternimmt, dieses von echt pazifistischem Geiste und durchweg auf alten pazifistischen Lehren aufgebaute Buch in einen Gegensatz zum Pazifismus zu bringen. Es ist dies ein dieses Buches unwürdiges Manöver. Herr Parker kennt wohl die Vorurteile gewisser Kreise in Deutschland gegen den Pazifismus und will ihnen die Kapitulation leicht machen, indem er ihnen unschuldig vorstellt, das sei beileibe kein Pazifismus, der da in Normann Angells Buch gepredigt wird.

Geschäftstüchtig ist das, aber unfair. Es erinnert an die Reklamen gewisser Firmen, die ausländische Ideen nachahmen und diese dem ursprünglichen ausländischen Fabrikat gegenüber als „nationales" Fabrikat anpreisen, und so die Käufer unter dem Mäntelchen des Patriotismus zu einem Geschäft zu verleiten suchen. Herr Parker will jene deutschen Reichstagsabgeordneten, die bisher über den Pazifismus lachten, zu einer Zustimmung verleiten, indem er ihnen einredet, Normann Angell sei kein Pazifist.

Er wird sich täuschen.

Leider wird Normann Angell in Deutschland nur bei den Pazifisten Verständnis finden. Das beweist schon die Besprechung seines Buches in der nationalen Presse. Reuig werden Normann Angell und seine verlegerischen Herolde einsehen, daß die moderne Weltanschauung nur von den Pazifisten vertreten wird. Reuig werden sie einsehen, daß das, was in der „Großen Täuschung" verkündet wird, bereits seit mehr als einem Menschenalter vom gesamten Pazifismus in allen Weltteilen verkündet wird.

Das „gefährliche Alter" und das Reich. :: :: :: : ::

Ein Buch der dänischen Schriftstellerin Karin Michaëlis, das den Titel „Das gefährliche Alter" trägt, macht augenblicklich in Deutschland und in den deutsch sprechenden

Ländern großes Aufsehen. Gemeint ist damit das Alter der Frau zwischen vierzig und fünfzig, das zu mannigfachen Störungen des seelischen Gleichgewichtes führen soll und heftige Krisen verursacht.

Nun, Frau Germania ist in diesen Tagen auch vierzig Jahre alt geworden. Am 18. Januar waren die vier Jahrzehnte vorüber, die uns von der historischen Proklamation in Versailles trennten. Wollen wir hoffen, daß dem Reiche jene Krisen erspart bleiben, die Karin Michaëlis schildert, zumindest aber, daß es sie glücklich überwinden möge.

☞

Die Beseitigung der Spionage. :: :: :: :: :: :: :: ::

Ein empfehlenswertes Beispiel, das zur Beseitigung des unangenehmen Kundschafterwesens führen könnte, wenn es nachgeahmt wird, haben die amerikanischen Marinebehörden unlängst gegeben. Aus Panama wurde den „Times" am 11. Januar berichtet:

„Seit fünf Tagen weilt das japanische Geschwader in Panama. Der leitende Kanalingenieur führte die japanischen Offiziere zu den Kanalarbeiten, gab ihnen die Pläne und Karten, und erläuterte die Einzelheiten."

Das ist ein sittlicher Fortschritt, der auf das freudigste zu begrüßen ist. Da sich ja doch alle Heeresverwaltungen die Pläne aller militärischen Bauten der anderen Mächte zu beschaffen wissen, so sollte man sich diese gegenseitig offen und ehrlich mitteilen. Die Amerikaner, die angeblich in Panama nur die Japaner zu fürchten haben, gingen hier mit einem bemerkenswerten Beispiel voran. Sie zeigten ihren eventuellen Gegnern die offenen Karten und Pläne und die Einzelheiten des Werkes selbst. Bravo!

☞

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Auf Einladung des „Civic Forum" begibt sich Graf Albert Apponyi am 30. Jänner nach den Vereinigten Staaten, wo er eine Reihe von Vorträgen teils über ungarisches Staatsrecht, teils über die Friedensbewegung halten wird. Sein erster Besuch gilt (wie das bei den Vortragenden des Civic Forum Gebrauch ist) dem Präsidenten Taft, und sein erster Vortrag wird bei einem Friedensmeeting in der Carnegiehall abgehalten. — Auch Baron d'Estournelles de Constant begibt sich demnächst nach den Vereinigten Staaten, um in mehreren Städten des Westens Vorträge zu halten. — Der kanadische Justizminister A. B. Aylesworth wurde bei seiner Rückkehr vom Haager Schiedshofe in Newmarket durch einen großen Empfang geehrt, an dem Mitglieder aller Parteien teilnahmen. — Präsident Taft ernannte Elihu Root zum Nachfolger Mr. Fullers als Mitglied des Haager Schiedshofes. — In dem Alsop-Streitfall zwischen den Vereinigten Staaten und Chili, der bekanntlich der Schiedsentscheidung des Königs Georg von England unterbreitet ist, sind am 1. Dezember die Streitschriften beim Londoner Auswärtigen Amt eingelangt. — Der Chamozal-Streitfall zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko, wobei es sich um Landansprüche der Union in der Nähe von El Paso handelt, soll einem Schiedsgericht unterbreitet werden. — Der Grenzstreit zwischen Peru und Ecuador wird dem Haager Hof unterbreitet. — Brown Scott in Washington gibt eine Sammlung der „Klassiker des Völkerrechts" heraus, die die Schriften der Vorläufer des Hugo Grotius in von ersten Internationalisten eingeleiteten und kommentierten Ausgaben veröffentlichen wird. Das verdienstvolle Werk ist von Carnegie unterstützt worden. — Das französische Unterrichtsministerium hat eine große Anzahl von Gaston Moch's Schrift „Sommaire de l'Arbitrage permanent" angekauft, um sie an die Bibliotheken aller Unterrichtsanstalten zu verteilen.

Aus der Bewegung.

Richard Feldhaus-Jubiläum. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 24. Januar wird Richard Feldhaus in Basel seinen 500. Vortrag halten. Es werden ihm aus diesem Anlaß verschiedene Ehrungen zugedacht. Jetzt sind es ungefähr 15 Jahre her, daß Feldhaus, angeregt durch die Lektüre des Romans „Die Waffer nieder!", der Friedenssache gewonnen wurde, für die er seitdem unentwegt als fruchtbarer Agitator eintrat. Seine außerordentliche Rednergabe hat es bewirkt, daß Feldhaus überall, wo er am Rednertisch erschien, helle Begeisterung hervorrief. Tausende sind durch sein zündendes Wort zur Friedensidee erweckt worden. Zahlreiche Ortsgruppen der deutschen Friedensgesellschaft sind infolge Feldhausscher Vorträge begründet worden. Seine Friedenspropaganda führte ihn weit über Deutschland hinaus. Er sprach auch in Oesterreich, in Ungarn, in der Schweiz, in Schweden, und im Jahre 1904 gelegentlich des Bostoner Friedenskongresses auch in verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten.

Die Friedens-Warte wünscht dem Unermüdlichen, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, seine Arbeit in den Dienst der Friedenssache zu stellen und an ihren steigenden Erfolgen sich zu freuen. Möge dem 500. Vortrag einst der tausendste folgen. Mit der Geschichte der Friedensbewegung und namentlich mit ihrer Entwicklung in Deutschland wird der Name Feldhaus für immer verbunden bleiben.

☞

Baronin Suttner in Budapest. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Zur Feier des 15. Jahrestages seines Bestehens hatte der ungarische Friedensverein die Baronin Suttner, die bei der Gründung Pate stand, zu einem Vortrag nach Budapest eingeladen. Am 15. Dezember sprach die Baronin im großen Festsaale der St. Stefansgesellschaft vor einem zahlreichen Publikum über das Thema „Krieg und Pazifismus." Der Saal war überfüllt und viele, die dem Vortrage beiwohnen wollten (trotzdem er gegen Entree

stattfand) mussten abgewiesen werden. Unter den Anwesenden befanden sich hervorragende Persönlichkeiten der ungarischen Hauptstadt, so der Präsident des Abgeordnetenhauses, Excellenz von Berzewiczy, Dekan Dr. Magyary, Professor Lers und viele andere. Selbstverständlich auch die Spitzen der ungarischen Friedensbewegung, Präsident Dr. Giesswein, Vizepräsident Prof. Zipernowsky, Frau Professor Zipernowsky, Direktor Kemenyi usw.

Nach dem Vortrag fand ein Bankett statt.

Der Eindruck des Suttnervortrages war sehr groß. Die Tageszeitungen brachten nicht nur spaltenlange Berichte, sondern auch eingehende Interviews mit der Vortragenden und Artikel über sie.

So kam es auch, daß die Baronin, entgegen der ursprünglichen Absicht, zu zwei weiteren Vorträgen veranlaßt wurde, deren einer vor den Schülerinnen einer höheren Töchterschule stattfand.

☞

Dr. Sylvester F. Scovel †. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Im Dezember starb zu Wooster in Ohio, Dr. Scovel, vormaliger Präsident der Wooster-Universität und langjähriger Vize-Präsident der amerikanischen Friedensgesellschaft. Er war ein eifriger Vertreter des Friedensgedankens in den Vereinigten Staaten. Auf den Friedenskongressen zu München und London (1908) nahm er als Vertreter der American Peace Society teil. Der „Advokat of Peace" schreibt über den Heimgang dieses Mannes in der Dezembernummer: „Wir wünschten, daß jedes amerikanische Kolleg und jede Universität einen so energischen und unermüdlichen Friedensarbeiter besäßen, wie Dr. Scovel einer war. Die Arbeit an der Innenseite der Bewegung ist immer wirkungsvoller als die noch so geschickten gelegentlichen Ansprachen von Außenseitern."

Die „Friedens-Warte" verliert an dem Verstorbenen einen warmen Anhänger. Noch am 3. November v. J. schrieb er an den Herausgeber dieser Blätter: „Das Blatt ist sehr geschickt redigiert und für jeden unentbehrlich, der über den Gang der Friedensbewegung auf der Welt unterrichtet sein will." Wir werden dem Verstorbenen ein treues Andenken bewahren.

☞

Die Friedensidee im kärntnerischen Landtag. :: :: ::

Wir haben bereits früher auf den Antrag hingewiesen, den Franz Freiherr von Aichelburg-Labia, das bewährte Vorstandsmitglied der Linzer Ortsgruppe der österreichischen Friedensgesellschaft, in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kärntnerischen Landtages in dieser Körperschaft zwecks Einführung des internationalen Friedenstages in den Landesschulen mit Erfolg eingebracht hat.

Es liegt uns nun das stenographische Protokoll des Kärntnerischen Landtages vom 22. September 1910 vor, aus dem wir das Nachfolgende entnehmen:

Landeshauptmann: „Der neunte Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abgeordneten Franz Freiherrn von Aichelburg-Labia und Genossen, betreffend die Einführung einer jährlichen Gedenkfeier an die erste Haager Friedenskonferenz in den Volks- Bürger- und Mittelschulen.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Aichelburg-Labia zur Begründung das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter Franz Freiherr von Aichelburg-Labia: „Hohes Haus! Meines Wissens ist es das erstemal, daß in diesen Räumen von der Friedensidee überhaupt gesprochen wird. Die Friedensidee ist keine neue Idee, sondern ist eine Idee, die seit Beginn des vorigen Jahrhunderts in verschiedenen öffentlichen Vertretungskörpern zur Sprache gekommen ist und welche schließlich im Jahre 1899 soweit gezeitigt wurde, daß in Haag eine Friedenskonferenz einberufen wurde, auf der 26 Staaten bzw. Regierungen, vertreten waren, welche anerkannten, daß Streitigkeiten internationaler Natur nicht mehr durch die ultima ratio, den Krieg, sondern durch internationale Schiedsgerichte ausgetragen werden sollen.

Sie werden einstreuen: Solange es Menschen gibt, wird es Kriege geben; ich entgegne: Solange es Menschen gibt, wird es Kämpfe geben, und Kämpfe müssen nicht immer mit den Waffen, sondern mit Rechtsmitteln ausgetragen werden.

Zu einem solchen Rechtsmittel gehört auch das international anerkannte Schiedsgericht im Haag, welches seit dem Jahre 1899 bereits — wenn ich nicht irre — in sieben Fällen eingeschritten ist und in friedlicher Lösung die schwebende Frage ohne Blutvergießen zur Austragung brachte.

Die fortschreitenden Rüstungen, welche die europäischen und außereuropäischen Staaten zu ihrer Sicherung obliegen müssen, wälzen auf die Völker völlig unerschwingliche Lasten.

Wir Pazifisten, zu denen ich gehöre, müssen Mittel und Wege finden, um unsere Idee, die Friedensidee, zu vertiefen und in die breiten Schichten der Bevölkerung die Ueberzeugung zu tragen, daß an Stelle des Krieges die friedliche Austragung durch Schiedsgerichte einzutreten hat. Ich meine daher, wenn die Herren meinen Antrag dem Schulausschusse zuweisen, so werden Sie ein Saatkörnchen säen, das zum Baume, zur starken Eiche werden wird.

Ich bin überzeugt, daß wir und unsere Generation noch nicht an den Früchten partizipieren werden, aber unsere Enkel und spätere Geschlechter werden Gelegenheit haben, sich dessen zu erfreuen, daß das, was wir anstreben, nämlich den Frieden durch Schiedsgerichte zu fördern, guten Erfolg haben wird. (Zustimmung.)

Ich bitte daher, meinen Antrag anzunehmen, der da heißt (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen: Der k. k. Landesschulrat wird ersucht, eine jährliche Gedenkfeier an die erste Haager Friedenskonferenz — womöglich am 18. Mai — in den Volks- und Bürger-, sowie in den Mittelschulen einzuführen und durch Vorträge über die Friedensidee in der Mission der Schiedsgerichte die Jugend hierüber aufzuklären."

Ich bitte, diesen Antrag dem Schulausschusse zuzuweisen."

Dies geschieht.

Am 9. November 1910 legte der Schulausschuß seinen Bericht vor. Der Berichterstatter empfahl die Annahme des Antrages. Hierzu ergriff der Abg. Dr. Steinwender das Wort und sagte:

„Ich bin natürlich für alles, was die Idee des Friedens fördern könnte, aber ich bezweifle, ob der Antrag, wie er hier vorliegt, etwas hierzu beitragen wird. Man muß sich, wenn man für den Frieden eintritt, glaube ich, nicht an die Kinder wenden, sondern an die Erwachsenen. Namentlich an die Politiker, an die Presse muß man sich wenden, damit diese den wahren Nationalismus predigen, der in der Liebe zu dem eigenen Volke besteht, nicht jenen stupiden Nationalismus, der in dem Hasse gegen andere besteht. Man wird sich wenden müssen vielleicht an die Delegationen, in denen kein Mensch ein ordentliches Wort gefunden hat gegen die verrückten Rüstungen. Daß die neuen Kriegsschiffe mehr kosten, als wir Geld haben, ist noch nebensächlich, daß aber die neuen Kriegsschiffe eine große Gefahr sind, daß ist die Hauptsache. Da hat man sich auf formelle Einwendungen beschränkt und niemand ist sachlich dagegen aufgetreten. Man soll sich vielleicht auch an eine sehr hochstehende Persönlichkeit wenden, damit endlich der Besuch des Königs von Italien erwidert werde; man müßte sich an eine andere, ebenfalls sehr hochstehende Persönlichkeit in Rom wenden, damit diese keine Schwierigkeiten mache. Ich denke also, man möge sich an verschiedene andere Instanzen wenden, die das Friedenswerk besser fördern könnten[1]).

Der sozialistische Redner, der hierauf zum Wort kommt, sieht sich veranlaßt, die Wertlosigkeit der Haager Konferenzen und der Friedensbewegung hervorzuheben, was ihn nicht hindert, einen Artikel der Baronin v. Suttner zu zitieren, um damit gegen die geplanten Flottenrüstungen anzukämpfen.

Der Antragsteller Franz Freiherr von Aichelburg-Labia wendet sich in seinen Ausführungen hauptsächlich zu den Worten des Abg. Dr. Steinwender. „Es existiert", sagte er, „bereits eine interparlamentaristische Vereinigung, die diese Idee propagiert, der 5000 Mitglieder angehören und welche heuer auch wieder getagt hat.

Warum wir Friedensfreunde — ich habe auch die Ehre, diesem Vereine anzugehören — warum wir Idealisten, die wir ja aus der Propagierung dieser Idee gar keinen Nutzen ziehen, warum wir Wert darauf legen, daß über die Friedensidee in den Volksschulen gesprochen werde, hat seinen Grund darin, daß in den Volksschulen, wo in gewisser Richtung auch die Geschichte tradiert wird, immer nur Kriegsgeschichte und als letztes Mittel der Verständigung der Krieg gelehrt wird. Das letzte Mittel der Verständigung ist nicht der Krieg, sondern die Verständigung über wirtschaftliche Momente; die erhöhte Bildung, die wir anstreben, soll auch die Friedensidee in sich schließen. Die Reibungsflächen, die zwischen den einzelnen Bevölkerungsschichten bestehen, können durch Aufklärung vermieden werden, und das ist auch eine Propaganda, die mit der Friedensidee zusammenhängt.

Ich verweise darauf, daß bis heute 44 Staaten in der Haager Friedenskonferenz vereinigt sind, daß von der Haager Friedenskonferenz bereits sieben Schiedssprüche erfolgt sind, die zu einem gedeihlichen Abschlusse von Differenzen im internationalen Leben geführt haben und bei welchen kein Blut geflossen ist.

Ich mache ferner aufmerksam, daß schon, und zwar vor dem Bestehen der Konferenz, im Jahre 1872 zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England ein Schiedsvertrag bezüglich der Verluste, die das englische Kaperschiff „Alabama" den amerikanischen Nordstaaten während des Bürgerkrieges beigefügt hatte, wobei der Staat England zur Leistung von 15 Millionen verurteilt worden ist, welche er ohne weiteres gezahlt hat und welche ihm gewiß weniger materielle Lasten aufgebürdet haben, als wenn auf kriegerischem Wege die Austragung dieses Streitfalles stattgefunden hätte.

Wir sehen in der Idee keine antikapitalistische und keine antimilitaristische Idee, und ich will nur darauf hinweisen, daß bei einer vernünftigen Ausgestaltung der völkerrechtlichen Beziehungen es möglich wäre, eine Kontingentierung der Armee vorzunehmen und nicht so uferlose Rüstungen weiterblühen zu lassen, wie sie jetzt blühen.

Ich bitte daher, den Antrag anzunehmen; Sie werden dadurch mitgewirkt haben an der Verallgemeinerung und Veröffentlichung dieser Idee."

Der Landespräsident, Freiherr von Hein, wandte sich hierauf gegen die Darlegungen des sozialdemokratischen Redners:

„Ich möchte nur einige Ausführungen des Herrn Abgeordneten Eich richtigstellen. Er hat gesagt: Die hohen Kreise wünschen nicht, daß die Jugend zum Frieden erzogen werde; so, beiläufig, war der Sinn des Anfanges seiner Rede. Dagegen muß ich mich doch entschieden verwahren und diese Verdächtigung auch zurückweisen. Denn daß die Friedensidee in allen Kreisen Fortschritte macht und daß sie ganz gewiß gefördert wird von allen Kreisen, und auch von denjenigen, die er meint, ist zweifellos, und ich glaube doch, daß es durchaus nicht angeht, darein irgendeinen Zweifel zu setzen."

In seiner Schlußrede sagte dann der Berichterstatter Dr. Angerer:

„Ich habe zu den Ausführungen nicht viel zu bemerken.

Richtig ist, was der Herr Abgeordnete Dr. Steinwender gesagt hat, daß man sich nicht bloß an die Kinder, sondern auch an die Politiker wenden sollte; allein, das kann nicht unsere Aufgabe im Schulausschusse sein. Wir können nur tun, was hier möglich ist, um dieser Idee nach und nach auch in den Schulen Eingang zu verschaffen.

Daß ein Gegensatz zwischen Theorie und Praxis besteht, auf den der Herr Abgeordnete Eich hingewiesen hat, ist auch richtig; ebenso

[1]) Herr Dr. Steinwender übersieht, was die internationale Friedensbewegung alles tut. Hier handelte es sich nur um die Durchführung einer einzelnen Aktion von tausenden, die unternommen werden. Fr.-W.

richtig ist es aber, daß schon wiederholt durch die Friedenskonferenz Streitigkeiten aus der Welt geschafft und in friedlicher Weise erledigt worden sind.

Wenn endlich bemerkt wird, daß die Geschichte, soweit sie in der Schule gelehrt wird, nur Kriegsgeschichte sei, so muß ich dem widersprechen. Es war einmal so, daß die Geschichte fast ausschließlich Kriegsgeschichte und Herrscherbiographien beinhaltet hat. Heute ist das nicht mehr so, und zwar gerade durch die Arbeiten hervorragender deutscher Geschichtsforscher. Der Inhalt der Geschichte ist heute wesentlich Kulturgeschichte, die kriegerischen Ereignisse werden lediglich als die äußersten Extreme, als Katastrophen, betrachtet, wo die kulturelle Entwicklung nicht vorwärts schreitet, sondern unüberbrückbare Gegensätze zur Austragung gelangen. Das Werk der fortschreitenden Entwicklung vollzieht sich in den Zeiten des Friedens und deshalb wird heute überall, wo ein moderner Geist im Geschichtsunterrichte herrscht, gerade diese Arbeit der Völker, die Fortschrittsarbeit in den Zeiten des Friedens, die Kulturarbeit, in den Vordergrund gerückt. Da werden sich ganz gut auch die Idee des Friedens, die Bestrebungen der Friedensgesellschaften einfügen lassen, freilich nicht in dem Sinne, um den Geist aller Widerstandskraft zu unterbinden; wir wollen nicht feige und demütig zurückweichen oder unsere Kinder dazu erziehen — nein, wenn es zum Ernste kommt, soll unsere Jugend auch die Faust erheben und die Männer sollen im Ernstfalle auch ihre Pflicht tun, aber nur im äußersten Notfalle. Die regelmäßige Arbeit aber muß eine Arbeit des Friedens sein und deswegen bitte ich um Annahme des Antrages des Schulausschusses."

Landeshauptmann: „Ich bitte jene Herren, welche den Antrag des Schulausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag des Schulausschusses ist angenommen."

Wir beglückwünschen Herrn Abg. Freiherr v. Aichelburg zu dem erfolgreich durchgeführten Vorstoß zugunsten der Friedensbewegung und geben der Hoffnung Raum, daß das Beispiel des kärntnerischen Landtags auch in den anderen Vertretungskörpern der Monarchie Nachahmung finde.

Der Weltfriedenskongreß von 1911. :: :: :: :: :: :: ::

Graf Angelo Gubernatis, der Organisator des diesjährigen Weltfriedenskongresses, versendet soeben das erste Bulletin über diesen Kongreß. Danach wird der Kongreß in der zweiten Hälfte des Oktober dieses Jahres in Rom zusammentreten. Er wird just zwanzig Jahre nach jenem denkwürdigen Kongreß stattfinden, der im Jahre 1891 am Capitol zu Rom unter dem Präsidium Rugghero Bonghis veranstaltet wurde, und der neben mannigfachen Anregungen, die er der damals neu erwachenden Friedensbewegung gab, auch zur Gründung des Berner Bureaus führte. Es wird eine günstige und schöne Gelegenheit sein, den Pazifismus von heute mit dem Stande der Bewegung vor zwanzig Jahren zu vergleichen. Eine Bilanz wird zu ziehen sein, auf die stolz zu sein wir alle Veranlassung haben werden. Aus Anlaß jenes Friedenskongresses von 1891 wurde die österreichische Friedensgesellschaft begründet, und als seine Folge kam die erste deutsche Friedens-Revue „Die Waffen nieder!" zustande, die wiederum zur Gründung der deutschen Friedensgesellschaft führte.

Es ist daher zu hoffen, daß alle alten Pazifisten aus jenen Tagen, soweit sie noch unter uns weilen, sich in Rom versammeln werden, aber auch, daß alle andern aktiven Mitarbeiter von heute die Wallfahrt nach Rom in das Programm dieses Jahres einstellen mögen. Es führen nicht nur alle Wege nach Rom, sie werden für die Kongressisten auch besonders billig sein, da den Teilnehmern besondere Fahrtbegünstigungen gewährt werden.

Die Kommission des Berner Friedensbureaus wird in ihrer in diesem Frühjahr stattfindenden Sitzung das Arbeitsprogramm des Kongresses festsetzen, worauf sich Graf Gubernatis in einem zweiten Bulletin an alle Interessenten wenden wird.

Wer direkte Nachrichten haben will, wende sich an Graf Gubernatis, Rom, Via Lucrezio Caro 67.

Literatur und Presse.

Der Weg zum Weltfrieden im Jahre 1910. Pazifistische Chronik. Zusammengestellt von Alfred H. Fried. Berlin, Wien, Leipzig. Verlag der Friedens-Warte. 30 Pfg. postfrei.

Diese Neujahrbroschüre der Friedens-Warte hat sich auch in diesem Jahre allgemeinen Beifalls erfreut. Es sind über 4000 Exemplare in alle Länder versandt worden. Der Gedanke, zu Neujahr statt einer inhaltlosen Glückwunschkarte irgend eine Schrift zu versenden, die dem Empfänger etwas zu denken gibt, scheint Beachtung gefunden zu haben.

Da die Broschüre auch sonst zu Propagandazwecken Verwendung finden kann, empfehlen wir, die noch vorhandenen 5—600 Exemplare dazu zu verwenden. Es stehen bei Paß & Garleb in Berlin W., Bülowstrasse 66, Partien zu 100 Exempl. zum Preise von M. 6.— pro Hundert ab Berlin zur Verfügung.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Hrsggb. von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin und Prof. Dr. L. Oppenheim in Cambridge. Breslau. J. A. Kerns Verlag. IV. Bd. Heft 6. Mit einem Beiheft: Dr. Arthur Meynen, Die staatsrechtliche Stellung des preußischen Kriegsministers.

Aus dem Inhalt: Josef Kohler, Die Luftschiffahrt im Völkerrecht. — Ders., Völkerrechtliche Aufgaben. — Festsetzung eines modus vivendi über die Neufundlandfischerei. — usw. usw.

—, Bd. V. Heft 1.

Aus dem Inhalt: Schiedssprüche. The North Atlantic Coast Fisheries. Entscheidung des Ständigen Schiedshofes im Haag.

Zorn, Philipp, Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Rede, gehalten bei Uebernahme des Rektorats der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn am 18. Okt. 1910. Sep.-Abdruck aus der „Int. Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst u. Technik". (Berlin.) 4°.

Arthur Müller, Der Herr Schulinspektor. Pazifistisches Lehrerstück in einem Akt. Verlag der österr. Friedensgesellschaft. Leipzig, H. Haessel. 1911. 50 Pfg. bezw. 60 Heller.

Jackson H. Ralston, Some supposed just causes of war. Boston International School of Peace. 1910.

Bensky, Ssergej, Babajew. Frankfurt a. M. Verlag der literar. Anstalt. 1910.

Proceedings of the American Society of Int. Law at its fourth Annual Meeting held at Washington D. C. April 28.—30. 1910. Lex 8°. Baker, Voorhuis & Co. Publishers. 1910.

International Council of Women. Report of Transactions during the third quinquennial Term terminating with the third quinquennial Meeting held in Berlin, June 1904. 2 vols. Boston 1909. With Illustrations. Cloth.

Annuaire du mouvement pacifiste 1910. Revision. Bureau international permanent de la Paix. Bern. 1911.

J. L. Saxon, Under fredsbanéret. Berättelser. Stockholm. Mit Illustrationen, gbd.

Pro Pace. Almanacco illustrato per l'anno 1911. Edito a cura della Società internazionale per la pace.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (früher Friedensblätter), Eßlingen. Dezember. Th. K., „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen." — Anna B. Eckstein, Die internationale Friedensschule. — Fritz Decker, Henry Dunant. — usw. usw.

—, Januar. O. Umfrid, Die Erfolge der Friedensbewegung. — usw. usw.

Der Friede (Bern). Dezember. Das Zentralkomitee an die Sektionen des Schweizerischen Friedensvereins. — C. Simon, Wahre Religion widerstreitet dem Kriege. — G. C., Es muß doch Frühling werden. — usw. usw.

La Paix par le Droit (Paris). Dezember. Frédric Passy, Ceux qu'il faut honorer: Hogdson Pratt. — A propos de la légitime défense par MM. Jacques Dumas et Gaston Moch. — Maurice Delpeuch, La conviction pacifiste. — Th. Ruyssen, Leo Tolstoi. — J. P., Carnegie pacificateur. — usw. usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix (Lyon). No. 13. L. Rolland, La Guerre et la Tradition chrétienne: La Guerre dans Suarrez. — A. Vanderpol, Le Traité „De indis" de F. Victoria. — Abbée Sertillanges, Pacifisme et Christianisme. — usw. usw.

États Unis D'Europe (Bern). Dezember. Exposition historique de la Paix. — Eugénie Hamer, Les „A-Côté" du 18. Congrès int. de la Paix. — usw. usw.

Concord (London). Dezember. Felix Moscheles, A welcome Truce. — G. H. Perris, Ave, atque vale!. — Worldpetition to the third Hague Conference. — Trade-Union or Army? — usw.

The Herald of Peace (London). Dezember. Centenary of the Peace Society. — Count Tolstoy. — „In a vicious Circle." — usw. usw.

—, Januar. The retarding of Peace. — A New Year's Look towards the future. — Max Nordaus Forecast. — Lecturette on practical international Arbitration. — Isabella Rowlette, A Suggestion. — A New Red Croß. — How Mischief is made. — usw. usw.

The Arbitrator (London). Dezember. A whole page Advertisement. — A anglo German Agreement. — Tolstoy and compulsory military Service. — Patriotisme. — Swiss compulsory military Service. — Hypatia Bradlaugh Bonner, Women and War. — A valuable Book. — usw. usw.

Advocate of Peace (Boston). Dezember. Tolstoy as a peacemaker. — Death of the Funder of Red Cross. — Aviation and war. — The Danger of Alliances. — George H. Blakeslee, The Family of Nations. — Fred. Passy, Was I. Wrong? — A. Gobat, Disarmement in Germany. — Japan and America. — usw. usw.

The Cosmopolitan Student (Madison). Dezember.

La Vita Internazionale (Mailand). No. 23. Le Società per la Pace ai Deputati e Senatori. — E. T. Moneta, Il Ministero Luzzatti. — Lino Ferriani, „Le fonti della civiltà". — Berardo Montani, La politica estera italiana alla Camera. — A. Crespi, „L'Italia Mistica". — Berardo Montani, Leone Tolstoi. — E. T. Moneta, Al Maggiore Negrotto. — E. T. Moneta, Le guerre le insurrezioni e la Pace nel secolo XIX. — Gaetano Crugnola, Tre grandi moralisti Francesi. — Angelo de Gubernatie, Mostra storica internazionale della Pace in Castel Sant'Angelo.

—, No. 24. E. T. Moneta, Ad Sodales. — Mario Marinoni, Il principio di nazionalità nel diritto internazionale moderno. — E. T. Moneta, Patriottismo più alto, più vero e più fecondo. — Berardo Montani, Fra gli scogli di Montecitorio. — 50 Milioni per la Pace. — A. Crespi, Lettere dall'Inghilterra. — Dante Diotallevi, I punti interrogativi a congresso. — E. T. Moneta, Le guerre, le insurrezioni e la pace nel secolo XIX. — A. C. Mor, Considerazioni retrospettive sul progetto di legge Daneo-Credaro.

—, No. 1. Giovanni Vidari, Esame di coscienza. — Baldo degli Ubaldi, I nemici. — Annibale Corvi, Leila. — Leonida Bissolati, Per un'intesa italo-austriaca. — Canzio Cozzi, Fatti e problemi economici. — Dante Diotallevi, Un tentativo fallito di riabilitazione dell'ammiraglio Persano.

„Vrede door Recht" (Haag). Dezember. Hof van Arbitrage: De zaak Savarkar. — Uit de tweede Kamer. — Goede Tekenen. — Godsidenst en Vrede. — usw. usw.

Fredsfanan (Stockholm). Dezember. A. H. Fried, den XVIII-de Världsfredskongressen i Stockholm. — usw. usw.

Fredsbladet (Kopenhagen). Dezember. G. Kemp, Verdensfredskongresser.

Wainomoinen (Tamersfors, Finl.). November u. Dezember (in finnischer Sprache). (Weihnachtennummer.) Kyósti Huhtala, Geburtsfest. — Leo Tolstoi und die Friedenssache. — Fanny Davidson, Fanny Petterson (mit Photographie). — Letzte Aeußerungen von Tolstoi (mit Photographie). — J. A. Mäkinen, Erinnerungen aus der Kriegszeit. — K. Tütula, Gottes Lästerung. — Studie über die Ursachen der neueren Kriege.

—, Januar. K. Tütula, Zwei Predigten. — Ein Wilder gegen den Krieg. — Vinçenz Knauer, Die Schneeschaufler. — O. Pashtshenko, Die Schrecken des Krieges.

Heiwa (Tokio). Oktober. (28 Seiten in japanischer Schrift.)

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen. Wilhelm Förster, Politische Weihnachtsbetrachtungen. „Ostseezeitung“ (Stettin), 25. XII. * Bertha v. Suttner, Die Aviatik im Dienste des Friedens. „Hagener Zeitung“, 10. XII., „Bonner Zeitung“, 10. XII., „Pester Lloyd“, 28. XII. * Vortrag der Baronin Suttner. „Pester Lloyd“, 16. XII. * Julie Irsai, Ein Besuch bei Baronin Suttner. „Pester Lloyd“, 15. XII. * Alfred H. Fried, Die Suttner. „Pester Lloyd“, 14. XII. * Der heutige Stand der Friedensbewegung. „Neue Badische Landeszeitung“, 16. XII. * Elias Lehr, Tolstois Widersacher. „Neue Freie Stimmen“ (Wien), 15. XII. * Richard Köbner, Der Milliardär Carnegie. „Reclams Universum“, 30. XII. * Friedensengel Carnegie. „Leipziger Tageblatt“, 17. XII. * Eine Millionenstiftung f. d. Frieden. „Neues Wiener Tageblatt“, 15. XII. * Der Friedensschatz. „Neues Wiener Journal“, 15. XII. * Alfred H. Fried, Was fangen wir mit den 50 Millionen Carnegies an? „Neues Wiener Journal“, 25. XII. * Karl Mitsch, Der Nobelfriedenspreis. „Heidelberger Neueste Nachrichten“, 16. XII.

II. Internationale Politik. Prof. Dr. Th. Fischer, Italiens Zukunft. „Deutsche Revue“, Jan. * Dr. Neumann, Henri Dunant und sein Werk. „Der Türmer“, Dez. * O. Umfrid, Pan-Amerika. „Der Türmer“, Dez. * Ein mitteleuropäisches Imperium. „Neue Züricher Zeitung“, 10. u. 12. XII. * Otto Corbach, Pan-Amerika. „Das Freie Wort“, 1. I. * O. Umfrid, Der Kriegsteufel. „Der Beobachter“, 30. XII. * John Grand-Carteret, Deutschland und Frankreich. „Kölnische Zeitung“, 24., 28., 30. XII., 4. u. 6. I. * D'Estournelles de Constant, Notre Action extérieure en 1910 et la Paix internationale. „Revue des Francais“, 25. XII.

III. Völkerrecht. Prof. Ph. Zorn, Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. „Int. Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik“ (München), 3. XII. * Dr. Freund, Die Schaffung eines internationalen Schiedsgerichts für Streitigkeiten zwischen Privatpersonen und auswärtigen Staaten. „Der Tag“, 8. XII. * Der Fehlschlag der Londoner Konferenz. „Hamb. Fremdenblatt“, 28. XII. * Der problematische Wert der internationalen Schiedsgerichtsverträge. „Allgemeine Zeitung“ (Chemnitz), 22. XII. * Die deutschen Schadenersatzansprüche in Südafrika. „Münchener Neueste Nachrichten“, 21. XII. * Die deutschen Schadenersatzansprüche aus dem Burenkrieg. „Weserzeitung“, 20. XII. * Die deutschen Ersatzansprüche an England. „Berliner Morgenpost“, 20. XII. * Dr. H. Wehberg, Die rechtliche Stellung der Eisenbahnen im Kriege. „Der Staatsbürger“ (Leipzig-München), No. 18 (?). * Ders., Die Bedeutung der neueren Völkerrechtskonferenzen für die chemische Industrie. „Oesterreichische Chemiker-Zeitung“ (Wien), 15. XII. * Ders., Boykottentschädigung. „Der Tag“, 21. XII. * Ders., Die Erzeugnisse des Kohlenbergbaues im Land- und Seekriege. „Deutsche Industriezeitung“ (Berlin), 3. XII. * Ders., De Derde Vredesconferentie. „Nieuwe Rotterdamsche Courant“, 2. XII. * Ders., Holland und die dritte Haager Friedenskonferenz. „Köln. Zeitung“, 6. XII. * Ders., Der Haager Schiedshof und die Versicherungsgesellschaften. „Deutsche Versicherungs-Zeitung“ (Berlin), 15. XII. * Ders., Die Lebensversicherung bei englischen Versicherungsgesellschaften im Kriegsfalle. „Wallmanns Versicherungs-Zeitschrift“ (Gr.-Lichterfelde bei Berlin), 4. XII. * Ders., Die Notwendigkeit eines internationalen Gerichtshofes für Ansprüche der Versicherungsgesellschaften. „Masius' Rundschau“ (Leipzig), Dez. * Dr. Erik Veidl, Die erste Dekade des Haager Schiedsgerichtshofes. „Dokumente des Fortschritts“,

IV. Internationales. Die intern. Konferenz der anerkannten Automobilklubs. „Automobilwelt“ (Berlin), 21. XII. * Geh.-Rat Dr. Franz Klein, Nationaler Internationalismus. „Neues Wiener Tageblatt“ (Wien), 25. XII. * Weltgeld. „Plutus“ (Berlin), 10. XII.

V. Wirtschaftliches. Alfred H. Fried, Die Bennettbill. „Berliner Tageblatt“, 4. I. * Ders., Der gegenwärtige Stand des Rüstungswesens und das Problem der Verminderung der Rüstungslasten. „Dokumente des Fortschritts“, Dez. * Die „bescheidene“ Militärvorlage. „Vorwärts“, 29. XII. * Militäretat und Quinquennat. „Der Vorwärts“, 8. XII. * Gen.-Major Keim, Der Militäretat im Reichstag. „Der Tag“, 15. XII. * General der Infanterie Emil v. Woinowich, Ist unsere Rüstung zu schwer? „Neue Freie Presse“, 29. XII. * Admiral Alfred T. Mahan, The All-Big-Gun Battleship and naval supremacy. „The Worlds Work“ (London), No. 97. * Eine sozialistische Friedensdemonstration. „Der Vorwärts“, 14. XII. * Der Ausbau des Deutschen Reichsheeres. „Deutsch. Offiziersblatt“ (Berlin), 8. XII. * Der rasende Moloch. „Der Vorwärts“, 12. XII. * Tafts Schiedsgerichts- und Abrüstungspläne. „Kölnische Volkszeitung“, 18. XII. * Die Befestigung am Panamakanal. „Voss. Zeitung“, 17. XII. * Bringen uns die militärischen Rüstungen an den Bettelstab? „Tägliche Rundschau“, 18. XII. * O. Umfrid, Rüstungen und Lebenshaltung. „Der Beobachter“, 17. XII. * Rüstung und Abrüstung. „Die Zeit“, 3. XII. * Paul Scheerbart, Die internationale Militaristen-Ausstellung auf dem Tempelhofer Felde. „Die Gegenwart“, 17. XII.

Briefkasten.

Hauptm. H. in Prag. Das Buch von Normann Angell ging Ihnen auf meine Veranlassung zu. Der Verfasser bat mich um hundert Adressen von deutschen Interessenten, namentlich von solchen, die über das Buch zu schreiben Gelegenheit hätten.

W. K. in Zoppot. Die Behauptung verschiedener Blätter, daß die europäischen Verhältnisse seit dem Tode des Königs Eduard friedlicher geworden sind, bedeuten eine Verunglimpfung dieses echten Pazifisten auf dem Throne, dessen Wirken erst einer künftigen Generation in vollem Umfange klar werden

dürfte. Bei denen, die diese Meinung verbreiten, heißt es: Post hoc ergo propter hoc.

J. L. in Königsberg. Mit eben demselben Rechte, mit dem sich der Frankfurter Friedensverein jetzt „Friedensverein von 1886" bezeichnet, könnte sich die Königsberger Ortsgruppe der D. F. G. als „Friedensverein von 1850" bezeichnen. Es fehlt bei beiden Vereinen die Kontinuität.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Schwedische Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung.

Stockholm, Regeringsgat 74.

Der Zentralverband des „Schwedischen Vereins für Frieden und Schiedsgericht" hat beschlossen, eine Adresse mit folgender Anheimstellung der Interparlamentarischen Friedensgruppe im Reichstage zu überreichen:

„Daß die Gruppe dem Reichstage die Niedersetzung einer Kommission vorschlägt, die den Auftrag erhält, dem Beschlusse der Haager Konferenz gemäß in der Abrüstungsfrage zu untersuchen, ob und in welchem Grade, eine Herabsetzung der Militärrüstungen infolge der verbesserten internationalen Verhältnisse stattfinden kann."

Der Zentralverband hat ebenso beschlossen, die Geistlichen der lutherischen Staatskirche, sowie die Prediger der freien separatistischen Kirchengenossenschaften, aufzufordern, am ersten Sonntage nach Weihnachten eine Friedenspredigt mit einem Gebet für den Erfolg der Friedensarbeit zu halten, eine Anheimstellung, der man auch an vielen Stellen innerhalb der verschiedenen Kirchengenossenschaften Folge geleistet hat. (Knut Sandtedt.)

Mitteilungen der Oesterreichischen Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I., Spiegelgasse 4.

Der Vorstand der Oesterreichischen Friedensgesellschaft hat in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, einen Kurs zur Heranbildung von Wanderrednern zu errichten. Auch solche Personen, die Friedenspropaganda bloß intensiv betreiben wollen, können daran teilnehmen. Alle Teilnehmer müssen sich nach Beendigung des Kurses einer Prüfung unterziehen, und erhalten im Falle des Bestehens Geldprämien, bzw. können im Dienste der Gesellschaft angestellt werden. Nähere Auskunft gibt das Friedensschul-Komitee der österreichischen Friedensgesellschaft in Wien.

Vortrag Prof. Dr. Broda aus Paris.

Unter dem Titel „Was die Völker von einander lernen können" veranstaltete die österr. Friedensgesellschaft im Einvernehmen mit dem Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen in Paris am 4. Jänner d. J. im Gwerbevereinssaal einen Vortrag. Unter den Zuhörern bemerkte man: Reg.-Rat Brockhausen, R.-R.-Abg. Heilinger, Prof. Jodl, Gemeinderat Dr. v. Dorn, Prof. Kobatsch, Oberkirchenrat Dr. Witz-Oberlin u. a. m.

Prof. Broda wies auf die großen kulturellen und sozialen Verschiedenheiten zwischen den großen Völkern der Erde hin, die solange als ein Anlaß zur Zwietracht, zur gegenseitigen Bekämpfung gegolten hatten. Das Ungleichartige, Fremde, heimischer Sitte Entgegengesetzte, galt all die Jahrhunderte hindurch als feindlich, wert vernichtet, durch eigene Art ersetzt zu werden. Eine vorurteilslose Betrachtung müßte dem gegenüber zeigen, daß es für jedes Volk vorteilhaft sei, bei seinen Nachbarn kulturelle Eigentümlichkeiten und Tugenden zu finden, von denen es selbst lernen könne, und daß es für die Menschheit vorteilhaft sei, wenn jedes Volk bestimmte kulturelle Eigentümlichkeiten in besonders vorzüglicher Weise ausbilde, als wenn einheitliche Kulturzüge durch Gewalt durchgesetzt werden.

Um all die Reformen und Entwicklungen der verschiedenen Völker mehr noch als bisher zur Kenntnis der gesamten Menschheit zu bringen, sei ein Institut für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen begründet worden, das durch Herausgabe von Zeitschriften (in deutscher Sprache, der „Dokumente des Fortschrittes", die allmonatlich über beispielgebende Reformen der einzelnen Länder berichten) und durch Veranstaltungen von Vorträgen ausländischer Gelehrter in allen wichtigen Städten Europas alle jene ausländischen Reformen, die für das Inland beispielgebend werden können, zur Darstellung bringt.

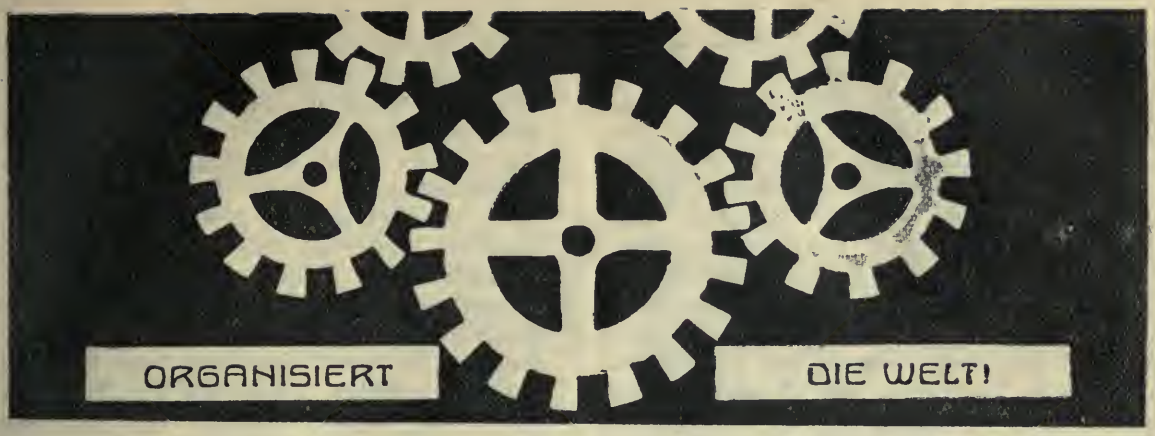
Anhaltender Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners.

Ortsgruppe Linz.

Diese rührige Ortsgruppe veranstaltet in den Wintermonaten gesellige Zusammenkünfte, bei denen aufklärende und unterhaltende Vorträge stattfinden. Bei der letzten Zusammenkunft, die am 17. v. M. stattfand, und besonders gut besucht war, hielt Dr. Ignaz Pierer einen Vortrag über die Friedensbewegung. Obmann Fabrikant Karl Franck dankte dem Redner für seine gehaltvollen Ausführungen. Freiherr v. Aichelburg-Labia stellte den Antrag, an A. Carnegie für die große Förderung die er der Friedensbewegung durch seine Spende angedeihen ließ, ein Glückwunschschreiben zu senden, was einstimmig angenommen wurde.

Die Neujahrsnummer der vortrefflichen Zeitschrift „Die Quelle" ist unserer Präsidentin gewidmet. Aus dem reichen Inhalte sei hervorgehoben: Eine Erzählung von Berta v. Suttner, eine Charakterstudie über Tolstoi von O. Linden, ferner „Aussprüche bedeutender Männer über die Friedensbewegung" u. a. Die p. t. Mitglieder erhalten auf Verlangen durch unser Bureau dieses interessante Heft gratis und franko zugesendet.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2. — Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien



Februar 1911.

Auf der schiefen Ebene.

Es ist ein Ereignis von europäischer Bedeutung, das sich in diesen Februartagen in Budapest abspielt. Von den dort tagenden Delegationen läßt sich die gemeinsame Regierung Oesterreich-Ungarns die erste Rate für eine beginnende Aera der Großmachtpolitik bewilligen. Das Ansteckungsgift des Grosso-Militarismus zu Wasser und zu Lande hat auch die Habsburgische Monarchie erfaßt. Bislang haben in diesem Lande die Lasten des bewaffneten Friedens zwar auch schon schwer die Bevölkerung bedrückt, nun aber soll es im Stil der übrigen großen Militärmächte rasend in die Höhe gehen. Ein Flottenprogramm von vier Dreadnoughts mit dem üblichen Zubehör im Umfange von 312 Millionen Kronen wurde vorgelegt, das mit seiner ersten Rate einschließlich der erhöhten Landheerkosten die direkten Rüstungsausgaben schon in diesem Jahre auf 550 Millionen Kronen bringt. Mehr als eine halbe Milliarde also für ein Land, das für die sozialen Ausgaben im ganzen nur 14 Millionen übrig hat. Mehr als eine halbe Milliarde für ein Land, das noch 36 % Analphabeten besitzt. Dessen Beamte und Lehrer um Erhöhung ihrer Hungergehälter jammern, dessen Landbevölkerung nach Erweiterung des lokalen Bahnnetzes schreit, dessen Wissenschaft nach Ausbau der Universitäten und Erweiterung der Lehrmittel ruft. Für ein Land, in dem es an Spitälern fehlt, wo in den großen Städten infolge der hohen Grundsteuer (46 % des Mietsertrages in Wien; eine Folge der im 19. Jahrhundert geführten Kriege!) die ärgste Wohnungsnot herrscht, wo es kein Arbeiterversicherungsgesetz gibt, weil der Staat die Kosten, die die Summe eines einzigen Dreadnoughts nicht übersteigen würden, nicht aufzubringen weiß. Dieses arme Land gerät nunmehr auch auf die abschüssige Bahn des Grosso-Militarismus, tritt in Wettbewerb mit den übrigen Militärmächten der Welt.

Die Summen, die jetzt gefordert werden, sind ja nur ein Anfang. Für jeden Sehenden ist es klar, daß sie den Keim weiterer und höherer Ausgaben in sich tragen. „Das dicke Ende kommt nach", wie der Berliner sagt. Die vier Dreadnoughts, die jetzt gebaut werden, werden in wenigen Monaten — noch ehe sie vom Stapel laufen — veraltet sein. Man wird neue bauen müssen; und man wird mehr neue bauen müssen. Denn schon kündigt Italien eine erneute und vermehrte Flottenvorlage an. Und in der Delegation hat der Marinekommandant schon verlauten lassen, daß mindestens 16 Dreadnoughts notwendig sein werden. Der Kriegsminister hat dargelegt, daß die bevorstehende Einführung der zweijährigen Dienstzeit wieder erhöhte Anforderungen an die Finanzkraft des Staates stellen wird. Es wird also nicht lange dauern, und auch Oesterreich-Ungarn wird die Milliarde an Heeres- und Flottenausgaben überschritten haben.

Das traurigste ist daher, daß diese ungeheuren Forderungen eigentlich ohne Zustimmung der Volksvertretung bewilligt werden. Die Delegationen sind als eine solche nicht anzusehen. Wer die Verhältnisse der Verfassung des Donaureiches kennt, wird zugeben, daß es sich dabei um eine Körperschaft handelt, die den russischen Semstwos näher steht als den europäischen

Parlamenten. Von 60 Mitgliedern dieses für die gemeinsamen Angelegenheiten der beiden Reichshälften bestimmten Ausschusses gehören 20 dem Herrenhaus an, also der Regierung selbst. Unter den übrigen vierzig, die von den verschiedenen Kronländern gewählt werden, kommen alle politischen Rivalitäten der verschiedenen Nationen und Parteien zum Ausdruck, so daß es der Regierung leicht wird, dort eine Mehrheit zu erlangen. Sie hat sie immer. Auch in der Presse kommt der Volkswille nicht zum Ausdruck. Mit Ausnahme der sozialistischen Zeitungen sind alle österreichischen Blätter rüstungsfreundlich. Sie sind eben Geschäftsunternehmungen, die den am Rüstungsgeschäft beteiligten Unternehmungen nahe stehen.

So wird denn der allgemeine Unwille, der in der Bevölkerung vorhanden ist, durch Schlagworte erstickt. Das Märchen von der „Produktivität der Rüstungen" wird zum Ueberdruß wiederholt. Schon in der Thronrede ist diesem wirtschaftlichen Irrtum Ausdruck verliehen worden. Rüstungen bringen Arbeit heißt es; Arbeit bringt Geld unter die Leute. Der Einwand eines Studenten eines nationalökonomischen Seminars, daß auch die Erbauung von Irrenhäusern Arbeit erfordert und Geld unter die Leute bringt, so daß man mit demselben Rechte, mit dem man glaubt Schiffskolosse bauen zu müssen, tausend Irrenhäuser errichten könnte, wird nicht als stichhaltig angesehen. Zu dieser Verteidigung gesellen sich noch andere, nur allzu durchsichtige Phrasen. Man müsse „die Meeresstraßen offen halten!" Ja, wer versperrt sie denn? — Man könne nicht zurückbleiben, wenn „alle anderen" rüsten! Ja, was tut man denn, um dieses allgemeine Uebel „aus einem Punkte zu kurieren?" Man müsse das „Ansehen der Monarchie" im Auslande wahren; man müsse den Handel fördern. Mit Dreadnoughts den Handel fördern! Am 31. Januar hat Graf Aehrenthal im Ausschuß der österreichischen Delegation selbst eine Antwort darauf gegeben, als er sich gegen den Vorwurf wehrte, die Erbauung der Bagdadbahn würde den österreichischen Handel schädigen. Da sagte er ganz richtig: „Ausschlaggebend für unseren Anteil an dem Bagdadbahnverkehr wird aber die Leistungsfähigkeit unserer Erzeugnisse und die Tüchtigkeit unseres Kaufmannsstandes sein." Weder Graf Aehrenthal noch die Mitglieder der Delegation wurden sich bewußt, daß damit die Phrase von der Handelsförderung durch Kriegsschiffe vernichtet wird. Die schönsten Kriegsschiffe vermögen den Handel nicht zu fördern, wenn dieser nicht leistungsfähig, wenn der Kaufmannsstand nicht tüchtig ist. Und ist es nicht gerade die durch die Rüstungen bewirkte Steuerlast, die die Hemmnisse des Verkehrs, der Bildung und des Unternehmungsgeistes mit sich bringt und so die Leistungskraft des Handelsstandes unterbindet. Es wird einst der Tag kommen, wo man einsehen wird, daß der Rüstungswahn den Handel schädigt. Daß der Satz wahr ist, wonach der Preiskurant und nicht die Kanone den Handelsumsatz bedingt.

Und schließlich wird hervorgehoben, daß Oesterreich-Ungarn seine Flotten zum Schutz seiner Küste benötigt. War denn diese Küste bis jetzt ungeschützt? Keinem Menschen ist es je eingefallen, sie anzugreifen, und niemals ist eine Kombination denkbar, bei der Europa es zugeben würde, daß Oesterreich-Ungarn vom Meere abgeschnitten werden dürfte. Der Besitz von Triest wird nicht durch die österreichische Flotte geschützt, sondern durch das Bündnis mit Deutschland. An einem österreichischen Triest hat das Deutsche Reich mindestens das gleiche Interesse wie die Donaumonarchie. Niemals würde ein Krieg, den Oesterreich-Ungarn zu führen gezwungen wäre, durch die paar Kriegsschiffe entschieden werden, die es aufstellen könnte, selbst wenn es sein jetziges Flottenprogramm auch vervierfachen würde. Die Entscheidung müßte zu Lande ausgefochten werden. Und diese Küste! Wer das Buch Hermann Bahrs über Dalmatien gelesen hat, wird dabei erfahren haben, wie dieses Land in Armut erstickt. Ja, dieses Land an der Küste braucht Kriegsschiffe zu seinem Schutz, es hat aber keine Eisenbahnen, um das Leben seiner Einwohner menschenwürdig zu gestalten, es hat kein Geld, um die wirtschaftlichen Schätze, die dort verborgen sind, heben zu können.

Gegen alle diese Phrasen ist nicht anzukämpfen. Die Presse bietet nicht den Raum, um sie widerlegen zu können, und die Reden der paar oppositionellen Abgeordneten dringen nicht weit genug. Dennoch würde sich die Bevölkerung bei einem Referendum mit überwiegender Mehrheit gegen die Flotte und die sonstige Vermehrung des Rüstungselends wenden. Der tertius gaudens ist daher die Sozialdemokratie. Den beschönigenden Stimmen von

oben setzt sie dröhnend die Stimme von unten entgegen. Sie beruft Massenversammlungen ein, und ihre Redner erheben unter ungeheurem Jubel ihrer Zuhörer die Hand drohend gegen die Gesellschaft. „Wir warnen," so sagte einer der sozialistischen Redner vor einer tausendköpfigen Zuhörerschaft in einer Wiener Versammlung, „wir warnen alle, sich auf die Gutmütigkeit der Bevölkerung zu sehr zu verlassen. Das Elend könnte Unheil anrichten, in dem auch die Regierung versinken kann." Ein anderer Redner sagte: „Wer so wie ein sozialdemokratischer Abgeordneter täglich das Elend in seinen gräßlichsten Formen sieht, wer so wie er täglich die Klagen und Schmerzen des Volkes schildern hört, wer da sieht, wie Kranke verderben müssen, ohne ein Spitalbett zu finden, den faßt Empörung ob der Frivolität, mit der das Geld hinausgeworfen wird, daß sich das Volk abdarben muß, damit, wie man uns weismachen will, unsere Kulturerrungenschaften geschützt werden, von denen das Volk nichts empfindet, als die Barbarei." Das sind harte Worte, die den Regierenden zu denken geben müßten.

Für uns Pazifisten bleibt in solch trauriger Situation nur der einzige Trost, daß jede Verschlimmerung des großen Rüstungselends den Zeitpunkt beschleunigen muß, wo man endlich anfangen wird, die Stimme der Pazifisten zu hören und ihre Lehren zu befolgen. Wenn jetzt schon die armen Staaten der europäischen Völkerfamilie, jene, die durch den Kriegsruhm der Vergangenheit heute am meisten zu leiden haben, anfangen, in beschleunigtem Tempo der schiefen Ebene zuzusteuern, muß das Ende der internationalen Anarchie nahe sein. Das macht die österreichischen Rüstungen zu einer allgemein europäischen Angelegenheit. Die Stunde muß kommen — und bald sogar — wo die Regierungen dem drohenden Pochen der unteren Volksmassen gegenüber keinen anderen Ausweg finden werden, als den Pazifismus von Staats wegen zu betreiben, von Staats wegen der internationalen Organisation sich zuzuwenden.

Solange freilich müssen wir aushalten und müssen uns alle Unbill, die über uns herunterrasselt, und allen Seelenschmerz, der uns angesichts des offenbaren Wahns, in dem die moderne Gesellschaft befangen ist, hinunterschlucken. Wir können uns dabei mit den Worten Schopenhauers trösten, die so außerordentlich richtig unsere Situation kennzeichnen: „Bei jeder Verkehrtheit," so schrieb der große Denker, „die im Publiko oder in der Gesellschaft gesagt, oder in der Literatur geschrieben und wohlaufgenommen, wenigstens nicht widerlegt wird, soll man nicht verzweifeln und meinen, daß es nun dabei sein Bewenden haben werde, sondern wissen und sich getrösten, daß die Sache hinterher und allmählich ruminiert, beleuchtet, bedacht, erwogen, besprochen und meistens zuletzt richtig beurteilt wird; so daß nach einer der Schwierigkeit derselben angemessenen Frist endlich fast alle begreifen, was der klare Kopf sogleich sah. Unterdessen freilich muß man sich gedulden. Denn ein Mann von richtiger Einsicht unter den Betörten gleicht dem, dessen Uhr richtig geht, in einer Stadt, deren Turmuhren alle falsch gestellt sind. Er allein weiß die wahre Zeit: aber was hilft es ihm? Alle Welt richtet sich nach den falschgehenden Stadtuhren; sogar auch die, welche wissen, daß seine Uhr allein die wahre Zeit angibt."

Der Mann mit der richtiggehenden Uhr in einer Stadt, wo alle Turmuhren falsch gehen, das ist der Pazifismus in Mitteleuropa. Aber die Wahrheit dringt doch durch. Vielleicht erst bis die falschen Turmuhren noch auf Mittag zeigen, während die Abenddämmerung schon hereinbricht. Dann werden alle die Richtigkeit der pazifistischen Uhr erkennen. Und diejenigen, die nach Schopenhauer schon wissen, daß unsere Uhr die richtige Zeit zeigt, sich aber doch nach der falschen richten — oh, wir kennen diese Leute sehr gut — werden dann am lautesten schreien.

Aber seien wir getrost. Man wird viel früher die Richtigkeit unserer Uhr anerkennen, als es die meisten unter dem Druck der traurigen Ereignisse heute zu glauben wagen. Man soll nicht meinen, „daß es dabei sein Bewenden haben werde", wie der Weise sagt. Wir werden die Sache solange „ruminieren, beleuchten, bedenken, besprechen und erwägen", bis sie „zuletzt endlich richtig beurteilt werden wird". Das ist unsere große Aufgabe, unsere heilige Pflicht gegenüber einer verirrten Zeit.

A. H. F.

Die amerikanische Rüstungskommission und Europa.

Es hat Verwunderung erregt, daß Präsident Taft die Fünfmännerkommission zum Studium der Rüstungen, die zu ernennen der Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten ihn einstimmig ermächtigten (siehe den Artikel in der vorhergehenden Nummer S. 3), noch nicht ernannt hat. Die Verzögerung wird erklärt durch eine Stelle in der Botschaft des Präsidenten vom 6. Dezember, die uns im Wortlaut erst jetzt vorliegt. Sie lautet:

„Ich habe noch keine Ernennungen für diese Kommission vorgenommen, weil ich die fremden Regierungen eingeladen habe und ihre Rückäußerungen darüber erwarte, ob sie bereit sind, mit uns durch Ernennung ähnlicher Kommissionen zusammenzuarbeiten oder ob sie Vertreter ernennen wollten, die mit unseren Kommissionären durch vereinte Tätigkeit deren Arbeit wirksam zu machen suchen sollten."

Amerika wartet also auf Europa.

Bis jetzt ist nur bekannt geworden, daß die italienische Regierung dem amerikanischen Botschafter ihre Zustimmung zu der Taftschen Anregung mitgeteilt habe. Sonst hat man von der Aufnahme der amerikanischen Anregung in Europa nichts gehört.

Nunmehr liegt auch eine Aeußerung des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern, Grafen Aehrenthal, vor.

Der Herausgeber dieser Blätter unternahm es kurz vor dem Zusammentritt der diesjährigen Delegationen, denen die Aufgabe oblag, hunderte von Millionen für Rüstungszwecke zu bewilligen, in einem in der „Neuen Freien Presse" vom 28. Januar erschienenen Artikel „Dreadnoughts und — ein Ende" auf die Anregung Tafts hinzuweisen, und anzuregen, daß die Delegationen die Regierung durch eine Resolution auffordern sollten, jener amerikanischen Anregung Folge zu geben.

Bereits in der ersten Sitzung des Ausschusses der Delegationen für Auswärtige Angelegenheiten vom 30. Januar, unternahm es der Delegierte Dr. Exner, dem Minister bezüglich der Taftschen Anregung folgende Fragen vorzulegen: 1. Ob Präsident Taft, bevor er zur Einsetzung der Fünferkommission schritt, eine Anfrage an die Kabinette der Großmächte gerichtet habe, ob sie eine ähnliche Aktion einzuleiten beabsichtigen; 2. ob eine solche Zuschrift auch an das k. u. k. Ministerium des Aeußern gelangt sei, und 3. wie sich der Minister des Aeußern diesem Schritte gegenüber zu verhalten gedenke. „Die Delegation habe", so führte der Interpellant weiter aus, „um so größere Ursache authentische Auskunft über diese Angelegenheit zu erhalten, als wir vor einer ganz besonderen Steigerung der Heereserfordernisse stehen und in den nächsten Wochen über diese Forderungen zu beraten und Beschluß zu fassen haben werden."

Die Antwort des Ministers, Grafen Aehrenthal, lautete nach den Zeitungsberichten folgendermaßen:

„Delegierter Dr. Exner hat an mich eine Anfrage in einer Angelegenheit gerichtet, welche mich schon beschäftigt hat. Sie betrifft eine Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika in Ansehung der Abrüstungsfrage. Seitens der amerikanischen Regierung ist mir eine am 25. Juni v. J. vom Senat und Repräsentantenhause der Vereinigten Staaten beschlossene Resolution übermittelt worden, welche in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut hat: Es sei eine fünfgliedrige Kommission durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu ernennen, welche die Tunlichkeit zu erwägen hätte, sich der bestehenden internationalen Vertretungen zu bedienen, um durch ein internationales Uebereinkommen die Rüstungen der einzelnen Nationen zu beschränken und aus den vereinigten Flotten der Welt ein internationales Machtmittel zwecks Erhaltung des allgemeinen Friedens zu bilden, und welche jegliche andere Mittel zur Verringerung der Auslagen der Regierungen für militärische Zwecke sowie der Kriegsmöglichkeiten in Erwägung zu ziehen und darüber zu berichten hätte.

Maßgebenden Orts besteht in Amerika die Absicht, erst die Meinungen der anderen Regierungen zum Gegenstande kennen zu lernen, bevor ein weiterer Schritt unternommen und die in Rede stehende Kommission ernannt wird. Ich habe diese Mitteilung mit großem Interesse entgegengenommen, konnte mir aber allerdings nicht verhehlen, daß in einem Zeitalter, in welchem der Zustand des bewaffneten Friedens allgemein als gesicherte (? Fr.-W.) Gewähr gegen den Ausbruch von Feindseligkeiten angesehen wird, einer solchen Anregung kaum ein unmittelbarer Erfolg beschieden sein dürfte und daß ein solcher überhaupt nur möglich erscheint, wenn alle in Betracht kommenden Mächte sich dem von der amerikanischen Volksvertretung ausgedrückten Wunsche anschließen. In dieser Erwägung habe ich mich an die fremden Regierungen gewendet, welche mit dieser Frage befaßt worden sind, um in Erfahrung zu bringen,

welche Haltung sie gegenüber diesem ihnen vorliegenden Vorschlage einzunehmen gedenken. In Würdigung der angestrebten hohen Ziele habe ich diesen Schritt um so bereitwilliger unternommen, als alle Bestrebungen, welche auf eine Verminderung der immer steigenden, auf den Völkern Europas schwer lastenden Rüstungsauslagen gerichtet sind, gewiß die allgemeinste Sympathie verdienen."

Auf Grund dieser Erklärung hat der Delegierte Soukup eine Resolution unterbreitet, die nach einer Abänderung durch den Delegierten Dr. v. Kozlowski in folgendem Wortlaut angenommen wurde:

„Die Delegation der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder nimmt die Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Ministers des Aeußern, betreffend die Initiative des Präsidenten, sowie des Senates und des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten in bezug auf die Ernennung einer fünfgliedrigen Kommission zum Zwecke der Einschränkung der Rüstungen der einzelnen Nationen durch ein internationales Uebereinkommen zur Kenntnis und ladet die gemeinsame Regierung ein, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, die die Erreichung dieses großen Zieles fördern könnten."

Auch im Ausschuß für Aeußeres der ungarischen Delegation wurde Graf Aehrenthal über die Stellungnahme der gemeinsamen Regierung zur Anregung des Präsidenten Taft interpelliert. Er hat sich darüber in seinem Exposé am 6. Februar in folgender Weise geäußert: „Es wurde hier die Erwiderung zur Sprache gebracht, die ich in der österreichischen Delegation auf eine Anfrage in der Angelegenheit der Abrüstungsidee des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Mr. Taft, erteilt habe. Ich glaube, aus einer der hier gehaltenen Reden herausgehört zu haben, als ob meine Antwort kein genügendes Entgegenkommen bewiesen hätte. Ich möchte daher diese Antwort hier wiederholen. Ich habe gesagt, daß ich diese Initiative im Namen Oesterreich-Ungarns sehr sympathisch begrüßt und daß ich sofort mit den anderen Regierungen mich in Verbindung gesetzt habe; denn das ist die Hauptsache, zu wissen, wie diese Initiative auch anderwärts aufgenommen worden ist."

„Praktische Friedens-Politik."

Von R. Moe, Sekretär des Nobel-Comités des norwegischen Storthings, Kristiania.

Das Rüstungsfieber, das im vergangenen ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts das europäische Staatsleben erschütterte, hat nicht nur einen verhängnisvollen Einfluß auf das politische Verhältnis zwischen den Mächten, es hat vielleicht eine ebenso beklagenswerte psychologische Wirkung auf die Völker wie auf die Individuen ausgeübt. Es ist natürlich, daß die Gehirne sich erhitzen, wenn sie sehen, wie Tag für Tag das Kriegsmaterial sich immer höher auftürmt. Man glaubt schließlich an die Gespenster, die man selber rief. Die stets wachsenden Militärbudgets überschatten etwas derart, daß die Völker es bald nicht mehr zu erkennen vermögen; nämlich die Tatsache, daß der Friedenswille und der Friedensgedanke immer mächtiger geworden sind, und daß sie das Denken und Handeln der leitenden Politiker bestimmen, ohne daß es diesen erst bewußt wird.

Man sieht nur die Rüstungen, die handgreiflichen Tatsachen, unter deren Last alles seufzt. Und da die ganze Welt an dem alten Glauben festhält, daß Friedenssache und Abrüstung synonyme Begriffe sind, so verdammen sie ohne weiteres die Friedenssache, weil sie bis heute nicht vermochte, die Niederlegung der Waffen zu erzwingen. Kann der Pazifismus nicht auf unmittelbare und deutliche Siege hinweisen, insbesondere nicht auf eine umfassende Reduktion des Kriegsbudgets, dann muß er — so folgert man — wertlos sein, und man muß etwas anderes anfangen. „Es ist zweifelhaft, ob man durch die internationalen Konferenzen je die Anerkennung des Abrüstungsprinzips erreichen wird", schrieb neulich Herr Roland de Marès, der vornehmste und angesehene Mitarbeiter der „Indépendance belge"; — „man muß neue Wege einschlagen." Es ist bemerkenswert, daß eine solche Aeußerung in einem kleinen friedensfreundlichen Land erschien, und nicht weniger bemerkenswert, daß diese Kritik des Herrn de Marès gegen die Friedensbewegung von einem Regierungsblatt in Norwegen ausgenutzt wurde — einem Lande, von dem man mit einigem Recht hätte sagen können, daß die Friedenssache dort gesiegt habe.

Wenn man die Ueberzeugung hat, daß die politischen Friedensbestrebungen der Pazifisten wirkungslos sind, d. h. daß der eigentliche Pazifismus eine veraltete Methode ist, dann ist es natürlich, daß man den Blick gegen die mächtigen internationalen Kreise wendet, für die der Friede eine Lebensbedingung ist, um zu sehen, ob die nichts tun können. Herr de Marès empfiehlt eine Entente der großen internationalen Finanzgruppen. „Der Widerstand der großen Geldmächte gegen die Kriegsanleihen, gegen Anleihen, die zur Vermehrung der Rüstungen bestimmt sind, würde nicht ver-

fehlen, Erfolge zu zeitigen, die man vergebens von der ausschließlich aus Gefühlsmotiven inspirierten pazifistischen Aktion erwartet hat..." „Das Geld kann der große Friedensstifter werden, das unentbehrliche Mittel zur Aufrechterhaltung der Harmonie der Staatsgemeinschaft." Dieser Gedanke hat etwas unmittelbar bestechendes an sich, das ihn populär machen könnte. In mehr oder weniger bestimmter Form ist er in der letzten Zeit auch an anderen Stellen aufgetaucht, und deshalb wenden wir uns gegen ihn.

Herr Roland de Marès, der im obenerwähnten Blatt vom 12. Dezember v. J. diesem „Pacifisme pratique" den prägnantesten Ausdruck gegeben hat, ist ohne Zweifel von der Tatsache ausgegangen, daß die ökonomischen Interessen der Länder in unserer Zeit aufs intimste verschlungen sind, daß die Finanzleute keines einzelnen Landes heutzutage auf eigene Hand operieren können, ohne auf die Finanzleute anderer Länder Rücksicht zu nehmen, daß alle gegenseitig voneinander abhängig sind, jetzt wo das immer dichtere Netz von Kommunikationsfäden alle mit demselben Bande verbindet. Und die Finanzleute haben ja alle den Frieden und gute nachbarliche Verhältnisse nötig, um in der für sie ergiebigsten Weise arbeiten zu können. Der Panzer der Rüstungen engt sie ein und hemmt ihre Tätigkeit. „Die stets auftauchende Gefahr des Kriegsausbruch treibt die Geldstücke aus ihrem natürlichen Laufe. Der Gedanke ist dann natürlich, daß die Geldfürsten der Großmachtländer sich nur zusammenschließen können zu einem Bewilligungsstreik, daß sie einen internationalen Riesentrust bilden und die Leiter der auswärtigen Politik zum Frieden und zur Abrüstung zwingen, indem sie einfach verweigern, Geld für militärische Zwecke zu leihen." Dies ist also „praktische Friedenspolitik".

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Herr de Marès von einem Gedanken inspiriert worden ist, der infolge einer kürzlich erschienenen, höchst talentvollen englischen Friedensschrift einen tiefen Eindruck auf die europäische Welt gemacht hat. Der ökonomische Verkehr der Völker, der sich ja im Laufe des letzten Menschenalters bis zur Intimität steigerte, hat selbstredend eine steigende Bedeutung für die Erhaltung des Weltfriedens gehabt und wird in Zukunft eine noch größere haben. Wird ein Punkt des ökonomischen Weltsystems durch Kriegsausbruch aus dem Gleichgewicht gebracht, so merkt man es überall. Wollte ein Land, z. B. Deutschland, es versuchen, den Handel eines andern Landes, z. B. Englands, durch Krieg zu lähmen, würde es heutzutage nur erreichen, in demselben Grade seinen eigenen Handel zu schädigen; denn das gegenseitige internationale Abhängigkeitsverhältnis, die ökonomische „Interdependenz", ist die große Tatsache, an der die Großmächte nicht vorbeikönnen. Es ist daher geraten, Frieden zu halten. Die Zeit ist vorbei, wo ein Staat durch Eroberung etwas gewinnen konnte; eine „optische Täuschung" ist es, wenn man sich jetzt einbildet, durch militärische Siege oder durch territoriale Erwerbungen einen Vorteil erringen zu können. — Das ist der Grundgedanke einer vor einem Jahre anonym erschienenen Schrift „Europes Optical Illusion by Norman Angell", die unlängst unter dem Titel „Die große Täuschung" (Leipzig, Dieterich) erschien, die auch in verschiedene andere Sprachen übersetzt wurde, und ein literarisches Ereignis von europäischer Bedeutung bildet.

Es ist aber eine Verzerrung dieses Gedankens, den die unwillkürliche und automatische Wirkung des ganzen ökonomischen internationalen Lebens in friedensfreundlicher Richtung darlegt, wenn man, wie Herr de Marès, auf künstlichem Wege den Frieden erreichen will, durch einen Zusammenschluß einer einzelnen ökonomischen Kaste, durch ein Kartell der Finanzgruppen der einzelnen Großmächte, durch eine internationale finanzielle Entente zwischen den Mächtigen der Geldmärkte.

Ich wende zunächst ein, daß diese Finanzleute in ihrer politisch-ökonomischen Tätigkeit nicht frei sind. Es wird ihnen nicht erlaubt, überall auf eigene Hand zu operieren, ohne Rücksicht auf die Regierungen ihrer respektiven Länder. Sie sollen nicht leihen, sagt Herr de Marès. Es wird ihnen fürs erste oft nicht gestattet, zu leihen. Die finanziellen Erscheinungen der letzten Zeit haben dieses Faktum offenbart. Brauche ich an die Geschichte der türkischen und anderer Anleihen zu erinnern? Es ist ja z. B. öffentlich bekannt, daß das englische Foreign Office — nachdem sein Kollege in Paris im September vorigen Jahres es den französischen Finanziers nicht gestattet hatte, die türkischen Anleihen ohne gewisse Bedingungen zu übernehmen, die für die türkische Regierung unannehmbar waren — mit Rücksicht auf die Haltung der französischen Regierung ebenfalls dem Sir Ernest Cassel und seiner englisch-deutschen Gruppe nicht gestattete, durch teilweise und geheime französische Hilfe eine Anleihe zu vermitteln, die die französische und die englische Regierung nicht mit ihren nationalen Interessen übereinstimmend fanden. Die Finanzleute sind allmächtig, aber die Regierungen sind schließlich noch mächtiger; denn sie vertreten die Völker. Vermögen es schon die großen nationalen oder internationalen Finanzgruppen nicht immer, ihre Anleihen durchzusetzen, so wird es ihnen wohl auch kaum nützen, sich zusammenzuschließen, um die Anleihen zu verweigern, wenn dies gegen die politischen Interessen wäre. Eine einseitige Entente der Finanzgruppen der Länder zu Friedenszwecken ist daher zurzeit offensichtlich ein unmöglicher Gedanke, weil

er ein Einverständnis der Regierungen voraussetzt. Und eben dieses Einverständnis ist es ja, das man sucht, auf das die Friedensfreunde hinarbeiten!

Die Abhängigkeit der international operierenden Finanzgruppen von der äußeren Politik ist das natürliche Ergebnis der ökonomischen Expansion des letzten Menschenalters. Das Feld ihrer Tätigkeit ist steigend nach Gebieten außerhalb Europas verlegt worden — nach neuen Kolonialgebieten in Afrika und Asien, nach Ländern wie die Türkei, Persien u. a. — nach Gebieten, wo neue, alle alten Verhältnisse umbildenden Verbindungen geplant sind, wo die gewaltigsten Interessensphären der politischen Großmächte zusammenstoßen, und wo sie daher ihren Finanzleuten nicht gestatten können, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die den nationalen Interessen der Staaten im Wege stehen. Ueberall ist es also die nationale Interessenpolitik der Staaten, die das Problem bildet, nicht in erster Linie die ökonomische der Finanzleute. Diese bildet zwar ein gewaltiges Problem, aber vom pazifistischen Gesichtspunkte aus ist es im Vergleich mit jenem sekundär. Deshalb ist es undenkbar, daß selbst die größten finanziellen Gruppen die Staaten werden übertrumpfen und sie zur Abrüstung zwingen können. Ein solcher Versuch würde die Einleitung einer sozialen Revolution werden und könnte nur zu ihrem sicheren Falle führen.

Ich wende weiter ein: wie sollte sich der Weltfrieden, den diese Geldfürsten hervorzaubern, mit dem von mehreren Großmächten praktizierten protektionistischen System reimen? Dieses bildet, wie bekannt, ein wesentliches Problem für die Friedenssache. Vielleicht hat Roland de Marès es im voraus durch ein ebenso „praktisches" Mittel gelöst? Daß die hohen nationalen Zollschranken eines der wesentlichsten Hemmnisse der internationalen Friedensarbeit bilden, ist eine Erkenntnis seit den ersten Tagen des modernen Pazifismus; seit den Tagen Cobdens und Brights. Aber die nationalen protektionistischen Tarife werden hauptsächlich von denselben Kräften getragen, die wohl die erwähnte „finanzielle Entente" untergraben sollten. Sollen jene Herren, die ein dem Friedensgedanken diametral entgegengesetzts System vertreten, z. B. die amerikanischen Trustleiter, sollen die für die Menschheit „Frieden" machen? Ihre kordiale „Entente" würde wohl die Nationen durch die kordiale Umschlingung eines Boa constrictor „verbrüdern", erstickend und alles umschlingend, um die kleinen Nationen sich winden, wie die Truste und Kartelle um die kleinen Leute innerhalb der einzelnen Nationen. Ich würde mich für den „Frieden" bedanken, den solche Leute bringen. L'ordre regnera à Varsovie!

Hier komme ich zu dem Punkte, wo das „praktische" Mittel sich in seiner ganzen nackten Brutalität zeigt. Der empfohlene Zusammenschluß der Finanzmächte sollte ja selbstredend nicht im „sentimentalen" Geist der Friedensfreunde geschehen, sondern aus rein egoistischen Geldinteressen. Nachdem sie ein so ansprechendes Produkt wie Abrüstung und ewigen Frieden erzeugt hätten, würden sie mit Recht auf eine Erkenntlichkeit rechnen können. Sie würden selbstverständlich siegen mit der Sache, die sie vorwärts brachten. Könnte daher der Friede durch sie verwirklicht werden, würde es bedeuten, daß die egoistischen finanziellen Großmächte eine ewige Existenzberechtigung bekämen. Der Friede würde also gleichbedeutend werden mit dem endlichen Sieg des rücksichtslosen Großkapitalismus.

Ich will aber hier antworten: dann lieber keinen Frieden! Wie wir den am Buchstaben klebenden Friedensfreunden, für die der Friede an sich ein heiliges Gut ist, und die bereit sind, ihn mit der Selbstaufgabe des einzelnen Individuums wie der einzelnen Nation zu erkaufen, antworten wollen: Euer Friede gehört ins Kämmerlein. Es ist nicht unser Friede! Wir können ihn nicht gebrauchen! Wir wollen nur den Frieden, der die Lebenskraft der Völker vermehrt!

Während diese Form des Pazifismus den Frieden verwirklicht, indem sie das Leben verleugnet, würde die oben geschilderte „praktische" Friedenspolitik den Friedensgedanken nur ausnutzen, um unter seinem Schutze die brutalsten Machtfaktoren des Lebens, die ökonomischen, zu organisieren. Ein Weltfrieden, der auf der „Verständigung" der obersten ökonomischen Klassen fußt, würde eine Karrikatur werden. Diese schöne ökonomische Friedenspolitik würde sich in keiner Hinsicht von der gegenwärtigen Kabinettspolitik der Großmächte unterscheiden. Der Friede würde jeden Augenblick ebenso bedroht sein wie vorher und würde nur zu noch ärgeren Kampfformen führen. Roland de Marès glaubt, daß die Friedenssache mit jeder politischen und ökonomischen Gesellschaft verbunden, daß sie von oben ebensogut als von unten getrieben werden kann, und daß sie mit der Aristokratie ebensogut als mit der Demokratie übereinstimmt. Es gibt selbst viele Friedensfreunde, die das glauben. Das ist aber das fundamentale Mißverständnis.

Der größte Geist der Bewegung, und in Wirklichkeit auch einer der am praktischsten denkenden, Kant, war hellsehender, da er in seiner berühmten Schrift als „Erster Definitivartikel zum ewigen Frieden" die Forderung stellte: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein." Es bedeutet hier nichts, daß das Wort „republikanisch" für ihn einen andern Sinn hatte als für uns jetzt. — Ebensowenig wie sein großer Vorgänger, Montesquieu, hatte Kant die

Möglichkeit, das Problem der modernen Demokratie zu ahnen. Es genügt uns hier, daß er es als seine prinzipielle Ueberzeugung ausspricht, daß die Friedensidee mit einer gewissen Form des Staatslebens notwendig verbunden ist. Und ich glaube übrigens, daß seine Lehre nur in der konsequenten, ganz durchgeführten Demokratie ihre mögliche Verwirklichung finden kann. Wie das Individuum innerhalb des einzelnen Gemeinwesens erst nach dem Sturz der drückenden ökonomischen Großmächte vom Bande der Vergangenheit, die sein Wachstum hemmten und sein ethisches Leben hinderten, befreit sein wird, — so wird in der internationalen Demokratie, deren Organisation durch hochgesinnte Staatsmänner, Juristen und Oekonomen angefangen ist, das einzelne Volk befreit werden, wird es frei atmen können, wird es über die rasierten Wälle der imperialistischen Mächte hinweg Aussicht bekommen, und seine nationale Persönlichkeit nach der idealen Bestimmung seines Wesens entfalten können.

Beide Demokratien, die nationale und die internationale, sind erst noch in ihrem Werden begriffen. Die Arbeit ist jung; die Vergangenheit ist alt. Die Arbeit geht langsam vor sich; alles soll überwunden werden. Viele empfehlen den Friedensfreunden die Verzweiflung. Da ist kein Grund zum Verzweifeln. Die Seelen sind ja schon für den Frieden gewonnen. Die äußeren Lebensformen, die politischen und ökonomischen Formen werden nicht standhalten. Deshalb ist jetzt die praktische Aufgabe der Friedensfreunde die gradweise internationale Organisation. Es ist nicht ihre Aufgabe, durch ein Wunder die Großmächte zur Abrüstung zu zwingen. Ihre Aufgabe ist nicht, sich mit Illusionen zu nähren. Sie liegt auch nicht im Verzweifeln. Ihre Aufgabe ist nur zu arbeiten!

Ich füge schließlich hinzu: es ist nicht das erstemal, daß in der Friedenspolitik, und in der Politik überhaupt, einfache, „probate" Mittel empfohlen worden sind, Tausendkünste, wodurch man im Handumdrehen alle Probleme wird lösen können. Solche Versuche zeugen indessen nur von praktischer Unerfahrenheit und theoretischer Oberflächlichkeit. Die Methode einer großen politischen Bewegung wird notwendig von den geschichtlichen Verhältnissen gegeben, aus denen sie hervorging, und unter denen sie wirkt. Und die pazifistische Methode befindet sich jetzt in einem Uebergangszustand; ich darf vielleicht sagen, daß sie eine Krise durchmacht. Vielleicht ist es das unbewußte Gefühl dessen, das der Kritik des Herrn de Marès zugrunde liegt. Die lange Agitationsperiode geht wenigstens in West-Europa zu Ende. In Deutschland, das zuletzt mitkam, ist innerhalb der parlamentarischen Politik eine lebhafte Entwicklung in pazifistischer Richtung vor sich gegangen; in der Wissenschaft, besonders in der einflußreichen juristischen, ist im vergangenen Jahrzehnt nach der ersten Haager Konferenz von 1899 eine wahre pazifistische Erweckung entstanden. In Deutschland sind selbstredend noch große und schwere Aufgaben für die Friedenssache zu vollbringen; und in Rußland hat die Arbeit eben erst angefangen. Dennoch kann man sagen, daß die agitatorische Periode jetzt vorbei ist. Das heroische Zeitalter mit seinem religiösen idealistischen Pazifismus ist abgeschlossen. Es gleitet zu einem positiven über, wo man noch nicht über Wege und Zwecke im einzelnen ganz klar und sicher steht.

Daß die praktische Friedensaufgabe der Gegenwart eine politisch-juristische Organisation des internationalen Lebens ist, das fühlen doch alle, die gesund denken. Dieses Programm bildet in unserer Zeit die notwendig ausfüllende Ergänzung zur inneren Politik der nationalen Demokratien. Hand in Hand mit der Demokratie soll die politische Friedensbewegung ihren Siegesgang gehen, in dem Bewußtsein, daß sie für die größte Sache der Menschheit kämpft.

Flottenrüstungen.

Von E. Burton, Senator des Staates Ohio.
Uebersetzt von Dr. Erich Veidl.

Eine Auswahl aus den Reden, die Senator Burton im amerikanischen Kongreß bei Gelegenheit der Einbringung des Flottengesetzes in den Jahren 1906, 1908, 1909 und 1910 gehalten hat.

In der Hoffnung, die Sache des Friedens zu fördern und der sorglosen Mißachtung der schweren Schäden des Krieges zu steuern, wünsche ich mich heute an das versammelte Haus zu wenden.

Bei Besprechung dieser Frage ist es gut, zuerst die Aufmerksamkeit auf das Wachsen unserer Nation zu lenken. Der Bedarf — der im Flottengesetz für das Finanzjahr, das am 30. Juni 1910 endigt, vorgesehene Betrag von 135 Millionen Dollar — ist zweimal so groß als die Ausgaben der Regierung am Ende des Finanzjahres 1861, und doch zählte unser Land damals an 35 Millionen Bewohner. Im Jahre 1910 waren nahezu zwei Drittel aller unserer Ausgaben für den Krieg bestimmt. Nun besteht auch noch beim weiteren Bau von Kriegsschiffen nach den vorgeschlagenen Modellen, die größer sind, als sie jemals existierten, die weitere Gefahr, daß ein geradezu überwältigender Druck ausgeübt werden wird, die gegenwärtigen Schiffe durch noch größere Typen zu ersetzen. Jede Nation wünscht an der Spitze des Schiffsbaues zu stehen, die besten Schiffe zu besitzen. Wenn eine Nation diesen Weg betritt, werden alle übrigen folgen. Daten, welche ich vor mir habe, besagen, daß die Gesamtkosten von vier Nationen — den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Rußland und Deutschland — für Militär- und Marineausgaben im Jahre 1907

1184 Millionen Dollar betragen. Wenn man noch Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn, Spanien und andere Staaten hinzuzählt und das jährliche Wachstum nur beiläufig einschätzen wollte, so ist es wahrscheinlich, daß im Jahre 1910 die Rüstungsausgaben für die vorgeschrittenen Nationen der Welt zwei Milliarden Dollar betragen; Ausgaben aber, die nur für militärische Zwecke bestimmt sind, so daß es schlechterdings unmöglich erscheint, auf dieser Bahn weiterzuschreiten.

Welche Umstände könnten nun diesen wahnsinnigen Militärausgaben Einhalt gebieten? Einer der ersten Faktoren dürften die Verheerungen auf wirtschaftlichem Gebiete sein, die durch diese enormen Kosten heraufbeschworen werden. Man muß überhaupt das ganze Problem von der wirtschaftlichen Seite aus betrachten. Die Nationen können sich nicht weiterhin in solche unsinnigen Ausgaben für die Kriegsmarine stürzen. Diese Last, die uns heute noch erträglich erscheint, wird in wenigen Jahren unerträglich sein. Wenn wir die Entwicklung größerer politischer Bewegungen studieren, wenn wir die Faktoren betrachten, die die Menschen zu größerer Freiheit führten, so ist es überraschend, wie viele ihren Ursprung und ihre eigentliche Grundlage in dem Wunsche der Völker gehabt haben, von einer ungerechten und bedrückenden Steuer befreit zu werden. Die 2000 Millionen Dollar, die von den zivilisierten Völkern für die Rüstungen eingehoben werden, müssen es bewirken, daß binnen kurzem, ich will nicht sagen ein Umsturz, aber doch eine solche Opposition sich bemerkbar machen wird, daß ein Einhalten dann unausweichlich erscheinen dürfte. Man kann ruhig sagen, daß mit derselben Sicherheit, wie auf die dunkle Nacht der helle Tag folgt, dieser Wandel eintreten muß, und doch jetzt schon ein klarer Lichtschimmer die Dunkelheit zu zerstreuen beginnt. Bei einer aufgeklärteren Politik muß die Beschränkung der Rüstungen durch eine Art Naturnotwendigkeit schon in allernächster Zukunft eintreten. In unseren Ländern gibt es aber noch wichtigere Gründe, den allzu großen Rüstungsausgaben ein Ende zu setzen.

Die Tatsachen der Geschichte zeigen uns in ihren größeren Zeiträumen eine entschiedene Tendenz zur Abnahme des Krieges. Zunächst haben die Angriffe von barbarischen Völkerschaften auf zivilisierte Nationen, die in früherer Zeit so manches Unheil mit sich brachten, aufgehört; zu Ende gegangen sind auch die Religionskriege, zum mindesten die Fehden zwischen den verschiedenen Zweigen der christlichen Religion. Ihr tatsächliches Ende wird durch den Westfälischen Frieden bezeichnet, der im Jahre 1648 den Dreißigjährigen Krieg beendigte. Kriege zum Ruhme von Herrschern haben ebenfalls aufgehört. Als letzte Kriege dieser Art kann man jene betrachten, die mit dem Erscheinen Napoleons zusammenhängen. Auch eine andere Art von Konflikten, jene Kriege nämlich, wo ein Volk sich gegen die bestehende Staatsordnung auflehnt, eine freie Regierung oder größere Rechte anstrebt, wurde immer weniger häufig. Wenn wir nach einem Zeitpunkt ausschauen, wo jene Tendenz bestimmte Gestalt annahm und ihren Höhepunkt erreichte, so können wir das Jahr 1815 ansetzen, die Zeit nach der Schlacht bei Waterloo und den Napoleonischen Kriegen. Vor diesem Zeitpunkt kennzeichnete sich die Lage in Europa als ein ständiger Kampf zwischen den konkurrierenden Nationen; seither ist der Friedenszustand vorherrschend.

In derselben Weise, wie man im Vermeiden des Krieges Fortschritte erzielt hat, bemühte man sich immer mehr und mehr, Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen. Besonders in den letzten neunzig Jahren: Von 1810 bis 1900 sind mehr als 200 zwischenstaatliche Streitigkeiten durch Schiedsspruch beigelegt worden. Seit 1900 sind es ihrer schon mehr als 40, und die Liste wächst von Tag zu Tag. An ihnen haben die Vereinigten Staaten einen beträchtlichen Anteil. Diese Schiedssprüche haben oft sehr heikle Fragen beigelegt; nicht nur Grenzregulierungen, Fragen, die sich auf ein einem Bürger zugefügtes Unrecht bezogen, auf Eigentum und persönliche Rechte bildeten ihren Gegenstand, sondern auch Fragen der hohen Politik, die in früherer Zeit so oft Anlaß zum Kriege gegeben haben.

Ohne die Schwierigkeit, die großen politischen Roformen sich entgegenstellt, wäre der Krieg schon längst verschwunden. Es ist eine ausgemachte Tatsache, daß politische Bewegungen nicht dieselbe langsam fortschreitende Entwicklung und denselben gleichartigen Fortschritt zeigen wie die Triumphe der Wissenschaft und Technik. Aber die Regierungen müssen in ihren Beziehungen zu ihren Untertanen und zu anderen Nationen und Ländern dem Gange der öffentlichen Meinung folgen. Sie können nicht lange zurückbleiben. In der Tat haben sich die Ansichten und Meinungen der Menschen seit jenem Jahre in der radikalsten Weise geändert, und wir müssen jenen Zeitpunkt für den Fortschritt der Welt als ebenso bedeutungsvoll bezeichnen, wie vergleichungsweise im 15. Jahrhundert die Erfindung der Buchdruckerkunst oder die Entdeckung Amerikas. Denn so wie diese beiden Ereignisse für den Fortschritt der Menschheit Marksteine bedeuten, so bezeichnet auch die Neigung zum Frieden, die nach dem Falle Napoleons sich geltend machte, einen weiteren Fortschritt nach derselben Richtung. Es hat sich seitdem ein großer Unterschied geltend gemacht in der Bereitwilligkeit der Nationen, sich zu einem Kriege zu entschließen. Kein Land kann ohne sehr triftigen Grund zum Schwert greifen, wenn es sich nicht der Verurteilung aller anderen Staaten aussetzen will. Wenn heutzutage ein Volk ohne gerechten

Grund ein anderes angreift, so sieht es sich dem allgemeinen Unwillen gegenüber, welcher stärker ist als dichtgedrängte Reihen von Soldaten oder große Divisionen von Schlachtschiffen. Keinem Staate ist heute mehr die Angliederung der Gesamtheit eines anderen Landes gestattet. Alle Annexionen, die seit 1815 vorgekommen sind, haben ihren Beweggrund in mehr oder weniger begründeten Ansprüchen gehabt, die vor Ausbruch der Kriege bestanden hatten. Im selben Zusammenhange will ich erwähnen, daß, wenn einzelne Völker auch durch den Krieg größere Vorteile errungen haben, internationale Kongresse abgehalten wurden, um sie an der Erringung großer Gebietsangliederungen zu hindern.

So wird es auch in Zukunft bleiben. Ein Volk darf heutzutage nicht ein Stück Land sich aneignen ohne die Zustimmung der anderen, ausgenommen wo es sich um barbarische Völkerschaften handelt, die in Afrika oder sonst in entfernteren Weltteilen wohnen. Und auch die sogenannten „Interessensphären" sind wohlbegrenzt. Es besteht ein gewisser Einklang im Handeln der Völker, ein Gleichgewicht der Kräfte, das beachtet werden muß, so daß keine größere Annexion ohne allgemeine Zustimmung gemacht werden kann. Wenn nun eine solche Doktrin zu einer Zeit aufrechterhalten wurde, wo wir nur eine schwache Flotte oder selbst gar keine Schiffe besaßen, zu Zeiten, da politische Wettkämpfe und Streitigkeiten in der Welt vorherrschten, um wieviel mehr wird man sie in unseren Tagen des 20. Jahrhunderts aufrechterhalten können, wo das Bestreben dahin geht, die einzelnen Nationen untereinander in Einklang zu bringen, wo die Störung des Weltfriedens allgemeiner Mißbilligung begegnet und man es dem Starken einfach nicht mehr erlaubt, seine Hand auf den Schwachen zu legen. Es besteht heute eine Interessengemeinschaft unter den Völkern der Erde, die mit dem Kriege schlechthin unvereinbar ist. Er ist zwischen zivilisierten Völkern heute unmöglich, sofern nicht ein höchst triftiger Grund, der auf keine Art und Weise mehr zu beseitigen ist, vorliegt. Die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt ist stärker als die Heere und die Flotte des stolzesten Reiches.

Das ganze Streben der Zivilisation treibt dahin: Ein mächtiger Faktor für das Abflauen des Krieges sind die immer mehr wachsenden Interessen der zivilisierten Nationen bei der Betreibung von Handel und Industrie; jene, die dabei beteiligt sind, suchen den Krieg geradezu zu vermeiden, wie die medizinische Wissenschaft über die Pest wacht. Fernerhin scheint der Krieg durch das Anwachsen des menschlichen Intellekts und mit der Inanspruchnahme der Menschen durch intellektuelle Aufgaben, wie durch den zunehmenden Einfluß der moralischen Kräfte mehr und mehr zurückzuweichen. In einer solchen Zeit lassen sich Völker nicht immer wieder und wieder durch Krieg auseinanderbringen, sondern wenden ihre Aufmerksamkeit anderen Zielen zu, wie der Verbesserung ihrer Lebenshaltung, der Entwicklung der Lebensbedingungen, die die Veredelung der Rasse bewirken.

Kanada und die Vereinigten Staaten.

Ein wichtiges Ereignis von weltorganisatorischer Bedeutung ist der kürzlich abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag zwischen dem Dominium Kanada und den Vereinigten Staaten. Durch diesen Vertrag werden die Zollmauern zwischen den beiden großen Staatsgebieten Nordamerikas zum größten Teil niedergerissen. Die Hauptlebensmittel und die Rohstoffe werden in Zukunft von jedem Zoll befreit sein, während bei Kohle und bei solchen Fabrikaten, die für die Landwirtschaft in Frage kommen, die beiderseitigen Zölle nur gleichmäßig herabgesetzt werden.

Mit diesem Abkommen wird — falls es die Billigung der Parlamente beider Länder erhält — das Gebiet der pan-amerikanischen Organisation, das Friedensgebiet der westlichen Halbkugel, vollendet. Es besteht kein Hindernis mehr, daß das Dominium Kanada, das nur noch theoretisch eine englische Kolonie ist, den übrigen Organisationsabkommen der panamerikanischen Union beitritt. Ein ganzer Kontinent wird alsdann in einer das Nebeneinanderleben regelnden Friedensorganisation vereinigt sein. Ein Kontinent, der durch die Friedenssicherung auf Grund der Wechselseitigkeit und Ordnung stets an Macht gewinnen muß, während das arme Europa an seinen Friedensbestrebungen durch die Rüstungen allmählich verblutet.

Das Verhältnis Kanadas und der Vereinigten Staaten bietet ein augenfälliges Beispiel dafür, wie vorteilhaft es ist, nachbarliche Verhältnisse auf Grund der gesunden Vernunft, nach den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit zu regeln, statt nach der jeder Vernunft entbehrenden Maxime des „si vis pacem, para bellum", die in Europa zum Unheil der alten Welt die nachbarlichen Beziehungen regeln soll.

Auf vielen Tausenden von Meilen grenzen Kanada und die Vereinigten Staaten aneinander. Und doch werden diese beiden Staaten in drei Jahren Gelegenheit haben, ihren hundertjährigen Frieden zu feiern. Und auch dieser Krieg, der vor hundert Jahren zwischen ihnen wütete, war überflüssig gewesen (wie so mancher) und hätte bei einigem Geschick vermieden werden können. John W. Foster, der ehemalige Staatssekretär der Union, hat auf dem vorjährigen Friedenskongreß in Hartford in einer denkwürdigen Rede, in der er die Vermeidbarkeit aller von der Union ge-

führten Kriege nachwies, davon gesprochen.*) Er sagte folgendes: „Unser erster auswärtiger Konflikt war nichts weniger als unvermeidbar. Während er nach den Regeln des Völkerrechts zu rechtfertigen war, wandte sich das bessere Empfinden des Landes gegen ihn. Präsident Maddison tat alles, was in seiner Macht lag, um den Krieg zu vermeiden, aber er wurde von einigen Hitzköpfen, die im Kongreß als die „Kriegsvögel" bekannt waren, von Henry Clay und John C. Calhaun, die damals junge Männer waren und die die Führer jener Partei bildeten, die sich auf die zu jener Zeit noch zu frische feindselige Stimmung gegen England stützten, überwältigt. Die Kriegserklärung wurde vom Kongreß nach einer langen und erhitzten Debatte gegenüber einer sehr großen Minorität angenommen. Fünf Tage danach wurden die Orders, die jene Kriegsstimmung verursacht hatten, vom englischen Kronrat zurückgenommen, wovon man infolge der damaligen langsamen Verkehrsmittel in Amerika allerdings noch nichts wußte. Die eigentliche Ursache des Krieges war fortgefallen, als dieser ausbrach."

Die Einsicht, die damals in der Zeit der unentwickelten Technik zu spät gekommen war, hatte in der Folge nicht nur jeden kriegerischen Zusammenstoß der beiden großen Nachbarstaaten verhindert, sie hat auch verhindert, daß ein unseliger Wettbewerb zu gegenseitigen Rüstungen geführt hätte. Auf den Tausende von Meilen langen Grenzen dieser beiden Riesenstaaten gibt es keine Forts, kaum einige Garnisonen, und auf den großen Seen, die beide Gebiete durchteilen, gibt es seit dem Vertrag von 1817 nur drei oder vier Kanonenboote, deren Aufgabe es ist, den Polizeidienst auszuüben und bei festlichen Anlässen Böllerschüsse abzugeben.

Hingegen wuchern die Mittel zur friedlichen Anpassung. Vertrag reihte sich an Vertrag, Schiedsspruch folgte dem Schiedsspruch. Und es waren nicht immer geringfügige Fälle, die auf friedliche Weise beigelegt wurden. Es sei nur an die Alaska-Grenzfrage erinnert, die vor Jahren zu Ungunsten Kanadas entschieden wurde und dort arge Verstimmung hervorrief, ohne daß es den Hetzern gelungen wäre, dieses Land zu einer Verletzung der Achtung vor dem Recht zu verleiten.

Und gerade im vergangenen Jahre haben wir es erlebt, daß ein fast ein Jahrhundert alter Konflikt wegen der Fischereiberechtigung an der Neufundlandküste zum friedlichen Ausgleich gelangte. Das Gelingen dieses Ausgleiches war es nicht zuletzt, das jetzt den Gegenseitigkeitsvertrag ermöglicht hat. So zeitigt eben ein Friedenswerk das folgende, wie jeder Dreadnought mindestens einen neuen nach sich zieht.

Die Geschichte der Beziehungen Kanadas und der Vereinigten Staaten bildet ein lehrreiches Kapitel für die Völker Europas. Sie zeigt, wie die zwischenstaatliche Politik sich gestalten kann, wenn sie nach den Grundsätzen der Kultur betrieben wird. F.

*) Siehe: New England Arbitration and Peace Congress. Report of the Proceedings. Boston 1910. S. 123 ff.

Das Werden einer neuen Ordnung.

Auszug aus der

Rede von Jean Jaurès

in der Debatte der französischen Kammer über das Exposé des Ministers Pichon. Sitzung des 13. Januar. Uebersetzt aus dem „Journal Officiel".

„. . . Der Herr Minister des Aeußern sagte gestern mit vollem Recht, daß heute der Willen der Völker immer stärker wird, daß die Nationen den Frieden wollen, daß keine Regierung imstande wäre, kriegerische Abenteuer gegen den Willen der Allgemeinheit der Nationen zu entfesseln. Dies trifft immer mehr zu, wenn die Nationen unterrichtet sind. Die Gefahr besteht nicht, daß sie absichtlich und systematisch den Krieg erklären, die Gefahr ist, daß sie von unvermuteten Manövern überrascht werden, durch lügenhafte Kombinationen, durch unredliche Intrigen, die, hinter den Kulissen einer dunklen Diplomatie ausgeheckt, imstande sind, plötzliche Paniken und Mißverständnisse hervorzurufen. Und daher liegt mir daran, die Ereignisse der letzten Zeit zu beleuchten. Ich frage, welchen Einfluß werden jene Vereinbarungen, über die so viel gesprochen worden, auf die Gruppierung der europäischen Mächte, auf den Stand der Bündnisse, auf die Bürgschaften des internationalen Friedens ausüben.

Meine Herren, was mich betrifft, so schließe ich mich den vorgebrachten Befürchtungen nicht an. Die zwischen Rußland und Deutschland stattgehabten Pourparlers scheinen mir für unsere Alliancen, Ententen und Freundschaften durchaus nicht bedrohlich.

. . . Der Herr Minister hatte recht, daran zu erinnern, daß zwischen Frankreich und Oesterreich keine Anlässe zu Feindschaften vorliegen; und in der Tat, wenn Sie gute Beziehungen mit Oesterreich anknüpfen können, so wird dies vortrefflich sein, vorausgesetzt, daß Sie sich niemals der Illusion hingeben, daß man es von Deutschland abwendig machen könnte. Ich weiß, daß dies nicht Ihre Absicht ist; ich weiß, daß dies eine gefährliche Täuschung wäre und, wenn Herr Delcassé mit der brünetten Italia eine Walzertour machen durfte, die wahrscheinlich ganz angenehm und jedenfalls recht profitabel war, so sollte es Herrn Pichon nicht verwehrt sein,

mit der blonden Austria nach der Melodie der schönen blauen Donau eine Tour zu tanzen — unter der Bedingung jedoch, daß dabei keinerlei Hintergedanke an eine Entführung aufsteige." (Heiterkeit.)

Redner spricht von dem russisch-französischen Bündnis und sagt: „Kaum war das Bündnis abgeschlossen, so machte Ihnen Rußland ein Zeichen und sprach: „Deutschland könnte unsere Allianz als eine Herausforderung, als eine Art Vorbereitung der Revanche betrachten. Man muß diese Befürchtungen zerstreuen — wir gehen nach Kiel, kommen Sie mit uns." Und das erste Ergebnis war — das ich nicht bedauere, nicht verurteile, sondern nur konstatiere, weil man die Dinge sehen soll, wie sie sind —, das erste Ergebnis war, Frankreich an Deutschland zu nähern, und Frankreich zu bewegen, die Heftigkeit seiner Revindikationen abzuschwächen. Nun denn, ich, der ich der Meinung bin, daß eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland — eine ehrliche, erklärte Annäherung — eine der Bedingungen des europäischen Friedens und des Fortschritts der Welt ist, (lebhafter Beifall links) — ich, der ich glaube, daß die Zufälle des Krieges nicht mehr geeignet sind, die Gewalttaten vergangener Kriege gut zu machen, — ich, der ich glaube, daß die vergewaltigten Völker desto mehr Autonomie, desto mehr Aequivalent ihrer früheren nationalen Neigungen finden werden, je mehr Demokratie und Arbeit zur Herrschaft gelangen; ich, der ich dies glaube, kann mich über die Politik, die Sie machen, und über das Ziel, wohin Sie — ohne es sich selber und der Welt einzugestehen — uns führen, wahrlich nicht beklagen. Aber lassen Sie mich Ihnen sagen, daß Sie schließlich eines Tages, zu Ehren der französischen Vernunft, die Klarheit fordert, zum Wohle unserer Politik, die nicht doppeldeutig und daher nicht machtlos bleiben kann, doch diese Politik deutlich und fest definieren werden müssen: Sie wollen den Frieden. Sie sehen in Ihrem Bündnisse nur neue Mittel zum Frieden, neue Bürgschaften des Friedens; Sie verzichten jedoch nicht auf jene Revindikationen des Rechts, von welchen man so oft, so beredt und so übertrieben in unserer Mitte gesprochen hat. Was soll das heißen? Das kann doch nur heißen, daß in Ihren Augen jene Rechtsforderungen — sei es in Polen, in Irland, in Elsaß-Lothringen — es nicht mehr nötig haben, an die Gewalt der Waffen, an den Dämon der Schlachten zu apellieren, sondern daß die Fortschritte der allgemeinen Zivilisation und Demokratie es sind, wodurch die vergewaltigten Völkerfraktionen die Autonomie wiedererlangen können, auf die sie Anspruch haben."

Driant: „Illusionen!"

Jaurès: „Illusionen? Ich wollte sehen, lieber Kollege, welches die Wirklichkeiten sind, die Sie diesen Illusionen entgegenhalten?"

Driant: „Eine starke Armee."

Jaurès: „Der Herr Kommandant wird mir erlauben, ihn zu erinnern, daß er selber, mit seiner ganzen Person und seiner ganzen Vergangenheit eine lebende Illustration jenes Widerspruchs abgibt, den ich zu beleuchten trachte. Sie waren stets einer der inbrünstigsten Anhänger der russischen Allianz. Wenn Sie gedacht hätten, daß diese Allianz durch die Kraft der Dinge, die ich eben vorgeführt habe, und die ich nicht bedauere, zwingend zu einer — zuerst indirekten, aber bald direkten — Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland führen würde, dann hätten Sie sie nicht gewollt; und in der Tat, es war nötig, daß jene Kraft der Dinge ihre Wirkung ausübte, damit die franco-russische Allianz eine andere Wendung nahm, als die, die Sie vorausgesehen hatten. (Sehr gut! links.)

Meine Herren, mir ist also nicht bange. Ich sehe, wie nach und nach, durch vieles Tasten, viele Unklarheiten und Unbewußtheiten hindurch die Entwicklung sich vollzieht. Was ich wollte, wäre, daß Frankreich daran in offener, überlegter und bewußter Art teilnähme. Die beiden großen Systeme — Dreibund und Tripelentente — bestehen, und es ist eine erste Organisation der Interessen gewesen, die daraus einen Vorteil und eine Wohltat gemacht hat. Und während diese beiden großen Organisationen fortbestehen, knüpfen sich durch separate Verhandlungen zwischen einem Glied der einen mit einem Glied der anderen Abmachungen und Ententen.

Meine Herren, es wäre gefährlich, so vorzugehen, wenn man dadurch zu allgemeiner Konfusion gelangen würde und wenn, wie in der Angelegenheit der Bagdadbahn, eines der großen Systeme, wie die Tripelentente, von einem ihrer Glieder engagiert werden könnte, ohne nur befragt worden zu sein. Wenn aber diese Extra-Ententen dazu beitragen, die allgemeinen Beziehungen der beiden großen Systeme geschmeidiger zu machen, so ist dies die fruchtbare Vorbereitung einer höheren Ordnung, bei der das System der Bündnisse sich — wie dies sein soll — auf alle zivilisierten Völker ausbreiten wird."

— — — — — — — — — —

„Meine Herren, ich habe, indem ich die Elemente der äußeren Politik analysierte, zu zeigen versucht, wie Frankreich in würdiger und nützlicher Weise für die Welt wirken könnte. Ich sagte, daß dies unter drei Bedingungen geschehen könnte: erstens, daß wir, ohne unsere Allianzen und Freundschaften zu brechen, innerhalb derselben unsere eigenen Willensmeinungen behaupten; zweitens, daß in einer Zeit, wo die Finanzmächte immer mehr und mehr in das Spiel der Bündnisse und der diplomatischen Kombinationen eingreifen, diese Mächte die Dienerinnen und nicht die Herrinnen der nationalen

Politik sein sollen; und drittens — das ist der Gegenstand, den ich jetzt zum Schluß behandeln will — daß Frankreich eine große und hochherzige Politik der Ideale betreibe. Hier empfinde ich, meine Herren, daß ich dasjenige berühre, was Sie Utopie nennen, was aber für uns die tiefste Wirklichkeit darstellt. Ich bin überzeugt, daß heute Frankreich imstande wäre, wenn es will, das große Werkzeug des Friedens und des Rechts zu sein.

Meine Herren, das ist keine eitle Idee, die ich da ausdrücke. Ich darf das Wort eines deutschen Philosophen zitieren, nachdem es derselbe war, der in Königsberg täglich auf die Straße ging, um etwas früher Nachrichten von der französischen Revolution zu erfahren. Kant hat in seiner bewundernswerten Schrift „vom ewigen Frieden" gesagt, daß, damit der Frieden zur Herrschaft gelange, es nicht genüge, wenn die Idee des Rechts durchdringe; der Frieden wird erst an jenem Tage siegen, an dem die friedensfeindlichen Mächte an ihren elenden Widersprüchen zugrunde gehen werden.

Nun denn, ich sage: dieser Tag ist gekommen. Nicht nur können wir für die Idee des Friedens die Kraft und Schönheit dieser Idee selber geltend machen, sondern wir können auf die Absurdität, auf den elenden Widerspruch des gegenteiligen Regimes hinweisen, das weder die tragische Größe des Krieges zu entfesseln wagt, noch den Mut findet, offen alle Bestrebungen auf die Werke des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit zu lenken. Der Zustand, in dem wir uns befinden, — das sind nicht die Blitze des Krieges, noch die Strahlen des Friedens, das ist — ich weiß nicht, was für ein trauender, elender Nebel eines bewaffneten Friedens, der ruinierender und in mancher Beziehung schlimmer ist als der Krieg selber (Händeklatschen links).

Also denn, meine Herren, ich sage, die Stunde ist gekommen, dem ein Ende zu machen — und wir können es. Und was ich beweisen wollte, ist dieses: zuerst, daß es für den Krieg keine Entschuldigung mehr gibt, weil er keinen Grund mehr hat; und dann, daß eine neue Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit aufzusteigen beginnt, und daß es Frankreichs Ehre und Kraft geziemen würde, mit Entschiedenheit an der Herbeiführung dieser neuen Ordnung zu arbeiten."

Redner führt aus, wie die dynastischen und die Eroberungskriege aufgehört haben, wie es nicht mehr möglich wäre, sich um Kolonien zu streiten, weil diese sich nicht mehr als Beute behandeln lassen, sondern nach Selbständigkeit streben. Dann setzt er fort:

„Und darum bin ich berechtigt, zu sagen, daß der Krieg gegenstandslos geworden ist, und daß der Kampf, selbst unter den Völkern der kapitalistischen Ordnung, seine raison d'être verloren hat. Denn ihre Interessen, die ökonomischen und finanziellen, sind jetzt derart miteinander verflochten, daß der Ruin des Besiegten zum Schaden des Siegers wird. Kürzlich erschien ein englisches Buch von Norman Angell: „Die große Täuschung", das in England großes Aufsehen erregt hat. In den wenigen Tagen, die ich jenseits des Kanals zugebracht habe, habe ich in den Volksversammlungen gesehen, wie jedesmal, wenn dieses Buch erwähnt wurde, allgemeiner Beifall losbrach. Und wenn ich Gelegenheit hatte, mich mit englischen Unionisten und Konservativen zu unterhalten, so stimmen alle in der Erklärung überein: Dieses Buch sagt die Wahrheit. Und was sagt es, meine Herren? Es sagt, daß heute, bei dem wachsenden Internationalismus der Geschäfte, die Interessen aller Völker so verflochten sind, daß das Unglück des einen das Unglück aller anderen ist.

So werden durch das sich stets ausbreitende Netz der Interessen die Völker gezwungen, sich gegenseitig zu schonen und die Katastrophen der Kriege zu vermeiden. Und was ein zweiter charakteristischer Zug unserer Epoche ist, ist, daß die Vergewaltigungen, die von den alten Regimes in der Geschichte zurückgelassen worden sind, nicht mehr durch Gewalt gutgemacht werden können."

Nach weiteren längeren Ausführungen über die veränderte Lage der Welt und über die Vorschläge des Präsidenten Taft, einschränkungslose Schiedsverträge betreffend, fragt der Redner, ob angesichts dieser Bewegung, die sich vollziehen wird, ob man wolle oder nicht, die französische Republik zögernd und tatenlos daneben stehen oder aber zur Erlösung dieser alten gequälten Welt an der Initiative einer großen Politik des Friedens und der Vernunft sich beteiligen will. Dann wendet er sich an seine Widersacher:

„Wie! Glauben Sie denn, daß es Ihnen auf unabsehbare Zeit gelingen wird, den Millionen und Millionen von Proletariern die doppelte Last aufzubürden, das Kapital des Friedens und die Gefräßigkeit des Krieges zu ernähren? (Lebhafter Beifall links; Unterbrechungen auf verschiedenen Bänken.) Nein! Nein! Die Arbeiter aller Länder geraten in Bewegung — und nicht nur die Arbeiter — **die Leute mit gesundem Menschenverstand in allen Ländern.**

Ach, gestern konnte ich aus den Worten des Herrn Ministers selber den „elenden Widerspruch" bewundern, der unsere Zustände kennzeichnet. Ach, welche köstliche Reise

durch die Welt durften wir gestern im Gefolge des Herrn Pichon machen! Ueberall hatten wir Freunde, überall Alliierte. Ob er in einem Hafen anlegte, auf einem Bahnhof anlangte — in Athen, in Konstantinopel, in Rom, in Madrid, in Petersburg, überall begegnete ihm auf dem Damm eine Allianz, die ihm zulächelte, eine Freundschaft, die ihm Blumen bot (Heiterkeit). Nun, von der Reise zurückgekehrt, sagt er uns: Wir haben so viele Bündnisse, so viele Freundschaften, daß wir, um sie zu verdienen, die Zahl unserer Soldaten verdoppeln müssen (Händeklatschen links). . . . und nach dieser Triumphtournee muß er seinen mit Buketten belasteten Wagen von Kanonen begleiten lassen. (Händeklatschen und Heiterkeit links.)

Man sagt mir: Warum sollen wir anfangen? Aber verlange ich dies denn von Frankreich allein? Hängt es von Frankreich allein ab, die Organisation jener neuen Ordnung zu vollziehen? Was ich sage, ist, daß heute dieselbe Sehnsucht, derselbe Wille nach Frieden, der gleiche allgemeine Wunsch, nicht nur dem Krieg zu entgehen, sondern auch dem bewaffneten Frieden, der dessen abscheuliche Karrikatur ist (Händeklatschen links), überall hervorbricht, bei allen Völkern, bei allen Fraktionen der Demokratie, besonders beim allgemeinen Proletariat — und es wäre eine schöne Sache, wenn zu gleicher Zeit, als sich jenseits des Atlantischen Ozeans ein Friedensruf erhebt, unser republikanisches Frankreich . . .

M. Daniélon (unterbrechend): DieVereinigten Staaten sind nicht besiegt worden, und das hindert sie nicht, aufs äußerste zu rüsten.

M. Jaurès: Ah, Sie sagen, Frankreich habe nicht das Recht, vom Frieden zu reden, weil es besiegt wurde; ich aber sage, was immer die Zwischenfälle der Geschichte gewesen seien . . . (Ausrufe im Zentrum.)

M. Daniélon: Werden Sie das Flottenprogramm votieren, Herr Jaurès? Herr Taft hat achthundert Millionen für das amerikanische Flottenprogramm vorgeschlagen.

M. Jaurès: Welch sonderbares Mißverständnis es doch geben kann zwischen Männern, die trotz Parteigegensätzen einander doch besser verstehen sollten! Und wie kommt es, daß Sie sich über einen Ausdruck entrüsten, mit welchem ich unsere Unglücksfälle statt nationaler Schwäche oder nationalen Gebrechen einfach einem äußeren Zufall zuschreibe, den der Genius unseres Landes stündlich ausgleicht? So sage ich denn, wenn Sie wollen, daß dieses Volk, was immer seine Prüfungen gewesen sein mögen, ein materiell und moralisch großes Volk, eine große Kraft bleibt — eine solche Kraft, daß niemand es einem Mangel an Mut wird zuschreiben dürfen, wenn von diesem Volke aus der hochherzige Ruf nach Frieden und Gerechtigkeit erschallt!"

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 11. Februar.

Wieder schwirren mit unheimlichem Klang dieselben Namen durch die Luft, wie zur Zeit des fürchterlichen russisch-japanischen Krieges: Mandschurei, Charbin, Mukden . . .; wieder dringt Leichengeruch, Wehgeschrei und verzweifelter Jammer von jenen unseligen Stätten herüber. Und weil sie diesmal all das Unglück nicht selber machen, sondern von höheren Gewalten damit gegeißelt werden, so empfinden es die Menschen als etwas viel Schauerlicheres, und wären bereit, alles, alles Erdenkliche zu tun, um es einzudämmen, abzuwenden, aufzuheben. Wenn aber bewußtlose Stoffpartikelchen, Miasmen oder unschuldige Ratten Tod und Verderben verbreiten, so ist das nicht tragischer — eher weniger so — als wenn bewußte Absicht, freiwillige Grausamkeit, entschlossene Gewinn- oder Ehrsucht das tun. Vor dem schwarzen Tod erfaßt sie Entsetzen — vom roten Tode, der — wie auf den mandschurischen Schlachtfeldern, vom „roten Lachen" des Wahnsinns begleitet, hören und schreiben sie gern. Das Sterben, das die Natur auferlegt, das „große Sterben" der Seuchen gar, das ist das Maximum des Unglücks — nur das Töten ist löblich. Uebrigens, wer weiß, ob die jetzt in jenen Gegenden entstandene Pest nicht eine Fortsetzung, d. h. eine Folge des letzten Krieges ist? Solche Keime entwickeln sich mitunter sehr langsam. Aber gleichviel, woher es kommt, das drohende Gespenst — es ist da, und ein Bangen erfaßt uns alle. Wir rufen nach Waffen zur Abwehr. Wir haben Feinde, wirkliche Feinde — ja. Da sind die Elemente: gegen die müssen wir uns schützen; aber da sind noch Schmutz, Verwahrlosung, Elend: die müssen wir vertilgen. Unterdessen: hoffen wir, daß die Seuche erlischt, ehe sie zu uns dringt. Und hoffen wir, daß sie hier überhaupt keinen Boden fände. Noch ist ja aller Grund vorhanden, dies zu hoffen.

Viel Lärm hat sich über die Frage der Befestigung von Vlissingen erhoben. Wir denken dabei unwillkürlich an die bevorstehende Jahrhundertfeier zur Erinnerung an die Aufhebung sämtlicher Forts längs der großen Seen zwischen den Vereinigten Staaten und Kanada. Und noch immer will man Festungen errichten! Doppelt traurig ist das, wenn die Kunde davon aus den Ländern kommt, die schon als Lehrer und Werkmeister des Friedens sich gezeigt haben. Die Vereinigten Staaten, von wo jetzt so energische pazifistische Aktionen ausgehen, und — Befestigung des Panamakanals; und Holland, die Stätte, wo die Haager Konferenzen tagen und wo der Carnegiesche Friedenspalast erbaut wird — will seine Küsten vor Fällen schützen, die einer Ordnung angehören, die das alles einfach ignoriert, wofür

das Haager Tribunal errichtet worden ist! Ach, wie wenig doch die Mehrzahl der Holländer (darunter die an der Spitze stehenden) die Größe der Rolle zu schätzen wissen, die ihnen in der Geschichte sozialer Entwicklung zugefallen war, als Geburtsland der kommenden Weltorganisation. Die Kommentare, die bei solchen Anlässen durch die Blätter gehen, sind das Widerliche und Gefährliche dabei, denn sie sind alle auf die Voraussetzung gestimmt, daß jedes Land rings von lauernden Feinden umgeben ist, und daß ein kommender Krieg so sicher ist wie kommende Jahreszeiten. Ein Beispiel: In einem großen Wiener Blatt schrieb an leitender Stelle ein (offenbar militärischer) Mitarbeiter folgendes zur Vlissinger Frage:

„Die Möglichkeit überraschender Unternehmungen gegen Holland bedingt (Was? — daß solche Möglichkeiten, ungesetzlich, unmöglich gemacht werden?) eine baldige Verbesserung des gesamten Küstenverteidigungswesens. Holland ist in seiner verhältnismäßig bedeutenden Küstenentwicklung zur See sehr verwundbar. (Ja, gegen Ueberfälle soll man sich schützen, aber nicht, indem man Ueberfallsempfangsstellen einrichtet — unbefestigte Plätze dürfen laut einer Konvention der letzten Haager Konferenz überhaupt nicht beschossen werden—, und nicht, indem man Ueberfallserwartungen ausspricht.) Vlissingen ist ein Einfallstor nach Belgien. Als solches hat es in 1809 und 1814 eine große Rolle gespielt. — (Und diese 100 Jahre haben in der Zivilisation nichts verändert?) Der Ausbau von Vlissingen verringert die Chancen einer englisch-französischen Kooperation und schwächt die Bedeutung der militärischen Allianz. (Die englisch-französische Entente i s t keine militärische Allianz; wie oft muß das noch verkündet werden?) Er deckt Deutschland im Fall eines Krieges mit Frankreich. (Niemand, niemand außer den Militärparteien träumt noch von einem solchen Krieg!) Freilich, die finanzielle Belastung — 40 Millionen — ist nicht gering; aber die Holländer werden sich jedenfalls von ihren eigenen Interessen (Immer noch der alte Irrtum, daß Länder in ihren Interessen selbständig und unabhängig sind), von ihren eigenen Beweggründen bewegen lassen, die niemanden etwas angehen, außer Holland. Die öffentliche Meinung verhält sich der Befestigungsangelegenheit gegenüber gleichgültig. Es gibt zwar zwei Parteien, aber der Grund der Gegnerschaft ist lediglich die Höhe der erforderlichen Summe." Also einen anderen Grund gegen die ewigen Rüstungs- und Befestigungsforderungen kann es nicht geben, als (übel angebrachte) Sparsamkeit? Das ist der echt militärische Standpunkt.

☞

Die Marine- und Heeresvorlagen sind nun den Delegationen von Oesterreich-Ungarn vorgelegt. Der Flottenkommandant und der Kriegsminister haben das „unumgänglich Notwendige" verlangt. Notwendig, um den Krieg zu vermeiden, der noch hundertmal mehr kosten würde; notwendig, um, wenn dieses so kostspielig Vermiedene doch kommt, den Sieg zu sichern; notwendig, um unsern Handel zu fördern; notwendig, um uns Ansehen und Respekt zu verschaffen; also zugleich als Bürgschaft für Frieden, Sieg, Geschäft und Prestige. Das alles um nur eine halbe Milliarde: es ist geschenkt. Die Delegationen sind auch entschlossen, ja zu sagen.

☞

In seinem Exposé sagte der Minister des Aeußern, daß „es heute keine Frage gibt, die für den Frieden Europas gefährlich wäre. Alle großen Mächte sind mit inneren Problemen beschäftigt und bestrebt, die Beziehungen untereinander vertrauensvoller zu gestalten." Noch vertrauensvoller? Leider nicht: wenn das heutige Vertrauen sich schon in solche Kosten von Furcht- und Drohmaterial ausdrückt, wie teuer würde ein noch gesteigertes Vertrauen zu stehen kommen! Zum Schlusse der Rede heißt es, daß trotz der günstigen Lage „in unserer so rasch lebenden Zeit, wo auch der Gang der Ereignisse sich zuweilen überstürzt, und in Hinblick auf die leider so leichte Erregbarkeit der öffentlichen Meinung in allen Staaten der politische Barometer unvermittelt auf schlechtes Wetter zeigen kann". Daher muß man, um „für den Frieden und die Interessen der Monarchie erfolgreich eintreten zu können, über eine schlagfertige Flotte und Armee verfügen". Gerade so lauten die Exposés aller auswärtigen Minister, überall seit den letzten 40 Jahren. Es liegt eine verzweifelte Monotonie darin. — Und dennoch, die neuen Töne fangen zu erklingen an — hier leiser, dort lauter. Die Rede, mit welcher Jaurès das Exposé Pichons beantwortete, hat den neuen Ton gar kräftig angeschlagen, und auch in der österreichischen Delegation fand sich ein Interpellant, der den Minister fragte, wie er sich zu der Initiative des Präsidenten Taft (die Ernennung einer Kommission zum Studium der Rüstungseinschränkungen) verhalte. Jetzt erst teilte Graf Aehrental den Text der Kommunikation mit, welche von der amerikanischen Regierung an die unsrige gelangt war, und er fügte hinzu, daß der Präsident erst dann die Mitglieder der Kommission ernennen wolle, bis die europäischen Regierungen ihre Geneigtheit ausgesprochen haben werden, auch solche Kommissionen einzusetzen. Ehe die österreichische Regierung sich ausspreche, wolle sie erst bei den andern anfragen; im ganzen sei ja die Idee recht schön, hätte aber wenig Chance, weil jetzt die Ansicht herrsche, daß der Frieden nur durch Rüstungen zu erhalten sei, und daß ein Erfolg nur möglich wäre, „wenn alle Mächte sich anschließen würden". Wenn aber immerfort nur herumgefragt wird, ob die anderen mittun und was die anderen denken, ehe man selber tut oder

spricht, so kommt man nicht vom Fleck. Einstimmigkeit ist auch durchaus nicht nötig. Wenn nur zwei oder drei große Staaten beginnen, eine Liga zu bilden, wie sie die amerikanische Resolution vorsieht, so wird sich der Anschluß der anderen vollziehen. Mit dieser Antwort unseres Ministers ist die Sache jedoch nicht unter den Tisch gefallen. Der mutige Interpellant, Herrenhausmitglied Exner, wird im Plenum noch einmal darauf zurückkommen. Auch steht bevor, daß von verschiedenen Korporationen aus der Bevölkerung Gesuche an das Ministerium gelangen werden, der Initiative des Präsidenten Taft gemäß zu handeln.

☞

Ein großer Bruchteil der Wiener Einwohnerschaft — nämlich die Arbeiter — bäumt sich gegen die militärischen Neuforderungen energisch auf. Täglich finden in den Vororten drei oder vier — von Tausenden besuchte — Protest-Versammlungen statt — auch eine für Arbeiterinnen ist einberufen worden —, wo der Wahnsinn der Ueberrüstung rückhaltlos verurteilt wird. Die Zustimmung der Zuhörer ist dabei eine begeisterte und stürmische. Aber in den großen „bürgerlichen" Blättern werden diese Versammlungen nicht einmal erwähnt. Womöglich sollen die hohen Kreise nicht einmal erfahren, welche Stimmung in den arbeitenden Volkskreisen herrscht. Ist denn Information nicht die erste Pflicht der Presse? Schweigen ist in gewissen Fällen passive Lüge. Schlimmer noch: es ist mitunter (das sagt schon der gebräuchliche Ausdruck „totschweigen") lautloser Mordversuch.

☞

Uebrigens die Entrüstung und die Empörung, die in jenen Protestversammlungen zum Ausdruck kommen, entfernen sich von der Gerechtigkeit. Denn es werden da Personen verantwortlich gemacht und Klassen und Stände angeklagt, während nur die allgemeinen, langsam gewordenen Zustände und Umstände die Schuldigen sind. Von diesen werden die Minister und die Politiker umklammert; diese Zustände also muß man stetig und zornlos umzuändern trachten. Und das geschieht doch durch die in allen Schichten der Gesellschaft geleistete Arbeit. Sind es nicht die Politiker, die Minister, die Staatsoberhäupter selber, die solche Institutionen geschaffen haben, wie das Haager Tribunal, die solche Anregungen bringen, wie die vom Herrenhausmitglied Exner angeführte Aktion des Präsidenten Taft? Nur keine Klüfte zwischen den Menschen! Die weitaus größere Hälfte der Menschen will ja das Gute — auch die, die im Dienste einer schlimmen Institution ihre Pflicht tun, wollen es. Aber nicht nur wollen muß man das Ersprießliche, um es zu tun, man muß es kennen und man muß — können.

☞

Ueber das Verhältnis von Dreibund und Tripelallianz zueinander, über ihre Festigkeit, beziehungsweise ihr Schwanken, wurde in letzter Zeit, besonders anläßlich der Potsdamer Revue, unendlich viel Kannegießerei betrieben. Wenn es doch nur endlich schon zur Verschmelzung dieser zwei Gruppen in eine käme! Dann müßte man aufhören mit den ewigen Verdächtigungen und Vermutungen, was für Ränke die eine gegen die andere schmiedet; dann erst würden sie zusammen dasjenige sein, was jede einzelne sich offiziell verkündet: ein Bollwerk des europäischen Friedens. Dieses Ergebnis herbeizuführen, müßte das nächste Ziel hochdenkender Potentaten und Diplomaten sein.

☞

Auf dem Gebiete der technischen Fortschritte haben sich neuerdings große Errungenschaften ergeben. Auf den Aeroplanen kann man schon 8 Personen führen. In der drahtlosen Telegraphie ist es gelungen, die weitesten Entfernungen zu meistern, und man sieht auch voraus, daß die Fernübertragung der Kraft bald ermöglicht sein wird. Dann Fürchtenichtse: fürchtet euch!

☞

Die englisch-deutschen Freundschaftsbesuche nehmen ihren Fortgang. Jüngst waren es die deutschen Geistlichen, die nach London kamen. König Georg V. empfing ihren Führer, Professor Harnack, und sagte ihm: „Man hat meinen Vater „the Peacemaker" genannt, und ich bin entschlossen, in seine Fußstapfen zu treten." Das stimmt freilich nicht mit der Legende, wonach Eduard VII. die Entente mit Frankreich abgeschlossen haben soll, um gelegentlich Deutschland zu vernichten. Eine Legende, deren Richtigkeit wir Pazifisten aus den Ursprüngen der ganzen Entente kennen; denn diese wurde einzig und allein von den Pazifisten beider Länder in die Wege geleitet und mit ihren Zielen erfüllt. Auch ist sie tatsächlich niemals davon abgewichen, trotz der Bemühung sämtlicher französischer, englischer und mitteleuropäischer Chauvinisten, ihr den Charakter einer geheimen Militärkonvention anzudichten. Wir Pazifisten sind auch Zeugen der Entstehung der deutsch-englischen Freundschaftsaktion, die so gewaltige Dimensionen angenommen und die schon sehr drohende Wolke eines Konflikts verscheucht hat, gewesen; denn wir haben ihrer Geburt beigewohnt, die in sehr bescheidenem Orte stattgefunden hat; zwar nicht in einer Krippe — aber in einem kleinen Teesalon während des Luzerner Friedenskongresses im Jahre 1905.

☞

Zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten ist der Zoll aufgehoben worden — ein herber Schlag für die Schutzzollpartei —, d. i. die Kriegspartei Großbritanniens. Aus allen Friedenssaaten sprießt wieder Friedensforderndes. Ohne den Schiedsspruch in der

Fischereifrage (bei dem sich unser Lammasch so schöne Lorbeeren geholt) wäre es zu dieser Vereinbarung zwischen Kanada und der Union nicht gekommen.

Die Première des „Rosenkavalier" in Dresden bot — auf künstlerischem Gebiet — einen Vorgeschmack der kommenden politischen Zusammengehörigkeit. Es war — obwohl es sich in Dresden abspielte und einen deutschen Musiker und deutschen Dichter zu Urhebern hatte — ein international empfundenes Ereignis. Im Publikum Aristokraten, Schriftsteller, Musiker, Theaterdirektoren und Kritiker aus den deutschen Städten, aus London, Paris, Petersburg, New York, Mailand, Rom und Wien. Dieselbe Spannung vor der Vorstellung, dasselbe Entzücken nach der Vorstellung erfüllte sie alle. Ich glaube, in keinem einzigen aus der genießenden Gemeinde regte sich der Wunsch, gelegentlich im Leibe eines Parkettnachbars, der der andern Allianzgruppe angehört, ein Bajonett umzudrehen.

Ich denke an Bajonette wegen eines andern Schauspiels, das sich vor einigen Tagen auf dem Tempelhofer Felde abgespielt. Nachtübung mit Leuchtkugeln und Scheinwerfern. „Ein herrliches Bild!" ruft der Berichterstatter. „Rasendes Feuer, Maschinengewehrgeknatter, laute Hurrarufe — wenn eine Leuchtkugel aufblitzt, sind die Regimenter wie verschwunden, denn jeder Mann wirft sich auf den Bauch; immer näher dringen die Gegner aufeinander, endlich wird der Feind mit dem Bajonett aus dem Schützengraben hervorgeholt." . . . Feind? Feind? Es gibt keinen mehr in Europa, wenn ihr ihn nicht künstlich durch verschiedenfarbige Lappen konstruiert.

„Petersburg, 25. Januar. Auf dem Ministerium des Aeußern erfolgte heute der Austausch der Ratifikationsurkunden des zwischen Italien und Rußland abgeschlossenen Abkommens über die obligatorische schiedsrichterliche Beilegung von Streitfragen." — So die trockene Depesche. Nicht das mindeste Artikelchen daran geknüpft. Da gibts nichts zu kombinieren, nichts zu betrachten, nichts zu klatschen. Eine neue Weltordnung webt sich, Masche um Masche — wer wird auf so etwas Unsensationelles achten?

Pazifistische Chronik.

Januar-Februar. Lärm wegen der Befestigung von Vlissingen und wegen der vermutlichen Verabredungen Deutschlands und Russlands anlässlich der Potsdamer Monarchenzusammenkunft. — Man glaubt an eine Erschütterung der europäischen Bündniskombinationen und fürchtet Reibungen beim Ausbau der Bagdadbahn durch Deutschland. — Die Befestigung des Panamakanals erregt heftige Pressefehden. — Durch das beabsichtigte Verbot des Fischens durch Ausländer im Weissen Meere fühlt die englische Regierung ihre Interessen berührt und protestiert in Petersburg. — Der Gegenseitigkeitsvertrag zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten erweitert das Organisationsnetz von Pan-Amerika. — In England beginnt eine einflussreiche Agitation gegen die Anerkennung der Londoner Seerechtsdeklaration. Infragestellung des Haager Prisenhofes.

4. Januar. Die französischen Behörden von Indo-China geben dem Offizierkorps des deutschen Panzerkreuzers „Scharnhorst" ein Festessen. Trinksprüche auf die beiden Staatsoberhäupter.

11. Januar. Ein japanisches Geschwader besucht den Panamakanal. Die Offiziere werden von amerikanischen Ingenieuren geleitet.

13. Januar. Grosse Rede Jaurès in der französischen Kammer. „Es ist an Frankreich, ein Führer der Welt zu sein in der friedlichen Beilegung internationaler Konflikte."

15. Januar. D'Estournelles in Bordeaux. Reden für den „Frieden durch das Recht" und gegen die Vergeudungen des bewaffneten Friedens.

18. Januar. Generalversammlung des anglo-deutschen Freundschaftskomitees zu London. Vorsitzender: Lord Avebury. Die Zunahme des besseren Verhältnisses beider Staaten wird festgestellt.

21. Januar. Die Regierung von Ecuador lehnt das Schiedsgericht in ihrem Streit mit Peru ab.

22. Januar. Die Vereinigten Staaten bieten Haiti und San Domingo auf Grund Art. II der Haager Konventionen ihre Vermittelung an.

24. Januar. Richard Feldhaus feiert in Basel seinen 500. Vortrag im Dienste der Friedensidee.

25. Januar. In Petersburg werden die Ratifikationsurkunden zu dem am 27. November v. J. zwischen Russland und Italien abgeschlossenen ständigen Schiedsvertrag ausgetauscht.

26. Januar. Russland regt den Zusammentritt einer internationalen Konferenz zur Beratung von Massnahmen gegen die Pest an. Die Konferenz soll am 20. Februar in Irkutsk zusammentreten.

27. Januar. Der österreichische Admiral a. D. Chiari erklärte in der Turiner Stampa, dass ein Krieg zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien unausbleiblich sei (!).

30. Januar. Herrenhausmitglied Exner interpelliert in den österreichischen Delegationen den Minister des Aeussern über die Stellung Oesterreich-Ungarns zur Anregung des Präsidenten Taft bezüglich Errichtung von Kommissionen zum Studium des Rüstungsproblems. Antwort des Ministers. (Vorher die Anschauung der andern Mächte kennen zu lernen versucht.)

30. Januar. Der englische Postminister H. Samuel hält auf dem Jahresessen der „British international Association of Journalists" eine pazifistische Rede. (Der Glaube des Vorteils des Sich-an-die-Kehle-fassens der Nationen ist Torheit. Journalisten sollen alles

aufbieten, um die Beziehungen zwischen Deutschland und England zu bessern.)

31. Januar. Vierhundert Delegierte der über eine Million Mitglieder zählenden englischen „Labor Party" treten in Leicester zusammen, um gegen die Rüstungen und den Krieg zu protestieren. Resolution verlangt internationale Verständigung und gemeinsames Vorgehen der Arbeiter aller Länder gegen die Hetzer.

1. Februar. Der Ausschuss für die äusseren Angelegenheiten der österreichischen Delegationen nimmt eine Resolution an, worin die Regierung aufgefordert wird, den Anregungen des Präsidenten Taft Folge zu geben.

2. Februar. Die Schweiz schlägt ihren Gesandten in Paris, Lardy, zum Oberrichter für den russisch-türkischen Streitfall vor, der vor dem Haager Schiedsgericht zur Verhandlung kommen soll.

3. u. 4. Februar. Die Vertreter der sozialistischen Parteien Oesterreichs, Ungarns und Italiens treten in Triest zusammen, um über gleichzeitige Demonstration gegen die Rüstungen beider Staaten zu beraten.

Aus der Zeit.

Völkerrecht.

Die internationale Völkerrechtshochschule im Haag.

In der Vorgeschichte der internationalen Völkerrechtshochschule im Haag lassen sich zwei Perioden unterscheiden. Bis zur zweiten Haager Friedenskonferenz ist Professor Otfried Nippold die treibende Kraft. Er erreichte es, daß der Vorsitzende der zweiten Haager Friedenskonferenz, Nélidow, seinen Vorschlag der Konferenz empfahl. Der rumänische Minister Sturdza arbeitete ein eingehendes Projekt aus, das ebenfalls der Konferenz vorgelegt wurde, aber zu weiteren Beschlüssen nicht führte. So schien es nach dem Schlusse der zweiten Haager Friedenskonferenz, als gerate die Nippoldsche Idee, die übrigens bereits 1898 durch v. Bar in etwas anderer Gestalt angeregt und durch Bajer und v. Ullmann unterstützt worden war, in Vergessenheit. (Vgl. Nippolds Aufsatz in „Deutsche Revue", April 1907; v. Bars Aufsätze in „Die Nation", 15. Oktober 1898 und „März", 1. Juni 1907; Brusas Aufsatz in „Révue genérale de droit international public", 1899, S. 883.) Nach der zweiten Haager Friedenskonferenz hat das im Haag von Paul Horrix und dem Arzte Eijkmann begründete „Vorbereitende Bureau der Stiftung für Internationalismus" den Plan energisch in die Hand genommen. Der durch Unterstützung dieses Bureaus zur Zeit der zweiten Haager Friedenskonferenz von Stead herausgegebene „Courier de la Conférence de la Paix" enthielt nur vorübergehend eine Empfehlung der internationalen Völkerrechtshochschule in der Nummer vom 30. Juli 1907 (S. 2) und eine Wiedergabe des Sturdzaschen Projektes. Zwei Aufgaben hat sich das „Vorbereitende Bureau der Stiftung für Internationalismus" gestellt: einmal den Plan finanziell zu sichern, und zweitens ein eingehendes Projekt durch zahlreiche Völkerrechtsjuristen der ganzen Welt ausarbeiten zu lassen. Beides ist dem Bureau gelungen. Carnegie soll bereits eine größere Summe in Aussicht gestellt haben, sobald der Plan zur Ausführung reif ist, und die Rechtsgelehrten zahlreicher Länder haben bereitwillig Vorschläge ausgearbeitet und dem Plane großes Interesse entgegengebracht.

Ueber die Einzelheiten des Planes der Völkerrechtshochschule möchte ich hier um so weniger schreiben, als diese zurzeit noch geheim gehalten werden. (Vgl. hierüber namentlich Niemeyers Aufsatz „Eine Akademie für internationales Recht im Haag", „Tag", 29. Sept. 1910.) Nur einige allgemeinere Fragen seien kurz erörtert. Man wird sich zunächst hüten müssen, zu glauben, daß künftighin internationale Juristen ihre einzige Vorbildung auf der Haager Völkerrechtshochschule empfangen könnten. Dem steht mit Macht der Gedanke entgegen, daß kein internationaler Jurist auf seinem Gebiete ohne Kenntnis der nationalen Rechte etwas leisten kann. Die Völkerrechtshochschule wird also die bisherigen nationalen Völkerrechtslehrstühle (und die noch zu gründenden), sowie die Lehrstühle für nationales Recht nur ergänzen, nicht ersetzen können. Weiterhin wird man dafür sorgen müssen, daß die Hochschule nicht von den Regierungen abhängig wird, da sonst allzu leicht bei der Besetzung der Lehrstühle mehr die Nationalität als die Tüchtigkeit entscheidend sein würde. Dies muß um so mehr vermieden werden, als schon die Tatsache, daß zahlreiche hochangesehene Völkerrechtsjuristen, wie Zorn und Renault, ganz sicherlich ihre nationalen Ehrenstellen nicht aufgeben und darum nur für einige Monate jährlich zu Vorlesungen nach dem Haag kommen würden, Veranlassung geben wird, die Zahl der für die Völkerrechtshochschule in Betracht kommenden tüchtigen Juristen zu verkleinern. Es dürfte sich aus letzterem Grunde überhaupt nicht vermeiden lassen, die Lehrer in zwei Gruppen einzuteilen; in solche, die ständig, und andere, die nur wenige Monate im Haag lesen werden.

Nachdem diese und andere Fragen eifrig von dem „Vorbereitenden Bureau der Stiftung für Internationalismus" diskutiert worden waren, handelte es sich darum, die Sache auf ein praktisches Geleise zu schieben. Man versuchte daher, ein offizielles niederländisches Komitee für die Hochschule zu interessieren. Dies gelang bald, nachdem auch die vorjährige Versammlung der „International Law Association" die Haager Völkerrechtshochschule empfohlen hatte. Das Komitee setzt sich zusammen aus Asser, dem gefeierten Vorsitzenden der internationalen Privatrechtskonferenzen, Jonkheer van Eysinga, niederländischem Delegierten zur zweiten Haager Friedenskonferenz, den im Haag wohnenden früheren Hochschul-

lehrern Oppenheim und Suyling, den Leydener Professoren van der Vlugt, Mitglied des Berner internationalen Friedensbureaus, und Vollenhoven, der kürzlich durch seinen Vorschlag, auf der dritten Haager Friedenskonferenz eine internationale Flotte als Exekutionskomitee für die Urteile des Haager Schiedshofes zu schaffen, bekannt geworden ist, und schließlich dem Utrechter Professor de Louter, der erst im vorigen Jahre ein tausendseitiges Lehrbuch des Völkerrechts (Het stellig Volkenrecht, Den Haag, M. Nijhoff, 2 Bände, 1910) herausgegeben hat, das ich nur eindringlichst empfehlen kann. Auch die niederländische Regierung will den Plan der Völkerrechtshochschule unterstützen.

Es darf nunmehr mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die internationale Völkerrechtshochschule im Haag errichtet werden wird. Als Zeitpunkt der Eröffnung ist von vielen Seiten das Jahr 1913 vorgeschlagen worden, in dem auch der Friedenspalast eingeweiht werden soll. Man will den Tag der Einweihung des Friedenspalastes und der Völkerrechtshochschule als einen nationalen Festtag feiern. Es soll gleichzeitig auch ein Gebäude für die Sitzungen der internationalen Vereinigungen eingeweiht und ein Zusammenschluß sämtlicher international-juristischen Vereinigungen, wie des „Institut de droit international", der „International Law Association", der „Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie" usw. geschaffen werden. Man muß freilich abwarten, wie weit diese letzteren Ideen verwirklicht werden.

Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

Ueber das Anrufen der guten Dienste und der Vermittlung.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Artikel 2 des Haager „Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten" noch niemals Anwendung gefunden hat. Um so eigenartiger erscheint es uns heute, daß auf der ersten Haager Friedenskonferenz ein heißer Kampf um die Frage entbrannte, ob den Staaten im Falle eines ernsten Konfliktes die Verpflichtung auferlegt werden sollte, stets die guten Dienste oder die Vermittlung einer oder mehrerer befreundeter Mächte anzurufen, oder nur, soweit die Umstände dies gestatteten. Es ist zuzugeben, daß diejenigen, die den heutigen Staatenverhältnissen Rechnung tragen, d. h. alle die, welche entsprechend der von den europäischen Großmächten vertretenen Ansicht, für gewisse Fälle den Krieg als die einzig mögliche Entscheidung schwerster Konflikte betrachten, mit Energie für die Klausel eintreten müssen. Man denke sich den Artikel ohne Umstandsklausel! Dann müßten sich diejenigen Staaten, die sich innerlich bei einem schweren Konflikte sagen: „Hier kann unter allen Umständen nur Waffengewalt entscheiden," dennoch vor dem Kriege mit dem Gegner daraufhin einigen, die Vermittlung eines Staates anzurufen. Das wäre aber nur eine Verhöhnung der ganzen Institution. Wenn die Umstandsklausel fallen gelassen werden würde, dann wäre anerkannt, daß jeder Streit friedlich erledigt werden könnte. Dann würde man auch keinen Grund mehr erkennen, warum man nicht eine allgemeine obligatorische Verpflichtung weitester Art ohne jede Klausel in das Völkerrecht einführte. Wollen einige Großmächte noch nicht auf den Krieg als das letzte Entscheidungsmittel der Völker verzichten, so können sie das nur, indem sie den Krieg rechtfertigen, was wiederum nur dadurch geht, daß man ihn für gewisse Ausnahmefälle für das einzig mögliche und notwendige Mittel erklärt. Ist dies aber zutreffend, dann darf man den Mächten das Anrufen der Vermittlung nicht obligatorisch machen, denn diese Vermittlung hat in den Fällen, die nach Ansicht der Staaten nur mit dem Schwerte entschieden werden können, absolut keinen Wert. Durch das Eingehen auf die obligatorische Vermittlung würden die Staaten ihre eigene Politik kompromittieren.

Der Grund für die Nichtanwendung des Artikels 2 des genannten Abkommens ist unschwer zu erkennen. Setzt doch dieser Artikel voraus, daß die beiden in einem schweren Konflikte befindlichen Staaten nicht nur eine Einigung darüber treffen, die Vermittlung anzurufen, sondern auch darüber, welcher Staat oder welche Staaten vermitteln sollen. Das ist naturgemäß recht schwierig. Es ist ja eben das Unvermögen der Staaten bei einer großen Meinungsverschiedenheit, daß sie sich nicht einigen können. Sie sind zumeist von einer gewissen Erbitterung gegeneinander erfüllt, eine Tatsache, die der Artikel 4 des Abkommens vorsieht, wenn er von den zwei Aufgaben des Vermittlers spricht, erstens die einander entgegengesetzten Ansprüche auszugleichen, und zweitens Verstimmungen zu beheben. In schwierigeren Fällen sind sogar die diplomatischen Verhandlungen so gut wie abgebrochen. Daß man solchen Staaten etwas viel zumutet, sich gemeinsam einen Staat auszuwählen, der zwischen ihnen vermittelt, unterliegt keinem Zweifel. Man denke auch daran, daß es doch die eigentliche Aufgabe der von der Vermittlung nicht prinzipiell verschiedenen „guten Dienste" ist, die Verhandlungen zwischen den Streitteilen, die abgebrochen sind, wieder anzubahnen! Welch Widersinn, daß sich nun erst die beiden Streitteile darüber einigen sollen, einen dritten Staat zu bitten, die diplomatischen Beziehungen wieder zwischen ihnen herzustellen. Denn einigen sich die Streitteile über das Anrufen der guten Dienste, so sind ja die diplomatischen Verhandlungen zwischen ihnen wieder hergestellt, und es bedarf allenfalls eines Vermittlers, aber nicht eines, der seine guten Dienste anbietet. Geht allerdings auch manchmal der Begriff der Vermittlung und der guten Dienste ineinander über, so sollte man doch in dem Artikel 2 die Wörter „die guten Dienste" fortlassen.

Der schwache Punkt bei dem Institute des Anrufens der Vermittlung liegt also darin, daß dieses Anrufen nur erfolgen kann auf Grund einer Einigung der beiden Streitteile, und zwar nicht nur über die Vermittlung als solche, sondern auch über die Person des Vermittlers. Wäre es da nicht viel klüger, als den Regelfall hinzustellen, daß die Anregung nur von einem Streitteile ausgeht? Man sollte doch aus dem kürzlich beigelegten Streite zwischen Haiti und San Domingo seine Konsequenzen ziehen. Im Verlaufe dieses Grenzstreites bat der Präsident von Haiti am 22. Januar 1911 den Präsidenten von Nordamerika um seine Vermittlung. Tatsächlich wurde darauf durch die Vermittlung der amerikanischen Regierung der Streitfall auf schiedsrichterliche Bahnen gelenkt. Man hat auf der zweiten Haager Friedenskonferenz in Artikel 48, Abs. 3 und 4, die Bestimmung getroffen, daß im Falle eines Streites zwischen zwei Mächten jede von ihnen stets an das internationale Bureau eine Note richten kann, worin sie erklärt, daß sie bereit sei, den Streitfall einer Schiedssprechung zu unterbreiten. Warum führt man in das Vermittlungsrecht nicht eine ähnliche Bestimmung ein? An und für sich kann zwar auch heute schon, wie ja der soeben berichtete Fall zeigt, die Vermittlung auch nur von einem der streitenden Teile erbeten werden; aber solange die vorherige Einigung der beiden Streitteile in dem Abkommen ausdrücklich als Regelfall hingestellt wird, hat es doch für eine selbstbewußte Macht etwas Demütigendes (wenigstens nach heutiger Staatenauffassung), von sich aus allein die Vermittlung nachzusuchen. Auch Meurer drückt in seinem Werke über die erste Haager Konferenz (S. 128) die Ueberzeugung aus, daß bei dem Artikel nicht alles stimme, wenn er sagt: „Es wäre richtiger gewesen, den im Streit befindlichen Staaten es zur Pflicht zu machen, bevor sie die Feindseligkeiten eröffnen oder spätestens mit der Eröffnung derselben den Signatärmächten einfach Mitteilung über den Stand der Dinge zu machen." In dieser Fassung würde ich allerdings die Neuerung nicht vorschlagen. Erfolgt die Vermittlung erst ganz kurz vor Eröffnung der Feindseligkeiten, so ist es für die Vermittlung meist zu spät. Wie aber soll sonst der Zeitpunkt der Mitteilung bestimmt werden, wenn die Nachricht von beiden Mächten ausgehen soll! Hier würde auch dasselbe Hindernis wie bei dem jetzigen Zustande vorliegen: weil die Mitteilung von den Mächten übereinstimmend gemacht werden muß, wird man sie schwerlich verlangen können. Eine Rechtspflicht würde ich überhaupt nicht für die Streitteile festsetzen, sondern nur für die Neutralen. Jeder Streitteil kann die Vermittlung der Neutralen anrufen; aber die Neutralen müssen den Versuch einer Vermittlung machen. Man sollte daher in dem Artikel 2 als Regel aufstellen, des solle jeder Streitteil, soweit die Umstände es gestatten, die Vermittlung einer befreundeten Macht anrufen. Sehr erwägenswert würde es fernerhin sein, ob man nicht für die so in Anspruch genommene neutrale Macht zwei Wege offen hält: entweder sofort mit dem anderen Streitteile in Verbindung zu treten oder auch eine andere mit jenem Streitteile, der die Vermittlung nicht erbeten hat, befreundete Macht ebenfalls um ihre Vermittlung zu bitten. Durch die letztere Möglichkeit würde das Institut der besonderen Vermittlung schon auf Anrufen einer Partei ins Leben treten. Dieses durch Holls veranlaßte Friedensmittel würde dann ebenfalls eine Einigung der Streitteile über die Vermittlung als solche nicht mehr in allen Fällen erfordern.

Mein Vorschlag beabsichtigt in keiner Weise, den Streitteilen neue Pflichten aufzuerlegen. Dagegen wäre zu seiner korrekten Durchführung eine Anerkennung der Pflicht der Neutralen, dem Ersuchen eines Streitteiles unbedingte Folge zu geben, notwendig. In der Stärkung der Vermittlungspflicht der Neutralen liegt überhaupt, von den obigen Vorschlägen abgesehen, der Kernpunkt der ganzen Weiterentwicklung des Vermittlungsrechts. Sehr bedeutsam ist namentlich Nippolds Anregung bezüglich einer Kollektivvermittlung. Was Zorn (Festgabe für Güterbock, S. 229) gegen den noch zuletzt auf der Interparlamentarischen Konferenz zu Berlin gemachten Vorschlag, die Vermittlung für die Neutralen obligatorisch zu gestalten, sagt, ist nicht stichhaltig. Zorn meint, bei dem obligatorischen Schiedsgericht handle es sich nur um juristische Fragen, bei der Vermittlung aber um politische, die grundsätzlich von einem Obligatorium ausgeschlossen sein müßten. Können nicht auch politische Streitfragen einem obligatorischen Schiedsgericht übergeben werden, falls nur ein juristischer Streitpunkt darin enthalten ist? Kann nicht auch die Vermittlung bei rein juristischen Fragen dann Platz greifen, wenn diese sich zu einer ernsten Meinungsverschiedenheit oder einem Streite zuspitzen? Das ist so selbstverständlich, daß darüber kein weiteres Wort zu verlieren ist. Der Gedanke Zorns ist aber auch deswegen nicht zutreffend, weil es sich bei der Vermittlung nur um den Versuch einer Erledigung, bei dem Schiedsgerichte aber um die endgültige Erledigung eines Streites handelt, und ferner, weil bei dem obligatorischen Schiedsgerichte die Streitteile selbst eine schwerwiegende Verpflichtung übernehmen, bei der Vermittlung aber nur die Neutralen. Die schwersten, rein politischen Streitigkeiten wollen doch einige Staaten lediglich deswegen nicht von vornherein einem Schiedsgerichte überweisen, weil sie sich selbst die Entscheidung darüber jederzeit vorbehalten wollen. Diesem letzteren Gesichtspunkte wird aber die Verpflichtung der Neutralen, die Vermittlung anzubieten, völlig gerecht, da die Streitteile jederzeit den Vorschlag der Neutralen ablehnen können. Hier paßt also der Unterschied zwischen politischen und rechtlichen Streitig-

keiten ganz und gar nicht. Man mache sich doch nur klar: Bei dem Anrufen der Vermittlung gibt es Fälle, in denen ein Streitteil genau weiß, daß er hier eine Vermittlung nicht annehmen wird; also wäre es zwecklos, dieses Anrufen auch für solche Fälle zu befehlen. Bei dem Anerbieten dagegen wissen die Neutralen nicht, wie weit jeder der Streitteile zur Einigung geneigt ist, wie er also den Streit beurteilt. Da kann es nichts schaden, in allen Fällen einen Versuch der Vermittlung zu machen. Eine Ausnahme wäre nur dort gegeben, wo ein Streitteil offenkundig erklärt hat, er würde hier nur Waffengewalt entscheiden lassen, was aber jeder Staat wohlweislich vermeiden wird. Wenn es wirklich sonst noch Fälle gäbe, in denen die Neutralen das Fehlschlagen einer Vermittlung mit vollster Bestimmtheit erkennen könnten, so würde auch ich für die Umstandsklausel sein; aber es ist doch eben die Eigenart der völkerrechtlichen Streitigkeiten, daß jeder einzelne darin verwickelte Staat selbst deren Natur beurteilen, sich selbst darüber klar werden will, inwieweit im einzelnen Falle seine Ehre und seine Lebensinteressen berührt werden. Also kann nur der Streitteil selbst, nimmermehr aber ein Neutraler mit Bestimmtheit wissen: Hier ist ein Staat in seinen höchsten Lebensinteressen gefährdet und er wird sich auf eine Vermittlung nicht einlassen. Ueber die meisten der bedeutsameren Völkerrechtskonflikte herrscht Streit, wieweit sie die Ehre oder die Lebensinteressen berührt haben. So behauptete v. Martens auf der zweiten Friedenskonferenz, der Huller Fall habe die Ehre und Lebensinteressen Rußlands berührt (Prot. II, S. 379), und seiner Ansicht stimmt Higgins in seinem Buche „The Hague Peace Conferences" (1909, S. 168) zu; der Engländer Fry erklärte dagegen 1907, jener Fall habe die Ehre und Lebensinteressen der beiden Länder nicht berührt. (Prot. II, S. 380.) Daraus ergibt sich mit vollster Bestimmtheit das Resultat: Das Anrufen einer Vermittlung kann nicht für alle Fälle obligatorisch gemacht werden, wohl aber das Anerbieten derselben. Zorns Ausführungen treffen also nur auf Artikel 2, nicht aber auch auf Artikel 3 des Abkommens zu. Meurer hebt richtig hervor, wie das auch Descamps in seinem berühmten Berichte getan hat, die allgemeine Rechtfertigung der Vermittlung liege in der Gemeinschaft der Interessen aller Staaten; er fährt dann aber fort, daraus lasse sich nur ein Recht, aber keine Pflicht der Staaten zur Vermittlung ableiten. Diese Auffassung wird in der Tat der herrschenden Ansicht gerecht. Aber ergibt sich nicht aus der Meurerschen Bemerkung das nächste Ziel der Entwicklung des Vermittlungsrechtes, nämlich die Schaffung einer Verpflichtung der neutralen Staaten? Wird man denen, die aus der internationalen Interessengemeinschaft Rechte ableiten, nicht darum auch Pflichten auferlegen dürfen? Ich erinnere an ein schönes Wort des bulgarischen Vertreters Stancioff, das dieser bei den Verhandlungen der ersten Haager Friedenskonferenz über die Schiedshofempfehlung aussprach: Eine neue Aera tut sich auf, in der sich das Gefühl der wechselseitigen Verantwortung von Nation zu Nation mehr und mehr auslöst.

Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

☞

Die Fischereifrage im Weißen Meer. :: :: :: :: :: ::

Zwischen Rußland auf der einen, England und Norwegen auf der anderen Seite ist ein Konflikt ausgebrochen, der völkerrechtlich von hoher Bedeutung ist.

Ueber den Tatbestand wird berichtet:

Im vorigen Jahr wurde das Huller Schleppnetzfischerboot „Onward Ho!" von einem russischen Kanonenboot arretiert und nach Archangel gebracht, als es zehn Meilen nördlich von einer imaginären Line zwischen Kap Swiatoi und Kap Kanin am Eingang zum Weißen Meer und 43 Meilen vom nächsten russischen Land weg fischte. Die Beschlagnahme wurde damit begründet, daß das Boot innerhalb der Zwölfmeilengrenze fischte, über die Rußland im Interesse seines Zolldienstes seine Jurisdiktion aufgestellt hatte. Ein energischer telegraphischer Protest Greys in Petersburg erzielte die Freigabe des Bootes. Die Freigebung erfolgte anscheinend im Hinblick darauf, daß die russische Regierung einsah, daß sie keine rechtliche Handhabe zum Einschreiten besitze. Um eine solche nunmehr zu schaffen, legte die russische Regierung am 26. Januar ein Gesetz vor, wonach die Hoheitsrechte des Staates an den Meeresküsten der Amur- und Archangelprovinzen von den völkerrechtlich üblichen drei Meilen auf zwölf Meilen ausgedehnt werden soll. Die Gesetzesvorlage verbietet das Fischen von Ausländern in der angegebenen Zone bei Gefängnis und Konfiskation. Die Maßnahme wird mit dem Raubbau begründet, den norwegische, englische und deutsche Fischer dort betreiben.

Der englische Botschafter hat, unterstützt vom norwegischen Gesandten, bei der russischen Regierung ernste Vorstellungen erhoben. Man spricht in England bereits davon, die Frage der internationalen Küstenfischerei auf der nächsten Haager Konferenz einer allgemeinen Regelung zu unterwerfen. Jedenfalls ist dieser Konflikt keineswegs geeignet, zu ernsten Verstimmungen zu führen. Jetzt, nachdem es gelungen ist, den alten Fischereistreit zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten einer friedlichen Lösung zuzuführen, dürften solche Konflikte nicht mehr so schwer beizulegen sein. —

☞

Die Pacht der Galapagos-Inseln. :: :: :: :: :: :: :: ::

Eng zusammenhängend mit den Bestrebungen, den Panamakanal gegen kriegerische Angriffe zu schützen, steht das Anerbieten der

Vereinigten Staaten, von Ecuador die am Panamakanal gelegenen Galapagos-Inseln auf 99 Jahre zu pachten. Ecuador hat das Anerbieten abgelehnt. Die Vereinigten Staaten hatten 35 Millionen Dollars dafür geboten. Da die Vereinigten Staaten jedoch neuerdings ihr Angebot wiederholt haben und die Gefahr besteht, daß die Bewohner der Galapagos-Inseln sich nach dem Muster von Panama vom Mutterlande loslösen könnten, hat Präsident Alfaza die Notabelnversammlung der gesamten Republik berufen, um diese zu befragen.

☞

Die Gefährdung des internationalen Prisengerichtshofes.

In England und in den englischen Kolonien ist eine sehr rührige Bewegung am Werke, die Ratifikation der Londoner Seerechtskonferenz zu verhindern. Die Getreide ausführenden Kolonien sehen sich durch die Bestimmung, wonach Nahrungsmittel als Kontrebande angesehen werden sollen, bedroht. Auch englische Handels- und Reederkreise finden in der Konvention ihre Interessen verletzt. Man befürchtet, daß die demnächst in London zusammentretende Reichskonferenz gegen die Ratifikation der Seerechtsdeklaration Einspruch erheben wird, was die Regierung veranlassen dürfte, die Deklaration zurückzuziehen.

Das würde aber die Ratifikation der Haager Konvention über den internationalen Prisengerichtshof vereiteln, denn bekanntlich wollte England dieser Konvention nur dann seine Zustimmung erteilen, wenn das Seerecht vorher durch ein besonderes Abkommen geklärt und gefestigt worden ist. Die Londoner Seerechtskonferenz von 1908/09 hatte nur den Zweck, die materiellen Unterlagen für den zu errichtenden Prisengerichtshof zu schaffen.

Das wäre auch vom friedensrechtlichen Standpunkt sehr bedauerlich. Sollte doch dieser Prisengerichtshof nach den Absichten der Vereinigten Staaten zu einem wirklich ständigen Schiedshof umgewandelt werden. Aber selbst wenn dieses Projekt nicht zustande kommen würde, hätte dieser Prisengerichtshof als erster wirklich übernationaler Gerichtshof für die Fortentwicklung des zwischenstaatlichen Friedensrechtes große Dienste geleistet.

Für die englischen Pazifisten bietet sich hier eine wichtige Gelegenheit, eine segensreiche Tätigkeit zu entfalten, indem sie die Gegner der Seerechtsdeklaration zu überwinden suchen.

☞

Die Washingtoner Konferenz für richterliche Beilegung Internationaler Streitigkeiten.

Den kurzen Ausführungen über diese bedeutungsvolle Konferenz, die wir in unserer vorigen Nummer (S. 23) gegeben haben, können wir heute noch einiges beifügen.

Die Versammlungen fanden im New Villard-Hotel statt, mit Ausnahme einer, die im Gebäude der pan-amerikanischen Union stattfand und der ein Souper folgte. Diese letztere Versammlung war von Oscar S. Strauß, dem früheren amerikanischen Botschafter in Konstantinopel, die vorhergehenden Versammlungen von dem Richter Baldwin von Connecticut, von Dr. James Brown Scott und Theodor Marburg präsidiert.

Unter den Teilnehmern der Konferenz findet man die ersten Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten. (Ganz wie bei uns!) Sie waren nicht bloß anwesend, sondern nahmen auch an den Beratungen aktiven Anteil. Es seien genannt: Der Präsident Taft, die früheren Staatssekretäre John W. Foster und Elihu Root, die früheren amerikanischen Gesandten Joseph H. Choate, Oscar S. Strauß, Andrew D. White, Stewart L. Woodford, der frühere oberste Richter Simeon E. Baldwin, Andrew Carnegie, Edwin Ginn, der Expräsident der Havard-Universität W. Eliot, Präsident David Starr Jordan, Kongreßmann Richard Bartholdt und viele andere bedeutende Persönlichkeiten.

Der Gegenstand der Beratungen bildete die Notwendigkeit der Errichtung eines regulären Staatengerichtshofs, an dem von ständigen Richtern internationales Recht gesprochen werden soll. Die Ueberlegenheit dieses Mittels gegenüber allen anderen Mitteln der friedlichen Streitbeilegung wurde hervorgehoben und artete zuweilen zu einer Bekämpfung der Schiedsgerichtsbarkeit aus. Der frühere Präsident der Harvard-Universität, Eliot, ging dabei so weit, die Schiedsgerichtsbarkeit für bankerott zu erklären. Demgegenüber traten wohl auch Verteidiger der Schiedsgerichtsbarkeit auf, aber im allgemeinen gingen die Reden dahin, zu erklären, daß die Errichtung eines internationalen höchsten Gerichtshofes mit ständigen Richtern eine Lebensbedingung der heutigen Staatengesellschaft sei, und alles daran zu setzen ist, daß eine derartige Einrichtung in Kraft trete.

Die bedeutenden Reden, die bei dieser Gelegenheit von hervorragenden Juristen, Staatsmännern und Diplomaten gehalten wurden, dürften wohl in Kürze in Buchform erscheinen. Vorläufig muß man sich mit den in der Januarnummer des „Advocat of Peace" enthaltenen begnügen, die einen tiefen Einblick in die hohe Bedeutung jener Versammlung ermöglichen. Es sei hier besonders auf die Rede Jackson H. Ralstons über „Einige Betrachtungen zu einem internationalen Gerichtshof" hingewiesen.

Die gesamte deutsche Presse hat über diese Konferenz Stillschweigen bewahrt.

☞

Georg Jellinek †. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Ende Januar ist Georg Jellinek, Professor des öffentlichen Rechts an der Heidelberger Universität, gestorben. Er gehörte zu uns und war auf dem besten Wege sich uns noch enger anzuschließen. Der in Gründung begriffene „Ver-

band für internationale Verständigung" verliert mit ihm eine wichtige Stütze.

In seiner Rektoratsrede von 1907, die er „Der Kampf des alten mit dem neuen Recht" betitelte, sagte er:

„Auch der Zukunft wird es wohl bestimmt sein, neue Kämpfe zwischen altem und neuem Recht zu erleben. Neue historische und soziale Verhältnisse werden in späteren Tagen auch neue Systeme erzeugen. In jüngster Zeit hat bereits eine neue Rechtsordnung, die vor kurzem von vielen nur belächelt wurde und auch heute noch von manchen Superklugen scheel angesehen wird, ungeahnten Umfang und Stärke gewonnen. Das Völkerrecht, diese Gewähr des immer stärker anschwellenden internationalen Verkehrs, hat im letzten Menschenalter Fortschritte aufzuweisen, welche die frühere Generation vorherzusehen nicht imstande war. Immer enger schließt sich das Rechtsband um die zivilisierten Staaten, immer mehr werden Krieg und Frieden in feste Rechtsschranken verwiesen. Eine Organisation der Staatengemeinschaft zeigt sich heute bereits in den ersten Umrissen. Wie weit sie dereinst reichen werde, können wir heute nicht einmal ahnen."

Und in einem Briefe vom 8. Dezember 1907 schrieb er an den Herausgeber dieser Blätter:

„Sehr geehrter Herr! Die von Ihnen geleitete „Friedens-Warte" ist ein höchst verdienstvolles Unternehmen. Ob deren Ziel erreichbar ist oder nicht, darüber gibt es, da uns die Zukunft stets verhüllt ist, kein Wissen, sondern nur ein Wünschen und Glauben. Solcher Glaube kann nur auf dem Boden fester ethischer Ueberzeugungen gedeihen, welche die menschliche Natur befähigt halten, das Ideal schließlich doch zur Wirklichkeit zu bringen. Gäbe es nicht Menschen, die diesen Glauben hegen, so wäre es schwer zu leben. Denn trotz alles Fortschrittes äußert auch in der Gegenwart Niedertracht aller Art sich in so heftiger Weise, daß gar mancher daran zweifeln muß, ob es lohnt, dem ewig entzweiten Geschlecht seine Kräfte zu widmen. Darum begrüße ich die Kämpfer um den Frieden als Mitstreiter um die der Menschheit notwendigen Ideale mit lebhafter Sympathie. Georg Jellinek."

Wir betrauern den Heimgang dieses Rechtsverfechters, dieses Mannes, der an eine sittliche Weltordnung so fest glaubte, aufs tiefte. Er hätte noch viel wirken können. Sein Andenken sei von uns in Ehren gehalten.

☞

Der Knox'sche Vorschlag. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Nach der „Corr. bi-mens." wird aus New York berichtet, daß die Vereinigten Staaten den Haager Vertragsstaaten demnächst einen neuen Vorschlag bezüglich der Ernennung der Richter für den wirklich ständigen Schiedshof, über die sich die Konferenz bekanntlich nicht verständigen konnte, unterbreiten werden. Staatssekretär Knox, der Urheber des Vorschlages, glaubt, daß dieser von den kleinen Staaten ebenso wie von den großen Staaten angenommen werden wird. Der betreffende Entwurf ist noch nicht ganz fertig, aber in seinen Umrissen ist er bereits dem ersten amerikanischen Delegierten auf der Haager Konferenz von 1907, Mr. Choate, der über die Ansichten der verschiedenen Länder gut unterrichtet ist, vorgelegt worden, und dieser hegt die Ueberzeugung, daß er die allgemeine Zustimmung erlangen wird.

Das Problem, dessen Lösung Mr. Knox unternommen hat, sieht vor, den Schiedshof derart zusammenzusetzen, daß die kleinen Staaten in einem ebenso gerechten Verhältnis wie die großen Staaten darin vertreten sein sollen. Die großen Staaten sollen eine ihrem großen Interesse entsprechende Vertretung erhalten, aber auch die kleinen Staaten sollen nicht befürchten müssen, daß die Streitfälle, an denen sie interessiert sind, parteiisch erledigt werden könnten.

☞

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Professor Walter Schücking liest in diesem Semester auf der Marburger Universität ein Publikum über die „Internationale Organisation". Das Auditorium maximum ist dabei stets überfüllt. — An der Standford Leland-Universität in Kalifornien hält der Präsident jener Universität, David Starr Jordan, einen Vortragskurs von 31 Vorlesungen über die Geschichte der Schiedsgerichtsbarkeit. Die Kurse sind von hundertfünfzig Schülern belegt. — Durch den Tod des Professors Jellinek ist der Lehrstuhl Bluntschlis und Bulmerinques frei geworden. Es wäre angezeigt, wenn dieser Lehrstuhl durch einen hervorragenden Völkerrechtsjuristen wieder besetzt werden würde. Es sei dabei auf Professor Otfried Nippold hingewiesen, der einer der angesehensten deutschen Völkerrechtsjuristen ist und jeder deutschen Universität zur Zierde gereichen würde. — Ecuador hat es abgelehnt, den Streitfall mit Peru dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, während die peruanische Regierung sich dazu bereit erklärt hatte. — Die Schweizer Regierung hat auf Verlangen der russischen und türkischen Regierung den Oberrichter für das vor dem Haager Schiedsgericht zusammentretende Schiedstribunal ernannt. Die Wahl der Bundesregierung fiel auf ihren Gesandten in Paris, Herrn Karl Eduard Lardy. Herr Lardy ist Mitglied des Institut de Droit international und von der Schweiz ernanntes Mitglied des Haager Schiedshofes. — Die nächste Konferenz des Institut de Droit international findet zu Ostern in Madrid statt. — Die niederländische Regierung beabsichtigt, im laufenden Jahre eine neue internationale Wechselrechtskonferenz einzuberufen, die auf Grund der von einzelnen Regierungen gestellten Abänderungsentwürfe zu der Haager Wechselrechtskonvention eine endgültige Fassung der Konvention festzustellen haben wird. — Der Haager Friedenspalast soll 1913 eröffnet werden. — Im Haager Schiedspalast wird eine Büste Sir Randal Cremers aufgestellt werden. Die Büste, die

Paul Montford angefertigt hat, wird am Jaresdinner der International Arbitation League im März dieses Jahres zum erstenmal gezeigt werden. —

☞

Rüstungsproblem.

Neue Kundgebung der englischen Arbeiter. :: :: :: ::

Am 31. Januar vereinigten sich zu Leicester 400 Vertreter von mehr als einer Million organisierter englischer Arbeiter unter dem Vorsitz von J. Ramsay Mac Donald zu einer Sonderkonferenz, um zu den Rüstungen und zur Kriegsfrage Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende eröffnete die Diskussion. Er erklärte, die Arbeitervertreter im Parlamente müßten gegen den nächsten Flottenetat stimmen, es müßte denn die nationale Sicherheit in Frage stehen. Das leitete zu einer Diskussion über den friedenstörenden Einfluß einer gewissen Presse und zu einem Rundblick über die auswärtige Politik über. „Das Land", sagte Mac Donald, gegen die Jingopresse losziehend, „leidet unglücklicherweise an einer Art Journalismus, der eine Schande für jeden ist, der damit in Verbindung steht, und der ein trauriges Bild von der Intelligenz der Nation gibt, die ihre Groschen dazu verwendet, ihn zu fördern." Dann sagte er: „Der Arbeiterpartei ist es gelungen, dem Geschrei von der bedrohten nationalen Sicherheit ein Ende zu machen, das so chronisch wurde, daß die Reaktion es hätte benützen können, um eine arbeiterfreundliche und fortschrittliche Gesetzgebung zu verhindern." Das Parlamentsmitglied Roberts sagte im Laufe der Debatte, England sei es, das in dem Rennen nach Schaffung immer größerer Flotten und Heere allen voranginge.

Keir Hardie trat für die Anwendung von Streiks, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, ein. Dieser Vorschlag wurde aber mit 125 Stimmen gegen 119 auf den Antrag des Parlamentariers Henderson abgelehnt. Henderson sagte, ein solcher Streik würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen zum Hungertode der Frauen und Kinder führen. Dagegen wurden andere vernünftige Anträge Keir Hardies angenommen. Einmal die Forderung, daß die Belehrung über die Verderblichkeit des Krieges in den Elementarschulen erteilt werden solle, dann die Forderung nach einer Friedenspropaganda seitens aller Arbeiterorganisationen, eine internationale Friedenskonvention der Arbeiter und die Forderung, daß sämtliche Staatsverträge vor ihrer Unterzeichnung dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden sollen. Schließlich wurde dem Prinzip der Abschaffung der Kaperei von Privateigentum im Seekriege einstimmig zugestimmt.

Es wurde hierauf nachstehende Resolution angenommen:

„Die Konferenz glaubt, daß Militarismus und Krieg sich gegen die Zivilisation und nationale Wohlfahrt richten und protestiert energisch gegen die schweren und wachsenden Lasten, die durch die Rüstungen veranlaßt werden. Weiter erklärt die Konferenz, daß der Militarismus zwar gewissen finanziellen Interessen, auf die freilich ein gut Teil der Hetzereien zurückzuführen sind, dient, aber auch dem Leben und den Löhnen der Arbeiter im allgemeinen eine unnötige Steuer auferlegt und Großbritannien mit dem Uebel der allgemeinen Wehrpflicht bedroht. Die Konferenz verlangt, daß Zwistigkeiten zwischen den Nationen nicht durch brutale Gewalt beigelegt werden sollen, sondern durch Vernunftgründe und Unterhandlungen. Sie dringt darauf, daß die Arbeiter Englands mit ihren Genossen in Deutschland und in anderen Ländern Hand in Hand gehen, um dem Einflusse der Hetzer entgegenzuarbeiten und ein gutes Einvernehmen zwischen allen Nationen herzustellen, damit der internationale Friede gesichert und die soziale Gerechtigkeit gefördert wird."

☞

Die österreichische Friedensgesellschaft gegen die Rüstungen.

Die österreichische Friedensgesellschaft erließ aus Anlaß der großen Rüstungsforderungen in den Delegationen nachstehenden Protest:

„Wir dürfen in diesem Augenblick, wo ein neuerlicher, sich nur mehr in Milliardenziffern äußernder Paroxysmus von Bewaffnungs-, Befestigungs- und Kriegsbedrohungsfieber alle europäischen Staaten schüttelt, nicht stumm bleiben.

Es wird in manchen Kreisen vorgegangen, als ob es gar keine Friedensbewegung gäbe. Das allgemeine Bedürfnis nach Frieden wird zwar zugegeben, die eigene Liebe dazu sogar beteuert — aber nichts wird zum „Ausbau", zur „Ausgestaltung" der Friedenssicherung getan.

Da müssen diejenigen, die von diesem Ausbau etwas wissen, ihre Stimmen erheben und fordern, daß anläßlich der neuerlichen, riesenhaften Rüstungsvoranschläge nicht: dieser oder jener Posten geprüft, dieser oder jener Betrag gestrichen werde, sondern daß das Werk internationaler Verständigung über Schiedsgerichtsverträge, Staatenverbündung energisch und ehrlich in Angriff genommen werde. Selbst zugegeben, daß unter den jetzt waltenden Umständen das Wettrüsten weitergehen müsse — die Zustände müssen so nicht weiter gehen. Selbständig und unabhängig kann in diesen Angelegenheiten kein Staat mehr vorgehen, die vielgerühmte Unabhängigkeit der Staaten (Souveränität) ist in die ärgste Finanz-

knechtschaft umgewandelt, so zum Beispiel werden Rüstungen nur gesteigert, weil andere sie gesteigert haben, sie sind daher keine auf die eigenen Verhältnisse beschränkte Maßnahme, sie sind ein befolgtes Beispiel. Zugleich aber wieder ein gegebenes Beispiel und so in endloser Kette weiter. Von einem Abschluß, von einem Zielpunkt, von einer letzten Stufe ist da niemals die Rede und kann auch niemals die Rede sein. So ist nicht vorauszusehen, welche Typs von Schlachtschiffen die heutigen Dreadnoughts zum alten Eisen stempeln werden, und man weiß bei den Mehrforderungen für Land- und Seemacht nicht, wieviel die Bedürfnisse der Luftmacht betragen werden, an deren Einführung doch schon überall in aller Stille vorgearbeitet wird. Den Abschluß dieses Systems kann man sich nicht anders denken als in Gestalt von Katastrophen: wirtschaftlicher Zusammenbruch, Ausbruch sozialer Verzweiflung über die unerträglich gewordenen Lasten. Dem mit geschlossenen Augen entgegenzutreiben, ist vernünftiger Menschen wahrlich nicht würdig.

Es bestehen eigentlich zwischen den kultivierten Staaten Europas gar keine anderen Kriegsgefahren als die, welche von gewissen Parteien immer an die Wand gemalt und durch die mißtrauensweckenden Vorbereitungen geschürt werden. Es besteht aber eine täglich wachsende Solidarisierung der friedlichen Interessen aller arbeitenden Völker; es existieren bereits funktionierende Institutionen des internationalen Rechts, es liegen schon von manchen Regierungen formierte Anträge auf Einsetzung eines Friedensrechts und Einschränkung der Rüstungen vor: kurz, es gibt einen lebendigen, handelnden, zielsetzenden Pazifismus, der sich nicht mehr ignorieren läßt; der aber, wenn er bald zum katastrophenvorbeugenden Siege gelangen soll, der Zusammenarbeit aller seiner Anhänger bedarf.

Was durch die gegenwärtigen Zeilen bezweckt ist, ist eine einfache Protestkundgebung gegen die überall überhandnehmende Milliardenvergeudung mit ihrem Gefolge von Steuern, Schulden und Gefahren. Es ist eine Behauptung des Bodens, auf dem wir stehen, und es ist ein dringender Ruf an unsere gleichfühlenden Zeitgenossen, daß sie sich durch einzelne und korporative Zustimmung den Reihen der organisierten Friedenskämpfer anschließen, um deren Aktionsfähigkeit zu stärken."

Dieser Protest wurde in zahlreichen Zeitungen veröffentlicht. Er steht aber auch in Separat-Abdrucken zum Zwecke der Weiterverbreitung in beliebiger Anzahl kostenlos und postfrei jedermann zur Verfügung. Man wende sich an das Bureau der Oesterr. Friedensgesellschaft, Wien I, Spiegelgasse 4.

Verschiedenes.

Der Vatikan und die nächste interparlamentarische Konferenz.

Durch die Zeitungen ging die Nachricht, daß der Papst den katholischen Parlamentariern die Teilnahme an der in diesem Jahre in Rom stattfindenden interparlamentarischen Konferenz verboten hätte, daß auch Staatsminister von Beernaert sein Amt als Präsident des Interparlamentarischen Rates niedergelegt habe.

Es ist anzunehmen, daß dieses Gerücht von einer Seite ausgesprengt wurde, die päpstlicher als der Papst selbst sein wollte. Daß es auf Wahrheit beruht, wird durch nichts bestätigt. Zunächst ist es unrichtig, daß Staatsminister Beernaert sein Amt als Präsident des interparlamentarischen Rates niedergelegt hat. Als er im vorigen Herbste die Wiederwahl annahm, war bereits bestimmt, daß die nächste Konferenz in Rom stattfinden wird. Schon im Jahre 1908, in Berlin, wurde die Einladung nach Rom für das Jahr 1911 von italienischen Mitgliedern der Konferenz erlassen, ohne daß die katholischen Mitglieder der Berliner Konferenz, die dort sehr zahlreich waren, noch die katholischen Mitglieder des interparlamentarischen Rates dagegen irgend etwas einzuwenden hatten. Weder Beernaert, noch Graf Apponyi oder Professor Hauptmann widersetzten sich der Annahme dieses Vorschlages, der in Brüssel 1910 unter dem Vorsitz Beernaerts ohne Widerspruch sanktioniert wurde.

Ein Grund ist kaum einzusehen. Die Feste des Jahres 1911 gelten der Einheit Italiens, die 1861 zustande kam, und nicht der Eroberung Roms im Jahre 1860. Und nur die Eroberung Roms, durch die die weltliche Macht des Papsttums ein Ende fand, kann für den Vatikan in Betracht kommen. Außerdem wäre der römischen Kurie ein so großer politischer Fehler, wie die Störung des Werkes der interparlamentarischen Union, gar nicht zuzutrauen. In dieser Union haben die katholischen Parlamentarier stets eine große Rolle gespielt. Ihre Verdienste um das Werk der Union fanden auch bei den andersgläubigen Mitgliedern und bei den Mitgliedern anderer Parteien die bereitwilligste Anerkennung. Das Papsttum selbst ist wiederholt als Förderer des Schiedsgerichts- und Friedensgedankens hervorgetreten. Es ist also kein Grund vorhanden, an die Richtigkeit der ausgebreiteten Meldung zu glauben.

Die Mitglieder der interparlamentarischen Union, und namentlich die italienischen Mitglieder dieser Union, haben sich bei keiner Gelegenheit Verstöße gegen den politischen Takt zuschulden kommen lassen. Schon im Jahre 1891 tagte die interparlamentarische Konferenz in der Tiberstadt, ohne daß es irgendwie zu einem Zwischenfall gekommen wäre. Warum sollte ein solcher diesmal zu befürchten sein, warum sollten die Veranstalter der Konferenz nicht selbstverständlich alles

vermeiden, was die Empfindungen der Katholiken zu stören geeignet wäre?

Es ist daher als sicher anzunehmen, daß die Arbeit der Interparlamentarischen Union auch in diesem Jahre ungestört verlaufen und sich weiter entwickeln wird. Von katholischer Seite, die sich bis jetzt als wärmste Fördererin dieser Bestrebungen gezeigt hat, ist eine solche Störung sicher nicht zu befürchten.

☞

Vlissingen und Panama. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Um die Befestigung zweier Verkehrsstraßen wurde in der letzten Zeit in der Presse ein großer Lärm entfacht. In England und Frankreich, vor allen Dingen in Belgien, empfand es die militärische Welt als einen bedenklichen Schachzug, daß Holland den Eingang zur Schelde durch eine starke Festung blockieren will. In England und Deutschland empfand man es ebenfalls als eine Störung, daß die Vereinigten Staaten daran denken, ihren um den Preis von zwei Milliarden errichteten Panamakanal durch Festungswerke gegen die Eventualitäten eines Krieges zu schützen. Wenn man jenen berühmten Artikel des Grafen Schlieffen gelesen hat, den der Kaiser Wilhelm am Neujahrstage 1909 seinen Generalen vorlas, worin so anschaulich geschildert wurde, wie Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch einen Gürtel von Festungen umzogen wurden, und worin die Befestigung von Antwerpen als ein im Dienste Frankreichs gegen Deutschland errichtetes Bollwerk bezeichnet wurde, muß man zugeben, daß die Befestigung Vlissingens, die den Zugang zu Antwerpen von der Seeseite abzuschneiden bestimmt ist, bei diesem strategischen Schachspiel im Interesse Deutschlands gelegen ist. Es braucht aber die deutsche Regierung dabei gar nicht die Hände im Spiel zu haben. Bei dem allgemeinen Wettbewerb um die Sicherung gegen den gefürchteten und doch von allen Seiten vorbereiteten Krieg wechselt eben die Gunst der Situationen. Nur eines sollte man dabei unterlassen — die Rechtsfrage aufzuwerfen, wie man es in der Vlissinger Frage bis zum Ueberdruß getan hat. Um die Rechtsfrage handelt es sich dabei gar nicht. Sondern um die darunter versteckten Interessen. Und diese sollte man offen bekennen. Wenn man in der Politik mit Rechtsfragen manipulieren will, dann muß man die heutigen Gepflogenheiten der Diplomatie erst vom Grunde aus umwandeln.

Im übrigen verdient die Frage nicht jene Beachtung, die ihr in der Presse zugeschrieben wurde. Man glaubt ihr soviel Aufmerksamkeit zollen zu müssen, weil ähnliche Streitigkeiten früher leicht zum Kriege geführt haben. Diejenigen, die da befürchten, es könnte um die Vlissinger Frage der Weltkrieg entbrennen, haben sich über die Bedeutung des Krieges in unserer Zeit noch niemals Rechenschaft gegeben. Der Krieg um Vlissingen wird ebenfalls so einer der nicht geführten Kriege werden, deren wir schon zahlreiche aufzuweisen haben.

Was die Befestigung des Panamakanals betrifft, ist sie an sich bedauerlich. Niemand kann dies aber übel nehmen, solange das System des bewaffneten Friedens aufrecht erhalten bleibt. Die internationale Organisation wird alle Festungen überflüssig machen.

☞

Weltgeschichtliches Wiederaufnahmeverfahren. :: ::

Ein deutsches Gericht hat dieser Tage fünf Bergleute im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen, die vor 16 Jahren unter der Beschuldigung des Meineides zu schwerer Zuchthausstrafe verurteilt wurden. Etwas Aehnliches hat sich dieser Tage — unbemerkt von der breiten Oeffentlichkeit — auch auf weltgeschichtlichem Gebiete zugetragen.

Bekanntlich war die Explosion des Kriegsschiffes der Vereinigten Staaten, „Maine", im Hafen von Havanna der unmittelbare Grund für den amerikanisch-spanischen Krieg von 1898. Damals war man der Annahme, die Spanier hätten dieses Schiff absichtlich in die Luft gesprengt. Die durch den Konflikt der Union mit Spanien erregte öffentliche Meinung wurde durch diese Mitteilung so in die Höhe geschraubt, daß es der Kriegspartei in den Vereinigten Staaten leicht war, die Kriegserklärung durch den Kongreß zu erreichen. Die gelbe Presse, deren Werk ja bekanntlich jener Krieg war, trug das ihrige dazu bei, um die Stimme der Vernunft zu unterdrücken, obwohl schon damals Anschauungen geäußert wurden, die es zweifelhaft erscheinen ließen, daß die Explosion ein Werk der Spanier war.

Noch nach dem Kriege hat die spanische Regierung vorgeschlagen, die Ursachen der Maine-Explosion durch eine internationale Untersuchungskommission feststellen zu lassen. Das Wrack des Schiffes lag unberührt an einer Stelle des Hafens von Havanna. Aber die amerikanische Regierung lehnte dieses Anerbieten ab, da sie die Untersuchung durch ihre eigenen Seebehörden für richtiger fand. Der öffentlichen Meinung nachgebend, ordnete sie in der Tat eine Untersuchung an, die nach den Berichten der „Washington Post" nunmehr zu dem erschreckenden Ergebnis gekommen ist, daß die Explosion im Jahre 1898 von innen heraus erfolgt ist, ein Verschulden der Spanier nicht vorliegt. Man nimmt an, daß eine der inneren luftdichten Abteilungen, in denen sich Munition befand, explodiert sei.

Hätte man damals schon internationale Untersuchungskommissionen gehabt, wie sie die Haager Konferenz von 1899 erst einführte, wäre dieser Krieg nach der Ansicht hervorragender Amerikaner zu vermeiden gewesen. Denn die diplomatischen Unterhandlungen waren zur Zeit der Verhandlungen noch nicht erschöpft, und bei den Spaniern wäre die Neigung vorhanden gewesen, den Konflikt dadurch zu lösen,

daß Kuba eine Art Autonomie bekommen hätte, etwa wie Kanada gegenüber England. Zu dieser Lösung wäre die amerikanische Regierung sicher bereit gewesen.

Der Krieg war also nicht notwendig! Viele Millionen an Gütern, tausende Menschenleben hätten erspart werden können, und der Jingogeist, der heute den Amerikanern soviel zu schaffen macht, wäre in jenem Lande nicht erwacht.

☞

Charles Dilke †. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Sache des Fortschritts hat durch den jüngst erfolgten Tod des englischen Staatsmannes Charles Dilke einen großen Verlust erlitten. Dilke war einer der unsern. Dies geht aus einem Interview hervor, in dem er sich Ende Dezember 1907 über das Verhältnis zwischen Deutschland und England und über den Krieg im allgemeinen äußerte. Wir ehren sein Andenken, indem wir diese Aeußerung hier wiedergeben. Sie lautet:

„Sie ziehen mich da auf ein Gebiet, dessen Beleuchtung mir nicht zusteht. Für mich besteht die eine Gewißheit, daß Kaiser Wilhelm II. ein Monarch ist, dem der Gedanke an einen Krieg fern liegt und der ein Mann des Friedens ist. Und da er seit jeher betonte, seine Tätigkeit sei auf Erhaltung des Friedens gerichtet, so kann man nur wünschen, es möge ihm vergönnt sein, viele Jahre diese seine Friedensgesinnung betätigen zu können. Denn bei ihm weiß man wenigstens, woran man sich zu halten hat: Er will den Frieden. Wie aber", fuhr Sir Dilke lebhaft fort, „sollte heutzutage ein Monarch, ein Staatsmann sich ‚leichten Herzens' an die Heraufbeschwörung eines Krieges wagen? Nur mit Schaudern kann man an die Greuel eines modernen Krieges denken. Ein japanischer Oberst konnte sich beruhigt vor Port Arthur an die Spitze seines Regiments stellen und seinen Soldaten zurufen, es sei die größte Ehre für einen Japaner, für sein Vaterland in den Tod zu gehen. Und sein Regiment ließ sich mit stummer Begeisterung niedermetzeln. Wer aber wird behaupten wollen, daß der europäische Kleinbürger, Krämer und Arbeiter Weib und Kind, Haus und Hof, Fabrik und Werkstatt mit Enthusiasmus verläßt, um auf das Schlachtfeld zu eilen, von welchem er zurückzukehren nicht sicher ist? Auch ist bekanntlich die numerische Ueberlegenheit keine Bürgschaft des Sieges. Es genügt oft zu Beginn des Feldzuges nur ein kleiner Erfolg des minderzähligen Gegners, um unter seinem Volke einen Elan hervorzurufen, der Wunder zu wirken und die Siegeschanzen des Feindes in Niederlagen zu verwandeln vermag. Die Geschichte ist reich an derartigen Beispielen; man denke nur an die Koalitionskriege der großen Revolution. Nein, der Einsatz ist das Wagnis nicht wert, und einen Krieg provozieren, hieße mehr riskieren, als man gewinnen könnte."

☞

Eine Friedensrede des englischen Postministers. :: ::

Der englische Generalpostmeister Herbert Samuel, dessen Rede zu Saltburn vom 22. August v. J. den Lesern dieser Blätter noch in Erinnerung sein dürfte (siehe Fr.-W. 1910, S. 163), hat wieder eine Gelegenheit ergriffen, um die friedensfreundliche Gesinnung der gegenwärtigen englischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Auf einem Festmahl des Internationalen Journalistenverbandes gab er der Ueberzeugung Ausdruck, daß vermutlich nichts geeigneter sein werde, die Leichtigkeit des internationalen Verkehrs zu heben, als die Herabsetzung der Gebühren für Preßtelegramme. Die Zeiten, wo Kriege zwischen großen Nationen als unvermeidlich angesehen wurden, seien glücklicherweise vorüber. Vor 25 Jahren sei Frankreich von einigen Leuten als Englands Erbfeind und Deutschland als sein engster Freund angesehen worden, während jetzt die Verhältnisse beinahe umgekehrt erscheinen könnten. Aufgabe der Journalisten sei es, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die Anzeichen des gegenseitigen guten Willens, der erfreulicherweise jetzt zwischen England und Deutschland im Wachsen begriffen sei, besonders hervorzuheben. Sicherlich gäbe es wenige Fragen, die den Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung mehr am Herzen lägen, als eine andauernde und ausgesprochene Verbesserung der Beziehungen zwischen England und seinem deutschen Nachbar.

☞

Der Boykott als Friedenszwangsmittel. :: :: :: :: ::

Andrew Carnegie hat Anfang Januar in New York eine Rede gehalten, in der er die Eröffnung eines wirklich ständigen Schiedshofes binnen Jahresfrist in Aussicht stellte. Er fügte seinen Ausführungen folgendes hinzu: „Das ganze Menschengeschlecht hat ein Interesse an dem Austausch von Gütern über den Erdball hin, die viele Billionen Pfund Sterling wert sind. Sollte eine Nation den Frieden in Gefahr bringen, so wird das Gericht zu ihr sagen: Welches Recht hast du, die harmonischen Beziehungen zu stören, in denen wir alle in unserer großen Gemeinschaft Teil haben? Jemanden, der unsere Satzungen verletzt, stoßen wir aus unserem Klub, und wir befördern seine Post nicht mehr. Stellen Sie sich einmal eine Nation vor, deren Post nicht mehr befördert wird!"

☞

Militaristische Kriegsverherrlichung und Kriegshetze

Feldmarschall Freiherr von der Goltz äußerte sich einem Interviewer des „Matin" gegenüber in folgender Weise:

„Es sind 40 Jahre her seit der Gründung des Deutschen Reiches. Wir feiern heute weniger den mit Wunden und Trauer auf beiden Seiten schwer erkauften Sieg, wir feiern vielmehr die Einigung der deutschen Stämme, die sich in jener Epoche vollzogen hat.

Ich kann nur immer wiederholen, daß wir heute in einer Situation leben, die man als

„den Frieden um jeden Preis" bezeichnen könnte. Die Friedensfreunde bilden sich ein, weil es seit 40 Jahren keinen Krieg gegeben hat, sei der Krieg für immer verschwunden, der Friede nun auf ewig gesichert. (? Dann würden wir ja gern unsere Waffen niederlegen. Dem ist aber leider nicht so. F.-W.) Die Geschichte lehrt uns jedoch das Gegenteil. Sie hat uns gezeigt, daß die Völker nicht beständig wie sanfte Lämmchen miteinander leben können. Es läßt sich nicht vermeiden, daß die Gegensätze aufeinanderstoßen. (Das nicht, aber daß sie mit Schrapnells beigelegt werden! Fr.-W.) Wenn die Eventualität eines Krieges auch fernliegt, so bleibt diese Eventualität dennoch bestehen, und es ist die Pflicht jedes Patrioten, das nicht zu vergessen. Moltke hat gesagt, der ewige Friede sei ein Traum, und nicht einmal ein schöner Traum; und die Kriegsidee für immer abschaffen zu wollen, würde ein nationaler Selbstmord sein."

Der Feldmarschall von der Goltz wendet die Geschichte falsch an. Sie gibt für die Entwicklung der Weltorganisation ebensowenig Lehren wie für die Entwicklung der Luftschiffahrt. Was in der Vergangenheit nicht war, kann uns die Vergangenheit nicht lehren. Leider lehrt uns aber die Geschichte sicher, daß große Völker am ewigen Kriegführen, an dem „kriegerischen Geist" zugrunde gegangen sind. Im übrigen wollen die Pazifisten durchaus nicht, daß die Menschen wie Lämmer neben einanderleben sollen, sondern nur so wie Kulturmenschen.

Gleichwohl konstatiert General von der Goltz, daß die Friedensidee ziemlich tief in das deutsche Volk eingedrungen ist. Er hebt besonders hervor, daß die deutschen Eltern nicht mehr wie früher ihren Kindern zu Weihnachten Helme und Schwerter kaufen, die den Kleinen große Freude machen, sondern Geschenke, die mit kriegerischen Vorstellungen nichts gemein haben. Es sei dies ein klarer Beweis, wie sich die Friedensidee in Deutschland entwickelt habe. „Erzieht euere Kinder," schloß der General, „in kriegerischem Geiste und impfet ihnen vom frühesten Alter an die Liebe zum Vaterlande ein, für das sie sich vielleicht einmal opfern müssen." — Sehr schön! Aber die Liebe zum Vaterland wird am besten dadurch eingeimpft, daß man die Kinder zur Achtung vor der Menschheit erzieht.

Weiter ins „Kulturzoologische" hinein geht eine Aeußerung des Generalleutnant a. D. v. Wrochow, die er in einer Rede im Neuen Wahlverein zu Potsdam am 9. Januar gemacht hat. Er sagte:

„Der lange Frieden wirkt auch abschwächend auf die Stimmung des Heeres, und ganz besonders ist die schlechte Gepflogenheit, den Frieden bei jeder Gelegenheit und an jeder Stelle uns als der Güter höchstes zu preisen, nicht geeignet, das kriegerische Feuer in unserer Jugend wachzuhalten. Ich weiß, daß eine gewisse Presse in den Händen der „Friedenshelden bis aufs Messer" ihr Anathema gegen mich schleudern wird, dennoch sage ich: „Ich würde es als ein Glück ansehen für Deutschland, wenn uns ein großer Krieg aufgezwungen würde!" Im goldenen Saale des Rathauses zu Augsburg steht unter einem alten deutschen Kaiserbilde der Spruch: ne pereat civis vivat hostis! Es ist nicht gut, wenn der große Männer-Erzieher, der Krieg, zu lange fern bleibt!"

Ein großer Krieg für Deutschland — ein Glück! Welche naive Einfalt. Welche gemeingefährliche Aeußerung, die keinen Staatsanwalt rührt! — Der Krieg aber ist der „große Männer-Erzieher" — Koch, Behring, Ehrlich, Haeckel, Hauptmann, Roentgen und tausend andere sind doch ohne Krieg erstanden.

Seitdem in Oesterreich Großmacht- und Prestigepolitik gemacht wird, melden sich auch die schreibenden Militärs, jene Herolde des Schlachtensegens, jene Propheten des demnächst kommenden Krieges. Neben dem General Woinowich, der uns kürzlich erzählte, daß die Rüstungsausgaben produktiv seien, ist der Admiral a. D. Chiari auf den Plan getreten, der kürzlich einem Vertreter der Turiner „Stampa" versicherte, daß der Krieg Oesterreich-Ungarn mit Italien unausbleiblich sei. — Es ist erfreulich, daß die Regierungsvertreter in den Delegationen, die Aeußerungen des kriegstüchtigen Seeoffiziers energisch zurückweisen.

☞

Schießübungen in den Schulen. :: :: :: :: :: :: :: ::

Durch Erlaß des österreichischen Unterrichtsministeriums soll an den Mittelschulen der Schießunterricht fakultativ eingeführt werden. Bei dieser Gelegenheit soll den Schülern auch der „Patriotismus" eingeimpft werden.

Wir glauben nicht, daß das Schießen die Bildung unserer Jugend besonders fördern wird. Der Unterricht ist mit überflüssigem Ballast ohnehin schon genug belastet. Für wichtige Unterrichtsgegenstände fehlen Zeit und Geld. Die Bürgerkunde ist noch immer kein Unterrichtsgegenstand und der junge Abiturient geht ins Leben oder an die Universität und hat keine Ahnung davon, wie der Staat beschaffen ist, dem er dienen soll.

Der geistige Schießunterricht wird übrigens schon lange an den österreichischen Mittelschulen und auch an den reichsdeutschen betrieben. In der Geschichte und bei der Lektüre der alten Klassiker wird er geübt. Nun kommt auch der manuelle Schießunterricht dazu. Wir werden uns vor Kriegshelden nicht mehr auskennen und werden die für das praktische Leben unausgebildeten Leute, die dann in die Verwaltung kommen werden, mit in den Kauf nehmen müssen.

Freilich folgt die österreichische Unterrichtsverwaltung mit dieser Einführung ausländischen Beispielen. Warum aber nur diesen Beispielen der Rückständigkeit und nicht auch jenen des Fortschritts? In England und Amerika wird gegen die Schulschießerei energisch Front gemacht. Die Peace-Society von Philadelphia eröffnete eine Umfrage bei hervorragenden Männern der Union. Unter den eingelaufenen Antworten sind solche von Carnegie, Eliot, Hale u. a. Sie gehen auf folgendes hinaus: „Schießübungen haben mit der öffentlichen Schule nichts zu tun, ihre Einführung ist ein Schritt nach rückwärts. Es sollte gelehrt werden, daß der Krieg eine Sache der Wilden ist, den gebildeten Menschen aber entwürdigt." Dem haben auch wir nichts mehr hinzuzufügen.

☞

Die Kulturaufgaben leiden nicht? :: :: :: :: :: :: :: ::

Wer wagt das zu behaupten? Da fliegt uns eine österreichische Schulzeitung auf den Redaktionstisch, die den Schmerzensruf eines Lehrers enthält über die Kargheit der Besoldung, mit der kein Auskommen mehr ist. Dann heißt es (Freie Schulzeitung Nr. 16):

„Was müssen wir seit Jahren für unerquicklich Spiel treiben, um wenigstens das zu erlangen, womit die gleichgebildeten Staatsbeamten längst nicht mehr zufrieden sind. Achselzucken, Vertröstungen und zur Abwechslung wieder einmal eine Maßregelung, um den Gedanken eine andere Richtung zu geben.

Was kümmert uns die Geldnot Böhmens, die Verlegenheit des Finanzministers? Warum treibt man für Dreadnoughts Geld auf, warum konnte man voriges Jahr dem Heere statt der verlangten 180 Mill. gleich 220 Mill. bewilligen? Alles geht auf dieser Seite so leicht und das reiche Land Böhmen, das zu diesen Riesenausgaben die Hauptsumme beistellt, könnte seine Lehrer nicht entsprechend bezahlen?“

Ja, für die Lehrer! . . . Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Der Kriegsminister verlangt neue Schiffe und neue Bataillone, auch wenn kein Geld da ist; aber es wird beschafft. Sollen denn Schule und Lehrer gerade nur die ewig Zurückgesetzten bleiben? Wenn das die Staatsordnung ist, dann müssen wir uns dafür höflichst bedanken. Wir lassen uns eine solche Behandlung nun nicht länger gefallen!“

Die hungernden Lehrer Böhmens (und der andern österreichischen Länder) werden wissen, daß sie sich dem Pazifismus zuwenden müssen, wenn sie ihre Lage ändern wollen.

Aus der Bewegung.

Die anglo-deutsche Freundschaftsbewegung. :: :: :: ::

König Georg empfing am 5. Februar den Geheimrat Professor Dr. Harnack und Dr. Spiecker, die als Delegierte des deutschen Komitees zur Pflege der Freundschaftsbeziehungen zwischen den Kirchen Englands und Deutschlands in London weilten. Auf ihre Ansprachen erwiderte der König mit herzlichen Worten. Die Deputation überreichte dem König ein Erinnerungswerk, das sich auf den Besuch der englischen Geistlichen in Deutschland im Jahre 1909 bezieht.

König Georg sagte in der Unterhaltung mit den Pastoren:

„Mein teurer Vater ist der Friedensstifter genannt worden, er war auch ein Friedensstifter! Ich betrachte es als meine Pflicht, in seine Fußstapfen zu treten. Infolgedessen werde ich nach besten Kräften jedes Bemühen unterstützen, das dahin abzielt, den Frieden und den guten Willen zwischen den Völkern zu fördern.“

Andere Blätter melden, Dr. Spiecker habe dem König seinen Dank dafür ausgesprochen, daß er das Beispiel seines Vaters befolge, indem er seine Gönnerschaft jener Bewegung zuwende, welche die Freundschaft zwischen dem englischen und dem deutschen Volke vermehren und vertiefen wolle.

Der König habe in seiner Antwort der sicheren Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die wohltätigen Beziehungen auf beiden Seiten ein herzliches Einvernehmen fördern und reiche Früchte tragen möchten. —

Das englische kirchliche Freundschafts-Komitee zählt jetzt über 6000 Mitglieder. Das deutsche Komitee sucht nun auch die kirchlichen Kreise in größerem Umfange heranzuziehen. —

Am 18. Januar hielt der englisch-deutsche Freundschaftsausschuß in Canton Hall eine Versammlung unter Vorsitz von Lord Avebury ab. Der Vorsitzende erklärte, daß eine Bewegung im Gange ist, um die Vereinigung zu vergrößern. 600 neue Mitglieder hätten sich gemeldet. Das soll zur Gründung einer neuen Gesellschaft, der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft, führen, und der Freundschaftsausschuß wird dann als besondere Körperschaft zu bestehen aufhören. Der Herzog von Argyl sagte bei dieser Gelegenheit, er habe jüngst mit einer ganzen Reihe junger Burschen und junger Mädchen gesprochen, die aus Deutschland zurückgekehrt waren, wo sie in Erziehungsinstituten untergebracht waren. Alle hätten erklärt, daß sie gefunden hätten, unter der deutschen Jugend herrsche ein wahrer Geist der Feindseligkeit gegen England. Er sei deshalb der Ansicht, es solle eine volkstümliche geschichtliche Darstellung von der gemeinsamen Arbeit Englands und Deutschlands während der letzten hundert Jahre ausgearbeitet werden. Etwas müsse geschehen, um in der Jugend der beiden Nationen den Gedanken auszurotten, als wären die beiden Völker natürliche Widersacher. Lord Avebury sagte darauf ebenfalls, es habe in der Vergangenheit keine Mißhelligkeiten zwischen England und Deutschland gegeben, und es sei dafür auch in der Gegenwart kein Grund vorhanden. Wahrscheinlich werden der neuen Vereinigung demnächst schon die Bürgermeister von über 1000 Städten beitreten.

Für eine geschichtliche Darstellung in dem oben genannten Sinne soll ein Preis ausgesetzt werden.

Feldhaus-Jubiläum. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 24. Januar fand in Basel die Feier des 500. Friedensvortrages von Richard Feldhaus statt. Es war eine weihevolle Veranstaltung, der zahlreiche Anhänger der Friedensidee und ebenso zahlreiche Freunde des Jubilars beiwohnten. Geering-Christ hielt eine Festansprache an den Jubilar, der alsdann durch Rezitierung von pazifistischen Gedichten und Prosawerken den Festabend ausfüllte. Die Depeschen, die aus aller Welt eingegangen waren, ebenso wie eine Adresse der Deutschen Friedensgesellschaft, kamen zur Verlesung.

Literatur und Presse.

Dr. W. Exner, k. u. k. wirkl. Geh.-Rat, Internationale Gemeinschaftsarbeit auf technischem Gebiet. Festvortrag aus Anlaß der 7. Jahresversammlung, gehalten im Wittelsbacher Palais in München am 29. September 1910. Verlag des Deutschen Museums in München. 20 Pfg.

Geheimrat Prof. Exner, das verdienstvolle Mitglied des österr. Herrenhauses, stellt in diesem Vortrage alles zusammen, was auf dem Gebiete der Technik an internationaler Gemein-

schaftsarbeit bisher geleistet wurde. Er erkennt die friedenswirkende Kraft der internationalen Vereinigungen an und erblickt in ihnen eine Abschwächung der Gefahr kriegerischer Konflikte. Der Geschichte der Technik weist er eine große kulturelle Aufgabe zu. Wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß es ihm darum zu tun ist, die Historiker darauf hinzuweisen, daß die Geschichte nicht bloß eine Fortsetzung der Zoologie sein soll, sondern eine Darstellung der Entwicklung des Metazoologischen, wohin sie durch eine größere Beachtung der technischen Entwicklung gelangen kann.

Wir, die wir den Pazifismus auf jener Grundlage aufbauen, die uns die Entwicklung der Technik geliefert hat, begrüßen die Schrift des Geheimrats Exner als einen erneuten Beweis der im gesamten Kulturleben unserer Zeit vor sich gehenden pazifistischen Erweckung. F.

The Peace Year-Book 1911. Edited by Carl Heath, Secretary to the National Peace Council. London The National Peace Council, 167 St. Stephens House, Westminster S. W. 246 S. 1 M.

Ein Taschenbuch der Friedensbewegung wie wir es uns in deutscher Sprache schon lange wünschten. Handlich und doch umfangreich, übersichtlich und billig. Es enthält zunächst einen allgemeinen Teil mit kurzen Abhandlungen über brennende Probleme des Pazifismus. So: G. H. Perris, über einen anglo-deutschen Friedensvertrag; Lord Weardale über die dritte Haager Konferenz; Normann Angell über Krieg und modernen Handel; Allen Baker über die Kirche und den Frieden; Alfred H. Fried, über das pan-europäische Bureau, usw. Im neuesten Teil werden interessante statistische Daten über das internationale Wettrüsten geliefert. Willig: „Die Welt in Dreadnoughts" und „Die Flotten- und Heeresausgaben der Großmächte in 10 Jahren." Der dritte Teil behandelt die Zusammenhänge der Friedensbewegung mit dem Erziehungswesen. Im fünften Teil „Der Pazifismus an der Arbeit" wird eine Darstellung wichtiger pazifistischer Organisationen und Einrichtungen gegeben. Gobat schreibt über die Ereignisse der Jahre, Chr. L. Lange über die Interparlamentarische Union; Darby über die „Peace Society", Trueblood über den Fortschritt der Friedensbewegung in den Vereinigten Staaten, usw. usw. Im sechsten Abschnitte werden die Friedenskampagnen in den Jahren 1910 u. 1911 behandelt, worunter alle Versammlungen betrachtet werden, die direkt oder indirekt dem Frieden dienen. In den weiteren Teilen erfolgt eine umfassende Darstellung der pazifistischen Organisationen, eine Bibliographie und ein biographisches Lexikon des Pazifismus mit ungefähr 85 kurzen Biographien.

Alles in allem ein äußerst wertvolles Hilfsmittel; — der „Gotha" des Pazifismus, das herzustellen und in den Hauptsprachen zu veröffentlichen eigentlich Aufgabe des Berner Bureaus wäre.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::
(Besprechung vorbehalten.)

Revue Générale de Droit international public. Publié par Paul Fauchille. No. 6. (Nov.-Decembre) Paris. A. Pedone.
Aus dem Inhalt: C. Dupuis, l'Institut de droit international Session de Paris. — Renouvellement pour une période de cinque ans de la Convention d'Arbitrage entre la France et les Pays bas du 6 avril 1904. — usw. usw.

Prof. D. Heinrich Lammasch, Der internationale Schiedsgerichtshof im Haag. Sep-Abdr. a. d. Allgemeinen österreichischen Gerichtszeitung. 1911. No. 1.

Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht usw. Hrsggb. von Dr. Siegfried Brie und Dr. Max Fleischmann. Breslau, Marcus. 1910. 23. Heft. Zwangsvollstreckung gegen fremde Staaten und Kompetenzkonflikt. Im Anschluß an den Fall Hellfeld. Rechtsgutachten von Brie, O. Fischer, Fleischmann, 184 S. 5 M.

Dr. Chr. Ritter, Das Deutsche Reich als Staat. Eine geschichtsphilosophische Studie. I. Teil: Entstehung von 1871—91. Dessau und Leipzig.

Der Brief. Zeitschrift für Kultur und Art des schriftlichen Verkehrs. Herausgegeben von A. Halbert-München. Leipzig. Reichenbachsche Verlagsbuchhandlung Hans Wehner, Leipzig-R. I. Jahrgang, Heft 1—4.

Soziale Kultur. 31. Jahrgang. Vierteljährlich 1,50 M. Heft 1. Januar 1911. Volksvereinsverlag G. m. b. H. M.-Gladbach.

Fréd. Passy, Sophisme et truisme. Paris (V.) Giard & E. Brière. 1911.

Institut International d'Agriculture. Bulletin du Bureau des Institutions économiques et sociales. Année I No. 3. 31. Dez. 1910. Rome. 400 S.

Institut International d'Agriculture. Bulletin du Bureau des Reinseignements agricoles et des Maladies des Plantes. No. 2. Dez. 1910. 432 S.

Union Interparlamentaire. Documents Interparlamentaires. No. 3. Décembre 1910. Armements navales. Discours à la chambre des communes de Grande Bretagne, à la chambre des Représetants d'Amerique et au Sénat francais par des Membres de l'union. Brüssel 1910. Misch & Thron. 109 S. 1 Fr.

Paul S. Reinsch, The Fourth international Conference of american Republics. Reprinted from the American Journal of international Law. Oct. 1910.

Report of the Proceedings of the New England Arbitration and Peace Congress. Hartford and New Britain, Connecticut May 8 to 11, 1910. Edited by James L. Tryon. Boston. The American Peace Society 1910. 165 S.

The international Law Association. Report of the twenty-sixth Conference held at The Guildhall, London. August 2nd—5th 1910. London. Edited by the Association. 750 S. in 8° Cloth. Preis: 15 Sh. 6 p.

Second Annual Report of the American School Peace League. Oct. 1910. Boston. 84 S.

Union Interparlementaire. Compte Rendue de la XVIe Conférence tenue à Bruxelles du 30 Août au 1er septembre 1910. Brüssel 1910. Misch & Thron. Gr. 8°. 245 S. Toile.

Conciliation international. No. 2. Fevrier. Benjamin Constant et la Paix. Réedition de l'esprit de Conquete. Précédé

d'une introduction de M. d'Estournelles de Constant, Sénateur de la Sarthe.
—, Nr. 4 Avril. l'Assemblée générale du 18. mars 1910. Delagrave Paris, 1910.
International Conciliation. Januar 1911. No. 38. Schoolbooks and international prejudices by Albert Bushell Hart. Supplement. January 1911, No. 38. Mr. Carnegies Letter to the Trustees of the Carnegie Endowment for the Advancement of Peace and Resolutions by the Trustees. New York City American Association for international Conciliation. Substation 84.
Lavinia Baily, By the Sea and other verses. Boston. Richard G. Badger. 1907. cloth.
—, The Worlds Court. Richmond. 1903.
—, Grotius. A Study from the seventeenth Century. Richmond. 1906.
Verus, Volksbildung. Zukunftsglaube. Wien. Brüder Suschitzky. 20 Heller.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (früher Friedensblätter) Eßlingen. Februar.
Der Friede. (Bern) Januar. Konrad Schultheß, Internationale Politik und Pazifismus im Jahre 1910. — T., Tolstois Bedeutung als Pazifist. — Die Kosten des bewaffneten Friedens. — Die wahren Ursachen der Teuerung. — Was not tut. Pardon wird nicht gegeben. — usw. usw.
La Paix par le Droit (Paris). Januar. David Starr Jordan, La Guerre et la Virilité. — Tableau des Conventions d'Arbitrage de la France. — Frédric Passy, Elihu Burritt. — Lucien Le Foyer, La Légitime défense des Nations. — Jacques Dumas, La Fondation Carnegie. — Jules L. Puech, Coup d'oeil sur l'année 1910.
Etats Unis D'Europe (Bern). Januar.
Concord (London). Januar. Felix Moscheles, Spycraft in the Service of the State. — Relations of the Big to the Little. — Fréd. Passy, Hogdson Pratt. — Heaford, int. Notes. — usw. usw.
The Arbitrator (London). Januar. Christians and Non-Resistance. — The Society of Friends and Military Training. — The Cant of a privileged Church. — The Outlook. — The Making of Young Jingoes. — Cremer Memorial. — The German Chancellor on Naval Limitation. — Colonel Gaedke on Peace and Disarmement. — usw. usw.
Advocate of Peace (Boston). Januar. Ten Millions for Peace. — The Washington Conference on the Judicial Settlement of international Disputes. — Is Arbitration a Failure? — Francis W. Hirst, Arbitration Tribunals still useful. — Jackson H. Ralston, Some Considrations as to international Arbitrations Courts. — Fanny Fern Andrews, The American Peace League. — Justice Broown, Interstate Controversies in the Suprem Court of the United States.
The Cosmopolitan Student (Madison). Jan. The Presidents Annual Report. — The General Secretarys Report. — Report of the Commitee on Advises to foreign Students. — Minutes of the fourth annual Convention. — usw. usw.
La Vita Internationale (Mailand). No. 2. E. T. Moneta, Forti per la difesa e per la Pace. — B. degli Ubaldi, Gli Amici. — F. Telmann, Dreadnoughts e Delegazioni in Austria. — Angelo Crespi, il Positivismo pacifisti. — usw. usw.
Vrede door Recht (Haag). Januar. Pacifiestische Kroniek. — Vrede-Ridders. — „Europas Dwalling". — Pers en Vredensbeweging. — usw. usw.
Fredsfanan (Stockholm). Januar. Den nya fredsorganisationen och den gamla. — „Pa vilken väg kan man fortast och bäst astadkomma avrustning och allmän nationerna?" — Militärkristendom. — usw. usw.
Fredsbladet (Kopenhagen). Januar. Fredsvennen Leo Tolstoi. — usw. usw.

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen. Friedrich Naumann, Der europäische Friede. „Die Hilfe", No. 3. Neue Hamburger Zeitung, 18. I. * Moderne Friedensbestrebungen. „Kölnische Volkszeitung", 31. I. * Carl Ludwig Siemering, Der Nobelpreis des Friedens. „German Monthly Gazette" (Manchester), 11. I. * Rudolf von Harrer, Friede den Menschen auf Erden! „Allgemeines österreichisches Staatsbeamtenblatt" (Wien-Linz), 20. XII. * Prof. Dr. Max Schneidewein, Wer hat nun Recht? Eine Verständigung zw. Nationalismus und Rationalismus. „Die Propyläen" (München), 18. I. * Gen.-Lnt. z. D. von Alten, Krieg und Politik. „Hamburger Nachrichten", 29. I.

II. Internationale Politik: O. Umfrid, Was wolltest Du mit dem Dolche? sprich! „Der Beobachter", 19. I. * Dr. E. Sieper, Probleme der deutsch-englischen Verständigung. I. II. „Hamburger Fremdenblatt", 31. I. und 1. II. * Roland de Marés, Les Alsaciens-Lorrains. „Indépendance Belge", 15. I. * Vizeadmiral Chiari über die Beziehungen zu Italien. „Reichspost" (Wien), 28. I. * Der unvermeidliche Krieg (gegen Chiari)? „Extrablatt" (Wien), 27. I.

III. Völkerrecht. Dr. Edmund Bernatik, Der Streit über die Befestigung von Vlissingen. Gutachten über die völkerrechtliche Seite der Frage. „Neue Freie Presse", 25. I. * Die Agitation gegen die Londoner Seerechtsdeklaration. „Hamburger Fremdenblatt", 27. I. * H. W. Wilson, See-Law made in Germany. „The National-Review" (London), Jan. * Gabriel Maura Gamazo, La Neutralidad en la Guerra Maritima. „Rivista de Derechio Internaciona" (Madrid), No. 3. * Jesus Fernandez Novoa, Derechio de Nufragio. „Rivista de Derechio Internaciona" (Madrid), No. 3. * Dr. jur. H. Wehberg, Die Bedeutung der Kriegshumanisierung. „Archiv für Militärrecht" (Mannheim), 2. II. * Ders., Zum Projekte eines Schiedshofes für Privatklagen gegen auswärtige Staaten. „Zeitschrift des internationalen Anwaltsverbandes" (Wien), No. 1. * Ders., Ein internationales Schiedsgericht für Streitigkeiten zwischen Versicherungsgesellschaften und ausländischen Staaten. „Oesterr. Versicherungszeitung" (Wien), 26. XI. * Ders. Die Bedeutung der neueren Völkerrechtskonferenzen für das Versicherungswesen. „Assekuranz-Jahrbuch" (Wien), 1911.

IV. Internationales.

V. Wirtschaftliches. Alfred H. Fried, Dreadnoughts und — ein Ende. „Neue Freie Presse", 28. I. * Gädke, Maß in den Rüstungen. „Berliner Tageblatt", 31. I. * Die ‚Große Täuschung'. „Die Post", 27. I. * Andrew Carnegie, Die Rüstungen und ihre Ergebnisse. „Münchener Neueste Nachrichten" 24. I. und „Nachrichten für Stadt und Land" (Oldenburg), 25. I. * v. B., Ein österreichischer General über den modernen Krieg. „Neue Preußische (†) Zeitung", 26. I. * Der schwere Panzer. „Neues Wiener Journal" 25. I. * Jos. Mild, Die wahren Ursachen der Teuerung. „Beamtenzeitung" (Wien), 10. I.

Briefkasten.

Ad. Fl., Freiburg. Der freundliche Vorschlag Kalaus vom Hofe, durch ein internationales Abkommen die Unterseebote abzuschaffen, scheint mir wenig Bedeutung zu haben. Wenn das möglich ist, dann sollte man auch die „Oberseeboote" abschaffen und all das gefährliche Zeug, für das alljährlich Milliarden vergeudet werden. Aber das wollen wir ja ohnehin. Warum sollen wir uns gerade auf die Unterseeboote beschränken?

L. L. L., Magdeburg. Ich möchte Ihnen das sagen, was mir unlängst Bertha von Suttner schrieb: „Da sprechen vier Herren miteinander, und überall heißt's, „Rußland" und „Deutschland" tun und wollen das und dies — und wer sich darüber aufregt, sind nicht ein paar französische und englische Journalisten, sondern „Frankreich" und „England". Diese sechs oder sieben Raufbolde, die auf der europäischen Marionettenbühne stehen und die statt „Pantalon" und „Pierrot" Ländernamen führen, die müssen vor dem schaurig-bewegten Publikum fortwährend Evolutionen ausführen und sind doch nur Schemen."

W. K., Zoppot. Der Vertrag zwischen Chile und Argentinien vom 28. Mai 1902 ist kein vorbehaltloser Schiedsvertrag; obwohl die Vorbehalte doch nur sehr gering sind. Mit diesem Vertrag war eine „Beschränkung" der Seerüstungen verbunden. Keine Abrüstung. Wie weit diese Beschränkung heute noch in Kraft ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

O. F., Kopenhagen. Von den früheren Jahrgängen der Friedenswarte sind nur einige neuere Jahrgänge ab 1905 ungefähr vorhanden.

Frau A. W. St. Der Text der „Bennett-Bill" steht in dem 1. Heft der Friedens-Warte von 1911.

R. M. in St. Ja, die separate Veröffentlichung der Ergänzungen und Verbesserungen zu dem Annuaire des Berner Bureaus gibt zu mannigfachen Irrtümern Anlaß. Das Bureau hätte warten sollen, bis es in der Lage war, das Annuaire ganz neu herauszugeben. Eine regelmäßige jährliche Veröffentlichung erweist sich als notwendig.

Dem Februarheft der „Friedens-Warte" liegt ein Prospekt der Langenscheidtschen Verlagsbuchhandlung, Berlin, über ihre Unterrichtsbriefe für fremde Sprachen bei, welchen wir unseren Lesern zur freundlichen Beachtung empfehlen!

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft.

Berlin SW. 29, Gneisenaustr. 100 II.

Die Berliner Ortsgruppe der D. F. G. veranstaltete am 26. Januar cr. zusammen mit der Vereinigung für Schulpolitik einen besonderen Abend für Lehrer. Um ihnen den erziehlichen Wert des Pazifismus darzulegen, hielt Pastor Francke ein Referat „Die Aufgaben der Schule und die Weltfriedensbewegung". Nach ihm sprach der 2. Vorsitzende der Ortsgruppe, Baron v. Puttkamer, sehr eindrucksvoll über seine persönlichen Erinnerungen an die Feldzüge 1866 und 1870/71. Er zeigte das Entmenschlichende, das der Krieg für Sieger und Besiegte stets im Gefolge hat; und es nahm sich seltsam aus, als nach den erschütternden Darlegungen dieses im Felde ergrauten Offiziers ein jüngerer Lehrer dann doch wieder in ödeste Hurrabegeisterung zurückfiel und den Krieg als Erzieher des Menschengeschlechtes zu preisen wagte. Die übrigen Lehrer und Lehrerinnen wollten von diesem „Erzieher" nicht viel wissen.

Internationale Friedenspropagandakasse.

(Vergl. Zirkular vom November 1905. Abgedruckt in den Friedensbl. Nr. 12 von 1905 und in der Friedenswarte vom Dezember 1905.)

Im II. Halbjahr 1910 sind aus Deutschland keine Beiträge eingegangen.

Vortrag vom 30. Juni 1910		M. 340,—
Bankzinsen im II. Semester 1910 . . .		„ 4,15
		M. 344,15
Ausgaben sind erwachsen:		
1. Juli 1910. Schreibgebühren u. Porti im I. Sem. lt. Quittung	M. 23,60	
21. Nov. 1910. Anwaltskostenvorschuss im I. Sem. lt. Quitt.	„ 50,—	
20. Dez. 1910. Schreibaufwand u. Porti im II. Sem. lt. Quittung	„ 24,70	
31. Dez. 1910. Porti u. Spesen der Bank	„ 0,35	
Im ganzen:		M. 98,65
Bleiben per 31. Dezember 1910 . . .		M. 245,50

Stuttgart, den 26. Januar 1911.

Der Sekretär für Deutschland
Dr. Hoeltzel.

Die Uebereinstimmung dieser Abrechnung mit dem Kontoauszug der Dresdner Bank, Stuttgart, und den Ausgabebelägen bestätigt

Stuttgart, den 3. Februar 1911.

R.-A. Dr. Kälber.

Hamburger Friedensgesellschaft.

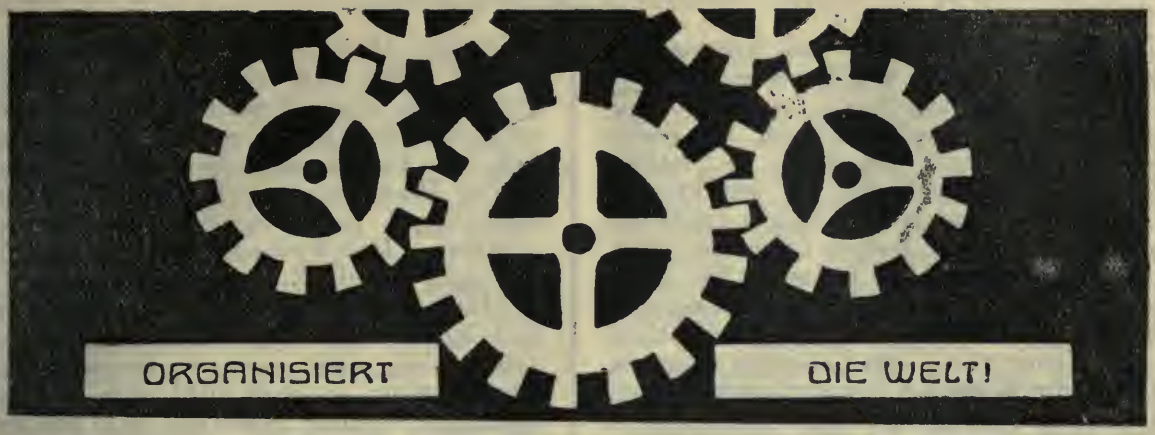
Hamburg, Gerhofstr. 14.

Oeffentlicher Vortrag

des Herrn Pastor Kießling über das Thema „Religion und Krieg" am Montag, den 20. Februar 1911, abends 8½ Uhr, im Logenhause, Welckerstraße. Nach dem Vortrage Diskussion. Um zahlreichen Besuch bittet der Vorstand. Eintritt für jedermann! Zur teilweisen Deckung der Unkosten 20 Pfg. Eintritt.

(Fortsetzung auf der 2. Seite des Umschlags).

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien



März 1911.

Ein unbedingtes Erfordernis „für ewige Zeiten".

Der „ewige Friede" ist nach Moltkes so oft zitiertem und immer mißverstandenen Wort bekanntlich „ein Traum" — und „nicht einmal ein schöner". Was ist dann aber erst die „ewige Kavallerie"? Dieses Wort dürfte vielleicht auch einmal zu den „geflügelten" gehören. Der gegenwärtige preußische Kriegsminister, General von Heeringen, hat es dieser Tage im Deutschen Reichstag geprägt. Auf den Einwand des Abgeordneten Wiemer, daß man doch endlich einmal daran gehen müsse, die Kavallerie zu verringern, da deren Aufgabe im Kriege heute technisch nicht mehr durchzuführen ist, da diese ferner durch die modernen Verkehrsmittel wie Telephon, Telegraph, Automobilismus und Aviatik auch in ihrer beschränkten Verwendung für den Kundschafterdienst bedeutend überholt ist, hatte der Kriegsminister die klassische Antwort: „Die Kavallerie bleibt ein unbedingtes Erfordernis für ewige Zeiten."

Aristoteles konnte sich eine Welt ohne Sklaven nicht vorstellen. Wer die Mühlsteine drehen sollte, wenn es keine Sklaven und nur mehr Freie gäbe, war ihm ein Rätsel. An die Dampfmaschine, die die Menschenarme ersetzen würde, konnte er allerdings nicht denken. General von Heeringen kann sich eine Welt ohne Kavallerie nicht vorstellen. Er stellt ihr das Prognostikon der Ewigkeit, und nicht der letzte Dichter wird einst mit dem letzten Menschen aus der Welt hinausgehen, wie Anastasius Grün so schön sang, sondern der letzte Mensch wird ein Husar, ein Ulan oder ein Kürassier sein.

Aber der preussische General wird sich mit seiner Prophezeiung ebenso täuschen, wie sich der griechische Philosoph getäuscht hat. Nur wird die Geschichte für den ersteren nicht so triftige Entschuldigungen haben, wie sie sie für den letzteren ins Feld führt. Denn zur Zeit des Aristoteles konnte man die Dampfmaschine noch nicht ahnen; aber im Zeitalter des Generals von Heeringen kann man jenes Organisationsstreben schon wahrnehmen, das eine Welt erkennen läßt, die die Kavallerie als unentbehrliches Requisit ihres Daseins wird entbehren können. Und just die Maschine, die die Sklaverei beseitigt hat, wird auch die Kavallerie beseitigen mit dem ganzen Komplex der Gewaltinstrumente, die man heute für den Verkehr der Staaten als unentbehrlich betrachtet.

Die entwickelte Technik ist es, die die Welt organisiert, und die vernunftgemäße Erkenntnis dieses natürlichen Organisationsprozesses wird ausreichen, um allmählich den bewaffneten Frieden ganz verschwinden zu machen. Mit ihm seine Werkzeuge: Die Artillerie, die Infanterie und auch die „ewige Kavallerie". Die Technik just ist es, die ja die Kavallerie heute schon fast gänzlich außer Gebrauch gestellt hat. Selbst wenn man mit einem Kriege rechnet, und das wird man einem Berufssoldaten ja nicht übelnehmen können, muß man doch zugeben, daß die Schußwirkung der modernen Waffen jeden Reiterangriff unmöglich macht. Bloch hat es vor einem Jahrzehnt prophezeit und mittlerweile hat ihm die Wirklichkeit im Transvaal und auf den mandschurischen Feldern recht gegeben. Die Kavallerie ist heute ein schöner Aufputz für Manöver im Frieden. Ein wirkungsvolles Attribut

des Kriegssports. Für den Kriegsernst ein Hindernis, eine Ueberflüssigkeit.

Aber ganz abgesehen von der kriegstechnischen Verwendbarkeit der Kavallerie — sie interessiert uns wenig —, welche Weltfremdheit liegt doch in der Prophezeiung ihrer „Ewigkeit". Vierzig Jahre hat man in Europa weder Infanterie noch Kavallerie verwenden können. Die Menschen, die den Krieg in Europa mit eigenen Augen gesehen haben, sterben allmählich aus. Keiner der heute Lebenden wagt es, einen europäischen Krieg nur auszurechnen, geschweige denn in seinen Folgen auszudenken. Keiner wagt es zu behaupten, daß der Krieg für irgendeinen Staat dieses Kontinentes einen Vorteil bringen könnte. Wenn er es aber unbesonnenerweise doch tut, so vermag er den Nachweis nicht zu erbringen, daß der von ihm erhoffte Gewinn in irgendeinem vernünftigen Verhältnis zu dem einzugehenden Risiko steht. Aber dennoch wirkt die Schwerkraft der Gewohnheit. Alle Staaten sind sich klar, daß sie keinen andern mehr überfallen könnten, ohne die Gesamtheit aller andern gegen sich zu haben. Aber die Schwerkraft der Gewohnheit ist so stark, daß sie noch immer nachwirkt. Daß sich noch jeder gegen den Ueberfall zu schützen sucht; daß die Rüstungen noch immer vermehrt werden, trotzdem man weiß, dass sie eine praktische Verwendung gar nicht mehr erlangen können.

Es geht mit den Rüstungen wie mit den Bobsleigs auf schiefer und glatter Bahn. Sie bewegen sich in rasendem Lauf. Immer schneller, immer glatter, das Gleiten fast zum Fluge wandelnd. Aber plötzlich merkt man, daß die Glätte der Bahn nachläßt. Der Widerstand der Reibungen mehrt sich. Die Maschine fliegt zwar noch immer vorwärts, dank ihrer, durch den früheren ungehemmten Lauf erworbenen Schnelligkeit; aber man hört bereits das Krachen und Knirschen der widerstrebenden Bahn. Und wenn der Widerstand erst einmal begonnen hat, dann muß er die Schwerkraft der Maschine überwinden. Sie wird immer langsamer und langsamer gehen, bis sie endlich stehen bleibt.

Und wer ein Ohr für die Zeitereignisse hat, muß dieses Krachen der widerstrebenden Bahn vernehmen.

Früher einmal, in seltenen Zeitabschnitten, kam ein Wort des Protestes aus irgendeinem Parlament zu unserm Ohr. Der es sprach, wurde nicht ernst genommen. Als ein Narr wurde er verlacht. Sein Wort verhallte. Und heute? Es vergeht keine Woche, ohne daß man aus irgendeinem Parlamente einen Protest vernimmt, zum mindesten die Forderung hört, daß ein Anfang vom Ende gemacht werden soll. Ebenso in der Presse wie in den öffentlichen Versammlungen der verschiedensten Körperschaften. Der Protest gegen die Rüstungen ist in Europa in Permanenz erklärt. Auf der schiefen Ebene kracht es und knirscht es. Der Reibungswiderstand mehrt sich, und nach den Gesetzen der Physik, wenn es schon nicht nach den Gesetzen der Vernunft gehen soll, wird sich der rasende Lauf mäßigen müssen.

Was haben wir nicht in den letzten Wochen in Europa und in Amerika gegen die Rüstungen sprechen gehört?

Freilich, die Kriegs- und Marineminister siegten auf der ganzen Linie. Aber Torheit wäre es, zu glauben, daß der Erfolg eines Strebens sich schon am Anfang einstellt statt zum Schlusse. Früher wurde es den Ministern des Heeres und der Marine leicht, ihre Forderungen durchzudrücken. Niemand wußte einen Ausweg und niemand wagte etwas dagegen vorzubringen. Heute erheben sich die Stimmen, sie wachsen bereits zum Chor an, die auf einen Ausweg hinweisen, und die laut und vernehmlich eine internationale Verständigung über die Rüstungen fordern. Man muß nur diese einzelnen Steinchen der Vorgänge sammeln und zusammensetzen. Man wird gar bald die Konturen des großen Mosaikbildes erkennen, das sich da aufbaut. Aus allen Ländern kommt das Verlangen, und der Hinweis der Rüstungsverteidiger auf die bösen andern, wird bald gänzlich abgenutzt sein.

Man überdenke nur das Ereignis vom 23. Februar dieses Jahres Die Zeitungen haben wohl kein Ereignis daraus gemacht. Aber es war eins. An diesem Tage wurde gleichzeitig in den Parlamenten Deutschlands, Frankreichs, Oesterreichs und Großbritanniens über das Rüstungsproblem gesprochen, wurden Initiativen zur Verständigung verlangt. In den vier größten Militärländern Europas an einem und demselben Tage. Und in den anderen Ländern hörte man die gleichen Forderungen ein paar Tage früher oder später.

Wir fügen unten diese Mosaiksteinchen zusammen, notieren die Forderungen und die Vorschläge der Abgeordneten, die zur Vernunft mahnten und Friedenstaten verlangten. Der Hinweis auf „die andern" wird bei solchen Zusammentreffen ganz hin-

fällig. Auch „die Andern“ wollen nicht mehr.

Das muß doch zu denken geben. Es muß zuversichtlich machen. Eines Tages muß die Stimme der Völker Erhörung finden. Es wird zu einem gemeinsamen Schritt der Regierungen kommen müssen. Und dieser Schritt wird scheitern, weil er ohne Liebe unternommen werden wird, und mächtige Kräfte gegen sich haben muß. Aber man wird weiterdrängen, und man wird sich zu neuen Schritten bequemen müssen und. die „Ewigkeit der Kavallerie“ wird doch ins Wanken kommen. Mit ihr der Geist, der sie für eine ewige Einrichtung hält und der an sie glaubt.

Wenn man sich den Spaß macht und die Einwände der Regierungen gegen die zunehmenden Rüstungslasten zusammenstellt, so traut man seinen Augen nicht, wenn man sieht, welche fadenscheinigen Gründe allerorts gegen eine der wichtigsten Forderungen der Menschheit vorgeführt werden. Zunächst: nicht ein einziger neuer Einwand. Die Geistesrichtung, die täglich neue Gewehre und Kanonen erfindet, täglich neue Schiffsmaschinen konstruiert, vermag nicht einen einzigen neuen Vorwand für die Erhärtung ihrer Daseinsberechtigung zu erfinden. An sich schon ein Zeichen des Niederganges.

Alle Einwände drehen sich immer um die gleiche Walze. 1. „Die andern“. 2. Die „Produktivität“ der Rüstungen. 3. Die Armee als „Volkshochschule“. 4. Die Marine als „Handelsagentur“. 5. Als Schutz der Nationalen im Auslande. 6. Die Kriegsstärke zur Förderung der Bündnisfähigkeit. 7. Die Unmöglichkeit zur Findung einer Formel der Abrüstung. 8. Die Versicherungsprämie für die nationale Sicherheit. 9. Ein Krieg würde noch teurer kommen als die Rüstungen. 10. Das Volk gibt für Genußmittel noch mehr aus als für die Rüstungen.

Das ist der Dekalog der Rüstungsapostel. Damit glauben sie die wahren Gründe unsichtbar machen zu können, trotzdem alle diese Einwände schon hundertemal widerlegt sind. Trotzdem für überwundene Institutionen, die heute als Narrheit und Verbrechen der Menschheit angesehen werden, so zur Verteidigung der Sklaverei und der Leibeigenschaft, der Inquisition und Hexenverfolgung, des Merkantilsystems und der Kleinstaaterei, ebenso fadenscheinige Argumente vorgebracht worden, ohne daß sich die Entwicklung irgendwie dadurch hätte aufhalten lassen.

In Wahrheit sind die Gründe für das unentwegte Fortrüsten nur in dem Gesetz der Trägheit zu suchen, das auch die Geisteswelt beherrscht, in dem Laster der Routine, ferner in dem Interesse, das einzelne Kreise an der Erhaltung und Entwicklung der Institution heute noch besitzen.

Aber alle Einrichtungen, die einmal bestanden haben und heute für „ewig“ abgeschafft sind, wurden durch die Routine und das Interesse gestützt. Doch diese Stützen halten nur bis zu einem gewissen Punkt. Dann schlägt das Interesse in das Gegenteil um, und die Routine wird von dem Fortschrittsgeist überwunden, der ebenso ein Naturgesetz ist wie die Trägheit.

Deshalb: Mit der „Ewigkeit der Kavallerie“ ist es schlecht bestellt. Die moderne Menschheit hat andere Ziele und sehnt sich nach anderen Ewigkeitswerten. A. H. F.

Das Mittel gegen den bewaffneten Frieden.

Von Baron d'Estournelles de Constant,
Senator des Departements Sarthe.

Autorisierte Uebersetzung.

Das Mittel gegen den bewaffneten Frieden? Der deutsche Kaiser hat es einst gefunden, und man braucht es nur anzuwenden. Es ist der Ersatz der europäischen Anarchie durch die europäische Union; die durch die deutsch-französische Wiederaussöhnung gekittete europäische Union.

Welch hohnvoller Widerspruch ist es, daß man von diesem Mittel nur zu einer Zeit gesprochen hat, wo es unausführbar erschien, während man heute, wo es weniger fern zu liegen scheint, jetzt wo die Tatsachen sprechen und nicht nur die Worte, nichts mehr darüber sagt. Die Regierungen haben nur mehr zu der Vermehrung ihrer Rüstungen Vertrauen, während ihnen die Erfahrung der letzten Jahre doch den Fortschritt einer Organisation des Friedens beweist. Aber sie verzweifeln gerade in dem Augenblicke, wo sie zu hoffen beginnen sollten.

Unempfänglich für die ungeheure Unpopularität, die sie bei den Massen gegen sich anhäufen, schmeicheln sie sich, es als eine patriotische Doktrin hinzunehmen, daß ein moderner Staat um so stärker sei, je mehr er sich durch unproduktive Ausgaben ruiniert, behaupten sie, daß er um so mehr beachtet werden wird, je mehr er seine natürlichen Hilfsquellen vernachlässigt, und versichern sie, daß er dem doppelten Ansturm des äußeren Wettbewerbes und der inneren Revolutionen um so mehr widerstehen wird, je mehr Menschen und Kapitalien im Hinblick auf einen Krieg, den niemand will, zur Unbeweglichkeit verdammt. Sie tragen den neuen Geschehnissen nicht Rechnung, die die Welt mit

dem Lichte der Tatsachen erhellen, deren Tragweite von der öffentlichen Meinung schon vollständig erfaßt wird. Diese neuen Geschehnisse haben auf politischem Gebiete die internationalen Beziehungen ebenso grundlegend umgewandelt, wie Dampf, Elektrizität und Flugtechnik sie auf wirtschaftlichem Gebiete verwandelten. Zweimal in zehn Jahren hat eine internationale, nachmals universelle Friedenskonferenz die Vertreter aller Staaten vereinigt. Diese Konferenz hätte scheitern sollen; dennoch hat sie — beide Male — zu nützlichen und bereits bewährten Ahmachungen geführt. Der Haager Hof ist geschaffen worden; er hat funktioniert zur Befriedigung aller. Und er funktioniert immer häufiger zum Vorteile der großen Staaten wie der kleinen. England und Rußland, den Vereinigten Staaten, Mexiko, Japan, Frankreich und Deutschland ermöglichte er es, ernste Konflikte rechtlich und friedlich beizulegen.

Diese Erfahrung weniger Jahre, die schon kostbar ist durch die vielleicht ersparten Katastrophen, hat noch größeren Wert als Beweis dessen, was sie für die Zukunft verheißt. Denn heute ist es bewiesen, daß die großen Militärmächte den Krieg vermeiden können, wenn sie es wollen. Der Casablanca-Schiedsfall hat nach keiner Seite zu irgend einem Protest Veranlassung gegeben, während der Krieg nur Ruinen, Haß und neue Lasten hinter sich gelassen hätte.

Ein jeder dieser wohltätigen Beweise zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit hätte in jedem Lande, in jeder Schule, in jeder Familie gezählt werden müssen als eine erreichte Etappe auf dem Wege zu der von der Menschheit mit allen Fasern ersehnten abschließenden Organisation. Aber gerade umgekehrt; in dem Maße, als sich die Nebel des Horizontes verflüchtigten, verflog das Interesse für das Ziel. Die Regierungen sind Zeugen, wie ein neuer Glaube, eine endlich gerechtfertigte Hoffnung in den Massen erwacht, und tragen diesem Erwachen nicht Rechnung. Was erwarten sie davon, wenn sie die letzten bei diesem Erwachen sein werden?

Sie warten bis die deutsch-französische Wiederaussöhnung, von der alles übrige abhängt, eine Tatsache geworden sein wird, lehnen es aber gleichzeitig ab, an die Möglichkeit eines derartigen Wunders zu glauben. Sie zucken die Achseln und enthalten sich jeder anderen Geste, die sie kompromittieren könnte. Sie gehen auf in ihren täglichen Obliegenheiten und vernachlässigen das vitalste Problem, das, wovon die ganze Welt, einschließlich Deutschland und Frankreich, die Möglichkeit des Aufatmens erwartet.

Wie immer, bezahlt Elsaß-Lothringen diese doppelte Ohnmacht. Beklagt es sich, so ziehen ihm seine Proteste von der einen Seite Sympathiebeweise, von der anderen strenge Maßnahmen zu, und der geringste Zwischenfall erweckt Argwohn zu seinem Nachteil. Selbst die Flugtechnik, die die Menschheit überall unter einem der Grenzen entbehrenden Himmel mit der gleichen Begeisterung hätte begrüßen sollen, selbst diese herrliche Erfindung hat zwischen Berlin und Paris nur Reizbarkeit verursacht.

All dieses kann nicht lange mehr andauern. Auch die Verblendung hat ihre Grenzen, und in Ermangelung der Regierungen wird die Privatinitiative, hier wie anderswo, es wagen müssen, die Untersuchung über das Problem der deutsch-französischen Annäherung, jene Bedingung des Weltfriedens, auf die Tagesordnung zu setzen.

* * *

Das, was ich darüber auf dem Herzen hatte, habe ich in Berlin gesagt und veröffentlicht. Ich habe gesagt, daß zwischen Deutschland und Frankreich die Revanche ebensowenig zu wünschen wäre als das Vergessen. Die Revanche wäre keine Lösung, das Vergessen wäre weder möglich noch andauernd, da die Klage eines einzigen Gewissens genügen würde, es weichen zu lassen. Gibt es denn aber zwischen diesen beiden absoluten Situationen keinen Ausweg; müssen wir uns auf beiden Seiten damit zufrieden geben, nichts zu hoffen und nichts zu tun? Das ist es, was mir gerade unzulässig erscheint.

Nach dem Kriege drängte sich das Schweigen auf. Aber heute können die beiden großen Völker, die allein durch die Fehler ihrer Regierungen und keineswegs aus Haß gegeneinander losgingen, nicht so Seite an Seite und dennoch aufs tiefste getrennt weiter fort leben. Sie können nicht an dem unaufhörlichen Fortschritt der Welt teilnehmen, und durch gegenseitigen Argwohn wie durch die Last einer ruinierenden Verteidigung gelähmt, sich gegenseitig hemmen. Sie berauben sich so alle beide der Vorteile, die ihnen ihre überlegene Kultur auf dem Weltmarkt sichern würde, und beschränken sich, einer Bewegung zu folgen, die sie führen sollten. Das kann so nicht fortgehen.

Jedes Land macht für sich die Bilanz seiner Interessen, die Bilanz der inneren und äußeren Gefahren, die es bedrohen, und, wenn dies getan ist, sagt sich jeder für sich: „Wie schade, daß wir uns nicht verständigen können! Welcher Verlust für uns und für die Zivilisation.“ Dies ist der Geisteszustand aller jener in Deutschland und Frankreich, die denken. Und allein diese zählen. Die andern folgen oder werden folgen. Aber doch ist dieser Geisteszustand schon ein Fortschritt; ein Fortschritt, der zwar wenig in die Augen fällt, von dem die Regierungen nicht Notiz nehmen können, und den die Skeptiker ignorieren oder bestreiten mögen, aber er ist immerhin ein großer Fortschritt, der Beginn der gegenseitigen Gewissensprüfung, die dem Schlußakkord vorangehen muß. Er ist das Präludium. Jeder Teil empfindet, daß ihm dieser Akkord nötig ist; dem einen so wie dem andern. Vielleicht sogar Deutschland noch nötiger als Frankreich. Denn Frankreich, das heute entschlossen friedlich ist, beruhigt die Welt; es trägt wirksam zu dem allgemeinen Fortschritt und zu der Organisation

des Friedens bei, und die Gesamtheit der Völker hat demnach ein Interesse an seiner Erhaltung, die ein Element und eine Garantie des Gedeihens aller geworden ist. Während Deutschland, so friedlich sicherlich der Kaiser und seine Regierung und die große Mehrheit des deutschen Volkes auch sind, nichtsdestoweniger als der moderne Brennpunkt, als die höhere Schule des Militarismus erscheint, jenes Militarismus, der nicht nur als ein Ruin, sondern auch als eine ständige Gefahr von jederman angesehen wird. Eine Gefahr, der der Regierungswille heute vorzubeugen vermag, die aber morgen durch eine Aufrüttelung, durch einen Irrtum entfacht werden kann. So würde eine Niederlage Frankreichs heute in der ganzen Welt als eine Schädigung des Friedens und infolgedesssen der allgemeinen Sicherheit angesehen werden, während ein Sieg Deutschlands den Triumph, die Weihe des Militarismus bedeuten würde.

Trifft dies zu, so können wir mit anderen Worten sagen, daß Deutschland ein großes Interesse daran hat, seinerseits die Welt zu beruhigen einschließlich seiner eigenen Bevölkerung, die, wie die unsrige weiß, was ein Krieg kostet, und die ebenfalls die Sicherheit des kommenden Tages fordert.

Die Franzosen wissen noch besser als die Deutschen vielleicht, daß sie bei einem Kriege, selbst wenn er siegreich wäre, alles zu verlieren und nichts zu gewinnen haben. Frankreich würde dabei den Vorteil einer aktiven Politik der Beruhigung verlieren, dessen eindrucksvolles und ansteckendes Beispiel es seit vierzig Jahren gegeben hat. Und auch die Deutschen täten Unrecht, sich ihrerseits einer Täuschung hinzugeben. Ich spreche hier ohne Leidenschaft in ihrem Interesse wie im Interesse Aller. Wohl oder übel würde die ganze Welt eine Koalition ihrem Ehrgeiz entgegenstellen, die noch imposanter sein würde, als jene, deren Führung im Jahre 1878 Fürst Bismarck übernommen hat, um die siegreichen Russen bei San Stefano aufzuhalten. Das wäre aber noch nicht alles; dieser unnütze Krieg, der keine andere Wirkung zeitigen würde als den Ruin eines jeden Beteiligten und eine Belästigung aller anderen, würde in den beiden Ländern, die heute aufgeklärter sind als vor 40 Jahren, innere Revolutionen und unberechenbare Wirren hervorrufen.

In Frankreich wäre die Republik von einer cäsaristischen Reaktion bedroht, und würde in Deutschland die Monarchie einer Revolution im umgekehrten Sinn entgehen?

Derjenige, der es daher wagen würde, den Krieg zwischen Frankreich und Deutschland anzufachen, könnte nur ein Verbrecher oder ein Narr sein.

Man wird einwenden, daß Frankreich mit fortgerissen werden könnte. Das ist ein Irrtum. Die französische auswärtige Politik ist nicht die Politik einer Regierung, sondern die Politik des Landes. Sie ist unsere Nationalpolitik. Das ist der große Wandel, der sich vollzogen hat, den übrigens unsere Regierung selbst offen zugibt. Diese Politik findet ihren Ausdruck und ihre Zukunft in den Haager Konventionen für die friedliche Beilegung internationaler Konflikte. Sie enthält keinerlei Rechtsverzicht, gestattet ihn nicht; aber sie gestattet ebensowenig die Lösungen der Gewalt. Sie begünstigt die Allianzen, die Uebereinkommen, die herzlichen Ententen, aber sie will, sogar den machiavellistischsten und den geheimsten Verträgen zum Trotz, die die Regierungen schließen könnten, daß ihre Uebereinkommen gegen niemand gerichtet seien und daß niemand sie mit sich fortreiße.

Wollte man annehmen, daß die deutsche Regierung beharrlich dieses Sicherheitsbedürfnis verkennt, müßte man glauben, daß sie gegen sich selbst und im Interesse des Sozialismus und der Arnachie arbeitet; denn niemand bestreitet heute, daß der Sozialismus indirekt eine der Folgen des Militarismus ist. In keinem Kulturlande mehr geben sich die Menschen der traditionellen Anschauung vom unvermeidlichen und fruchtbaren Kriege hin; überall beginnt man zu begreifen, daß die meisten Kriege ihren Ursprung im persönlichem oder dynastischen Ehrgeiz oder einfach in der Unwissenheit, im Irrtum, in der Routine oder auch in der Furcht vor Reformen hatten. Man fängt an, sich darüber klar zu werden, daß die Regierungen den Völkern früher einen Krieg wie ein Abführmittel oder einen Aderlaß verordneten, um sie zu beruhigen und ihre Forderungen abzulenken. Aber diese Zeit ist vorbei, glücklicherweise vorbei, und ich bin stolz darauf, nach Maßgabe meiner Kräfte dazu beigetragen zu haben, sie den Flüchen der Völker zu überantworten. Diese Zeit ist vorbei aus Gründen, die fortdauern und die sich mit größter Klarheit und Kraft fortab täglich verstärken werden. Es ist nicht bloß das Empfinden, das hier einen Wandel fordert, es ist das von allen verstandene und erkannte Interesse. Und deshalb sieht man jetzt die öffentliche Meinung allenthalben klar unterscheiden zwischen den Eroberungskriegen, die man nicht mehr will, und dem Widerstand gegen Eroberungskriege, jenem Widerstand, den jeder vorbereitet, der sich organisiert, und der schon von der Schule ab im Interesse des Vaterlandes, im Interesse der Freiheit, im Interesse des Rechts organisiert werden muß.

Mit der Sicherheit eines Zeugen, der mehr der gewissenhaften Prüfung der Volksempfindungen und Volksinteressen glaubt als den Regierungserklärungen, behaupte ich nun, daß, abgesehen von einer sehr geringen Zahl sonst übrigens uninteressierter und ehrenwerter Franzosen, solcherart wie Paul Déroulède, die Politik der Revanche und des Krieges unter unserer arbeitsamen Bevölkerung niemand für sich hat und selbst nicht unter jenen, die sich, wie ich selbst und all die Meinigen, als die ersten töten lassen würden, wenn die deutsche Armee Frankreich aus irgend einem Grunde angreifen würde. Ich behaupte ferner, daß keine Regierung Frankreich wird veranlassen können, Deutschland anzugreifen, denn das Volk

hat begriffen, daß die Eroberung im letzten Grunde immer gegen es gerichtet ist, ob sie von seinem eigenen Lande oder dem des Nachbarn ausgehe.

Begünstigt durch diese äußere nationale Politik, die, den wiederholten Prüfungen der entgegengesetzten Politik folgend, nach vierzigjährigen Anstrengungen und Opfern ihre Formen erkennen läßt, beginnt Frankreich heute seine innere nationale Politik zu begreifen und zu präzisieren. Hier versagt selbst bei unseren auswärtigen Freunden das Verständnis. Sie werden betäubt durch die Polemik unserer Presse, durch die Erregtheit unserer parlamentarischen Diskussionen und sie bilden sich ein, daß all dieser Lärm uns an der Arbeit hindert, während er uns sehr häufig gerade dazu anregt. Der Beweis liegt in unserem stets wachsenden Reichtum, jener Frucht einer unermüdlichen Arbeit. Diese Arbeit beginnt sich zu organisieren, indem sie die Hilfsquellen unseres Bodens, unseres Klimas, unserer wenig zahlreichen aber umso rührigeren und tätigeren Bewohnerschaft zur Ausbeutung bringt. Unser wirtschaftliches, landwirtschaftliches, industrielles, kommerzielles, geistiges und — was man auch darüber sagen mag — moralisches Aktionsprogamm wird entworfen und befestigt sich. Es läßt sich in folgende wenige Worte zusammenfassen: Die durch die guten internationalen Beziehungen begünstigte nationale Wohlfahrt; pro patria per orbis concordiam.

Man hört nur von unseren Streiks sprechen, nur von unseren sozialen und anderen Krisen und unsere eigenen Zeitungen schreien jeden Morgen: Finis Galliae! Aber auch Deutschland hat seine Streiks und wir werden durch solche keineswegs in der friedlichen Entwicklung gehindert. Diese Politik hat solche Ergebnisse gezeitigt, daß wir der Zukunft mit weniger Beunruhigung entgegenblicken können als unsere Nachbarn; wir können vielleicht besser als sie die Ereignisse abwarten. Ein gutes Drittel der Franzosen besteht aus Grundbesitzern, die beiden anderen streben dahin, es zu werden. Das ist eine Garantie der Ordnung und des Fortschrittes, um die viele Länder, die scheinbar weniger lärmsüchtig, in Wirklichkeit aber doch bewegter sind als unser Land, uns beneiden können.

Wenn man arbeitet, denkt man, lernt man, tauscht man mit den Nachbarn seine Anschauungen aus, vergleicht man seine Beobachtungen, seine Erfahrungen, und allmählich muß die friedliche Politik, nachdem sie sich akklimatisiert hat, in einem Lande, das als eines der kriegerischsten der Welt galt, nachdem sie angedauert, nachdem sie ihre Vorteile erhöht hat, auch auf die anderen Länder übergehen, und alsdann beginnen die Fragen in der Betätigung der öffentlichen Meinung sich von selbst aufzuwerfen.

Wenn man in Deutschland auch sagen mag: „Es gibt keine elsaß-lothringische Frage", wie man in Frankreich sagte: „Es gibt keine Douglas-Affäre", verhehlen sich die freien Geister die Wahrheit nicht. Sie stellen fest, daß Elsaß-Lothringen die unüberschreitbare Mauer geblieben ist, die die beiden Länder trennt, während es könnte, sollte und wünschte, zwischen ihnen das Bindeglied zu sein. Diese Tatsache ist stärker als alle offiziellen Erklärungen, die dadurch nur zu unwirksamem Popanz herabgesetzt werden. Und niemand in der Welt vermag daher das Denken, die Energie, den guten Willen zu hindern, sich an die Stelle der Halsstarrigkeit und der Irrtümer der Regierungen zu setzen. An dem Tage, wo das französische und das deutsche Denken sich miteinander vereinigen werden, um gemeinsam die Lösung des Problems zu suchen, wird es wenig Einfluß haben, daß man es früher als unlösbar bezeichnet hat. Die Tatsache allein, daß man sich in beiden Ländern, wenn auch nicht offiziell, so doch moralisch damit befaßt, wird schon einen großen Fortschritt bedeuten. Und es gibt keine Macht auf der Welt, die es verhindern kann, daß dieses Problem sich aufrollt (de se poser et de s'imposer), genau wie sich durch die einfache und unwiderstehliche Gewalt der Dinge das Problem eines Schiedshofes aufrollte, über das man lachte, wie das Problem der Rüstungsbeschränkung sich aufrollt, obwohl man so tut, als ob man sich darüber entrüste.

Für den Fall, daß einmal zwischen den beiden Ländern die Diskussion von Gewissen zu Gewissen, wo nicht von Regieruug zu Regierung, eröffnet sein wird, sehe ich die Gefahren, die darin liegen, ganz klar, aber diese beunruhigen mich weniger als die Doppelsinnigkeiten des Schweigens.

Von beiden Seiten werden Forderungen, werden Unduldsamkeiten vorgebracht werden; das versteht sich von selbst. So beginnen alle Vereinbarungen, alle Wiederversöhnungen. Ich berücksichtige wohl die Stellung der Regierungen und glaube, daß sie die gegenseitigen ehrenvollen und annehmbaren Konzessionen, die man sich, um zum Ziele zu gelangen, wird machen müssen, im gegenwärtigen Augenblick nicht ins Auge fassen wollen, es auch nicht können. Jeder Vorschlag, der nicht durch die Mühe einer Untersuchung und vorhergehenden Erörterung seitens der öffentlichen Meinung herangereift sein wird, wird unfruchtbar sein und wird nur die Proteste der absoluten Geister hervorrufen. Was aber, meiner Ansicht nach, nicht zweifelhaft ist, das ist, daß es für die beiden Länder, wie für Elsaß-Lothringen selbst Zeit ist, alle ihre Hilfsquellen an Patriotismus und Vernunft in Bewegung zu setzen, um damit auf vernünftige und billige Weise zu einem Ende zu kommen, und um nicht die Ueberzeugung zu befestigen, daß allein die sozialistische Gleichmachung uns das Mittel wird verschaffen können, das der Bourgeoisie verloren geht.

All das ist entscheidend, weil die elsaß-lothringische Frage mit all den anderen Fragen zusammenhängt, namentlich mit der der Rüstungen, und weil man diese anderen Fragen eine Zeit lang eskamotieren aber nicht beseitigen kann.

Die aufschiebenden Mittel sind heute nur Auskunftsmitel sehr durchsichtiger Art. Ein Kind begreift, daß die Deutschen und die Franzosen, wenn sie sich nicht schlagen und wenn sie sich nicht zugrunde richten wollen, sich verständigen müssen. Und sie werden sich verständigen. Ein Kind wird aber auch begreifen, daß je mehr sie mit der Verständigung zögern, um so teurer sie ihnen zu stehen kommen wird. Und wenn bei dem allgemeinen Fortschritte der Ideen und des gesunden Menschenverstandes die Regierungen die einzigen sind, die sich nicht überzeugen lassen, um so schlimmer für sie. An Anregungen hat es ihnen nicht gefehlt.

Ihre unproduktiven Ausgaben und ihre Widerstände gegenüber den sozialen Forderungen werden nicht anstößiger aber ungeheuerlich erscheinen. Sie werden darüber Rechenschaft geben müssen!

Die Völker werden fragen: „Was habt ihr mit diesen Milliarden gemacht, die unsere Schuld bilden und deren Zinsen unsere Kinder bis in die Unendlichkeit werden zahlen müssen? Vergeblich werden die Regierungen auf ihre Armaden von Dreadnoughts hinweisen, die ihre Militärhäfen füllen, vergeblich werden sie gleichzeitig die Unterseeboote, Torpedos, die Aeroplane zeigen, die dazu bestimmt sind, jene Dreadnoughts, die übrigens sofort, nachdem sie errichtet, veraltet sind, außer Wert zu setzen. Die Völker werden nicht müde werden und die Lösung ist nicht zweifelhaft. Die Regierungen werden gezwungen werden, dort aufzuhören, wo wir von ihnen verlangt haben, zu beginnen. Ihr Irrtum wird nur 50 Milliarden in 25 Jahren gekostet haben! Allein für Europa! Fünfzig Milliarden, die zu nichts genützt haben werden, und die ausgereicht hätten, die Welt, Afrika, Asien, umzuwandeln.

Vor allem als Mann der Ordnung habe ich es mit meinen Freunden versucht, die Regierungen zu warnen; die Frankreichs wie die anderen. Unsere Stimme ist übertönt worden von den Dampfhämmern, die die immer dickeren und doch immer von um so stärkeren Kanonen durchbohrten Panzerplatten schmieden. Alle die Panzerplatten werden unter dem Zornesausbruch der Völker nicht den Widerstand eines Blattes Papier besitzen, das zwei Staatsoberhäupter unterzeichnet haben würden, aber sie werden wenigstens nicht als unerträgliches Gewicht auf der Menschheit lasten. An dem Tage, an dem die Empörung losbrechen wird, wird der Antagonismus der Regierungen nichts mehr sein gegen den anderen Antagonismus, den sie gegen sich selbst bereitet haben werden: den Antagonismus zwischen den Regierungen und den Völkern.

Noch können die Regierungen wählen zwischen der Wiederversöhnung und dem Abgrund. Sie können den Volksanforderungen nicht mehr zuvorkommen, aber ihnen entsprechen können sie. Und für den Souverän, für das Staatsoberhaupt, für den Minister, der eine solche Initiative ergreifen würde, würde diese einen unvergleichlichen Ruhm in der Geschichte bedeuten.

Für unsere Menschenwürde ist es erniedrigend, daß man angesichts einer solchen Alternative noch zögern kann, und daß die Regierungen der beiden großen Länder nicht zwischen dem Gloire und dem Bankerott zu wählen vermögen.

Der Savarkar-Schiedsfall vor dem Haager Hof.

Von Dr. jur. Hans Wehberg (Düsseldorf).

An demselben Tage, an dem das Urteil in der Orinokofrage von dem Haager Hofe verkündigt worden war, am 25. Oktober 1910, hatten England und Frankreich dem Haager Tribunal einen neuen Fall, betreffend die Auslieferung des indischen Revolutionärs Savarkar, übergeben. In mancher Beziehung darf die Führung dieses Prozesses als vorbildlich bezeichnet werden. Zunächst ist die Schnelligkeit seiner Erledigung bemerkenswert; wurde doch das Urteil in weniger als vier Monaten nach dem Abschlusse des Kompromisses verkündet. Das ist bisher in den Fällen, die dem Haager Hofe überwiesen wurden, noch nicht vorgekommen; der mexikanisch-amerikanische Streit hatte immerhin fast 5 Monate, der Casablancastreitfall ein halbes Jahr und die anderen Konflikte ¾ Jahr bis 2¾ Jahre in Anspruch genommen.

Rühmenswert ist ferner die Erledigung der Sprachenfrage. Da Beernaert der englischen Sprache nicht mächtig ist, hatte England einen Agenten bestellt, der sein Plädoyer in französischer Sprache vortrug, so daß diesmal keinerlei Schwierigkeiten wie noch zuletzt in dem Orinokoprozeß entstanden. Hoffentlich werden die Staaten stets bei der Wahl der Agenten auf die Sprachenfrage Rücksicht nehmen.

Bei der Wahl der Richter waren diesmal nicht die subsidiären Bestimmungen des Artikels 45 des Haager Friedensrechtsabkommens angewandt worden, sondern die Parteien hatten alle fünf Richter selbst bestimmt, nämlich Renault, Gram, de Savornin Lohmann, Lord Desart und Beernaert als Vorsitzenden. Außer Desart hatten alle bereits das Amt eines Schiedsrichters vor dem Haager Hofe innegehabt, insbesondere de Savornin Lohmann, der am 11. März sein 50jähriges Doktorjubiläum gefeiert hat, dreimal und Renault zweimal. Gram ist vor allem aus seiner Tätigkeit als Mitglied der großen Fischereischiedsgerichte zu Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts weithin bekannt geworden.

Die Verhandlungen wurden wie im Casablanca- und schwedisch-norwegischen Konflikte nicht öffentlich gestaltet; öffentlich war nur die Eröffnungssitzung vom 14. Februar, die durch Beernaert mit einer bemerkenswerten Ansprache eröffnet wurde, und an der zahlreiche Diplomaten teilnahmen. Daß außer-

dem die Sitzung, in der das Urteil verkündet wurde, öffentlich war, ergibt sich aus der Bestimmung des Artikels 80 des Friedensrechtsabkommens, die nur durch Parteivereinbarung im Kompromiß modifiziert werden kann. Am 16. und 17. Februar sprachen sowohl der französische Agent Weiß — der bereits Agent Frankreichs im Casablancastreitfalle gewesen war — wie der englische Agent Crowe, Mitglied der zweiten Haager Friedenskonferenz und der Londoner Konferenz, je eine Stunde. Darauf wurde die Sitzung bis zur Verkündigung des Urteils sine die vertagt.

Das am 24. Februar verkündete Urteil des Savarkarschiedsgerichts wird gewiß, namentlich in Frankreich und Holland sehr überraschen; war doch hier in der Presse mit allem Eifer darauf hingewiesen worden, es sei ganz sicher, daß England zur Auslieferung Savarkars verurteilt würde. Die Verhandlung hat eine bedeutsame Klärung der Sachlage gegeben, und es ist sicher, daß die sozialistische Presse Frankreichs die Sachlage — zweifellos in gutem Glauben — in ein ganz schiefes Licht gesetzt hatte. Namentlich der Redakteur der „Humanité", Jean Longuet, hatte sich der Sache Savarkars mit aller Begeisterung angenommen. Er hatte auch dem Haager Schiedsgericht eine Denkschrift überreichen wollen, deren Annahme der Gerichtshof aber abgelehnt hatte. Die Verhandlung hat folgenden Tatbestand ergeben.

Am 29. Juni 1910 hat der Londoner Polizeichef die Pariser Behörde benachrichtigt, Savarkar würde auf dem Schiffe „Morea" nach Indien gebracht werden, und der Dampfer werde in Marseille am 7. oder 8. Juli anhalten. Gleichzeitig erfuhr die Pariser Polizeibehörde, daß Savarkar bei dieser Gelegenheit durch einige revolutionäre Hindus befreit werden sollte; der Pariser Polizeichef forderte darum die Marseiller Polizei zu energischen Gegenmaßregeln auf, um jeden derartigen Versuch zu vereiteln.

Am 7. Juli morgens gegen ½7 Uhr sprang Savarkar nach der Landung des Schiffes in Marseille ins Meer und schwamm ans Land. Hier wurde er aber bereits nach 500 Metern von einem französischen Gendarmen festgehalten, der ihn für einen entlaufenen Matrosen hielt. Sofort wurde Savarkar von dem Gendarmen und drei Leuten des Schiffes „Morea", die seine Verfolgung unmittelbar aufgenommen hatten, wieder auf das Schiff gebracht, das zwei Tage später den Hafen verließ.

Das Schiedsgericht hat für festgestellt erachtet, daß die englischen Wärter sich nicht durch List oder Gewalt in Besitz Savarkars gesetzt haben, und daß in der Tatsache der Festhaltung und der Führung Savarkars nach Indien keine Verletzung der Souveränität Frankreichs zu erblicken ist, da alle Personen in gutem Glauben gehandelt haben, zumal auch die Behörde des Schiffes „Morea" davon in Kenntnis gesetzt worden sei, daß die Marseiller Polizei den Befreiungsversuch der Hindus verhindern werde, und daher um so mehr glauben konnte, der Gendarm habe im Auftrage seiner Vorgesetzten gehandelt. Es komme noch hinzu, daß auch die Handlungsweise des Gendarmen, der sicherlich nur irrtümlich gehandelt habe, von der Polizeibehörde in Marseille vor der Abfahrt der „Morea" nicht mißbilligt worden sei und dadurch die englischen Behörden nur in ihrem guten Glauben bestärkt worden seien.

Zum Schlusse betont das Urteil — und hier liegt der Kernpunkt der ganzen Frage — es gäbe keinen Satz des internationalen Rechts, wonach eine Macht, die „unter den Umständen des gegenwärtigen Falles" (das Schiedsgericht hat sich außerordentlich vorsichtig ausgdrückt) einen Gefangenen in Händen habe, zu deren Auslieferung verpflichtet sei, nur weil er infolge eines Versehens eines fremden Gendarmen ausgeliefert worden sei.

Aus diesen Gründen hat das Schiedsgericht erklärt, „daß die Kgl. britische Regierung nicht verpflichtet sei, den genannten Vinayak Damodar Savarkar der französischen Regierung wieder auszuliefern."

Nicht jeder wird wohl die Entscheidung des Schiedsgerichts unterschreiben. Meiner Ueberzeugung nach muß man im internationalen Auslieferungsrechte die auf Auslieferung einer Person gerichtete Willenserklärung anfechten dürfen. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Urteil von den Schiedsrichtern in bester Ueberzeugung gefällt ist, und daß auch die Gegengründe einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden sind. Es handelt sich um ein so hervorragend besetztes Schiedsgericht, daß man sich vor diesem Urteil als vor einer Autorität beugen darf. Das wird man in diesem Falle um so mehr müssen, als gewiß die Sozialisten Frankreichs versuchen werden, das Urteil für irrtümlich zu erklären. Aber dem kann nur entgegengehalten werden, daß niemand, der den Verhandlungen des Haager Hofes, die geheim waren, beigewohnt hat, sich ein reifes Urteil über die gesamte Prozeßlage zu bilden imstande ist.

Es ist hochbedeutsam, daß aus dem Urteile nicht ersichtlich ist, ob es einstimmig gefällt wurde. Bekanntlich hatte man in dem mexikanisch-englischen und dem Venezuelaprozesse die Einstimmigkeit des Schiedsgerichts besonders hervorgehoben. Nach den Erfahrungen des Prozesses mit Japan sah aber bereits das Maskatschiedsgericht, obwohl es sein Urteil einstimmig gefällt hatte, davon ab, diese Tatsache besonders im Urteile hervorzuheben, weil sonst aus dem Fehlen einer solchen Bemerkung in einem späteren Urteile leicht der Eindruck erweckt würde, es sei eine Einstimmigkeit nicht zu erzielen gewesen. Die trefflichen Früchte dieser damaligen — wohl von Lammasch angeregten — Fortlassung

zeigen sich heute. Wäre das Savarkarurteil nicht einstimmig gefällt worden und wäre diese Nichteinstimmigkeit bekannt geworden, so würde man es in höchstem Maße angefochten haben. Darum ist die Fortlassung jener Bemerkung bezüglich der Einstimmigkeit des Urteils genau so wichtig wie das Verbot des Vermerks der Verweigerung der Zustimmung zum Urteile. Möge das Beispiel von Männern wie Cockburn und Drago, die im Alabama- bezüglich im Neufundlandprozesse die Verweigerung der Zustimmung im Urteile vermerkten und dabei dem Tadel der ganzen Welt anheimfielen, für immer abschreckend wirken.

Das Savarkarschiedsgerichtsurteil ist nicht das neunte, sondern das zehnte Urteil des Haager Hofes. Ganz irrtümlich rechnet man vielfach das Urteil Assers in dem Streite zwischen Rußland und Nordamerika wegen der Schiffswegnahme im Behringmeere nicht hierher. Aber das vermag ich nicht einzusehen, und man könnte mit demselben Rechte den Prozeß bezüglich des schwedisch-norwegischen Seegrenzkonfliktes und denjenigen zwischen Rußland und der Türkei wegen der Zahlung von Verzugszinsen nicht hierher rechnen. In allen diesen Fällen hat doch das Haager Bureau seine Geschäftsräume den Vertragsmächten gemäß Artikel 47 des Haager Friedensrechtsabkommens zur Verfügung gestellt. Auch de Melville und Stead rechnen den ersten Fall hierher.

Möge dem zehnten Urteile des Haager Hofes bald das zwanzigste folgen, mögen immer so hervorragende Richter wie bisher urteilen und immer so tüchtige Rechtsanwälte wie bisher die Sachlage aufklären und instruieren. An der immer größeren Zuweisung von Streitfällen und an immer segensvollerer Arbeit zum Wohle des internationalen Völkerlebens wird es dem Schiedsgerichte dann sicher nicht fehlen.

Die Opposition gegen die Rüstungen in den europäischen Parlamenten.

In den letzten Wochen hatten sich die meisten europäischen Parlamente mit neuen Heeres- und Marinevorlagen zu befassen. Dabei kam natürlich die Opposition zu Wort und die Anregungen und Forderungen, daß man endlich zu einem Stillstand auf dem Wege einer internationalen Vereinbarung komme, mehrten sich in auffallender Weise.

Wir wollen hier nur kurz die Vorgänge registrieren.

Deutscher Reichstag. Sitzung vom 23. Februar. Beratung der Heeresvorlage.

Abg. Speck (Centrum): „Wir wünschen eine Verständigung auf dem Gebiete der Rüstungen. Sie müssen endlich Maß und Ziel bekommen! Leider ist noch wenig zu hoffen, aber die Nation, die als erste Praktisches in diesem Sinne erreichen würde, würde sich ein unvergängliches kulturelles Verdienst erwerben."

Abg. Stücklen (Soz.): „Jetzt wäre der geeignetste Moment gewesen, die Abrüstungsfrage einmal ernstlich zu erwägen. Statt dessen bringt man, ohne daß der Friede gefährdet ist, eine neue Vorlage."

Abg. Dr. Wiemer (Fortschrittliche Volkspartei): „Allerdings fordern wir auch im deutschen Reichstage eine ernsthafte Erörterung des wichtigen Abrüstungsprinzips, über das man nicht mit einer leichten Handbewegung hinweggehen kann. In der Kommission hat man erklärt, daß ausschlaggebend immer nur das scharfe Schwert sein wird. Von welcher Seite das gesagt wurde, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. Demgegenüber müssen wir betonen, daß das Problem mit derartigen Argumenten nicht zu lösen ist. Wir können uns nicht vor der Tatsache verschließen, daß die Rüstungslasten immer drückender werden. Es kann die Frage entstehen, ob wir unseren wirtschaftlichen Wettbewerb angesichts so schwerer Militärlasten überhaupt aufrecht erhalten können, und ob wir imstande sind, die sozialpolitischen Aufgaben zu erfüllen, denen wir die höchste Bedeutung beimessen. Wir halten die Abrüstungsfrage für eine Kulturaufgabe ersten Ranges, eine Arbeit, des Schweißes der Edelsten wert. Wenn es gelingt, durch verständige Vereinbarungen dem Anwachsen der Rüstungen ein Ende zu machen, so wäre das sehr zu begrüßen. Natürlich kann nicht durch Mehrheitsbeschluß von Konferenzen das Maß der Militärlasten festgesetzt werden. Aber wir können uns sehr wohl denken, daß mit Zustimmuug des Reiches Vereinbarungen getroffen werden, die dem fortgesetzten Anwachsen der militärischen Rüstungen ein Ziel bieten. Deshalb halten wir es für falsch, wenn von deutscher Seite die Anregungen zur Erörterung der Abrüstungsfrage einfach abgelehnt werden. (Sehr richtig! links.) Wir wünschen, wenn derartige Anregungen wieder kommen sollten, daß die deutsche Regierung sich das wohl überlegen und nicht mit einem kühlen Lächeln abweisen sollte."

Abg. Gothein (Vpt.): Der Kriegsminister hat hier erklärt, daß die Gesamtkosten für Heer und Flotte in Deutschland nur 15,2 v. H. betragen, so daß für alle übrigen Ausgaben 84,8 v. H. übrig bleiben, während in Frankreich 34 v. H. für Heer und Flotte ausgegeben werden. Zunächst können wir diese Zahlen auf ihre Richtigkeit nicht prüfen. Aber selbst wenn sie richtig sind, beweisen sie nicht das Geringste. Denn Frankreich hat keine Staatseisenbahnen und Staatsbergwerke, deren Einnahmen im Staatshaushalt figurieren, Frankreich ist viel wohlhabender als Deutschland und hat keine solche Lebensmittelteuerung, Frankreich

hat sehr geringe Ausgaben für Schulen und Erziehungskosten, es hat nicht die Sorge für neue Wohnungen usw., da die Bevölkerung sich nur sehr gering vermehrt, kurz, man kann die Verhältnisse gar nicht miteinander vergleichen. Wenn der Kriegsminister dann weiter behauptet, daß die Ausgaben für Heer und Flotte einer Versicherungsprämie gleichzuschätzen sind, und diese auf 1,64 pro Mille berechnet, so ist das eine höchst naive volkswirtschaftliche Auffassung. (Sehr richtig! links.) Er behauptet, daß die Ausgaben für Heer und Flotte im Inlande bleiben, so daß das Heer gleichsam nur ein Durchgangsposten sei. Diese Logik steht auf der Höhe der im Jahre 1857 angewendeten, als man bei einer Hungersnot, um den Leuten Arbeit zu verschaffen, Gruben ausheben ließ, die von anderen wieder gefüllt wurden. Die Ausgaben für Heer und Flotte sind doch wirtschaftlich genommen rein unproduktiv, und das ist das allein Maßgebende. Sie vergessen, daß etwa $3^3/_4$ Millionen Männer im besten und kräftigsten Alter der Produktion durch das Heer entzogen werden. Bleiben wir aber im Bilde, so könnte man die Versicherungsprämie verringern durch Beseitigung der Brandstifter, jener Leute, die sich ein Vergnügen daraus machen, zu behaupten, daß der Friede die Menschen entnervt, und die immer betonen, daß die anderen Staaten es sind, die die bösen Absichten haben. Vielleicht könnten sich einmal die Versicherten koalieren, um die Versicherungsprämie herabzudrücken. Das geschähe am besten durch eine Verständigung unter den Staaten. Die Abrüstungsfrage wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, solange die enormen Ausgaben für Heer und Marine fortdauern. Die Staaten müssen dafür sorgen, wirtschaftliche Interessen zu fördern, um nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Französische Deputiertenkammer. 23. Februar. Beratung über das Marinebudget.

Abg. Sembat (Sozialist) bringt folgenden Antrag ein: „Die Kammer fordert die Regierung auf, mit den anderen Mächten, besonders mit Deutschland und England, Verhandlungen einzuleiten, die eine gleichzeitige Beschränkung der Rüstungen zum Ziel haben, und inzwischen mit den Aufträgen zum Flottenbau zu warten."

Der Antragsteller führte dabei u. a. aus: „Heute droht von England unserem Frieden keine Gefahr. Mit dem guten Willen beider Länder ist die Entente cordiale zustande gekommen. Weshalb wenden wir uns heute nicht nach Deutschland, um mit gleichem guten Willen ein gleich günstiges Resultat zu erzielen? Die sozialistische Partei erwartet, daß Frankreich eine internationale Verständigung über eine gleichzeitige Rüstungsbeschränkung einleiten wird. England ist bereit, diesen Weg einzuschlagen; in Deutschland erheben sich viele Stimmen für das gleiche Ideal. Wenn die Kammer unserem Vorschlag zustimmte, so würde die öffentliche Meinung jedes Landes die Regierungen zwingen, dem Beispiel Frankreichs zu folgen. Frankreich aber ginge nicht kleiner, wohl aber größer und bewunderungswürdiger aus dieser Periode moralischer Ueberwindung hervor. Es hätte wieder die zivilisatorische Aufgabe erfüllt, die ihm zufällt."

Der Minister des Aeußern Pichon, erklärte: „Die Regierung kann den Vorschlag Sembats nicht annehmen. Sie ist der Meinung, daß dieser Vorschlag ein praktisches Resultat nicht haben kann, und daß er den Interessen des Landes Gefahr bringt. Während Frankreich über die Beschränkung seiner Rüstungen diskutiert, würden die anderen Mächte, die uns ohnehin voraus sind, weiter rüsten. Die Frage ist im Haag besprochen worden (? Wieder der alte Irrtum! F.-W.), ohne daß ein Erfolg zu erreichen war. Die Regierung ist bereit, gemäß dem auf der Konferenz von 1904 ausgedrückten Versprechen die Frage zu studieren, kann aber nicht weitergehen. Weder in den Vereinigten Staaten noch in England noch in Deutschland schlägt man eine Beschränkung der Rüstungen vor. Die beste Garantie für den Frieden liegt in der Stärke des Heeres und der Marine."

Der Antrag Sembat wird mit 352 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Dagegen fand ein Antrag Dumonts mit 476 gegen 56 Stimmen Annahme, der die Regierung auffordert, dahin zu wirken, daß auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz die Frage einer gleichzeitigen Einschränkung der Rüstungen gesetzt werde. Pichon erklärte, dem Antrag zustimmen zu können, der ja nur die den französischen Delegierten auf der Haager Konferenz erteilten Instruktionen bekräftige und der Regierung die Wahl des Zeitpunktes freilasse.

Oesterreichische Delegationen. 23. Februar. Voranschlag des Ministeriums des Aeußern.

Deleg. D. Soukup (Sozialist) führte an: Das Problem der Abrüstung sei trotz alledem auf dem Marsche. Ganz Europa stehe jetzt vor zwei Tatsachen der allerschwersten Tragweite: vor der wirtschaftlichen Konzentration der amerikanischen Republiken und andererseits vor dem Erwachen Asiens, der unermeßlichen Millionen des Menschenmeeres der gelben Rasse. Angesichts dieser ungeheuren Tatsachen trete alles kleinliche Gezänke in Europa vollständig in den Hintergrund. Der Redner erörtert sodann Oesterreichs Verhältnis zu Italien und erklärt, er glaube nicht an einen Konflikt mit Italien, da wir dort nichts zu suchen haben und Italien kaum daran denke, wegen Triest oder Trient einen Krieg zu riskieren. Ebenso sei ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich undenkbar. Denn in dem-

selben riesenhaften Tempo, wie der deutsche Militarismus wächst, wachsen auch die Gegenkräfte der Sozialdemokratie, über deren durch dreieinhalb Millionen Wahlstimmen repräsentierte Macht man nicht zur Tagesordnung übergehen kann. England selbst würde durch einen Krieg sein Primat auf dem Weltmarkt riskieren und Rußland ist durch seine inneren Fragen vollständig in Anspruch genommen. Ein zukünftiger europäischer Krieg würde nichts anderes sein als eine europäische Revolution. Wenn hier vielleicht auch andere Pläne auftauchen, wenn hier ein neues Attentat der alten österreichischen Reaktion gegen die erwachte Demokratie geplant wird, wenn das junge Parlament vor die furchtbare Alternative gestellt werden sollte, entweder eine halbe Milliarde von neuen Steuern der Bevölkerung aufzuhalsen oder selbst zugrunde zu gehen, oder wenn vielleicht geplant wird, daß die Dreadnoughts gegen die Sozialversicherung aufmarschieren sollen, dann würde dadurch ein Brand entfacht werden, dessen Flammen nicht mehr zu löschen wären. Wir sind die ersten, die zur Umkehr rufen. Sollten diese Worte ungehört bleiben, dann erschallt auch draußen der Alarm: Krieg dem Kriege, Krieg den Rüstungen, Blut und Gut für die Befreiung des Menschen, Blut und Gut für die Befreiung der Völker! —

Der italienisch-radikale Delegierte Delugon tritt für die Einschränkung der Rüstungen ein, und gibt der Ansicht Ausdruck, daß eine von Oestereich, Deutschland und Italien ausgehende Anregung einer Einberufung einer internationalen Konferenz sicherlich überall tatkräftige Unterstützung finden werde.

24. Februar.

Deleg. Sramek verlangt eine Initiative Oesterreichs in der Abrüstungsfrage.

Deleg. Kramarz erklärt, er wünsche nichts mehr, als sagen zu können, daß die Volksbewegung stark genug sei, um den Rüstungen haltzugebieten und die Staaten zur Vernunft zu bringen. Die Rüstungen sind aber eine eiserne Folge des preußischen Militarismus, eine notwendige logische Konsequenz von Königgrätz und Sedan, und dies zwingt alle anderen Mächte, nachzufolgen. Ebenso sicher sei es, daß die heutigen Rüstungen in allen europäischen Staaten entschieden zu einer Katastrophe führen. Heute sind die Rüstungen und die Stärke der europäischen Staaten vielleicht sogar ein Friedenselement, weil alle Staaten den Krieg fürchten. Es sei aber zu befürchten, daß, wenn einmal die Rüstungen unerträglich werden, gerade dies zu einer Katastrophe führen werde, da sich die Staaten von dieser Last werden befreien wollen.

Graf Aehrenthal, Minister des Aeußern: „Im Hinblicke auf die Kreditvorlagen zur Vermehrung unserer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande ist der Wunsch geäußert worden, daß endlich mit den Rüstungen ein Ruhepunkt gewonnen werde und daß man jede Anregung, welche auf eine solche Einschränkung hinzielt, seitens der österreichisch-ungarischen Regierung nicht nur sympathisch aufnimmt, sondern auch unterstützt. Ich kann nur meine früheren Erklärungen wiederholen und betonen, daß, wenn solche Anregungen uns einen praktischen Erfolg zu liefern versprechen, sie auch gefördert werden. Aber ich bin der Ansicht, daß das, was Dr. v. Grabmayr mit bezug auf Oesterreich-Ungarn und Italien an einer Stelle seiner Rede gesagt hat: „Nicht die Regierungen, sondern die Völker brauchen eine Annäherung und Verständigung“; allgemein gilt. Mit der materiellen Abrüstung allein, wenn dieselbe überhaupt möglich und durchführbar wäre, wäre nicht vieles gewonnen. Wenn die Waffen aus Erz ruhen sollen, so muß man von den Waffen des Wortes auch vorsichtiger Gebrauch machen, sonst wird die Atmosphäre des Hasses und der Feindschaft neuerdings großgezogen“.

In bezug auf die Rüstungs-Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien sagte der Minister folgendes:

„Es ist gewissermaßen sehr naheliegend, ausgehend von unserem Allianzverhältnisse zu Italien und bei dem Wunsche, daß unsere Rüstungen zur See nicht übermäßige Proportionen annehmen, den Gedanken vorzubringen, daß wir à deux, also die zwei Alliierten, diese Rüstungen fixieren. Ich glaube auch, daß Dr. v. Grabmayr sich mit dieser Anregung befaßt und die auch von mir geteilte Auffassung wiedergegeben hat, daß dieser Gedanke zu praktischen Resultaten kaum führen würde. Ich möchte diesbezüglich bemerken, daß man bei dieser Anregung von zwei Annahmen auszugehen scheint, die beide nicht zutreffend sind. Einerseits, als ob Oesterreich-Ungarn und Italien, wenn sie ihre Rüstungen zur See zu zweien festlegen würden, ein idyllisches Dasein führen könnten. Ich glaube, beide würden aus diesem idyllischen Dasein rasch erwachen und ich brauche nur neuerdings hier zu betonen, was ja auch von Sr. Exzellenz dem Herrn Marinekommandanten wiederholt worden ist: Wir hängen teilweise bei der Fixierung unserer Rüstungen zur See von den einschlägigen Maßnahmen der anderen Regierungen ab. Die zweite Annahme ist die, als ob wir gegeneinander rüsten würden, so daß, wenn wir unsere Rüstungen zur See à deux fixieren würden, wir dadurch auch dieses Gegeneinanderrüsten verhindern könnten.“

Am Schluß der Beratungen über den Voranschlag des Ministeriums des Aeußern wird nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Delegation nimmt die Erklärung des Ministers des Aeußern, betreffend die Initiative des Präsidenten sowie des Senats und des

Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten in bezug auf die Ernennung einer fünfgliedrigen Kommission zum Zwecke der Einschränkung der Rüstungen der einzelnen Nationen durch ein internationales Uebereinkommen zur Kenntnis und ladet die gemeinsame Regierung ein, alle geeigneten Mittel zu ergreifen, die die Erreichung dieses großen Zieles fördern könnten."

Englisches Unterhaus. 23. Februar.

Der Abg. Pirie befragt die Regierung über die von Amerika angeregte Einsetzung einer Friedenskommission. Sir Edward Grey erwiderte, der amerikanische Botschafter habe ihn im Dezember vorigen Jahres von den Beschlüssen des von Amerika einberufenen Kongresses zur Förderung des Gedankens eines internationalen Schiedsgerichtshofes in Kenntnis gesetzt und ihn gefragt, ob auf eine Mitwirkung der englischen Regierung in dieser Angelegenheit gerechnet werden könne. Er habe geantwortet, daß die englische Regierung diesen Bestrebungen stets das größte Interesse entgegengebracht habe und mit größter Bereitwilligkeit mit der amerikanischen Regierung in einen Meinungsaustausch über diese Frage eintreten würde. Einem von der amerikanischen Regierung vorgelegten wohldurchdachten und praktischen Entwurf würde die Regierung ihre Unterstützung angedeihen lassen.

Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen.

Von Professor Dr. Kobatsch.

Am 10. Februar hielt der Professor an der k. u. k. Konsularakademie in Wien, Dr. Kobatsch, der geschätzte Vizepräsident der österreichischen Friedensgesellschaft, im Nieder-Oesterreichischen Gewerbeverein vor zahlreichem, der Industrie und dem Handelsstand angehörigen Publikum einen mit großem Beifall aufgenommenen, durch zahlreiche Zustimmungskundgebungen unterbrochenen Vortrag über das höchst zeitgemäße Thema der „Volks- und staatswirtschaftlichen Bilanz der Rüstungen".

Den Besuchern wurde beim Eingang ein Heft mit statistischen Tabellen überreicht, das sie in die Lage setzte, den Ausführungen des Vortragenden besser folgen zu können.

Prof. Kobatsch führte folgendes aus:

Die ungeheure finanzielle und wirtschaftliche Bedeutung der Rüstungskosten geht schon daraus hervor, daß alle Staaten der Welt im Jahre 1909 für Heer und Marine rund 10 000 Millionen Mark und für den Staatsschulden-Dienst rund 8000 Mill. M. aufzubringen hatten. Die Staatsschulden selbst betrugen nicht weniger als 177 Milliarden M.

Zunächst gelangten die neuen Forderungen der österreichisch-ungarischen Kriegsverwaltung zur Besprechung. Die vereinzelten Versuche, diese Mehrforderungen auf politische Ursachen (eventuelle Verschärfung unserer Beziehungen zu Italien) zurückzuführen, seien entschieden zurückzuweisen, ebenso das Betonen solcher Gegensätze gerade von seiten jener Politiker, welche sich hierzulande mit der völkerrechtlichen Stellung des Papstes vielleicht allzu häufig beschäftigen. . . . In finanzwirtschaftlicher Hinsicht wurde auf das geradezu absolutistische Budgetrecht der Kriegsverwaltung hingewiesen, welche Jahre hindurch sehr bedeutende unverwendete Kreditreste (30—70 Mill. K.) aufsammle, um sie dann fast beliebig zu verwenden, andererseits jetzt nicht unbedeutende Mehrforderungen zur sogenannten „Sanierung" des Budgets (gewohnheitsmäßige Ueberschreitung anderer Kredite) beansprucht. Ebenso seien große Bedenken in Oesterreich und in Ungarn dagegen laut geworden, daß die aus den Mehrforderungen auf das österreichische oder ungarische Budget für 1911 entfallende Mehrquote in den beiderseitigen Finanzgesetzen noch nicht eingestellt worden sei, obwohl die beiden Regierungen von den Mehrforderungen gewußt hätten; die Parlamente würden aber durch die Delegationsbeschlüsse in eine Zwangslage versetzt und um ihr Budgetrecht gebracht werden. Die Mehrforderungen selbst stellen sich, obwohl durch das Mittel der Renten-Emission auf ein, wenigstens vorübergehend geringeres Maß herabgemindert, immerhin so bedeutend dar, daß die finanzielle Möglichkeit der Durchführung wichtiger volkswirtschaftlicher und sozialer Gesetze, abgesehen von der dringend notwendigen Reform der Landesfinanzen, sehr in Frage gestellt sei, wozu komme, daß wichtige wirtschaftliche Kredite, wie für den Bau neuer Telephonverbindungen, für Gewerbeförderung und für gewerbliches Bildungswesen usw. schon im Finanzgesetze bedeutende Streichungen erfahren haben, andererseits die Gefahr der abermaligen Erhöhung jener Abgaben droht, welche außerparlamentarisch vorgenommen werden können. (Tarif der staatlichen Verkehrs-Unternehmungn.)

Die Notwendigkeit einer besseren Verteidigung der Küste infolge der Annexion Bosniens sei durchaus nicht erwiesen, weil, solange die wirtschaftliche und verkehrspolitische Hebung Dalmatiens und auch Bosniens keine größeren Fortschritte als bisher mache, diese Länder keine geeignete militärische Operationsbasis bilden können.

Weiter wurden die fachtechnischen Bedenken gegen den Wert der modernen Riesenschlachtschiffe erläutert. Der Marinekommandant selbst habe im Verlaufe weniger Jahre die ursprünglich geplanten Panzerkreuzer als überflüssig erklären müssen.

In den Delegationen selbst habe man auf die „bösen Erfahrungen" hingewiesen, die Italien bei dem Bau des ersten Riesenschlachtschiffes machte. Den englischen Dreadnoughts sei es nicht mehr möglich, durch die dänischen Gewässer in die Ostsee zu gelangen. Eine unbedingte Bürgschaft erhalte daher die Volkswirtschaft durch den Bau der neuen Schiffe nicht, zumal die Entwicklung der Schiffsbautechnik in den nächsten Jahren durchaus nicht vorausgesehen werden könne.

Hierauf wurden eine Reihe von sekundären wirtschaftlichen Nachteilen besprochen, die das Rüstungssystem für die meisten Staaten zur Folge hatte, Nachteile, welche durch die Wehrgesetze oder sonstige Maßnahmen wenigstens zum Teile gemildert wurden, so z. B. die allzulange berufliche Abwesenheit der Angehörigen bestimmter Berufe infolge des Militärdienstes; oder die Notwendigkeit, den entlassenen Reservisten den Wiedereintritt in bürgerliche Berufe durch förmliche Organisationen zu erleichtern; die Förderung der Kaufmannschaft durch die Erleichterungen des Einjährig-Freiwilligenrechts; die Klagen der Landwirte, daß die Reservisten ihrem Berufe entfremdet wurden; die Verstärkung des bureaukratischen Systems dadurch, daß Unteroffiziere, welche früher Landwirte waren oder dem gewerblichen Berufe angehörten, Staatsbeamte werden u. a. m. In all diesen Fällen liegt der volkswirtschaftliche Nachteil darin, daß die Menschen der produktiven Beschäftigung entzogen und die unproduktiven Berufe stark vermehrt werden.

Volkswirtschaftliche und finanzielle Nachteile ergeben sich ferner aus dem Bau und Betriebe sogenannter strategischer, d. h. wenig ertragreicher Bahnen; diese Bahnen sollten auf den Militäretat übernommen werden. Durch das häufige, fast regelmäßige Bekanntwerden der sogenannten militärischen Geheimnisse an fremde Staaten sinke der Wert der Rüstungen oft um ein sehr Bedeutendes.

Sehr wichtig sei der (namentlich in einer amtlichen amerikanischen Denkschrift) nachgewiesene Zusammenhang zwischen Rüstungs- bzw. Kriegsauslagen und Teuerung. So hänge die jetzt herrschende Teuerung, abgesehen von zollpolitischen Ursachen, mit dem letzten russisch-japanischen Kriege zusammen.

Von ebenso großer prinzipieller Bedeutung sei auch die notorische Verschlechterung der Finanzen aller Staaten infolge der übertriebenen Rüstungen und die steigende Unmöglichkeit, die kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse dieser Staaten zu befriedigen. In einer durchaus objektiven Zeitschrift (Schanz'sches Finanzarchiv) wurde festgestellt, daß in den Budgets der meisten Militärstaaten eine Ueberspannung der Einnahmen zu konstatieren sei, und daß die Einstellung der Einnahmen in das Budget für 1909 nicht mehr viel höher sei als der Ertrag für 1907, mehrfach sogar niedriger. Die Elastizität der wichtigsten Einnahmequellen sei eine stets sinkende gegenüber der steigenden Tendenz der Ausgaben für die Rüstungen, namentlich für die Kriegsflotte; stärkere Inanspruchnahme des inländischen Kapitalmarktes für Anleihen, sogar die Ausgabe von Papiergeld (Schatzscheinen!) sei die Folge.

Diese Erscheinungen lassen sich für einzelne Staaten sogar ziffernmäßig nachweisen. Angesichts gegenteiliger Behauptungen Professor Ballods (in den Preußischen Jahrbüchern) könne an der Hand von Tabellen festgestellt werden, daß die Einkommen, insbesondere die Löhne, in Deutschland in den letzten zehn Jahren in viel geringerem Maße gestiegen seien als die Rüstungsauslagen und der Dienst für die Staatsschulden. Die Reichsfinanzreform hätte in den meisten Belangen nicht bloß den Fiskus arg enttäuscht, so insbesondere bei der Branntweinsteuer (wegen konstanten Konsumrückganges ähnlich wie in England) und bei den Verkehrssteuern (Scheck- und Wechsel-Stempel, Effekten-Umsatzsteuer usw.), sondern hätte auch Auswanderung des Kapitals zur Folge gehabt und wichtige Industrien außerordentlich ungünstig beeinflußt, so insbesondere das Tabakgewerbe, die Spiritusbranche, die mittleren und kleineren Gastwirtschaften, vor allem aber die Zündhölzchen-Industrie, deren Produktion auf ein Drittel sank und in welcher über 6000 Arbeiter brotlos wurden.

Aehnliche Erscheinungen zeigen sich auch in Oesterreich. Auch hier weisen die wichtigsten Steuern in den letzten zehn Jahren eine relativ sinkende Ertragsfähigkeit, ja sogar einen Rückgang auf, während die Rüstungsauslagen bekanntlich seit 1908 ganz gewaltig gestiegen sind, und zwar viel höher als die wichtigsten Einkommen, die Löhne. Daß daneben auch die Teuerung, und zwar der wichtigsten Lebensmittel, viel stärker zunahm als die Rüstungsauslagen, läßt sich ebenfalls, und zwar gegen General Woinovich, welcher die Ballod'schen Behauptungen ohne weiteres auch für Oesterreich als richtig annahm, nachweisen. Die Rüstungen seien, wie in anderen Staaten, namentlich auch bei uns, tatsächlich schon zu schwer, und ein weiteres Rüsten könnte zu ähnlichen Katastrophen und Ereignissen führen, welche aus der Finanz-Geschichte des 19. Jahrhunderts in trauriger Erinnerung sind.

Der oft zitierte Vorteil der Rüstungen, daß die Auslagen wieder in die Volkswirtschaft zurückkehren, „produktiv" seien, sei nur zum Teile richtig, weil das Rüstungsmaterial offenbar nicht selbst wieder produktiv (reproduktiv) ist, wie z. B. Arbeitsmaschinen, Nahrungsmittel usw., ferner weil es sich bei der Einhebung der Abgaben um alle Wirtschaftssubjekte, bei der Ausgabe der Rüstungsgelder nur um einen engeren Kreis

von Unternehmungen der Volkswirtschaft handle und eine allzustarke Anspannung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Allgemeinheit auf die Dauer nicht durch die Vorteile kompensiert werden könne, welche die direkten und indirekten Rüstungsinteressenten erfahren. Daß Rüstungsarbeiten nicht ins Ausland gehen oder, wie verlautet, von der Kriegsverwaltung in eigener Regie verrichtet werden sollen, ist wohl eine selbstverständliche Forderung, um das „Produktivitätsargument" zugunsten der Rüstungen nicht zur Gänze zu entkräften.

Ausführliche Widerlegung auf Grund mehrerer Tabellen erfuhr das Argument, daß die Rüstungen den Außenhandel und die Handelsflotte zu sichern und zu fördern geeignet seien. Aus mehreren Tabellen wurde nachgewiesen, daß, je größer die Kopfquote des Außenhandels eines Staates ist, desto geringer der Versicherungsschutz durch die Rüstungen dieses Staates sei. Dies sei eine fast gesetzmäßige Erscheinung, welche wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß die mit geringeren Rüstungsausgaben weniger belastete Volkswirtschaft konkurrenzfähiger auf ausländischen Märkten erscheint: Dies gelte auch von der angeblichen Versicherung, welche die Kriegsmarine der Ausfuhr gewähre; ebensowenig zeige sich irgendein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Kopfquote der Registertonnen der Handelsflotte und den Auslagen für Rüstungen. Der auch diesmal wiederholte Satz: „Der Handel folgt der Flagge" beziehe sich nicht, wie die Rüstungsfreunde sagen, auf die Kriegsflotte, sondern auf die Handelsflotte, welche bei uns allerdings noch immer ausbau- und reformbedürftig sei. Oesterreich-Ungarn verwende im übrigen einen verhältnismäßig (insbesondere im Verhältnis zu seinem geringen Volkswohlstand!) sehr hohen Betrag für diesen „Schutz" des Außenhandels und der Handelsflotte; sehr viele Staaten hätten bei viel geringerer Rüstungsquote einen viel größeren Außenhandel und eine viel größere Handelsflotte. Die Blüte der Ausfuhr und der Flotte sei eben von ganz anderen Umständen abhängig als von der Zahl oder der Größe der Kriegsschiffe. Wie ein englischer Schriftsteller sagt, könnte England noch 50 Dreadnoughts bauen und würde trotzdem kein Federmesser mehr exportieren. Wenig oder gar nicht geschützte Staaten wie Holland, Belgien, Schweiz, machen dem mächtigen England in der eigenen Besitzung, in Kanada, steigende Konkurrenz. Im Außenhandel entscheiden der Preis und die Qualität der Ware, die Geschicklichkeit des Vertriebes, die Kenntnis des Marktes und die Anpassung an denselben. Der Vortragende bezweifelt auch, ob die Entsendung von Kriegsschiffen, sei es von größeren oder geringeren Deplacements, irgendwie zur Abschwächung des bekannten türkischen Boykotts beigetragen hätte. Wenn die österreichisch-ungarische Ausfuhr sich so bescheiden entwickelt, bzw. sogar Rückschritte macht, so sei hieran bekanntlich unsere ganz und gar verfehlte Handelspolitik schuld. Unsere Ausfuhr nach den Balkanstaaten und nach Aegypten sei in einem Jahre, nämlich von 1907 bis 1908, um nicht weniger als 70 Mill. Kronen zurückgegangen, daran hätte auch eine noch so große Kriegsflotte nichts geändert. Wohl aber könne die österreichische Industrie, ähnlich wie Augustus, verzweifelt ausrufen: „Agrarfreundliche Regierung, gib mir meine 70 Mill. wieder!"

Zur Verteidigung der neuen Rüstungsauslagen habe man sich auch wieder einmal unserer Staatsangehörigen im Auslande erinnert, zu deren Schutz die Flotte bestimmt sei. Auch hier könne kein Zusammenhang gefunden werden oder sollte man z. B. die oft sehr schwer durchzusetzenden Schadensersatzansprüche der Oesterreicher und Ungarn, welche in den Stahlwerken von Pittsburg verunglückten, durch die Entsendung von Kriegsschiffen an die atlantische Küste der amerikanischen Union irgendwie unterstützen?

Die Rüstungen werden aber nicht bloß mit den vorgeschobenen wirtschaftlichen Argumenten, sondern letzten Endes doch immer mit der militärischen Notwendigkeit begründet. Sie seien eine Art Versicherungsprämie gegen den Krieg überhaupt oder gegen die Schäden des Krieges. In der Streffleur'schen Militärischen Zeitschrift wurde sogar eine Berechnung über die Höhe dieser Prämie angestellt; dabei seien, was die Schäden des Krieges betrifft, merkwürdigerweise die Verluste an Menschenleben überhaupt nicht mitgerechnet worden, während bei den Kosten des Krieges lediglich die direkten Auslagen und nicht auch die indirekten Auslagen (Schuldzinsen, wirtschaftliche Verluste dadurch, daß die aktiv Dienenden ihrem Berufe entzogen werden) eingestellt sind. Werde dies berücksichtigt, so gelange man zu dem gewiß sehr hohen Prämiensatze von etwa 13 %. Doch handle es sich hier gar nicht um eine Versicherung im wirtschaftlichen Sinne: der Versicherer sei ja dieselbe Person wie derjenige, von dem der Eintritt des schädigenden Ereignisses zum Teile abhänge; je höher die Prämie werde, desto unwahrscheinlicher soll der Eintritt des Schadens werden. Es bestehe hier gleichsam eine Art wechselseitige Versicherungsgesellschaft der Staaten dagegen, daß sie sich gegenseitig bekriegen, nur seien diese Versicherungsgesellschaften in jedem Staate vollständig konkurrenzlos, wohl aber werden sie voneinander in immer stärkerem Maße abhängig. Der althergebrachte Begriff der Souveränität werde seines reellen Inhaltes immer mehr und mehr entleert. Wenn man aber schon die Schutzfunktion der Rüstungen volkswirtschaftlich auffasse, so müsse man sich auch des alten volkswirtschaftlichen Gesetzes erinnern — Erreichung eines vernünftigen Zweckes mit dem möglichst geringen Aufwande

— und sollte dafür eintreten, daß statt dieser wechselseitigen, sehr kostspieligen Versicherungsgesellschaft ein anderer Vertrag — ein Kartell zur Einstellung der ruinösen Konkurrenz, nämlich eine internationale Vereinbarung über den Stillstand der Rüstungen und das obligatorische internationale Schiedsgericht zustandekomme. Dies sei der einzig logische und einzig vernünftige Ausweg, dessen Erreichung von allen Staaten angestrebt werden sollte. Wie viele Rückständigkeiten auf kulturellem und sozialem Gebiete könnten die Staaten dann leichter wettmachen! In dieser Hinsicht hätten sich die Staaten gegenseitig nichts vorzuwerfen, sei es, daß es sich um die Abwehr der schrecklichen Epidemien, welche beinahe alljährlich Europa von Osten her bedrohen, handle, sei es, daß es sich um die wirklich rationelle Bekämpfung der noch allzugroßen Sterblichkeit, namentlich infolge der Tuberkulose, handle, sei es, daß einzelne Staaten, wie gerade auch Oesterreich-Ungarn, noch eine erschreckend hohe Zahl von Analphabeten aufweisen oder nicht in der Lage sind, Krankenhäuser oder wichtige Bildungsanstalten zu erhalten und entsprechend auszugestalten.

Eine Rüstungskonferenz sei ja auch schon in den Delegationen, und zwar von Vertretern aller größeren Parteien mit Sympathie begrüßt worden. Die gesamte Entwicklungsgeschichte der öffentlichen Angelegenheiten, die Entwicklung des Rechts, das ständige Abrücken vom Prinzip der Gewalt zugunsten des Rechtsprinzips, die Entwicklung des internationalen Verkehrs, die Anschauungen über diesen Verkehr, die zunehmende Internationalisierung aller Berufe und Klassen, die wachsende Unmöglichkeit, gerade die wichtigsten Lebensbedürfnisse eines Volkes ausschließlich innerhalb eines Staates zu befriedigen, die stete Höherwertung des menschlichen Lebens, die Erkenntnis, daß es nicht den Kampf politisch gesonderter Menschengruppen gegeneinander, sondern den vereinten Kampf gegen Gewalten der Natur gelte — all diese und andere Entwicklungstendenzen weisen uns gebieterisch auf den Weg der rechtlichen Austragung auch von internationalen Konflikten.

Der Vortragende empfahl daher zum Schlusse, daß der Gewerbeverein, welcher 1848 in einer innerpolitischen Frage mutig vorangegangen sei, sich nunmehr auch der wichtigsten Frage, der internationalen Politik, annehme und in einer Denkschrift an den Minister des Auswärtigen verlange, daß Oesterreich-Ungarn der Einladung der nordamerikanischen Regierung zu einer Rüstungskonferenz nicht bloß sympathisch gegenüberstehe, sondern die Initiative ergreife, um die europäischen Staaten auf die Wichtigkeit, Nützlichkeit und Durchführbarkeit einer solchen Konferenz hinzuweisen. Der Verein möge sich hierbei auch an andere befreundete wirtschaftliche Körperschaften des In- und Auslandes wenden, damit von dort gleiche Schritte geschehen. Insbesondere sollten aber gerade die wirtschaftlichen Vereinigungen Oesterreichs mit den gleichen Körperschaften Italiens in Verkehr treten, um ihrerseits die Notwendigeit freundschaftlicher Beziehungen zu beweisen. Wenn Oesterreich sich zu einer solchen Initiative entschließt, so würde es sich ein dauerndes Verdienst um den Kulturfortschritt erwerben, eine welthistorische Tat setzen, die dem Vaterland und der Menschheit durchaus gleichzeitig zugute käme.

Der Nieder-Oesterreichische Gewerbeverein hat der Anregung des Vortragenden einstimmig Folge gegeben.

Ehrung des Baron d'Estournelles.

Eine Friedensfeier und was die deutsche Presse daraus gemacht hat.

Am 10. Februar fand im Gebäude des französischen Senats unter dem Vorsitz des Senators Gaston Meunier die feierliche Ueberreichung einer Gedenkmedaille an Baron D'Estournelles de Constant statt, die eine Anzahl von Freunden des französischen Friedenspolitikers aus Anlaß der ihm im Jahre 1909 zuteil gewordenen Auszeichnung durch den Nobelpreis gestiftet hat. (Nicht die Ueberreichung der Nobelmedaille selbst, die das Nobelkomitee gleichzeitig mit dem Preis verleiht.) Die Medaille zeigt auf der einen Seite das wohlgelungene Porträt des Gefeierten, auf der anderen Seite einen stämmigen Arbeiter, der sich bemüht, das große Hinterrad eines auf dem Bilde unsichtbaren Wagens auf holprigem Wege vorwärts zu drehen. Die Inschrift darüber lautet: „Être utile".

Nach der Vorlesung eines Briefes von Léon Bourgeois, der seine Abwesenheit durch Krankheit entschuldigte, ergriff der Präsident des Senats, M. Dubost, das Wort zur folgenden Ansprache:

„Mein lieber d'Estournelles!

Ihre Freunde haben mich beauftragt, Ihnen diese Medaille zu überreichen, die sie als Beweis ihrer unvergänglichen Sympathie, die sie für Sie und Ihr großes Friedenswerk hegen, prägen ließen.

Gestatten Sie mir, zu erwähnen, daß ich diese Mission nicht nur deshalb übernommen habe, weil sie gewissermaßen eine Pflicht meines Amtes, als Präsident einer Körperschaft, bedeutet, wo Sie die allgemeine Achtung umgibt und wo Ihre Ideen selbst von Ihren Gegnern geachtet werden, sondern auch, weil die persönliche Freundschaft, die ich für Sie seit langem hege, hier eine außerordentliche Ge-

legenheit findet, um zum Ausdruck zu gelangen.

Schon einmal bei ähnlichem Anlaß habe ich Sie als den „Gesandten des Friedens" bezeichnet, und in der Tat erscheinen Sie uns als ein solcher, als ein Bote der Zivilisation, der die ganze Welt hindurch, von Nation zu Nation, von Volk zu Volk, von Menschen zu Menschen eilt, bei jedem jenen Punkt suchend, bei dem er am besten für die Menschheit zu fassen ist und von einem zum andern, geduldig jenes Gewebe von Verträgen, Verständigungen und Freundschaften webend, die andere nach Ihnen genügend befestigen werden, so daß eines Tages, wenn das Ungeheuer der Zwietracht wieder erwachen und seine brutale Faust auszustrecken suchen sollte, es von allen Seiten, wie ein Gefangener des Weltgewissens gefesselt sein wird. Alsdann wird nach einem schönen Worte Voltaires jeder Krieg in Europa wie ein Bürgerkrieg erscheinen.

Jenes edle Streben, das schon die Griechen in ihren Amphiktyonenbünden zur Darstellung brachten, das einen Heinrich IV. verführte, das die vornehmen Geister des 18. Jahrhunderts und die edlen Konstituanten von 1848 bewegte, das verfolgen Sie und Ihre Freunde heute, und damit adeln Sie die hohe Ueberlieferung der gesamten republikanischen Partei.

Aber um die bisher unbesiegte Idee zu fangen, haben Sie — und das ist Ihr besonderes Verdienst — ein wissenschaftliches Verfahren eingeschlagen und jene positiven Methoden angewandt, die allein unserem Jahrhundert geziemen. Sie berücksichtigen zunächst die Wirklichkeit und die Notwendigkeiten des Augenblicks. Sie wissen, daß wir Kinder eines verstümmelten Vaterlandes inmitten eines furchtbar bewaffneten Europas uns für den Augenblick nur einer immanenten Gerechtigkeit voll anvertrauen könnten, nämlich der, die eine Hand am Degenknauf hält!*)

Sie gehen aber auch nur schrittweise vor; Sie halten kein Ergebnis für zu gering und Sie wissen, daß die bescheidenste Schiedsgerichtsbarkeit einen erzieherischen Wert besitzt, und jetzt schon an sich eine ständige Wirkungs- und Propagandakraft bildet.

Ihr Werk, mein lieber d'Estournelles, verdient daher vorbehaltlos gelobt zu werden und deshalb können Sie ohne Bedenken diese Medaille annehmen, die das Werk eines hervorragenden Künstlers ist, und die in Erinnerung an die große Auszeichnung geprägt wurde, die Ihnen im vorigen Jahre verliehen wurde. Sie ist aus unvergänglichem Erz hergestellt, und wird so den großen Tag der menschlichen Brüderlichkeit erwarten können, den Sie werden vorbereitet haben, und den Sie nicht sehen werden. Und sie wird dann zum Stolze Ihrer Nachkommen verkünden, daß Sie einer der edelsten, einer der tätigsten Verkünder jenes Tages waren!"

Lebhafter Beifall folgte diesen Worten. Es folgten noch andere Ansprachen, so die des Ministers des Aeußern, Pichon, des Deputierten de la Batut, des Doyen der Faculté des Lettres, Croiset, des Botschafters der Vereinigten Staaten, Bacon, des Deputierten des Departements Sarthe, Boutié. Zum Schluß dankte Baron d'Estournelles in bewegten Worten den zahlreich erschienenen Anwesenden für den Beweis der Sympathie, den sie ihm dargebracht hatten.

Im ganzen war es eine erhebende Feier des Friedensgedankens, die Ehrung eines Friedenskämpfers, wie sie in Mitteleuropa vorläufig noch zu den Unmöglichkeiten gehört und deren Möglichkeit in Frankreich an sich schon ein großes Zeichen des pazifistischen Fortschrittes bedeutet.

Was hat aber die deutsche Presse aus dieser Friedensfeier gemacht?

Es lohnt sich einmal an einem drastischen Beispiel darzutun, wie die Menschheit durch eine ungenügende und tendenziöse Berichterstattung einfach um die Erkenntnis des Fortschritts in der Welt betrogen wird.

Die nach Deutschland telegraphierte Nachricht beschränkte sich auf die Tatsache der Ueberreichung einer Medaille an d'Estournelles (irrigerweise wurde dabei erwähnt, daß es sich um die mit dem Nobelpreis zusammenhängende Nobelmedaille handle*)), und auf folgenden aus dem Zusammenhang gerissenen Satz, der in der gesamten Presse gleichlautend zu finden war:

„Sie wissen wohl, daß wir als Söhne eines verstümmelten Vaterlandes in dem von Waffen starrenden

*) Dieser Satz lautet im französischen Text wörtlich so: „Vous n'ignorez pas, qu'enfants d'une patrie mutilée dans une Europe formdalblement armée, il n'est qu'une justice immanente en laquelle, pour le moment, nous puissions nous confier pleinement; c'est celle qui garde l'une de ses mains appuyée sur le pommeau de son épée!

*) Was der frommen „Kreuzzeitung" gleich Veranlassung gab gegen den Friedenspreis der Nobelstiftung zu wettern.

Europa für den Augenblick nur auf die eine immanente Gerechtigkeit uns voll verlassen können, das ist die Gerechtigkeit, die eine ihrer Hände auf den Degenknauf gestützt hält. Zum Schluß feierte Dubost den großen Tag der Menschheitsverbrüderung, den d'Estournelles vorbereiten helfe, den aber alle Anwesenden wohl kaum erleben würden."

In diesem Satz ist — selbst wenn er aus dem Zusammenhang gerissen wird — eigentlich von Revanche gar nicht die Rede. Er besagt nur, daß Frankreich sich noch immer nicht allein auf das internationale Recht verlassen könne, da es schon einmal verstümmelt wurde (eine Tatsache doch!) und, da Europa furchtbar bewaffnet ist, Gefahr laufen könnte, noch einmal verstümmelt zu werden. Er besagt ungefähr: ehe das Recht in Europa nicht festgefügt ist, und solange die andern alle bis an die Zähne bewaffnet sind, können wir allein nicht abrüsten. Sonst kann es uns noch einmal so ergehen wie 1871. Das ist das, was wir Pazifisten ja immer wiederholen. Die Abrüstung ist nur eine Folge des gesicherten und erprobten Rechtes und muß gemeinsam erfolgen. Senatspräsident Dubost hat nichts anderes gesagt, was nicht alle aktiven Politiker der Welt dauernd wiederholen. Der Umstand daß er aber auf das „verstümmelte Vaterland" hinwies, schien dem Pariser Berichterstatter das Wichtigste gewesen zu sein. Und er hat die Psyche der deutschen Presse nicht verkannt. Dieses Wort machte die gesamte deutsche Presse nervös. Sie legte es als eine Revancheforderung aus, während es nur die Konstatierung einer Tatsache ist, aus der besondere Vorsicht bei dem Werke der Pazifikation gefolgert wird. Nicht eher auf das Recht verlassen, als bis es allgemein ist, und „für den Augenblick" (solange es die andern sind) gerüstet bleiben.

Aber im Zusammenhang gelesen, wirkt dieser Satz noch weniger bedrohlich. Denn die ganze Rede preist ja die Arbeit für den Frieden, die Arbeit für die Sicherung und Stärkung des internationalen Rechts. Sie preist dann auch die Besonnenheit des Gefeierten, der nicht ins Traumhafte geht, sondern auf dem Boden der Wirklichkeit bleibt und „Schritt für Schritt" das Werk vollenden hilft. Das ist nur ein besonderes Lob, für den großen Friedensvorkämpfer, das ihm damit gezollt wurde.

Und dann der schöne Satz: „Den Tag der Menschheitsverbrüderung werden d'Estournelles wie die Anwesenden wohl kaum erleben." Erstens sprach nur ein alter Mann zu einem ebenfalls nicht mehr jungen Mann, wo der Gedanke an das Nichterleben eines Zieles wohl entschuldbar ist. Von den „Anwesenden" war keine Rede. Und schließlich war es auch nur das allerletzte Ziel, das der Redner damit meinte, den „großen Tag der menschlichen Brüderlichkeit." Bis dahin gibt es aber noch Etappen, die auch die heute schon ergrauten Kämpfer erleben können. Der vernünftige Friedenszustand ist nicht identisch mit der allgemeinen Menschheitsverbrüderung. Die Menschen brauchen noch gar nicht allgemein „verbrüdert" zu sein, und können doch schon aufgehört haben, einander als Wölfe zu behandeln, internationale Rüpel und Stänkerer zu sein. In der poetischen Sprache der Anrede konnte der Redner sich zu fernen Zielen versteigen, ohne damit die naheliegenden, die sich bereits erfüllenden Ziele als unerreichbar zu bezeichnen.

Und gerade auf diesem Wege zu nahen Zielen war diese d'Estournellesfeier eine Etappe. Ein Zeichen des Fortschritts. Und was hat unsere deutsche Presse, dank der Gewissenlosigkeit des Pariser Korrespondenten eines Telegraphenbureaus daraus gemacht? Man hörte nur die Ueberschriften, die sie dem aus dem Zusammenhang gerissenen Satz und dessen Besprechung (oh, diese Weisheiten, die daran geknüpft wurden!) gegeben hat: „Eine französische Revanchere de" (Deutsche Warte), „Französische „Friedens"-Freunde" (Hamburger Nachrichten!), „Ein seltsamer Friedensapostel" (Vossische Zeitung), „Eine Aufsehen erregende Rede" (Volkszeitung), „Auch eine Friedensrede" (Die Post), „Eine merkwürdige Friedenskundgebung" (Münchener Neueste Nachrichten), „Eine sonderbare Friedensrede" (Württembergische Ztg.), „Eine Friedensrede — auf den Revanchekrieg" (Kölnische Volkszeitung), und so fort.

Das Bedrückendste dabei ist, daß die häufigen Friedensworte großer französischer Politiker, Worte des Verzichts auf die Wiedereroberung, der Hoffnung auf die Verständigung usw. nur höchst selten in der deutschen Presse wiedergegeben werden, und, wenn das schon der Fall ist, gewöhnlich mit Bemerkungen des Mißtrauens und der Verhöhnung.*) Auf eine nur entfernte Andeutung des Revanchegedankens stürzen sich alle Organe mit einem wahren Heißhunger. Und solchen Aeußerungen legen sie dann immer eine hohe Bedeutung unter.

Dieser Fall beweist aufs Neue, wie wichtig es ist, Europa von der verhetzenden Berichterstattung zu befreien, das Friedenswirken endlich durch eine Organisation des Pressedienstes für den Frieden zu unterstützen. Ehe wir das nicht haben, verpufft alle Friedensarbeit in der Luft. A. H. F.

*) Dem Abg. Bassermann ist Jaurès nur die „eine Schwalbe", die keinen Sommer macht. Irgendein Revanchewort, wenn es auch garnicht in dem unterlegten Sinne gemeint war — das „macht den Sommer."

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Monaco, März.

Ehe es eine Friedensbewegung und eine wachsende Friedenssehnsucht gab, ehe eine Institution eingesetzt war, die befugt ist, Völkerstreitigkeiten juridisch beizulegen, mit einem Wort, als der Krieg die unbestrittene und unausweichliche Endstation politischer Verwicklungen darstellte, da hütete man sich, in Friedenszeiten auftauchende Differenzen aufzubauschen; man ignorierte so viel und so lange als möglich die sogenannten „schwarzen Punkte", denn man wußte, daß, wenn wirklich ein Gewitter sich zusammenzog, es auch unweigerlich niederging. Jetzt ist das anders geworden. Unzählige Fragen und Lagen, die nicht nur wie schwarze Punkte, sondern schon wie schwarze Wolken am politischen Horizont aufgestiegen waren, haben sich — infolge der erwähnten Stimmungen und Einrichtungen — in nichts aufgelöst. Dutzende von Kriegen, die „vor der Tür standen", sind vor der Schwelle umgekehrt. Dabei zeigt sich aber das Phänomen, daß die Tagespresse mehr als je, wenn irgendeine Differenz zwischen den Staaten — sei's in Europa, Amerika oder Asien — auftaucht, sofort mit einer gewissen Gier die betreffende Sache als den kommenden Krieg hinstellt. Da gibt es keine zwei Wochen Ruhe mehr. Kaum ist einer der unausbleiblichen blutigen Zusammenstöße ausgeblieben, so wird wieder ein neuer erblickt — fast könnte man sagen: begrüßt —, und in den Kommentaren darüber fällt es der Publizistik nicht ein, darauf hinzuweisen, daß die überwiegende Mehrheit den Krieg nicht will, und daß es bereitliegende, schon bewährte Mittel gibt, die betreffenden Schwierigkeiten friedlich zu lösen. Diese kriegswitternde Passion hat sich in den letzten Wochen wieder deutlich hervorgetan. Da gab es einen Notenwechsel zwischen der russischen und der chinesischen Regierung. Um eine Lappalie handelte es sich — irgendein nicht eingehaltener Paragraph eines alten Vertrages — irgendeine Forderung gewisser Handelsvorteile und dergleichen. Gleich hieß es „Krieg in Sicht". Die russische Note wurde „Ultimatum" genannt. Das Vorgehen Rußlands bezeichnete man als dem berechtigten Wunsch entspringend, durch einen neuen Feldzug in der Mandschurei das im vorigen Feldzug eingebüßte Prestige wiederherzustellen; über die gegenseitigen Streitkräfte wurden Berechnungen angestellt — es fehlte nicht viel, so hätte man schon eine Karte des Kriegsschauplatzes veröffentlicht. Und das im Augenblick, wo in jenen Gegenden die Pest wütet! Statt aufzuschreien, daß es der Gipfel des Verbrechens und des Wahnwitzes wäre, jetzt — während man internationale Kongresse zur Bekämpfung der Seuche vorbereitet — an Ort und Stelle eine förmliche Verschleppungsanstalt einzurichten. Zum Glück — es war wieder nichts. Die schon verbreiteten Gerüchte über russischen, französischen und englischen Einmarsch waren falsch. Das Wort Haager Schiedsgericht (wohin jener Konflikt auch gehört hätte) ward ausgesprochen; doch war es nicht einmal nötig, sich an diese Instanz zu wenden, denn die chinesische Antwort hat den Konflikt befriedigend gelöst. Mit schlecht verhehltem Bedauern muß unser Publizist auf den russisch-chinesischen Krieg verzichten. Aber er sucht sich zu trösten. An die Nachricht der Beilegung knüpft er die Bemerkung: „Die chinesische Frage, als Großes und Ganzes genommen, ist jedoch damit keineswegs beseitigt. Sie steht erst im Beginn und wird durch innere Umwandlung des Reichs noch lange und oft in den Vordergrund gerückt werden. Sie ist eine der kritischen Fragen des Jahrhunderts." Wann werden die Lenker der öffentlichen Meinung — und das wollen die Vertreter der Presse doch sein — endlich lernen, die Aufgabe des Jahrhunderts: die Organisation der Welt, in den Vordergrund zu rücken?

☞

In den Parlamentsdebatten der verflossenen Wochen standen überall die wachsenden Militärvorlagen zur Diskussion, aber daneben erhoben sich überall auch Stimmen zugunsten anzubahnender Vereinbarung zur Einschränkung der Rüstungen. Diese Stimmen werden wohl nimmermehr verstummen. Einige interessante Sätze aus den verschiedenen Parlamentsreden, für und gegen, seien hier angeführt: Im deutschen Reichstag sagte das Zentrumsmitglied Speck: „Wir wünschen eine Verständigung auf dem Gebiete der Rüstungen." Stücklen, Sozialdemokrat, betonte: „In Frankreich ist die Friedensliebe der Massen genau so stark wie bei uns." Der Nationalliberale Bassermann hingegen verteidigte die Notwendigkeit der militärischen Verstärkungen: „Das Wiederaufleben des Revanchegedankens müsse man gewärtigen." England, Oesterreich und Frankreich verstärken ihre Heere und Flotten — ebenso Amerika und Japan; da kann man sich doch nicht darauf berufen, daß augenblicklich der Friede niemals gefährdet werde." Es ist doch sonderbar, daß man in einem Atem behaupten kann, der Friede sei durch Bajonette gesichert, und dabei als Beweis seiner Gefährdung die Bajonette der andern bezeichnet. Kriegsminister von Heeringen führte das oft gebrauchte Argument an: „Man bedenke doch die Kosten eines unglücklichen Krieges . . . die Kriegsentschädigung würde nicht 5, sondern 50 Millionen betragen. . ." Stillschweigend wird da angenommen, daß die zur Sicherung des Friedens notwendigen Verstärkungen den Krieg nicht verhindern, aber den Sieg verbürgen werden. Nun haben aber beide Gegner es an Verstärkungen nicht fehlen lassen — würden zum Schlusse beide siegen? Um die Güte einer Sache ist es schlecht bestellt, zu deren Verteidigung man mit solchen Fehlschlüssen jonglieren muß.

☞

In der französischen Kammer beantragte Sembat, daß man mit dem Bau der zwei Dreadnoughts bis zur Beendigung der Besprechungen mit England und Deutschland über etwaige Einschränkung der Rüstungen warten solle. Pichon lehnte ab: das würde unter den gegenwärtigen Umständen zu keinem Ergebnis führen, und würde sogar gefahrvoll sein. „Für uns besteht die Hauptgarantie des Friedens in der Stärke unserer Marine und unseres Heeres." (Lebhafter Beifall.) Sembat begnügte sich nun, zu verlangen, daß die Einschränkungsfrage auf das Programm der nächsten Haager Konferenz gesetzt werde. Dies wird mit großer Mehrheit angenommen. Cela n'engage à rien. Es bleiben da noch so viele Chancen: daß diese dritte Konferenz gar nicht zusammentritt, daß andere Mächte — wie schon früher — gegen diesen Programmpunkt protestieren, und daß schließlich, wenn die Frage doch auftaucht, man sie ablehnend erledigt. Oder, wenn es hochgeht, zu dem Beschlusse gelangt, sie bis zur vierten Konferenz zu studieren. Die preußische Kreuzzeitung bemerkte, daß dieser Beschluß der französischen Kammer gar nichts bedeute, was wieder den Temps zu der Bemerkung veranlaßte, daß es nichts Unwürdigeres — und dabei Gefährlicheres — gibt, als die „Cêlements pacifistes". Dieser Ausdruck „pazifistisches Geblöke" ist vom Temps erfunden und häufig wiederholt worden; offenbar wünscht er, ihn zur landläufigen Redensart zu machen. Die angesehensten politischen Blätter in ganz Europa wetteifern darin, die Friedensbewegung zu diskreditieren. Wie lange noch?

☞

Auch in den österreichischen Delegationen wurde noch öfters das Thema: Einvernehmen zur Rüstungseinschränkung, vorgebracht. Daß irgendwo auf Erden irgend jemand aufrichtig solche Vorschläge machen könnte, das will ein Marinekommandant natürlich nicht glauben: „Wenn Delegierter Dr. Ellenbogen vom aufgehenden Stern des Friedens gesprochen hat," sagte Graf Montecuccoli, „so kann ich feststellen, daß in jedem Jahre die Zeit kommt, in welcher England, wenn es sein Budget in Sicherheit hat, den Stern des Friedens aufgehen läßt. Auch Taft hat mit derselben Hand, mit der er die Einladung für die Friedenskommission aussandte, die Botschaft an den Kongreß geschickt, in welcher er für die Befestigung — allerdings eines Friedenswerkes — des Panamakanals 62½ Millionen Kr. verlangt." Das ist aber eben der Unterschied: dort wird doch wenigstens die eine Hand zur Vereinbarung der Einschränkung ausgestreckt, während hier beide Hände nur für die Verstärkung arbeiten.

☞

Sehr erfreulich war eine vom Delegierten Dr. v. Grabmayer gehaltene neuerliche Rede über das Verhältnis zu Italien. Es waren freimütige, offene, versöhnliche Worte. Und das Echo, das sie fanden, sowohl bei uns, als in der italienischen Presse und im italienischen Parlament, war ein ebenso vortreffliches. Auch der Kaiser sprach dem Delegierten Grabmayer seine Anerkennung darüber aus. Ueberhaupt, in der Sache austro-italienische Freundschaft wird jetzt viel Ersprießliches getan und vorbereitet. Oesterreichische Abgeordnete werden dem italienischen Parlament einen Besuch abstatten und sollen dort mit großen Ehren — in Gegenwart des Königs und der Minister — empfangen werden. Eine Zusammenkunft der beiderseitigen Handelskammern und Gewerbevereine wird auch in Angriff genommen — und dies auf Anregung des Vizepräsidenten der österreichischen Friedensgesellschaft, Professor Kobatsch. Sicherlich werden durch solche Kundgebungen die Mißstimmungen verscheucht, die zwischen den beiden Völkern bestehen, und so wird man vielleicht zu einer Vereinigung der beiden Flotten, zu einer Neutralisation der Adria oder — was kann man wissen — zu irgendeiner Form wirklicher Friedensallianz gelangen.

☞

In einer Bostoner Zeitung jüngsten Datums fand ich folgende Nachricht: „Gouverneur Foß hat gestern der Regierung einen großen Plan von Weltfrieden und Handelsübereinkommen vorgelegt, der die Befestigung des Panamakanals überflüssig machen würde. Die Zuschrift des Gouverneurs wird in Staatskreisen als ein internationales Dokument bezeichnet, das nicht seinesgleichen hat." Wir können auf den Inhalt gespannt sein.

☞

Eine andere Frage, die uns im höchsten Grade spannt, und über die wir in unsern Zeitungen keine eingehenden Berichte erfahren, das ist der angekündigte einschränkungslose Schiedsgerichtsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien. Doch stand folgendes unter den Depeschen: New York, 21. Februar: Eine von irisch-amerikanischen und deutsch-amerikanischen Gesellschaften abgehaltene Versammlung hat einstimmig einen Beschluß angenommen, der gegen den Schiedsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien Stellung nimmt, da eine derartige Allianz den Groll der anderen europäischen Mächte hervorrufen und die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu diesen Mächten verschlechtern würde, das ist doch charakteristisch: dieser Groll, wenn zwei Staaten übereinkommen, miteinander nicht Krieg zu führen. Einen ähnlichen Vertrag mit den Vereinigten Staaten abzuschließen, stände ja allen Mächten frei. Aber freilich, das ist's ja eben, was man nicht will, und was man fürchtet, als Beispiel eingesetzt zu sehen. Wir hingegen setzen auf solche Beispiele unsere besten Hoffnungen.

☞

Die „camelots du Roi" führen wieder armeefreundliche und judenfeindliche Stückchen auf, indem sie die Comédie francaise hindern wollen,

ein Schauspiel aufzuführen, das einen jüdischen — und wie sie behaupten, militärflüchtigen — Autor hat. Skandale im Theater, Zusammenrottungen auf der Straße, das wiederholt sich seit einigen Tagen mit echt nationalistischer Vehemenz. Wer weiß, was die Sache noch für Dimensionen annimmt. Das neue Ministerium, das eben in Bildung begriffen ist, wird damit vielleicht noch manche Unannehmlichkeiten haben. Das „Geblöke der Pazifisten" ist doch einigermaßen dem chauvinistischen Gebrülle vorzuziehen — Nicht?

☞

Lord Roberts hört nicht auf, für die allgemeine Wehrpflicht zu agitieren. Er wohnte einer Versammlung im His Majesty Theater bei, in der beschlossen wurde, eine Zweigabteilung der Liga für die allgemeine Wehrpflicht für die Angestellten der Theater zu gründen. Und im Laufe seiner Ansprache berührte er die Hoffnungslosigkeit und völlige Wirkungslosigkeit der Territorialarmee gegenüber einer Invasion. Immer noch dieses Invasionsgespenst! Von dem vernünftigen Teile Englands längst verscheucht, wird es von den Jingos immer noch gehätschelt. Die nehmen nicht so leicht Abschied von einem Lieblingswauwau.

☞

Da gibt es noch ein anderes Gespenst, die Einkreisung. Neulich sagte Graf Aehrenthal: Die Legende der Einkreisung kann zu den Toten gelegt werden. Für dieses Wort muß man ihm danken. Wir anderen haben jene Legende immer bestritten. Aber es ist gut, daß sie nun so offiziell bestattet worden ist. Doch es wird diese Verstorbene nicht hindern, noch eine Zeitlang — gerade so wie die „Invasion" — als „Geist" umzugehen. Man wird vielleicht zugeben, daß die Einkreisung aufgehört hat (etwa mit dem Verschwinden Eduard VII.); daß sie aber niemals existierte, daß sie nur Legende war, das wird man in den Kreisen, die mit jener Legende operierten, noch lange nicht gelten lassen.

☞

Für den europäischen Rundflug, den das Pariser Journal unter der Spitzmarke: „L'aeroplane, instrument de Paix" veranstaltet, sind schon 400 000 Fr. Preise gezeichnet. Am Pfingstsonntag — 4. Juni — soll gestartet werden. Möge dann das Wort „instrument de paix" mit „feurigen Zungen" von Land zu Land erklingen.

Pazifistische Chronik.

25. Januar. Im amerikanischen Repräsentantenhaus wird eine Bill über die Inkorporation der Carnegie-Friedensstiftung eingebracht.

30. Januar. Gründung einer amerikanischen Friedensgesellschaft zu Yokohama, die sich die Aufgabe stellt, gemeinsam mit der japanischen Friedensgesellschaft für die japanisch-amerikanische Verständigung zu wirken.

Februar. Das Berner internationale Friedensbureau richtet an alle Regierungen das Ersuchen, die Taftsche Anregung im zustimmenden Sinne zu beantworten. — Russland richtet eine Drohnote an China, betreffs wichtiger Konzessionierung im Kuldscha-Gebiet. Befürchtung eines bewaffneten Zusammenstossens. — Friedliche Antwort der chinesischen Regierung auf die russische Drohnote. Der Konflikt nimmt friedliche Formen an. — Die Vereinigten Staaten akzeptieren den von der pan-amerikanischen Konferenz angenommene Schiedsvertrag für Geldansprüche. — Andrew Carnegie stellt der dänischen Regierung 100 000 Dollar für einen Heldenfonds zur Verfügung.

5. Februar. König Georg von England empfängt die deutschen Professoren Dr. Harnack und Dr. Spiecker, die als Delegierte des deutschen Komitees zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Kirchen Englands und Deutschlands in London erschienen waren und sagt ihnen, dass er es für seine Pflicht halte, in die Fusstapfen seines Vaters, des „Friedensstifter", zu treten

6. Februar. Grosse Friedenskundgebung der vereinigten Ausschüsse des deutsch-britischen Kirchenverbandes in London, unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury.

8. Februar. In der Budgetkommission des Reichstages fordern der nationalliberale und der fortschrittliche Vertreter Entgegenkommen der Regierung für die internationale Friedensbestrebungen und die Schiedsgerichtsfrage wie eine Flottenverständigung mit England.

9. Februar. Im englischen Unterhause interpellierte der Abgeordnete Byles die Regierung über den Stand der Aussprache mit Deutschland zwecks Ausgleichs der Kräfteverhältnisse zu Wasser und zu Lande. Der Regierungvertreter erwiderte, dass die unverbindlichen Pourparlers fortdauern.

11. Februar. Feierliche Ueberreichungeiner Ehren-Medaille an Baron d'Estournelles de Constant im französischen Staat.

13. Februar. Die ungarirche Sozialdemokratie veranstaltet in Budapest grosse Demonstrationsversammlungen gegen die neue Heeres- und Flottenvermehrung.

13.—18. Februar. In Washington findet eine pan-amerikanische Handelskonferenz statt.

15. Februar. Im Haag tritt das Schiedstribunal in der russisch-türkischen Streitfrage zusammen.

15. Februar. Im Haag tritt das Schiedstribunalin der Sarvakar-Angelegenheit zwischen Frankreich und England zusammen.

15.—17. Februar. Besuch König Peters von Serbien in Rom.

18. Februar. Der Heeresausschuss der österreichischen Delegation nimmt eine Resolution an, worin die Regierung aufgeforder wird, alle auf eine Abrüstung hinzielenden Bestrebungen zu unterstützen.

19. Februar. Im Heeresausschuss der österreichischen Delegation forderten die Delegierten Stanek und Sramek, Oesterreich-Ungarn solle die Abrüstungsfrage anregen.

20. Februar. In Berlin wird durch Professor Müncheberg der erste internationale Studentenverein ins Leben gerufen.

20. Februar. Im englischen Unterhause befragt der schottische Deputierte Duncan Pirie den Staatssekretär Sir Grey über Englands Stellung zu der von Taft angeregten Kommission zum Studieren der Rüstungen. Der Staatssekretär erklärt, der amerikanischen Regierung mitgeteilt zu haben, dass die englische Regierung den amerikanischen Vorschlag zu unterstützen bereit ist.

22. Februar. Jahresbankett der französischen Friedensgesellschaft unter dem Vorsitz des italienischen Botschafters Tittoni. Denkwürdige Reden, die den Erfolg der Friedenssache feststellten.

22. Februar. Der Mailänder „Secolo" macht den Vorschlag, die wirtschaftlichen Vereinigungen Oesterreichs und Italiens mögen die Initiative zur Besserung der Beziehungen beider Länder machen.

23. Februar. Beratung einer neuen Militärvorlage vom deutschen Reichstag. Die Vertreter des Zentrums (Abg. Spech) und der fortschrittlichen Volkspartei (Abg. Wiemer) fordern internationale Verständigung über die Rüstungen.

23. Februar. Rüstungsdebatte in der französ. Kammer. Ein Antrag des Sozialisten Sembat auf Verständigung über die Rüstungen mit Frankreich und England wird abgelehnt; ein Antrag Dumonts, die franz. Regierung möge dafür eintreten, dass die Frage der Rüstungsbeschränkung auf die Tagesordnung der nächsten Haager Konferenz gesetzt werde, wird angenommen.

23. Februar. In der österreichischen Delegation bekämpft der sozialistische Delegierte Sous koup die Rüstungskredite und tritt für ein internationales Rüstungsabkommen ein. Der Delegierte Delugan fordert, dass die Dreibundmächte die Initiative zu einer Rüstungsverständigung ergreifen. Ebenso trat der Delegierte Klofac für die Abrüstung ein.

23. Februar. Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Resolution angenommen, die den Präsidenten ermächtigt, die amerikanischen Vertreter auf der nächsten Haager Friedenskonferenz dahin zu instruieren, dass der Verzicht auf Eroberung durch internationalen Vertrag festgesetzt werde.

25. Februar. In der Plenarsitzung der österreichischen Delegationen wird einstimmig eine Resolution angenommen, worin die Regierung im Hinblick auf die Taftsche Anregung betreffs Einsetzung einer Rüstungskommission aufgefordert wird „alle geeigneten Mittel zu ergreifen, die die Erreichung dieses grossen Zieles fördern könnte."

28. Februar. In Bern findet die konstituierende Sitzung eines internationalen Sprachenamtes statt, das den Zweck hat, die allgemeine Einführung einer internationalen Hilfssprache auf dem Wege einer Regierungskonvention durchzuführen.

29. Februar. In der österreichischen Delegation fordert der Delegierte Sramek eine Initiative Oesterreich-Ungarns in der Abrüstungsfrage. Minister Graf Aehrenthal erklärt, dass er jede, praktischen Erfolg versprechende Anregung fördern werde.

29. Februar. Fällung des Urteils in der Sarvarkar-Angelegenheit vor dem Haager Tribunal zugunsten Englands.

1. März. Im Plenum der österr. Delegation tritt Deleg. Delugan für die Friedensidee und den Abrüstungsgedanken ein.

Aus der Zeit.

Völkerrecht.

Zur Londoner Seerechts-Deklaration.

Von Geh.-Rat Professor L. v. Bar, Göttingen.

Dem Herausgeber der „Friedens-Warte" ist folgendes Schreiben zugegangen:

Göttingen, 20. Febr. 1911.

Hochgeehrter Herr!

In Nr. 2, S. 54 der „Friedens-Warte" ist die Ansicht vertreten, daß es bedauerlich sein würde, wenn infolge einer in England und den englischen Kolonien eingetretenen Bewegung die englische Regierung den Beschlüssen der Londoner Seekriegsrechts-Konferenz die Ratifikation versagen würde.

Hier bin ich durchaus — im Interesse des Friedens und eines Einhaltens in der Steigerung der maritimen Rüstungen — anderer Ansicht. Die Beschlüsse der Konferenz sind in der besonders wichtigen Frage der Kriegskonterbande im äußersten Maße rückläufig, und man muß schon weit in der Geschichte zurückgehen, um eine Approbation solcher, Handel und Industrie schädigenden Beschränkungen und Vexationen zu finden, wie sie nach jenen Beschlüssen einer kriegführenden Macht zustehen sollen, und auch in anderer Beziehung gehen danach die Befugnisse einer kriegführenden Macht hinaus über dasjenige Maß, welches die moderne Doktrin meistens für richtig erklärt hat. Daß solche Schlüsse, wenn sie geltendes Recht werden sollten, unvermeidlich eine weitere Steigerung der maritimen Rüstungen zur Folge haben müssen, liegt meines Erachtens auf der Hand, und demgegenüber kommt die Errichtung eines internationalen Prisengerichtshofs mit einer keineswegs durchgreifenden, vielmehr sehr beschränkten Zuständigkeit um so weniger in Betracht, als ein Gerichtshof, der gezwungen ist, nach Rechtssätzen zu urteilen, die nur der Verschärfung des Beuterechts und der allgemeinen Erbitterung und Schädigung dienen können, im Interesse des Friedens zu wirken gewiß nicht imstande ist.

Ich halte daher die erwähnte gegen die Londoner Beschlüsse gerichtete Bewegung für durch-

aus angebracht, und wünsche, daß man auch im Deutschen Reiche und in Oesterreich bei Prüfung dieser Beschlüsse einer etwas schärferen Brille sich bedienen möchte. Man darf sich insbesondere nicht dadurch täuschen lassen, daß die Londoner Konferenz formell als Ausführung von Beschlüssen und Ansichten der Haager Konferenz erscheint. Auf der Haager Konferenz herrschte ein anderer Geist, als in den Beschlüssen der Londoner Konferenz.

In einem 1909 im Dezemberheft der „Deutschen Revue" erschienenen Aufsatze habe ich bereits kurz meine Bedenken gegen die Londoner Beschlüsse geltend gemacht.

In vorzüglicher Hochachtung
ergebenst
L. v. Bar.

☞

Die Eröffnung des russisch-türkischen Schiedsgerichts.
Von Dr. Hans Wehberg, Düsseldorf.

Zum ersten Male seit der Errichtung des Haager ständigen Schiedshofes tagten zu derselben Zeit gleichzeitig zwei Schiedsgerichte. Am 14. Februar hatte die Eröffnung des Savarkarschiedsgerichts stattgefunden, und bereits am folgenden Tage versammelten sich die Mitglieder des russisch-türkischen Schiedsgerichts zur feierlichen Eröffnungssitzung.

Auf den Gegenstand des Streites braucht hier nicht weiter eingegangen zu werden, da dies bereits in der Januarnummer 1911 der „Friedens-Warte" geschehen ist (vgl. über die Vorgeschichte des Streites auch „Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht", 1909, Seite 523 ff.). Hier interessiert zunächst die Zusammensetzung des Schiedsgerichts. Leider hat man nicht alle Mitglieder aus der Liste des Haager Schiedshofes gewählt, so daß der Streit dem Haager Hofe lediglich gemäß Artikel 47, Absatz 1 des Friedensrechtsabkommens überwiesen ist. Weiterhin hat man das Schiedsgericht aus zwei Türken, zwei Russen und einem Schweizer zusammengesetzt, so daß vier Nationale in dem Schiedsgerichte vertreten sind, was bisher noch niemals vor dem Haager Hofe geschehen ist. Dem Geiste des Friedensrechtsabkommens widerspricht diese Zusammensetzung vollkommen. Dies ist um so mehr bedauerlich, als bereits in dem Savarkarschiedsgericht und dem italienisch-peruanischen Schiedsgerichte je zwei Nationale sitzen. Rußland hat den Baron Taube, ständigen Beirat im Ministerium des Aeußeren und Mitglied der Londoner Seekriegskonferenz, sowie den ersten Dragoman bei der russischen Botschaft in Konstantinopel, Mandelstam, die Türkei die beiden juristischen Beiräte im Ministerium Herante Abro Bey und Réchid Bey zu Schiedsrichtern ernannt. Die Ernennung des Obmanns wurde dem schweizerischen Bundesrat übergeben, der den schweizerischen Gesandten in Paris, Exzellenz Lardy, gewählt hat. Lardy war bereits im Venezuelastreitfalle vom Kaiser von Rußland zum Schiedsrichter ernannt, hatte aber die Wahl abgelehnt, nachdem seine Regierung ebenfalls Forderungen gegen Venezuela geltend gemacht hatte. Nur Lardy und Baron Taube sind Mitglieder des Haager Schiedshofes. Rußland hat zum Agenten den Pariser Rechtsanwalt Fromageot, Mitglied der zweiten Haager Konferenz, ernannt, die Türkei zum Agenten den Pariser Anwalt Clunet, den Altmeister des internationalen Privatrechts, und zu Rechtsbeiständen die Pariser Anwälte Cruppi und Hesse.

Nach dem am 22. Juli/4. August 1910 zwischen den Parteien geschlossenen Kompromisse sollte das Schiedsgericht einen Monat nach der Wahl des Obmanns zusammentreten. Daher mußte das Schiedsgericht, obwohl die Sache noch lange nicht zur Verhandlung reif war, am 15. Februar zusammenkommen. Lardy wies bei der Eröffnung des Schiedsgerichts auf die Bedeutung der Schiedsgerichtsbarkeit für die Kantone der Schweiz in den früheren Zeiten und auf die hohe jetzige Bedeutung des Bundesgerichts hin, und warf die Frage auf, wie lange es wohl noch dauern würde, bis der Haager Schiedshof seine Entwicklung zu dem Bundesgericht der Völker vollendet habe. Auf der Tagesordnung stand lediglich die Verkündigung der Beschlüsse des Schiedsgerichts über prozessuale Fragen. Darnach sollen die Verhandlungen öffentlich sein. Die Parteien können die Plaidoyers auf ihre Kosten stenographieren lassen. Ein Schlußtermin für die Einreichung der Schriftsätze und Gegenschriftsätze wurde noch nicht festgesetzt. Rußland soll den ersten Schriftsatz bis zum 4. April 1911 einreichen. An der Eröffnungssitzung haben Asser, Beernaert und zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps teilgenommen.

Die Plaidoyers im russisch-türkischen Prozesse werden voraussichtlich erst zu Anfang des Jahres 1912 stattfinden.

Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

☞

Der russisch-chinesische Konflikt. :: :: :: :: :: :: ::

Durch eine Drohnote, die die russische Regierung Mitte Februar an die chinesische Regierung richtete, wurde die internationale Politik wieder einmal auf das heftigste beunruhigt. Vermutete man doch, daß das brutale, allen Gepflogenheiten Hohn sprechende Vorgehen des russischen Kabinetts das Ergebnis jener Abkommen mit Japan und Deutschland seien, die dem Zarenreich zu einer sogenannten „aktiven" Politik in China freie Hand gewährt haben dürften.

Die Petersburger Regierung, die eine Ausdehnung ihrer Besitzsphäre nach der chinesischen Ili-Provinz anstrebt, wird daran durch den Ablauf des mit China im Jahre 1881 abgeschlossenen Kuldscha-Vertrages gehindert. Dieser Vertrag ist den Chinesen im Jahre 1871 durch eine Kriegsdrohung abgezwungen worden. Die Ili-Provinz, die seit jeher den Chinesen gehörte, wurde 1871 anläßlich eines Mongolenaufstandes

von den Russen besetzt, die sich verpflichteten, die Provinz nach der Unterdrückung des Aufstandes wieder zu räumen. In Wirklichkeit bequemte sich Rußland erst zehn Jahre später dazu, seine Truppen aus der Ili-Provinz zurückzuziehen, und erzwang bei dieser Gelegenheit von China den Kuldscha-Vertrag, der den Russen sehr erhebliche „Entschädigungen" für die Räumung der Provinz zusprach. Die Russen erhielten ganz außerordentliche Rechte für die Ili-Provinz und die ganze Mongolei. Vertragsmäßig haben beide Teile das Recht, den Ende August dieses Jahres ablaufenden Kuldscha-Vertrag sechs Monate zuvor, also schon Ende Februar, zu revidieren und Abänderungsvorschläge zu machen, die einem neuen Vertrage als Grundlage dienen sollen. Chinas Verhalten weist deutlich darauf hin, daß es eine gründliche Revision des Vertrages anstrebt. Davon will Rußland jedoch nichts wissen. Es will auf seine vorteilhafte Stellung in der westlichen Mongolei und den Grenzgebieten um keinen Preis verzichten, eine Stellung, die es auch als politische Aktionsbasis für sein weiteres Vordringen ostwärts in die Mongolei dringend benötigt.

Durch die Drohnote, die einem Ultimatum gleichkam, richtete die russische Regierung an die chinesische die brüske Aufforderung, ihre verschiedenen Forderungen zu erfüllen, widrigenfalls die Regierung des Zaren zur Selbsthilfe schreiten wolle.

Die Antwort Chinas war im freundschaftlichen Ton gehalten, lehnte jedoch einen Teil der Forderungen ab.

Unter früheren Verhältnissen hätte dies den Krieg bedeutet. Die öffentliche Meinung Europas hat sich aber derart mächtig auf die Seite Chinas gestellt, daß es heute für ausgeschlossen gilt, daß Rußland den Streit bis auf die Spitze treiben werde. Der Krieg erscheint ausgeschlossen, und der freundlichen Vermittlung der Mächte dürfte es bald gelingen, den Konflikt beizulegen.

Ein dem englischen Auswärtigen Amt unterstehender Journalist, Lucien Wolf, schrieb im Daily Graphic vom 18. Februar:

„Es wäre selbst in der dunklen Geschichte der moskowitischen Eroberungen schwer, eine zynischere Mißachtung des Völkerrechts und der moralischen Grundsätze, auf denen es sich aufbaut, zu finden, als das Vorgehen Rußlands gegen China. In einer Zeit tiefsten Friedens, ohne die geringste Provokation, will Rußland in das Gebiet eines benachbarten Souveräns eindringen und es einstecken. Die Andeutung, daß die Hoheitsrechte Chinas über die Ili-Provinz zweifelhaft sind, hält keiner Prüfung stand. Rußland hat diese Rechte selbst als unanfechtbar erkannt, als es im Jahre 1881, nach zehnjähriger rechtswidriger Besetzung, die Ili-Provinz widerstrebend den Chinesen zurückgab. Ebenso fadenscheinig und unhaltbar sind die Vorwände, mit denen Rußland sein Vorgehen gegen China bemänteln möchte. Alle Bedingungen, die Rußland 1881 (im Kuldscha-Vertrage) der chinesischen Regierung erpreßt hat, sind von China pünktlich und gewissenhaft erfüllt worden."

Das sind die Ansichten, die die Kulturwelt teilt. Und gegen die Macht der internationalen öffentlichen Meinung vermag selbst der Zar nichts auszurichten.

Die Fischereifrage im weißen Meer. :: :: :: :: :: ::

Den Protesten Groß-Britanniens gegen die eigenmächtige Erwerbung der Seehoheit auf 12 Seemeilen seitens Rußlands haben sich Deutschland, Japan und die Vereinigten Staaten angeschlossen. (Timesmeldung aus Petersburg vom 16. Februar.) Es ist bereits die Rede davon, die Angelegenheit durch eine internationale Konferenz zu regeln. Norwegen scheint sich den Protesten nicht angeschlossen zu haben, da es durch Gegenmaßnahmen an der Küste von Finmarken gegen Rußland Retorsion zu üben in der Lage ist. „Aftenposten" weist darauf hin, daß die Mächte vor einigen Jahren der spanischen Regierung die Anerkennung zu einer Erweiterung der See-Territorialgrenze versagten.

Zur Frage einer internationalen Völkerrechtsschule.

Die anläßlich der Frage einer Völkerrechtshochschule aufgetauchte Idee, daß hervorragende Völkerrechtsgelehrte, die einen dauernden Aufenthalt in Holland nicht nehmen wollen, wenigstens vorübergehend über ein völkerrechtliches Thema Vorlesungen halten sollen, wird sich vor allem während der Tagung von Schiedsgerichten und Staatenkongressen im Haag verwirklichen lassen. Es ist ja bekannt, daß während der beiden Haager Friedenskonferenzen verschiedene derartige Vorträge stattgefunden haben, wenn auch nicht direkt von Völkerrechtslehrern, so doch von anderen im öffentlichen Leben der Gegenwart stehenden Männern. Namentlich das „Vorbereitende Bureau der Stiftung für Internationalismus" hat sich zur Zeit der zweiten Friedenskonferenz durch Organisierung derartiger Vorträge verdient gemacht. Ich glaube, auch die neue Völkerrechtshochschule wird nicht versäumen dürfen, über die Grenzgebiete des internationalen Rechts Vorlesungen von Nicht-Professoren halten zu lassen. Sie wird sicherlich auch Männer wie Stead, d'Estournelles usw. heranziehen müssen, damit die Begeisterung dieser Vorkämpfer für den Fortschritt des internationalen Rechts seinen Einfluß auf die Professoren der Universität ausübt. Denn nur zu groß ist leider heutzutage die Zahl der Professoren, die sich nur um das gegenwärtig vorhandene Recht kümmern und der Frage der Fortbildung des Völkerrechts mit vollster Verständnislosigkeit gegenüberstehen. Nur mit Entsetzen erinnere ich mich des ersten, wöchentlich vierstündigen Kollegs über Völkerrecht, das ich an einer kleineren deutschen Universität vor dem Besuche der Universität Bonn im Sommer 1906 gehört habe. Die ganze Materie wurde immer in demselben langweiligen Tone abgelesen.

An keiner Stelle aber wurde auch nur der Versuch gemacht, bei den Hörern Interesse und Begeisterung für den Stoff zu erwecken. Da waren doch die meisten meiner früheren Gymnasialprofessoren ganz andere Männer. Die lasen ihre Vorträge nicht ab, aber was sie — ich denke z. B. an die Geschichtslehrer — sagten, kam von Herzen, und ich habe keinen Universitätsprofessor später gehört, der so aus innerer Ueberzeugung heraus gesprochen hätte. Wie mancher von jenen Philologen zitterte vor innerer Erregung, wenn er z. B. von den Kriegen Friedrichs des Großen, von den Befreiungskämpfen Preußens aus der Napoleonschen Knechtschaft usw. sprach, und diese Stunden bildeten für alle wertvolle innere Erlebnisse. Vergleiche ich damit die Zeit meiner Universitätsjahre, so stelle ich fest, daß mir der Besuch von Kollegs im Vergleiche zu den Stunden auf dem Gymnasium so gut wie nichts gegeben hat. Wenn einige ihre Kollegs wörtlich ablesen, so kann ich deren Weisheit ebenso gut aus Lehrbüchern lernen und spare dabei noch die Mühe des Mitschreibens. Was der Student an den Universitäten sucht, ist vor allem Anregung, Begeisterung und Liebe zu einer Idee. Man gibt ihm aber in vielen Fällen Steine statt Brot. Das ist unverantwortlich. Die Studentenjahre sind die wichtigsten für die Entwicklung eines Menschen, und man sollte daher nicht dulden, daß die Vorlesungen von Männern abgehalten werden, die kein Herz für die großen Fragen der Fortentwicklung der Menschheit haben. Diese Punkte wären vor allem auch zu berücksichtigen, wenn binnen kurzem in Preußen und anderen deutschen Bundesstaaten Völkerrechtshochschulen errichtet werden, worüber Verhandlungen bereits im Gange sind.

Das erste Mitglied eines internationalen Schiedsgerichts, das während der Tagung des Schiedsgerichts eine Vorlesung abgehalten hat, ist Professor Renault, der zwei Tage vor der Verkündigung des Urteils im Savarkarprozesse in Leiden einen Vortrag über internationale Schiedsgerichtsbarkeit hielt, der gut besucht war.

Es sei noch erwähnt, daß das grundlegende Projekt, das den Beratungen des Komitees zur Errichtung einer Völkerrechtshochschule zugrunde liegt, wiederum wie zur Zeit vor der zweiten Friedenskonferenz von Professor Otfried Nippold stammt.

Dr. Hans Wehberg.

Unbeachtete Arbeiten über die Haager Friedenskonferenz. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Als Professor Meurer 1905 den ersten Band seines Werkes über die Haager Friedenskonferenz herausgab, war die Literatur über das Haager Friedensrecht nicht allzu groß, außer den deutschen Werken von Fried und Suttner und den Aufsätzen von Zorn, Lammasch und v. Stengel, kamen nur noch die ausländischen Werke von Mérignhac, Holls, de Lapradelle, Stead und Perris in Betracht. Seit 1905, und namentlich seit der zweiten Haager Konferenz, ist das Material in erheblichem Umfange gewachsen, so daß verschiedentlich recht tüchtige ausländische Literatur übersehen wird. Die deutschen Schriftsteller sind aber auf die fremdsprachlichen Werke um so mehr angewiesen, als die deutsche Literatur bezüglich des Friedensrechts viel weniger umfangreich ist als die kriegsrechtliche. Nicht recht verständlich ist es namentlich, warum bei Dissertationen das kriegsrechtliche Gebiet in einer ganz unzulässigen Weise bevorzugt wird. Mir ist keine einzige rein friedensrechtliche Dissertation bekannt, obwohl die Zahl der kriegsrechtlichen seit 1899 nach Dutzenden zählt.*)

Von den Arbeiten, denen ich in Deutschland eine größere Verbreitung wünsche, erwähne ich zunächst das Buch „De Haagsche Overeenkomst betreffende de vreedzame beslichting van Internationale geschillen, en het Permanente Hof van Arbitrage" (Deel I. Rhenen, 1907, 552 S.) von Edgar de Melville, ein Pseudonym für den bekannten holländischen Publizisten van der Mandere. Dieses Werk ist allerdings nicht vollständig, da der zweite Teil bisher noch nicht erschienen ist und wohl auch nicht mehr erscheinen dürfte. Es ist namentlich vom historischen Standpunkte sehr beachtenswert, weil der Verfasser eine Darstellung des Vermittlungsrechtes und der Untersuchungskommissionen in Verbindung mit zahlreichen neueren historischen Ereignissen gibt. Es ist kurz vor der zweiten Haager Konferenz publiziert worden und enthält also die Neuerungen von 1907 noch nicht. Auch die Schiedsgerichtsbarkeit ist in dem Buche nicht behandelt. Was aber darin von der Vermittlung und den Untersuchungskommissionen gesagt ist, gehört zu dem Besten in der Weltliteratur. Der Verfasser steht Asser und de Beaufort nahe, und so weiß er zahlreiche Einzelheiten wiederzugeben, die in den offiziellen Protokollen nicht enthalten sind. In der holländischen Wochenschrift „Eigen Haard" (Amsterdam) hat van der Mandere am 19. November 1910 eine ausführliche Darstellung über „Het permanente Hof van Arbitrage en zijne werking" (mit zahlreichen Illustrationen) begonnen, die schon durch zahlreiche Nummern der Zeitschrift läuft, ohne bisher ihren Abschluß gefunden zu haben. Auch diese Arbeit darf nicht übergangen werden, weil der Verfasser in nahen Beziehungen zum internationalen Bureau des Schiedshofes steht. Van der Mandere hat auch eine gute Biographie von Asser herausgegeben (Haarlem, 1910).

Von weiteren Arbeiten der holländischen Literatur nenne ich nur noch den sehr gut geschriebenen 110 seitigen Aufsatz, den der holländische General den Beer Poortugael, Delegierter der Haager Friedenskonferenz, in der Monatsschrift „Onze Eeuw" (Haarlem, Maart, April und Mei 1908) veröffentlicht hat. Der

*) Oho! Die Marburger Dissertationen aus Schückings Schülerkreis sind nicht zu vergessen! Fr.-W.

Verfasser weiß namentlich über seine persönlichen Erinnerungen an Männer der zweiten Friedenskonferenz sehr interessant zu erzählen. Auch wissenschaftlich sind viele seiner Ansichten recht beachtenswert. Der warme Ton, in dem den Beer Poortugael jene großen Ziele der zweiten Haager Konferenz behandelt, berührt überaus sympathisch.

Die großen Werke der französischen, englischen und amerikanischen Literatur über das Haager Friedensrecht sind viel zu bekannt, als daß sie hier auch nur mit ihrem Namen genannt zu werden brauchten. Wenig beachtet in Deutschland ist dagegen wieder ein Werk der griechischen Literatur, nämlich „Die zweite Haager Friedenskonferenz von 1907", I. Teil: Das Friedensrecht. (Athen, 1908, 203 S.; in neugriechischer Sprache) von Diomedes, Privatdozent an der Universität Athen. In diesem Buche ist eine eingehende Darstellung der beiden Haager Friedensrechtsabkommen enthalten. Die Durcharbeit eines griechischen Werkes ist freilich nicht jedem möglich, und ich möchte dringend wünschen, daß dieses Buch einen Uebersetzer in die deutsche oder französische Sprache findet. Recht beachtenswert sind auch der ausführliche Generalbericht Streits an die griechische Regierung über die zweite Haager Konferenz (Athen, 1908), sowie ein 1910 in einer russischen Zeitschrift erschienener 60 seitiger Aufsatz von Polic über die erste Haager Konferenz.

Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Groß-Britannien, das sich geweigert hatte, gewisse deutsche Entschädigungsansprüche für Verluste aus dem Burenkrieg dem Schiedsspruch eines Haager Tribunals zu unterwerfen, da diese bereits der südafrikanischen Entschädigungs-Kommission vorgelegen hatten, hat sich einverstanden erklärt, gewisse andere Ansprüche, die jene Kommission noch nicht geprüft hat, dem Haager Hofe zur Entscheidung vorzulegen. — Die zwischen Argentinien und Bolivien entstandenen Schwierigkeiten, die durch die Mißstimmung der Regierung Boliviens anläßlich der Schiedsentscheidung des Präsidenten Alcorta von Argentinien in der bolivisch-peruanischen Grenzstreitigkeit entstanden waren, sind beigelegt worden. Die diplomatischen Beziehungen beider Länder wurden wieder aufgenommen. — Innerhalb der letzten zwei Jahre sind zwischen Canada und den Vereinigten Staaten nicht weniger als neun Streitfälle auf dem Wege der Verhandlung und durch Abkommen geschlichtet worden. — San Domingo hat den Vorschlag Haitys auf schiedsgerichtliche Regelung des Grenzstreites (Ende Januar) angenommen. — In der Alsop-Streitfrage zwischen den Vereinigten Staaten und Chile sind die Prozeßakten und Repliken in die Hände König Georgs von England gelangt, der durch das Kompromiß zum Schiedsrichter bestimmt wurde.

Rüstungsproblem.

Auflehnung gegen das Anwachsen der Rüstungslasten in Oesterreich. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die „Fachzeitschrift der k. k. Rechnungsbeamten", das Organ des Vereins der Staats-Rechnungsbeamten, veröffentlicht in seiner Nummer 4 vom 15. Februar d. J. einen vielbemerkten Artikel über den österreichischen Staatshaushalt, indem das Anwachsen der Rüstungsforderungen einer einschneidenden Kritik unterzogen wird.

Die übergroße Teuerung der Lebensbedürfnisse wirkt in erster Linie auf jene Kreise drückend ein, die, wie die Beamten, nicht in der Lage sind, ihr Einkommen zu erhöhen. Dadurch ist gerade innerhalb der Beamten des Staates eine mächtige Bewegung entstanden, die es sich zur Aufgabe macht, dem Uebel der Teuerung auf den Grund zu gehen. Es ist nicht zu verwundern, daß die Beamten dabei alsbald darauf aufmerksam wurden, daß es die Rüstungslasten, die Vergeudung der Staatskräfte für diese unproduktiven Ausgaben sind, die jene Teurung verursachen. Der vorliegende Artikel weist dies durch eine detaillierte Darstellung des Staatshaushalts nach.

Nach einer zahlenmäßigen Aufstellung der Staatseinnahmen und -Ausgaben weist der anonyme Verfasser nach, daß die Hälfte der gesamten Staatsgelder teils zur Vorbereitung für künftige Kriege, teils zur Bezahlung der vergangenen Kriege verwendet wird. Er gelangt zu dem Ausruf: „So kann es nicht weiter gehen, es muß ein Wandel eintreten bei uns und allerwärts." Der Verfasser weist auf die Friedensidee hin und sagt dann:

„Der Selbsterhaltungstrieb sowohl als auch das Wohl des Gesamtvolkes, dessen Teil wir doch sind, erfordern es unter solchen Verhältnissen gebieterisch, daß jeder einzelne Staatsbeamte zum begeisterten und unermüdlichen Kämpfer werde für die Idee des Pazifismus, daß er als solcher mit allen seinen Kräften beitrage zur weitesten Verbreitung derselben in allen Schichten der Bevölkerung, damit bei kommenden Wahlen die zu Wählenden von ihren Mandataren bindend verpflichtet werden, jedwede Mehrforderung für Rüstungszwecke absolut zu verweigern, dagegen darauf zu dringen, daß die Regierung sich eingehend mit der Frage der Einschränkung der Rüstungen befasse und alle dahin abzielenden Bestrebungen und Anregungen auf das tatkräftigste unterstütze.

Aber auch schon heute wird das Verhalten der Abgeordneten, bzw. der Delegierten einen Maßstab dafür abgeben, welchen Wert deren oft wiederholte Versicherungen, für die als berechtigt anerkannten Forderungen der Staatsbeamten einzutreten, in Mehrheit besitzt. Die ablehnende Haltung der Regierung diesen Forderungen gegenüber unter Hinweis auf die bud-

getäre Lage muß die Abgeordneten geradezu herausfordern, zu erklären, daß es geradezu ein Unding ist, einerseits solch enorme Summen zu verlangen und andererseits verhältnismäßig geringe Beträge zu verweigern. Entweder restringiere man die ersteren insoweit, als dies zur Bedeckung der letzteren nötig ist, oder aber man bewillige jene nur unter der Bedingung, daß auch für diese Zwecke die erforderlichen Beträge flüssig gemacht werden.

Eine Staatsbeamtenschaft, welche, rastlos und außerdem materiell an dem äußersten Rande des Verderbens stehend, um alle ihre Hoffnungen und die Früchte jahrzehntelangen Ringens in letzter Stunde sich betrogen sieht, dient gewiß nicht zum Wohle des Staates und die Befriedigung der Wünsche derselben ist zumindestens für den Staat ebenso dringend notwendig, wie ein „schlagfertiges Heer" und eine „leistungsfähige Kriegsmarine"."

— So stehen die Dinge!

Das sind nicht revoltierende Arbeiter, das sind die Stützen des Staates, die Beamten des Staates! Ihr Auftreten beweist, wie sehr die Regierung mit der Förderung des Rüstungswahnes die Empörung der Bevölkerung hervorrief. Die Delegationen haben die Millionen zwar bewilligt, aber wer sind denn die Delegationen. Vom Volke wurden sie nicht berufen. Das Volk hat die Rüstungskosten abgelehnt.

Im übrigen muß die Regierung froh sein, daß sich ihre Beamten dem Pazifismus zuwenden statt der Sozialdemokratie. Der Pazifismus erweist sich hier wiederum als staatsrettendes Ventil.

Verschiedenes.

Die „Cosmopolitan-Clubs" in Deutschland. :: :: :: ::

Ein wichtiges Ereignis ist zu melden: Die Gründung des ersten „Cosmopolitan-Clubs" in Deutschland.

Dieses hervorragende Produkt des amerikanischen Pazifismus auf deutsche Erde übertragen zu haben, ist das Verdienst des diesjährigen Austausch-Professors von der Harvard-Universität, des Deutsch-Amerikaners Professor Dr. Münsterberg aus Boston.

Der deutsche „Cosmopolitan-Club" nennt sich „Internationaler Studenten-Verein". Er wurde am 28. Februar durch eine Versammlung in Berlin eröffnet. Bei dieser wurden die Satzungen für den neuen Verein vorgelegt, nach denen dieser hauptsächlich die Aufgabe haben soll, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen ausländischen und deutschen Studenten zu fördern und ihnen das Verständnis für fremde Kultur zu erleichtern. Jedoch sind die studierenden Frauen von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden Dr. Georg Rasmuth von der amerikanischen Cornell-Universität nahm Professor Dr. Hugo Münsterberg das Wort zu einem Vortrage über „Internationale Kulturbeziehungen und nationales Bewußtsein".

Er schilderte die Entstehung des Vereins, der den zahlreichen in Blüte stehenden Cosmopolitan-Clubs der amerikanischen Universitäten nachgebildet ist, und betonte, daß die Ziele der neuen Vereinigung in keiner Weise kollidierten mit der Liebe zur eigenen Nation. Politische und religiöse Streitfragen müßten unter allen Umständen ausgeschlossen sein. Indessen wolle man danach trachten, bei den ausländischen Studenten, die in Berlin weilen, das Verständnis für die deutsche Kultur zu erwecken, die sich von den Kulturen der anderen Länder in sehr wesentlichen Punkten unterscheide. Darum seien die Studenten aller Nationen herzlich willkommen, sowohl als Gebende wie als Nehmende. Darauf stellte der Vorsitzende fest, daß 22 verschiedene Nationen in der Versammlung vertreten seien, sogar aus China, Japan, Südafrika, Aegypten, Chile usw. wären Studenten anwesend. Im Anschluß daran hielten zahlreiche studierende Ausländer Ansprachen, in denen sie ihre Landsleute willkommen hießen und zum Anschluß an die Vereinigung aufforderten. An die Versammlung schloß sich ein gemütliches Beisammensein.

Es ist zu hoffen, daß die „Internationalen Studentenvereine" in Deutschland ebenso rasch aufblühen werden, wie es bei den „Cosmopolitan-Clubs" in den Vereinigten Staaten der Fall ist. Am 12. März 1903 wurde der erste dieser Klubs von Louis P. Lochner an der Universität von Wisconsin in bescheidenster Weise ins Leben gerufen. Sechzehn Ausländer und zwei Amerikaner waren die ersten Mitglieder. Mittlerweile haben sich nach dem Berichte Lochners auf der letzten Lake Mohonte-Konferenz (Mai 1910) an 24 amerikanischen Hochschulen solche Klubs gebildet, die 2500 Studenten zu ihren Mitgliedern zählen, durch die nicht weniger als 55 Nationen vertreten werden.

Die amerikanischen „Cosmopolitan-Clubs" haben es sich zur Aufgabe gemacht, den ihrer Vereinigung zugrundeliegenden Gedanken (ihr Motto lautet: „Ueber allen Nationen steht die Menschheit") auch in anderen Ländern zu verwirklichen, um schließlich zu einem Weltbunde der Studentenschaft zu gelangen. Der Gedanke, der ihm zugrunde liegt, ist der des Friedens und der internationalen Verständigung. Internationale Freundschaften anzuknüpfen und die Ideen des Friedens und der Schiedsgerichtsbarkeit zu fördern ist ihr eingestandener Hauptzweck. Die meisten dieser Klubs haben komfortable Klubhäuser, wo die Studenten der verschiedensten Rassen und Nationen freundschaftlich zusammenkommen. Es wird nicht im Uebermaß getrunken, noch wird das (in Amerika gänzlich unbekannte) Duell gepflegt. Die Zusammenkünfte werden in mannigfacher Weise ausgefüllt. So gibt es sogenannte „National-Nächte". Bei diesen hält der Vertreter irgendeiner Nation, möglichst am

Vorabende des Nationalfesttages der betreffenden Nation, einen Vortrag über die Sitten und Gepflogenheiten seiner Heimat. Nationale Musikstücke werden gespielt und nationale Gesänge gesungen. Nationale Dichter werden rezitiert. „Im Verlaufe dieser National-Nächte", berichtet Lochner, „haben unsere Kameraden eine bessere Einsicht in die Lebensweise, Sitten und Anschauungen der verschiedenen Völker erhalten als durch die oftmals gefärbten Berichte der Reisenden. Sie haben dabei Sympathie mit der Religion, Nationalität, den politischen Anschauungen, dem sozialen Rang ihrer Kameraden bekommen."

Wer sich eingehend über die „Cosmopolitan-Clubs" orientieren will, findet das einschlägige Material in der Zeitschrift „The Cosmopolitan-Student", die P. Lochner in Madison, Wiskonsin, U. St., Am., herausgibt. (Erscheint monatlich mit Ausnahme der Ferien-Monate. 1 Dollar jährlich), wie u. a. des ebenda erscheinenden „The Cosmopolitan Annual".

Hoffentlich wird diese Bewegung in Deutschland auch jene umfangreiche finanzielle Unterstützung finden, die sie in Amerika gefunden hat. Im Frühsommer dieses Jahres wird übrigens Edwin D. Mead, einer der Hauptförderer der Cosmopolitan-Bewegung in den Vereinigten Staaten, nach Europa kommen, um an den Universitäten Vorträge über die Friedensbewegung und über die Tätigkeit der Cosmopolitan-Clubs zu halten. Anfragen vermittelt die Redaktion der „Friedens-Warte".

Graf Albert Apponyi in Amerika. :: :: :: :: :: :: :: ::

Graf Albert Apponyi wird jenseits des Ozeans als der „Ehrengast der Vereinigten Staaten" empfangen und behandelt. Zu seinem Besuch ist er von dem Verein „Civic Forum" und dem unter Carnegies Präsidentschaft stehenden New Yorker Friedensverein aufgefordert worden, aber die Honneurs werden ihm von den Spitzen der Regierung in Washington und von den Spitzen jeder Stadt gemacht, in die er kommt. Als er das Repräsentantenhaus besuchte, um einer Sitzung beizuwohnen, wurde vorerst ihm zu Ehren die Sitzung auf 15 Minuten unterbrochen, der Präsident hielt eine Willkommensansprache. Darauf antwortete Graf Apponyi mit einer Dankesrede, in der er u. a. sagte:

„Ich weiß, daß Sie sich im Innern fragen: ‚Was hat die alte Welt der neuen zu sagen?' Nun denn, meine Herren, ich denke, es ist ungefähr dies: Sie kommen gleichfalls aus der alten Welt. Sie waren unter einem glücklichen Stern geboren. Die alte Welt besaß eine Erbschaft von Ueberlieferungen, die ihr Stolz und ihre Würde waren. Als Ihre Vorfahren die alte Welt verließen, hatten sie den Vorzug, ihre besten Traditionen mitnehmen und ihre Lasten zurücklassen zu können. Sie nahmen das Beste mit sich, was die alte Welt in jenen Tagen erreicht hatte, und dazu die gesunden kräftigen Ueberlieferungen der Freiheit. Diese haben Sie entwickelt und sie den Bedingungen angepaßt, die Sie in der neuen Halbkugel angetroffen haben. Sie waren Leute, die alles, was es Lästiges an Ueberlieferungen gab, hinter sich gelassen haben. Die gegenseitigen Feindseligkeiten und das gegenseitige Mißtrauen, der Ruf nach Blut — das alles konnten Sie hinter sich lassen.

Meine Herren, Sie fühlen es lebhafter, als ich es auszudrücken vermag, daß diese glückliche Lage Ihnen eine große Verantwortlichkeit auferlegt; und wenn ich hier für die alte Welt reden soll, so sage ich dieses: Wir von der alten Welt, die wir uns danach sehnen, aus der verzehrenden Vergeudung herauszukommen, die uns der alte Geist von Feindschaft und Mißtrauen auferlegt, wir wenden uns an Sie, die Sie, wenn vielleicht auch noch nicht das feste Ufer, so doch schon den Ufersand unter den Füßen fühlen, wir wenden uns an Sie, daß Sie uns helfen mögen, jene unselige Erbschaft von Haß und Krieg, von Feindschaft zwischen Menschen, die Brüder sein sollten, abzuwälzen.

Dies ist der Gegenstand meiner Mission in Amerika, dies ist, was der Geist der alten dem Geiste der neuen Welt zu sagen hat."

Friedensminister und Kriegsminister. :: :: :: :: :: ::

In einem Andrew Carnegie gewidmeten „Universeller Frieden; Krieg ist Mesmerismus" betitelten Buche, welches demnächst von der Bankers' Publishing Co. veröffentlicht werden wird, macht Arthur E. Stilwell, der Präsident der Kansas City, Mexico & Orient-Eisenbahn, den Vorschlag, daß jede Nation anstatt eines Kriegsminister einen Friedensminister einsetzen soll, dessen Pflicht es sein soll, alles zu tun, um Krieg zu vermeiden. Diese Friedensminister sollen einen gemeinsamen internationalen Friedensrat bilden, um die Verbrüderung aller Nationen der Welt zu sichern.

Der „haute finance", welche die Macht hinter jedem Throne in Europa bilde, läge die Verpflichtung ob, kein Geld für Kriege herzugeben.

Wenn jetzt eine Nation ihren Nachbar mit Krieg überziehen wolle und finde, daß sie so mit Schulden überbürdet sei, um sich ihrer Kriegs- und Flotten-Macht nicht bedienen zu können, so wende sie sich an die großen Bankiers und borge sich das erforderliche Kapital von ihnen.

Die großen Nationen der Welt gäben jetzt jedes Jahr ca. 2 300 000 000 $ für 36 „Dreadnoughts" aus, und dabei seien alle diese Zerstörungsmaschinen fast schon an dem Tage ihrer Vollendung antiquiert.

Der Autor wendet sich in mehreren Kapiteln direkt an Kaiser Wilhelm, König Georg und den Zaren Nikolaus.

Herr Stilwell tritt dann für Wahl eines Kaufmannes zum Präsidenten der Vereinigten Staaten ein, verdammt die Bewegung zur Be-

festigung des Panamakanals, und bezeichnet den Wunsch nach Krieg als „nationale Indigestion".

Mittelalter. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Im „Tag" vom 25. Februar lesen wir den nachstehenden interessanten Bericht:

„Die Wirkung des Krieges auf Kunst, Literatur, Volkswirtschaft und Staatenbildung" war das Thema eines Lichtbildervortrages, den Leutnant a. D. Kuhn im Zentral-Verein der Konservativen vom Potsdamer Tor hielt. Der Vortragende begann mit der Schilderung der großen Schlachten des griechischen und römischen Altertums, besprach die kriegerischen Ereignisse des Mittelalters und endlich die gewaltigen Waffengänge der Jahre 1864/66 und 1870, indem er auf den großen ethischen Wert des Schwertes hinwies. Kuhn meinte, daß das Wort des großen Denkers Moltke: „Der ewige Friede ist ein Traum und dazu kein schöner" unbedingt richtig ist, und erläuterte an zahlreichen Beispielen, welchen Aufschwung Kunst und Literatur nach den großen Feldzügen aller Zeiten genommen, wie die Wissenschaft aufgeblüht sei usw., der Vortragende erinnerte an Walther von der Vogelweide, die Dichter der Freiheitskriege u. a. Für die wirklich großen Ereignisse auf der Völker-Bühne sei noch stets die Schärfe des Schwertes entscheidend gewesen. — An der Hand vorzüglicher Lichtbilder wußte der Vortragende seine Hörer bis zum letzten Wort zu fesseln. Es wäre zu wünschen, daß weitesten Kreisen unserer Jugend Gelegenheit geboten würde, jene von echter Vaterlandsliebe durchwehten Ausführungen des Herrn Kuhn zu hören."

Der Menschheit ganzer Jammer faßt einen an ob solcher Naivität. Also 10 Milliarden riskieren, 200 000 Menschenleben opfern, der Gefahr laufen, die Stellung der Nation im internationalen Verbande auf Jahrhunderte zu untergraben, um ein paar Dichter oder Maler zu begeistern!

Und das nennt der Berichterstatter „von echter Vaterlandsliebe durchwehte Ausführungen". Wo nimmt man das Fleckwasser her, um unsere Kultur, unser Zeitalter von solchen Besudelungen zu reinigen?

Aus der Bewegung.

Von der interparlamentarischen Union. :: :: :: :: :: ::

Das Generalsekretariat versendet den Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1910, der einen äußerst interessanten Ueberblick über die Tätigkeit dieser neuen Einrichtung gibt. Man sieht daraus, was geleistet werden kann, wenn das Vorhandensein der nötigen finanziellen Mittel mit der geeigneten Persönlichkeit zusammentrifft.

Die finanzielle Situation stellt sich für 1910 mit 85 465,23 Fr. Einnahmen, denen 39 009,45 Fr. Ausgaben gegenüberstehen, so daß ein Aktiv-Saldo von 46 455,78 Fr. verblieb. Die zu erwartenden Eingänge betragen für 1911 84 000 Fr. zuzüglich des Aktiv-Saldos von 1910 wird die Union demnach im laufenden Rechnungsjahr über die Summe von 130 455,78 Fr. verfügen. Man sieht, daß das Berner Friedensbureau trotz des Nobelpreises in der Höhe von 195 000 Fr. doch nicht im entferntesten die „Bewegungsfreiheit" der Interparlamentarischen Union besitzen wird. Noch dazu, wenn die Anschauung der deutschen Bureaumitglieder, die nur die Zinsen des Nobelpreis-Kapitals in Verwendung genommen sehen wollen, durchdringen sollte.

Zu den Eingängen für die Interparlamentarische Union tragen im Jahre 1911 15 Staaten bei, und zwar:

Oesterreich	3147,95
Belgien	2000,00
Dänemark	1012,48
Frankreich	7000,00
Griechenland	499,80
Ungarn	3137,50
Italien	3000,00
Norwegen	1038,58
Schweden	1039,25
Großbritannien	7500,00
Portugal	1000,00
Rumänien	1964,60
Vereinigte Staaten	12 600,00
Spanien	4500,00
Deutschland	6250,00
Insgesamt	55 690,00

an staatlichen Subventionen.

Die Union umfaßt zurzeit Gruppen in den Parlamenten von 21 Ländern, und zwar in

Deutschland	160	Mitglieder
den Vereinigten Staaten	190	„
Belgien	197	„
Dänemark	172	„
Spanien	26	„
Frankreich	515	„
Großbritannien	245	„
Ungarn	202	„
Italien	218	„
Japan	12	„
Norwegen	143	„
Niederlande	109	„
Portugal	83	„
Rumänien	81	„
Rußland	136	„
Serbien	18	„
Schweden	187	„
Schweiz	43	„
Türkei	77	„

Nicht ermittelbar ist die Zahl der Gruppenmitglieder aus dem österreichischen und aus dem griechischen Parlament.

Im Jahre 1910 hat der Generalsekretär der Union die Gruppen in Deutschland, Rußland, Schweden, Norwegen, Holland, Frankreich, Portugal und Spanien besucht. Augenblicklich befindet sich Herr Lange auf einer Rundreise zum Besuche der Gruppen von Ungarn, Griechenland, Serbien und Italien. In Rom wird er an der Beratung

für die Vorarbeiten der nächsten interparlamentarischen Konferenz teilnehmen.

Für 1911 ist die Veröffentlichung eines „Jahrbuches" ins Auge gefaßt, das noch vor dem römischen Kongreß erscheinen soll. Auch wird die Gründung von Gruppen in Bulgarien und Luxemburg vorbereitet.

☞

Eine amerikanisch-japanische Friedensgesellschaft. ::

Der „Köln. Zeitung" wird unterm 31. Januar aus Tokio berichtet:

„Am 30. Januar fand in Jokohama in den Räumen des Ausländischen Handelsamtes eine Versammlung von über 100 in Japan ansässigen Amerikanern statt, die hier teils im kaufmännischen Leben, teils im Erziehungs- und religiösen Missionswesen tätig sind. Der Zweck der Versammlung war, eine starke Vereinigung zu bilden, die unabhängig oder gemeinsam mit der bereits bestehenden Japanischen Friedensgesellschaft ihren Einfluß geltend machen soll, um ein besseres Einvernehmen zwischen Japan und Amerika zustande zu bringen und den Frieden zwischen den beiden Ländern zu bewahren. Schon seit mehreren Monaten war der Ausschuß, der diese Versammlung zusammenberufen hatte, an der Arbeit gewesen. Mit jedem in Japan und Korea wohnhaften amerikanischen Bürger war man in Verbindung getreten, und das Ergebnis war recht befriedigend. Nicht nur aus Jokohama und Tokio, auch aus Kobe, Osaka und Nagasaki waren ermunternde Antworten eingetroffen; aus Korea hatten sich nicht weniger als 15 Mitglieder angemeldet, und so konnte man zu ihrer Gründung schreiten.

Unter den Rednern des Abends verdient der amerikanische Botschafter O'Brien besondere Erwähnung. Er wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten stets ein Freund schiedsgerichtlicher Entscheidung von Streitfällen gewesen seien, daß die nordamerikanische Republik an fast der Hälfte der 240 Streitfälle, die seit dem Jahre 1815 durch internationalen Schiedsspruch beigelegt worden sind, beteiligt gewesen seien, und daß eben jetzt die Regierung und das Volk Amerikas die äußersten Anstrengungen machten, um den internationalen Schiedsgerichtshof im Haag mit größeren Vollmachten auszustatten. Ja, zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien seien Verhandlungen im Gange, die bezweckten, daß dem Haager Schiedsgericht nicht bloß Streitfälle unterbreitet würden, die Geldforderungen oder ähnliches beträfen, sondern auch solche Fragen, die die Ehre und Integrität der streitenden Länder berührten. Der Botschafter hob weiter hervor, daß die Regierungen Amerikas und Japans sich in völligem Einvernehmen befänden, und daß keinerlei unausgeglichene Schwierigkeit oder Streitfrage die Freundschaft und den Frieden zwischen den beiden Ländern stören. Die neugegründete Gesellschaft würde ein höchst verdienstvolles und christliches Werk tun, wenn sie den Gerüchten, die in Amerika über gewisse Pläne und Absichten Japans verbreitet würden, entgegenträte. Am Schluß gab der Botschafter noch seinem Abscheu gegen den Krieg und seine Greuel unverhohlenen Ausdruck.

Der von der Versammlung einstimmig angenommene Beschlußantrag gipfelte in der Versicherung, daß die neue Friedensgesellschaft ihren Einfluß geltend machen werde, um den Japan wie Amerika so notwendigen Frieden zu bewahren und allen beunruhigenden Gerüchten entgegenzuarbeiten." —

Aus dieser Nachricht haben die deutschen Zeitungen keinen Sensationsfall gemacht. Hätte irgendein amerikanischer Admiral von der notwendigen Auseinandersetzung Japans und der Vereinigten Staaten „um die Herrschaft des Stillen Ozeans", wie die Klischee-Phrase lautet, gesprochen, dann wäre uns das Leitartikel-Geknatter wochenlang nicht erspart gewesen.

Wir können mitteilen, daß David Starr Jordan, der Präsident der Leland Stamford-Universität, in diesem Sommer in einer besonderen pazifistischen Mission Japan und Korea bereisen wird.

☞

Populärer Vortragszyklus über die Friedensbewegung.

Die Oesterreichische Friedensgesellschaft veranstaltet in den Monaten März—Mai einen populären Vortragszyklus über Friedensbewegung und internationale Schiedsgerichtsbarkeit, verbunden mit Diskussionen und praktischen Uebungen zur Heranbildung von Wanderrednern.

Es werden folgende Themen zur Besprechung gelangen:

1. Entwicklungsformen der Friedensbewegung (Artur Müller).
2. Internationale Organisation und Schiedsgerichtsbarkeit (Alfred H. Fried, zwei Abende).
3. Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen (Prof. Dr. Rud. Kobatsch, zwei Abende).
4. Die ethischen Grundlagen der Friedensbewegung (Wilhelm Börner).
5. Die hervorragendsten pazifistischen Schriftsteller und ihre Werke verbunden mit Rezitationen (Rud. v. Harrer und Hofschauspieler H. Prechtler).
6. Die Zukunftsaufgaben der Friedensbewegung (Baronin Suttner).

Jene Teilnehmer, welche die Ausbildung als Wanderredner anstreben, erhalten außerdem rhetorische Ratschläge und Gelegenheit zu Sprachübungen (Hofschauspieler Prechtler).

Die Vorträge und Diskussionen werden wöchentlich einmal, und zwar abends, stattfinden. Die Teilnehmerschaft ist mit Rücksicht auf den Raum beschränkt, sonst aber an

keine Voraussetzungen gebunden. Die Vorträge sind nicht öffentlich und wird den Teilnehmern fleißiger Besuch ans Herz gelegt. Die Teilnahme ist unentgeltlich und beabsichtigt die österreichische Friedensgesellschaft, Teilnehmer, welche besonderes Interesse an den Tag gelegt haben, durch Prämien und Diplome auszuzeichnen, eventuell finden ausgebildete Wanderredner im Dienste der Gesellschaft Verwendung. Auch wird den Teilnehmern das Recht der unentgeltlichen Benützung der Bibliothek der Friedensgesellschaft eingeräumt.

Anmeldungen zur Teilnahme sind unter Angabe von Name, Stand und Adresse umgehend dem Sekretariate der österreichischen Friedensgesellschaft (Bureaustunden von 4—6 Uhr nachmittags) mündlich oder schriftlich zu übermitteln. Auf zu spät eingelangte Anmeldungen kann keine Rücksicht genommen werden.

☞

Der Friedenstag in Paris. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Obwohl laut Beschluß des letzten Friedenskongresses der 22. Februar nicht mehr offiziell als internationaler Friedenstag begangen wird, haben die französischen Pazifisten die Feier dieses Tages doch beibehalten und an diesem ihr übliches Jahresbankett veranstaltet. Dem Festessen, dem alle bekannten Pazifisten von Paris, so Frédéric Passy, Charles Richet, Gaston Moch, Mme. Séverine u. a. beiwohnten, präsidierte der italienische Botschafter Tittoni, der im Verlaufe des Mahles eine bedeutende Rede hielt, in der er auf die bemerkenswerten Erfolge der Friedensbewegung hinwies, als deren Hauptaufgabe er „die Erziehung der Völker" bezeichnete. Er hätte hinzufügen können „. . . und der Diplomatie". Der Minister des Aeußern, Pichon, war durch einen hohen Beamten des Ministeriums vertreten, der in seinem Trinkspruche die Verdienste Tittonis auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit hervorhob.

So gehen in Frankreich Pazifisten, Regierung und Diplomatie zusammen. Bei uns in Mitteleuropa werden die Pazifisten von der Regierung und der Diplomatie noch immer nicht so hoch eingeschätzt.

Aber auch das wird sich ändern.

☞

Kongreß-Kalendarium. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

17. März: Jahresbankett der International Arbitration League im Hotel Cecil in London. Der Minister des Aeußern und der französische Botschafter haben ihr Erscheinen zugesagt.

8. April: Sitzung des Interparlamentarischen Rates in Brüssel.

16—20. April: Jahresversammlung des Institut de Droit International in Madrid.

3.—5. Mai: Dritter amerikanischer National-Friedenskongreß in Baltimore.

3.—10. Mai: Internationaler Pressekongreß in Rom.

12. Mai: Sitzung des Komitees des Berner internationalen Friedensbureaus in Bern.

20. Mai: Fünfter deutscher Friedenskongreß in Frankfurt a. M.

5.—7. Juni: V. Deutscher Esperanto-Kongreß in Lübeck.

8.—11. September: Erster deutscher Monistenkongreß in Hamburg.

17.—24. Oktober: XIX. Weltfriedenskongreß in Rom.

24.—30. Oktober: XVII. Interparlamentarische Konferenz in Rom.

☞

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Baronin Bertha von Suttner hat einer Einladung des Fürsten Albert nach Monako Folge geleistet. Sie wird bis Mitte März als Gast des Fürsten in seinem Schlosse an der Azurküste verweilen. — Baron d'Estrounelles de Constant hat sich am 4. Februar nach den Vereinigten Staaten eingeschifft. Er wird dort in verschiedenen Städten 30 Vorträge halten. — Graf Albert Apponyi, der auf Einladung des „Civic Forum" verschiedene amerikanische Städte bereist hat und dort Friedensvorträge hielt, wird Mitte März nach Europa zurückkehren.

Literatur und Presse.

Die Suttner-Memoiren,

die vor kurzem bei Ed. Ginn in Boston und London in englischer Uebersetzung erschienen sind, erregten in England und Amerika großes Aufsehen. Die großen Zeitungen und Revuen der englisch sprechenden Länder veröffentlichen ausführliche Berichte über dieses pazifistische Memoirenwerk. William Stead widmet in der Februar-Nummer der „Review of Reviews" unter der Rubrik „Das Buch des Monats", der Verfasserin (gleichzeitig mit einer Skizze über Jane Adams) unter dem Titel „Die größten Frauen der Welt" einen eingehenden Artikel, in dem er Auszüge aus den Memoiren veröffentlicht.

Es wäre zu wünschen, daß diesem Buche in der deutschen Ausgabe jene Wertschätzung und Verbreitung zuteil wird, deren es sich jenseits des Kanals und jenseits des Ozeans erfreut.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

The American Journal of International Law. Vol. V, No. 1. Januar 1911. New York.
Aus dem Inhalt: Robert Lansing, The North Atlantic Coast Fisheries Arbitration. — William Cullen Dennis, The Orinocco Steamship Company Case before the Hague Tribunal. — Ernest Nys, Francis Lieber. — usw. usw.

Supplement: Fourth International American Conference. General Record of Proceedings. — International Marine Conference. Final Act. — usw. usw.

A. Carnegie, Das Evangelium der Erfolge. Deutsch herausgeg. von Joseph M. Grabisch-Berlin. Carl Curtius, 225 S. 2,50 M.

Victor Reven, Die Fremdenlegion. Eine sozialpolitische, völkerrechtliche und weltpolitische Untersuchung. Stuttgart. Rob. Lutz.

Prof. Philipp Zorn, Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Festrede, gehalten bei Uebernahme des Rektorates der Universität Bonn am 18. Oktober 1910 und durch Anmerkungen erweitert. Berlin u. Leipzig. Dr. v. Rothschild. 1911. 2 M.

Dr. jur. Heinrich Pohl, Deutsche Prisengerichtsbarkeit. Ihre Reform durch das Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907. Tübingen. J. C. B. Mohr. 1911. 233 S. 6 M.

Elisarion. Ein neuer Flug und eine Heilige Burg. Deutsche Ausgabe. Verlag Akropolis, München. 3,50 M.

Dr. Rud. Kobatsch, Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen. Nach einem Vortrage gehalten im Niederösterreichischen Gewerbeverein am 10. Februar 1911. Mit 29 Tabellen. Wien 1911. Verlag Karl Konegen.

Fredrik Bayer, Lommebog for den danske interparlamentariske Gruppe. Kopenhagen. 1911.

Union Interparlementaire. Rapport de Secrétariat général au Conseil Interparlementaire pour l'année 1910. Suivi du programme du Bureau pour 1911. Bureau Interparlementaire Uccle-Bruxelles. 1911.

International Conciliation. February 1911, No. 19. Grant Showerman, Peace and the Professor. American Association for International Conciliation. New York City.

James L. Tryon, A World Treaty of Arbitration. Boston. American Peace Socity. 1911.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (früher Friedensblätter), Eßlingen. Februar. O. Umfrid, Das Evangelium und der Krieg. — usw.

Der Friede. (Bern.) Februar. Richard-Feldhaus-Jubiläumsnummer. Richard Feldhaus, 500 Friedens-Vorträge! — Die Jubiläumsfeier in Basel. — E. Cüster, Toast auf Richard Feldhaus. — usw.

La Paix (Genf). Februar. John Bright. — Aimer l'humanité, c'est aimer sa patrie. — Extrait du „Japon moderne". — usw. usw.

The Arbitrator (London). Februar. Dr. F. Glaser, Problems of German foreign Policy. — Working-class Leaders and Compulsory Military Training. — A New Treaty with the United States. — usw. usw.

Advocate of Peace (Boston). Februar. An unlimited Arbitration Treaty with Great Britain. — The Summer Centenary. — Brown, Interstate Controversies in the Supreme Court of the United States. — Andrew Carnegie, the moral Issue involved in War. — Why the Panama Canal should not be fortified, but neutralized. — William J. Hall, One Peril of the New Peace Movement. — H. Loomis, The Japanese Government and naval Expansion. — James L. Tryon, Canada in the hundred Years Peace. —

The Herald of Peace (London). Februar. A forward Movement. — The Declaration of London. — usw. usw.

The Cosmopolitan Student (Madison, Wisc. U. S. Am.). Februar. George W. Nasmyth, Cosmopolitanism in the East. — Dr. Ernst Richard, Visit of American Students to Germany. — Internationalism in German Universities.

La Vita Internationale (Mailand). No. 3. Napoleose Colazanni, gli inseguamenti di una grande guerra. — Aurelio Stoppoloni, Scuole e maestri in Prussia e in Italia. — M. Marinoni, Questioni di nazionalità in Austria-Ungheria. — usw. usw.

— No. 4. E. T. Moneta, la tragicommedia della stampa nazionalista. — Dante Diotalleri, commerci viaggiatori d'Italia, all'opera! — Enrico Cotelloni, la questione de Flessingna. — usw. usw.

„Vrede door Recht" (Haag). Februar. Oorlog en Volkskracht. — Hof von Arbitrage. — Carnegie's „beau geste". — Hulde on Prof. Lammasch. — De Christen en de Oorlog. — usw. usw.

Fredsbladet (Kopenhagen). Februar. Nills Petersen, Svensk og dansk Militarisme. — usw.

Fredsfanan (Stockholm). Februar. Andrew Carnegie. — Den länge betadade. — Avrustningsfragan inför 2 : a Haagkonferenzen.

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen Leon Bourgeois, Weltfriede und Gesellschaft „Die Zeit", 5. II. 1911. * Internationalismus und Nationalgefühl. „Deutsche Nachrichten" (Berlin), 12. II. * Dr. M. K. (Kolben), Gedanken Carnegies. „Neues Wiener Journal", 10. II. * G. de Lamazelle, Pazifisme. „Gaulois", 17. II. * Gaston Routier, La Solidadité des peuples. „Journal d'Allmagne". * Cläre Kupmann, Alfred Nobel und seine Stiftung in schwedischer Beurteilung. „Deutsche Zeitung", 5. II. * Napoleon I als Friedensapostel. „Vossische Zeitung", 4. II.

II. Internationale Politik: Prof. E. Sieper, Probleme der deutsch-englischen Verständigung, III.—V. „Hamburger Fremdenblatt", 3.—5. II. * G. H. Perris, England und die augenblickliche internationale Lage. „Der März", 7. II. * Ein französischer General über Kaiser Wilhelm. „Hamburger Korrespondent", 8. II. * Oesterreich-Ungarn und Italien. „Allgem. Zeitung", 1. II. * Alfred H. Fried, I piccoli mondi antichi contro i grandi mondi moderni. Ein Interview. „La Stampa" (Turin), 6. II. * Prof. Wilh. Förster, Die Freiheit der Starken. „Der Tag", 19. II. * Paul Dehn, Deutsche Vorherrschaft in Europa? „Deutsche Welt" (Berlin), 19. II. * Otto Corbach, Internationale Politik. „Die Gegenwart", II. * Die angebliche englisch-französische Militärkonvention. „Köln. Volkszeitung", 18. II.

III. Völkerrecht. Die Ergebnisse der diplomatischen Seerechtskonferenz in Brüssel. „Weser-Zeitung", 10. II. * Die Ergebnisse der diplomatischen Seerechtskonferenz in Brüssel. „Tägliche Rundschau, 11. II. * Dr. Hans Wehberg, Der Geist des Friedensabkommens der zweiten Haager Konferenz. „Frankfurter Zeitung", 6. II. * Ders., Der zentral-amerikanische Gerichtshof. „Handel und Industrie", 7. I. * Ders., Die deutschen Reklamationen aus dem Burenkrieg. „Handel und Industrie", 21. I. * Ders., Die deutschen Reklamationen aus dem Burenkrieg. „Wallmanns Versicherungszeitschrift", 15. I. * Die Londoner Deklaration. „Vossische Zeitung", 9. II. * Obligatorische und permanente Schiedsgerichtsbarkeit. „Kölnische Volkszeitung", 12. II. * Prof. Karl Adler, Wiener Wechselkonferenzen. „Der Tag", 16. II. * Der Savarkar-Fall. „Vossische Zeitung", 16. II. * Bessere Aussichten der Londoner Seerechtsdeklaration. „Hamburger Fremdenblatt", 19. II. * F. Meili, Praktische Erprobung der Schiedsgerichtsidee und des deutsch-englischen Schiedsvertrages an den deutschen Forderungen aus dem Burenkregi. „Internationale Wochenschrift", 18. II. * Dr. Max Kolben, Der offene Weg. Beschränkung der Seerüstungen. „Neues Wiener Journal", 22. II.

IV. Internationales.

V. Wirtschaftliches. Die Kosten des Friedens. „Königsberger Hartungsche Zeitung", 3. II. * Zum französischen Heeresbudget. „Allgem. Zeitung", 11. II. * O. Umfrid, Rüstungsfrage und Statistik, 15. II. * Der Österreichische Staatshaushalt. „Fachzeitschrift der k. k. österr. Rechnungsbeamten (Linz-Wien). 15. II. * Die auswärtige Politik und die wirtschaftlichen Aussichten. „Hamburger Fremdenblatt", 19. II.

Neue Beiträge für den „Wehberg-Fonds".

(Zur Verbreitung der Friedens-Warte in den Universitäts-Lesesälen.)

Für den „Wehberg-Fonds" der Friedens-Warte gingen von Mitte Januar bis zum 25. Februar noch folgende weitere Beträge ein:

Bisheriger Bestand	1310,10 M.
Prof. van der Vlugt, Leiden . . .	8,50 „
v. Streit, griech. Gesandter, Wien .	17,— „
Gräfin Teleky, Wien	21,20 „
Karl Ludwig Siemering, Breslau .	3,— „
Hamburger Friedensgesellschaft	20,— „
Prof. Fockema-Andreae, Leiden .	10,— „
Prof. de Louter, Utrecht	10,— „
Institut für Gemeinwohl, Frankfurt a. M.	20,— „
Rektor Blok, Hamburg	5,— „
Oberstaatsanwalt Amschl, Graz . .	10,— „
Rechtsanwalt Dr. Aßmann, Berlin .	5,— „
Prof. Sieveking, Zürich	30,— „
Prof. Suyling, den Haag	10,— „
Johannes C. Barolin, Wien . . .	10,— „
Zusammen	1489,80 M.

wird bestätigt.

Dr. Hans Wehberg. Alfred H. Fried.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I., Spiegelgasse 4.

Zur Einführung eines Friedenssonntages.

Auf unser seinerzeit an die Bischöfe Oesterreichs gerichtetes Rundschreiben, betreffend die Einführung eines Friedenssonntages, erhielten wir mehrere Zustimmungsschreiben von denen wir eines, das des Bischofs von Königgrätz anführen: „Mit Freuden willfahren wir dem mit der geschätzten Zuschrift vom 10. d. M. an uns gestellten Ansuchen und werden nicht ermangeln, in unserem Diöseaanblatte die edlen Bestrebungen der österreichischen Friedensgesellschaft dem Diözesanklerus wärmstens zu empfehlen . . ."

Schule und Friedensbewegung.

Unser Mitglied Professor Batek in Pilsen hat in einer kürzlich gehaltenen Rede gegen den Schießunterricht an den Mittelschulen Stellung genommen. Eine Abschrift davon wurde an das Ministerium für Kultus und Unterricht gesandt. Ferner beabsichtigt Prof. Batek eine solche an alle Abgeordneten zu senden, um sie mit dieser Angelegenheit vertraut zu machen.

In den „Blätter für Abteilungsunterricht" (Laibach) veröffentlichte unser Mitglied Lehrer Josef Werner einen Artikel: Der Geschichtsunterricht beleuchtet vom Standpunkt der modernen Friedensbewegung.

Wiener akademischer Friedensverein.

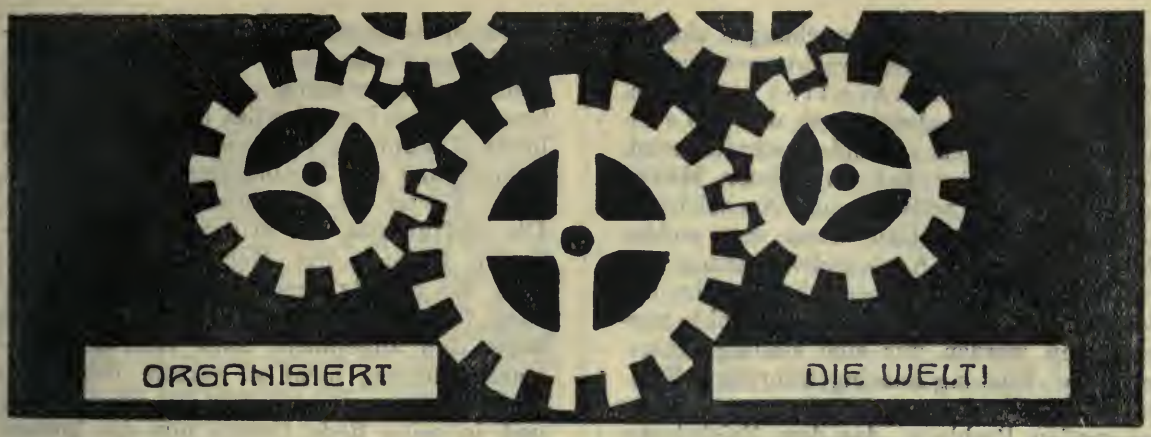
Der Wiener akademische Friedensverein hat am 8. Februar 1911 seine ordentliche Generalversammlung abgehalten.

Nach Feststellung der Beschlußfähigkeit erstattete der Vereinsvorstand den Rechenschafts- und Kassabericht, der unter gleichzeitiger Erteilung des Absolutoriums genehmigend zur Kenntnis genommen wurde.

Hierauf wurde der vom Vorstande vorgelegte Statutenentwurf beraten und nach einigen kleinen Abänderungen einstimmig angenommen.

In den Vorstand wurden gewählt die Herren: cand. jur. Fritz Georg Antal, Konz. Prakt. Rudolf Bronold, Dr. Anton Köllinger, Ing. Max Korpitsch, cand. jur. Heinrich Okretič, Ing. Max Ried. Zu Kassarevisoren wurden die Herren Dr. Rudolf Müller und cand. jur. Heinrich Veigl gewählt.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien



April 1911.

Die Friedensidee im Reichstag.

Nehmen wir zuerst das Gute. Und trotz aller Betrübnisse und dunkler Schatten in dieser Märzdebatte — es gab auch Gutes. Es zeigte sich ein Fortschritt.

Zunächst hat sich der Deutsche Reichstag entgegen der durch den Reichskanzler vertretenen Anschauung für die Möglichkeit einer Rüstungsverständigung ausgesprochen. Er empfahl mit großer Mehrheit, daß die Reichsregierung mit andern Großmächten in gemeinsame Verhandlungen eintreten solle, sobald eine Großmacht Vorschläge über eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungen machen wird. Er empfahl den Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit. Das war zum ersten Mal, daß der Deutsche Reichstag in diesem Sinne beschloß. Es ist ein Anfang.

Das Gute trat auch in der Debatte zum Vorschein, wo sogar der konservative Redner die Rüstungen als Bürde bezeichnete und das Wort Greys vom „Verbluten in Friedenszeiten" bestätigte. Die gleiche Ansicht vertrat der Redner des Zentrums. Dieser widersprach auch der bequemen Anschauung von der Produktivität der Rüstungsausgaben.

Auch in der Rede des Reichskanzlers finden wir Gutes; können wir Fortschritte verzeichnen.

Zunächst die Anerkennung des Wertes der pazifistischen Arbeit. „Ich will nicht über den Wert der Arbeit der Freunde des Friedens und der Abrüstung aburteilen." Sie wird als erwünschtes „Gegengewicht" gegen die „unverantwortlichen Preßtreibereien" bezeichnet, und der Reichskanzler begrüßt es dankbar, „wenn es der internationalen Arbeit gelingt, solche Gegengewichte zu schaffen." Vielleicht folgt dieser Bekundung eine Förderung der Friedensbewegung von Seiten der Regierung. Bisher vermißte man eine solche. Vielleicht wird sich am 20. Mai am Deutschen Friedenskongreß zu Frankfurt ein Vertreter der Reichsregierung einfinden, wie dies bei den Nationalkongressen der andern Länder schon lange Uebung ist.

Der größte Fortschritt liegt in der Zustimmung zu einem Nachrichtenaustausch über die geplanten Seerüstungen zwischen Deutschland und England.

Man unterschätze das nicht. Auch das ist ein Anfang. Wenn wir das Rüstungsproblem in Stufen teilen und vor der eigentlichen Verminderung der Rüstungen den Rüstungsstillstand setzen, so muß vor diesem noch die Minderung des Rüstungswettbewerbes treten. Und diese erste Stufe bezeichnet jenes Uebereinkommen. Einen solchen Nachrichtenaustausch hat die englische Regierung am 18. August 1907 in der Vollversammlung der Haager Konferenz angeboten: „Die Regierung Großbritanniens ist bereit, alljährlich den Mächten, die das gleiche tun würden. Die Pläne zum Bau neuer Kriegsschiffe, sowie die Kosten derselben mitzuteilen." Niemand reagierte auf diese Aufforderung. Wenn Deutschland es jetzt tut, so ist das von hoher Bedeutung. Denn bald werden es auch die andern Mächte tun. Und dann haben wir ja den Beginn einer internationalen Rüstungsverständigung. Denn wozu sollte denn dieser Nachrichtenaustausch anders dienen? Der Reichskanzler gibt es ja selbst zu, wenn er sagt, daß sich durch diesen Nachrichtenaustausch die

beiden Mächte vor Ueberraschungen sichern würden, und es dadurch verhindert werden könnte, daß sie sich heimlich überbieten. Ich glaube, daß dadurch auch das öffentliche Ueberbieten verhindert werden wird. Der Reichskanzler hat mit dieser Mitteilung eine große weittragende Nachricht in die Welt gesetzt. Und wenn erst andere Mächte in dieses Austauschverhältnis eintreten werden, dann wird die Gefahr des Ueberbietens immer mehr beschränkt werden, dann werden wir eine ständige internationale Rüstungskontingentierungs-Konferenz besitzen, und der Anfang zur Lösung des großen Problems, das dem Reichskanzler heute noch „unlösbar" erscheint, „solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten bleiben", ist gemacht. Etwas anderes schwebte der englischen Regierung auch nicht vor, als sie jenen Vorschlag im Haag unterbreitete; denn der zweite Satz ihres Anerbietens lautete wörtlich folgendermaßen: „Dieser Austausch von Mitteilungen würde den Austausch von Gesichtspunkten unter den Regierungen über die Abstriche, die man machen könnte, erleichtern. Die großbritannische Regierung glaubt, daß man auf diese Weise zu einer Verständigung kommen könnte über die Ausgaben, welche diejenigen Staaten, die sich verpflichten würden, diesen Weg zu beschreiten, in ihre Budgets einzusetzen berechtigt sind." Derselben Ansicht von der Wirkung dieses Nachrichtenaustausches gab auch Sir Edward Grey in seiner Rede vom 13. März Ausdruck.

Seien wir daher mit der Ausbeute dieser Märzdebatte im Reichstag nicht unzufrieden. Sie zeigt einen deutlichen Fortschritt; sie weist auf künftige Fortschritte hin. Lassen wir uns von dem Geschrei der Antipazifistenpresse nicht betören, die nur die skeptischen Aeußerungen des Reichskanzlers hervorhebt und nicht beachtet, wie selbst der Ungläubige den Tatsachen Konzessionen machen muß.

Und nun zur Schattenseite dieser Debatte, zu den trüben Stellen in der Reichskanzlerrede.

Man merkt es dieser Rede an, daß dem, der sie gehalten, die Liebe zur Sache fehlt, daß ihm vor allem der Glaube fehlt, und man darf sich daher nicht wundern, wenn der Wille so schwach zum Ausdruck kam. Wie zukunftsfroh hätte ein Staatsmann sprechen können, wenn er, auf die tatsächlichen Fortschritte hindeutend, das Problem zur Erörterung gestellt hätte. Auf Grund dieses Fortschrittes hätte er ein herrliches Zukunftsbild entwickeln können, und Ermutigung und Beruhigung hätte er damit in die Kreise der Friedensarbeiter gebracht. Die Hoffnungen von Millionen hätte er anfeuern können. Die Mehrheit des Reichstags, die er jetzt gegen sich hat, hätte er dann für sich gehabt. Und die ganze Welt hätte ihm zugejubelt. Daß Herr v. Bethmann Hollweg nicht so sprach, liegt vielleicht nicht an ihm, sondern an seinem Amt, und in seine Rede flossen nur die konservativen Elemente überreichlich ein, die nun einmal den Kernpunkt der gegenwärtigen Regierung in Deutschland bilden.

Wie anders klingt da die Rede Sir Edward Greys, der als der Politiker der liberalen Weltanschauung sprach.

Wenn man die Volksstimmung für so mächtig hält, daß sie den Regierungen zum trotz zu Kriegen zu führen vermag, wenn man zugibt, daß diese Volksstimmung von „Unverantwortlichen" in gefährlicher Weise beeinflußt werden kann, so soll man doch nicht so skeptisch über das gegenwärtig größte Problem der Menschheit sprechen, wenn man selbst ein „Verantwortlicher" ist. Es gibt heute keinen populäreren Gedanken in der Welt als den Friedensgedanken. Und der Deutsche Reichskanzler, der diesem Volksempfinden gerecht werden würde, würde zwar vielleicht am andern Morgen nicht mehr Reichskanzler, aber der Weltheros sein, den die Geschichte nicht vergessen könnte.

Der große Moment fand im Deutschen Reichstag noch immer nicht diesen Helden.

Die Lösung eines Problems, das heute die ganze Welt ersehnt, das die hervorragendsten Staatsmänner großer Staaten zur Erörterung bringen, dessen Lösung die Besten aller Länder als ein Heil für die Menschheit bezeichnen, deshalb als unmöglich hinzustellen, weil es schwierig ist, ist zum mindesten kleinlich. Das spricht von einer Verzagtheit, die nicht im Einklang steht mit dem sonst so stoltz zur Schau getragenen Selbstbewußtsein des deutschen Geistes. Man sollte doch in der Zeit der technischen Wunder an Schwierigkeiten nicht verzweifeln. Erscheint es denn nicht viel schwieriger, den rasenden Wettbewerb der Rüstungen in der bisher eingehaltenen wachsenden Schnelligkeit noch ein Jahrzehnt mitzumachen? Liegt die Utopie nicht

bei denen, die an die Unwandelbarkeit dieser Einrichtung glauben, als bei jenen, die auf eine Abänderung hinarbeiten?

Wenn der Glaube, die Liebe und der Wille fehlen, dann kommt man zu Hindernissen, die man sich selbst konstruiert, und die nur in der Einbildung des Zweiflers bestehen. Was der Kanzler über die notwendige „Rangordnung" der Staaten über die Unmöglichkeit einer Kontrolle sagte, sind solche künstliche Gedankenhindernisse. Bis auf Napoleon mußte er zurückgehen, um zu beweisen, daß es, wenn es je zu einem Rüstungsabkommen kommen würde, an einer Kontrolle fehlen würde. Die Zeit der Postkutsche als Beispiel für die Zeit der Telegraphen und Telephone, für die Zeit des Konstitutionalismus, wo alle Staatsangelegenheiten öffentlich verhandelt werden, für die Zeit der Allgegenwart des modernen Menschen! Beruht denn nicht unser ganzer Rüstungswettbewerb ausschließlich auf der Möglichkeit einer solchen Kontrolle. Wissen denn nicht alle Regierungen von den geringsten Rüstungsmaßnahmen der andern, um diese dann durch eigene Maßnahmen wieder wett zu machen? Und was zugunsten der Wettrüsterei dient, kann es uns nicht auch zugunsten der Rüstungsverminderung dienen? Und können wir denn für den ärgsten Fall unsere Spione nicht auch für den Friedensdienst im Betrieb lassen, wenn wir eine derartige Einrichtung nun schon einmal haben. Aber seltsam nimmt sich dieser Zweifel an die Möglichkeit einer Kontrolle in dem Augenblick aus, wo angekündigt wird, daß sich Deutschland und England eine gegenseitige Kontrolle über ihre Rüstungsmaßnahmen eingeräumt haben.

Zu solchen Widersprüchen führt der Skeptizismus.

Der Mangel an Liebe macht sich auch dort geltend, wo der Reichskanzler für die Schiedgerichtsbarkeit eintritt. Er hätte es vermeiden sollen, so zu tun, als ob Deutschland helle Sympathien für die Schiedsgerichtsbewegung hätte. Die wenigen Konzessionen, die das Reich gemacht hat, sind ihm abgerungen worden. Mit seinem einzigen Schiedsvertrag steht es in einer Reihe mit Cuba, San Domingo, Haiti, Panama, Persien, Rumänien und Venezuela. Alle andern Großmächte Europas und Amerikas haben 10, 12 bis 33 solcher Verträge abgeschlossen. Ist das ein Ruhmesblatt für Deutschland? An den 161 heute in Kraft stehenden Schiedsverträgen ist Deutschland mit einem einzigen beteiligt.

Die Ausführungen des Reichskanzlers über die Zulässigkeit, den Umfang und den Wert der Schiedsgerichtsbarkeit haben alle nur den Schein der Richtigkeit für sich. Sie sind nicht richtig. Sie verraten eine bedauerliche Unkenntnis des Problems, und nur diese Unkenntnis gibt dem ersten Beamten Deutschlands den Mut, seine Anschauung der Anschauung der ganzen übrigen Welt entgegenzusetzen; als ob man in Deutschland allein das richtige Empfinden für diese Sache hätte und die übrige Menschheit in einem grenzenlosen Irrtum verfallen wäre.

Die Mängel der Schiedsverträge und der Schiedsgerichtsbarkeit liegen nicht im Wesen dieser Einrichtung, die täglich an Umfang zunimmt, sondern in der falschen Auffassung, die der Reichskanzler davon hat und mit ihm alle die Scharen, die ihm in der Presse ihren Beifall spendeten. Sie betrachten alle die Schiedsgerichtsbarkeit als das direkte Mittel zur Friedfertigung. Das ist sie nicht. Sie ist nur ein Ergebnis, ein Symptom. Sie hat eine Veränderung in der internationalen Struktur zur Voraussetzung, eine Umwandlung des internationalen Zusammenlebens, das die Solidarität der Staatenfamilie zum Ausdruck bringt. In dieser sich umwandelnden Welt wird eben der Schwache nicht mehr die Beute des Starken sein. In dieser veränderten Situation wird jede Beute den Starken schwächen. Und in dieser zu immer höheren Solidarität sich entwickelnden Welt werden die Konflikte ihren Charakter ändern, sie werden die Schärfe verlieren, die sie in der internationalen Anarchie besitzen, so daß die Lösung durch Rechtseinrichtungen etwas Selbstverständliches sein wird. Die Schiedsgerichtsbarkeit ist nur ein Symptom, ein Anzeichen dieser sich vollziehenden Umwandlung. Je höher sie sich entwickelt, um so fester hat sich die internationale Gemeinschaft konsolidiert. Das Schiedsgericht wird den Frieden nicht schaffen; aber der sich vollziehende Friede der internationalen Gesellschaft schafft das Schiedswesen und entwickelt es. Wenn sich das deutsche Reich gegen die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit sträubt, so ist das viel schlimmer, als eine bloß abweichende Ansicht über ein Problem, das ist eine Abweichung von der Solida-

ritätspolitik, der sich die andern Staaten immer mehr hingeben.

Diese Abweichung bildet aber eine große politische Gefahr für das Reich. Sie schließt die andern immer enger zusammen und erzeugt für Deutschland jene Isolierung, die man dann als eine feindliche Aktion der andern bezeichnet, während sie das Produkt der eigenen Ausschließung ist. „Wenn es uns nicht gelingt, unsern deutschen Bundesgenossen zu bewegen, seine Haltung aufzugeben, die sich jedem kühnen Fortschritt widersetzt, so fordert die Bündnistreue keineswegs, daß wir uns von der deutschen Auffassung nicht emanzipieren." So sprach in diesen Tagen Graf Apponyi im ungarischen Reichstag, als er von der Zurückhaltung Deutschlands auf den Haager Konferenzen sprach und die Mitwirkung der österreichisch-ungarischen Monarchie dabei rügte. Wenn dieser Wunsch nach Auflehnung schon bei dem Bundesgenossen ersteht, wie muß er erst bei den wirklichen Gegnern des Reiches vorhanden sein.

Der Reichskanzler steht dem Friedensproblem fremd gegenüber. Er macht ihm aber Konzessionen. Das allein läßt darüber hinwegsehen, dass er von der Unvermeidbarkeit der Kriege, von dem Recht des Stärkeren spricht und die von der ganzen Welt geforderte Friedfertigung als etwas bezeichnet, das „dem Wesen der Menschen und der Staaten fremd ist." Auch das sind Konzessionen, die er denjenigen macht, in deren Namen er regiert. Es kann ihm als modernen Menschen der Zwiespalt nicht verborgen bleiben, der darin liegt, daß er im Namen einer überwundenen Weltanschauung regiert und die Mehrheit des deutschen Volkes dabei ebensowenig auf seiner Seite steht, wie die Mehrheit der übrigen Welt. Ein schweres Amt sicherlich; ein trauriges Amt. Wir können ihm unser Bedauern widmen. Wir Vertreter der triumphierenden Sache haben es nicht nötig, in ein Wutgeheul einzustimmen. Das überlassen wir den armen Gegnern, die da sich einreden und es andern glauben machen wollen, in diesen Kanzlerworten vom 30. März läge eine Heilsbotschaft. Uns erscheint diese ganze Rede wie ein banger, besorgter Seufzer eines Mannes, der da weiß, daß die Position, die er zu halten verpflichtet ist, nicht lange mehr gehalten werden kann.

A. H. F.

Amerikanische Eindrücke.

Von Graf Albert Apponyi.

Sehr geehrter Herr! Mit Freuden willfahre ich Ihrem Wunsche, in Ihrem hochgeschätzten Blatt einige Impressionen meiner Amerikafahrt mitzuteilen, wiewohl ich kaum viel Neues sagen kann. Ich fand zweierlei Wahrnehmungen, die ich aus der Ferne und auf interparlamentarischen Konferenzen bereits gemacht hatte, bestätigt; fürs erste, daß man in Amerika uns Europäern in der Friedens-Aktion weit voraus ist; dann aber, daß man für die Schwierigkeiten, mit denen wir in Europa zu kämpfen haben, kein hinreichendes Verständnis hat. Beides ist ja ganz natürlich; Amerika hat es leichter; Geographie und Geschichte haben für dieses mächtige Volk eine Lage geschaffen, in welcher die Friedensidee in ihrer Vorherrschaft durch keinerlei imminente Gefahren und keinerlei Erinnerungen beeinträchtigt wird. Es ist sehr oberflächlich, diese Lage in der Weise zu formulieren, daß Amerika keine Traditionen hat; in Wirklichkeit steht die Sache so, daß Amerika mit allen seinen politischen und gesellschaftlichen Einrichtungen tief in den Traditionen britischer Freiheit, britischer Entwickelung wurzelt, und das ist sein Glück, seine Stärke, seine Zukunftsgewähr. Aber Amerika, d. h. die Voreltern des amerikanischen Volkes, hatten, als sie Europa verließen, das unschätzbare Glück, Auswahl unter den Traditionen der alten Welt treffen zu können, das Beste davon, das, worin Kraft und Leben war, mit sich zu nehmen und den ganzen Ballast von Unfreiheit, Haß, Feindseligkeit usw., der daran hing, zurückzulassen. Ich war demnach bestrebt, unseren amerikanischen Freunden diesen Unterschied der beiderseitigen Situationen klar zu machen und ihnen die europäischen Schwierigkeiten des Friedensproblems, die sowohl in der völkerrechtlichen Organisation als in der Fülle ungelöster internationaler Fragen liegen, auseinanderzusetzen. Ich hielt das für das Notwendigste, denn eine richtige Kenntnis der Lage ist die erste Bedingung erfolgreicher Kooperation; und diese Kooperation strebte und strebe ich an. Unserer erschlafften öffentlichen Meinung soll etwas von der amerikanischen Energie, vom amerikanischen Optimismus beigebracht werden; den Amerikanern wieder sollen die zu überwindenden Hindernisse besser bekannt sein, damit sie ihre Aktion diesen anpassen können. Eine gewisse Ausgleichung der Sinnesart soll durch gegenseitige aufklärende Besuche herbeigeführt werden, für deren Systematisierung ich dem Carnegie-Fonds-Komitee bestimmte Vorschläge machte.

Ich hatte auch Gelegenheit, in wiederholten Besprechungen mit Präsident Taft und anderen leitenden, amerikanischen Staatsmännern den lebendigen Eindruck zu gewinnen, daß man auch in diesen Kreisen, die Europa kennen, mit den Schwierigkeiten zu

rechnen wisse, die eingeleitete Friedensaktion hochernst nimmt und entschlossen ist, dieselbe energisch fortzusetzen. Es ist daher doppelt geboten, auf die öffentliche Meinung in der alten Welt einzuwirken und eine Stimmung vorzubereiten, die der amerikanischen Initiative die Wege bahnt.

Ich mußte mit Bedauern, wenn auch ohne Verwunderung, konstatieren, daß man in Amerika, und zwar nicht nur in den Kreisen der sogenannten professional peace-people (Berufs-Friedensleute), über die Rolle, welche unsere Monarchie in Anlehnung an Deutschland auf den Haager Kongressen spielt, wenig erbaut ist. Kein Volk Europas erfreut sich dort im allgemeinen größerer Bewunderung als das deutsche, in seiner wundervollen wirtschaftlichen Expansion; auch Oesterreich-Ungarn erweckt im übrigen nur sympathische Empfindungen; umsomehr wird die Haltung dieser Länder in der Friedensbewegung abfällig beurteilt und bedauert. Das sollte anders werden; die interparlamentarischen Gruppen müssen energisch in dieser Richtung einwirken. Sollen und dürfen wir es als ein Anzeichen einer günstigen Wendung betrachten, daß der ungarische Ministerpräsident keine Einwendung gegen die Annahme eines Resolutions-Antrages erhob, den der Präsident der ungarischen Friedensgesellschaft, Abgeordneter Domherr Gießwein, gelegentlich der Budget-Beratung im ungarischen Parlamente einbrachte und welcher dahin ging, unsere Regierung solle den Wieder-Zusammentritt der Haager Konferenz urgieren, und an den Vorbereitungen zu derselben tätigen Anteil nehmen? Auch auf meine, bei dieser Gelegenheit geübte Kritik an unserer bisherigen Haltung auf den Friedenskongressen hatte der Ministerpräsident nur Worte der Friedensliebe als Antwort. Ich würde es mit Freude begrüßen, wenn wir diese offiziellen Aeußerungen als ein Zeichen des Einlenkens auslegen könnten, habe aber meine Zweifel darüber.

Alle Regierungen sind nämlich darin einig, ihre Friedensliebe zu betonen, und tatsächlich entwickelt die Diplomatie aller Länder eine Tätigkeit zur tatsächlichen Erhaltung des Friedens, die ich keineswegs gering schätze, sondern vielmehr hoch bewerte. Aber das ist es nicht, was wir unter dem Friedensproblem verstehen; diese systemlose Bemühung, einen prekären Frieden von heute auf morgen zu erhalten, deckt sich nicht mit den Zielen der Friedensbewegung. Was wir anstreben, ist die Schaffung von völkerrechtlichen Institutionen zur Sicherung des Friedens unter den Völkern in der Weise, wie der Frieden zwischen einzelnen durch staatliche Institutionen geschützt ist. Diese Definition des Friedensproblems schickte ich meinen amerikanischen Vorträgen voraus und dieselbe wurde durchaus für einleuchtend befunden. In diesem Licht betrachtet, erscheint die Friedensbewegung als etwas sehr einfaches, nicht als die eigenartige Schwärmerei einiger Sonderlinge, sondern als ein mögliches, naturnotwendig sich einfügendes Glied in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Es ist ein Gesetz dieser Entwicklung, daß die Wahrung der großen gesellschaftlichen Interessen immer mehr und mehr der individuellen Willkür, dem Zufall persönlicher Eigenschaften entrückt und durch fixe Einrichtungen gesichert wird, welche, unabhängig von den guten oder bösen Neigungen einzelner, stetig wirken. Je weiter die Sphäre solcher Einrichtungen sich ausdehnt, je enger die Grenzen der Abhängigkeit von individueller Willkür gezogen sind, desto vollkommener ist der Stand der Gesellschaft. Auf allen Gebieten, in der Wahrung aller gesellschaftlichen Güter sehen wir diesen Aufstieg von prekärer Gewährleistung durch die Einsicht und das Wohlwollen einzelner zur definitiven Sicherung durch Intstitutionen. Der erste Aufstieg führt von absoluter Anarchie zu irgendeiner primitiven Form politischer Organisation. Aber in diesen primitivsten Gruppierungen hängt Sicherheit des Lebens und des Eigentums, persönliche Freiheit, Familienleben usw. noch immer von den guten oder schlimmen Eigenschaften des politischen Oberhauptes ab; allmählich wird das alles durch gesetzliche Einrichtungen in einer Weise gesichert, daß in halbwegs normalen Zeiten auch der schlimmste Fürst diesen Gütern nichts anhaben kann. So ging es auch mit der Erhaltung des Friedens zwischen einzelnen, und genau so muß es mit dem Frieden zwischen Völkern gehen. Ich kann mir z. B. in der Steinzeit ganz wohl ein besonders glückliches Tal vorstellen, wo erleuchtete und gut geartete wilde Männer wohnten, die zu der Einsicht kamen, daß sie alle miteinander besser daran sein würden, wenn sie sich gegenseitig ihr Vieh nicht rauben, ihr Gesinde nicht erschlagen wollten; in diesem Tale wäre demnach Frieden gewesen, ungefähr so, wie er — unter höflicheren Formen — heute zwischen Völkern erhalten wird. Aber es dürfte vorgekommen sein, daß selbst in solchen privilegierten Gegenden der Steinzeit die Habgier der höchstklassigen Wilden durch eine besonders schöne Herde geweckt worden sei, und diese Habgier über die bessere Einsicht die Oberhand gewonnen habe, oder daß die Söhne weniger gut geartet gewesen wären als die Väter, und dann wäre jener nur auf individuelle Eigenschaften gegründete Frieden zu Ende gegangen. Erst als politische Organisationen geschaffen wurden, welche unabhängig von den wechselnden Neigungen der Individuen Ordnung und Rechtssicherheit verbürgten, war der Friede zwischen einzelnen gesichert. Genau die gleiche Evolution muß in den Beziehungen zwischen Völkern vor sich gehen; dieselbe hat schon lange begonnen, ist im vollen Zuge

und die Friedensbewegung ist nichts als Einsicht in deren Natur und logische Konsequenz. Der erste Schritt war getan, als die christliche Lehre der Wesensgleichheit aller Menschen an die Stelle der antiken Auffassung von der Rechtlosigkeit der „Fremden" trat; der zweite, als die Notwendigkeiten des Verkehrs zur Entstehung des Völkerrechtes führten; heute sind wir schon dort, daß der internationale Friede aller Orten und von allen Faktoren als eines der höchsten Güter für alle Nationen anerkannt — die Erhaltung desselben als ein wesentliches Ziel der Völkerlenkung bezeichnet wird; logische Folge dieser Erkenntnis ist das Eintreten der Entwicklung, welche sich für jedes gesellschaftliche Gut vollzogen hat, sobald es allgemein als solches erkannt und begehrt wurde: daß nämlich die Sicherung desselben dem Zufall individueller Eigenschaften entzogen und festen Institutionen übertragen wurde. Ist einmal der Friede als ein unentbehrliches Gut der Völkergesellschaft anerkannt, so wird und muß sich die Evolution vollziehen, welche seine Wahrung nicht mehr dem guten Willen, der Einsicht und Weisheit der Völkerlenker oder auch den Schwankungen der öffentlichen Meinung überläßt, sondern durch Institutionen sichert, welche von diesen individuellen Faktoren unabhängig wirken. Das ist die einfache wissenschaftliche Konstruktion des Friedensproblems; die Friedensbewegung ist aber nichts anderes als Arbeit an der Lösung desselben im Sinne der Gesetze aller Entwicklung und Logik der Geschichte. Wo ist hier irgend etwas Utopisches? Es handelt sich nur darum, das Naturnotwendige rascher zur Reife zu bringen. Nur Oberflächlichkeit, Denkfaulheit und Hängen an vulgären Gemeinplätzen kann sich der Erkenntnis so einfacher Wahrheiten verschließen.

Leicht und rasch geht es freilich nicht. Die Hindernisse sind größtenteils die gleichen, welche sich auch auf anderen Gebieten der Entwicklung zu fixen Einrichtungen entgegenstellen. Jene Machtfaktoren, deren Willkür dadurch eingeschränkt werden soll, widersetzen sich immer und überall der Einführung von Institutionen; sie tun es oft in gutem Glauben; gute Monarchen z. B. können sich schwer von der Empfindung lossagen; sie würden alles viel besser machen, wenn sie freie Hand hätten, nicht durch allerhand gesetzliche Einrichtungen gebunden wären; in einzelnen Fällen wird das wohl auch zutreffen. Aber wie selten sind jene vollkommenen Herrscher, denen gegenüber jede Schranke Beschränkung des Guten bedeutet, im Vergleich zu jenen, die der Einschränkung nur allzusehr bedürfen; ja ich behaupte, diejenigen, die gut sind, sind es hauptsächlich, weil ihre Macht beschränkt ist, denn der Mensch verträgt Machtfülle nicht, ohne aus dem Gleichgewicht zu kommen; der Mensch en masse, d. h. die Demokratie ebensowenig wie der Einzelne. Es gibt kaum ein gewaltigeres Monument menschlicher Weisheit als die Garantien gegen die Willkür der Volksherrschaft, welche in den Einrichtungen der Vereinigten Staaten aufgebaut sind. In allen denkbaren Verfassungen bleibt daher Sicherung der gesellschaftlichen Güter durch Institutionen das große Gesetz des gesellschaftlichen Fortschrittes. Das für den internationalen Frieden zu erreichen, so wie es für andere große Interessen bereits erreicht ist, darin besteht das Wesen des Friedensproblems. Und das werden wir auch stufenweise erreichen und, wenn man den Weg betrachtet, der im letzten Vierteljahrhundert bereits zurückgelegt wurde, vielleicht rascher, als wir es selbst zu hoffen wagen. Die Hauptarbeit aber ist in Deutschland und in Oesterreich-Ungarn zu leisten. Die englisch sprechenden großen Völker gehen voran, — zeigen uns den Weg; halten wir Fühlung mit ihnen und folgen wir ihrem Beispiel.

Budapest, 30. März 1911.

Graf Albert Apponyi.

Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich.

Von O. Umfrid.

Baron d'Estournelles de Constant sieht richtig, wenn er die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich immer noch als den Angelpunkt der europäischen Politik bezeichnet; aber er hat unrecht, wenn er erklärt, daß das Vergessen ebensowenig zu wünschen sei wie die Revanche. Es ist zwar sehr erfreulich, in seinem Artikel „Das Mittel gegen den bewaffneten Frieden" zu sehen, daß Frankreich im großen Ganzen, abgesehen von einigen Schreiern Déraulèdescher Observanz, definitiv auf den Gedanken verzichtet hat, Elsaß-Lothringen mit Waffengewalt wiederzugewinnen. Aber unannehmbar für den deutschen Standpunkt ist der Gedanke d'Estournelles' an gegenseitige ehrenvolle Konzessionen, die man sich werde machen müssen, um zum Ziel der Versöhnung zu gelangen. Unannehmbar ebenso die französische Idee, daß die Reichslande auf dem Wege des Rechts oder des Vertrags durch Austausch oder Kauf wieder zu Frankreich zurückkehren könnten. Solange die französische Volksseele noch nicht völlig beruhigt ist über den anno 1871 erlittenen Verlust, halten wir es nicht für gut, daß die sogenannte elsaß-lothringische Frage zwischen deutschen und französischen Politikern besprochen wird. Die Ansicht d'Estournelles', daß der Tag kommen müsse, wo das französische und deutsche Denken sich miteinander vereinigen werden, um gemeinsam die Lösung des Problems zu suchen, und daß es keine Macht auf der Welt gebe, die es verhindern könne, daß dies Problem sich aufrolle, halten wir für utopisch. Es fehlt bis auf weiteres einfach der gemeinsame Boden, auf dem wir

uns entgegenkommen könnten. Die Franzosen haben einen abstraktformalistischen, wir einen materiellhistorischen Rechtsbegriff; französisch ist es, immer wieder das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu betonen und sogar zu der extremen Behauptung sich zu versteigen, daß die Klage eines einzigen Gewissens genügen würde, die Franzosen an ihre Pflicht, den Unterdrückten beizustehen, zu erinnern. Daß damit eigentlich Unmögliches gefordert wird, geht schon daraus hervor, daß es kein Staatsgebilde gibt, in dem nicht irgendwelche unzufriedenen Elemente wären, bereit zu der Erklärung, daß sie gewissenshalber sich nicht fügen können. Wenn aber die französische Nation keine Rücksicht nimmt auf die Schreier in ihrer eigenen Mitte à la Déraulède, so braucht sie sich auch nicht um die Schreier in Elsaß-Lothringen à la Wetterlé zu kümmern. Wenn sie es trotzdem tut, so erweckt sie damit den Verdacht, daß ihr nicht sowohl an der Aufrichtung der Gerechtigkeit, als vielmehr an der Befriedigung nationaler Eitelkeit und Eigenliebe gelegen ist. Der deutsche Rechtsgedanke ist ein anderer. Der Deutsche ist zunächst historisch orientiert, er kann die Entscheidungen der Geschichte nicht einfach ignorieren, er sieht sich vielmehr veranlaßt, dieselben trotz subjektiven Aergernisses, das er etwa an gewissen Bismarckschen Manipulationen nehmen mag, als gegeben zu respektieren. Dem Deutschen ist aber auch noch ein Sinn gegeben, der den Franzosen vorerst noch zu fehlen scheint, der Sinn für materielles Recht. Ich habe oft darauf hingewiesen, freilich ohne die Beachtung zu finden, die der Gedanke verdient hätte, daß den dichtbevölkerten Nationen eine Art Naturrecht zusteht, sich auszudehnen. Daß das nicht notwendig auf kriegerischem Weg geschehen muß, sondern besser durch das Mittel friedlicher Ansiedelungspolitik erreicht werden kann, habe ich u. a. in meinem Vortrag auf dem ersten deutschen Friedenskongreß in Jena über Kolonisation und Expansion gezeigt.

Wenn wir nun auch als Friedensfreunde das Recht der Eroberung für die Zukunft niemals anerkennen werden, so müssen wir doch für die Vergangenheit darauf bestehen, daß an dem historisch gewordenen Besitzstand nicht gerüttelt werden darf. Man kann über das Maß der Schuld, das den Krieg vom Jahre 1870 verursacht hat, und über seine Verteilung auf gewisse Schultern verschiedener Meinung sein; man kann die Gewaltpolitik, die soviel Blut und Tränen auf dem Gewissen hat, in allen Registern verfluchen —: Man wird doch zugeben müssen, daß auch in der Annexion der Reichslande ein gewisser Gedanke immanenter Gerechtigkeit sich geoffenbart hat, in dem das dichtbevölkerte Deutschland dem sich selbst durch sein Zweikindersystem entvölkernden Frankreich gleichsam eine Kammer abgenommen hat.

D'Estournelles de Constant denkt in Wahrheit völlig unpolitisch, wenn er glaubt, daß Deutschland sich aus Versöhnungsbedürfnis zu einer Abtretung Elsaß-Lothringens mitten im Frieden etwa gegen eine französische Kolonie herbeilassen werde. Derartige Abtretungen sind tatsächlich nie in der Geschichte vorgekommen. Wohl gibt es „unkriegerische Landerwerbungen", wie ich dies in meinem gleichnamigen Artikel in den Friedensblättern vom 15. Juli 1903 gezeigt habe. Aber wenn beispielsweise die Amerikaner im Jahre 1803 Louisiana von Frankreich kauften, wenn sie die beiden Floridas von den Spaniern um fünf Millionen erwarben, so war dies nur darum möglich, weil die betreffenden Kolonien den Mutterländern räumlich zu entfernt gelegen sind und ihnen zu wenig eingetragen haben, als daß es sich gelohnt hätte, sie festzuhalten. Aehnlich standen die Dinge, als im Jahre 1857 der Kanton Neuenburg, der bis dahin zur preußischen Krone gehört hatte, an die Schweiz abgetreten wurde, weil die Durchführung des preußischen Arrondierungsprinzips durch diese weitabliegende Provinz mehr gehindert als gefördert wurde. Ebenso lag es im Interesse der englischen Politik, das für Großbritannien fast wertlose Helgoland gegen das wertvollere Sansibar auszutauschen; und wenn seinerzeit Nizza von Italien an Frankreich abgetreten wurde, so war dies einfach der Preis, den das „Königreich Sardinien" Napoleon III. für geleistete Dienste bezahlte. Keine der Voraussetzungen, die bei den obenerwähnten Grenzverschiebungen eine Rolle spielten, trifft für das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu; es wird aber im Interesse der Aufklärung gut sein, daß wir den französischen Friedensfreunden, so schmerzlich es für sie klingen mag, bemerken: Es ist in ganz Deutschland keinerlei Neigung vorhanden, in Sachen Elsaß-Lothringens auf irgendwelche Verhandlungen betreffend Austausch oder Abtretung einzugehen. Freund Molenar und seine drei bis vier Getreuen zählen nicht, Herr Löwenthal noch weniger; es bleiben noch die Sozialisten: die tun, als ob sie, wenn sie ans Ruder kämen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren wollten. Sie kommen aber nicht ans Ruder, und wenn das wider alles menschliche Erwarten doch geschähe, so würden sie sich wohl hüten, ein sozialistisches Elsaß einer französischen Bourgeoisie in die Arme zu werfen.

Der französische Senator, dessen Ansicht wir bekämpfen, zeigt uns das drohende Gespenst des Staatsbankerotts und der sozialistischen Revolution, wenn wir nicht willig seien, durch Aussöhnung mit Frankreich dem Zustand des bewaffneten Friedens ein Ende zu machen. Obwohl ich nun der Meinung bin, daß der Militarismus tatsächlich ein Zehrfieber darstellt, unter dem die Nationen leiden, und obwohl

ich die diesbezüglichen Tabellen des Professors Kobatsch mit Freuden begrüßt habe, so glaube ich doch nicht, daß die Krankheit so rasch zum Tode führen dürfte. Wir können es noch aushalten. Anschauungen aber, wie sie Baron d'Estournelles vertritt, könnten die deutschen Politiker veranlassen, zu sagen: Wir wollen nochmals vierzig Jahre lang den schweren Panzer tragen, den wir auf uns genommen haben; vielleicht daß bis dahin die Franzosen es noch besser lernen werden, sich mit der Wirklichkeit abzufinden. Sie haben in den ersten vierzig Jahren gelernt, mit der Revancheidee aufzuräumen, sie werden in den nächsten vierzig Jahren es verlernen müssen, Rechtsansprüche auf die Reichslande geltend zu machen. Baron d'Estournelles stellt es so dar, als ob die beiden mitteleuropäischen Großstaaten gleichermaßen schuldig wären an der großen Rüstungslast, die ihre Völker drückt, als ob Frankreich ebensoviel Recht hätte, sich von Deutschland bedroht zu fühlen, wie dieses sich von Westen her beunruhigt sieht. Aber tatsächlich hat nur Frankreich eine Forderung an Deutschland aufgestellt; wir haben nie davon gesprochen, daß wir dem heutigen Frankreich etwas nehmen wollten. Wenn Frankreich rüstet, so sieht man in Deutschland immer das Gespenst der drohenden Revanche. Wenn die Franzosen wünschen, daß dem Zustand des bewaffneten Friedens ein Ende gemacht werde, so mögen sie doch endlich aufhören, nach dem Vogesenloch zu starren. Paul Naquet hat ihnen längst den Weg gewiesen, den sie gehen müssen, Frankreich soll mit der Abrüstung beginnen, die Deutschen werden sicher folgen.

Was aber Elsaß-Lothringen betrifft, so mögen sich die Franzosen über sein Schicksal beruhigen. F. Stehelin hat es deutlich ausgesprochen, daß sich die Bewohner der Reichslande in erdrückender Majorität auf den Boden des Frankfurter Vertrages stellen, daß sie wirtschaftlich nach Deutschland hin gravitieren, daß sie nichts verlangen als ein Aufhören der Schikanen und ein möglichst weitgehendes Entgegenkommen in der Verfassungsfrage. Das sind Wünsche, die gewährt werden können, und sind sie erfüllt, so ist kein Grund zur Klage mehr vorhanden, so werden auch die neuen deutschen Bürger völlig sich als Glieder unseres Reiches fühlen; und Frankreich? Es wird ihm nichts anderes übrig bleiben, als sich mit den Tatsachen abzufinden. So, aber auch nur so, wird die Versöhnung möglich sein, die wir mit d'Estournelles aufs wärmste wünschen.

Die Abrüstungs- und Schiedsgerichtsfrage in den Parlamenten.

A. Deutscher Reichstag.

(Sitzung vom 30. März 1911.)

Bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers nahmen die Vertreter der verschiedenen Parteien Stellung zu der Frage der Rüstungsbeschränkung und der Schiedsgerichtsbarkeit. In dieser Sitzung erfolgte auch die vielerörterte Erklärung des Deutschen Reichskanzlers.

Die Aeußerungen der Parlamentarier und des Reichskanzlers sind im Nachstehenden, soweit sie wörtlich angeführt sind, nach dem amtlichen stenographischen Protokoll wiedergegeben:

Abg. **Spahn** (Zentrum):

„Ich selbst habe vor einigen Jahren, wohl auch bei Gelegenheit des Etats des Herrn Reichskanzlers, die Bemerkung gemacht, daß ich eine einfache Zurückweisung auf eine Anfrage Englands, ob man auf solche Verhandlungen überhaupt eingehen wolle, für verfehlt erachten würde. (Sehr richtig! in der Mitte.) Man sollte ruhig die Anträge Englands abwarten (sehr richtig!) und sie dann prüfen, natürlich unter Wahrung unserer vollständigen Selbständigkeit in dieser Frage, und sollte bei dieser Prüfung den Anträgen im einzelnen nähertreten und dann die Gründe angeben, weswegen die Ablehnung erfolgen müsse. Jetzt hat der englische Staatssekretär die Frage etwas eingeschränkt; er hat erklärt, daß er glaube, daß unter Zugrundelegung des deutschen Flottengesetzes zwischen den beiden Ländern auf eine Abminderung der weiteren Rüstungen hingewirkt werden könne. Das hat nichts zu tun mit dem Antrag Albrecht und Genossen, der von uns Schritte verlangt, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebeuterechts herbeizuführen. Ich würde den Zeitpunkt nicht für gegeben erachten, daß Deutschland mit dem Gedanken einer internationalen Regelung hervortritt, abgesehen davon, daß ich eine internationale Regelung auch für unmöglich erachte. Ich gehe auch deshalb nicht auf den Antrag ein. Wenn aber die englische Regierung mit Anträgen herantreten sollte, die auf Grund unseres Flottengesetzes versuchen wollten, die Beziehungen zwischen der englischen und deutschen Flottenrüstung mit dem Bestreben einer Herabminderung der weiteren Flottenrüstungen in irgendwelcher Weise zu regeln, dann möchte ich den Wunsch wiederholen, uns nicht direkt ablehnend zu verhalten, sondern uns vorgelegte formulierte Anträge — die ja bis jetzt noch nicht gekommen sind — zu prüfen und allerdings aus unserem eigenen Recht heraus zu ihnen Stellung zu nehmen. Denn darin ist dem englischen Staatssekretär beizutreten: die Rüstungen der europäischen Völker sind für sie drückend und schwer.

Der Herr Kriegsminister hat allerdings die Bemerkung gemacht, der ganze Militäretat — und dasselbe würde man auch vom Marineetat sagen können — sei nur ein Durchgangsposten. Richtig insofern, als von dem, was dauernden Wert behält, wenig bleibt. Das Geld wird eingenommen und ausgegeben. Aber, meine Herren, das Schlimme bleibt doch — das muß beachtet werden —, das Geld, das wir auf diesem Wege verausgaben, wird den natürlichen Kanälen, in denen das Geld wirken müßte, entzogen und in künstliche Kanäle geleitet. Damit verliert es die wirtschaftliche Bedeutung, die ihm naturgemäß zukommt. Deshalb hat unser Volk, das die Militärlast trägt, das gleiche Interesse, das die Engländer haben, daran, daß, wenn eine Verminderung der Last eintreten kann, wir ihr zustimmen. Ich will bereitwillig zugestehen, meine Hoffnungen nach dieser Richtung hin sind gering."

Abg. **Graf v. Kanitz** (konservativ):

„Ich komme nun zum Schluß auch noch auf die Abrüstungsfrage, welche allerdings schon von meinem Herrn Vorredner, übrigens ganz in meinem Sinne, so ausführlich besprochen worden ist, daß ich eigentlich kaum etwas hinzuzufügen habe. Die geradezu stürmische Bewegung, welche die Rede des englischen Ministers des Auswärtigen, Grey, — es war ja wohl am 13. März — hervorgerufen hat, ist wohl niemandem überraschender gekommen als dem Minister Grey selber.

Mit den Grundsätzen, welche der Minister Grey formulierte, können wir uns wohl einverstanden erklären. Wenn er sagt: die Bürde der Rüstung ist eine größere Gefahr als der Krieg selbst, sie bedeutet ein Verbluten in Friedenszeiten, — so wird die hierin liegende Wahrheit wohl von niemand verkannt werden. (Hört! Hört! links.) Aber bis zur Verwirklichung, bis zur Lösung der Abrüstungsfrage ist doch noch ein weiter Schritt. . . (Redner hebt die bekannten Einwände gegen die Schiedsgerichtsbarkeit hervor.)

Man wird also trotz aller Bemühungen immer wieder auf Punkte stoßen, an welchen die Kompetenz des Schiedsgerichts aufhört. Deshalb kann ich mir, so leid es mir tut, von den auf Anbahnung des allgemeinen Weltfriedens gerichteten Bemühungen einen Erfolg nicht versprechen."

Abg. **Scheidemann** (Sozialdemokrat):

Der Redner weist auf die bekannte Resolution hin, die in der englischen und in der französischen Kammer kürzlich angenommen wurde. Er erörtert die Rede Greys und befürwortet die von der sozialdemokratischen Partei eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er möge im Hinblick darauf, daß die französische Deputiertenkammer und das englische Unterhaus die Bereitwilligkeit zu Rüstungsbeschränkungen ausgesprochen haben, sofort Schritte tun, um eine internationale Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen in Verbindung mit der Abschaffung des Seebeuterechts herbeizuführen."

Auf die Frage der Rüstungsbeschränkung übergehend, sagte der Redner:

„Meine Herren, wir müssen zu einer Verständigung kommen. Ich will nicht auf alle die hier hineinspielenden Fragen zu sprechen kommen, aber ich will doch darauf hinweisen, weil das vorhin auch erwähnt wurde: auch die Entwicklung des Dreibundes drängt zu einer Entscheidung nach der angedeuteten Seite hin. Es soll nicht bestritten werden, daß der Dreibund in der Vergangenheit seine Schuldigkeit getan hat in bezug auf die Wahrung des Friedens. Aber nach der Richtung hin, die Rüstungen einzuschränken, hat der Dreibund nicht gewirkt. Ganz im Gegenteil, der Dreibund hat namentlich in letzter Zeit immer mehr die einzelnen Verbündeten dazu gedrängt, weiter zu rüsten. Dreadnougths baute nicht nur Deutschland, sondern auch Oesterreich, und, meine Herren, wie weit Italien gegen Oesterreich Panzer baut, das will ich nicht untersuchen.

Die verhältnismäßig friedliche Stimmung in den bürgerlichen Kreisen aller Länder, die wir seit einiger Zeit beobachten können (Beobachten hätte sie die Sozialdemokratie schon lange können! Fr.-W.), erklärt sich wohl zum guten Teil durch die wachsenden Schwierigkeiten im Innern. Es mag sein, daß es auch bei uns Leute gibt, die ähnliche Gedanken haben, wie sie Sir Edward Grey im Unterhause geäußert hat. Wir Sozialdemokraten sind stolz darauf, daß wir die ersten (Die ersten? — Geschichte lernen; die sog. bürgerliche Friedensbewegung war schon da, ehe es eine Sozialdemokratie gab! Fr.-W.) waren, die den Gedanken der Friedenspropaganda in die Massen hineingetragen haben. Es war eine große Tat jenes internationalen Arbeiterkongresses, der im Jahre 1889 in Paris tagte und die Einsetzung des 1. Mai auch als eines großen Protesttages gegen die Rüstungen, als eines großen Demonstrationstages für den Frieden beschloß. Diese Einsetzung des 1. Mai hat sich als eine große Kulturtat erwiesen. Da mag geschehen von bürgerlicher Seite was da will, Sie können noch so viele Ansprachen und Reden halten — was will das bedeuten im Vergleich zu der Tatsache, daß sich alle Jahre am selben Tage

Millionen von Menschen in allen Kulturstaaten der Welt zusammenfinden, um gemeinsam gegen die Kriegsrüstungen zu protestieren, um gemeinsam die Forderung aufzustellen: für den Weltfrieden, für die Abrüstung."

Abg. **Bassermann** (nationalliberal):

„Was die Abkommen über den Rüstungsumfang und über gegenseitige vertragsmäßige Festsetzungen über Rüstungsausgaben anlangt, so muß ich sagen, daß ich gerade im Interesse der Erhaltung des Friedens solchen Vereinbarungen mit skeptischer Betrachtung gegenüberstehen würde.

Einmal muß man doch sagen: das sind die großen vitalen Fragen der Nationen, darüber müssen sie selbst entscheiden können, da darf man ihnen ihre wichtigsten Hoheitsrechte nicht wegräumen und darf nicht der internationalen Verständigung und Vereinbarung das überlassen, was not tut für den Ausbau des Heeres und der Flotte.

Das zweite ist aber der Gesichtspunkt, der beispielsweise auch in dem Buche scharf hervorgehoben ist, das jüngst im Reichstage allen Mitgliedern zuging von Herrn Normann Angell: „Die große Täuschung." Er weist darauf hin: solche Vereinbarungen können die Quelle von Streitigkeiten werden, an die früher kein Mensch gedacht hat. Das gilt vor allem für den Umfang der Flottenbauten mit der Möglichkeit für einen Staat, durch abhängige Nationen seine Seemacht beliebig zu verstärken, während das auf der anderen Seite nicht möglich ist — also der Fall der Umgehung, mit anderen Worten. Dann können Verhandlungen notwendig werden, die gewiß zu allem eher dienen als zum Frieden, und die geeignet sind, nur die Beziehungen der Staaten zueinander zu verschlechtern."

Abg. **Dr. Wiemer** (Fortschrittliche Volkspartei):

„Der Herr Abgeordnete Bassermann hat auf die Militärvorlage Bezug genommen und hat, wie ich glaube, mit vollem Recht auf das Erfreuliche hingewiesen, daß die Vorlage nach verhältnismäßig kurzer Beratung in zweiter Lesung von allen bürgerlichen Parteien angenommen worden ist. Auch meine politischen Freunde haben für die Vorlage gestimmt, weil wir bereit sind, die technische Vervollkommnung unseres Heeres zu unterstützen. Aber diese Zustimmung entbindet uns nicht der Verpflichtung, wie wir auch seinerzeit ausgesprochen haben, nach Mitteln zu suchen, um den fortgesetzten Rüstungen ein Ziel zu setzen, ohne daß die Machtstellung Deutschlands dabei gefährdet und beeinträchtigt wird.

Meine Herren, man hat alle möglichen Angriffe wegen dieser Stellungnahme gegen uns gerichtet . . . Ich muß aber sagen, daß solche Vorwürfe und solche Ausführungen, wie sie auch in der Budgetkommission des Reichstages gemacht sind, uns nicht in der Ueberzeugung beirren können, daß dieses Problem auch im Deutschen Reichstage ernsthaft erörtert werden muß. Man spricht von Utopien. Oh, meine Herren, was heute Utopie ist, kann morgen Wahrheit sein. Wir wissen, wie schnell die Dinge sich manchmal entwickeln können.

Wir haben Ihnen einen Antrag unterbreitet. Ich glaube, Sie werden anerkennen müssen, daß der Antrag sich von phantastischen Vorstellungen fernhält, daß er nicht anstrebt, was nach Lage der Dinge heute nicht durchführbar erscheint. Wir wissen ganz genau, daß auf diesem überaus schwierigen Gebiet Vorsicht notwendig ist und ein Abwägen aller der Momente, die bei der Entscheidung in Betracht kommen. In Erwägung dieser Momente haben wir auch darauf verzichtet, im gegenwärtigen Augenblick zu verlangen, daß Deutschland die Initiative in diesen Dingen ergreift. Wir wollen aber, daß, wenn von anderer Seite Anregungen kommen, und nicht bloß Anregungen, sondern ernsthafte Vorschläge, die erkennen lassen, auf welchem Wege das Ziel erreicht werden soll, Deutschland sich dann nicht ablehnend verhält, sondern Entgegenkommen bekundet und in ernsthafte Beratung mit anderen Mächten eintritt, ob auf diesem Wege durch eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungsausgaben dem Ziele gedient werden kann, das wir doch alle erstreben . . ."

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

„Ich habe ums Wort gebeten, um einige kurze Ausführungen zu den Fragen der Abrüstung und der Schiedsgerichte zu machen.

Der sozialdemokratische Antrag verlangt, ich solle Schritte tun, um eine internationale Verständigung über allgemeine Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. In der Tat wird der Abrüstungsgedanke in Parlamenten, auf Kongressen, von Friedensfreunden unausgesetzt breit erörtert. Auch die erste Haager Friedenskonferenz hat die Frage behandelt, hat sich aber schließlich mit dem Wunsche begnügen müssen, daß die Regierungen das Problem andauernd studieren möchten. Deutschland hat diesem Wunsche entsprochen, aber wir haben keine brauchbare Formel gefunden. Daß andere Regierungen glücklicher gewesen wären, ist mir nicht bekannt geworden. Und auch die sonstigen Studien haben meines Wissens zu einem praktischen Ergebnis noch nicht geführt. Ich bin wenigstens noch nirgends einem irgendwie greifbaren Vorschlag begegnet, einen Vorschlag, der auch nur einigermaßen ins Detail ginge, und über den sich ernsthaft diskutieren ließe. Aus der

heutigen Debatte habe ich einen solchen Vorschlag auch noch nicht herausgehört.

Meine Herren, ich glaube, Sie haben sich eine vielleicht ideale, aber praktisch nicht lösbare Aufgabe gestellt. Ich will damit nicht über den Wert der Arbeit der Freunde des Friedens und der Abrüstung aburteilen. Die Zeit, wo in Europa die Kriege durch die Kabinette gemacht wurden, ist vorüber. Die Stimmungen, aus denen jetzt bei uns noch Kriege entstehen können, liegen wo anders. Sie wurzeln in Gegensätzen, die vom Volksempfinden getragen sein müssen. Jedermann weiß, daß dieses Empfinden sich sehr leicht beeinflussen läßt und sich z. B. leider häufig willenlos unverantwortlichen Preßtreibereien hingibt. Ein Gegengewicht gegen alle solche und ähnliche Einflüsse ist nur erwünscht, und ich werde der erste sein, der es dankbar begrüßt, wenn es der internationalen Arbeit gelingt, solche Gegengewichte zu schaffen.

Wenn ich aber praktische Maßregeln ergreifen soll, wenn ich den anderen Mächten Vorschläge auf Abrüstung unterbreiten soll, dann genügen dazu nicht allgemeine Friedensbeteuerungen und Friedensversicherungen — deren ist Deutschland überhoben durch eine vierzigjährige, konstante Politik, die zeigt, daß wir in der Welt keine Händel suchen —, sondern dann muß ich ein fest umrissenes Arbeitsprogramm vorlegen können, dann muß ich auch sachlich prüfen, ob ein solches Programm überhaupt aufgestellt und, wenn aufgestellt, auch durchgeführt werden kann. Wer unsichere, verschwommene Vorschläge macht, der kann sehr leicht, anstatt zu beruhigen, seinerseits zum Störenfried werden.

Ich will noch eins einschieben. Nicht ganz so weit, wie der sozialdemokratische Antrag, geht die Resolution, die die Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei vorschlagen; und auch der Herr Abgeordnete Spahn hat sich, glaube ich, in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Da wird beantragt, wir möchten in Verhandlungen eintreten, wenn uns von anderen Seiten Vorschläge gemacht werden sollten. Ich bin den Herren aufrichtig dankbar, daß sie mir nicht die Aufgabe zuschieben wollen, formulierte Anträge auszuarbeiten, sondern daß sie das anderen Regierungen überlassen.

Meine Herren, wenn die Großmächte ein Abkommen über eine allgemeine internationale Abrüstung treffen wollen, dann müssen sie sich zuerst darüber einigen, welche Geltung überhaupt die einzelnen Nationen im Verhältnis zueinander beanspruchen dürfen. Es muß eine Art Rangordnung aufgestellt werden, in welche jede Nation nummernmäßig mit der ihr zuzubilligenden Einflußsphäre einzutragen ist, vielleicht analog dem Verfahren, wie es bei industriellen Syndikaten geschieht. Ich müßte es ablehnen, meine Herren, ein solches Formular zu entwerfen und einem internationalen Areopag vorzulegen.

Praktisch — könnte man vielleicht sagen — ist ein Ranganspruch allerdings schon angemeldet worden: England ist davon überzeugt — und hat es wiederholt erklärt —, daß, trotz aller seiner Wünsche auf Einschränkung der Rüstungsausgaben und auf Schlichtung etwaiger Streitigkeiten im schiedsrichterlichen Verfahren, seine Flotte unter allen Umständen jeder möglichen Kombination in der Welt gewachsen oder sogar überlegen sein müsse. Diesen Zustand anzustreben, ist das gute Recht Englands; und gerade wie ich zur Abrüstungsfrage stehe, würde ich der letzte sein, dieses Recht irgendwie anzuzweifeln.

Ganz etwas anderes ist es aber, einen solchen Anspruch zur Grundlage eines Abkommens zu machen, das von den anderen Mächten in friedlicher Zustimmung angenommen werden soll. Wenn da Gegenansprüche erhoben werden, wenn andere Mächte mit dem ihnen zugewiesenen Kontingent nicht zufrieden sind? Meine Herren, man braucht diese Fragen bloß aufwerfen, um zu wissen, wie es auf einem Weltkongresse — ein europäischer würde ja nicht ausreichen — zugehen würde, der über derartige Ansprüche zu entscheiden hätte.

Und dann, meine Herren, die Armeen! Wenn uns z. B. in Deutschland zugemutet werden sollte, unser Heer, sagen wir, um 100 000 Mann zu verringern, um wieviel müssen dann die Armeen von Frankreich, von Rußland, von Oesterreich und von Italien verringert werden! Wenn Sie da zu irgendeiner Zahlenproportion kommen wollen, müssen Sie eben zunächst das allgemeine Machtverhältnis fixieren, in dem diese Nationen zueinander stehen sollen. Sonst können Sie auch kein Stärkeverhältnis für die Armeen festsetzen. Meine Herren, trotz all der Friedensversicherungen, die Gott sei Dank überall abgegeben werden, würde mir bei einer vorbereitenden Enquete jede Nation antworten, daß sie die Stellung in der Welt beansprucht, welche der Gesamtsumme ihrer nationalen Kräfte entspricht, und daß ihre Streitkräfte diesem Anspruch entsprechend abgemessen werden müssen. Ich würde jedenfalls für Deutschland keine andere Antwort geben. Und ich würde der Ehre und dem Nationalgefühl jedes anderen Volkes zunahetreten, wenn ich ihm eine andere Auskunft zumutete.

Der sozialdemokratische Antrag nimmt Bezug auf die Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer. Ja, meine Herren, hat nicht trotz dieser Verhandlungen das neue französische Ministerium die programmatische Erklärung, mit der es sich der Kammer vorgestellt hat, unter deren lebhaftem Beifall mit dem Bekenntnis geschlossen, daß es ebenso wie die anderen Regierungen in einer starken Wehrmacht eine wesentliche Friedensbürg-

schaft erblicke und deshalb den Streitkräften zu Wasser und zu Lande seine besondere Fürsorge zuwenden werde?

Meine Herren, Sie können sich darauf verlassen: keine Antwort würde anders lauten. Und aus solchen Antworten soll ein Abrüstungsschema zusammengestellt werden!

Aber selbst angenommen, die Nationen ließen sich willig von einem internationalen Kongreß die Stellung diktieren, die sie in der Welt einnehmen dürfen, dann würden wir auch einen Maßstab finden müssen, nach dem wir die Stärken der Armeen gegeneinander abwägen. Auch nach einem solchen Maßstabe hat man mit heißem Bemühen gesucht, aber bisher noch ohne jeden Erfolg. Ich brauche Ihnen nicht im einzelnen die absoluten und die relativen Formeln vorzuführen, die man da aufzustell enversucht hat. Alle diese Dinge sind den Herren bekannt. Aber man hat in diesen Formeln noch keinerlei brauchbaren Maßstab gefunden; das wird auch von den Freunden der Abrüstung immer mehr erkannt und zugegeben.

Endlich, meine Herren, und vor allem müßte jeder Versuch allgemeiner internationaler Abrüstung meines Dafürhaltens immer wieder an der Frage der Kontrolle scheitern. Ich halte jede Kontrolle für absolut undurchführbar, und jeder Versuch einer Kontrolle würde zu nichts anderem führen, als zu fortgesetztem gegenseitigem Mißtrauen und andauernder Erregung. Wer wird sich denn auf die Schwächung seiner Verteidigungsmittel einlassen, solange er nicht die absolute Sicherheit dafür hat, daß nicht irgendein Nachbar seine Streitkräfte doch heimlich stärker macht, als ihm im Abrüstungsabkommen zugestanden worden ist? Denken Sie doch an den klassischen Fall des von Napoleon niedergeworfenen Preußens. Napoleon hatte Preußen eine Armee von 42 000 Mann zugestanden, und er hatte doch wahrhaftig Kontrollmittel in der Hand, wie sie noch keine andere Macht einer anderen Macht gegenüber besessen hat oder besitzen wird. Aber trotz der schonungslosen Anwendung dieser Kontrollmittel ist es dem preußischen Patriotismus, ist es den großen und genialen Führern des preußischen Volkes gelungen, eine vierfach stärkere Armee aufzustellen, als der Sieger ihm zugestanden hatte.

Meine Herren, wer die Frage der allgemeinen Abrüstung einmal sachlich und ernsthaft durchdenkt, bis in ihre letzten Konsequenzen durchdenkt, der muß zu der Ueberzeugung kommen, daß sie unlösbar ist, solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten sind. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten; lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Herren, es sind nun auch von den verschiedenen Herren Vorrednern die Ausführungen erwähnt worden, die der englische Minister des Auswärtigen über die Abrüstungsfrage gemacht hat. Der englische Minister hat dabei dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß ein Nachrichtenaustausch zwischen England und Deutschland über die gegenseitigen Schiffsbauten vor Ueberraschungen sichern und in beiden Ländern die Ueberzeugung befestigen würde, daß keinis das andere heimlich überbieten will. Durch den Nachrichtenaustausch würden dann auch die anderen Nationen über das Verhältnis orientiert werden, in dem England zu Deutschland steht, und auch das würde dem allgemeinen Frieden dienen.

Wir haben diesem Gedanken um so eher beitreten können, als unser Bauprogramm für die Flotte von Anfang herein offen vor aller Welt daliegt, und wir haben uns deshalb bereit erklärt, uns hierüber mit England zu verständigen in der Hoffnung, daß dadurch die erwartete Beruhigung der öffentlichen Meinung in England eintreten werde. (Abg. Schöpflin: Und die Kontrolle?! — Lachen rechts.)

Meine Herren, auch die Frage der Schiedsgerichte ist in neuerer Zeit besonders lebhaft erörtert worden, insonderheit nach der Richtung hin, ob es möglich wäre, Schiedsgerichtsverträge ohne die sogenannte Ehrenklausel zustande zu bringen. Diese Klausel bildet bekanntlich einen Bestandteil aller (O ho! Fr.-W.) bisher abgeschlossenen Schiedsgerichtsverträge und besagt, daß kein Schiedsspruch in Anwendung kommt, wenn die Unabhängigkeit, die Ehre, die Lebensbedingungen eines der vertragschließenden Teile berührt werden.

Man hat namentlich erörtert die Möglichkeit des Abschlusses eines derartigen unbeschränkten Schiedsvertrages zwischen England und Amerika. Dabei ist besonders in Amerika die Ansicht vertreten worden, daß die Wirkung eines derartigen unbeschränkten Schiedsvertrages auf die anderen Nationen der Wirkung einer Allianz gleichkommen werde. Meine Herren, es ist nicht meines Amtes, die Chancen eines derartigen Abkommens zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu erörtern. Jede Nation hat es mit ihrem Partner allein abzumachen, ob und unter welchen Bedingungen sie Schiedsgerichtsverträge abschließen will. Internationale, die Welt umspannende, von einem Weltkongreß oktroyierte Schiedsgerichtsverträge halte ich für ebenso unmöglich wie internationale allgemeine Abrüstungen.

Deutschland steht den Schiedsgerichtsverträgen nicht ablehnend gegenüber. Wir haben in alle unsere neuen Handelsverträge die Bestimmung aufgenommen, daß Tarifstreitigkeiten einem bestimmten schiedsrichterlichen Verfahren unterworfen werden sollen. Wir haben mit zwei Großmächten allgemeine obligatorische Schiedsverträge abgeschlossen, von denen der eine fortgesetzt in Gültigkeit steht. Deutschlands Betreiben ist es vor allem zu danken, daß im Haag die Einsetzung eines internationalen Prisenhofes zustande gekommen ist.

Was aber die Ehrenklausel anlangt, so schafft nach meiner Ueberzeugung ihre Streichung nicht den Frieden, sondern sie konstatiert lediglich, daß zwischen den beiden Nationen, welche sie streichen, ein ernsthafter Anlaß, den Frieden zu brechen, nicht gedacht werden kann. Ein unbeschränkter Schiedsvertrag besiegelt lediglich einen bereits de facto bestehenden Zustand. Aendert sich dieser Zustand, entwickeln sich zwischen den beiden Nationen Gegensätze, welche ihre Lebensbedingungen berühren, welche, wie man im gewöhnlichen Leben zu sagen pflegt, an die Nieren gehen, dann möchte ich den Schiedsvertrag sehen, der nicht wie Zunder zerfällt! Man kann aus dem Leben der Nationen die ultima ratio nicht ganz wegstreichen. Wir können nur bestrebt sein, ihr Eintreten so weit wie möglich hinauszuschieben. Dazu dienen zweifellos auch Schiedsverträge, und um so geeigneter werden sie sein, je mehr man sie auf klar zu übersehende Rechtsverhältnisse beschränkt. Meine Herren, wenn wir so praktisch handeln — und Deutschland tut es —, dann leisten wir nützlichere Arbeit als mit der Vorstellung von Zuständen, welche dem Wesen der Menschen und der Staaten fremd sind. Zur Friedfertigkeit aber gehört Stärke. Es gilt noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Beute des Stärkeren wird. Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied. Dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen. Wir Deutschen in unserer exponierten Lage sind vor allem darauf angewiesen, dieser rauhen Wirklichkeit unerschrocken ins Gesicht zu sehen. Nur dann werden wir uns den Frieden und unsere Existenz erhalten."

(Lebhaftes Bravo rechts, in der Mitte und auf der linken Seite. — Zischen bei den Sozialdemokraten. — Erneutes lebhaftes Bravo.)

Abg. Prof. **Eickhoff** (Fortschrittliche Volkspartei) begründet folgenden Antrag:

„Der Reichstag wolle beschließen,

den Reichskanzler zu ersuchen, nach dem Muster des unterm 12. Juli 1904 mit Großbritannien abgeschlossenen und im Jahre 1909 verlängerten Schiedsgerichtsvertrages auch mit anderen Mächten Schiedsgerichtsverträge abzuschließen."

„Wie liegen die Dinge? Der Herr Reichskanzler hat eben schon einige Andeutungen darüber gemacht. Meine Herren, Deutschland hat bis jetzt nur diesen einen Schiedsgerichtsvertrag im Jahre 1904 mit Großbritannien abgeschlossen. . . . Aus dem erneuten Vorgehen des Präsidenten Taft kann man erkennen, welch hohe Bedeutung man jenseits des Ozeans einem solchen Vertrag beilegt, wie hoch man ihn einschätzt trotz des Widerstandes, den früher der Senat — übrigens nur aus verfassungsrechtlichen Gründen — erhob. Kein Wunder daher, daß das Vorgehen des Präsidenten Taft in den weitesten Kreisen des englischen wie des amerikanischen Volkes mit der größten Begeisterung aufgenommen wurde, und deshalb, meine ich, sollten auch wir den gleichen Weg einschlagen und die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wieder aufnehmen, die im Jahre 1904 gepflogen wurden, die damals gescheitert sind, die dann später wieder aufgenommen wurden, aber, wie man annehmen darf, aufs neue ins Stocken geraten sind.

Meine Herren, es kann sich für uns voraussichtlich — darin stimme ich mit dem Herrn Kollegen Bassermann durchaus überein — nur um einen Vertrag handeln, der, wie der deutsch-englische Vertrag vom Jahre 1904, die sogenannte Sicherheits- oder Ehrenklausel enthält, d. h. es würden nur diejenigen Streitfragen dem Schiedsgericht unterworfen werden, die nicht die Lebensinteressen oder die nationale Ehre der streitenden Parteien berühren. . . . In keinem Fall darf man nach meiner Meinung die Bedeutung selbst dieser limitierten Schiedsgerichtsverträge unterschätzen, wenn diese Bedeutung vielleicht auch mehr auf moralischem als auf politischem Gebiete liegt. Meine Herren, denken Sie doch nur an die leidige Casablancaaffäre, die im Jahre 1908 die öffentliche Meinung diesseits und jenseits der Vogesen monatelang in Aufregung hielt, und die dann — ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage — durch das Verdienst des jetzigen Herrn Staatssekretärs auf dem Wege eines Schiedsgerichts erledigt oder, besser gesagt, sang- und klanglos im Haag begraben wurde, wie sie es wirklich verdiente. Gerade dieser kleinliche Zwischenfall von Casablanca sollte uns eine Lehre sein, sollte uns bestimmen, auch mit Frankreich einen solchen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen, wie wir ihn mit England bereits abgeschlossen haben. Ich würde mir von einem solchen Vertrage schon eine ungeheure moralische Wirkung versprechen. Ja, ich bin überzeugt,

schon die Tatsache, daß Deutschland die Initiative zu einem solchen Vertrag ergreift, würde jenseits der Vogesen den denkbar besten Eindruck hervorrufen und den „Dämon des Mißtrauens" beseitigen helfen, der jetzt leider noch immer zwischen den beiden großen Kulturnationen herrscht."

Der Reichstag hat sich am 31. März in seiner Mehrheit auf den Standpunkt der beiden Resolutionen der Fortschrittlichen Volkspartei gestellt und sie nach einer wirkungsvollen Rede des Abg. Haußmann angenommen. Abg. Haußmann wies darauf hin, daß man im Auslande nicht mit Unrecht werde sagen können, daß alle Bemühungen Englands, um der Abrüstungsfrage Entgegenkommen zu zeigen, durch die scharfe Ablehnung von deutscher Seite zunichte geworden seien. Um wenigstens einigermaßen noch zu retten, was zu retten ist, müßte man die Resolution seiner Partei annehmen, die der Reichskanzler selbst als vorsichtig bezeichnet habe. Das Haus schloß sich in seiner Mehrheit diesem Standpunkt an und gab damit zu erkennen, daß das Deutsche Reich nicht, wie man aus der Rede des Reichskanzlers schließen dürfte, ohne weiteres Vorschlägen über eine Begrenzung von Rüstungsausgaben abwehrend gegenübersteht. Der Wortlaut der vom Reichstag angenommenen fortschrittlichen Resolution ist folgender:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Bereitwilligkeit zu erklären, in gemeinsame Verhandlungen mit anderen Großmächten einzutreten, sobald von einer Großmacht Vorschläge über eine gleichzeitige und gleichmäßige Begrenzung der Rüstungsausgaben gemacht werden."

Die Annahme dieser Resolution ist von erheblicher moralischer Bedeutung. Von der gleichen Bedeutung ist auch die Annahme der zweiten oben wiedergegebenen Resolution, die vom Abg. Eickhoff begründet wurde.

B. Englisches Unterhaus.

Bei der Beratung des Flottenetats, stellte am 12. März der Abg. Macdonald den Antrag, auf Verminderung der Rüstungen, der zu einer lebhaften Debatte und zu wichtigen Erklärungen Anlaß gab.

Der Anfang einer mäßigen Rüstungsbeschränkung.

Zunächst erklärte der Lord der Admiralität McKenna, daß das Flottenbudget mit den jetzt verlangten 44 Millionen Pfund den Höhepunkt erreicht haben dürfte. „Wenn keine Aenderung des deutschen Flottengesetzes eintritt, und wir haben allen Grund, zu glauben, daß dies nicht der Fall sein wird, so wird das Budget für 1912/13 eine Verminderung im Vergleich mit dem für 1911/12 zeigen."

Die Erklärung Sir Edward Greys.

Die Hochwassermarke.

„Die Regierung ist der Ansicht, daß das Budget für die nächsten beiden Jahre nichts vorsieht, was über das erforderliche Maß hinausginge. Keinen Augenblick aber darf die Meinung aufkommen, daß, weil das diesjährige Budget höher ist, unsere auswärtigen Beziehungen gespannt seien. McKenna hat das Budget als eine Hochwassermarke bezeichnet, und es bedeutet eine Hochwassermarke, wenn die Programme der anderen Mächte ihren normalen und beabsichtigten Verlauf nehmen. Wenn diese Erwartung erfüllt wird, was wir guten Grund haben zu glauben, haben wir unzweifelhaft die Hochwassermarke erreicht, und es werden Verminderungen eintreten, wie sie mit unserer Sicherheit vereinbar sind."

Die Vereinbarungen mit Deutschland.

„Ich komme jetzt zu Deutschland. Der deutsche Reichskanzler hat im Dezember gesprochen, und ich möchte seine Worte gern dem Hause vorlesen." Grey zitierte sodann die Erklärung des Reichskanzlers in bezug auf die deutsch-englischen Beziehungen, beginnend mit den Worten „Auch wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten in Beziehung auf Rüstungen zu vermeiden usw." und endigte mit den Worten „Das Mißtrauen, das sich nicht bei den Regierungen, wohl aber in der öffentlichen Meinung leider vielfach geltend gemacht hat." Hierbei legte Grey großen Nachdruck auf die Worte „nicht bei den Regierungen" und fügte hinzu: „Ich nehme ganz und gar dieselbe Stellung ein. Wenn ich bedenke, was alles in der Presse veröffentlicht oder gemutmaßt worden ist, so würde man erstaunt sein zu erfahren, wie leicht es jederzeit innerhalb der letzten drei Jahre gewesen ist, ich will nicht sagen, eine Einigung zu erreichen, wohl aber Differenzen zwischen den beiden Regierungen in freundlichem Sinne zu besprechen. Das bedeutete keine Aenderung der Politik auf unserer Seite. Wir haben nicht den Wunsch, abseits zu stehen, und wir hatten nicht den Wunsch, daß unsere Beziehungen zu irgendeiner Macht so beschaffen sein sollten, daß dadurch herzliche Beziehungen zu Deutschland unmöglich würden. Man hat von den Großmächten Europas gesagt, daß sie getrennte Gruppen bildeten. Das stimmt; aber während der letzten fünf Jahre schwinden die Anlässe, die diese Gruppen in Widerstreit miteinander hätten bringen können, mehr und mehr. Unsere Politik mußte fest und loyal gegenüber allen unseren Verpflichtungen sein und nach bestem Vermögen den guten Willen auf allen Seiten fördern."

Es sei paradox, fuhr der Minister fort, daß die Rüstungen bei den tatsächlich bestehenden Beziehungen zwischen den Mächten mit solcher Beschleunigung vermehrt würden. Die Bürde der Rüstungen sei eine größere Gefahr als der Krieg selbst. Sie bedeute ein Verbluten in Friedenszeiten. Es sei gesagt worden, daß vieles durch Abkommen erreicht werden könnte, und es sei speziell ein Abkommen mit Deutschland angeregt worden. Dazu sei ein sehr vorsichtiges Vorgehen notwendig. Er habe stets den Ausdruck „Beschränkung der Rüstungen" vermieden; er werde im Auslande so gedeutet, als ob England anderen Ländern eine Beschränkung auferlegen wollte. Kein Land würde sich das gefallen lassen, Deutschland am wenigsten von allen. Er habe stets den Ausdruck gebraucht „wechselseitige Beschränkung der Ausgaben." Wenn er irgendeine Hoffnung machen würde, daß Deutschland infolge eines Abkommens von seinem Flottengesetz abstehen oder dasselbe ändern würde, so würde ihm sofort widersprochen werden. Nur innerhalb der Grenzen jenes Flottengesetzes könne vielleicht etwas zwischen den beiden Regierungen geschehen. Er sei stets der Meinung gewesen, daß ein offener Austausch von Informationen zwischen den beiden Regierungen durch die Marineattachés gegen Ueberraschungen sichern und jede von beiden Nationen überzeugen würde, daß keine von beiden versuche, der anderen einen Vorsprung abzugewinnen.

Ein Abkommen könnte vielleicht zu einer Verlangsamung der Ausgaben führen oder dazu, daß das gegenwärtige Programm Deutschlands keine Steigerung erfahren würde. Alles dies könne Gegenstand der Erörterung zwischen beiden Regierungen sein, und es wäre in jeder Beziehung vorteilhaft, wenn ein Abkommen erzielt werden könnte. Deutschland habe seinerseits Englands Budgets nie als Herausforderung angesehen.

„Im Verhältnis zu den Beziehungen der Großmächte, wie sie heute sind, ist der Rüstungswettbewerb ein Paradoxon; aber ein noch größerer Paradoxon liegt darin, daß die Zunahme der Ausgaben mit der Zunahme der Kultur anwächst. Wenn es so weitergeht, muß schließlich die Kultur zusammenbrechen.

Ich kenne nur ein Ding, das die Heeres- und Flottenausgaben der Welt in ihrem Innersten treffen kann, wo sie getroffen werden müssen, wenn eine wirkliche und sichere Abhilfe erreicht werden soll. Und das wird nicht erreicht werden, ehe nicht die Nationen das tun, was die Individuen getan haben, nämlich den Appell an das Recht statt an die Gewalt als den natürlichen Gang für die Völker anzusehen. Die öffentliche Meinung ist in Bewegung gesetzt worden, die Zahl der Schiedsfälle hat zugenommen; aber man muß noch einen großen Schritt weiter tun, bevor die Zunahme der Schiedsgerichtsbarkeit das Anwachsen der Rüstungsausgaben wirksam beeinflussen wird. Ich hätte vielleicht gedacht, daß es nicht zweckmäßig wäre, die Zeit des Hauses in Anspruch zu nehmen, um es zu bitten, die Schiedsgerichtsbarkeit als etwas ins Auge zu fassen, das die großen Ausgaben wirksam beeinflussen könnte, wenn nicht zweimal innerhalb der letzten zwölf Monate — einmal im März und dann im Dezember — der Präsident der Vereinigten Staaten auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit einen weiteren Schritt nach vorwärts vorgeschlagen hätte, der von größerer Bedeutung ist und entscheidendere Folgen in sich trägt als irgend etwas, das je ein praktischer Staatsmann in dieser Stellung vorher zu sagen gewagt hat."

Hier führte Sir Edward Grey die bekannten Aeußerungen des Präsidenten Taft an und fuhr fort:

„Das sind kühne und mutige Worte. Wir haben keinen Vorschlag vor uns, und anders, als daß sich die öffentliche Meinung zu der Höhe einer solchen Diskussion erheben wird, wo sie nicht die Lasten noch den Gewinn, den jede Nation aus solch einem Abkommen ziehen würde, ins Auge faßt, sondern sie als eine große Bewegung der Weltmeinung erörtert, wird dieser Vorschlag nicht auszuführen sein. Aber angenommen, daß es ginge; angenommen, daß zwei der größten Staaten der Welt imstande wären, es der ganzen Welt klarzumachen, daß sie mit einem derartigen Abkommen dartun wollen, daß sie unter keinen Umständen mehr gegeneinander Krieg führen wollten, dann möchte ich sagen, daß die Wirkung dieses Beispiels auf die ganze Welt die wohltätigsten Folgen nach sich ziehen würde. Wohl würden die beiden Staaten noch einem Angriff seitens dritter, nicht an dem Abkommen beteiligter Staaten ausgesetzt sein, und ich glaube, daß sie sich zu einem Abkommen veranlaßt sehen würden, um sich für jenen Fall zu verbinden, wo einer von ihnen mit einem dritten Staate in Streit gerät, und daher die Schiedsentscheidung verweigert wird. Je mehr aber in der Welt die Neigung zunimmt, daß ein Krieg zwischen zwei großen Staaten nicht nur für diese eine ernste Sache ist, sondern auch infolge der Erschütterungen, die verursacht werden, für die neutralen Staaten, um so mehr wird es sich den Nationen aufdrängen, daß es besser für sie ist, statt zu kämpfen, sich zu vereinigen, um den Frieden auf der Welt zu bewahren.

Ich habe darüber gesprochen, weil ich nicht glaube, daß eine derartige Kundgebung, die von einem Manne in der Stellung des Präsidenten der Vereinigten Staaten herrührt, unbeantwortet bleiben soll. Das Eingehen auf einen solchen Vertrag würde ein großes Wagnis sein. Es würde gewisse Gefahren in sich schließen, alles der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten, und wir werden, wie Präsident Taft es gesagt hat, darauf vorbereitet sein müssen, gewisse Gefahren auf uns zu nehmen und unserem Nationalstolz einige Opfer zu bringen. Aber wenn ein derartiges Abkommen uns vorgeschlagen wird, werden wir uns freuen, einen solchen Vorschlag zu haben. Aber ich glaube, daß es etwas zu großes, etwas in seinen möglichen Folgen zu weitreichendes sein würde, daß es nicht nur die Unterschrift beider Regierungen, sondern auch die überlegte und entscheidende Gutheißung der Parlamente erfordern wird, die es, wie ich glaube, auch erhalten dürfte.

Ich weiß, daß zur Hervorbringung eines Wandels dieser Art die öffentliche Meinung zu hohem Flug sich aufschwingen muß, höher als einige gegnerische Mitglieder denken, daß sie sich aufzuschwingen vermag. In gewöhnlichen Zeiten mag das richtig sein, aber die Zeiten mit solchen Ausgaben sind nicht gewöhnliche, und mit der Zunahme dieser Ausgaben werden sie noch ungewöhnlicher werden. Der menschliche Geist arbeitet sich hinauf, und wenn wir zurückblicken in der Geschichte, so finden wir im günstigen Augenblick Zeiten kommen, wo die öffentliche Meinung eine Höhe erreicht hat, die eine vorhergehende Generation für unmöglich gehalten hat. So war es, als die öffentliche Meinung die Sklaverei abschaffte, trotz aller damit verquickten Interessen. Das muß besonders in den Vereinigten Staaten schwer gewesen sein, und ich kann mir vorstellen, daß es dort vor der Abschaffung der Sklaverei Gelegenheiten gegeben hat, gegeben haben mußte, wo irgend jemand bewiesen hat, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sich niemals zu jener Höhe aufschwingen mag. Und doch tat sie es; sie tat es ohne die Kosten an Geld, an Blut und der Gefährdung der nationalen Existenz zu berechnen. Und, so glaube ich, ist es auch nicht unmöglich, obwohl ich zugebe, daß in einem Falle von so umwälzender Bedeutung der Fortschritt nur langsam vor sich gehen dürfte, daß die öffentliche Meinung der Welt im größten Umfange einsetzen mag, wenn sie das Glück hat, Führer zu finden, die den Mut haben, jenen Mut, der in jenen Aeußerungen liegt, die ich dem Hause vorgelegt habe (gemeint sind die Worte des Präsidenten Taft. Red.), um nach dieser Richtung die Abhilfe zu finden. Einige Heere und Flotten würden zweifellos bleiben; aber sie würden nicht im gegenseitigen Wettbewerb verbleiben, sondern als Weltpolizei. Einige der ehrenwerten Mitglieder werden sagen, daß wir diesen Tag nicht sehen werden; vermutlich werden wir ihn nicht sehen (Ruf: Warum nicht?), aber ich glaube, wir werden noch einen erreichten Fortschritt sehen.

Ich stelle mich ermutigend zu dieser Sache. Und wenn unsere Hoffnungen selbst zu unseren Lebzeiten nicht erfüllt werden mögen, so ist kein Grund vorhanden, warum wir nicht in der Richtung vorwärts drängen sollen, in der wir ein mögliches Mittel der Abhilfe sehen. Was in der einen Generation unmöglich ist, kann in der anderen möglich sein. Es wird um so möglicher sein in der anderen, wenn die eine Generation nach dieser Richtung drängt, selbst wenn es ihr nicht gelingt, das Ziel zu erreichen. Die großen Nationen der Welt sind gegenwärtig die Knechte ihrer Heere und Flotten, sie befinden sich in einer stets wachsenden Knechtschaft. Es erscheint mir nicht so unmöglich, daß sie in einigen Jahren entdecken könnten, daß, wie die Individuen es entdeckt haben, das Gesetz ein besseres Mittel ist als die Gewalt, **und dass, während der Zeit, in der sie sich in der Knechtschaft dieser ungeheuerlichen Ausgaben befanden, die Gefängnistür von der Innenseite verschlossen war.** Wenn Sie das für träumerisch halten und nicht in das Gebiet der praktischen Politik gehörend, so erwidere ich, daß wir das, was Präsident Taft gesagt hat, in keinem Falle ohne Antwort lassen sollen. Es ist keine Antwort auf einen Vorschlag, denn wir haben einen solchen nicht, sondern eine Antwort auf die Idee. Es ist in jedem Falle das beste, was wir tun können, und ich glaube, daß ich mit der Zeit, so utopisch unsere Hoffnung auch sein mag, den Absichten des ehrenwerten Mitgliedes, das den Antrag eingebracht hat, so besser diene, besser diene den Dingen und Interessen, die ihm am Herzen liegen, wenn ich die Antwort gebe, die ich der allgemeinen Idee, die auf der anderen Seite des Ozeans vorgebracht wurde, gegeben habe, als ich ihm durch eine eingehende Prüfung des Ausgabenentwurfes dieses Jahres gedient haben würde."

C. Osterreichisches Abgeordnetenhaus.

Bei der Beratung des Rekrutenkontingents am 21. März sagte der kroatische Abgeordnete **Bianchini:**

„Die Friedensidee, die im Herzen der Kulturvölker wurzle, werde die Welt erobern und regenerieren. Das österreichische Parlament müsse beweisen, daß es die Größe dieser Idee erfasse und müsse sie mit allen Mitteln fördern und verwirklichen helfen."

Am 21. März brachte die christlich-soziale Partei folgende Interpellation ein:

„Der englische Staatssekretär des Aeußern Sir Edward Grey hat am 13. d. im englischen Unterhause eine Rede gehalten, welche durch den die fortwährend steigenden Militärlasten betreffenden Passus und die zur Verminderung derselben gemachten Anregungen weithin die größte Aufmerksamkeit erregt und allgemeinen Beifall gefunden hat. Sir Edward Grey hat darauf hingewiesen, daß die Bürde der Rüstungen schon bald eine größere Gefahr als der Krieg selber sei; sie bedeute ein Verbluten der Volkskraft in Friedenszeiten. Der Staatssekretär findet es für hoch an der Zeit, daß die Regierungen nach Mitteln und Wegen suchen, um den Frieden auf billigere Weise zu sichern und die zwischen den Staaten auftauchenden Differenzen durch Schiedsgerichte zu beseitigen.

Wenn irgend ein Reich diese so ungewohnten Friedensworte mit rückhaltloser Zustimmung aufnehmen kann, so ist es gewiß unsere Monarchie, die auf Grund ihrer ganzen Geschichte vor jeder Eroberungspolitik und von jedem gewaltsamen Eingriff in fremde Interessensphären weiter als irgend ein anderer Staat des Kontinentes entfernt ist. Und wenn jemand berufen ist, Bestrebungen, die auf friedliche Austragung von Differenzen und auf Sparsamkeit im Staatshaushalte hinzielen, zu fördern, so ist es wieder unsere Monarchie. In der letzten Delegationstagung wurde diese Willensmeinung der gemeinsamen Regierung gegenüber ganz klar zum Ausdruck gebracht. Nachdem inzwischen der englische Staatssekretär des Aeußern diese hochbedeutsame Kundgebung erlassen hat, wäre der schönste Anlaß geboten, jene Schritte einzuleiten, die wenigstens über die Durchführbarkeit der vom englischen Minister gegebenen Anregung Klarheit schaffen und dann auch zu den notwendigen Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen der beteiligten Staaten führen würden.

Die Gefertigten stellen darum an Seine Exzellenz, den Herrn Ministerpräsidenten, die Anfrage: „Was gedenkt Seine Exzellenz zu tun, um die vom englischen Staatssekretär Sir Edward Grey gegebene Anregung in geeigneter Weise zu fördern und dem in ganz Oesterreich herrschenden Friedens- und Sparsamkeitsbedürfnis entsprechenden Nachdruck zu geben?"

Wenn diese Interpellation auch durch die Auflösung des österreichischen Abgeordnetenhauses gegenstandslos geworden ist, ist sie nicht minder bemerkenswert. Hoffentlich wird sie nach Zusammentritt des neuen Hauses wieder eingebracht.

D. Ungarischer Reichstag.

Interpellation Hallò.

Am 18. März interpellierte der Abg. **Hallò** die Regierung über die Errichtung eines Flottenabkommens mit Italien. Der Ministerpräsident Khuen - Héderváry beantwortete die Interpellation mit dem seitens der österreich-ungarischen Regierung beliebten Hinweis, daß die Seerüstungen der Monarchie nicht gegen Italien gerichtet sind.

Der Abg. Hallò findet die Antwort des Ministers nicht befriedigend und weist auf das Beispiel Englands und Deutschlands hin, wo man daran gehe, sich über den Flottenbau zu verständigen. Die Antwort des Ministerpräsidenten besagte, daß hier ein Unterschied vorliege. England stehe in keinem Bundesverhältnis zu Deutschland. (!!??)

Antrag Dr. Gießwein.

Am 21. März stellte der Abg. Domherr **Dr. Gießwein**, der Präsident der ungarischen Friedensgesellschaft, denselben Antrag, den die französische Kammer kürzlich angenommen hat. Derselbe lautet:

„Das Abgeordnetenhaus weist die Regierung an, im Wege des Ministeriums des Aeußern dahin zu wirken, daß Vorbereitungen für die im Jahre 1913 im Haag stattfindende Konferenz getroffen werden und auf deren Tagesordnung die gleichzeitige internationale Einschränkung der Kriegsrüstungen gestellt werde."

Der Antrag war von 30 Abgeordneten aus allen Parteien unterfertigt.

Der Antrag wurde in einer längeren Rede begründet, die wir aus Raummangel in einer späteren Nummer nachtragen werden.

Die Debatte über den Antrag Dr. Gießwein. (27. März.)

Ministerpräsident Khuen-Héderváry:

„Ich wünsche nunmehr auf die Resolution des Herrn Abgeordneten Alexander Gießwein zurückzugreifen. Hinsichtlich derselben ist der Standpunkt der Regierung der, daß die Regierung gegen die Annahme der Resolution keine Einwendung erhebt, und zwar deshalb, weil sie zur Förderung des Friedens, mag er auf welchem Wege immer und mit welchen Mitteln immer angestrebt werden, auf jede Weise, daher auch mit der Annahme der darauf abzielenden Resolution, beizutragen wünscht. (Zustimmung.) Natürlich kann die Regierung dafür keine Verantwortung übernehmen, daß sie in dem bezeichneten Termin imstande sein werde, sämtliche, nicht nur die europäischen, sondern auch die anderen Weltmächte zu bewegen, daß dieser Friedenskongreß für diese Zeit ein-

berufen werde. Gegen die Resolution selbst hat die Regierung keinerlei Einwendung. Das Budget empfehle ich zur Annahme. (Zustimmung rechts.)

Abg. **Alexander Gießwein** erklärte sich mit der Antwort des Ministers zufrieden.

Abg. **Graf Albert Apponyi:**

„Ich bedauere und bedauerte es auch, als ich Mitglied der Regierung war, daß unsere auswärtige Politik in der Weltpolitik bei der Schaffung von institutiven Garantien für den Frieden die Rolle eines Hemmschuhes spielt. (Zustimmung links.) Die heute erfolgte Annahme der Resolution des Abgeordneten Alexander Gießwein und die Zustimmung des Ministerpräsidenten zu derselben erwecken die Hoffnung, daß dem in der Zukunft anders sein wird. Leider lehrt uns die Erfahrung, daß die hierauf abzielende Tätigkeit der ungarischen Gesetzgebung an der vom Ministerium des Aeußeren befolgten Praxis Schiffbruch erleidet. Außer unserer Monarchie war es nur Deutschland, das bei der Haager Konferenz gegen alle kühnen radikalen Anregungen Stellung genommen hat. Aus unserem Bündnis mit Deutschland folgt aber meiner Ansicht nach nicht, daß wir die Politik Deutschlands auch auf diesem Gebiete nachahmen müssen. (Zustimmung links.) Auch im Deutschen Reichstag, in Deutschland selbst mehren sich die Stimmen, die die deutsche Reichsregierung bewegen wollen, diesen schroffen Standpunkt abzuändern. Wir sehen ferner, daß das dritte Mitglied des Dreibundes, Italien, sich durch seine Zugehörigkeit zum Dreibund absolut nicht beengt fühlte, um sich besonders in der Frage der Einführung der obligatorischen Schiedsgerichte jenen kühneren Mächten anzuschließen, die sich für einen kühneren Fortschritt den Vereinigten Staaten von Nordamerika und England anschlossen. Wenn es nicht gelingt, unseren deutschen Bundesgenossen zu bewegen, seine Haltung aufzugeben, die sich jedem kühneren Fortschritt verschließt, so fordert die Bündnistreue keineswegs, daß wir uns von der deutschen Auffassung nicht emanzipieren dürfen. (Lebhafte Zustimmung und Applaus auf der äußersten Linken.)"

Eine seltsame wirtschaftliche Anschauung.

Am 28. März kam der **Ministerpräsident Graf Carl Khuen-Héderváry** auf die Aeußerungen des Abg. Apponyi zurück und gab folgende höchst ergötzliche Auskunft:

„Graf Albert Apponyi hat in seiner Rede insbesondere die Notwendigkeit einer Friedenspolitik betont. In diesem Belange stimme ich mit ihm vollständig überein, und alles, was wir gelegentlich der Feststellung der gemeinsamen Ausgaben zu beantragen die Ehre hatten, ist berufen, dieser Friedenspolitik zu dienen. (Lärm links; lebhafte Zustimmung rechts.) Die Unverhältnismäßigkeit der Kräfte verursacht am leichtesten Angriffe von seiten jener, die aus welchem Grunde immer ihre Macht zu erhöhen wünschen. Wenn also jene, die solchen Angriffen ausgesetzt sind, sich nicht genügend schützen können, dann bieten sie eigentlich dadurch Gelegenheit zum Kriege und schwächen die Stützpunkte der dem Frieden zuneigenden Politik. (!!) [Lebhafte Zustimmung rechts.] Die Ausgaben für Kriegswesen waren nie und nirgends populär und sie werden es auch voraussichtlich niemals werden. Das ist auch damit zu erklären, daß sie sehr lange für unproduktiv gehalten wurden. In diesem Belange hat sich jedoch die Auffassung gründlich geändert (So? Fr.-W.), und in den Heeresausgaben sehen heute die Nationalökonomen einen mächtigen Faktor (!!!) für die Entwicklung des volkswirtschaftlichen Lebens."

Abg. **Géza Polónyi:** „Eine solche Nationalökonomie kennen wir nicht!"

Ministerpräsident Graf Carl Khuen-Héderváry:

„Diese Theorie hat sich vielleicht noch nicht ganz entwickelt, (Gottlob! Fr.-W.) aber im großen und ganzen haben auch wir gewisse Erfahrungen, und gerade bei der Einstellung der letzten Ausgaben haben wir mit Freude wahrnehmen können, daß eben die Sicherung der Restituierung der für die Flotte bestimmten Kosten auf wirtschaftlichem Gebiete im Lande eine allgemeine Beruhigung hervorgerufen hat. (Lebhafte Zustimmung rechts. Widerspruch links.) Die Nation hat sich übrigens überzeugt, daß das Geld, das für diese Zwecke geopfert wird, auf anderem Wege zur Stärkung ihrer Kraft dienen wird. (Zustimmung rechts.) Wenn dem so ist, so ist es jedenfalls beruhigend, daß diese Kosten, die für Verteidigungszwecke geopfert werden müssen, auch zur Hebung des volkswirtschaftlichen Lebens beitragen können. (Zustimmung rechts. (Dieses Kapital geht erst in dem Augenblick verloren, in dem das in Kriegsrüstungen investierte Kapital im Kriegsfall verloren geht, (!! Sonst nicht? Und was geschieht mit den im Frieden veralteten Waffen? Fr.-W.) dann entsteht tatsächlich ein Verlust, den die Nationen nur schwer ersetzen können. Eben deshalb muß jede Nation und jedes Land darauf achten, daß ein solcher Augenblick nicht eintrete, denn wenn die Kriegskosten verloren gehen, so hat das Land nicht nur den verlorenen Krieg, sondern auch den Verlust der immensen, nach Milliarden zählenden Werte zu beklagen. (!!!) (Zustimmung rechts.) Darum muß nicht nur aus dem Gesichtspunkte des nationalen und staatlichen Ansehens, sondern auch aus dem der wirtschaft-

lichen Interessen darauf geachtet werden, daß uns in einer Schlacht keine Niederlage zugefügt werde, daß wir jedem möglichen Feinde so gegenüberstehen, daß wir auch diese unsere wirtschaftlichen Interessen entsprechend verteidigen können. (Zustimmung rechts.) Der Spruch: „Si vis pacem, para bellum" gewinnt in diesem Belange eine neue Kraft (!) und eine intensivere Beleuchtung, denn wir dienen hier nicht nur dem Ansehen, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen der Nation, wenn wir rechtzeitig dafür sorgen, daß keiner unserer Nachbarn im Handumdrehen die Lust verspüre, uns in unserem nationalen Leben zu stören. (Lebhafter Beifall rechts.)

Es würde uns sehr freuen, wenn mit Hilfe der Friedenskongresse und anderer ähnlicher Institutionen — deren Wert ich keineswegs herabsetzen möchte — erreichbar sein würde, daß die Nationen die Rüstungen einstellen würden. Das ist eben heute noch leider ein fernes Zukunftsbild, wir müssen vielmehr erfahren, daß jedem Friedenskongreß nur zu bald ein großer Krieg auf dem Fuße folgt. (Heiterkeit rechts.) Das ist keine vielversprechende Erscheinung. (Zustimmung rechts.) Insolange wir in dieser Beziehung keine Beruhigung gewinnen, können wir uns, meiner Ansicht nach, so verteidigen, wie wir es unter den gegebenen Verhältnissen für möglich und aus dem Gesichtspunkt des Landes für notwendig halten. (Zustimmung rechts.)".

Diese Aeußerung ist jedenfalls ein Dokument, das wieder den alten Satz Oxenstjernas zu Ehren bringt: „Du weißt nicht, mein Sohn, usw."

E. Schwedischer Reichstag.

In der Zweiten Kammer beantwortete am 22. März der Minister des Aeußeren, **Graf Taube,** die Interpellationen, die von Baron Palmstierna (Soz.) und dem Baron Bonde (liberal) eingebracht waren, über die Stellung Schwedens zu der von den Vereinigten Staaten ergriffenen Initiative in der Frage der Einschränkung der Rüstungen durch internationales Uebereinkommen und über die Stellung Schwedens zu den Vorschlägen der interparlamentarischen Union betreffend Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung dieser Fragen für die nächste Haager Konferenz. Der Minister sagte, daß von den Vereinigten Staaten keine Vorschläge dieser Art an die schwedische Regierung gerichtet seien, und daß die Regierung deshalb keinen Anlaß gehabt habe, dazu Stellung zu nehmen. Er erklärte sich entschieden gegen den Vorschlag des schwedischen Friedensverbandes, daß Schweden die Initiative zum Zusammengehen der kleineren Nationen für eine Beschränkung der Rüstungen ergreifen solle, da ein solcher Schritt nach seinen Anschauungen nicht zu dem erwünschten Ergebnis führen würde. Die beiden Interpellanten erklärten sich von der Antwort des Ministers nicht befriedigt und bedauerten, daß Graf Taube die Friedensbewegung mit so großem Pessimismus betrachte.

F. Dänisches Folkething.

Im Folketing erklärte am 30. März der Minister des Auswärtigen, **Graf Ahlefeld-Laurvig,** bei der Beratung des Gesetzentwurfs über die Erneuerung des Schiedsgerichtsvertrages mit England auf verschiedene Anfragen: „Der Schiedsvertrag mit Frankreich läuft im Sommer ab. Von dänischer Seite sind Schritte zu seiner Erneuerung unternommen worden, wobei man versucht hat, in dem neuen Vertrag dem obligatorischen Schiedsgericht so nahe wie möglich zu kommen. Daß Frankreich einem solchen ganz zustimmen wird, ist nicht wahrscheinlich, es besteht aber gute Hoffnung bedeutend vorwärts zu kommen. Mit Oesterreich-Ungarn hatte man seiner Zeit einen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen versucht, der Vorschlag war aber nicht günstig aufgenommen worden. Da der Vertrag, den man hätte erreichen können, nur geringe Bedeutung gehabt hätte, hat man davon Abstand genommen. Bei Deutschland sind wegen Abschlusses eines Schiedsgerichtsvertrages keine Schritte unternommen worden, da man wußte, daß es dem Schiedsgerichtsgedanken skeptisch gegenübersteht. Sollte sich zeigen, daß Deutschland in dieser Frage anderer Meinung geworden ist, werden natürlich Verhandlungen angeknüpft werden."

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Wien, Anfang April.

Die — von unserer Warte aus — als die wichtigste unter den jüngsten Ereignissen zu betrachtende Erscheinung ist die von Sir Edward Grey gehaltene Rede über den Vorschlag Tafts. An anderer Stelle ist die Rede im Wortlaut wiedergegeben. Einzelne Sätze daraus muß ich aber hier hervorheben. Es liegt so viel Schwung und Größe darin und solche Prägnanz des Ausdrucks. „Verbluten im Frieden": das ist das rechte Wort für die voraussichtliche Wirkung der fortgesetzten Rüstungen. Und von Tafts Vorschlag (einschränkungsloser Schiedsvertrag) sagte er, daß er nur ausgeführt werden kann, wenn die öffentliche Meinung sich bis zu dem Niveau erhebt, eine solche Sache nicht mit Hinblick auf diese oder jene praktischen Gewinne, die eine oder die andere Nation dabei erringen kann, zu betrachten, sondern von der Höhe des Standpunktes aus, daß es sich um eine große Weltbewegung handelt. Beim Jahresdiner der von Randal Cremer ge-

gründeten Arbitration-league kam Sir Edward Grey auf dasselbe Thema zurück. An sich ist es schon ein beredtes Gesinnungszeichen, wenn der Minister des Aeußern ein Friedensgesellschaftsbankett präsidiert; so etwas ist bisher in Mitteleuropa nicht recht denkbar. Bei dieser Gelegenheit sagte Sir Edward: „Wenn ein Schiedsvertrag zwischen zwei großen Ländern nach den von Präsident Taft für möglich gehaltenen Grundlinien zustande kommen soll, so werde er von den beiden beteiligten Mächten ohne Hintergedanken abgeschlossen. Die Bedingung eines Defensivbündnisses in einen solchen Vertrag einfügen, hieße seine Aussichten verschlechtern. Aber man braucht sich keine Grenzen zu setzen in den Hoffnungen auf die Folgen, die sich im Lauf der Zeit ergeben können; die sich, wie ich denke, weit über die Grenzen der beiden betreffenden Länder hinausdehnen müssen. Die Wirkung des gesetzten Beispiels auf die ganze Welt müßte eine wohltätige sein. „Ein gutes Beispiel setzen, heißt hoffen, daß andere ihm folgen werden, und wenn andere Mächte folgen, so wird es schließlich etwas wie eine Friedensliga der Staaten geben." Als er weiter über die widerspruchsvolle, verzweifelte Lage sprach, in die sich die Welt durch ihre ewig steigenden Rüstungen verstrickt hat, gebrauchte er das schöne Bild: „Wir sind in einem Gefängnis, das von innen zugesperrt ist." Ja, nur an uns würde es liegen, das Tor nach außen zu öffnen — aber wir tun es nicht. Auch wenn einer uns den Schlüssel bietet — wir nehmen ihn nicht!

Interessant ist, daß Admiral Lord Beresford dem Taftschen Plane zustimmte. Er berief sich sogar darauf, daß er selber vor zwei Jahren für einen solchen Vertrag plädiert hat. „In einer Rede beim Pilgrimsdiner im August 1909 zu New York habe ich mich zugunsten eines Schiedsvertrages — der alle Streitfälle umfaßt — zwischen England und den Vereinigten Staaten ausgesprochen. Ich glaubte damals und glaube auch jetzt, daß ein solcher Vertrag den Weltfrieden sichern und schließlich Abrüstung herbeiführen würde. Ich glaube, ein einfaches Uebereinkommen würde genügen. Ohne ein solches wird der internationale Rüstungswettlauf unweigerlich mit allgemeinem Bankerott oder einem baldigen Krieg enden. Es gibt keinen andern Ausweg. Amerika muß in dieser Bewegung die Initiative ergreifen. England ist die verwundbarste Nation der Erde, weil die Absperrung ihrer Handelswege sie im Kriegsfall schon in der ersten Woche übel zurichten würde. Darum muß England um jeden Preis Führung in den Rüstungen beibehalten. Es ist daher verhindert, der übrigen Welt seine Friedensansichten aufzuzwingen. Aber die Vereinigten Staaten sind absolut unverwundbar. Daher können sie die Führung zur Einsetzung des allgemeinen Schiedsgerichts übernehmen. Wenn Amerika nicht imstande ist, ohne Hilfe das Friedensprinzip einzusetzen, so würde es ihm zweifellos mit der Mitarbeit Englands gelingen. So könnten z. B. diese beiden Mächte, die ja die Märkte der Welt beherrschen, es beinahe unmöglich machen, daß zwei andere Mächte — es ist mir gleichgültig, welche zwei gedacht werden — einen längeren Kampf führen könnten. Diese Beherrschung der Märkte, gestützt auf die vereinigten Flotten der beiden Länder, würde unausbleiblich den Krieg unmöglich machen. Darum wünschte ich, daß Amerika den ersten Schritt mache; ich glaube, England würde folgen. Wenn die Regierungen der beiden Nationen nicht handeln, so mögen die beiden großen anglosächsischen Familien spontan vorgehen." In diesen Worten liegt freilich der Begriff von Zwang und Herrschaft — und dagegen könnte sich das Selbstbewußtsein der anderen sträuben. Aber was hindert die anderen, sich dem Prinzip des Friedens und der Einigung anzuschließen? Die „Friedensliga der Staaten", ob sie anfänglich auch nur aus zweien, später aus dreien zusammengesetzt wäre, stände doch immer allen offen. Diese Einigung, trotz aller Widerstände und Bremsen, ist doch das nicht mehr zu vermeidende Endziel. Hier bekennt sich auch ein Flottenkommandant dazu.

Wie klang der Widerhall der Grey-Taftschen Eröffnung im deutschen Reich? Ganz konsequent. Die seit der ersten Haager Konferenz hervorgekehrte Ablehnung der zwischenstaatlichen Justiz und der Abrüstung ist diesmal wieder mit aller gewohnten „realpolitischen" Kälte und Entschiedenheit festgehalten worden. Die Unvermeidlichkeit des Krieges wird neuerdings proklamiert. Die Rüstungseinschränkung als nicht möglich und nicht wünschenswert abgewiesen. Verträge sind nichts wert; — wenn's „an die Nieren" geht, brennen die Papiere „wie Zunder". (Eine vertrauenerweckende Zusicherung für etwaige, vom Reichskanzleramt gezeichnete Abmachungen.) „Die ultima ratio kann nicht ganz weggestrichen werden." — „Zur Friedfertigkeit aber gehört Stärke. Es gilt noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Beute des Starken wird." — Beute, Beute . . . ein häßliches Wort: ein Raubwort, ein Raubtierwort. Die sich ihrer Stärke brüsten, tun sie es, um nicht Beute zu werden, oder um sie sich zu holen? Jedenfalls muß einer dem andern fortwährend das zumuten, was er von sich leugnet. Und das soll der bleibende Zustand sein, der dem „Wesen der Menschheit" und dem „Wesen der Staaten" entspricht? Der Kanzler hat ganz so gesprochen, wie es dem Gegner des Schiedgerichts- und Abrüstungsprinzips, wie es dem konservativen Militaristen geziemt, und innerhalb dieses Ideenkreises hat er sogar mit anerkennenswerter Mäßigung und Klarheit gesprochen. Die Rolle, die von den deutschen maßgebenden Kreisen: Hof, Regierung, Parlament (die Sozialdemokraten ausgenommen), Presse seit Auftreten des Frie-

densproblems, auch auf den Haager Konferenzen selber gespielt hat: kühle Ablehnung — diese Rolle wurde hier neuerdings in vollendeter Weise durchgeführt.

Der Beifall unter Gleichgesinnten hat auch nicht gefehlt. Ein internationaler Beifall, natürlich — heutzutage ist ja alles international gruppiert — auch die Nationalisten. Freilich noch nicht in sichtbarer Form, aber im Geist. Sämtliche Jingoblätter Englands, alle chauvinistischen Zeitungen Frankreichs (von der deutschen „völkischen" Presse gar nicht zu reden) sind von den Ausführungen des Kanzlers entzückt. Der „Globe" sagt: Herr v. Bethmann verwirft die liebenswürdigen Theorien der sentimentalen Pazifisten in England und in Amerika als unausführbar. Er stellte sich auf den Standpunkt der unaustilgbaren Grundbedingungen des menschlichen Lebens. Das alles ist heute für die Idealisten, die den Tatsachen nicht ins Gesicht schauen wollen, betrübend; aber wir für unsern Teil sind dem Kanzler für den gesunden Menschenverstand, der sich in seinen Worten ausdrückt, dankbar." Der „Temps", der ja das schöne Wort von „Bêlements pacifistes" geschaffen hat, ist natürlich auch voll Bewunderung über die Kanzlerrede.

Am freudigsten bewegt ist aber Lord Roberts, der die Personifikation des britischen Militarismus darstellt, der die allgemeine Wehrpflicht einführen will, um der deutschen „Invasion" gewachsen zu sein; Lord Roberts war wieder einmal daran, eine Resolution zur besseren Verteidigung des bedrohten Vaterlands einzubringen, als ihm die Rede Bethmanns eine willkommene Begründung dazu brachte: „Ich war einigermaßen in Verlegenheit," sagte er am 3. April im Oberhause, „daß ich diese Resolution einbringen sollte, während der Erregung, die durch die Hoffnungen auf die allgemeine Abrüstungen hervorgerufen sind, Hoffnungen, die, wie man nun sagt, sicher und schnell in Erfüllung gehen sollen. Meine Verlegenheit ist aber durch ein gänzlich unerwartetes Ereignis gemindert worden, nämlich durch die Rede des deutschen Reichskanzlers. Diese bemerkenswerte Rede, so voll von mannhaftem Empfinden, wirkt auf mich auf eine Weise ein, für die ich nur schwer einen Ausdruck zu finden vermag." Weiter führte er aus: Großbritannien sollte gegen die Möglichkeit einer Invasion vorbereitet sein — es brauche außer der regulären Armee eine Million Mann. — Zum Glück stößt Lord Roberts auf Widerstand; der Kriegsminister selber antwortete sofort, indem er sich gegen die obligatorische Dienstpflicht wendete. „Gerade jetzt", fügte er hinzu, „befindet sich Großbritannien in einem Meinungsaustausche mit den Vereinigten Staaten, um, wenn möglich, einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag abzuschließen. Der deutsche Reichskanzler habe von der Bereitschaft Deutschlands gesprochen, mit England Informationen über die Flotte auszutauschen (das ist ein praktischer Fortschritt — vielleicht nur als eine kleine Konzession gedacht, aber es ist ein kleiner Keil, der in die Mauer des Mißtrauens getrieben wird, auf die sich doch das ganze System der Rüstungen stützt, B. S.). Wenn ein solches Verfahren eingeschlagen wird, wird es dazu beitragen, die Gefahr einer Panik zu verringern, die bewirkt hat, das Flottenbudget nicht nur Großbritanniens, sondern auch anderer Länder in die Höhe zu treiben."

Natürlich wird das anglo-amerikanische Schiedsgerichtsprojekt auch in den beiden betreffenden Ländern auf Widerstand stoßen — denn antipazifistische Kreise gibt es überall. Aber gegen diesen Widerstand treten die Anhänger in jenen Ländern energisch auf. Was die englischen Kirchen, was W. T. Stead, und was der Lord Major in dieser Richtung unternehmen, davon berichtet die Friedenswarte an anderer Stelle. Hier sei eine Nachricht aus New York mitgeteilt. Vertreter der amerikanischen Presse, kaufmännischer, juristischer, finanzieller und Arbeiter-Kreise versammelten sich im New York Press Club und einigten sich auf die Gründung einer nationalen Körperschaft „zwecks Unterstützung der Bemühungen des Präsidenten Taft zur Herbeiführung des anglo-amerikanischen Vertrags". Demonstrationen werden veranstaltet. Für den 8. April ist ein großes „Peace-dinner" im Press Club angesagt, dem Andrew Carnegie vorsitzen wird und der versprochen hat, bei diesem Anlaß eine weittragende, überraschende Mitteilung zu machen. . . . Was wird es sein? Gleichviel, man sieht: das Friedensproblem wird immer lauter, immer häufiger in beiden Welten erörtert; es kann nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.

Nicht nur dem Feldmarschall Roberts hat Bethmann-Hollweg zu Dank gesprochen, auch den französischen Antipazifisten hat er Wasser auf die Mühle getrieben. Der englische Feldmarschall erreichte die Annahme der Resolution, welche besagt, daß angesichts der strategischen Vorkehrungen der anderen Länder Großbritannien mit Sorge erfüllt ist; der französische Senator Lamarzelle erklärt, indem er sich auf die Rede des Reichskanzlers bezieht, das Schiedsgericht sei bei Lebensfragen vollkommen ausgeschlossen. „Die Kriegsbudgets wachsen an und überall sind Kriegsdrohungen vorhanden. Der Augenblick sei schlecht gewählt, um vom Pazifismus zu sprechen." Das ist, als sagten die Aerzte: „Eine Epidemie ist im Anzug — der Augenblick ist schlecht gewählt, von hygienischen Maßregeln zu sprechen." — Und noch eins: warum führen dieselben Leute, die stets die Kriegsrüstungen als Friedensbürgschaft preisen, diese selben Rüstungen als die drohende Kriegsgefahr an? Wann wird denn dieser Widerspruch endlich in seinem eigenen Widersinn zusammenbrechen? Lamarzelle fügte hinzu: „Wir müssen

den patriotischen und kriegerischen Sinn im Herzen nähren, wie es Deutschland tut. Der Krieg hat seine Schrecken, er hat aber seinen Ruhm. Er ist notwendig." So ist's recht. Das ist offenes Visier. Die Freunde des Krieges sollen ihn rückhaltlos verteidigen; dadurch wird die rückhaltlose Verteidigung des Pazifismus erleichtert.

☞

Der Konflikt Rußland-China ist beigelegt. Wieder einer der zahlreichen Feldzüge, „die uns nicht erreichten", mit denen sich unsere gegenwärtige Geschichte füllt. China hat nachgegeben. War es Klugheit, war es Schwäche? Die Militaristen werden das letztere sagen. Jedenfalls war's ein Segen.

☞

Aufruhr, Kämpfe, Niederlagen und Siege in Marokko und in Albanien. Ja, es gibt noch Kriegerstämme, Räuberbanden, wilde Gebirgsbewohner, fanatische Kulturhasser. Der Fehler ist aber der: daß man noch immer glaubt, die Kultur aufzwingen zu dürfen. Man kann durch Pflege ihr Aufwachsen erreichen — aufpeitschen läßt sie sich nicht.

☞

Zum erstenmal ist in ein europäisches Parlament eine Frau als Abgeordnete eingezogen. Frl. Rogstad, eine Lehrerin, wurde zum Mitglied des Storthing in Christiania gewählt. Für die Frauenbewegung eine hochbedeutsame Tatsache. In der ersten Rede, die sie am 22. März gehalten hat, führte Frl. Rogstad aus, daß sie Friedensfreundin sei, für Schiedsgerichte eintrete und hoffe, daß, ebenso wie das Faustrecht dem Recht und Gesetz weichen mußte, auch Kriege und Militärwesen einmal aus der Welt geschafft werden. Trotzdem werde sie nicht gegen ein ordentliches Heeresbudget stimmen, das die Selbstverteidigung zur Grundlage hat. — Es ist interessant, und verdient notiert zu werden, daß die erste Frau, die als Parlamentarierin fungierte, mit ihrem ersten Wort für die künftige Rechtsorganisation der Welt eintrat.

☞

In Wien haben die Arbeiterinnen eine Riesendemonstration zugunsten des Frauenstimmrechts veranstaltet. Zu Tausenden, aber in größter Ordnung und Ruhe, zogen sie durch die Straßen. Im Gartenbausaal wurden Reden gehalten. Adelheit Popp sagte u. a.: „. . . Wir wollen aber auch dagegen kämpfen, daß Millionen und Tausende von Millionen verschwendet werden, für Mordzwecke und Bruderkrieg. Wir wollen, daß die Mordrüstungen ihr Ende nehmen und diese Millionen verwendet werden für die Bedürfnisse des Volkes!" — Feminine Politik? Nein: humane Politik. Und daß die Zeit im Anzuge ist, in der das Wohl und die Rechte der Menschheit als oberste politische Richtschnur gelten werden, davon ist die beginnende Mithilfe der einen, bisher entrechteten Menschheitshälfte nur eines der Symptome.

☞

Der vom „Journal" angeregte europäische Rundflug, der unter dem Motto „L'aeroplane, instrument de prix" stattfinden sollte, und schon mit einer halben Million Fr. dotiert und der Ausführung ganz nahe war, scheiterte an der Hetze der Nationalisten. Diese gründeten ein eigenes Blatt, um den Rundflug als „antipatriotisch" zu stürzen. Bande!

Der K. K. Oesterr. flugtechnische Verein ist im Begriff, im Einvernehmen mit dem Aeroklub eine „freiwillige Fliegerformation" zu organisieren, die in den Dienst der Wehrmacht gestellt werden soll. Dieser Nachricht wird in der Presse folgendes beigefügt: „Daß solche Formationen nicht ohne wesentliche Unterstützung des Staates (also aus den Steuergeldern!) sich ins Leben rufen lassen, liegt auf der Hand; hoffentlich finden sich auch in privaten Kreisen Freunde dieser Idee. Alle Staaten haben bereits bedeutende Mittel aufgebracht, um im Kriegsfall die Aviatik in Dienst ihrer Heere zu stellen. Hoffen wir, daß die Oeffentlichkeit in generöser Art die Bildung eines österreichischen freiwilligen Luftschifferkorps fördert." Langsam wird darauf hingearbeitet, eine dritte Streitkraft zu schaffen. Zuerst etwas private Wohltätigkeit seitens für patriotisch geltenwollender Sportsleute, dann reicht das nicht, und die Budgets werden — „weil die anderen Staaten es tun", in allen Staaten mit neuen „Voranschlägen" belastet. Das Luftministerium wird für „Ausgestaltung" seines Ressorts sorgen. Wird man es auch dazu kommen lassen? Daß es für die Rüstungen keine Grenzen gibt, wissen wir, man hat es uns erst neuerlich als das Ergebnis eines jahrelangen angestrengten „Studiums" verkündet. Und ist denn die menschliche Dummheit ebenso grenzenlos — hat man zu ihrer Einschränkung noch keine „Formel" gefunden?

Pazifistische Chronik.

3. März. Ein Antrag, dass die Regierung der Vereinigten Staaten auf der nächsten Haager Konferenz die Abschaffung der Eroberungen beantrage, wird vom amerikanischen Repräsentantenhaus abgelehnt.

6. März. Der König von Bulgarien beim Kaiser von Oesterreich.

13. März. Rüstungsdebatte im englischen Unterhause. Resolution Macdonald fordert Verminderung der Rüstungsausgaben. Erklärung Mc Kenna's, wonach für das kommende Jahr die Möglichkeit einer Herabsetzung der Rüstungskosten in Aussicht gestellt wird. Sir Edward Greys bedeutende Rede über die Rüstungen, über das

„Verbluten in Friedenszeiten", die Möglichkeit eines Abkommens mit Deutschland und zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit im allgemeinen.

14. März. Neuerliche Drohnote Russlands an China.

17. März. Jahresbankett der „International Arbitration League" in London. Grosse Rede des Staatssekretärs Sir Edward Grey zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit.

17. März. Staatssekretär für Irland, Birell, erklärt in einer Rede zu Bristol, das Gefühl, das man in England von der Unmöglichkeit eines Krieges mit Amerika habe, sollte auf Deutschland und die anderen Nationen ausgedehnt werden.

18. März. Interpellation Hallò im ungarischen Abgeordnetenhaus über ein Rüstungsabkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien. Erklärung des Ministerpräsidenten Khuen-Hedervary, dass die Rüstungen der Monarchie nicht gegen Italien gerichtet sind.

21. März. Im österreichischen Abgeordnetenhaus bringt die christlich-soziale Partei eine Interpellation ein, worin die Regierung aufgefordert wird, den Anregungen des Präsidenten Taft und des Sir Edward Grey Folge zu geben und einer internationalen Erörterung des Rüstungsproblems zuzustreben.

21. März. Der Lord Mayor von London erklärt in einem Schreiben an „Daily Chronicle", dass er sich an die Spitze einer Bewegung zu setzen gedenke, um die öffentliche Meinung zugunsten des unbeschränkten anglo-amerikanischen Schiedsvertrages aufzurütteln.

21. März. Im österreichischen Abgeordnetenhaus bekämpft der kroatische Abg. Bianchini die Rekrutenvorlage und spricht für die Friedensidee, die das Parlament mit allen Mitteln fördern müsse.

22. März. Antrag Nissen im norwegischen Storthing auf Herabsetzung der Heeresausgaben.

22. März. In der schwedischen zweiten Kammer interpellieren die Abgeordneten Baron Bonde und Baron Palmstierna über die Stellung Schwedens zur Initiative des Präsidenten Taft zwecks Einsetzung einer Rüstungskommission. Erklärung des Ministers des Aeusseren, dass er keine Vorschläge erhalten habe. Der Minister beantwortet die Petition der schwedischen Friedensvereinigung, wonach sich die schwedische Regierung an die Spitze der kleinen Staaten stellen möge, um ein Zusammenarbeiten dieser zur Förderung der Friedenssache zu erzielen, ablehnend.

24. März. Carnegie stiftet 4 Millionen Dollar zugunsten der Universität Wasada in Tokio, um die pazifistische Tätigkeit ihres Gründers, Graf Okama, damit zu ehren.

24. März. Kaiser Wilhelm in Wien.

27. März. Antwort der chinesischen Regierung auf die russische Drohnote vom 14. März. China erfüllt die russischen Forderungen. Beilegung des Konflikts.

27. März. Debatte über die Rüstungen und die Schiedsidee im ungarischen Reichstag. Annahme der Resolution Gienwein, die die Erörterung der Rüstungsbeschränkungen auf der nächsten Haager Konferenz verlangt.

29. März. Feier zur Erinnerung der vor dreihundert Jahren erfolgten englischen Bibelübersetzung in London. Premierminister Asquith und der amerikanische Botschafter Reid begrüssen die einheitliche Bibel als die Friedensgrundlage der angelsächsischen Welt, die darangeht, die Möglichkeit der Kriege auszuschalten.

30. März. Schiedsdebatte im dänischen Folkething. Erneuerung des Schiedsvertrags mit England.

30. März. Abrüstungs- und Schiedsgerichtsdebatte im Deutschen Reichstag Erklärung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg über ein Uebereinkommen Deutschlands mit England auf gegenseitige Mitteilung der Flottenbaupläne. Zweifel an der Möglichkeit einer Rüstungsverminderung und an der kriegverhindernde Wirkung von Schiedsverträgen.

31. März. Im Deutschen Reichstag werden die Resolutionen der Fortschrittlichen Volkspartei, worin die Regierung zum Entgegenkommen bei Vorschlägen zugunsten der Rüstungsverminderung und zum Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit aufgefordert wird, trotz der ablehnenden Erklärung des Reichskanzlers mit grosser Mehrheit angenommen.

31. März. Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Friedensgesellschaft richtet eine Petition an den Reichstag, worin ersucht wird, dass der Aufforderung des Präsidenten Taft zwecks Errichtung einer Rüstungskommission nachgekommen werde.

31. März. Grosse Versammlung des deutsch-englischen Verständigungskomitees in Berlin

31. März. Versammlung im New Yorker Presseklub, an der die Vertreter der Friedensgesellschaften, der Handels- und Finanzwelt wie der kirchlichen Kreise teil nahmen, bildete Komitee von 300 Mitgliedern zur Veranstaltung von grossen Demonstrationen im ganzen Lande zugunsten der Schiedspläne Tafts.

2. April. Ausserordentlicher Friedenssonntag in allen Kirchen Englands und der Vereinigten Staaten zugunsten des Zustandekommens eines vorbehaltlosen anglo-amerikanischen Schiedsvertrags.

3. April. Im englischen Oberhaus fordert Lord Roberts unter Hinweis auf die Rede des deutschen Reichskanzlers die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

3. April. Im Deutschen Reichstag fordert Prinz Schönaich-Carolath die Regierung auf, der Schiedsgerichtsbewegung mehr Interesse entgegenzubringen.

Aus der Zeit.

Völkerrecht.

Deutschland gegen den Knox'schen Vorschlag. :: ::

In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags vom 27. März teilte auf Anfrage des Abg. Eickhoff ein Vertreter des Auswärtigen Amtes mit, daß Deutschland geneigt sei, die Londoner Deklaration zu ratifizieren, aber dem Vorschlage des amerikanischen Staatssekretärs Knox, dem Oberprisengerichtshof die Funktionen eines allgemeinen ständigen Schiedsgerichtshofs zu übertragen, die Zustimmung nicht geben werde.

Darin findet man wieder einen Beweis für die seltsame „Sympathie" der Reichsregierung gegenüber der Schiedsgerichtsbarkeit.

☞

Sir Edward Grey über den anglo-amerikanischen Schiedsvertrag.

Bei dem Jahresbankett der „International Arbitration League", das am 17. März im Hotel Cecil in London stattfand, hatte der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey (ganz wie bei uns!), den Vorsitz übernommen. Dabei hielt er eine Rede, die eine Ergänzung seiner am 13. März im Parlament gehaltenen Rede bildet. Er führte dabei folgendes aus:

„Ich bemerke, daß einige Worte, welche ich neulich geäußert habe, so ausgelegt worden sind, als ob ich behauptet hätte, daß ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen zwei großen Nationen gleichbedeutend mit einem Defensivbündnis zwischen ihnen sei. Wenn ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen zwei großen Nationen abgeschlossen und feste Wurzeln in dem Empfinden der Bevölkerung beider Länder schlagen würde, dann aber eines von beiden im Laufe der Zeit infolge eines Streites mit einer dritten Macht angegriffen werden sollte, in welchem Streite dieser dritten Macht eine schiedsgerichtliche Entscheidung vorgeschlagen und von ihr abgelehnt worden wäre, so würde meiner Ansicht nach sicherlich eine starke Sympathie zwischen den beiden Mächten bestehen, die den allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag miteinander abgeschlossen haben. Aber das ist eine Angelegenheit, die von der öffentlichen Meinung abhängt. Die Bedingung oder Bestimmung eines Defensivbündnisses aber in einen Schiedsgerichtsvertrag einfügen, hieße seine Aussichten hier und anderswo verschlechtern. Es könnte sogar andere Länder zu der Annahme verleiten, daß der Vertrag zwischen den beiden Mächten gegen eine oder mehrere der anderen Mächte gerichtet sei. Das würde seine Wirkung auf eine Verminderung der allgemeinen Rüstungen vollständig vernichten . . . Wenn ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen großen Ländern geschlossen wird, wie sie der Präsident der Vereinigten Staaten als möglich entworfen, so lassen Sie ihn von den beiden beteiligten Mächten ohne Hintergedanken abschließen, aber lassen Sie die Mächte keine engen Grenzen setzen für ihre Hoffnung auf die wohltätigem Folgen, die sich aus dem Vertrage im Laufe der Zeit ergeben können. Folgen, die sich, wie ich denke, weit über die beiden ursprünglich in Betracht kommenden Länder hinaus ausdehnen müssen. Die Wirkung des gesetzten Beispiels auf die ganze Welt würde unbedingt wohltätige Folgen haben müssen. Ein gutes Beispiel zu setzen, heißt hoffen, daß andere ihm folgen werden, und wenn andere Großmächte folgen, so wird es schließlich etwas wie eine Friedensliga geben. Diese Dinge müssen sich jedoch ihren Weg durch ihr eignes Gewicht bahnen. Ich möchte aber die Idee des Präsidenten Taft nicht beschweren durch zu vieles Grübeln darüber, was alles aus ihr entstehen könnte."

☞

Zur neuesten Entwicklung des internationalen Prozeßrechts.

Schon in der letzten Nummer der „Friedenswarte" wurde die ungünstige Zusammensetzung des russisch-türkischen Schiedsgerichts, in dem vier Nationale sitzen, gerügt. Nun dringen weitere Nachrichten an die Oeffentlichkeit, die die Sachlage grell beleuchten. Danach hat sich nämlich Rußland zunächst bemüht, zum Präsidenten des Schiedsgerichts einen hohen Beamten des Auswärtigen Amts in Petersburg zu ernennen, eine Forderung, die seitens der Türkei damit beantwortet wurde, daß sie zum Vorsitzenden einen hohen türkischen Beamten vorschlug. Schließlich hat man sich darauf geeinigt, daß der Vorsitzende vom schweizerischen Bundesrate ernannt werden sollte. Aber auch so bleibt die Besetzung des Schiedsgerichts mit vier nationalen Richtern höchst bedauerlich, weil gerade im vorliegenden Fall beide Parteien seit Jahren hartnäckig auf ihrem Rechte bestanden haben und nicht zu erwarten ist, daß die nationalen Richter im Schiedshofe nachgeben werden. Unter diesen Umständen hat der Obmann, dessen Verantwortlichkeit schon sowieso nach den trefflichen Ausführungen von Lammasch am 25. März im „Recht" (Hannover) eine gewaltige ist, eine höchst schwierige Stellung.

Ueber die Rechtsnatur der türkischen Ansprüche soll noch kurz folgendes nachgetragen werden. Es handelte sich ursprünglich um eine Nachtragsforderung, die Rußland nach dem Friedensschlusse als Schadenersatz für russische Untertanen geltend gemacht hatte. Im Jahre 1879 wurde die Gesamtforderung auf 6 Mil-

lionen Fr. festgesetzt und von der Türkei anerkannt. Im Jahre 1902 hatte Rußland den letzten Teilbetrag von der Türkei empfangen. Nun verlangte Rußland plötzlich Zinsen und Zinseszinsen, und zwar etwa 23 Mill. M. Die Türkei hat sich bisher geweigert, auch nur einen Pfennig dieser Forderung anzuerkennen. Die auf Seite 18 dieser Zeitschrift aufgerollten Fragen werden also vom Schiedsgerichte zu beantworten sein, und außerdem noch eine Fülle anderer. Geht es vor allem an, daß Rußland 23 Jahre lang nichts von Zinsen und Zinseszinsen sagt und nun plötzlich mit der großen Rechnung ankommt?

Hoffentlich wird das Haager Schiedsgericht in dem russisch-türkischen Falle wieder ein so schönes und erschöpfendes Urteil sprechen, wie wir es namentlich in den Fällen erlebt haben, als Lammasch Vorsitzender des Schiedshofes war. Das waren alles Meisterstücke der Jurisprudenz. Leider hat das Urteil des Savarkarschiedsgerichts, wie auch Kohler im „Tag" richtig bemerkt hat, enttäuscht. Es ging in der Tat nicht an, über den wichtigsten Punkt mit einer kühnen Behauptung hinwegzugleiten. Es darf aber wohl gesagt werden, daß es nicht glücklich ist, bei der vielfachen Geringschätzung des Haager Hofes derartige wichtige Punkte in bekannten Tageszeitungen hervorzuheben. Hier müßte die Kritik auf Fachblätter beschränkt bleiben. Die Kriegspresse, insbesondere die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" und die „Post", haben sich genug über das Urteil lustig gemacht. Ausdrücklich bemerke ich, daß ich nicht das Resultat des Urteils, das endgültig ist, angreife, sondern nur die Tatsache, daß das Gericht seine Gründe nicht ausführlicher angegeben hat.

Dr. Hans Wehberg.

☞

Die Protokolle des Savarkarschiedsgerichts. :: :: :: ::

Obwohl die Verhandlungen im Savarkarprozesse geheim waren, so haben doch Frankreich und England ihre Einwilligung gegeben, daß die Protokolle an alle wissenschaftlich interessierten Persönlichkeiten gesandt werden. Wie bei dem schwedisch-norwegischen Seegrenzkonflikte und dem Casablancastreitfalle, so enthalten auch diesmal die Protokolle eine vollständige Wiedergabe der von den Agenten gehaltenen Reden und damit ein vortreffliches Bild von dem Gange der Verhandlung. Die Ausführungen des französischen Agenten Weiß sind besonders interessant und größtenteils überzeugend.

Es wäre zu erwägen, ob nicht künftig auch bei den öffentlichen Verhandlungen die Reden der Agenten, wenigstens in ihren wichtigsten Teilen, ins Protokoll aufgenommen werden könnten.

Dr. Hans Wehberg.

☞

Rüstungsproblem.

David Starr Jordan über den Rüstungswahn. :: :: ::

In einem in der Abschrift uns zur Verfügung gestellten Brief, den der ausgezeichnete Gelehrte, David Starr Jordan, Präsident der Leland Stanford-Universität, an den Präsidenten Taft betreffs der Befestigung des Panamakanals gerichtet hat, ist folgende bemerkenswerte Stelle enthalten:

„Ich glaube, daß der gegenwärtige Rüstungswahn, der Europa in den Bankerott treibt, und der bereits den ganzen Kontinent tatsächlich in die Hände jenes „unsichtbaren Reichs" gebracht hat, an deren Spitze die Rothschilds stehen, zerstört werden könnte, wenn irgendeine große Nation einfach sagen würde: „Wir gehen keinen Schritt weiter, ehe nicht dieser phantastische und kostspielige Wettbewerb zu einem Ende kommt." Die Zinsen der europäischen Kriegsschuld betragen jetzt eine Billion Dollar. In Frankreich und in England kommt dieser Zinsenbetrag fast dem Zinsertrag aller Häuser dieser Länder gleich. Wenn man diesen Zinsen der europäischen Kriegsschuld die Kosten der Weltflotten mit jährlich ungefähr 1 500 000 000 Dollars und die Kosten der stehenden Heere mit ungefähr 2 500 000 000 Dollars hinzufügt, so erhält man beiläufig die Gesamtsumme — ca. 7 500 000 000 Dollars — des gegenwärtig als Grundlage für das Geld der ganzen Welt vorhandenen Goldes. Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, Kanada, einzelner kleiner europäischer Nationen und gewisser unzivilisierter Völker sind die Staaten des Erdballes schon alle in den Händen ihrer Gläbiger."

☞

Das „heuchlerische" Amerika. :: :: :: :: :: :: :: :: :

Es wurde uns die letzte Nummer der „Preußischen Jahrbücher" zugesandt, in der die nachfolgende Stellen in der „Politischen Korrespondenz" von Daniels (S. 181) blau angestrichen waren:

„Nichts hat die Kulturwelt mehr überrascht, als der waffenklirrende Aufmarsch der von Pazifismus und Schiedsgerichtsschwärmerei triefenden Yankees an der Grenze des schwachen mexikanischen Nachbars. . . . . Die leitenden nordamerikanischen Staatsmänner lieben den Frieden in der Theorie bis zur Sentimentalität, als praktische Politiker aber gebrauchen sie das Schwert so rücksichtslos, wie jemals die ehrgeizigsten Kaiser und Könige."

Darauf lassen wir einen „leitenden nordamerikanischen Staatsmann" selbst die Antwort geben.

In der Ansprache, die der Präsident Taft am 17. Dezember 1910 auf dem Bankett der „American Society for the judicial settlement of international Disputes" gehalten hat, sagte er:

„Es scheint die Ansicht vieler zu sein, daß es für jene unter uns, die irgendeine Kriegsvorbereitung oder irgendeine Aufrechterhaltung der bewaffneten Macht oder der Befestigung fordern, unvereinbar sei, unsere Stimme für friedliche Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten zu erheben. Ich glaube jedoch, daß diese Anschauung ganz ungerecht und unpraktisch ist. Wir tragen damit bloß den bestehenden Dingen Rechnung und wissen, daß wir den Punkt noch nicht erreicht haben, wo der Krieg unmöglich und außer Frage ist, und wir glauben nicht, daß der Punkt erreicht ist, in welchem alle Nationen so konstituiert sind, daß sie zu Zeiten ihre nationalen Verpflichtungen nicht auch verletzen könnten."

Ist das Heuchelei? — Verlangen denn die Herren von den „Preußischen Jahrbüchern", daß ein Staat in einer Zeit, wo der deutsche Reichskanzler erklärt, daß der Schwache die Beute des Stärkeren werden muß, auf seine Wehrkraft verzichten kann, ehe nicht das internationale Verhältnis der Kräfte entsprechend herabgesetzt wird. Und ist das deshalb Heuchelei, wenn man trotzdem den andern, bessern, vernünftigeren Zustand der Gesellschaft anzubahnen sucht? Finden sie es wirklich richtiger, lediglich zu rüsten und jeden Versuch zur Vernunft unberücksichtigt zu lassen? Ist es ihnen wirklich so schwer, zu begreifen, daß das Problem des Friedens ein internationales ist, das nicht von einem Staat allein, sondern nur von der Staatengesellschaft gemeinsam gelöst werden kann? —

☞

Bebel über die Abrüstung. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der berühmt gewordenen Hamburger Rede, die der Abg. Bebel Ende März vor seinen Wählern hielt, kam er auch auf das Rüstungsproblem zu sprechen. Die betreffende Stelle lautet:

„Die Abrüstung ist heute möglich, wenn man sie nur ernstlich will. Die Frage der Entwaffnung kann dabei nicht in Frage kommen. Es hätte gar keinen Zweck, darüber zu streiten, ob dieses oder jenes Land mehr oder weniger Kanonen, Gewehre, Luftschiffe, Unterseeboote usw. haben soll. Man wird einen anderen Weg einschlagen müssen. Meines Erachtens ist dieser Weg folgender: Die Staaten verpflichten sich, den status quo, das heißt ihren jetzigen Länderbesitz, als gegeben anzuerkennen. Die Franzosen müßten sich mit der Abtretung Elsaß-Lothringens endgültig einverstanden erklären. Ich bin bis heute noch der Meinung, daß diese Annexion die Ursache war, aus der das ganze gegenwärtige Kriegswettrüsten hervorgegangen ist. Aber das kann uns nicht hindern, heute den gegenwärtigen Stand der Dinge anzuerkennen und zu verlangen, daß an dem heutigen Besitzstand der Staaten, auch an den Kolonien, nichts geändert wird. Dann müßte ein Uebereinkommen darüber geschaffen werden, daß zur Schlichtung von Streitfragen, wie sie jetzt entstanden sind wegen der Bagdadbahn, mit der Deutschland zweifellos ein großes Kulturwerk leistet, unparteiische Schiedsgerichte eingesetzt werden, deren Schiedsspruch jede Nation sich zu fügen hat. Die Rüstungen selbst könnten nur in der Weise eingeschränkt werden, daß festgesetzt wird: kein Staat darf mehr für Heer und Marine aufwenden, als im Etat, etwa für 1911, dafür vorgesehen ist. Im nächsten Jahre würde dann der Etat vom vorangegangenen maßgebend sein, also für 1912 der von 1910, für 1913 der von 1909 und so fort. So könnten die Staaten nach und nach alle sich von der Last befreien, die jetzt deren Wohlstand bedroht. Die Hauptsache ist, daß die Mittel für die Rüstungen beschränkt werden; ohne dies ist keine Verständigung möglich. Nun würde es freilich nicht an heftigem Widerstand gegen solche Abrüstungspläne fehlen, namentlich von seiten der Waffenlieferanten, die an den Rüstungen ihre Reichtümer verdienen. Der Eifer, mit dem diese Leute heute schon das Wettrüsten zu beschleunigen suchen, gibt uns eine Vorstellung davon. Dazu kommt, daß ein großer Teil des Bürgertums selbst keine Veränderung des Heeres wünscht, weil er für seine Söhne dort Versorgungsstellen findet. Aber auf der anderen Seite sieht sich die bürgerliche Gesellschaft doch vor die Notwendigkeit gestellt, mit diesem System zu brechen, und wir werden alles tun, um sie zu zwingen, daß sie damit bricht."

Dieser „Zwang" ist nicht nötig. Es ist nur ein minimaler Teil der sogenannten „Bürgerlichen Gesellschaft", der für den Rüstungswahn eintritt.

☞

Verschiedenes.

Was ist Mord?*)

Von Lyonel Wyon.

I. Morgen vor der Schlacht.

Feierliche, ernste Stille rings noch um die Festung ist;
Alle schlafen. Freund und Feind liegen noch im Schlummer süß.
Nur der Wachen fester Schritt ist rings hörbar und sonst nichts.
Diese, das Gewehr im Anschlag, spähen um das ganze Lager,
Ob nicht dort noch eine Rotte wilder Feinde näherkommt.
Ja, fürwahr, es ist ein Abteil unsrer Feinde, die hier kommen.

*) Die „Friedens-Warte" veröffentlicht grundsätzlich keine Gedichte. Aber dies hier ist die Arbeit eines vierzehnjährigen Schülers eines österreichischen Gymnasiums. Als solche ist sie ein Dokument dafür, daß der antikriegerische Geist auch von unserer patriotischen Schule mit ihrem kriegsverherrlichenden Lehrstoff nicht völlig unterdrückt werden kann.
Red. d. Fr.-W.

Nun, was machen, ist die Frage, retten muß er seine Freunde
Vor dem sicher'n furchtbar'n Tod. Und so läuft er zum Hornisten,
Weckt ihn aus den süßen Träumen, die noch seine Seel' umspinnen:
„Auf, mein Freund, Alarm geblasen!" Welch ein inhaltschwerer Ruf.
Dieser bläst nun. Alles rings erhebt sich von dem Lager.
Sich die Augen reibend, die noch g'rade herrlich träumten
Von daheim, von allen Lieben, Vater, Mutter, Braut und Schwester,
Jeder nun ans Leben denket, das sich ihm vor Augen stellt.

II. Die Schlacht.

Welch' ein Tag. Heißes Mordgewühl, Donnern der Geschütze,
Blutbad ohne Maßen. Hier ein Freund und dort ein Feind.
„Auf, ihr tapfern Brüder!" ruft der Hauptmann an der Spitze.
Seht nur, wie er tapfer reitet. Gott, nun fällt er von dem Pferde.
Schwer hat's ihn getroffen. Ueber seine Leiche rasen Freund und Feind.
Nirgends Ruh' noch Rast. Ueberall Getöse, Mordgeschrei und Blitze.
Alle Quellen, die sonst silberhell, fröhlich plätschernd
Von dem Berge kamen, sind jetzt purpurrot vom Menschenblut.
Sieh', dort fahren Batterien auf, um aus ihren ehernen Schlünden
Tod hinabzusenden in das Tal.
Und da sprengen Reiter blutbegierig in das Mordgewühl hinein.
Und im Tal, da toben wüt'ge Leidenschaften.
Leben gilt hier wenig, Ehre heißt hier viel.
Währenddessen haben
Die Kanonen festen Stand gefunden und sind nun geladen.
Und auf ein Kommando speien sieben Schlünde das Verderben
In das Tal, wo sonst ruhig, ohne viel Gedanken,
Arme Bauern ihre Lieder sangen. Und sie kämpfen weiter.
Mann um Mann sinkt um und wird Beut' des Todes,
Der hier furchtbar wilde Ernte hält. Doch wohl dem,
Der so getroffen, daß er gleich des Todes Beute
Aus den Reihen fiel.

III. Nach der Schlacht am Abend.

Abend wird's, die Sonn' geht unter. Wen'ger werden nun die Schüsse;
Schlaf beginnt sein Recht zu heischen. Freilich gibt's noch wilde Männer,
Die, auf einem Felsen sitzend, eifrig nach dem Feinde späh'n,
Um mit wilder Mordbegier jenes kleine Blei ihm ins Herz zu senden.
Doch zum größten Teil geht die Welt zur Ruhe.
Was ist heut' gewonnen? Ist die erste Frage eines jeden an sich selbst.
Eine kleine Festung. Teuer, wahrlich, ist sie ja bezahlt.
Statt mit Gold ist sie mit Menschen aufgewogen. — — — — .
Einsam, langsam ziehen kleine Züge durch die hohlen Wege
Dieses Waldes leis' umher. Ja, sie woll'n sich sammeln.
Doch die Toten stehen nimmer auf; und so zieht denn endlich
Jeder solche Zug in die wahrlich teure Festung ein.

IV. Auf der Wahlstatt.

Aber auf dem Feld, da liegen neben Freund und Feinden
Schwerverwundete, welche alle hoffen, ach, zu sterben.
Und doch ist's so schwer, diesem Leben zu entsagen;
Denn wenn schon der Tod so nahe, sind es tausend teure Fäden,
Die mit dunkeldüsterer Gewalt uns ans Leben ketten wollen.
Doch die Wunden brennen. „Ach, wenn ich nur aller Schmerzen
Endlich doch enthoben wäre", seufzt da einer still für sich.
„O mein Gott, wofür denn diese Qualen!" schreit ein anderer.
Ueberall nur Seufzer, Stöhnen. Was ist das für eine Welt?
Und dann senkt sich feuchter Nebel auf die Schwer-
Verwundeten herab. Langsam wird es Nacht.

V. Leichenräuber.

Doch wer kommt da? Schritt für Schritt? Nahen sich hier Feinde?
Oder vielleicht Freunde, die uns Hilfe bringen wollen?
Plötzlich hört man einen Schrei, wildes Schlagen und dann Röcheln,
Und so Mann an Mann, die am Schlachtfeld liegen,
Werden ausgeplündert von den Leichenräubern;
Denn, ach schrecklicher Gedanke, solche sind es.
Immer näher kommt es zu dem Unglücklichen;
Der da wehrlos auf dem Schlachtfeld liegt. Und nun sind sie da.
Grausig düster fangen sie ihr Raub- und Mordgeschäft
Hier an. — Und dann gehn sie weiter. Reich beladen
Mit den Schätzen, die sie raubten, kehren sie nach Haus zurück.
Doch noch eine größre Schuld folgt ihnen als der Diebstahl.
Nämlich Mord! Ja, ein Mord; was ist es aber andres als die große Heldentat,

Welche kurz vorher jene Tapfern an
den Feinden taten?
Nur daß jene Tapfern frische, blüh'nde Menschen
in den Tod geschickt,
Und daß die Leichenräuber schon Verwundete
erst ausgeraubt
Und getötet.

VI. Das Ende.

Langsam, furchtbar langsam sterben dann die
Armen,
Die da noch verwundet auf der Wahlstatt liegen.
Und es kommt kein Freund — nicht ein einziger,
Der das Sterben ihnen leichter machen würde.
— Jung und voll blüh'nden Lebens, Lieb' und
Hoffnungen im Herzen
Mußten sie in jenen furchtbaren Krieg,
Und daheim, von Eltern, Braut, Geschwistern,
Mußten sie sich reißen, um fürs Vaterland
Zu kämpfen und zu sterben. Ist das Heldentod?
Nein, Verblendung nur.
Wehe über jene, welche Krieg erzeugten,
Und das Blut so vieler komme über deren Haupt!

☞

Aktionen zugunsten des amerikanisch-englischen Schiedsvertrags.

Der Abschluß eines einschränkungslosen Vertrages, wie er in der Greyschen Rede vom 13. März angedeutet worden, wird in vielen Kreisen auf Widerstand stoßen, und in vielen anderen Kreisen lebhafte Zustimmung finden. Es handelt sich nun darum, daß den Zustimmenden Gelegenheit geboten werde, sich hörbar zu machen. Als im Jahre 1908 die intergouvernementale Friedenskonferenz vorgeschlagen wurde, hatte eine Zeitlang der Widerstand der Gegner und die Unbeteiligung der Massen eine solche Entmutigung verursacht, daß man in Petersburg schon nahe daran war, das Projekt fallen zu lassen; als aber dann Berichte einliefen von Volkskundgebungen in England, von einem förmlichen „Kreuzzug" zugunsten der Friedenskonferenz, Kundgebungen, welche auch in Deutschland und Oesterreich stattfanden, da waren die Zweifel überwunden, und die Konferenz ward einberufen. Die Idee des Kreuzzugs war von W. T. Stead ausgegangen, und seine Initiative fand lebhaftes Echo.

Neuerdings hat W. T. Stead es in die Hand genommen, eine ähnliche Kampagne zugunsten des von Sir Edward Grey angekündigten Vertrages zu organisieren.

Aber nicht Stead allein, auch andere, weite Kreise setzen sich für eine solche Aktion ein. Die öffentliche Meinung soll mobilisiert werden. Auch der Lordmajor in London, Sir T. Vezey Strong, will Schritte tun, um eine nationale Kundgebung zugunsten des amerikanisch-englischen Schiedsvertrages hervorzurufen. Er veröffentlicht folgendes Schreiben in den Blättern:

„Ich habe von so vielen Seiten Gesuche erhalten, mich über Sir Greys kürzlich gemachten Appell zu äußern, daß ich mich veranlaßt sehe, folgenden Weg einzuschlagen, um gebührend antworten zu können. Was meine persönlichen Ansichten anbelangt, so verweise ich auf die letzte Nummer des „Robert-Browning-Settlement-Blattes", worin es heißt: „Vor einigen Wochen hat der Lord Major von London eindringlich dem Settlement die Verpflichtung ans Herz gelegt, den Völkerfrieden zu fördern." Aber ich hoffe, daß es mir vergönnt sein wird, etwas viel Nützlicheres zu tun, als weiter meine eigenen Ansichten zu verkünden, nämlich: jeden in meiner Macht stehenden Dienst zu leisten, um die Ansicht der Nation zu sammeln. Wie ich glaube, ist dies das höchste Bedürfnis der gegenwärtig erreichten Lage. Ich denke, daß die Londoner City, die schon lange als Zentralstelle finanzieller Sammlungen für Zwecke nationaler und internationaler Wohlfahrt anerkannt ist, sehr geeignet wäre, bei dieser Gelegenheit als Zentrum für Einsammlung der Stimmen der Bevölkerung zu dienen zwecks Förderung des Weltfriedens durch die künftige Politik der englischsprechenden Völker. Es ist klar, und Sir Edward Grey hat es auch betont, daß sein Appell sich nicht an die Regierungen richtet, sondern an die Völker. Ich bin bereit, die nötigen Schritte einzuleiten, um eine solche Kundgebung der öffentlichen Meinung hervorzurufen."

☞

Ein österreichischer Erzherzog für den Weltfrieden.

Der Erzherzog Ludwig Salvator, der schriftstellerisch bereits hervorgetreten ist, veröffentlicht soeben eine Schrift über Ausstellungswesen, worin er eine internationale Regelung vorschlägt. Bei der Betonung der Vorteile von Weltausstellungen sagt der Verfasser auch folgendes:

„Sehr groß ist die pazifizierende Wirkung der Weltausstellungen; die Leute lernen sich kennen, und nicht bloß beim Besuche derselben, sondern namentlich bei der Unzahl von Kongressen, die zu gleicher Zeit stattfinden. Gegenwärtig, wo von so vielen Seiten friedliche Tendenzen angestrebt werden und wo gerade heuer der neunzehnte Friedenskongreß abgehalten werden soll, kann die wohltuende Wirkung der Völkerverbindung nicht genügend betont werden. Gelangen die Menschen zur Ueberzeugung von der zivilisatorischen, Menschen verbindenden Wirkung der Weltausstellungen und ihrer infolgedessen auch friedensfördernden Aktion, so wird nicht bloß derjenige, der sie inszeniert, sondern ein jeder, der, wenn auch in noch so geringem Maße, zur Entstehung und Verwirklichung derselben beiträgt, ein gutes Werk tun und die Dankbarkeit der Menschheit verdienen."

☞

Die Haager Universität für internationales Recht. ::

Der Plan einer Internationalen Universität, zu dem ein Vorprojekt des Prof. Nippold vorlag, geht seiner Verwirklichung entgegen. Das Internationale Komitee, in dem Holland durch den Staatsminister Asser vertreten ist und das auf Veranlassung Carnegies gegründet wurde, hat die Vorschläge aus den einzelnen Ländern geprüft, darunter einen amerikanischen, der zehn Millionen Dollars Kosten erfordert und die gleichzeitige Schaffung eines Internats vorsieht. Das Komitee suchte die einzelnen Fragen zu kombinieren. Die Universität soll in der Nähe des Friedenspalastes errichtet werden.

☞

Patriotenmache. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der geplante europäische Rundflug, für den die „Berliner Zeitung" 100 000 M. gestiftet hat, kommt nicht zustande, da das Pariser „Journal", das diesen Rundflug anregte, infolge eines Pressefeldzuges vom Vertrage zurücktrat. Dieser Pressefeldzug ging vom „Matin" aus, der in der Veranstaltung des „Journal" ein Konkurrenzmanöver gegen den von diesem Blatte im Vorjahre arrangierten Flug an die Ostgrenze erblickte. Um nun dieses Konkurrenzmanöver zu vereiteln, spielte der „Matin" die patriotische Note aus und beschuldigte das „Journal", daß es die „Geheimnisse der französischen Aviatik" an Deutschland ausliefern wolle. Dies veranlaßte das „Journal", den Rundflug nach Deutschland aufzugeben. Die internationalen Nationalisten auf beiden Seiten freuen sich ob dieses Chauvinistensieges.

Aus der Bewegung.

Der XX. Weltfriedenskongreß in Wien. :: :: :: :: ::

Es steht nunmehr fest, daß die österreichischen Pazifisten die Friedensgesellschaften der Welt einladen werden, den Kongreß des nächsten Jahres in Wien abzuhalten. In den 22 Jahren seit dem Bestande der Weltfriedenskongresse haben diese bereits in allen größeren Ländern Europas und Amerikas getagt, doch noch niemals in Oesterreich. Es erscheint den österreichischen Pazifisten, die jahrzehntelang die Gäste der Pazifisten anderer Länder waren, nunmehr als eine Pflicht, den Weltpazifismus einmal in der österreichischen Hauptstadt zu vereinigen.

Das provisorische Arbeitscomité hat sich bereits gebildet. Weitere Mitteilungen werden von Zeit zu Zeit erfolgen.

☞

Provisorische Tagesordnung des XIX. Weltfriedenskongresses.

Das Berner Bureau versendet die provisorische Tagesordnung für den nächsten Weltfriedenskongreß. Diese enthält fünf Punkte, und zwar: Bericht des Bureaus, Haager Konferenz, Beschränkung der Rüstungen, Internationale Organisation des Pazifismus, Internationale Organisation der Pressemitteilungen.

Die Friedensgesellschaften werden aufgefordert, bis zum 25. April ihre Vorschläge zu unterbreiten.

Es wäre wünschenswert, daß das Programm des Kongresses nicht überladen werde, damit die wichtigen Beratungsgegenstände mehr in den Vordergrund treten könnten. Als solche erscheinen jetzt alle jene, die auf die dritte Haager Konferenz Bezug haben.

☞

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Sitz der American Peace Society wird von Boston nach Washington verlegt. Zum Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft ist der Senator für Ohio, Theodore E. Burton, erwählt worden. — Einer der führenden englischen Pazifisten, Dr. Spence Watson, ist Mitte März verstorben. — Der dritte amerikanische Nationalfriedenskongreß wird vom 3. bis 5. Mai 1911 an der John-Hopkins-Universität in Baltimore stattfinden. Hamilton Holt hat das Präsidium übernommen. — Unter dem Vorsitz des Bischofs von Hereford hat sich in London die „Schulfriedensliga für Großbritannien und Ireland" konstituiert. — In Detroit und Michigan hat sich eine neue Friedensgesellschaft konstituiert, die den Titel „Great-Lakes International Arbitration Society" führt.

Literatur und Presse.

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Revue Générale de Droit International Public. Publiée par Paul Fauchille. 1911. Januar—Februar. Paris. A. Pedone.

Aus dem Inhalt: A. H. Fried, Le rôle de l'arbitrage et l'Organisation internationale. — G. May, La Saisie des Archives du département de la Meurthe pendant, la guerre de 1870/71. — A. Alvarez, La doctrine de Monroe à la quatrième Conférence panamericaine. — usw. usw.

Carl Friedhard, Die Sicherung des Weltfriedens. Hameln 1911. Theodor Fündlings Verlag. 50 Pfg.

Prof. Ludwig Quidde, Nationale Lebens- und Ehrenfrage. Justizrat Heilberg, Diplomatie und Völkerfriede. Sonderabdruck aus dem Bericht über den dritten deutschen Friedenskongreß in Wiesbaden (Mai 1910). Verlag der Deutschen Friedensgesellschaft.

Dr. Hans Wehberg, A. Theodor Stamm und die Anfänge der deutschen Bodenreformbewegung. Bonn. Carl Georgi. 1911. 2 M.

Deutsche Friedensgesellschaft. Ortsgruppe Königsberg. Jahresbericht 1910. Verlag der Ortsgruppe.

Nicholas Murray Butler, The Revolt of the Unfit. A Paper read before the American Academy and the National Institute of Arts and Letters, at the New Theatre, New York, Dezember 8, 1910. Reprinted from the „Educational Review", Febr. 1911. Educational Review Publishing Co., New York.

Sir John Macdonell, Some plain Reasons for Immunity from Capture of Private Property at Sea. 2nd Edition. London. John Murray, Altemarle Shuter. 3 p.

Judicial Settlement of International Dispute. November 1910. No. 2. Ernest Nys, The Necessity of a permanent Tribunal. Supplement: James Brown Scott, The American Society for Judicial Settlement of Int. Dispute, its Scope and Work; Letters from President Taft, the Secretary of State and Senator Root. No. 3. Elihu Root, The Importance of Judicial Settlement. Baltimore.

The American Peace Society of Japan. Resolutions adopted by American Citizens resident in Japan. Report of the Inaugural Meeting held in the foreign Board of Trade Rooms at Jokohama or Monday, January 30th, 1911. Jokohama, „Japan Gazette" Press. 1911.

James Brown Scott, Judicial Proceedings as a substitute for war as international Self-redress. Baltimore. Maryland Peace Society. 1900.

Address of President Taft at the Banquet of the American Society for the judicial Settlement of international Disputes. Dez. 1910. Washington. Governement Printing Office. 1911.

Dr. Hans Wehberg, Capture in war on land and sea. London 1911. King and Son.

Bureau International de la Cour permanente d'Arbitrage. Protocoles des Séances et Sentence du Tribunal d'Arbitrage constitué en exécution du Compromis signé entre la France et la Grande-Bretagne le 25 octobre 1910. Différend au sujet de l'assertation et de la réintegration à bord du paquebot „Morea" le 8 juillet 1910 à Marseille du sujet britannique (british-indien) Savarkar-La Haye. Van Langenhuysen frères. 1911.

Union Interparlementaire. Documents Interparlementaires. No. 4. Février 1911. Limitation des Charges militaires. Discours à la Delegation du Reichsrat autrichien et la Chambre des Deputés d'Italie. Declaration au Reichstag allemand de M. de Bethmann Hollweg. Abolition du Droit de Capture. Discours à la Chambre des Deputés de France. Brüssel und Leipzig. Misch & Thron. 1911.

Fachpresse.

Völkerfriede (früher Friedensblätter), Eßlingen. März. O. Umfrid, Rüstungsfrage und Statistik. — Dr. T. A. Rivière, Die Lehren der Vernunft in der Familie. — usw. usw.

Der Friede. (Bern). März.

La Paix par le Droit. Revue de la Paix (Paris). März. Fréd. Passy, Ceux qu'il faut honorer: Le grand Rabbin Isidor, Mancini. — Duplessix, l'Arbitrage et l'Organisation internationale. — Le Banquet de la Paix. — Pierre Nathan-Larrier, Finances et Diplomatie. — usw. usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix (Brignais). No. 14. Chénin, Saint Thomas d'Aquin et la guerre. — usw. usw.

The Arbitrator (London). März. New Recruits. — The Declaration of London. — Great Speech by Prof. Harnack. — Fritz Telmann, An Entente between America and Italy. — usw. usw.

The Herold of Peace (London). März. T. J. Lawrence, An exploded Fallacy. — Ad. Harnack, Peace, a fruit of the Spirit. — usw. usw.

Concord (London). Febr. Felix Moscheles On the Alert. Posivi tism and human unity. — C. C. Maurice, Waste Brain Power. — The Labour Party and Disarmement.

— März. J. F. Green, Quousque tandem? — Felix Moscheles, In and out of Jewry. — C. G. Maurice, Civil order against Military Discipline. — The Sarrokar-Case. — Edward D. Mead, Internationalism in German Universities.

Advocate of Peace (Boston). März. The new President of the American Peace Society. — Removal of the American Peace Society's Headquarters to Washington. — Count Apponyi's Visit to the United States. — International Spirit in German University Circles. — Charles W. Eliot, The Defects of Arbitration as a means of Settling. International Disputes. — Philander C. Knox, Latin-American Trade Relations. — Richard Barthold, The Example which our Nation should set. — James A. Tawnby, The mad international Armament Race. — usw. usw.

The Messenger of Peace (Richmond, Ind., U. S. A.), März. Jessie A. Carey, The Evolution of Peace. — usw. usw.

La Vita Internazionale (Mailand). No. 5. L. Bissolati, La ferrovia Dannbio-Adriatico. — E. T. Moneta, Le guerre contro estranei e la guerra civile. — Rosalia Gwiss Adami, Fra l'Herveismo e il Nazionalismo. — Giulio Diena, Per un trattato d'arbitrato fra l'Italia e l'Austria-Ungheria. — usw. usw.

—, No. 6. M. Manoni, Il Problema della cittadinanza diritto internazionale. — F. Mosnigliian, Antonio Fogazzaro. — usw. usw.

Il Popolo Pacifista (Bonefro). Jan.-Febr. Alma Dolens, Pacifisme pratico. — Irma Melany Scodnich, Patria. — usw. usw.

„Vrede door Recht" (Haag). März. Oorlog en Volkskracht. — De uitspraak in de Savarkar-Zaak. — usw. usw.

Fredsbladet (Kopenhagen), März. Hvor og hvorfor det danske Slesvig gik tabt. — Niels Petersen, Socialpolitik kontra Militarisme. — H. Hammer, Leo Tolstoj Gerrgist. — usw. usw.

Fredsfanan (Stockholm). März-April. Emil Larsson, Harald Hallén. — Bertha von Suttner, Marginalanteckningar till nutidshistorien. — Johann Hansson, Frihandel och fred. — usw. usw.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

1. Friedensbewegung im allgemeinen: O. Umfrid, Ihr habt nicht gewollt. „Evangelisch-protestantischer Kirchenbote für Elsaß-Lothringen" (Straßburg), 18. III. * Ders., Ultimo ratio populorum. „Der Beobachter", 27. III. * Ders., Und sie bewegt sich doch . . . „Der Beobachter", 3. IV. * Ders., Moralische und physische Uebel. „Ulmer Zeitung", 1. IV. * Anatole France, Das Heer. „Der März", 19. III. * Georg Merleker, Andrew Carnegie. „Westermanns Monatshefte", IV. * Berta von Suttner, Andrew Carnegies Friedensstiftung. „Deutsche Revue", III. * Dr. René Prévôt, Missionare des Völkerfriedens. „Münchener N. Nachrichten", 22. III. * Neue Phasen des Krieges wider den Krieg. „Rundschau zweier Welten", III. * Dr. Richard Hamann, Zur Literatur über die Friedensfrage. — „Zeitschrift für Politik" (Berlin), Heft 2/3. * Roland de Marés, Vers la Paix. „l'Indépendence Belge", 20. III.. * Edwin de Mead, The new Internationalism in German Universities. „Unity" (Chicago), 16. II. * Count Apponyi among U. S. „Hungary" (Budapest), 15. III. * Alfred H. Fried, Die Rede des deutschen Reichskanzlers. „Pester Lloyd", 2. IV.

II. Internationale Politik: E. B. Zenker, Das politische System Europas. „Die Wage", 18. III. * O. Umfrid, Moral und Politik. „Neues Tageblatt", 25. III. * Ders., Der Kernpunkt der elsässisch-lothringischen Frage. „Der Beobachter", 6. III. * H. Molenar, Elsaß-Lothringen und der europäische Friede. „Die Aktion" (Charlottenburg), 27. III. * L. Persius, Bündnis mit England. „Danziger Zeitung", 4. III. * D'Estournelles de Constant, Le Remède à la paix Armée. „La Revue" (Paris), Nr. 5.

III. Völkerrecht: Dr. Hans Wehberg, Die Zusammensetzung internationaler Schiedsgerichte. „Zeitschrift des Internationalen Anwaltsverbandes" (Wien), 15. III. * Ders., Die Auslieferung Savarkars vor dem Haager Schiedshofe. „Der Tag", 2. III. * Ders., Das neueste (Savarkar) Urteil des Haager Schiedshofes. „Neue Preußische (†)-Zeitung", 27. II. * Ders., Der internationale Prisenhof. „Neue Preußische (†)-Zeitung", 14. III. * Ders., Das englisch-deutsche Schiedsvertragsprojekt. „Kölnische Zeitung", 17. III. * Ders., Das Urteil im Savarkar-Schiedsgericht. „Weser Zeitung", 19. III. * Josef Kohler, Der Savarkar-Fall. „Der Tag", 5. III. * Prof. Lammasch, die Ausgestaltung des Haager Schiedsgerichtshofes. „Das Recht (München), 10. III. * Frhr v. Plener, Die Schiedsgerichtsvorschläge des Präsidenten Taft und die Rede Sir Edward Greys. „Neue Freie Presse", 16. III. * H. Harburger, Schiedsgerichte im Völkerstreite. „Neue Freie Presse", 19. III. * Prof. Meili, Die internationale Auslieferung und deren Reform. „Neue Züricher Zeitung", 25. II. * Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. „Hann. Kurier", 5. III. * Prof. Zorn für die obligatorische Schiedssprechung. „Frankf. Zeitung", 27. II. * Das Deutsche Reich und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. „Magdeburgische Zeitung", 11. III. * Der Kampf gegen die Londoner Deklaration. „Leipziger Volkszeitung", 25. III. * Conrad Haußmann, Savarkar und das Schiedsgericht. „Der März", 14. III. * Richard Eickhoff, Schiedsgerichte und Rüstungsbeschränkungen. „Vossische Zeitung", 29. III. * Dr. Ecker, Die internationalen Konferenzen in Brüssel zur Herbeiführung eines einheitlichen Seerechts. „Hamburger Fremdenblatt", 21., 22. u. 23. III. * Weltwechselrecht. „Export" (Berlin), 23. III. * Schiedsgerichtsverträge und Abrüstung. „Allgemeine Rundschau" (München), 25. III. * The Declaration of London and its surrender to Germany. „National Review", III. * Normann Angell, Mr. Tafts Scheme and — after. „Daily Mail", 17. III. * Alfred H. Fried, Le rôle de l'Arbitrage et l'Organisation internationale „Revue générale de Droit int. public", Janvier-Février.

* IV. Internationales: Entwicklungsmöglichkeiten des Instituts für den internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen, „Dokumente des Fortschritts", III. * Karl Mitsch, Die Weltporto-Reform. „Heidelberger Neueste Nachrichten", 27. III.

V. Wirtschaftliches: Die Hochwassermarke. „Volksstimme" (Frankfurt), 15. III. * J. K(off), Der Militarismus in Oesterreich-Ungarn. „Hamburger Echo", ? I. * Rudolf Lautenbach, Wettrüsten und Weltfriede. „Die Tribüne" (Berlin), 22. III. * O. Umfrid, Die Versicherungsprämie gegen den Krieg. „Der Beobachter", 7. III. * Alois Veltzi, Europa in Waffen. „Oesterr. Rundschau", Nr. 11. * F. W. Hirst, England Deutschland und Amerika. „Neue Freie Presse", 25. III.

Briefkasten.

E. W. in W. Die „International Arbitration „League" in London wurde im Jahre 1870 von William Randal Cremer gegründet. Sie ist eine Arbeiter-Friedensgesellschaft mit stark sozialistischer Grundlage. Präsident ist Thomas Burt. Die ungefähr 80 Vizepräsidenten rekrutieren sich zumeist aus Parlamentariern der liberalen und sozialistischen Partei. Das engere Komitee besteht aus 30 Arbeitern (Zimmerleute, Tischler, Drucker, Zigarrenmacher, Töpfer usw.). Sekretär ist F. Maddison. Sitz der Gesellschaft: London 183, St. Stephens House, Victoria Embankement S.W. Die League gibt die Zeitschrift „The Arbitrator" heraus.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I., Spiegelgasse 4.

Zur Rüstungsfrage hat der Vorstand unserer Gesellschaft an den Präsidenten der österreichischen Gruppe der interparlamentarischen Union, Geheimen Rat Freiherrn von Plener folgendes Schreiben gerichtet:

„Die ergebenst unterzeichnete Oesterreichische Friedensgesellschaft gestattet sich, an Eure Exzellenz mit der Bitte heranzutreten, den vor einigen Tagen erfolgten bedeutungsvollen Erklärungen des britischen Ministers des Auswärtigen, Sir Edward Grey, über die Einschränkung der militärischen Lasten und den Abschluß von Schiedsverträgen Ihre geneigte Aufmerksamkeit in der Richtung zu schenken, daß Sie den Mitgliedern der österreichischen Gruppe der interparlamentarischen Union nahelegen, eine auf diese, auch für unseren Staat hochwichtige Angelegenheit abzielende Interpellation an den Herrn Ministerpräsidenten Freiherrn v. Bienerth zu richten.

Indem wir darauf verweisen, daß diese Angelegenheit derzeit auch im deutschen Reichstage, sowie im ungarischen Abgeordnetenhause durch Interpellationen zur Verhandlung gelangen soll, glauben wir, daß der österreichische Reichsrat hinter diesen Vertretungskörpern nicht zurückbleiben dürfe und sich in dieser höchsten Kulturfrage unserer Zeit ebenfalls äußern sollte. Es wäre vor allem der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß alle Schritte, welche in bezug auf die Verlangsamung des Rüstungstempos und den Abschluß ständiger und allgemeiner Schiedsverträge gerichtet sind, möglichst bald von einem Erfolge begleitet seien, und daß vor allem, ähnlich wie dies in der Interpellation, welche im ungarischen Parlamente gestellt wurde, geschah, zunächst gefordert wird, daß wenigstens zwischen den einzelnen Staaten Vereinbarungen zustande kommen, welche dem großen Ziele der internationalen Rechtsdurchsetzung dienen.

In diesem Sinne wäre auch der Herr Ministerpräsident zu ersuchen, sich an den Herrn Minister des äußern zu wenden, damit vor allem ein Einverständnis mit dem alliierten Staate Italien in bezug auf die Ermäßigung oder Verlangsamung weiterer Rüstungsauslagen erzielt werde."

☞

Telegramm an Sir Edward Grey.

Anläßlich seiner Rede über die Einschränkung der Rüstungen wurde von unserer Gesellschaft an Sir Edward Grey nachstehendes Glückwunschtelegramm abgesendet: Die Oesterreichische Friedensgesellschaft erlaubt sich für die ausgezeichnete Rede zugunsten eines Einvernehmens über die Rüstungen und die Vervollkommnung der Schiedsgerichtsbarkeit, den Ausdruck der dankbaren Anerkennung darzubringen.

Daraufhin lief folgende Antwort ein: Im Auftrage Sir Edward Greys hat die britische Botschaft die Ehre, der österreichischen Friedensgesellschaft für das ihm anläßlich seiner kürzlich im Parlament gehaltenen Rede über die Schiedsgerichtsbarkeit übermittelte Glückwunschtelegramm seinen wärmsten Dank auszusprechen.

☞

Friedenstag in den Schulen.

Dank den Bemühungen des Baron Aichelburg-Labia im Kärntner Landtage, hat der k. k. Landesschulrat in Klagenfurt einen Friedenstag in den Schulen angeordnet. Das Verordnungsblatt für das Schulwesen im Herzogtume Kärnten, Nr. 2/011, veröffentlicht nachfolgenden Erlaß:

„Erlaß des k. k. Landesschulrates vom 17. Jänner 1911, Z. 6573 aus 1910, an die k. k. Bezirksschulbehörden in Kärnten, betreffend die Einführung einer jährlichen Gedenkfeier an die erste Haager Friedenskonferenz.

Der kärntnerische Landtag hat in seiner 30. Sitzung am 9. November 1910 folgenden Beschluß gefaßt:

Der Landesausschuß wird angewiesen, den k. k. Landesschulrat zu ersuchen, alljährlich, womöglich am 18. Mai, dem Jahrestage der ersten Haager Konferenz, die Schuljugend in den Volks- und Bürgerschulen in passender Weise beim Unterrichte auf die Friedensidee und die Aufgabe der Schiedsgerichte im Sinne des Haager Programmes aufmerksam machen zu lassen.

Hiervon werden die Bürgerschuldirektionen und Schulleitungen zur Danachachtung in Kenntnis gesetzt.

Die k. k. Bezirksschulinspektoren werden angewiesen, anläßlich der Inspektionen durch Einsichtnahme in die Schulchronik den Vollzug dieses Auftrages wahrzunehmen."

☞

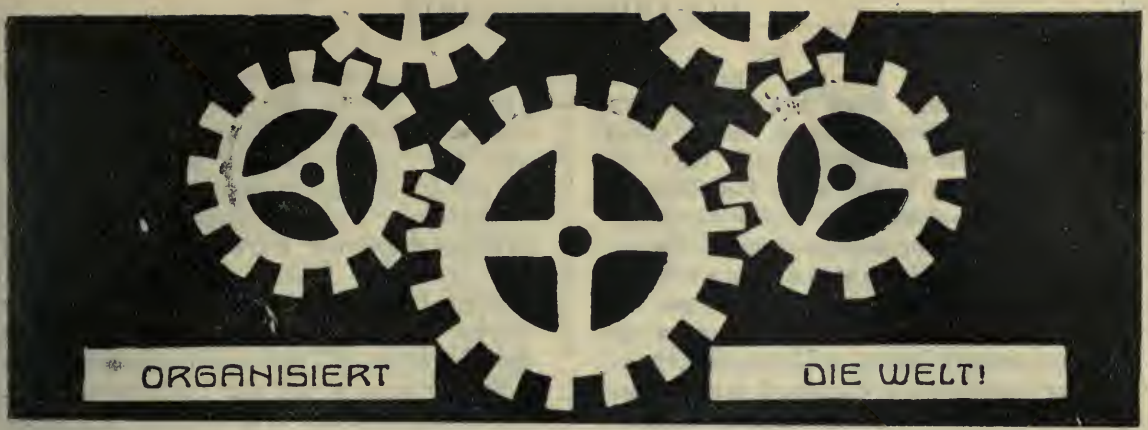
Vortragszyklus über Pazifismus.

Die österreichische Friedensgesellschaft hat einen Kurs zur Ausbildung von Wanderrednern errichtet. Es haben sich 159 Teilnehmer (Studenten, Lehrer, Advokaten, Arbeiter) gemeldet, welche nach ihrer Ausbildung der Friedensbewegung neue Anhänger zuführen sollen. Den ersten einleitenden Vortrag hielt am 18. v. M. der Verfasser des Pazifistischen Jugendbuches, Arthur Müller, über „Entwicklungsformen der Friedensbewegung". Jedem Vortrag folgt eine Diskussion, wo alle Fragen und Einwände der Teilnehmer Beantwortung finden. Die nächsten Vorträge halten Alfred H. Fried und Professor Dr. Rudolf Kobatsch.

☞

Von unserem Mitgliede Frhrn. Georg Antal ist soeben eine Sammlung seiner Gedichte „Feuerreigen" (im Verlage Georg Müller, München) erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien.



Mai 1911.

Sozialdemokratie und Friedensbewegung.

Der große Umschwung in der Entwicklung des Pazifismus, den wir jetzt zu beobachten Gelegenheit haben, besteht nicht allein darin, daß sich in verschiedenen Ländern die Regierungen selbst an die Spitze der Bewegung setzen, daß der Pazifismus zum „Staatspazifismus" fortschreitet, sondern auch darin, daß in Deutschland die Sozialdemokratie ihre bisherige demonstrative Passivität aufgibt und aktiv für die Förderung des pazifistischen Gedankens eintritt. Die deutsche Sozialdemokratie befolgt damit nur eine Taktik, die von ihren englischen, französischen und italienischen Gesinnungsgenossen schon längst ausgeübt wird. Die schroffe Ablehnung jeder Zusammenarbeit, die den deutschen Pazifisten gegenüber seitens der deutschen Sozialdemokratie an den Tag gelegt, ja die verächtliche Geringschätzung, die ihnen zuteil wurde, haben die Pazifisten anderer Länder niemals zu beklagen gehabt. Was hier von Deutschland gesagt wird, trifft auch für Oesterreich zu. Aber sonst allenthalben war es möglich, daß Pazifisten und Sozialdemokraten im Parlament, in der Volksversammlung, in der Presse, auf Kongressen usw. gemeinsam vorgehen konnten, daß — bei allem Vorbehalt des Sonderstandpunktes — das Gemeinsame hervorgehoben und vertreten werden konnte.

Das soll nun glücklicherweise auch bei uns anders werden. Die deutsche Sozialdemokratie hat es aufgegeben, ihre pazifistische Aktion lediglich auf die schöne aber nutzlose Parade der Kreditverweigerung für die Heeres- und Marineforderungen zu beschränken. Sie hat angefangen, aktive Friedenspolitik zu treiben. Sie hat begonnen im Reichstag für die Forderung nach Vereinbarung eines Rüstungsstillstandes und nach dem Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit einzutreten. Sie scheint entschlossen zu sein, auf dieser Bahn weiterzuarbeiten und die ihr zur Verfügung stehenden Massen nach der Richtung einer positiven Friedenssicherung in Bewegung zu setzen.

Offen wird dieser Wandel in verschiedenen publizistischen Aeußerungen der sozialdemokratischen Presse zugegeben. Besonders aber in einer Artikelserie, die der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete G. Ledebour, einer der Führer der Partei, im „Vorwärts" (6. und 8. April) veröffentlichte. Darin wird die etwas spät zutage tretende Entdeckung verkündet, daß „viele und starke kriegsgegnerische Tendenzen im Schoße der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst am Werke" seien und „daß der Kapitalismus als restlos kriegerisch in seinem Gesamtwirken nicht mehr angesprochen werden kann . . ." Eine Tatsache, auf die die Pazifisten aller Länder schon längst und mit Nachdruck hingewiesen haben. Daß das sozialdemokratische Register von dem unbedingten Zusammenhang von Krieg und gegenwärtiger Wirtschaftsform insofern ein Loch habe, als bei der weltumfassenden Konstellation von Industrie und Handel der Gegenwart der Krieg und das kriegerische System in überwiegender Weise schon als eine Störung des Produktionsprozesses, denn als eine Gewinnchance angesehen wird, wurde von uns immer behauptet. Die Internationalität des Kapitals, die fortwährende Verfeinerung der internationalen Struktur und nicht zuletzt die wachsende Interdependenz der modernen Kulturvölker drängt zur Sicherheit und nicht zur Abenteurerlust. Es sind nur wenige

Betriebszweige, die aus der Unsicherheit, aus der Eroberung, kurz aus dem ganzen internationalen Gewaltsystem noch einen Profit zu erwarten vermögen. Und erfreulich ist es zu lesen, wenn Ledebour in jenen Artikeln selbst sagt: „Aber der Kapitalismus erzeugt in seinem Schoße Gegenkräfte und Gegenströmungen, die an Kraft stetig zunehmen mit dem Wachstum des Kapitalismus selbst. Wie kann man sie völlig außer acht lassen, will man die Frage der Einschränkungsmöglichkeit der Kriegsgefahr und der Kriegsrüstungen erörtern." Und ebenso erfreulich ist es, wenn K. Kautsky, der orthodoxe Marxist, in seinem Artikel „Krieg und Frieden" in der „Neuen Zeit" vom 28. April offen zugibt: „Wir haben dem Verlangen internationaler Abmachungen zur Erhaltung des Friedens oder Einschränkung der Rüstungen durchaus nicht etwa mit der Bemerkung entgegenzutreten, der Krieg sei mit dem Wesen des Kapitalismus eng verknüpft und daher unvermeidlich. So einfach liegen die Dinge nicht. Und wenn von bürgerlicher Seite Vorschläge zur Erhaltung des Friedens oder der Einschränkung der Rüstungen gemacht werden, die einigermaßen durchführbar sind, haben wir alle Ursache, sie zu fördern und die Regierungen zu zwingen, hierzu Stellung zu nehmen."

Die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens der Sozialdemokratie mit den sogenannten bürgerlichen Pazifisten in Deutschland und Oesterreich ist nun gegeben. Es wird Aufgabe der nächsten Zeit sein, sie in ein System zu bringen, dessen einfachste Grundlage natürlich die sein muß, das ewig Trennende zwischen den beiden Richtungen hintenanzusetzen, um das Gemeinsame um so besser hervortreten zu lassen. Denn, daß es zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichem Pazifismus etwas Ewig-Trennendes gibt, braucht nicht verschwiegen zu werden. Das klare Zugeständnis kann nur förderlich sein. Der Glaube an die Revolution, an die einschneidende Umwälzung der Gesellschaftsordnung, an die Zweiteilung der Menschheit in Proletarier und „reaktionäre Masse", an die unbedingte Notwendigkeit der Umänderung der Regierungsform besteht bei den Bürgerlichen nicht. Aber was hat das mit der Vermeidung des Krieges und mit der vernünftigeren Ausgestaltung des internationalen Zusammenlebens zu tun?

Es können bei der Zusammenarbeit zwischen bürgerlichem und sozialistischem Pazifismus von beiden Teilen wertvolle Aktiven eingestellt werden, deren Vereinigung die Macht der Aktion um ein Bedeutendes erhöhen könnte. Bislang haben wir die sozialistischen Massen nur als Schwergewicht zugunsten unserer Bewegung in Rechnung stellen können. Es würde eine Erhöhung unserer Wirkung sein, wenn wir den in diesen Massen lagernden disziplinierten Idealismus für unsere Sache verwerten könnten, wenn das große Triebrad, dem bislang der Transmissionsriemen fehlte, nunmehr seine Kraft zur Betriebserzeugung verwenden würde. Wir könnten der Sozialdemokratie das Rüstzeug unserer Wissenschaft vom Internationalismus, das pazifistisch entwickelte Völkerrecht, das bereits zu hoher Blüte gelangt ist, geben, und sie würde aus diesen Vorarbeiten, die sie noch gar nicht kennt, ebenfalls bedeutenden Nutzen ziehen können.

Nein, die Sozialdemokratie kennt die pazifistische Wissenschaft noch nicht. Sie hat es noch nicht für nötig erachtet, sie näher anzusehen, da sie diese mit dem gesamten bürgerlichen Pazifismus als etwas Ideologisches und deshalb Verächtliches verwarf. Aber es gibt eine pazifistische Wissenschaft, die, wenn sie auch bislang nur von den bürgerlichen Pazifisten ausgebildet wurde, dennoch jenseits aller Parteianschauungen steht. Die pazifistische Wissenschaft ist neutral wie die Physik, die Chemie, die Medizin. Ebensowenig wie es eine bürgerliche und eine sozialistische Spektralanalyse geben kann, kann es ein bürgerliches oder ein sozialistisches Völkerrecht geben, ebensowenig braucht die Wissenschaft von der Kriegprophylaxe auf das Programm irgendeiner Partei eingeschworen zu sein.

Die Sozialdemokratie selbst gibt die Neutralität der pazifistischen Wissenschaft zu, wenn sie die Schriften eines Kobatsch, eines Normann Angell, wie dies gerade in der letzten Zeit vielfach geschehen ist, zum Ausgangspunkt ihrer Beweisführungen nimmt. Wir können ihr noch mit weiterem Rüstzeug dieser Art dienen, von dem sie bis jetzt keine Ahnung hat. Jawohl, keine Ahnung! Denn wenn Kautsky in dem erwähnten Artikel von den „Vereinigten Staaten von Europa" spricht, in einer Weise wie einstens Victor Hugo und die Romantiker der Politik aus der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, dann beweist er nur, daß er ein halbes Jahrhundert übersehen hat und nicht weiß, daß wir „bürgerlichen" Pazifisten von solchen Träumereien weltenweit entfernt sind, daß wir nicht

mehr daran denken, die Weltentwicklung nach dem Vorgang der Staatenentwicklung zu erwarten, daß wir die Staatenindividualität mit einer Staatenorganisation wohl zu vereinbaren wissen, und daß wir die naturnotwendige Entwicklung einer solchen Organisation, die nichts zu tun hat mit dem Kindheitstraum der „Vereinigten Staaten Europas" entdeckt haben und ihren Ausgangspunkt in der modernen Technik erblicken. Die Sozialdemokratie legt auch auf Abrüstung und Schiedsgericht immer noch jenes Gewicht, das alle Anfänger auf die lediglichen Symptome einer Erscheinung legen und erkennt noch nicht die Notwendigkeit, daß der Beseitigung des Rüstungsunwesens eine Umwandlung in den Beziehungen der Staatenwelt vorangehen muß, die die Rüstungen, die ja nur ein Symptom der Unordnung sind, durch die Schaffung einer neuen Grundlage der internationalen Beziehungen, der internationalen Ordnung, beseitigen wird. Sie erkennt noch nicht, daß auch das Schiedsgericht und der Grad seiner Wirksamkeit abhängig ist von dem Grade der entwickelten zwischenstaatlichen Ordnung. Wird sie das erst erkennen, dann wird sie ein weites Feld für positive Mitarbeit am Gegenwarts-Friedenswerk gefunden haben. Dann wird sie die Haager Konferenzen nicht mehr als einen „Teetisch" müßiggehender Diplomaten bezeichnen, sondern als ein Feld ansehen, auf dem wirksame Friedensarbeit geleistet werden kann. Freilich, bislang kümmerten sich die Parteien und ihre Vertreter im Reichstag wenig um die Haager Konferenz und überließen diese der mehr oder weniger scharfen Einsicht unserer Diplomatie und deren Sonderinteressen und Sondermarotten. Wenn jedoch das ganze Volk — mit der Sozialdemokratie — an diesem Werke mitarbeiten wird, dann wird Deutschland auf einmal aufhören, der traditionelle Hemmschuh der im Haag zu bewirkenden Völkerentwicklung zu sein.

Es ist also Wichtiges und Wirksames zu erreichen, wenn Pazifismus und Sozialismus auf jenen Gebieten, wo sie durch die trennenden Schranken ihrer Weltanschauung nicht gehindert werden, miteinander arbeiten. Und das Gebiet dieser Zusammenarbeit ist nicht so klein, wie man anfänglich glauben möchte. Pazifismus heißt nicht nur Schiedsgericht und Abrüstung. Er bedeutet viel mehr; er umfaßt vor allen Dingen die Voraussetzungen dieser Erscheinungen.

Fassen wir einmal jene Punkte zusammen, wo die Sozialdemokratie, unbeschadet ihres Programms und sonstiger Sonderanschauungen, die bürgerlichen Friedensbestrebungen unterstützen könnte:

1. Umwandlung und Kontrolle der Diplomatie.

An Stelle der heutigen Gewaltdiplomatie hat die Friedensdiplomatie zu treten. Die Politik der „aufgekrempelten Hemdsärmel" ist durch eine Politik des Ausgleiches und der Verständigung zu ersetzen. Oeffentlichkeit der diplomatischen Betätigung. Kritik der diplomatischen Unternehmungen.

2. Bekämpfung des Chauvinismus und der Völkerverhetzung.

Namentlich durch Verständigungsfahrten von Volk zu Volk (sogen. „Laiendiplomatie"), besonders zwischen den Staatsangehörigen von Ländern, deren Bevölkerung von den Kriegsanhängern systematisch verhetzt wird. — Verbreitung von Aufklärung über andere Völker, ihr Friedensbedürfnis und ihren Friedenswillen. Bekämpfung des Chauvinismus in der Presse und der lügenhaften wie sensationslüsternen Berichterstattung.

3. Förderung der internationalen Interessenverbände.

Nicht nur der gewerkschaftlich-proletarischen, sondern auch der wissenschaftlichen, künstlerischen, beruflichen, sportlichen, wirtschaftlichen und sozialen im weiteren Sinne. Kongresse, Zentralstellen, Unternehmungen.

4. Erkennbarmachung der internationalen Interdependenz.

Verbreitung von Kenntnissen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge, über die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker, über die Zwecklosigkeit der modernen Kriege, über die Nichtigkeit der Eroberung von Landgebieten, über die Allgemeinschädlichkeit von Kriegen (auch für die nicht direkt daran beteiligten Länder).

5. Bekämpfung des gegenwärtigen Unterrichtssystems.

Beseitigung der zoologischen Weltgeschichte und deren Ersatz durch eine wirkliche Kulturgeschichte. Internationalisierung der Unterrichtsmethoden. Lehrer- und Schüleraustausch.

6. Klarlegung des Rüstungswahnsinns.

Beibringung von Zahlenmaterial. Klarstellung der Vergeudung der Volkskräfte

durch das Wettrüsten. Menschenökonomie. Ergründung von Methoden für eine internationale Vereinbarung für einen Rüstungsstillstand. Widerlegung der Dogmen der Rüstungsanhänger (Produktivität der Rüstungsausgaben. Heer als Volksschule. Rüstungen als Feuerversicherung, usw.).

7. Ausbau des Völkerrechts.

Entwicklung des Friedensrechts. Obligatorische Vermittlung. Obligatorische Untersuchungskommission. Ständigkeit des Schiedsgerichts. Obligatorische Schiedsverträge. Förderung des Haager Werkes. Kontrolle und Vorbereitung der Haager Arbeiten. Ständige Staatenkongresse usw. usw.

8. Ausbau der internationalen Verwaltung.

Vermehrung der internationalen staatlichen Zentralstellen wie jene des Weltpostvereins, zur Bekämpfung der Sklaverei, des Int. Gesundheitsamtes usw. — Weitere Regelung des zwischenstaatlichen Lebens durch Verträge wie das Haager Privatrechtsabkommen, Wechselrechtskonvention usw. — Einheitsporto, Weltgeld usw.

In allen diesen Punkten — und in noch verschiedenen anderen — wird die Sozialdemokratie vereint mit dem „bürgerlichen" Pazifismus wirken können. Sie wird dadurch nur dazu beitragen, die Kriegsmache und das Kriegsunwesen, den so sorgfältig gepflegten Glauben an den Krieg früher auszurotten, als sie daran denken kann, die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu überwinden. Wir wollen gar nicht in Betracht ziehen, welche Einflüsse eine derartige Zusammenarbeit auf die Gestaltung des Parteiwesens außerdem noch nehmen kann, nicht in Erwägung ziehen, ob nicht die internationale Organisation die innerstaatliche Gerechtigkeit in solchem Maße günstig beeinflussen wird, daß eines Tages der erträumte „Zukunftsstaat" im Rahmen des heutigen Staates seine volle Erfüllung finden könnte. Das würde zu weit führen. Bleiben wir bei dem Nahen. Die internationale Anarchie gilt es zu besiegen, und dazu sind alle Kulturkräfte aller Staaten notwendig. Erst wenn sich diese Kräfte, einerlei, ob sie diesseits oder jenseits der Grenze des Marxismus stehen, vereinigen werden, wird die Neue Welt erstehen, die allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wird, wird jenes Endziel des Pazifismus erfüllt sein, um dessenwillen er den Krieg bekämpft.

A. H. F.

Über die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Japan und Mexiko.

Von David Starr Jordan, Präsident der Leland Stanford-Universität in Kalifornien.

Stanford-Universität, 4. April 1911.

Lieber Herr Fried!

Ich hoffe jetzt, daß es mir möglich sein wird, im Juli an dem Rassenkongreß in London teilzunehmen; im August werde ich nach Japan hinüberfahren, wo ich eine Reihe von Vorträgen über den Frieden halten und unoffiziell mit der Regierung konferieren soll.

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan können in wenige Worte zusammengefaßt werden. Sie waren in jeder Richtung durchaus freundliche, und während des Krieges mit Rußland stellten sich die Sympathien des amerikanischen Volkes ganz auf Seite der Japaner. Unmittelbar nach dem Kriege jedoch erschienen in den amerikanischen Blättern Angriffe auf den Charakter und auf die Geschäftsmethoden der Japaner. Offenbar waren diese Artikel von irgend jemand bezahlt. Zu gleicher Zeit begannen die Trade-Unions energisch gegen das Eindringen japanischer Arbeiter zu protestieren. Es wurden in San Francisco und im kalifornischen Legislationsamt Versuche gemacht, gegen die Japaner Gesetze zu erlassen. Alle diese Versuche scheiterten. Solche Gesetzgebung würde gegen die Konstitution verstoßen, denn sie kommt der Nation und nicht den Staaten zu. Der jüngste Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Japan wurde ohne einen einzigen Widerspruch angenommen, und es gibt, was diese beiden Nationen anbelangt, nicht eine Wolke am Horizont. Und es ist nicht wahrscheinlich, daß sich eine solche bilde, außer wenn gewissenlose Journalisten oder Vertreter der Rüstungspartei einen ausländischen Pöbelhaufen in San Francisco zu Gewalttaten hetzen, in welchem Falle dasselbe in Yokahama geschehen könnte. Ich sage „ausländisch", weil der größte Teil der Trade-Unionisten von San Francisco gebürtige Europäer sind. Dieser Staat — fast so groß wie Deutschland — hat nur zwei Millionen Einwohner. Er hat Raum für viele Millionen mehr. Wir geben jedoch zu, daß, wenn wir freie Einwanderung aus China und Japan einführten, etwa acht bis zehn Millionen Chinesen, Japaner und Hindus hierher kommen und unsere arbeitenden Klassen durch ein fremdes Element ersetzen würden, wodurch wir in die sehr undemokratische Lage versetzt wären, daß wir, eine geringe Anzahl von Weißen an der Spitze, eine Mittelschicht von Asiaten und eine gemischt asiatisch und europäische Masse als Unterschicht besäßen. Wir alle in Kalifornien sind der Ansicht, daß eine volle Einwande-

rungsfreiheit asiatischer Arbeiter unheilvoll wäre, obwohl eine viel größere Anzahl als wir jetzt haben für den wirtschaftlichen Vorteil des Staates nur von Nutzen sein könnte. Was für Kalifornien gilt, gilt ebenso für Oregon, Washington und Britisch-Columbia.

Schon im Jahre 1899 wurde die japanische Regierung gewahr, daß eine solche Stimmung wahrscheinlich entstehen würde. Amerikanische Freunde Japans machten darauf aufmerksam, und ein Gesetz wurde erlassen, das den japanischen Arbeitern verbot, nach Amerika zu gehen. Damals war Hawai ein unabhängiges Land und trug nach japanischen Arbeitern Verlangen. Es wurde ihnen daher erlaubt, nach Hawai zu gehen, und nachdem Hawai annektiert worden war, kamen etwa dreißig bis vierzig Tausend von ihnen nach Kalifornien. Für diese Bewegung war Japan nicht verantwortlich, da Hawai nun den Vereinigten Staaten angehörte und jene Leute nicht japanische Bürger waren. Diese Bewegung hat nun aufgehört, und es gibt keine japanische Frage. Außer für gewisse Zeitungen und gewisse Politiker, die eine solche Frage für ihre eigenen Zwecke brauchen; aber sonst besteht keinerlei Erregung über die Angelegenheiten, da unsere Landsleute ganz damit zufrieden sind, daß die japanischen Arbeiter durch ihre eigene Regierung in ihrer Heimat zurückgehalten werden.

Andererseits sind japanische Kaufleute und japanische Studenten immer willkommen bei uns. Es gibt jetzt ungefähr 25 japanische Studierende auf jeder der kalifornischen Universitäten und sie wurden stets von den Kommilitonen aller anderen Länder willkommen geheißen.

In Tokio ist kürzlich eine Friedensgesellschaft gegründet worden, und im Zusammenhang damit hat Herr Loomis aus Yokohama einen Brief versendet, von dem ich Ihnen eine Abschrift beilege. Daraus habe ich meine Kenntnis von der in Japan eingeführten Einschränkung der Rüstungsausgaben geschöpft.

Es gibt wohl hierzulande leeres Geschwätz über die Notwendigkeit, sich mit Japan um die Herrschaft des pazifischen Ozeans zu schlagen; aber niemand macht sich einen klaren Begriff, wie man durch Raufen zur Herrschaft über ein Meer gelangen könnte, das stets eine offene Straße für alle Völker der Erde bleiben muß. Das habgierigste Syndikat der Welt und das bestorganisierte ist dasjenige zum Ankauf des Rüstungsmaterials und zur Vermehrung von Heer und Flotte. Zum großen Teil handelt dieses Syndikat unbewußt, indem es auf das Interesse gestützt ist, welches viele Leute an der militärischen Karriere und an dem Ankauf von Rüstungen haben. Herr Perris teilt mir mit, daß in England von sechs Menschen je einer finanziell an irgend etwas Militärischem interessiert ist. Er hat diese Behauptung in seiner Flugschrift „Hands across the Seas" veröffentlicht. Sie werden beobachtet haben, daß alle offiziellen Angelegenheiten zwischen Japan und den Vereinigten Staaten ohne Anstand und ohne Frage erledigt worden sind, und daß der ganze Lärm auf die Städte San Francisco und Seattle und auf die Wasserkante dieser Städte und auf ihre Legislativbehörde beschränkt blieb, wo übrigens jede für Japan beleidigende Bill sofort niedergestimmt wurde.

Es ist mir bekannt, daß die Tagespresse in Deutschland und Frankreich eifrig einen japanisch-amerikanischen Krieg an die Wand malt. Wir haben auch Publizisten, wie Hobson und Lea (der erste ein Narr, der andere ein Betrüger), welche einen unmittelbar bevorstehenden Krieg und die Vernichtung der westlichen Hälfte unseres Landes durch 200 000 japanische Soldaten prophezeien. Aber die Regierung Japans liegt zum großen Teil in den Händen von Männern, die in Amerika und England erzogen worden sind, und diese Männer sind keine Narren. Mit seiner schweren Kriegsschuld — 5 200 000 000 M. — hat Japan alle Hände voll.

Was Mexiko betrifft, so besteht die Bevölkerung dieses Staates aus schwachen Bauern oder Landsklaven. Außer diesen ist die Bevölkerung sehr flüchtig, erratisch und streitsüchtig, von geringer Ausdauer in ihren Vorsätzen. Der Indianer Diaz hat sie mit seiner mächtigen Hand im Zaum gehalten, und bis vor kurzem herrschte überall vollständige Ordnung in Mexiko. Aber alle Wahlen waren einfache Komödie. Diaz hat sich zuerst durch seine Bündnisse mit fremden Körperschaften, Eisenbahnen und Minen erhalten. Sein mutmaßlicher Nachfolger, Corral, ist allgemein verhaßt und wird allgemein für bestechlich gehalten.

Die gegenwärtige Insurrektion weist drei Phasen auf. Die eine, unter Führung Maderos, ist die Revolte der höheren Klassen und der Männer, die ehrliche Wahlen und die Erhaltung der Konstitution wünschen. Eine zweite Phase ist die Unzufriedenheit des Volkes mit Correl und mit dem Gewaltregime und dem Ausfall der Wahlen. Die dritte Phase, im nordwestlichen Mexiko, ist das Auftreten von Viehräubern und sonstigen minderen Verbrechern, welche die unruhigen Zustände zu ihrem Profit ausnutzen wollen. Solche Aufstände pflegten vor dreißig Jahren in ganz Mexiko sehr häufig vorzukommen — so häufig wie Regen im Sommer —, aber sie wurden durch die harte Faust des Diaz niedergehalten. Ich erwarte, daß Diaz abdanken wird, daß neue Wahlen vorgenommen werden, daß zwischen Madero und der Administration ein Uebereinkommen stattfindet, und daß dadurch die Geltung der Konstitution gewährleistet und Leben und Besitz gesichert werden. Es besteht bei niemand in den Vereinigten Staaten der leiseste Wunsch, Mexiko zu annektieren.

Es ist schon ein genügend schwieriges Problem, dieses Land zum Nachbar zu haben, ohne daß es auch noch eine Gruppe zugehöriger Staaten werde. Es ist sehr schwer, mit einer gemischt spanischen und italienischen Bevölkerung, welche den größten Teil Mexikos charakterisiert, eine demokratische Regierung aufrechtzuerhalten. Es gibt wohl eine Anzahl Leute von edler kastilianischer Rasse dort, aber sie sind die Minderheit.

Es war nötig, einen entsprechenden Schutz aufzustellen, um den Mißbrauch der amerikanischen Grenze durch die Insurgenten zu verhindern. Viele unter diesen sind Abenteurer aus den Vereinigten Staaten. Aber ich sehe keine Rechtfertigung für die Maßnahme, 20 000 Mann in San Antonio in Texas garnisonieren zu lassen. Es gibt keine kompetente Autorität, welche die Aufstellung einer so großen Truppenmacht gutheißt; aber ich denke, wenn dies verfehlt war, so war es eben nur ein Schnitzer — — eine Idee, daß, wenn unser Heer seine Manöver in Texas abhält, dies beitragen würde, die Dinge in Mexiko zu beruhigen. Ich fürchte das Gegenteil — nämlich, daß dies unnötigerweise alle lateinischen Amerikaner und alle unsere südlichen Nachbarn alarmieren und ihnen die Furcht einflößen wird, daß die Vereinigten Staaten sie irgend einmal verschlucken wollen. Wenn sie einsehen würden, wie unverdaulich sie sind, würden sie anders denken. Es ist gewiß, daß unser Volk als ein Ganzes die lateinisch-indianischen Rassen unterschätzt; andererseits aber weisen die meisten der von diesen Rassen begründeten Republiken anarchische oder despotische Zustände auf.

Ihr ergebener
David Starr Jordan.

Das Guildhall Friedens-Meeting.

Einberufen vom Lord-Mayor von London, fand am 28. April eine Kundgebungsversammlung zugunsten des einschränkungslosen anglo-amerikanischen Schiedsvertrages statt.

Auf der Tribüne Sir Vezey Strong in seiner rotgoldenen Amtstracht; zu seiner Rechten der Premier, Asquith, zu seiner Linken der Führer der Opposition, Balfour. Ferner der Erzbischof von Canterbury, der römisch-katholische Erzbischof, der Präsident des Rats der freien Kirchen und der Ober-Rabbiner. In der gedrängt vollen Halle befanden sich die Stadtväter mit ihren vornehmen Gästen und bis zum letzten Platze Persönlichkeiten aus allen Gesellschaftsschichten.

Aus der Rede des Lord-Mayors:

Auf dieser Plattform sind sämtliche Interessen der britischen Nation vereint. Das vorschwebende Ziel ist die Förderung der Zivilisation. Das heißt soviel, als immer seltenere Zuflucht zum Richtspruch des Schwertes und immer häufigere zum Richtspruch der Vernunft. Der Krieg hemmt durch sein eigenstes Wesen den Lauf des bürgerlichen Lebens und rückt die Uhr des Fortschritts zurück. Ein Axiom des englischen Gesetzes heißt, daß niemand in eigener Sache Richter sein kann. Wir wollen dieses Axiom auf internationale Streitigkeiten ausdehnen. Das Haupt der amerikanischen Nation hat einen wichtigen Vorschlag zur Erreichung dieses Zweckes gemacht. Unser Meeting bedeutet die Antwort der Londoner City, dem Zentrum dieses weltweiten Imperiums, auf jenen Vorschlag.

Die Rede Asquiths.

Der Premier unterbreitete folgende Resolution:

„Die in der Guildhall versammelten Bürger von London, Vertreter der überseeischen Dominions und Vertreter der kirchlichen und weltlichen Körperschaften, bewillkommnen herzlich den Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten zugunsten eines allgemeinen Schiedsvertrages zwischen jenem Lande und dem britischen Imperium, und verpflichten sich, die Grundsätze eines solchen Vertrages festzuhalten, der die höchsten Interessen der beiden Nationen und den Weltfrieden fördern würde."

Mr. Asquith führte dann folgendes aus: „Diese ehrwürdige Halle ist schon der Schauplatz vieler Kundgebungen und Feierlichkeiten gewesen, die für die Geschichte unseres Landes von ungeheurer Wichtigkeit waren. Aber ich zweifle, daß es einem Vorgänger Eurer Lordschaft gegönnt war, dieselbe einem würdigeren Zwecke (Applaus) zu widmen als dem, der heute eine so große und repräsentative Versammlung zusammengeführt hat. (Beifall.)

Die Sachlage — die ganz einzige Sachlage —, die wir hier, mit Hintansetzung aller Partei- und Glaubensunterschiede (Applaus), erkennen und begrüßen wollen, ist ohne jegliche öffentliche oder versteckte Vorbereitung zustande gekommen. Sie ist nicht durch den Apparat der Diplomatie organisiert worden. Die Initiative kam, wie wir freudig und dankbar anerkennen, von dem Oberhaupt der Vereinigten Staaten von Amerika. (Applaus.) Aber der Samen, den er gestreut, fiel auf einen zur Aufnahme vorbereiteten Boden; und das, was vor einigen Jahren — oder könnte ich nicht sagen einigen Monaten — vielleicht als ein Idealistentraum betrachtet worden war, ist nun in das Gebiet staatsmännischer Praxis übergegangen, ist nun das feste Ziel zweier großer Demokratien geworden. (Applaus.)

Mylord Mayor, die westliche Welt hat seit nahezu zweitausend Jahren dem Evangelium des Friedens Lippendienst geleistet, und doch hat es keine Aera der Menschengeschichte gegeben, in der der Erfindergeist und die Hilfsquellen der Menschheit verschwenderischer für

Krieg und Kriegsvorbereitung verwendet worden waren. Ich brauche Sie auch nicht daran zu erinnern, daß manche der blutigsten und verheerendsten Kriege zwischen Menschen desselben Blutes, derselben Sprache und derselben Religion gewütet haben.

Nicht viel länger als vor zweihundert Jahren waren wir selber hier in England in den Nöten des Bürgerkrieges. Ein Jahrhundert später waren wir jenseits des Ozeans im tödlichen Kampf mit unseren eigenen Kindern in jenem Kriege, der zu der Unabhängigkeit Amerikas geführt hat. Und viele der hier Anwesenden haben es erlebt, daß jene große Föderation durch einen brudermörderischen Krieg zerrissen und verwüstet ward.

Sicherlich, es ist eine Lehre für jene, die geneigt sind, an der Menschheit zu verzweifeln, die den Glauben an den Fortschritt der Vernunft und Gerechtigkeit verloren haben, und die in der Reihenfolge der Geschlechter nicht viel mehr sehen als Flutwellen, die sich an einem eisernen Strande brechen —, sicherlich, es ist ein Grund zur Ermutigung, daß wir nun sehen, wie die beiden großen Englisch sprechenden Demokratien, mehr als 120 Millionen an der Zahl, direkt oder indirekt einen großen Teil der Erdkugel beherrschend, jetzt durch gemeinsamen Instinkt zu der Einsicht gelangt sind, daß Krieg zwischen ihnen ein unsagbares Verbrechen wäre (Beifall) und bereit sind, einen feierlichen Kompakt abzuschließen, welcher für die Zukunft eine solche Möglichkeit ausschließt. (Beifall.) Ich glaube nicht, daß ich mit Uebertreibung spreche, wenn ich sage, daß wir heute in der Guildhall versammelt sind, um den größten Sieg zu konstatieren, den die Macht der Vernunft und das Gefühl der Brüderlichkeit in der internationalen Sphäre errungen haben.

Die Schiedsgerichtsbarkeit ist freilich schon ein gewohntes Hilfsmittel der Diplomaten, um Streitigkeiten zu schlichten oder zu vermeiden. Sie wurde und wird häufig für spezielle Schwierigkeiten angewendet, die sich zwischen zivilisierten Ländern erheben. Außerdem haben wir in den letzten Jahren eine Reihe von allgemeineren Schiedsverträgen abgeschlossen; aber bis jetzt waren die großen Staaten gewohnt, von diesen Verträgen die Fragen der vitalen Interessen und der nationalen Ehre auszuschließen. Was jetzt angetragen ist — und das stellt die tiefe Bedeutung dieser neuen Richtung dar (Hört! Hört!) —, das ist, daß zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich — was immer der Ernst der strittigen Frage sei, wie groß immer die darin enthaltenen Interessen seien wie tief die dadurch erregten Gefühle erschüttert werden — fortan der Krieg als mögliche Lösung ausgeschaltet sein muß (Beifall), und das Argument an Stelle der Gewalt und die juristische Methode an Stelle des Gottesurteils der Schlachten zu treten hat.

Dies klingt, ich weiß es wohl, für manche Leute paradox. Aber das Paradoxe ist ganz auf der Gegenseite. Viele von den Lebenden können sich noch der Zeit erinnern, da ein Streit über eine Ehrensache zwischen zwei Gentlemen nach den Gesetzen der guten Gesellschaft (Heiterkeit) nicht anders ausgetragen werden konnte, als durch Zweikampf; und es ist dies noch die Ansicht, und ich glaube auch einigermaßen der Brauch, bei manchen anderen Nationen. Das Töten im Duell war selbstverständlich immer gegen das Gebot des Dekalogs und gesetzlich strafbar. Dennoch, jahrhundertelang haben die Kirche und die Gerichte vergebens versucht, dem ein Ende zu setzen, und es ist eines der merkwürdigsten und meines Erachtens ermutigendsten Kapitel der Geschichte, daß das Duell hierzulande während der Dauer einer einzigen Generation ausgestorben ist. Es ist aus dem Privatleben verschwunden. Manchmal sprechen wir zwar Dolche (Heiterkeit), aber wir stechen nicht damit (erneute Heiterkeit); und wenn unter der Regierung König Georg V. der Premier seinen politischen Gegner auffordern wollte (Heiterkeit), wie dies der Herzog von Wellington noch im Jahre 1828 getan hat, ein paar Pistolenschüsse auszutauschen, so würde er als reif fürs Irrenhaus betrachtet werden (Beifall). Also denn, meine Herren, dies Duell, sagte ich, ist aus dem Privatleben verschwunden, ist es demnach eine gar so extravagante oder utopistische Vorstellung, daß wir — selbst beim sogenannten „point d'honneur" — dem internationalen Duell ein Ende bereiten?

Ich brauche nicht zu sagen — und dies soll meine Schlußbemerkung sein —, daß der Vertrag, der zwischen zwei Englisch sprechenden Völkern vorgeschlagen ist, keinen entfernten politischen Zweck birgt. (Applaus.) Unser Friedenspakt enthält und bedeutet keine drohende Botschaft für den übrigen oder irgendeinen Teil der Menschheit. (Beifall.) Er ist nicht einmal eine Allianz — weder defensiv noch offensiv. Er bedeutet einfach, daß innerhalb des weiten Gebietes, für das wir als verschiedene Staaten verantwortlich sind, **der Krieg** als Arbitrium jedes erdenklichen Streitfalls **abgeschafft ist.** (Applaus.) Andere Dinge, so dürfen wir hoffen und glauben, mögen folgen. Uns kommt es nicht zu, andern Nationen zu diktieren oder zu predigen; noch können wir, während die Dinge bleiben, wie sie sind, die Vorsichtsmaßregeln aufgeben, welche für die weise und wachsame Verwaltung eines weltweiten anvertrauten Gutes erforderlich

sind. (Applaus.) Aber, Mylord Mayor, es ist das Privilegium großer Nationen, wie großer Männer, nicht nur den Präzedenzfällen zu folgen, sondern sie zu machen. Wenn die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich feierlich und förmlich übereinkommen, daß zwischen ihnen der Krieg und die Möglichkeit des Krieges ein für allemal abgeschworen ist, so wird ein Schritt gemacht worden sein, unermeßlich in Ausdehnung und unvergleichlich in Bedeutung für den Aufstieg der Menschheit." (Lauter Beifall.)

Mr. Balfour

(mit Beifall begrüßt) unterstützt die Resolution und gibt seiner Freude Ausdruck, daß ihm die Gelegenheit geboten ist, tätigen Anteil an der Förderung einer Sache zu nehmen, die während seiner ganzen politischen Laufbahn seinem Herzen nahegestanden hat. Nicht nur die Schiedsgerichtsbarkeit zwischen den verschiedenen zivilisierten Gemeinwesen der Welt, sondern ganz besonders die Schiedsgerichtsbarkeit, welche für ewig den Kriegsfall zwischen den englisch sprechenden Völkern der Erde unmöglich machen wird.

„Wir sind stets," so fuhr M. Balfour fort, „wir beiden politischen Parteien — wenn auch in verschiedenen Ideen- und Tätigkeitskreisen —, wir sind stets in dieser großen Sache einig gewesen. Und gewiß, was mich anbelangt, so werde ich als Privatmann und als Staatsmann kein Mittel unversucht lassen, den Fortschritt einer Sache zu fördern, welche jetzt ihrer letzten Ernte näher ist, als dies jemals in der Weltgeschichte der Fall war.

Es gibt solche, die zwar ehrlich und ernsthaft wünschen, den Frieden zu erhalten, die aber mit Mißtrauen auf dasjenige blicken, was sie als idealistische Träume betrachten, und die der Ansicht sind, daß, während es leicht ist, zugunsten des Friedens zu deklamieren, Versammlungen abzuhalten und Protokolle zu unterzeichnen, dann doch, falls der Druck und die Leidenschaft der nationalen Rivalität sich fühlbar machen, alle diese Papiermauern zusammenstürzen, und daß dabei das Resultat nicht gesicherter Frieden wäre, sondern daß man dann für ewig dem Traum entsagen müßte, daß der Krieg durch irgendwelche internationale Abkommen ebenso veraltet werden kann wie das Duell. (Hört, hört!)

Freilich, es ist Torheit, zu versuchen, nationale oder internationale Gesetze zu machen, die viel weiter vorgeschritten sind als die öffentliche Meinung. Gesetze und Verträge können viel Gutes machen, aber sie können nicht alles machen. Ich gehe weiter, und sage, daß, wenn ein Gesetz oder Vertrag der öffentlichen Meinung zu stark vorgreift, so könnte der wohlgemeinte Versuch, unmögliche Ideale in papierenen Abmachungen festzulegen, mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften.

Ich kann mir kein größeres Unglück — auf Jahrhunderte hinaus — für die Zivilisation denken, als wenn ein Vertrag, wie wir ihn hoffen, unterschrieben und dann von einer der Parteien gebrochen würde. Das, wahrlich, wäre ein Schlag, nicht nur für das internationale Vertrauen, sondern für den Fortschritt; ein Schlag, unter dem wir durch mehrere Generationen wanken würden. Ich gebe daher zu, daß, wenn die öffentliche Meinung diesseits und jenseits des Ozeans nicht reif für diese große Entwicklung wäre, es für einen Staatsmann nicht klug wäre, sie zu ermutigen. Aber soweit meine Beobachtungen reichen — und ich glaube nicht, daß ich zu sanguinisch bin —, entspricht diese düstere Auffassung durchaus nicht den Tatsachen. (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß die große Masse der öffentlichen Meinung aller Klassen in Amerika und bei uns für ein solches Ideal eingenommen ist; und daß, wenn es der Geschicklichkeit der Staatsmänner und Diplomaten gelingt, es in den Formeln eines Vertrages zu verkörpern, so ist keine Gefahr, daß einer der vertragschließenden Teile sich davon losreißen würde.

Positive Verfügungen, Papierformeln, sind an sich unnütz — zugegeben! Aber wenn dieselben das gefestigte Streben der moralischen Instinkte eines großen Volkes darstellen, dann sind sie die beste Gewähr für die Sicherheit, deren jene Moralität bedarf." Zum Schlusse riet Mr. Balfour dringend, sich davor zu hüten, die Frage der Methoden zur Verhütung des Krieges mit der anderen ernsten Frage der Kriegsrüstungen zu vermengen. Vielleicht gibt es keine Versammlung, die so wie diese den Druck der Rüstungsausgaben fühlte, aber er sei der Meinung, daß diejenigen, die, so wie er, die Zeit kommen sehen, wo man den Krieg als ein barbarisches Ueberlebsel betrachten wird, ihrer Sache am besten dienen können, wenn man die beiden Fragen nicht untereinanderwirft.

„Wenn dieser Vertrag zustande kommt", schloß der Redner, „so würde das der Welt ein großes Beispiel geben. Nicht nur würde dadurch dem Frieden zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten absolute Sicherheit gegeben, sondern es wäre der Beginn einer neuen Aera. (Beifall.) Es wäre der erste Versuch, zu jenem Begriff eines alle zivilisierten Völker umfassenden Bandes zu gelangen, durch das das Wiederauftauchen barbarischer Ueberlebsel zu verhindern wäre. Und wenn diese Voraussage sich erfüllt, so könnte man wahrlich auf den heutigen Tag und die heutige Veranstaltung als auf einen hochbedeutenden Markstein der Kulturentwicklung zurückblicken." (Jub.

Beifall.) Die Resolution wurde unter Akklamation einstimmig angenommen.

Der Erzbischof von Canterbury:

„...Vor sieben- oder achthundert Jahren, wenn sich die Bewohner Europas zu irgendeinem großen Kreuzzug zusammentaten, so lautete der unwiderstehliche Ruf dieser Männer: Gott will es. Mit noch tieferer Ueberzeugung können wir heute, da die Politik und der Beschluß eines Friedenskreuzzuges inauguriert werden soll, mit Ehrfurcht und voll Hoffnung sagen: Gott will es."

Der katholische Erzbischof Bourne:

„...Wir stehen hier, nicht nur um fromme Gefühle und Wünsche auszudrücken, sondern wir stehen hier, um jenen, die die Macht haben, diese Wünsche zu verwirklichen, Stütze und Kraft zu leihen. Wir verpflichten uns also voll Vertrauen, indem wir die Resolution votieren, dem Lord-Mayor helfend zur Seite zu stehen, ihm und allen, die daran mitwirken wollen, die vorgebrachten Vorschläge auszuführen."

Der Oberrabbiner Dr. Adler

weist darauf hin, daß die jüdischen Prophaten die Zeiten herbeigesehnt haben, da die Schwerter zu Pflugscharen umgewandelt werden.

Die freien Kirchen:

„Seit vielen Jahren, man kann sagen, seit vielen Jahrhunderten, war es der Ehrgeiz der freien Kirchen (insbesondere in der kleinen, aber einflußreichen Gemeinde der „Friends"), die große Sache zu fördern, in deren Namen die heutige Versammlung stattfindet. Sie beglückwünschen den Lord-Mayor, der die ganze Frage auf ein hohes nationales Niveau gebracht hat, wo sie aus der Arena der Partei-Politik und der klerikalen Differenzen gerettet ist."

Sir Josef Ward, Ministerpräsident von Neu-Seeland

unterstützt die Resolution in einer kurzen Rede. Er wisse, wie sehr die Bevölkerung von Neu-Seeland den frappanten Fortschritt zu schätzen weiß, den der Vorschlag des Präsidenten Taft allen bisherigen Schiedsverträgen gegenüber aufweist.

Leiden die Kulturaufgaben?

Von Prof. Dr. Ritter, Luckenwalde.

Wird Deutschland durch seine Rüstungen wirtschaftlich geschädigt? Hemmen sie seine kulturelle Entwicklung?

Unter diesen Fragen macht Herr Litzmann in der Täglichen Rundschau (Nr. 145) die Leser mit dem Inhalte einer Flugschrift von Dr. Sevin bekannt, die im Verlage des Vaterländischen Schriftenverbandes erschienen ist. Wie man von vornherein nach dem Namen des Vereins und des Herrn Litzmann annehmen kann, werden diese Fragen mit „nein" beantwortet. Daß Herr L. sie mit „nein" beantwortet, das ist ja gar nicht auffällig, sondern nur natürlich, denn Herr L. ist Militär, d. h. er lebt „davon" und spricht nur in eigener Sache. Selten aber ist jemand so interesselos an seiner Sache, daß er rein sachlich redet.

Es mag ja sein, daß in Deutschland auf den einzelnen Menschen weniger Steuern kommen, als z. B. in Frankreich, aber was kann dieser Unterschied beweisen? Beweisen könnte er nur etwas, wenn Deutschland nicht mehr Einwohner hätte, als Frankreich; es hat aber mehr, bedeutend mehr, ungefähr 20 Millionen, so daß sein Divisor größer ist als derjenige Frankreichs; er könnte ferner etwas beweisen, wenn die Einwohner Deutschlands einzeln so reich wären, wie die Frankreichs. Es hat dieser Rückstand z. B. eine Ursache in der bekannten beschränkten Kinderzahl in Frankreich, der großen in Deutschland, denn einerseits bleiben in Frankreich die Erbteile der Kinder größer als in Deutschland, andrerseits muß Deutschland für die Erziehung der Kinder mehr Opfer bringen als Frankreich, die außerdem bei der großen Kindersterblichkeit in Deutschland faux frais sind, wie der Franzose sagt. Und wenn nun auch in Frankreich mehr Steuern auf eine Familie kommen, so kann diese sie leichter zahlen, als eine in Deutschland, weil die Kinderzahl kleiner ist als hier. „Dr. Sevin erklärt die Tatsache unserer niedrigen Besteuerung einmal mit der im großen und ganzen mustergültigen Sparsamkeit der deutschen Verwaltungen, namentlich unserer Heeresverwaltung, außerdem aber aus dem Vorhandensein bedeutenden Staatsvermögens."

Beide Einwände haben mehr Schall als Inhalt und sind leeren Fässern zu vergleichen, die sich dröhnend umwälzen. Bei der Schätzung der Sparsamkeit braucht man bloß an den Lärm zu denken und an den Eifer, den man vor einem Jahre erhob, um zu sparen, zu sparen, und an das geringe Resultat der sogen. Abstriche. Gewiß muß man sparsam sein, denn das ist eine gute Selbstzucht, aber sparsam sein bei notwendigen Ausgaben, wie die öffentlichen alle außer für die Rüstung sind, ist nicht gut, wenn erst die Zwecke der Ausgaben leiden, dann die Ausgaben doppelt und mehrfach gemacht werden müssen. „Lange hungern ist kein Brot sparen", heißt ein Sprichwort.

Und das Staatsvermögen? ja dabei ist eine Täuschung, weil der Staat z. B. bei Eisenbahnen den Gewinn wie ein großer Kapitalist einheimst. Diesem Kapitalisten stehen nicht wohlhabende Eigentümer gegenüber, sozusagen Produzenten, sondern nur eine Menge eigentumsloser Arbeitnehmer mit sogenanntem standesgemäßen, d. h. der verschiedenen Vorbildung und Leistungsfähigkeit entsprechendem Gehalte. Ob diese Verteilung

der Produktionsmittel besser ist, als die in Frankreich, dessen große Eisenbahnen nicht zum Staatsvermögen gehören, das habe ich hier nicht zu entscheiden, aber das will ich zu bedenken geben, daß z. B. in Preußen einerseits die Eisenbahnen die Beamtengehälter allgemein erwerben, andrerseits die konservative Mehrheit der Grundbesitzer durch die Eisenbahnen, z. B. durch hohe Tarife, die Industrie indirekt besteuert, daß also nach unserer heutigen Struktur des Staates die Eisenbahnen trotz des Namens im Dienste einer großen Gruppe von Produzenten stehen, also wie Privateigentum wirken. Was hier von den Eisenbahnen gesagt ist, das gilt auch von der Post, den Bergwerken, Domänen und Forsten.

Von allen diesen Produktionsmitteln urteile ich im ganzen, daß sie mehr einen Affektionswert, als einen sachlichen Wert besitzen, insofern sie dem Staatsbürger nur den Aerger über das Steuerzahlen ersparen, der Nation doch die Lasten nicht abnehmen; doch verkenne ich nicht, daß diese Mittel im Staatsbetriebe den großen Dienst für das ganze Volk leisten, daß sie die übermäßig ungleiche Vermögensbildung, hier Milliardäre! dort Lohnsklaven! hemmen.

Der Preußische Staat hätte das Bergregal nirgends, auch nur teilweise, aufgeben sollen.

„Deutschland hat von allen großen Kulturstaaten die geringsten Schulden, absolut mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, auf den Kopf sogar mit alleiniger Ausnahme der Vereinigten Staaten."

Ja — muß es denn überhaupt Schulden haben? Wer Schulden hat und darum Zinssklave ist, der hat nicht das, was zu haben er scheint, auch speist er, wie Goethe im 2. Teil des Faust sagt, vorgegessen Brot. Mit Schulden baut man Luftschlösser.

Doch weiter! Wenn Deutschland nahezu die wenigsten Schulden von den Großstaaten hat, so gebe ich zu bedenken, daß es der jüngste unter ihnen ist; er ist gerade 40 Jahre alt, hat also das Alter erreicht, in welchem der Schwabe klug werden soll. In der Tat hat das Reich angefangen, klug zu werden, denn es hat sich zu der Selbstzucht ermannt, das Schuldenmachen zu unterlassen, dagegen an das Schuldenbezahlen zu gehen. Wer seine Schulden bezahlt, der verbessert seine Güter.

Es kommt hinzu, daß Deutschland seit seinem Bestehen keinen Krieg verloren hat, ja, daß es 1870/71 durch einen gewonnenen Krieg entstanden ist. Man denke sich das beides ungünstig! Man wird dann zwar nur ein Bild des allerdings Möglichen oder Denkbaren, aber doch eine gute Illustration oder Beleuchtung des Wirklichen erhalten. In bezug auf Amerika ist ferner zu bemerken, daß die Kriegsschulden dieses Staates aus dem sogenannten Sezessions- oder Bürgerkriege stammen, aber nicht aus der dauernden Rüstung oder dem latenten Kriege, in dem wir leben. Man muß darum Amerika aus der Vergleichung ganz ausschalten, ebenso England, weil dieses ja seit 1746, seit der Schlacht bei Culloden, eigentlich nur Kolonial- oder Beutekriege geführt hat. Die Statistik der Herren Dr. Sevin und Litzmann hat den Trugschluß in sich, daß sie alle individuellen Unterschiede oder alle individuellen Eigenschaften wegläßt, so daß nur der inhaltsleere Oberbegriff Schulden übrig bleibt. Diese Methode ist eben ein Trugschluß oder Sophisma. Nach dieser Methode ist nach einem alten Scherze die Hebamme Müllern gleich dem ersten Napoleon, denn im leeren Oberbegriffe sind sie nicht einmal mehr unterschieden als Mann und Frau, sondern einfach Menschen.

Auf den besonderen Widerspruch gegen die Behauptung, daß die kulturellen Aufgaben vernachlässigt werden, möchte ich eigentlich nicht eingehen, weil ich durch meinen Beruf und Nahrungserwerb interessiert scheinen kann, doch möchte ich bemerken, daß diese Aufgaben wohl leiden, weil die Schulleistungen nicht hoch genug sind, da die Klassen der Schulen überfüllt sind. Ich will nur aus meinem letzten Amtsjahre ein Beispiel mitteilen, daß ein Oberlehrer 45 Quartaner in der Erdkunde wohl drillen, aber nicht unterrichten kann, ihnen mit dem Stoff das mechanische Gedächtnis füllen, aber nicht das judiziöse Gedächtnis stärken kann.

Preußen hat ungefähr 11 000 Direktoren, Professoren, Oberlehrer, Hilfsoberlehrer und Probanden, müßte aber um die Hälfte mindestens mehr haben, wenn die Zahl der Schüler in den einzelnen Klassen so beschränkt werden soll, daß an Stelle des mehr paukenden Unterrichts der entwickelnde treten kann. Auf dem Gebiete des Elementar-Unterrichts ist dieselbe Unterbilanz.

Wenn ferner Herr Litzmann besonders hervorhebt, daß 1907 59,40 v. H. für die innere Verwaltung (ausschl. Justiz- und Finanzverwaltung), dagegen nur 20,29 für den Landesschutz verwendet seien, so macht er wieder den Trugschluß mit dem leeren Oberbegriffe, denn er sagt nicht, daß das Heer, zumal in Preußen, schon seit 1861, schon lange in vollkommenem Zustande sich befindet, die anderen Aufgaben nur langsam nachgehinkt sind.

Nach dieser Entwicklung muß man auch den Satz beurteilen: Die Flugschrift Dr. Sevins schließt mit einer Tabelle, aus der die Steigerung der Ausgaben für die verschiedenen Zwecke in Reich und Bundesstaaten hervorgeht. In dieser Zeit haben sich die Aufwendungen für die innere Verwaltung, für Landwirtschaft, Handel und Gewerbe und für kulturelle Zwecke beinahe vervierfacht; für kulturelle Zwecke beinahe verfünffacht; für Heer und Flotte sind sie nur zweieinhalbmal so groß geworden, als sie vordem gewesen sind. Und das in einer Zeit, in der immer

mehr kulturelle Aufgaben vom Staat auf die Kommunalverbände übertragen wurden. (Dieser letzte Satz ist wohl nur ein lapsus stili?)

Nur zweieinhalbmal so groß —! Ja — hätte Herr L. nur die Zahlen dazugesetzt! Man kann bekanntlich eine kleine Zahl vervierfachen, ohne die Höhe einer großen zu erreichen, die man bloß $2\frac{1}{2}$ mal nimmt: $20.4 = 80$, aber $40.2\frac{1}{2} = 100$. Herr L. hat zwar gesagt, daß im Reichshaushalt in den Jahren 1881—1908 die Ausgaben für die innere Verwaltung (Etat des Reichsamts des Innern) um 1778 v. H. zugenommen haben, die für Heer und Flotte nur um 176 v. H., aber er sagt nicht, wie klein jene Summe und wie groß diese war. Wie klein sie gewesen ist, wird man ahnen können, wenn man fragt, wann das Reichsamt des Innern gegründet ist und mit welchem Umfang.

Im ganzen müßte die Statistik nicht bloß die zufälligen Lasten sondern das ganze Nationalvermögen der Kulturstaaten aufstellen. Ob das ausführbar ist, will ich nicht behaupten, daß es aber die Beurteilung dieser Fragen fördern wird, davon bin ich überzeugt. Zum Schluß spielt Herr L. eine alte Hauptkarte aus: „Es gehört in der Tat viel Unkenntnis oder (— da kommt's —!) viel böser Wille dazu, wenn behauptet wird (übrigens ein wunderbarer Satz!), daß in Deutschland die Militärlasten die Pflege anderer „produktiver und kultureller" Zwecke unmöglich machen. (Wer hat denn gesagt „unmöglich" ohne Einschränkung?). Aber vor allem ist es schon ein ganz (sic!) falscher Standpunkt, wenn man in Heer und Flotte nicht auch einen produktiven und kulturellen Zweck erblicken will." — (Auf das Wollen kommt es doch nicht an, sondern auf das Erkennen, denn das Wollen ist nicht frei von Interesse, wohl aber das Erkennen.) Auch einsichtige (sic!) Ausländer sind der Meinung, daß ohne die Erziehung unserer Nation durch die allgemeine Wehrpflicht der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands niemals zustande gekommen wäre. Würde diese allgemeine Wehrpflicht nun wirklich durchgeführt: das schöne Ergebnis würde für alle Zukunft gesichert sein."

Die „einsichtigen" Ausländer, auf die Herr L. lobend hinweist, sind wirklich gute Menschen, wahre Gemütsmenschen, nur ist schade, daß sie, soweit sie Engländer oder Amerikaner sind, die allgemeine Wehrpflicht nicht bei sich einführen! Ich kann doch auch über diese Dinge urteilen, doch bin ich wirklich nicht so „einsichtig", wie diese einsichtigen Ausländer. Aber lassen wir das, vergleichen wir dagegen Tatsachen. Ein deutscher Knabe geht vom 6. bis 14. Jahre zur Schule, geht dann vom 14. bis 20. in eine Fabrik, Werkstatt usw., ist vom 20.—22. Soldat. Wo, so frage ich, ist die größte Möglichkeit der Erziehung, in der Schule und in der Werkstatt, oder allein beim Militär? Allerdings sagt Herr L. nur, daß ohne die Erziehung unserer Nation durch die allgemeine Wehrpflicht der wirtschaftliche Aufschwung nicht zustande gekommen wäre, sagt aber leider nicht, wie wenig oder wieviel die allgemeine Wehrpflicht mitgeleistet hat. Will Herr L. etwa auf die Imponderabilien Pünktlichkeit als ein Resultat dieser Erziehung hinweisen oder Akkuratesse, so will ich das im ganzen nicht bestreiten, aber doch sehr beschränken, denn zu beiden Imponderabilien erzieht die Schule, die Eisenbahn, die Fabrik, ja die Maschine in der Landwirtschaft — überhaupt also die Technik. Man stelle sich nur vor, wie ein junger Mensch bei der Bedienung der Kippwagen auf einer Ziegelei, die von der Maschine an einer Kette herangezogen werden, pünktlich zugreifen muß, zumal er unpünktlich zu Schaden kommen kann. Wie einst unter Friedrich Wilhelm I. der Soldat mit dem Feuergewehr mehr und pünktlicher geübt werden mußte, als mit dem Spieß, so muß der Arbeitsmann auf dem Lande bei der Dreschmaschine pünktlicher sein, als ehemals mit dem Dreschflegel. Ich gebe also zu, daß die allgemeine Wehrpflicht Teil hat an dem wirtschaftlichen Aufschwunge, aber ich meine, daß dieser Teil nicht groß ist in Vergleichung zu den andern Elementen, ja vielleicht gar fehlt, wenn ich der Klagen eines Schneidermeisters mich erinnere, dessen Geselle, den er selbst als Lehrling ausgebildet hatte, meinen Ueberzieher mit so groben Stichen genäht hatte, wie er sie beim Militär auf der Kammer sich angewöhnt hatte, ich aber nicht mir gefallen lassen konnte.

In der Beurteilung dieser Dinge herrscht leider nicht der reine, interesselose, sondern der durch den Willen mit Interesse gefälschte Intellekt; hinzu kommt, daß die großen Herren vom Militär die öffentliche Meinung mehr bestimmen, als Gelehrte auf einiger Lebensbasis.

Professor Zorn und die Frage des Rüstungsstillstandes.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Man braucht heute kein Prophet mehr zu sein, um vorauszusehen, daß wir in absehbarer Zeit eine Vereinbarung zwischen Deutschland und England bezüglich der Rüstungsfragen erleben werden. Immer mehr drängt die Zeit, dieses Problem mit größerer Tiefe und Vorurteilslosigkeit zu behandeln. In einer solchen Epoche, wo eine große Menschheitsfrage die Geister bewegt, ist es dringend nötig, wenn das zur Diskussion stehende Problem eindringend geprüft wird. Nichts wäre heute nötiger als eine rein wissenschaftliche Untersuchung, wieweit die jetzige unaufhörliche Vermehrung der Heere aller Staaten aufzuhalten ist.

Dieses Problem ist einer rein wissenschaftlichen Behandlung wohl fähig. Wir haben in den letzten Jahren die Frage des Seebeuterechts, der Blockade und der Konterbande oft eingehend behandelt gesehen, und auch hier waren es in der Hauptsache eine Fülle nationalökonomischer, politischer und sonstiger sich vom strengen Boden des Rechts entfernender Momente, die zu prüfen waren. Und sonderbar: Die Wissenschaft des Völkerrechts hat es nie für unter ihrer Würde liegend gehalten, die Frage der Fortbildung des gesamten Prisenrechts eingehend zu untersuchen; aber an einer anderen Frage der Weiterentwicklung des Völkerrechts, nämlich der des Rüstungsstillstandes, geht sie mit einem skeptischen Lächeln vorbei. „Was künftige Zeiten bringen werden, wissen wir nicht. In der Welt aber, die unser Auge zu überblicken vermag, gibt es nach meiner Ueberzeugung für Deutschland in dieser Frage nur einen möglichen Standpunkt, den der unbedingten Ablehnung." (Zorn, Zeitschrift für Politik, II. S. 330.)

Fragen wir aber, worauf sich diese Ueberzeugung gründet, so erhalten wir zur Antwort: „Einmal sind Heer und Flotte für uns nicht lediglich unter dem Gesichtspunkte des Kriegswerkzeuges zu betrachten, sondern vielmehr in erster Linie die große Erziehungsanstalt des Volkes für geradezu alle Zweige des Lebens. In keinem Volke durchdringt, das dürfen wir ruhig und dankbar aussprechen, der militärische Geist der Ordnung, Pünktlichkeit und Genauigkeit so sehr das ganze Erwerbs- und Wirtschaftsleben, wie bei uns in Deutschland. Diese Zinsen aus unserem „Militarismus" stellen ein Kapital von ungezählten und unzählbaren Milliarden dar. Und zweitens: Unsere Wehrkraft ist die einzige Garantie unserer staatlichen Existenz, und gerade die letzten Zeiten haben es jedem Deutschen, der nicht politisch mit Blindheit geschlagen ist, klarmachen müssen, daß wir uns auf niemand in der Welt verlassen können, als auf uns selbst." (Zorn, a. a. O.)

Nicht viel eingehender ist die Betrachtung der Frage des Rüstungsstillstandes an anderen Stellen derjenigen Aufsätze Zorns, wo er auf jenes Problem hinweist. Nun ist es gewiß niemandem verwehrt, eine politische Ueberzeugung zu haben und sie an jeder Stelle auszusprechen. — Vor allem Zorn, der bei allen Meinungsverschiedenheiten im allgemeinen recht tolerant ist, wird das um so eher zugestanden werden müssen, als er jedesmal etwas Interessantes zu sagen hat —; aber ebenso berechtigt ist die Forderung, daß man in rein wissenschaftlichen Aufsätzen, und dabei handelt es sich ja bei den Zornschen Aufsätzen durchweg, ein Problem entweder wissenschaftlich behandeln soll, oder besser gar nicht. Trotz aller meiner Verehrung für Zorn, aus der ich namentlich in meiner schriftstellerischen Tätigkeit niemals ein Hehl gemacht habe, muß ich hier erklären, und zwar mit Deutlichkeit: Die Art, wie Zorn das Abrüstungsproblem behandelt, ist ungewöhnlich oberflächlich. Statt Beweisen bietet er uns einige wenige — sit venia verbo — Phrasen. Ich habe als Schüler Zorns von ihm gelernt, daß man bei jeder wissenschaftlichen Bearbeitung eines Themas vor allem auch die Gegengründe prüfen und daß man — will man etwas Wertvolles sagen — nie mit einem vorher gefaßten Urteile an eine Sache, die man noch gar nicht eifrig studiert hat, herantreten darf. Bei Zorn aber merke ich von einer tiefen und vorurteilslosen Behandlung des Themas rein gar nichts.

Ich selbst will mich hier nicht als einer aufspielen, der diese Frage ein wenig, oder auch nur halb so gut wie Zorn beherrschte. Ich habe noch niemals über die Rüstungsfrage geschrieben, die ich noch heute zum Gegenstande meines Privatstudiums mache, ohne bisher in allen Punkten darüber klar geworden zu sein. Aber gerade bei diesem Studium ist es mir um so unbegreiflicher erschienen, wie man sie in solcher Weise behandeln kann, wie Zorn das tut. Daß Zorn mit den zwei von ihm angeführten Gründen die Frage nicht löst und auch der Lösung nicht näher führt, wird nachgerade niemand bezweifeln. Was die große Erziehungsanstalt des Volkes betrifft, so bleibt uns Zorn sowohl den Beweis dafür schuldig, daß dieselben Vorteile, die Deutschlands Bürger durch die in dem Militarismus anerzogene Manneszucht erworben haben, nicht auch noch auf anderem Wege gewonnen werden könnten. Zudem dürfte Zorn von Leuten, die in der Welt viel umhergereist sind, wissen, daß gerade das, was er als eine Quelle von Millionen Gütern ansieht, das sogenannte Preußentum, uns in der Welt ungeheuer schadet. Der Deutsche ist in der Welt nicht beliebt, was niemand mehr bedauert, als der, der seinem Vaterlande nicht gleichgültig gegenübersteht. Das aber rührt nicht zum wenigsten von dem Bureaukratismus, jenem Preußentum, her, wofür Zorn die Worte „Ordnung", „Pünktlichkeit" und „Genauigkeit" hat. Also gerade das Gegenteil von dem, was Zorn sagt, scheint richtig zu sein, daß nämlich der Militarismus auch durch seine indirekten Wirkungen auf den Sinn der Bewohner Deutschland viele Millionen entzieht. Denn unbeliebte Leute machen natürlich überall weniger glänzende Geschäfte.

Geht es denn aber wirklich an, durch ein paar solcher Sätze einen Pfeiler für die Zornschen Behauptungen aufzurichten? Muß man nicht zum mindesten, selbst wenn das von Zorn Gesagte an und für sich richtig wäre, tiefer graben und die Verhältnisse der anderen Länder zum Vergleiche heranziehen? Arbeiten denn in Amerika, England usw. die Leute wirklich weniger genau? Bringt Zorn eine Statistik dafür, daß die nicht militärpflichtigen Personen im späteren Leben weniger pünkt-

lich arbeiten als die gewesenen Soldaten? Ist nicht zu erwägen, daß geistvolle Männer behauptet haben, die charakteristischen Eigenschaften wären bei jedem Menschen von Natur aus vorhanden, sie könnten wohl weiterentwickelt, aber nicht von Grund aus geändert werden? Wird man nicht sagen müssen, daß jeder Mann, der etwas Streben in sich fühlt, seine ganze Kraft seinem Berufe, seinem Ziele oder seiner Idee widmen wird, auch ohne daß er in dem Institute des Militarismus gewesen ist? Kann Zorn bei seinen Erwägungen die Tatsache verschweigen, daß der Prozentsatz an Geschlechtskranken in allen und auch der deutschen Armee ein ungewöhnlich hoher ist? Hat er einen Funken Beweis dafür, daß die Kriminalität bei den gewesenen Soldaten geringer ist als bei den anderen? Hat er eine Statistik dafür, wie unzufrieden die meisten Soldaten mit ihrem Schicksale sind? Man sollte doch einmal eine Rundfrage abhalten, wieviel mit Freuden dienen, und welche ungern, ich glaube, es würde sich herausstellen, daß die allgemeine Wehrpflicht das Volk nicht so freudig durchdringt, wie Zorn annimmt.

Ebenso nichtssagend ist Zorns zweites Argument. Wir können uns, so sagt er, auf niemand anders verlassen, als auf uns selbst. Mit diesem Argumente könnte man genau so gut die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ablehnen, für die Zorn kürzlich in seiner Rektoratsrede so warm eingetreten ist. Muß denn wirklich die Frage des Rüstungsstillstandes so gelöst werden, daß wir uns dann nicht mehr auf uns allein verlassen? Wenn andere Völker ebenfalls ihre Rüstungen nicht vergrößern, so gibt jeder etwas nach, und das Verhältnis der Völker zueinander ist noch genau dasselbe wie vorher.

Als die erste Haager Friedenskonferenz von der Presse nicht verstanden wurde, da war es vor allem Zorn, der diese Leute einer bedauernswerten Verständnislosigkeit bezichtigte. Nun aber, da die Rüstungsstillstandsfrage eine eingehende wissenschaftliche Untersuchung erfordert, muß Zorn ebenfalls erkennen, daß man, um einer Sache gerecht zu werden, sie von Grund aus bearbeiten muß, und sie nicht mit einigen flüchtig hingeworfenen Gedankensplittern abtun darf. Wenn Zorn als Beweismittel für seine Behauptungen den tüchtigen Obersten v. Schwarzhoff anführt und seine Rede eine historische nennt, so meine ich: Zorn als Mann der Wissenschaft sollte sich nicht auf einen Mann berufen, der von all den großen Problemen, die mit der Abrüstungsfrage zusammenhängen, nichts, aber auch geradezu nichts verstanden hat, der mit größter Energie Dinge behauptete, die in jedem alldeutschen Blatte fast täglich irgendein verabschiedeter Offizier den Lesern als neueste Weisheit auftischt. Die Wissenschaft des Völkerrechts sollte zu stolz sein, um diese abgenutzten Redensarten immer und immer wieder zu wiederholen. Wir haben jetzt genug Ueberzeugungen, Hurrahreden und begeisterte Phrasen gehört, wir wollen jetzt endlich einmal Taten sehen. Es geht nicht länger so weiter, daß von angesehenen Männern der Wissenschaft ein großes und heiliges Problem in dieser Weise abgetan wird. Wir wollen tiefgehende Untersuchungen, die, wenn sie sich auch scharf gegen die Frage des Rüstungsstillstandes aussprechen, doch mit heiligem Bewußtsein der Verantwortung vor der Geschichte geschrieben sind, aus deren Lektüre man fühlt, daß es sich nicht lediglich um eine Abhandlung über einen juristisch umstrittenen Begriff handelt, sondern um eine Frage, die in höchstem Maße den Wohlstand und die Zukunft der Völker angeht, eine Frage, der gegenüber alle die kriegsrechtlichen Streitfragen als geringfügig erscheinen.

„Armselig wäre die Jurisprudenz, die auf die Aufgabe der Vorarbeit für die Gesetzgebung Verzicht leisten wollte", so hat einmal Zitelmann auf S. 7 seines „Internationalen Privatrechts" gesagt. Aber noch bedeutungsloser ist die Wissenschaft, die nicht nur auf die Weiterbildung des Völkerrechts in einer bestimmten Frage Verzicht leistet, sondern sogar alle Bemühungen macht, um die Arbeit der gesetzgebenden Organe zu verhindern, die, ohne ausreichende Gründe dafür anzuführen, ein Problem a limine abtut.

Zu Zorns 60. Geburtstage hat Laband am 1. Januar 1910 in der Deutschen Juristen-Zeitung darauf hingewiesen, daß Zorn sich in der I. Kommission der Haager Friedenskonferenz vom Jahre 1899 große Verdienste erworben und namentlich bei der Behandlung der Abrüstungsfrage einen Konflikt zu verhüten verstanden habe. Diese kleine Verwechslung der Abrüstungsfrage mit der Schiedsgerichtsbarkeit soll uns als ein gutes Vorzeichen dienen. Möge Zorn wirklich auf einer der nächsten Haager Konferenzen bei der Beratung der Abrüstungsfrage in ähnlicher Weise zugunsten des Fortschritts tätig sein, wie 1899 bei der Errichtung des ständigen Schiedshofes! Möge er diesen Weg finden und unbeirrt weiter gehen!

Der Kriegsschatz im Juliusturm.

Von Kommerzienrat Georg Arnhold in Dresden.

Das „Neue Wiener Journal" hat in seiner Osternummer das Ergebnis einer Umfrage über die Zweckmäßigkeit des „Kriegsschatzes" im Spandauer Juliusturm veröffentlicht. Unter den eingegangenen Antworten befindet sich auch eine des Kommerzienrats Georg Arnhold in Dresden, die den pazifistischen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellt und deshalb hier wörtlich wiedergegeben werden soll. Sie lautet:

Dresden-A., 30. März 1911.

Im Verfolg Ihres geschätzten Schreibens erwidere ich Ihnen höflichst, daß ich nach wie vor den betreffenden Reservefonds im Staatsinteresse für geboten erachte. Ich weiß sehr wohl, daß der Betrag heute mehr denn früher im Bedarfsfalle als ein Tropfen auf einen heißen Stein anzusehen ist. Nur insofern nämlich, daß der Wert des Geldes seit 1871 ein wesentlich anderer geworden ist, läßt sich meines Erachtens von einer Veränderung der finanziellen Lage sprechen, die Sie in Ihrer Frage so betonen, daß Sie sie gleichsam zur Grundlage Ihrer ganzen Expertise machen. Besser aber, im gefahrvollen Augenblick schwach gerüstet zu sein, als gar nicht. Das gilt wie in jeder anderen Beziehung auch in monitärer. Zudem folgt aus der gedachten Verschiebung des Geldwertes doch auch, daß die Zinsen der 120 000 000 M. heute ebenfalls weniger relevant sind als zu der Zeit, wo man den Schatz dem Juliusturm anvertraute.

Ihre Frage bringt mich aber dazu, einen anderen Punkt, der für die Forterhaltung des betreffenden Kriegsschatzes in hohem Maße bedeutungsvoll ist, wenigstens zu streifen, nämlich den Stand des Verhältnisses der Staaten zu einander. Diesbezüglich kann wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Dinge in den letzten vierzig Jahren gewaltig geändert haben, die Welt ist sich wesentlich nähergerückt. Fast unbemerkt von uns Lebenden hat sich eine auf Verträge gestützte intime Annäherung der Völker vollzogen. Nicht weniger denn 194 Schiedsgerichtsverträge waren nach einer mir vorliegenden Aufstellung Ende 1909 bereits unter den verschiedenen Nationen in Kraft. Die Zahl derselben ist seitdem noch gestiegen, und der bedeutendsten einer solcher Verträge, der dem Vernehmen nach alle etwa auftauchenden Differenzen zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika auf dem Rechtswege zu schlichten berufen sein soll, ist im Werden. Andere ähnliche zwischen großen Nationen dürften folgen. So rückt die Zeit heran, wo in der Tat der Verschluß der 120 000 000 M. aus ganz anderen Ursachen als aus einer angeblichen „Veränderung der finanziellen Lage" sich hoffentlich erübrigt; denn sobald wir in die Aera des geltenden Rechts zwischen den Völkern statt der jetzt noch geltenden Gewalt eingetreten sind — ein Zustand, wie er zwischen den einzelnen Individuen einstmals auch erst geschaffen werden mußte —, halte ich natürlich die Fesselung der 120 000 000 M. im Juliusturm nicht mehr für nötig. Daß dieselbe an sich wirtschaftlich von jenem Standpunkt aus höchst bedauerlich ist, bedarf nicht erst der Erwähnung.

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Wien, Anfang Mai.

Eine reiche Ernte in diesen letzten Wochen, sowohl für die Friedensseher wie für die Kriegswitterer! An der Peripherie der zivilisierten Welt, unter wilden Bergvölkern, fanatischen Orientalen, rauflustigen Mexikanern wird rebelliert, geschossen, geraubt. Vor einigen Jahrzehnten, ehe der pazifistische Geist erwacht war, ehe die pazifistischen Notwendigkeiten sich fühlbar machten, hätte der zehnte Teil dieser aufsteigenden Flämmchen genügt, um den erwarteten Weltbrand zu entzünden. Gelegenheit wäre geboten gewesen, Gebiete „einzustecken", Stämme „niederzuwerfen", Kolonialreiche zu „erobern" und dabei den eigenen Haß-, Neid- und Kriegslustgefühlen Luft zu machen. Daneben hätte es nirgends Friedens-Aktionen und Demonstrationen gegeben, wie jetzt, sondern nur allgemeines Bereithalten zum Losschlagen. So schlimm ist es nun nicht mehr — es ist aber noch immer schlimm genug. Die französische Expedition nach Marokko (wie eindringlich und vergeblich hatte doch Jean Jaures gegen das Abenteuer gewarnt!) kann einen furchtbaren Kolonialkrieg nach sich ziehen, da nun die afrikanischen Stämme fanatisiert sind. Und was noch bedenklicher ist, die europäischen Kriegsanhänger sehen in einer möglichen Festsetzung der Franzosen auf marokkanischem Gebiet einen willkommenen Anlaß zu einem deutsch-französischen Konflikt. Man darf nicht dulden, sagen mit ernstverbissener Miene die Alldeutschen, daß die französische Streitmacht sich durch schwarze, wilde Soldaten vermehre und dadurch zum Revanchekrieg Kräfte sammelt. Oder man sagt auch — diesmal nicht ernstverbissen, sondern in rechtschaffenheitsdurchdrungenem Ton: Verträge dürfen nicht gebrochen werden (außer wenn dies ein verbündeter Freund tut — oder wenn sie als „Zunder" zu betrachten sind). Bis jetzt übrigens hat Frankreich keinen Vertragsparagraphen gebrochen — die Angelegenheit wird möglicherweise wieder in einer Konferenz geschlichtet werden. Das Verantwortungsgefühl der Regierenden und der Widerwillen gegen den Krieg in den Massen sind schon zu sehr eingewachsen, als daß die Kriegsparteien so leicht die Oberhand gewännen.

☞

Und nun zu den Siegesnachrichten aus den Pazifistentagen. — Nein, verweilen wir noch ein wenig bei dem, was das Zeitungspublikum in Atem hält. Die Friedensbulletins nehmen nur einen kleinen Raum ein, werden übersehen, oder mit einer kleinen Mißtrauenskritik abgetan. Die zwei mächtigsten Staaten der Erde, die auf nahezu einem Drittel des Planeten ausgebreitet sind, wollen unter sich (und gegen niemand) das kommende kriegslose Reich einsetzen: das ist doch nicht interessant; da gehen ganz andere Dinge in entlegenen Ortschaften

vor, von denen man früher nie etwas gehört, aber in deren eigener Sprache man jetzt schon zu schreiben und zu lesen gelernt hat: die Bewohner der Schauja sollen zu einer Harka zusammengezogen werden, um sich der Mahalla anzuschließen. Oder die erschütternde Depesche: der Vali von Skutari meldet, daß Melissoren die Kula von Diliale zerstört haben. Oder noch wichtiger: In Djakova wurde der Steuereinnehmer fortgejagt. Wir erfahren aber auch durch das Depeschenbureau die strategische Meldung: „In der Linie Schipzanik-Kastrati ist die Lage unverändert." Der naive Zeitungsleser glaubt immer noch, daß er durch Aufnahme solcher Nachrichten seinen historischen Horizont erweitert, ein Glaube, der noch aus dem Schulunterricht stammt, der den Anschein weckt, als rücke die Kulturentwicklung nur an jenen Stellen vorwärts, wo sich die Harkas den Mahallas anschließen, wo Steuereinnehmer verjagt, wo geraubt und getötet wird. In der Guildhall hingegen, im Haag und auf dem Baltimorer Friedenskongreß — den das Staatsoberhaupt eröffnet —, da wird ja nur geschwätzt. Wer wird da hinhorchen?

☞

Also es ist Wahrheit geworden. Wir erleben es. Das Endziel des Pazifismus: Recht statt Gewalt — Ausschaltung des Krieges als gesetzliche Methode zur Austragung von Streit-Ideen, die von den praktischen Politikern den verantwortungslosen Träumern überlassen wurden, werden jetzt als Programmpunkt einer von Trägern der Macht eingeleiteten Aktion verkündet. Der einschränkungslose Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien ist in beiden Ländern so energisch auf den Schild erhoben worden, daß dessen Abschluß kaum mehr bezweifelt werden kann. Und selbst, wenn es einer Gegenpartei gelingen sollte, ihn zu vereiteln, schon seine Aufnahme ist Ereignis und sichert seinen endlichen Sieg. Die Demonstration in Guildhall, über die an anderer Stelle genau berichtet wird, läßt sich als historisch-politisches Ereignis gar nicht hoch genug schätzen. Daß beide Parteien — die Regierung und die Opposition — durch die Stimmen Asquiths und Balfours für den Vertrag eingetreten sind (und mit welchem Enthusiasmus!), das ist das Großartigste dabei. Hätten nur die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung gesprochen, wie leicht hätten die Gegner dahinter wieder ein Parteimanöver vermutet; wie leicht hätten sie wieder sagen können: „Ja, wartet nur, bis die anderen ans Ruder kommen."

☞

Wer die Tragweite der Taft-Greyschen Aktion und des von ihr geweckten Echos erfaßt, der muß fühlen, daß eine neue Epoche — nicht nur im Anzuge — sondern tatsächlich schon eingetreten ist. Daß nicht bereits in den ersten Stunden die ganze Welt die Signatur dieser Epoche tragen kann, ist selbstverständlich. Es wird noch viel Widerstand geleistet werden. Nicht nur in den übrigen Ländern, auch in den beiden englisch sprechenden Ländern selber, wo die Staatsoberhäupter und die Regierungsleiter — selbst die Leiter der Opposition — sich laut zum pazifistischen Willen bekennen, auch in England und Amerika trachten die imperialistisch und jingoistisch Gesinnten das begonnene Werk zu verkleinern, zu verdächtigen, zu hintertreiben. Die gelbe „Morningpost" z. B. protestierte gegen die angekündigte Versammlung in Guildhall. „Jeder, der sich daran beteiligt, unterstützt die amerikanische Verschwörung gegen England." — Präsident Taft selbst habe Einschränkungen für den sogenannten einschränkungslosen Vertrag gefordert, und zur selben Zeit, wo er das Schiedsgericht anbot, tat er alles, um das britische Reich zu zertrümmern, da er mit Kanada auf der Basis des Freihandels verkehren wolle, was die unmittelbare Auflösung des britischen Reiches zur Folge hatte. Das ganze Anerbieten eines uneingeschränkten Schiedsvertrags war nichts als ein Blender." — Ob wohl den Journalist, der das geschrieben, sich auch gegenwärtig beim Pressekongreß in Rom als „Apostel der Zivilisation und Werkzeug der sittlichen Vervollkommnung" feiern läßt?

☞

In China wütet Hungersnot. Der Jammer ist nicht auszudenken. Wann wird unsere menschliche Gesellschaft so organisiert sein, daß überall da, wo solche Katastrophen sich einstellen, die Hilfsarmeen hineilen und Rettung bringen? Auch das ist keine Utopie. Der Reichtum der Erde ist so groß und kann durch die neuen Errungenschaften der Wissenschaft und der Technik noch so unabsehbar gemacht werden, daß es nirgends mehr unentrinnbaren Mangel wird geben müssen.

☞

Unterdessen sinnen unsere geschulten militärischen Köpfe auf anderes. Kapitän zur See a. D. Persius schreibt in der Hartungschen Zeitung: Der moderne Seekrieg wird sich hauptsächlich als ein Kampf der Nerven gegen Nerven darstellen. Deshalb verdient das Unterseeboot besondere Beachtung als Kriegsinstrument. Die Nerven des Feindes müssen durch geheimnisvolle Unterseebootsangriffe zermürbt und bis zu ihrem Zusammenbruch belastet werden. Wer sich da als der Stärkere zeigt, dem wird der Sieg beschieden sein." — Wie denn, wenn beide „Feinde" zermürbt werden?

☞

Die fatale Friedensduselei dringt jetzt doch schon in alle bisher verschlossenen Kreise hin. Es gibt gar keine große öffentliche Veranstaltung mehr, wo sie sich nicht breit machte, sogar da, wo militärische Würdenträger gefeiert werden. Zu Ehren der französischen Militärmission fand am 24. April im Quirinal ein Galadiner statt. Außer dem Königspaare nahmen der Kriegs- und Marineminister und mehrere Generäle daran teil. Das wäre doch die schönste

Gelegenheit zu dem traditionellen Säbelgerassel zu den „Schulter an Schulter", „glorreiche Vergangenheit", „zukünftige Siegesaufgaben" u. dergleichen -Phrasen gewesen. Aber Victor Emanuel III. sprach: „Die Freundschaft zwischen Frankreich und Italien ruht auf fester Grundlage und trägt sehr viel zur Erhaltung des Friedens bei, der das gemeinsame Ziel der Regierungen und das höchste Gut der Völker sei." Darauf mußte der fremde General danken und gleichfalls „die Einigkeit der Völker" feiern. Nun wurde die Marseillaise intoniert: Allons enfants de la patrie — möge das unreine Blut der Feinde unsere Furchen tränken!" — Wie lange noch, wie lange noch, bis Worte, Taten und — Gesänge in Einklang gebracht werden?

☞

In der Champagne hat der sogenannte „soziale Krieg" gewütet. Die Winzer, die für sich allein die Benützung ihres Weingebietes sichern wollten, haben mit eigenen Händen das Gebiet ruiniert. Die Reserve von Millionen Flaschen, mit der man einem Mißjahr hätte trotzen können, wurde verschüttet und die Fabrikanten und Händler, geplündert, gebrandschatzt, mißhandelt, mußten das Land verlassen, die Weinstöcke sind verbrannt und ausgerissen und werden jetzt jenen keinen Verdienst mehr geben können, und die Winzer, die den Wettbewerb aus anderen Provinzen nicht dulden wollten, werden nun erst recht dem Elend ausgesetzt sein. Als ob Zerstörung etwas anderes bringen könnte als Verarmung! Die „Sabotage" ist eine entsetzliche Verirrung der sozialen Bewegung. Frederic Passy, der mir über diese bedrohliche Wendung schreibt, schließt seinen Brief mit dem Ausruf: „Ach, ist denn unsere Erdkugel etwa das Irrenhaus des Weltalls?"

☞

Ich möchte mit einem hoffnungsvolleren Briefzitat schließen. Andrew Carnegie schreibt mir aus New York unterm 26. April: „. . . Wir sind am Vorabend der größten friedlichen Revolution, die man jemals gesehen. Es ist wie ein Wunder. . ."

Pazifistische Chronik.

April-Mai. Die holländische Regierung verzichtet darauf, die Vorlage für die Befestigung Vlissingens vor das Parlament zu bringen. — In Cairo wird eine Friedensgesellschaft begründet.

8. April. Sitzung des Interparlamentarischen Rats zu Brüssel. Festsetzung des Programms der nächsten Interparlamentarischen Konferenz in Rom. Abg. Eickhoff gibt eine Erklärung ab, wonach die Rede des deutschen Reichskanzlers nicht so aufzufassen wäre, als ob die Reichsregierung eine fremde Initiative zugunsten des Rüstungsstillstandes nicht günstig aufnehmen würde.

9. April. Grosses Friedensbankett in New York zur Förderung des vorbehaltlosen Schiedsvertrags zwischen England und Amerika. 200 Vertreter des Handels, der Finanzwelt, der Kirche anwesend. Hauptredner Andrew Carnegie.

10. April. 50 deutsche Schüler und Schülerinnen, die Preisgekrönten des Journal d'Allemagne, besuchen Paris.

13. April. In Berlin wird der „Internationale Klub" begründet, der nach amerikanischem Muster die Verständigung zwischen den Kulturnationen fördern soll.

14. April. Zu Stockholm wird ein ständiger Schiedsvertrag zwischen Schweden und Italien unterzeichnet.

17. April. Parteitag der Independent Labour Party. Präsident Anderson tritt für einen vorbehaltlosen deutsch-englischen Schiedsvertrag ein.

19. April. Im englischen Unterhaus interpelliert der Liberale Money den Premierminister, ob er im Hinblick auf die Aeusserung des Abg. Eickhoff in der Sitzung des Interparlamentarischen Rates vom 8. April, den Zeitpunkt für geeignet hielte, der Reichsregierung einen Vorschlag zur Abrüstung zu unterbreiten.

28. April. Grosse Guildhall-Versammlung in London unter Vorsitz des Lord-Mayors, zur Unterstützung des anglo-amerikanischen Schiedsvertrags. Hauptredner Asquith, Balfour und der Bischof von Hereford. Asquith sagte u. a.: „Die beiden grossen englisch sprechenden Staaten seien dahin gelangt, einen Krieg gegeneinander als ein unfassbares Verbrechen anzusehen."

28. April. Grosse Versammlung des anglo-deutschen Freundschafts-Comités in London, unter Vorsitz des Lordkanzlers Lord Loreburn. Vortrag des Professor Sieper aus München.

1. Mai. Auf einem Bankett des „Union League Club" in New York, dem der deutsche Botschafter Graf Bernstorff beiwohnt, spricht Präsident Lawrence über die ausgezeichneten deutsch-amerikanischen Beziehungen und Präsident Butler über Deutschlands Anteil an der Förderung des internationalen Friedens.

3. Mai. In Baltimore wird der 3. amerikanische Nationalfriedenskongress eröffnet. Präsident Taft hält die Eröffnungsrede.

Aus der Zeit.

Völkerrecht.

Zur Geheimgeschichte der II. Haager Konferenz. :: ::

Marquis de Soveral, der bekannte portugiesische Diplomat, der, wie erinnerlich, auf der II. Haager Konferenz eine große Rolle spielte, hat sich in einer Unterredung mit Stead über einige Vorkommnisse auf jener Konferenz geäußert, die des Interesses nicht entbehren. Der Marquis erzählte:

„In den frühen Tagen der Haager Konferenz war England entschieden gegen die Verpflichtung, sich dem Schiedsgericht zu unterwerfen, und Deutschland war nicht minder ent-

schieden dafür. Ich wunderte mich und war ganz in Verzweiflung. Ich habe so lange in England gelebt, daß ich gelernt habe, es als mein zweites Vaterland zu betrachten, und ich begriff, woran niemand in London zu denken schien, die schlimmen Folgen, die eintreten würden, falls man Deutschland die Führung der Welt in der Sache des Friedens England entreißen ließe. Es schien mir, es müsse etwas geschehen, und zwar sogleich, um die Dinge wieder ins Geleise zu bringen. Es gab nur einen Mann, der die Lage zu retten vermochte, und dieser Mann war König Eduard. So beschloß ich denn, eilig nach London zu reisen und den König zu sprechen. Der König empfing mich sofort. In einigen kurzen Sätzen legte ich ihm den Sachverhalt dar. Er erkannte alsbald den Ernst der Lage und erklärte: „Die Weisungen unserer Vertreter müssen geändert werden." Er gab mir kurze, aber praktische Anordnungen, nach denen ich mit Freuden mein Handeln einrichtete.

Ich kann natürlich hier nicht in Einzelheiten eingehen. Es genügt indes, zu bemerken, daß die Weisungen tatsächlich geändert und die britischen Vertreter, sehr zum Verdruß einzelner von ihnen, angewiesen wurden, das zu unterstützen, was sie bisher bekämpft hatten. Ich trat bereitwillig die Verfechtung des portugiesischen Vorschlages an Sir Edward Fry ab. Englands Ehre war gerettet. England und Amerika waren wieder in Harmonie, und die Führerschaft in der Sache der Schiedsvertragspflicht war nur durch das staatsmännische Eingreifen des Königs Eduard der Englisch sprechenden Welt wieder gesichert. Deutschland begegnete diesem Frontwechsel mit einer ebenso überraschenden Wendung. Innerhalb einer Woche nach Frhrn. v. Marschalls Kundgebung zugunsten der Schiedsvertragspflicht erklärte mein Kollege Herr v. Kriege bei der ersten Versammlung des zur Erwägung des portugiesischen Vorschlages bestellten Ausschusses kategorisch, die deutsche Vertretung könne keinem Plane ihre Unterstützung leihen, der dahin ziele, allgemeine Schiedsvertragspflicht für alle Fragen rechtlicher Art oder solche, die sich auf die Deutung von Verträgen bezögen, festzusetzen. Und bei dieser Haltung beharrten die deutschen Vertreter bis zum Ende."

Auf die Frage, ob er glaube, daß Deutschland auch in Zukunft immer auf diesem Standpunkt bleiben werde, erwiderte der Marquis de Soveral: „Wer weiß? Wer einmal einen Frontwechsel macht, kann auch wieder einen machen. Und man muß dem Frhrn. v. Marschall die Gerechtigkeit widerfahren lassen, zu erwähnen, daß, obschon er unerschütterlich gegen einen Weltvertrag war, aus dem Grunde, weil man zwischen Staaten in verschiedenen Entwicklungsstadien unterscheiden müsse, er auch stets behauptete, Deutschland sei bereit, besondere Verträge mit Schiedsvertragspflicht mit solchen Mächten abzuschließen, die es als mit ihm auf gleicher Höhe in den Gegenständen, die sie für solche Behandlung reif erachteten, anerkenne. Unter solchen Umständen, meint Herr Stead, wäre es wohl verfehlt, die Haltung irgendeiner Macht als unveränderlich zu betrachten. Deutschland werde am Ende doch noch die Führung auf dem Gebiete der beschränkten, aber festen Schiedsvertragspflicht übernehmen, ebensogut wie jedes System selbsttätiger Schiedsvertragspflicht an der Eifersucht des amerikanischen Senats scheitern könne."

Das obligatorische Kompromiß des Artikels 53 des Haager Friedensabkommens.*)

Sind sich zwei Staaten darüber einig, daß ein konkreter Streitfall unter die in dem allgemeinen Schiedsvertrage vorgesehenen Fälle der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit gehört, können sie sich aber über die Feststellung des Schiedsvertrages nicht einigen, so findet Artikel 53 des Friedensrechtsabkommens Anwendung. Dann können sie beide, wie es der Absatz 1 des Artikels 53 vorsieht, die Feststellung des Schiedsvertrages dem ständigen Schiedshofe übergeben oder auch einem besonderen Gerichtshofe. Jedoch entspricht es dem Geiste des Abkommens, daß die Staaten möglichst den ständigen Schiedshof mit dieser Aufgabe betrauen. Was aber soll geschehen, wenn eine Partei diese Feststellung durch den ständigen Schiedshof nicht will? Hier versagte bisher das Völkerrecht, und es war schwierig, einen Ausweg hieraus zu finden. Jetzt ist auf Antrag nur einer Partei der ständige Schiedshof zuständig — die Zuständigkeit eines besonderen Schiedsgerichts wird man hier verneinen müssen —, wenn der allgemeine Schiedsvertrag für jeden einzelnen Fall einen Schiedsvertrag vorgesehen hat. Doch muß vorher eine diplomatische Verständigung versucht worden sein. Ein Staat kann nicht ohne weiteres bei einer Meinungsverschiedenheit auf Grund des allgemeinen Schiedsabkommens die Feststellung der strittigen Punkte verlangen. Voraussetzung für die Ueberweisung der Feststellung des Schiedsvertrages an den Schiedshof auf Antrag einer Partei ist ferner: 1. daß der allgemeine Schiedsvertrag nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen oder erneuert worden ist, und 2. daß der allgemeine Schiedsvertrag die einseitige Feststellung des Schiedsvertrages der Zuständigkeit des Schiedshofes weder ausdrücklich noch stillschweigend entzieht.

Der letzte Satz des Absatz 1 Nr. 1 dieses Artikels „Doch ist, wenn die Gegenpartei erklärt, daß nach ihrer Auffassung der Streitfall nicht zu den der obligatorischen Schiedssprechung unterliegenden Streitfällen gehört, die Anrufung des Schiedshofs nicht zulässig,

*) Diese Ausführungen sind ein verkürzter Abdruck aus einem demnächst erscheinenden „Kommentar zu dem Haager Abkommen betreffend die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten" von Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

es sei denn, daß das Schiedsabkommen dem Schiedsgerichte die Befugnis zur Entscheidung dieser Vorfrage überträgt", ist vollkommen überflüssig, weil selbstverständlich. Denn jedesmal vor dem Antrage der einen Partei auf Feststellung des Kompromisses durch den ständigen Schiedshof müssen diplomatische Verhandlungen über die Feststellung des Schiedsvertrages stattgefunden haben. Diese Verhandlungen können aber niemals stattfinden, wenn der eine Staat schon während des Streites, dessen einzelne Punkte in dem Kompromisse festgesetzt werden sollen, erklärt, er erkenne hier die Zuständigkeit des Schiedsgerichts nicht an, der Streit falle nicht unter den allgemeinen Schiedsvertrag. Voraussetzung des ganzen Artikels ist doch, daß die Parteien einig sind, daß der allgemeine Schiedsvertrag Anwendung finden soll. Es ist daher direkt unlogisch, nunmehr in diesem Artikel nochmals auf den Zustand vor jener Einigung zurückzugreifen und die ganz selbstverständliche Bemerkung hinzuzufügen, daß, wenn die eine Partei erklärt hat, die Frage gehöre nicht auf Grund des allgemeinen Schiedsvertrages vor ein Schiedsgericht, nunmehr ein obligatorisches Kompromiß nicht festgesetzt werden solle. 1907 bemerkte Lammasch gegenüber den Bedenken d'Oliveiras (Prot., II, S. 750): „es könne infolge des Zwangskompromisses ein Streit vor ein Schiedsgericht kommen, der die Ehre oder die Lebensinteressen berühre", sehr treffend, die Staaten müßten den Mut haben, ihre Meinung geradeheraus zu sagen, wenn sie die Schiedssprechung ablehnen wollten, und dürften ihre wahre Ansicht nicht durch Herumdrücken um das Kompromiß verschleiern.

Hat sich ein Staat einmal über die Verhandlungen betreffs Feststellung des Kompromisses eingelassen, dann hat er unter allen Umständen zugegeben, daß der Streitfall zu den der obligatorischen Schiedssprechung unterliegenden Fällen gehört; dann kann er nur vermittels eines Rechtsbruches — den man gewiß in einem Friedensrechtsabkommen außer Betracht lassen soll — jene Erklärung nachträglich abgeben. Hat er die Erklärung aber schon früher abgegeben, dann kann es unmöglich zu diplomatischen Verhandlungen über die Verständigung gekommen sein, und der Artikel kann sowieso keine Anwendung finden. Uebrigens rührte jener Schlußsatz von dem ursprünglichen deutschen Antrage her, der von den diplomatischen Verhandlungen zunächst gar nicht gesprochen hatte. In dem Rahmen dieses Antrages war also jener Satz vollkommen berechtigt gewesen.

Liegt ein offenbarer Rechtsbruch vor, will sich also der Staat ganz offenkundig an dem Kompromis vorbeidrücken, dann versagt das Völkerrecht. Für diesen Fall kann der Artikel keine Anwendung finden, wie denn überhaupt das gesamte Friedensabkommen als Voraussetzung hat, daß die Staaten den guten Willen haben, ihren Streit friedlich zu erledigen. Erklärt ein Staat, nachdem eine Verständigung über den Kompromiß auf diplomatischem Wege vergeblich versucht worden ist, er wolle nun überhaupt den Streit dem schiedsrichterlichen Wege nicht anvertrauen, obwohl er sich im allgemeinen Schiedsvertrage dazu verpflichtet hat, so versagt das Völkerrecht. Nur für den Fall, daß die Staaten nicht zu einer Einigung über den Kompromiß gelangen können, aber doch den guten Willen haben, gilt der Artikel.

Daß die Festsetzung eines Kompromisses gemäß diesem Artikel gegen den Willen einer Partei überhaupt nicht möglich ist, ergibt sich aus dem Artikel 54. Darnach müssen nämlich beide Parteien bei der Wahl des das obligatorische Kompromiß festsetzenden Tribunals mitwirken. Wenn sich also ein Staat vermittels Rechtsbruchs seiner Verpflichtung entziehen will, so kann er nimmermehr „wider seinen Willen" (Zorn, Zeitschrift für Politik, II, S. 366) zum Abschlusse des Kompromisses gezwungen werden. Betrachtet man daher von dieser Seite den Artikel 53 Nr. 1, so vermag ich keine Gefahr in ihm zu erkennen; ich erblicke vielmehr in ihm mit Nippold (Die zweite Haager Konferenz, S. 134, und v. Stengel, Weltstaat und Friedensproblem, S. 70) eine wertvolle Bereicherung des Völkerrechts. Auch bei diesem zwangsweisen Kompromisse ist die Mitwirkung des Staates nötig, und was daher Zorn gegen das obligatorische Kompromiß sagt, paßt ebensogut auf den Kompromiß selbst. Es handelt sich hier nur um einen Unterschied dem Grade, nicht aber dem Wesen nach. Bei dem gewöhnlichen Kompromiß müssen die beiden Staaten sich nicht nur bezüglich der Formulierung der streitigen Tatsachen, sondern auch bezüglich der Wahl der Richter einigen. Es ist nun auf der zweiten Haager Konferenz durchaus nicht gelungen, Vereinbarungen zu treffen, wonach sich sowohl die Wahl der Richter wie die Formulierung der streitigen Tatsachen nur auf Antrag einer Partei mechanisch vollzieht. Denn bezüglich der Formulierung der Tatsachen ist man wohl zu einer Art selbsttätigen Mechanismus gelangt, nicht aber bezüglich der Wahl der Richter, so daß die beim gewöhnlichen Kompromiß erforderliche Uebereinstimmung der Parteien: 1. über die Formulierung der Tatsachen, die streitig sind, und 2. über die Wahl der Richter in das Schiedsgericht, nunmehr beschränkt ist auf die Wahl der Mitglieder für die zur Festsetzung des Zwangskompromisses zuständige Kommission, die gemäß Artikel 58 gleichzeitig das Schiedsgericht sein soll. Das ist aber ein wesentlicher Fortschritt, da die Einigung über die streitigen Tatsachen das Schwierigste an der ganzen Sache ist, wie Fusinato 1907 (Prot., II, S. 749) bemerkte: „Le point, le plus important à fixer par le compromis, c'est l'objet du litige." Die bisherigen Ausführungen werden durch Nr. 2 des zweiten Absatzes in Ver-

bindung mit Artikel 1 Absatz 2 des „Abkommens betreffend die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden" bestätigt. Dieser zweite Absatz, der übrigens besser in das zuletzt genannte Abkommen aufgenommen worden wäre, bestimmt, daß ein Zwangskompromiß stattfinden soll, wenn eine Macht für seine Angehörigen bei einer anderen Macht Vertragsschulden einfordert und beide Parteien einig sind, die Angelegenheit schiedsrichterlich auszutragen. Hätte wirklich das Zwangskompromiß die ihm von anderen beigelegte obligatorische Natur, dann sollte man glauben, daß es nunmehr bestimmt zum Schiedsurteil käme. Statt dessen sieht aber Artikel 1 Absatz 2 des „Abkommens betreffend die Beschränkung der Anwendung der Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden" den Fall vor, daß der Schuldnerstaat den Abschluß des Schiedsvertrags vereitelt. Dabei ist sicherlich nicht allein an den Fall gedacht, wo die Einigung unter der Bedingung erfolgt ist, daß der Schiedsvertrag auf einem anderen Wege festgesetzt werden soll.

Wenn ich mich oben gegen Zorns Ansicht wenden mußte, wonach der Kompromiß auch wider den Willen der Parteien festgestellt werden könne (derselben Ansicht sind Fried, Die zweite Haager Konferenz, S. 96; Lawrence, International Problems and Hague Conferences, S. 69; zurückhaltend sind namentlich de Louter [Het stellig volkenrecht, II, S. 136 ff.] und Hull, the two Hague Conferences, S. 403; de Louter spricht von einer „merkwaardige bepaling"), so kann sich doch Zorn zur Rechtfertigung seiner Ansicht über die Bedeutung des Artikels insbesondere auf Kriege (Prot. II., S. 749) berufen. Dieser erklärte 1907 die Bedeutung des deutschen Antrages tatsächlich damit, man könne durch ihn eine zögernde Partei zum Abschluß des Kompromisses veranlassen. So auch der Konferenzbericht von Guilleaume (Prot. I, S. 749); Kriege meinte, der obligatorische Kompromiß solle den Respekt vor dem völkerrechtlichen Satze „pacta sunt servanda" wahren. Diese Aufgabe vermag aber der Kompromiß unmöglich zu erfüllen, wie oben dargetan wurde. Mit klaren Worten hat dies Fusinato bei den Komiteeberatungen ausgeführt: „Il croit, qu'un malentendu existe par rapport à la vraie signification des articles en question. En les proposant les auteurs n'ont pas supposé qu'une des Parties se refuserait à l'arbitrage" (Prot. II, S. 581). Allerdings hatten die Autoren des Antrages diese Eventualität im Auge gehabt. Aber Fusinato wollte mit diesen Worten vor allem andeuten, daß der Artikel in solchen Fällen keine Anwendung finden könne. Auch Streit hob hervor, wie man sich denn die Wahl der Kommission denke, wenn eine Partei zögere, den Konflikt dem Schiedsgerichte zu unterwerfen, und lehnte sogar — als zu weitgehend — den deutschen Antrag ab. (Vgl. auch den Generalbericht Streits an die griechische Regierung, 1908, S. 15—17; Diomedes, Die zweite Haager Konferenz, Athen, 1908, I, S. 74.) Den schwachen Punkt des Artikels, falls eine Partei zögere, fühlte Asser, als er ein ständiges Tribunal für die Festsetzung des Kompromisses vorschlug (Prot., II, S. 581 und 641) und dabei in den Irrtum der Einbringer des Antrags verfiel. (Vgl. den Artikel „Procédure d'Arbitrage" im „Courrier de la Conference", 1907, 2. Okt.) Der Artikel 53 wurde schließlich von der zweiten Haager Konferenz „after a long debate and considerable opposition" (Hull, S. 403) angenommen. Daß jene im offiziellen Protokolle der Konferenz wiedergegebene Anschauung durchaus falsch ist, und ein derartiger Zwangskompromiß, wie er in vollkommener Form allerdings im Entwurfe über den Cour de la justice arbitrale vorgesehen sein würde (der einen Kompromiß wider den Willen eines Staates festsetzen würde), eine bedauernswerte Neuerung bedeuten würde, darüber bin ich mit Streit (Prot. II, S. 128 und 581) und Zorn, Zeitschrift für Politik, a. a. O., vollkommen einig. Wäre doch sogar ein solcher Zwangskompromiß deshalb völlig wertlos, weil sich die Parteien noch dadurch dem Schiedsspruche entziehen können, daß sie sich weigern, in das schriftliche Vorverfahren einzutreten, eine Tatsache, woraus zur Evidenz erwiesen ist, daß das ganze Institut der Schiedsgerichtsbarkeit auf Freiwilligkeit beruht.

☞

Friedensrechtliches von der Balkanhalbinsel. :: :: ::

Von Dr. Hans Wehberg.

Der türkische Boykott griechischer Waren ist heute — nach einem Jahre seines Anfanges — noch immer nicht beendet, vielmehr neuerdings mit besonderer Heftigkeit entbrannt, ein beredtes Zeichen dafür, welche Bedeutung in der Gegenwart wirtschaftliche Kampfmittel haben. Welcher Haß muß in vielen türkischen Kreisen gegen Griechenland vorhanden sein, um ein so planmäßiges Vorgehen, das doch auch der Türkei einige Nachteile bringt, zu ermöglichen! Diese Erbitterung hätte noch vor einem Jahrzehnte unweigerlich zu einem blutigen Kriege geführt. Heute begnügt sich die Türkei mit einem Boykott.

Eigentümlich aber ist, daß in demselben Zeitalter, in dem die Mächte immer ängstlicher einen Krieg vermeiden und den Kampf auf das wirtschaftliche Gebiet verlegen, die Macht der Tatsachen bereits die wirtschaftlichen Kampfmöglichkeiten erheblich verringert. Wie viel leichter war es in früheren Zeiten, einen Boykott gegen ein bestimmtes Volk rücksichtslos durchzuführen, ohne dabei die anderen Völker zu schädigen! In früheren Zeiten wurden die Waren meist auf Schiffen derselben Nationalität verfrachtet; heute aber werden zahlreiche griechische Waren auf österreichischen Schiffen, viele fremde Waren auf griechischen Schiffen verladen.

In der Türkei wohnen nicht mehr nur Türken, sondern eine Fülle von Kaufleuten fremder Nationalität, denen das Boykottkomitee nicht ohne weiteres befehlen kann, keine Waren mehr von griechischen Kaufleuten zu beziehen. Eine Fülle internationaler Erscheinungen macht sich hier geltend, und die griechischen Waren können heute nur vollständig boykottiert werden, wenn man gleichzeitig auch den Handel fremder Völker verletzt. Werden Wechsel griechischer Kaufleute heute nicht mehr eingelöst, so übt diese Tatsache oft zahlreiche weitergehende Wirkungen aus. Daher ist es ganz natürlich, daß im Laufe des türkischen Boykotts griechischer Waren bereits von ungefähr allen fremden Regierungen Einsprache erhoben worden ist, und daß neuerdings eine allgemeine Aktion inszeniert werden soll, über die freilich bis zur Stunde eine Einigung noch nicht hat erzielt werden können. Der großartige wirtschaftliche Zusammenhang der Völker zeigt sich hier deutlich. Er drängt immer mehr zu einer Verfeinerung der Kampfmittel, während der Kampf selbst nie aus der Welt verschwinden wird.

Aus der Geschichte der beiden großen türkischen Boykotts gegen Oesterreich-Ungarn und gegen Griechenland verdient noch ein weiterer Punkt, der bisher viel zu wenig hervorgehoben wurde, beachtet zu werden, da er zeigt, wie man immer mehr eine Verantwortlichkeit der Regierungen für völkerrechtswidriges Verhalten zu konstruieren sucht. Es sind kleine Anfänge, aber gerade darum verdienen sie vollste Beachtung. Einmal hat sich nämlich die österreichische Regierung, wie ich auf Grund zahlreicher Anfragen bei Handelskammern usw. festgestellt habe (vgl. meinen Aufsatz: „Die Frage der Staatsversicherung und der türkische Boykott österreichisch-ungarischer Waren" in „Masius' Rundschau", Leipzig, Oktoberheft 1910, in dem ich das hierüber zugängliche Material veröffentlicht habe), genötigt gesehen, ihren Untertanen eine Entschädigung für den durch das Verhalten der österreichischen Regierung hervorgerufenen Boykottschaden zu gewähren, und weiterhin hat die griechische Regierung von der türkischen eine Entschädigung von 20 Mill. Fr. — bisher freilich vergebens — gefordert.

Höchst beachtenswert ist ferner die veränderte Haltung der türkischen Regierung gegenüber dem Haager Ständigen Schiedshofe. Berta v. Suttner berichtet in ihren Tagebuchblättern von dem wenig günstigen Eindruck, den die türkischen Delegierten zur ersten Haager Konferenz auf sie gemacht haben. Auch nach der ersten Friedenskonferenz blieb die Haltung der Türkei dem Schiedshofe gegenüber skeptisch. In dem Konflikte mit Frankreich in der Affaire wegen der Privatforderungen Turbini-Lorando, der sich ausgezeichnet für eine schiedsrichterliche Erledigung geeignet hätte, schlug die Türkei nicht einmal ein Schiedsgericht vor, sondern wartete ab, bis die französische Regierung eine Flotte entsandte, um eine Friedensblockade herzustellen. Einige Jahre später beantragte die türkische Regierung in ihrem Streite mit Rußland wegen der Kriegsentschädigung, diesen dem Haager Hofe zu überweisen. Rußland erklärte sich erst einige Jahre später mit diesem Antrage einverstanden und bewies sowohl hierdurch wie durch seine Forderungen bei der Wahl der Schiedsrichter kein allzu großes Verständnis für den Haager Schiedshof. Ende April d. J. hat nun die Türkei der persischen Regierung vorgeschlagen, falls sich die zu ernennende türkisch-persische Kommission über die Abgrenzung des strittigen Gebietes nicht einigen sollte, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, Es ist also eine ganz bemerkenswerte Hochschätzung des Haager Hofes von seiten der Türkei festzustellen.

So treten auch auf der Balkanhalbinsel deutlich die Symptome einer Wandlung hervor. Es sind nicht nur Zwistigkeiten und Völkerkriege dort unten wahrzunehmen, sondern auch die Anzeichen einer beginnenden Völkerorganisation.

Rüstungsproblem.

Friedrich Naumann über das Rüstungssyndikat. :: ::

In einem bedeutungsvollen Artikel der „Hilfe" (vom 6. April) nimmt der Reichstagsabgeordnete Friedrich Naumann in der ihm eigenen ruhigen, klaren Art Stellung zu der Rede des Reichskanzlers vom 30. März. Er sagt zwar darin nichts, was von uns Pazifisten nicht schon vor 20 Jahren gesagt wurde, daß er es aber jetzt auch sagt, und die Art, wie er es sagt, lassen seinen Artikel als eines der erfreulichsten literarischen Produkte erscheinen, die uns in der deutschen Presse in letzter Zeit zu Gesicht gekommen sind.

Naumann macht zunächst dem Reichskanzler Vorhaltungen darüber, daß er „mit schopenhauerscher Düsterkeit" immer nur das sieht, was nicht geht, daß er „so müde und trostlos" nach etwas Formulierbarem „nur die leeren Hände ausstreckt". Dazu bemerkt er schlagend: „Wenn nämlich die Sachen selbst reif sind, dann stellen sich auch die Rechts- und Berechnungsformeln ein. Es gehören dazu allerdings Menschen, die nach ihnen suchen." Sehr richtig! Und dann fährt Naumann fort:

„Der Reichskanzler ging von einem sehr richtigen Gedanken aus, indem er die Abrüstungsverträge mit dem Abschluß industrieller Syndikate in Vergleich stellte. Das Syndikat ist die Grundform der Gegenwart. Es bedeutet die Ueberwindung von Konkurrenz ohne formelle Beseitigung der Selbständigkeit. Selbständige (souveräne) Einzelunternehmer schließen Verträge über die Verminderung ihrer Gegensätze. Solange diese Verträge bestehen, sind sie gebunden. Ihre Selbständigkeit wird erst wieder frei, wenn die Verträge abgelaufen sind. Dann aber ist inzwischen der ganze Betrieb so sehr auf Vertragsformen eingerichtet, daß es die einzelnen nicht mehr vertragen, für sich allein zu existieren.

Man denke an die Vorgänge im Kalisyndikat! Anfangs war es ein freier, lösbarer Verband; als es sich aber löste, schrien die Freigewordenen nach neuer Bindung. So ungefähr müssen die Militärstaaten freiwillig Abmachungen treffen, die dann später zu Bestandteilen der Ordnung werden, ohne die niemand mehr leben mag. Jetzt leben wir unter beständiger Kriegsgefahr. Der Zweck des Vertragssystems ist die zeitweise Ausschließung dieser Gefahr bis auf vorher bestimmte Ablaufstermine, ähnlich wie beim System der Handelsverträge. An Stelle des beständigen Handelskrieges hat sich der periodische Streit um die Verträge eingeschoben. Es gibt Jahre der Ruhe und dann Zeiten der Neuregelung. Je länger man das so macht, desto weniger kann man wieder völlig vertragslos werden wollen, denn der Vertrag ist Kulturbestandteil geworden. Deshalb ist es richtig, und die Friedensfreunde haben das im Laufe der Zeit gelernt, nicht Antimilitarismus zu treiben, sondern periodische Bindungen zu verlangen. Dieser Ausgangspunkt wird vom Reichskanzler theoretisch anerkannt, er leugnet nur, daß die Möglichkeit zur staatlichen Syndikatsbildung vorhanden ist.

Seine Einwendungen sind doppelter Natur. Einerseits handelt es sich um technische Schwierigkeiten und andrerseits um Lebensfragen, die jeden Verband sprengen werden. Technisch sei es nicht gelungen, und werde es nicht gelingen, die Staaten auf berechenbare Kontingente festzulegen. Hier ist es, wo die Formeln noch nicht gefunden sind. Da nämlich ein absolutes Festhalten am Gegenwartszustande der Heere und Flotten nicht möglich ist, weil jeder Tag ganz von selber etwas ändert (Ersatzbauten, Neuanschaffungen, Ausbildungsmethoden, Ortsverschiebungen), so könne und werde von selbst eintreten, daß trotz einer Abmachung die tatsächlichen Kräfte in Fluß bleiben, ganz abgesehen noch von der unleugbaren Schwierigkeit der gegenseitigen Kontrolle. Es gibt kein Zwangsschema für Kampfesstärken. Das wird auch von unsrer Seite zugegeben. Deshalb heißt es im fortschrittlichen Antrag nicht, daß die Rüstungen, sondern daß die Rüstungs a u s g a b e n begrenzt werden sollen. Die Ausgaben sind in Staaten mit parlamentarischer Finanzverwaltung kontrollierbar. M a n k a n n n i c h t f ü n f z i g M i l l i o n e n e i n n e h m e n u n d a u s g e b e n , o h n e d a ß e s g e m e r k t w i r d. Man kann zugeben, daß die Ausgabeziffer des Staatshaushaltes eine etwas rohe Grundlage für die Rangordnung der Militärstaaten ist, weil hundert Millionen Mark für den Russen, den Deutschen und den Japaner etwas Verschiedenes bedeuten, aber ein Anhaltspunkt für eine Art von internationaler Matrikel ist damit doch gegeben. Auch die industriellen Syndikate haben es oft gar nicht leicht gehabt, ihre Beteiligungsziffern festzustellen, und oft wird noch dauernd um sie gekämpft. Bei Erledigung des Vertrages melden die Stärkeren neue Ansprüche an und setzen sie durch, wenn sie es aushalten können, syndikatsfrei zu existieren. Das aber ist je länger desto schwerer. Wenn deshalb jetzt oder in zehn Jahren die europäischen Großstaaten eine zwölfjährige Bindung übernehmen würden, so behält jeder Staat seinen Anspruch, nach Ablauf dieser Frist höhere Militärausgaben anmelden zu dürfen, auf die Gefahr hin, daß er dann alle die gegen sich hat, die nicht steigern wollen. Dann kann noch einmal der Kampf aller gegen alle eintreten, aber es ist unwahrscheinlich, daß er dann eintritt, weil die gebundene Zeit eine starke Lehrmeisterin des Friedens gewesen sein wird. Wo aber Lebensinteressen vorliegen, da wird eben dann gefochten.

Schon jetzt steht in den Verträgen, wie der Reichskanzler sagt, überall die sogenannte Ehrenklausel, das heißt die Zusicherung, daß in schwersten und äußersten Fällen der Vertrag nicht bindend sei. Diese Ehrenklausel soll immer hineingeschrieben werden, weil sie ja doch von allen Vertragschließenden im stillen gedacht wird. Kein Vertrag ist so stark, daß er bei internationalen Ehrverletzungen standhielte. Solche Ehrverletzungen aber spielen s c h o n h e u t e e i n e g a n z g e r i n g e R o l l e. Wo sie nicht absichtlich konstruiert werden, sind sie nicht vorhanden, da macht man aus der Fanfare eine Schamade. J e u n m o n a r c h i s c h e r d i e P o l i t i k i m a l l g e m e i n e n w i r d , d e s t o w e n i g e r i s t s i e K a m p f u m E h r e n f r a g e n i m a l t e n S i n n e d e s W o r t e s. Man kämpft um Herrschaftsgebiete, Exportländer, Schuldzinsen, Kohlenstationen, Kanalbefestigungen, kurz, um Dinge, die mehr berechenbar sind. Hier hat das System der Schiedsgerichtsverträge sich um den Rüstungsvertrag herumzulegen. Dieses System ist im Wachsen, und je mehr es wächst, desto leichter werden später die Rüstungsverträge herzustellen sein.

Damit soll nur die allgemeine Richtung des mit Mehrheit angenommenen fortschrittlichen Antrages gekennzeichnet sein. Wer dieses Ziel erreichen will, darf nicht grundsätzlich antimilitärisch sein, denn Verträge schließt man nur, wenn man ein Kontingent besitzt, das von den andern geachtet und unter Umständen gefürchtet wird. Der Kontingentlose ist vertragsunfähig. D i e M i l i t ä r b e w i l l i g u n g v e r h ä l t s i c h z u m A b r ü s t u n g s v e r t r a g e t w a s o w i e d e r Z o l l t a r i f z u m H a n d e l s v e r t r a g. Ein Zolltarif muß vorhanden sein, wenn man kein Meistbegünstigungsrecht hat und doch zu Abmachungen kommen will. Den Tarif zu überspannen, empfiehlt sich in der Handelspolitik nicht, weil dann nur schlechte Verträge zustande kommen. So ist es auch im Heereswesen. Mit übergroßen Rüstungen kommen keine Verträge zustande, bei Rüstungslosigkeit noch weniger. Es ist die Kunst der Staatsleitung, in diesem modernen Sinne das alte Wort anzuwenden: Si vis pacem, para bellum! Das will sagen: halte dich so, daß es für die andern wichtig ist, mit dir verbündet zu sein!"

Ein französischer Senator für die Abrüstung. :: :: ::

Im „Radical", dem offiziellen Organ der regierenden Partei Frankreichs, beschäftigt sich der Senator Henri Michel mit der Frage der Rüstungsbeschränkung. Er hält es für absolut notwendig, daß trotz der pessimistischen Auffassung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg Möglichkeiten gesucht werden müssen, um die jeden Kulturfortschritt erschwerenden, alle Völker ruinierenden Militärausgaben einzuschränken. Die Vereinigten Staaten, England und Frankreich seien bereit, die Frage zu studieren. Tittoni hätte es 1906 für ein Verbrechen gegen die Menschheit erklärt, wenn man nicht mit aufrichtigem guten Willen eine Lösung versuchte. Die nach Ansicht des Kanzlers fehlenden Grundlagen könnten durch einigen guten Willen der Regierungen geschaffen werden. Man solle nicht immer nur nein sagen und sich gegenseitig mit Mißtrauen betrachten, sondern mutig an praktische Versuche gehen. Jede Regierung müsse ein Projekt ausarbeiten lassen, und diese Projekte müßten dann miteinander verglichen werden. Die Möglichkeit einer Lösung zu leugnen bedeute einen Zweifel an der menschlichen Vernunft.

☞

Die Resolution vom 1. Mai. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Resolution, die die deutschen Arbeiter anläßlich des Weltfeiertages angenommen haben, enthält folgende Stelle:

„Am 1. Mai demonstriert das klassenbewußte Proletariat aller Länder für den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und den Völkerfrieden, und protestiert gegen das wahnwitzige Wettrüsten, in dem es eine wachsende Gefahr für den Frieden und die Ursache der immer mehr steigenden Belastung der breiten Massen erblickt. Die Arbeiterklasse verurteilt das Verhalten des Herrn v. Bethmann Hollweg, der in seiner diesjährigen Etatsrede behauptete, daß es unmöglich sei, eine Grundlage für das Abrüsten zu finden, und daß man keine Einrichtungen zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten schaffen könne, auf das schärfste. Eine Beschränkung der Rüstungsausgaben muß erfolgen, damit Mittel frei werden für den dringend nötigen Ausbau der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetze. Die Grundlage einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung muß die gesetzliche Einführung des Achtstundentages sein."

☞

Verschiedenes.

Vlissingen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Frage um die Befestigung von Vlissingen hat der Sensationspresse im Januar dieses Jahres günstigen Anlaß gegeben, die Welt zu alarmieren. Man schreckte nicht einmal davor zurück, den Ausbruch eines Weltkrieges anzukündigen, falls Holland daran gehindert werden sollte, die Festungswerke in der Scheldemündung auszubauen. Nun erfährt man, daß sich im holländischen Parlament so wenig Stimmung für diese Befestigungsausgaben gezeigt hat, daß die holländische Regierung es vorgezogen hat, den diesbezüglichen Gesetzentwurf erst gar nicht vorzulegen.

☞

Niederländischer Zentralrat für Internationalismus. ::

Im vergangenen Jahre wurden vom „Aktionskomitee" der „Stiftung für Internationalismus", dessen Vorsitzender und delegierter Sekretär bzw. Herr Jul. C. Bunge in Amsterdam und Herr Dr. jur. W. van Hoogenhuyze, Direktor der Giro-Bank in 's-Gravenhage sind, ungefähr zehn niederländische Politiker eingeladen, eine Besprechung über die Errichtung eines Komitees zu halten, welche die Interessen, welche die Niederlande beim Internationalismus haben, bei der Regierung und den Autoritäten zu beherzigen und im allgemeinen Sinne im In- und Auslande zu fördern, bezweckt.

Diese Einladung hatte zur Folge, daß Anfang dieses Jahres ungefähr drei Versammlungen über diese Angelegenheit im Hotel „De Twee Steden" in 's-Gravenhage abgehalten wurden, und daß jetzt der „Niederländische Zentrale Rat für Internationalismus", bestehend aus den Herren:

Exz. Dr. jur. T. M. C. Asser, Staatsminister, Mitglied des Staatsrates,

Jul. C. Bunge, Firma Bunge & Co., Amsterdam,

Dr. jur. H. Goeman Borgesius, früherer Minister des Inneren, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten,

Dr. jur. W. van Hoogenhuyze, Direktor der „Giro-Bank",

Exzellenz Prof. Dr. A. Kuyper, Staatsminister, früherer Minister des Innern, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten,

Dr. C. Lely, früherer Minister des Waterstaates, früherer Gouverneur von Suriname, Mitglied der ersten Kammer, Abgeordneter von 's-Gravenhage,

Dr. jur. J. Limburg, Rechtsanwalt, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten, Mitglied der Deputierten-Staaten Südhollands.

Dr. jur. J. A. Loeff, Rechtsanwalt, früherer Justizminister, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten,

Prof. Dr. jur. W. H. Nolens, Mitglied der zweiten Kammer der Generalstaaten, außerordentlicher Professor der Gemeinde-Universität in Amsterdam,

Prof. Dr. jur. J. Oppenheim, Mitglied des Staatsrates,

Baron E. C. Sweerts de Landas Wyborgh, Bürgermeister von 's-Gravenhage, Mitglied der ersten Kammer der Generalstaaten,

begründet worden ist und daß die Statuten dieses Rates festgestellt und der Königin zur Genehmigung angeboten worden sind.

Der Zweck dieses Rates ist im Artikel 2 der Statuten wie folgt umschrieben:

Der Rat versucht auf gesetzlichem Wege seinen Zweck zu erreichen, und zwar dadurch, daß er sich nach den verschiedenen Plänen, die auf dem Gebiete des Internationalismus auftauchen, erkundigt, besonders, was das Inslebenrufen internationaler Organisationen oder deren Reorganisation in 's-Gravenhage anbelangt, und wenn er damit einstimmt, das Zustandekommen dieser Pläne, hauptsächlich moralisch, zu fördern, dadurch, daß er, wenn nötig, dazu die Unterstützung von Autoritäten, Vereinen oder Privatpersonen anrufen wird, und weiter durch andere passende, dabei gesetzliche Mittel!

Englisch-deutsche Freundschaft. :: :: :: :: :: :: :: ::

Das englisch-deutsche Freundschaftskomitee, im Verein mit der Arbitration-League, hielt am 28. April in Westminster eine Versammlung ab, bei der der Lord-Chancellor, Lord Loreburn, den Vorsitz führte. Professor Sieper, von der Münchener Universität, hielt einen enthusiastisch aufgenommenen Vortrag. Viel von den feindlichen Gefühlen zwischen den beiden Völkern, sagte Professor Sieper, ist auf Rechnung einer gewissen Presse zu setzen, deren Unwissenheit, Sensationslust und Skandalsucht viel stärker sind als ihre Wahrheitsliebe. Die aus kommerzialer Nebenbuhlerschaft entspringende Eifersucht kann niemals durch Krieg befriedigt werden; denn kein aus wirtschaftlichen Gründen geführter Krieg hat jemals seinen Zweck erreicht oder eine Dividende von einem Penny für ein Pfund getragen.

Lord Loreburn sagte: Unsere Bewegung geht vorwärts, und ich hoffe, daß wir nächstens von einem Meeting hören werden, von dem gleichen Charakter wie das eben in der Guildhall abgehaltene, wobei die Grundlage zu einer Politik gelegt werden wird, welche uns in dieselben Beziehungen zu Deutschland brächte, wie wir sie jetzt zu den Vereinigten Staaten erhoffen.

Das Kirchliche Komitee zur Pflege freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland versendet in diesen Tagen einen Aufruf zur Gewinnung neuer Freunde und Mitglieder für seine Bestrebungen. Danach haben in England für diese Sache bisher schon 2400 kirchliche Versammlungen stattgefunden, über 6000 Geistliche haben sich dort der Bewegung angeschlossen. Auch in Deutschland, wo bis jetzt weit mehr als 3000 Geistliche dem Komitee beigetreten sind, geht die Arbeit rüstig voran. Die Ziele, um die es sich dabei handelt, sind die folgenden:

Man will „die in beiden Ländern erzielten Ergebnisse der Friedensarbeit sowie die Erfolge unseres englischen Schwesterkomitees in Deutschland bekannt machen;

Mißverständnisse und Mißdeutungen, die sich in englischen und deutschen Kirchenzeitungen finden oder sonstwie in kirchlichen Kreisen hervortreten, aufklären und bekämpfen;

durch Berichte und Schriften über kirchliche Fragen sowie theologische und soziale Anregungen das Verständnis für die Eigenart des religiösen Lebens in England fördern und das christliche Gemeingefühl beider Völker stärken;

durch Sendung von Delegierten zu den kirchlichen Versammlungen der britischen Kirche und durch Einladung englischer Kirchenmänner zu deutschen kirchlichen Versammlungen den Verkehr zwischen den Christen beider Länder beleben;

deutsche Theologen, die nach England gehen oder englische Studien treiben, einführen und beraten, und ebenso englische Theologen, die nach Deutschland kommen oder sich mit deutscher Theologie beschäftigen, in ihrem Bestreben fördern."

New Yorker Friedensbankett vom 8. April. :: :: :: :

Als Kundgebung zugunsten des angloamerikanischen Schiedsvertrages und als gleichzeitige Ehrung Andrew Carnegies fand am 8. April im New-Yorker Presseklub ein Bankett statt, an dem 200 Vertreter aus der Welt des Handels, der Finanzen, der Presse und der Kirche teilnahmen. Carnegie hielt eine große Rede über die Bedeutung des abzuschließenden Schiedsvertrags. Er erklärte, ein Vertrag, der sich auf alle möglichen zwischen den beiden Ländern auftauchenden Fragen erstreckt, stehe heute zur Verhandlung und würde trotz des Widerstandes einiger Leute durchgehen. Seine einzige Sorge sei jetzt, da er des Vertrages sicher sei, nur die, wo er die halbe Million Dollars jährlichen Zinsen seines Friedensfonds unterbringen werde. Carnegie betonte weiter seine Ueberzeugung, daß andere Staaten, wie Frankreich und Japan, dem gegebenen Beispiel folgen würden. Das Streben aller Friedensmänner sei jetzt, Präsident Tafts Anstrengungen aufs kräftigste zu unterstützen. Wenn die Bill vor den Senat käme, müßten Hunderte von Versammlungen im ganzen Lande veranstaltet werden, um klar den Willen des Volkes zu zeigen, der für den Vertrag sei. Robert Perks sagte, wenn man auf diesem Vertrage bestünde, würden die Bankiers sich weigern, Anleihen für Kriegszwecke zu unterzeichnen.

Auf der Versammlung wurde ein neuer Vers der Nationalhymne gesungen, der folgendermaßen lautet: „Welche Taten unsere Vorfahren vollführten, welche Schlachten wir schlugen, das mag die Legende erzählen. Jetzt hört rachevolle Leidenschaft auf. Jetzt kommen die Siege des Friedens. Weder Haß noch Beutelust ziehen das Schwert mehr aus der Scheide."

Auf dem Bankett wurde ein Ausschuß von 300 Mitgliedern ernannt, der Kundgebungen im ganzen Lande veranstalten soll.

☞

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der Oktobernummer der „Fr.-W." vom vorigen Jahre wird auf S. 198 mitgeteilt, daß der „Pacifist", der kürzlich dem Vorstande der Deutschen Friedensgesellschaft aus Anlaß des von diesem veröffentlichten Aufrufs gegen die chauvinistische Ausbeutung des Sedanfestes in der „Württembergischen Pressekorrespondenz" durch Veröffentlichung eines anonymen Schreibens in den Rücken fiel, das von der antipacifistischen Presse mit Behagen nachgedruckt wurde, Dr. Max Höltzel in Stuttgart gewesen sei. Demgegenüber stellen wir auf Verlangen des Herrn Dr. Hoeltzel fest, daß dieser jenes Schreiben nicht anonym der betreffenden Korrespondenz übergeben habe. Dieses erhielt vielmehr eine Kopie des mit dem Briefkopf des Dr. Hoeltzel versehenen und von diesem mit voller Unterschrift unterzeichneten, an den Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft gerichteten Briefes. Erst der Redakteur jener Korrespondenz hat den Namen des Dr. Hoeltzel weggelassen und „ein Pacifist" daruntergesetzt. — Dr. Harry Hollatz, Professor der Rechte an der Universität Neuchatel, leitet bereits im vierten Semester ein Seminar für Geschichte des Völkerrechts, dessen wissenschaftlicher Zweck die Erforschung der internationalen Beziehungen bildet. — Der VII. englische nationale Friedenskongreß findet zwischen dem 13. und 15. Juni unter dem Präsidium des Dean von Durham in Edinburg statt. — Der VII. französische nationale Friedenskongreß findet zwischen dem 4. und 7. Juni unter dem Ehrenpräsidium des Ministerpräsidenten, der Minister des Aeußeren, der Finanzen, der öffentlichen Arbeiten, Kolonien, des Handels und der Justiz in Clermond Ferrand statt. — Am 1. Mai Meeting des deutsch-englischen Freundschafts-Komitees im Mansionhaus unter Vorsitz des Lordmajors. Dabei kam der Wunsch zur Sprache, daß auch zwischen Deutschland und England ein einschränkungsloser Schiedsvertrag abgeschlossen werde. — Der Londoner Liberal Club bereitet für den 1. Juni ein Bankett zu Ehren A. Carnegies vor. Den Toast auf den Gast wird Sir Edward Grey ausbringen. — Für den 18. Mai (den internationalen Friedenstag) veranstaltet die Peace and Arbitration-Society einen zwanglosen Empfang. Lord Weardale wird präsidieren. — Der italienische Botschafter in Paris, Tittoni, ist von der italienischen Regierung zum Mitglied des Schiedsgerichtshofes im Haag ernannt worden.

Aus der Bewegung.

Sitzung des Interparlamentarischen Rats. :: :: :: ::

Unter dem Vorsitz des Staatsministers Beernaert versammelte sich am 8. April der Interparlamentarische Rat zu Brüssel. Es waren anwesend die Mitglieder Eickhoff und Hauptmann (Deutschland), Beernaert und Houzeau de Lehaie (Belgien), Bajer und Molteser (Dänemark), de la Batut und Le Foyer (Frankreich), Lord Weardale (Großbritannien), Horst und Nissen (Norwegen), Tydeman und van der Does de Villbois (Niederlande), Efremoff (Rußland), Stoyanowitsch und Marinkowitsch (Serbien), de Sonnaz und Componi (Italien). Herr Chr. L. Lange erfüllte die Funktionen des Sekretärs.

Der Rat regelte zunächst mehrere auf die Verwaltung und die Finanzgebarung der Union bezügliche Fragen und beschloß hierauf die Errichtung einer Studienkommission für die Frage der Neutralitätserklärungen. Er beschloß ferner, daß die Union auf dem Londoner Rassenkongreß vertreten sein werde.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Vorberatung der XIII. Interparlamentarischen Konferenz, die in Rom zusammentreten wird. Als Zeitpunkt des Zusammentritts wurde der 3. Oktober festgesetzt. Die Mitglieder werden sich vorher in Turin vereinigen, wo ihnen in den Räumen des alten Parlamentes ein Empfang bereitet werden wird. Die offizielle Eröffnung wird am 3. Oktober stattfinden. Am 4. und 5. Oktober werden die Beratungen abgehalten werden, worauf verschiedene Ausflüge geplant sind.

Die Tagesordnung der Konferenz wird zunächst zwei Vorschläge umfassen, die von der Reorganisations-Kommission der Union unterbreitet werden. Der erste hat den Zweck, es der Union zu ermöglichen, sich auch mit anderen Fragen als mit reinen Rechtsfragen, mit denen sie sich bis jetzt ausschließlich beschäftigt hatte, zu befassen. Man wird demnach in Zukunft auch allgemeine Fragen, die sich auf die Entwicklung der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern beziehen, zur Erörterung bringen können.

Der zweite Vorschlag strebt nach einer genauen Definition der Parlamente, in deren Schoß interparlamentarische Gruppen gebildet werden können. Man hat dabei besonders die Parlamente der autonomen britischen Kolonien im Auge, die bislang der Union nicht angeschlossen waren.

Hierauf werden verschiedene auf die Schiedsgerichtsbarkeit Bezug habende Fragen zur Erörterung gelangen, insbesondere auch ein von der russischen Gruppe unterbreiteter Vorschlag über die Vermittlung. Den Bericht hierüber wird der Präsident der russischen Gruppe, Dumamitglied Efremoff, er-

statten. Auch die Frage der Rüstungsbeschränkung ist auf die Tagesordnung gestellt worden. Berichterstatter über diesen wichtigen Punkt wird Baron d'Estournelles de Constant sein.

In bezug auf diese Frage machte Reichstagsabgeordneter Prof. Eickhoff eine interessante Mitteilung. Er sagte, daß im Auslande hinsichtlich der letzten Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg ein Mißverständnis herrsche. Der Reichskanzler habe nicht nur die auf die Schiedsgerichtsbarkeit bezügliche Resolution der Fortschrittspartei günstig aufgenommen, sondern auch die von derselben Partei vorgebrachte Resolution zugunsten einer Rüstungsbeschränkung. Diese Resolution fordere aber die Regierung auf, eine jede Initiative, die in dieser Beziehung von einer anderen Macht unternommen werde, günstig aufzunehmen. Der Kanzler habe lediglich — so sagte Herr Professor Eickhoff — bezüglich einer von deutscher Seite zu ergreifenden Initiative Vorbehalte gemacht. Jeder ernste Vorschlag sei aber einer gewissenhaften Prüfung sicher. Prof. Eickhoff stellte ferner fest, daß gegenwärtig im Deutschen Reichstag die Fragen, für die sich die interparlamentarische Union interessiere, im allgemeinen mit wahrhaftem Interesse erörtert werden, was nicht immer der Fall war.

Prof. Eickhoff verpflichtete sich, in Rom den von der Kommission formulierten Vorschlag zu unterstützen. Der Vorschlag, über den sich der Rat einigte, setzt keine Formel der Rüstungsbeschränkung fest; er nimmt vielmehr die von der Londoner Konferenz 1906 angenommene Resolution von 1906 wieder auf, die in der Hauptsache darauf hinausgeht, ein internationales Studium jener Bedingungen zu erwirken, durch die man dem Wettbewerb der Rüstungen ein Ende machen könnte.

Die Tagesordnung der Konferenz in Rom wird außerdem einen Vorschlag umfassen, der die Möglichkeit eines Verbotes des Luftkrieges ins Auge zu fassen empfiehlt. Die Berichterstattung hat Staatsminister v. Beernaert übernommen.

Schließlich wird der ehemalige holländische Minister van Houten einen Bericht über einen Vorschlag erstatten, der dahin zielt, im Haag ein ständiges Amt der Haager Konferenzen zu errichten. Dieses Amt soll ein Bindeglied zwischen den einzelnen Haager Konferenzen sein und wird ihnen vor allen Dingen als Vorbereitungsstelle zu dienen haben.

Zum Schluß der Sitzung schlug Lord Weardale folgende Resolution vor:

„Indem die Interparlamentarische Union die große Tragweite der durch den Präsidenten Taft in der Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit unternommenen Initiative anerkennt, eine Initiative, die die seit jeher von der Union verkündeten Ideen sanktioniert, drückt sie den Wunsch aus, das Beispiel der amerikanischen Regierung von den anderen Regierungen recht bald nachgeahmt zu sehen."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen und dem Präsidenten Taft telegraphisch übermittelt.

☞

Das Ehepaar Mead in Deutschland. :: :: :: :: :: :: ::

Mr. Edwin Mead, der Sekretär der „World Peace Foundation" in Boston (29 A Beaconstreet) und Mrs. Mead begeben sich am 27. Juni nach Europa. Sie werden zunächst bis 5. August in England bleiben und beabsichtigen, den Rest des Augusts in Deutschland zu verbringen. In dieser Zeit möchten Herr und Frau Mead in Deutschland Vorträge halten. Namentlich in Universitätsstädten und Universitätskreisen werden diesbezügliche Arrangements gewünscht. Alle Freunde unserer Sache, die in der Lage sind, in der angegebenen Zeit derartige Versammlungen zu arrangieren, mögen sich unverweilt an Herrn Mead wenden. (Adresse oben.) Herr Mead würde über „The Cooperation of Germany and America for international Progress" und Frau Mead über „The Peacemovement in american Schools and Universites" sprechen.

Der August ist allerdings für Vorträge in akademischen Kreisen und überhaupt keine geeignete Zeit. Aber es dürfte doch an dem einen oder dem anderen Platz möglich sein, eine interessierte Hörerschaft zu sammeln. So aus Anlaß der Sommerhochschulkurse in Jena, Salzburg und an anderen Orten.

☞

Die Resolution für den 18. Mai. :: :: :: :: :: :: :: ::

Für die Weltfriedenskundgebung, die wie alljährlich auch in diesem Jahre am 18. Mai stattfinden wird, empfiehlt das Berner Bureau, auf Vorschlag von Felix Moscheles in London, nachstehende Resolution:

„Wir, die Mitglieder der ..... Friedensgesellschaft, versammelt in ..... am 18. Mai 1911, erklären, daß, indem wir bei den allgemeinen Darlegungen jener Resolutionen verharren, die am Friedenstage zur Annahme gelangten, wir heute auf dem festen Grunde stehen, der für die Sache des Friedens durch die Beistimmung von Männern aller Klassen und Parteien gewonnen wurde.

Bestimmte Vorschläge sind vor kurzem gemacht und in konkreter Form von Meisterhand formuliert worden.

An erster Stelle steht jener vom Präsidenten der Vereinigten Staaten gemachte Vorschlag eines alle Streitfragen umfassenden anglo-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrags und jener andere Vorschlag, der die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofes zum Zweck hat. Wir wollen uns mit allem Ernste der Förderung dieser und anderer verwandter Pläne widmen.

Besonders wollen wir jede Gelegenheit benutzen, die uns geboten wird, um eine so

starke öffentliche Meinung hervorzurufen, daß unter ihrem Druck die Regierungen sich genötigt sehen werden, ihren Delegierten an die dritte Haager Konferenz ein Mandat zu geben, demzufolge sie für die Verminderung der Rüstungen nachdrücklich eintreten können.

Wir richten an alle Regierungen das Ersuchen, geeignete Kommissionen einzusetzen, um die Beschränkung der Rüstungen durch internationale Vereinbarungen herbeizuführen.

Und endlich verpflichten wir uns zum unentwegten Kampfe gegen den Druck der Gewalt und Ungerechtigkeit. Unter der Herrschaft der Gerechtigkeit und des Wohlwollens sollen die Rechte und Pflichten eines jeden Mitgliedes der menschlichen Familie Achtung und Würdigung finden, zum Heil und Segen der ganzen Menschheit."

Literatur und Presse.

Deutsche Prisengerichtsbarkeit, ihre Reform durch das Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907. Von Heinrich Pohl, Privatdozent an der Universität Bonn, Tübingen, I. C. B. Mohr, 1911.

Das vorliegende Buch ist im großen und ganzen eine erfreuliche Neuerscheinung in der völkerrechtlichen Literatur. Der historische Teil und die Darstellung der Entwicklung der Idee der internationalen Prisengerichtsbarkeit sind vortrefflich. Auch die Haager Verhandlungen sind — wenn auch unter zu geringer Benutzung der Spezialliteratur — gut wiedergegeben, und die Einzelheiten des Abkommens meist erschöpfend dargestellt. Zu rügen ist nur, daß der Verfasser sich in einer etwas abstoßenden Form über die großen Bemühungen derjenigen ausspricht, die den Frieden unter den Völkern befestigen wollen. Pohl spielt sich als Realpolitiker auf. Dazu hat er am wenigsten Veranlassung, berücksichtigt er in seinem Buche doch fast gar nicht die großen Interessen des internationalen Handels, der Seeschiffahrt und des Versicherungswesens. Auch könnte man von einem Realpolitiker verlangen, daß er, wenn er über internationale Gerichtsbarkeit schreibt, einmal nach dem Haag fährt und sich einen Prozeß dort ansieht. Aber schon die Durcharbeit der von dem internationalen Bureau herausgegebenen Protokolle der bisherigen Prozesse würde Pohl veranlaßt haben, seinen Abschnitt über das Verfahren vor dem Prisenhofe nicht im wesentlichen auf das zu beschränken, was darüber Renault in seinem vortrefflichen Berichte gesagt hat. Im übrigen kann an dieser Stelle nicht auf die Einzelheiten der Darstellung, insbesondere auf die zahlreichen, von der herrschenden Ansicht abweichenden Behauptungen des Verfassers eingegangen werden. Falsch ist ganz sicherlich, was Pohl über die Stellung der Richter des Prisenhofes und über den internationalen Eid sagt. Daß Pohl die Richter des Prisenhofes als Funktionäre der einzelnen Staaten bezeichnet, hängt mit seiner gesamten Auffassung von dem Wesen des internationalen Prisenhofes zusammen. Pohl geht von der Behauptung aus, der internationale Prisenhof sei kein überstaatliches, den Vertragsmächten mit Zwangsgewalt übergeordnetes Gericht. Pohl stellt sich also zur Aufgabe, etwas zu widerlegen, was niemand vor ihm behauptet hat. Oder wer hätte dem Prisenhofe jemals Zwangsgewalt zugesprochen? Das hat allerdings Zorn einmal getan, aber im übrigen ist diese Behauptung nicht weiter aufgestellt worden, und Pohl als Schüler Zorns hätte wohl wissen können, daß jene Behauptung nur irrtümlich gefallen ist, und von Zorn nicht wiederholt wurde. Im weiteren Verlaufe der Darstellung geht Pohl von dem Gedanken aus, das ganze Wirken des Prisenhofes beruhe auf dem freien Willen des Staates, aber nicht der Völkergemeinschaft. Das ist nichts weiter als Sophisterei. Kann wirklich ein einzelner Staat durch seinen Willen den Prisenhof schaffen, ist nicht Voraussetzung der gemeinsame Wille mehrerer Staaten, also eines Teiles der Völkerrechtsgemeinschaft oder der Völkergemeinschaft? Wenn Pohl sich besonders an das Fehlen von Zwangsbefugnissen klammert, so beweist dies, daß er das wahre Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit nicht verstanden hat. Nach Pohl ist die Erfüllung von Schiedssprüchen die freie Tat eines Staates, eine Tat, die nicht minder freiwillig ist wie die Ratifikation der Schiedsgerichtskonvention. Man müßte Bände schreiben, um diesen schon oft gemachten Fehler zu widerlegen. Unterwirft sich ein Staat von Anfang an einem Spruche des Schiedsgerichts, so ist er rechtlich zur Erfüllung des Spruches verpflichtet. Damit hat die Frage, ob er auch zur Erfüllung gezwungen werden kann, nichts zu tun. Wenn Pohl dann weiter die Zwangsvollstreckungsfrage mit der Fristsetzung für die Vollziehung des Spruches in Zusammenhang bringt, so hat Nippold bereits darauf hingewiesen, wie unhaltbar diese Auffassung ist. In einer Habilitationsschrift hätte Pohl wohl diese Frage selbständig prüfen müssen und sich nicht einfach auf Meurer, der sich hier ganz gewiß geirrt hat, berufen dürfen. Ich habe in der völkerrechtlichen Literatur selten etwas Unklareres gelesen als die Ausführungen Pohls über „Die rechtliche Natur des Prisenhofs". Recht unsympathisch ist der Ton des Verfassers. Mit spöttischen Bemerkungen geht er über große Menschheitsfragen hinweg. Auch kämpft er namentlich gegen Fried mit stumpfen, für einen Völkerrechtslehrer ganz unerlaubten Waffen. Eine Stelle sei hier festgenagelt. Auf Seite 194 sagt Pohl: „Wie wenig sich Fried die Tragweite der behaupteten überstaatlichen Natur des Prisenhofs klar gemacht hat, ergibt sich aus folgender Parallele: „Es muß daran erinnert werden, daß es in Deutschland ehemals hieß: Landrecht geht über Reichsrecht. In der Höherstellung des Reichsrechts erblickten die Staaten des seligen deutschen Bundes und des alten deutschen Reiches ebenfalls eine Verletzung ihrer Souveränität. Die Zeiten haben sich geändert. Heute bildet es den Stolz eines jeden Deutschen, daß Reichsrecht das Landesrecht bricht. Im internationalen Verkehr geht bislang Staatsrecht über internationales Recht. Es wird eine Zeit kommen, wo es heißen wird: internationales Recht bricht Staatenrecht. Und den Anfang dieser Zeit bildet der im Haag geschaffene internationale Prisengerichtshof." Fried stellt also in Parallele das neue deutsche Reich und seine Gliederstaaten sowie die internationale Ge-

meinschaft und die Staaten der Welt. Er vergißt dabei offenbar nur folgendes — —". Eine kurze Ueberlegung ergibt, daß Fried gar nichts vergessen, Pohl aber den Inhalt der Friedschen Ausführung ganz falsch wiedergegeben hat. Fried stellt nämlich durchaus nicht das neue deutsche Reich und seine Gliederstaaten sowie die internationale Gemeinschaft und die Staaten der Welt in Parallele, sondern lediglich das neue deutsche Reich und seine Gliederstaaten sowie die zukünftige internationale Gemeinschaft und die Staaten der Welt. Das ist etwas ganz anderes!

Diesem kalten Buche von Pohl stelle ich ein anderes von Franz v. Liszt gegenüber: „Das Wesen des völkerrechtlichen Staatenverbandes und der internationale Prisenhof" (Breslau, M. & H. Marcus, 0,80 M.). Diese kleine Schrift ist mit großer Liebe zu den Fragen der Fortentwicklung der Völkerrechtsgemeinschaft geschrieben, und schon deswegen sehr zu empfehlen. V. Liszt behauptet und beweist trefflich:

1. Der Prisenhof ist ein ständiger, von dem Willen der Streitteile durchaus unabhängiger Weltgerichtshof.

2. Der Prisenhof steht über den internationalen Prisengerichten.

3. Dem Prisenhofe ist rechtsetzende Gewalt eingeräumt.

4. In Prisensachen ist künftig auch der einzelne Staatsbürger Subjekt des Völkerrechts.

Nur ein Punkt, den auch Pohl viel zu wenig beleuchtet hat, bedürfte in dem Buche v. Liszts noch einer weiteren Ausführung. Ich hätte gerne eine klare und erschöpfende Unterscheidung eines internationalen Schiedsgerichts und Gerichtshofes gelesen. Ist der Unterschied im Völkerrechte in der Tat klar hervortretend oder ist die Unterscheidung verschwommen? Ist das Projekt eines wirklich ständigen „Schiedshofes" (diesen Ausdruck gebraucht die offizielle deutsche Uebersetzung für den „Cour de la justice arbitrage") ein Schiedsgericht, oder nicht eher ein wahrer Gerichtshof? Meiner Ansicht nach hat die neuere Entwicklung des Völkerrechts bewirkt, daß man die Schiedsgerichtsbarkeit nicht mehr in einen so scharfen Gegensatz zu der ordentlichen Gerichtsbarkeit stellen darf.

Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf).

☞

Some Plain Reasons For Immunity From Capture Of Private Property At Sea, By Sir John Macdonell, Professor of comparative law, University of London, second edition, London, John Murray, Price Threepence, 1910.

Die vorliegende Schrift kann wärmstens empfohlen werden. Es ist schon eine Tat, daß überhaupt ein Engländer für die Beseitigung des Seebeuterechts eintritt. Gerade bei uns in Deutschland, wo man neuerdings das Seebeuterecht durch die Kriegsnotwendigkeit zu rechtfertigen sucht, könnte mancher daraus lernen.

Dr. Hans Wehberg.

☞

Ernst Freiherr von Plener, Erinnerungen. Erster Band. Jugend, Paris und London bis 1873. Stuttgart und Leipzig. Deutsche Verlagsanstalt. 1911. Gr. 8. 392 S. Geheftet 8 M.

☞

Professor Wilh. Förster, Lebenserinnerungen und Lebenshoffnungen. 1832—1910. Berlins. Georg Reimer. 1911. Gr. 8. 351 S.

In den Lebensbeschreibungen zweier Männer, die in den letzten Jahren tätig an der Friedensbewegung teilgenommen haben, müssen sich notgedrungen auch Hinweise auf diese Bewegung finden. Selbst dann, wenn, wie bei Plener, die Lebenserinnerungen dreißig Jahre vor jener Zeit abschneiden, wo der österreichische Staatsmann in der Bewegung eine Rolle zu spielen begann. Aber jeder, der dem pazifistischen Gedanken in späteren Jahren Folge geleistet hat, muß schon früher einmal seine Gedanken damit beschäftigt haben. In einer harmlosen Betrachtung des jungen Plener, die er über die auf einem Kanaldampfer angetroffenen jungen Deutschen macht, die ihrer Einberufung zum Kriege gegen Frankreich Folge leisteten und dabei patriotische Lieder sangen, finden wir bereits pazifistische Ideen. „In der Nacht kamen mir bei dieser Szene", so heißt es in den Erinnerungen S. 248, „Gedanken über den Krieg und den Staat überhaupt, wie das Schicksal der Staaten und die wirkliche Entscheidung in den wichtigsten Fragen eigentlich immer in der Hand nur weniger liegen, und wie von den Entschlüssen, dem Temperament, dem Ehrgeiz dieser wenigen das Geschick von Hunderttausenden abhängt, die von der Sache selbst oft kaum eine Kenntnis haben, niemals in die Lage kommen, ihren Willen darüber zu äußern, deren unbestimmtes Gefühl für ihr Vaterland erst durch den äußeren Zwang und die Entscheidung von oben Richtung und Inhalt bekommt, deren ganze Existenz aber vermöge ihrer staatlichen Zugehörigkeit mit allen Konsequenzen von der Aktion ergriffen wird." Von einem, der als 29jähriger so dachte, kann es nicht wundernehmen, wenn er als reifer Mann für die Prophylaxis des Krieges eintritt. Von großem Interesse ist in Pleners Lebenserinnerungen die umfangreiche Darstellung des Alabamaschiedsfalles, dessen Verwicklungen der Verfasser als Mitglied der österreichischen Botschaft in London genau verfolgt hatte. Die Darstellung der ungeheuren Schwierigkeiten und Kämpfe läßt das Friedenswerk von Genf erst recht in seiner vollen Bedeutung erscheinen. Im folgenden Bande der „Erinnerungen" werden wir sicherlich interessante friedenshistorische Belege aus der Geschichte des letzten Jahrzehnts finden.

Die Lebenserinnerungen Professor Försters bieten eine reichere pazifistische Ausbeute als der vorliegende erste Band der Plenerschen Erinnerungen. Trotzdem auch Förster erst sehr spät — vor einigen Jahren erst — wirklich tätig in die Friedensbewegung eingegriffen hat. Aber sein ganzes Leben war doch Zielen gewidmet, die mit der modernen Friedensbewegung aufs engste zusammenhängen. So der internationalen Organisation und der Verbreitung „ethischer Kultur". Was Förster für die Organisierung der internationalen Erdmessung, der Vereinheitlichung des Maß- und Gewichtswesens, der internationalen Organisation der astronomischen Wissenschaft geleistet hat, ist als praktischer Pazifismus von hoher Bedeutung. Seine diesbezüglichen Schilderungen werden daher von jedem, der sich für die internationale Organisation interessiert, mit größtem

Interesse gelesen werden. Ebenso wichtig sind seine Schilderungen der Gründung der Gesellschaft für ethische Kultur in Berlin und des Internationalen Ethischen Bundes. Im 44. Kapitel schildert Förster seine Tätigkeit im Dienste der „Conciliation Internationale" und seine Zusammenarbeit mit d'Estournelles.

Interessant ist Försters Stellungnahme gegen den nach den ersten deutschen Siegen im Jahre 1870 in Süddeutschland auftauchenden Plan der Annexion Elsaß-Lothringens. Er berichtet darüber: „Ich hatte damals sofort den Eindruck, daß die weitere Verfolgung und Verwirklichung dieses im Rausche der ersten Siege auftauchenden Verlangens andauerndes Unheil für Europa bedeuten würde, und ich richtete deshalb an mehrere Freunde in Süddeutschland und Norddeutschland das Ansinnen, sich sofort an einer kräftigen Gegenwehr gegen diese Eroberungsvisionen zu beteiligen, von denen ich behaupten zu dürfen glaubte, daß sie der höheren Kultur Deutschlands und überhaupt einer höheren Stufe der internationalen Gesittung widersprächen und uns für die Zukunft auch die Entwicklung unseres Zusammenlebens mit den slawischen Völkern im Osten durch deren selbstverständliches Zusammengehen mit einem uns andauernd verfeindeten Frankreich stark erschweren würden."

Leider blieben diese Warnungen ohne Erfolg.

☙

Albert Gobat; Le Cauchemar de l'Europe. Straßbourg und Paris. Treuttel & Würtz und Le Soudier. Gr. 8. 85 S.

☙

F. Stehelin; Der Kernpunkt der elsaß-lothringischen Frage. Kritische Betrachtungen. Straßburg 1911. Treuttel & Würtz. Gr. 8. 45 S.

Zwei neue Schriften zu dieser ewigen und leidigen „Frage". Immerhin lesenswerte Schriften, die den Machthabern im Reiche als Richtschnur dienen könnten. Während der Schweizer die vollständige Autonomie der Reichslande innerhalb des Deutschen Reiches verlangt, begnügt sich der Elsässer mit dem Wunsch nach Versöhnung und Gerechtigkeit, nach Einstellung der Regierungsmethode, die aus den Bewohnern der beiden Provinzen Bürger zweiter Klasse macht. Einig sind die Verfasser darin, daß eine Aenderung in Elsaß-Lothringen Platz greifen müsse, nicht nur im Interesse der Elsässer und Lothringer selbst, nicht nur im Interesse der Deutschen und Franzosen, sondern im Interesse der ganzen zivilisierten Welt. Gerade in diesem Augenblicke, wo die Stellung Elsaß-Lothringens im Reiche der Beratung und Entscheidung der Regierungsfaktoren unterliegt, sind diese Schriften von beachtenswerter Aktualität. Zu einer Erörterung der Einzelheiten wollen wir nicht schreiten, da wir der Ansicht sind, daß der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich am besten gedient wird, je weniger jenes Problem „erörtert" wird.

☙

Erzherzog Ludwig Salvator; Einiges über Weltausstellungen. Prag. Heinrich Mercy Sohn. 1911. 68 S. Nicht im Buchhandel.

In dieser kleinen Schrift gibt der Verfasser auf Grund jahrzehntelanger Studien und eigener Anschauung nützliche Fingerzeige für die Veranstaltung und Organisierung von Weltausstellungen. Pazifistisch interessant werden die Ausführungen dadurch, daß darin der Wunsch ausgedrückt wird, das Ausstellungswesen international zu regeln. Welch wichtige Aufgabe läge darin für das geplante pan-europäische Bureau!

Auch die Bedeutung, die der Verfasser den Weltausstellungen beimißt, ist pazifistischer Natur. Er findet, daß sie das Sichkennenlernen der Völker befördern, und daß sie so „die Basis zu dem anzuhoffenden Frieden unter denselben" bilden. Als eine weitere „pazifizierende Wirkung" der Weltausstellungen hebt der Verfasser die an die Ausstellungen sich anschließenden Kongresse hervor. Er weist auf die großartige friedenstiftende Wirkung der franko-britischen Ausstellung von 1908 hin, die „unter der Egide von Edouard the Peace-Maker" stattfand, und sagt zum Schlusse: „Gegenwärtig, wo von so vielen Seiten friedliche Tendenzen angestrebt werden und gerade heuer der 19. Friedenskongreß abgehalten werden soll, kann die wohltuende Wirkung der Völker-Verbindung nicht genügend betont werden."

Diese Anschauungen sind um so erfreulicher, als der Verfasser ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses ist.

☙

Office Central des Institutions Internationales. Bruxelles, 3 bis Rue de la Regence. Publication No. 15. L'Office Central des Institutions Internationales. Son Organisation, ses Services, ses Travaux. Bruxelles 1911. 72 S. Mit zwei Bildtafeln.

Die vorliegende Schrift enthält eine Darstellung der Geschichte, des Zweckes, des Umfanges und der Arbeiten des Brüsseler Instituts, das sich die Zentralisierung aller internationalen Organisationen zur Aufgabe gestellt hat. Es berichtet über die heutige Entwicklung des Internationalismus, über den im Vorjahre in Brüssel stattgehabten Kongreß der internationalen Assoziationen, über das Annuaire de la Vie internationale, über die geplante Revue des internationalen Lebens, die universelle Dokumentation, das Internationale Museum, die internationale Organisation des Unterrichts, die allgemeinen Dienste des Internationalen Centralbureaus usw. Der Anhang bietet das Statut des Office Central, das ständige Programm, die Liste der internationalen Institute, die Geschichte und den Inhalt des Annuaire de la Vie internationale, die Artikel, die demnächst in der „Revue de la Vie internationale" erscheinen sollen, sowie den Katalog des in Brüssel installierten Internationalen Museums.

Die dem Titelblatte vorangesetzte Tafel enthält die Fassade und den Grundriß des Internationalen Palastes, der in Brüssel errichtet werden und den Sitz der internationalen Weltzentrale bilden soll.

Ein prachtvolles Denkmal des sich kondensierenden Internationalismus bildet diese Schrift. Sie ist ein Siegeszeichen des Pazifismus.

☙

Kemény Ferencz, A Világbéke. Ámüvelt közönség részére, együttal ismeretesül a magyar iskolákban elrendelt békenapra. Budapest. Lampel R. 59 S. 16°. 30 Heller.

Direktor Kemény, der ausgezeichnete Vorkämpfer des Friedensgedankens in Ungarn und

auf dem Gebiete des Unterrichtswesens überhaupt, hat mit dieser Schrift, in der das Wissenswerteste über die Friedensbewegung enthalten ist, unserer Sache wieder einen guten Dienst erwiesen. Die Veröffentlichung erfolgte in einer Sammlung, die in Preis, Ausstattung und auch in bezug auf die Verbreitung der berühmten Reclamschen Sammlung gleichkommt. Während sich die Leitung der Reclamschen Sammlung bislang immer noch weigerte, eine orientierende Schrift über die Friedensbewegung zu verlegen, ist eine solche Veröffentlichung in der Sammlung der Firma Lampel möglich gewesen. Für die Verbreitung des Friedensgedankens in Ungarn wird diese billige und übersichtliche Veröffentlichung sicherlich viel beitragen.

☞

G. Grosch, Dr. phil. jur. et sient. polit., Das Völkerrecht und die Weltfriedensbewegung. Separatabzug aus der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Verlag der H. Lauppschen Buchhandlung in Tübingen. 67. Jahrgang. 1911. Heft 2. Nicht im Buchhandel.

Das Thema, das sich der Herr Verfasser zur Aufgabe gestellt hat, ist gewiß eines der aktuellsten. Die Durchsetzung der Völkerrechtswissenschaft durch den Pazifismus hat in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß eine sachliche Darstellung der Entwicklung dieser Durchdringung höchst wünschenswert erschien. Es scheint jedoch, daß dem Verfasser dabei die Uebersicht gefehlt hat, daß ihm die richtigen Quellen nicht vollständig zur Verfügung gestanden haben. Er schweift zu weit in die Vergangenheit ab und legt auf den wichtigsten Zeitpunkt, auf die Entwicklung nach der ersten Haager Konferenz, zu wenig Gewicht. Es ist eine fleißige Arbeit, aber keine nützliche. Sie scheint a posteriori vorgenommen worden zu sein. Das heißt: Es dürfte der Titel gegeben worden sein, dem die Arbeit zuzusteuern versuchte. Sie ist nicht aus dem überreichen Material unserer Tage heraus erwachsen. Wie es heißt, arbeitet der Verfasser an einer neuen Schrift ähnlicher Richtung, bei der er Gelegenheit haben wird, die Lücken der vorliegenden Arbeit auszufüllen. Befremdend ist es, daß wir über die moderne Friedensbewegung darin gar nichts vernehmen. Was sollen in einer Schrift über Völkerrecht und Friedensbewegung die wiederholten Hinweise auf St. Pierre und Kant? Von deutschen Pazifisten kennt der Verfasser nur Schlief, und diesen anscheinend nur aus den Zitaten bei Nippold. Daß er Novicow oft zitiert, ist dankenswert. Aber warum nur sein ältestes Buch und nicht seine viel bedeutenderen neueren Schriften? Man könnte noch viel aussetzen.

☞

Demnächst erscheint im Verlage von J. C. B. Mohr in Tübingen:

Dr. Hans Wehberg, Kommentar zu dem Haager Abkommen betr. die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten. Zirka 4 M.

Das Buch ist die erste ausführliche Erläuterung der friedensrechtlichen Ergebnisse der zweiten Haager Konferenz von 1907 in Form eines Kommentars. Die Organisation und das Verfahren der internationalen Schiedsgerichte, insbesondere des Haager Schiedshofs, sind eingehend gewürdigt und überall die zahlreichen schiedsgerichtlichen Fälle der neueren völkerrechtlichen Praxis herangezogen. Daneben ist auch das Recht der Vermittlung und der Untersuchungskommissionen dargestellt.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Otto Bütow, Die Weltschule. Eine deutsche Weltanschauung. Leipzig. Karl R. Vogelsberg. 1911.

Theodor Fuchs, Esperanto, seine Entstehung und Bedeutung. Wien. Selbstverlag. 1911.

—, Esperanto und Ido. Wien. Verlag des Verbandes der deutsch-österreichischen Esperantovereine. 1911.

Ludwig Hammerschlag, Zur Sammlung im Internationalen Orden für Ethik und Kultur. Vortrag, gehalten in Freiburg i. Br. am 24. Januar 1911. Verlag Heim, Freiburg I.

Edwin Ginn, World Peace Foundation. Eine Programmschrift. Boston 1911.

Nicholas Murray Butler, University Administration in the United States. Reprint. from the Educational Review. April 1911. New York.

Perris, G. H. A short History of War and Peace. London. Williams and Norgate. Cloth. 1 Sh. 254 S.

International Conciliation, April 1911. No. 41. Alvin S. Johnson, The Expansion of Military Expenditures. New York.

Union Interparlementaire. Rapport du Secrétariat général au Conseil interparlementaire pour l'année 1910 suivi du programme du bureau pour 1911. Brüssel 1911.

Conciliation internationale. No. 3. Mars. Notre Visite au Parlement Russe. Avec une notice de M. Henri Fromageot, une Introduction et des conclusions par M. d'Estournelles de Constant. Paris. Ch. Delagrave. 301 pages. Avec des Illustrations. 1910.

Le Prix Nobel en 1909. 8°. Mit Porträts. Stockholm 1910.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (früher „Friedensblätter"), Eßlingen. April. O. Umfrid. Der Angelpunkt der Welt. — Die Friedensidee im deutschen Reichstag. — Reichskanzler und Rüstungsstillstand. — Der wahre Patriotismus. — usw. usw.

Der Friede. (Bern.) April. K. W. Sch., Ein internationaler Gerichtshof in Bern. — Bethmann gegen Rüstungseinhalt und Schiedsverträge. — usw. usw.

„La Paix par le Droit." (Paris.) April. Frédéric Passy, Ceux qu'ils font honorer: Dudley-Field, Gladstone et Cobden. — T. Baty, l'Arbitrage anglo-américain. — Charles Richet, Justice et Injustice. — Ch. Beauquier, l'Hypocrisie de la Conquête. — Th. Ruyssen, l'Arbitrage et le Désarmement devant les Parlements européens. — usw. usw.

Bulletin de la Ligue des Catholiques français pour la Paix. (Brignais.) Nr. 15. Mgr. Batiffol, Les

Premiers Chrétiens et la guerre. — Les Société catholiques de la Paix existant en Europe. — A. Vanderpol, Appel des Catholiques français aux Catholiques Belges. — usw. usw.

La Paix. (Genève.) März. Alf. Testury, Ce que coûtent les guerres. — La grande Illusion. — Discours prononcé par Victor Hugo à l'ouverture du Congrès Universel de la Paix (Paris 1849). — usw. usw.

The Arbitrator. (London.) April. Unrestricted Arbitration. Sir Edward Grey's Great Speech. Mr. Balfour's Support. — Annual Report and Balance Sheet of the International Arbitration League. — The League annual Dinner.

The Concord. (London.) April. Felix Moscheles. What will be said of us? — The economies of war. — The declaration of London. — Rodgers Pratt Memorial Lectures. — Warfare in the Air.

Peace and Goodwill. (Wisbech.) April.

Advocat of Peace. (Boston.) April. The Mexican Situation. — Organization of the Carnegie Peace Foundation. — The Baltimore Peace Congress. — Elihu Root, The Importance of judicial Settlement. — Robert F. Raymond, Hague Conferences and World Peace. — Quarterly Report for March of the American Association for international Conciliation. — usw. usw.

La Vita Internazionale. (Mailand.) Nr. 7. Berardo Montani, Aurora dal Campidaglio. — Angelo de Gubernatis, Il Cinquentenario del Regno d'Italia. — E. T. Moneta, Il Ministero Luzzatti; il Ministero Giolitti. — usw. usw.

— Nr. 8. E. T. Moneta, La pace armata. — Lino Ferriani, l'Educazione della pace. — usw. usw.

Vrede door Recht. (Haag.) April. De Rijkskanzelier, de Vrede en de openbare Meening. — usw. usw.

Fredsbladet. (Kopenhagen.) April. Gerhard Remp, Den mörske Skygge. — Niels Petersen, Voldgiftstraktater og indskränkning af Rüdingerne. — usw. usw.

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen: Die Friedensbewegung und die katholische Kirche. „Märkische Volkszeitung", 8. IV. * Rev. Morris Joseph, The Peace Movement and the Jew. „The Jewish World", 21. IV. * Graf Albert Apponyi, Amerikanische Eindrücke. „Pester Lloyd", 13. IV. * K. Kautsky, Krieg und Frieden. „Die neue Zeit", Berlin, 28. IV. * A. A., Die große Täuschung. „Neue Züricher Zeitung", 21. IV. * Edwin D. Mead, American Ignorance of Oriental Languages. „Unity" (Chikago), 16. III. * A. Vanderpol, Un précurseur du pacifisme. „Le Patriote" (Brüssel), 10. IV.

II. Internationale Politik: Prof. Richard Eickhoff, Internationale Verständigung. „Fränkischer Kurier", 7. IV. „Neue Badische Landeszeitung", 7. IV. „Barmer Zeitung", 7. IV. „Königsberger Hartungsche Zeitung", 7. IV. „Mainzer Anzeiger", 7. IV. * Prof. Dr. Rudolf Kobatsch, Die Aktion der Handelskammern. „Neues Wiener Tagblatt, 6. IV. * Generalmajor Keim, Deutschland und Frankreich. „Der Tag", 12. IV. * Geheimnisse der Diplomatie. „Die Große Glocke" (Berlin), 12. IV. * Wir und Italien. „Oesterr. Rundschau", 15. IV. * Oesterreich-Ungarn und Italien. „Frankfurter Zeitung", 24. IV. * Legationsrat a. D. vom Rath, Praktische Verständigung. „Der Tag", 20. IV.

III. Völkerrecht: Dr. Hans Wehberg, Der zentralamerikanische Gerichtshof und das Schiedsgericht für Ansprüche von Versicherungsgesellschaften gegen ausländische Staaten. „Wallmanns Versicherungs-Zeitschrift" (Gr. Lichterfelde), 5. II. * Ders., Die Frage der Revision eines Schiedsspruches vor dem Haager Schiedsgerichtshofe. „Allg. österr. Gerichts-Zeitung", 18. III. * Ders., Das Urteil des Haager Schiedshofs in der Orinokofrage. „Oesterr. Versicherungs-Zeitung", 18. II. * Ders., Das Versicherungswesen und der internationale Prisenhof. „Oesterr. Versicherungs-Zeitung", 18. III. * Ders., Die Bedeutung des internationalen Prisenhofes für die Versicherungsgesellschaften. „Annalen des gesamten Versicherungswesens" (Leipzig), 23. III. * Alfred H. Fried, Ein Schiedsvertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten. „Kölnische Zeitung", 13. IV. * Spenser Wilkinson, Schiedsvertrag und Friede. „Pester Lloyd", 16. IV. * R. Heilberg, Die Schiedsgerichtsdebatte im deutschen Reichstag. „Die Frau im Osten", 15. IV. * Heinrich Friedjung, Bündnisse und Schiedsvertrag. „Vossische Zeitung", 20. IV.

IV. Internationales.

V. Wirtschaftliches: Naumann, Das Rüstungssyndikat. „Die Hilfe" (Schöneberg-Berlin), 8. IV. * G. Ledebour, Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung. „Der Vorwärts", 6. IV. 8. IV. * Ders., Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung. „Leipziger Volkszeitung", 7. IV. * E. H., Abrüstung und Schiedsverträge. „Deutsche Tageszeitung" 4. IV. * Die Bilanz der Rüstungen. „Der Vorwärts", 5. IV. * Pannekoek, Abrüstungsfragen. „Leipziger Volkszeitung", 8. IV. * K. R., Die Sozialdemokratie und die Kriegsrüstungen. „Leipziger Volkszeitung", 8. IV. * Fritz Nienkemper, Der Reichskanzler über Abrüstung und Schiedsgerichtsverträge. „Allgemeine Rundschau" (München), 8. IV. * Generalleutnant z. D. v. Reichenau, Neues Hoffen. „Der Tag", 14. IV. * Walther Rathenau, Politik, Humor und Abrüstung. „Neue freie Presse", 16. IV. * Die Konsequenzen. „Leipziger Volkszeitung", 21. IV. 22. IV. * O. Umfrid, Bethmann Hollweg macht Schule. „Der Beobachter", 27. IV. * G. Ledebour, Sozialdemokratie und Rüstungsbeschränkung. „Die Tribüne", 8. IV. * Feldmarschalleutnant v. Wannisch, Ueber Millionenheere. „Deutsche Revue" (Stuttgart), V. * Die Rüstungsfrage im Urteil englischer und deutscher Sozialisten. „Flensburger Nachrichten", 26. IV. * Gädke, Das Flottengesetz. „Berliner Tageblatt", 26. IV. * Die Abrüstung und ihre Anwälte. „Neue Preußische (Kreuz) Zeitung", 25. IV. * Max Schippel, Kein Mann und kein Groschen oder Reformismus? „Sozialist. Monatshefte",

IV. * A. L., Die Bilanz der Rüstungen. „Neues Wiener Tagblatt", 18. IV. * Die S. D. P. und Kriegsrüstungen. „Vorwärts", 22. IV. * Georg Gothein, Die Formel der Rüstungsbeschränkung. „Berliner Tageblatt", 22. IV. * E. Fitger, Die Politik. Deutschlands Stellung zu Schiedsgerichten und Rüstungsbeschränkung. „Finanz-Chronik" (London), 15. IV. * Eine Anklageschrift gegen den Militarismus. „Leipziger Volkszeitung", 20. IV. * (Normann Angell), Deutschland, England und die Abrüstungsfrage. „Pariser Zeitung", 22. IV.

Briefkasten.

W. K., Zoppot. Den Wortlaut des Schiedsvertrags zwischen Deutschland und England finden Sie in Fleischmanns „Völkerrechtsquellen", Seite 341. — Gewiß hat der Reichskanzler dieses Vertrages in seiner Rede vom 30. März Erwähnung getan. Siehe den Abdruck der Rede in der Friedens-Warte, Seite 109, 1. Spalte, Zeile 7 von oben.

W. Sch., Cöln. Die Friedenskongresse haben sich immer für den Freihandel ausgesprochen. Vergl. die betreffenden Resolutionen der Friedenskongresse. — Die Tabellen des Professors Kobatsch sind in dessen Broschüre „Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen" enthalten, die bei Konegen in Wien erschienen und durch jede Buchhandlung beziehbar ist. Die Broschüre ist populär geschrieben. — Die Kölner Handelshochschule erhält die „Fr.-W." regelmäßig zugesandt. Diese liegt auch im Lesesaal der Anstalt auf.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft.

Berlin SW. 29, Gneisenaustr. 100 II.

Die Ortsgruppe Berlin der D. F. G. verdankt es der unermüdlichen Propagandatätigkeit ihres Schriftführers, Herrn H. Friedländer, daß sie in den letzten Monaten ein ganzes Stück vorwärts gekommen ist. Besonders haben sich verschiedene Vereine veranlaßt gesehen, in ihren Versammlungen Vorträge über pazifistische Themata halten zu lassen. Nachdem dies schon früher, wie bereits erwähnt, in der Freien Hochschule und im Verein für Schulpolitik hat geschehen können, hat der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe, Herr Pastor Francke, im März im Berliner Handwerkerverein mit dem Thema „Die Weltfriedensfrage" und im Verein Frauenstimmrecht mit dem Thema „Der Krieg als Ueberbleibsel einer versinkenden Kulturstufe" gesprochen. Am 27. April hat er in Luckenwalde im Handwerkerverein einen Lichtbildervortrag gehalten.

Einen ganz unerwarteten Erfolg aber hatte eine von der Ortsgruppe selbst am 5. April einberufene Versammlung in den „Kammersälen", bei der zu dem Thema „Die Religionen und der Völkerfriede" Vertreter der verschiedensten Konfessionen sich einmütig für den Pazifismus erklärten. Es sprachen für die Protestanten Pfarrer Nithack-Stahn von der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, für die jüdische Gemeinde Rabbiner Dr. Warschauer, für die Monisten Dr. Vielhaber, für die Heilsarmee Brigadier Treite und für die Bischöfliche Methodistenkirche Kaufmann Furrer, außerdem noch zahlreiche Diskussionsredner der verschiedensten Bekenntnisse. (Unvertreten blieb auffallenderweise die katholische Kirche, deren Geistliche sämtlich eingeladen worden waren, jedoch, bis auf einen, nicht einmal zu antworten der Mühe für wert befunden hatten.) Die Beteiligung an dieser Versammlung war eine ungeheure. Hunderte füllten, Kopf an Kopf gedrängt, den großen Saal, und Hunderte mußten wieder umkehren, weil sie keinen Platz mehr fanden. Zuletzt wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

> In großer öffentlicher Versammlung haben heut Vertreter der verschiedensten Konfessionen und Kulturgesellschaften einmütig ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß der Krieg den Geboten der Religiosität zuwiderläuft. Es gibt keine Religion, die ihren Bekennern nicht die Pflicht der allgemeinen Menschenliebe auferlegte. Deshalb ergeht an die Anhänger aller Religionsbekenntnisse der Ruf: Unterstützt um eures Glaubens willen die auf den Weltfrieden abzielenden Bestrebungen der Regierungen und der Völker! Ein Glaube, der sich dieser Konsequenz entzöge, bestände schlecht die Probe seines sittlichen Gehalts.

Die Berichterstattung der Berliner Presse war nur in den Blättern der demokratischen Linken eine der Bedeutung der Versammlung angemessene. Die Blätter der Rechten, die so oft die religiösen Interessen wahrzunehmen vorgeben, haben für solche Art Religiosität, die über dogmatische Unterschiede hinweg die Herzen und Hände der Menschen zu einem Friedenswerk einigt, offenbar nicht viel übrig. Dafür erfolgten zahlreiche Beitrittserklärungen aus der Mitte der Versammlung, denen auch in den folgenden Tagen noch mehrfache Zustimmungserklärungen und weitere Beitritte sich anschlossen.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

XX. Hauptversammlung.

Abgehalten am 6. April 1911, im Festsaale des Kaufmännischen Vereines.

Die Präsidentin, Baronin Suttner, verweist zunächst darauf hin, daß seit der ersten Hauptversammlung volle 19 Jahre vergangen sind, daß sich die Friedensbewegung bereits über die ganze Erde verbreitet habe und daß im verflossenen Jahre Friedensgesellschaften in Rußland und auch in Japan gegründet wurden. Auf die Vereinstätigkeit von 1910 zurückkommend, führte sie aus, daß in den früheren Jahren, auch im vergangenen Jahre Schritte unternommen wurden, um für unsere Sache die Mitwirkung der Schule und auch der Kirche zu gewinnen. Professor Masaryk brachte im

Reichsrate einen Antrag gegen die Rüstungen ein. Alfred H. Fried veröffentlichte in der Wiener Tagespresse viele ausgezeichnete Artikel über die Rüstungsfrage, deren einer, „Die Dreadnoughtlüge", als Separatabdruck erschien und von uns massenhaft verteilt wurde. An den ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Theodor Roosevelt, wurde anläßlich seines Aufenthaltes in Wien ein Begrüßungsschreiben gerichtet, das von ihm in herzlichster Weise erwidert wurde. Auf Anregung des Vorstandsmitgliedes Dr. A. Witz-Oberlin wurde an den evangelischen Oberkirchenrat ein Gesuch um Einführung eines Friedenssonntages gerichtet. Ein gleiches Gesuch erging an 33 Bistümer Oesterreichs. Wie im Vorjahre wurde auch heuer ein von unserem Vorstandsmitgliede kais. Rat Dr. Ludwig Karell verfaßtes Gesuch um Einführung eines Friedenstages in den Schulen, an das Unterrichtsministerium abgesendet. Desgleichen ein solches von unserer Ortsgruppe in Linz, welches Dr. J. Pierer verfaßte. Die Antwort steht noch aus. Von Erfolg begleitet war der Antrag Baron Aichelburg-Labia im Kärntner Landtage; er wurde angenommen, und so findet alljährlich am 18. Mai in Kärnten ein „Friedenstag in den Schulen" statt. Baronin Suttner kam nun auf den Weltfriedenskongreß in Stockholm zu sprechen, bei dem unsre Gesellschaft, ferner der Wiener Akademische Friedensverein, sowie das Austro-italienische Freundschaftskomitee vertreten waren. Von den vielen Friedensvorträgen erwähnte sie besonders den von Miß Anna Eckstein aus Boston, Professor Charles Richet, Prof. Ostwald und Dr. R. Broda. Zum Schlusse gedachte sie der mit dem Tode abgegangenen Friedensförderer.

Hierauf wurde Hofschauspieler Heinrich Prechtler in den Vorstand kooptiert, und erstatteten die Revisoren Herr Alfred Pettersch und Herr Rudolf v. Harrer den Kassenbericht.

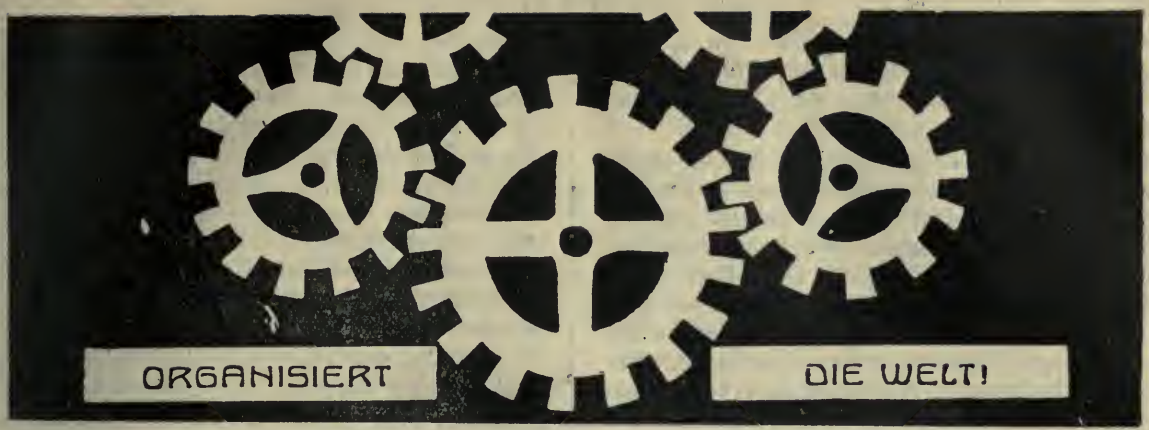
Nach beendigter Hauptversammlung fand ein Vortrag des Marburger Universitätsprofessors Dr. Walther Schücking statt. Prof. Schücking führte aus:

„Die interessanteste Kulturbewegung der Gegenwart ist der politisch-organisatorische Zusammenschluß der Kulturstaaten zu einem Weltstaatenbund. Die Idee des Weltstaates ist uralt und zuerst von Alexander dem Großen verwirklicht worden, der den weltbürgerlichen Gedanken der Cyniker zu vereinen wußte mit der Idee des Kulturstaates, die im griechischen Stadt-Staat entstanden war. Die Idee des Weltkulturreichs, aufgenommen in die Philosophie der Stoa, kommt dann nach Rom. Der Römerstaat der Kaiserzeit bringt für Jahrhunderte den Weltfrieden, aber infolge seiner zentralistischen Gestaltung, die den Teilen keine selbständige Stellung gewährt, geht das römische Reich schließlich an einer gewissen inneren Blutleere zugrunde. Im beginnenden Mittelalter übernimmt dann die Kirche vom antiken Staat den Gedanken des Universalismus. Um sich an eine universale, weltliche Macht anlehnen zu können, gebiert das Papsttum aus sich das mittelalterliche Kaisertum. Auch dieses bedeutete eine internationale Macht, die allein der abendländischen Kultur Schutz gewährt hat gegen Normannen, Slaven, Ungarn, Griechen und Sarazenen. Der politische Zusammenbruch des deutschen Kaisertums war insofern verhängnisvoll, zumal es dem Papsttum nicht gelang, eine politische Weltherrschaft zu behaupten. So folgt auf das Mittelalter ein böses Zeitalter der Desorganisation Europas mit ständigen Koalitionskriegen, die namentlich Deutschland verwüsten. Die Menschheit gewöhnt sich so sehr an den Krieg der Kulturvölker untereinander, daß sie darin ein Glied der göttlichen Weltordnung erblickt. Erst das 19. Jahrhundert verknüpft dann wieder die Staatenwelt miteinander, doch jene Flutwelle von Internationalismus, die im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität über die Erde dahingeht. Der Raum ist überwunden. Wir leben im Zeitalter der Weltwirtschaft. Deshalb ist es die Aufgabe unserer Zeit, auch hier die Rechtsordnung der veränderten Tatsache anzupassen. Die bisherige politische Struktur der unverbundenen und feindselig nebeneinander stehenden Einzelstaaten ist zurückgeblieben hinter den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen. Der erste Haager Friedenskongreß von 1899 bemüht sich auf Anregung der Pazifisten zum ersten Male, hier einen Ausweg zu schaffen, durch friedliche Verknüpfung der Staatenwelt. Wertvolle Ansätze sind hier gelungen, namentlich durch Einführung des ständigen Schiedsgerichts. Schon wollte die zweite Haager Konferenz das Weltschiedsgericht obligatorisch machen. Wenigstens ist bei diesem Bemühen eine Resolution zugunsten des Prinzips des obligatorischen Schiedsgerichts herausgekommen, und man kann sagen, daß die Idee auf dem Marsche ist. Das nächste Ziel müssen Verträge über Beschränkung der Rüstungen sein. Der Austausch der Rüstungsprogramme zwischen England und Deutschland ist ein wichtiger Anfang dazu. Der im Werden begriffene Weltstaatenbund wird in den Haager Konferenzen sein oberstes Organ haben, deren weiterer periodischer Zusammentritt heute schon tatsächlich gesichert ist. Gewöhnt, gemeinsam zu arbeiten, werden die Kulturnationen dann immer mehr von dem Gedanken abkommen, daß sie von Zeit zu Zeit aufeinander schießen müßten. Der Krieg wird aufhören, ein Rechtsinstitut zu sein, an die Stelle des monarchischen Weltstaates der Antike wird der republikanische Weltstaat der Zukunft treten, republikanisch, weil aufgebaut auf dem gleichberechtigten Nebeneinander einer Mehrzahl der Staaten. Hier kann sich die Eigenart der Völker frei entfalten, hier wird das schlichte Wort Marc Aurels in Erfüllung gehen, daß die Kulturstaaten sich zueinander verhalten, wie die Häuser einer Stadt."

Die Versammlung spendete dem Redner für den gehaltvollen Vortrag reichen Beifall.

Ortsgruppe Linz. Auch hier fand im verflossenen Monat die Hauptversammlung statt, und wurde unter dem Vorsitze des Vorstandes Herrn Fabrikant Karl Franck im Kaufmännischen Vereinshause abgehalten. Herr Konsul Kautsch erstattete den Jahresbericht, und nach Erledigung des geschäftlichen Teiles hielt Herr Dr. Pierer einen Vortrag über: „Die Friedensbewegung".

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G.m.b.H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien



Juni 1911.

Der amerikanische Entwurf und Deutschland.

Am 17. Mai hat der Staatssekretär Knox die ersten offiziellen Mitteilungen über den Umfang jenes Vertrages gemacht, der als anglo-amerikanischer Schiedsvertrag seit Monaten im Mittelpunkt der Erörterungen steht.

Er teilte zunächst mit, daß der fertig vorliegende Entwurf noch nicht das Abkommen sei, das getroffen werden wird, sondern eben nur ein Entwurf, der als Grundlage von Verhandlungen dienen soll und der noch nicht das Ergebnis von Verhandlungen mit einer andern Macht bildet. Er teilte ferner mit, daß dieser Entwurf nicht nur der englischen, sondern auch der französischen Regierung übermittelt wurde, da diese beiden den Wunsch ausgedrückt hatten, über einen allgemeinen Vertrag, der alle Streitigkeiten, die sich erheben könnten, der friedlichen Lösung zuführt, Erörterungen zu pflegen.

Folgendes seien, nach des Staatssekretärs Mitteilungen, die Grundzüge des Entwurfes:

1. Er erweitert den Umfang unserer bestehenden allgemeinen Schiedsabkommen durch Beseitigung der in einigen enthaltenen Ausnahmen über Fragen von Lebensinteressen und nationaler Ehre.

2. Es wird vorgeschlagen, daß alle Streitfälle, die international zu rechtfertigen sind (justifiable), dem Haager Hof unterbreitet werden sollen, sofern nicht durch Sonderabkommen irgendein anderes Tribunal geschaffen oder erwählt wird.

3. Es wird vorgesehen, daß Streitigkeiten, die eines der Länder nicht als international zu rechtfertigen ansieht, einer Untersuchungskommission unterbreitet werden sollen, die die Vollmacht besitzen wird, Vorschläge zur Beilegung zu machen.

4. Die Kommissionen setzen sich aus den Angehörigen beider Länder zusammen, die Mitglieder des Haager Hofes sind.

5. Sollte die Kommission entscheiden, daß die Streitigkeiten schiedlich beigelegt werden sollen, so ist diese Entscheidung bindend.

6. Schiedsfälle unterliegen der Beratung und der Zustimmung des Senates.

7. Bevor man zur Schiedsgerichtsbarkeit schreitet, soll, selbst in Fällen, wo beide Länder übereinstimmen, daß der Streitfall für eine schiedsgerichtliche Erledigung geeignet sei, die Untersuchungskommission die Notwendigkeit einer schiedsgerichtlichen Erledigung prüfen. Die Betätigung dieser Kommission hat nicht die Wirkung eines schiedsgerichtlichen Urteils.

8. Auf Verlangen nur einer Regierung soll die Kommission ihren Ausspruch um ein Jahr verschieben, um Gelegenheit zur diplomatischen Beilegung zu geben.

Nach den vielen falschen Angaben, die über den Inhalt jenes Vertrages berichtet wurden, endlich eine authentische. Man erinnere sich nur, welcher Unsinn über den Inhalt jenes Vertrages herübergekabelt wurde und wie dieser Unsinn von der alldeutschen und konservativen Presse mit Triumphgeschrei aufgenommen und als ein Fiasko des Vertragsgedankens dargestellt wurde. Nach einer Meldung sollten alle die Monroedoktrin betreffenden Streitfälle von der friedlichen Beilegung ausgenommen sein, nach einer andern sollte es den vertrag-

schließenden Staaten gar verboten sein, ohne gegenseitige Einwilligung ein Bündnis mit einem Lande einzugehen, und ähnlicher Unsinn mehr.

Aber auch obige offizielle Darlegungen wurden nicht unverstümmelt nach Europa übermittelt, so daß man sich kein richtiges Bild über die Absichten der amerikanischen Regierung und über die wahre Bedeutung des Entwurfes machen konnte. Dennoch gab es „Kommentare" in Fülle, die, da sie auf ungenauen Voraussetzungen beruhten, auf Richtigkeit keinen Anspruch zu erheben vermögen. Vor allen Dingen nahm man an den Untersuchungskommissionen Anstoß, in denen man eine Beeinträchtigung der Schiedsgerichtsbarkeit zu erblicken meinte. Die „Frankfurter Zeitung" erklärte unumwunden, daß diese Kommissionen geeignet sind, das Institut der Schiedssprechung ernstlich zu gefährden.

Dieser Anschauung vermag ich mich keineswegs anzuschließen. Der Zweck dieser in den Vertrag hineingebrachten Untersuchungskommissionen scheint mir lediglich der zu sein, das Einspruchsrecht des amerikanischen Senats für jeden einzelnen der friedlichen Beilegung zu unterbreitenden Schiedsfall zu umgehen, und so dem Abkommen seinen wirklich ständigen Charakter zu bewahren. Bekanntlich besteht in den Vereinigten Staaten ein Streit über die Auslegung der Bestimmungen der Verfassung, nach der jeder Vertrag vom Senat mit Zweidrittelmehrheit zu billigen ist. Das Recht auf Genehmigung des Schiedsvertrages als solchem wird dem Senat nicht bestritten. Nun sieht aber jeder Schiedsvertrag das sogenannte Kompromiß vor, das heißt eine vor jeder Schiedsentscheidung abzuschließende Vereinbarung, in der der Umfang des Streitfalles, die Kompetenz der Richter, das Verfahren und sonstige Details festzusetzen sind. Ob dieses Kompromiß nun ebenfalls ein Staatsvertrag ist, der verfassungsgemäß der Genehmigung des Senats unterliegt, oder nur eine Ausführungsmaßnahme der Regierung, das ist der Streit. Da der Senat bei der Annahme beharrt, auch das Kompromiß sei ein Staatsvertrag, so bewirkt er damit, daß die Vereinigten Staaten wirklich bindende Schiedsverträge gar nicht abschließen können, da der Senat jederzeit in der Lage wäre, ein ihm vorgelegtes Kompromiß abzulehnen, wodurch das Obligatorium des Schiedsabkommens natürlich illusorisch wäre. Dieser Standpunkt des amerikanischen Senats ist um so bedauerlicher, als bei allen anderen Staaten eine solche verfassungsmäßige Beschränkung des Vertragsrechtes nicht besteht, so daß alle Staaten, die mit der Regierung der Vereinigten Staaten ein ständiges Schiedsabkommen eingehen, ihrerseits für die Dauer des Vertrages vollständig gebunden sind, die Vereinigten Staaten selbst eigentlich gar keine Bindung eingehen.

Es ist nun klar, daß die Regierung des Präsidenten Taft, die die Absicht hat, einen Vertrag zum Abschluß zu bringen, der an Umfang alle bisherigen Vertragsabschlüsse übertrifft, der ein Instrument sein soll, das die Gewaltanwendung zwischen den Vertragsschließenden völlig ausschaltet, in erster Linie darauf bedacht sein mußte, die Bindung so zu gestalten, daß der Vertrag kein einseitiger wird, daß auch die Vereinigten Staaten gehalten seien, jeden Streitfall — und nicht nur jenen, dem der Senat von Fall zu Fall sein placet erteilt — durch friedliche Mittel zur Beilegung zu bringen. Diesem Zwecke scheinen mir nun jene Untersuchungskommissionen in erster Linie zu dienen. Die Entscheidung einer solchen Untersuchungskommission, sei es, daß sie die diplomatische Beilegung fordert, sei es, daß sie die Bestimmung trifft, daß ein Streitfall schiedlich beizulegen sei, ist in keinem Falle mehr ein Staatsvertrag. Der Senat hat dann kein Einspruchsrecht mehr.

Darum wurde auch die Bestimmung getroffen, die oben in Punkt 7 angeführt ist, daß selbst in Fällen, wo beide Länder über die schiedliche Erledigung eines Streitfalles einig sind, die Untersuchungskommission die Notwendigkeit einer schiedlichen Erledigung prüfen soll. Die Entscheidung der Kommission erübrigt das Kompromiß, schaltet eben den Senat aus. Die Frage ist nur, ob der Senat dieses seine Befugnisse so sehr beschränkende Hauptabkommen ratifizieren wird. Es wird dies von der gegenwärtigen Zusammensetzung dieser Körperschaft abhängen, und davon, ob die Mehrheit einsieht, daß die willkürliche Auslegung einer Verfassungsbestimmung einen der größten Fortschritte der Menschheit zu hindern imstande ist.

Aber noch von einem andern Gesichtspunkt aus möchte ich dem Einwand begegnen, daß dieser Vertragsentwurf geeignet erscheint, die Schiedsgerichtsbarkeit zu beeinträchtigen. Ich habe immer die Anschauung vertreten, daß die Schiedsgerichts-

barkeit nur eines der Mittel zur Ausschaltung des Krieges ist und keineswegs das geeignetste. Ihre Ausbreitung und ihr Wachstum erscheinen auch mir als ein günstiges Zeichen für die Entwicklung der internationalen Organisation, und ihre Erfolge betrachte ich gerade unter der noch vorherrschenden zwischenstaatlichen Anarchie als einen hochbedeutenden Fortschritt. Aber die internationalen Rechtseinrichtungen erscheinen mir als nichts anderes als die Symptome einer bereits vor sich gegangenen geistigen Wandlung der internationalen Gesellschaft, als das Ergebnis des erwachten internationalen Willens zum Recht. Und dieser Wille zum Recht wird die Rechtsinstrumente nicht mehr unbedingt nötig haben. Er wird dazu beitragen, daß der Staatenstreit seiner Gefahren (die er heute noch besitzt) entkleidet, daß der Charakter der Konflikte gewandelt wird, so daß der Beilegung durch Vernunftsschluß nichts mehr im Wege stehen wird. Und diese Beilegung wird nicht mehr in allen Fällen, aber am allerwenigsten in den wirklich schwierigen, in den Fällen, wo es sich um Interessen handelt, durch den Spruch Dritter vor sich gehen, sondern durch das weise Entgegenkommen der Streitenden. So erscheint es mir, daß der höchste Erfolg der Schiedseinrichtungen in der Seltenheit ihrer Benützung liegen wird. Einer unter dem Banne des Willens zum Rechte stehenden und im Sinne des Rechtes wirkenden Diplomatie — der wahren Friedensdiplomatie, die wir erst in ihren Ansätzen kennen —, mit den ihr zu Gebote stehenden Einrichtungen, der Vermittlung, der Guten Dienste, der Untersuchungskommission, der diplomatischen Konferenzen, wird der Hauptteil der Aufgabe zufallen, den gewaltlosen Ausgleich zu finden.

Wenn man aber immer noch die Schiedsgerichtsbarkeit als das Ersatzmittel des Krieges an sich betrachtet, wenn man immer noch glaubt, daß hier ein Symptom an die Stelle des andern gesetzt werden kann, ohne daß vorher eine grundlegende Umwandlung der Ursachen vor sich gegangen ist, ohne daß die internationale Struktur eine durchgreifende Veränderung erhalten hat; wenn man von dieser falschen Voraussetzung ausgeht, muß man notgedrungen zu dem falschen Schluß kommen, daß der jetzt vorliegende amerikanische Vertragsentwurf keinen Fortschritt bedeutet, weil er die Schiedsgerichtsbarkeit durch die Rolle, die er den Untersuchungskommissionen zuweist, beeinträchtigt.

Gerade das Gegenteil erscheint mir als das richtige. Gerade weil dieser Entwurf der Schiedsgerichtsbarkeit nicht allein das Feld der Streitlösung überläßt, weil er der außerstreitlichen Lösung der Konflikte auf dem Wege der gemeinsamen Beratung, der diplomatischen Intervention, durch Ausschaltung der Leidenschaften (Vertagung auf ein Jahr!) usw. eine große Rolle zuweist, neben der streitlichen Lösung durch Dritte, erweist er sich als das Produkt tiefsten Erfassens des Friedensproblemes. Man begeht nur den Fehler, in Anlehnung an die bisherige Gepflogenheit, diesen Vertrag als Schiedsvertrag zu bezeichnen. Das ist er nicht! Er wird, wenn er auf dieser Grundlage errichtet wird, die wir jetzt kennen, der erste „Friedensvertrag" sein, den Staaten miteinander abschließen werden. Ein Vertrag, der alle Mittel der gewaltlosen Beilegung — auch die Schiedsgerichtsbarkeit, und nicht nur diese — festlegt zur endgültigen Vermeidung des Krieges.

Genau betrachtet, zeigt dieser Vertragsentwurf ein System von Dämmen, daß das Ueberschäumen der Gewalt hemmen soll, wie Stromfluten vor dem Ergießen in befruchtete Gefilde gehindert werden. Als erster Damm wird das System der Rechtsentscheidung, die Schiedsgerichtsbarkeit in bedeutend verstärkter Form (ohne Vorbehalte) errichtet. In weiser Voraussicht, weil eben die Flut der Gewalt oftmals noch stärker sein könnte als das Recht, wird ein zweiter Damm errichtet: Die Untersuchungskommission. Dieser Damm erfüllt die Funktion eines großen Reservoirs. Er vermag den Anprall der Fluten zu brechen durch die Befugnis einer einjährigen Vertagung des Streites, durch die Ableitung in die Kanäle der Diplomatie und durch die Rückweisung der alsdann geschwächten und verringerten Flutmassen in das Bereich des ersten Damms, der Schiedsgerichtsbarkeit.

So betrachtet, muß uns der amerikanische Musterentwurf, der — wie die Regierung der Vereinigten Staaten offen verkündet hat — allen Staaten der Welt offensteht, als ein Werk genialer Konstruktion erscheinen, das einmal, wenn es erst allgemein nachgeahmt sein wird, geeignet sein dürfte, den Frieden der Welt zu sichern.

* * *

Die Bedeutung jenes Vertrages wird nicht nur im Wortlaut liegen, der schließlich zustandekommt. Viel wichtiger wird die Bekundung jenes Geistes sein, die ihn schuf, wird die moralische Wirkung sein, die er erzeugen wird.

Der Geist, der jenen Vertrag geschaffen haben wird, der Wille, der ihn beherrscht, der Wille zur Ordnung, sie werden die Vertragsstaaten binden und nicht der Wortlaut, nicht die einzelnen Bestimmungen werden dies zu bewirken haben. Der Zustand, den der Vertrag im Auge hat, wenigstens sofern er das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und England betrifft, wird durch ihn nicht erst geschaffen werden. Der Vertrag wird einen bereits vorhandenen, zwischen diesen beiden Ländern seit einem Jahrhundert bereits bestandenen Zustand besiegeln. Er wird die geübte Praxis nur festlegen.

Von diesem Gesichtspunkte aus sind die hämischen Kritiken der alldeutschen und konservativen Presse direkt lächerlich. Mit dem Brustton der Ueberzeugung rufen Sie den Regierenden Englands und der Vereinigten Staaten das schöne Wort Schillers zu: „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre." Als ob die beiden Staaten, weil sie sich verpflichten, auch Ehrenfragen durch das Mittel der Vernunft zu schlichten, auf ihre Ehre verzichten würden. Ein Verzicht auf Gewaltanwendung bei Streitfragen, bei denen die Ehre engagiert ist, heißt nicht auf die nationale Ehre verzichten, sondern darauf verzichten, die Ehre der andern zu verletzen. Ebenso heißt ein Verzicht auf die Verletzung der Lebensinteressen eines Staates durch Gewaltmittel nichts anderes als der gegenseitige Verzicht, die Lebensinteressen des anderen Staates in Frage zu stellen; heißt, daß man bereit ist, in Fällen, wo ein Staat unbewußt die Interessen des anderen kreuzt, oder einer glaubt, daß es wirkliche Lebensinteressen sind, die durch den andern berührt werden, durch gegenseitigen Gedankenaustausch, durch gegenseitige Konzessionen so lange einen Ausgleich zu versuchen, bis die Interessen beider Streitteile gewahrt sind. Ermöglicht wird dieses Bestreben durch den erwachten Willen zum Recht, durch die Erkenntnis des obersten Lebensinteresses aller Staaten an der Erhaltung der Ordnung.

Wenn erst dieser Zustand durch den geplanten Vertrag zwischen zwei oder mehreren Staaten augenfällig hergestellt ist, wird der Kriegsgeist einen Schlag erhalten haben, von dem er sich nicht mehr erholen wird. Es wird dann ein Friedensherd in der Welt vorhanden sein, der ebenso ansteckend wirken muß wie ein Pestherd. Es wird nicht mehr so leicht sein, einen Krieg zu führen, wenn es Staaten geben wird, die durch einen solchen Vertrag bekundet haben, daß sie gesonnen sind, ihre Politik ohne Krieg zu betreiben. Ein Krieg ist in der Kulturwelt nicht mehr möglich ohne die Unterstützung der öffentlichen Meinung, und diese wird angesichts des etablierten Friedenszustandes für einen solchen nicht mehr zu begeistern sein. Sie wird vielmehr an diesem Beispiel einen festen Anhalt finden und mit potenzierter Gewalt die Kriegsgelüste einzelner zu verhindern imstande sein. So wird jener Vertrag auch für jene Staaten wirksam werden, die ihn vorerst noch nicht schließen wollen. Er wird auch jene beherrschen, die ihn ablehnen.

* * *

Auch die deutsche Regierung hat sich den amerikanischen Entwurf zur Einsicht erbeten.

Das ist eine Tatsache von großer Bedeutung.

Es muß vorerst vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt werden. Die Reichsregierung hat, wie ausdrücklich betont wurde, nicht den Wunsch ausgesprochen, mit der Regierung der Vereinigten Staaten darüber in Verhandlungen einzutreten. Nur zur Kenntnisnahme hat sie sich das Formular erbeten. Aber auch dies ist schon freudig zu begrüßen. Gibt die Leitung des Auswärtigen Amtes damit doch zu, daß unsere seit Jahren erhobene Warnung, man isoliere sich nur, wenn man heute der pazifistischen Politik kühl oder ablehnend gegenüber verharrt, richtig war. Wir waren die ersten und die einzigen, die die Haltung Deutschlands gegenüber der Friedenspolitik, namentlich gegenüber den Haager Konferenzen, der Schiedsvertragsbewegung usw. als einen Fehler bezeichneten. Ein großer Fehler wäre es, diese Politik fortzusetzen, und das Verlangen nach dem amerikanischen Entwurf beweist, daß man diesen Fehler nicht mehr machen will.

Freilich, sonst nicht viel mehr!

Es wäre töricht zu erwarten, daß Deutschland heute einen Vertrag schließen würde, wie ihn die Vereinigten Staaten und

England abzuschließen bereit wären. Ich weiß auch gar nicht, ob es wünschenswert wäre, denn wie die Natur macht auch die Politik keine Sprünge. Auch hier ist allmähliche Entwicklung nötig, wenn nicht ein künstlich in die Höhe getriebenes Glashausprodukt zutage gefördert werden soll. Was wir daher von der Beteiligung Deutschlands an diesem Entwurf erwarten können, ist nichts weiter, als ein teilweises Entgegenkommen, einige Bereitwilligkeit, ein wenig Sympathie für die neue internationale Entwicklung, für den Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit, die nun einmal der sichtbare Gradmesser der internationalen Organisation ist.

Ich glaube, man tut der Reichsregierung — und vor allen Dingen der Schiedsgerichtsbarkeit selbst — einen besseren Dienst, wenn man die Regierung nicht zu plötzlichen großen Sprüngen aneifert, wenn man die öffentliche Meinung dahin unterrichtet, daß jeder Schritt Deutschlands in der Schiedssache, wenn es überhaupt nur ein Schritt nach vorwärts ist, dem Reich und der Schiedsgerichtsbarkeit mehr nützt, als ein plötzliches Hineintauchen in die Hochflut der Bewegung. Wer ins Wasser springt, muß erst gezeigt haben, daß er schwimmen kann. Wenn es angebracht erscheint, zu zeigen, daß man von der Reichsregierung rebus sic stantibus keine Riesensprünge erwartet, daß schon ein kleiner materieller Fortschritt als große Förderung der Sache angesehen werden kann, halte ich es auch keineswegs für angebracht, jetzt so zu tun, als ob die deutsche Regierung stets den besten Willen für die Schiedsgerichtsbarkeit an den Tag gelegt hätte und es nur an äußeren Umständen gelegen habe, daß das Reich keine größeren Fortschritte auf diesem Gebiete erreichte. Dies ist von uns sehr nahestehender und hochgeschätzter Seite in der letzten Zeit zweimal geschehen. Das eine Mal war es die führende Tageszeitung des Pazifismus, die „Frankfurter Zeitung", die in einem „Deutschland und der amerikanische Schiedsvertrag" überschriebenen Artikel (27. Mai 1911) die frühere Schiedsaktion der deutschen Regierung in Schutz zu nehmen glaubte. Darin wird hervorgehoben, daß Deutschland trotz seiner gering an den Tag gelegten Liebe für die Schiedssache „noch kein Anerbieten, einen bestimmten Schiedsvertrag abzuschließen, abgelehnt" hat. Und weiter heißt es: „Wir haben 1904 einen solchen Vertrag mit England abgeschlossen. Wir haben in demselben Jahre einen mit Amerika vereinbart, dem trotz aller Bemühungen Präsident Roosevelts der Senat in Washington die Ratifikation versagt hat. Wir haben auf Wunsch der amerikanischen Regierung später noch einmal über einen Schiedsvertrag in der vom Senat gewünschten Form verhandelt, und die Verhandlungen sind wiederum nicht auf deutscher, sondern auf amerikanischer Seite ins Stocken geraten."

Das andere Mal war es unser um die Entwicklung der Schiedsidee in Deutschland so hochverdienter Abg. Richard Eickhoff, der Neuerwecker der interparlamentarischen Gruppe des deutschen Reichstags, der sich in einem „Internationale Schiedsverträge" überschriebenen Artikel im „Tag" (1. Juni) veranlaßt sieht, in das gleiche Horn zu stoßen, und das brave schiedsfreundliche Reich den bösen schiedsfeindlichen Verhältnissen gegenüber zu stellen.

Gemach, meine Herren! Ich glaube, geschichtliche Treue ist doch das beste Kampfmittel, und man nützt der Regierung mehr, wenn man ihre bisherigen Unterlassungen beim richtigen Namen nennt, als wenn man zu Entschuldigungen greift, die der Kritik nicht standhalten. Mit umso größerer Aufrichtigkeit wird man dann die wirklichen Fortschritte der Regierung auf schiedsrechtlichem Gebiete, auch wenn diese noch so klein wären, als solche bezeichnen können.

Die Aktionen der Reichsregierung mögen formell so aussehen, wie sie in den oben angeführten beiden Aeußerungen dargestellt werden, das Reich mag noch kein Schiedsanerbieten „abgelehnt" haben, es mag die Regierung der Vereinigten Staaten formell die Schuld tragen, daß das zweite Schiedsabkommen nicht zustande kam. Doch mag dies nur die Geschicklichkeit der deutschen Diplomatie bekunden, aber nicht deren Sympathie für die Schiedssache. Diese hat bislang nie bestanden und alles spricht dafür, daß die moralische Schuld an dem Nichtzustandekommen des (zweiten) deutsch-amerikanischen Schiedsvertrags allein Deutschland trifft.

Dies ergibt sich aus folgenden Tatsachen.

Die Schiedsverträge, die die Vereinigten Staaten 1904 mit Deutschland, der Schweiz, Portugal, Großbritannien, Italien und Spanien schlossen, wurden allerdings aus den oben ausführlich angeführten innerstaatlichen Gründen von Seiten des Senates nicht ratifiziert. Aber Elihu Root hat, nachdem

die II. Haager Konferenz die auf sie gesetzten Hoffnungen auf Herstellung eines allgemeinen Schiedsvertrages nicht erfüllte (aus wessen Schuld nur?), neue Vertragsverhandlungen mit den obenangeführten Staaten und mit einer Anzahl anderer begonnen und vor seiner Amtsniederlegung 22 (!) Schiedsverträge zum Abschluß gebracht, nur den mit Deutschland nicht.

Und da will man behaupten, daß die Schuld nicht auf deutscher Seite lag.

Vielleicht könnte man es noch glauben, wenn nicht die gesamte übrige Haltung Deutschlands gegen diese Annahme spräche, wenn zum Beispiel das Reich zahlreiche andere Schiedsabkommen schon abgeschlossen hätte. Was zeigt uns aber die Statistik? Die Vereinigten Staaten haben 33 Schiedsverträge abgeschlossen, Großbritannien und Frankreich je 14, Italien 13, kleinere europäische Staaten 10 bis 20, das mit Deutschland verbündete Oesterreich-Ungarn und Rußland sogar je 6, nur das große Deutsche Reich steht mit seinem einzigen Schiedsvertrag (dem mit England abgeschlossenen) in einer Reihe mit Cuba, San Domingo, Haiti, Japan, Panama, Persien, Rumänien und Venezuela. Das spricht doch sicherlich nicht für die bisherige Schiedsfreundlichkeit des Reichs und nicht für die Schuldlosigkeit Deutschlands an dem Nichtzustandekommen des Schiedsvertrages mit Amerika.

Auch daß Deutschland noch nie ein Schiedsanerbieten abgelehnt habe, mag formell richtig sein. Aber in der Praxis war es anders. Dafür haben wir zwei Dokumente. Zunächst die „Botschaft des Schweizer Bundesrates an die Bundesversammlung vom 19. Dezember 1904, betreffend die Schiedsgerichtsbarkeit*), worin die offizielle Mitteilung gemacht wird, daß die Schweizer Regierung mit acht Regierungen wegen Abschluß von Schiedsverträgen in Verhandlungen trat, die am Tage der Botschaft zu Abschlüssen mit Belgien, Groß-Britannien, den Vereinigten Staaten, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Schweden und Norwegen geführt hatten. „Die Verhandlungen mit Deutschland dauern noch fort", heißt es dann. Das war im Dezember 1904. Bis heute sind sie noch nicht zum Abschluß gelangt. Dann haben wir die jüngst erfolgte Erklärung der Regierung im dänischen Folkething über die Entwicklung der Schiedsvertragspolitik, worin mitgeteilt wurde, daß man Deutschland kein Schiedsanerbieten gestellt habe, da man Grund zu der Annahme habe, daß ein solches der Reichsregierung nicht genehm wäre.

Uebergehen wir das Verhalten der Reichsregierung auf beiden Haager Konferenzen, das ja zur Genüge bekannt ist, und erinnern wir nur noch an die letzten Aeußerungen des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 30. März d. J., worin von Schiedsverträgen die Rede ist, die „in Zunder" zerfallen, wenn sich Gegensätze entwickeln, „die an die Nieren" gehen, so haben wir, glaube ich, den Beweis lückenlos geschlossen, der zu erbringen war, um die Schuldlosigkeit der Reichsregierung in bezug auf das Nichtzustandekommen des Schiedsabkommens mit den Vereinigten Staaten bestreiten zu können.

Nur wenn wir uns über die bisherige Haltung Deutschlands diesen Dingen gegenüber klar sind, wenn wir in der Vergangenheit nichts beschönigen, werden wir uns der Veränderungen dieser Haltung freuen, werden wir die Regierung dabei unterstützen können. Die Einforderung des Vertragsmusters ist im Hinblick auf die bisherigen Gepflogenheiten schon solch ein erfreulicher Schritt. Und wenn wir die Forderung aufstellen, Deutschland soll an dem vorbehaltlosen Vertrag, den England mit Amerika schließen will, dem Frankreich seine Zustimmung zu geben bereit sein soll, noch nicht teilnehmen, sondern vorher einen Vertrag nach altem Muster schließen, soll die Ehrenfragen und die Lebensinteressen noch ruhig vorbehalten, so werden wir dem Fortschritt besser dienen, als wenn wir die Regierung auffordern, den zweiten Schritt zu tun, ehe sie den ersten getan hat.

Wir werden dabei auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Bedenken wir doch auch, daß jene Vorbehalte der Ehre und der Lebensinteressen in einem Vertrag gar nicht jene Bedeutung mehr haben, wenn bereits ein Vertrag oder deren mehrere zwischen Großmächten geschlossen worden sind, die auf jene Vorbehalte endgiltig verzichtet haben. Man wird in einer Welt, in der ein solcher Verzicht einmal ausgesprochen und festgelegt wurde, die Ehre und die Lebensinteressen eines großen Staates — auch dort, wo es nicht besonders vereinbart ist — gar nicht mehr verletzen können, und man wird in einem Falle, wo eine Regierung eine solche Verletzung annehmen sollte, ohne

*) Siehe den Text: Friedens-Warte 1905, Seite 19.

daß die andere zugibt, sie bewirkt zu haben, Mittel genug finden, die Gewalt aus einem solchen Konflikt auszuschalten.

Bedenken wir doch auch, daß Schiedsverträge, daß die Schiedseinrichtungen noch nicht das Heil an sich sind, sondern der Geist es ist, der sie schaffen hilft. Dann werden wir einsehen, daß dieser Geist auch wirkt, ohne daß er auf Pergament formuliert ist. So verliert der große Fortschritt, der sich jetzt vorbereitet, nichts an Bedeutung, wenn sich Deutschland ihm vorläufig formell noch nicht anschließt. Lassen wir Deutschland erst hineinwachsen in die internationale Organisation, die den Prozeß abschließenden Verträge wird es dann schon unterzeichnen, oder — um ein bekanntes Wort zu variieren — setzen wir Deutschland sozusagen in den pazifistischen Sattel, reiten wird es schon können. A. H. F.

Zur Organisation der Interparlamentarischen Union.

Fragen der Mitgliedschaft und des Stimmrechts.

Von Prof. L. Quidde, München.

Im Kreise der Interparlamentarischen Union werden seit längerer Zeit Vorschläge erwogen, die darauf abzielen, das Recht zur Teilnahme an den Interparlamentarischen Konferenzen neu zu regeln, die Mitgliedschaft zu beschränken und ein Repräsentativ-System einzuführen in dem Sinne, daß den Parlamenten der einzelnen Länder nach irgendeinem noch zu beschließenden Verteilungssystem eine bestimmte Anzahl von Delegierten und Stimmen eingeräumt wird.

Man hat dafür eine eigene Kommission eingesetzt. Die „Reorganisations-Kommission" entstand aus einer Kommission, der im Jahre 1905 das Studium eines amerikanischen Vorschlags zur Schaffung eines Weltparlaments übertragen war. Berichterstatter dieser Kommission ist Henri La Fontaine. Auf seinen Antrag hat die vorjährige Brüsseler Konferenz eine Resolution beschlossen, in der es heißt: „In Erwägung, daß die wachsende Vermehrung der zur Union gehörenden Mitglieder Anlaß geben könnte, das System einer Vertretung der Gruppen auf den künftigen Konferenzen anzunehmen, bevollmächtigt die Konferenz die Reorganisations-Kommission, einen Vorschlag in diesem Sinne vorzubereiten. Sie beauftragt sie, ebenso die Frage der Teilnahme der verschiedenen parlamentarischen Gruppen an den Arbeiten der Union zu studieren. Die auf diese Fragen bezüglichen Vorschläge werden einer der nächsten Konferenzen vorgelegt werden."

Es wird begreiflicherweise außerordentlich schwierig sein, ein System für die Verteilung der Mandate an die Parlamente der einzelnen Staaten zu finden, das den Ansprüchen der Gerechtigkeit und den sich mannigfach kreuzenden Interessen entspricht. Man wird damit rechnen müssen, daß bis zur Erledigung dieser Frage noch geraume Zeit vergeht. Bis dahin werden auf den Interparlamentarischen Konferenzen die sämtlichen Mitglieder der Union, die Mitglieder einer der nationalen Gruppen sind, gleichmäßig stimmberechtigt sein. Man hat für die Zwischenzeit Uebelständen, die sich aus dieser jetzigen Zusammensetzung ergeben, einigermaßen vorzubeugen gesucht. Man hat bestimmt, daß die Gruppe des Landes, in dem die Konferenz stattfindet, niemals eine größere Stimmenzahl besitzen darf, als die Gruppe des am stärksten vertretenen auswärtigen Staates. Man hat auch die stets wachsende Zahl jener Mitglieder, die nicht mehr einem Parlament aktiv angehören, sondern nur als frühere Parlamentarier noch Mitglieder der Union wären, dadurch eingeschränkt, daß nur noch die früheren Mitglieder des Interparlamentarischen Rats und außerdem jene früheren Parlamentsmitglieder, die sich um die Sache der Union verdient gemacht haben und deshalb auf Vorschlag ihrer Gruppe vom Interparlamentarischen Rat weiter zugelassen werden, Mitglieder bleiben sollen.

Eine weitere Einschränkung ist in Brüssel schon besprochen worden und wird die nächste Konferenz in Rom weiter beschäftigen. Es handelt sich um die Frage, wie in Bundesstaaten und anderen zusammengesetzten Staatengebilden, die mehrere Parlamente in sich umfassen, die Mitglieder der Parlamente von Einzelstaaten zu behandeln sind. Sollen lediglich die Mitglieder des Reichsparlaments oder auch solche aus den Parlamenten der Gliedsstaaten zur Union zugelassen werden?

Diese Frage berührt am meisten uns Deutsche. Bisher waren neben den Mitgliedern des Reichstags auch Mitglieder des preußischen, des bayrischen, des sächsischen und des württembergischen Landtags Mitglieder der Union und haben an den interparlamentarischen Konferenzen teilgenommen. Dieses Recht soll ihnen genommen werden, weil die Staaten, die sie repräsentieren, zugleich im Deutschen Reichstag vertreten seien, also ihnen eine doppelte Vertretung gewährt werde, ein unberechtigtes Privilegium gegenüber den Einheitsstaaten mit einem einheitlichen Parlament. Auf der anderen Seite sollen die Parlamente jener Staaten, die Glieder des großen britischen Reiches sind, wie Australien, Neuseeland, Südafrika und Kanada, zur Union zugelassen werden, da

diese Staaten im britischen Reichsparlament keine Vertretung besitzen.

Die in Brüssel anwesenden deutschen Mitglieder der Union haben gegen die in Aussicht genommene Beschränkung der deutschen Vertretung keinen Widerspruch erhoben. Es scheint mir aber nötig, die Frage noch einmal und etwas gründlicher zu prüfen, ehe sie in Rom endgültig erledigt wird. Denn es scheint mir, daß man zu leicht sich durch einen Hinweis auf Analogien hat bestimmen lassen, die in Wirklichkeit nicht zutreffen.

Die Beschäftigung mit diesem uns nächstliegenden Problem hat mich dazu geführt, auch die bisher gemachten Vorschläge für eine künftige Repräsentativ-Verfassung der Union einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Diese Frage drängt allerdings noch nicht zur Entscheidung; ihre Diskussion hat noch sehr wenig feste Gestalt angenommen; aber es wird doch gut sein, ihr auch in Deutschland rechtzeitig näherzutreten, damit wir nicht plötzlich von einem halbfertigen Beschluß überrascht werden, wie es mir bei der jetzt aktuellen Frage der Fall zu sein scheint.

I. Das Recht der Parlamente deutscher Einzelstaaten.

Ehe ich in der Erörterung fortfahre, möchte ich bemerken, daß ich persönlich, obschon Mitglied der Union und als Mitglied des bayerischen Landtags, an der Entscheidung nicht interessiert bin; denn es wurde bei der Besprechung der Frage in Brüssel erklärt und es soll in Rom, soviel ich unterrichtet bin, formell bestätigt werden, daß die bisher aus den deutschen Einzellandtagen der Interparlamentarischen Union beigetretenen Mitglieder in ihren Rechten nicht verkürzt werden sollen. Es handelt sich nur um eine Versagung der weiteren Zulassung.

Ist diese Beseitigung des bisher gewährten Rechts gerechtfertigt?

Man hat zur Begründung verwiesen auf die Analogie mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit der Schweizer Eidgenossenschaft. Es ist gesagt worden: Wenn Mitglieder der deutschen Einzellandtage weiter zugelassen würden, so könnten sich eines Tages auch die Mitglieder der Kongresse aller amerikanischen Einzelstaaten und die Mitglieder der Schweizer Kantonsräte zur Aufnahme in die Interparlamentarische Union melden, und man werde sie nicht zurückweisen können; daraus werde sich aber eine unerträgliche Ueberfüllung der Union ergeben.

Der Vergleich scheint nur auf den ersten Blick beweiskräftig, hält aber einer näheren Prüfung nicht stand.

Die staatsrechtliche und die völkerrechtliche Stellung der deutschen Einzelstaaten ist eine andere, wie die der Staaten der amerikanischen Union und eine andere, wie die der schweizerischen Kantone, und der Unterschied berührt gerade jene Fragen, auf die es für die Interparlamentarische Union und ihre Konferenzen ankommt. Wenn auch im Namen des Reichs nur der Kaiser Gesandte beglaubigen und empfangen kann, und wenn alle zum Bereich der Reichsgesetzgebung gehörenden Verträge mit fremden Staaten nur vom Reiche, das heißt vom Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats und unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichstags abgeschlossen werden können, so haben doch die deutschen Einzelstaaten das Gesandtschaftsrecht und völkerrechtliche Vertragsfähigkeit behalten. Sie sind befugt, zur Vertretung ihrer eigenen Interessen Gesandte bei fremden Mächten zu beglaubigen und von fremden Mächten zu empfangen; sie sind auch berechtigt, für Angelegenheiten, die zu ihrer Kompetenz gehören, Verträge mit dem Ausland abzuschließen. Dementsprechend haben wir in den größeren Bundesstaaten Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und auswärtige Gesandtschaften. Bayerische Gesandte sind z. B. in Brüssel, Paris, Rom, Wien, Petersburg und Bern beglaubigt. Es gibt Verträge zwischen Bayern und dem Ausland von politischer Bedeutung. Es existiert z. B. — leider — ein bayerisch-russischer Auslieferungsvertrag, der Gegenstand interessanter Verhandlungen im letzten bayerischen Landtag gewesen ist.

Es gibt aber keine diplomatische Vertretung der Einzelstaaten der amerikanischen Union und keine der schweizerischen Kantone, keinen Gesandten von Massachusets oder Ohio oder Kentucky, von Basel, Zürich oder Graubünden. Es gibt auch keine Verträge zwischen diesen amerikanischen oder schweizerischen Gliedsstaaten einerseits und auswärtigen Mächten andererseits.

Die Abgeordneten des preußischen, bayerischen, sächsischen, württembergischen, badischen Landtags haben demnach die unbestreitbare Kompetenz, in ihren Parlamenten Fragen der internationalen Beziehungen zur Erörterung zu bringen, während in den zum Vergleich herangezogenen amerikanischen und schweizerischen Vertretungen diese Berechtigung fehlt.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Es existiert im Bundesrat ein Ausschuß für die auswärtigen Angelegenheiten, in dem nach der Reichsverfassung die Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg vertreten sein müssen und in dem Bayern (nicht Preußen!) den Vorsitz führt. Schon die Existenz dieses Ausschusses, der allerdings unter Bismarck niemals zusammenberufen ist, der aber jetzt doch auf vielfaches Drängen angefangen hat, ein wenig Leben zu gewinnen, der jedenfalls eine wichtige verfassungsmäßige Institution bildet, gibt den Mitgliedern des bayerischen, sächsischen und württembergischen Landtags das Recht, Fragen der auswärtigen Politik vor ihr Forum zu ziehen.

Endlich kommt noch in Betracht die Frage der Instruierung der Bevollmächtigten zum Bundesrat. Die Parlamente der Einzelstaaten haben das unbestrittene Recht, ihre Regierungen wegen der ihren Bundesrats-Bevollmächtigten erteilten Instruktionen zur Rede zu stellen. Die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats ist ja vollkommen verschieden von jener des amerikanischen Senats oder des schweizerischen Ständerats. Er ist eine Vertretung der Einzelstaaten, nicht beruhend auf irgendeinem besonderen Wahlrecht, sondern gedacht als eine unmittelbare Vertretung der Regierungen, auf deren Politik Einfluß zu nehmen wiederum die Einzellandtage berechtigt sind.

Aus all diesen Gründen sind die Mitglieder der deutschen Einzellandtage in der Lage, Fragen, die internationale Beziehungen betreffen und die recht eigentlich zum Wirkungskreis der interparlamentarischen Union gehören, in ihren Parlamenten zur Sprache zu bringen. Ich selbst habe z. B. zweimal die Frage des deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts-Vertrages und überhaupt die Ausdehnung der Schiedsgerichts-Verträge im bayerischen Landtag angeschnitten, und es ist dem Minister des Auswärtigen nicht im entferntesten eingefallen, die Kompetenzfrage aufzuwerfen.

Selbst wenn man die Frage der Instruktion der Bundesrats-Bevollmächtigten beiseite läßt, müßte mindestens die internationale Stellung jener deutschen Einzelstaaten, die von dem Recht einer besonderen diplomatischen Vertretung im Ausland Gebrauch machen, berücksichtigt werden. Es wäre demnach vollkommen berechtigt, wie bisher die Mitglieder des preußischen, bayerischen, sächsischen, württembergischen und badischen Landtags zur Interparlamentarischen Union zuzulassen.

Eine andere Erwägung fügt zu dieser, gleichsam inneren und völkerrechtlichen, noch die äußere, materielle und ziffernmäßige Berechtigung.

La Fontaine hat seinem Bericht sehr dankenswerte und interessante statistische Tabellen beigegeben, die in den Verhandlungen der Brüsseler Konferenz zum Abdruck gelangt sind. In einer dieser Tabellen, die allerdings durch verschiedene falsche Ziffern entstellt ist*), wird berechnet, wieviel Einwohner in den verschiedenen Ländern auf einen Abgeordneten entfallen, welche Bevölkerungsziffer also durch einen Abgeordneten vertreten wird. Als Grundlage genommen ist dabei nur die Zahl der Abgeordneten in den eigentlichen Volksvertretungen, den zweiten Kammern. Deutschland steht hier unmittelbar nach den beiden Riesenländern, Rußland und den Vereinigten Staaten, an dritter Stelle. Es kommen in Deutschland (nach der Bevölkerungszahl von 1907) 156 000 Einwohner auf einen Abgeordneten, während in den beiden westeuropäischen Ländern, mit denen wir Deutschland in erster Linie vergleichen werden, Großbritannien und Frankreich, diese Ziffer nur je 67 000 beträgt (in Italien ebenso viel, in Oesterreich 52 000, in Spanien 48 500, in Ungarn 42 500). Die beiden Extreme der Tabelle sind einerseits Rußland mit 344 000 und die Vereinigten Staaten mit 217 000, anderseits Luxemburg mit 5500 und Montenegro mit 4300.

Die parlamentarische Vertretung Deutschlands ist also im Verhältnis zur Bevölkerung nicht einmal halb so stark, wie jene Englands und Frankreichs, d. h. Deutschland ist für die Vertretung auf den interparlamentarischen Konferenzen gegenüber Frankreich und England in erheblichem Nachteil. Unter der Voraussetzung, daß die Beteiligung aus den Reihen der Mitglieder des Deutschen Reichstags prozentual ebenso stark ist, wie aus den Reihen des englischen Unterhauses und der französischen Deputiertenkammer, sind wir auf weniger als die halbe Vertretung im Verhältnis zur Bevölkerungszahl angewiesen. Auch die absolute Mitgliederzahl des Deutschen Reichstags (397) ist erheblich kleiner als die des englischen Unterhauses (670) und die der französischen Deputiertenkammer (584).

Das ist aber noch nicht die ganze Wahrheit. Die Vertretung aller europäischen Großmächte innerhalb der Union und auf den interparlamentarischen Konferenzen rekrutiert sich nicht nur aus den Volksvertretungen, die bei dieser Berechnung allein berücksichtigt sind, sondern noch aus einer (sic!) zweiten, oder vielmehr (sic!) Ersten Kammer, in England aus dem Hause der Lords, in Frankreich aus dem Senat, in Oesterreich aus dem Herrenhaus usw., während im Deutschen Reich lediglich der Reichstag in Betracht kommt. In einer der La Fontaine'schen Tabellen ist freilich in die Rubrik der Oberen Kammer (Chambre Haute) auch der Bundesrat mit seinen 58 Mitgliedern eingetragen; aber es ist für jeden Kenner der deutschen Verfassung ganz klar, daß die Mitglieder des Deutschen Bundesrats für die Mitgliedschaft der Interparlamentarischen Union nicht in Betracht kommen. Der Bundesrat ist, wie oben schon erwähnt, kein Parlament, sondern eine Repräsentation der verbündeten Regierungen, deren Vertreter nicht nach persönlicher Ueberzeugung, sondern nach den ihnen erteilten Instruktionen die Stimmen ihrer Regierung einheitlich abgeben.

*) In der Tabelle stehen Rußland mit 321 000, die Vereinigten Staaten mit 193 000, Deutschland mit 131 000, Oesterreich und Spanien mit 50 000, Ungarn mit 42 500. Diese Ziffern stimmen aber nicht zu den in den Tabellen selbst gebotenen Grundlagen der Berechnung der Bevölkerungs- und Abgeordnetenziffer: bei Deutschland z. B. 397 Abgeordnete auf nahezu 62 Millionen Einwohner (heute sogar 65 Millionen). — Die Tabelle enthält auch noch andere Ungenauigkeiten, die anzuführen hier keine Veranlassung besteht.

Die Vertretung Deutschlands in der Interparlamentarischen Union ist also, wenn man die Einzellandtage ausscheidet, durchaus auf den Reichstag angewiesen, während in der Vertretung Englands, Frankreichs usw. die Ersten Kammern völlig gleichberechtigt neben den Volksvertretungen stehen. Welche Ungleichheiten sich daraus ergeben, zeigen folgende Ziffern: In Großbritannien zählt nicht nur das Unterhaus 670 Mitglieder gegenüber den 397 Mitgliedern des Deutschen Reichstags, sondern es kommen hinzu noch 615 Mitglieder des Oberhauses (nach dem Stand vom Jahre 1908). Auch wenn wir rechnen, daß etwa die Hälfte der Oberhaus-Mitglieder von ihrem Recht so gut wie keinen Gebrauch machen, haben wir noch immer rund 1000 englische Parlamentarier gegenüber rund 400 deutschen. In Frankreich zählt die Deputiertenkammer 584 Mitglieder, der Senat, den wir hier voll mitrechnen müssen, 300. Das ist zusammen gegen 900 gegenüber den nahezu 400 deutschen Parlamentariern. Der Vergleich mit Italien, Oesterreich und Ungarn ergibt ein ähnliches Mißverhältnis: nämlich rund die doppelte Parlamentarierzahl wie in Deutschland. Stellen wir für diese Gesamtzahl der englischen und französischen Parlamentarier, die berufen sind, Mitglieder der Interparlamentarischen Union zu werden, die Berechnung an, wieviel Einwohner auf jeden von ihnen kommen, so erhalten wir bei Großbritannien und Frankreich, ziemlich übereinstimmend, rund 43—45 000, während in Deutschland, wie gesagt, 156 000 Einwohner auf einen Abgeordneten entfallen. Für Italien, Oesterreich und Ungarn sinken diese Ziffern sogar auf etwa 40 000, 34 000 und 25 000.

Angesichts dieser Tatsachen kann niemand behaupten, daß die Vertretung Deutschlands in der Interparlamentarischen Union ziffernmäßig zu stark werden würde, wenn man, wie bisher, den Mitgliedern der deutschen Einzelparlamente den Zutritt gewährt. Es muß vielmehr höchst wünschenswert erscheinen, der Vertretung Deutschlands in der Union eine breitere Grundlage zu geben, als sie der ziffernmäßig im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten so schwache Deutsche Reichstag gewährt. Das liegt nicht nur im Interesse der deutschen Vertretung in der Union, sondern im Interesse der Union selbst, weil für die endgültige Entscheidung all der Fragen, die die Union beschäftigen, für die Erzielung irgendwelcher bedeutender Fortschritte in der Ausgestaltung des internationalen Rechts die Beteiligung Deutschlands von geradezu ausschlaggebender Bedeutung ist.

Es kommt noch hinzu, daß, entsprechend der Bedeutung der deutschen Einzellandtage, Männer, die im politischen Leben an allererster Stelle stehen, manchmal ihre Wirksamkeit auf den heimischen Landtag beschränken und dem Reichstag nicht angehören. Man denke z. B. an eine Persönlichkeit von dem großen politischen Einfluß Dr. v. Orterers, des bayerischen Landtagspräsidenten, der allerdings früher Reichstagsabgeordneter gewesen ist, aber seit Jahren nur dem bayerischen Landtag angehört, künftig also, da er zurzeit nicht Mitglied der Union ist, ihr nicht mehr beitreten dürfte. Oder man denke an die den ersten Kammern angehörenden inaktiven hohen Staatsbeamten, deren Erfahrung der Union nutzbar zu machen, wenn anders ihre Gesinnung sie den Beitritt wünschen läßt, gewiß willkommen wäre, zumal wir Deutsche gerade nach dieser Richtung hin gegenüber anderen Ländern, in denen die Parlamentarier Minister werden und die Minister dem Parlament angehören, im Nachteil sind.

Es haben sich auch niemals aus dem bisherigen Recht der deutschen Einzellandtage Mißstände ergeben. Von einer Ueberschwemmung der Konferenzen durch die preußischen, bayerischen Landtagsabgeordneten ist niemals die Rede gewesen. Der einzige Grund, das bisherige Recht zu beseitigen, liegt in der theoretischen Erwägung, daß die Einzelstaaten Preußen, Bayern usw. ihre Vertretung in dem Reichsparlament, dem Deutschen Reichstag, fänden und daß die Zuziehung der Landtagsabgeordneten deshalb eine Doppelvertretung bedeute, die dann, sobald der Anspruch einmal erhoben werde, auch den Staaten der amerikanischen Union und den Schweizer Kantonen gewährt werden müsse.

Nachdem wir oben die Schwäche dieser theoretischen Begründung und das Fehlerhafte des Analogieschlusses aufgezeigt haben, entfällt jeder Grund für die Beseitigung des bisherigen Zustandes. Hält man es aber wirklich für notwendig, eine Schranke gegen die Ueberfüllung der Union durch deutsche Landtagsabgeordnete zu errichten, so könnte man ja bestimmen, daß unter den Mitgliedern der deutschen Gruppe die Zahl der Landtagsabgeordneten niemals die Zahl der Reichstagsabgeordneten übersteigen darf. Wie diese Beschränkung durchzuführen wäre, könnte man getrost den Satzungen der Deutschen Gruppe überlassen.

Was die Formulierung der Satzungsbestimmung anlangt, so könnte man etwa sagen:

„In Ländern, deren Verfassung neben einem Reichsparlament noch Einzelparlamente kennt, können die Mitglieder dieser Einzelparlamente nur dann Mitglieder der Interparlamentarischen Union werden, wenn entweder 1. die betreffenden Einzelstaaten das Recht auf selbständige völkerrechtliche Vertretung (Gesandtschaften und Vertragsfähigkeit) besitzen, oder wenn 2. die betreffenden Einzelstaaten im Reichsparlament nicht vertreten sind. Die Zahl der Mitglieder aus den Einzelparlamenten darf niemals die Zahl der Mitglieder aus dem Reichsparlament übersteigen. Die Ordnung

dieser Verhältnisse bleibt der betreffenden nationalen Gruppe überlassen."

Mit dieser Bestimmung wäre unter Ziffer 1 den berechtigten Ansprüchen der deutschen Einzellandtage auf Wahrung des bisherigen Besitzstandes entsprochen, während Ziffer 2 den Parlamenten der selbständigen englischen Kolonien die Beteiligung gewähren würde.

Der Verband für internationale Verständigung.

Am 11. Juni fand in Frankfurt a. M. die Konstituierung des „Verbandes für internationale Verständigung" statt. Hervorragende Vertreter der Wissenschaft und der Politik haben sich zusammengefunden in einer Organisation, die sich die Friedensarbeit zur Aufgabe gestellt hat.

So schafft sich jedes Bedürfnis seine Organe. Der Pazifismus, der schon längst über den Rahmen der Friedensgesellschaften hinausgewachsen war, bedurfte für die neu hinzugekommenen Elemente auch einer neuen Organisation. Es ist eine Art Oberhaus der Friedensbewegung, das hier geschaffen wurde. Zwar haben wir ein solches bereits in der interparlamentarischen Union. Doch konnte diese Gruppierung naturgemäß nicht alle Kreise umfassen, die für die Vertretung des Friedensgedankens heute möglich sind. Die Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union hängt von der Zugehörigkeit zur Volksvertretung ab. Aber auch außerhalb der Volksvertretung, in den Kreisen der Gelehrtenwelt und anderwärts, hat die pazifistische Idee Vertreter gefunden, die zu den Interparlamentariern nicht gehören konnten, den Friedensgesellschaften sich nicht anschließen wollten, deren bedeutende Kräfte jedoch zu vereinigen eine gebieterische Notwendigkeit wurde.

Hier ist diese Notwendigkeit nun erfüllt. Und die glänzenden Namen deutscher Wissenschaft, die sich jetzt um das in Frankfurt entrollte Banner versammelten, bürgen dafür, daß hier ein neuer und großer Fortschritt im Dienste der Kultur und der internationalen Verständigung — sprechen wir es ruhig aus, das verpönte Wort: des „Pazifismus" — vollbracht wurde. Der Herausgeber dieser Blätter ist stolz darauf, die erste Anregung zu dieser Gründung gegeben zu haben, deren Notwendigkeit er seit langem betonte und in diesen Blättern auch vertrat. Nicht aus Ruhmsucht sei dies hier festgestellt, sondern aus dem Bestreben, die Nabelschnur anzudeuten, die die neue Gründung mit dem Pazifismus verbindet. Vielleicht wird es notwendig sein, dies einmal zu betonen. Aber unumwunden seien hier die Verdienste anerkannt, die sich Prof. Dr. Nippold um das Zustandekommen des neuen Verbandes erworben hat. Seinem rastlosen Eifer und seiner unermüdlichen Beharrlichkeit ist es zu danken, daß die konstituierende Versammlung jetzt endlich stattfinden konnte. Es war mit der Idee allein nicht getan; es galt Schwierigkeiten zu überwinden, ungeheure Schwierigkeiten, die niemand unterschätzen wird, der die Vorurteile kennt, die in Deutschland dem Friedensgedanken entgegenstehen, und gerade in jenen Kreisen entgegenstanden, die zu organisierter Arbeit zu vereinigen waren. Nunmehr sind die Fährnisse überwunden. Und es gab deren in Menge. Nunmehr kann die Arbeit beginnen, die ohne Zweifel gar bald ihre Früchte tragen wird. Dieser Verband wird seinen Einfluß geltend machen auf die Haltung der Reichsregierung in pazifistischen Dingen, und die Stellungnahme Deutschlands auf der nächsten Haager Konferenz wird sicherlich eine andere sein, als sie auf den früheren Konferenzen war.

Auch der andern Persönlichkeiten, die neben Nippold ihre Arbeit der Vorbereitung des neuen Verbandes widmeten, sei hier gedacht. In erster Linie des Prof. Walter Schücking in Marburg, dann der Professoren v. Ullmann, Piloty, v. Liszt und des verstorbenen Jellinek.

Daß das Werk gedeihen möge, ist der Wunsch aller Arbeiter an der großen Sache des Friedens.

Ueber den Verlauf der konstituierenden Sitzung sendet uns unser geschätzter Mitarbeiter, Herr Dr. Hans Wehberg, nach stehenden Bericht:

Am 11. Juni wurde der seit mehreren Jahren von den Professoren Nippold und Schücking eifrigst vorbereitete „Verband für internationale Verständigung" begründet. Wie ungefähr jede Anregung auf völkerrechtlichem Gebiete, so ist auch die betreffs Gründung der neuen Vereinigung vom pazifistischen Lager ausgegangen. Nicht ein Mann der sogenannten „Realpolitik" hat uns diesen zukunftsreichen neuen Bund geschenkt, sondern einer von denen, die lange Zeit und zum Teil noch heute als übertriebene „Idealisten" gescholten werden, nämlich A. H. Fried. Das ist kein Geheimnis und wurde auch von mehreren Rednern der konstituierenden Versammlung, insbesondere von Nippold und Schücking, warm hervorgehoben. Auf dem Luzerner Friedenskongreß hat Fried Nippold gegenüber angeregt, ob nicht neben den Friedensgesellschaften, die noch allzu wenig praktischen Einfluß gewonnen hätten, eine Vereinigung der gesamten deutschen Intelligenz gegründet werden könnte, um für die friedliche Verständigung der Völker erfolgreich zu wirken.

Nippold hat diesen Vorschlag mit Interesse entgegengenommen und zusammen mit Schücking tatkräftig durchgeführt. Eine verhältnismäßig große Anzahl bedeutender Männer hatte sich zu der Gründungs-

versammlung eingefunden. Im ganzen waren 41 Personen anwesend, mit Ausnahme des Verfassers dieser Zeilen fast nur Persönlichkeiten von großem Einfluß und anerkannter Autorität. Aber was viel mehr ist: Die Teilnehmer der Versammlung waren durchweg von der Wichtigkeit der Neugründung überzeugt und aufrichtig begeistert. Männer, die ich bisher nicht als Freunde der Friedensbewegung gekannt hatte, sprachen in einer zu Herzen gehenden Weise über das große Problem. Ganz neu war mir, Prof. Piloty aus Würzburg mit dem scharfgeschnittenen Charakterkopf als einen warmen Anhänger der Verständigungsidee zu entdecken, dessen Aeußerungen eine überaus große Beschäftigung mit der praktischen Durchführbarkeit unserer Idee verrieten. Dr. Soergel, den man bisher nur als Herausgeber zivilrechtlicher Entscheidungen kannte, offenbarte sich gleichfalls als ein Mann von praktischem Blick. Eifrigst beteiligten sich auch die Professoren v. Lilienthal-Heidelberg, van Calker-Gießen, Freudenthal-Frankfurt a. M., an der Diskussion, während Geheimrat Förster als Vertreter des deutschen Zweiges der „Conciliation International" und Dr. Ruppel-Frankfurt als Vertreter des deutsch-englischen Verständigungskomitees darauf hinwiesen, wie am besten ein Zusammenarbeiten ihrer Verbände mit dem unsrigen zu erreichen sei. Die Leitung der Verhandlungen lag in den Händen des liebenswürdigen Münchener Geheimrats v. Ullmann. Ganz gewiß hatte er nicht nur seinen hochangesehenen Namen dazu hergegeben, den Vorsitz zu führen, sondern er ist mit ganzer Ueberzeugung für die Sache tätig, was seine Aeußerungen am besten bezeugten. In der Tat scheint mir darin, daß die von der Versammlung gewählten Vorstandsmitglieder ein reges Interesse und aufrichtigste Begeisterung für die Sache empfinden, die beste Gewähr für eine große Zukunft des Verbandes zu liegen. Außer dem Vorsitzenden v. Ullmann und den beiden stellvertretenden Vorsitzenden Nippold und Schücking wählte man den Direktor der Deutschen Bank, Meyer-Frankfurt, zum Schatzmeister und den Oberamtmann Dr. Heinze-Karlsruhe zum Generalsekretär. In den Ausschuß wählte man eine Fülle von Männern der Wissenschaft und Politik: Oberbürgermeister Adickes, die Abgeordneten Bachem, Trimborn, Spahn, Eickhoff, Schönaich-Carolath, Quidde, die Professoren v. Liszt, Piloty, Lamprecht, v. Lilienthal, Cohn, van Calker, Meurer, Fleischmann, Sieveking, Unterstaatssekretär v. Mayr, Syndikus der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft Apt usw.

In welcher Weise sucht nun der Verband das Interesse für die Bedeutung gegenseitig fördernder Beziehungen zwischen den Völkern zu verbreiten? Einmal will er in Wort und Schrift, durch Vorträge, Kundgebungen seiner Organe usw. seine Ideen populär machen. Er will sodann Einfluß auf die Erziehung der Jugend gewinnen. Der Geschichtsunterricht soll von der bisherigen Einseitigkeit befreit und mehr das Verbindende als das Trennende unter den Völkern hervorgehoben werden. Diesem Zwecke dient eine besondere „Kommission für Erziehungswesen", der vor allem die Herren Natorp und Lamprecht angehören. Weiterhin besteht eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes darin, zu völkerrechtlichen Fragen der auswärtigen Politik in taktvoller Weise Stellung zu nehmen. Durch objektive Darlegung der Sach- und Rechtslage soll klärend und beruhigend auf die öffentliche Meinung gewirkt werden. Der Rechtskommission gehören Laband, v. Ullmann und Nippold an. Eine besondere Propagandakommission, bestehend namentlich aus Schücking, Generalkonsul Simon-Mannheim, Privatdozent Vierkant, Syndikus John und dem Verfasser dieser Zeilen, soll die nötigen Anregungen geben, um die Oeffentlichkeit zu gewinnen.

Die Beratung der Statuten vollzog sich in ruhiger Form. Um vorwärts zu kommen, betonten die Redner nur die wichtigeren Punkte, und angesichts des allgemeinen guten Willens und der ausgezeichneten Vorarbeit gelang eine Verständigung so schnell, daß man in weniger als vier Stunden mit den Beratungen fertig war. Um 2 Uhr vereinigte ein Mittagsmahl die Mehrzahl der Teilnehmer, wobei mehrere interessante Trinksprüche gehalten wurden. An den Vorsitzenden des deutsch-englischen Verständigungskomitees in England sandte man auf Anregung des Professors Piloty ein Begrüßungstelegramm.

Es können hier nicht alle die trefflichen Gedanken wiedergegeben werden, die auf der Gründungsversammlung und schon am vohergehenden Abend in einer vertraulichen Zusammenkunft ausgesprochen wurden. Man war sich insbesondere darüber klar, daß der Verein Beziehungen zu den Regierungen unterhalten müsse, damit ihm insbesondere bei schweren Konflikten Material zur Verfügung gestellt werden würde. Ja, es war die Ueberzeugung der Mehrzahl, daß die Gründung den Regierungen höchst angenehm sein würde, da der Verband in schwierigen Situationen das sagen könne, was eine Regierung nicht aussprechen dürfe. Man hob auch die Notwendigkeit hervor, insbesondere die Kreise der Industrie und des Handels, ferner Körperschaften, auch die Universitäten und studentischen Korporationen, zu gewinnen. Eine Ehrenpflicht erfüllte auch Prof. Schücking, indem er die Verdienste Berta von Suttners hervorhob. Eine interessante Episode, wie eine Aufklärung des Tatbestandes oftmals das Urteil über eine Frage verändern könne, erzählte Piloty. Er war seinerzeit von einem nationalen Verein aufgefordert worden, in einem Vortrage die Casablanca-Affäre und Frankreichs völker-

Neue Beiträge für den „Wehberg-Fonds".

(Zur Verbreitung der Friedenswarte in den öffentlichen Lesehallen.)

Vom 25. Februar bis 25. Mai gingen noch folgende Beiträge ein:

Bisheriger Bestand:	M.	1489,80
Professor van Eysinga-Groningen	„	10,00
Professor R. Meyer-Magdeburg	„	10,00
Rechtsanwalt Hartzfeld-Amsterdam	„	5,00
Plaut-Stiftung-Berlin	„	200,00
Niederländischer Lloyd-Berlin	„	10,00
Dr. Mertelmeyer-Berlin	„	20,85
Justizrat Friedenthal-Breslau	„	10,00
Zusammen	M.	1755,65

Dr. Hans Wehberg. Alfred H. Fried.

rechtswidriges Verhalten in dieser Sache zu schildern. Am Morgen des Tages, wo er den Vortrag halten sollte, erfuhr er, daß einer der Deserteure von Casablanca in Würzburg weile; er ließ sich ihn sofort kommen und stellte zu seiner Ueberraschung fest, daß auch Deutschlands Vertreter nicht korrekt verfahren hatte. Er brachte den Deserteur abends in die Versammlung mit, und diese, die gern eine Resolution gegen Frankreich gefaßt hätte, hielt es für das beste, nichts mehr von der Sache verlauten zu lassen. Piloty führte aus, daß diese Begebenheit großen Einfluß auf ihn gehabt hätte.

Abends um 8 Uhr fand in der Börse, in der auch die anderen Beratungen getagt hatten, eine öffentliche Volksversammlung statt, in der zunächst Nippold klar und eindringlich auf die Nützlichkeit und Notwendigkeit des Verbandes hinwies. Sodann sprach Piloty in einer ersichtlich eindrucksvollen und inhaltlich überaus bedeutsamen Rede über die vier Elemente der Politik. Die Politik sei früher, so führte der Redner in begeisterten Worten aus, in der Hauptsache eine Machtpolitik gewesen. Das habe sich geändert. Die Macht sei im Laufe der Geschichte unlösbar eine Vereinigung mit dem Rechte eingegangen, und zwar nicht nur im Staate, sondern auch unter den Staaten. Aber die Macht sei auch durch die Wirtschaft, die heute alle miteinander verbinde, beschränkt worden. Ein solches Netz von Verbindungen könne durch keine Sprengmittel vernichtet werden. Auch in der Wirtschaftspolitik stecke etwas vom Kampfe, aber es sei doch ein anderer Wettkampf als früher. Da die Sicherung des Lebens kein ausreichender Zweck der Politik sein könne, so müsse noch etwas Höheres hinzutreten, nämlich die Förderung von Kunst, Wissenschaft, Religion, Philosophie usw. Die Kulturpolitik sei nicht nur national, sondern auch international; gerade auf diesem Gebiete sei der Kampf ein rein geistiger, und kein Staat suche die Kultur der anderen zu vernichten, sondern wolle sie nur übertreffen. Wenn alle danach strebten, das edelste der politischen Elemente, das Kulturelement, zu erhöhen, dann sei es ein Selbstverständliches, daß überall, wo dies Streben vorhanden sei, Verbände entständen, die eine Verständigung unter den Völkern erstrebten. Ein Verband für internationale Verständigung könne nicht leugnen, daß auch das Element der reinen Macht vorhanden sei, aber er müsse doch darauf hinweisen, daß sich diese Machtpolitik im Laufe der Entwicklung erheblich gewandelt habe. Dem Ausspruche Napoleons I.: „Der hat die Gewalt, der am rechten Flecke und am rechten Orte die meisten Kanonen hat" stelle er den Satz entgegen: „Der Staat hat die Gewalt und die höchste Macht, der das wichtigste Element, das Kulturelement, am richtigsten verstehe, und der die Verbindungen der Elemente der Politik unter sich am besten würdige." Mehr Wahrheit und Liebe brauchten die Völker, um zu diesem Ziele zu gelangen.

Die meisterhaft vorgetragene Rede Pilotys wurde von den zahlreichen Anwesenden, die den Saal fast bis zum letzten Platz füllten, mit Jubel aufgenommen. Alsdann sprach Professor Schücking-Marburg über: „Die völkerrechtlichen Anfänge einer internationalen Organisation." Daß rhetorisch diese Rede meisterhaft und inhaltlich überaus hochstehend und formvollendet war, braucht kaum gesagt zu werden. Schücking entwickelte die Grundideen, die er in seinem großzügigen Buche: „Die Organisation der Welt" allen zugänglich gemacht hat. Nach ihm sprach Reichstagsabgeordneter Oeser. Er betonte, er rede nicht vom parteipolitischen Standpunkte; denn es handle sich um eine große Menschheitsfrage, die nicht durch die Parteibrille betrachtet werden dürfe. Er gedachte sodann derer, die den Grundgedanken der neuen Vereinigung zuerst mit Ueberzeugungstreue vertreten, der Pazifisten, und knüpfte im Zusammenhang mit der neueren Stellungnahme des Reiches wertvolle Betrachtungen über die Fortschritte der Friedensbewegung in Deutschland an. Allgemeines Bravo ertönte bei den Worten des Redners: „Wir brauchen die Friedensbewegung, um die Volksseele zu rühren."

Sodann sprach noch ein einfacher Arbeiter von seinem Standpunkte aus und John Mez-Freiburg als Vertreter des Internationalen Bureaus für den Austausch statistischer Nachrichten.

Die Leitung der Abendversammlung lag in den geschickten Händen Prof. Rößlers, des Frankfurter Friedensvorkämpfers. Seine zum Schlusse ergangene Aufforderung an die Anwesenden zum Beitritt fand einen allgemeinen Appell.

Möge die gestrige Begründung des Verbandes eine große und immer stärker werdende Bedeutung gewinnen; möge sie die Geister in Deutschland mit sich fortreißen! Auch die, denen diese Zeilen zu Gesicht kommen, sind

freundlichst aufgefordert, ihren Beitritt Herrn Oberamtmann Heinze, Karlsruhe, Körnerstraße 1, mitzuteilen. Der Mindestjahresbeitrag beträgt 3 M.

Frankfurt, den 12. Juni 1911.

Dr. Hans Wehberg.

Stimmen zum 18. Mai.

Baronin Bertha von Suttner hatte den guten Gedanken, die diesjährige Feier des 18. Mai durch die Veröffentlichung von Zuschriften hervorragender Persönlichkeiten zu begehen, die sie von diesen erbeten hatte, und worin die Betreffenden ihre Ansichten über die neueste Wendung der Friedensbewegung zum Ausdruck brachten. Die Veröffentlichung erfolgte, versehen mit einer Einleitung der Baronin, im Leitartikel der „Neuen Freien Presse". Sie kamen auf diese Weise Hunderttausenden zu Gesicht. Jedenfalls war die Wirkung dieser Friedenstag-Feier weitreichender, als dies durch die bestbesuchteste Versammlung möglich gewesen wäre.

Die veröffentlichten Zuschriften rührten her von Graf Albert Apponyi, Fürst Albert von Monaco, Premierminister Asquith, Hermann Bahr, Staatsminister August Beernaert, Leon Bourgeois, Andrew Carnegie, Fürst Dolgorukow, Prof. Eucken, Domherr Dr. Gießwein, Graf Hamilton, Sigurd Ibsen, Prof. Lammasch, Magelhaes Lima, Staatsminister Lövland, Prof. Ostwald, Fred. Passy, Frhrrn. v. Plener, J. Brown Scott, Lord-Mayor Sir Vezey Strong und Lord Weardale.

Einige dieser interessanten Mitteilungen seien hier wiedergegeben.

Graf Albert Apponyi.

„Wer zweifelt heute noch, daß der Gedenktag der Eröffnung der ersten Haager Konferenz ein historisches Datum ist? So weit wir vom Endziel der Friedensbewegung noch sein mögen: der Weg, der innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts zurückgelegt wurde, ist mehr, als selbst kühne Optimisten zu hoffen wagten und, was noch mehr bedeutet, es kommt immer größere Klarheit in die Auffassung der zunächst zu lösenden Aufgaben. Da die größte praktische Schwierigkeit darin liegt, daß eine Reihe schwebender internationaler Fragen kaum auf einen allgemein anerkannten Rechtsgrundsatz zurückzuführen ist, ist die systematische Entwicklung des positiven Völkerrechtes ebenso wichtig wie die Organisation der internationalen Judikatur. Immer enger soll das Feld werden, welches gegen die Rechtsidee abgegrenzt erscheint, immer weiter der Boden, der für Richterspruch vorbereitet ist. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Aktion für die Erweiterung der Schiedsgerichtsbarkeit etwa ruhen möge, bis jene andere zugunsten der Entwicklung des Völkerrechtes Erfolge aufweist; nein, nichts wäre mehr verfehlt, als dem öffentlichen Empfinden, welches sich für die Idee internationaler Rechtsprechung schon bis zu einem Grade erwärmt hat, ein doktrinäres Nacheinander aufdrängen zu wollen. Die beiden Aktionen müssen parallel laufen; sie stützen und postulieren einander, gleichviel welche von ihnen vorgeschrittener erscheint. Jedenfalls stehen wir auf praktischem, realpolitischem Boden; die Friedensschwärmer von heute heißen Taft, Asquith, Grey, Balfour, Root, Bourgeois, Beernaert — um nur die vorgeschrittensten zu nennen unter den Staatsmännern in verantwortlicher Stellung; und kann ich ostwärts von Frankreich noch keinen Namen nennen, der in gleichem Maße mit der Friedensidee identisch wäre, so ist es doch zweifellos, daß auch die leitenden Staatsmänner Zentral- und Osteuropas derselben unendlich viel näher gerückt sind, als sie vor einem Dezennium selber als möglich zugegeben hätten. Es bedarf nur eines starken Druckes der öffentlichen Meinung und der Parlamente, um die bereits wankenden Widerstände auch hier zu überwinden. Je mehr Klarheit in die nächsten Ziele der Friedensbewegung gebracht wird, desto sicherer ist dies zu erreichen. Ein tatsächlicher Schritt vorwärts auf festem Boden gilt mehr als die kühnsten imaginären Flüge ins Dunkle, Unbestimmte. In dieser immer fortschreitenden Selbstpräzisierung sehe ich den größten Fortschritt der Bewegung, die sicherste Gewähr ihrer weiteren Erfolge.

Albert Apponyi."

Premierminister Asquith:

„10, Downing Street, London, 17. Mai.

Wenn das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten feierlich und förmlich übereinkommen, daß zwischen ihnen der Krieg und die Möglichkeit des Krieges ein- für allemal abgeschworen ist, so wird ein Schritt gemacht worden sein, unermeßlich in Ausdehnung und unvergleichlich in Bedeutung für den Aufstieg der Menschheit. Asquith."

Leon Bourgeois:

„Senat, Juni 1911.

Gnädige Frau!

Sie hatten die Güte, sich daran zu erinnern, daß ich die Ehre hatte, Ihnen im Haag gelegentlich der beiden Konferenzen von 1899 und 1907 zu begegnen und mich um meine Ansicht über die aktuelle Bewegung zugunsten des Schiedsgerichts zu befragen.

Ich bin der Ansicht, daß sich schon ein herrlicher Fortschritt vollzogen hat, und zwar unter Umständen, welche die größten Optimisten unter uns vor einem Dutzend Jahren nicht voraussehen konnten. In der Tat, als der russische Kaiser inmitten allgemeinsten

Skeptizismus die erste Friedenskonferenz einberief, wer hätte damals glauben können, daß daraus so bald danach Schlichtungen so schwieriger Streitfälle entstehen würden, wie diejenigen von Hull, Casablanca usw.? Solche Tatsachen haben die allgemeine Meinung für eine Sache eingenommen, die anfangs nur von einigen wenigen verteidigt wurde. Namentlich das Prinzip des obligatorischen Schiedsgerichts, von der ersten Konferenz verworfen, von der zweiten angenommen, und praktisch bestätigt durch einen von zweiunddreißig Mächten gezeichneten Vertrag, hat solche Fortschritte gemacht, daß ein großer Staat es zur Grundlage seiner äußeren Politik gemacht hat. Die Vereinigten Staaten haben einen Schiedsgerichtsvertrag ausgearbeitet und Frankreich und England angetragen, der, wenn auch nicht absolut vorbehaltlos, doch danach zielt, fast alle Konflikte einer juridischen Schlichtung zu unterbreiten. Was wird das Schicksal dieses interessanten Vorschlags sein? Wird dessen Form durch nachträgliche Verhandlungen modifiziert werden? Wird man eine gleichlautende Formel für alle Nationen anwenden können, oder wird es nicht klüger sein, auf den Stand der öffentlichen Meinung in den verschiedenen Ländern Rücksicht zu nehmen?

Wie dem auch sei, die Frage ist solcherart gestellt und begegnet so warmen Sympathien, selbst bei den Regierungsoberhäuptern, daß die Friedensfreunde überzeugt sein können, daß ein Fortschritt von ausnehmender Wichtigkeit sich vollziehen wird, und daß die dritte Haager Konferenz sicherlich die Organisation eines Regimes internationaler Gerechtigkeit wird einweihen können, das die Beziehungen der zivilisierten Völker tiefgreifend umwandeln wird. Empfangen Sie, gnädige Frau, usw. Leon Bourgeois."

Andrew Carnegie:

„New York, 26. April.

. . . Alles geht gut. Wir stehen an der Schwelle der größten friedlichen Revolution, die die Welt noch gesehen hat. Der Vertrag zwischen Großbritannien und Amerika, der die ganze Englisch sprechende Rasse umschließen soll, wird bald abgeschlossen werden. Andere Nationen werden nachfolgen, und das Reich des Friedens wird tatsächlich eingesetzt sein. Es ist wie ein Wunder. . . .

Stets der Ihre

Andrew Carnegie."

Domherr Dr. Alexander Gießwein:

Dr. Alexander Gießwein, Domherr und Abgeordneter, Vorsitzender des Friedensvereines der Länder der ungarischen Krone, schreibt mir, daß dieser den Gedenktag in Budapest feiern wird, und zwar gemeinsam mit der Interparlamentarischen Union.

„Auch von kirchlicher Seite soll etwas geschehen," fügt er hinzu, und für meine Zwecke schicke er „einige Gedanken über den Kulturkampf des Pazifismus": Der Kampf ums Dasein, wie man das Darwinsche struggle for life unrichtig übersetzt, ist für manche auch in bezug auf das soziale Leben zum geflügelten Worte und leitenden Grundsatz geworden, mit dem man alle Gewaltsamkeit und blutige Unterdrückung zu rechtfertigen vermag. Eigentlich soll es heißen: Der Wettbewerb um einen Lebensinhalt, und in dieser Gestalt wollen wir für die Darwinsche Formel volle Geltung — auch für das soziale Leben — beanspruchen. Der einzig berechtigte und wahrhaft fortschrittliche Wettbewerb des Kulturwesens: Mensch — als Individuum und Gesellschaft betrachtet — besteht eben in dem fortwährenden Vordringen und Ueberwiegen des Ethisch-Rationellen über das Tierisch-Instinktive. Das ist der Kampf ums Dasein für die intelligente Menschheit, und dieser Kampf richtet sich gegen alles Faustrecht jedweder Form, um Gerechtigkeit im individuellen und Völkerrecht im internationalen Verkehr in allen Beziehungen schalten und walten zu lassen. Das ist der wahre Kulturkampf des Pazifismus, der vermittelst einer intensiv durchgeführten allgemeinen Bildung seine Siege ohne Mordwaffen und Dreadnoughts erringt."

Prof. Heinrich Lammasch:

„Verehrteste Baronin! Es ist ein großes neuerliches Verdienst von Ihnen, daß Sie uns Oesterreichern alljährlich den 18. Mai als Friedenstag ins Gedächtnis rufen. Sie erinnern sich noch der widersprechenden Prognosen, die vor zwölf Jahren der Konferenz gestellt wurden. Der erste Vertreter einer Großmacht erklärte sie offen als „Schwindel" und sagte ihr ein unvermeidliches „Fiasko" voraus. Andere erwarteten von ihr die alsbaldige Herstellung des Weltfriedens und die Reduktion der Rüstungen. Ich habe nie geglaubt und glaube auch jetzt nicht, daß es durch Verträge je gelingen wird, den Krieg aus der Welt zu schaffen. Für ihre höchsten Interessen werden Staaten und Völker stets all ihre Kraft einsetzen. Aber solche Konflikte sind glücklicherweise höchst selten. Die Schrecken eines modernen Krieges sind derart, daß selbst die Phantasie eines Artur Grottger oder eines Wereschtschagin kaum hinreicht, sie auszumalen. Darum ist jedes Mittel, das geeignet ist, Kriege zu vermeiden, eine Wohltat für die Menschheit. Als solche Mittel haben sich bereits in wiederholten Fällen die von der Haager Konferenz 1899 geschaffenen Institutionen bewährt. Ohne die Schöpfung der internationalen Untersuchungskommissionen hätte die Beschießung der englischen Fischerflotte durch russische Kriegsschiffe auf der Höhe von Hull, ohne die Möglichkeit schiedsrichterlicher Schlichtung hätten die hüben und drüben begangenen Verletzungen des Völkerrechts im Falle von Casablanca aller Wahrscheinlichkeit nach

zum Kriege geführt. Erst der Urteilsspruch eines Schiedsgerichtes war es, der 1902 die deutschen und englischen Kanonen vor den venezolanischen Häfen La Guayra und Puerto Cabello verstummen machte. Und das Schiedsgericht, das im vorigen Jahre den fast hundertjährigen Streit zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, betreffend die neufundländische und kanadische Fischerei, schlichtete, hat damit ein schleichendes Gift aus den beiden Staatskörpern beseitigt, das sie schon mehrmals bis zur Fieberhitze gebracht hatte. Für die zehn Jahre, die der Schiedsgerichtshof im Haag nun besteht, sind die neun Schiedssprüche, die er bisher gefällt hat, und die ausnahmslose Anerkennung, die sie gefunden haben, ein Resultat, das die Hoffnungen und Erwartungen derjenigen, die ihn geschaffen, nicht enttäuscht, sondern im Gegenteil wohl eher übertroffen hat. Darum haben Sie recht, verehrte Baronin, den Tag zu feiern, an dem die Konferenz zusammentrat, die den Schiedsgerichtshof schuf.

Lammasch."

Minister Lövland:

„Das norwegische Nobel-Komitee sendet der Oesterreichischen Friedensgesellschaft und unserer hochverehrten Laureatin seine herzlichsten Glückwünsche. Wir teilen eure Freude über den Fortgang der Schiedsgerichtsbarkeit und eure Hoffnung auf eine noch reichere und raschere Entwicklung in Zukunft.

Lövland, Präsident;
Selmer Anderssen, Sekretär."

Professor Wilhelm Ostwald:

„Das internationale Schiedsgericht ist eine unabweisbare Notwendigkeit; es besteht also nicht die Frage, ob es eingeführt werden soll, sondern nur die, wann es eingeführt werden wird. Es von Ehrenfragen auszuschließen, heißt, ihm sein nächstliegendes und segensreichstes Gebiet nehmen.

W. Ostwald."

Frederic Passy:

„Neuilly, 12. Mai 1911.

Ja, sicherlich, liebe und tapfere Freundin, wir haben Grund, uns zu freuen, trotz mancher traurigen Dinge, und vielleicht auch Grund, auf unsere Arbeit stolz zu sein. In den internationalen Beziehungen wenigstens, wenn auch — leider! — nicht in den nationalen, beginnt ein neuer Geist zu walten, und die Regierungen selber — nachdem sie uns ignoriert oder als Schwärmer, wenn nicht gar als Unruhestifter, behandelt haben — rechnen es sich zur Ehre, unsere Doktrinen zu verkünden und unsere Bestrebungen zu unterstützen. Nach den vermeintlich unnützen, aber in Wirklichkeit so fruchtbaren Haager Konferenzen, nach den ersten Schiedssprüchen des Haager Tribunals, welche zuerst überraschten wie glückliche Zufälle und die heute beinahe unbemerkt vorübergehen wie Alltäglichkeiten, nach jener Beschwichtigung der Huller Affäre, die den fürchterlichsten Brand erstickt hat, wie wir mit dem Fuß ein unvorsichtig hingeworfenes Streichholz zertreten, sehen wir nun die beiden großen Zweige der Englisch sprechenden Rasse oder vielmehr das seiner politischen Autonomie treue Großbritannien und Amerika mit seiner aus deutschem, italienischem, russischem und skandinavischem Alluvium gemischten Bevölkerung sich verständigen, um das erste mächtige Glied der Freundschaftskette zu bilden, welche einst allen Gewalttätigkeiten die Hände binden soll. Und jetzt sehen wir nach der wahrhaft staatsmännischen Rede, mit der Sir Edward Grey das Exposé der neuen Politik, der Politik der auf Recht und Würde ruhenden Solidarität, gemacht hat, nach der feierlichen Eröffnung des Friedenskongresses in Baltimore durch den Präsidenten Taft und während unser Freund d'Estournelles durch alle Regionen der Vereinigten Staaten einen Triumphzug hält, wie nun der englische Premier Asquith und das Haupt der Opposition, Balfour, ihre inneren Gegensätze und Kämpfe für den Augenblick zurückdrängend, sich vereinen, um zusammen vor dem Angesicht des Stadtoberhauptes die neue Richtung der äußeren Politik zu feiern und die Aera der diplomatischen Weisheit und des gegenseitigen Wohlwollens zu begrüßen. Aufrichtig, wer von uns hätte im Anfang der schwierigen Laufbahn trotz der Festigkeit unserer Ueberzeugungen und trotz unserer als verrückt geltenden Hoffnungen es gewagt, in einer so geringen Anzahl von Jahren solche Ergebnisse zu erwarten? Ich wollte Ihnen versprechen können, im Herbst zum Kongreß nach Rom zu kommen, aber ich glaube nicht, daß meine neunundachtzig Jahre, die ich in einigen Tagen vollende, es mir erlauben werden. Grüßen Sie dann für mich die dort versammelten Kämpfer im heiligen Kreuzzug der internationalen Brüderlichkeit, und meine letzten Tage, so hoffe ich, werden von dem fernen Widerschein ihrer Friedensfeste erhellt sein. Frédéric Passy."

Sir Vezey Strong,
Lord Mayor von London:

„The Mansion House, 12. Mai.

Madame! Mit der größten Befriedigung entnehme ich aus dem Brief, mit dem Sie mich beehrt haben, daß Sie als Präsidentin der Oesterreichischen Friedensgesellschaft eine Kundgebung zugunsten der Verhandlungen über den anglo-amerikanischen Schiedsvertrag veranstalten wollen. Ich kann mir keine höhere, von zivilisierten Rassen zu leistende Funktion vorstellen als die, Frieden und Wohlwollen unter ihren eigenen Gemeinden und unter den Nationen der Erde zu verbreiten. Das große Meeting in der Guildhall der Stadt London, auf das Sie anspielen, hat sicherlich eine neue Aera in der Geschichte der Zivilisation bezeichnet und gab den besten Gefühlen der britischen Nation Ausdruck; und ich

denke, daß es dem hohen Ziel, das Sie im Auge haben, nur nützen kann, wenn Sie sich auf den Verlauf dieses Meetings beziehen. Ich übersende Ihnen daher einen vollen Bericht, aus welchem Sie nicht nur die Ansichten und Gefühle entnehmen können, die ich selber hege, sondern auch die, welche die Führer des politischen, religiösen und sozialen Geistes des britischen Volkes und Imperiums bewegen. Meine Botschaft an Sie kann daher der Ausdruck meiner inbrünstigen Hoffnung sein, daß das österreichische Volk die Meinung des britischen Volkes über den Platz gutheißt und teilt, den das Schiedsgericht in der Schlichtung internationaler Streitigkeiten einnehmen soll, als ein praktisches Mittel, um den Frieden der Welt und das Wohl der großen menschlichen Familie zu fördern. Ich verbleibe usw.

Vezey Strong, Lord Mayor."

Lord Weardale:

„Carlton Gardens, London, 11. Mai 1911.

Liebe Baronin! Das gegenwärtige Jahr hat für die Friedensfreunde gut begonnen, und ich kann Ihnen nur sagen, daß aller Augen auf die edle Initiative des Präsidenten Taft gerichtet sind und seinen Vorschlag zur Herbeiführung eines allumfassenden Schiedsvertrages zwischen seinem großen Lande und Großbritannien. Wir sind, so hoffe und glaube ich, am Vorabend des Abschlusses dieser epochemachenden Konvention, die sich als ein Beispiel für die ganze Welt bewähren und zu der Verminderung der fürchterlichen Lasten führen wird, welche — nach den Worten Sir Edward Greys — die Menschheit allmählich verbluten machen. Ich weiß, daß Sie Ihre Stimme und Ihre Feder kräftig zur Förderung dieser großen Bewegung nützen werden und ich sende Ihnen und meinen österreichischen Freunden die wärmsten Grüße. Ihr aufrichtiger Weardale."

Freiherr von Stengel und die Haager Friedenskonferenzen.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Der Münchener Staatsrechtslehrer Baron v. Stengel, der in diesen Tagen in den Ruhestand tritt, ist in der ganzen Welt bekannt geworden. Er hat im Jahre 1899, als der russische Zar die erste Haager Friedenskonferenz einberief, sein berüchtigtes Pamphlet gegen den ewigen Frieden und zehn Jahre später ein Buch „Weltstaat und Friedensproblem" veröffentlicht. In beiden Fällen bekämpfte er die Idee der Friedensbewegung aufs heftigste. Die Ironie des Schicksals fügte es, daß gerade dieser in völkerrechtlichen Dingen so rückständige Professor von Deutschland zur ersten Haager Friedenskonferenz delegiert wurde. Man muß v. Stengel den schärfsten Vorwurf deswegen machen, daß er nicht im Jahre 1899 seine Berufung zum deutschen Vertreter im Haag abgelehnt hat. Wie er eine Mission annehmen konnte, deren Zweck er vorher so scharf wie nur irgendeiner verhöhnt hatte, muß jedem unverständlich bleiben. Ein Glück war es, daß Baron v. Stengel auf der ersten Haager Friedenskonferenz keinerlei Rolle spielte und sich damit begnügte, zusammen mit dem Grafen Münster bei allen Konferenzdiners auf die Sache zu schimpfen. Der Friedensrechtskommission gehörte er überhaupt nicht an. Er wurde — lediglich Deutschland zu Ehren — zum Vizepräsidenten der zweiten Unterkommission ernannt, die sich mit dem Landkriegsrechte befaßte. Während der ganzen Konferenz ergriff er meines Wissens nur zweimal in den Verhandlungen das Wort, und zwar lediglich in der ersten Unterkommission bei den Beratungen über das Rotekreuzabkommen, indem er einmal den Antrag stellte, die betreffenden Fragen erst einem Ausschusse zur Prüfung zu überweisen, und bei einer zweiten Gelegenheit feststellte, daß zwischen „Unverletzlichkeit" und „Neutralität" ein Unterschied bestände. Diese letztere Bemerkung hinderte v. Stengel freilich nicht, in einem bald nach der Konferenz erschienenen Aufsatze von „Neutralität, d. h. Unverletzlichkeit", zu sprechen, eine Inkonsequenz, die schon Meurer hervorgehoben hat, und die an und für sich bedeutungslos, aber für Stengel höchst charakteristisch ist; ein klarer Kopf ist er nämlich nie gewesen. Zu erwähnen ist ferner, daß er 1899 auch Mitglied des Ausschusses war, der die Konferenzabkommen in die herkömmliche diplomatische Form zu bringen hatte. Namentlich die einleitenden Bemerkungen des „Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten", die den Frieden in höchstem Grade preisen, stammen von diesem Ausschusse her. Man muß es der völligen Einflußlosigkeit v. Stengels zuschreiben, daß er auch in diesem kleinen Redaktionskomitee in keiner Weise Eindruck zu machen verstand. Trotz des kriegsfreundlichen Stengel pries das Redaktionskomitee, unter der Leitung des an juristischer Schärfe den meisten anderen Mitgliedern weit überlegenen Holländers Asser, in besonderem Maße die Wohltaten des Friedens. In seiner Hilflosigkeit ging v. Stengel erst neun Jahre später gegen jene Beiseiteschiebung seiner Persönlichkeit durch den Redaktionsausschuß vor, indem er 1908 in der „Zeitschrift für Politik" sein Erstaunen über die „schwülstige Einleitung der sogenannten Schiedsgerichtskonvention" ausdrückte. Diese Tatsache habe ich als Beiheft des „Archivs für öffentliches Recht" erschienenen Kommentare des Friedensrechtsabkommens hervorgehoben.

Seines völligen Versagens auf der ersten Friedenskonferenz wegen wurde v. Stengel zur Freude der gesamten Kulturmenschheit

nicht wieder nach dem Haag gesandt, während Prof. Zorn zu allgemeiner Freude wiederum delegiert wurde.

Die großen Fortschritte, die die internationale Organisation in den letzten zehn Jahren seit der ersten großen Friedenskonferenz gemacht hat, sind an v. Stengel spurlos vorübergegangen. Daß sich immer mehr Kräfte in der Welt regen, die auf eine friedliche Lösung internationaler Streitfälle bedacht sind, hat v. Stengel nie zu erkennen vermocht. Er hat nie den Glauben an einen Fortschritt der Menschheit gewinnen können. Die alten Raubritter, die einander totschlugen, sind heute sein Ideal. Das Urteil, das die Nachwelt über v. Stengel fällen wird, wird ein geradezu vernichtendes sein. v. Stengel gehört zu den Naturen, die ein großes Ideal der Menschheit durch inhaltlose Schwätzereien zu ertöten versucht haben.

Zu meiner Freude haben sich bereits zwei hervorragende deutsche Gelehrte, der Jurist Professor Kohler und der Historiker Professor Lamprecht, in scharfer Weise gegen v. Stengel gewandt und seine Ausführungen widerlegt. Freilich hat ein anderer deutscher Gelehrter und Staatsmann, Professor Zorn in Bonn, das letzte Buch v. Stengels in seinem Aufsatze „Zur neuesten Entwicklung des Völkerrechts“ in der Festschrift zu Güterbocks 80. Geburtstage gelobt. Meiner Ueberzeugung nach gibt es einem Reaktionär wie v. Stengel gegenüber nur eine entschiedene Gegnerschaft für jeden, der die neuere Entwicklung des Völkerrechts mit Teilnahme verfolgt. Angesichts eines Mannes wie v. Stengel müssen sich die Geister in solche scheiden, die einen Fortschritt des Völkerrechts anerkennen und solche, die den Wandel der Zeiten nicht zu erfassen vermögen.

Bei seinem Uebertritt in den Ruhestand kann man v. Stengel nur wünschen, er möge noch in dem letzten Teile seines Lebens die Ueberzeugung gewinnen, daß die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden keine Utopie ist, und daß man das, was andere mit ihrem Glauben umschlossen haben, nicht ungestraft verhöhnen darf. Möge v. Stengel noch recht lange leben, damit er von der zu erwartenden großartigen Entwicklung der internationalen Organisation Kenntnis nehme. Möge diese Entwicklung eine überraschend große sein, mögen die Ereignisse v. Stengel ganz von der Unhaltbarkeit seiner Theorien überzeugen, damit er noch vor seinem Tode seine beiden Schriften aus den Jahren 1899 und 1909 verbrennen kann. Die Asche seiner Bücher soll man aufbewahren und sie späteren Generationen zur Erinnerung an eine leuchtende Epoche der Menschheitsgeschichte zeigen, die mit der ersten Haager Friedenskonferenz und der Errichtung des Haager ständigen Schiedshofes im Jahre 1899 begann.

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

In diesen Blättern werden seit einer Reihe von Jahren die politischen Ereignisse vom pazifistischen Standpunkt glossiert. Wir sind aber jetzt in eine Epoche getreten, wo pazifistische Ereignisse in den Vordergrund der Politik stehen. Wenn dies in der mitteleuropäischen Presse auch noch nicht zum Ausdruck kommt, ein Blick auf englische Zeitungen zeigt es deutlich. Der „Weltfrieden“ — einst das in den verschiedenen Friedensvereinen und -kongressen behandelte, reservierte Gebiet aus Utopia — ist, seit dem amerikanischen Schiedsgerichtsantrag, zum hochoffiziellen, ministeriellen und gouvernementalen Tagesproblem geworden. Es geziemt sich also, daß in der zeithistorischen Chronik der Friedens-Warte die Kundgebungen, die in den letzten Wochen in London stattgefunden haben, an erster Stelle registriert werden — noch vor den Kampfbewegungen der Melissoren und Mediten. Sir Edward Grey, der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten des britischen Reiches, läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne laut zu verkünden, daß die pazifistischen Ideale seine Ideale sind, und daß er deren Erreichung in nächster Nähe winken sieht. Im vorigen Heft der Friedens-Warte wurden die Reden zitiert, die Sir Edward zuerst im Parlament, dann in der Versammlung der Arbitration-League und zuletzt in der denkwürdigen, vom Lord Major einberufenen Versammlung in der Guildhall über den Taftschen Vorschlag gehalten hat. Seither — es war am 24. Mai — brachte er denselben Gegenstand bei dem zu Ehren der verschiedenen Premierminister der Kolonien veranstalteten Festmahl zur Sprache. „Der neue englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag hat Aussicht,“ sagte er, „etwas wie eine Grenzmarke in der Entwicklung der Menschheit zu werden. Er wird die Bahn zu einem großen praktischen Fortschritt in der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten eröffnen. Er wird ein Beispiel und ein Ziel sein, nach dem jedes Land streben wird. Wir wünschen diesen Vertrag erst mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen zu sehen, bevor wir erwägen, welcher Ausdehnung er fähig ist. Wenn aber die Initiative des Präsidenten Taft segenbringende Folgen für andere Nationen haben wird, so wird England es um so freudiger begrüßen.“ Der Premierminister von Kanada, Sir Wilfrid Laurier, sagte: „Nach dem englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag, der schließlich zustande kommen wird, wird ein Bündnis zwischen allen Staatswesen englischer Zunge vorhanden sein, das den Weltfrieden für immer sichern würde.“ Mit diesem Ausspruch ging Sir Wilfrid noch weiter, als man in den Kreisen der Pazifisten geht — diese glauben, daß bis zum Ziele noch gar manche Etappen liegen.

☞

Noch weiteres von Sir Edward Greys politischen Kundgebungen. Am 1. Juni fand im National Liberal Club ein Huldigungsfest für Andrew Carnegie statt. Sir Edward präsidierte. Nach dem Königstoast machte er Mitteilungen über den Regierungsantrag zugunsten der Einbringung der Frauenrechtsbill, hierauf gab er eine wichtige Erklärung über die Parlamentsbill ab und dann ging er auf das Thema des Tages über: Die Friedensbewegung und die Rolle, die darin von Andrew Carnegie gespielt wird. Unter den Gründen, die das anfänglich so langsame Fortschreiten der Bewegung gegenwärtig beschleunigen, sei einer der wirksamsten die Empfindung des steigenden Druckes der Rüstungen. Nicht nur durch die gesteigerten Steuern wird dieser Druck gefühlt, sondern durch die steigenden Reformbedürfnisse, die nicht befriedigt werden können, wenn die Kosten der Rüstungen stets anwachsen. Doch um diese Kosten wirksam zu verringern, müssen die Nationen im Verein handeln. Wir können in dieser Frage nicht allein vorgehen. Wir müssen Gesellschaft haben (Applaus). Ein zweiter Grund für den Fortschritt der Friedensidee liege in der umsichgreifenden Einsicht, daß selbst im erfolgreichsten Kriege der Sieger mehr verlieren könnte, als er gewinnt. Diese Idee sei vortrefflich ausgeführt in Norman Angells Buch „Europas optische Täuschung", welches Buch auch zuerst die Aufmerksamkeit des Redners auf diese Idee gelenkt habe. Der Wert des Buches bestehe besonders darin, daß es den Beweis erbringen will — nicht, daß der Krieg abscheulich, sondern daß er töricht ist. Weiter polemisiert Redner gegen die Behauptung, daß die Abschaffung des Krieges den nationalen Charakter verderben würde. — Nun, das alles sind Dinge, die in den pazifistischen Schriften und Versammlungen hundertmal wiederholt worden sind; das Neue ist nur, daß sie jetzt ganz offiziell von der ganzen politischen Welt laut proklamiert werden. Zum Schluß kam Sir Edward wieder auf die Taftsche Initiative zurück und bezeichnete sie von neuem als den Beginn einer neuen Richtung.

☞

Die Londoner Peace Society hielt am 18. Mai ihre Jahresversammlung ab. Und auch das war eine offizielle Veranstaltung, denn sie fand in der Guildhall, unter Vorsitz des Lord Major statt. Ein besonderer Zug in den Reden, Berichten und Resolutionen war dieser: Die Einbeziehung Deutschlands in die durch den Taftschen Vorschlag inaugurierte Friedensliga der Nationen. Oft wird von Zweiflern das Argument vorgebracht: „Nun ja, die englischsprechenden Länder können miteinander solche Verträge abschließen und einhalten, denn sie sind ja ohnehin in voller Harmonie — aber für die übrige Welt ist das nicht möglich — und wo bleibt z. B. der gefahrdrohende Gegensatz zwischen England und Deutschland?" Auf diese Frage haben sämtliche Redner: der Lord Major, der Arbeiterführer Ramsay Macdonald, Lord Weardale und der Reverend Canon Mastermann erschöpfende Antwort gegeben. Sie alle erkennen die deutsch-englische Freundschaft als Bedingung des Weltfriedens, sie alle arbeiten daran und sehen auch, wie deren Symptome auf beiden Seiten anwachsen. Die künstlich geschürte Feindschaft hat weder Grund noch Zweck. Während zwischen Amerika und England vor hundert Jahren ein großer Krieg gewütet hat und seither mehrere Male (Alabama, Venezuela) vor der Tür stand, haben England und Deutschland niemals gegeneinander gekämpft, niemals einen wirklichen, substantiellen Streit geführt. Nichts, absolut nichts (außer den Interessen der beiderseitigen Kriegsparteien) steht einer vollen Verständigung und — in der Folge — dem Abschluß vorbehaltloser Verträge im Wege. Etwa die sogenannte Handelsrivalität? „Haben wir denn," so fragte Macdonald, „keine Handelsrivalität mit den Vereinigten Staaten?"

☞

„Die türkisch-montenegrinische Kriegsgefahr"; „Gespannte Beziehungen"; „Fortsetzung der Rüstungen." So lauteten die „headlines" zu den Depeschen aus Konstantinopel. Und diese meldeten: Die Pforte hat die Reserven in Südalbanien einberufen und das Loskaufen der Militärpflichtigen untersagt. Die Stimmung ist sehr ernst. — Die türkischen Offizierskreise drängen zum Krieg mit Montenegro. (Nichts natürlicher als das.) Nun geschah dieses: Rußland — nein, sagen wir die russische Regierung, ich hasse diese Verallgemeinerung, die hinter jeder Aktion eines Staatsmannes immer ein ganzes Land als personifizierten Willen setzt — also die russische Regierung läßt durch ihren Botschafter Tscharykoff die türkische Regierung auffordern, sie solle ihre friedliche Gesinnung gegenüber Montenegro aussprechen, denn die an der montenegrinischen Grenze konzentrierten Truppen bilden eine Gefahr für den Frieden. — Diese Verwarnung brachte Tscharykoff mündlich und höflich vor. Tscharykoff war russischer Delegierter im Haag — ich kenne ihn als aufrichtigen Friedensfreund und regelmäßigen Leser der Friedens-Warte. In der Presse wurde die russische Mahnung zum Frieden als aufsehenerregende „Drohnote" kommentiert — als ein „Eingriff in die Balkanwirren" bezeichnet und darin die so beliebte nahe Kriegsgefahr erblickt — denn die Türkei wird sich doch so etwas nicht gefallen lassen!!! — Vorerst lehnen die anderen Mächte es entschieden ab, sich dieser russischen Aktion anzuschließen — sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei zu mengen. Nun aber beginnt es doch auch unter den anderen Mächten sich zu regen, weil aus Albanien gar zu grauenvolle Nachrichten kommen. Aehnlich den einstigen bulgarischen und armenischen atrocities. So gleichgültig wie einst, sind die Menschen doch nicht mehr gegen die Leiden anderer Völker, so tolerant sind sie nicht mehr gegen fremdländische Brutalitäten.

Die Mahnung wird von allen Seiten laut, Albanien solle pazifiziert werden. Das Wort hat aber die Bedeutung verloren, die es früher hatte, als man nur mit dem Schwert die Ordnung herstellte, d. h. den Frieden durch die Massakrierung der Friedensstörer sicherte; jetzt heißt Friedenmachen doch schon „Versöhnen" — gerechte Forderungen gewährend. Möge solch ein „Eingriff" den unglücklichen Melissoren und Mediten und wie sie alle heißen (sind doch auch unsere — und der Türken — Menschenbrüder), Erlösung und Rettung bringen. Rußland, will sagen, die russischen Diplomaten, hätten ganz recht getan, zum Frieden zu mahnen und gegebenenfalls zu Hilfe zu eilen. Natürlich müßten aber auch sie es begreiflich finden, wenn im Fall von Pogromen und Gefangenenmißhandlungen das übrige Europa gleichfalls protestieren und helfen wollte.

☞

Auf dem Flugfeld von Issy hat sich ein großer Unglücksfall ereignet. Ein herabsausender Aeroplan verwundete schwer den Ministerpräsidenten Monis und tötete den Kriegsminister Berteaux. Kondolenzen flogen aus allen Ländern — auch von fremden Kriegsministerien — herbei. Auch sonst hat die Aeronautik in den letzten Wochen — neben großen Triumphen, wie die Flüge Paris-Rom usw. — zahlreiche Todesopfer gekostet. Der herrliche Fortschritt wird schwer erkauft, und was besonders die reine Freude vergällen muß, mit der sonst dieser Sieg des menschlichen Genius uns erfüllen mußte, ist der allenthalben festgehaltene Plan, ihn zur Menschenvernichtung auszunützen. Wo bleibt da der Protest? Von seiten der Kriegsministerien kann man ihn nicht erwarten; aber das Völkerrechtsinstitut, das mit dem Nobelfriedenspreis gekrönte, hätte ihn doch erheben sollen. Und was geschah? Auf dem Völkerrechtskongreß, der kürzlich in Madrid abgehalten wurde, ward die Frage des Luftkrieges auf die Tagesordnung gesetzt. Das Verbot oder doch die Einschränkung desselben hat zu lebhaften Debatten geführt. Englische Juristen waren für das unbedingte Verbot jedweden Kampfes in der Luft; hingegen die Franzosen für volle Kriegführung im Luftraum. Eine Mittelmeinung will (o Rabulisterei!) zwischen horizontaler oder vertikaler Kampfesweise unterscheiden und nur letztere zulassen. Ersteres ist Schießen zwischen zwei Luftschiffen, letzteres zwischen dem Festlande und dem Luftfahrwege. — Seid beruhigt, Völker, — die Lehrer und Verfechter eurer Rechte schützen euch vor horizontalen Höhenmassakern, verkürzen dabei aber auch die künftigen Lufttruppen nicht um ihr vertikales Vergnügen.

☞

Eine vom 6. Juni datierte Depesche hieß: Der türkisch-persische langjährige Grenzstreit wird dem Haager Schiedsgericht unterbreitet. — Die hochbedeutsame Meldung war von keinem Kommentar begleitet. Solche Nachrichten haben doch nichts Sensationelles; man kann nicht einmal eine Landkarte dazu drucken.

☞

Der Besuch des Kaisers Wilhelm in London, zur Enthüllnug des Viktoriadenkmals, hat einen sehr günstigen Eindruck hinterlassen. Daß König Georg zum preußischen Feldmarschall ernannt worden, gehört zu den Widersinnigkeiten unserer aus internationaler Höflichkeit und gleichzeitiger internationaler Bedrohung zusammengesetzten Zeit. Wie müßte sich denn Feldmarschall Georg benehmen, wenn die angesagte Invasion einträfe? Uebrigens hat man die beiden Vettern oft in angelegentliches Gespräch vertieft gesehen. Es wäre nicht zum Staunen, wenn nächstens irgendeine tiefgehende Versöhnungs- und Verständigungsaktion zwischen den beiden Ländern eingeleitet würde. Wie gern würden wohl manche Königsheroen einander loyal die Hände zum kriegsausschließenden Bunde reichen, wenn sie nicht — die Gefangenen ihrer Kriegsheroen wären. Diesen dürfen sie doch nicht ihre raison d'être rauben. . . .

☞

Gegen Verständigungen zur Einschränkung der Kriegsbedrohung erheben gewisse Kreise ja sofort Einsprache. So z. B.: Unter Teilnahme des Prinzen Georg von Bayern trat am 28. Mai in Nürnberg der deutsche Flottenverein zur 11. Hauptversammlung zusammen. Großadmiral von Köster sagte: „Wenn auch vielfach der Sieg der Friedensidee erhofft und gepredigt wird, so hält England an seinen eigenen Rüstungen fest und verstärkt sie von Jahr zu Jahr. Pichon trat noch unlängst in der Kammer energisch für stärkere Rüstungen zu Wasser und zu Lande ein; Amerika baut trotz der größten Friedensstiftungen immer größere Schiffe und wird auch bald mit Mehrforderungen für die Armee hervortreten; Rußland bemüht sich, seine Flotte zu rekonstruieren; die Türkei ist aus ihrer Ohnmacht zu neuem Leben erwacht; China ist auf das eifrigste bestrebt, in die Reihe der gerüsteten Mächte einzutreten. Kurzum, überall sieht man sich vor, bei der kommenden Gestaltung der Weltwirtschaft die Lebensinteressen wirksam zu vertreten." — Zum Schluß der Versammlung wurde nicht nur gegen Beschränkung im Schiffsbau Protest erhoben, sondern die Forderung aufgestellt, daß jährlich ein großer Kreuzer mehr gebaut werde, als im Flottenprogramm von 1908 vorgesehen ist. — Dadurch wird den Vermehrlustigen anderer Länder willkommener Anlaß zu Mehrforderungen gegeben, auf die Großadmiral Köster bei seinen nächsten Mehrforderungen sich wird berufen können — zur „Wahrung der weltwirtschaftlichen Lebensinteressen". Die Lektüre des Norman Angellschen Buches wäre dem Präsidium des deutschen Flottenvereins zu empfehlen.

☞

Der österreichische Flottenverein ist in gehobener Stimmung. Er veranstaltet eine Festreise zum Stapellauf unseres ersten Dreadnought, der in einigen Tagen unter großem Gepränge, Glockenklang, Gebeten, Anwesenheit von Hof und edlen Damen stattfinden wird. Genau so, wie vor ein paar hundert Jahren die feierlichen Autos da fé. Zwar wird man nicht zur höheren Ehre Gottes die anwesenden Opfer brennen sehen; doch wird man die Holz- und Eisenstöße segnen, auf denen künftige Opfer den Tod bringen und finden sollen, zur höheren Ehre — menschlichen Wahns. Das klingt „unpatriotisch" und wird in starkem Widerspruch zu den hymnischen Artikeln stehen, die von der bevorstehenden Zeremonie berichten werden. Es tut mir leid — aber in ein paar hundert Jahren (hoffentlich schon früher) werden alle eine solche Feier in demselben Lichte betrachten, in dem heute schon allen jene festlich-andächtigen „Handlungen des Glaubens" aus dem vergangenen Jahrhundert erscheinen.

☞

Der einstige Minister Rouvier ist gestorben. Man sagt ihm nach, so nebenbei, daß er den wegen der Marokko-Angelegenheit drohenden deutsch-französischen Krieg verhütet hat. Faßt man denn, welche grenzenlose Groß- und Wohltat damit dem Toten zugeschrieben wird? Nein, man faßt es nicht; man ist es bisher zu sehr gewohnt, Lob und Ehre und Verhimmelung denjenigen zu weihen, die Kriege herbeigeführt haben. Das Umwerten der Werke, im öffentlichen Geist, ist eine gar langsame Prozedur.

☞

Oesterreich hat eine neue Wehrvorlage erhalten. Zweijährige Dienstzeit — nicht für alle, nur für einige. Aber, sei bedankt, Gott Mars!: eine bedeutende Verstärkung des Heeres — im „Ernstfall" können wir 2 Millionen Landeskinder dem vertikalen und horizontalen Tod entgegenführen; auf jeden Fall aber können wir jährlich wieder eine erhebliche Anzahl von Millionen mehr zahlen, was — auch kein Spaß ist.

Pazifistische Chronik.

3. Mai. Die Gesandten der Republiken Haiti und San Domingo in Washington erhielten von ihren Regierungen den Auftrag, das Kompromiss für die schiedliche Regelung des Grenzstreites beider Staaten abzufassen.

9. Mai. Präsident Falliéres in Brüssel.

13. Mai. Die Deutschen Amerikas überreichen Carnegie eine Dankadresse für dessen in Deutschland errichteten Heldenfonds.

14. Mai. Jahreskongress des Schweizer Friedensvereins.

14. Mai. In Rom tritt die Generalversammlung des Internationalen Ackerbauverbandes zusammen.

14. Mai. Im ungarischen Reichstage tritt der Abgeordnete Kelemen für eine Verminderung der Rüstungen ein.

Mitte Mai. Kaiser Wilhelm in London zur Enthüllung des Denkmals der Königin Viktoria.

Mitte Mai. Der deutsche Kronprinz in St Petersburg.

15. u. 16. Mai. Sitzung des Comités des Internationalen Friedensbureaus in Bern Beschlusse über die Erweiterung der Aktion des Bureaus.

16. Mai. Lloyd George stellt im englischen Unterhaus bei der Budgetberatung eine Verminderung der englischen Flottenausgaben in Aussicht. „Man könne für nächstes Jahr einer wesentlichen Verminderung und in dem darauffolgenden Jahre einer noch grösseren entgegensehen".

16. Mai. Zusammentritt der Internationalen Regierungskonferenz über die Beförderung von Personen und Reisegepäck in Bern.

17. Mai. Das amerikanische Staatsdepartement unterbreitet den Entwurf eines allgemeinen Schiedsvertrages den Regierungen von England und Frankreich.

18. Mai. In allen Ländern wird der Friedenstag gefeiert. Vorträge in Versammlungen, Kirchen, Schulen, Festartikel in den Zeitungen.

18. Mai. 25. Jahresversammlung der „Peace-Society" in der Londoner Guildhall. Der Lord Mayor präsidiert und hält eine Friedensrede.

23. Mai. Sir Edward Grey bezeichnet auf dem Bankett zu Ehren der Premierminister der englischen Kolonien, den beabsichtigten anglo-amerikanischen Schiedsvertrag als eine „Grenzmarke in der Geschichte der Menschheit".

24. Mai. Der Präsident der russischen interparlamentarischen Gruppe drückt in der Reichsduma den Wunsch aus, dass die russische Regierung für die Erörterung des Rüstungsproblems auf der III. Haager Konferenz eintrete.

Ende Mai. Der niederösterreichische Gewerbeverein unternimmt eine Verständigungsfahrt nach Italien. Begeisterte Aufnahmen der Oesterreicher in Turin, Florenz, Rom.

20. u. 21 Mai. IV. Deutscher Friedenskongress zu Frankfurt a. M.

23. Mai. Schiedsgerichtsdebatte im belgischen Senat. Einige Senatoren verlangen, dass Belgien Schiedsverträge ohne jeden Vorbehalt abschliesse.

1. Juni. Im englischen Unterhause interpelliert Mr. Byles Staatssekretär Grey ob er amtliche Auskunft darüber erhalten habe, dass Deutschland sich bereit erklärt habe, mit den Vereinigten Staaten einen allgemeinen Schiedsvertrag zu schliessen und über die Fortschritte der Schiedsverhandlungen zwischen England und den Vereingten Staaten.

2. Juni Bankett zu Ehren Carnegies im Londoner National Liberal Club. Rede Sir Edw. Greys über die „Neue Wendung" in der Schiedsgerichtsbarkeit. Carnegie spricht über Kaiser Wilhelms Begeisterung für den Weltfrieden.

3. Juni. Die in London versammelte britische Reichskonferenz stimmt der Londoner Seerechtsdeklaration zu.

4. u. 5. Juni. In Brüssel tritt eine Konferenz der katholischen Pazifisten zusammen, zwecks Organisierung einer katholischen Weltfriedensliga.

4.—7. Juni. Der III. nationale Friedenskongress der franz. Pazifisten tagt in Clermond Ferrand.

11. Juni. Konstituierende Versammlung des „Verbandes für internationale Verständigung" in Frankfurt a. M.

Aus der Zeit.

Völkerrecht.

Die Londoner Seerechtsdeklaration. :: :: :: :: :: :: ::

Eine wichtige Nachricht kam anfangs Juni aus London. Die dort vereinigte Reichskonferenz aller halbselbständigen englischen Kolonien stimmte der Ratifikation der Londoner Seerechtsdeklaration von 1908 zu. Diese Zustimmung war die Hauptbedingung, die die englische Regierung stellte, um dieses bedeutende Werk dem Parlament zur Ratifikation vorzulegen. Diese erscheint nunmehr gesichert. Und nur von der Zustimmung Englands hing es ab, daß die andern Vertragsstaaten die Ratifikation vornehmen werden. Die große Bedeutung liegt aber darin, daß die allgemeine Ratifikation dieses internationalen Abkommens die Vorbedingung für das Inkrafttreten des 1907 im Haag geschlossenen Oberprisengerichts war. Nunmehr wird es nicht mehr lange dauern, und der erste überstaatliche Gerichtshof wird erstanden sein.

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Deutschland ernannte an Stelle des Oberlandesgerichtspräsidenten Sieveking den Präsidenten des Oberlandesgerichts in Marienwerder, Dr. v. Staff, zum Mitglied des Haager Hofes. — Jonkheer van Karnebeek, bisher Direktor im holländischen Kolonialministerium, Mitglied der zweiten Haager Konferenz, wurde zum Bürgermeister von Haag ernannt. — Dr. Belisario Porras, Gesandter von Panama in Washington, und Facundo Mutis Duran, früherer Gouverneur, wurden von Panama zu Mitgliedern des Haager Hofes ernannt. Damit ist Panama zum erstenmal auf der Liste des Haager Hofes vertreten.

Verschiedenes.

Die Friedensfreunde denken anders. :: :: :: :: :: ::

In Nr. 18 der „Gegenwart" 1911 steht eine Besprechung des Buches „Die letzten Tage des Ministeriums Emil Olivier, Juli-August 1870", die als ein Beitrag zu dem bekannten Urteile des Thukydides angesehen werden kann.

Die Aufgabe dieses kleinen Buches von Seeholzer ist, nachzuweisen, daß Emil Olivier, französischer Premierminister 1870, nicht der Urheber des deutsch-französischen Krieges gewesen ist, sondern daß auf deutscher Seite es Bismarck allein, auf französischer die Kaiserin Eugenie, der Minister des Aeußern Gramont und Adolphe Thiers es gewesen seien. Thiers hat zwar im Augenblick der Entscheidung den Krieg widerraten, hat aber vorher seine Nation oft zum Kriege gereizt.

Aus dem Material, wie Seeholzer es zusammenstellt, ergibt sich in der Tat, daß Olivier den Krieg am allerwenigsten gewollt hat. Aber (hier setzt der Berichterstatter mit Skepsis ein) er wollte den Krieg nicht aus dem Grunde vermeiden, weil er etwa der Ansicht gewesen wäre, daß die Franzosen für einen Krieg nicht vorbereitet sind, sondern deshalb, weil er sich vom Frieden eine günstigere Entwicklung der französischen Verhältnisse versprach und dem Vaterland die notwendigen Opfer jedes Krieges ersparen mochte.

Die „historische Figur" (hier kommt eine krasse Ungerechtigkeit) gewinnt dadurch keineswegs, sie wird nicht größer, sondern verschwindet ganz und gar im Schatten Bismarcks.

Also weil Olivier hoffte, durch den Frieden sein Vaterland zu fördern, deshalb wird er klein und verschwindet im Schatten Bismarcks, der sein Vaterland durch Krieg zu fördern hoffte!

Ja — ist denn das Logik? Daraus, daß Bismarck Krieg für das gute Mittel hielt, folgt doch nicht, daß Olivier im Frieden ein schlechtes Mittel gewählt hatte.

Nach Herrn Frideggs Ansicht haben, so darf man weiter schließen, die Eugenie, die Gramont-Thiers im Kriege das gute Mittel für ihr Vaterland gesehen, denn, so darf ich ironisch hinzufügen, sie haben diesen Krieg verloren.

Herrn Oliviers Politik war auf Frieden gerichtet! Diese Richtung hat Olivier genommen mit der Uebernehmung des Ministeriums. Welchen anderen Zweck als Frieden hat denn das Plebiszit vom 8. Mai 1870 haben sollen? Nach der hämischen Gesittung, von der Thukydides spricht, wird man natürlich sagen und hat es 1870 gesagt, daß dies Plebiszit nur Humbug gewesen sein, Humbug zur Köderung der Franzosen. Das mag ja für manchen Urheber so gewesen sein, aber für viele Millionen war es kein Humbug, sondern eine sehr ernste Sache, denn für sie war es Abstimmung für Frieden.

„Wären die Würfel für Frankreich günstiger gefallen, dann hätte Olivier wahrscheinlich vierundzwanzig Bände verfaßt, um seinen Anteil an der Kriegserklärung (Emser Dep.) zu beweisen, wenn sich nicht tausend andere Federn in Bewegung gesetzt hätten, um seinen Ruhm zu verkünden." Er hat den Frieden ja überhaupt gewollt, nicht den Krieg! Calumniare audacter — semper aliquid haeret, auch wenn die calumnia nur ficta, d. h. erdichtet ist, doch ficta non probant, d. h. erdichtetes beweist nichts.

„Da die Götter (welchen Glauben hat denn Herr Fridegg?) es anders gewollt haben, berührt es uns menschlich sympathisch, daß Seeholzer sich der Aufgabe unterzogen hat, Oliviers Ehre zu retten. Um so sympathischer, als diese Aufgabe recht undankbar ist. Denn in der Politik entscheidet nicht die Ehre, sondern der Erfolg."

Undankbar ist diese Aufgabe wohl nicht, denn Olivier ist wegen der Inkonsequenz, die in seiner Politik zwischen Olivier dem 8. Mai und dem 19. Juli, dem Tage der Friedenserklärung und dem der Kriegserklärung zu sein schien, viel getadelt worden, im Gegenteil ist die dankbar wie jede Ehrenrettung.

Und dann — ob Bismarck den Satz, daß die Ehre in der Politik nicht entscheide, unterschreiben würde? Ich bezweifle es. Und wenn Herr Fr. meint, daß der Erfolg entscheide, so spricht er nu einre Tautologie, etwa so: der Erfolg ist die Entscheidung. Nein — die tüchtige Vorarbeit, die Klugheit usw. entscheiden, nicht der Erfolg; der Erfolg wirkt nur auf das Urteil. Eventus stultorum magister hat Livius den Fabius Cunctator sagen lassen.

Ritter, Luckenwalde.

Der dementierte Friedenskaiser. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

„Die englische Wochenschrift „Everybodys Weekly" hat kürzlich einige Aeußerungen, teils politische, teils künstlerische Fragen betreffend, veröffentlicht, die der Kaiser zu einem englischen Künstler getan haben soll, der an der Ausschmückung seiner Jacht beteiligt war. Die Mitteilung ging durch die deutsche Presse, wurde dann jedoch dementiert. Wir geben sie hier dennoch wieder. Denn — se non e vero, e ben trovato.

„An der Spitze der Veröffentlichung steht ein leidenschaftliches Friedensbekenntnis des Kaisers: „Der Dreißigjährige Krieg", sagte er, „hat Deutschland auf dem Wege der Zivilisation um hundert Jahre zurückgeworfen. Jetzt sind wir mit euch nahezu auf einem Niveau. Wo wären wir, wenn wir statt des Dreißigjährigen Krieges dreißig Jahre Frieden gehabt hätten? Solange ich im Rate Europas eine kontrollierende Stimme habe, soll zu meinen Lebzeiten kein Schuß abgefeuert und kein Schwert gezogen werden."

Kaiser Wilhelm soll bei der Entwicklung seiner Friedensabsichten sogar Argumente antizipiert haben, die der englische Schriftsteller Norman Angell später in seinem berühmten pazifistischen Buch „Die große Täuschung" gebraucht hat. Auch der Kaiser sagte, daß Europa jetzt durch die internationalen Bande von Finanz und Handel so eng verbunden ist, daß in einem europäischen Krieg der Sieger mehr verlieren würde, als er gewinnen könnte. Deutschland habe auf dem Gebiete der angewandten Kunst und Wissenschaft solche Fortschritte gemacht, daß weder er, der Kaiser, noch sein Volk die Position, die es friedlich, aber sicher durch die Charlottenburger technische Hochschule und ähnliche Institutionen gewinne, auf dem Schlachtfelde in Gefahr setzen würden. Andererseits verteidigte der Kaiser die militärischen Rüstungen. Deutschland als Kontinentalmacht könne sich nur dann seiner friedlichen Arbeit mit Sicherheit hingeben, wenn es auf allen Seiten von einer Hecke von Bajonetten umgeben sei. „Ihr Engländer, die ihr das Meer als natürliches Bollwerk besitzt, könnt nicht die Gefühle einer kontinentalen Macht verstehen, welche diese veranlassen, sich aufs Schwert zu stützen."

Austro-italienische Verständigung. :: :: :: :: :: :: :: ::

Nur kurz sei hier auf den großen Erfolg hingewiesen, den die Besuche österreichischer Korporationen in den Hauptstädten Italiens aufzuweisen haben. Zuerst war es der Wiener Männergesangverein, der seine Kunst in den Dienst der Verständigung dieser beiden arg verhetzten Staaten stellte. In der Folge der hochangesehene niederösterreichische Gewerbeverein, der unter der Führung von Prof. Kobatsch, seines Sekretärs und Vizepräsidenten der österreichischen Friedens-Gesellschaft in Turin, Florenz und Rom große Triumphe feierte. Ueber die Einzelheiten dieser letzteren Verständigungsfahrt werden wir in der nächsten Nummer Gelegenheit haben, aus der Feder des Prof. Kobatsch selbst näheres zu vernehmen.

Etappen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Ein Friedensbekenntnis des Professor Delbrück, des bekannten konservativen Gelehrten, in dessen „Preußischen Jahrbüchern" der Pazifismus unentwegt bekämpft wird, ist immer interessant und verdient festgehalten zu werden. In einem Artikel Delbrücks im Maiheft dieser Zeitschrift lesen wir folgenden Satz:

„Das einzige wirksame Mittel, die Kriegsgefahr zu dämpfen und damit auch den Argwohn der Völker und schließlich den Rüstungseifer einzuschränken, ist die Einwirkung auf die öffentliche Meinung: ein fortwährendes Hinführen darauf, daß die großen Nationen sich in ihren mannigfaltigen Interessenkonflikten friedlich und unter wechselseitigem Nachgeben vertragen und sich nicht in gegenseitigem Argwohn Pläne unterlegen, die über das, was tatsächlich erstrebt wird, hinausgehen . . . Die Vorstellung, daß es geboten, unvermeidlich und vorauszusehen sei, daß der Gegensatz in einem Kampf auf Tod und Leben blutig ausgefochten werden müsse, ist zu bekämpfen und abzuweisen. Keines der großen Völker hat es nötig, ein anderes niederzuwerfen, jedes nur, sich selbst gleichberechtigt zu behaupten."

Einen anderen Satz, der uns auch wert erscheint, hier festgehalten zu werden, finden wir in der „Kölnischen Zeitung" vom 30. Mai

in einem Artikel über den anglo-amerikanischen Schiedsvertrag und über Deutschlands eventueller Beteiligung daran. Da heißt es:

„. . . Was kann es schaden, wenn für die Zwistigkeiten, die im politischen Leben nun einmal unvermeidlich entstehen, Mittel und Wege gefunden werden, auf denen man sie schiedlich friedlich beilegen kann, ohne daß gleich die ultima ratio des Krieges drohend im Hintergrund erscheint? Unsere internationale Kulturwelt verlangt nach solchen Mitteln und Wegen, weil die Werte, die ein Krieg in Gefahr bringt, jeden Tag größer und kostbarer werden. Ein Staat, der diesem internationalen Streben andauernd kalt gegenüberstände, geriete in die Gefahr, in den Zielen seiner Politik gröblich mißverstanden zu werden. Und das ist auf Die Dauer vielleicht schlimmer als alle möglichen Nachteile, die der Beitritt zu dem Weltfriedensbunde nach sich ziehen könnte."

☞

Ein Dokument. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

!! Großartigste Erfindung der Neuzeit !!
Der amerikanische
Wunder- und Welt-Schiedsvertrag!
Patent in allen Kulturstaaten angemeldet.

Garantiert absolut den Frieden und erlaubt, jederzeit den Krieg anzufangen.

Kann fortwährend mit allen Völkern abgeschlossen werden, ohne zu etwas zu verpflichten.

Sichert die Freiheit aller Vertragschließenden bis zum ersten Kanonenschuß.

Braucht niemals gebrochen zu werden, da er niemals gehalten zu werden braucht.

Ist ein kugelsicherer Panzer gegen Jeden, der nicht herschießt.

! Man schließe unverzüglich diesen Vertrag ab !
!! Kein Streit mehr ohne diesen Vertrag !!

Auf feinstes Taft-Papier gedruckt, jederzeit zu haben bei
Uncle Sam, Washington,
Weißes Haus.

In größeren Posten bezogen, bedeutende Ermäßigung.

So glücklich begrüßt die „Deutsche Ztg." Alfred Langes in ihrer Nummer vom 3. Juni den amerikanischen Schiedsentwurf. Und das nennt sich — „deutsch".

☞

Carnegie-Bankett in London. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

Zu Ehren des in London weilenden Mr. Andrew Carnegie und in Anerkennung seiner Verdienste um die Friedenssache veranstaltete der National Liberal Club am 1. Juni ein Festbankett. Den Vorsitz führte der Präsident des Klubs, Earl Carrington, und unter den Anwesenden befanden sich neben zahlreichen Parlamentariern auch der Minister des Aeußern, Sir Edward Grey. In seiner Begrüßungsrede führte er aus: Es gebe bei den Menschen zwei Gedanken, die die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verminderten, nämlich die Erkenntnis der Last der Rüstungen und die Bedenken, ob ein Krieg wirklich einen Vorteil bringen könne. Bezüglich der Schiedsgerichtsfrage wies der Staatssekretär darauf hin, daß man am Beginne einer neuen Wendung stehe. Dieser Fortschritt sei durch die Initiative, die die Vereinigten Staaten von Amerika gegeben hätten, gesichert.

☞

Baron d'Estournelles über ein pan-europäisches Bureau.

Baron d'Estournelles besichtigte während seiner großen Amerika-Tournée auch die Räume des pan-amerikanischen Bureaus, für dessen innere Ausstattung Andrew Carnegie neuerlich 100 000 Dollars gestiftet hat. In einer Schilderung, die der bekannte französische Senator im „Temps" gibt, bemerkt er folgendes:

„Die amerikanischen Regierungen sind einig darüber, die Tätigkeit des Bureaus, das fortwährend die allgemeine Aufmerksamkeit auf die natürlichen Reichtümer der verschiedenen amerikanischen Staaten lenkt, zu begünstigen.

Dieses ist eine Art Syndikat für gemeinsame Initiative, etwas wie ein Ermutigungskomitee zur Aufschließung Amerikas, zur Herstellung von Verbindungen und Beziehungen zwischen seinen verschiedenen Teilen. Kurz, es ist die Anwendung unserer Formel: „Entwicklung der natürlichen Interessen zugunsten guter internationaler Beziehungen."

„Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, warum wir in Europa nicht ein gleiches Bureau haben, das in Verbindung mit dem amerikanischen Bureau dem Handel und der Produktion eines jeden Landes große Dienste leisten würde. Es würde dies hier nicht die Vereinheitlichung, was absurd wäre, noch die Einheit, die unmöglich wäre, jedoch einen Anfang einer den neuen Zielen unserer Zeit unentbehrlichen Organisation bilden."

☞

„Amerikanischer Imperialismus und europäischer Pazifismus".

Unter dieser Ueberschrift versucht der Heidelberger Professor Hermann Oncken mich in den Preußischen Jahrbüchern (Nr. 21) auf zehn Seiten zu vernichten, als Züchtigung dafür, daß ich in der Friedens-Warte 1910 (S. 189) in meinem Artikel „Amerika durch die europäische Brille gesehen", einige Ansichten Onckens, die mir aus Zitaten durch Delbrück bekannt geworden sind, meiner Kritik unterzog.

Professor Oncken „witzelt" über mein Buch „Pan-Amerika". Er „witzelt"; denn er sagt selbst, nachdem er genug „gewitzelt" hat: Scherz beiseite. Er „witzelt" auch über mein Buch „Der Kaiser und der Weltfrieden", in dem er einen „wortreichen Byzantinismus" findet, „wie man ihn in Deutschland nur noch selten findet". Ich muß selbst zugeben, daß das arg sein müßte. Meine Anlage zum Byzantinismus

war mir übrigens neu. Ich will aus dieser Entdeckung keine Schlüsse ziehen auf die andern wissenschaftlichen Feststellungen des Heidelberger Gelehrten.

Und all diesen Zorn ergießt der Heidelberger Gelehrte über mich, weil er mir unterschiebt, ich hätte ihn kritisiert, ohne ihn gelesen zu haben. Er hat recht. Ich habe seine Schriften nicht gelesen; aber er übertreibt ein wenig. Es fiel mir auch keineswegs ein, sie zu kritisieren. Kritisiert habe ich lediglich jenen Satz von ihm, den Delbrück in einem seiner Artikel zitiert, und auf den er sich stützt. Diesen Satz habe ich gelesen.

Der Ton, den Professor Oncken mir gegenüber anzuschlagen beliebt, hindert mich, mich mit ihm hier auseinanderzusetzen, ohne den Ton dieses Blattes zu verletzen. Und das möchte ich nicht gern. Was soll ich antworten, wenn mir einer vorwirft, daß ich die deutsche Wissenschaft beschimpfe, wenn einer festzustellen sucht, „was diese Leute (die Pazifisten nämlich) dem deutschen Volke zu bieten wagen", wenn einer den „Friedensaposteln" „politischen Fanatismus" und „historische Ahnungslosigkeit" vorwirft, und sich dann herausnimmt, mein Deutschtum in Frage zu stellen. Das tun sie ja in der Regel, jene Herren, die Kultur und Zoologismus nicht auseinanderzuhalten wissen.

Was soll man antworten, wo mit solchen Mitteln gearbeitet wird, einem Manne, dem heute noch Zweifel darüber erstehen, „ob der Pazifismus überhaupt in der Schule der Geschichte oder des gesunden Menschenverstandes lernen kann"; was ihm in einem Blatte antworten, in dem vor kurzem einer der Größten der deutschen Geschichtswissenschaft, Lamprecht, den Pazifismus „eine Erscheinung höchster politischer Kulturblüte der europäischen Welt" bezeichnet hat?

Dieses Blatt dient dem Fortschritt der Kultur; der deutschen Kultur. Darum erwidere ich den Aufsatz Onckens hier nicht; ich zeige bloß auf ihn. F.

Aus der Bewegung.

Sitzung des Berner Bureaus. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 15. und 16. Mai versammelten sich im Kasinosaal zu Bern die Mitglieder der Kommission des Berner Bureaus. Anwesend waren Lafontaine, Bajer, Arnaud, Gobat, Ducommun, Alexander, Bovet, Bucher-Heller, Fried, Green, Gubernatis, Moch, Neufville, Nilsson, Quidde, Richter, Richet, Ruyssen und Frau Zipernowski.

Herr La Fontaine, der direkt aus Amerika kam, wo er u. a. dem nationalen Friedenskongreß zu Baltimore beigewohnt hatte, erstattete Bericht über seine dem „Board of Trustees" der Carnegiestiftung unterbreiteten Vorschläge. Es wurde ihm für das Bureau ein jährlicher größerer Beitrag versprochen. Die endgültige Zusage dürfte erst in einiger Zeit erfolgen.

Das Komitee ging alsdann an die Festsetzung der Tagesordnung des nächsten Friedenskongresses, die an anderer Stelle dieser Nummer mitgeteilt wird. **Der Kongreß wird am 25. September zusammentreten und bis 3. Oktober währen.**

Das Bureau beriet alsdann die verschiedenen zu treffenden Maßnahmen, die in Anbetracht der verbesserten finanziellen Situation des Bureaus in Kraft treten sollen. Es wird an eine umfassend erweiterte Tätigkeit, Vermehrung des Personals, Veröffentlichung der Correspondance bimensuelle in vier Sprachen usw. gedacht. Die Kommission ernannte ein Direktions-Komitee aus sieben Mitgliedern, das sich zu verschiedenen Malen im Jahre und an verschiedenen Orten vereinigen wird, um die Personal-Organisationsfragen usw., unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung seitens der Kommission, zu erledigen haben wird. Dieses Direktions-Komitee besteht aus den Herren Arnaud, Lafontaine, Gobat, Bovet, Ducommun, Alexander und Fried.

Es wurde beschlossen, den Mitgliedern der Kommission die Reisespesen zu ersetzen.

Interparlamentarische Konferenz. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 3. Oktober d. J. tritt im Saale der Deputiertenkammer zu Rom die XVII. Interparlamentarische Konferenz zusammen, deren Tagesordnung nunmehr festgestellt ist. Sie lautet:

1. Wahl des Präsidenten und der Vize-Präsidenten.
2. Vorschläge der Organisationskommission. Berichterstatter: Lafontaine.
   a) Ausdehnung des Zweckes der Union (Verbesserung des Artikels 1 der Statuten).
   b) Die für die Zulassung zur Union für die parlamentarischen Gruppen erforderlichen Bedingungen (Verbesserung des Artikel 3 der Statuten).
   c) Vorschlag des Lord Weardale, Präsident der Kommission, bezüglich der Zulassung der Mitglieder der Einzel-Landtage zur deutschen Gruppe.
3. Internationale obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. Mittel zur Sicherung ihrer Errichtung. Berichterstatter: Professor Philipp Zorn.
4. Vorschlag der russischen Gruppe bezüglich der Organisation der zwischenstaatlichen Vermittlung. Berichterstatter: Efremoff.
5. Beschränkung der Heer- und Flottenlasten. Berichterstatter: d'Estournelles de Constant.
6. Verbot des Luftkrieges. Berichterstatter: Beernaert.
7. Vorschlag der niederländischen Gruppe bezüglich der Schaffung eines ständigen Organs, das mit den internationalen

Friedenskonferenzen in Verbindung steht. Berichterstatter: Van Houten.
8. Bericht des Interparlamentarischen Rates.
9. Mitteilung hinsichtlich der Zusammensetzung des neuen Interparlamentarischen Rates.
10. Ernennung eines Mitgliedes des Exekutivkomitees an Stelle des ausscheidenden Herrn Beckmann.
11. Feststellung des Ortes der XVIII. Konferenz.

Wie man sieht, ein reichhaltiges und ebenso bedeutendes Programm. Von großer Wichtigkeit ist es auch, daß Prof. Zorn, der offizielle Delegierte Deutschlands auf beiden Haager Konferenzen, die Berichterstattung über die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit übernommen hat.

☞

Tagesordnung des XIX. Weltfriedenskongresses. :: ::

In der letzten Sitzung der Kommission des Berner Bureaus wurde die Tagesordnung des Römer Friedenskongresses folgendermaßen festgestellt:

1. Bericht über die Ereignisse des Jahres. Berichterstatter: Gobat.
2. Haager Konferenz.
   a) Code de Droit international public. Berichterstatter: La Fontaine und Arnaud.
   b) Studium über die wahren Ursachen der Kriege, die seit 1815 stattgefunden haben. Berichterstatter: Mechelin.
3. Bericht der Kommission für Abrüstung und Rüstungsbeschränkung.
4. Internationale Organisation des Pazifismus. Berichterstatter: Gobat.
5. Internationale Organisation der Mitteilungen an die Presse. Berichterstatter: Le Foyer und Fried.
6. Die Handelseifersucht und die internationalen Beziehungen. Berichterstatter: Yves Guyot.
7. Soziale Fürsorge gegenüber den Ausländern. Berichterstatter: Moch.
8. Bericht der Propagandakommission.
9. Bericht der Internationalen Unterrichtskommission.

Als Präsidenten der Kommission wurden bestimmt:

A. Aktualitäten: Ruyssen, Heilberg.
B. Internationales Recht: La Fontaine.
C. Propaganda: de Neufville, Green.
D. Abrüstung: Perris, Fried.
E. Unterricht: Arnaud, Zipernowsky.

☞

IV. Deutscher Friedenskongreß. :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 20. Mai trat in Frankfurt a. M. unter Vorsitz von Dr. Adolf Richter der IV. Deutsche Friedenskongreß zusammen, der von den deutschen Ortsgruppen überaus zahlreich beschickt wurde.

Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden erstattete der Schriftführer Hartmann den Jahresbericht, der die in Deutschland erreichten Fortschritte besonders betonte. Eine große Rolle in der darauf folgenden Diskussion bildet die Anstellung eines besoldeten Generalsekretärs, für den die Mittel leider noch immer nicht aufgebracht sind. Mit Recht verlangte Baron v. Puttkammer-Berlin die Errichtung eines zweiten Generalsekretariates in Berlin, um die norddeutsche Propaganda zu fördern. Nach der Erstattung des Kassenberichtes durch Herrn Alber und eines Berichtes über den Stockholmer Friedenskongreß durch Pfarrer Umfrid, sprach Rechtsanwalt von Harder-Mannheim über die „Aktualitäten" des verflossenen Jahres. Die Rede von Harders scheint nach den vorliegenden kurzen Zeitungsberichten von hohem Interesse zu sein, weshalb ihre ausführliche Drucklegung zu wünschen wäre. Miß Eckstein-Boston trat hierauf für die Propagierung ihrer Friedenspetition ein, für die die Unterschriften bereits nach vielen Millionen zählen.

Am Abend des 20. Mai fand eine Feier zu Ehren des 25jährigen Bestehens des Frankfurter Friedensvereins statt, die überaus würdig verlief. Nach dem Festvortrag des Dr. Alexander Dietz über die geschichtliche Entwicklung des Frankfurter Vereins sprach Geheimrat Ostwald über „Arbeit oder Kampf".

Am 21. Mai fand eine öffentliche Versammlung statt, die Dr. Richter einleitete und in der zuerst Stadtpfarrer Umfrid eine Rede über den „Rüstungsstillstand" hielt, die bereits gedruckt vorliegt. Richard Feldhaus sprach über „Die Friedensidee in der Literatur", und Prof. Quidde über den „Fortschritt der Rechtsideen in der Kulturentwicklung".

Wir müssen uns leider versagen, auf diese bedeutungsvollen Reden hier einzugehen, glauben jedoch, daß dies zu einem späteren Zeitpunkt noch möglich sein wird.

☞

III. National-amerikanischer Friedenskongreß in Baltimore.

Leider liegt ein ausführlicher Bericht über diesen hochbedeutenden Kongreß, der vom 3. bis 6. Mai abgehalten wurde, noch nicht vor. Das Präsidium führte Hamilton Holt, der bekannte Herausgeber des „Independent". Die Vorbereitungen fanden unter der Leitung von Theodor Marburg, dem Präsidenten der Maryland-Friedens-Gesellschaft, statt. Der Kongreß zeichnete sich, wie alle amerikanischen Friedensaktionen, durch die Teilnahme der offiziellen Welt der Vereinigten Staaten aus. Der Präsident der Union, Herr Taft, hielt selbst eine große Rede, in der er unter anderm die gerade in Deutschland sehr beliebte Beschuldigung zurückwies, daß die Vereinigten Staaten nach den Gebieten der lateinischen Republiken trachteten. Er sagte unter anderem: „Wir haben Kriege gehabt und kennen'

ihre Natur zur Genüge. Wir kennen die Verantwortlichkeiten, die sie den Kriegführenden aufbürden, die Lasten, Verluste und Schrecken, und wir wollen nichts mehr davon wissen. Wir haben ein gewaltiges Reich, in welchem wir versuchen, der Welt die Erfolge einer Volksregierung vor Augen zu führen, und wir bedürfen keines weiteren Gebietes für diesen Zweck. Wir sind zu großer Prosperität und gewaltiger Macht gekommen. Wir sind zu einem mächtigen Mitglied der Gemeinwesen in unserem Weltteile geworden, und damit ist uns die Aufgabe zugefallen, für den Frieden in unserer Nachbarschaft zu sorgen, und den Nationen, die sich nicht selbst helfen können, Beistand zu leisten, vorausgesetzt, daß wir dies auf friedlichem Wege und in wirkungsvoller Weise tun können." — Herr James Speyer führte in einer längeren Rede aus, daß die internationale Finanz ein wichtiges Bollwerk des Weltfriedens werden könne. „Wenn zwei Mächte einen Krieg beginnen, ohne vorher eine schiedsgerichtliche Schlichtung der Streitfragen zu versuchen — sollten da nicht die übrigen Nationen sich verbinden und zusehen, daß die Geldinstitute ihrer Länder den streitenden Parteien nicht die Mittel zur Kriegführung gewähren?" Es ist dies eine Forderung, die schon auf den alten Friedenskongressen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Brüssel, Frankfurt und Paris gestellt wurde. Verbot der Kriegsanleihen! Was gäbe es Logischeres, wenn man in einer Zeit, wo in einer internationalen Deklaration die Lieferung und Kontrebande an die kriegführenden Parteien verboten ist, den Inbegriff aller Waren, des Geldes nämlich, ebenfalls verKontrebande, des Geldes nämlich, ebenfalls verbieten würde.

Wir werden Gelegenheit haben, auf den Kongreß von Baltimore zurückzukommen.

Eine andere Resolution erklärt sich für den englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrag und empfiehlt seine Ratifikation. Nach einer dritten Resolution soll der Kongreß gesetzgeberische Schritte tun, um jeden Bundesstaat für alle Ausschreitungen verantwortlich zu machen, welche innerhalb seiner Grenzen gegen die Person oder das Eigentum von Angehörigen fremder Staaten begangen werden. In einer weiteren Resolution erklärt der Kongreß sich mit der vorgeschlagenen Feier des hundertjährigen ununterbrochenen Friedens zwischen den englisch sprechenden Nationen einverstanden und verspricht, dem Unternehmen seine Unterstützung angedeihen zu lassen.

In einer der Sitzungen sprach der aus Japan gebürtige Professor der Chicagoer Universität, Dr. T. Jyenaga, über den Frieden in Asien. Er führte aus, Japan sei dringend an der Aufrechterhaltung des Friedens in Asien gelegen, und es lasse nichts, was in seiner Macht liege, unversucht, um dieses Ziel zu erreichen. Als eines der wirksamsten Mittel zu dem Ende bezeichnete der Redner das englisch-japanische Bündnis. Den Gedanken eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und Japan wies der Redner weit von sich und bezeichnete den vor etlichen Monaten zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen neuen Vertrag für einen bemerkenswerten Beweis des Fortbestandes der alten Freundschaft, welche er als eine weitere Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens in Asien bezeichnete.

Der frühere Staatssekretär John W. Foster, einer der bedeutendsten Autoritäten auf dem Gebiete internationaler Gesetzgebung, sprach über „Mängel unserer Neutralitätsgesetze", wobei er verschiedene Modifizierungen derselben empfahl, um den durch die Unruhen an der mexikanischen Grenze geschaffenen Zuständen Rechnung tragen zu können.

☞

Die Friedenswoche in Budapest. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unsere ungarischen Gesinnungsgenossen haben es unternommen, in diesem Jahre den Friedenstag durch eine ganze Friedenswoche zu ersetzen. Sie veranstalteten am 12. Mai einen Vortrag des Herausgebers dieser Blätter, dem am 18. Mai eine gemeinsame Feier der ungarischen interparlamentarischen Gruppe der ungarischen Friedensgesellschaft folgte. Bei dieser hielt Graf Apponyi die Festrede. Außerdem wurde eine Versammlung im Frauenklub abgehalten und ein Friedens-Volksfest im Freien.

☞

I. Weltstrassenkongreß. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Wenige Wochen trennen uns noch von dem Zusammentritt jenes hochwichtigen Kongresses, eines Friedenskongresses eigener Art und größten Umfanges, der in den Tagen vom 26. bis 29. Juli in den Räumen der Londoner Universität zusammentreten wird. Einer der führenden Pazifisten Englands, Lord Weardale, hat das Präsidium übernommen. Die höchststehenden Persönlichkeiten des Vereinigten Königreiches, unter ihnen der Premierminister, der Führer der Opposition, Balfour, verschiedene andere Minister, Bischöfe, Gelehrte und Parlamentsmitglieder werden als Vizepräsidenten bezeichnet. Die Vorbereitung des Kongresses liegt in den bewährten Händen G. Spillers, des bekannten Generalsekretärs der internationalen englischen Vereinigungen. Eine Reihe der bedeutendsten Namen der Welt figurieren im Ehrenkomitee, darunter die Präsidenten fast sämtlicher Parlamente der Erde. Unter den zahlreichen Referenten finden wir die Namen von Gelehrten aller Zonen. Und mitten unter ihnen auch die Namen zahlreicher Pazifisten, die über pazifistische Materien sprechen werden. Es werden von ihnen sprechen: Lafontaine über Weltorganisation, Baron d'Estournelles über die seitens der weißen Rasse den anderen Rassen schuldige Achtung, Walter Schücking über internationales Recht, Léon Bourgeois über die periodischen Friedenskonferenzen, Zamenhof über die internationale Sprache,

Edwin D. Mead über eine internationale Organisation der Rassenbeziehungen, Louis P. Lochner über die Bewegung zur Bildung kosmopolitischer Klubs, und der Herausgeber dieser Blätter über die Presse als Friedensinstrument.

☞

Russische Friedensgesellschaft. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der Sitzung der Petersburger Friedensgesellschaft vom 19. Mai wurden die Resolutionen des Berner Bureaus und des Moskovitischen Vereins (siehe den Brief des Fürsten Dolgorukow in den an Baronin Suttner zum 18. Mai gerichteten Zuschriften) einstimmig angenommen. Dumamitglied Efremoff, Präsident der russischen interparlamentarischen Gruppe, schlägt vor, daß das Studium der Mediation zwischen den Staaten auf die Tagesordnung gesetzt werde. Generalsekretär Semenoff beantragt das Studium eines russisch-türkischen Vertrags zur Herabminderung der Flottenausgaben auf dem Schwarzen Meer. Es wird beschlossen, vom kommenden Herbst an die Arbeiten des Vereins regelmäßig zu veröffentlichen. Als Vertreter zum Kongreß in Rom werden delegiert: Kowalewsky, die Deputierten Efremoff und Roditscheff, der Romancier Tchirikoff und Generalsekretär Semenoff.

Literatur und Presse.

Schriften des Frankfurter Friedensvereins. Heft 1. Dr. Alexander Dietz, Franz Wirth und der Frankfurter Friedensverein. Zur Feier seines 25jährigen Bestehens bearbeitet von dem Vorsitzenden. Frankfurt am Main. Verlag Gebr. Knauer. 1911. Mit verschiedenen Porträts.

In unseren Tagen, wo die Saat des Pazifismus üppig in die Halme schießt, sind Rückblicke auf das Werden unserer Bewegung von höchstem Interesse. Dr. Dietz, der rührige Vorsitzende des Frankfurter Friedensvereins hat den guten Gedanken gehabt, aus Anlaß des Tages, wo vor 25 Jahren Hodgson Pratt in Frankfurt einen Friedensverein gründete, unter obigem Titel eine kleine Denkschrift zu verfassen, die einen interessanten Einblick in die Zeit der ersten pazifistischen Regungen in Deutschland gewährt.

Leider ist das Büchlein ein wenig zu sehr vom Lokalgesichtspunkt aus geschrieben. Man merkt nur zu deutlich, daß es dem Verfasser darum zu tun ist, dem Friedensverein seiner Heimatstadt ein starkes Relief zu verleihen, wodurch ihm die geschichtliche Perspektive verloren geht. So passiert es ihm, daß er die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft im Jahre 1892, mit der der Pazifismus in Deutschland eigentlich anfing, erst feste Wurzeln zu fassen, mit kaum einem Dutzend Zeilen abtut. Das ist unrecht. Denn der Frankfurter Friedensverein vermochte erst durch die Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft in Berlin eine nennenswerte Agitation zu betreiben. Dietz selbst gibt dies auf Seite 29 indirekt zu und aus dem von ihm angeführten Zahlenmaterial geht dies auch zahlenmäßig hervor. Die „Finanzen" des Vereins weisen 1891 noch eine Einnahme von 78,50 M. auf, vom Jahre 1892, dem Gründungsjahr der Deutschen Friedensgesellschaft, 459 M., die dann dauernd steigen (1897 2255 M.!). Die Mitgliederzahl betrug 1891 noch 71, Herbst 1892 schon 133 und stieg dann jährlich um durchschnittlich 100. Was nun vollends die Aktion des Vereins anbelangt, so hat dieser vor der Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft, das ist im Laufe des Jahres 1892 selbst, nur zwei Vorträge abgehalten. Von 1886 bis 1892 keinen. Der „Verein" dürfte demnach bis 1892 nur auf dem Papier bestanden haben, und es ist kein Wunder, wenn mir Baronin Suttner am 2. Januar 1892 schrieb: „In Frankfurt besteht auch ein Verein, glaube ich." (Suttner Memoir., S. 273.) Was den Frankfurter Friedensverein damals ausfüllte, das war die Persönlichkeit Franz Wirths. Er war allein der Friedenswirker, wie auch Dr. Adolf Richter allein einer war. Darum wäre es sehr wichtig gewesen, wenn Dr. Dietz, anstatt uns die „Geschichte" des Frankfurter Vereins zu geben, eine Monographie über Wirth gegeben hätte, die uns noch fehlt. Das ist eine Aufgabe, der sich einer unserer Pazifisten einmal unterziehen müßte. Die Biographie dieses ersten deutschen Friedensvorkämpfers fehlt noch.

Im übrigen enthält die Dietzsche Schrift eine Menge unrichtiger Daten. Daß er mich 1899 (!) die Redaktion der „Friedensblätter" (die erst 1900 begründet wurden und die ich nie redigierte!) niederlegen und mich nach Wien übersiedeln ließ (was erst 1904 geschah), um mich „ganz der Redaktion des Suttnerschen Blattes (!), welches den Namen „Friedens-Warte" annahm, zu widmen", ist noch nicht der ärgste Schnitzer. Bekanntlich habe ich im Jahre 1899 die Friedens-Warte in Berlin begründet, wo diese heute noch erscheint.

Wenn man von all diesen Dingen absieht, enthält diese kleine Jubiläumsschrift auch manches Interessante und Richtige. A. H. F.

☞

O. Umfrid, Rüstungsstillstand. Eßlingen, 1911. 19 S.

In dieser Schrift erörtert unser ausgezeichneter Mitarbeiter das aktuelle Problem in einer viel übersichtlicheren Weise, als er dies vor Jahren in seiner Schrift „Die Formel der Abrüstung" getan hat. Schon der veränderte Titel zeigt diesen Fortschritt an. Aber auch in der Formulierung der Forderung liegt er. Umfrid wollte in seiner ersten Schrift die Rüstungsausgaben, auf die sich ein jeder Staat zu beschränken hätte, auf Grund des Nationaleinkommens umständlich berechnen. Nun ist aber die Summe des Nationaleinkommens nie genau festzustellen. Als Norm könnte daher die dafür eingesetzte Zahl nie dienen. In der jetzt vorliegenden Schrift läßt Umfrid diese umständliche Berechnung fort und beschränkt sich darauf, ein Mächtesyndikat anzuempfehlen, in dem die Teilnehmer sich verpflichten, den bestehenden Zustand anzuerkennen und daran mit Waffengewalt nicht rütteln zu wollen, einander aber, wenn ein Angriff von dritter Seite kommen sollte, beizustehen. Der Umfang dessen, was jede Nation zum gemeinsamen Schutz beizutragen hätte, wäre festzustellen. Damit würde

nach der Meinung Umfrids, den Rüstungen ein anderer Charakter gegeben werden und die nach abwärts führende Linie könnte beschritten werden. Umfrid gibt diesmal keine Formel für die zahlenmäßige Beschränkung, begnügt sich vielmehr zu erklären, „die Nationen könnten in gemeinsamer Beratung die gemeinsamen Lasten prozentualiter erleichtern."

Danach würde also die veränderte Psyche, durch die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Kulturstaaten erwacht, das Mißtrauen verscheucht wird, der Rüstungsverminderung vorhergehen müssen. Die zunehmende Organisation ist es aber, die das Mißtrauen verscheucht und die Sicherheit erhöht. Die Formel der Abrüstung reduziert sich daher meiner Ansicht nach auf folgenden Satz: Die Rüstungen werden sich in dem Maße verringern, in dem die internationale Sicherheit zunimmt. Oder — noch kürzer: Weltorganisation = Abrüstung.

Wir brauchen kein Rechenexempel, wir brauchen keine sogenannten „brauchbaren Vorschläge". An dem Tage, an dem der Wille zur Rüstungsverminderung da sein wird, werden alle Formeln in 24 Stunden gefunden sein. Der Wille wird aber erst vorhanden sein, wenn die Sicherheit gewährleistet wird. Ohne Organisation ist diese aber nicht denkbar. Die Anarchie braucht Waffenwerk. Helfen wir also weiter an der Organisation. Sie wird nicht auf einmal da sein; aber nach Maßgabe der von ihr erreichten Grade wird die Sicherheit wachsen, die Schnellkraft der Rüstungen erlahmen. Allmählich! Es wird erst ein Stillstand kommen. Dann das Abrüsten um die Wette. Daher noch einmal: Weltorganisation = Abrüstung. A. H. F.

☞

Theobald Ziegler, Die geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts. Zehntes bis vierzehntes Tausend. Ungekürzte Volksausgabe. Berlin 1911. Georg. Bondi. 704 S. 4,50 M.

Wir haben dieses Buch nur von der pazifistischen Seite ins Auge zu fassen. Die andere interessiert uns und unsere Leser hier nicht. Von diesem Gesichtspunkt aus bedauern wir, daß die Ausgabe, die im Jahre 1900 zuerst erschien, nur „ungekürzt" und nicht ein wenig „vermehrt" erscheint. Das Urteil über die Friedensbewegung, die ja doch auch zu den geistigen und sozialen Strömungen des neunzehnten Jahrhunderts gehört, hätte einer kleinen Revision bedurft. Gerade das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts hat eine Klärung der Anschauungen über diese Bewegung hervorgebracht, die, wenn ihr nicht Rechnung getragen wird, ein Buch veraltet erscheinen läßt. Urteile, die man darüber noch im Jahre 1900 als entschuldbar ansehen konnte, müssen heute als ein grober Verstoß gelten, so z. B., wenn man, wie der Verfasser es tut (S. 539), berichtet, daß die Haager Konferenz, „wie zu erwarten war, ohne erhebliches praktisches Ergebnis" verlief. Eine Anfrage des Verfassers bei seinem Universitätskollegen, Exzellenz Laband, hätte ihn über den großen Irrtum aufklären können. Was würde man über ein technisches Werk aus dem Jahre 1900 sagen, das in „unverkürzter" Volksausgabe im Jahre 1911 die Luftschiffahrt und den Menschenflug als grasgraue Utopie hinstellen wollte? Die paar Zeilen, die der Verfasser der größten Bewegung unseres und des neunzehnten Jahrhunderts widmet, und die Methode, die er dabei anwendet, so, wenn er z. B. zum Schlusse der diesbezüglichen Betrachtung Schillers Wort vom Kriege der „Auch" seine Ehre hat zitiert, lassen bei uns nicht die Vermutung erstehen, daß das Buch in seinen übrigen Teilen auf der Höhe der Zeit steht.

☞

Union Interparlamentaire. Resolutions des Conférences et Décisions principales du Conseil. Edition. Précédée d'une Introduction et suvie d'une Bibliographie par Chr. L. Lange, Secrétaire général de l'union. Brüssel und Leipzig. Misch & Thron. 1911. Gr. 8. 141 S. Lwdbd.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung hat die Leitung des Brüsseler Centralbureaus der Interparlamentarischen Union allen werktätigen Pazifisten, aber auch allen Politikern, einen großen Dienst erwiesen. Es ist an der Hand der vorliegenden Arbeit möglich, sich im Nu über die bisher gefaßten Beschlüsse der Interparlamentarischen Union zu orientieren. Ein Sachregister erleichtert das Auffinden. Ebenso praktisch ist der bibliographische Nachweis, der die einzelnen Artikel und Bücher aufführt, die über die Union im allgemeinen, wie über die einzelnen Konferenzen veröffentlicht wurden.

☞

Der Fahrende Schüler. Monatsschrift für moderne Jugendbestrebungen. Offizielles Organ des „Deutschen Wandervogels". Berlin-Charlottenburg (Dahlmannstr. 29, Gths. IV.).

Diese Zeitschrift hat sich die Aufgabe gestellt, der Jugend die Kenntnis der anderen Nationen zu vermitteln. Sie dient daher dem Frieden. Daß sie der Friedensidee auch direkte Unterstützung gewährt, geht aus einem Artikel von cand. phil. Hans Vogel, des ersten Schriftführer des Internationalen Studentenvereins zu Berlin hervor, den wir in Heft 8—9 finden. Die Zeitschrift kostet jährlich (12 Hefte) 1,50 M.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Hrsggb. von Josef Kohler in Berlin und L. Oppenheim in Cambridge. Breslau, 1911. V. Bd., 2. Heft, mit einem Beiheft.

Aus dem Inhalt: Josef Kohler, Der Savarkarfall. — Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien bzgl. der Grenzwässer zwischen den Ver. Staaten und Canada usw. usw.

The American Journal of International Law. A Quarterly. Vol. 5. Number 2. April 1911.

Aus dem Inhalt: James Brown Scott, The Int. Court of Prize. — Joint Resolution in Relation to Universal Peace. — The Carnegie-Endowment of Int. Peace. — A New General Arbitration Treaty with Great Britain. — An ancient case of int. Arbitration. — Count Apponyi and int. Peace. — Bücherbesprechungen: A. H. Fried, Panamerika. — B. v. Suttner, Memoirs. — usw. usw.

Lily Braun, Memoiren einer Sozialistin. Kampfjahre. München. Verl. Albert Langen.
Rud. Goldscheid, Höherentwicklung und Menschenökonomie. Grundlegung der Sozialbiologie. I., S. 660. Leipzig 1911. Verlag Dr. Werner Klinkhardt.
Adolf Gelber, Der Menschenwert in unserer Kultur. Vortrag, gehalten im „Verein zur Abwehr des Antisemitismus". Ohne Verlagsort.
Th. R(ohleder), Christliche Encyclica. Internationale Programmrede in Gestalt einer Bußpredigt. Stuttgart. J. D. Metzlerscher Kommissionsverlag.
Georges Brigade et Maurice Ducarne, l'Escaut; le Droit int. et les Traités. Rapport présenté à la Section de Droit maritime et colonial. Mars 1911. Préface de M. Léon Hennebicq. Bruxelles. Ferd. Larcier, 1911. 63 S.
Conciliation Internationale. No. 11 (Novembre). En Allemagne. Le Remède à la paix armée par M. d'Estournelles de Constant. — Le Développement récent du Pacifisme allemand par M. A. H. Fried. Avec une introduction de M. d'Estournelles de Constant. — Paris 1910. Ch. Delagrave. — No. 12 (Décembre). La Politique extérieure de la France. Le Respect des autres Races par M. d'Estournelles de Constant. Paris 1910. Ch. Delagrave.
Giulio Diena, l'Individu devant l'Autorité judiciaire et le Droit International. Extrait de la Revue générale de Droit int. Public. Paris. A. Pedone. 1909.
Albert Léon Guérard, Impressions of Military Life in France. Reprinted from the popular Science Monthly. — April 1911.
Nicholas Murray Butler, Opening address on presiding Officer of the Lake Mohonk Conference on Intern. Arbitration. May 27, 1911.
World Peace Foundation. Pamphlet Series: Sir Edward Grey on Union for World Peace. From his Speech in the House of Commons, March 13, 1911. Boston, World Peace Foundation. April 1911.
International School of Peace: Lucia Ames Mead, Educational Organization promoting international Friendship. Boston 1910.
Maryland Quarterly. May 1911. No. 6. David Starr Jordan, The Wast of War, Baltimore.
International Conciliation. May 1911. No. 42: The Rt. Hon. Lord Weardale, The first Universal Races Congress. New York.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede (früher Friedensblätter). Eßlingen. Mai. Withack-Hahn, Religion und Friede. — usw. usw.
Der Friede (Bern). Mai. G.-C., Militärwesen, Christentum und Demokratie. — Th. R., Das Rote Kreuz und das Friedenswerk. — usw.
La Paix par le Droit (Paris). Mai. Jacques Dumas, Les Origines du Mouvement pacifiste au sein de la Jeunesse. — Léon Bollack, Le Boycottage, instrument de justice internationale. — Emilio Rouvier, Chronique Italien. — Jules L. Puech, L'Inde et la „Paix Britannique". — Le Congrès de Clermont-Ferrand. — usw.
La Paix (Genf). A. Testuz, Aux Écoliers et Écolières de la Suisse Romande. — D. H. Monnier, Le 18 Mai et les Conférences de la Haye. — usw. usw.
Etats-Unis d'Europe (Bern). Februar-März-April.
The Arbitrator (London). May. A good day's Work. — A Word of Caution. — The smaller nations. — Anglo-american relations. — Anglo-american Arbitration. — Spadework.
Concord (London). May. Felix Moscheles, It war in 1911. — Travers Symons, Mohammed Farid Bey. — N. F. Dryhurst, The Peace-Movement in Egypt. — William Heaford, International Notes. — Maurice Hewlett, Warfare in the air.
Herald of Peace (London). Juni. The Facts of the Case. — Ninety-fifth Annual Meeting of the Peace Society. — La Baronesse de Suttner. — usw. usw.
Advocate of Peace (Boston). May. Savage senseless war. — Japon and international Coaling-Station. — Eighty-third annual Report of the Board of Directors of the american Peace Society. — The anglo-american Arbitration Treaty. — Markus M. Marks, The practical View of the Peace Question. — L. Smith, Canada and World Peace. — Bradley Gilmann, Laying the Foundation deep. — Charles Richardson, A World Court. — Prof. Torild Arnoldson, The Visit of Baron d'Estournelles de Constant to Salt Lake City and the Peacemovement in Utah. — usw. usw.
The Cosmopolitan Student (Madison, U. St. A.). April. G. W. Nannith, The first german Cosmopolitan Club. — usw.
The Messenger of Peace (Richmond, Ind., U. St. A.).
La Vita Internazionale (Mailand). No. 9. G. Vidari, Festa di Patria e di Civiltà. — Moneta, La due faccie del Nazionalismo. — usw. usw.
— No. 10. Moneta, Anglia docet. — Pasquale Boninsegni, Il riccatto del Gottardo. — usw.
Il Popolo pacifisto (Bonefro). März-April.
Vrede door Recht (Haag). Mai.
Freds-Bladet (Kopenhagen). Mai.
Fredsfanan (Stockholm). Mai.
Ludzkosè (Warschau). März.

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen. Otto Umfrid, Mannhaftigkeit und Rechtssinn. „Die christl. Welt", 23. V. * Rassen- und Völkerfriede. „Neues Wiener Journal", 16. V. * Rosa Luxemburg, Friedensutopien. „Leipziger Volkszeitung", 6. V. * Fritz Decker, Das Zaubermittel hieß Einigkeit. „Der Beobachter", 19. V. * M. G., Die Weißen und die Farbigen. Der erste Kongreß der Menschenrassen. „Neues Wiener Journal", 15. V. * Br. Wetzler, Odd Fellowtum und Weltfrieden. „Der Odd Fellow" (Leipzig), 23. I. * Karl Schneidt, Nieder mit den Kriegshetzern. „Zeit am Montag", 22. V. * Berta v. Suttner, Wie können Frauen die Friedensbewegung fördern? „Frankfurter Zeitung", 23. V.

„Kölnische Volkszeitung", 1. VI. * Völkerfriede. „Die Mainbrücke", 27. V. * Otto Corbach, Kapitalismus, Sozialismus und Pazifismus. „März", 23. V. * David Starr Jordan, The Art of War and the Hope of Peace. „The Bulletin" (San Francisco), 6. V. * Hamilton Holt, A League of Peace. „The Independent" (New York), 11. V. * Samuel Saenger, Pazifistische Illusionen. „Die neue Rundschau" (Berlin), VI.

II. Internationale Politik. Hermann Oncken, Amerikanischer Imperialismus und europäischer Pazifismus. „Preußische Jahrbücher", Heft 2. * Pan-Amerika in der Praxis. „Berliner Tageblatt", 6. V. * Karl Mitsch, Der Vogesendurchstich. „Heidelberger Neueste Nachrichten", 14. V. * Kriegsgefahr und Friedensmacht. „Leipziger Volks-Zeitung", 31. V. * Deutschland und Frankreich seit vierzig Jahren. „Frankfurter Zeitung", 10. V.

III. Völkerrecht. Hofrat Prof. Dr. Edmund Bernatzik, Der Entwurf des neuen Schiedsgerichtsvertrages zwischen England und den Vereinigten Staaten. „Neue Freie Presse", 11. V. * Prof. Dr. Josef Kohler, Staaten und Kriege. „Berliner Tageblatt", 14. V. * Ein neues Völkerrecht. „Neues Wiener Journal", 21. V. * V. v. Strantz, Das Rote Kreuz, seine Entstehung und völkerrechtliche Entwicklung. „Die Grenzboten", 31. V. * Prof. Richard Eickhoff, Internationale Schiedsverträge. „Der Tag", 1. VI. * Der amerikanische Schiedsgerichtsvorschlag. „Freisinnige Zeitung", 2. VI. * Der englisch-amerikanische Schiedsvertrag. „Leipziger Volkszeitung", 1. VI. * Dr. Hans Wehberg, Ein internationales Schiedsgericht für Ansprüche der Versicherungsanstalten. „Masius' Rundschau, Blätter für Versicherungswissenschaft", Jahrg. XXIII., Heft V, * Ders., Neue ausländische Völkerrechtsliteratur. „Neue Preußische Kreuz-Zeitung", 28. V. * Ders., Die Kriegsversicherung bei den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten der deutschen Bundesstaaten. „Zeitschrift für die ges. Versicherungs-Wissenschaft". * Ders., Die Gültigkeit von Versicherungsverträgen im Kriegsfalle und die neuere Völkerrechtsliteratur. „Annalen des gesamten Versicherungswesens" (Leipzig), 20. IV. * Ders., Die Versicherungsprämien der Völker für die Aufrechterhaltung des Friedens. „Oesterreichische Revue", Organ für Assekuranz u. Volkswirtschaft (Wien), 15. V. * Ders., De Advocaten bij het Permanente Hof van Arbitrage. „Het Vaderland" (Haag), 29. IV.

IV. Internationales.

V. Wirtschaftliches. Erich Rupp, Deutschland und die anglo-amerikanische Abrüstungsidee. „Augsburger Postzeitung", 11. V. * Fr. von Bernhardi, Vom ewigen Frieden. „Velhagen & Klasings Monatshefte" VI. * Dr. M. Hoeltzel, Der „bewaffnete Friede". „Württemberger Zeitung", 18. V. * Ueber die Millionenheere. „Deutsche Revue". VI. * Konteradmiral z. D. Rosendahl, Was hat uns das Flottengesetz genützt? „Deutsche Revue", VI. * Prof. Hans Delbrück, Offener Brief an den Herausgeber der Contemporary Review, Sir Percy William Bunting, London. „Preußische Jahrbücher", V.

Briefkasten.

E. D., Braunschweig und andern Einsendern. Ihren freundlichst übersandten Artikel aus den „Braunschweiger Nachrichten" habe ich gelesen; doch ist es mir leider unmöglich, darüber in der Friedens-Warte ausführlich zu antworten. In der deutschen Presse erscheinen ähnliche kurzsichtige und auf falschen Voraussetzungen beruhende Artikel zu Tausenden. Es wäre vergebliche Mühe, den Versuch zu machen, jeden einzelnen zurückzuweisen. Diese Artikel haben aber auch nicht so viel zu bedeuten. Der größte Teil der deutschen Zeitungen hat die Friedenssache niemals freundlich behandelt und je mehr sie sich entwickelte, um so unfreundlicher wurden jene Blätter; und dennoch entwickelte sie sich. Sie, verehrter Freund, unterliegen einer Täuschung. Weil Ihr Blatt in Braunschweig viel gelesen wird und ihre Umgebung wahrscheinlich ihre geistige Nahrung daraus zieht, meinen Sie, daß dies die Friedenssache an der Entwicklung hindern müsse. Das ist ein Irrtum. Eine neue Bewegung braucht niemals den gesamten Unverstand der Masse erst zu beseitigen, bevor sie zum Ziele gelangt. Stellen Sie sich vor, es steht einer an der Meeresküste, der das Verlangen hat, nach der andern Seite des Ozeans zu gelangen. Er würde zurückschrecken vor dem Gedanken, wenn man ihm raten würde, zuerst das Meer auszuschöpfen, damit er das andere Ufer zu erreichen vermag. Viel besser ist der Rat, ein Schiff zu zimmern und sich von den Wellen zum andern Ufer hinübertragen zu lassen. Auch wir können den Ozean der menschlichen Dummheit nicht ausschöpfen, aber über ihr hinweg werden wir leicht zum Ziele getragen werden. Dies zum Trost Ihnen und den Vielen, die sich durch traurige Lokalereignisse einschüchtern lassen, und die da glauben, daß durch die örtliche Ungunst der Verhältnisse eine Weltbewegung verdunkelt werden könnte. A. H. F.

I. F., Dresden. Ihre Frage nach dem Verbleib Ihres Berichtes über den Stockholmer Friedenskongreß ist gewiß berechtigt. Es ist schade, daß dieser wichtige Bericht so spät erscheint und dadurch an Wert verliert.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Anläßlich der Reichsratswahlen versendeten wir an gewerbliche Genossenschaften, sowie an alle großen wirtschaftlichen und Berufsvereinigungen ein Rundschreiben, worin wir auf die stetig zunehmenden Rüstungen hinweisen, die als unausbleibliche Folge jene entsetzliche Teuerung nach sich zieht, unter der alle Menschen leiden. Ferner wendeten wir uns durch die Tagespresse, sowie durch tausende Flugblätter an die Reichsratswähler ohne Unterschied der Partei mit einem Aufrufe, in dem verlangt wird, nur solche Kandidaten zu wählen, welche versprechen, die Friedensbewegung zu unterstützen. Der Aufruf setzt die Zwecke auseinander und fährt dann fort: Wähler, interpelliert Eure Kandidaten, ob sie gesonnen sind, Anträge einzubringen, welche den Stillstand der

Rüstungen und den Abschluß obligatorischer Schiedsverträge zwischen den Staaten zum Zwecke haben. Wer ein wahrhafter Patriot ist und es wohl mit seinem Vaterlande meint, unterstütze die Friedensbewegung und trete der Oesterreichischen Friedensgesellschaft als Mitglied oder Anhänger bei.

Populärer Vortragszyklus

Der am 18. März d. J. begonnene „Populäre Vortragszyklus über Friedensbewegung und internationale Schiedsgerichtsbarkeit" fand am 20. Mai d. J. seinen Abschluß.

An den einzelnen Abenden gelangten folgende Themen zur Besprechung und zwar:

1. Abend: Entwicklungsformen der Friedensbewegung. (Artur Müller.)

2. u. 3. Abend: Internationale Organisation und Schiedsgerichtsbarkeit. (Alfred H. Fried.)

4. Abend: Die volks- und staatswirtschaftliche Bilanz der Rüstungen. (Prof. Dr. Rudolf Kobatsch.)

5. Abend: An Stelle des angekündigten Vortrages „Die ethischen Grundlagen der Friedensbewegung", der durch die Verhinderung des Herrn Wilhelm Börner entfiel, brachte Frau Baronin von Suttner einen Abschnitt aus ihrem neu erscheinenden Romane „Luftkrieg, der Menschheit Hochgedanken", nebst erläuternden Bemerkungen zur Vorlesung.

6. Abend: Ueber Verlangen der Teilnehmer wurde ein Vortrag eingeschoben und zwar: „Ueber die Technik der Friedenspropaganda", welchen Herr A. Müller hielt.

7. Abend: Hervorragende Vertreter des Pazifismus und ihre Werke. (Rudolf von Harrer.)

Hieran schlossen sich Rezitationen, vorgetragen von Hofschauspieler Heinrich Prechtler und zwar:

1. Die Aeußerung Sr. Majestät Kaiser Franz Josef I. über die Friedensbewegung gegenüber einem französischen Diplomaten, nach dem Berichte einer französischen Zeitschrift.

2. Das Bild des Schlachtfeldes nach der Schlacht bei Wörth, aus der Fröschweiler Chronik des Pfarrers Klein.

3. „Die lustige Stadt", eine satyrische Skizze auf die Kriegsrüstungen, von Baronin v. Suttner.

8. Abend: Die Zukunftsaufgaben der Friedensbewegung. (Baronin v. Suttner.)

An die Vorträge schloß sich jedesmal eine bis zum späten Abend dauernde Diskussion, an der sich die Teilnehmer (es waren 159 angemeldet), in reger Weise beteiligten.

Wenn sich auch die Anfragen bzw. Einwände der Teilnehmer häufig im Rahmen von bereits Bekanntem und Bestehendem bewegten, so wurden doch einige sehr gute Anregungen gegeben, von denen ein Teil bereits zur Durchführung gelangt sind. So wurde unter anderem über Antrag an sämtliche Kandidaten und an sämtliche Genossenschaften ein Aufruf bezüglich der bevorstehenden Reichsratswahlen versandt, um die Kandidaten zu veranlassen, ihre Ansicht und Stellung zur Frage des Rüstungsproblems und der Schiedsgerichtsbarkeit zu kennzeichnen.

Interessant war es auch, daß Anhänger des Flottenvereins die Vorträge besuchten. Einer derselben hatte immer schon eine ganze Liste von Anfragen und Einwänden vorbereitet. Diese Anfragen und Einwände waren aber hauptsächlich symptomatisch gegnerischen Inhalts und fanden alle in glänzender Weise sofortige Erklärung bzw. Widerlegung.

Zu begrüßen ist es schließlich, daß aus dem, den verschiedensten Interessensphären angehörigen Kreise der Teilnehmer der Vorträge sich eine größere Anzahl gefunden hat, die es anstrebt, zu Wanderrednern für das Friedenswerk ausgebildet zu werden, um so werktätigst mitzuhelfen, daß sich die Zahl der Mitarbeiter erhöhe und die Friedensidee in den verschiedensten und weitesten Schichten und Gruppen der Gesellschaft Eingang finde.

Als Beitrag zur Abhaltung des Zyklus liefen folgende Spenden ein:

Arnhold Georg, Kommerzialrat, Dresden, 50 Kr., Carl Franck, Fabrikant, Obmann der Ortsgruppe Linz, 100 Kr., Max Ritter von Gutmann, k. k. Bergrat, Wien, 100 Kr., Professor Winterstein, Prag, 100 Kr.

☞

„Die Waffen nieder"! in Japan.

Von Berta v. Suttner.

Die in Tokio erscheinende Monatsschrift Haiwa hat in ihrem Aprilheft mit der Veröffentlichung der japanischen Uebersetzung des Romans „Die Waffen nieder!" von Berta v. Suttner begonnen.

☞

Austro-italienisches Freundschaftskomitee.

Die Tagespresse veröffentlichte folgenden Aufruf des austro-italienischen Freundschaftskomitees:

„Der glänzende Empfang, den unser Wiener Männergesangsverein und der niederösterreichische Gewerbeverein in Italien fanden, veranlaßt uns, an unsere Landsleute und an alle heimischen Korporationen den Appell zu richten, sie möchten im heurigen Jubiläumsjahre zahlreich Italien und insbesondere die Hauptstadt Rom aufsuchen. Diese Form der Sympathiekundgebung für das verbündete Königreich wird die beste Zurückweisung jener Elemente sein, die noch immer, allerdings infolge der erfreulich wachsenden Gegenbewegung mit immer schwächerem Erfolge, das gute Verhältnis der beiden Nachbarstaaten zu trüben bemüht sind."

☞

Schule und Friedensbewegung.

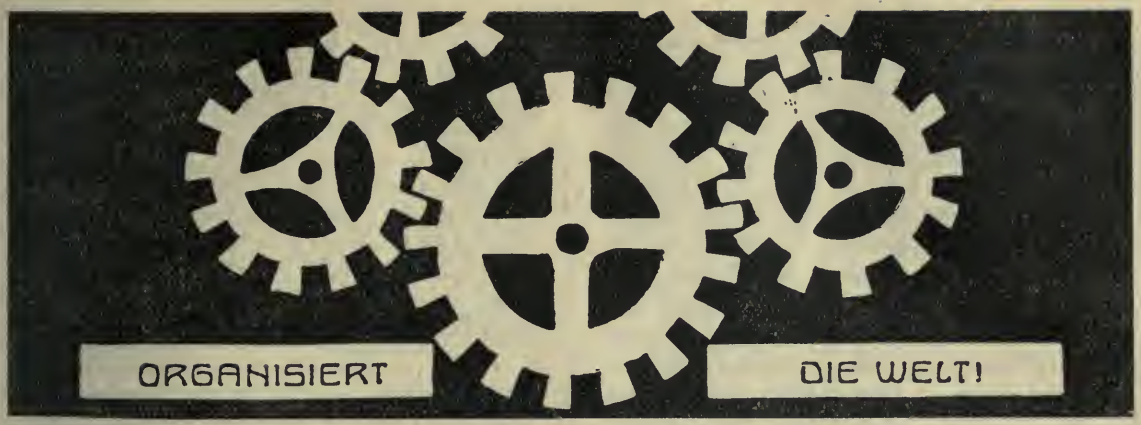
Anläßlich der Hauptversammlung des Zweigvereines Amstetten des Niederösterreichischen Volksbildungsvereines am 22. April l. J. hielt unser Mitglied Schulleiter Ludwig Demal aus Winklarn einen Vortrag über: „Krieg oder Frieden". Der sachliche und tiefdurchdachte Vortrag fand die allgemeine Zustimmung der Versammlung und wurde im „Amstettner Wochenblatt" veröffentlicht.

☞

Wiener akademischer Friedensverein.

Die vom Wiener akademischen Friedensverein in seiner Generalversammlung vom 8. Februar 1911 beschlossenen neuen Statuten wurden mit dem Erlasse der k. k. u. ö. Statthalterei vom 15. Mai 1911, Z. V. 2433, genehmigt. Einzelne Statutenexemplare werden auf Verlangen kostenfrei zugesandt.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien



Juli 1911.

Da der Herausgeber dieses Blattes sich gegenwärtig zur Erholung in eine Kuranstalt begeben hat, so hat Baronin Suttner die Redaktion dieses Heftes übernommen. Im August wird, wie alljährlich, keine „Friedens-Warte" erscheinen und das nächste Heft (8/9) erscheint Mitte September.

Höherentwicklung und Menschenökonomie.

Dem pazifistischen Feldzug werden immer mehr und mehr wissenschaftliche Hilfstruppen beigestellt. Ostwalds Energetik, Muller Lyers Kulturphilosophie und eine ganze Reihe moderner Werke soziologischen und völkerrechtlichen Inhalts bekämpfen den Krieg und sein Korrelat den bewaffneten Frieden durch die zwingenden Gründe neugewonnener wissenschaftlicher Erkenntnisse. Auch Normann Angells so schnell berühmt gewordenes Buch, für dessen Gratisverbreitung ein englischer Mäzen jüngst 20 000 Pfund gespendet haben soll, — auch „Die große Täuschung" gehört in diese Kategorie.

Das Buch, das den in der Ueberschrift enthaltenen Titel führt, ist nicht wie das letztgenannte einzig dem Problem von Krieg und Frieden gewidmet, sondern ist ein selbständiges, sehr weite Wissensgebiete umfassendes Werk, das sich in seinem Untertitel „Grundlegung der Sozialbiologie" nennt. Verfaßt ist es von Rudolf Goldscheid und erschienen (1911) bei Dr. Werner Klinkhardt in Leipzig, dessen Verlagsstempel die charakteristische Devise trägt: „Durch Wissenschaft und Willenskraft."

Was mir vorliegt ist nur ein Separatabdruck von 110 Seiten aus dem 600 Seiten starken ersten Bande, und auch darin behandeln nur einige Stellen die pazifistische Frage, aber diese Stellen sind so lichtvoll und dabei so neue Einblicke gewährend, daß die markantesten daraus den Lesern der Friedenswarte mitgeteilt werden sollen.

Nachdem der Verfasser ausgeführt hat, daß wir in einem Zeitalter der „Wertblindheit" leben, daß wir uns an der Entwicklungsökonomie gerade so versündigen, wie jemand, der etwa mit Rembrandtschen Bildern heizen würde, fährt er fort:

Die Weltblindheit hat aber allerdings auch die stärksten materiellen Wurzeln in der ganzen Geschichte. Der Verwaltungsstaat ist aus dem Eroberungsstaat, aus dem Vergewaltigungsstaat, aus dem Kampf, der die Besiegten zu bloßen Mitteln für die Sieger machte, hervorgewachsen Diese aus dem Kampf hervorgewachsenen Organisationen bestimmen auch heute noch unser Werten in weitem Umfang. Die einen wollen auf Kosten der andern leben; demnach ist es nicht verwunderlich, wenn in der Gesamtbilanz der gesellschaftlichen Arbeit den Gewinnern, welche die erzielten Errungenschaften den Siegern, den Herrschenden, bringen, die Verluste, die daraus den Besiegten, den Beherrschten, erwachsen, nicht gegenübergestellt werden.

Die Wertblindheit unserer Zeit ist also das Produkt eines ursprünglich in sich einheitlichen Wertsystems der Vergangenheit, über das wir aber heute hinaus sind, das heute unter den gänzlich veränderten Bedingungen längst nicht mehr funktionsfähig ist.

Mit diesem Satz ist so recht deutlich aufgedeckt, was der Grund all der Widersprüche ist, an denen unsere Zustände leiden, und worauf der Widerstand wurzelt, der den pazifistischen Bestrebungen und Urteilen entgegengesetzt wird: in dem Beharrungsdrang von Systemen einer Vergangenheit, über die wir längst hinaus sind.

Der Verfasser fährt fort: Nur aus diesem Zusammenhange heraus ist auch die anachronistische Rolle zu begreifen, welche das Kriegsbudget in der Wirtschaft unserer Zeit noch spielt. Der Krieg war früher ein integrierender Teil des ganzen Arbeits- und Kultursystems. Man führte Kriege in erster Linie, um sich zu bereichern. Heute betrachten wir den Krieg jedoch nicht mehr als ökonomischen Faktor. Unsere ganze Tätigkeit läuft vielmehr darauf hinaus, Kriege nach Möglichkeit zu vermeiden, wir erblicken in ihnen jetzt direkt wirtschaftliche Katastrophen. Für die Erhaltung des Friedens dagegen erscheinen uns keine Opfer zu hoch. Die enormen Kosten der Rüstungslast rechtfertigen wir mit der Begründung, wie furchtbare Verluste in der Gegenwart ein Krieg selbst für die siegreiche Nation zur Folge haben muß. Aber ist der bewaffnete Frieden der Gegenwart etwa nicht blutig? — — — Rudolf Goldscheid konstatiert, daß die Pazifisten längst mit Recht hervorheben, daß der herrschende bewaffnete Frieden größere Geldopfer verschlingt als die Kriege der Vergangenheit. Eines ist aber hinzuzufügen, bemerkt er, was nicht genügend beachtet wird: Geld ist Leben. Wie der Wegelagerer den arglosen Wanderer mit dem wilden: Geld oder Leben! anfällt, so stellt auch die Natur die Kultur kontinuierlich vor die gleiche Alternative.

Mit derselben Summe von Arbeit können wir die verschiedensten Kulturmechanismen aufbauen, die verschiedensten Nutzeffekte erreichen, immer aber muß Arbeit aufgewendet werden, sollen die Naturkräfte dermaßen in ihrer Richtung verändert werden, daß sie im Sinne unserer Entwicklungstendenzen wirken. Auch die menschliche Gesundheit, die Rassetüchtigkeit, die organische Aszendenz, muß künstlich sozial erarbeitet werden. Was wir an Arbeitsmitteln der Kultur entziehen, um das senkt sich ihr Niveau. Jede Kanone, jedes Panzerschiff, stellt das Aequivalent für eine bestimmte Summe geopferter Menschenleben und unbehobener sozialer Uebel dar. Keine Wunde am Gesellschaftskörper, keine Volkskrankheit kann geheilt werden ohne hohe Arbeits- und Kapitalsinvestitionen. Für jede Kriegsausgabe müssen Existenzen preisgegeben werden, denn es ist längst bereits Tatsache, daß wir nicht mehr von der Natur, sondern von der Kultur leben.

— — Würden wir uns heute dessen nicht rühmen, welchen Segen für die Menschheit der Frieden bedeutet, würden wir noch wie ehemals wenigstens den siegreichen Krieg als einen wirtschaftlichen Vorteil ansehen, so wäre die Situation eine völlig andere als diejenige, die wir tatsächlich antreffen. Aber, wie wir in der Gegenwart den Krieg als Unglück betrachten, und die schleichende Katastrophe des friedlosen Friedens ignorieren, das ist ein unhaltbarer Zustand.

Goldscheid zitiert hier ein Wort, das Wilhelm Ostwald, der geniale Begründer der energetischen Weltanschauung ausgesprochen: „Auch unsere Zeit wird späteren Generationen einmal als finsteres Mittelalter erscheinen, wegen der ungeheueren Energievergeudung, die sie sich zuschulden kommen läßt."

Die weiteren Ausführungen des Verfassers über diesen Aspekt der „Menschenökonomie" lassen sich auch durch ein Zitat aus seinem Buche zusammenfassen: „Jedes Arbeitsquantum, das man der Kultur entzieht, bedeutet geradezu ein Hinschlachten von Menschen. Geld ist Leben."

Nach der Erörterung der Umwandlung, welche die äußeren Verhältnisse erfahren haben, wird die Umgestaltung betrachtet, die sich in unserer Psyche vollzogen hat. Hier heißt es:

Die moderne Psyche hat eine ganz neue Struktur erhalten. Neue Erkenntnisse, neue Gefühle, neue Wollungen erfüllen sie. Der Welt der Erscheinungen stehen wir in einer ganz neuen Attitüde gegenüber, und die Veränderung der ganzen Situation ist eine um so tiefer greifende, als die technischen Fortschritte auch eine ganz neue äußere Welt geschaffen haben. Die technischen Fortschritte zusammen mit der vertieften Einsicht in den Kausalnexus des Naturprozesses und des Kulturprozesses eröffnen uns sowohl völlig neue Möglichkeiten wie auch völlig neue Gefahren.

Die Kosten des Krieges und der Kriegsrüstung, die Kosten des wütenden Konkurrenzkampfes erscheinen in einem ganz anderen Licht solange die gesellschaftlichen Arbeitskräfte noch extensiv verbraucht werden, weil ihre hohe Produktivität noch nicht erkannt ist. So gehen wir ja auch mit Stoffen, deren technischer Wert noch nicht entdeckt wurde, ganz anders um, als wir dies nach dessen Entdeckung tun. Pechblende behandeln wir seit der Entdeckung des Radiums anders, als wir sie behandelten, bevor wir wußten, wie wertvolle Bestandteile sie in sich schließt.

An anderer Stelle heißt es: In unseren Tagen kann nicht mehr daran gezweifelt werden: wir haben überall nur die Wahl, ob wir unsere Kriegsrüstung oder unsere Kulturrüstung verbessern wollen, ob wir uns gegen die Elemente oder die Nachbarnationen schützen wollen.

Die Deszendenztheorie hat uns gezeigt, eine wie große Anzahl von Arten durch die Anpassung mittels fortgesetzter Vergrößerung ihres Schutzpanzers, ihrer Kampforgane zugrunde gegangen sind. Auch uns kann das Schicksal ereilen, daß unsere Rüstung uns zu schwer wird, daß sie schließlich zu einer pathologischen Anpassung führt, die unsere Kultur erhaltungsunfähig macht.

Die sozialen und ökonomischen Widersprüche in der Geschichte erklärt unser Autor damit, daß bisher die neue Welt in die alte hineingebaut worden. Man läßt die alten Institutionen bestehen und baut die vorgeschritteneren aus. Lange Zeit lassen sich die verschiedenen Welten nebeneinander erhalten, aber schließlich kommt der Moment, wo sich die neue Welt nicht tiefer hineinbauen läßt — besonders deshalb nicht, weil wir die Kosten dieses doppelten Haushaltes, den Energieverlust des gleichzeitig nach verschiedenen Richtungen bespannten Wagens nicht länger zu ertragen vermögen. So wird z. B. jetzt der Kampf aufs äußerste gesteigert und die Humanität aufs äußerste verfeinert. Wenn sie aber einen gewissen Höhengrad erreicht haben, schließen sich diese beiden Prinzipien aus und entsteht zwischen ihnen ein ökonomischer Widerspruch von einer Schärfe, daß schließlich mit dem höchsten Arbeitsaufwand nur noch der allergeringste Nutzeffekt erzielt wird. Jener Widerspruch wird mit folgendem hübschen Bilde illustriert:

Die moderne Gesellschaft gleicht in ihrer sozialpolitischen Tätigkeit einem ebenso leidenschaftlichen wie feinfühlenden Jäger, der mit dem Verbandskasten auf den Anstand geht. Wie dieser ist sie viel zu schwach, um ihren atavistischen Instinkten Zwang anlegen zu können, und ebenso nicht stark genug, um sich des Mitgefühls mit den Opfern ihrer atavistischen Instinkte zu erwehren.

Was Rudolf Goldscheid in seinem Werke besonders begründen will, ist die Einführung der „Menschenökonomie" als wissenschaftliche Disziplin. Dies wird mit großem Scharfsinn und in lückenloser logischer Beweiskette durchgeführt. Hier ist nicht der Raum, dieser Betrachtung nachzugehen. Nur einige Stellen des merkwürdigen Buches, die sich mit unserem Problem berühren, seien noch angeführt:

— — Wir können eine neue Welt nicht mit denselben Mitteln zu beherrschen suchen, die in einer versunkenen ausreichend waren. Unsere neue Welt treibt neue Menschen hervor, neue Menschen mit höherem ökonomischen Wert, neue Menschen mit neuem Empfinden.

— — Das Höchste als Gattung werden wir zweifellos nur erreichen, wenn sich unser entwicklungsökonomisches Gewissen, unser Wertungs-Verantwortlichkeitsgefühl aufs stärkste vertieft, aufs intensivste verfeinert, wenn das Gewissen wirklich als Verdichtung alles Wissens zu funktionieren beginnt und wenn besonders die Herrschenden, die Führenden, einsehen lernen, daß, wie keinen Bürger die Unkenntnis der Strafgesetze vor Strafe schützt, sobald er diese übertritt, so auch sie sich nicht auf Unkenntnis der Naturgesetze, auf Unkenntnis der Kulturkausalität ausreden dürfen, wenn sie sich dagegen versündigen.

(Hierzu möchte ich bemerken: die Kenntnis der Gesetze wird von den Staatsbürgern verlangt, aber verlangt man von den Herrschenden und Führern, daß sie Naturgesetze und Kulturkausalität kennen? Begnügt man sich nicht damit, wenn sie mit „Leib und Seele" Soldaten sind?)

— — Wir frohnen einem Idealismus, der durch bloßes Zeigerverschieben den verdorbenen Mechanismus der Uhr reparieren will und dieser schmähliche Zeigerverschiebungsidealismus produziert dann noch den ebenso erwünschten wie höchst schädlichen Nebeneffekt, den wahren Idealismus, den Idealismus der großzügigen Tat

bis ins innerste zu kompromittieren. Statistik, Expertisen, Enqueten — daran mangelt es in unserer Zeit freilich nicht, aber zugleich wird nachdrücklichst dafür gesorgt, daß die den Tatsachen entsprechende Deutung nicht zum Durchbruch gelangen kann. Wir stellen uns dem Lebensprozeß so gegenüber, wie gelehrige Richter Prozesse behandeln, die irgendwelche blamable Enthüllungen bringen könnten: im geeigneten Moment wird die Frage abgeschnitten. La recherche de la causalité est interdite ...

Ein Pessimist ist aber unser Sozialphilosoph nicht. Der vorliegende Abschnitt gipfelt in den Worten:

Es ist unaufhaltsam, wir gehen einem Zeitalter der Ethik entgegen. Die immer vertieftere Ausgestaltung der kulturellen Mutualität wird es sein, die zur Rehabilitation der Ethik, als technischer Voraussetzung der Erhaltung und Entfaltung der Kulturgesellschaft, mit Allgewalt zwingt.

Und mit direktem Bezug auf unsere Ideale sagt der Verfasser auf S. 555: „Da wir darauf hinweisen konnten, daß ökonomische Postulate, die durch den Anpassungsprozeß selber diktiert werden, schließlich zur Erfüllung gelangen, weil ihre Nichterfüllung uns geradezu vor die Alternative des Verfalles stellt, so dürfen wir auch bezüglich des Pazifismus nicht daran zweifeln, daß der organisatorische Internationalismus endlich Herr werden wird über allen bloß partikularistischen Nationalismus.

Die noch junge Disziplin der Gesellschaftslehre hat, so will es mir scheinen, durch Goldscheids magistrale Arbeit eine große Bereicherung an neuen Gesichtspunkten erfahren, und für das Arsenal der Friedensbewegung lassen sich daraus auch ein paar prächtige Feldhaubitzen holen.

B. S.

Das Ende der Welt durch die Wissenschaft.

Von **Frédéric Passy.**
Uebersetzt von Bertha v. Suttner.

Ein Gelehrter, dessen Namen ich leider vergessen habe, veröffentlichte vor etwa fünfzig Jahren unter obigem Titel eine zwar etwas eigentümliche, aber doch bemerkenswerte Schrift. Er führte darin aus, wie die Wissenschaft, indem sie der Menschheit durch Dienstbarmachung der Naturkräfte immer größere Macht zuführt, und indem sie ihr gleichzeitig neue Produktions- und neue Vernichtungsmittel an die Hand gibt, sie in den Stand setzt, je nach dem Gebrauch, den sie von diesen Hilfsquellen machen wird, entweder ihren Reichtum, ihre Macht und ihr Wohlsein ins Unbegrenzte zu steigern, oder Elend, Ruin und Tod auf sich herabzubeschwören. Und nachdem der Mensch — so folgerte der Autor — ein neidisches, eifersüchtiges, bösartiges Geschöpf ist, dem mehr daran liegt, anderen zu schaden als sich selber zu nützen, so wird das Uebel den Sieg davon tragen; wir oder unsere Nachkommen werden es sein, die in einem Anfall von Tobsucht unsere Wohnstätte in Flammen aufgehen oder in die Luft springen lassen und zur höheren Ehre der Wissenschaft das garstige Geschlecht vernichten werden, dem wir uns brüsten, anzugehören.

„Welche paradoxe Idee!" rief man. Ich glaube, daß ich selber laut mitgerufen habe, und will auch fortfahren, es zu rufen. In manchen Augenblicken jedoch, wenn man sieht, auf welche Weise wir uns bemühen, aus Eisen und Menschen — statt nützliche Werkzeuge und glückliche Wesen — Vernichtungsinstrumente und Leichname zu schaffen, da könnte man wirklich versucht sein, sich zu fragen, ob jene dunkle Voraussage nicht prophetisch war, und ob wir nicht an der Schwelle ihrer Erfüllung stehen.

Moralisten, Philosophen und Dichter haben seit jeher Krieg und Gewalt verdammt; die Religionen, so verschieden auch ihre Formeln und Zeremonien seien, predigen Eintracht und Brüderlichkeit. Und überall, unter allen Fahnen und in allen Regionen denken die Menschen an nichts anderes, als sich gegenseitig zu vernichten und zu schädigen. Mit der Faust, mit der Keule, mit der Lanze fingen sie an und setzen fort mit dem Pfeil, der Muskete, dem Repetiergewehr, der Kanone, der Mitrailleuse, dem Torpedo, den Sprengstoffen und Erstickungsgasen. Und jedesmal sagt man uns, indem man uns zeigt, wie diese genialen Maschinen wunderbar wirken, daß dies das Ende der Vernichtungskunst sein werde, und daß aus Angst, sich selber auszurotten, die Völker endlich darauf verzichten werden, ihre Differenzen und Streitigkeiten mit der Gewalt (die gar nichts schlichtet) schlichten zu wollen, und daß sie fortan, vernünftiger geworden, sich wie friedliche Bürger dem Urteil ehrlicher Richter unterstellen werden. Aber jedesmal wird doch wieder mit einer neuen Verbesserung des Mordarsenals hervorgerückt. Und wenn irgendeine große wissenschaftliche Entdeckung auftaucht, wenn irgendein neuer großer Sieg des Menschen dessen Gewalt über die Natur von neuem bestätigt und kundtut, wenn, angesichts irgendeines großen Fortschritts des Geistes oder der Technik, sich ein Triumphschrei aus der Brust der Gelehrten und dem Herzen der Menge er-

hebt, in dem Glauben, daß sie nun endlich von dem schwerdrückenden Tribut an Gut und Blut befreit werde, den sie dem Elend und dem Tode zahlen muß, da erhebt sich sofort die ruchlose Bande der Haß- und Ruinverbreiter und bemüht sich, jenes unerwartete Geschenk, das bestimmt war, die blinde Natur zu unterjochen und die freie Macht des denkenden Wesens zu verherrlichen, in einen verbesserten Faktor von Leid und Trauer umzuwandeln.

Nach der Straße und dem Boote, die es unseren Vorfahren ermöglicht haben, aus ihrer ursprünglichen Isolierung herauszutreten, und denen die ersten Annäherungen, der erste Austausch von Arbeit und Ideen zu danken war; nach der Einführung der Lokomotive und des Dampfschiffes, nach der Telegraphie und Telephonie, die geeignet schienen, das Menschengeschlecht in einer Gemeinschaft von Arbeiten und Genüssen zu verbinden, wurde nun ein letzter Sieg errungen: der Mensch reißt sich vom Erdboden los, an den er durch das Gesetz der Schwere gekettet war, und erhebt sich, wie die Vögel des Himmels, in die Lüfte. Der weite Raum, der Raum ohne Schranken und ohne Grenzmarken gehört nun ihm. Die Völker haben mit einer Stimme diese gleichzeitig errungene Befreiung begrüßt und werden nun mit dem Dichter sagen können:

„Wohin segelt dieses Schiff?
Es segelt, in Tageslicht getaucht,
Der göttlichen und reinen Zukunft entgegen;
Der Tugend strebt es zu, das glorreiche Fahrzeug—
Der heiligen trug- und schleierlosen Wahrheit,
Der Liebe, die ihre süßen Bande um die Herzen schlingt,
Dem Rechte, der Güte, der Schönheit — ja, wie ihr seht:
Es hebt sich zu den Sternen ...“
Es trägt den Menschen zum Menschen hin, den Geist zum Geist,
Es vollführet Werke der Kultur. Es vernichtet und verpönt
Die ganze grausige Vergangenheit,
Es hebt das Gesetz des Eisens, das Gesetz des Blutes auf;
Es vertilgt die Schwerter, die Joche und die Sklaverei,
Indem es durch die blauen Räume dringt
Wie jubelnder Fanfarenklang ...

So singt die Menge und verherrlicht und beweint die friedlichen Helden, die — oft um den Preis ihres Lebens — die große Heerstraße der Hoffnungen eröffnen, und sie glaubt, die ersehnte Aera aufleuchten zu sehen, die Aera ohne Gewalt und ohne Feindschaften, ohne Plünderung und ohne Totschlag.

Arme Menge: während du dich der Freude hingibst, während du bewunderst und segnest, kommt der Geist des Bösen herbei, jener Geist, der zu jedem Fortschritt „nein“ sagt, der die augenscheinlichsten Wohltaten in Fluch verwandelt. Dieser Geist der Lüge und des Verbrechens ist stets an der Arbeit; und nicht zufrieden damit, den schönsten Hoffnungen das Dementi seiner düsteren Prophezeiungen entgegenzuhalten, strengt er sich noch an, aus jenen Mächten der Eintracht und des Wohlwollens verbesserte Mordwerkzeuge zu machen.

Ein Journal*) will eine Luftpilgerfahrt veranstalten, die, wie es meint, die menschliche Solidarität bezeugen soll. Aber die Zwietrachtsleute revoltieren so stark, der Aufruhr eines sogenannten Patriotismus des Hasses und der Feindschaft ist so heftig, daß das „Journal“, damit nicht zum Schaden werde, was es zum Nutzen stiften wollte, sich bemüßigt sieht, seinen Plan aufzugeben.

Die Haager Konferenz hatte schon im Jahre 1899 durch einen ihrer Beschlüsse, die durch das Einvernehmen der Mächte zum internationalen Gesetz erhoben wurden, das Verbot erlassen, von den Luftballons aus (damals war von „Fliegern“ noch keine Rede) Sprengstoffe oder Erstickungsstoffe herabzustreuen. Und das internationale Völkerrechtsinstitut, das vor drei oder vier Jahren mit dem Nobel-Friedenspreis gekrönt worden ist, hat, statt gegen die Vergessenheit jenes Verbotes, das die Regierungen nicht erneuert haben, zu protestieren, die Frage zur Verhandlung gestellt, ob die Aeroplane als Kriegsinstrumente zu verwenden seien oder nicht, und scheint nicht entfernt davon, die Frage zu bejahen.

Ich will hoffen, daß dies nicht zutrifft, und daß die Beschlüsse der gelehrten Körperschaften, des Völkerrechtsinstituts und der nächsten Haager Konferenz, sowie die Abstimmungen der Friedenskongresse einhellig gegen die Zumutung sich erheben werden, daß der mörderischen Verwendung der Aviatik die offizielle Bestätigung erteilt werde.

Ich weiß, was man gegen die Idee, den Krieg zu humanisieren, sagen kann, und ich habe es öfter auch selber gesagt. Der Krieg kann nicht humanisiert, er kann nur abgeschafft oder eingeschränkt werden. Aber wenn man auch nicht hoffen kann, die noch möglichen Nationenkämpfe regeln zu können, wie die Tourniere der alten Ritter geregelt wurden, so sollte man es doch wenigstens vermeiden, die abscheulichsten Ausartungen wissenschaftlicher Brutalität durch gefälligen Beifall zu sanktionieren.

„Die Schiene“, so sagte Georg Stephenson zu seinem Sohne, „wird einst die Hochstraße der Völker und Könige sein.“ Und der berühmte Gladstone tat den Ausspruch: „Die Eisenbahnen und die Ozeandampfer sind die Schiffchen, die den Faden der menschlichen Einigkeit einschlagen.“ Die Aviatik soll, wenn sie die Opfer und Gefahren ihrer heldenhaften Förderer rechtfertigen will, ein herrlicher Aufschwung zu Eintracht, Gerechtigkeit und

*) Das Pariser „Journal“ hatte einen Preis von 200 000 Francs für einen Rundflug Paris—Brüssel—Berlin—London—Paris ausgesetzt, der unter dem Titel „Der Aeroplan, Instrument des Friedens“ vorbereitet wurde und durch den Radau der Nationalisten gescheitert ist. (Anm. d. Uebers.)

Frieden sein. „Ihr bringet uns den Brudergruß Frankreichs an Italien, an Spanien, an Großbritannien" — so wird von den Regierungen und Völkern allenthalben unseren kühnen Champions bei ihrer Ankunft zugerufen. Dieser Ruf muß überall, von Hauptstadt zu Hauptstadt, von Nation zu Nation erschallen, und über die alten Irrtümer und alten Zwistigkeiten hinweg müssen endlich die Anzeichen beginnender Weisheit und notwendiger Solidarität erscheinen.

Fahret also fort, ihr alle, die ihr Höheres im Sinne führt als heftige Habgier und unversöhnlichen Groll, ihr, die ihr beharrlich an den Sieg der Wahrheit und des Rechtes über den Wahn und die Gewalt glaubt, fahret in euren Bestrebungen fort und bewahret vor jeder Besudelung die Schwingen jener großen Tauben, die — wenn wir es nur zu wollen wissen — die Verkünderinnen vom Ende der Blut- und Eisen-Sintflut sind.

Die Italienreise des niederösterreichischen Gewerbe-Vereins.

Von Prof. Dr. Rud. Kobatsch.

Der Niederösterreichische Gewerbeverein, eine der ältesten und größten industriell-gewerblichen Körperschaften Oesterreichs (gegründet 1840; Mitgliederstand 3300), vertritt seit jeher auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik den wahren Fortschritt der ökonomischen Zustände Oesterreichs, sei es, daß es sich um Gesetzgebung, sei es, daß es sich um handels- oder allgemein-politische Fragen dreht. Er war der Wortführer derjenigen, welche die intensivere fachtechnische und kommerzielle Ausbildung des Gewerbestandes proklamierten. In neuerer Zeit ist er insbesondere bestrebt gewesen, den übermäßigen Einfluß der Agrarier auf unsere Handelspolitik, das Scheitern wichtiger Handelsverträge zu bekämpfen, weil die wirtschaftliche Zukunft Oesterreichs von der Erstarkung der Industrie und von der Verbesserung des Exports abhängt.

In diesen Bestrebungen nun ist der Verein auch zu der Erkenntnis gelangt, daß die politischen Spannungen, die sich zwischen den einzelnen Staaten, so zum Beispiel zwischen Oesterreich und Italien, kundgegeben haben, außerordentlich schädlich auf die inländische Volkswirtschaft zurückwirken, und zwar aus mehrfachen Gründen: Politische Spannungen haben die wirtschaftliche Entfremdung, das Abbrechen selbst alter Handelsbeziehungen zur Folge; dann aber mußte der Verein zu der Erkenntnis gelangen, daß die politischen Spannungen naturgemäß das Rüstungsfieber erzeugen, und daß die Rüstungsauslagen ein Maß erreicht haben, welches sich mit dem jährlichen Ertrage der Volkswirtschaft und mit der Leistungsfähigkeit der wirtschaftlich tätigen Bevölkerung nicht mehr vereinbaren läßt. Der Verein gelangte somit naturgemäß zu denselben Schlußfolgerungen, zu welchen auch die Friedensgesellschaften gelangt waren: Ermäßigung und Stillstand der Rüstungen in Verbindung mit der Etablierung des schiedsgerichtlichen Verfahrens in internationalen Konflikten.

Wie der Verein, was die österreichisch-ungarischen Beziehungen betrifft, als erster die Wiederannäherung und die Wiederanknüpfung der Freundschaft durch die große Exkursion nach Budapest im September 1910 inaugurierte, so galt auch die Studienreise nach Italien, nebst dem Besuche der hervorragendsten diesjährigen Ausstellungen in Turin, Florenz und Rom, der Freundschaft zunächst zwischen der industriell und kommerziell tätigen Bevölkerung beider Länder und im weiteren Verfolge der Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen überhaupt.

Dieser wichtigste Zweck der Reise ist in glänzender Weise erfüllt worden. Auch die italienischen Kaufleute und Industriellen fühlen die zunehmende Last der Rüstungen, auch die dortigen Wirtschaftskreise sehnen sich nach einem immer freundschaftlicheren Verhältnisse zu Oesterreich.

Am deutlichsten trat diese erfreuliche Tendenz schon in der ersten Stadt des Aufenthaltes, in Mailand, zutage. An den Empfängen, welche die Mailänder Handelskammer dem Verein bereitete, nahmen nicht bloß der Präfekt, der Bürgermeister, Deputierte und andere hervorragende offizielle Persönlichkeiten teil, sondern auch Vertreter der Mailänder Friedensgesellschaft, allen voran ihr Nestor Moneta. Und neben den Reden der Industriellen, welche die Notwendigkeit der österreichisch-italienischen Verständigung und Freundschaft betonten, konnte auch Moneta mehrmals, und zwar mit allgemeinem Beifall, die friedlichen und kulturellen Ziele der Reise, die im Interesse beider Staaten gelegen sind, hervorheben.

Diese Aktion Mailands hat nun offenbar den Ton auch für den Charakter der Empfänge in den anderen Städten gegeben, welche geradezu wetteiferten, dem Gewerbeverein Freundschaft zu beweisen und die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu betonen. Die Kammerpräsidenten, die Präfekten, die Bürgermeister, Deputierte — alle beteuerten, ob es sich nun um Turin oder Florenz, ob es sich um Rom oder Neapel handelte, den hohen Wert des gegenseitigen Verstehens, die Notwendigkeit der Ausschaltung hetzerischer, chauvinistischer Elemente in den Beziehungen der beiden Staaten. Von besonderem Werte dürfte es sein, daß das Emp-

fangskomitee in Mailand, aber auch in anderen Städten, sich bereit erklärte, in Permanenz zu treten, da ja auch andere österreichische Korporationen heuer Italien besuchen wollen, ferner, daß sie sich auch dem bestehenden österreichisch-italienischen Friedenskomitee anschließen wollen.

Wenn, wie zu erwarten steht, zum 19. Internationalen Friedenskongreß, welcher heuer in Rom stattfindet, auch zahlreiche österreichische Friedensfreunde erscheinen werden, so ist begründete Hoffnung gegeben, daß aus diesem Anlaß das Verständigungs- und Freundschaftskomitee neue Kräfte gewinnen und den Ansporn zu neuer Tätigkeit erhalten werde.

Denn es ist nicht einzusehen, aus welchem Grunde die Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien nicht freundschaftliche, und zwar dauernd freundschaftliche sein sollten. Die gesamte arbeitende und schaffende Bevölkerung beider Reiche, welche ja den allergrößten Teil der Staatseinnahmen bestreitet, ist sich darin einig, daß nur ein friedliches und freundschaftliches Nebeneinander die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des eigenen Landes verbürgen kann. Irgendwelche eingebildete Ursachen einer Mißstimmung können nicht zu Recht bestehen, sei es, daß man hierbei etwa an die kirchenpolitische Frage, sei es, daß man an Triest und an Trento denken mag. Es gibt aber in beiden Ländern Politiker, welche Uebermilitaristen sind, und welche in diesem Eifer begreiflicherweise stets neuen Anlaß zu Mißtrauen oder zu Mißverständnissen im anderen Lande geben. Wenn daher in den breiten Massen der Bevölkerung beider Länder der Freundschafts- und Friedensgedanke immer stärkere Wurzel faßt, so wird es den wenigen Exaldados und Chauvinisten auf die Dauer nicht mehr möglich sein, diese guten Beziehungen zu trüben. Es ist kein Zweifel, daß die Reise des Gewerbevereins einen mächtigen Schritt nach vorwärts zur Erreichung dieses hohen Kulturzieles bedeutet.

Zur Organisation der Interparlamentarischen Union.

Von Prof. L. Quidde, München.

II. Die Grundlagen einer künftigen Repräsentativ-Verfassung.

Die heutige Zusammensetzung der Interparlamentarischen Union und noch mehr die der Interparlamentarischen Konferenzen leidet daran, daß keinerlei Maßstab besteht, nach dem der Einfluß der einzelnen nationalen Gruppen innerhalb der Union und bei Abstimmungen auf den Kongressen geregelt wurde.

Nur im Interparlamentarischen Rat ist die Stimmverteilung genau bemessen, und zwar nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten, großer und kleiner. Jede nationale Gruppe entsendet zwei Mitglieder in den Rat.[1])

Die Vertretung der verschiedenen Länder in der Union aber ist abhängig wesentlich von zwei Umständen: erstens von der ziffernmäßigen Stärke der einzelnen Parlamente, aus denen sich die Mitglieder der Union rekrutieren (einem Faktor, der in keinem gleichmäßigen Verhältnis zur Größe und Bedeutung der einzelnen Staaten steht), und zweitens von der prozentualen Beteiligung der zur Mitgliedschaft berechtigten Parlamentarier eines jeden Landes (einem Faktor, der freilich einen gewissen Maßstab abgibt für die Bedeutung, die der Gedanke der internationalen Verständigung in den einzelnen Staaten erlangt hat, der aber doch auch von mancherlei Zufälligkeiten beeinflußt wird).

Die Zusammensetzung der Internationalen Konferenzen vollends ist noch viel stärker von Umständen beeinflußt, die nichts zu tun haben mit irgendwelchen, bei Verteilung des Stimmrechts vernünftigerweise zu beachtenden Faktoren. Vor allem übt die rein geographische Lage des Kongreßortes auf den Besuch der verschiedenen — nahe oder entfernt gelegenen — Ländern einen sehr starken Einfluß aus; vielfach wird die Anziehungskraft der Kongreßstädte auf verschiedene Nationalitäten verschieden wirken; die größere oder geringere Reiselust, gesteigert oder gehemmt durch zufällige Einflüsse, macht sich in verschiedenen Ländern verschieden geltend; Fragen, die zur Beratung stehen, veranlassen eine Gruppe zu besonders starker Beteiligung; sie wirken auf die anderen abschreckend; innere politische Krisen halten die Parlamentarier eines Landes bis auf einige Repräsentanten in der Heimat fest, und was alles die Zufälligkeiten sind, die den verschiedenen Konferenzen eine ganz verschiedene Nationalitäten-Physiognomie geben können.

Das war erträglich in den Anfängen der Union. Man war im Kreise der Interparlamentarier in den Grundgedanken so einig, oder, wo man verschiedener Ansichten war, spielten Unterschiede der nationalen Auffassung eine so geringe Rolle, es handelte sich so sehr darum, erst einmal diese Grundgedanken festzulegen und die Sache der internationalen Verständigung aus dem Gröbsten herauszuarbeiten, man war andererseits auch von einer gleichmäßigen Vertretung der sämtlichen Staaten, von einem „Weltparlament“ noch so weit entfernt, daß die angedeuteten groben Mängel im Aufbau der Union und der Konferenzen keine große praktische Bedeutung hatten. Je stärker der

[1]) Es sind heute 21 nationale Gruppen, aus deren Vertretern sich der (also 42 Mitglieder starke) Interparlamentarische Rat zusammensetzt. Ehrenmitglieder mit beratender Stimme sind die Mitglieder der Union, die einer Konferenz präsidiert haben.

Einfluß der Union wird, je mehr es sich in ihren Verhandlungen um die Lösung einzelner praktischer Fragen handelt, je mehr sie beansprucht, als eine Vertretung aller mit Volksvertretungen ausgestatteten Länder der ganzen Welt angesehen zu werden, um so notwendiger ist es, die Autorität der Union und ihrer Konferenzen dadurch zu stärken, daß man aus ihrer Zusammensetzung den Einfluß des Zufalls und unberechtigter äußerer Einwirkungen möglichst ausschaltet.

Ein anderer Grund, der dazu führen muß, eine Aenderung der Organisation zu erwägen, ist das Anwachsen der Mitgliederzahl. Das Interesse für die Aufgaben der Union ist erfreulicherweise in steter Steigerung begriffen, und damit wächst sowohl die Zahl der Mitglieder der bisher bestehenden nationalen Gruppen wie auch die Zahl der Gruppen selbst. Große Staaten, die bisher absolutistisch regiert waren, erhalten Verfassungen mit parlamentarischen Körperschaften und erweitern damit die Basis der Union, so Rußland, die Türkei, bald China. Die Erleichterungen im Verkehr haben zusammen mit der Verstärkung aller internationalen Beziehungen dazu geführt und werden in Zukunft noch mehr dazu führen, die Frequenzziffer auf den Interparlamentarischen Konferenzen enorm zu steigern und bald über den Umfang einer beratungsfähigen Versammlung anschwellen zu lassen. Die zunehmende Bedeutung der Union veranlaßt eine Steigerung der offiziellen Aufmerksamkeiten, der Empfänge und Feste — oft über das erwünschte Maß; dieses Drum und Dran der Konferenzen zieht auch Parlamentarier an, die es mit den Zielen der Union und der Arbeit der Konferenzen weniger ernst nehmen; die wachsende Zahl der Kongreßbesucher steigert die Kosten, erschwert die Organisation und kann leicht dem Ansehen der Union gefährlich werden.

Aber auch davon abgesehen, rein ziffernmäßig tritt das Bedürfnis nach einer Beschränkung immer stärker hervor und wird noch stärker werden, wenn etwa die Mittel der Carnegie-Stiftung zum Teil dazu verwendet werden sollten (was an sich höchst wünschenswert wäre), den Besuch der Konferenzen aus entfernten Ländern zu erleichtern und ihnen einen vollkommen internationalen Charakter zu sichern. Waren doch bisher in der Hauptsache nur Europa und die Vereinigten Staaten auf den Konferenzen vertreten. Im Interparlamentarischen Rat finden wir außer ihnen nur noch Japan. Die südamerikanischen Republiken fehlen bisher so gut wie ganz; selbst in St. Louis 1904 hatten sie keinen Vertreter, nur 1905 in Brüssel finden wir Vertreter von Chile, Kolumbien und Ecuador. Mexiko taucht 1905 in Brüssel und 1906 in London auf, um 1908 und 1910 wieder zu verschwinden, Canada 1900 in Paris, 1906 in London und 1910 in Brüssel, Liberia 1889 in Paris, Südafrika 1900 ebendort[2]). Es handelt sich dabei immer nur um ganz vereinzelte Teilnehmer, und zur Organisation nationaler Gruppen ist es in all diesen Ländern noch nicht gekommen.

Gleichwohl war die Teilnehmerzahl in London 1906 und in Berlin 1908 schon auf mehr als 600 angewachsen. Für die Zukunft muß man bei einer sonst günstigen Entwicklung unserer Sache an günstig gelegenen Konferenzorten mit noch größeren Ziffern rechnen. Beträgt doch die Zahl der heutigen Mitglieder der Union nahezu 3000, während La Fontaine die Zahl der Parlamentarier, die berechtigt sind, der Union beizutreten, auf etwa 8900 Abgeordnete und etwa 3600 Senatoren schätzt.

Beide Gedankengänge führen zu dem Ergebnis, daß es notwendig ist, für die Interparlamentarische Union eine Art von Repräsentativverfassung zu schaffen, die den einzelnen nationalen Gruppen auf den Konferenzen ein nach vernünftigen und gerechten Grundsätzen bemessenes Stimmrecht sichert und die zugleich die Zahl der stimmberechtigten Mitglieder der Konferenzen auf die Größe einer verhandlungsfähigen Versammlung beschränkt.

Auf welcher Grundlage könnte eine solche Repräsentativverfassung aufgebaut werden und woher ist der Maßstab für eine Verteilung des Stimmrechtes zu nehmen? Die bisher gemachten Vorschläge gehen, soweit ich sehe, dahin, als Grundlage des Stimmrechts zu nehmen: entweder 1. die Gleichberechtigung der Staaten, oder 2. die Bevölkerungsziffer, oder 3. die Beteiligung am Welthandel, entweder a) nach absoluter Größe, oder b) nach relativer, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung, oder c) in Kombination von Bevölkerungsziffer und Welthandelsziffer, oder 4. die Stärke der Beteiligung an der Sache der internationalen Verständigung, oder 5. eine Klassenverteilung unter Berücksichtigung von Territorium, Bevölkerungsziffer, Welthandel und Kulturhöhe.

Es wird zweckmäßig sein, diese verschiedenen Systeme und ihre Kombinationen nacheinander zu prüfen.

* * *

1. Stimmrecht auf Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten.

Wenn man auf Grundlage der Gleichberechtigung aller Staaten allen nationalen Gruppen gleiches Stimmrecht gibt, so ist das die einfachste Lösung des Problems, die auch gar keine technischen Schwierigkeiten bietet, außer jener, die mit der ganzen Organisationsfrage in jeder Gestalt verbunden ist, daß

[2]) Ich benutze hier eine Zusammenstellung, die ich Herrn Dr. Chr. Lange verdanke.

nämlich entschieden werden muß, welche Staaten und welche Parlamente als gleichberechtigt anzuerkennen sind, welche nationalen Gruppen also gebildet werden können, ob z. B. eine finnländische Gruppe neben der russischen oder etwa künftig einmal nach Verleihung einer ägyptischen Repräsentativ-Verfassung eine ägyptische Gruppe.

Diese Lösung befindet sich nicht unter denen, die La Fontaine in seinem Referat zur Diskussion stellt. Im Kreise von Pazifisten ist sie mir wohl als die selbstverständliche und allein gerechte bezeichnet worden, im Kreise der Interparlamentarier aber scheint sie, auch von den Vertretern der kleinen Staaten, bis vor kurzem kaum ernstlich vorgeschlagen zu sein.

Nur in einer Aeußerung d'Estournelles finde ich einen Hinweis auf sie, und zwar auch, wie bei den erwähnten Aeußerungen von Pazifisten, mit dem nicht weiter begründeten Anspruch der Selbstverständlichkeit.[3]) D'Estournelles sucht nach einem Vorschlag, der, wie unvollkommen auch immer, noch am ehesten annehmbar sei, „so lange, bis der Fortschritt der verschiedenen parlamentarischen Organisationen es gestattet, das einzige System anzunehmen, das endgültig der Billigkeit entspricht: jedes Parlament eine Stimme".

Ich lasse hier beiseite, daß d'Estournelles anscheinend bei dieser definitiven Ordnung des Stimmrechts voraussetzt, daß die Stimme einer jeden Gruppe als eine einzige Stimme einheitlich abgegeben werden müsse, während heute alle stimmberechtigten Mitglieder nach ihrer persönlichen Ueberzeugung, also unter Umständen Mitglieder der gleichen Gruppe gegeneinander votieren. Ich bin in diesem Punkt durchaus für die Aufrechterhaltung des bisherigen Systems, sehe aber, wie gesagt, davon ab, die Frage an dieser Stelle zu diskutieren, und frage nur, ob es überhaupt wirklich so selbstverständlich und durchaus der Billigkeit entsprechend ist, das Stimmrecht aller nationalen Gruppen oder — was hier dasselbe ist — aller Parlamente gleichzusetzen.

Die Interparlamentarische Union ist nach manchen Richtungen hin als der freilich höchst unvollkommene Vorläufer eines Weltparlaments zu betrachten. Glaubt irgend jemand, daß in einem künftigen Weltparlament alle Staaten, große wie kleine, gleich viele Vertreter haben werden? Wird einmal eine Weltkonföderation mit dauernden organisatorischen Einrichtungen geschaffen, so wird sie gewiß eine Art von Staatenhaus haben, in dem der Grundsatz einer Gleichberechtigung oder annähernden Gleichberechtigung aller Staaten maßgebend sein mag, und eine Art von Volkshaus mit einer Vertretung der Völker, proportionell oder annähernd proportionell ihrer Größe.[4])

Alle auf föderativer Grundlage beruhenden Gemeinschaften, alle echten Bundesstaaten oder Staatenbünde suchen in ihrer Verfassung diese beiden Gedanken miteinander zu vereinigen: die Gleichberechtigung der die Konföderation bildenden Organisationen, der Gliedstaaten, und die Gleichberechtigung der letztlich diese Glieder selbst konstituierenden Individuen. Ueberall haben wir eine Körperschaft, in der die Staaten als solche, wenn nicht alle gleichberechtigt, doch die kleineren weit über ihre Größe hinaus zur Geltung kommen, und eine andere, die auf einem der Volksziffer angepaßten Wahlrecht beruht. So in den Vereinigten Staaten, so in der Schweiz, so auch in Deutschland, trotz des enormen Ueberwiegens des einen, führenden Gliedstaates.

Da die Interparlamentarische Union heute für sich allein besteht, unabhängig von einem Welt-Staatenhaus, muß sie in sich selbst diese beiden Prinzipien zu vereinigen suchen. Das eine kommt zur Geltung im Interparlamentarischen Rat, in den, wie schon erwähnt, jede nationale Gruppe heute zwei Vertreter entsendet; das gleiche Prinzip kann aber nicht auch noch die Vollversammlung der Union, die Interparlamentarische Konferenz, beherrschen wollen. Hier ist vielmehr mit Fug und Recht den großen Unterschieden in der Bedeutung der einzelnen Staaten, vor allem in den Bevölkerungsziffern, Rechnung zu tragen.

Diese allgemeine Erwägung wird kräftig unterstützt, wenn wir an die konkreten Tatsachen denken.

Wäre wirklich eine Versammlung, in die Costa-Rica so viele Vertreter entsendet wie die Vereinigten Staaten, und Montenegro oder Luxemburg (von Monaco, San Marino und Lichtenstein ganz zu schweigen) ebenso viele wie jede der europäischen Großmächte, eine richtige Vertretung der internationalen parlamentarischen Gemeinschaft?

Praktische Konsequenzen der unbeschränkten Anwendung dieses Prinzips wären ferner folgende: Die Balkanhalbinsel mit 6 souveränen Staaten würde in der Union ziffernmäßig einen sechsfach so starken Einfluß haben wie das große russische Reich, wie Großbritannien, die Vereinigten Staaten oder Deutschland, einen fast ebenso großen wie alle europäischen Großmächte zusammengenommen.[5]) Unter den heute für die Union in Betracht kommenden Parlamenten würden die Vertreter der mittel- und südamerikanischen Staaten und der Balkanstaaten zusammengenommen die

[3]) L'organisation de l'Union Interparlementaire (Conciliation Internationale 1910 Septembre), pag. 14.

[4]) So auch in dem amerikanischen Vorschlag, den ich im 3. Abschnitt (Stimmvertretung auf Grund des Welthandels) bespreche.

[5]) Die 6 europäischen Großmächte zählen als 7, weil Oesterreich und Ungarn getrennt vertreten sind.

Mehrheit gegenüber allen anderen besitzen. Sollte es vorkommen, daß ein großes Reich sich in mehrere Einzelstaaten auflöste, so würde sich seine Vertretung in der Union um die Teilungsziffer multiplizieren; wenn aber umgekehrt sich etwa die fünf mittelamerikanischen Republiken zu Vereinigten Staaten von Zentralamerika mit einheitlichem Parlament zusammenschließen sollten, so würde ihre Vertretung auf ein Fünftel sinken.

Dem Gedanken der Gleichberechtigung der einzelnen Staaten wird man mit ebensoviel Recht den anderen entgegensetzen können von der Gleichberechtigung der einzelnen Bürger, der Volksziffern, die durch die Parlamentarier in der Union vertreten werden. Daraus würde folgen ein Stimmrecht der nationalen Gruppen proportionell zur Bevölkerungszahl.

* * *

2. Stimmrecht auf Grundlage der Bevölkerungszahl.

Der Gedanke hat zunächst viel Bestechendes und scheint vielleicht manchem als eine selbstverständliche Konsequenz demokratischer Gleichberechtigung. Ein Franzose hat doch das gleiche Recht wie ein Belgier, ein Deutscher das gleiche wie ein Schweizer. Deshalb (so wird man weiter schließen) muß in einer Vereinigung, die auf parlamentarischer Grundlage die Gesamtheit der Völker repräsentiert, das Stimmrecht so verteilt sein, daß eine Million Deutsche so schwer wiegen wie eine Million Schweizer, wie eine Million Franzosen, wie eine Million Belgier usw.

Es ist gleichwohl vollkommen ausgeschlossen, die volle Konsequenz dieses zunächst so plausiblen Gedankens in der Verfassung der Interparlamentarischen Union zu ziehen, und es ist das, soviel ich sehe, auch noch von niemandem verlangt worden.

Die Forderung „Vertretung des Stimmrechts proportionell zur Bevölkerungsziffer" würde zunächst jenen Faktor ganz ignorieren, den wir im vorigen Abschnitt besprochen und in dem Anspruch auf ausschließliche Geltung zurückgewiesen haben, der aber doch nicht übersehen werden darf: das Recht der Staaten als Organisationen neben dem Recht der in den Staaten organisierten Individuen.

Die bloße Tatsache, daß eine besondere staatliche Organisation, ein souveränes Staatengebilde vorhanden ist und als solches gleichen Rechtes neben anderen größeren und kleineren ähnlichen Organisationen steht, verlangt Beachtung bei Verteilung des Stimmrechtes. Man kann sich allenfalls denken, daß einmal in einem Welt-Volkshaus, wenn diesem ein Welt-Staatenhaus zur Seite steht, dieser Faktor unbeachtet bleibt; in der Interparlamentarischen Union muß man auf ihn Rücksicht nehmen, da die Gleichberechtigung der nationalen Gruppen im Interparlamentarischen Rat, der doch im wesentlichen nur eine vorbereitende Instanz ist, kein genügendes Gegengewicht gegen das Gewicht der Bevölkerungsziffer in der Vollversammlung bieten würde.

Zwei andere prinzipielle Erwägungen treten hinzu.

Erstens: das Gewicht der Staaten wächst nicht immer proportionell der Bevölkerungsziffer. Der gar zu gewaltige Umfang eines Reiches kann ein Moment der Schwäche sein. Jedenfalls ist der Unterschied zwischen 1 Million Einwohner und 6 Millionen viel bedeutsamer, nicht nur relativ, sondern auch absolut, als der zwischen 101 und 106 Millionen. Das Plus von Stimmrecht, das man den 6 Millionen gegenüber 1 Million gewährt, kann man nicht auch den 106 gegenüber 101 Millionen zugestehen.

Zweitens: Die kulturellen Unterschiede zwischen der Bevölkerung aller zur Interparlamentarischen Union gehörenden Staaten sind viel größer als innerhalb irgendeines Bundesstaats. In den Volksvertretungen der Vereinigten Staaten, Deutschlands, der Schweiz kann trotz aller Verschiedenheiten in der Entwicklung dem Bürger von Kalifornien ohne Gefahr dasselbe Wahlrecht gegeben werden wie dem von Massachusetts, dem Ostpreußen dasselbe wie dem Oberbayern, dem Graubündener dasselbe wie dem Züricher. Aber dürfen wir wirklich für die Vertretung in der Interparlamentarischen Union die Bevölkerung der ganzen Welt als eine gleichberechtigte, annähernd homogene Einheit behandeln? Ich nenne keine Beispiele, um nicht anzustoßen. Aber jeder wird auch ohne solche Beispiele zugeben, daß enorme Unterschiede in der kulturellen und besonders staatspolitischen Entwicklung bestehen, und daß eine Verteilung der Stimmberechtigung proportionell zur Bevölkerungsziffer geradezu eine Unterdrückung der wertvollsten Kräfte durch das Gewicht der Masse, der Qualität durch die Quantität bedeuten würde.

Eindrucksvoller ist aber vielleicht der einfache Hinweis, daß eine solche Stimmverteilung, wenn wir ihre Wirkung in concreto berechnen, dazu führen würde, daß die Vertreter der kleineren Staaten, sobald die Delegationen einiger Großmächte zusammenhalten, zu vollkommener Einflußlosigkeit verurteilt wären. Ja mehr als das: wenn einmal China eine parlamentarische Verfassung erhalten haben wird, so würde die Vertretung von China in der Union fast die der sämtlichen europäischen Staaten im Schach halten.

Sollen alle Mächte eine Vertretung proportionell ihrer Bevölkerungszahl erhalten und soll dann die Interparlamentarische Konferenz nicht verhandlungsunfähig werden, so wird man wohl höchstens auf zwei, eher auf drei Millionen Einwohner eine Stimme und einen Vertreter rechnen dürfen; denn die Länder mit parlamentarischer Verfassung haben heute — die Kolonien nicht mitgerechnet — eine Gesamtbevölkerung von rund 700 Millionen,

und kommt einmal China hinzu, so sind es 1100 Millionen. Die kleineren europäischen Staaten, die für die Sache der Union so außerordentlich wichtig sind, Belgien, die Niederlande, Schweden, die Schweiz, Dänemark und Norwegen, würden dann mit ganz wenigen (2—4 resp. 1—3) Vertretern abgefunden werden müssen.[6])

Es kommt noch hinzu die technische Schwierigkeit, daß die Bevölkerungsziffer zwar in vielen Staaten durch genaue Zählung (freilich auch nicht überall nach gleichen Grundsätzen) zuverlässig ermittelt, in andern aber nur sehr ungefähr geschätzt wird, häufig mit einem irreführenden falschen Schein von Genauigkeit. Dieser Fehler in der Grundlage der Stimmenberechnung würde natürlich um so empfindlicher werden, je ausschließlicher die Bevölkerungsziffer maßgebend wäre. Es würden, nebenbei gesagt, dabei die kulturell zurückgebliebenen Staaten mit ungenauen, vielfach absichtlich zu hoch gegriffenen Zahlen begünstigt, die vorgeschrittenen mit zuverlässiger Statistik benachteiligt werden.

Man muß also nach einem Kompromiß suchen zwischen der Bewertung der einzelnen Staaten als gleichberechtigter organischer Einheiten und der Berücksichtigung der Bevölkerungsziffer etwa in der Weise, daß für jeden Staat als solchen eine gewisse Grundstimmenzahl garantiert wird, und dann für eine bestimmte Bevölkerungsziffer eine Zusatzstimme, und zwar nach einer fallenden Skala, z. B. zuerst für je fünf, dann nur noch für je zehn, weiter hinauf nur noch für je zwanzig oder gar nur dreißig Millionen. Man wird dann wohl dazu kommen, angesichts gewisser Zwergstaaten die Grundziffer auch noch abzustufen, und andererseits, um schroffe Uebergänge zu vermeiden, Mittelglieder in die Skala einzuschieben.

La Fontaine hat in Verfolgung einer ähnlichen Grundidee in seinem Bericht folgende Skala vorgelegt:

Einwohner					Stimmen
	bis zu	1	Million	. . .	1
von 1	bis	2	Millionen	. . . .	2
„ 2	„	3	„	. . . .	3
„ 3	„	4	„	. . .	4
„ 4	„	5	„	. . . .	5
„ 5	„	10	„	. . . .	6
„ 10	„	20	„	. . . .	7
„ 20	„	40	„	. . . .	8
„ 40	„	80	„	. . . .	9
„ 80	„	160	„	. . . .	10
„ 160	„	320	„	. . . .	11

Selbstverständlich haftet jeder solchen Skala, wie das in der Natur derartiger Kompromisse liegt, etwas mehr oder minder Willkürliches an. Es läßt sich ebensowenig mit Bestimmtheit behaupten, daß ein gewisser Vorschlag nun gerade das Richtige treffe, wie, daß er absolut unrichtig sei. Immerhin sind gegen die La Fontaine'sche Skala, die von ihm übrigens nicht positiv vertreten, sondern eigentlich nur zur Diskussion gestellt wird, einige Einwendungen zu machen, die außerhalb der Sphäre rein willkürlichen Ermessens liegen.

Bis zu fünf Millionen eine Stimme für jede einzelne Million und dann eine Stimme für die ganzen nächsten fünf Millionen; das ist ein sehr schroffer Uebergang von der Wertung der ersten zu jener der zweiten fünf Millionen. Dann steigt die Skala weiter, indem für je eine hinzukommende Stimme die Intervalle jedesmal verdoppelt werden, von 5 auf 10, auf 20, auf 40, auf 80, auf 160 (eventuell also weiter auf 320) Millionen. Abgesehen davon, daß der Anfang der Skala, wo das Intervall zuerst viermal gleichbleibt, dann plötzlich verfünffacht wird, dazu nicht paßt, ist dieser weitere Aufbau sozusagen von einem mathematisch einwandfreien, einheitlichen Prinzip der Progression oder vielmehr Degression beherrscht. Das ist ein formaler, gleichsam mathematisch-ästhetischer Vorzug dieser Skala. Aber wichtiger ist, ob dieses steile Abfallen auch praktisch und politisch gerechtfertigt ist.

Die Parlamentarier eines Staates mit etwas mehr als 4 Millionen Einwohnern sollen 5 Stimmen haben, die eines solchen mit 160 Millionen, also der fast 40fachen Bevölkerung, nur das Doppelte, 10 Stimmen. Während bei den kleinen Staaten 1 Million Bevölkerung je 1 Stimme gewährt, sollen in der obersten Stufe der Skala 160 Millionen Unterschied in der Volksziffer auch nur 1 Stimme ausmachen. Der Parlamentarier eines Landes von 5 Millionen Einwohnern, der zur Union abgeordnet wird, ist der Vertreter von 1 Million Menschen, der Abgeordnete eines Landes von 320 Millionen Einwohnern aber repräsentiert fast 30 Millionen. Das sind doch sehr krasse Unterschiede. Die europäischen Großmächte und die Vereinigten Staaten würden je 8 bis 10 Stimmen erhalten (nur Oesterreich-Ungarn, begünstigt durch die getrennte Berechnung für Oesterreich und Ungarn 15), während auf Mächte wie Kolumbien, Peru und Bulgarien noch 5 Stimmen entfallen. Das bedeutet meines Erachtens unzweifelhaft eine gar zu weitgehende Begünstigung der kleinen Mächte und eine Benachteiligung der großen, auf die deren Vertreter nicht eingehen können.

La Fontaine stellt eine Berechnung auf (für diesen Verteilungsmaßstab und auch für die anderen, die er bespricht), wie sich danach die Gesamtstimmenzahl der kleinen, mittleren und großen Mächte stellen würde, wobei er die erste Klasse bis zu 5, die zweite bis zu 20 Millionen Einwohnern rechnet, und er scheint Wert darauf zu legen, möglichst ein Gleichgewicht zwischen diesen drei Klassen zu

[6]) Bei 1 Vertreter auf je angefangene zwei Millionen: Belgien 4, Niederlande und Schweden 3, Schweiz, Dänemark, Norwegen 2, bei 1 Vertreter auf je angefangene 3 Millionen: Belgien 3, Niederlande, Schweden und Schweiz 2, Dänemark und Norwegen 1.

errichten. Mir scheint dieser Gesichtspunkt, wenigstens in dieser Formulierung, unwesentlich; denn abgesehen davon, daß die Ziehung der Grenzen bei 5 und 20 Millionen natürlich willkürlich ist[7]) und eine andere, ebenso berechtigte Einteilung[8]) das Verhältnis der drei Gruppen sofort verschiebt, gibt es auch in den Fragen der Interparlamentarischen Union kaum irgendwann eine Interessengemeinschaft einerseits der kleinen, andererseits der mittleren und drittens der großen Mächte. Viel eher werden Fragen auftauchen, über die die Vertreter gerade der Großmächte unter sich uneins sind. Nicht darauf kommt es bei der Stimmverteilung an, daß die Kleinstaaten zusammengenommen annähernd so viel Stimmen wie die Mittelstaaten und wie die Großstaaten haben, sondern darauf, daß sie überhaupt ein gewichtiges Wort mitsprechen können, und daß nicht ein paar der übergroßen Mächte, wenn ihre Vertreter zusammengehen, die anderen majorisieren können. Wenn Belgien 6 Stimmen hat und Frankreich 8 (wie nach der La Fontaineschen Skala), so ist das eine unnatürliche Proportion. Wichtig ist aber, daß Belgien und die anderen mittleren und kleineren Mächte mit ihrer Stimmenzahl gegenüber den Großmächten nicht zu einer quantité négligeable werden.

Mit dem Vorbehalt, den ich oben gemacht habe, daß jede solche Skala etwas Willkürliches hat, und mehr, um zu zeigen, wie man sie etwa einrichten könnte, stelle ich folgende Berechnung, die nach den oben entwickelten Grundsätzen der allmählich steigenden Intervalle aufgebaut ist, zur Diskussion:

Einwohner			Stimmen
bis zu ½	Million	. . .	1
über ½ bis 1	„	. . .	2
weiter für je 1	„	. . .	1
also über 4 bis 5	Millionen	. . .	6
dann „ 5 „ 7	„	. . .	7
„ 7 „ 10	„	. . .	8
weiter für je 5	„	. . .	1
also über 40 bis 45	„	. . .	15
dann „ 45 „ 52	„	. . .	16
„ 52 „ 60	„	. . .	17
weiter für je 10	„	. . .	1
also über 80 bis 90	„	. . .	20
dann „ 90 „ 105	„	. . .	21
„ 105 „ 120	„	. . .	22
weiter für je 20	„	. . .	1
also über 200 bis 220	„	. . .	27
dann „ 220 „ 245	„	. . .	28
„ 245 „ 270	„	. . .	29
„ 270 „ 300	„	. . .	30
weiter für je 30	„	. . .	1

[7]) Die erste Grenze geht z. B. zwischen den Niederlanden und Belgien, die zweite zwischen Ungarn und Oesterreich hindurch.

[8]) La Fontaine gibt später eine andere Einteilung von Größenklassen, mit Grenzen bei ½, 1, 15, 30 Millionen.

Steigt die Skala in dieser Weise, so werden Fehler in der Volkszählung kaum jemals mehr als eine Stimme ausmachen können.

Unter der Voraussetzung, daß die Kolonialbevölkerung nicht mitgerechnet wird, und unter Voraussetzung der inzwischen überholten Bevölkerungsziffern, die La Fontaine in seiner Tabelle zugrunde gelegt hat, würden nach dieser Tabelle entfallen auf Rußland 24 Stimmen, auf die Vereinigten Staaten 20, Deutschland 18, Japan 16, Großbritannien 15, Frankreich 14, Türkei 14, Italien 13, Oesterreich 12, Brasilien, Spanien, Ungarn je 10, Mexiko 9, Persien und Belgien je 8, Rumänien, Argentinien, die Niederlande, Portugal, Schweden je 7, Kolumbien, Peru, Bulgarien je 6, Chile, die Schweiz je 5, Serbien, Dänemark, Venezuela, Griechenland, Norwegen, Kuba je 4, Bolivien, Guatemala, Liberia, Haiti, Salvador, Ecuador, Uruguay je 3, Honduras, Paraguay, St. Domingo, Nicaragua je 2, Panama, Costa Rica, Montenegro, Luxemburg, Monaco je 1.

Auf diese praktische Anwendung der Skala bitte ich aber einstweilen kein zu großes Gewicht zu legen, da meines Erachtens die Bevölkerungsziffer zwar zu berücksichtigen ist, aber nicht den einzigen Maßstab bilden darf, wie ich in den nächsten Abschnitten näher auszuführen denke.

Eine Frage aber muß an dieser Stelle noch besprochen werden: Ist die Bevölkerungsziffer der Kolonien mitzuzählen oder nicht? Wenn ja, inwieweit? Je nach Beantwortung dieser Frage würden z. B. die Parlamentarier von Großbritannien (immer La Fontaines Ziffern zugrunde gelegt) mit knapp 45 oder mit 414½ Millionen zählen, also nach der obigen Skala entweder 15 oder 34 Stimmen erhalten.

Ich meine: Ganz objektiv betrachtet ist es richtig, nur jene Bevölkerung zu zählen, als deren Vertretung das Parlament zu gelten hat, auf deren Wahl es also beruht. Gibt ein Land in seinem Reichsparlament den Kolonien keine Vertreter, so können sie nicht mitgezählt werden. Dafür kommen dann eventuell die Parlamente der mehr oder minder autonomen Kolonien, wie in meinem ersten Artikel dargelegt, mit besonderen Vertretern in Betracht. Zu den 15 Vertretern des englischen Parlaments kämen nach der obigen Skala noch sechs für Australien, drei für Neu-Seeland, sieben für Südafrika, sieben für Kanada.

Haben aber die Kolonien gewählte Vertreter im Reichsparlament, so zählt auch ihre Bevölkerung mit. Nur ist dabei eins zu beachten, nämlich, ob das Wahlrecht in den Kolonien etwa auf einen Teil der Bevölkerung, etwa auf die herrschende Rasse, unter Ausschluß der Eingeborenen beschränkt ist.

Dann darf die Bevölkerung der betr. Kolonie natürlich nur pro rata eingestellt werden. Angenommen, in einem Staat treffen im Mutterlande 100 000 Einwohner auf einen Abgeordneten und es sind den Kolonien zehn Vertreter gewährt, so zählen diese mit 1 Million, einerlei, wie groß deren Gesamtbevölkerung ist.

Nun fragt sich aber sehr (ich habe diese Frage schon wiederholt gestreift, aber ihre Erörterung zurückgestellt): ist die Größe der Bevölkerung, wie man auch immer die Skala gestalten mag, für sich allein genommen, ein zutreffender Maßstab für die Verteilung des Stimmrechts in der Union? Es müssen dann unter allen Umständen die Parlamentarier von zwei gleich großen Staaten das gleiche Stimmrecht in der Union erhalten; es muß unter allen Umständen ein Staat mit wesentlich größerer Volkszahl auch eine größere Stimmenzahl erhalten. All die Unterschiede in der politischen und kulturellen Entwicklung, die gerade für die Erfüllung der Aufgaben der Union dazu führen müssen, zwei Staaten von gleicher Bevölkerungsziffer zu differenzieren oder zwei von verschiedener Volkszahl einander anzugleichen, bleiben notwendig ganz außer Betracht. Niemand wird es richtig finden, daß z. B. nach meiner Skala Rußland 24, Großbritannien nur 15 Stimmen erhalten soll, die englischen autonomen Kolonien aber zusammengenommen mehr als das Mutterland.

Wie kann man nun aber diese kulturellen Momente berücksichtigen, ohne in Willkür zu verfallen und ohne das Selbstgefühl der dabei benachteiligten Länder zu verletzen?

Was für objektive Kriterien sind dafür verwendbar?

Es sind zwei Vorschläge gemacht worden: der eine geht in verschiedenen Formen dahin, die Beteiligung am Welthandel als Grundlage der Stimmverteilung zu nehmen; der andere will das Stimmrecht von der äußerlich erkennbaren Entwicklung der interparlamentarischen Idee selbst abhängig machen.

Wir wollen beide Vorschläge kritisch prüfen. Schon jetzt mag gesagt werden, daß beide, insofern sie das ganze Stimmverhältnis ausschließlich auf den angedeuteten Grundlagen aufbauen wollen, nicht annehmbar sind, daß aber aus beiden der an sich berechtigte Gedanke verwertet werden kann. Das Ergebnis der bisherigen Untersuchung wird damit nicht aufgehoben, nur modifiziert werden.

Die bisherigen Staatsbeschlüsse über Rüstungsbeschränkungen.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Der außerordentlich großen Zahl von allgemeinen und besonderen Schiedsverträgen, die die Staaten im Laufe des letzten Jahrhunderts geschlossen haben, stehen nur verschwindend geringe Staatsbeschlüsse über Rüstungsbeschränkungen gegenüber. Die Haager Friedenskonferenzen, die einen Weltvertrag über diese Frage erstrebten, haben ein positives Resultat nicht gehabt. Mir sind nur drei Fälle bekannt, in denen Staaten einseitig oder durch einen Staatsvertrag die Verminderung der Rüstungen erfolgreich anstrebten, nämlich einmal die einseitige Abrüstung Brasiliens vor der ersten Haager Friedenskonferenz, ferner die Staatsverträge zwischen Argentinien und Chile vom 28. Mai 1902 und 9. Januar 1903 über teilweise Abrüstung, und schließlich die Vereinbarung zwischen Großbritannien und Deutschland von 1911 über gegenseitigen Nachrichtenaustausch betreffend die Flottenvermehrungen.

Es ist nicht viel, was man aus der Betrachtung dieser Fälle entnehmen kann; aber bei der Wichtigkeit der Frage wird man auch diesen wenigen Versuchen, eine Rüstungsbeschränkung zu erzielen, sein vollstes Interesse zuwenden müssen.

Was Brasilien betrifft, so teilte es 1899, bei der Ablehnung der Einladung zur ersten Haager Friedenskonferenz, den anderen Staaten mit, es sei der Konferenz vorausgeeilt, indem es seine Kriegsschiffe verkauft, sein Heer herabgesetzt und außerdem in der Verfassung die Anrufung der Schiedssprechung zur Pflicht gemacht habe. Es mag nun sein, daß Brasilien diese Abrüstung zur See eine Zeitlang durchgeführt hat; länger aber wie einige Monate hat sie keinesfalls gedauert, so daß dieser Fall praktisch ganz bedeutungslos ist.

Einer eingehenderen Betrachtung ist aber der Staatsvertrag zwischen Chile und Argentinien wert. Es wird ein hohes Verdienst dieser beiden Republiken bleiben, daß sie zuerst den anderen Staaten ein Beispiel gegeben haben. In dem Vertrage vereinbarten sie im wesentlichen: Abrüstung eines Teiles der Flotten beider Länder, Verkauf der Panzerschiffe, die zurzeit für Rechnung der beiden Regierungen in Bau waren, sowie Verzicht auf den Erwerb neuer Kriegsschiffe für fünf Jahre. Bemerkenswert ist, daß dieser Vertrag von beiden Seiten treu gehalten wurde. 1902 hatte Argentinien 48 Kriegsfahrzeuge mit einem Tonnengehalt von 87 731 Reg. Fünf Jahre hindurch und über den Ablauf des Vertrages hinaus ist die Zahl die gleiche geblieben, während kurz vor dem Abschlusse des Vertrages 61 Kriegsschiffe mit 95 466 Re-

gistertonnen vorhanden gewesen waren. Das gleiche ist bei Chile der Fall. 1902 zählte dieses Land 31 Fahrzeuge mit 41 770 Registertonnen. Mit ganz unbedeutenden Schwankungen ist diese Zahl in den fünf Jahren des Vertrages gleich geblieben. 1908 hatte Chile 32 Fahrzeuge mit 42 555 Registertonnengehalt. Vor dem Vertragsschlusse zählte man hier 39 Kriegsfahrzeuge mit 46 411 Registertonnengehalt. Als die zweite Haager Friedenskonferenz in der historisch so interessanten Sitzung vom 17. August 1907 die Abrüstungsfrage erörterte, verlas der Präsident, der russische Botschafter Nélidow, ein Schreiben der Delegierten Argentiniens und Chiles, in dem diese der Konferenz von jenen Vereinbarungen Mitteilung machten und besonders hervorhoben, daß beide Staaten ihren Verpflichtungen durchaus nachgekommen wären. Chile und Argentinien wurden darauf die Glückwünsche und der Dank der Konferenz zum Ausdruck gebracht. Ich meine, daß die bisherigen, wenn auch geringen Erfahrungen keineswegs dafür sprechen, daß durch Rüstungsstillstandsverträge ein Geist des Mißtrauens zwischen die beiden Vertragsstaaten tritt.

Interessant ist aber auch die Feststellung, daß gleichzeitig mit dem Rüstungsstillstand in Argentinien und Chile eine auffallende Rüstungsverminderung in anderen südamerikanischen Staaten festzustellen ist, so z. B. bei dem größten südamerikanischen Staate, Brasilien. Vor dem Vertrage zwischen Brasilien und Chile zählte Brasilien 49 Kriegsfahrzeuge mit 46 897 Registertonnengehalt. Bereits 1903 sinkt die Zahl der brasilianischen Schiffe auf 24 mit 39 122 Registertonnengehalt. In den darauffolgenden Jahren sinkt sie weiter auf 21 Kriegsschiffe mit 34 442 Registertonnengehalt. Erst 1907 ist eine unbedeutende Steigerung auf 30 Kriegsschiffe mit 37 890 Registertonnengehalt festzustellen. Scheint es nicht so, als habe auf diese Rüstungsverminderung der erwähnte Vertrag zwischen Argentinien und Chile großen Einfluß ausgeübt und spricht nicht diese Tatsache dafür, daß es durch die historischen Ereignisse unbegründet ist, wenn man behauptet, ein oder mehrere Staaten können nicht von sich aus abrüsten, weil sonst die anderen über sie herfallen? Scheint es nicht so, als könnten sogar mittlere Staaten von gewissem Einflusse auf die Gesamtrüstungen eines Kontinents sein?

Ob der Vertrag zwischen Argentinien und Chile erneuert worden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Es scheint, als sei dies nicht der Fall. Brasilien hat neuerdings den Tonnengehalt seiner Kriegsschiffe mehr als verdoppelt. Dadurch ist Argentinien veranlaßt worden, seine Flotte zu erneuern, und die Volksvertretung hat bereits 55 Mill. Doll. zu diesem Zwecke bewilligt. Man sieht, daß die Entschlüsse einzelner Staaten, ob sie nun in der Richtung der Vergrößerung oder Verringerung der Flotten gefaßt sind, immer ihren Einfluß auf die anderen Länder ausüben, so daß eine allgemeine Rüstungsbeschränkung sicherlich eine größere Gewähr für dauernden Erfolg bietet.

Der wichtigste Vertrag über Rüstungsbeschränkungen ist aber der zwischen Deutschland und England. Seine Wirkungen müssen sich noch zeigen. Für die Zukunft der Bewegung für eine Verminderung der Rüstungen ist es von ungeheurer Bedeutung, daß das bisher so widerstrebende Deutschland prinzipiell anerkannt hat, die Frage ließe sich doch nicht lediglich vom Gesichtspunkte nationaler Beschränktheit aus beantworten, man müsse seinen Blick hinaus in die Welt auf die Linie der Fortentwicklung der Völker richten und daher wenigstens etwas nachgeben. Wollte Deutschland das künftig in allen völkerrechtlichen Fragen tun, dann dürfte es sicherlich besser fahren.

Der XIX. Friedenskongreß in Rom

vom 25. September bis 2. Oktober 1911.

Programm.

Montag, 25. September:

In einem der Universitätssäle Zusammenkunft der Präsidenten und Mitglieder der Kommissionen zur Ernennung des Kongreßpräsidenten und der Vizepräsidenten, die den Sitzungen beiwohnen werden und ihrer Schriftführer, sowie zur Wahl des fremden Delegierten, der im Namen aller ausländischen Delegationen auf die offiziellen italienischen Reden der Eröffnung auf dem Kapitol antworten wird. In dieser Versammlung werden die Stunden und die Reihenfolge der Sitzung bestimmt werden.

Abends: Zwanglose Zusammenkunft in der Aula der Universität, wo alle Mitglieder des Kongresses vom Rektor der Universität, Professor Tonelli, empfangen und begrüßt werden.

Dienstag, 26. September:

Vormittags: Feierliche Eröffnung auf dem Kapitol. Vorhergehend die Begrüßung durch den Bürgermeister von Rom und den Präsidenten des Komitees. Offizielle Rede Seiner Exzellenz Marquis San Giuliano, Minister des Auswärtigen Amtes.

Nachmittags: Im Universitätsgebäude Einweihung der historischen Friedens-Ausstellung.

Abends: Empfang des Stadtrats auf dem Kapitol.

Am 27., 28., 29., 30. September: zwei Hauptversammlungen täglich, von 9—12 und 2—5 Uhr. Von 8—9 Uhr früh täglich Zusammenkunft der Kommissionen, um im Verein mit den Präsidenten die Tagesordnung der Sitzungen festzustellen.

Mittwoch, 27. September:
Abends (oder an einem anderen zu bestimmenden Abend): Empfang im Ministerium des Aeußeren, Palais der Consulta.
Donnerstag, 28. September:
Nachmittags: Von 5—7 Uhr Empfang beim Minister des Unterrichts im Palatin.
Freitag, 29. September:
Abends: Vorträge mit Lichtbildern.
Samstag, 30. September:
Gala-Vorstellung im Theater zu Ehren der Kongressisten.
Sonntag, 1. Oktober:
Ausflug nach Tivoli.
Montag, 2. Oktober:
Früh: Letzte Verhandlungssitzung.
Nachmittags: Schlußsitzung und Bestimmung des Ortes des XX. Kongresses.
Abends: Bankett, den Kongressisten offeriert vom Minister-Präsidium.

* * *

Es wird den Kongreßteilnehmern geraten, ihre Ankunft entweder um einige Tage zu beschleunigen, oder ihren Aufenthalt zu verlängern, um mit Muße die Galerien und Museen zu besichtigen, die ihnen mit Erlaubnis des Unterrichtsministers gratis offen stehen.

Ehrenpräsident des Kongresses ist Seine Exzellenz Luigi Luzatti, gew. Ministerpräsident. Dem italienischen Ehrenkomitee gehören sämtliche Minister, die Präsidenten des Senats und der Kammer, der Bürgermeister der Stadt Rom, der Rektor der Universität, zahlreiche Deputierte und Teodoro Moneta an.

Die Liste des ausländischen Ehrenkomitees umfaßt die Mitglieder des Berner Bureaus, und sonst aus allen Ländern dieselben Namen, die dem Ehrenkomitee des Stockholmer Kongresses angehört haben. Es sind auch Namen darunter aus den südamerikanischen Staaten, aus der Türkei, aus Aegypten, aus China — merkwürdigerweise kein einziger aus Deutschland. Ein neuer Name aus Oesterreich ist: Sr. k. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Salvator.

An der Spitze des Organisationskomitees steht Universitätsprofessor Angelo Conte di Gubernatis. Seiner hingebenden Tätigkeit ist das ganze Zustandekommen des Kongresses und seiner Veranstaltungen zu danken. Er ist auch der Schöpfer der

Historischen Friedensausstellung,

die in vier Sälen der Universätit dem Publikum offenstehen wird. Der Katalog umfaßt: 1. Mythischer Friede. 2. Biblischer Friede. 3. Cristlicher Friede. 4. Der Orient und der Friede. 5. Griechenland — 6. Rom — 7. Italien — 8. Europa — 9. Amerika — 10. Australien und der Frieden. 11. Die hervorragendsten Friedens- und Schiedsgerichtsverträge; Haager Konferenz; Friedens-Kongresse, -Vereine, -Museen, -Schulen. 12. Rotes Kreuz und humanitäre internationale Institutionen. 13. Kunstwerke, Porträts und Biographien von Pazifisten, Aussprüche, Autogramme.

Die historische Friedensausstellung ist bestimmt, in der Folge eine permanente internationale Museum-Schule des Friedens zu werden.

Eine Preiskonkurrenz ist für die Ausstellung ausgeschrieben. Die italienischen Künstler werden aufgefordert, Skizzen für Malerei und Skulptur (über Friedensthemen) in der ersten Hälfte des September einzusenden. Die Jury wird ihr Verdikt am 1. Oktober fällen, und vier Preise (zwei für Malerei, zwei für Skulptur) zu je 500 Frcs. kommen zur Verteilung.

Sämtliche für die geschichtliche Ausstellung bestimmte Gegenstände und Dokumente müssen zwischen 1.—15. September in die Universität an den Grafen Gubernatis adressiert werden. Die Aussteller werden gebeten, in ihrem Begleitschreiben die Gegenstände anzugeben, deren Rückstellung sie wünschen.

Die Kongreßsitzungen werden im selben Stockwerk der Aula abgehalten, wo die Ausstellung sich befindet.

Das Sekretariat ist im Erdgeschoß eingerichtet mit einem Post- und Telegraphenamt.

Alle Kongressisten, die sich zum XIX. Kongreß nach Rom begeben und vom Organisationskomitee (gegen eine Kotisation von 12 Frcs. für das Ausland, 10 Frcs. für Italien) die Mitgliedskarte erhalten haben, werden avisiert, daß sie in jedem Reise- oder Eisenbahnbureau eine besondere Karte (tessera) kaufen können (Preis 10 Frcs.), die vom Generalkomitee der Kongresse und Ausstellungen des Jahres 1911 ausgegeben werden und zu einer beträchtlichen Ermäßigung der Fahrpreise auf sämtlichen italienischen Bahnen (für acht Reisen in verschiedenen Richtungen) und noch zu anderen Vorteilen berechtigen.

Alle Anmeldungen, Auskunftsforderungen sind zu richten an Graf Gubernatis, Via Lucrezio Caro 67.

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Schloß Stockern, 7. Juli 1911.

Es ist viel geschehen in den letzten vier Wochen: Königskrönung in London. Neuwahlen mit Besiegung der christlich-sozialen Führer in Oesterreich. Ratschläge der Mächte an die Türkei, den Albanesen Konzessionen zu machen. Geburt eines Elefantenbaby, genannt Mädi, in Schönbrunn. Monarchistische Umtriebe in Portugal. Nachricht von der bevorstehenden Unterzeichnung des anglo-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrags. Triumph der wiener Operette in Paris. Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Marokko. Erfindung der Manö-

vrierung unbemannter Boote mittels elektrischer Wellen. Internationaler Seemannsstreik. Mobilisierung Montenegros. Entsendung eines Delegierten der deutschen Staatskirchen zur Friedenskonferenz am Lake Mohonk. Stapellauf des ersten österreichischen Dreadnought. Sturz des französischen Ministeriums.

Es sollte ein Messungs- und Wägungsapparat erfunden werden, mittels dessen die Wichtigkeit und Tragweite der Ereignisse und Erscheinungen festgestellt würde, mit welchen die Oeffentlichkeit beschäftigt wird. Denn der Lärm und das Interesse, die sich an diese Dinge knüpfen, sind in gar keinem proportionalen Verhältnis zu deren wirklicher Bedeutung. Ich habe das Elefantenbaby erwähnt, weil sich nachweisen ließ, daß diesem glücklichen Familienereignis, in unsern Blättern wenigstens, fünfzigmal mehr Raum gewidmet war (von der Schiffstaufe in Triest gar nicht zu reden) als über die Nachricht, daß die anglo-amerikanischen Verhandlungen über den uneingeschränkten Schiedsvertrag dem befriedigenden Abschluß nahestehen. Davon stand ein fünf- oder sechszeiliges Telegramm in den Zeitungen, das beinah niemand bemerkt hat. Dagegen die Entsendung des Panther nach Agadir! Da hieß es gleich: „Wiederaufflammen der marokkanischen Gefahr!“ Es besteht in der Presse und in politisierenden Kreisen noch immer die Auffassung, daß nur d a s bedeutend und kommentarwürdig ist, woraus sich eventuell ein Krieg entwickeln könnte; das hingegen, woraus die kommende Aera des organisierten Rechtsfriedens herauswächst, das wird in der Publizistik — namentlich Mitteleuropas — kaum beachtet.

☞

Die chauvinistischen Kreise leben noch allenthalben in dem Wahn, daß, wenn es irgendwo eine Schiffsdemonstration oder einen Grenzzwischenfall oder einen Aufruhr gibt, dann sogleich aus solchen Funken der Weltbrand entstehen wird. Auf diese Voraussetzung waren auch die verschiedenen in den letzten Jahren erschienenen Zukunftskriegsromane aufgebaut: ein Attentat im Balkan, ein Zusammenstoß an fremder Küste — hierauf allgemeine Erregung, kochende Volksleidenschaft, gegenseitige Beleidigungen: und es geht los. In letzter Zeit aber — trotz aller Zwischenfälle und Wirren will's nicht losgehen. Es liegt nämlich etwas ganz Neues in der Luft: der Friedenswille der Völker, die Vermeidung des Kriegsrisikos seitens der Regierungen, die schon sichtbar gewordene, oft schon in Aktion getretene Friedensbewegung und das in allen großen Fragen jetzt immer häufiger, immer bestimmter hervortretende Zusammenarbeiten der Mächte.

Und ein Zusammenarbeiten, das dahin zielt, die Kriegsgefahren zu dämpfen — nicht zu schüren. Das zeigt sich auch wieder in der Marokko-Affäre. Am ersten Tag freilich, als die Agence Havas-Depesche die Entsendung des „Panther“ meldete, da waren die Kriegswitterer wieder mit Alarmrufen bei der Hand. Blätter namentlich, in deren Bezirk die Kanonenfabriken blühen, tun sich hervor. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung z. B. begrüßt die Ausfahrt des deutschen Kriegsschiffes als „befreiende Tat“, richtet heftige Angriffe gegen Frankreich und ruft die Erinnerung an 1870 wach, indem sie schreibt. „Wenn die Franzosen sich unterfangen, in Marokko „Ordnung zu stiften“, können wir das gleiche tun. (Die Gänsefüßchen deuten an, daß, wenn man „Ordnung stiften“ sagt, man „erobern“ meint.) Vor Agadir liegt nun ein deutsches Kriegsschiff. Die Verständigung mit uns steht ihnen noch frei. Wollen sie nicht, dann mag der „Panther“ die Wirkung der Emser Depesche haben. „Das deutsche Volk wird zeigen, daß es seine Ehre zu wahren weiß.“ In diesem grimmigen Ton pflegen die Nationalisten das Wort Ehre zu gebrauchen — hoffend, daß die andern ebenfalls das gleiche Wort zischen werden. — Es ist aber nicht so gekommen. Außer in ein paar unansehnlichen chauvinistischen Organen ward überall die Ruhe gewahrt und Verständigung aller, auch der direkt unbeteiligten Mächte wird wieder angebahnt. Die Zeit ist vorüber, wo es bei Streitigkeiten der Völker überhaupt keinen andern Ausweg gab als dreinschlagen, und wo es, wenn zwei sich stritten, dem anderen überhaupt versagt war, versöhnend, beruhigend, kriegverhindernd einzugreifen. Jede Einmischung war schon an und für sich ein neuer casus belli. Das ist alles gründlich anders geworden.

☞

Der König von Montenegro mobilisiert. Zwar nur, wie er behauptet, mit „den friedlichsten Absichten“, aber in jene Gegenden Europas ist der pazifistische Geist noch gar nicht eingedrungen. Jene Bevölkerungen s i n d kriegerisch — bei ihnen sind „Soldat“ und „Held“ gleichwertige Ausdrücke, und das Waffentragen ist ihre stolzeste Freude. Auch in der Türkei ist die Kriegspartei sehr stark. Und die Greuel und Grausamkeiten, die in der Niederwerfung des Albanesenaufstandes verübt worden sind, die an die einstige Armenierverfolgung erinnert, die geben Zeugnis von dem wilden Kriegsgeist, der in jenen Ländern noch lebt. Wenn da ein Krieg aufflammen sollte, es wäre nicht zu verwundern. Beruhigend klingt aber die Nachricht, daß Rußland, Oesterreich und Italien in dieser Angelegenheit miteinander im Einvernehmen handeln wollen. Sollte es ihnen auch nicht gelingen, die Balkanbewohner am Raufen zu hindern, wenigstens werde sie nicht selber für die einen und die andern gegeneinander Partei nehmen.

☞

Da las ich neulich folgenden Satz: „Ueberall herrscht die Ueberzeugung, daß eine sehr vorsichtige Behandlung der Marokkofrage nötig ist. Sie berührt die Nervenstränge des Weltfriedens.“ Ist man es denn noch nicht nach-

gerade satt, daß der Weltfriede — statt eine fundierte Institution zu sein — so offenliegende Nervenstränge hat, auf denen die Diplomaten und Pressevirtuosen mehr oder minder geschickt Violine spielen?

Zum Glück schlägt jetzt in allen zivilisierten Ländern die politische Stimmgabel schon laut das Friedens-a an; aber das ist ein zu unsicherer — das ist kein haltbarer Zustand mehr.

☞

In London fand am 27. Juni eine Protestversammlung gegen die Londoner Seerechtsdeklaration statt. Der Führer der Konservativen, Balfour, führte aus: Die Deklaration sei nicht eine Verbesserung des internationalen Brauches, sondern ein Schritt zurück. Sie vermindere Englands Kraft im Gegenangriffe mit Hilfe der Blockade, während sie es dem Feinde (wo und wer ist denn dieser ewige fiktive „Feind"?) erleichtere, England auszuhungern. Die Gefahr für England sei jetzt, zu verhungern, nicht die Invasion. Sollte man glauben, daß das die Sprache hochzivilisierter Leute ist, die eben in einer großen Festveranstaltung mit all den Nachbarn fraternisiert haben, unter welchen sich die Invasions- und Aushungerungsplanenden befinden? Nun ja, eine solche Deklaration wie die Londoner, die die Kriegseventualitäten stehen läßt und regelt, ist auch keine echte Friedensarbeit und läßt von ihrem eigenen Standpunkte aus allerlei strategische Zweifel und Proteste zu Recht bestehen; dem anglo-amerikanischen Schiedsvertrag gegenüber, der den Krieg ausschalten soll, hat sich Balfour ganz rückhaltlos zustimmend ausgesprochen und würde es sicherlich auch einem anglodeutschen gegenüber tun. Vorausgesetzt natürlich, daß das vom deutschen Kanzler ausgesprochene Axiom, daß Verträge wie Zunder brennen, außer Kurs gesetzt würde.

☞

Die Aviatik wird, ohne daß sich die Oeffentlichkeit viel darum kümmert, immer mehr und mehr dem Heeresdienste einverleibt. Von allen Ländern her hört man von Bestellungen von Flugmaschinen für die Armee — auch Kreditforderungen für diesen Zweck werden schon angekündigt; freilich in noch so geringer Höhe, daß die dem schweren Millionenbudget gegenüber abgehärteten Steuerzahler dabei noch kein Gruseln packt. Hören wir, wie Prinz Ludwig Windischgrätz, Mitglied des ungarischen Magnatenhauses, in einem „Aviatik und die Armee" betitelten Artikel (Die Zeit, 25. Juni) über diese Dinge spricht. Der Artikel gilt dem Flug Wien—Budapest, auf den die „Zeit" einen Preis ausgesetzt hatte. Darin heißt es u. a.: Die in Oesterreich gebauten Maschinen haben sich glänzend bewährt. Sie können mit den Luftfahrzeugen der übrigen Kulturländer getrost in Konkurrenz treten. Der Fernflug Wien—Budapest war ein großer Erfolg für die heimische Industrie, aber auch, und darauf lege ich das Hauptgewicht, für die österreichisch-ungarische Armee. — — Es wäre hoch an der Zeit, wenn auch die Regierung, besonders die österreichisch-ungarische Kriegsverwaltung, ähnlich wie die deutsche und besonders die französische, Opfer für die Luftschiffahrt brächte. Was bisher geschah, ist wahrlich eines Großstaates kaum würdig. Wenn Oesterreich-Ungarn Geld für Dreadnoughts hat, muß es auch Geld für Luftschiffe und Flugmaschinen haben. Gewiß, der gegenwärtige Stand der Aviatik läßt noch keine großen, keine sensationellen Umgestaltungen in der Kriegführung erwarten. Die Luftschiffe und die Aeroplane werden wohl noch manche Aenderung erfahren, ehe sie auf dem Schlachtfeld einen entscheidenden Faktor abgeben. (Der entscheidendste Faktor auf diesem lieblichen Felde ist und bleibt der Zufall, geehrter Prinz.) Doch auch derzeit sind die Aviatiker schon im Krieg von Nutzen. („Derzeit" gibt's ja überhaupt keinen Krieg, an dem Lufttruppen beteiligt sind.) Sie können rekognoszieren und beobachten. (Oh, sie werden noch viel mehr können, z. B. Sprengstoffe auf Pulvermagazine fallen lassen. — Aber sehen denn die Lobredner neuer Waffen niemals ein, daß das sogenannte Nützliche im selben Grad schädlich ist, da es ja von beiden Gegnern gleichzeitig angewandt wird? Man schadet sich gegenseitig mehr — das ist der ganze Nutzen.) Die Pointe des Artikels ist die nochmalige Betonung, daß die militärische Großmachtstellung der Monarchie durch die Eroberung der Luft gestärkt werden könne, und daß jeder Armeefreund und jeder Patriot wünschen muß, daß der glückliche Ueberlandflug kein Ende, sondern nur einen Anfang bedeute. — Nun, es gibt schon mehr Leute — nicht so sehr Armee- als Menschenfreunde, die sich von der Eroberung der Luft einen gewaltigen Einfluß auf die Höherentwicklung der Kultur im allgemeinen und auf die Kriegführung im besonderen — nämlich auf das Nichtmehrführen von Kriegen — versprechen.

☞

Uebrigens mehr noch als die Eroberung der Luft dürfte die Erfindung des Physiklehrers Wirth (Manövrierung unbemannter Boote und Aeroplane durch elektrische Fernwirkung) eine Umwälzung auf dem Gebiete des „Nicht-mehr-Krieg-führen-Könnens" hervorbringen. Daneben wächst aber auch das Nicht-mehr-Krieg-führen-Wollen in immer weiteren Kreisen an. Da ist nun plötzlich in der diplomatischen Sprache ein neues Wort aufgetaucht: „Europäische Konversation". Unter dieser Spitzmarke meldet die „N. fr. Presse" unterm 5. Juli aus Paris: Wie der Temps erfahren haben will, hatte die deutsche Regierung den Wunsch nach einer Konversation mit Frankreich ausgesprochen und diesem Wunsche noch den andern hinzugefügt, daß auch Spanien an diesen Besprechungen teilnehme. Darauf hätte auch England das Verlangen kundgegeben, den Verhandlungen zu folgen, die also zu vieren stattfinden würden; vielleicht sogar zu fünfen,

meint der „Temps", wenn Rußland sich anschließt. Auch die Agence Havas meldet unter gleichem Datum: Was den Wunsch Deutschlands betrifft, Unterhandlungen zu pflegen, so habe sich Frankreich diesem Wunsche seit langem günstig gezeigt. Obwohl die deutsche Initiative die Lage geändert habe, sei Frankreich stets geneigt, eventuelle Vorschläge Berlins anzuhören, und sei bereit zur Konversation.

☞

Die englische Regierung hat sich bis zur Stunde über die Frage nicht bestimmt geäußert. Asquith sagte nur, das deutsche Vorgehen habe die Situation geändert. Das ist ja richtig. Es handelt sich nun darum, eine neue Situation zu schaffen, welche den Mißstimmungs- und Reibungsgefahren ein Ende macht.

☞

Mr. Charles Crane, der Chef der Crane Manufacturing Company in Chicago, hat für notleidende Malissoren den Betrag von 500 000 Kronen gespendet. In den letzten Tagen hat sich Mr. Crane in Wien aufgehalten. Ich habe ihn da kennen gelernt. Er kam eben aus Eberhard, wo er der Gast des Grafen Albert Apponyi gewesen. Ende des vorigen Monats hat er Albanien bereist und war in Fühlung mit Albanesenführern getreten. Er erzählte von den dortigen Verwüstungen: einfach schrecklich. Grausamkeiten ohne Namen.

Pazifistische Chronik.

Diese Rubrik fällt diesmal aus und wird im nächsten Hefte nachgeholt.

Aus der Zeit.

Der Papst und der geplante amerikanisch-englische Schiedsgerichtsvertrag.

Das Nachfolgende ist ein hochwichtiges Dokument, an welchem unser Kollege Van der Pol, der sich um die Gründung einer katholischen Friedensliga seit einer Reihe von Jahren so hartnäckig und erfolgreich bemüht, seine Freude haben wird. Eine Freude, die übrigens von allen Pazifisten, ob sie päpstlich gesinnt seien oder nicht, geteilt werden kann.

Pius X. hat vor kurzem an den Apostolischen Delegaten der Vereinigten Staaten (Msgr. Falconio) folgendes Schreiben gerichtet:

„Mit Freuden haben wir von dir vernommen, daß man auf Antrieb sehr einflußreicher Persönlichkeiten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika darauf hinarbeitet, den Völkern die Wohltat des Friedens zu sichern. Und wahrlich, es ist eine hochedle Aufgabe, die Eintracht der Seelen zu fördern, den kriegerischen Neigungen Zügel anzulegen, die Gefahren des Krieges fernzuhalten und selbst das Bestehen des sogenannten bewaffneten Friedens als überflüssig erscheinen zu lassen. Alles, was zur Erreichung dieses Zieles geschieht, wenn auch nicht zunächst und vollständig der erwünschte Zweck dabei erreicht wird, zeugt von edler Gesinnung, ist der Allgemeinheit von Nutzen, und gereicht dem, der sich damit beschäftigt, zum Lobe. Und dies um so mehr in dieser Zeit, in der die Größe der Heere, die Gewalt der kriegerischen Rüstzeuge und die so vorgeschrittene militärische Wissenschaft, Kriegsmöglichkeiten voraussehen lassen, die lebhafte Besorgnis, selbst den mächtigsten Fürsten, einflößen dürften. Deswegen freuen wir uns von ganzer Seele über eine Initiative, die, wenn sie auch von allen als vorzüglich gepriesen wird, mehr als von jedem anderen von uns gebilligt werden muß, die wir zum obersten Pontifikat der Kirche erhoben, an Stelle dessen stehen, der Fürst und Herr des Friedens ist. Gerne verleihen wir unsere Zustimmung und Unterstützung unserer Autorität denjenigen, die mit weisem Rat dieses Werk fördern. Es besteht kein Zweifel für uns, daß die gleichen würdigen Personen, die soviel Geisteskraft und hohe Weisheit besitzen, dem so schwer heimgesuchten Jahrhundert den Frieden zu sichern, auch dem Volke den Hauptweg nicht verschließen werden: die heilige und allgemeine Beobachtung der Gesetze der Gerechtigkeit und Nächstenliebe. In Anbetracht, daß die Grundlage des Friedens in der Anerkennung der Ordnung besteht, würde derjenige vergeblich ihn erstreben, der nicht mit allen Kräften darauf hinarbeitete, daß überall jene Tugenden, die Anfang und höchster Urgrund des Gesetzes sind, in Ehren gehalten werden. Und auch in Erinnerung an die Beispiele so vieler unserer hohen Vorgänger, die, wenn die Zeiten es zuließen, auch in dieser Hinsicht sich um die Menschheit und um die Befestigung der Reiche so verdienstlich machten, bitten und flehen wir zu Gott, der die Herzen der Menschen kennt und sie wenden kann nach seinem Willen, daß er seinen Beistand denen verleihen möge, die dazu beitragen, den Völkern den Frieden zu erhalten, und daß er in seiner Güte den Frieden allen denen verleihen möge, die ihn so sehnlichst erstreben, damit selbige, nach Ausschaltung aller Verlockungen zu Krieg und Zwist, endlich einmal in der Schönheit des Friedens ausruhen können."

☞

Politische Propaganda österreichischer Frauen. :: ::

Während der jüngsten Wahlkampagne hat der Allgemeine österreichische Frauenverein ein Flugblatt verbreiten lassen, in dem er seine Forderungen an das Parlament zusammenfaßt: Verstaatlichung der Volksschule. Gewährung des politischen Vereinsrechtes usw. U. a. auch: Bekämpfung der Rüstungsforderungen.

☞

Latet anguis in herba. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Diejenigen Parteien, denen der bloße Gedanke an Aufhebung der herrschenden Kriegs-

gefahren und Kriegsrüstungen ein Greuel ist, und die hinter jedem edlen Worte böse Absichten, unter jeder blühenden Grasfläche eine lauernde Schlange erblicken, sind wieder am Werke, den englisch-amerikanischen Schiedsvertrag zu hintertreiben. Das Motiv des Projektes sei die Gegnerschaft wider Deutschland. Von dieser Voraussetzung geht der Protest der verbündeten deutsch-amerikanischen und irisch-amerikanischen Vereine aus. Dieselben haben an den Bundessenat eine Eingabe gerichtet, in welcher um Ablehnung des Vertrages gebeten wird. Hier einige Proben aus dem sehr langen Schriftstück zur Kennzeichnung seines Geistes: „Wir sind gewiß, daß eine sorgfältige Prüfung der internationalen Situation den Senat überzeugen wird, daß der geplante Vertrag, statt den Weltfrieden zu fördern, eine direkte Ermunterung zum Krieg darstellt, und daß ihn England wünscht, um in den Stand gesetzt zu werden, mit größerem Vorteil sich an einem Krieg zu beteiligen." — „Als voraussichtliche Teilnehmer am Vertrag werden Frankreich und Japan genannt; von Deutschland wird in den öffentlichen Diskussionen wenig Erwähnung getan. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß die deutsche Regierung nicht zugeben wird, daß Fragen, die die nationale Ehre oder territoriale Ansprüche betreffen, einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Die sogenannte „Friedensliga" würde sich also einer Kombination gegen Deutschland anschließen — anfänglich freilich nicht, um direkt einen Krieg herbeizuführen, wohl aber, um in der Rüstungsfrage einen Druck auszuüben, der schnell sich zu einem casus belli auswachsen müßte. Daß England den Vertrag als Mittel zu seiner nationalen Verteidigung wünscht, ist eine allgemein zugestandene (?) Tatsache. — Das ganze Gerede von der Etablierung des Weltfriedens durch solche Verträge ist nichts als eine Maske, hinter der sich das Bestreben verbirgt, England in der Erhaltung eines durch Kriege zusammengebrachten Reiches zu unterstützen, das von der Unzufriedenheit seiner eigenen Bevölkerung in seinem Bestande gefährdet ist. Alles geht gegen Deutschland, zu dessen Vernichtung England auch schon einmal Frankreichs Mithilfe erbeten habe — die aber durch Delcassés Entfernung gescheitert ist. Nunmehr macht sich England zu demselben Zweck an die Vereinigten Staaten heran. Um diese zu ködern, wird ein Schiedsgerichtsvertrag vorgeschlagen; in Wirklichkeit handelt es sich aber darum, die Hilfe der Amerikaner für Englands heißesten Wunsch: die Zerstörung der deutschen Flotte, zu erwerben."

Die deutsche Presse hat diese Kundgebung vielfach reproduziert und kommentiert. Es ist daher als ein nützliches Gegengift zu betrachten, daß eine Anzahl hervorragender Deutsch-Amerikaner den Aufruf erlassen haben, der diesem Hefte beiliegt.

☞

Ein Delegierter des preußischen Kultusministeriums bei der Lake-Mohonk-Konferenz.

Auf dem norddeutschen Lloyddampfer „Kronprinzessin Cecilie" ist am 24. Mai der offizielle Delegierte des preußischen Kultusministeriums, Pastor Siegmund Friedrich Schultze von der Friedenskirche in Potsdam, in New York angekommen, um sich zur Konferenz nach Lake Mohonk zu begeben, wo er bei den Verhandlungen auch die Geistlichkeit der preußischen Staatskirche vertreten wird.

Die New Yorker Staatszeitung, die den Pastor interviewen ließ, schreibt unterm 25. Mai:

Pastor Siegmund Schultze erklärt, daß sich der deutsche Kaiser sehr für die Verhandlungen interessiere und er demselben nach seiner Rückkehr persönlich Bericht erstatten werde. Die deutsche Geistlichkeit sei von den verschiedenen Kultusministerien angewiesen worden, sich mit der englischen und amerikanischen Kirche darüber ins Einvernehmen zu setzen, in welcher Weise sich die Kirche am besten zur Herbeiführung des allgemeinen Weltfriedens betätigen könnte, verhalte sich aber vorläufig noch abwartend zu dieser Frage. Es sei jedoch geplant, vielleicht schon im nächsten Jahr eine größere Abordnung von deutschen Geistlichen aller Bekenntnisse zu einer Konferenz mit der amerikanischen Geistlichkeit über die besten Wege zur Erreichung des allgemein angestrebten Zieles hierher zu entsenden. Hauptsächlich von dem Eindruck, den er von den diesjährigen Friedensverhandlungen am Lake Mohonk erhalte und von dem seinem Vorgesetzten darüber zu erstattenden Bericht wird es abhängen, ob der Besuch deutscher Geistlicher in Amerika zur Tatsache werde oder nicht.

☞

Vom internationalen Textilarbeiterkongreß. :: :: :: ::

Amsterdam, 17. Juni. Der hier tagende Textilarbeiterkongreß nahm unter enthusiastischem Beifall eine von englischer Seite eingebrachte Resolution an, in der es heißt: „In der Erwägung, daß die Interessen der Arbeiter aller Länder die gleichen sind, und daß Kriege in keinem Fall für die Arbeiter in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus von Nutzen sind, spricht sich der Kongreß für den internationalen Frieden aus. Im Hinblick auf die Möglichkeit eines Krieges, unter dem die Arbeiter am meisten zu leiden haben, erklären die Vertreter der Textil-Arbeiter auf eine Herabminderung der militärischen Rüstungen und eine schiedsgerichtliche Regelung von Konflikten zwischen den Mächten hinzuwirken." Auf Antrag der deutschen Vertreter wurde ein Zusatz angenommen, der jeden Krieg als ein Verbrechen gegenüber der Menschheit erklärt.

☞

Eine Rede Adolf Lassons. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Es gibt einen internationalen Studentenverein. Sein Bestreben ist es, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern aller Länder herzustellen und begeistert sich für die Ver-

wirklichung des pazifistischen Ideals. In einer kürzlich von diesem Verein veranstalteten Versammlung sprach Geh. Regierungsrat Professor Lasson über „Die zukünftige Gestaltung der nationalen Verhältnisse". Er sollte die Frage erörtern, ob der Krieg überhaupt aus der Welt zu schaffen sei. Nun ist Prof. Lasson der Verfasser eines im Jahre 1868 erschienenen Buches „Das Kulturideal und der Krieg", auf das die Verteidiger des Krieges sich stets zu berufen pflegen. Es ist also richtig: Lasson war ein Vertreter des antipazifistischen Ideals. In den verflossenen 42 Jahren scheint er sich aber einigermaßen gewandelt zu haben. Und das ist recht — hat sich doch in dieser Zeit die Welt so sehr verwandelt, daß auch die Weltanschauungen sich modifizieren müssen. Aber ganz hat der Professor seine Ansichten nicht umgeformt. Und dieses Schwanken — diese Betrachtung der Welt durch zwei verschiedene Gläser, kommt in seiner, vor den friedensfreundlichen Studenten gehaltenen Rede deutlich zum Ausdruck, wenn anders der nachstehende Bericht der Vossischen Zeitung genau ist. Immerhin ist das, besonders am Schluß sich offenbarende Pauluswerden eines ehemals so entschiedenen, berühmten Saulus für uns erfreulich:

Wie in einer Familie oft Streit und Haß ausbreche, so sei es auch in der großen Familie, die von allen Völkern der Erde gebildet werde. Der Krieg werde immer eine Ausnahme bleiben, der im großen und ganzen wenig ändere, auch wenn das Aussehen einiger Staaten durch ihn ein anderes werde. Nicht die Menschen sind es, die Krieg miteinander führen, sondern die Staaten. Jeder Herrscher, dem sein Land, seine Religion, seine Kultur, die ererbten Sitten seiner Vorfahren heilig seien, müsse den Krieg als letztes Mittel wählen, wenn jene bedroht sind. Wie es mit den Gefühlen der Brüderlichkeit der einzelnen untereinander beschaffen sei, das sehe man in Prag, Wien, Laibach. Ein friedliches Zusammenleben des Menschengeschlechts sei sehr ideal gedacht, in der Wirklichkeit aber unmöglich. Die Menschen sind gesondert durch die Taten unserer Vorfahren. Wenn diese Sonderung aufhörte, würde der ganze Kulturprozeß stocken. In neuerer Zeit sind jedoch durch die gewaltige Verkehrsentwicklung die Menschen einander mehr genähert, die Erde ist ein großer Weltmarkt, und die Berührungen der Menschen sind dadurch vermillionenfacht worden. Der Redner schilderte den Gegensatz von einst und jetzt. In seiner Jugend, wo eine Reise nach Frankfurt a. O. vier Tage in Anspruch nahm, war es üblich und auch vielfach notwendig, vorher Testament zu machen. Damals war eine neue Chaussee, eine Brücke eine Sehenswürdigkeit. Wie groß ist heute die Schnelligkeit der Beförderungsmittel! Reisen nach China oder um die ganze Welt sind gar nichts besonderes. Bei dieser Entwicklung der Dinge handelt es sich heute darum, einen dauernden Friedenszustand zu schaffen, und zwar durch Abschluß von Verträgen zwischen den einzelnen Staaten. Schiffahrts-, Handels- und Zollverträge regeln den internationalen Verkehr und fördern das friedliche Zusammenleben der Menschen. Auf diesem Wege gilt es weiter zu schreiten. Mit einem hoffnungsvollen Ausblick auf die Versuche der Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und Deutschland für ein gemeinsames Schiedsgericht zu interessieren, schloß Geh.-Rat Lasson seinen Vortrag.

☙

Aufklappbare Bajonette. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Bedeutsame Aenderung in der Ausrüstung der österreichischen Kavallerie. An den Karabinern sollen kurze Dolchbajonette angebracht werden, die normal umgeklappt, also mit der Spitze nach rückwärts, getragen werden. Wenn die Kavallerie zum Feuergefecht absitzt, wird das Bajonett aufgeklappt, so daß der Kavallerist eine Waffe für den Nahkampf besitzt. Diese Neuerung ist eine Folge einer im russisch-japanischen Krieg gewonnenen Belehrung.

☙

Die 5. Generalversammlung des Flottenbundes deutscher Frauen hat am Pfingstsonntag in Lübeck getagt. Es soll ein Kapital angesammelt werden, das als Sparkassenbuch von Deutschlands Frauen im Falle der Not dem Vaterland für unsere blauen Jungen zur Verfügung gestellt werden soll. (Wenn man aber sammelt, um für Zustände Propaganda zu machen, die dem eigenen und den anderen Vaterländern Not ersparen soll, das gibt keinen Ertrag.) Ein Kapital von 135 724 M. ist bereits angesammelt, und die ständig wachsende Zahl der Ortsgruppen bürgt dafür (berichten die verschiedenen „Neuesten Nachrichten"), daß die Opferwilligkeit und der nationale Sinn von Deutschlands Frauen sich heute ebenso bewährt wie in alten, ernsten Zeiten. (Ja, darum kommen die neuen, schönen Zeiten so langsam!) Kaiser Wilhelm wird in der Kieler Woche die Damen des Zentralvorstandes an Bord der „Hohenzollern" empfangen.

☙

Eine neue Erfindung. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Christoph Wirth, Lehrer der Physik in Nürnberg, hat ein besatzungsloses Schiff erfunden, das sich mittels elektrischer Wellen vom Ufer aus lenken läßt. Die Erfindung scheint geeignet (militärischer Stil), unsere moderne Kriegführung zu Wasser und zu Lande völlig umzugestalten. Denn es wird ihr ein neuer Faktor eingestellt: die mittelst elektrischer Wellen (also drahtlos) bewirkte Lenkung von unbemannten, mit Sprengstoffen geladenen Wasser- und Luftfahrzeugen. Am 26. und 27. Mai wurde der Hauptversammlung des „Deutschen Flottenvereins" dieses neue drahtlos gelenkte Torpedoschiff im Dutzendteich bei Nürnberg vorgeführt. Der Versuch gelang vollständig. Der „Deutsche Flottenverein" beabsichtigt, das Versuchsboot Anfang Juli

am Wannsee einer größeren Oeffentlichkeit zugänglich zu machen.

Eine Korrespondenz. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

„An den Chefredakteur der „Weser-Zeitung", Bremen. Wien, den 10. 6. 11. Sehr geehrter Herr D. Fitge! Ihr Pariser Berichterstatter F. V. berichtet Ihnen unterm 1. Juni — abgedruckt in der „Weser-Zeitung" vom 3. Juni —, daß die pazifistische Bewegung in der französischen Kammer überhaupt nicht vertreten ist. Das ist das Unerhörteste, das mir seit langem vorgekommen ist. Die parlamentarische Friedensgruppe umfaßt allein 450 Mitglieder, und d'Estournelles, Léon Bourgeois, Beauquier usw. — sind es keine Pazifisten? Durch solche „Berichte" wird viel viel gesündigt. Ihr sehr ergebener A. H. Fried." — Antwort (von der Redaktion der „Weser-Zeitung" „zur gefl. Kenntnisnahme" übermittelt): „Paris, 15. Juni 1911. Herr Fried möge doch den von ihm genannten Parlamentariern nur die einfache Frage vorlegen, ob sie klar und ohne Umschweife auf Elsaß-Lothringen verzichten. Wenn sie ja sagen, so will ich in Sack und Asche Buße tun. Es ist mir noch gut in Erinnerung, wie Senator d'Estournelles sich um die Frage herumdrückte. Es ist leicht, sich in der Theorie für den ewigen Frieden auszusprechen, aber schwerer, die erste praktische Vorbedingung dafür zu erfüllen. F. V."

Wenn auf eine Sache so daneben geantwortet wird, so sind weitere Repliken aussichtslos.

Charles Richet Gast des Fürsten von Monaco. :: :: ::

Der Verfasser von „Vergangenheit des Krieges und Zukunft des Friedens", der berühmte Gelehrte Charles Richet, hat sich, auf Einladung des Fürsten Albert von Monaco, anfangs Juli auf dessen Jacht „l'Hirondelle" eingeschifft, um mit ihm nach den Azoren zu kreuzen.

Die englische Volkshymne. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die hohe Bedeutung der folgenden Nachricht wird keinem von uns entgehen. Allgemein enthält der Text der verschiedenen Volkshymnen Anspielungen auf die Verächtlichkeit der Fremden und auf die Siegessicherheit des eigenen Volkes. Die Marseillaise mit ihrem „le jour de gloire est arrivé" und mit dem „unreinen Blut der Feinde, das unsere Furchen tränken soll", bietet ein Beispiel dieses altgewohnten kriegerischen Geistes. Das berühmte „God save the king" spricht auch von den „Feinden" und betet zu Gott:

Confound their politics,
Frustrate their knavish tricks.
(Zerstöre ihre Politik,
Vereitle ihre bübischen Streiche.)

In der St. Pauls-Kathedrale in England wurde nun die Strophe mit folgendem veränderten Text gesungen:

Keep us from plague and dearth,
Turn Thou our woes to mirth,
And over all the earth,
Let there be peace.
(Bewahre uns vor Seuchen und Not;
Verwandle unser Leid in Freude,
Und über dem ganzen Erdenrund
Herrsche der Friede.)

Eine Versammlung der Friedensfreunde. :: :: :: :: ::

Am 28. Juni fand im Riesensaal des Pariser Trocadero eine Kundgebung zur Erinnerung an die Haager Konferenz von 1899 statt. Die Festrede hielt Anatole France. Er ließ in seinen zündenden Worten die Kriegstaten und Kriegsbegründungen früherer Zeiten gelten, verdammte aber für Gegenwart und Zukunft die nicht mehr angemessene, nicht mehr zu rechtfertigende Institution des Völkerduells, und schlimmer beinahe nach als der Krieg sei der bewaffnete Friede. Von den anderen Rednern sei noch Frederic Passy genannt. Nach diesem sprach Herr Boggiano und schlug die Verbreitung einer Weltfriedensmarke vor, deren Ertrag internationalen Wohlfahrtsbestrebungen dienen soll. Die Marke wäre ja gut, aber warum wieder die abgedroschenen „Wohlfahrtsbestrebungen"? Dem Friedenswerke selber (also z. B. dem Berner Bureau) müßte der Ertrag zufließen. — Gibt es denn überhaupt eine größere internationale Wohlfahrtsbestrebung als das Erlösungswerk vom größten internationalen Uebel? — Der Feier wohnten die Botschafter von Deutschland, England, Spanien, Italien, Japan, Rußland und mehrere Vertreter der französischen Regierung bei. Den Schluß bildeten Rezitationen und musikalische Vorträge der ersten Künstler und Künstlerinnen. Frau Silvain von der Comédie Française rezitierte Anatole Frances Ode an das Licht und Suzanne Deprès eine Ode an den Frieden.

Aus der Bewegung.

Der amerikanische Friedenskongreß. :: :: :: :: :: ::

Nachträglich haben wir über diesen vom 3. bis 6. Mai in Baltimore abgehaltenen Kongreß, über dessen Abhaltung schon das vorige Heft berichtete, nähere Einzelheiten erfahren. Der vollständige Bericht wird sicherlich wieder einen wertvollen Band abgeben, hier können wir nur einige der hervorstechendsten Züge erwähnen. Der merkwürdigste Zug ist wohl dieser: es war der erste Friedenskongreß, der von dem Oberhaupt eines der mächtigsten Staaten eröffnet wurde. Die Rede des Präsidenten Taft liegt nun im Wortlaut vor. Sie ist vom Geiste echtester Aufrichtigkeit durchweht, ist mit keinerlei politischer Phraseologie

aufgeputzt und enthält keine der behördlicherseits üblichen Nebenkomplimente für die Berechtigung und den Ruhm des Krieges. Nicht als ein Gönner, sondern als ein Bekenner des Pazifismus hat W. Taft gesprochen. Hier ein kurzer Auszug seiner Rede:

Vor allem erwähnte er den unter Verhandlung stehenden einschränkungslosen Schiedsvertrag mit Großbritannien. Derselbe würde einen hochwichtigen Schritt zur Sicherung des Weltfriedens darstellen, und er zweifle nicht, daß diese Ansicht von allen geteilt werde, die die Lage erfassen. Zwar werde damit nicht mit einem Male das Ende des Krieges erreicht sein. Es ist eben ein Schritt, dem andere Schritte so rasch als möglich folgen mögen, aber wir müssen bedenken, daß wir es mit einer Welt zu tun haben, die fehlbar und voll von Schwächen — und auch einiger Bosheit — ist, und daß Reformen, die etwas wert sind, ganz allmählich hervorgebracht werden, und nicht mit einem Schlag. Da aber die Verhandlungen noch schweben und er selber einer der Negoziatoren ist, so wolle er sich über den Gegenstand nicht weit verbreiten; viel lieber wäre es ihm, wenn er an dieser Stelle von diesem Schritt als einem zurückgelegten, von diesem Vertrag als einem ratifizierenden sprechen könnte. So wolle er denn einige andere Gegenstände berühren.

„Eine der Schwierigkeiten, die den Vereinigten Staaten im Wege liegen, ist das Mißtrauen, das man gegen sie hegt, wenn sie bei Streitigkeiten, Revolten usw. den Nachbarrepubliken ihre guten Dienste antragen. Gegen wirkliches Mißtrauen hilft Beteuerung freilich wenig, aber es ist mir angenehm, die Gelegenheit zu benutzen, und von einer solchen Versammlung wie diese, zu versichern, daß es in der ganzen Länge und Breite der Vereinigten Staaten unter uns keinerlei Wunsch nach Gebietserweiterung gibt; das Volk als ganzes, würde seiner Regierung (wenn sie solches wollte) nicht erlauben, irgendeinen Schritt bezüglich fremder Regierungen zu unternehmen, außer solchen, die jenen fremden Regierungen und jenen fremden Völkern behilflich seien, um ihre Regierungen und den Frieden außerhalb ihrer Grenzen zu bewahren. Wir haben Kriege gehabt, und wir wissen, was sie sind. Wir wissen, welche Verantwortlichkeit sie auferlegen, wir kennen ihre Lasten, ihre Verluste, ihre Greuel."

Hierauf sprach der Präsident von der Pflicht, die einem so großen und mächtigen Staatswesen obliegt, in den schwächeren, die von Gefahren und Unruhen heimgesucht sind, den Frieden herzustellen, wenn dies in friedlicher und wirksamer Weise möglich ist. Er deutet auf die Aktionen in San Domingo hin, wo es gelungen ist, daß die rückständigen Staatsschulden an fremde Nationen gezahlt wurden, und daß die Streitigkeiten mit Haiti, wegen der man sich schlagen wollte, vor das Haager Schiedsgericht gebracht werden: „Ich glaube nicht, daß wir uns der Erfüllung solcher Pflichten entschlagen dürfen. Es hilft der Welt, es hilft dem Land, dem wir beistehen, und es hilft uns selber, indem es zeigt, daß eine Nation ein Gewissen haben — daß sie neben ihrem individuellen auch ein nachbarliches Gefühl haben muß."

Die Schlußworte lauteten: „Meine Freunde, ich freue mich, daß ich zu diesem Friedenskongreß kommen konnte, und was immer meine Person an repräsentativem Charakter besitzen möge, das wünsche ich Ihrem Kongreß zu leihen und erteile ihm die Unterstützung der Vereinigten Staaten."

Solche Worte geben zu neidvollen Erwägungen Anlaß: Bei uns zulande würde mancher Schreiber eines subalternen Beamten VI. Rangklasse sich durch Teilnahme an einem Friedenskongreß nicht „kompromittieren" wollen.

Preisausschreibung. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

Die Seaburypreise werden unter den Auspizien der amerikanischen Schulfriedensliga im Jahre 1912 neuerlich ausgeteilt werden.

Drei Preise von 375, 250 und 125 Fr. für die besten, von Schülern der Lehrer- und Lehrerinnenschulen eingereichten Aufsätze (3000 bis 5000 Worte) über folgenden Gegenstand: „Aufgabe und Pflicht der Schule in der internationalen Friedensbewegung."

Drei gleichwertige Preise sind für ebenso lange, von Schülern der Volks- und Gymnasialschulen einzureichenden Arbeiten bestimmt über das Thema: Bedeutung und Tragweite der Haager Friedenskonferenzen. Die Manuskripte sind bis spätestens 1. März 1912 zu richten an Mrs. Faunie Fern Andrews, 405, Marlborough-street, Boston, V. S. Amerika oder an Herrn Emile Arnaud, Luzarches (Seine et Oise) Frankreich.

Mr. und Mrs. Mead in England und Deutschland. ::

Edwin D. Mead aus Boston und dessen Gattin — deren umfassende und erfolgreiche pazifistische Tätigkeit uns allen wohlbekannt ist — werden den Monat Juli in England und den Monat August in Deutschland zubringen. Mr. Mead ist Sekretär der Ginnschen „World Peace Foundation" und Herausgeber der damit verbundenen Publikationen. Er war der Vorsitzende des Organisationskomitees des Bostoner Weltfriedenskongresses 1904 und der Anreger der amerikanischen Nationkongresse, deren erster 1907 in der Carnegie-Hall in New York stattfand. In seiner Jugend hat er drei Jahre auf der Leipziger Universität studiert. Mrs. Mead gilt als die tätigste unter allen lebenden amerikanischen Frauen im Dienst der Friedenssache.

Die beiden werden in England und Deutschland Vorträge halten. Im September wollen sie Oesterreich-Ungarn besuchen, und von da begeben sie sich zum Kongreß nach Rom.

Ein Denkmal für Sir W. Randal Cremer. :: :: :: :: ::

Es hat sich ein Komitee gebildet, an dessen Spitze Lord Weardale steht, um für den großen Pazifisten ein Denkmal zu stiften. Die Beteiligung aus allen Ländern wäre dem Komitee willkommen, und Beiträge, hohe oder geringe, wären zu adressieren: Major of Shoreditch, Town Hall, Old Street London E. C.

☞

XVII. Lake-Mohonk-Konferenz. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Diesen berühmt gewordenen Assissen, die in der amerikanischen Friedensbewegung eine so große Rolle spielen, sind in diesem Jahre vom 24. bis 26. Mai abgehalten worden. Die allgemeine Diskussion wurde von W. J. Bryan, dem vielgenannten einstigen Präsidentenschaftskandidaten eingeleitet. Er sagte, der geplante englisch-amerikanische Schiedsvertrag bedeute das Ende allen Krieges, weil nach demselben alle Streitigkeiten ohne Ausnahme Schiedsgerichten unterbreitet werden müßten. Er sprach die Hoffnung aus, daß Japan sich unter den Ländern befinden werde, mit welchen Verträge abgeschlossen werden. Er griff die Sensationsblätter an und zog gegen die Zeitungen los, welche „Geld höher stellen als Patriotismus und Angstmeierei über Aufrichtigkeit". Er meinte indessen, eine Hauptursache der Schwierigkeiten sei die Panzerplatten-Industrie.

Unter den Anwesenden finden wir die uns bekannten Namen: Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität; Senator Burton, Hamilton Holt. Elihu Root. Ed. D. Mead. Dr .J. Brown Scott. Benjamin Frueblood. Jane Addams. Jenny Fern Andrews. Dr. Dutton. Bei einer Abendsitzung traten u. a. als Redner auf: der Gesandte von Bolivia, der persische Geschäftsträger und Baron d'Estournelles.

☞

Internationale Gastfreundschafts-Sektion. :: :: :: :: ::

Wir lesen im Advocate of peace: Ein glänzendes Diner zu Ehren des Baron d'Estournelles fand am 17. Mai im Hotel Astor, New York, statt, veranstaltet von dem neuen „Board of International Hospitality", des New Yorker Friedensvereins. Andrew Carnegie führte den Vorsitz.

Literatur und Presse.

The Pan American Union by John Barrett, Director general of the Pan American Union. Washington 1911. 248 S.

Ein prachtvoll ausgestatteter Band mit zahlreichen Illustrationen. Der Zweck des Buches ist, wie es in der Einleitung heißt: „Den Zweck, die Geschichte, die Arbeit und die Erfolge der Pan-Amerikanischen Union (der neue Name für das Internationale Bureau der amerikanischen Republik) in klarer, belehrender Detailschilderung zu geben, und dadurch die Sache des Friedens, gutes Einverständnis und Handelsaustausch zwischen den Völkern zu fördern. Das erste Kapitel „Pan-America von heute" beschreibt das lateinische Amerika ein Wunderland von Fortschritt, Hilfsquellen und Glückschancen. Das zweite Kapitel: „Die panamerikanische Union" teilt interessante Facta mit, die für viele eine Ueberraschung sein werden. Das dritte: „Das panamerikanische Gebäude" erzählt die Geschichte des schönen und praktischen Monumentalbaues (ein Geschenk A. Carnegies), das das ständige Heim der Union ist. Das vierte: „Panamerika und der Friede", gibt einen Ueberblick von dem Ehrenrekord, den die amerikanischen Nationen zugunsten von Frieden und Schiedsgericht gewonnen haben. Das fünfte: „Panamerikanische Reden" ist eine Sammlung von historischen und denkwürdigen Aeußerungen hervorragender Staatsmänner über panamerikanische Interessengemeinschaft und Zieleinigkeit. Ein Anhang enthält die Namen des Direktionsausschusses, eine neue Statistik des panamerikanischen Handels, A. Carnegies berühmte Rede: Der Krieg als Vater des Mutes und der Zivilisation" und eine lange und erfreuliche Liste der Streitfragen zwischen amerikanischen Nationen, die durch Schiedsgericht geschlichtet worden sind. Aus dem ganzen Buch weht ein Geist von Größe, der beinah wie eine Offenbarung wirkt.

☞

„Die deutsche Schlachtflotte eine Gefahr für Deutschlands Machtstellung" von Hartwig Schubart, Hauptmann a. D., Berlin, Verlag Simion Nachfolger. 50 Pfg. Der Verfasser vertritt die Ansicht, daß die deutsche Marine die Reichsfinanzen zugrunde richtet, dem Landheer Geld und Mannschaften entzieht und schließlich England gegen Deutschland zum Kriege treiben wird. Der Standpunkt ist, wie man sieht, kein pazifistischer; das Geld und die Menschen, die der Autor der Marine mißgönnt, sollten dem Landheer zugewendet werden, aber wenigstens zeigt er, wie die Vermehrungen der Flotte keine Friedensgarantie sind, sondern vielmehr geeignet sind, andere zum Krieg zu treiben.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Diese Rubriken fallen diesmal aus und werden im nächsten Hefte nachgeholt.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Wanderrednerschule.

Der von unserer Gesellschaft in den Monaten März—Mai abgehaltene Vortragszyklus zwecks Ausbildung in der Propaganda, hat das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß nicht weniger als 14 Damen und Herren die weitere Ausbildung als Wanderredner anstreben und sich bereit erklärt haben, im Herbste Probevorträge halten zu wollen, resp. sich der Prüfung als Wanderredner zu unterziehen. Die einzelnen

Kandidaten haben folgende Themen zwecks Haltung eines Probevortrages angemeldet:

1. Herr Ing. Sackl: „Beziehungen zwischen Pazifismus und der nationalen Frage."
2. Frl. Mayer: „Kunst und Friedensbewegung."
3. Herr Kulhanek: Der Esperantismus und die Friedensbewegung."
4. Frl. Gottinger: „Pazifismus und die Frauen."
5. u. 6.: Die Herren Ernst Jellinek und Lorand Liebel: „Der Handel und die Friedensbewegung."
7. Herr Lehrer R. Smola: „Die Friedensidee und die Lehrer" und „Die Friedenssidee und die Alkoholfrage."
8. Herr Bezirksrichter Dr. Ruziczka: „Die Rechtsfragen der Friedensbewegung."
9. Herr Ing. Kohler: „Technik und Friedensbewegung."
10. Herr Rechnungsrat Schleck: „Die Beamtenfrage und die Friedensbewegung."
11. Herr Lehrer Othmar Pöffel: „Die Naturheilvereine und die Friedensbewegung."
12. Herr H. Ehrenreich: „Die Jugend und die Friedensbewegung."
13. Herr Spieß: „Vegetarianismus und die Friedensbewegung."

☞

Aktionskomitee.

Ungefähr 20 Teilnehmer des Propagandavortragszyklus haben sich als Aktionskomitee konstituiert, welches bezweckt, dem Vorstande Anregungen und Anträge der Vereinsmitglieder zu übermitteln, andererseits die Durchführung der vom Vorstande unternommenen Aktionen zu unterstützen. Die Mitglieder des Aktionskomitees, das am 3. Juli seine erste Sitzung abhielt, haben sich verpflichtet, mindestens ein Jahr diesem Komitee anzugehören und alle ihnen überwiesenen Aufgaben durchzuführen. Es wurden eine Reihe von bemerkenswerten Anregungen gegeben, so die Schaffung einer Kategorie von aktiven Mitgliedern, welche unter gewissen Voraussetzungen von jeder materiellen Beitragspflicht enthoben werden, die Herausgabe von billigen Vereinsmitteilungen usw.

☞

Anläßlich der Reichsratswahlen wurden seitens des Vorstandes einige uns nahestehende, neugewählte Abgeordnete beglückwünscht. Aus den eingelaufenen Antworten seien erwähnt: R.-Abg. Max Friedmann — ein langjähriges Mitglied unserer Gesellschaft — schreibt „. . . werde auch in meinem neuen Wirkungskreise ein treuer Anhänger Ihrer Gesellschaft bleiben und Ihre Bestrebungen immer kräftig unterstützen . . ." R.-Abg. Baron Hock: „. . betrachten Sie mich als aufrichtigen Freund des Friedens . ." R.-Abg. Ernst Viktor Zenker, Herausgeber der „Wage": „. . . Sie dürfen überzeugt sein, daß ich Ihre Bestrebungen zu fördern stets bereit sein werde und ich bitte Sie, in wichtigen Fragen über meine Kraft vertrauensvoll zu disponieren . . ."

☞

Schule und Friedensbewegung.

Bei der am 17. v. M. in Horn abgehaltenen Bezirkslehrerkonferenz beantragte unser Mitglied Schulleiter S. Czizek, daß bei der bevorstehenden Umgestaltung der Schülerbibliotheken auf die Friedensidee insofern Rücksicht genommen werden solle, daß leichtfaßliche, in das Problem des Völkerfriedens einführende Stoffe bzw. Abhandlungen aufgenommen werden sollen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

☞

Der „Freie Lehrerverein des Bezirkes Tetschen" hielt v. M. eine Monatsversammlung ab, bei der unser Mitglied Lehrer Raimund Schubert einen Vortrag: „Die Friedensbewegung und die Lehrer" hielt. Der Vortragende machte an der Hand des Werkes von Prof. Charles Richet: „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens", die Zuhörerschaft mit der allmählichen Entwicklung und den Grundsätzen der Friedensbewegung bekannt und erntete mit seinen sachlichen und anziehenden Ausführungen den einmütigen Beifall der Versammlung.

☞

Bei einer Zweigversammlung desselben Lehrervereines, die in Bensen abgehalten wurde, sprach unser Mitglied Lehrer Josef Werner über „Die Friedensbewegung und die Schule." Indem er die einzelnen Unterrichtsgegenstände durchging, zeigte er, wie der Lehrer den lichten Faden des Friedens in den Schulunterricht tragen könne. Mit der Mahnung an die Versammlung, den Friedensgedanken in der Schule aufs eifrigste zu pflegen, schloß er seinen mit lautem Beifall aufgenommenen Vortrag.

☞

„Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer." In kurzer Zeit erscheint die 5. Auflage dieses ausgezeichneten, von einem Lehrer für Lehrpersonen verfaßten Werkchens, dessen große Verbreitung in Lehrerkreisen viel zur Bekanntmachung der Friedensbewegung beigetragen hat. Diese neue Auflage ist durch die in letzter Zeit auf pazifistischem Gebiete gemachten Errungenschaften bereichert und von Baronin Berta v. Suttner mit einem Vorworte versehen worden. Die Broschüre wird auf Verlangen frei und kostenlos versendet.

☞

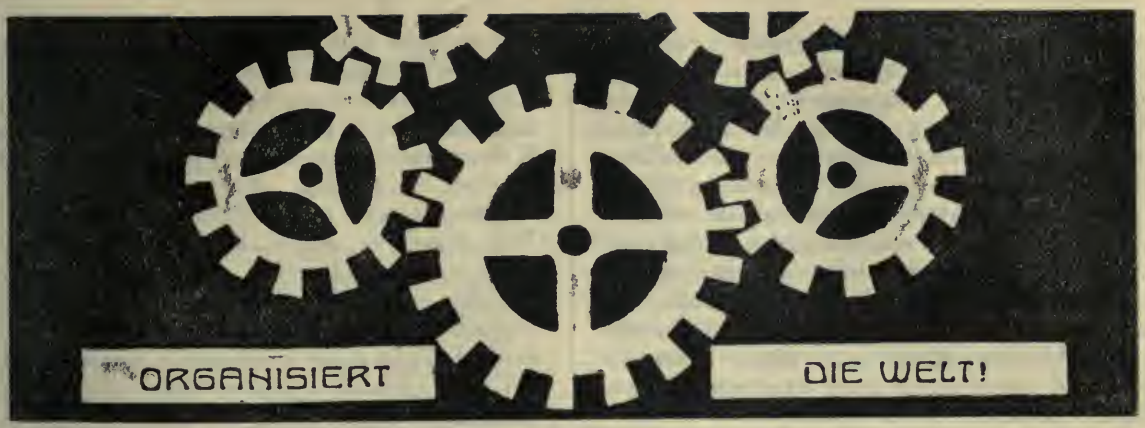
Pazifistisches Jugendbuch. Dieses von A. Müller verfaßte und bei der Preisausschreibung des Berner Bureau ausgezeichnete Buch, das nicht nur jeder Lehrer, sondern auch jedes Elternpaar, das Kinder besitzt, sich anschaffen sollte, wurde ins Französische übersetzt, Prof. Charles Richet, der Autor von: „Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens", hat hierzu das Vorwort geschrieben. Die deutsche Ausgabe des „Pazifistischen Jugendbuches", von dem bereits die zweite Auflage erschienen ist, kann durch unser Bureau zum Preise von 1,20 K. (geb. 1,80 K.) bezogen werden.

☞

Ortsgruppe Linz.

Der Obmann-Stellvertreter unserer Ortsgruppe, Baron Franz v. Aichelburg-Labia, auf dessen Anregung der „Friedenstag in den Schulen" in Kärnten eingeführt wurde, ist zum k. k. Hofrat ernannt worden.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien



August/September 1911.

Betrachtungen zur Marokkokrisis.*)

„So gewöhnen die neuen Verhältnisse die alte Diplomatie immer mehr daran, auch für ernste Konflikte einen kriegslosen Ausgleich zu finden. Wo die Logik der Menschen keinen Ausweg gefunden hat, zeigte ihn die Logik der Dinge. Jene Geistesverfassung, die früher dem vernünftigen Ausgleich zwischenstaatlicher Streitfälle so gefährlich war, wie falscher Ehrbegriff, übertriebene Empfindlichkeit oder auch die bloße Freude am Kriegführen ist ohnmächtig gegen die von den Tatsachen errichteten Dämme. Und so kommt es, daß Konflikte, deren Lösung man früher auf anderem Wege als durch Krieg sich gar nicht vorstellen konnte, heute in immer größerer Zahl der kriegerischen Entscheidung entzogen werden, dabei wird der Grad ihrer Schwere und ihres Ernstes immer höher. Man kann eben mit Kanonen nicht nach Spatzen schießen. Schon sind wir in der Lage, der Liste der in unserer Zeit noch zum Ausbruch gelangten Kriege eine viel größere Liste solcher Konflikte gegenüberzustellen, die nach früheren Erfahrungen unbedingt zum Kriege geführt hätten, heute aber eine friedliche Beilegung gefunden haben. Die Geschichte der nichtgeführten Kriege unserer Zeit ist noch nicht geschrieben worden; es wäre aber bereits möglich, der militärischen Kriegesgeschichte eine pazifistische Kriegsgeschichte anzufügen, die eine Darstellung aller jener Konflikte enthält, die statt durch Gewalt, durch Vernunft geregelt wurden."

*) Dieser Artikel wurde am 1. September geschrieben; er kann also den bis zur Drucklegung eingetretenen Aenderungen der Situation noch nicht Rechnung tragen.

So schrieb ich in der soeben erschienenen zweiten Auflage meines „Handbuch der Friedensbewegung", wo ich aus den Jahren 1904 bis 1910, also aus sieben Jahren, siebzehn solcher „nichtgeführter" Kriege anführte. Diese Zahl ist jetzt um einen Fall erhöht worden. Der dritte Krieg um Marokko ist zwischen Deutschland und Frankreich nicht geführt worden. Oder wenn man will, kann man auch sagen, daß ein neuer siebenjähriger Krieg seine der Zeit entsprechende Erledigung durch Ausgleich und gegenseitiges Entgegenkommen gefunden hat. Nach der Huller Affäre, nach der Tangerlandung, nach der Trennung Schwedens von Norwegen, dem pazifischen Konflikt zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wegen des Ausschlusses japanischer Kinder aus den kalifornischen Schulen, nach dem Marokkokonflikt von 1908, nach der Casablancaangelegenheit, nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina, nach der Loslösung Bulgariens von der Türkei, nach den verschiedenen türkisch-griechischen Kretakonflikten, nach dem japanisch-chinesischen Konflikt wegen der Antung-Mukdenbahn, nach den verschiedenen ernst zugespitzten Konflikten im Süden Amerikas, nach dem russisch-japanischen Konflikt von 1909, dem russisch-chinesischen Konflikt in der Chuldscha-Angelegenheit ist nun wieder ein neuer Konflikt, der zwischen Deutschland und Frankreich, der so bedrohlich anfing, friedlich und waffenlos beigelegt worden. Und bei all den hier erwähnten Konflikten waren die Situationen oftmals ganz furchtbar ernst. In vielen Fällen waren schon Mobilisierungen

vorgenommen, waren Ultimata gestellt, war der Kriegsausbruch als unmittelbar bevorstehend angesehen worden. Die Zeitgenossen haben für solche Fälle nur ein zu schlechtes Gedächtnis. Sie sollten die Zeitungen aus jenen Tagen, an welchen jene Konflikte akut wurden, wieder einmal nachsehen und sich aus ihnen den damaligen Ernst der Situation wieder in Erinnerung bringen. Sie würden alsdann die große Bedeutung erkennen, die in der fast systematischen Ueberwindung all dieser Kriegsgefahren liegt und das Gesetzmäßige darin erkennen.

Ja, es ist kein Zufall; es liegt etwas Gesetzmäßiges, etwas in den Verhältnissen Wohlbegründetes in dieser Erscheinung der friedlichen Ueberwindung gefährlichster zwischenstaatlicher Konflikte. Dieses Gesetzmäßige erkannt zu haben, und darauf fußend, die Forderung nach einer zeitgemäßen Neuordnung der zwischenstaatlichen Konfliktlösung erhoben zu haben, ist das Verdienst des modernen Pazifismus. „Jedem objektiven Beobachter der Vorgänge auf unserem Erdenkreise muß sich die eine Beobachtung aufdrängen, daß allmählich die Solidarität unter den Völkern der Kulturländer unstreitig Fortschritte macht auf verschiedenen Gebieten. Und diese Gebiete erweitern sich. Diese Solidarität geht unmerklich aber unwiderstehlich in das Programm der Staatslenker über, wie in die Gedanken der sich selbst regierenden freien Bürger . . .“ Diese Worte, die von pazifistischer Erkenntnis zeugen, die darlegen, warum die Staatenwelt jetzt geneigt und geeignet ist, auch die schärfsten Konflikte nach Vernunft und mit friedlichen Mitteln beizulegen, hat niemand anderer als Kaiser Wilhelm selbst gesprochen, als er im Juni 1904 den Hamburger Bürgermeister begrüßte. Und diesen Gedanken finden wir wieder in der jetzt eben gehaltenen Rede des Kaisers an dem Festbankett des Hamburger Senates, worin er ausführte, daß es beim internationalen Wettbewerb der Nationen nicht notwendig ist, daß die Staaten aufeinander einhauen, daß es vielmehr richtiger ist, wenn sie ihre eigenen Wirtschaftskräfte anspornen, um zum friedlichen und ehrenvollen Siege zu gelangen.

Wenn der Kaiser auch kein Pazifist ist, wenn er mit seiner Weltanschauung den Gegnern der Friedensbewegung vielleicht näher steht als deren Anhängern, so hat er doch die Grundlagen des Pazifismus bereits erkannt, und dieser Erkenntnis haben wir es nicht zum geringsten Teil zu danken, daß Deutschland in ernsten Stunden das große Risiko eines Krieges nicht übernommen hat. Gewissenlose Kriegshetzer versuchten den Kaiser aufzureizen, indem sie ihm vorwarfen, daß man ihn „den Pazifisten“ — „Guilleaume le Pacifiste“ — genannt hat. Wir wissen es: der Kaiser ist kein Pazifist, aber — vielleicht wird ihm einmal die Geschichte diese Bezeichnung als Ehrentitel verleihen. Jedenfalls dürfen wir Pazifisten es dem Kaiser nie vergessen — so sehr wir oft mit seinen Anschauungen nicht harmonieren mögen —, daß er in Stunden ernster Gefahr sich von pazifistischer Erkenntnis leiten ließ und den Vertretern überwundener Anschauungen, den mittelalterlichen Schreiern nach Blut und Kriegsentscheidung, sein Ohr verschloß.

Ja, es ist die Solidarität, es ist die gegenseitige Abhängigkeit der Völker, die heute eine bewaffnete Auseinandersetzung unmöglich macht, wenigstens für jene Kulturländer unmöglich macht, die etwas in einem Kriege zu verlieren haben. Es ist aber auch die Furcht von der Wirkung des ungeheuren Kriegsapparates, der mit Verlusten droht, die zu dem etwa zu erringenden Vorteil in gar keinem Verhältnis mehr stehen. Es gibt zwischen den modernen Völkern gar keine Fragen mehr, die von solcher Bedeutung sein können, daß es sich lohnen würde, den ungeheuren Apparat des Krieges in Bewegung zu setzen, und bei der Kriegsunlust der Kulturvölker, diesen die Blutarbeit zuzumuten. Es steht zuviel auf dem Spiele. Und gerade dieses Bewußtsein führt dazu, daß selbst kriegsgläubige Diplomaten die Mittel des friedlichen Ausgleiches geschickter und besonnener handhaben, als dies vor einem Menschenalter noch der Fall war. Bei dieser Uebung wird man nach und nach erkennen, daß schließlich jeder Konflikt friedlich auszugleichen ist.

So wirkt das pazifistische Agens heute bereits in der internationalen Politik. Der Pazifismus leitet sie doch, wenn dies auch viele noch nicht wahr haben wollen. Noch folgen die meisten Diplomaten und Staatslenker unwillig, nur von den Tatsachen geschoben, der neuen Methode der Verständigung. Wenn die Völker aber erst erkannt haben werden, daß der Friede notwendig ist, daß er aufs innigste zusammenhängt mit dem modernen Leben, daß er ein Produkt unserer Maschine unserer hohen technischen Kultur ist, dann wird erst die volle Nutzanwendung aus dieser Erkenntnis gezogen

werden können, dann wird der Menschengeist, der heute noch vielfach der Entwicklung entgegenwirkt, sich mit dem Geist der Dinge vereinigen und dann den Erdball beherrschen.

* * *

Daß der Geist der Menschen dem Lauf der Dinge vielfach noch entgegenwirkt, haben wir aus dem Beginn des neuen deutsch-französischen Konfliktes ersehen. Die Entsendung des Kriegsschiffes nach Agadir war noch so ganz alte diplomatische Methode. Und gerade diese veraltete Geste hat die Kriegsangst und die Beunruhigung erzeugt, die während dieses ganzen Sommers gar nicht nötig war; denn für jeden Vernünftigen war es klar, daß die beiden Reiche, die in schwerer Spannung vierzig Jahre lang den Frieden erhalten haben, wegen eines afrikanischen Kolonialstückchens nicht ins blutige Ringen kommen werden. Aber diese diplomatische Allüre mit der Kriegsschiffentsendung, die sich in unserem heutigen internationalen Leben so ausnimmt, als wollte eine Dame der Gesellschaft plötzlich mit der Krinoline zum Ball gehen, die hat erschreckt und alle atavistischen Befürchtungen — leider auch Neigungen und Hoffnungen — ausgelöst. Als ob die deutsche Diplomatie nicht ein anderes Mittel hätte finden können, um sich bemerkbar zu machen. Harden kennzeichnet diese diplomatische Geberde in seiner „Zukunft" sehr richtig, wenn er schreibt:

„Jn einem Restaurant, dessen körperlich kultivierte, in die Uniform der Abendgesellschaft gekleidete Gäste stumm oder flüsternd um nette Tischchen sitzen, dröhnt plötzlich eine Faust auf die Platte, daß Teller und Gläser klirren, ringsum die Köpfe sich heben und die Entsetzensblicke den Störenfried, den Brecher alter Sitte anstarren. Nur der Wille zur Sühnung unerträglichen Schimpfes kann ihn von so unfeinem Tun entschuldigen; nur die unbeirrbare Bereitschaft, jenseits von aller Konvention ein bestrittenes Lebensrecht durchzufechten. Was will der Wüterich? „Jch habe warmen Hummer und eine halbe Yquem bestellt; kommts endlich?" Die Köpfe, die Lider senken sich, und ein Frösteln huscht über die Halshaut der Damen Ein übler Kunde, der, mit solchen Manieren nicht hergehört."

Harden führt ja diesen Vergleich nicht tadelnd an. Er meint, daß man, wenn man sich schon so benimmt, dann auch ordentlich zuhauen müsse. Er macht der Reichsregierung einen Vorwurf daraus, daß sie nicht zugehauen hat. Das darf uns nicht abhalten, dieses Gleichnis dennoch hier festzuhalten. Es kennzeichnet ausgezeichnet die von der deutschen Diplomatie angewandte Art. Und dies ist am meisten zu verurteilen. Sie bringt jene Unsicherheit, jene hochgradige Unbehaglichkeit in den europäischen internationalen Verkehr, die das eigentliche Uebel des heute noch herrschenden internationalen Systems bedeutet. Nicht der Krieg ist mehr zu fürchten, nur die Kriegsfurcht. Aus dieser heraus werden die Rüstungen vermehrt, gewinnen die Kriegsschreier und Pseudopatrioten, die Hetzer und Schürer an Ansehen und Einfluß. Und diese Kriegsfurcht ist das Ergebnis solcher unberechenbaren Handlungen, deren man im Auslande die deutsche Diplomatie immer für fähig hält.

Diese Methode der deutschen Diplomatie steht aber im engsten Zusammenhang mit den Ueberlieferungen jener Gesellschaftsschicht, die heute Preußen und durch Preußen das Deutsche Reich beherrscht. Nicht eher wird daher die wirkliche Friedensdiplomatie in Europa zur Geltung kommen können, bis nicht der innerpolitische Abgrund, der Deutschland von den Staaten des europäischen Westens trennt, überbrückt sein wird. Jm Westen regiert die Demokratie. Jn Deutschland regiert bei einer demokratischen Mehrheit des Volkes das preußische Junkertum. Dieses leitet, gibt den Ton und die Richtung der auswärtigen Politik an, die dann naturgemäß mit der demokratisch geleiteten Politik des Westens in Widerspruch stehen muß. Es ist ja lächerlich, wenn in Deutschland immer noch die blöde Rede geglaubt wird, alle Völker hassen Deutschland und wollen es schwächen. Die Völker des Westens hassen nicht Deutschland und nicht das deutsche Volk, sie wehren sich nur als demokratisch regierte und demokratisch gesinnte Völker gegen konservative Maximen. Sie tun nichts anderes, als die Demokratie in Deutschland selbst gegen die Regierung tut. Nur herrscht noch immer der widersinnige Brauch, jeden politischen Gegensatz, der sich von außerhalb der Grenze geltend macht, als Deutschfeindlichkeit zu stigmatisieren. Man kann ein großer Verehrer Deutschlands sein, und braucht die politischen Arien der preußischen Junker nicht mitzusingen.

Hier ist der springende Punkt. Hier liegt der Friede, hier liegt die Ruhe Europas

verankert. Wird sich Deutschland zur Demokratie entwickeln und eine demokratische auswärtige Politik machen, dann haben wir den Frieden Europas, den der Welt. Solange dies nicht ist, werden die Temperaturverschiedenheiten der Politik Stürme erzeugen. Das Friedensproblem ist deshalb ein Problem der inneren deutschen Politik. Es liegt in der Ueberwindung des Junkertums, im Sieg des Liberalismus und der Demokratie. Und es ist Zeit, daß dieser Kampf ausgefochten wird. Sonst besteht die Gefahr, daß die deutsche Regierung die Reichspolitik immer mehr von den ihr naturgemäß verhaßten Demokratien der Westmächte ablenkt und sie in das russische Fahrwasser leitet. Der engere Anschluß des Reiches an das Zarenreich, der in Potsdam entriert wurde, ist ohnehin schon höchst bedenklich. Dann wird sich Europa in zwei Lager spalten, in ein Westeuropa, das die neuzeitliche Kultur hochhalten wird, und in ein Osteuropa wo Rußland, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, vielleicht auch der Balkan, die Tradition des Mittelalters verteidigen werden. Das wird eine Verzögerung des endlichen Sieges der Kultur, eine Verlängerung der internationalen Anarchie bedeuten.

* * *

Der Kriegslärm hat die Wogen des politischen Lebens aufgerüttelt und den Schlamm der Niederungen zutage gefördert. Was die alldeutsche Presse an Haß, Verleumdung, an Kriegsgeschrei und Verhetzung geleistet hat, ist zwar eine Schande, aber eine Wohltat auch. Denn auch Erbrechen ist heilsam für den Körper.

Wir können zwei Tatsachen freudig konstatieren: In ihrem an Besessenheit grenzenden Benehmen hat sich dieses Alldeutschtum als die zielbewußte Kriegspartei in Deutschland entlarvt. Das ist nützlich; denn sie hat es zu oft bestritten. Und dann können wir uns darüber freuen, daß diese verderbliche Partei ihre eigene Ohnmacht einsehen mußte. Sie ist niedergerungen worden von der deutschen öffentlichen Meinung. Widerlegt worden von der Regierung. Sie schreit zwar noch, aber nur wie sterbende, in ihrem Lebensnerv Getroffene unter Todeszuckungen schreien. Sie ist hin, diese Partei der Kriegsreklame. In ihrer Verzweiflung, als sie die so glänzende Gelegenheit zur Brandstiftung verschwinden sah, ging sie sogar gegen den Kaiser los, und gegen die Friedensbewegung verlangte sie ein Strafgesetz mit Zuchthaus und Todesstrafe.

Was hat die alldeutsche Presse alles versucht, um Oel ins Feuer zu gießen. Da wurde angeblich eine deutsche Fahne von französischen Offizieren beleidigt; da soll von den Franzosen ein nach Agadir bestimmter deutscher Postbeutel eröffnet worden sein. Da wurden die verhetzenden Worte irgendeines französischen Soldatenjournals hervorgezogen und an die große Glocke gehängt, da wurde eine Aeußerung des Wiener englischen Botschafters, die dieser getan zu haben ablehnt, breitgetreten. Und das alles nützte nichts. Es war rührend zu sehen, wie diese Kriegsgläubigen meinten, daß man um solcher Dinge noch zehn Millionen Menschen ins Feuer stellen wird. Wie sie in ihrem Storchenglauben an den Krieg noch immer meinen, um solcher Dinge willen müsse der wechselseitige Massenmord der europäischen Menschheit einsetzen.

Es ist ein volles Fiasko, das diese Zeitlosen, diese Romantiker der Politik erlebt haben. Und es ist ein verdientes Fiasko. Es hat sich erwiesen, daß hinter diesen Schreiern niemand steckt als ein paar patriotische Metallfabrikanten, die in der Beunruhigung ihr Geschäft sehen. Mit Massen, die den Krieg wünschen, konnten die Hetzer nicht aufwarten. Hingegen ist es ihnen zu verdanken, wenn die Sozialdemokratie ihre Massen als Ablehner jeder Kriegspolitik ins Treffen führte. Gerade in diesem Aufmarsch der Sozialisten als Verteidiger des Friedens liegt ein solches Maß deutscher Sittlichkeit, daß die Patrioten eigentlich den Sozialisten zu Dank verpflichtet sein müssen. Es ist ja wahrhaftig leichter in Zeitungen unter der Deckung patriotischer Phrasen zum Kriege zu hetzen als im heutigen Deutschland auf der Straße und in Versammlungen öffentlich für den Frieden zu demonstrieren. Der größere Mut, die höhere Sittlichkeit, war bei den in der Sozialdemokratie organisierten Massen, nicht bei den patentierten Hurrahschreiern.

Gewiß; die Alldeutschen und Pseudopatrioten werden weiter hetzen. Wird es nicht Frankreich sein, so werden sie ihre Pfeile gegen England richten. Ein apokryphes Interview genügt ihnen als Vorwand. Was ein englischer Diplomat gesagt haben s o l l genügt, wenn man es zur Grundlage einer Hetzkampagne machen kann. Was Tausende hervorragende Engländer in hoher und höchster Stellung zu Deutschlands Gunsten gesagt u n d g e t a n haben, kümmert sie nicht. Aber solch unverständiges Handeln richtet sich selbst. Die Kriegshetzer

haben keinen Boden im deutschen Volk. Das hat sich jetzt gezeigt, und das Wort „Agadir" kann man als Grabschrift auf den Leichenstein des Pan-Germanismus setzen. An dieser Krise, auf die sie ihre letzte Hoffnung errichteten, sind sie zugrunde gegangen. Und an dieser Krise ist der Friedensgedanke in Deutschland gesundet. Die breitesten Schichten wie die höchsten Kreise haben wieder etwas gelernt, haben wieder das Bewußtsein von der Solidarität der Kulturmenschheit bekommen, haben eingesehen, daß es auch ohne Krieg geht, und daß die Vernunft das beste und billigste Mittel zum Ausgleich von internationalen Gegensätzen ist. A. H. F.

Kabinetts-Diplomatie.

Von O. Umfrid.

Wer es einmal unternimmt, eine Geschichte der Diplomatie zu schreiben, der wird mit Macchiavellis Buch vom Fürsten beginnen müssen. Es hat selbstverständlich auch vor dem Erscheinen dieser Schrift etwas wie Staatskunst gegeben, und kaiserliche, königliche oder fürstliche Räte, die gern den Namen Kanzler führten und meist aus den Kreisen der damaligen Intelligenz, d. h. aus den Klöstern oder anderen kirchlichen Stiftern genommen wurden, haben auch schon während des Mittelalters das Ihrige getan, Macht und Gebiet ihres Gebieters möglichst zu erweitern. Aber der moderne Staat mit seiner nackten Interessenvertretung, seiner Doktrin von Staatsräson und Staatssouveränität, ist erst mit der Auflösung der mittelalterlichen Kaisergewalt, dieser die ganze Christenheit umfassenden Staatenordnung in die Erscheinung getreten. Macchiavelli hat das Ergebnis dieses Auflösungsprozesses in seinem Prinzipe zur Darstellung gebracht.

Der Macchiavellismus ist der Jesuitismus in der Politik, ja, er ist schlimmer als dieser. Der Jesuit hat, wenn er ein unsittliches Mittel anwendet, um seinem Ziele näher zu kommen, doch immer einen heiligen Zweck, die Förderung der jedenfalls ihm heilig scheinenden Theokratie im Auge. Der nach macchiavellistischen Grundsätzen handelnde Diplomat aber sucht die durchaus egoistisch gedachten Interessen seines Staates bzw. des Staatsoberhauptes, des Fürsten, auf sittlich anfechtbarem Wege zu fördern; er hat also weder einen sittlichen Zweck noch ein sittliches Mittel sich vorgesetzt. Da nun aber ein auf rein unsittlichen Grundlagen errichtetes Staatswesen erfahrungsgemäß auf die Länge nicht bestehen kann, da der Grundsatz justitia — fundamentum regnorum nicht ungestraft mißachtet werden darf, so ergibt sich von selbst der Versuch der Staatsleiter, ihr Gewerbe durch einen moralischen Einschlag zu festigen. So kommt es, daß neben allen Vertragsbrüchen, Hintergehungen, Ueberlistungen, Vergewaltigungen, an denen die Geschichte der Diplomatie so reich ist, doch auch von gehaltenen Verträgen, von Beweisen der Treue, der Dankbarkeit, der Hingebung gesprochen werden kann. Auch die heutige Politik, die sich so ganz als nackte rücksichtslose Interessenvertretung zu geben versucht, ist nicht chemisch rein von sittlichen Motiven. Das Wort Bethmann Hollwegs: „Zu einer Politik des Vertragsbruches wird man mich nicht verleiten", hatte doch zuviel vom Brustton der Ueberzeugung an sich, als daß es ohne weiteres zu den Draperien gerechnet werden dürfte, mit denen die Staatskunst ihre Machenschaften zu verbrämen pflegt. So sehr also die moderne Diplomatie sich von sittlichen Prinzipien zu emanzipieren sucht, so schroff die Bekenntnisse speziell auch unserer deutschen Kanzler klingen mögen („Wenn ich nicht lügen soll, kann ich nicht fertig werden", Bismarck; „Mit den Grundsätzen der reinen Moral kann ich keine Politik machen", Bülow); die durch die Haustüre hinausgejagte Moral kommt durch die Hintertüre immer wieder herein, und wäre es auch nur, um gegen ihre Mißachtung zu protestieren. Es liegt uns aber fern, heute der Diplomatie Moral predigen zu wollen. Wir begleiten sie vielmehr auf ihr eigenstes Gebiet, nehmen einen Augenblick an, daß die Politik wirklich ihre eigenen Gesetze habe, und daß ihr oberstes Gesetz nichts anderes sei, als die Staatsmacht zu erhalten und womöglich zu stärken, so ergibt sich doch bei näherer Beobachtung die auffallende Tatsache, daß die heutige Staatskunst nicht bloß staatserhaltende, sondern auch staatsgefährdende Akte aufzuweisen hat. Wenn England einen Bund mit Japan schließt, wobei sich die beiden Mächte verpflichten, sich bei der Verteidigung ihres asiatischen Besitzstandes beizustehen, so mag das als staatserhaltender Akt betrachtet werden; wenn dasselbe England mit Drohungen in die deutsch-französischen Verhandlungen eingreift, und dadurch die Gefahr des Weltkrieges heraufbeschwört, so ist das nicht bloß ein friedenstörender, sondern auch für England selbst ein staatsgefährdender Akt. Wenn Bismarck mit Italien ein Offensivbündnis gegen Oesterreich schließt, so ist damit wieder nicht bloß der Frieden, sondern zugleich der Bestand des preußischen Staates selbst, der in dem frevelhaft heraufbeschworenen Krieg aufs Spiel gesetzt wird, bedroht; wenn andererseits derselbe Bismarck den Karolinenstreit der schiedsrichterlichen Entscheidung des Papstes unterwirft, so ist damit der Erhaltung nicht bloß des Friedens, sondern auch des deutschen Staatswesens gedient. Bei genauerer Betrachtung wird sich ja nun immer zeigen, daß eine moralisch unanfechtbare Handlungsweise

der Staatsmänner immer zugleich staatserhaltend, eine unmoralische Aktion aber jedesmal staatsgefährdend wirkt.

Was mir aber heute die Feder in die Hand gibt, das ist nicht die moralische Entrüstung über das unethische Verfahren unserer Diplomaten, über die Macchivellismen, von denen die Geschichte der Diplomatie wimmelt, sondern die Ueberzeugung, daß heute mehr als je Kabinettspolitik getrieben wird, die mit dem wahren Volkswohl so gut wie nichts zu tun hat. Die Bismarcksche Politik war selbstverständlich nichts anderes als Kabinettspolitik. Der klassische Beleg dafür ist der bekannte Ausspruch Moltkes: „Der Krieg von 1866", sagt er in seiner Geschichte des Krieges von 1870/71, „ist nicht aus Notwehr gegen die Bedrohung der eigenen Existenz entsprungen, auch nicht hervorgerufen durch die öffentliche Meinung und die Stimme des Volkes; es war ein im Kabinett als notwendig erkannter, längst beabsichtigter und ruhig vorbereiteter Kampf — für ein ideales Gut — Machtstellung."

Die Meinung aber, daß heute keine Kabinettskriege mehr möglich sind, ist einfach falsch. Als Kaiser Wilhelm nach Tanger fuhr, und damit die Marokkofrage aktuell zu werden begann, da wußte kein Mensch in Deutschland, daß wir dort Interessen zu vertreten haben. Und heute, nachdem Jahre darüber hingegangen sind, haben uns die nationalistischen Zeitungen mit aller Liebesmüh nichts anderes klarmachen können, als daß es sich um einige kapitalistische Interessen handelt, eventuell auch um Ausbeutung der Erz- und Kupferlager. Aber daß die Bearbeitung marokkanischer Minen durch deutsche, nicht auch unter fremder, etwa französischer Herrschaft, möglich sein soll, ist uns bis heute nicht erwiesen worden. Die Fragen, die zwischen dem Berliner Kabinett und dem Quai d'Orsay ventiliert werden, scheinen auch weniger auf materielle Interessen, als vielmehr auf Machtsphären sich zu beziehen. Es sind die so ganz bezeichnenden Kompensationsforderungen, die Kiderlen-Wächter gegen Herrn Cambon geltend macht. „Haust du meinen Juden, so hau ich deinen Juden", das scheint mehr und mehr Gepflogenheit auf dem Gebiet der internationalen Politik zu werden. „Nimmst du Nordmarokko, so will ich Südmarokko haben, oder sonst einen Ersatz dafür, damit das ‚Gleichgewicht' nicht verschoben, die Machtverteilung nicht zu meinen Ungunsten vollzogen werde." Daß die Machterweiterung nicht notwendig eine nationale Bereicherung mit sich bringt, hat Norman Angell unsern Machthabern zur Evidenz gezeigt; die Machterweiterung hat als solche weder einen materiellen noch einen kulturellen Wert, sie ist rein bloß politisch zu bewerten; und sobald die heutige Art der Politik mit ihren Rivalitäten einmal überwunden sein wird, dürfte sich die Wertlosigkeit aller derjenigen Unternehmungen zeigen, die nur aus Machtbegier hervorgegangen sind.

Aber selbst wenn sich deutlicher, als dies bis heute geschah, nachweisen ließe, daß es sich in Marokko um schwerwiegende materielle Interessen des deutschen Volkes handelte, daß also beispielsweise Marokko ein für die Ansiedlung unserer überschüssigen Bevölkerung geeignetes Gebiet wäre, so ist die Art, wie unsere Regierung ihre marokkanische Politik betreibt, doch eine schlechterdings unpopuläre. Das Volk als solches weiß und will nichts von Marokko. Die deutsche Diplomatie ist, wie die europäische überhaupt, reine Kabinettsdiplomatie. Das zeigt sich ja schon in der äußeren Form, in der Geheimniskrämerei, mit der alle diplomatischen Aktionen umhüllt werden. Man könnte zwar die Wahrung des Geheimnisses insofern begrüßen, als dadurch der Chauvinismus der beteiligten Presse, der schon so oft auf die internationalen Beziehungen vergiftend gewirkt hat, hintangehalten wird. Andererseits liegt darin doch auch eine Mißachtung des Volkes, um dessen Knochen gewürfelt wird, und dessen Wohl angeblich gefördert werden soll, daß die ganze Verhandlung hinter seinem Rücken bei verschlossenen Türen geführt und es selbst gar nicht nach seinem Willen gefragt wird. Das ist ein Rest der Despotie, der zwar in das friederizianische Zeitalter gepaßt haben mag, aber heute als grober Atavismus empfunden wird.

Man ist im allgemeinen in freisinnigen und auch in pazifistischen Kreisen der Meinung, daß es um Marokkos willen zu keinem Kriege kommen dürfe, nur die Alldeutschen, sagt man, hetzen direkt zum Krieg. Merkwürdig ist immerhin, daß unsere nationalistischen Blätter, welche sonst die Alldeutschen nicht energisch genug von ihren Rockschößen abschütteln konnten, auf einmal die alldeutsche Broschüre „Südmarokko — deutsch" in großem Umfang abdrucken mögen. Aber abgesehen davon: ich halte die Sache nicht für ungefährlich. Wohl: es sind, objektiv betrachtet, keine Lebens- und Ehrenfragen, um die es sich in Marokko handelt, — aber wer bürgt uns dafür, daß nicht einer der beteiligten Diplomaten, wenn er sich zu weit vorgewagt hat und sich zum Rückzug genötigt sieht, darin eine Verletzung seiner Diplomatenehre erkennt, und in irriger Ideenübertragung sich genötigt sieht, auch die Ehre seines Volkes als tangiert erscheinen zu lassen? Gewiß, auch Lebens- und Ehrenfragen ließen sich auf rechtlichem Wege schlichten; wir fürchten aber, daß die Zeitläufte, oder sagen wir besser: unsere Diplomatengehirne dafür noch nicht reif sind, und daß sie sich einbilden, es sei ehrenhafter, den Knoten mit dem Schwert zu zerhauen, statt ihn durch den Richter lösen zu lassen.

Wann wird's besser werden? Wenn einmal aus der Kabinettspolitik eine wirklich

volkstümliche Rechtspolitik geworden sein wird und wenn aus Konkurrenten-Associes, aus rivalisierenden befreundete oder verbündete Mächte sich herauskristallisiert haben werden.*) Unsere Diplomaten aber werden sich dann aus säbelrasselnden Staatsmännern in Völkeradvokaten verwandeln müssen, die ihrer Völker Sache vor dem obersten Gerichtshof mit aller Gewandtheit, aber auch mit aller Ruhe verhandeln werden. Deutschland würde bei dem von uns empfohlenen System nicht zu kurz kommen. England würde sich beispielsweise nicht bemüßigt sehen, uns zu bedrohen. Die englische Drohnote erklärt sich ja nur aus der Annahme, daß wir als präsumptive Gegner Englands dem Inselreich von Agadir aus gefährlich werden könnten. Sind wir Englands Freunde, so fürchten sich die Briten vor uns so wenig als vor den Franzosen. Der Völkerfrieden aber wird erst dann eine feste Grundlage haben, wenn er nicht mehr in den einzelnen Kabinetten, sondern von dem Tribunal der Staaten verwaltet wird.

Berner Konferenz

des ständigen Rats der wirtschaftlichen und historischen Abteilung der Carnegie-Stiftung.

Im Vorwort zum 6. Bande seines umfangreichen Werkes „Der Krieg" hat Staatsrat Johann v. Bloch den Zweck seiner umfangreichen Arbeit folgendermaßen definiert: „. . . . Sie soll nur ein Hilfsbuch, wie so viele andere, sein. Es würde aber von sehr großer Bedeutung sein, wenn man von autoritativer Seite eine allseitige Untersuchung der Fragen (die Zeckmäßigkeit der Rüstungen, Möglichkeit eines künftigen Krieges und Eignung des Krieges zur Erledigung internationaler Streitigkeiten) durch hervorragende Fachleute, welche heute in allen Ländern vorhanden sind, vornehmen würde." Im Schlußkapitel jenes Bandes hat Bloch diese Forderung in dem Abschnitt „Notwendigkeit einer Erforschung der Kriegsbedingungen und der Kriegswirkungen" noch näher ausgeführt: „Wir haben uns in unserer Arbeit bemüht", so schreibt darin der hervorragende Pazifist, der dem Kriege und dem Kriegswesen zum erstenmal — lange vor Normann Angell — von der wirtschaftlichen und technischen Seite zu Leibe rückte, „diese Lücke („Die systematische und genaue Erforschung eines jeden der Hauptfaktoren des Krieges") zu ergänzen, aber unsere Arbeit kann in dieser Hinsicht natürlich nur als ein Versuch gelten. Die Spezialisten können eine weit vollständigere und zugleich autoritativere Arbeit schaffen, weil sie einmal über eine tiefere Kenntnis des Gegenstandes verfügen und weil es zweitens in ihrer Macht steht, jene Lücken zu ergänzen, welche sich in unserer Arbeit vorfinden müssen." An einer anderen Stelle jenes Schlußkapitels fordert Bloch „die Ausarbeitung eines Programms mit einer Reihe von Spezialfragen". Eine andere seiner Schriften, die „Die wahrscheinlichen politischen und wirtschaftlichen Folgen eines Krieges zwischen Großmächten" betitelt ist, schließt Bloch mit der Empfehlung eines einzigen Mittels zur Bekämpfung der „fanatischen Anhänger des Militarismus". „Zu diesem Zwecke", so heißt es in den Schlußzeilen, „muß man sich an Politiker, an Gelehrte, an Nationalökonomen, an Philosophen und an uninteressierte Personen wenden, die fähig sind, mit Methode, Unparteilichkeit und Autorität diese Fragen zu studieren."

An diese Forderung Blochs mußte ich fortwährend denken, als ich in den vergangenen Augusttagen in Bern einige Zeit jene Gelehrten versammelt sah, die die 2. Abteilung (für Volkswirtschaft und Geschichte) der Carnegiestiftung zu einer Vorberatung über einen künftigen Aktionsplan einberufen hatte. Die Forderung, die Bloch vor einem halben Menschenalter erhoben, und die er immer wieder bis zu seinem Tode wiederholte, soll nun hier, gefördert durch die mächtige und so wohltätige Hand Carnegies, endlich erfüllt werden:

Die Einladungen zu dieser Konferenz, die vom 2. bis 14. August währte und deren Beratungen in den Räumen der Berner Universität stattfand, sind von Elihu Root, dem Präsidenten der Carnegiestiftung, im Auftrage der Trustees ergangen. In seinem ladungsschreiben wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß sich die aus solchen Studien ergebenden Lehren als nützlich für die Menschheit erweisen werden, daß die Untersuchung auf breitester internationaler Grundlage angestellt werde, und daß die Organisation dieser Untersuchung ein geeigneter Gegenstand sei für das Nachdenken der tüchtigsten und ausgezeichnetsten Nationalökonomen aller zivilisierten Länder.

Bei der Auswahl der Gelehrten war nicht deren Stellung zur Kriegs- und Friedensfrage, sondern lediglich ihr wissenschaftlicher Ruf maßgebend. Fast alle Gelehrten nahmen die Einladung an. Nur der Engländer Marshall (Oxford) lehnte im Hinblick auf sein hohes Alter ab.

*) Daß das möglich ist, sollte nicht geleugnet werden; man vgl. doch die Versöhnung zwischen England und Rußland, zwischen England und Frankreich, die sich jahrhundertelang als Erbfeinde betrachtet hatten. Warum soll dasselbe, was zwischen dem britischen und russischen Reich möglich war, nicht auch zwischen Deutschland und England möglich sein?

Folgende Gelehrte waren vertreten:

Deutschland: Professor Theodor Schiemann, Universität Berlin; Professor Brentano, Universität München.

Frankreich: Professor Paul Leroy-Beaulieu, Collège de France und Herausgeber des Economiste français; Professor Charles Gide, Universität Paris.

Italien: Exzell. Signore Luigi Luzzatti, vormals Premierminister von Italien; Professor Maffeo Pantaleoni, Universität Rom.

Oesterreich-Ungarn: Eugen von Böhm-Bawerk, vormals k. k. Finanzminister; Professor Eugen von Philippovich, Universität Wien.

Belgien: Herr Henri La Fontaine, Senator von Belgien.

Schweiz: Professor Eugen Borel, Universität Genf.

Dänemark: Professor Harald Westergard, Universität Kopenhagen.

Holland: Professor H. B. Greven, Universität Leyden.

Vereinigte Staaten: Professor Paul S. Reinsch, an der Universität Madison, Wiscousin U. S. A., gegenwärtig Rooseveltprofessor in Berlin; Professor John Bates Clark, Columbia-Universität und Direktor der Abteilung für Volkswirtschaft und Geschichte der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden.

Japan: Baron Sakatani, vormals k. japanischer Finanzminister; Professor G. Ogawa, Universität Kioto.

England: Francis W. Hirst, Herausgeber des „Economist", London; George Raish, Herausgeber des „Statist", London, und Professor L. T. Hobhouse, von der Universität London.

Die Konferenz wurde durch eine Ansprache Dr. Gobats, des Sekretärs des Berner Friedensbureaus, in seiner Eigenschaft als Mitglied der Berner Regierung eröffnet. Sie hatte zunächst die Aufgabe, ein Studienprogramm aufzustellen. Zu diesem Zwecke setzte sie drei Kommissionen ein. Die erste Kommission hatte sich mit „den ökonomischen und historischen Ursachen der Kriege" zu befassen, die zweite mit den „Rüstungen in Zeiten des Friedens", die dritte mit den „Einigenden Einflüssen im internationalen Leben". Schließlich wurden die Vorschläge der drei Kommissionen von der gesamten Konferenz erwogen und angenommen.

Das Ergebnis der vierzehntägigen Arbeit der drei Kommissionen war nun das nachfolgend im vollen Umfang wiedergegebene

Studienprogramm.

1. Kommission.

Ursachen und Wirkungen der Kriege.

I. Historische Darstellung der Ursachen der neuzeitlichen Kriege. Insbesondere Verfolgung des Einflusses, den das Streben nach größerer politischer Macht, die nationale Idee und die politischen Bestrebungen der Rassen, die ökonomischen Interessen ausgeübt haben.

II. Oekonomische Interessengegensätze in der Gegenwart:

a) Einfluß der Bevölkerungsbewegung und der industriellen Entwicklung auf die Ausdehnungspolitik der Staaten.

b) Die ökonomische Schutzpolitik, ihr Ursprung und ihre Begründung, ihre Handhabung und Einwirkung auf das Verhältnis der Nationen: Prämien (offene und versteckte, staatliche und private), Meistbegünstigung, Verhalten gegen fremde Waren überhaupt, gegen fremdes Kapital, Boykott, Abwehr fremder Einwanderung.

c) Die internationalen Anleihen, Verhältnis des Gläubigers zum schuldenden Staat. Benützung der Anleihen zur Gewinnung von Einfluß auf andere Staaten.

d) Die Rivalität der Staaten in der Kapitalanlage im Ausland.

1. Das Streben nach Erlangung einer bevorzugten Stellung bei der Errichtung von Banken, in der Eröffnung und im Betrieb von Bergwerken, bei der Vergebung öffentlicher Lieferungen, bei der Ausführung von Bauten, beim Bau von Bahnen (Sibirische, Mandschurische, Persische, Bagdadbahn, Adriabahn), kurz bei der Organisation großer kapitalistischer Unternehmungen im Auslande.

2. Vertragsmäßige Behinderung fremder Staaten, auf eigenem Boden produktive Unternehmungen auszuführen, z. B. Eisenbahnen im eigenen Lande zu bauen.

3. Die antimilitaristische Bewegung in religiöser und politischer Hinsicht. Nur jene soziale und geistige Bewegung ist hier zu behandeln, welche grundsätzlich jede militärische Organisation verwirft.

4. Die Stellung der organisierten Arbeiter und der Sozialisten in den verschiedenen Staaten zum Krieg und zu den Heeresrüstungen.

5. Läßt sich ein besonderes Interesse einzelner Klassen für oder gegen den Krieg, für oder gegen die stehenden Heere feststellen?

6. Einfluß der Frauen und des Frauenstimmrechtes auf Krieg und Heeresrüstungen.

7. Die Ausdehnung der Wehr- und Kriegspflicht in den verschiedenen Staaten.

a) Bedingungen der Dienstpflicht, Werbesystem, allgemeine Dienstpflicht, Stellung der Ausländer.

b) Verhältnisse der Wehr- und Dienstpflichtigen zur Gesamtbevölkerung.

c) Einfluß des gegenwärtigen Systems der Wehr- und Kriegspflicht und der Organisation der Heere auf die Kriege und deren Dauer.

8. Die ökonomischen Wirkungen des Beuterechtes und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Kriegsmarinen.

9. Kriegsanleihen in neutralen Ländern, deren Umfang und Einfluß in den Kriegen der Neuzeit.

10. Wirkungen der Kriege:

a) Finanzielle Belastung der Staaten durch Kriege. Bedeckung durch Steuern und Anleihen, unter anderem in neutralen Staaten.

b) Volkswirtschaftliche und privatwirtschaftliche Verluste und Gewinne:

Unterbindung der Produktion und Zerstörung produktiver Kräfte; Verminderung der Erwerbsgelegenheit; Hemmung des auswärtigen Handels, der Nahrungsmittelzufuhr; Vermögenszerstörungen; Entwertungen im Eigentum und Effektivvermögen; finanzielle Belastung durch Steuern, Kriegsentschädigungen; Wirkungen auf den privaten Kredit, insbesondere auf die Sparkassen. Vorteile für jene Industrien, welche für die Armeen arbeiten; Nachteile und Vorteile für die neutralen Völker.

c) Wirkung eines Krieges auf die Versorgung der Welt mit Nahrungsmitteln und Rohmaterial, mit besonderer Berücksichtigung jener Staaten, welche in starkem Maße von solcher Einfuhr abhängen (Großbritannien, Deutschland), durch Ablenkung der Kapitalien von den Nahrungsmittel und Rohstoffe produzierenden Ländern (Stillstand des Eisenbahnbaues, neuer Investitionen in Landwirtschaft und Industrie).

d) Die Lage des siegenden Staates (Form und Verwendung von Kontributionen; Kriegsentschädigungen); Einfluß auf die Industrie und auf das soziale Leben.

e) Die fördernden oder schwächenden Wirkungen der Kriege auf die Energie der Völker.

11. Die Menschenverluste im Krieg und infolge des Krieges. Einfluß auf Bevölkerungstatsachen (Natalität, Geschlechtsverhältnis, Altersaufbau, Gesundheitsverhältnisse).

12. Einfluß der Kriege und die Möglichkeit eines Krieges auf die Schutzzollpolitik, auf die Politik der Banken (insbesondere der Notenbanken) und auf das Geldwesen der Staaten.

13. Einfluß von Annexionen auf das ökonomische Leben des Volkes, welches annektiert hat, und auf jenes Volk, dessen Gebiet annektiert worden ist.

14. Annexion von halbzivilisierten oder unzivilisierten Völkern, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Interessen, welche dazu führen, die Methoden, durch welche private Unternehmungen in solchen Gebieten Fuß fassen und durch welche sie ihre Regierungen beeinflussen. Die Wirkungen solcher Annexionen auf die Entwicklung des Handels mit der annektierenden Macht, mit anderen Mächten, auf das ökonomische und soziale Leben der Eingeborenen. Möglichst spezialisierte und in die Tiefe dringende Monographien!

15. Der Fortschritt in der Idee, Handels- und industrielle Beziehungen zwischen den Staaten und Privaten im Kriegsfalle zu schonen.

16. Einfluß der Politik der offenen Türe auf Krieg und Frieden.

2. Kommission.

Rüstungen in Friedenszeit. Anstalten für Heer und Flotte. Theorie, Praxis und Geschichte der modernen Rüstungen.

1. Definition: Der Begriff Rüstung umfaßt alle „Vorbereitungen eines Staates zur Abwehr oder zum Angriff", Vorbereitungen für Verproviantierung und finanzielle Maßregeln sind mit eingeschlossen, ebenso Anlage halb militärischer Eisenbahnen, Kanäle, Docks usw.

2. Ursachen der Rüstungen: Motive, die zur Steigerung oder zum Beginn von Rüstungen treiben, wobei zwischen großen und kleinen Mächten zu unterscheiden wäre.

3. Rivalität und Wetteifer im Rüsten: Ihre Ursachen und die Möglichkeit, die Rüstungen zu beschränken.

4. Geschichte der Rüstungen in neuer Zeit, besonders vollständig seit 1872.

Besonders zu beachten:

a) Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, Frankreich, Rußland, Oesterreich, Italien, Japan.

b) Moderne Erfindungen im Kriegswesen usw.

c) Beuterecht und Privateigentum zur See.

d) Dauer des Militärdienstes.

e) Der Waffenhandel.

5. Militärbudgets seit 1872, wobei zwischen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben zu unterscheiden ist.

6. Die Lasten der Rüstungen in neuester Zeit.

a) Verhältnis der Ausgaben für Zivil und Militär.

b) Militärische Ausgaben auf den Kopf der Bevölkerung.

c) Rüstungsausgaben, die in Friedenszeiten durch Anleihen gedeckt werden, unter Vergleichung des durch Abgaben und des durch Anleihen gedeckten Betrages.

d) Vergleich der Abgaben des Individuums in den einzelnen Staaten und Feststellung, wie weit die Differenz sich durch Rüstungen erklärt.

e) Militärpensionen.

f) Es ist wünschenswert, wo möglich, das jeweilige Verhältnis der Rüstungsausgaben zum gesamten Volkseinkommen festzustellen.

7. Wirkung der Rüstungen auf das ökonomische und soziale Leben eines Volkes: unter anderem

a) Auf die Fürsorgepolitik für Ernährung der Bevölkerung in Kriegszeiten.

b) Auf die Eisenbahnpolitik der einzelnen Staaten.
c) Auf die Verwaltung und die sozialrechtliche Gesetzgebung der Staaten.
d) Auf Technik und Industrie.

8. Oekonomische Wirkung der Tatsache, daß junge Männer der Industrie entzogen werden, um in Armeen und Flotte zu dienen,
a) gezwungen,
b) nicht gezwungen.

Zu beachten ist hierbei der industrielle Wert militärischer Zucht und Uebung.

9. Einfluß von Verschiebungen der Berufsgliederung der Bevölkerung auf Zusammensetzung und Leistungsfähigkeit der Heere. Einfluß von Aenderungen in der beruflichen Zusammensetzung der Heere auf das ökonomische Leben.

10. Aufnahme von Anleihen zu militärischen Zwecken: Beteiligung einheimischen und fremden Kapitals.

11. Die Kriegsindustrien: d. h. die verschiedenen Gewerbe, die durch die großen Betriebe für Heer und Flotte gestärkt oder hervorgerufen werden.

Dabei ist zu unterscheiden zwischen
a) Staatsbetrieben (Arsenale, Docks usw.) und
b) Privatbetrieben. Hier ist die Geschichte und die Leistungsfähigkeit großer Waffenfabriken anzuschließen, die sowohl auswärtigen Abnehmern als ihren eigenen Regierungen Lieferungen stellen.

12. Kriegsmaterial. (Kriegsmunition.) Jüngste Entwicklung und Kosten. Inbegriffen sind Waffen, Munition, Panzer, Kriegsschiffe, Geschütze aller Art, Kriegsluftschiffe usw. Soweit möglich, soll die Wirkung neuer Erfindungen auf Offensive und Defensive im Kriege dargelegt werden.

3. Kommission.

Ueber die die Völker einigenden Einflüsse im internationalen Wirtschaftsleben berichtete die 3. Kommission:

Trotz aller Hemmnisse steigender Zollschranken haben die Wirtschaften der einzelnen Völker aufgehört, sich selbst zu genügen; sie erscheinen in zunehmendem Maße nur mehr als Glieder einer alle Völker der Erde umspannenden Weltwirtschaft.

Die Kommission wünscht, daß Untersuchungen angestellt werden, in welchem Maße diese Entwicklung stattgefunden hat, welches ihre Ursachen gewesen sind und inwieweit das Wachstum der Bevölkerung, das ihre Bedürfnisse, und zwar nicht nur ihrer persönlichen Bedürfnisse, sondern auch das zunehmende Bedürfnis der einzelnen nationalen Produktionszweige nach Rohstoffen und Erweiterung des Absatzmarktes und die Unzulänglichkeit eines jeden einzelnen Landes, diesen Bedürfnissen zu genügen, diese Entwicklung herbeigeführt haben oder dadurch herbeigeführt worden sind. Sie wünscht weiter, daß der Anteil eines jeden Landes an der Weltproduktion der hauptsächlichen Lebensmittel und Rohstoffe festgestellt werde und wie weit die nationalen Produkte eines jeden Landes zu Hause konsumiert oder ausgeführt werden, und inwieweit fremde Produkte, sowohl Rohprodukte als auch Manufakte, für den Verbrauch in die einzelnen Länder eingeführt werden. Die Entwicklung zur Weltwirtschaft findet zu einem großen Teile statt auf dem Wege der Anlage von Kapitalien der reicheren in den unentwickelteren Ländern. Sie führt zu engeren Beziehungen und zur Mehrung des Reichtums nicht nur für das leihende und das beliehene Land, sondern ebenso für alle Völker, welche mit einem von beiden in direktem oder indirektem Verkehr stehen. Die Kommission ist der Meinung, daß exakte Untersuchungen angestellt werden sollen über die gegenseitige Abhängigkeit der Völker, welche durch diese Beziehungen hervorgerufen worden ist. Desgleichen erscheint es der Kommission als wünschenswert, daß exakte Untersuchungen über die gegenseitige Abhängigkeit der finanziellen Zentren der Welt angestellt werden. Weiterhin sollen auch die einigenden Wirkungen, welche der internationale Handel, der Ausbau der Verkehrswege, die Entwicklung der Schiffahrt, die Verbesserungen der Verkehrsmittel und der Fortschritt der Erfindungen auf das Leben der Völker üben, Gegenstand von Untersuchungen werden. Die Kommission wünscht die Veranstaltung erschöpfender Studien über internationale Vereinigungen und Vergesellschaftungen, in denen die sozialen und ökonomischen Interessen aller Klassen der Gesellschaft auf Grund öffentlicher oder privater Initiative heute organisiert sind oder sich zu organisieren im Begriffe sind.

Zur Durchführung dieses Programms sind die Fachgelehrten aller Länder eingeladen. Die in Bern versammelten Gelehrten haben sich als „Ständiger Rat der wirtschaftlichen und historischen Abteilung der Carnegie-Friedensstiftung" konstituiert. Mindestens einmal im Jahre wird der Rat zusammentreten. Der Vorort wird jährlich wechseln.

Es ist ein großes Werk, das hier begonnen wird. Ein Unternehmen, das an Bedeutung dem Haager Werk kaum nachstehen wird. Man muß sich nur vorstellen, welche Wirkung es haben muß, wenn die Weltwissenschaft veranlaßt wird, über den Krieg, seine Ursachen und die Mittel seiner Verhütung nachzudenken. Die Friedensbewegung hat allen Anlaß, diesen neuen Fortschritt mit großer Freude zu konstatieren. Lange genug hat sie — namentlich in den Ländern der europäischen Mitte —

unter dem Gleichmut der Gelehrtenwelt, ja unter deren Lächeln gelitten. Es ist ganz anders geworden in den zwanzig Jahren aufklärender Arbeit, die wir hinter uns haben. Zuerst war es die Völkerrechtswissenschaft, die uns Gerechtigkeit zuteil werden ließ, die unsere Arbeit aufgriff und weiterführte, und die offen bekannte, daß es der Pazifismus war, der ihr ihre heutige Renaissance verlieh. Jetzt werden sich den Gelehrten des Völkerrechts die Gelehrten der Volkswirtschaft und der Geschichte zugesellen. Der Sukkurs ist im höchsten Maße erfreulich. Er kann seinen Einfluß auf die Weltbegebenheiten nicht verfehlen. Schon heute spürt man das pazifistische Agens bei allen ernsten Konflikten. Wie wird es erst werden, wenn den Männern der Ideale die Wissenschaft mit ihrem schweren Rüstzeug zur Seite stehen wird. Wir wollen nicht prophezeien, wir wollen noch nicht triumphieren. Aber den Fortschritt der Friedenstechnik, einen Fortschritt auf der ganzen Linie, der den Fortschritten auf dem Gebiete der Kriegstechnik in keiner Weise nachsteht, den können wir konstatieren. Und auf diese Feststellung kann sich unsere bewegte Zeit doch etwas einbilden.

Eines kleinen Zwischenfalles aus den Berner Tagen, dem allegorische Bedeutung innewohnt, sei hier gedacht. Der Verfasser dieses Artikels war eingeladen worden, an einem Autoausflug teilzunehmen, der an einem schönen Augustnachmittag die Konferenzmitglieder durch das Berner Land führte. In einem Walde bekam eins der Vehikel eine leichte Panne, die ausgebessert werden mußte. Auch die anderen Wagen machten Halt. Einer der Insassen des beschädigten Autos war unser La Fontaine, der die für die Reparatur notwendige Zeit dazu verwandte, im Walde spazieren zu gehen. Die Reparatur war fertig, aber La Fontaine war noch nicht da. Man gab Signale ab. Nichts zu sehen, nichts zu hören. Man sandte ein Auto nach rückwärts, um ihn zu suchen. Es kehrte unverrichteter Dinge zurück. Die Ueberzeugung brach sich Bahn, daß La Fontaine sich verirrt habe. Ein Auto wurde zurückgelassen, und die Expedition brach mit großer Verspätung auf, um dem Ziele der Fahrt zuzustreben. Als sie dort ankamen, war La Fontaine schon lange angelangt.

Mir schien dies ein vielsagendes Gleichnis zu sein. La Fontaine, der Präsident des Berner Friedensbureaus, war inmitten der Vertreter der Wissenschaft der einzige Vertreter der organisierten Friedensbewegung. Sein Abenteuer war das der Wissenschaft und der Friedensbewegung. Auch die Wissenschaft wähnte lange, daß die Friedensbewegung auf Irrwegen wandle. Wenn die Wissenschaft verspätet zum Ziele gelangt, wird sie ebenfalls bemerken, daß die Friedensbewegung auf kürzerem Wege schon längst dort angelangt ist.

A. H. F.

Interparlamentarische Union und Pazifismus.

Von Bertha v. Suttner.

Im Berliner „Tag" veröffentlichte Dr. Pachnicke, Mitglied des Reichstags, einen Artikel über die kommende Interparlamentarische Konferenz in Rom, den er mit folgenden Zeilen schließt:

> „Der Friedenskongreß der sogenannten Pazifisten, der keinen parlamentarischen Charakter trägt, hat sich der Interparlamentarischen Konferenz plötzlich derart vorgeschoben, daß er seine Tagung in Rom gerade abschließt, wenn diese die ihrige beginnt. Der Bedeutung des Weltparlaments kann indes dadurch kein Abbruch geschehen. Wie immer, so werden auch diesmal die Augen der Welt auf die Verhandlungen der vereinigten Volksvertreter gerichtet sein, und das Völkerrecht wird eine reiche Befruchtung erfahren. Der Schein des Utopischen ist längst von der Interparlamentarischen Union genommen. Sie sucht die Idee der Nationalität und Humanität richtig miteinander zu verbinden und steuert unter Würdigung der Wirklichkeiten einer Rechtsgemeinschaft der Kulturwelt zu."

Es ist eine sonderbare Erscheinung, die sich bei vielen Anlässen wiederholt, daß die Mitglieder der Interparlamentarischen Union aus den beiden mitteleuropäischen Militärstaaten nicht nur jede Gemeinschaft mit der allgemeinen organisierten Friedensbewegung abzuschütteln sich bestreben, sondern auch noch trachten, sie mit allerlei Seitenhieben verächtlich zu machen. Man zähle die Hiebe in den wenigen angeführten Zeilen: „sogenannten Pazifisten", „plötzlich vorgeschoben", „indes dadurch kein Abbruch". „Die Augen der Welt" werden sich doch nur auf die Volksvertreter richten. Die haben „den Schein des Utopischen" längst abgestreift. Während die „Sogenannten" noch immer in Phantastereien waten und von den „Wirklichkeiten" keine Ahnung haben.

Diese Ableugnung von Abstammung und Verwandtschaft kommt auch im Leben häufig vor. Leute, die sich ihres Ursprungs schämen, glauben diesen am besten zu verschleiern, wenn sie von den verleugneten Kreisen recht geringschätzig sprechen. Diejenigen Mitglieder der parlamentarischen Union, die durch Jahre gegen die Friedensbewegung Stellung genommen haben, denen jede Idee einer internationalen Verständigung, einer Rüstungsverminderung, einer (was sie jetzt als ihr Ideal hinstellen) „Rechtsgemeinschaft der Kulturwelt" als Utopie erschien, die müssen nun freilich, wenn sie selber im Bereich des Pazifismus tätig sind, behaupten, daß ihre Sache eine ganz andere sei, als die früher herabgewürdigte; daß sie mit den „sich vordrängenden" Schwärmern und deren Kongressen nichts ge-

mein haben. Diese Interparlamentarier sind es aber dann auch, welche trachten, in das neue, widerstrebend betretene Gebiet etwas von ihrem früheren Antipazifismus hinüberzuretten; sie sind es, die zu Hause bei Militärdebatten kein Wort von „Frieden und Schiedsgericht", diesen Grundlagen der Union, sprechen, und die in den Unionskonferenzen immer nur die Bremse handhaben.

Einen Gegensatz zwischen der allgemeinen Friedensbewegung und der Interparlamentarischen Union herstellen zu wollen, ist ebenso ungerechtfertigt, als wollte man diesen oder jenen Ast eines Baumes als den unabhängigen und weit erhabeneren Gegensatz des Baumes bezeichnen.

Solche Ausführungen aber, wie die Pachnickeschen, dürfen von den Friedensarbeitern, die zufällig keine Abgeordneten sind, nicht unwidersprochen bleiben; nicht nur, weil sie damit persönlich beleidigt werden, sondern weil es für Außenstehende, die mit der Entwicklungsgeschichte der Bewegung nicht vertraut sind, irreführend und der Sache schädlich ist.

Wie sehr diese von den parlamentarischen Verächtern der Pazifisten erstrebte „reinliche Scheidung" den Tatsachen widerspricht, das geht doch aus dem Umstand hervor, daß die vornehmsten Stützen der Interparlamentarischen Union, ihre Begründer und Förderer selber Mitglieder und Vorsitzende von Friedensvereinen und Friedenskongressen waren und sind. Die Namen Passy, Beernaert, Pirquet(†), Bajer, La Fontaine, Houzeau, Quidde, Wawrinski, Beckmann usw. beweisen dies genügend. Und welches Ansehen die Friedenskongresse genießen, von welchen Herr Dr. Pachnicke diesmal tröstend sagt, daß der Interparlamentarischen Konferenz dadurch kein Abbruch geschehen wird, das läßt sich am besten damit illustrieren, daß die letzte Versammlung der amerikanischen Friedensvereine von William Taft, dem Staatsoberhaupt, präsidiert worden ist.

Graf Apponyi, der Obmann der ungarischen Interparlamentarischen Gruppe und Richter des Schiedshofes im Haag, hat den 18. Mai zusammen mit der Budapester Friedensgesellschaft gefeiert; an den letzten Jahresversammlungen der Londoner Friedensvereine nahmen Lord Werdale, der Lord-Major und der Staatssekretär des Aeußern, Sir Edward Grey, als Vorsitzende und Redner teil. In Paris arbeiten die Passy, d'Estournelles, Bourgeois, Richet usw. Hand in Hand.

Ich sage alle diese bekannten Dinge nicht für die Leser der Friedenswarte; ich sage sie für Herrn Dr. Pachnicke, der sie offenbar nicht kennt, sonst würde er nicht versuchen, die Pazifisten, ohne deren Vor- und Mitarbeit es keine Interparlamentarische Union gäbe, in Mißkredit zu bringen.

Der Verband für internationale Verständigung und die Deutsche Friedensgesellschaft.

In Heft 6 der „Friedenswarte" ist über die am 11. Juni in Frankfurt a. M. erfolgte Gründung des Verbandes für internationale Verständigung berichtet worden.

Von besonderem Interesse für die deutschen Pazifisten ist die Frage, wie das Verhältnis des neugegründeten Verbandes zu den Friedensgesellschaften zu beurteilen ist, wie weit die Aufgaben beider sich decken und worin sie sich unterscheiden. Auf diese, auch in dem Bericht schon gestreifte Frage sei es gestattet, hier an der Hand von Aeußerungen, die auf der Gründungsversammlung gefallen sind, noch genauer einzugehen.

Es ist, wie im Bericht der vorletzten Nummer von Dr. Wehberg schon erwähnt wurde, in Frankfurt ausdrücklich anerkannt worden, daß die Anregung zur Gründung des Verbandes aus dem Kreise der Friedensfreunde, von Alfred Fried, gekommen ist, und es wurde mehrfach betont, wie nahe sich die Bestrebungen beider Organisationen berühren, auch, daß man in gutem Einvernehmen miteinander zu arbeiten hoffe. Dementsprechend sind auch mehrere Vorstandsmitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft in den großen Ausschuß des Verbandes gewählt worden.

Andererseits ist begreiflicherweise auch versucht worden, Grenzlinien zu ziehen und den Unterschied zu betonen.

Wenn man von der ganz allgemein und unbestimmt gehaltenen Versicherung, daß man sich in Ziel und Methode von den Friedensgesellschaften unterscheide, absieht, sind es eigentlich drei Punkte, die als unterscheidend durch den dazu berufenen Redner Prof. Nippold hervorgehoben wurden. Erstens will der Verband, was die Begründung seiner Tätigkeit anlangt, „nicht gegen den Krieg aus ethisch-humanitären Rücksichten kämpfen", sondern die Frage nur praktisch-politisch anpacken; zweitens verzichtet er bei Formulierung seiner Ziele, um „praktisch-politisch" zu arbeiten und ein „unbedingt realisierbares" Ziel zu verfolgen, auf gewisse Forderungen, wie die Errichtung eines Weltstaates oder die Abrüstung, an die „nicht zu denken ist, solange das derzeit herrschende politische Mißtrauen zwischen den Völkern nicht beseitigt ist"; drittens soll die Methode des Verbandes eine andere als die der Friedensgesellschaften sein; er soll streng kritisch und wissenschaftlich vorgehen, um jeder Kritik standhalten zu können, und sich deshalb in der Zahl seiner Kundgebungen beschränken.

Zu diesem Versuch, die beiden Organisationen gegeneinander abzugrenzen, seien einige Bemerkungen gestattet.

Zu Punkt 1. Grundfalsch wäre es, die Friedensbewegung als eine lediglich ethisch-humanitäre Bewegung kennzeichnen zu wollen. So hat es aber Professor Nippold sicher auch nicht gemeint. Auch die Friedensbewegung gründet sich auf praktisch-politische Erwägungen und sucht (je länger, je mehr) die praktisch-politischen Kräfte dafür mobil zu machen. Die ethisch-humanitären Motive wird sie freilich daneben nicht verkümmern lassen dürfen, wenn es auch einzelne Pazifisten gegeben hat, die, wie z. B. Eugen Schlieff, von der Erweckung des sittlichen Abscheus gegen den Krieg nichts wissen wollten. Aber auch der neugegründete Verband wird, glaube ich, nicht umhin können, in großen, entscheidenden Momenten, außer an den Verstand und an die Interessen, auch an die sittlichen Empfindungen der Völker zu appellieren. Es liegt hier also nur ein Gradunterschied vor. Das Praktisch-Politische wird beim Verband vielleicht stärker im Vordergrund stehen als bei den Friedensgesellschaften, die dafür entschiedener als jener den Zusammenhang der Friedenssache mit ethischen Postulaten betonen.

Zu Punkt 2. Auch die Friedensfreunde, besonders die deutschen, haben die Abrüstungsfrage seit langer Zeit mit großer, vielleicht übergroßer Vorsicht behandelt. Die Formel „erst Friedenssicherung, dann Abrüstung" ist für manche Pazifisten fast zu einem Glaubenssatz geworden. Immerhin fordern in der Tat die Friedenskongresse, daß die Mächte endlich Ernst machen mit dem Gedanken, zu dem sie sich wiederholt feierlich bekannt haben, daß eine Beschränkung der stetig wachsenden Rüstungen zu versuchen sei, und sie haben auch Vorschläge gemacht, wie ein solches zunächst zeitlich beschränktes Abkommen etwa zu gestalten sei. Der Verband wird sich in dieser Frage also noch etwas reservierter als die Deutsche Friedensgesellschaft verhalten; aber man darf nicht übersehen, daß nach dem Stand der Verhandlungen in verschiedenen Parlamenten die Frage im Begriff ist, zu einer praktisch-politischen zu werden, und daß dann der Verband in die Lage kommen wird, dazu Stellung nehmen zu müssen. Auch ist bezeichnend, daß gleich in der Abendversammlung des Verbandes gerade der Redner, der das praktisch-politische Element vertrat, Reichstagsabgeordneter Oeser, diese Frage recht energisch anschnitt und besonders großes Gewicht darauf legte, durch internationale Verständigung die Rüstungslast der Völker zu erleichtern. Die Konstituierung des „Weltstaates" liegt allerdings in weiter Ferne, sie ist für Pazifisten ein Zukunftsideal und spielt in den heutigen Verhandlungen der Friedenskongresse eine geringe Rolle. Die Friedensfreunde müssen aber auch solche idealen Probleme erörtern. Der Verband mag sie noch zurückstellen.

Zu Punkt 3. Es ist richtig, daß in den Friedensgesellschaften und auf den Friedenskongressen auch manche minder bereifte Fragen erörtert werden, daß dort auch minder berufene Redner zu Wort kommen, und daß die Verhandlungen der Kongresse oft überlastet sind mit einem Zuviel von Beratungsgegenständen, worunter die Gründlichkeit der Beratung bei wichtigen Fragen leidet. Das sind Mißstände, die die Kehrseite bilden von dem, was die Stärke der Friedensgesellschaften mit ihren Kongressen ausmacht, die populäre Agitation und die unbeschränkte Zugänglichkeit ihrer Veranstaltungen für alle, die „guten Willens" sind. Aber es ist doch auch nicht so, als ob man im Kreise der Friedensfreunde die Dinge gehen ließe, wie sie wollen. Man hat immer weiter gehende Veranstaltungen getroffen, um unreife Anträge und dilettantische Erörterungen von den Kongressen fernzuhalten; man läßt nichts an das Plenum gelangen, was nicht in einer Kommission vorberaten und durchgesiebt wäre, und man hat die Leitung der vorberatenden Kommissionen in die Hand von Mitgliedern des Berner Bureaus gelegt. Immerhin wird der neugegründete Verband voraussichtlich in der Lage sein, in diesen Dingen die Zügel straffer anzuziehen, überall angesehene Fachmänner an die Spitze zu stellen und sich in seinen Erörterungen wie Kundgebungen mehr auf das unmittelbar praktisch Bedeutsame zu konzentrieren.

Fassen wir das alles zusammen, so kann von einem prinzipiellen Unterschied oder gar Gegensatz nicht gesprochen werden; es sind Gradunterschiede, die man stärker oder schwächer betonen mag; eine gewisse vorsichtige Zurückhaltung und eine größere Konzentration, sowohl in Zielen wie in Methode, wird den Verband für internationale Verständigung gegenüber den Friedensgesellschaften charakterisieren.

Und das hängt zusammen mit einer besonderen Aufgabe, die m. E. ihm seine Bedeutung und seine Existenzberechtigung gibt. Ich darf hier wohl zurückgreifen auf das, was ich in der Gründungsversammlung vom Standpunkt der Deutschen Friedensgesellschaft aus gesprochen habe. Die Friedensbewegung hat in der ganzen Welt, besonders aber in Deutschland, mit einer großen Menge von Vorurteilen zu kämpfen, die es uns fast unmöglich machen, viele, die eigentlich zu uns gehören sollten, für unsere Organisation zu gewinnen. Wir machen die Beobachtung, daß immer weitere Kreise sich zu unseren Ideen bekehren, aber daß sie, indem sie diese Bekehrung verkünden, zugleich nichts Dringenderes zu tun haben, als zu versichern, daß sie natürlich nur die „vernünftigen" Gedanken

einer Annäherung der Völker vertreten, daß sie aber mit den sogenannten Friedensfreunden nicht verwechselt werden dürfen und mit ihnen nichts zu schaffen haben. So stark ist der Wall der aufgehäuften Vorurteile.

Diese Kreise, die uns nicht zugänglich sind, zu gewinnen und zu organisieren, ist eine Hauptaufgabe des neugegründeten Verbandes, — für ihn die eigentliche „raison d'être".

Es wird deshalb nur berechtigt sein, wenn er auch seine Tätigkeit dieser Aufgabe anpaßt, eine vorsichtigere Zurückhaltung in jenen Fragen übt, denen gegenüber die öffentliche Meinung in eben jenen Kreisen, die gewonnen werden sollen, noch skeptisch ist, also die Ziele zunächst enger steckt, überall das praktisch-politische Moment stark betont, und durch die Methode seines Vorgehens auch das Vertrauen der Zweifelnden zu gewinnen sucht.

In der Deutschen Friedensgesellschaft — so habe ich in Frankfurt gesagt — ist in Würdigung dieser Verhältnisse die Neugründung mit uneingeschränkter Sympathie begrüßt worden; wir wünschen der neuen Organisation bei ihrer besonderen Arbeit vollen Erfolg; wir halten eine Trennung der Arbeit, die der gemeinsamen Sache zugute kommt, für zweckmäßig; wir verstehen auch, wenn der Verband, eben um jener Vorurteile wegen, mit denen wir zu kämpfen haben, eine gewisse Distanz zu der Friedensgesellschaft zu wahren sucht; aber wir vertrauen auch darauf, daß die Herren, die im Verband an die Arbeit gehen, sich sehr bald überzeugen werden, daß die den Friedensgesellschaften gemachten Vorwürfe unberechtigt sind, und wir dürfen erwarten, daß sie dann den unberechtigten Vorurteilen, die heute unsere Arbeit erschweren, entgegentreten.

Sehr bedeutsam war die Rede, mit der Prof. W. Schücking unmittelbar auf meine Bemerkungen antwortete. Er erkannte warm und rückhaltlos an, was die Friedensbewegung für die Förderung der Probleme des internationalen Rechts geleistet habe. Man dürfe ruhig zugestehen, daß die Völkerrechtswissenschaft durch die Ergebnisse der ersten Haager Konferenz, die auf der Vorarbeit der Pazifisten beruhten, überrascht worden sei, und daß in diesem Fall, wie so oft, die Fachmänner neue fruchtbare Anregungen von den außenstehenden Laien erhalten hätten. Dafür habe die Wissenschaft dem Pazifismus zu danken. Es sei, wie Redner in der öffentlichen Versammlung weiter ausführte, kein Ruhmestitel für Deutschland, wie ein großer Teil der öffentlichen Meinung bei uns sich lange Zeit zu Persönlichkeiten wie Frau von Suttner gestellt habe, und wie das Werk der ersten Haager Konferenz auf weitgehende Verständnislosigkeit nicht etwa nur bei der breiten Masse, sondern bei sehr hervorragenden Persönlichkeiten gestoßen sei.

Das ist jetzt anders geworden, und all die Kräfte zu organisieren, die sich jetzt zu besserer Erkenntnis durchgerungen haben oder zu besserer Erkenntnis innerlich bereit sind, ohne doch der vielverleumdeten Friedensbewegung beitreten zu wollen, — das ist die Aufgabe des „Verbandes für internationale Verständigung".

Die Persönlichkeiten und die Gesinnungen der Männer, die an der Spitze stehen, bieten Gewähr, daß die Deutsche Friedensgesellschaft und der neue Verband friedlich und gedeihlich nebeneinander werden arbeiten können.

L. Quidde.

Der erste Weltrassenkongreß.

London, 26. bis 29. Juli 1911.

Von Prof. Dr. Walther Schücking-Marburg.

In den „nationalen" Zeitungen Deutschlands liest man seit den Tagen des ostelbischen Junkers Otto von Bismarck das Wort Humanität meistens nur noch mit dem Worte „Duselei" verbunden, und wenn wir erst einmal eine Bismarck-Biographie bekommen, die es wagt, an jenen genialen Staatsmann den Maßstab sittlicher Kritik anzulegen, den Erich Marrx leider gänzlich vermissen läßt, so wird die verhängnisvolle Wirkung der Tatsache klargestellt werden müssen, daß Bismarck schon in seiner ersten großen politischen Rede im Vereinigten Landtag sich gegen den Humanitätsschwindel einer rechtlichen Gleichstellung von Juden und Christen ausgesprochen hat. Und das pessimistische Wort, das einst Grillparzer geprägt hat: „Von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität", gilt leider in erhöhtem Maße überall dort, wo es sich nicht nur um nationale, sondern um Rassengegensätze handelt. Andererseits gibt es zum Glück auch heute in der Kulturwelt noch Männer, für die das Wort Humanität nicht Schall und Rauch bedeutet, und denen das Gebot der Humanität, daß alles, was Menschenantlitz trägt jedem Menschen schlechterdings etwas Heiliges sein müsse, eine selbstverständliche Forderung der Moral ist. Ja auch im deutschen Vaterlande können wir bei der jüngeren Generation mit dem Bestreben, ein neues Zeitalter des deutschen Idealismus heraufzuführen, ein Erwachen des Humanitätsgedankens konstatieren, ich brauche nur an das treffliche Büchlein des Giessener Professors Walther Kinkel „Humanität" zu erinnern. Aus den Humanitätsbestrebungen solcher Männer ist der erste Weltrassenkongreß veranstaltet worden, die Kreise der Gesellschaft für ethische Kultur, in den angelsächsischen Staaten zahlreicher und mächtiger als bei uns, haben den zuerst von Professor Felix Adler in New York angeregten Gedanken dieses Kongresses in die Tat übersetzt, ohne daß das Unternehmen auf diese Kreise beschränkt geblieben wäre. Unter den Patronen des Kongresses befanden sich über dreißig Präsidenten der größten Parlamente der Welt, ein Dutzend britischer Gouver-

neure, fast ebensoviel britische Premierminister, 130 Professoren des internationalen Rechts, 120 Mitglieder des ständigen Schiedsgerichts und der zweiten Haager Konferenz, kurz, es wird kaum jemals für ein ähnliches Unternehmen eine so glanzvolle Liste großer Namen zusammengebracht worden sein. Ein ungeheures Maß von unermüdlicher Arbeit zur Organisation des Kongresses war von dem ehrenamtlichen Generalsekretär Mr. G. Spiller geleistet worden, dem das ausgezeichnete Gelingen des Ganzen vorzugsweise zu danken ist. Freilich besaß er in seiner vielsprachigen und ebenso anmutigen wie liebenswürdigen Gattin eine Helferin ersten Ranges. Den Vorsitz führte Lord Weardale, den Friedensfreunden unter seinem früheren Namen Stanhope als einer ihrer bedeutendsten Vorkämpfer englischer Zunge seit langem bekannt. Dem Ausland gegenüber hätte das Land des Kongresses nicht besser vertreten sein können wie durch diese Persönlichkeit, mit ihrer merkwürdig milden, ruhigen und doch wieder humorvollen Art, die für den vornehmen Engländer charakteristisch ist, und uns Deutschen aus dem Reiche um so angenehmer auffällt, als wir bei den Vertretern der sogenannten guten Gesellschaft nur zu sehr an den militaristischen Typus des Preußen gewöhnt sind, der sich bemüht, in erster Linie „schneidig" aufzutreten. — Daß der Kongreß vorzugsweise in bezug auf die Beteiligung aus Londoner Kreisen unter der furchtbaren Hitze zu leiden hatte, die sich zeitweise auf 47 ° C. gesteigert haben soll, ist begreiflich. Die Sonne schien so unerbittlich, daß mir zum ersten Male die philologische These begreiflich erschien, wonach die ergreifende Geschichte von der Tötung der Niobiden durch den grausamen Gott ein Naturmythus sei, der das erbarmungslose Austrocknen der Flüsse durch die versengenden Pfeile des Sonnengottes symbolisiere. Natürlich stand der Kongreß, entsprechend der Gesinnung seiner Urheber, unter dem Zeichen, die gegenseitige Kenntnis und Achtung zwischen westlichen und orientalischen Völkern zu fördern, und kein Teilnehmer wird in seine Heimat zurückgekehrt sein, ohne daß er nach dieser Richtung hin die stärksten Eindrücke mit heimgenommen hätte. Gewiß ist das Rassenproblem damit noch nicht gelöst, daß man die glänzendsten Vertreter der geistigen Kultur der Hindus, Indianer, der Neger Amerikas und Südafrikas, der Türken, Perser, Japaner, Chinesen, Aegypter usw. einmal in der größten Stadt Europas einem europäischen Publikum vorstellt und so die am besten unterrichteten Personen über die eigene Rasse berichten läßt, aber eine Vertiefung aller Rassenfragen ist doch damit angebahnt und der ungeheure Respekt, den man vor diesen Einzelpersönlichkeiten der fremden Rassen bekam, wird mit Recht bis zu einem gewissen Grade ohne weiteres ihren Stammesgenossen zugute kommen. Eine Persönlichkeit, z. B. wie der indianische Gelehrte Dr. Eastman und sein Vortrag über das jammervolle Schicksal seiner Landsleute in den Vereinigten Staaten, die von der angelsächsischen Rasse bis auf eine Viertelmillion ausgerottet worden sind, wird allen Kongreßteilnehmern unvergeßlich sein, und das Gefühl des ungeheuren Verschuldens, daß hier von christlichen Weißen an einer fremden Rasse begangen worden ist, wird hoffentlich das Gefühl der Verantwortlichkeit gegenüber andern Rassen verstärken. Es kann im übrigen nicht unsere Aufgabe sein, im Rahmen dieser Zeitschrift die viertägigen Kongreßverhandlungen wiederzugeben. Wir beschränken uns vielmehr zunächst auf die Gesichtspunkte, unter denen in höchst geschickter Weise die Vorträge für die einzelnen Sitzungen zusammengefaßt waren. Auf die „grundsätzlichen Betrachtungen" der ersten Sitzung, z. B. über die Bedeutung des Begriffes Rasse, Nation usw., folgte eine Erörterung der allgemeinen Bedingungen des Fortschrittes, wie z. B. die Emanzipation der Frau, für die die berühmte Verfasserin von „The Web of Indian Life" Soeur Nivedita aus Calkutta das Referat übernommen hatte. Die dritte Sitzung behandelte den Fortschritt in den einzelnen Ländern der fremden Erdteile und wurde eröffnet durch einen gehaltvollen Vortrag von Dr. Chr. Lange aus Brüssel über die Tendenzen zum Parlamentarismus innerhalb der einzelnen Staaten und der Staatengemeinschaft. Die vierte Sitzung galt den volkswirtschaftlichen Problemen im Verkehr zwischen den Rassen, in diesem Zusammenhang sprach der Senator Lafontaine aus Brüssel über weltumspannende Organisationen privater Initiative. Die fünfte Sitzung befaßte sich mit dem modernen Gewissen bezüglich der Rassenfragen, z. B. der Frage der Zwangsarbeit, Alkoholeinfuhr usw. Die sechste Sitzung setzte diese Erörterungen fort in spezieller Anwendung auf die Neger und Indianer. Die siebente und achte Sitzung waren bestimmt, positive Anregungen für die Annäherung unter den Menschenrassen zu geben. Ein gehaltvoller Vortrag des Professor Walker aus Cambridge machte hier den Anfang, der Verfasser dieser Zeilen sprach über die völkerrechtliche Annäherung der Menschenrassen, der französische Diplomat Jarousse de Sillac speziell über die Haager Konferenzen, Dr. Zahmenhof über das Espéranto, P. Lochner über kosmopolitische Studentenklubs und last not least unser Freund Mead aus Boston über die Begründung einer internationalen Organisation für die Annäherung unter den Rassen.

In der ersten Sitzung sprachen eine Menge ausländischer Delegierter, unter denen freilich Westeuropa, auch England (!), nicht vertreten war, die Sympathie ihrer Regierungen aus. Hier ereignete sich übrigens ein interessanter Zwischenfall. Als der berühmte deutsche Anthropologe Professor v. Luschan aus Berlin seine Rede mit einer Verherrlichung

des Kampfes zwischen den Rassen und des Krieges schloß, trat ihm in der Diskussion ein anderer berühmter deutscher Gelehrter, der um die Friedenssache so verdiente Prof. Foerster aus Berlin, entgegen und versicherte unter dem stürmischen Beifall der Versammlung, daß Professor von Luschan mit seiner Kriegsbegeisterung in Deutschland allein stünde und die Deutschen, namentlich auch mit England, in Frieden leben wollten, eine Erklärung, die bei der gewitterschwülen Stimmung des erneuten Marokkokonfliktes besonders erfreulich war. —

Welch einen Gewinn der erste Weltrassenkongreß für Völkerrecht und Pazifismus bedeutete, ist leicht zu ermessen. Wenn auch leider so bewährte Kämpen der guten Sache wie A. H. Fried, der Baron d'Estournelles de Constant und Léon Bourgois dem Kongreß hatten fernbleiben müssen, so war doch Gelegenheit gegeben, eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten der Friedensbewegung kennen zu lernen, von denen ja unter den Rednern schon eine Anzahl genannt sind, die sich aber durch Namen wie den des Parlamentariers John M. Robertson, des Grafen Gubernatis, des Prinzen Cassano und zahlreiche andere nicht minder Verdiente leicht vermehren ließen. Eine Anzahl angesehener Rechtslehrer waren aus weiter Ferne wie Bulgarien, Helsingfors und Dorpat herbeigeeilt, darunter der neue Berliner Roosevelt-Professor P. S. Reinsch aus Wisconsin. Und gemeinsam wurden am Tage vor der Eröffnung des Kongresses Beratungen gepflogen über die Ausdehnung der Völkerrechtsgemeinschaft und die Aufgaben der dritten Haager Konferenz. Die ganze Veranstaltung war getränkt mit dem Geiste des modernen organisatorischen Pazifismus. Für das Völkerrecht existiert ja die in der ersten Sitzung vom Generalsekretär Spiller geistreich behandelte Frage der Rassengleichheit überhaupt nicht. Mag immerhin, wie ein Wiener Gelehrter in der Diskussion ausführte, ein Quotitätsunterschied der Begabung unter den Rassen vorhanden sein, für das Völkerrecht ist die Geltung nicht mehr auf die Staaten des christlichen Europa beschränkt. Innerhalb dieses Rechtskreises sind heute schon die Türkei, Japan, Haiti, und mit der Zulassung auf den Haager Konferenzen auch wohl Persien, China und Siam, als gleichberechtigte Genossen anerkannt und in zahlreichen völkerrechtlichen Zweckverbänden wird von den Vertretern der verschiedensten Rassen gemeinsame Kulturarbeit geleistet. Es kommt nur noch darauf an, den Staatenverband, der heute schon Vertreter der weißen, gelben und schwarzen Rasse umschließt, zu einem wohlorganisierten Welt-Staatenbund auszugestalten, und dafür kann ein Unternehmen wie der Weltrassenkongreß, auf dessen periodische Wiederkehr nunmehr zu hoffen ist, nicht freudig genug begrüßt werden.

Schließlich müssen wir aber auch noch die gesellschaftlichen Veranstaltungen erwähnen, die nicht nur zur Freude berufsmäßiger Kongreßhyänen mit den Sitzungen Hand in Hand gingen. Ein Empfang am Vorabend des Kongresses mit Bewirtung, das Diner des Lord Weardale für die Referenten, ein großartiges Fest von Missis Black im Claridge-Hotel mit musikalischen Darbietungen erster Künstler, ein gemeinsames Bankett, und zuletzt der Ausflug nach Warwick-Castle und die dort genossene Gastfreundschaft der Schloßherrin werden allen Teilnehmern unvergeßlich sein. Wer aber daheim bleiben mußte, dem empfehlen wir die Lektüre des von Spiller publizierten Bandes der Vorträge für den Kongreß (englisch und französisch bei P. S. King & Son, London), dann wird auch über ihn etwas von jener Stimmung kommen, die Goethe mit den Worten ausdrückt: „Weltgefühl ist alles!“

Die Zukunft des Völkerrechts.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Nach dem großartigen, durch die Haager Konferenzen geschaffenen Ausblick auf die Zukunft besteht die Hauptaufgabe des Völkerrechts auf absehbare Zeit darin, die kommende Entwicklung vorzubereiten, was nur möglich ist, wenn man die gesamte Weltliteratur des Völkerrechts und die Stellungnahme der einzelnen Staaten zu den großen Fragen zu überschauen vermag. Wer z. B. heute über die Aussichten der Londoner Deklaration und ihren Wert für das Völkerrecht schreiben will, der darf nicht allein davon ausgehen, was deutsche Schriftsteller darüber gesagt haben. Er muß auch die englischen, amerikanischen usw. Werke durcharbeiten, um allen Anschauungen gerecht zu werden. Durch die Vergleichung der einzelnen Schriftsteller und der Anschauungen der einzelnen Staaten läßt sich erst die Durchführbarkeit eines Planes mit denkbar größter Gewißheit feststellen. Dadurch erst wird offenbar, von welchen Staaten scharfe Opposition gegen einzelne Projekte zu erwarten ist, ob diese Gegnerschaft von der Wissenschaft des betreffenden Landes und dem Volke geteilt wird, welche Gründe von den einzelnen für und wider die einzelnen Vorschläge vorgebracht werden, und wie demnach die Idee vom theoretischen und praktischen Standpunkt zu beurteilen ist.

Was nun insbesondere die deutsche Völkerrechtswissenschaft anlangt, so hat sie die im Auslande vorhandenen Strömungen bisher kaum gebührend berücksichtigt. Da ist es denn von hervorragendem Interesse, einer bedeutsamen Schrift Professor Oppenheims (Cambridge) zu begegnen, die uns ein Bild von dem fortgeschrittenen Geiste der Völkerrechtswissenschaft in den englisch-

amerikanischen Ländern gibt. Von dieser „Die Zukunft des Völkerrechts" betitelten Schrift, die in der Festgabe zu Binding (Leipzig, Engelmann) soeben erschienen ist, soll im folgenden die Rede sein.

Während in Deutschland viele fortschrittlich gesinnte Professoren bei jeder Publikation über Schiedsgerichtsbarkeit usw. realpolitisch — oder besser gesagt ängstlich — hinzufügen, ob in künftigen Zeiten der Krieg einmal aus der Welt geschafft werde, darüber ließe sich heute unmöglich ein Urteil fällen, hat Oppenheim über diesen Punkt eine andere Ansicht, indem er ausführt: „Andererseits darf dies allmähliche Verschwinden des Krieges, welches gewiß als ein Ideal angestrebt werden muß, auch ohne das Inslebentreten eines Weltstaates erhofft und erwartet werden, wenn auch heute und morgen an die gänzliche Verwirklichung des Ideals nicht zu denken ist." Wir haben hier also einmal ein festes Glaubensbekenntnis anstatt der ewigen ermüdenden Skepsis. Und weil Oppenheim weiß, wohin die ganze Entwicklung einmal verlaufen wird — nämlich in das kriegslose Zeitalter —, darum vermag er uns auch in seiner kleinen, aber höchst wertvollen Abhandlung feste Richtlinien zu zeichnen. Darum war bisher die deutsche Völkerrechtsliteratur in diesen Punkten so unfruchtbar, weil sie keinen Glauben an die zukünftige Entwicklung des Völkerrechts hatte und somit bei all den kleinen Reformprojekten die großen leitenden Gesichtspunkte nicht hinreichend berücksichtigte; die deutsche Völkerrechtswissenschaft wird es erst dann zu Ansehen in der Welt bringen, wenn ihre Vertreter zahlreicher als bisher Persönlichkeiten sind, die für eine Idee kämpfen, die sich nicht wie bisher von den Zeitereignissen überholen lassen, sondern als Persönlichkeiten den Weg voranzeigen. Mit der bloßen Anerkennung, mit dem Hutabnehmen vor dem Pazifismus ist es auf die Dauer nicht getan.

Der Fortentwicklung der internationalen Organisation wird ein Wandel in den moralischen Anschauungen der herrschenden Klassen vorangehen müssen, wie Oppenheim treffend bemerkt. Was nützen, frage ich, die schönen Projekte mancher Völkerrechtslehrer auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit, wenn die Völkerrechtslehrer nicht gleichzeitig dafür eintreten, daß sich solch ein Wandel in den Anschauungen vollzieht? Sind nicht die Völkerrechtslehrer die berufenen Mitarbeiter an der Besserung der herrschenden Moral des internationalen Gemeinschaftslebens, wonach Macht vor Recht gehen soll? Ist damit nicht eine Hauptaufgabe der deutschen Völkerrechtslehrer klar gezeichnet, auf die Jugend Einfluß zu gewinnen und sie in dem neuen pazifistischen Geiste zu erziehen?

Dadurch würde der Pazifismus wertvolle Mitarbeiter erhalten. Daß die Professoren stolz sein dürfen, für diese Bewegung einzutreten, geht aus den Worten Oppenheims auf Seite 19 hervor: „Es ist hier, wo die Bedeutung und der Wert der modernen pazifistischen Bewegung klar hervortritt. Weite Kreise sind von dieser Bewegung ergriffen, selbst die Regierungen aller Länder können sich ihrem Einflusse nicht mehr entziehen, und auch ihre Gegner können nicht länger mit Hohn und Spott allein sie bekämpfen. Wer an den unbegrenzten Fortschritt der Kultur glaubt, wird auch daran glauben, daß die Zeit einmal kommen muß, wo alle Staaten sich freiwillig verpflichten, alle Streitigkeiten gerichtlich oder schiedsrichterlich entscheiden zu lassen. Allgemeine Entwaffung wird das Heraufdämmern dieser Zeit nicht beschleunigen, das kann nur durch die Vertiefung der öffentlichen Moral mit Bezug auf die internationalen Beziehungen geschehen. Allgemeine Entwaffnung wird nicht den Krieg verschwinden machen, aber das Verschwinden des Krieges wird die allgemeine Entwaffnung bringen." Auf Seite 23 gibt Oppenheim auch die Grundlinien einer internationalen Verfassung.

Mit großem Rechte warnt der Verfasser an verschiedenen Stellen seiner Schrift davor, die Begriffe des Staatsrechts auf das Völkerrecht zu übertragen. Wenn er von internationaler Gesetzgebung spricht, so meint er dabei nicht den gleichlautenden innerstaatlichen Begriff, sondern Rechtsetzung auf dem Wege internationaler Konferenzen. Was Oppenheim bei dieser Gelegenheit über die Eigenart, die Schwierigkeiten und die Interpretation der völkerrechtlichen Gesetzgebung sagt, ist so treffend, daß daran niemand vorübergehen kann. Welche Einwirkungen die verschiedenen staatlichen Gesetzgebungsmethoden auf die völkerrechtliche Gesetzgebung haben, wird mit Deutlichkeit gezeigt. Der englische Gesetzgeber wird die Tatbestände möglichst konkret fassen, viel Einzelfälle anführen und dadurch vielleicht einzelne Fälle vergessen. Der deutsche Gesetzgeber wird seinen Entwurf abstrakter aufbauen, so daß die Praxis leicht zu viel Fälle unter das Gesetz bringen wird. Der französische Gesetzgeber wird vor allem Prinzipien feststellen. Da die französische Sprache im Haag die herrschende ist, so wird leicht die französische Methode die herrschende werden. Aber die anderen Staaten müssen die ihrige auch zur Geltung zu bringen suchen und durch Zusammenarbeiten eine Art Kunst internationaler Gesetzgebung schaffen. Bei der Erörterung der Schwierigkeiten der Gesetzgebung kommt Oppenheim darauf zu sprechen, daß Leichtfertigkeit der Methode, wie sie bei der Bestimmung des Artikels 23h der Anlage betreffend die Gesetze und Ge-

bräuche des Landkrieges hervorgetreten ist, vermieden werden muß. Ueber die hochinteressante Kontroverse, die sich über diesen Artikel entsponnen hat, habe ich selbst noch zuletzt im Augustheft 1911 der „Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht" geschrieben und werde darüber demnächst eine besondere Monographie erscheinen lassen.

Oppenheim betont mit Recht, daß heute internationale Gesetze nur einstimmig gefaßt und einstimmig widerrufen werden dürfen. Wie weit freilich die Entwicklung dahin geht, einmal Mehrheitsbeschlüsse ins Völkerrecht einzuführen, darüber läßt sich noch reden. Es dürfte meiner Ueberzeugung nach allmählich dahin kommen, daß die Minderheit sich den vor Mehrheit gefaßten Beschlüssen nicht wird entziehen können. Dieser faktische Zwang wird allmählich in einen rechtlichen übergehen.

Daß die internationale Gesetzgebung fortan nicht mehr dem Zufall überlassen werden darf und die Interpretation internationaler Gesetze fortgebildet werden muß, darin wird man mit dem Verfasser ebenfalls übereinstimmen.

Durch seine Ausführungen über die internationale Gerichtsbarkeit krönt Oppenheim seine Arbeit aufs glänzendste. Da ich selbst mit einer eingehenden Darstellung des „Cour de la justice arbitrale" beschäftigt bin, so war es mir um so interessanter, hier einen der angesehensten Völkerrechtsautoren über das gleiche Thema zu hören. Oppenheim hat den Kernpunkt der ganzen Frage scharf und zutreffend erfaßt, wenn er auf Seite 48 über diejenigen, die sich der Schaffung eines wirklich ständigen internationalen Gerichtes widersetzen, folgendes sagt: „Gerade unter den alten Kämpen für schiedsrichterliche Entscheidung von internationalen Schwierigkeiten erhebt sich heftiger Widerspruch gegen die Einsetzung eines wirklichen Gerichtshofes für internationale Rechtssachen. Sie sehen in einem solchen Gerichtshof eine große Gefahr für die Zukunft. Die Tatsache, daß das Schiedsgericht die Tendenz hat, mehr eine möglichst beide Seiten befriedigende als eine rein rechtliche Entscheidung der Streitsachen zu geben, ist es gerade, welche es in den Augen mancher auf eine höhere Warte als ein wirkliches Gericht stellt. Nicht rechtliche, sondern friedliche Entscheidung von Streitfragen ist das Motto dieser Männer, sie wollen nicht Gerechtigkeit im Sinne des bestehenden Rechts, sondern beide Parteien befriedigende Billigkeit. Und sie finden Unterstützung und Beifall von seiten derer, welche im Völkerrechte mehr eine diplomatische als eine juristische Disziplin sehen, und welche daher sich gegen den Ausbau des Völkerrechts auf der Grundlage fester, präziser und scharf definierter Regeln nach Analogie des innerstaatlichen Rechts sträuben."

In der Tat ist die Opposition damit vollkommen geschlagen, wenn man beweist, daß eine bedeutsame Fortbildung des internationalen Rechts auf dem Wege des Schiedsgerichts undenkbar ist und nur vermittels eines Gerichtshofs stattfinden kann. Das Schiedsgericht erledigt, wie gerade die drei letzten Haager Entscheidungen deutlich dokumentieren, den Streit nicht streng rechtlich, sondern nach Billigkeit. Eine Fortbildung des Völkerrechts erfordert aber eine Entscheidung der Streitigkeiten auf streng rechtlicher Grundlage. Zwar sagt Artikel 37 des Haager Abkommens zur friedlichen Entscheidung, die Schiedssprechung solle die Streitigkeiten „auf Grund der Achtung vor dem Rechte" erledigen. Aber in Wirklichkeit ist dies bisher nur in Ausnahmefällen geschehen. Vom Zeitpunkte der Entwicklung der neueren Schiedsgerichtsbarkeit, nämlich von dem Alabamazwischenfalle aus bis auf die Gegenwart, läßt sich diese Tatsache nachweisen. Daß der Neufundlandstreit auf Grund besonderer Vollmacht Elemente eines Vergleichs enthielt, mußte selbst der verehrungswürdige Vorsitzende des Schiedsgerichts zugeben. Daß im Orinokostreite das Bestreben, keiner der Parteien ganz Unrecht zu geben, zu einem Kompromisse geführt hat, das ist selbst ohne die glänzende Beweisführung Scelles in Revue Générale klar erwiesen. Dabei waren diese beiden Urteile im großen und ganzen Meisterstücke, die, soweit es im Rahmen eines schiedsrichterlichen Verfahrens, das keiner der Parteien nach Möglichkeit Unrecht geben wollte, gestattet war, rechtlich hoch bedeutsam waren. Aber wenn ein so hervorragender Mann wie Lammasch die Sache nicht leitet, dann hat das Völkerrecht nicht den geringsten Vorteil von einem Schiedsspruche, es sei denn durch die Kritik, die diese Schiedssprüche geradezu provozieren. Ich denke hier an das Savarkarurteil, das überhaupt keine ernste Begründung enthielt, wie die Literatur neuerdings einstimmig festgestellt hat. Dadurch ist Zorns Behauptung, es seien im Haag sehr verwickelte Streitsachen „in den strengsten Formen Rechtens erledigt worden", widerlegt. Zur Streiterledigung ist die Schiedssprechung gut, zur Fortentwicklung des Völkerrechts hat sie ganz versagt. Dies werde ich in meiner größeren Arbeit historisch und dogmatisch nachweisen.

Man wird in Deutschland zu einer ganz anderen Auffassung über die Notwendigkeit eines internationalen Gerichtshofes kommen, wenn man sich die Gründe dafür und dawider eingehend überlegt. Das hat man aber bisher nicht der Mühe für wert gehalten. So ist es denn auch wohl verständlich, daß man in Deutschland wenig oder gar nichts von der berühmten „American Society for Judicial Settlement of international Disputes" weiß, die im vorigen Jahre durch Scott,

den bekannten amerikanischen Delegierten zur zweiten Haager Friedenskonferenz, gegründet worden ist und weiten Anhang in Amerika gefunden hat. Die erste Konferenz hat diese Vereinigung vom 15. bis 17. Dezember 1910 in Washington abgehalten. Die Protokolle dieses Kongresses umfassen einen stattlichen Band von 400 Seiten und müssen von jedem benutzt werden, der über die Frage eines internationalen Gerichtshofes schreiben will. Die Gesellschaft hat eine Reihe von Flugschriften herausgegeben, die den Zweck der Vereinigung gut beleuchten; die erste ist von Baldwin über „The new Era of international Courts", die zweite von Nys über „The necessity of a permanent Tribunal", die dritte von Scott über die Zwecke der Vereinigung und die vierte von Root über „The Importance of Judicial Settlement". Ehrenpräsident der Vereinigung ist Taft, Vorsitzender Scott. Dem Verwaltungsrat gehört auch Oppenheim (Cambridge) an.

Sehr richtig weist die Gesellschaft in ihrem Programme darauf hin, daß es bei der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit sehr schwierig sei, Richter zu ernennen, die das Vertrauen beider Parteien besäßen. Es ist in der Tat ein viel zu wenig beachteter Punkt, daß bei der Schiedsgerichtsbarkeit immer nur ein Teil der Schiedsrichter das Vertrauen der einzelnen Staaten inne hat. Denn da heute in der Mehrzahl der Fälle nicht mehr beide Parteien zusammen alle Schiedsrichter ernennen, sondern jeder von beiden einen oder zwei Schiedsrichter, die dann wieder den Obmann wählen, so ist selbstverständlich, daß der von dem Staate A ernannte Richter nur das Vertrauen des Staates A, der von dem Staate B ernannte Richter aber nur das Vertrauen des Staates B besitzt. Wie man trotzdem davon spricht, die Schiedsrichter hätten das Vertrauen beider Parteien, erscheint unverständlich.

Es ist ferner selbstverständlich, daß den Diplomaten ein viel zu großes Gewicht beigelegt wird, als daß die Urteilssprüche rein rechtlich sein könnten.

Wenn man wirklich das Völkerrecht durch internationale Entscheidungen fortbilden will, dann müssen wir für ein Tribunal sorgen, das aus reinen Juristen besteht und ständig tagt. Internationale Gerichtsbarkeit ist heute das hohe Ziel, dem wir zustreben. Wer sich nicht von innerstaatlichen Verhältnissen loslösen kann, für den internationale Gerichtsbarkeit nur möglich ist bei gleichzeitiger Schaffung einer Exekutionsinstanz, der mag nur nach wie vor das Heil in der Schiedsgerichtsbarkeit erblicken.

Am Schlusse seiner Schrift richtet Oppenheim einige recht zeitgemäße Mahnungen an die Lehrer des Völkerrechts. Namentlich betont er auch, daß man die ausländische Literatur viel zu wenig berücksichtige.

Die glänzend geschriebene Arbeit Oppenheims ist wegen der zahlreichen neuen Gedanken, von denen hier nur einige wenige wiedergegeben werden konnten, eine bedeutsame pazifistische Tat. Keine einzige Utopie enthält dieses Buch, und doch fällt es einem wie Schuppen von den Augen, wenn man den Geist des Buches mit dem einiger deutscher völkerrechtlicher Schriften vergleicht, die in neuerer Zeit über internationale Organisation geschrieben worden sind. Diese Reaktionäre stellen bei der Betrachtung des Völkerrechts das Recht des einzelnen Staates an die Spitze und vergessen dabei ganz, daß sie durch eine solche Betrachtungsweise das Vorhandensein eines Völkerrechts überhaupt verneinen. Das ist nur möglich, weil diesen Männern ersterbende juristische Begriffe alles, der Kampf aber für eine große Idee nichts ist. Sie fühlen nicht den heißen Pulsschlag der Menschheit, die sich aus kläglichen Verhältnissen, in denen die Staaten unter der Last der Rüstungen fast erdrückt werden, heraussehnt zu größeren und schöneren Aufgaben. Sie haben statt des Glaubens an die Zukunft voller Entwicklungsmöglichkeiten nur ein Auge für die erbärmliche Gegenwart, zerlegen sie ohne Mitgefühl in fein juristischer Weise, und während andere sorgsam suchen, die Entwicklung aufwärts zu lenken, stehen sie hohnlächelnd dabei und rufen: „Die zukünftige Entwicklung voraussehen, das kann jeder Laie; wir Juristen konstruieren die Gegenwart fein logisch, und wenn unsere Resultate mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht im Einklang stehen, so beweist das, daß die Menschheit schon für unsere Konstruktionen zu weit vorausgeeilt ist. Sie ist — confer internationaler Prisenhof — schnell wieder auf eine frühere Periode zurückgebracht werden."

Aber alle Rückständigkeit kann den Lauf der Dinge nicht aufhalten, sondern nur neue Kämpfer auf den Kampfplatz rufen. Je mehr man sich mit den Fragen der internationalen Organisation beschäftigt, um so mehr wird man von dem Siege der neuen Idee überzeugt, und um so geringer schätzt man die Gegner. Ein fester Glaube überkommt allmählich den, der die Zukunft vor Augen sieht, die nur Fortschritt sein kann, wie alles auf dieser Welt; und in diesem ruhigen, festen Vertrauen klingt Oppenheims Schrift in die Worte aus: „Wie dem auch sei, vorwärts müssen wir schreiten, und auf die Macht des Guten müssen wir vertrauen, welches die Menschheit im Lauf der Geschichte gnädig zu immer höherer Vervollkommnung führt."

Vom Krieg und seinen Forderungen.

Von Prof Dr. Rud. Kobatsch.

Es ist ein merkwürdiges Verhängnis, daß gerade jene, welche es unternehmen, den Krieg und die Rüstungen vom fachmännischen Standpunkte aus zu rechtfertigen, zu den gefährlichsten Anklägern des Krieges werden, ohne sich oft dieses Rollenwechsels selbst bewußt zu sein. So geschah es auch kürzlich einem preußischen General v. Falkenhausen, der in den Vierteljahrs-Heften für Truppenführung und Heereskunde" (1. Heft 1911) von den „Eigentümlichkeiten der modernen Kriegsführung" spricht und dartun will, welch ganz andere, d. h. weit höhere Anforderungen ein Zukunftskrieg an die Truppen stellen werde als in früheren Jahren, wie sehr man daher „schon in Friedenszeiten mit der größten Energie auf die Erziehung eines starken Geschlechts hinwirken müsse".

Der Verfasser betont, daß man von den gigantischen Maßen eines künftigen Krieges in der Regel falsche, noch in den Schilderungen früherer Kriege befangene Vorstellungen habe; künftig werde es sich um Massenheere handeln, deren Heranbildung eine außerordentlich intensive Vorbereitung erheische. Diese Vorbereitung bedinge nun stets steigende Unterhaltskosten, die aber unentbehrlich seien, nicht bloß, um gerüstet zu sein, sondern auch, um erfolgreich einzugreifen in die Fragen, die das Daseinsinteresse der Allgemeinheit berühren. Die pazifistische Idee wird von dem Verfasser „der wachsenden Verweichlichung und Entsittlichung (!) des lebenden Geschlechts", sowie dessen „zunehmender Unfähigkeit" zugeschrieben, die Sonder-Interessen des einzelnen den Anforderungen der Allgemeinheit unterzuordnen. Auch ein Milizheer würde die Kosten nicht vermindern.

Die Qualität der modernen Heeresmassen zeige leider eine Verminderung; die Ausbildung könne nur mit außerordentlicher Anstrengung und Berufshingabe bewältigt werden; die Gründe für die Beibehaltung der früheren Dienstzeit (3 Jahre) seien daher tief berechtigt gewesen....

Ein künftiger Krieg werde viel größere Leistungen physischer und moralischer Art von allen Teilen der Wehrmacht fordern. Es dürften vielfach zwei bis drei hintereinander sich bewegende Marsch-Echiquiers, getrennt durch gewaltige Bagagen- und Train-Kolonnen, notwendig sein, an Stelle der früheren Tagesmärsche von drei Meilen (6 Stunden) werden doppelt soviel und noch mehr Märsche, ja sogar Märsche durch ganze Tage und die ganze Nacht hindurch zu machen sein, „bloß mit den unumgänglichen Rasten". Dies gelte schon bei den Operationsmärschen, in erhöhtem Maße aber bei den eigentlichen „Aufmärschen" zur Schlacht. Namentlich die zweite und dritte Linie müßte sehr erhebliche Marschleistungen vollführen. Es würde also infolge „solcher aufreibender Märsche" zu Anstrengungen „bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit" kommen, noch dazu unter der „Einwirkung von häufig zerstörenden Geschossen".

Demgegenüber stehe nun der beklagenswerte Umstand, daß die Disziplin und die Leistungsfähigkeit der Truppen keine bessere und keine festere geworden sei; die Zügel seien daher straffer anzuziehen, dann könne die Leistung erheblich gesteigert werden. Es müsse schon das Volk im Frieden entsprechend erzogen werden, und „allem, was an Kraft und Mark des Volkes zehrt, ist mit rücksichtsloser Entschiedenheit zu begegnen".

Der Verfasser kommt somit nicht bloß zu dem Schlusse der Notwendigkeit steigender Rüstungsauslagen, sondern auch verlängerter Dienstzeit, erhöhter Disziplin und verschärfter Arbeitsleistung. Er verwickelte sich aber in außerordentliche Widersprüche und gelangt zu dem Ergebnisse, daß die künftigen Kriege derartige Anforderungen an die Mannschaften stellen werden, daß es eigentlich nicht mehr zur wirklichen Schlacht kommen kann. Wenn die Truppen schon infolge der Märsche „bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit" erschöpft oder aufgerieben sind, so ist schlechterdings nicht einzusehen, wie solche abgeschwächte Menschenmassen noch in der Lage sein sollten, auf irgendwelche Befehle zu reagieren oder gar im vollen klaren Bewußtsein, im vollen Besitze ihrer Kraft dem eigentlichen traurigen Zwecke des Feldzuges, dem unmittelbaren Kampfe, obzuliegen. Diese Erkenntnis ist übrigens schon von mehreren objektiven Beurteilern dieses Sachverhaltes längst ausgesprochen worden; man weiß, daß infolge der zunehmenden Zahl der Kombattanten und der verschärften Rüstungen die bloße physisch-technische Möglichkeit, zu einem geregelten Kampfe zu gelangen, in steigendem Maße vermindert, ja geradezu vernichtet wird, ganz zu schweigen von der nunmehr auch durch einen preußischen General zugegebenen moralischen Unmöglichkeit, die Truppen wirklich ins Gefecht zu bringen. Wir stehen hier also vor einer förmlichen Abdikation, und es ist daher kein vernünftiger Grund einzusehen, aus welchem die Rüstungen noch erhöht werden, statt daß man zu einem Uebereinkommen über die Rüstungen zu gelangen bestrebt wäre und an die Stelle der auch in früheren Zeiten, aber vor allem in der jetzigen Zeit vollständig zwecklosen Macht das allein zur Entscheidung internationaler Konflikte berufene Recht zu setzen.

Von den naiven Anschauungen des Verfassers über die Grundlagen des

Pazifismus brauche ich in diesen Blättern wohl nicht viel zu reden. Die Einwendungen beziehen sich vor allem darauf, daß die Friedensbewegung den männlichen Geist im Volke zu unterdrücken suche, die kriegerisch-patriotische Gesinnung im Volke untergrabe und dem weibischen Zuge unserer Zeit folge. Die Friedensbewegung strebt aber lediglich an, daß, ähnlich wie auf allen anderen Gebieten, die Austragung auch von internationalen Interessenkonflikten nicht mehr durch brutale Gewalt, sondern durch Richterspruch erfolge. Diese Entwicklung des Rechtes läßt sich nachweisen, wenn man sich des Fortschrittes erinnert, den die Austragung bürgerlicher Rechtsstreite aufzuweisen hat. Selbst zur Verfolgung von Ehrverletzungen soll, wie die Antiduell-Ligen in allen Kulturstaaten bezwecken, ein Gericht (das Ehrengericht) kompetent werden. Die Friedensbewegung verweist ferner unausgesetzt auf das finanziell Bedenkliche der stets steigenden Rüstungsausgaben fast aller Staaten und darauf, daß die Befriedigung der dauernden Kultur- und Wirtschaftsbedürfnisse der Völker unter dieser steigenden Rüstungslast immer stärker leide.

Durch diese hier ganz epigrammatisch skizzierten Tendenzen der Friedensbewegung wird der „männliche" Geist im Volke in keiner Weise unterdrückt, da er sich ja auf allen anderen Gebieten der menschlichen Betätigung hinreichend entwickeln und zeigen kann. In jedem Berufe erfordert die Aufrechterhaltung der Existenz heutzutage wahrlich genug Kraft und Energie, handle es sich nun um industriell-kaufmännische Unternehmer, oder um Künstler, Beamte, Handwerker oder Arbeiter. Der obligatorische Turnunterricht in allen Schulen wäre ebenfalls geeignet, das Volk vor Verweichlichung zu schützen; man möge nur das Beispiel der Engländer und Amerikaner nachahmen, und man fände in der sportlichen Betätigung, welche allerdings vor Exzessen zu bewahren wäre, genügenden Schutz gegen Verweichlichung!

Vor allem sind es die modernen Entdecker und Erfinder (die wahren Wohltäter der Menschheit), die Forschungsreisenden, die Techniker, die Aerzte, welche in ihrem Berufe genug männlichen Geist aufzubringen haben, um ihren Aufgaben gerecht zu werden; gleichzeitig aber dienen sie dem allgemeinen und dauernden Interesse ihes Volkes, und indirekt auch aller übrigen Völker. Und da wirft sich die Frage auf, welcher Heroismus der edlere sei: der Heroismus im Kriege, welcher der Vernichtung anderer Menschen und oft ungeheurer wirtschaftlicher Werte dient, meist unverhältnismäßig geringfügiger Ursachen willen, oder der Heroismus für Kulturaufgaben, welche der Allgemeinheit dienen. Sind es z. B. nicht Heroen im höchsten Sinne des Wortes, welche sich der Erforschung der Pest widmeten in der ziemlich gewissen Voraussicht, selbst ein Opfer dieser fürchterlichen Krankheit zu werden? Und entfalten nicht jene wahrhaft männlichen Geist, welche in der Abwehr von Elementarereignissen aller Art, des Feuers, des Hochwassers, sich betätigen und meist ihre Gesundheit, ja häufig ihr Leben aufs Spiel setzen? Die großen Erfinder, Entdecker und Forschungsreisenden versagen sich Jahre hindurch, ja oft ihr ganzes Leben, alle Genüsse und Annehmlichkeiten des modernen Lebens, um einem hehren Ziele, einem Ideale nachzustreben, welches Hunderttausenden von Menschen von Nutzen ist; in einer solchen großen Selbstverleugnung offenbart sich ein so echt männlicher Geist, daß er getrost den Vergleich mit jeder kriegerischen Betätigung aufnehmen darf.

Zur Organisation der Interparlamentarischen Union.

Von Prof. L. Quidde, München.

II. Die Grundlagen einer künftigen Repräsentativ-Verfassung.

(Fortsetzung und Schluß.)

In dem vorigen Artikel habe ich die beiden Vorschläge besprochen, eine Repräsentativ-Verfassung der Union aufzubauen auf Grundlage entweder einer Gleichberechtigung der Staaten oder der Bevölkerungsziffer. Das Ergebnis war, daß keiner dieser beiden sich schroff gegenüberstehenden Vorschläge in voller Konsequenz durchgeführt werden könne, daß man vielmehr zu einem Kompromiß der beiden Gedanken kommen müsse. Aber auch ein solches Kompromiß befriedigt nicht, und zwar nicht etwa nur, weil die besondere Ausgestaltung desselben, die versucht wurde, ungenügend gewesen wäre, sondern weil in dem Gedanken selbst, einerlei, wie man ihn im einzelnen gestaltet, etwas Wesentliches unberücksichtigt bleiben mußte: die verschiedene kulturelle Entwicklung gleich großer Staaten, die verschiedene Bedeutung, die bei gleicher Bevölkerungszahl ihre Vertretung, gerade vom Standpunkt der Interparlamentarischen Union aus betrachtet, besitzen kann.

Es ist also weiter notwendig, Vorschläge zu prüfen, die dahin gehen, die Vertretung abzustufen nach solchen Kennzeichen, aus denen ein Schluß auf die kulturelle Entwicklung der Staaten, auf ihre Verknüpfung mit den Interessen der völkerrechtlichen Organisation und auf ihre Bedeutung für die Aufgaben der Union gezogen werden kann. Zwei solche Vorschläge sind gemacht worden: Der eine nimmt die Beteiligung am Welthandel als Grundlage des Stimmrechts, der andere das Maß der Beteiligung an den Aufgaben der Union.

3. Stimmrecht auf Grundlage der Beteiligung am Welthandel.

Der Vorschlag, den Anteil der Staaten am Welthandel als Grundlage für das Stimmrecht zu nehmen, findet sich in dem amerikanischen Antrag auf Schaffung eines Weltparlaments, der durch Mr. Barthold der Brüsseler Konferenz von 1905 vorgelegt wurde. Es ist eben jener Antrag, der zur Einsetzung der jetzigen Organisations-Kommission der Union geführt hat. Dieser Antrag wollte ein Weltparlament (Congrès international), bestehend aus zwei Kammern, einem Senat (Staatenhaus) und einer Abgeordnetenkammer (Volkshaus). In den Senat sollte jede Nation zwei Vertreter entsenden, in die Abgeordnetenkammer aber eine Vertretung entsprechend ihrem auswärtigen Handel (une représentation proportionelle à son commerce international).

Man wird zugeben müssen, daß die Beteiligung am Welthandel nicht ohne Beziehung ist zu der kulturellen, besonders wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes und auch zur Bedeutung der internationalen Interessen und der internationalen Fragen, um die es sich gerade in einem Weltparlament, wie auch in der Interparlamentarischen Union handelt.

Aber wenn der Welthandel als ein Symptom oder auch Kriterium der internationalen Bedeutung eines Landes gelten kann, so ist er doch eben nur ein einziges der verschiedenen Symptome oder Kriterien, und in manchen Fällen ein recht unzuverlässiges. Man hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht (so auch La Fontaine in seinem mehrfach erwähnten Bericht)[9]), daß es Länder gibt, die nur deshalb weniger als andere, wirtschaftlich und kulturell nicht höher entwickelte, am Welthandel beteiligt sind, weil sie sich in der glücklichen Lage befinden, den Austausch der verschiedenen Bedürfnisse zum großen Teil innerhalb ihrer eigenen Grenzen, durch Innenhandel, vollziehen zu können. Auf der anderen Seite, darf man hinzufügen, gibt es Länder, die einen großen Teil ihres Außenhandels dem Umstande verdanken, daß sie vermöge ihrer geographischen Lage einen gewaltigen Durchgangsverkehr haben, der mehr durch die industrielle und kommerzielle Entwicklung der Nachbarländer veranlaßt ist, als daß er die eigene überragende Entwicklung bezeugte.

Es kommt hinzu das Bedenken, daß die Ziffern der Handelsstatistik nicht nur vielfach sehr unzuverlässig sind und in den verschiedenen Ländern auf sehr verschiedenen Anschreibungsgrundsätzen beruhen[10]) — ein Uebelstand, der sich ja mit der Zeit mildern ließe —, sondern daß sie auch außerordentlich schwanken, so daß ein fortwährendes Auf und Ab in der Stimmverteilung erfolgen müßte.

Das alles spricht von vornherein dagegen, diese Stimmverteilung geradezu auf die Beteiligung am Welthandel aufzubauen, und diese Bedenken werden verstärkt, wenn man den allgemeinen Gedanken in konkretere Bestimmungen umsetzt und deren Wirkungen kontrolliert.

La Fontaine legt uns zwei Varianten des Vorschlags vor; bei der einen wird das Stimmrecht bemessen nach der absoluten Größe des auswärtigen Handels, in der Weise, daß auf je 500 Millionen Franken 1 Stimme kommt, bei der anderen entscheidet die auf den Kopf der Bevölkerung berechnete relative Größe dieses Handels, in der Weise[11]), daß für je 100 Franken (immer bis zum halben Hundert weitergerechnet) eine Stimme erteilt wird. Dazu kommt dann drittens noch eine Kombination der zweiten Variante mit der aus der Bevölkerungsziffer gewonnenen Stimmenzahl durch Multiplikation der beiden Ziffern.

Bei der ersten Variante (Verteilung der Stimmen nach der absoluten Größe des Außenhandels) steht nach den von La Fontaine gegebenen Zahlen natürlich Großbritannien an der Spitze mit 59 Stimmen. Es folgt unmittelbar Deutschland mit 43, die Vereinigten Staaten würden 35, Frankreich 30 Stimmen erhalten; dann kommen, und zwar weit vor allen noch nicht genannten Großmächten, die Niederlande mit 20; es folgen fast auf gleicher Stufe Oesterreich mit 14 und Belgien mit 13, dann erst Rußland mit 11 und Italien mit 10 Stimmen; weiter haben Ungarn und Argentinien je 7, die Türkei und die Schweiz je 6, Japan und Brasilien je 5,

[9]) Compte rendu de la 16e Conférence tenue à Bruxelles, 1910, p. 190.

[10]) Die deutsche Handelsstatistik unterscheidet „Generalhandel" (nur im Gewicht, nicht im Wert ermittelt), „Gesamteigenhandel" und „Spezialhandel", den letzteren vor und nach dem 1. März 1906 etwas verschieden abgegrenzt. Die Ziffern bei La Fontaine sind die des „Gesamteigenhandels" von 1907.

[11]) Bei La Fontaine ist der Maßstab nicht angegeben; er ergibt sich aber aus seinen Ziffern; nur muß man bei Ungarn für 167 Francs zwei Stimmen statt einer einsetzen. Es sollen also gegeben werden eine Stimme bis zu 150 Fr., zwei für 150—250, drei für 250—350 Fr. usw. In den betreffenden Rubriken der La Fontaineschen Tabelle (S. 194/195 des Berichts über die Brüsseler Konferenz) stecken einige Fehler. Der auffallendste ist der, daß der „Commerce par tête" für Argentinien mit 1485 Fr., für die Niederlande mit 681 Fr. angegeben ist. Die 1 des Tausend ist eine Zeile zu hoch gestellt; für Argentinien muß es 485 statt 1485 heißen; bei den Niederlanden allerdings nicht genau 1681, sondern 1667. Bei Paraguay kommen 81 statt 85 Fr. auf den Kopf der Bevölkerung. Bei Frankreich und Oesterreich werden die Verhältniszahlen richtig sein; aber in den absoluten Ziffern des Handels stecken Druckfehler, bei Frankreich sind offenbar 14,6 Milliarden zu lesen statt 11,6, bei Oesterreich sind die 6,84 Milliarden wohl in 5,84 zu korrigieren (dann muß freilich auch die Ziffer in der folgenden Rubrik 14 in 12 geändert werden). Bei Ungarn ist nicht nur für die Répart. III, wie erwähnt, 2 statt 1, sondern auch für die Répart. IV dementsprechend 14 statt 7 zu setzen.

Schweden, Dänemark, Spanien je 4, Cuba Mexiko, Chile je 3, Rumänien, Portugal und Norwegen je 2, alle anderen Staaten je 1 Stimme. Das sind offenbar ganz unmögliche Ergebnisse, die sich auch nicht viel anders gestalten würden, wenn man den Verteilungsmaßstab anders als mit 500 Millionen Franken für je eine Stimme bemessen wollte.

Die zweite Variante (Stimmverteilung nach der relativen Größe des auswärtigen Handels, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung) gibt noch unmöglichere Ergebnisse. Weit an der Spitze aller Staaten würden, wenn die gegebenen Ziffern richtig kommensurabel sind, die Niederlande marschieren; sie würden 17 Vertreter erhalten; es folgen im weiten Abstand Belgien und die Schweiz mit 8, dann erst Großbritannien mit 7 (übertroffen noch durch zwei seiner Kolonien, von denen Neuseeland mit 9, Australien mit 8 Stimmen gleich nach den Niederlanden kämen, beide vor Canada und Südafrika). Mehr braucht man eigentlich nicht, um zu sehen, daß dieser Verteilungsmaßstab nicht ernsthaft in Betracht kommen kann. Doch fügen wir noch hinzu, daß Deutschland und die Vereinigten Staaten, die nach absoluter Handelsziffer an zweiter bzw. dritter Stelle standen, auf 3 bzw. 2 Stimmen zurückgedrängt werden, auf eine Linie mit Uruguay bzw. Costa Rica, und daß das Riesenreich Rußland mit 1 Stimme hinter diesen beiden amerikanischen Kleinstaaten noch zurückstehen müßte.

Die von La Fontaine vorgelegte Kombination der beiden Faktoren Bevölkerung und Welthandel, gewonnen durch Multiplikation der von ihm nach seiner Skala aus der Bevölkerung gewonnenen Stimmenzahl mit der soeben besprochenen des relativen Handels ist kaum besser, ja in manchem noch grotesker. Die Niederlande würden 102 Stimmen erhalten, 2 mehr als die niederländische zweite Kammer überhaupt Abgeordnete zählt, Großbritannien 63, Belgien 48, Australien 40, Südafrika und Canada je 36, Frankreich und die Schweiz je 32, Argentinien 30, Deutschland 27, Dänemark 21, die Vereinigten Staaten 20 usw.

Ein Verteilungsprinzip, das zu solchen Ergebnissen führt, braucht man nicht ernsthaft zu diskutieren. La Fontaine ist ja offenbar auch weit entfernt davon, diese Verteilungsmethoden empfehlen zu wollen; er charakterisiert sie allerdings nicht mit der Schärfe, wie es hier geschehen, und begnügt sich, festzustellen, daß die Verteilung nach der absoluten Handelsziffer das Uebergewicht den großen Staaten gibt, jene nach der relativen Handelsziffer den kleinen, jene durch Multiplikation mit der Bevölkerungsskala den mittleren Staaten; aber er nennt doch das Ergebnis gerade dieser drei Verteilungsmethoden wenig befriedigend und sucht deshalb nach einem anderen Einteilungsprinzip, auf das ich im übernächsten Abschnitt zu sprechen kommen werde.

Zunächst aber ist die Frage aufzuwerfen, ob durch diese unbrauchbaren Ergebnisse nun auch schon die völlige Unbrauchbarkeit des Gedankens erwiesen ist?

Erwiesen ist, daß man den nationalen Gruppen ihre Stimmenzahl nicht einfach proportional der Welthandelsziffer, weder der absoluten, noch der relativen, ihrer Länder zuerteilen kann. Aber nicht erwiesen ist, daß man diese Ziffern nicht nebenbei, als einen der die Stimmenzahl beeinflussenden Faktoren, neben anderen, besonders neben der Bevölkerungsziffer, verwenden kann und darf. Unglücklich ist nur das Multiplikationsverfahren; aber berechtigt bleibt, scheint mir, der Gedanke, daß die Beteiligung am Welthandel ein Kennzeichen ist, um unter Staaten mit gleicher Bevölkerungszahl eine gewisse Differenzierung zu gewinnen, die einem stärkeren oder geringeren Interesse am internationalen Verkehr und damit an internationalen Fragen entspricht, und um Staaten von verschiedener Bevölkerungszahl unter diesem Gesichtspunkt einander anzunähern.

Nur darf man dann den Handelsziffern keinen zu großen Einfluß auf das Schlußergebnis gewähren, und man wird nicht multiplizieren, sondern addieren müssen.

Mit anderen Worten: der Gedanke, den einzelnen Staaten zu den Grundstimmen, die wir aus der Bevölkerungszahl gewonnen haben, Zusatzstimmen auf Grundlage ihrer Beteiligung am Welthandel zu gewähren, scheint mir durchaus diskutabel.

Dabei könnte man sowohl die absolute wie die relative Größe der Beteiligung am Welthandel berücksichtigen, und man müßte, ähnlich wie in der Bevölkerungsskala, einen Maßstab geben, der nicht einfach proportionell steigert, sondern auf steigende Intervalle je eine Stimme mehr gewährt.

Nicht mit dem Anspruch, eine Lösung zu bieten, sondern nur um die weitere Diskussion durch besser anschauliche feste Ziffern zu erleichtern, seien folgende Zusatzstimmen vorgeschlagen:

a) Auswärtiger Handel in der absoluten Höhe von	Stimmen
über 1 bis 5 Milliarden Fr.	1
„ 5 „ 10 „ „	2
„ 10 „ 20 „ „	3
„ 20 „ 30 „ „	4
„ 30 „ „	5

b) Auswärtiger Handel, berechnet auf den Kopf der Bevölkerung	Stimmen
über 100 bis 300 Fr.	1
„ 300 „ 600 „	2
„ 600 „ 1000 „	3
„ 1000 „	4

Es würden dann erhalten Zusatzstimmen: Rußland 2 + 0 = 2, die Vereinigten Staaten 3 + 1 = 4, Deutschland 4 + 2 = 6, Japan 1 + 0 = 1, Großbritannien 4 (fast 5) + 3 = 7 (oder 8), Frankreich 3 + 2 = 5, die Türkei 1 + 0 = 1, Italien 1 + 1 = 2, Oesterreich 2 + 1 = 3, Brasilien 1 + 1 = 2, Spanien 1 + 0 = 1, Ungarn 1 + 1 = 2, Mexiko 1 + 0 = 1, Belgien 2 + 3 = 5, Rumänien 0 + 1 = 1, Argentinien 1 + 2 = 3, die Niederlande 2 (fast 3) + 4 = 6 (oder 7), Portugal 0 + 1 = 1, Schweden 1 + 2 = 3, Chile 1 + 1 (fast 2) = 2 (oder 3), die Schweiz 1 + 3 = 4, Dänemark 1 + 3 = 4, Griechenland 0 + 1 = 1, Norwegen 0 + 2 = 2, Cuba 1 + 2 = 3, Uruguay 0 + 2 = 2, Costa Rica 0 + 1 = 1, alle anderen Staaten 0.

Werden diese Zusatzstimmen den früher aus der Bevölkerungsskala berechneten Stimmen hinzugerechnet, so kommen wir auf folgende Reihenfolge: Rußland 26, Vereinigte Staaten 24, Deutschland 24, Großbritannien 22, Frankreich 19, Japan 17, Türkei, Italien, Oesterreich je 15, Belgien und Niederlande je 13, Brasilien und Ungarn je 12, Spanien 11, Mexiko, Argentinien, Schweden je 10, die Schweiz 9, Persien, Rumänien, Portugal, Dänemark je 8, Chile und Cuba je 7, Columbien, Peru, Bulgarien, Norwegen je 6, Uruguay 5, Serbien und Venezuela je 4, Bolivien, Guatemala, Liberia, Haiti, Salvador, Ecuador je 3, Honduras, Paraguay, St. Domingo, Nicaragua, Costa Rica je 2, Panama, Montenegro, Luxemburg, Monaco je 1.

Wir sind damit einem annehmbaren Ergebnis, glaube ich, erheblich näher gekommen. Vielleicht wird es noch annehmbarer, wenn wir versuchen, einen weiteren Kultur-Gradmesser, die Stärke des internationalen Interesses, zu berücksichtigen.

4. Stimmrecht auf Grundlage der Beteiligung an der Interparlamentarischen Union.

La Fontaine äußert am Schluß seines Berichts den Gedanken, man werde, einerlei, welches System der Stimmverteilung man wähle, die Frage prüfen müssen, ob es richtig sei, einer nationalen Gruppe die volle ihr zukommende Stimmenzahl zu gewähren, wenn diese Gruppe nur einen Teil der Parlamentarier des betr. Landes enthalte. Er erwägt den Gedanken, einer jeden Gruppe nur die Stimmenzahl zu geben, die proportionell zur Zahl ihrer Mitglieder ist, und er meint: da es das Bestreben der Union sein müsse, in ihrem Schoß alle Abgeordneten und alle Senatoren der ganzen Welt zu vereinigen, so würde eine solche Abhängigkeit des Stimmrechts von der Stärke der Beteiligung an der Union ein mächtiges Reizmittel bilden, um jede Gruppe neue Mitglieder werben zu lassen.

D'Estournelles de Constant hat in seinen Bemerkungen über die Organisation der Interparlamentarischen Union, die ich schon in meinem letzten Artikel zitiert habe[12]), diesen Gedanken weiter verfolgt. Er ist, wie wir gesehen haben, der Meinung, die definitive Lösung werde darin bestehen, jedem Parlament eine Stimme zu gewähren. Bis aber die parlamentarische Entwicklung diesen endgültigen Ausgleich möglich mache, schlägt er vor, jeder nationalen Gruppe so viele Stimmen zu gewähren, wie sie Zehntel der Gesamtziffer des von ihr vertretenen Parlaments zählt. Wenn z. B. eine Gruppe 10 Mitglieder zähle und ein Parlament von 100 Mitgliedern vertrete, so würde sie eine Stimme erhalten; ebenso auch eine Gruppe von 100 Mitgliedern, die ein Parlament von 1000 Mitgliedern vertrete. Wenn diese beiden Gruppen aber, die eine 30 Mitglieder von 100, die andere 300 von 1000 zählten, so würden sie beide je drei Stimmen erhalten. Damit würde die Union, wie d'Estournelles meint, keine andere Ueberlegenheit anerkennen, als die der Anhänglichkeit an ihre eigenen Prinzipien, und sie würde niemand begünstigen, als jene, die ihrer Propaganda am besten dienen. Sie würde damit die am besten organisierten Gruppen ermutigen und damit ihrer eigenen Zukunft am besten dienen, da ihre Bedeutung auf der guten Organisation der sie bildenden Gruppen beruhe.

Der Unterschied zwischen dem Gedanken La Fontaines und dem Vorschlag d'Estournelles ist also der, daß La Fontaine irgend ein Stimmverteilungssystem voraussetzt und das Ergebnis dieses Systems noch dadurch modifizieren will, daß die einer Gruppe auf Grund jenes Verteilungsmaßstabes zukommenden Stimmen eingeschränkt werden in dem Verhältnis, in dem die Parlamentarier des betreffenden Landes der Gruppe angehören. Wenn z. B. ein Land 12 Stimmen erhalten würde, und die betreffende nationale Gruppe zählt nur 50 % der beitrittsberechtigten Parlamentarier des Landes, so würde die Stimmenzahl auf die Hälfte, auf sechs herabgesetzt werden. D'Estournelles dagegen will einen anderen Verteilungsmaßstab gar nicht gelten lassen, sondern die Stärke der Vertretung eines Parlaments in der Union lediglich abhängig machen von der relativen Stärke der betreffenden Gruppe oder von dem Prozentsatz (abgerundet auf Zehntel), mit dem die Parlamentarier des Landes der Union angehören.

Gegen den Vorschlag d'Estournelles ist zunächst einzuwenden, daß damit all die wichtigen Momente, die wir bisher als beachtenswert für die Stimmverteilung betrachtet haben, vollkommen ausgeschaltet sind, daß auf die gewaltigen Bevölkerungsunterschiede der Staaten, auf die Verschiedenheit ihrer Beteiligung am Welthandel und des Gewichts ihrer internationalen Interessen gar keine Rück-

[12]) Conciliation internationale, 1910 Septembre, pag. 14.

sicht genommen wird. Wichtiger aber ist der prinzipielle Einwand gegen das Verteilungssystem selbst, daß die Stärke der Beteiligung der Abgeordneten an der Interparlamentarischen Union gar keinen zuverlässigen Maßstab für die Entwicklung des Interesses an den internationalen und interparlamentarischen Fragen bildet.

In dem einen Parlament können die Parteiverhältnisse der Bildung einer starken Gruppe günstig, in dem anderen ihr ungünstig sein, ohne daß man daraus einen Schluß auf die Stärke der interparlamentarischen Ideen ziehen dürfte. Man möge nur beachten, daß z. B. in Deutschland die Sozialdemokraten, die doch gewiß international gesinnt sind, sich grundsätzlich nicht an der Union und deren Konferenzen beteiligen, während sie in anderen Ländern zu den interparlamentarischen Gruppen zahlreiche, tätige und geschätzte Mitglieder stellen[13]). Wenn künftig im Deutschen Reichstag, was leicht möglich ist, die sozialdemokratische Fraktion etwa 25 % der Gesamtvertretung ausmacht, so gehen damit diese 25 % der deutschen Gruppe von vornherein verloren, ohne daß daraus der mindeste Schluß für die Stärke des Gedankens internationaler Verständigung gezogen werden dürfte.

Aber auch, abgesehen von solchen besonderen Momenten, ist die Stärke einer nationalen Gruppe nicht durchaus ein Maßstab für die Stärke der interparlamentarischen Idee. Zufälligkeiten können eine sehr große Rolle dabei spielen. Die gegenwärtige Stärke der belgischen Gruppe ist gewiß nicht unbeeinflußt durch den Umstand, daß die interparlamentarische Konferenz schon viermal in Brüssel getagt hat und Brüssel obendrein jetzt Sitz des Generalsekretariats ist. Im allgemeinen wird die Stärke einer Gruppe nicht nur davon abhängen, wie weit die Mitglieder eines Parlamentes den Prinzipien der Interparlamentarischen Union zugänglich sind, sondern vor allem auch davon, ob sich zufälligerweise die geeigneten Persönlichkeiten zur Organisation und Führung der Gruppe finden. Die Tätigkeit eines Einzelnen kann unter Umständen die Mitgliederzahl einer Gruppe verdoppeln, und ob dieser Einzelne sich findet doppeln. Wenn z. B. in der französischen Deputiertenkammer 61 % der Mitglieder der Union angehören und im englischen Unterhause nur 29 % (der französische Senat mit 50 % und das englische Oberhaus mit 3 % lassen sich überhaupt nicht vergleichen), so darf man daraus noch nicht schließen, daß die Idee der internationalen Verständigung in Frankreich doppelt so stark sei wie in England; sondern viel eher wird man diesen Unterschied auf die organisatorische Tätigkeit eines Einzelnen, eben d'Estournelles selbst, zurückführen dürfen. Ob dieser Einzelne sich findet oder nicht, ist natürlich oft Sache des Zufalls.

Das stärkste Bedenken aber, das meines Erachtens den Vorschlag d'Estournelles unannehmbar macht, liegt in der Erwägung, daß in manchen Parlamenten eine solche Stimmenverteilung zu einer künstlichen äußeren Stärkung der nationalen Gruppe ohne innere Anteilnahme der neu beitretenden Mitglieder führen würde.

Es werden in manchen Parlamenten gerade die nationalistisch gesinnten Abgeordneten wie folgt argumentieren: „Wir sind zwar mit den Zielen der Union nicht einverstanden und würden am liebsten sehen, wenn sie wieder verschwände; da sie nun aber einmal existiert, wünschen wir, daß unsere Landsleute wenigstens einen möglichst starken Einfluß in ihr ausüben; wir treten deshalb der Union bei, um den Vertretern unseres Parlaments die Maximalzahl der möglichen Stimmen zu sichern, und überlassen das übrige denen unserer Kollegen, die sich an dieser, nun leider nicht mehr zu beseitigenden Institution beteiligen wollen." An solchen Mitgliedern, deren Beitritt auf einer inneren Unwahrhaftigkeit beruht, kann natürlich der Union, so sehr sie wünschen muß, alle Parlamentarier aller Parlamente in sich zu vereinigen, nichts gelegen sein.

Selbst wo sich solche nationalistischen Tendenzen für die Verstärkung einer Gruppe nicht geltend machen sollten, würde ganz gewiß die Wirkung eintreten, daß eifrige Führer einer Gruppe Mitglieder für sie werben würden, nur um die Stimmenzahl innerhalb der Union zu erhöhen, ohne viel nach der inneren Anteilnahme und nach der Gesinnung der neuen Mitglieder zu fragen. Wie weit ein solches Werben von Mitgliedern, bestimmt durch äußere und nicht durch innere Gründe, in einem Parlament Erfolg hätte, würde unter

[13]) Die deutsche Sozialdemokratie hat bis vor kurzem überhaupt mit dem bürgerlichen Pazifismus nichts zu tun haben wollen und sich zu allen Versuchen, ein Zusammengehen herbeizuführen, ablehnend gestellt. (Erst in allerletzter Zeit scheint sich eine Aenderung in dieser Haltung vorzubereiten.) Fried hat in seiner Studie über die neuere Entwicklung des deutschen Pazifismus (in La Paix par le Droit 1910) auf diese, übrigens allgemein bekannte und oft besprochene Tatsache hingewiesen, aber bemerkt, daß die sozialdemokratische Presse ihre Millionen von Lesern in friedlichem Sinne beeinflusse und so, ohne es zu wollen, die Wirkung der pazifistischen Arbeit doch unterstütze. Bei dem Abdruck dieses Friedschen Artikels im 11. Heft (Novembre) des Jahrgangs 1910 der „Conciliation Internationale" hat d'Estournelles de Constant diese Bemerkung, und besonders die Wendung „ohne es zu wollen" beanstandet unter Hinweis auf die gewissenhafte und willige Mitarbeiterschaft seiner sozialistischen französischen Kollegen. Es beweist das wieder, daß die Sozialisten in Frankreich sich zum Pazifismus und zur Interparlamentarischen Union anders verhalten als die Sozialdemokraten in Deutschland. Fried hat für Deutschland leider nicht unrecht.

Umständen davon abhängen, wie gewissenhaft oder wie leichtfertig die Parlamentarier des betreffenden Landes es mit ihrer Aufgabe und ihren Gesinnungen nehmen. Es könnte leicht die Wirkung eintreten, daß wenigstens zum Teil die Vermehrung der Stimmenzahl eine Prämie für größere Skrupellosigkeit würde, während die größere Gewissenhaftigkeit benachteiligt wäre.

Nach der heutigen Zusammensetzung der Union wäre das praktische Ergebnis des d'Estournelles'schen Vorschlages (eine Stimme für jedes angefangene Zehntel gerechnet) folgende Stimmenverteilung: Dänemark und Norwegen je 10, Belgien 9, die Niederlande, Schweden und Frankreich je 7, Ungarn 5, Italien, die Vereinigten Staaten, Portugal je 4, Deutschland (ganz hart an der oberen Grenze), Großbritannien, Rußland, die Schweiz, Oesterreich je 3, die Türkei (auch ganz hart an der oberen Grenze) und Serbien je 2, Spanien, Rumänien, Japan je 1. Die sechs europäischen Großmächte, die Vereinigten Staaten und Japan zusammengenommen hätten also nur etwa drei Viertel so viel Stimmen wie die drei skandinavischen Staaten, Belgien und die Niederlande, 33 gegen 43! Gewiß ist dieser Aufstellung kein übergroßes Gewicht beizulegen, denn sie würde sich nach Einführung des vorgeschlagenen Stimmverteilungsprinzips voraussichtlich stark ändern; aber immerhin bestätigt sie die theoretischen Bedenken.

Aus allen diesen Gründen glaube ich den Vorschlag unseres ausgezeichneten französischen Führers ablehnen zu müssen.

Will man dem Grundgedanken nähertreten, so könnte es nur auf der Grundlage der La Fontaine'schen Anregung geschehen, daß man nämlich die durch andere Faktoren bestimmte Stimmenzahl noch modifizierte unter Berücksichtigung der Verhältnisziffer, in der die betreffende nationale Gruppe der Union zu der Gesamtzahl der beitrittsberechtigten Parlamentarier des Landes steht. Es scheint mir selbstverständlich, daß man dabei nur die Mitglieder der zweiten Kammern, die Deputierten, in Rechnung stellen dürfte; denn nur die zweiten Kammern können miteinander einigermaßen in Vergleich gestellt werden. Das englische House of Lords und der französische Senat sind zu verschieden geartete Körperschaften, um ihre Vertretung in der Union mit dem gleichen Maßstab messen zu können.

Auch bei dieser Verwertung des Gedankens im Sinne der Anregung La Fontaines scheint es mir aber bedenklich, den Einfluß dieser Relation zu stark werden zu lassen. Die Gründe liegen in dem, was ich soeben über den Vorschlag d'Estournelles ausgeführt habe.

Man könnte eine abgeschwächte Einwirkung dieser Relation etwa in der Weise gelten lassen, daß man die fehlenden, nicht zur Union gehörenden Prozente der Parlamentarier statt mit dem vollen Betrag nur mit der Hälfte bei Berechnung der Stimmenzahl in Abzug brächte. Beispiele werden diesen wohl etwas zu abstrakt-arithmetisch ausgedrückten Gedanken leicht verständlich machen. Angenommen, in einem Parlament gehören 20 % der Abgeordneten der Interparlamentarischen Union an, es fehlen also zur vollen Vertretung 80 %, so würden 40 % (die Hälfte dieser 80) bei Berechnung der Stimmen in Abzug kommen. Die Gruppe würde also 100 — 40 = 60 % der Stimmen erhalten, die nach den sonstigen für die Berechnung der Stimmenzahl maßgebenden Faktoren auf sie entfallen würde. Beträgt die Beteiligung der Parlamentarier eines Landes bei der Union 50 %, so würde die Vertretung um die fehlenden 50, dividiert durch 2, also um 25 % reduziert werden, sie würde 75 % oder ¾ der ihr sonst zustehenden vollen Stimmenzahl erreichen.

Es kann dabei, wie leicht ersichtlich, die Stimmenzahl niemals auf weniger als die Hälfte reduziert werden. Die Prozentziffern von 1 bis 99 bewirken eine Reduktion auf 50½ bis 99½ [14]). In der nachfolgenden Zusammenstellung [15]) habe ich ½ immer zugunsten der betreffenden Gruppe für voll gerechnet.

Die Beteiligung der Parlamentarier, d. h. nur der Unterhaus-Mitglieder, an der Union beträgt heute in Rußland 26 %; das Stimmrecht würde nach dem jetzigen Stande also um die Hälfte von 100 — 26, d. h. um 37 %, auf 63 % verkürzt werden. Für die Vereinigten Staaten würde bei einer Beteiligung von 34 % die Reduzierung auf 67 % erfolgen; für Deutschland bei 30 auf 65 %; für Japan bei 5 auf 53; für Großbritannien bei 29 auf 65; für Frankreich bei 61 auf 81; für die Türkei bei 20 auf 60; für Italien bei 37 auf 69; für Oesterreich bei 23 auf 62; für Spanien bei 9 auf 55; für Ungarn bei 41 auf 71; für Belgien bei 83 auf 92; für Rumänien bei 5 auf 53; für die Niederlande bei 64 auf 82; für Portugal bei 33 auf 67; für Schweden bei 63 auf 82; für die Schweiz bei 25 auf 63; für Serbien bei 13 auf 57 %, während für Dänemark und Norwegen mit je 100 % Beteiligung eine Reduzierung der Stimmziffer überhaupt nicht eintreten würde. Diese Ziffern sind allerdings m. E. von recht problemati-

[14]) Eine einfache Methode, um aus den Prozenten der Mitgliedschaft die Prozente der Stimmenzahl zu gewinnen, ist es, die Hälfte der ersteren Prozentzahl zu 50 zu addieren, z. B. bei Deutschland Mitgliedschaft 30 %, also Stimmrecht reduziert auf 30/2 + 50 = 65 %.

[15]) Sie beruht auf den Ziffern von 1911, die ich der Güte des Herrn Dr. Lange verdanke, inzwischen abgedruckt in Annuaire de l'Union interparl. 1911 S. 135 f. Das deutsche Friedensjahrbuch 1911 hat noch die Ziffern von 1910.

schem Wert, weil die Grundlage der Berechnung sich wahrscheinlich, wenn das Stimmrecht auch nur teilweise von der Beteiligung an der Union abhängig wäre, bei manchen Gruppen stark verschieben würde.

Immerhin gibt die Zusammenstellung (vgl. auch die Tabelle S. 244) ein Bild davon, wie eine solche Beeinflussung des Stimmrechts durch die Beteiligung an der Union wirken könnte. Schwächt man die Wirkung der Mitgliedschafts-Prozente in dieser oder einer ähnlichen Weise ab, so sind auch vielleicht die Bedenken, die ich vorher geltend gemacht habe, so weit abgeschwächt, daß man diesen Faktor für die Stimmverteilung mit einsetzen darf.

Wenn ich persönlich auch gegenüber einer derartig gemilderten Berechnungsmethode noch nicht frei von Bedenken bin, muß ich doch anderseits zugeben, daß es wünschenswert wäre, das Stimmrecht unter zwei sonst gleichberechtigten Ländern, unter Berücksichtigung des Umstandes, wie stark das Interesse für die Aufgaben der Interparlamentarischen Union bei ihnen entwickelt ist, irgendwie abzustufen, denn in dieser Entwicklung liegt sicher im allgemeinen ein Moment kultureller Differenzierung, insbesondere ein gewisses Anzeichen dafür, wie stark die internationalen Interessen, denen die Union dienen soll, in einem Lande vertreten sind und Verständnis finden. Dafür gibt es kaum einen anderen äußerlich meßbaren Tatbestand, als den Grad der Beteiligung an der Union und ihren Konferenzen. Vielleicht kann man aber diesem Faktor noch auf eine andere Weise näher kommen.

Das Interesse an den Aufgaben der Interparlamentarischen Union hat sich bisher, äußerlich greifbar und meßbar, betätigt in dem Besuch der interparlamentarischen Konferenzen. Man könnte je nach der Stärke der Beteiligung der einzelnen Parlamente für jede Konferenz jeder dort vertretenen nationalen Gruppe Gutpunkte zuerkennen, das heißt Punkte oder Ziffern gutschreiben, und dann, nach dem Durchschnitt dieser Ziffern, berechnet für die bisherigen Konferenzen (zurzeit 16), den einzelnen nationalen Gruppen Zusatzstimmen zuerkennen. Ich habe, nicht eigentlich, um einen bestimmten Vorschlag zu machen, sondern um zu sehen, ob dieser Gedanke durchführbar wäre und wie er etwa wirken würde, eine Berechnung versucht auf der Grundlage, daß ich für eine Beteiligung bis zu 5 Vertretern oder bis zu 2 % der berechtigten Parlamentarier einen Punkt gutgeschrieben habe, für 6 bis 10 Vertreter oder über 2 bis 4 % 2 Punkte, für 11 bis 20 Vertreter oder über 4 bis 8 % 3 Punkte, für 21 bis 30 Vertreter oder über 8 bis 12 % 4 Punkte, für 31 bis 40 Vertreter oder über 12 bis 16 % 5 Punkte, für 41 bis 50 Vertreter oder über 16 bis 20 % 6 Punkte, für mehr als 50 Vertreter oder mehr als 20 % 7 Punkte.

Daß hier absolute Ziffern und Prozentziffern nebeneinander stehen, hat seine Begründung darin, daß die absoluten Ziffern, allein genommen, die an Mitgliederzahl starken Parlamente sehr stark begünstigen würden, die Prozentziffern aber, allein genommen, umgekehrt die kleinen Parlamente, weil es erfahrungsgemäß viel leichter ist, aus einer kleinen Zahl den gleichen Prozentsatz zu gewinnen. Ob ich den Ausgleich der beiden Berechnungsmethoden gerade richtig gefunden habe[16]), soll gern dahingestellt bleiben. Bei der Berechnung der Vertretung auf den einzelnen Konferenzen habe ich dann, soweit möglich, nur die Mitglieder der zweiten Kammern (der Deputierten- oder Volkskammern) in Rechnung gezogen, weil, wie schon erwähnt, die Stellung der ersten Kammer, der Senate, Ober- und Herrenhäuser zu verschiedenartig ist. Ferner habe ich den in der Union schon eingeführten Grundsatz berücksichtigt, daß die Vertretung des Landes, in dem die Konferenz stattfindet, nicht stärker gezählt werden darf, als die Vertretung des an erster Stelle stehenden ausländischen Parlaments. Endlich habe ich für die vorbereitende Konferenz von 1888, auf der nur England und Frankreich vertreten waren, beiden Mächten drei Punkte gutgeschrieben, ohne darum den Divisor zu erhöhen. Die Berechnung, die ich hier, um nicht zu weitläufig zu werden, im einzelnen nicht vorführen kann, leidet allerdings an einer Reihe von Unsicherheiten des Materials[17]). Diese werden aber im Schlußergebnis kaum irgendwo einen Unterschied, jedenfalls nirgends mehr als eine Stimme ausmachen.

Es würden unter den genannten Voraussetzungen erhalten: Großbritannien (für 59 Gutpunkte), Frankreich (für 57) und Italien (für 57) je 4 Stimmen; die Niederlande (für 49), Belgien (für 47), Ungarn (für 47), Deutschland (für 43), Dänemark (für 41) je 3, Oesterreich (für 34), Rumänien (für 33), Norwegen (für 29) je 2, die Schweiz (für 22), Schweden (für 19), die Vereinigten Staaten (für 17), Portugal (für 14) je 1 Stimme, während die übrigen zurzeit in der Union vertretenen Länder, Griechenland (6), Japan (5), Rußland (5), Serbien (4), Spanien (3) und die Türkei (2), leer ausgehen würden.

Bei dieser Berechnung von Zusatzstimmen würden allerdings die Länder, die erst spät eine parlamentarische Verfassung erhalten oder spät in die interparlamentarische Bewegung eingetreten sind, mit diesem einen Faktor dauernd schlechter gestellt sein als jene, die von Anfang an auf den interparlamentarischen Konferenzen vertreten waren. Aber dieser Unter-

[16]) Bei 250 Mitgliedern gleichen sich die absoluten Ziffern und die Prozente aus.

[17]) Die Statistik über den Besuch der Konferenzen verdanke ich Herrn Dr. Chr. Lange.

schied ist nicht unberechtigt, und er würde mit der Zeit sich immer mehr ausgleichen; denn man könnte dieses System, der Stärke der Vertretung auf den Konferenzen einen gewissen bescheidenen Einfluß auf die Stimmenzahl zu gestatten, auch fortführen (selbstverständlich in entsprechend veränderter Form), wenn einmal eine Repräsentativ-Verfassung eingeführt ist.

Noch einmal möchte ich betonen, daß ich die Einzelheiten dieses Vorschlages wie der anderen Berechnungssysteme (nach Bevölkerungszahl und Welthandel) nicht in dem Sinne betrachtet haben möchte, daß ich diese Einzelheiten als eine durchaus befriedigende Gestaltung des Grundgedankens vertrete, sondern mehr, um an einem ziffernmäßigen Beispiel zu zeigen, wie sich die Durchführung des Gedankens etwa gestalten könnte.

Mit diesem Vorbehalt gebe ich hier nebenstehend eine Tabelle, die die Wirkung der genannten, bisher geprüften Berechnungsmethoden veranschaulicht. Sie ist aufgebaut, wie auch noch einmal bemerkt sei, auf die Bevölkerungs- und Welthandelsziffern der La Fontaineschen Tabellen. Diese Ziffern sind ja heute durch neuere Daten überholt; aber da die Volkszählungsziffern von 1910 mir noch nicht vorliegen und das Gesamtbild auch nicht wesentlich verändert werden würde, habe ich vorgezogen, mich an die alten Ziffern zu halten.

Das Gesamtergebnis bleibt, wie man sieht, in den Grenzen einer verhandlungsfähigen Versammlung und bietet auch noch Platz für den Zutritt der auf dem Wege zu parlamentarischen Institutionen befindlichen asiatischen Staaten, wenn man berücksichtigt, daß die Beschickung der Konferenzen immer Lücken aufweisen wird, und besonders, wenn man zuläßt, daß ein Vertreter mehrere Stimmen führen kann, wovon im letzten Abschnitt noch die Rede sein soll.

Auch in der Verteilung des Stimmrechts auf die einzelnen Gruppen wird das Ergebnis im ganzen nicht unbefriedigend genannt werden dürfen. Daß Deutschland, wenn auch nur mit ganz wenigen Stimmen Vorsprung vor den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Rußland, an der Spitze steht, ist, wie ich wohl kaum zu versichern brauche, ein völlig unbeabsichtigtes Ergebnis. Eine kleine Aenderung in der Bevölkerungs-Skala würde Rußland und die Vereinigten Staaten, eine etwas stärkere Einwirkung der Handelsziffern Großbritannien an die Spitze bringen.

Auf einen Unterschied von wenigen Stimmen kommt es ja überhaupt nicht an. Wichtig aber ist, daß einerseits die politisch führenden Großmächte sich mit ihrer Stimmenzahl sehr nahe gerückt sind und daß andererseits kulturell und international so wichtige kleinere Staaten wie Belgien und die Niederlande, dann in zweiter Linie Schweden, Dänemark, die Schweiz und Norwegen stark

Staaten mit parlamentarisch. Vertretungen, geordnet nach der Bevölkerungszahl entspr. den Tabellen des La Fontainschen Berichts; am Schluß die bisher nicht beteiligten autonomen britischen Kolonien	Stimmenzahl					
	Grundstimmen nach der Bevölkerungszahl	Zusatzstimmen für Welthandelsziffer, absolut	Zusatzstimmen für desgl., relativ auf Kopf d. Bevölk.	Zusatzstimmen für Teilnahme an Interparl. Konferenz.	**Summa der Stimmen**	ev. reduziert nach heut. Vertretung in Union.
Rußland	24	2	—	—	**26**	16
Vereinigte Staaten	20	3	1	1	**25**	17
Deutschland	18	4	2	3	**27**	18
Japan	16	1	—	—	**17**	9
Großbritannien	15	4	3	4	**26**	17
Frankreich	14	3	2	4	**23**	19
Türkei	14	1	—	—	**15**	9
Italien	13	1	1	4	**19**	13
Oesterreich	12	2	1	2	**17**	11
Brasilien	10	1	1	—	**12**	—
Spanien	10	1	—	—	**11**	6
Ungarn	10	1	1	3	**15**	11
Mexiko	9	1	—	—	**10**	—
Persien	8	—	—	—	**8**	—
Belgien	8	2	3	3	**16**	15
Rumänien	7	—	1	2	**10**	5
Argentinien	7	1	2	—	**10**	—
Niederlande	7	2	4	3	**16**	13
Portugal	7	—	1	1	**9**	6
Schweden	7	1	2	1	**11**	9
Columbien	6	—	—	—	**6**	—
Peru	6	—	—	—	**6**	—
Bulgarien	6	—	—	—	**6**	—
Chile	5	1	1	—	**7**	—
Schweiz	5	1	3	1	**10**	6
Serbien	4	—	—	—	**4**	2
Dänemark	4	1	3	3	**11**	11
Venezuela	4	—	—	—	**4**	—
Griechenland	4	—	1	—	**5**	?
Norwegen	4	—	2	2	**8**	8
Cuba	4	1	2	—	**7**	—
Bolivien	3	—	—	—	**3**	—
Guatemala	3	—	—	—	**3**	—
Liberia	3	—	—	—	**3**	—
Haiti	3	—	—	—	**3**	—
Ecuador	3	—	—	—	**3**	—
Uruguay	3	—	2	—	**5**	—
Salvador	3	—	—	—	**3**	—
Honduras	2	—	—	—	**2**	—
Paraguay	2	—	—	—	**2**	—
S. Domingo	2	—	—	—	**2**	—
Nicaragua	2	—	—	—	**2**	—
Panama	1	—	—	—	**1**	—
Costa Rica	1	—	1	—	**2**	—
Montenegro	1	—	—	—	**1**	—
Luxemburg	1	—	—	—	**1**	—
Monaco	1	—	—	—	**1**	—
Canada	7	1	3	—	**11**	—
Südafrika	7	1	2	—	**10**	—
Australien	6	1	3	—	**10**	—
Neu-Seeland	3	—	3	—	**6**	—
Summa	345	38	51	37	**471**	—

aus der Reihe der nach Bevölkerungszahl ihnen gleichstehenden Staaten heraustreten.

In der letzten Rubrik habe ich auf Grund der heutigen Mitgliedsziffern der Union eine Reduktion der Stimmen nach dem oben entwickelten Vorschlag vorgenommen. Das Ergebnis hat eine sehr geringe praktische Bedeutung, schon deshalb, weil die Reduktion nur für die bisher vorhandenen Gruppen vorgenommen werden kann, dann auch, weil sich das Bild auch für sie, wie vorher dargelegt, wahrscheinlich sofort ändern wird, wenn die Stärke der Gruppen auch nur zum Teil maßgebend für das Stimmrecht wird.

5. Stimmrecht auf Grundlage einer Einteilung in Größenklassen.

Das Ergebnis unserer bisherigen Betrachtungen und Berechnungen wird also vielleicht materiell nicht unbefriedigend befunden werden. Aber es haftet ihm ein offenbarer Mangel an. Die Berechnung ist durch die Einwirkung der verschiedenen dabei berücksichtigten Faktoren außerordentlich kompliziert geworden, und dieses ganze Vertretungssystem ist damit eines wichtigen Vorzugs, der populären Verständlichkeit, beraubt.

Man wird angesichts dieser Berechnung von Grundstimmen aus einer notwendigerweise ziemlich willkürlichen Skala der Bevölkerungsziffern, angesichts der Zusatzstimmen, berechnet zum Teil aus der absoluten und relativen Größe des Außenhandels und zum Teil aus der Beteiligung an den Aufgaben der Interparlamentarischen Konferenz, fragen, ob man denn nicht ein ebenso befriedigendes Ergebnis auf einem einfacheren und unmittelbarer einleuchtenden, für jedermann verständlicheren Wege erreichen kann.

Auch La Fontaine ist zu einer ähnlichen Erwägung geführt worden. Da das Ergebnis der Versuche, das Stimmrecht nach Bevölkerungs- und Welthandelsziffern zu verteilen, so wenig befriedigend sei, legt er sich die Frage vor, ob man nicht ein System annehmen solle, das schon von verschiedenen internationalen Verträgen befolgt sei, wenn es sich um die Verteilung der Kosten gewisser internationaler Einrichtungen gehandelt habe, nämlich das System der Klassenbildung. Man könnte, meint er, den Großmächten mit mehr als 30 Millionen Einwohnern 15 Stimmen geben, den mittleren Staaten mit mehr als 15 Millionen Einwohnern[19]) oder mit einem auswärtigen Handel von wenigstens 300 Fr. auf den Kopf 10 Stimmen, den anderen Staaten 5, doch den kleinsten mit weniger als 1 Million Einwohnern 2, den ganz kleinen mit weniger als 500 000 Einwohnern nur 1.

In die erste Klasse (mit 15 Stimmen) würden Rußland, die Vereinigten Staaten, Deutschland, Japan, Großbritannien, Frankreich, die Türkei und Italien kommen, in die zweite (mit 10 Stimmen) Oesterreich, Brasilien, Spanien, Ungarn, Belgien, Argentinien, die Niederlande, Schweden, die Schweiz, Dänemark, Norwegen, Cuba, Uruguay, Australien, Neuseeland, Südafrika, Canada, in die dritte (mit 5 Stimmen) Mexiko, Persien, Rumänien, Portugal, Columbien, Peru, Bulgarien, Chile, Serbien, Venezuela, Griechenland, Bolivien, Guatemala, Liberia, Haiti, Ecuador, Salvador, in die vierte (mit 2 Stimmen) Honduras, Paraguay, S. Domingo, Nicaragua, in die fünfte (mit 1 Stimme) Panama, Montenegro, Costa Rica, Luxemburg, Monaco.

Ein solches Klassensystem, das den Vorteil der bequemen Gruppierung und Verrechnung hat, mag sehr gut geeignet sein zur Verteilung von relativ unbedeutenden finanziellen Lasten; für unseren Zweck hat es den offenbaren Nachteil, daß der Uebergang von einer Klasse in die andere einen sehr großen Unterschied ausmacht, unter Umständen Verdoppelung und mehr als Verdoppelung der Stimmenzahl (5 auf 10 und 2 auf 5), und daß dieser Uebergang eventuell von einer ganz geringen Vermehrung der Bevölkerungsziffer, die oft genug strittig sein kann, abhängt, daß ferner damit unter Umständen ein großer Unterschied gemacht wird zwischen zwei Staaten, die sich sehr nahe stehen.

Beispiele: Zwischen Italien mit 34 Millionen und Brasilien mit fast 20 Millionen steht nur Oesterreich mit nahezu 27 Millionen. Ob es 15 oder 10 Stimmen erhält, hängt nur davon ab, ob man die Grenze bei 30, 25 oder 20 Millionen zieht. Das eine ist so berechtigt wie das andere. Bei einer Steigerung der Bevölkerungsziffer um reichlich 10 % gewinnt Oesterreich, auch bei der 30 Millionen-Grenze, 50 % an Stimmenzahl. Weiter: Mexiko steht mit 14½ Millionen ähnlich ganz allein zwischen den Staaten von fast 20 und denen von 10 Millionen. Ob es nach unten oder oben gestellt wird, ist auch rein willkürlich; eine halbe Million Einwohner mehr, d. h. eine Zunahme von knapp 3 %, und die Stimmenzahl verdoppelt sich, von 5 auf 10.

Salvador mit einer Bevölkerung von reichlich einer Million und einem Handel von 55 Millionen erhält 5 Stimmen, Honduras mit etwa dreiviertel Millionen Einwohnern, Paraguay und S. Domingo mit je über 600 000 Einwohnern und einem Handel von 51 resp. 57 Millionen sollen sich mit 2 Stimmen begnügen.

Aus all dem würde viel Unzufriedenheit und — was man nicht übersehen wolle — bei der Unsicherheit der statistischen Grundlagen viel bitterer Streit entstehen.

[19]) Man beachte, wie hier die Grenzen zwischen großen und mittleren, dann zwischen mittleren und kleinen Staaten anders gezogen sind als oben, wo ich bemerkte, daß die Einteilung natürlich auch anders gemacht werden könnte. (Vgl. Heft 7, S. 204.)

Wir brauchen ein System der Stimmverteilung ohne schroffe Sprünge mit ganz allmählichen Uebergängen, bei dem die unvermeidlichen Zweifel nicht gleich eine Verdoppelung oder Halbierung der Stimmenzahl bedeuten. Wenn es sich nur um eine Einheit mehr oder weniger handeln kann, wird man sich auch über Unsicherheiten der Statistik leichter verständigen.

Man wird also durch diese Prüfung einer Verteilung des Stimmrechts auf Grund einer Einteilung in Größenklassen, wie ich glaube, dazu gedrängt, anzuerkennen, daß ein einfaches Stimmverteilungssystem nicht möglich ist, ohne zu den schwersten Unbilligkeiten zu führen, und daß man nur die Wahl hat, entweder eine Berücksichtigung der mannigfachen Faktoren, die zu einer Differenzierung des Stimmrechts führen können oder führen müssen, zu versuchen und dann zu einer komplizierten Berechnungsmethode, wie sie in den ersten vier Abschnitten entwickelt ist, zu gelangen, oder auf eine sachlich befriedigende Lösung des Problems überhaupt zu verzichten.

Dieses Ergebnis unserer Untersuchung mag wenig befriedigend und ermutigend erscheinen; aber es entspricht, glaube ich, der Wahrheit, und der erste Schritt zur Lösung einer Aufgabe ist es immerhin, die Tatsachen zu erkennen, wie sie sind. Auch haben wir, selbst wenn man der Richtung, die unsere Ergebnisse weisen, nicht folgen will, wohl eines gewonnen: wir haben schärfer als bisher in den bisher gemachten Vorschlägen die berechtigten und diskutablen Gedanken von den praktisch unmöglichen und indiskutablen Einseitigkeiten geschieden.

6. Die Stimmführung in den nationalen Gruppen bei Durchführung einer Repräsentativverfassung.

Um sich ein vollständiges Bild von der Wirkung einer Repräsentativverfassung der Union zu machen, ist es nötig, noch die Frage zu erörtern, wie es mit der Stimmführung zu halten wäre. Bisher haben die auf einer Konferenz anwesenden Mitglieder der Union jeder einzeln nach seiner persönlichen Ueberzeugung gestimmt. Es waren also unter Umständen Majorität wie Minorität aus den Vertretern der gleichen nationalen Gruppen zusammengesetzt. Ich bin der Meinung, daß es auch unter der Herrschaft einer Repräsentativverfassung bei dem persönlichen Stimmrecht der von ihren Gruppen gewählten Vertreter bleiben müßte.

Einer anderen Anschauung scheint, wie ich an anderer Stelle schon erwähnt habe, d'Estournelles zu sein. Anders kann man es wenigstens kaum verstehen, wenn er die endgültige Lösung in dem Prinzip sieht: jedem Parlament eine Stimme. Da von ihm wohl nicht gemeint sein kann, daß jedes Parlament nur einen Vertreter zur Konferenz zu schicken hätte, scheint er die Forderung zu vertreten, daß die anwesenden Vertreter einer nationalen Gruppe geschlossen ein einheitliches Gruppenvotum abgeben sollten.

Ob dieses Votum nur 1 Stimme oder 20 Stimmen schwer ist, würde grundsätzlich keinen Unterschied machen.

Die Gründe, aus denen ich das bisherige Abstimmungssystem (des persönlichen Stimmrechts der überhaupt berechtigten Vertreter) dem einheitlichen Gruppenvotum vorziehe, sind folgende:

Sollen die Stimmen einer nationalen Gruppe einheitlich und geschlossen abgegeben werden, so müßte entweder die Gruppe vor Zusammentritt der Konferenz ihren Vertretern bindende Instruktionen, ein imperatives Mandat gegeben haben; oder es müßten während der Sitzungen der Konferenz die Gruppen sich zurückziehen, um über die Abgabe des Votums Beschluß zu fassen, oder es müßte von vornherein ein einzelner Vertreter bevollmächtigt sein, für die ganze Gruppe zu votieren.

Das erstgenannte Verfahren würde offenbar dem ganzen Zweck der Konferenzen widerstreiten; dann kämen die Gruppen mit festgelegten Mandaten zur Konferenz und die ganze Diskussion dort wäre für die Abstimmung fast bedeutungslos. Will man diesem, sicherlich unerträglichen Uebelstand durch die zweite Methode begegnen, so führt das zu einer fast ebenso unerträglichen Belastung der Konferenzverhandlungen. Wer ähnliche Sitzungen und Kongresse mitgemacht hat, wird bestätigen, daß es praktisch fast unausführbar ist, vor jeder zweifelhaften Abstimmung die Verhandlung zu unterbrechen und den einzelnen Gruppen Gelegenheit zur Sonderberatung zu geben. Diesen Mißstand der praktischen Undurchführbarkeit würde die dritte Methode vermeiden, aber sie würde dafür dem allein zur Stimmführung berechtigten Vertreter eine Verantwortung aufbürden, die ihm selbst, wie seinen Kollegen, gleich unannehmbar sein wird, die zu den allerpeinlichsten Situationen und zu den bedenklichsten Rekriminationen führen müßte.

Es muß deshalb m. E. dabei bleiben, daß die Gruppen entsprechend der ihnen zustehenden Stimmenzahl ihre Vertreter ernennen und daß diese dann nach ihrer persönlichen Ueberzeugung das Stimmrecht ausüben, unter Umständen also auch innerhalb einer nationalen Gruppe gegeneinander votieren.

Zu erwägen wäre aber, was die Zahl der Vertreter im Verhältnis zur Zahl der Stimmen anlangt, ob die nationalen Gruppen, um ihr Stimmrecht voll auszuüben, gezwungen sein sollen, genau so viel Vertreter zu ernennen, wie sie Stimmen besitzen, oder ob es richtiger ist, ihnen einen

gewissen Spielraum zu gewähren. Es scheint mir, daß das letztere entschieden vorzuziehen, daß aber dieser Spielraum vorsichtig zu begrenzen ist.

Es muß auf der einen Seite jenen Parlamenten, für die der Konferenzort ungünstig gelegen ist, ermöglicht werden, ihre volle Stimmenzahl bei der Abstimmung zur Geltung zu bringen, auch wenn sie nicht in der Lage sind, die volle Zahl der Vertreter abzuordnen; denn wenn eine Repräsentativverfassung einmal eingeführt ist, hat die Union ein Interesse daran, sie auch in volle Wirksamkeit treten zu lassen. Auf der anderen Seite hat sie freilich auch ein Interesse an einer möglichst vollzähligen Beschickung der Konferenzen. Man wird deshalb mit der Erlaubnis zur Häufung von Stimmen auf die Person eines einzelnen Vertreters nicht zu weit gehen dürfen. Es würde, meine ich, genügen, zu bestimmen, daß die Parlamente des Erdteils, in dem die Konferenz stattfindet, dem einzelnen Vertreter bis zu zwei oder drei Stimmen, die Parlamente fremder Erdteile ihm bis zu vier oder fünf Stimmen übertragen dürfen.

Vielleicht wird man gleichzeitig auch einen gewissen Spielraum nach oben lassen müssen. Es ist möglich, daß im letzten Augenblick Verhinderungen eintreten, und es kann außerdem für die verschiedenen nationalen Gruppen, besonders jene mit geringerer Stimmenzahl, sich das Bedürfnis ergeben, für die Behandlung verschiedener Fragen verschiedene Vertreter, Spezialisten des betreffenden Verhandlungsgegenstandes zu bestellen. Ich würde es deshalb für richtig halten, wenn die nationalen Gruppen berechtigt wären, zu der Zahl der ihnen zustehenden Vertreter mit Stimmrecht noch etwa die Hälfte Ersatzmänner abzuordnen, die nach näherer Bestimmung der Gruppe eventuell das Stimmrecht für jene auszuüben hätten. Ob man diesen Stellvertretern, so lange sie kein Stimmrecht haben, ein Beratungsrecht geben dürfte, wäre eine untergeordnete Frage. Ich meine allerdings, man würde sie, so lange sie nicht stimmberechtigt sind, auch besser nur als Zuhörer an den Sitzungen teilnehmen lassen.

Die Frage, die ich in meinem ersten Artikel behandelt habe, die Berechtigung der Mitglieder der Einzelparlamente, insbesondere der Mitglieder der deutschen Landtage, an der Union teilzunehmen, verliert unter Herrschaft einer Repräsentativverfassung für die Union selbst und ihrer Konferenzen jede praktische Bedeutung. Der Union kann es ganz gleich sein, ob die deutsche Gruppe, deren Stimmenzahl von der Existenz deutscher Landtage völlig unabhängig ist, Mitglieder des preußischen oder bayerischen Landtags, die dem Reichstag nicht angehören, als ihre Vertreter zur Konferenz entsendet, oder ob sie sich für diese Vertretung auf Reichstagsabgeordnete beschränkt. Diese Frage ist dann lediglich eine solche der inneren Verfassung der deutschen Gruppe. Um so mehr kann man (und damit kehre ich zu dem Anfang meiner Erörterungen zurück) diese Frage für die Zwischenzeit im Sinne des bisherigen Rechtszustandes entscheiden. Die Union hat in dieser Beziehung nur ein Interesse, und das besteht darin, daran festzuhalten, daß die nationalen Gruppen wirklich nur Parlamentarier als Mitglieder aufnehmen, weil ihre Autorität darauf beruht, eine Vertretung der Parlamente zu sein.

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 2. September 1911.

Marokko hieß die Parole der seit der letzten Chronik verflossenen Zeit. Auf der Spitze dieses Wörtchens balancierte wieder einmal die Frage: Krieg oder kein Krieg. (Und das nennen die Leute den durch die Rüstungen gesicherten Frieden.) Weil wir Pazifisten an der Alternative: Krieg oder kein Krieg so lebhaft interessiert sind, so wurden wir vielfach um unsere Meinung über die schwebende Angelegenheit befragt, von deren Abwicklung die Entscheidung abhängig ist. Der Abstand zwischen der Angelegenheit und der Entscheidung scheint uns aber so enorm, daß wir uns gar nicht dabei aufhalten können, die Für und Wider des Abwicklungsobjektes punktweise zu kommentieren; was unsern ganzen Sinn dabei erfüllt, ist nicht die Berechtigung oder Verwerflichkeit der zur Verhandlung gestellten Gegenstände, sondern einzig der ungeheuerliche Umstand, daß dabei die Schicksalsfrage: Krieg oder Frieden aufgeworfen ist. Setzen wir den Fall, zwei Geschäftsleute, die in verschiedenen Häusern wohnen, verhandeln über eine abzuschließende Transaktion, wobei sie über den Betrag der Einzahlung, der Profitverteilung, der Entschädigungsansprüche, der Gebahrungsmodalitäten usw. noch nicht einig sind, und es wäre zugleich abgemacht, daß, wenn man zu keinem Uebereinkommen gelangt, die beiden Häuser in Brand gesteckt würden. Wenn man nun die übrigen Bewohner der Häuser befragen wollte, was ihre Ansicht über die zur Verhandlung stehenden Interessen sei — so würden sie doch nur ausrufen: Unser und euer und aller Nachbarn größtes Interesse ist, daß die Mordbrennerei unter keinen Umständen stattfinde, daß die Eventualität dieses Unglücks nicht von dem Ausgang eurer Feilscherei abhängig gemacht werde. Oder mit andern Worten — Worte, die den Kern der pazifistischen Forderung darstellen —, wenn die Diplomaten sich nicht einigen können, so ist die Streitfrage vor die internationale Justiz zu bringen. „Eine solche gibt es nicht", sagen die andern. „Doch" — antworten wir — „das Haager Tribunal steht offen." — „Das ist noch nicht mit genügend anerkannter Autorität

ausgestattet", lautet die Gegeneinwendung. — Dann werde es so ausgestattet; der jetzige Fall zeigt wieder so recht eindringlich, wie bitter notwendig es ist, daß wir dagegen geschützt und gesichert werden, daß man unsere Häuser, die einen Wert von — sagen wir — einer Milliarde Mark haben, niederbrenne, weil Zwei sich über die Verwendung von zehn Pfennigen nicht einigen konnten.

☞

Die Zwei sitzen hinter einem Vorhang; niemand darf wissen, was sie einander vorschlagen und abschlagen. Wie sie heißen, weiß man genau: Cambon und Kiderlen-Wächter; zur Abkürzung nennt man sie aber Frankreich und Deutschland. Freilich handeln und verhandeln die Zwei nicht nach eigenem Urteil und eigenem Begehr, sondern nach Instruktionen; aber diese Instruktionen kommen auch nur von ein paar Personen, die man kennt, und nicht von „Frankreich und Deutschland". Mit aller Bestimmtheit kann man annehmen, daß sowohl die Zwei wie ihre Auftraggeber Verständigung wünschen und keinen Krieg wollen. Aber die Gefahr lauert d r a u ß e n. Die Verhandlungen ziehen sich so lange hin, werden sogar unterbrochen, und da ergibt sich für die chauvinistischen Parteien Zeit und willkommene Gelegenheit, auf ihr Ziel hinzuarbeiten. In den ersten Tagen da verkündeten die Blätter und die Depeschenbureaus nur, daß man nichts weiß und nicht sagen kann, was vorgeht. Dann aber begannen die Kommentare, die Vermutungen, die Klatschereien; — das Publikum wurde ängstlich und nervös. Jetzt war der Augenblick für die französischen Revancheurs und für die Alldeutschen gekommen, die üblichen Hetzereien, Fanfaronaden und Drohungen vorzubringen, die geeignet sind, kriegerische Stimmung zu erwecken. Einstens genügten solche Auslassungen, wie sie jetzt von der alldeutschen Presse verbreitet wurden, um wie ein Lauffeuer durch die ganze Bevölkerung zu gehen und jenen „furor" zu schaffen, den Regierungen, die selber kriegslustig sind, gern für den Zwang ausgeben, der sie zum äußersten treibt. Diesmal machten sich auch die Gegenstimmen — nämlich die der Friedenwollenden — laut, und die Regierung selber machte gegen die Kriegstreiberei Front: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlichte unterm 5. August folgende offiziöse Erklärung:

„Die „Post", die wir in diesem Fall nicht als Organ der Freikonservativen anerkennen, hat einen Artikel veröffentlicht, worin sie, ohne über den Stand der Marokkoverhandlungen im geringsten unterrichtet zu sein, von einem „Augenblick unsäglicher Schande", von einer „Demütigung Deutschlands", vom Rücktritt des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Aeußern und von einem „neuen Olmütz" phantasiert. Wir würden diesen Ausgeburten eines überreizten Gehirnes keine Beachtung schenken, wenn die „Post" sich nicht am Schlusse ihrer Ausführungen erdreistet hätte, dem Kaiser unter der feigen Form rethorischer Fragen politische Schwäche, ja Begünstigung des Auslandes zum Schaden deutscher Interessen vorzuwerfen. Die „Post" eignet sich mit diesen Ausführungen Gedanken an, denen wir nur in ausländischen Schmähartikeln zu begegnen gewohnt sind. Der Versuch, solche Nichtswürdigkeiten unter dem Schein patriotischer Besorgnis in der deutschen Presse zu verbreiten, verdient die schärfste Zurückweisung."

☞

Leider waren es nicht nur die ausgesprochen chauvinistischen Blätter, die Oel ins Feuer gossen; auch die ausländischen Zeitungen veranstalteten Interviews und Polemiken, die zu Verbitterungen und Verdächtigungen Anlaß gaben. Wann wird sich denn die Presse endlich der hohen Mission bewußt werden, deren sie sich so gern auf Preßkongressen rühmt, für und nicht gegen den Völkerfrieden zu wirken?

☞

Doch heutzutage läßt sich nicht mehr als „öffentliche Meinung" ausgeben, was in den Leitartikeln steht. Die Völker haben eine neue Methode ihrer Gesinnung Ausdruck zu geben: Versammlungen und Demonstrationen. U n d w e i l d e r F r i e d e n s g e d a n k e i m V o l k s c h o n m ä c h t i g l e b t, so gibt es bei solchen Anlässen, wie die jetzige Marokko-Affäre, gewaltige Friedensdemonstrationen. Hier eine Depesche aus Berlin vom 29. Juli:

„Die Vertreter der französischen Gewerkschaften, die seit einer Woche in Berlin weilen und deren einer, wie berichtet, dieser Tage aus Berlin ausgewiesen worden ist, erschienen gestern in zwei Versammlungen, die als Friedensdemonstrationen gedacht waren, vor der Berliner Arbeiterschaft. Beide Versammlungen waren überfüllt und mußten polizeilich geschlossen werden. Anwesend waren im ganzen etwa 10 000 Personen.

In einer der Versammlungen begrüßte Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt die französischen Delegierten und sagte in seiner Rede unter anderem: Es sind ernste Konflikte auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ausgebrochen. Was liegt näher, als daß in einem solchen Augenblick die deutsche Arbeiterschaft aufgerufen wird, Partei zu ergreifen für die Idee des Weltfriedens und gegen diejenigen, die diesen Frieden stören wollen. Wir stehen dem Chauvinismus dies- und jenseits des Rheins fern, wir lassen uns durch den gegenwärtigen Trubel nicht irreführen, wir reichen der Arbeiterschaft Frankreichs die Hand, wir wollen alles einsetzen, um den Frieden aufrechtzuerhalten. (Stürmischer Beifall und Hochrufe.)

Im Namen der französischen Delegierten sprach das Mitglied der französischen Generalkommission Jothaux. Er sagte: Wir sind gerade in diesen Tagen Zeugen diplomatischer Verwicklungen, deshalb ist es in verstärktem Maße unsere Pflicht, hier für den Frieden zu demonstrieren. (Lebhafter Beifall.) Wir müssen

uns heute erheben, wie wir uns im Jahre 1901 erhoben haben, als der französisch-englische Konflikt schwebte. Damals gingen französische Arbeiter nach London, um mit den englischen Arbeitern für den Frieden zu wirken. Das glückliche Resultat dieses Zusammenwirkens ist die Entente cordiale, die wir heute sehen. (Beifall.) Der Redner wendete sich dann in sehr heftigen Worten gegen die angeblichen Bestrebungen, einen Krieg herbeizuführen, und schloß: Unser Herz gehört dem Frieden, nieder mit dem Krieg! (Langanhaltender Beifall.)

In beiden Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: Die Versammelten fordern die Arbeiter Deutschlands wie Frankreichs auf, angesichts der gegenwärtigen drohenden Kriegsgefahr jederzeit auf dem Posten zu sein und ihren ganzen Einfluß zur Verhinderung eines Krieges aufzubieten. Sie fordern die Einberufung der verantwortlichen Volksvertretung, um dieser die Mitentscheidung über die Lösung internationaler Konflikte zu ermöglichen."

☞

Dies ist der Bericht von einer dieser Friedensversammlungen, doch hat es deren eine ganze Anzahl gegeben und für Sonntag, den 3. September (also später als diese Zeilen zum Druck geschickt werden), ist wieder eine Monstreversammlung für den Frieden angesagt, und zwar im Treptower Park. Dem Amtsvorsteher von Treptow ist die Genehmigung zugekommen, nachdem in der am 31. August im Ministerium des Innern abgehaltenen Konferenz dagegen keine Bedenken erhoben wurden, und auch die Eigentümerin des Parkes, die Stadt Berlin, sich damit einverstanden erklärt hat. Die sozialdemokratische Partei hat die Versammlung einberufen. Das wird vielen Friedensgegnern Anlaß geben, die ganze Demonstration nur als eine parteipolitische darzustellen. Es wäre zu wünschen, daß die Millionen aus bürgerlichen Kreisen, die Kriegsgegner sind, sich zu einer Friedenspartei organisierten, die ebensolche große Demonstration veranstalten würde. Oder wenn sie sich wenigstens — unbekümmert um die andern Programmpunkte der Sozialisten, denen sie eventuell nicht beistimmen — sich solchen Versammlungen anschlössen, wie man dies in England sieht, wo die pazifistisch gesinnten Lords mit den Arbeiterführern zusammen an Friedensdemonstrationen teilnehmen.

☞

Noch sind die Verhandlungen hinter dem Vorhang nicht abgeschlossen, und so mißlich es ist, zu prophezeien, so wage ich doch zu sagen, daß sie zu einem für beide Regierungen befriedigenden Abschluß gelangen werden und daß in dem großen Kampfe, der jetzt in der Welt zwischen Pazifismus und Bellizismus tobt, ein neuer Sieg der Friedenssache aus der Marokkoaffäre hervorgehen wird, eine neue, glücklich bestandene, schwere Belastungsprobe.

☞

Die große wichtige Angelegenheit der von Präsident Taft vorgeschlagenen einschränkungslosen Schiedsgerichtsverträge ist in Stockung geraten. Unsere Gegner triumphieren schon, sie sei gescheitert. Unterschrieben waren ja die Verträge bereits zwischen den Vereinigten Staaten und England und den Vereinigten Staaten und Frankreich. Auch Deutschland hatte sich willig erklärt, zu verhandeln. Doch im amerikanischen Senat, wo die unterzeichneten Verträge hätten ratifiziert werden sollen, erhoben sich einige Bedenken und Abänderungsvorschläge wurden laut. Die Senatssession sollte nur mehr wenige Tage dauern. Da zog Präsident Taft es vor, die Sache in die nächste (im Dezember zu eröffnende) Session zu verlegen, damit nicht in der Eile etwa ein paar Amendements durchgingen, die den ganzen Sinn der Verträge abschwächen könnten. Also: abwarten.

☞

Der japanische Admiral Togo, der einige Besuche an europäischen Höfen machte, wo er als Kriegsheld gefeiert wurde und gewiß niemand das verpönte Wort Frieden in den Mund nahm, ist nun auch in Amerika angelangt und Präsident Taft gab ihm zu Ehren ein Diner im weißen Hause. Der Präsident drückte dem Admiral gegenüber den Wunsch aus, Japan möchte mit den Vereinigten Staaten, England und Frankreich in der Weltbewegung für den internationalen Frieden zusammengehen. Dann brachte er einen Trinkspruch auf den Mikado aus und sagte weiter:

„Ich erkenne mit Freude die wichtige Rolle an, die Japan für die Erleichterung des Abschlusses der Schiedsgerichtsverträge zwischen England und Amerika und zwischen Frankreich und Amerika dadurch gespielt hat, daß es das große moralische Schiedsgerichtsprinzip bei dem kürzlichen Abkommen mit England ohne weiteres und vorbehaltlos anerkannte. Ich habe die Hoffnung und das Zutrauen, daß die Zeit nicht fern ist, wo Japan sich in der Lage sehen wird, sich der jetzt so verheißungsvoll eingeleiteten Bewegung anzuschließen."

☞

Diese letzten Worte des Präsidenten werden Vielen unverständlich sein, denn in Europa herrscht die Auffassung, daß der englisch-japanische Vertrag ein Hindernis für den anglo-amerikanischen Friedensbund abgibt. Und in der Tat, so wäre es gewesen, denn ein Paragraph des Vertrages lautet, daß, wenn eines der beiden Länder durch ein drittes ohne Provokation angegriffen würde, so müßte das andere ihm im Kriege Beistand leisten. Würde also z. B. Amerika gegen Japan einen Krieg beginnen, so müßte England mit Japan gehen, wo bliebe da die Grundbedingung des einschränkungslosen Schiedsgerichtsvertrages, nämlich, daß zwischen den beiden Kontrahenten der Krieg ausgeschaltet ist? Das hat man in Japan und in England eingesehen und dem anglo-

japanischen Vertrag wurde ein Paragraph beigefügt, worin es heißt, daß, wenn einer der hohen Kontrahenten mit einer dritten Macht einen einschränkungslosen Schiedsgerichtsvertrag abschließen sollte, so ist es vereinbart, daß nichts in dem vorliegenden Kontrakt eine solche Vertragspartei verpflichten könnte, gegen die Macht Krieg zu führen, mit der ein solcher Schiedsvertrag in Kraft wäre.

Diese Klausel wurde in Hinblick auf die eingeleitete anglo-amerikanische Aktion hinzugefügt und der so veränderte Vertrag wurde am 13. Juli in London unterzeichnet. Dies deutet darauf hin, daß Japan an den so gern als „unvermeidlich" bezeichneten Krieg mit Amerika nicht denkt. Admiral Togo hat sogar dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß Japan — wie der Präsident in seinem Trinkspruch sagte — sich jenen Verträgen anschließe. Aber nicht nur die Höflichkeitsphrase eines Einzelnen liegt da vor. Die letzten Nachrichten aus Tokio berichten, daß die allgemeine Meinung Japans einen solchen einschränkungslosen Vertrag mit den Vereinigten Staaten wünsche, „da ein Krieg mit diesem Lande undenkbar sei". Gute Beispiele sind ansteckend, aber wer hätte geglaubt, daß ein solcher Satz, der ja zwischen den zwei englisch sprechenden Völkern ziemlich natürlich klingt, nun auch von einem asiatischen Volk aufgegriffen wird?

Damit soll aber nicht gesagt sein, daß in Japan nicht auch noch sehr eifrige Rüstungspolitik betrieben wird. Eben wird dort ein Militärluftschiff konstruiert (System Yamada-Isaburo), das an Größe alles bisher auf diesem Gebiete gesehene übertrifft. Es wird 600 Fuß lang sein, bei einem Durchmesser von 50 Fuß. Sechs Motoren mit 120 Pferdekräften werden ihm eine Schnelligkeit von 70 Meilen pro Stunde ermöglichen. Vorkehrungen sind getroffen, um pneumatische Kanonen anzubringen, die imstande sind, Bomben durch die Luft zu schleudern, die eine Kriegsflotte vernichten können. Wenn die Versuche, die mit diesem neuen „Dirigeable" vorgenommen werden, vollständig gelingen, was man voraussetzt, so wird Japan eine ganze Flotte solcher Schiffe bauen und wird auf diesem Gebiete der mächtigste Staat der Erde sein. Was werden wir dann tun? Etwa mit Japan Schiedsgerichtsverträge anbahnen? O nein, wir werden versuchen 650 Fuß lange Aeronefs zu bauen. An Geld fehlt es ja nicht. Die schon an verschiedenen Stellen ausbrechenden Hungerrevolten kümmern uns weiter nicht. Not an Fleisch, an Brod, an Spitälern, an Schulen — das läßt sich alles stoisch ertragen, nur um Himmels willen keinen Mangel an pneumatischen Kanonen in der Luft!

Man ist ja auch so sehr um die berühmten „Handelsinteressen" und Absatzgebiete besorgt, daß man — damit ein paar Fabrikanten etwas profitieren — bereit ist, Seekriege zu führen. Es ist daher interessant, die Kosten einer modernen Seeschlacht, wie sie von einer technischen Fachrevue berechnet worden sind, mit den zu erkämpfenden „Handelsinteressen" zu vergleichen. Vierzehnzöllige Kanonen feuern Geschosse ab, die 3000 Fr. kosten und geben zwei oder drei Schüsse in der Minute. Nun denke man sich zwei Eskadres die durch fünf Stunden kämpfen; welche Ziffer ergibt sich da, allein für verschossene Munition, ohne noch die vernichteten Schiffe zu zählen? Die Revue kommt zu dem Resultat, daß der fünfstündige Kampf an Munition 150 Millionen Fr. kosten würde. Ich kann es nicht nachrechnen, denn in dem mir vorliegenden Bericht fehlt die Zahl der Schiffe. Ein Seeoffizier wird da Auskunft geben können. Jedenfalls ist aber von allen Kriegsvorwänden pekuniärer Gewinn der dümmste; denn der moderne Krieg kostet beiden Parteien viel tausendmal mehr, als die eine oder die andere dabei erlangen kann.

Erinnerungsfeiern von Schlachtenjahrestagen können auch zu Friedensfeiern werden. In Manassas, Virginia, wurde das fünfzigjährige Jubiläum der ersten im Sezessionskrieg geschlagenen Schlacht begangen. Vielleicht war diese Feier die erste ihrer Art, denn von der üblichen Kriegsverherrlichung kam dabei nichts zur Sprache, im Gegenteil: vom Geist des Friedens war die Feier getragen. Man urteile: Hunderte von alten Veteranen, die an jener Schlacht teilgenommen hatten — als Kämpfer der Süd- und der Nordpartei — trafen auf dem Schlachtfeld zusammen, stellten sich in zwei Reihen einander gegenüber, die Blauen nach Süden, die Grauen nach Norden blickend; dann schritten sie aufeinander zu, reichten sich die Hände und blieben durch fünf Minuten mit verschlungenen Händen stehen zum Zeichen ewiger Freundschaft. Veranstalter dieses neuartigen Erinnerungstages war ein Mann (George C. Round ist sein Name), der vier Jahre lang bei der Nordarmee gefochten hatte und der seit der Zeit in Manassas gelebt hat. In seinem Sinne sollte aus dem Jubiläum der berühmten blutigen Schlacht ein Beitrag zur Förderung der Weltfriedensbewegung werden — und ist es auch geworden. Präsident Taft, der die ganze Nation vertritt, und der heute als der hervorragendste Vertreter der Friedensbewegung dasteht, wohnte dieser Manassasfeier bei und plaidierte bei dieser Gelegenheit wieder für das Ende der Kriegsinstitution. Er forderte die Veteranen beider Parteien auf, ihm in seinen Bestrebungen behilflich zu sein. Die Männer, die die Greuel des Krieges gesehen, sollten, nach seiner Empfindung, die ersten sein, die Friedenssache vorwärts zu bringen. Als nun der Präsident verkündete, daß an diesem selben Tage ein einschränkungsloser Schiedsgerichtsvertrag, der gleiche wie mit England, mit Frankreich unterzeichnet worden sei, da erhoben sich die anwesenden Krieger

alle von ihren Sitzen und brachen in stürmische cheers aus. Der Yankee-Kriegsruf und das Rebellen-Schlachtgeschrei vermengten sich, um die Friedensbotschaft zu akklamieren.

Man kennt in Europa viel zu wenig die eifrige Tätigkeit, die das Oberhaupt der Vereinigten Staaten als Pazifist entfaltet. Kürzlich hielt er im Invalidenheim von Texas einen Vortrag über Krieg und Frieden. Er sagte darin u. a., daß mehrere amerikanische Kriege durch Schiedsgericht zu vermeiden gewesen wären, so namentlich sei er überzeugt, daß die kubanische Frage ganz gut von einem Schiedstribunal hätte geregelt, und der amerikanisch-spanische Krieg dadurch erspart werden können. Gegenwärtig überbringt das Kongreßmitglied Richard Barthold, der Gründer der amerikanischen interparlamentarischen Gruppe, dem Kaiser Wilhelm ein eigenhändiges Schreiben Tafts. Daß der Schreiber darin seinen Lieblingsgedanken irgendwie erwähnt haben wird, läßt sich kühn voraussetzen; darauf deutet schon die Wahl seines Boten.

☞

Als wichtige Zeitereignisse müssen signalisiert werden der erste Rassenkongreß, der im Juli in London abgehalten worden ist, und der über die einzelnen Föderationsbestrebungen der Nationen hinaus, schon die schließliche Zusammenarbeit aller Rassen der Erde ins Auge faßt; ferner das in Aktiontreten der Carnegiestiftung, deren zweite Sektion (nationalökonomisches Gebiet) zu einer Beratung in Bern zusammengetreten ist, an der die berühmtesten Gelehrten dieses Faches aus allen Ländern teilgenommen haben. Schließlich die imperalistische Konferenz in London, in der die Gouverneure der „Dominions“ und „Commonwealths“, Canada, Australien usw. über die Zukunft des britischen Imperiums verhandelt haben. Hier fehlt der Raum, über diese Konferenz eingehend zu berichten, dies sei für später vorbehalten; es sei nur mitgeteilt, daß dabei die eigentliche imperalistische Idee (im Sinne der Tarifreformer, der Konskriptionsanhänger, der Joe Chamberlainpartei mit einem Wort) völlig in die Brüche gegangen ist. Was da zutage gefördert wurde, ist der Bund freier Nationen, die sich ihre Selbständigkeit voll bewahren, bis auf die Einschränkung, daß der Krieg zwischen ihnen ausgeschaltet bleibt — ein Bund, der übrigens allen, auch außerbritischen Nationen, offen steht*).

☞

Ach, und unser süßer, süßer Flottenverein! Der hat in ganz Oesterreich Bon-bon-Tage abgehalten. Natürlich unter der Aegyde von Damenkomitees. Holde junge Mädchen leisten lächelnd Agentendienste für die noch ungenügend fundierte Dreadnoughtindustrie, indem sie mit patriotisch-unwiderstehlicher Zudringlichkeit flaggengeschmückte Zuckerln verschleißen. Und, Gipfel der rührenden Lieblichkeit: eine zweieinhalbjährige Erzherzogin überreicht ihrem kaiserlichen Großpapa eines der Bonbons, wie sie im ganzen Reich verkauft werden, in einer künstlerisch ausgeführten Kassette aus rotem und weißem Silberemail mit dem Abzeichen des Flottenvereins. An dieser unschuldsvollen Geste des kleinen Engelchens müssen doch alle seraphische Chöre des Himmels — und alle Zuckerbäckerjungen der Erde — ihre helle Freude haben!

☞

Viel Betrübendes und Bedrohliches spielt sich gegenwärtig in der Welt ab: Ueberall die steigende Teuerung, die schon bis zu Teuerungsrevolten führt. Streiks und „Sabotage“. Aus Rußland die Nachricht, daß neue Einschränkungen der Rechte der Juden verordnet wurden; aus Süditalien mittelalterlich anmutende Krawalle gegen Choleraärzte; aus Konstantinopel die Schreckenskunde, daß dort und in Albanien die furchtbare Seuche in der Tat ausgebrochen ist und sich verbreitet. Die Folge offenbar der albanesischen Kämpfe. Diese wurden als innere türkische Angelegenheit betrachtet; aber die Cholera bleibt nirgends eine innere Angelegenheit; sie kümmert sich um keine Grenze und kann nirgends als „lästige Ausländerin“ ausgewiesen werden.

*) Im Juliheft der Steadschen Review of Reviews kann man über dieses großartige Ergebnis der „Imperial Conference“ genauen Aufschluß finden.

Pazifistische Chronik.

30. Mai. Die 39. Jahresversammlung der Japan-Mission der amerikanischen Kirche fasst eine Resolution zugunsten der japanisch-amerikanischen Verständigung und für den internationalen Frieden.

3. Juni. 32 deutsche Geistliche, Vertreter aller Kirchen von New York, fassten eine Resolution zugunsten der anglo-deutschen Verständigung.

14. u. 15. Juni. Nationaler Kongress der englischen Friedensgesellschaften in Edinburg.

Mitte Juni. In Paris findet ein internationaler Kongress für Luftrecht statt.

19. Juni. In Kristiania tagt die Skandinavische Interparlamentarische Konferenz.

20. Juni. Der Friedensausschuss des deutsch-amerikanischen Nationalbundes erlässt einen Aufruf „An das deutsche Volk“, worin dieses aufgefordert wird, für einen unbeschränkten deutsch-amerikanischen Schiedsvertrag einzutreten.

21. Juni. Der Papst richtet an den apostolischen Delegierten in den Vereinigten Staaten ein Schreiben, worin er seine Freude über die Anregungen der amerikanischen Regierung zugunsten der Friedensbewegung zum Ausdruck bringt.

21. Juni. Friedensrede Kaiser Wilhelms in Hamburg. Die grosse Stellung, die die Hamburgische Schiffahrt einnimmt, „war nur möglich durch den langen Frieden . . .“

29. Juni. Grosse Friedensversammlung am Trocadero in Paris. Anatole France, Léon Bourgeois, Fréderic Passy sprechen.

Ende Juni. Eine Studienkommission hervorragender türkischer Bürger und Militärs bereist Deutschland.

Juli. In England beginnt der „Peacemaker" zu erscheinen; das Organ des englischen kirchlichen Komitees zur Förderung der Verständigung mit Deutschland, dem 6000 englische Geistliche angehören.

Juli. In Budapest wird eine Gesellschaft begründet, die sich die Aufgabe stellt, die wirtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Ungarn und der Türkei zu fördern.

Juli. Eine Vertretung der Bostoner Handelskammer bereist Europa. Einladung zum Handelskammer-Kongress für 1912 nach Boston.

Anfang Juli. England, die Vereinigten Staaten, Russland und Japan unterzeichnen einen Vertrag zum Schutz der Robben.

Anfang Juli. Schiedsspruch des Königs von England in dem zwischen den Vereinigten Staaten und Chile schwebenden Alsop-Streit.

2. Juli. Die deutsche Regierung entsendet ein Kriegsschiff nach dem marokkanischen Hafen Agadir. Grosse Bestürzung in Europa. Beginn eines erneuten deutsch-französischen Konflikts über Marokko.

3. Juli. Das englische Unterhaus nimmt die Londoner Seerechtsdeklaration in zweiter Lesung an.

4. Juli. Präsident Fallières zum Besuch des niederländischen Hofes in Amsterdam.

6. Juli. Die Vertreter der grossen Stahlindustrie der ganzen Welt, die sich in Brüssel zu einer Konferenz vereinigt haben, beschliessen die Gründung eines Welt-Stahlverbandes.

6. Juli. In Washington wird ein anglo-amerikanisches Abkommen unterzeichnet, wonach eine Anzahl Geldforderungen, die zum Teil noch aus dem Jahre 1812 stammen, einem Schiedsgericht unterbreitet werden.

8.—10. Juli. Deutsche und französische Freimaurer treten in Paris zusammen, um im Sinne der Annäherung und Verständigung beider Länder zu wirken.

8. Juli. Vor 10 000 Teilnehmern des Kongresses der „Gesellschaft für christliche Bestrebungen" spricht Präsident Taft über den anglo-amerikanischen Schiedsvertrag, dessen moralische Bewertung, wie er sagte, sich in der ganzen Welt zugunsten des Friedens fühlbar machen werde.

9. Juli. In Berlin beginnen die Verständigungskonferenzen des französischen Botschafters Cambon mit dem Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter zwecks Lösung des Marokkokonflikts.

13. Juli. Der anglo-japanische Bündnisvertrag von 1905 wird durch einen Zusatz abgeändert, wonach die Verpflichtung aufgehoben wird, gegen eine Macht Krieg zu führen, mit der einer der Vertragsstaaten einen Schiedsvertrag abgeschlossen hat.

Mitte Juli. In Carracas wird ein Schiedsvertrag zwischen Argentinien und Ecuador unterzeichnet.

Mitte Juli. Das Organ der badischen Regierung, die „Karlsruher Zeitung", protestiert gegen die Kriegshetze der alldeutschen Organe.

Mitte Juli. Deutsche Arbeiter begeben sich korporativ zu einer Studienreise nach England, wo sie von den Engländern in verschiedenen Städten aufs herzlichste aufgenommen werden.

17. Juli. Protestversammlung deutscher, österreichischer und schweizer Sozialdemokraten gegen die Kriegshetze, in Arbon in der Schweiz. 10 000 Arbeiter nehmen daran teil.

17. Juli. Der ungarische Reichstag erörtert die neue Wehrvorlage. Der Kriegsminister äussert sich über die Idee des ewigen Friedens und gibt der Meinung Ausdruck, dass ein starkes Heer „im Verein mit den Friedensfreunden" arbeitet und zurzeit „ein starker Vorkämpfer des ewigen Friedens" ist.

20. Juli. Im Londoner Automobilklub hält Prinz Heinrich eine Ansprache, worin er zum Ausdruck bringt, dass die Prinz-Heinrich-Fahrt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland gestärkt habe.

21. Juli. Bedeutende Rede des englischen Schatzkanzlers, Lloyd George, bei einem ihm zu Ehren von hervorragenden Bankleitern gegebenen Bankett: „Ich würde grosse Opfer bringen, um den Frieden zu erhalten." Der Friede um den Preis der Nichtbeachtung Englands wäre aber eine Demütigung.

22. Juli. Der amerikanische Senat nimmt den Kanadischen Gegenseitigkeits-Vertrag an.

24. Juli. In Carracas wird ein Schiedsvertrag zwischen Venezuela und Argentinien unterzeichnet.

24. Juli. Deutsche und französische Gewerkschaftsmitglieder demonstrieren im Berliner Gewerkschaftshause für den Frieden. Scharfe Worte des Franzosen Yvetot gegen die Politik der Regierungen, die zu seiner Ausweisung aus Deutschland Veranlassung geben.

25. Juli. Hohe deutsche Richter nehmen auf Einladung der führenden englischen Juristengesellschaft, Hardwicke-Society, an deren Jahresbankett in London teil. Austausch von Freundschaftskundgebungen zwischen Gastgebern und Gästen.

26. Juli. Besuch der Königin Wilhelmine von Holland am Brüsseler Hof.

26. Juli. In London tritt der erste Welt-Rassen-Kongress zusammen. 1200 Teilnehmer aus allen Zonen.

27. Juli. Grosse Marokkodebatte im englischen Unterhaus. Beruhigende Erklärungen Lord Asquiths. Ernster Protest gegen den Krieg seitens des Arbeitervertreters Macdonald.

27. Juli. Auf der internationalen Konferenz der Bergarbeiter wird eine Resolution gegen den Krieg angenommen.

27. Juli. Der Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) tritt in einer Erklärung für eine friedliche Lösung des Marokkokonfliktes ein.

28. Juli. Deutsche Studenten beginnen eine korporative Fahrt durch Italien, wobei sie von einem

aus hervorragenden Politikern und Gelehrten gebildeten Komitee herzlich begrüsst werden.

28. Juli. Deutsch-französische Protestversammlung gegen den Krieg seitens der Gewerkschaften beider Länder in den Sälen der „Neuen Welt" in Berlin. 8000 Personen.

29. Juli. Eine Versammlung der englisch-deutschen Freundschaftsgesellschaft, die unter dem Vorsitz von Sir Frank Lascelles in London tagt, wird in einer Resolution der Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die öffentliche Meinung in England wie in Deutschland ruhige Haltung bewahre, „um die herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Grossbritannien und Deutschland zu erhalten".

30. Juli. Die Stadtverwaltung von Glasgow gibt den Offizieren des deutschen Kriegsschiffes „Hertha" ein Frühstück. Sympathiekundgebung der englischen Gastgeber für den Deutschen Kaiser.

Ende Juli. Die französische Regierung hat der deutschen das Angebot gemacht, französische Lehrer als Lehrer des Französischen an deutsche Schulen zu entsenden.

Ende Juli. Der Nationalverband der englischen Goldschmiede lädt die deutschen Goldschmiede ein, zu ihrer Generalversammlung in Birmingham einen Delegierten zu entsenden. Die Einladung wird angenommen.

Anfang August. Eine Studiengesellschaft französischer Kaufleute bereist Deutschland.

Anfang August. Der deutsche Kronprinz zum Jagdbesuch beim König von Italien.

Anfang August. Der Kongress der französischen Eisenbahn-Angestellten nimmt eine Resolution gegen den Krieg an.

1. August. Der Präsident des österreichischen Reichsrats, Dr. Sylvester, hält in Salzburg eine Rede, in der er den Zusammenschluss der Mittelmeerstaaten gegen England fordert.

2. August. Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedens-Gesellschaft nimmt Stellung zur Marokkofrage und erlässt eine Erklärung, in der sie die Einberufung einer europäischen Konferenz fordert.

2.—14. August. In Bern tagt die von der Carnegie-Stiftung einberufene Konferenz der Nationalökonomen, die ein umfangreiches Programm ausarbeitet für das internationale Studium der Ursachen, Folgen und der Vermeidung der Kriege. Zwanzig hervorragende Gelehrte aller Länder nehmen daran teil.

3. August. Die vorbehaltlosen Schiedsverträge zwischen der Union mit England und Frankreich werden in Washington und Paris feierlich unterzeichnet.

3. August. Der englische Kriegsminister Haldane hält an der Oxforder Universität eine grosse Friedensrede, in der er für das Zusammenwirken von Deutschland und England eintritt.

4. August. Grosse Protestversammlung der Confédération générale de travail im Salle Wagram in Paris gegen den Krieg. 7000 Personen.

4. August. Präsident Taft übersendet dem Senat die seitens der Union mit England und Frankreich unterzeichneten vorbehaltlosen Schiedsverträge. Der Text der Verträge wird veröffentlicht.

4. August. Die alldeutsche Presse greift den Kaiser an, weil er in der Marokkofrage nicht zum Kriege schreibt.

5. August. Bewirtung des japanischen Admirals Togo im Weissen Hause in Washington. Präsident Taft drückt dabei den Wunsch aus, Japan möchte mit den Vereinigten Staaten, Grossbritannien und Frankreich in der Weltbewegung für den internationalen Frieden zusammengehen.

5. August. 120 deutsche Gärtner unternehmen eine Studienreise nach Frankreich.

6. August. In Madrid protestiert der Allgemeine Arbeiterverband Spaniens in einer grossen Protestversammlung gegen die kriegerische Eroberung Marokkos. Vertreter der französischen Arbeiterschaft waren anwesend.

6. August. Sozialdemokratische Protestversammlung gegen die Kriegshetze in Heilbronn. 8000 Teilnehmer.

6. August. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, das Organ der Reichsregierung, weist die Kriegshetze der alldeutschen Presse und die Angriffe gegen den Kaiser energisch zurück.

7. August. Friedensrede des französischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, Angagneur, gelegentlich der Begrüssung des französischen Geschwaders in Nizza.

7. August. Präsident Taft appelliert in einer in einer Methodistenversammlung in Chautauqua gehaltenen öffentlichen Rede an den Senat, dass dieser die Schiedsverträge ratifiziere.

8. August. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands protestiert in einem geharnischten Aufruf gegen die Kriegshetze, fordert die sofortige Einberufung des Reichstags und die Abhaltung von Massen-Protestversammlungen gegen der Krieg.

9. August. In Barcelona findet eine von 4000 Personen besuchte Protestversammlung gegen den Krieg statt. Französische und spanische Arbeiter hielten Reden.

9. August. In Kopenhagen wird ein dänisch-französischer Schiedsvertrag unterzeichnet.

11. August. Sozialdemokratische Protestversammlung gegen die Kriegshetze in Brandenburg.

12. August. Das Komitee für auswärtige Beziehungen im amerikanischen Senat macht Einwände gegen die Schiedsverträge mit England und Frankreich.

12. August. Enthüllung einer Gedenktafel für König Eduard in Bad Homburg. Herzlicher Depeschenwechsel zwischen König Georg und Kaiser Wilhelm.

12.—14. August. General-Versammlung der schwedischen Friedensgesellschaft in Kirkehaver.

13. August. Grosse Friedenskundgebung englischer und französischer Arbeiter auf dem

Trafalger-Square zu London. Eine Resolution verdammt die Kriegshetze und entsendet den deutschen Arbeitern Grüsse.

13. August. Sozialdemokratische Protestversammlung gegen die Kriegshetze in Potsdam.

13. August. Edwin D. Mead aus Boston regt in einem in der amerikanischen Kirche in Berlin gehaltenen Vortrag die Gründung einer Kant-Halle zur Ehrung des grossen deutschen Philosophen der Friedensbewegung, an.

14. August. Zwei sozialdemokratische Riesen versammlungen protestieren in München gegen die Kriegshetze.

15. August. In Berlin tagt das internationale Bureau der Lehrerverbände. Vorträge von Anna B. Eckstein und Edwin D. Mead in Boston. Annahme einer Resolution, die dem Bunde die Aufgabe zuteilt, die friedliche Annäherung der Völker zu fördern.

16. August. In Hamburg-Altona protestieren 15 sozialdemokratische Volksversammlungen gegen die Kriegshetze aus Anlass des Marokko-Konflikts.

17. August. Protestversammlung gegen die Kriegshetze seitens der Arbeiter in Forst i. L. 2000 Personen.

17. August. Sozialdemokratische Protestversammlung gegen die Kriegshetze in Frankfurt a. M.

18. August. Fünf Massenversammlungen der Arbeiter Dresdens protestieren gegen die Kriegshetze.

19. August. Unterzeichnung des deutsch-russischen Abkommens über die Eisenbahnpolitik in Persien.

20. August. Französische Abgeordnete besuchen korporativ die Dresdener Hygiene-Ausstellung. Bankett im Stadthause zu Ehren der französischen Gäste.

20. August. Grosse Protestversammlung der Leipziger Arbeiter gegen die Kriegshetze.

20. August. Protestversammlung gegen den Krieg seitens der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin und Umgebung in den „Germaniasälen" in Berlin.

21. August. Sozialdemokratische Protestversammlung gegen den Krieg in Mannheim.

22. August. Sozialdemokratische Protestversammlung gegen den Krieg in Solingen.

27. August. Friedensrede Kaiser Wilhelms bei dem Festmahl des Hamburger Senats. „Darum kann die Konkurrenz im Kreise der Nationen untereinander in Frieden ausgekämpft werden."

27. August. Russisch-japanische Verständigung über ostasiatische Fragen. Depeschenwechsel zwischen Zar und Mikado.

28. August. Friedensrede des französischen Kolonialministers Lebrun. „Es hiesse an der Menschlichkeit, an dem Glanze des Jahrhunderts, an der Zivilisation, am Fortschritt verzweifeln, wenn zwei grosse Nationen, die auf gleichem Fusse, in der gleichen Sorge um den Weltfrieden und ihre Würde verhandeln, nicht zu einer billigen Verständigung gelangen würden, in der beide gleiche Sicherung finden würden."

Aus der Zeit.

Fortschritte der Schiedsgerichtsbarkeit. :: :: :: :: ::

In die neue Verfassung Portugals ist die Schiedsgerichtsbarkeit aufgenommen worden. Der Art. 63 lautet „Die Republik erkennt, unbeschadet der Bestimmungen ihrer Bündnisverträge, den Grundsatz des Schiedsverfahrens als bestes Mittel zur Entscheidung internationaler Streitigkeiten an." — Am 19. Juli ist der zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien abgeschlossene Vertrag über die schiedsgerichtliche Lösung gewisser Geldansprüche vom Senat ratifiziert worden. Der Vertrag sieht vor, daß jede der beiden Regierungen der anderen binnen vier Monaten jene Ansprüche mitteile, die sie erledigt zu haben wünscht. Alle bis zu dieser Frist nicht angemeldeten Forderungen werden ausgeschlossen. Das Tribunal hat aus je einem von jeder Partei zu ernennenden Schiedsrichter zu bestehen, und einem von diesen beiden gewählten Arbeiter. Die Sitzungen finden in Washington statt. — Die Erledigung des Chamizal-Streitfalles, der zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten schwebte, wobei es sich um ein ungefähr 600 Acres umfassendes Gebiet handelte, das durch die Bettveränderung des Grenzflusses streitig geworden ist, fand kürzlich statt, ohne die beiden Regierungen zu befriedigen. Da die beiden nationalen Kommissäre abweichender Meinung waren, führte der Arbiter einen Kompromiß herbei, der von keiner Seite als eine Lösung betrachtet werden kann. Man hofft, daß die Regierungen den Streitfall nunmehr auf diplomatischem Wege ausgleichen oder zur Revision vor den Haager Hof bringen werden. Der ganze Fall spricht gegen die Methode der gemischten Kommissionen und der schiedlichen Erledigung solcher Streitfälle. Immer deutlicher tritt dadurch die Notwendigkeit einer internationalen unparteiischen Gerichtsinstanz in den Vordergrund. — In dem seit langer Zeit zwischen Chili und den Vereinigten Staaten schwebenden Alsop-Konflikt ist nunmehr vom König von England das Urteil gefällt worden. Auch hier scheint das Urteil einen Kompromiß zu enthalten. Von der amerikanischen Forderung von 600 000 Pfd. sind nur 197 000 Pfd. bewilligt worden. — Im Hinblick auf den in Vorbereitung befindlichen unbeschränkten Schiedsvertrag, den Großbritannien mit den Vereinigten Staaten zu schließen beabsichtigt, hat die Regierung des ersteren Landes den Bündnisvertrag mit Japan vom 12. August 1905 einer Revision unterzogen und im Art. 4 folgendes bestimmt: „Sollte eine der beiden hohen vertragschließenden Parteien einen allgemeinen

Schiedsvertrag mit einer dritten Macht abschließen, so gilt es als ausgemacht, daß das gegenwärtige Abkommen keine es schließende Macht verpflichten kann, gegen eine Macht in den Krieg zu ziehen, mit der sie einen derartigen Schiedsvertrag abgeschlossen hat."

Die amerikanischen Schiedsverträge. :: :: :: :: :: :

Die vorbehaltlosen Schiedsverträge zwischen den Vereinigten Staaten und England wie Frankreich sind Anfang August in Washington bzw. Paris zwar feierlich unterzeichnet worden, doch sind sie in der Vorkommission des Senates — wie ja befürchtet werden mußte — auf Schwierigkeiten gestoßen. Gegen das Ziel der Verträge hatte die Senatskommission nichts auszusetzen, wohl aber gegen die Form, über deren Verfassungsmäßigkeit Bedenken vorherrschten. Es wurden von der Kommissionsmehrheit einige Abänderungen vorgeschlagen und schließlich ein eingehendes Studium verlangt, so daß die Hoffnung Tafts, die Verträge noch in dieser Session erledigt zu sehen, nicht in Erfüllung ging. Erst die im Dezember beginnende neue Session wird sich endgültig mit der wichtigen Frage befassen. Mittlerweile hofft Präsident Taft die öffentliche Meinung im ganzen Lande derart aufzurütteln, daß der Senat seine Zustimmung schwerlich wird versagen können. Die Friedensorganisationen Amerikas werden ihm dabei hilfreich zur Seite stehen.

Bedauerlich ist nur, mit welch unverhohlener Freude dieser Zwischenfall im Senat von der deutschen Antipazifistenpresse aufgenommen wurde. Da hat irgendein sensationslüsterner Reporter aus einem nicht näher gekennzeichneten „Bericht", der innerhalb der Senatskommission erstattet wurde (man weiß nicht von wem), einen einzigen Satz nach Europa herübertelegraphiert, der im Lapidarstil die Schiedsverträge als Kriegserzeuger (Breeders of war) kennzeichnet. Statt die Frage nach dem Esel zu erheben, der heute so etwas zu sagen wagt, haben gewisse Zeitungen diesen Satz in behaglichem Sperrdruck dem Publikum vorgesetzt. Die Schiedsverträge „Kriegsbruteinrichtungen"! Wer weiß, wie dieser Satz im Zusammenhange lautet. Aber danach fragt ein tapferer alldeutscher Redakteur nicht. Er nimmt diesen Satz in sein Schlagwörterverzeichnis auf, leitartikelt darüber und zitiert es später mit einem vorgesetzten „bekanntlich". —

Die sich allzeit getreu bleibenden „Hamburger Nachrichten" leitartikeln frohlockend über „Das Fiasko des amerikanischen Schiedsvertrages". Für dieses Blatt ist dadurch „die ganze innere Brüchigkeit des Schiedsgedankens überhaupt" erwiesen. „Diese Tatsache", so heißt es in jenem Artikel weiter (es ist also schon eine Tatsache, wo noch der Senat selbst kein Wort gesprochen hat!), „wird hoffentlich auch auf unsere Schwarmgeister in Deutschland abkühlend wirken, wenn sie der Sprache der Vernunft überhaupt noch zugänglich sind. Und dies um so mehr, als der Bericht der amerikanischen Senatskommission die Schiedsgerichtsverträge mit England und Frankreich nicht nur . . . eingeschränkt und kritisiert, sondern sie direkt als „Erreger von Krieg und nicht von Frieden" (!) stigmatisiert (!) hat." „Ganz unsere Ansicht!" Ja, ganz die Ansicht der „Hamburger Nachrichten". Einen ärgeren Tadel konnte das Elbblatt der amerikanischen Senatskommission gar nicht ausstellen. — Was weiß dieser Leitartikler von der Entwicklung, der Lebenskraft, der Wirksamkeit der modernen Schiedsgerichtsbarkeit, die ihm immer noch als die gute Idee, die Laune, oder gar als die perfide Heuchelei des Präsidenten Taft erscheint. Schreibt er doch: „Wir haben schon wiederholt ausgeführt, daß (die Zurückhaltung Deutschlands gegenüber der Schiedspolitik) um so dringlicher geboten ist, als die ganze Taftsche Schiedsgerichtskampagne sich bei näherem Zusehen als eitel Spiegelfechterei herausstellt. Wenn dem Präsidenten jetzt die Felle wegzuschwimmen drohen, so trauert er sicher weniger den Schiedsgerichtsgedanken nach, der ihm innerlich höchst gleichgültig ist, als vielmehr dem fraglich gewordenen Bündnis mit England. Hierauf ist es ihm in der Hauptsache angekommen und die Schiedsgerichte sollten nur die Drapierung sein, um den wahren Zweck zu verhüllen."

Was für ein Gauner dieser Präsident Taft doch im Kopfe des Herrn Hartmeier (Chefredakteur und Besitzer der „Hamburger Nachrichten") sein muß.

Dieser Präsident Taft, der im Juni der Generalversammlung der Kirche von Schottland durch Dr. Macdonald von Toronto folgende Botschaft zugehen ließ:

> „Sagen Sie der Generalversammlung und durch sie dem Volke Schottlands, daß kein Wunsch in meinem Leben aufrichtiger oder entschlossener ist als der, daß die beiden großen Teile der englisch sprechenden Rasse in einem Vertrag für unbeschränkte und unbegrenzte Schiedsgerichtsbarkeit sich vereinigen sollten, der den Krieg für immer unmöglich machen, und sogar den Gedanken an Krieg für immer ausschalten sollte. . . . Es ist meine aufrichtige Hoffnung, daß der vorgeschlagene Vertrag zwischen Groß-Britannien und den Vereinigten Staaten nicht nur das Wohl der englisch sprechenden Rasse bewirken wird, sondern daß er den Weg vorbereiten wird für umfassende friedliche Beziehungen aller Völker, daß er von den Nationen die unerträgliche Last der Rüstungen nehmen und in Sicht bringen wird die Tage, von denen die Propheten erzählen, wo keine Nation gegen die andere das Schwert erheben wird."

So spricht ein „eitler Spiegelfechter".

Diesen Ausführungen gegenüber, die von andern Blättern chauvinistischer Couleur vielleicht noch übertroffen werden (die „Ostpreußische Zeitung" in Königsberg leistet sich einen Leitartikel, der „Der Schiedsgerichts-Unfug" betitelt ist, 27. VII.), wollen wir hervorheben, was sich die „Neue gesellschaftliche Korrespondenz" von einem Amerikaner berichten läßt:

„Die Friedenspolitik des Präsidenten Taft", so heißt es am Schlusse einer längeren Darlegung, ist nicht die Politik amerikanischer Träumer oder Fanatiker. Sie wird von den tüchtigsten Elementen der Nation getragen und gestützt. Sie hat in unseren beiden großen politischen Parteien bedingungslose Anhänger. Die führenden Männer der Geschäftswelt und der übrigen maßgebenden Berufe bekennen sich zu ihr. Mr. Taft ist unaufhörlich darauf bedacht, daß seine Regierung einst das Andenken fortwährender Bestrebung zur Verbrüderung der Länder und Völker hinterlassen möge. Und die Besten des amerikanischen Volkes stehen bei seinen Bemühungen, den Schiedsgerichtsvorschlägen zu allgemeiner Annahme zu verhelfen, hinter ihm. Um so freudiger ist es zu begrüßen, daß auch Deutschland zu den Schiedsgerichtsvorschlägen Tafts eine wohlwollende Haltung eingenommen hat."

Die Taft'sche Anregung von Europa abgelehnt. :: ::

Man erinnert sich noch der sogenannten „Bennett-Bill". —

Am 10. Juni bzw. 24. Juli 1910 votierten das amerikanische Repräsentantenhaus und der Senat ein Gesetz, durch das der Präsident der Vereinigten Staaten ermächtigt wurde, eine Fünfmännerkommission zu ernennen, der es obliegen soll, zu studieren, wie eine Beschränkung der Rüstungen auf dem Wege internationaler Abkommen möglich wäre. Für diesen Zweck wurden 10 000 Dollar bewilligt und gleichzeitig bestimmt, daß die Kommission ihren Bericht in zwei Jahren zu erstatten habe. Siehe Fr.-W. 1911, S. 4 u. f.)

In seiner Botschaft vom 6. Dezember 1910 erklärte Präsident Taft, daß er die Ernennung der Mitglieder jener Kommission noch nicht vorgenommen habe, weil er die fremden Regierungen eingeladen habe, ähnliche Kommissionen einzusetzen, die mit der amerikanischen Kommission zusammenarbeiten sollen. (Siehe Fr.-W. 1911, S. 36.)

Seitdem ist es still geworden über die mit so großem Beifall und so vielen Hoffnungen begrüßten Rüstungskommission.

Nunmehr liegt eine Aeußerung vor, die von höchstem Interesse ist, und die uns belehrt, daß sich die Mehrzahl der europäischen Regierungen der amerikanischen Anregung gegenüber ablehnend verhalten.

Auf die Anfrage eines Mitgliedes des amerikanischen Repräsentantenhauses über das Schicksal der Rüstungskommission antwortete kürzlich der Sekretär des Präsidenten Taft, Mr. Charles D. Hilles, folgendes:

„Die vom Präsidenten (in einer Botschaft vom 6. Dez. 1910) erwähnten Einladungen wurden durch Zirkularnote vom 16. November 1910 den folgenden Mächten zugesandt: Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Japan, den Niederlanden, Rußland und der Türkei. Die von diesen Regierungen empfangenen Antworten bezeugten einiges Interesse für die Frage, erklärten aber gleichzeitig aus verschiedenen Gründen ihr Zögern, an dieser Initiative teilzunehmen. Während einige dieser Mächte sich geneigt zeigten, bestimmte Vorschläge in Erwägung zu ziehen, die wir ihnen als Ergebnis der Untersuchungen der Kommission unterbreiten könnten, sind andere der Ansicht, daß es jetzt nicht angebracht sei, eine von der oben erwähnten Resolution (gemeint ist die Bennett-Bill) vorgesehene internationale Aktion zu unternehmen, und sind anscheinend der Meinung, daß es augenblicklich nicht gelegen wäre, das Studium dieser Frage zu erneuern."

Also: Europa will die Frage der Rüstungsbeschränkung nicht studieren. Merken wir uns das.

Die Neuordnung des Bureaus des Haager Schiedshofs.

In der „Köln. Ztg." lesen wir die folgenden sehr interessanten Ausführungen:

Drei Gründe machen demnächst eine Neuregelung der Zusammensetzung des internationalen Bureaus des Haager ständigen Schiedshofs erforderlich. Einmal wird durch die 1913 stattfindende Einweihung des Friedenspalastes der Anlaß gegeben sein, die Bibliothek des Schiedshofs erheblich zu erweitern. Dem bisherigen Bibliothekar dürfte dann ein in der internationalrechtlichen Literatur durchaus bewanderter Jurist, der Völkerrecht studiert hat, beigegeben werden müssen. Zurzeit ist die Bibliothek erstaunlich klein und enthält nicht einmal ein geordnetes Verzeichnis der Bände. Nach der Annahme des Prisenhofs durch das englische Parlament dürfte ferner die Zeit nahe sein, wo der internationale Prisenhof, als deren Gerichtsschreiberei das internationale Bureau dienen soll, ins Leben tritt. Da dieser Prisenhof ein ständiges Gericht ist, wird für seine Zwecke das bisherige Personal des Bureaus, bestehend aus einem Generalsekretär und einem ersten Sekretär, nicht mehr ausreichen. Man wird dann daran denken müssen, die schon in dem Reglement des Verwaltungsrats von 1900 vorgesehene Stelle eines zweiten

Sekretärs zu besetzen und gegebenenfalls weitere neue Stellen zu schaffen. Ferner wird bei der demnächstigen Neuregelung die Tatsache mitspielen, daß die andern Mächte darauf dringen werden, das von allen Staaten bezahlte Amt nicht ausschließlich mit Holländern zu besetzen, wie es jetzt der Fall ist. Die ersten Stellen müssen von Männern besetzt werden, die über besondere Leistungen auf dem Gebiete des Völkerrechts verfügen und das Material des Schiedshofs wissenschaftlich bearbeiten können.

☞

Das Totengeläute des Krieges. :: :: :: :: :: :: :: ::

Als Andrew Carnegie auf seinem schottischen Landsitz Skibo die Nachricht bekam, daß der anglo-amerikanische Schiedsvertrag unterzeichnet sei, telegraphierte er an das Londoner Bureau des „New York Americain" folgende Worte:

„Das ist die wohltätigste Ankündigung, die jemals in der Geschichte der Menschheit gemacht wurde, weil damit das Totengeläute des Krieges eingeläutet wurde. Unsere englisch sprechende Rasse schaffte die Sklaverei ab, und schaffte das Duell ab. Andere Völker folgten ihr oder sind im Begriffe, ihr rasch zu folgen. So werden sie ihr auch folgen in bezug auf die gegenseitige Menschentötung. Präsident Taft ist der Herrscher, der den Weg zum Siege klarlegte und das Losungswort sprach. Er wird deshalb der Welt größter Wohltäter werden. Jetzt kommen noch Deutschland, Frankreich und die Niederlande, mit denen allen unser Land schon in Unterhandlungen steht. Haben wir erst diese Völker gewonnen, ist unser Werk getan. Es ist ruhmreich für unsere Republik, daß sie in diesem erhabenen Feldzug die Leitung übernommen hat."

Der frommen „Kreuzzeitung" wird dieser Jubelruf ebensowenig gefallen wie ihr ein ähnliches Wort Carnegies gefiel. Schreibt da ein v. B. zeichnender Mitarbeiter in der Nummer vom 25. August in einem sonderbaren „Weltfriede und Schiedsgerichte" betitelten Artikel folgendes:

„Im Amerika hat nun Herr Carnegie als echter Yankee die Sache praktisch in die Hand genommen, und versucht den Weltfrieden mit Geld herzustellen. Zu diesem Zwecke hat er einige Millionen gestiftet, durch die Frieden und Humanität im großen Stile gepflegt werden sollen. Und in einer Rede zu New York ruft er begeistert aus: „Der englisch-amerikanische Schiedsvertrag ist die größte seit Erschaffung der Welt im Interesse der Menschheit vollbrachte Tat!!" — Da müssen wir uns doch unwillkürlich fragen: **Ist denn Herr Carnegie kein Christ,** weiß er denn gar nichts vom Evangelium? — „Die größte, seit Erschaffung der Welt vollbrachte Tat? — Ein Stück Papier, bei dessen Unterschrift sich die beiden Kontrahenten ihr Teil gedacht haben werden, soll die größte Tat seit Erschaffung der Welt sein? Nun, das ist eben amerikanisch gesprochen und gehört zur landesüblichen Reklame."

Ist es notwendig, diesen frommen Verzweiflungsruf zu glossieren?

☞

Das Jubiläum eines Wortes. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 9. September sind es zehn Jahre, daß das Wort „Pazifismus" mit allen seinen Ableitungen, im deutschen Sprachgebiet zum erstenmal gedruckt wurde. In der Friedens-Warte vom 9. September 1901 befindet sich ein kleiner Aufsatz „Friedensfreund, Föderalist oder Pazifist?" betitelt, in dem das kurz vorher von Emile Arnaud erfundene Wort zur Verwendung für die bis dahin gebräuchlichen Bezeichnungen Friedensfreunde, Friedensbewegung usw. empfohlen wurde. Von hier aus ging das arg bekämpfte Wort in den allgemeinen Sprachgebrauch Deutschlands über. Heute ist es in aller Munde, kann man es täglich lesen und hören. Ein weiterer Beweis der Sieghaftigkeit der Sache, die es bezeichnet.

☞

Eine Friedensrede des Kaisers. :: :: :: :: :: :: :: ::

In Hamburg war es wieder, wo Kaiser Wilhelm so oft die Bedeutung des Friedens hervorgehoben hat, wo er auch diesmal — anläßlich eines vom Hamburger Senat gegebenen Festmahls — eine Friedensrede hielt. Er führte darin den Gedanken aus, daß wirtschaftliche Konkurrenz der Völker sehr nützlich, ja notwendig sei, und daß es unsinnig sei, zu glauben, die Konkurrenz könne oder müsse durch kriegerische Unternehmungen gefördert werden. Die betreffende Stelle der Rede lautet:

„Wir dürfen uns nicht darüber wundern, daß das Aufstreben des Handels in unserem jung geeinten Vaterlande manchem in der Welt Unbequemlichkeiten gemacht hat. Ich meine jedoch, die Konkurrenz ist auch auf kommerziellen Gebieten gesund. Sie ist für die Staaten und Völker notwendig, um anzuspornen und zu neuen Leistungen anzuregen. So ist es ja beim Sport, wie wir es heut auf dem schönen Rennplatz gesehen haben, wo vor den Augen von Tausenden von Hamburgern und so vielen schönen Hamburgerinnen die Offiziere Meiner Armee geritten haben.

Da sehen wir einen Reiter, der im Gedanken schon den ersten Preis errungen hat, und von rechts und links kommen die zwei nächsten und arbeiten sich an ihn heran, und es kommt zu ernstem Kampf zwischen den dreien. Da greift der, der bisher an der Tête war, zur Peitsche, aber nicht, um auf seinen konkurrierenden Reiter zu hauen, sondern auf sein Pferd, und gibt diesem die Sporen. Darum kann die Konkurrenz im Kreise der Nationen unter einander in Frieden ausgekämpft werden."

Allerdings folgte diesen Worten eine Verherrlichung der deutschen Flotte und die Ankündigung einer weiteren Verstärkung der deutschen Seemacht.

☞

Lord Haldanes Rede. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 3. August hielt der englische Kriegsminister, Lord Haldane, zur Eröffnung der Universitätsferienkurse der Oxforder Universität die Festrede über das Thema: „Deutschland und Großbritannien". Eine Studie über nationale Eigentümlichkeiten.

Durch eine eingehende Darlegung der Eigentümlichkeiten beider Nationen und deren geschichtlich bedingten Entwicklung sucht der hervorragende englische Gelehrte, der bereits viel dazu beigetragen hat in England deutsche Literatur und deutsche Wissenschaft zu verbreiten, ein innigeres Verständnis beider Völker anzubahnen.

Die Hauptsache, so führt er aus, ist, daß man zu besserem gegenseitigen Verständnis gelange. In den Grundbedingungen dazu sei England wohl hinter Deutschland zurück. In Deutschland kenne man Englands Sprache und Literatur besser als in England die deutsche. Shakespeare und Scott seien den Deutschen so vertraut wie dem Engländer. Für jeden Briten aber, der Deutsch lesen und sprechen könne, seien mindestens fünf Deutsche des Englischen mächtig. Andererseits scheine man in Deutschland fast weniger von Englands Auffassungs- und Denkweise zu verstehen als in England von der deutschen. Das englische Volk sei in Wirklichkeit keine Nation, die weitsichtige, tief verborgene Anschläge und selbstsüchtige Pläne schmiede unter einem Deckmantel von Unklarheit in Wort und Tat. Es trachte nicht grundsätzlich und mit Vorbedacht allen andern voraus, mehr und mehr Ländergebiet auf der Erdoberfläche zu erhaschen. Was in dieser Hinsicht erlangt worden sei, habe man nicht nach einem weitausblickenden politischen Plane erlangt, sondern weil England lange Zeit allein auf dem Platze gewesen sei und unter den Umständen wohl nicht anders gekonnt habe. Deutschland habe in einer Hinsicht entschieden Unglück gehabt, weil es als Nation hundert Jahre zu spät in der Weltgeschichte geboren worden sei. Das habe dann auch seiner Entwicklung eine andere und besondere Richtung gegeben. Es brauche aber darum nicht seinen Fortschritt zu hindern. Es sei schon eine der größten Nationen der Welt hinsichtlich seines Charakters und seiner geistigen Begabung. Seine Organisationsstärke sei unerreicht. Es dringe überall vor und tue es zum Vorteile der Menschheit. Nichts könne es aufhalten, und man dürfe wohl sagen, nichts würde ihm so sehr den weitern Fortschritt erleichtern wie wirklich offene und leichte geschäftliche, politische und gesellschaftliche Beziehungen zu England. Denn manche, sehr viele Engländer hegten die Ansicht, je größer Deutschlands Geschäft und Handel werde, um so größer werde auch Englands Handel und Geschäft werden. Zusammenwirken in der Entwicklung sei ein mächtiger Faktor für alle Beteiligten.

Die Rede wird mit Zustimmung des Verfassers vom Verlag der „Friedens-Warte" in vollständiger deutscher Uebersetzung herausgegeben und in Deutschland verbreitet werden.

☞

Lloyd George's Rede. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Ende Juli hielt der englische Schatzkanzler, Lloyd George, eine interessante Rede über den Weltfrieden, deren wichtigste Stelle hier wiedergegeben werden muß:

„Wir haben ein maßgebendes Interesse an dem allgemeinen Gedeihen aller Länder der Welt. Alles, was zu der gedeihlichen Entwicklung in der Welt beiträgt, fördert unser Interesse, alles was sie schädigt, bedeutet einen Verlust für uns. Es gibt gegenwärtig nur eine Ursache, welche diese Flut des Gedeihens aufhalten könnte, dessen befruchtender Einfluß sich über die ganze Welt verbreitet, und als diese Ursache wäre alles anzusehen, was den internationalen Frieden stören könnte. Der Friede ist die erste Bedingung für ein anhaltendes Gedeihen. Zum Glück liegt kein Grund zu der Befürchtung vor, daß eine solche Katastrophe bevorstehe. Es gibt naturgemäß beständig Fragen, die zwischen den Regierungen auftauchen und Erörterungen, manchmal auch Reizbarkeit verursachen; allein der gesunde Verstand der Völker hat während der letzten Jahre im allgemeinen eingesetzt, um schließlich eine friedliche Lösung zu sichern. Ich für meine Person bin ein aufrechter Verteidiger aller der Mittel, die eine Beilegung der internationalen Streitigkeiten auf solchen Wegen herbeiführen können, welche die Zivilisation für die Beilegung der Händel unter Privatpersonen erfolgreich anwendet, und ich freue mich aus ganzem Herzen über die Aussicht, daß die Unterhandlungen Sir Edward Greys mit den Vereinigten Staaten zu einem glücklichen Ergebnis führen werden, sowie über den Gedanken, daß in Zukunft alle Fragen, die zwischen uns und der blutsverwandten Nation jenseit des Atlantischen Ozeans entstehen können, künftig durch ein vernünftigeres und gerechteres Urteil entschieden werden als das des Schwertes. Allein ich muß auch folgendes bemerken: Ich halte es für wesentlich, für die erhabensten Interessen nicht nur unseres Landes, sondern der Welt, daß Großbritannien seinen Platz und sein Ansehen unter den großen Mächten behält. Sein mächtiger Einfluß ist in der Vergangenheit von unschätzbarem Wert für die Sache der menschlichen Freiheit gewesen und wird es ferner sein.

Mehr als einmal hat es in der Vergangenheit kontinentalen Mächten, die manchmal allzu geneigt sind, seine Dienste zu vergessen, eine zerschmetternde Niederlage, wenn nicht eine völlige Vernichtung erspart. Ich würde große Opfer bringen, um den Frieden zu erhalten, und ich gebe nicht zu, daß sich eine Störung der guten internationalen Beziehungen rechtfertigen ließe, es sei denn durch Fragen von sehr ernstem nationalen Interesse. Wenn wir uns jedoch in eine Lage gedrängt sähen, in welcher der Friede nur durch das Opfer der großen und zum Guten wirkenden Stellung erhalten werden könnte, die Großbritannien sich durch jahrhundertelange Heldentaten und Anstrengungen erworben hat — wenn diese Lebensinteressen im Spiele wären und wenn man zugäbe, daß Großbritannien so behandelt würde, als ob es im Rate der Nationen nicht mitzählte, das sage ich mit Nachdruck, dann wäre der Friede um diesen Preis eine unerträgliche Demütigung für eine große Nation wie die unsrige."

Vielfach wurde diese Rede als ein Bruch mit dem Pazifismus angesehen, als eine Erklärung, daß die gegenwärtige englische Regierung keine Anhängerin des „Friedens um jeden Preis" sei. Als ob die Pazifisten den „Frieden um jeden Preis" verfechten würden! Sie treten vielmehr dafür ein, daß die Haltung eines jeden Staates derartig sei, daß diesem nichts Unerträgliches zugemutet werde. Es soll niemand zugemutet werden, daß er sich alles gefallen lasse und doch nicht zu den Waffen greift. Es soll vielmehr kein Staat dem andern Zumutungen stellen, die dieser nicht ertragen könnte.

Auch unsere innerstaatliche Gesetzgebung bedeutet nicht „Ordnung um jeden Preis". Sie setzt vielmehr voraus, daß kein Bürger an den andern Zumutungen stelle, die dieser andere durchaus nicht ertragen könne. Dann hat der Bedrängte das Recht, zur Selbsthilfe zu schreiten. Aber nicht er wird das Gesetz gebrochen haben, sondern der Provozierende. Gegen diesen wird sich auch die gesetzliche Strafe richten.

☞

Die Kulturaufgaben leiden nicht? :: :: :: :: :: :: :

Stadtrat Max Steinborn in Berlin-Wilmersdorf veröffentlicht in einer der letzten Nummern der „Zukunft" (Juli) einen Artikel über „Städtische Wohnungspolitik", dem wir nachstehende Mitteilung entnehmen:

„In Berlin hausen 100 000 Menschen in Kellerwohnungen, haben, nach der Statistik vom 1. Dezember 1905, 65 825 Personen nur einen Wohnraum (bei einer Bevölkerungsziffer von 2 004 061 **oder 32,27 Prozent**). Die Hälfte der Bewohner aller deutschen Großstädte nennt außer der Küche nur einen einzigen Raum ihr Eigen."

Wie sagte aber General Groß v. Schwartzhoff auf der ersten Haager Konferenz? — „Das deutsche Volk wird von seinen Verpflichtungen und Lasten nicht erdrückt, es befindet sich nicht auf einer abschüssigen Bahn, es läuft nicht der Erschöpfung und dem Ruin entgegen. Im Gegenteil entwickelt sich der öffentliche und private Reichtum, der allgemeine Wohlstand immer mehr, und der Standard of Life vermehrt sich von Jahr zu Jahr."

Wer lacht da? —

Einen anderen Beitrag zur Vernachlässigung der Kulturaufgaben bildet die plötzliche Weigerung des österreichischen Finanzministeriums zum Ausbau des Wiener Allgemeinen Krankenhauses. Dieses Institut stammt noch aus dem XVIII. Jahrhundert. Es erfüllt weder räumlich die Bedürfnisse der Millionenstadt, noch in wissenschaftlicher Beziehung die Anforderungen der modernen Hygiene. Unter diesen traurigen Verhältnissen leidet das Volk und die Wissenschaft, da im Allgemeinen Krankenhause die Universitätskliniken untergebracht sind.

Als die Zustände nicht mehr zu ertragen waren, wurden 60 Millionen für den Neubau der medizinischen Kliniken bewilligt. Jetzt, nachdem 24 Millionen ausgegeben sind, verweigert der Finanzminister die weiteren 36 Millionen, da er infolge des großen Bedarfs für Armee und Marine keine Mittel mehr habe. Der Ausbau des Krankenhauses soll auf ein Jahrzehnt verschoben werden.

Für militärische Zwecke hat man schon etwa 500 Millionen bewilligt, stellt man eine Forderung von einer Milliarde in Aussicht.

Quousque tandem . . . ?

☞

Ein Vorschlag zur Heeresreform. :: :: :: :: :: :: ::

In der Sitzung der französischen Deputiertenkammer vom 14. November 1910 unterbreitete Jean Jaurès einen Gesetzentwurf in 18 Artikeln über eine Neuorganisation der französischen Armee auf Grund des Milizwesens. Einige dieser Artikel sind von höchstem Interesse. Sie seien deshalb hier angeführt:

Art. 16. Die Armee hat den ausschließlichen Zweck, die Unabhängigkeit und das Gebiet des Landes gegen jeden Angriff zu schützen. Jeder Krieg ist verbrecherisch, wenn er nicht offenkundig defensiv ist, und er ist nur dann offenkundig und sicher defensiv, wenn die Regierung des Landes der fremden Regierung, mit der sie in Konflikt ist, vorschlägt, diesen Konflikt durch die Schiedsgerichtsbarkeit beizulegen.

Art. 17. Jede Regierung, die in einen Krieg eintritt, ohne öffentlich und aufrichtig die Lösung durch ein Schiedsgericht vorgeschlagen

zu haben, wird als Verräter an Frankreich und den Menschen, als öffentlicher Feind des Vaterlandes und der Menschheit betrachtet werden. Jedes Parlament, das dieser Handlung zugestimmt haben wird, wird sich der Felonie schuldig machen und von Rechts wegen aufgelöst werden. Es wird die konstitutionelle und nationale Pflicht der Bürger sein, diese Regierung zu stürzen und sie durch eine Regierung des guten Glaubens zu ersetzen, die unter Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, dem Auslande anbietet, durch ein Schiedsurteil den Feindseligkeiten vorzubeugen oder sie zum Stillstand zu bringen.

Art. 18. Die Regierung von Frankreich wird eingeladen, sofort mit allen im Haager Hof vertretenen Ländern über integrale Schiedsverträge zu verhandeln und in Uebereinstimmung mit ihnen das Schiedsverfahren zu regeln.

☞

Menschenopfer im Frieden. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der „Vorwärts" veröffentlicht folgende amtliche Statistik der gewerblichen Unfälle. Es wurden

im Jahre	Unfälle angemeldet	als Verletzte festgestellt	darunter Getötete
1886	100 159	10 540	2 716
1887	115 475	17 102	3 270
1888	138 057	21 236	3 692
1889	174 874	31 449	5 260
1890	200 001	42 038	6 047
1891	225 337	51 209	6 428
1892	236 265	55 654	5 911
1893	264 130	62 729	6 336
1894	282 982	69 619	6 361
1895	310 139	75 527	6 448
1896	351 798	86 403	7 101
1897	382 117	92 326	7 416
1898	407 522	98 023	7 984
1899	443 313	106 036	8 124
1900	454 341	107 654	8 567
1901	476 260	117 336	8 501
1902	488 707	121 284	7 975
1903	530 507	129 375	8 370
1904	583 965	137 673	8 752
1905	609 160	141 121	8 928
1906	645 583	139 726	9 141
1907	662 901	144 703	9 815
1908	662 321	142 965	9 856
1909	664 247	139 070	9 363
	9 410 152	2 140 798	172 362

9 410 152 auf dem Schlachtfelde der Arbeit Verwundete, 2 140 798 Schwerverwundete, einschließlich 172 362 Getötete!

Im deutsch-französischen Kriege 1870/71 betrug die Gesamtzahl an Toten und Verwundeten auf deutscher Seite 116 756: es wurden 1871 Offiziere und 26 397 andere Soldaten getötet, 4184 Offiziere und 84 304 Mannschaften verwundet. Seit dem Jahre 1888 übersteigen die Opfer an Leben und Gesundheit, die die deutsche Arbeiterklasse allein in den der Unfallversicherung unterstellten Betrieben alljährlich im tiefsten Frieden zu bringen hat, seit 1900 gar allein die Ziffer der Toten und Schwerverwundeten die Anzahl der im deutsch-französischen Kriege Gefallenen oder Verwundeten.

Sind diese Opfer nicht auch Opfer des Krieges? — Würde nicht eine bessere Unfallverhütung, höhere Wertung der Arbeit und somit Verminderung der Hast und Unvorsichtigkeit möglich sein, wenn man einen Teil des Geldes für die Rüstungen der sozialen Fürsorge zugute kommen lassen könnte?

☞

Die neue Wehrvorlage in Oesterreich-Ungarn. :: :: ::

Das neue Wehrgesetz für Oesterreich-Ungarn, das die teilweise zweijährige Dienstzeit bringen soll, bringt eine neue Erhöhung des Rekrutenkontingentes und der Heeresausgaben. Eine Budapester Mitteilung der Frankfurter „Volksstimme" entnehmen wir über den Umfang der an das arme Land gestellten Forderungen folgendes:

„Das Heer der Monarchie besteht aus dem sogenannten „gemeinsamen Heer", sowie aus den österreichischen und ungarischen Landwehren, die hierzulande Linientruppen darstellen. Bisher betrug das Rekrutenkontingent

des gemeinsamen Heeres	102 300	Mann,
der ungarischen Landwehr	12 500	„
der österreichischen Landwehr	10 500	„
insgesamt	135 300	Mann.

Nach der Reform wird das Rekrutenkontingent betragen für

das gemeinsame Heer	159 500	Mann,
die ungarische Landwehr	25 000	„
die österreichische Landwehr	20 000	„
insgesamt	204 500	Mann.

Das jährliche Rekrutenkontingent soll also um 69 200 erhöht werden.

Nun muß man bedenken, daß die Dienstzeit bei den Landwehrtruppen, bei allen Waffengattungen, bisher nur 2 Jahre betrug, von nun an soll aber die Dienstzeit der Landwehrkavallerie und reitenden Artillerie auf drei Jahre erhöht werden, andererseits soll die dreijährige Dienstzeit bei der Kavallerie, reitenden Artillerie, Pionier-Bataillonen, Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschifferabteilungen, insgesamt für 31 Prozent aller Truppen des gemeinsamen Heeres beibehalten werden. Das bedeutet, daß von den 69 200 neuen Rekruten, die man über die bisherige Zahl ausheben will, ein großer Teil für die Erhöhung des Friedensstandes verwendet wird. Wieviel dieser betragen wird, das geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor. Vor der Reform betrug der Friedensstand

des gemeinsamen Heeres	297 000	Mann,
der ungarischen Landwehr	24 500	„
der österreichischen Landwehr	38 220	„
insgesamt	359 720	Mann.

Nach der Durchführung der Reform wird jedoch der Friedensstand betragen bei

dem gemeinsamen Heer	362 000	Mann,
der ungarischen Landwehr	52 688	„
der österreichischen Landwehr	44 000	„
insgesamt	458 688	Mann.

Der jetzige Friedensstand wird also um fast 100 000 Mann erhöht werden.

Die Kriegsstärke des Heeres betrug bisher 1 317 708 Mann, nach durchgeführter Reform wird sie 1 945 710 Mann betragen.

Für neu anzuschaffende Waffen, Kasernen usw. wird man das nette Sümmchen von 162 000 000 Kronen verwenden müssen. Daneben werden aber die regelmäßigen Ausgaben des Heeres eine 47prozentige Steigerung erfahren. Bis jetzt betrugen nämlich die Kosten des Landheeres 573 765 000 Kronen, nach der durchgeführten Reform werden sie auf 843 500 000 Kronen hinaufschnellen.

Die Vorlage der Regierung bezieht sich nur auf die Reform des Landheeres; das Flottengesetz wird erst später vorgelegt werden. Aber man weiß schon jetzt — da es von den Delegationen bereits bewilligt wurde —, was es enthalten wird: die jährlichen Flottenausgaben sollen von 80 000 000 Kronen auf 210 000 000 Kronen erhöht werden! Sonach werden die Heereslasten eine 60prozentige Steigerung erfahren; das Kriegsbudget der Monarchie, das bis jetzt 14,43 Prozent des Gesamtbudgets ausmachte (das der einzelnen Länder mit eingerechnet!), wird nach der Reform 24,6 Prozent des Gesamtbudgets ausmachen.

Die Frage, ob diese horrenden Summen aufgebracht werden können, kann vorläufig unbeantwortet gelassen werden, was jedoch schon jetzt feststeht, ist, daß Ungarn sein Kontingent nicht stellen kann. Es soll 93 000 Rekruten stellen, aber die Militärtauglichen betragen nur 73 000 Mann!"

Eine Rede Adolf Lassons. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In Nr. 7 der „Friedens-Warte" (S. 211) brachten wir nach dem Ausschnitt aus einer Berliner Zeitung einen Bericht über eine von Prof. Adolf Lasson im Berliner Internationalen Studentenverein gehaltene Rede, die uns einige pazifistische Akzente zu enthalten schien, weshalb wir auch freudig die Bemerkung daran geknüpft haben, daß der alte Bekämpfer des Pazifismus seine Anschauungen etwas gewandelt habe.

Wir haben uns getäuscht. Prof. Lasson sendet uns das nachfolgende Schreiben, das wir seinem Wunsche gemäß hier abdrucken, und das einen Kommentar nicht nötig zu haben scheint.

Berlin-Friedenau, 21. VII. 1911.

Sehr geehrter Herr!

Im Heft 7 der „Friedens-Warte", Jahrgang XIII, S. 211, werden mir auf Grund eines Berichtes über einen Vortrag von mir Ansichten zugeschrieben, die mir völlig fremd sind. Ich bitte Sie ergebenst, Ihren Lesern folgendes mitzuteilen:

In seinem Vortrage über „Die zukünftige Gestaltung der internationalen Verhältnisse" führte Herr Lasson aus, daß die schlimmsten Gefahren für den Frieden, den wir alle wollen, von denen drohen, die vom ewigen Frieden träumen. Die Weltgeschichte ist noch nicht zu Ende; die Völker und die Verteilung des Erdbodens unter die Völker sind der Veränderung unterworfen, und der Krieg wird damit zuweilen notwendig. Der Krieg zieht schnell vorüber, schafft für lange Ruhe, erneuert heilsam die Welt, und seine Schäden werden in kurzer Zeit ausgeheilt. Das wahre Hemmnis der Kultur und Menschlichkeit bildet der stumpfsinnige Hader der Nationalitäten mitten im staatlichen Frieden; hier muß der Freund des Friedens den Hebel ansetzen. Schiedsgerichtsverträge sind jeder ernsten Schwierigkeit gegenüber wirkungslos. Der Macht kann nur mit Macht gewehrt werden. Die immer drohende Möglichkeit des Krieges, die zur Erhaltung und Vermehrung der Kriegsmacht zwingt, ist die wichtigste Bedingung für die Gesundheit der Völker. Verminderung der Kriegsmacht führt notwendig den allgemeinen Kriegszustand herbei. Dagegen Verachtung der Presse, die jeden Streitfall vergiftet, Widerstand gegen den Nationalhaß, möglichste Durchbildung internationaler Vertragsverhältnisse und dazu ein möglichst starkes Heer und eine möglichst mächtige Flotte, — das sind die Mittel, den Frieden solange wie möglich aufrechterhalten, bis der Moment da ist, wo Fragen der Ehre und Selbsterhaltung den Krieg als einziges Heilmittel zwingend auferlegen.

Ich darf wohl auf Ihr Gerechtigkeitsgefühl zählen, das nicht zulassen wird, daß ich in ganz falschem Lichte erscheine.

Mit vorzüglicher Hochachtung
ganz ergebenst
Adolf Lasson.

Der ungarische Landesverteidigungsminister über die Friedensbewegung.

In der Sitzung des ungarischen Reichsrats vom 17. Juli hielt anläßlich der Debatte über die neue Wehrvorlage der ungarische Landesverteidigungsminister Samuel Hazai eine nicht uninteressante Rede über die sogenannte „Idee des ewigen Friedens", die wir hier festhalten wollen. Bleibt der ungarische Minister von dem eigentlichen Kernpunkt des pazifistischen Gedankens auch sehr weit entfernt, so gibt er doch — und das ist von militärischer Seite eine große Konzession — die mögliche Lösung des Friedensproblems zu. Nur vorläufig will er deshalb die Heeresvermehrung und die Kostenvermehrung von der Nation fordern. „Vorläufig" nur.

Die Rede des Ministers hat nach dem

Parlamentsbericht des „Pester Lloyd" folgenden Wortlaut:

„Die Idee des ewigen Friedens hat eine ganze Literatur produziert. Die Kämpfer für diesen edlen Gedanken stellen in Abrede, daß das Naturgesetz, das Seneca in die Worte „vivere est militare" faßte, mit der Notwendigkeit der gegenseitigen Unterjochung, des gegenseitigen Würgens und Mordens der Menschen und der Völker gleichbedeutend sei. Daraus, daß in der Natur alle Elemente miteinander im Kampfe liegen, das eine das andere aus seiner Lage drängt, es in seine Teile auflöst und von diesen den einen oder den anderen an sich bindet, dürfen wir nicht die Folgerung ziehen lassen, dieser Kampf sei ein gewaltsamer. Auch in Hinsicht auf die Menschen ist er gesetzmäßig, da es nach ihrer Anschauung in der unvergänglichen Natur im Grunde genommen keinen gewaltsamen und vernichtenden Kampf gibt und das, was als ein gewaltsamer Kampf erscheint, bloß die friedliche, das Gleichgewicht herbeiführende Arbeit der Ausgleichung ist.

Die Verkünder der erhabenen Idee des ewigen Friedens glauben daran, daß die Menschen am Ende doch noch sich bis zu jener Stufe der moralischen Vollkommenheit erhöhen werden, wo alles Böse, alles Ungerechte, alles Gewaltsame aufhört. Die Stützen ihres Strebens sehen sie in der Religion, in der Ethik, in der immer mehr vordringenden Kultur und in der Zivilisation, und sie leben in der Vorstellung, der erste Schritt zur Verwirklichung des beglückenden Gedankens wäre der, daß die Staaten, und zwar in erster Reihe die maßgebenden Staaten, Wohlwollen an den Tag legen und jene ihrer Angelegenheiten, die den Samen des politischen Zwistes und der gewaltsamen Lösung in sich tragen, einem unparteiischen Urteil unterwerfen.

Halte ich auch das fragliche Problem für überaus schwierig, so bin ich dennoch weit entfernt davon, die Möglichkeit seiner Lösung in Abrede zu stellen. Die Moral kann sich mit der Zeit bis zu einem Grade veredeln, daß die Menschen vor den verheerenden Kriegen zurückscheuen werden, und die Bildung kann sich so weit erhöhen, daß sie die Macht haben wird, die Interessengegensätze und die ihnen entstammenden Kriege aus der Welt zu schaffen.

Auch ich bekenne mich dazu, daß die Staaten keine schönere und ersprießlichere Aufgabe haben können, als durch Verbreitung guter Tugenden und der Bildung die Idee des ewigen Friedens ihrer Verwirklichung zuzuführen. Mit welchen Mitteln wir uns diesem Ziele wirklich nähern werden, das ist vor uns noch in Nebel gehüllt. Doch soviel weiß ich, daß jene Friedensfreunde, die zur Verwirklichung ihrer Lieblingsidee ihr eigenes Land, ihr eigenes Volk alsogleich zu entwaffnen geneigt wären, unbekümmert darum, ob andere Staaten ihr Beispiel befolgen, ihre Nation, ihr Volk dieser Idee aufopfern würden, ohne ihr Ideal auch nur um einen Schritt vorwärtszubringen, da noch eine lange, lange Zeit vergehen muß, viele Faktoren ihren Einfluß geltend machen müssen, bevor diese großartige Idee aus dem Stadium der Vorbereitung in das der Verwirklichung tritt.

Es ist verfehlt, zu glauben, mit der Aufhebung des Militärs werde die Epoche der Kriege verschwinden. Das Militär ist bloß eine Wirkung, die Ursache ist die Kriegsmöglichkeit. Der Gedanke, der beste Freund, der stärkste Hilfsgenosse der Friedensfreunde sei das Militär, erscheint paradox, ist es aber nicht. Das Sprüchwort der Römer: Si vis pacem, para bellum hat einen tiefen Sinn, und es ist gewiß, daß ein starkes Heer das wirksamste Mittel zur Vermeidung des Krieges ist. Vermag doch ein starkes Heer, abgesehen davon, daß es nötigenfalls im gewaltsamen Kampfe den Erfolg sichert und die Schrecken des Krieges zeitlich und örtlich zusammendrängt, die Kriege auch zu vermindern und für lange Zeit hinauszuschieben, da es offenkundig ist, daß man mit kriegsbereiten Staaten nicht sehr anzubinden pflegt. Andererseits hängt es aber vom Volke und nicht von dem Heere ab, daß es seine große Kraft anderen Staaten gegenüber nicht mißbrauche.

Ich wiederhole also: ein starkes Heer, diese Verkörperung staatlicher Vorsicht, arbeitet im Verein mit den Friedensfreunden an der Erhaltung des Friedens und ist derzeit einer der starken, wenn auch kostspieligen Vorkämpfer des ewigen Friedens."

Ein neues Schlagwort. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Dem neugewählten Präsidenten des österreichischen Reichsrats, Herrn Dr. Sylvester, ist es gelungen, in einer Anfang August in Salzburg gehaltenen Rede das Lexikon der politischen Phrase um ein neues Schlagwort zu vermehren. Er verlangte im Mittelmeer gegen England eine „Anrainerpolitik". Das Wort kommt direkt aus der Kirchturmsphäre und drückt in einer Zeit der Weltpolitik und ihrer erkannten Beweggründe eine Sehnsucht nach beschränkteren Verhältnissen aus. Es bezeichnet so eine Art Biedermeierstil der Politik. Der Präsident des österreichischen Reichsrats, der übrigens vom auswärtigen Amt alsbald desavouiert wurde, glaubte die Mode, sich als Englandgegner zu geben, mitmachen zu müssen. Er verlangte einen Zusammenschluß der „Anrainer" des Mittelmeeres gegen England. Dabei vergaß er, daß auch England eine Mittelmeermacht geworden ist, und daß England im Mittelmeer mit Frankreich verbunden ist. Wie er sich eine koalierte Gegnerschaft Oesterreich-Ungarns, Italiens und der Türkei gegen diese beiden Weltmächte vorstellt, bleibt sein Geheimnis. Auf die Idee, den Handel und den Verkehr im Mittelmeer mit England und mit Frankreich zu regeln und zu sichern, ist

er nicht gekommen, denn die alte politische Methode braucht immer ein „gegen wen", um sich betätigen zu können. Die Methode des „Alle mineinander" kennt man aber in Salzburg noch nicht.

Die ganze Rede hat keinen Sinn. Und deshalb kann man sie als Rechtfertigung der beginnenden österreichisch-ungarischen Flottenpolitik betrachten. Die Milliarden, die zu diesem großen Gesellschaftsspiel auf der Adria verausgabt werden, müssen doch irgendwie eine wie ernst ausschauende Rechtfertigung bekommen. Also hetzt man gegen England.

Daß die Welt mit wenig Verstand regiert wird, ist heute doch kein Geheimnis mehr.

☞

Der internationale Bergarbeiterkongreß für den Frieden.

Wie alljährlich hat der Internationale Bergarbeiterkongreß auch in diesem Jahre eine Resolution zugunsten der Friedensbewegung angenommen. Der ehemalige britische Unterstaatssekretärs Thomas Burt begründet folgende Resolution:

„Der Internationale Bergarbeiterkongreß begrüßt mit Freude die Anstrengungen, die gemacht werden, um einen allgemeinen Weltfrieden herbeizuführen und gibt im Namen jeder der hier vertretenen Nationen der Ansicht Ausdruck, daß alle Streitigkeiten zwischen den Nationen auf dem Wege der Einigung oder des schiedsgerichtlichen Verfahrens beigelegt werden sollten."

Thomas Burt betonte, daß die Völker statt zum Haß und zur Eifersucht zur Zuneigung und zur Achtung erzogen werden müßten. Namens der Deutschen sagte Reichstagsabgeordneter Hue-Bochum unter stürmischem Beifall, daß Kriege nur dann angebracht wären, sobald das Lebensinteresse eines Volkes auf dem Spiele stehe. Die marokkanische Frage könne jedenfalls durch ein Schiedsgericht beigelegt werden. Bevor der Kongreß für den Frieden seine Stimme erhebe, werde er den Aufgaben der Brüderlichkeit gerecht und diene den Lebensinteressen aller Völker. Nachdem noch Vertreter anderer Nationen sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen hatten, wurde die Resolution angenommen.

☞

Eine Völkerentente zur Abschaffung der Spionage. :: fordert das „Deutsche Montagsblatt" (Berlin, 21. VIII). Es schreibt in einem frischen Artikel:

„Durch nichts könnten die Regierungen deutlicher beweisen, daß sie zum Krieg nur um des Friedens willen rüsten, als wenn durch eine allgemeine europäische Entente, der Spionage mit ein paar Federstrichen ein Ende gemacht würde. Würde man einen europäischen Kriegsminister fragen: warum läßt du spionieren? — so würde er prompt erwidern: weil es der Nachbar tut. Also fort mit diesem Ueberbleibsel aus der Raubherdenzeit der Völker. Es ist ein moralgefährdender Skandal, wenn es aktiven Offizieren zur Ehre angerechnet wird, daß sie sich für den Staat zur erbärmlichsten und verächtlichsten Arbeit die es gibt, der Spionage, hergeben, einer Arbeit, die jeder ehrliche Proletarier selbst bei hohen Versprechungen von sich weisen würde; einer Arbeit, die stinkt. Herr von Kiderlen soll gelegentlich der Helm-Affäre im vorigen Jahre einmal ganz offen und frei seinen Abscheu vor dem gesamten Spionagewesen ausgesprochen haben. Er gilt ja auch sonst als ein Mann, dem's nicht darauf ankommt, alte Vorurteile und Zöpfe auf den Kehricht zu werfen. Möge er sich doch mit dem Kriegsminister ins Einvernehmen setzen und einmal in aller Ruhe mit ihm den Fall besprechen. Was den Kaiser anbelangt, so ist der, bei seiner freien, ritterlichen Art, gewiß für die Sache zu haben. Es stünde also nichts im Wege, wenn unsere Regierung zu dem Entschluß käme, in dieser Angelegenheit einmal die Initiative zu geben im Rate Europas."

Aber warum nur die Spionage abschaffen? Es wäre bei dieser Gelegenheit doch noch etwas weiter zu gehen. Vielleicht könnte man gewisse Waffen abschaffen, die zu teuer werden, wie die Dreadnoughts; vielleicht den Militarismus im ganzen.

☞

Die skandinavischen Sozialdemokraten auf der interparlamentarischen Konferenz.

Die deutsche Sozialdemokratie hat immer ängstlich darauf gesehen, daß ihre Reichstagsabgeordneten der Interparlamentarischen Union nicht beitreten und an deren Konferenzen nicht teilnehmen. Dafür unternahm es die Parteipresse, wohl auch mancher Parteiredner, sich über die Friedensarbeit der Interparlamentarischen Union lustig zu machen.

Nun hat im Juli in Kristiania die skandinavische interparlamentarische Union getagt, deren Aufgabe die Vorbereitung der internationalen Tagung der Interparlamentarischen Union ist. An dieser Konferenz haben nicht nur Sozialdemokraten aller drei nordischen Staaten teilgenommen, sie haben auch in hervorragender Weise daran mitgearbeitet. Der „Vorwärts" schreibt darüber:

„Zu der wichtigsten Frage, der Abrüstung, waren drei Sozialdemokraten als Referenten bebestellt: Egede Nissen (Norwegen), Stauning (Dänemark), Palmstierna (Schweden). Eine Resolution wurde angenommen, nach der die skandinavischen Delegierten auf der im Oktober in Rom stattfindenden allgemeinen interparlamentarischen Friedenskonferenz für die Einschränkung der Rüstungen zu Lande und zu Wasser eintreten sollen. Weiter soll mit den Gruppen der übrigen Kleinstaaten wegen einer Aufforderung der Kleinstaaten an die Großmächte zur allmählichen Verminderung der Rüstungen verhandelt werden. Diese Resolution wird in deutscher, englischer und französischer

Sprache der Konferenz in Rom vorgelegt werden. Ueber die Konferenz schreibt Genosse Branting, der daran teilgenommen hat: „Das Ergebnis, das einen bedeutenden Fortschritt in positiver Friedensarbeit bedeutet, wurde von den Sozialdemokraten und Linksmännern den Bedenklichkeiten der Konservativen gegenüber durchgedrückt. Die Stimmung war sehr gut. Die Konferenz wird überall als die beste und ergebnisreichste bezeichnet, die bisher stattgefunden hat."

Soweit der „Vorwärts". Es ist anzunehmen, daß nun sozialdemokratische Abgeordnete der skandinavischen Staaten in Rom an der nächsten interparlamentarischen Konferenz teilnehmen werden. Wenn deren Arbeit nun schon den Beifall der deutschen Sozialdemokratie hat, ist nicht einzusehen, warum nicht auch deutsche und österreichische Sozialdemokraten der Union beitreten. Man sieht, die Opposition der deutschen Sozialdemokratie gegen den sogenannten „bürgerlichen" Pazifismus ist nicht mehr so unversöhnlich. Es ließe sich wohl eine vernünftige Zusammenarbeit vereinbaren.

Wozu halten wir diese Armee. In einem Artikel Hardens (Zukunft vom 2. September) lesen wir:

„Wozu halten wir diese Armee? Wozu werden die kräftigsten jungen Männer ihrer Berufsarbeit für Jahre entzogen und in zwei Lustren dreizehntausend Millionen Mark für die deutsche Wehr ausgegeben? Damit der sanfte Bourgeois und der grobe Janhagel ein Paradevergnügen habe, in Konzertgärten der Backfisch sich an rotgelben Husarenpüppchen oder weißledernen Goliaths ergötze und in den Zeitungen von glänzenden Kavallerieattacken und anderen „herrlichen Bildern" aus dem Manövergelände zu lesen sei? So kurzweiliger Spaß wäre ein bißchen teuer. Wir halten das stärkste Heer der Erde und haben eine Kriegsflotte gebaut, die, wenn nicht ein großer Teil des für sie aufgewandten Geldes ins Wasser geworfen ward, heute schon mit jedem Feinde den Kampf wagen kann, weil wir, als Nation, nicht gesättigt sind; weil wir weiteren Raum brauchen."

Ja, wozu halten wir diese Armee? — Man sagt uns sonst, um den Frieden zu wahren. Man grinst uns hyperklug zu: „Wenn du den Frieden willst, so rüste den Krieg. Unseren Einwand: „Wenn ihr zum Kriege gerüstet seid, dann wollt ihr auch Krieg führen", hält man nicht für stichhaltig. Nun kommt einer und sagt es ganz unumwunden: Wozu haben wir diese Armee . . . ., weil wir nicht gesättigt sind. Das heißt: Weil wir erobern wollen.

Das ist wenigstens deutlich. Nur fehlt die Frage: Warum halten die andern ihre Armeen? Die Antwort darauf: Weil sie sich nicht aufessen, weil sie sich nichts wegnehmen lassen wollen. Da haben wir den Schlüssel des ewigen Wettrüstens. Und das Motto dieses Systems muß lauten: Wenn du den Krieg willst, so rüste unter dem Vorwand, den Frieden erhalten zu wollen.

Deutsche Platzangst. Unter den Hauptbeweggründen der Expansionsschwärmer figuriert die Sorge um den Platz für die künftigen Geschlechter Deutschlands. Das Lebensrecht „für die Kinder und Enkel deutscher Volkheit".

Die deutsche Platzangst ist eine jener volkswirtschaftlichen Dogmen, die verwirrend auf Generationen wirken. Sie ist noch ein politischer Nachhall des wirtschaftlich überwundenen Malthusionismus.

Das hat einer unserer größten Köpfe, Dr. Franz Oppenheimer, in einem revolutionierenden Buche aufs klarste dargelegt. In dem Geleitwort zur zweiten Auflage seiner „Theorie der reinen und politischen Oekonomie" führt er den Beweis, daß Deutschland nicht zu klein ist, für die Anweisung des Bodens, sondern im Gegenteil zu wenig Menschen da sein, um ihn voll auszunutzen. Eine Stelle von Oppenheimers Ausführungen sei hier angeführt:

„Bisher hat man nämlich immer angenommen, die Erde sei zu klein für die Zahl der Menschen: die Division aber ergibt, daß umgekehrt die Zahl der Menschen zu klein ist für die Erde! Nur zwei Beispiele! Deutschland ist eines der dichtest bevölkerten Länder der Welt mit mehr als 120 Köpfen per Quadratkilometer. Beim heutigen Zustande seiner ökonomischen Entwicklung wäre ein Hektar Ackerland durchschnittlich per Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine überaus reiche Ausstattung. Das wären fünf Hektar per Familie, und das ist nicht nur ausreichend, um die Familie mit ihrem eigenen Erzeugnis an Korn und Fleisch sehr reichlich zu ernähren, sondern ließe ihr genug verkäufliche Ware, um aus dem Erlöse hohe Steuern zu bezahlen und die industriellen Erzeugnisse zu kaufen, die eine recht hohe, mittelständische Lebenshaltung zusammensetzen. Nun wohl: Wenn man das agrarische Nutzland Deutschlands heute gleichmäßig auf seine landwirtschaftliche Bevölkerung verteilen wollte, käme genau das Doppelte dieser Ausstattung heraus, zwei Hektar per Kopf und zehn per Familie; oder, was dasselbe sagt: Wir könnten doppelt so viel Menschen mit ausreichendem Land ausstatten als heute, 34 statt 17 Millionen; oder, was wieder das gleiche ist: Die volle Hälfte allen Ackerlandes in Deutschland bliebe unbesetzt, wenn wir jeder Familie ausreichend Land zuweisen und keine städtischen Elemente aufs Land zurückströmten."

Das Hindernis dieser glücklichen Verteilung, die alle Platzangst beseitigen würde für Generationen, bildet der Großgrundbesitz; das junkerliche Latifundienwesen. „. . . . das winzige Häuflein der Großgrundbesitzer, in Deutschland dürften es keine 15 000 sein, dem die rund 25 000 Großbetriebe gehören." —

So Oppenheimer. Wir brauchten also nur im eigenen Lande zu kolonisieren, im eigenen Lande zu erobern. Den Willen von 60 Millionen auszuspielen gegen 15 000. Dazu brauchte man keine Flotte, keine Milliarden für Rüstungen, keine ewige Kriegsgefahr! —

Das ist das Problem im Geiste einer fortschrittlichen Demokratie.

☞

Niedriger hängen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das nachstehende Poem verdient, niedriger gehängt zu werden.

Der „Tiroler Volksbund" — eine Vereinigung von Deutschnationalen, Alldeutschen und Altklerikalen — hat in seinem Organ „Tiroler Wehr" ein in italienischer Sprache abgefaßtes Gedicht veröffentlicht, das auf Postkarten massenhaft im italienischen Landesteil verbreitet wird. Es wird darin den italienischen Rekruten insinuiert, daß es ihr höchstes Ideal ist, sich mit den Reichsitalienern zu schlagen. Hier die Uebersetzung, welche die „Innsbrucker Volkszeitung" brachte:

Wir tragen des Kaisers Mütze,
Gewehr und Bajonett
Und schlagen in Kält' und Hitze
Für ihn uns um die Wett'!

Und bräche dieser Tage
Mit Welschland aus der Kampf,
Wir zahlen's der Bagage
Mit Zins im Pulverdampf!

Als Feldherr ohnegleichen
Der Erzherzog Eugen,
Vor dem die Feinde weichen,
Noch eh' sie uns gesehn!

Rom, die Freimaurerhöhle,
Wir nehmen sie im Lauf,
Das Hurra aus der Kehle
Sprengt schon die Tore auf!

Vom Quirinal soll flattern
Das schwarz und gelb Panier,
Wenn rings Gewehre knattern
Als unseres Sieges Zier!

Im Vatikan die Scharen
Befreien, welch ein Spaß,
Den, der seit vierzig Jahren
Bei Brot und Wasser saß!

O welcher Tag voll Jubel
Von Czernowitz bis Wien,
Wenn mit Eugen im Trubel
Wir durch die Gassen ziehn!

Wir können's nicht erwarten,
Von Kampf- und Rauflust toll,
Die Hiebe aller Arten,
Die es dann regnen soll!

☞

Ein Dokument der Kriegshetze. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das „Deutsche Armee-Blatt", das Mitteilungsblatt des „Vereins inaktiver Offiziere der deutschen Armee und Marine" schreibt in seiner Nummer vom 3. September:

„Das führt uns zu der Erörterung, ob der gegenwärtige Zeitpunkt wohl für Deutschland für einen Krieg gegen das vereinigte Frankreich und England günstig wäre? Diese Frage ist unseres Erachtens **unbedingt zu bejahen.** Was zunächst die Popularität eines solchen Waffenganges betrifft, so haben die „Kölnische Zeitung" und die „Nationalliberale Korrespondenz" — beide durchaus maßvolle Preßorgane — unlängst in ausgezeichneter Weise dargelegt, daß die Drohungen leitender englischer Minister und die anmaßende und provozierende Sprache offiziöser französischer Zeitungen die Stimmung in allen national empfindenden Kreisen des deutschen Volkes auf das äußerste erregt haben. Das genügt. Um Marokkos willen möchte der Kaiser vielleicht nicht das Schwert ziehen. Um weitergehende englische und französische Frechheiten zu züchtigen, tut er es unbedingt, und er weiß, daß er dann das ganze deutsche Volk hinter sich hat. Wie stehen sonst die Kriegschancen? England stellt sich entschlossen auf Frankreichs Seite. Das hat es mehrfach großspurig verkündet. **Soll uns sehr lieb sein!** Dann können wir gleichzeitig mit ihm und Frankreich gründlich abrechnen. In einem vor einigen Jahren geschriebenen Artikel „Die Englandfurcht" haben wir dargelegt, daß **England ein tönerner Koloß** ist, der nur von vergangenem Ruhme zehrt. Seit Trafalgar (1803) hat es sich mit keiner europäischen Seemacht gemessen, und eine Bevölkerung, die derart sich verkaufmännischt, kann nicht in einer einzelnen militärischen Branche — zur See — spartanisch bleiben. Die Anzahl der Schiffe macht es wahrlich nicht. Größere Flotten sind schon oft von kleineren kriegstüchtigeren geschlagen worden. Wir haben nach dieser Richtung auf unsere Marine das größte Vertrauen, **und wir wissen, daß sie danach lechzt, sich auf den Koloß zu stürzen.** Ueber die englische Landmacht wollen wir nicht weiter reden. England wäre des kleinen Burenvolkes nie Herr geworden, wenn dieses selbst etwas mehr innere Kriegsdisziplin gezeigt hätte. Unser Generalstab ist natürlich auf den Krieg gegen das vereinigte England und Frankreich vorbereitet. Die Pläne des Generalstabes kennen wir nicht, möchten aber daran erinnern, daß Bonaparte bereits 1805 eine Landung in England plante und sie sicher ausgeführt hätte, wenn er nicht durch seine Pläne nach anderen Kriegsschauplätzen abgerufen worden wäre. Und im Uebergang nach Alsen hat Preußen ja im kleinen gezeigt, daß es solche Taten nicht scheut. Gelingt es, von den etwa 50 Armeekorps, à 40 000 Mann, die Deutschland im Mobilmachungsfalle sofort aufstellt, **1 nach England hinüber zu werfen, so ist dies fertig.** In zweiter Linie träten dann seine wunden Stellen: Indien und Aegypten, in die Erscheinung, aus denen sich ganz nette Brandherde errichten ließen,

so daß Eduard VII. vielleicht dereinst in der Geschichte als Englands Totengräber figurieren könnte. Ueber Frankreich läßt sich kaum etwas sagen. Die Leute dort haben seit 1870 nichts gelernt, obwohl sie damals das brillante Chassepot und wir das sehr mäßige Zündnadelgewehr hatten. Jetzt sind sie wieder „erzbereit". Mögen sie ihren Schaden besehen. Für die **inneren deutschen Verhältnisse wäre ein großzügiger Waffengang auch recht gut**, wenn er auch den einzelnen Familien Tränen und Schmerzen bringt. Wir fangen an zu verweichlichen. Ein Krieg löst alle großen, guten und edlen Eigenschaften in einem Volke. Das könnte uns gut tun. In die Sozialdemokratie würde das durch ihn entfachte patriotische Empfinden tiefe und breite Furchen reißen. **Die paar elenden Schächer**, die sich bei der Mobilmachung durch ihre Verführer zu Widerspenstigkeiten verleiten ließen, **würden binnen drei Tagen kriegsrechtlich die Kugel empfangen**, und dann heißt es: **Deutschland, Deutschland, über alles, über alles in der Welt.** Dieser Artikel ist nicht offiziös; aber **maßgebende Leute teilen seine Anschauung.** Vielleicht haben gleichfalls maßgebende Leute in Frankreich und England die Güte, ihn sich hinter die Ohren zu schreiben."

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Edwin D. Mead, der hervorragende amerikanische Pazifist, machte gelegentlich eines in der amerikanischen Kirche in Berlin gehaltenen Vortrags den ausgezeichneten Vorschlag, daß die Amerikaner in Berlin eine Kanthalle errichten mögen, die teils eine Ehrung des früheren amerikanischen Botschafters Andrew D. White sein solle, teils eine Huldigung für den großen deutschen Philosophen der Friedensbewegung seitens der amerikanischen Bürger. Der Vorschlag fand in der Oeffentlichkeit großen Anklang. — Der bekannte französische Finanzmann Albert Kahn, bekannt auch als Schatzmeister der französischen Gesellschaft „Conciliation internationale" hat soeben eine Stiftung begründet, die dazu dienen soll, alljährlich einigen amerikanischen Lehrpersonen einen Auslandsaufenthalt von je einem Jahr zu ermöglichen. Aehnliche Reisekassen hat Kahn vorher bereits für Frankreich, Deutschland, Japan und England gestiftet. Die vier „Trustees" für die deutsche Stiftung werden vom Kaiser, vom preußischen Kultusminister, von der Berliner Universität und von der Technischen Hochschule in Charlottenburg ernannt. — Eine für ein liberales Blatt eigentümliche Stellungnahme zu den pazifistischen Ereignissen finden wir seit einiger Zeit in der „Vossischen Zeitung". Diese bewitzelte die erste Nachricht von dem Zusammentritt der Carnegiekonferenz mit der Bemerkung, daß man den Krieg mit Tinte und Papier bekämpfen will, was nach Ansicht der Redaktion äußerst unzweckmäßig wäre. Das Telegramm über die Tagung der skandinavischen interparlamentarischen Konferenz wird mit der Spitzmarke „Nordische Friedensschwärmer" überschrieben. Seltsam. Ist es der liberalen Vossischen Zeitung entgangen, daß das Lächeln und Witzeln über den Pazifismus schon längst unmodern geworden ist?

Aus der Bewegung.

Das Sekretariat der Deutschen Friedensgesellschaft.

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat nunmehr ein Berufssekretariat errichtet. Daß ein solches schon lange notwendig war, ist bekannt. Nunmehr ist es möglich geworden, dem Bedürfnis Rechnung zu tragen. Der neue Sekretär ist Herr Dr. Westphal, der aus Frankfurt a. M. nach Stuttgart übersiedelte und die Geschäfte übernahm.

Siebzehn Jahre lang hat W. Hartmann in Stuttgart im Nebenamte die Obliegenheiten des Sekretärs erfüllt. Schließlich wuchsen ihm die Anforderungen über den Kopf, und er konnte ihnen ohne Schädigung seiner Gesundheit oder ohne Vernachlässigung seiner Berufsgeschäfte nicht mehr nachkommen. Dennoch hat er tapfer und unter großen Opfern solange das Amt verwaltet, bis die Anstellung eines Berufssekretärs möglich war. Der Vorstand hat die Verdienste Hartmanns in der Sitzung, in der der neue Sekretär vorgestellt wurde, gebührend gewürdigt. Man wird ihm auch in weiteren Kreisen der deutschen Pazifisten Dank und Anerkennung zollen. Siebzehn Jahre selbstloser Hingabe für das Friedenswerk, und noch dazu auf dem harten Boden der deutschen Friedensbewegung, ist eine Leistung, der man eingedenk sein soll. Wir haben ja keine Orden und Titel zu vergeben; aber treues Gedenken wollen wir unserem Hartmann zusichern, als einem, der von Anfang an fest bei unserer Sache stand und die besten Stunden seiner schönsten Jahre ihr geopfert hat. Möge es ihm vergönnt sein, nunmehr in Ruhe des siegreichen Fortschrittes des Pazifismus erfreuter Zeuge zu sein.

Der amerikanische nationale Rat für Frieden und Schiedsgericht.

Auf dem III. nationalen amerikanischen Friedenskongreß ist der Beschluß gefaßt worden, einen nationalen Rat einzusetzen, der eine engere Zusammenarbeit aller amerikanischen Friedensgesellschaften ermöglichen solle. Die Lake-Mohonk-Konferenz dieses Jahres, die die Frage eines solchen Nationalrates schon seit Jahren studiert, macht nun folgende Vorschläge:

Der Rat setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Präsident Nicholas Murray Butler, William J. Bryan, Dr. Samuel T. Dutton, Hamilton Holt, Theodor Marburg, Dr. George W. Kirchwey, Edwin D. Mead, Elihu Root, Daniel Smiley, Dr. James Brown Scott, Benjamin F. Trueblood, E. D.

Warfield, Miss Jane Addams, Mrs. Fannie Fern Andrews. Er soll durch Vertreter der hauptsächlicheren amerikanischen Friedensgesellschaften ergänzt werden.

Die Aufgaben des Nationalrats sind in der betreffenden Resolution der Lake-Mohonk-Konferenz genau umschrieben.

Literatur und Presse.

Dr. Hans Wehberg, Kommentar zu dem Haager „Abkommen, betreffend die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten" vom 18. Oktober 1907. Tübingen. J. C. B. Mohr, 1911. XI u. 185 S. I Beilagenheft zum „Archiv des öffentlichen Rechts". Herausgegeben von Paul Laband. Otto Mayer und Robert Piloty. 5 M.

Hans Wehberg ist eine der erfreulichsten Erscheinungen in der pazifistischen Entwicklung Deutschlands. Er war ein Schüler Zorns an der Bonner Universität. Und gerade in seine Universitätsjahre fiel der Beginn der Renaissance der Völkerrechtswissenschaft in Deutschland. Er ist sicherlich der jüngste unter allen Völkerrechtsgelehrten der ganzen Welt. Was Wehberg bereits für die Vertiefung und Verbreitung des wissenschaftlichen Pazifismus in Deutschland getan hat, übertrifft an Umfang wie an Bedeutung das Lebenswerk vieler deutscher Pazifisten und Gelehrten. Aus der Artikelbibliographie dieser Blätter ist ersichtlich, wie umfangreich seine publizistische Tätigkeit ist. Und wie eigenartig ist sie! Er hat es verstanden, die verschiedenartigsten Interessentenkreise für das moderne Völkerrecht im allgemeinen, für das Haager Werk im besonderen, zu interessieren. Nicht nur bei den Juristen, auch bei den Versicherungstechnikern, Aerzten, Großkaufleuten, Industriellen, Forstinteressenten usw. suchte er durch Hervorkehrung der Zusammenhänge dieser speziellen Gebiete mit dem Völkerrecht und dem Haager Werk Verständnis für diese wichtigen Disziplinen zu erwecken. Seit 1909, wo sein erstes Buch erschien — also in nicht ganz zwei Jahren — hat er neben seiner umfangreichen publizistischen Tätigkeit bereits fünf ernste Schriften völkerrechtlichen Inhalts veröffentlicht, deren eine, ein Werk über „Das Beuterecht im Land- und Seekrieg", auch ins Englische übersetzt wurde. Seine Textausgabe der Haager Abkommen usw. in der Guttentagschen Sammlung war eine Tat. Nicht minder eine Tat ist seine hier zur Besprechung stehende neueste Veröffentlichung, der Kommentar zum Haager Friedensrecht. Aber schon sind zwei weitere Schriften Wehbergs angekündigt, deren eine über die „Internationale Schiedsgerichtsbarkeit" als Bändchen der „Burschenschaftlichen Bücherei" sich im Druck befindet, während die andere, ein umfangreiches Werk über den ständigen Schiedshof, noch unter der Feder ist.

Wehberg ist aber nicht nur ein fruchtbarer Publizist, nicht nur ein produktiver Gelehrter, er erweist sich auch als ein am gründlichsten in der Literatur wie in der Praxis des Haager Rechts beschlagener Fachmann. Es ist staunenswert, welche Quellenkenntnis aus allen seinen Schriften spricht, wie ihm die entlegensten Literaturen über dem Haager Werk geläufig sind und mit welcher Genauigkeit er die Haager Konferenzakte und die Verhandlungsvorgänge aller neuzeitlichen Schiedsfälle kennt. Wir wünschen und hoffen, daß er, trotz seiner Jugend, baldigst jene Stellung finden möge, die er dank seiner Kenntnisse auszufüllen vermag, daß für diesen „rechten Mann" der „rechte Platz" gefunden werden möge, damit er seine Kraft nicht nur als Privatgelehrter anzuwenden braucht.

Der vorliegende Kommentar zum Haager Friedensrecht ist vom pazifistischen Standpunkt auf das freudigste zu begrüßen. Schon in der Vorrede bricht Wehberg tapfer eine Lanze für die pazifistische Bedeutung des Haager Werkes, wendet er sich energisch gegen das in Deutschland noch vorherrschende Bestreben, die kriegsrechtliche Seite des Haager Werkes in den Vordergrund zu stellen.

„Bei aller Freude aber", heißt es im Vorwort des Kommentars, „über den großen Erfolg, den die Idee der internationalen Organisation errungen hat, darf man die Gefahren nicht übersehen, die noch heute der Befestigung des Völkerfriedens von manchen Seiten drohen. Wohl ist die Bedeutung der großen internationalen Hetzorgane von Jahr zu Jahr gesunken, wohl treten immer mehr die wahren Führer des Volkes für die friedliche Verständigung der Völker ein, aber in weiten Kreisen herrscht noch tiefste Gleichgültigkeit gegenüber dem brennendsten Probleme unserer Zeit, und es ist nötig, daß die Saat, die gestreut wurde, vertieft und veredelt wird. Wie könnte, wenn unter den deutschen Völkerrechtslehrern ein wahrhaftes Verständnis, eine wahre Liebe zu dem großen Probleme des Fortschritts der Menschheit herrschte, mit solcher Hartnäckigkeit der Ausbau des Kriegsrechtes gefördert und der des Friedensrechts vernachlässigt werden? Man nenne mir eine einzige Dissertation über die friedensrechtlichen Ergebnisse der Haager Friedenskonferenzen! Was hilft es, wenn verdiente Männer wie Nippold, Meurer, v. Ullmann, Niemeyer, Schücking, v. Liszt, Kohler, Laband und Zorn immer von neuem auf die Bedeutung des Friedensrechts hinweisen, wenn die große Masse der Völkerrechtslehrer, wenn vor allem der gesamte Nachwuchs in der Ueberzeugung lebt, daß das Kriegsrecht mindestens dieselbe, ja eine größere Bedeutung habe, als das Friedensrecht! Und während die Rüstungsfrage eine tiefe und vorurteilslose Untersuchung verlangt, während die theoretischen Darstellungen über die Schiedsgerichtsbarkeit noch sehr im argen liegen, wird Jahr für Jahr eine kriegsrechtliche Arbeit nach der andern verfertigt und der Blick von größeren und schöneren Zielen abgewandt."

Diesen „größeren und schöneren Zielen" ist Wehbergs Kommentar gewidmet. Dabei bietet sich ihm Gelegenheit, die hohe Bedeutung des Friedensrechtes klarzulegen, zu zeigen, was mit jedem einzelnen Artikel gewollt, was mit ihm bis jetzt erreicht wurde und wie der Widerstreit der Meinungen und das Wirken der Praxis ihre Einflüsse geltend gemacht haben. Wohl ist das Werk, zu dem Wehberg jetzt den Kommentar liefert, noch im Fluß, ja sogar noch im Beginne des Fließens. Wohl wird in wenigen

Jahren, in Monaten vielleicht, eine Ergänzung dieses Kommentars nötig sein; denn die Praxis schreitet schnell und die pazifistische Völkerrechtsliteratur schießt großartig in die Halme; aber als ein wunderbares Merkzeichen für den Pegelstand der Friedenswissenschaft, vier Jahre nach der zweiten Haager Konferenz, wird Wehbergs Schrift ihre Bedeutung behalten. Heute ist uns dieser Kommentar aber nichts weniger als etwas Historisches. Heute ist es ein Zeugnis vielverheißender Lebenskraft eines Werkes, das wir Pazifisten schaffen halfen. Aus Wehbergs Schrift erkennt man mit einem Male diese unzählbaren Zusammenhänge der jungen Disziplin des Friedensrechtes mit dem ganzen gewaltigen modernen Leben. Aus dieser Schrift erkennt man, wie durch einen Mikrokosmos das Zusammenwirken einer Welt an diesem Werke, dessen Größe einem dadurch erst recht zu Bewußtsein kommt.

Für uns Pazifisten wird der Wehbergsche Kommentar ein unentbehrliches Vademekum werden. Wir hoffen aber, daß er es auch für jene Gelehrten und Diplomaten sein wird, die in 1914 nach dem Haag ziehen werden, und auch für jene, die in wenigen Monaten schon berufen sein werden, das Programm der dritten Konferenz vorzubereiten.

☞

La Révolution et la question d'Orient, von Daehne van Varick, La Haye, Belinfante frères, 1911, 51 Seiten.

Es ist bedauernswert, daß van Daehne, der in seinen bisherigen Schriften für eine Besserung der ökonomischen Verhältnisse der Völker als Grundlage des Friedens und für eine Annäherung zwischen Deutschland und England eingetreten ist, heute andere Bahnen wandelt, indem er als Gegner der Schiedsgerichtsbarkeit auftritt und einen Kreuzzug europäischer Staaten zwecks Vertreibung der Türken aus Europa befürwortet. Es soll dann ein deutsches Protektorat über Syrien aufgerichtet werden. Wie immer, vermischt der Verfasser mit seinen politischen Betrachtungen religiöse Ideen. Eine eigenartige, interessant geschriebene, aber in der Hauptsache ganz phantastische Schrift! W.

☞

Der Bericht des Verwaltungsrats des Schiedshofs für 1910.

Der 10. Bericht des Verwaltungsrats des Schiedshofes enthält u. a. eine Tabelle der bisher an den Haager Schiedshof gebrachten Streitfälle mit Angaben über den Streitgegenstand, über das Datum des Kompromisses, über den Tag der Eröffnungs- und Schlußsitzung, die Namen der Richter usw. Im ganzen sind nach dieser Tabelle 11 Streitfälle dem Haager Hofe zugewiesen worden; zwei von diesen schweben noch. Der italienisch-peruanische Konflikt wird Ende Oktober 1911, der russisch-türkische Streit Ende April 1912 zur Verhandlung kommen. Die Tabelle läßt deutlich die immer größere Benutzung des Haager Hofs erkennen. Weiter befinden sich in dem Berichte u. a. zwei Zusammenstellungen über die dem internationalen Bureau seit 1900 mitgeteilten allgemeinen Schiedsverträge in chronologischer Reihenfolge. 42 Staaten haben augenblicklich Schiedsrichter für den Haager Hof ernannt, nur Montenegro und Paraguay nicht.

Wie immer enthält auch der diesjährige Bericht eine Zusammenstellung der Ausgaben des Schiedshofes, die für 1911 auf etwa 65 000 Mark veranschlagt werden. Die Stelle eines zweiten Sekretärs des Schiedshofs ist bisher noch immer unbesetzt geblieben, obwohl sie schon in dem Reglement des Verwaltungsrats vom 8. Dezember 1900 vorgesehen war. Sie dürfte auch erst besetzt werden, wenn die Inanspruchnahme des internationalen Bureaus eine größere geworden ist.

Die Tatsache, daß der Bericht des Verwaltungsrats von Jahr zu Jahr umfangreicher wird, illustriert am besten, wie sehr die Bedeutung des Haager Schiedshofs zunimmt. Der erste Bericht umfaßte 9, der zweite 16 Seiten, der vorjährige Bericht bereits 70, der diesjährige 80 Seiten. W.

☞

XVIII. Congrès Universel de la Paix à Stockholm. Du 1er au 5 Août 1910. Stockholm 1911. Gr. 8°. 388 S.

Spät, aber doch! — Kurz vor Beginn des XIX. Weltfriedenskongresses erscheint der Bericht über die Verhandlungen des XVIII. Es mag keine geringe Arbeit gewesen sein, diesen Bericht zusammenzustellen, und ihre Schwierigkeit entschuldigt die Verspätung des Erscheinens. Ein ganz ansehnlicher Band ist es, der nun vor uns liegt, und an der Ausstattung haben unsere schwedischen Freunde nicht gespart. Auch sachlich ist der Bericht, der ein Werk des Kongreßsekretärs Prof. J. Bergmann ist, höchst korrekt und übersichtlich. Ein Namen- und Sachregister wird vermißt.

Künftig soll aber der Kongreßbericht spätestens drei Monate nach Schluß des Kongresses vorliegen. Das ist eine dringende Forderung.

☞

Das Friedens-Jahrbuch 1911. Von einem Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft. (Stuttgart.) 46 S.

Der Verfasser gibt eine gedrängte und dennoch übersichtliche Darstellung des Wesens und Umfanges der Friedensbewegung. Es ist hier auf kurzem Raum das Wissenswerteste über die Bewegung aus der vorhandenen umfangreichen Literatur zusammengestellt. Der Titel ist irreführend. In einem „Jahrbuch" wird man mit Recht die pazifistischen Ereignisse des letzten Jahres suchen. Diese fehlen in dem Büchlein. Anscheinend, weil der Verfasser sie in der vorhandenen Literatur nicht bequem finden konnte. Es wäre vielleicht besser gewesen, den Titel „Merkbuch der Friedensbewegung" zu nehmen. Für spätere Auflagen empfehlen wir dem Verfasser, seine Quellen deutlich anzugeben.

☞

Dr. jur. Hans Wehberg, Ein internationaler Gerichtshof für Privatklagen. Berlin, Liebheit & Thiesen, 1911. 35 S.

Unser ausgezeichneter Mitarbeiter erörtert in der vorliegenden Schrift, die übrigens vom Handelsvertragsverein als „Handelspolitische Flugschrift" herausgegeben worden und als Eingabe an die Reichsregierung verwendet worden ist, die mit dem Fall Hellfeld akut gewordene Frage der Verfolgung privatrechtlicher Klagen bei einer internationalen Instanz. Dr. Wehberg hat das Verdienst, durch diese Schrift etwas Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, die durch die völlige Unkennt-

nis, die die bisher damit befaßten Autoren in bezug auf Wesen und Umfang der internationalen Gerichtspflege, im besondern in bezug auf die Eigentümlichkeit des Schiedswesens an den Tag legten, bislang ziemlich verworren war. Wehberg weist darauf hin, daß sich die bisherigen Schiedseinrichtungen für die Verfolgung privatrechtlicher Ansprüche durchaus nicht eignen, daß vielmehr ein wirklich ständiger Staatengerichtshof, wie ihn die II. Haager Konferenz im Entwurf angenommen hat, oder — noch besser — wie ihn die zentralamerikanische Friedenskonferenz von 1907 in Cartago geschaffen hat — die geeignete völkerrechtliche Instanz für solche Fälle bilden würde. Der Vorschlag, am Haager Staatengerichtshof besondere Privatrechtskammern zu errichten, erscheint sehr plausibel.

Man vermißt in der Denkschrift Wehbergs eine Anführung der Tatsache, daß sich bereits die II. pan-amerikanische Konferenz mit der für Amerika so brennenden Frage der Schlichtung solcher Streitigkeiten befaßt hat, die aus Reklamationen über solche Verluste und Entschädigungen entstehen, die von Bürgern eines Staates gegen die Regierung eines anderen Staates erhoben werden. Die II. pan-amerikanische Konferenz hatte sich mit dem Vorschlage eines besonders für solche Streitigkeiten zu errichtenden Schiedshofes (Court of claims) zu beschäftigen, der jedoch abgelehnt wurde. Hingegen gelangte ein Schiedsvertrag für Ansprüche dieser Art zur Annahme, der von einer großen Anzahl amerikanischer Staaten unterzeichnet und ratifiziert, seitdem auch stets verlängert wurde. In den Beratungen über diesen Schiedshof und den Schiedsvertrag ist für die jetzt auch in Europa akut gewordene Frage reiches Material zu finden.

☞

Paul S. Reinsch, Delegierter auf der vierten pan-amerikanischen Konferenz, Professor der Staatswissenschaft an der Universität von Wisconsin, The fourth pan-american Conference. Philadelphia. Publication No. 630 der American Academy of political and Social Science. 8 S.

Der hervorragende amerikanische Staatsrechtslehrer und Nationalökonom, Paul S. Reinsch, der im Winter 1911/12 an der Berliner Universität als Roosevelt-Austausch-Professor wirken wird, war bereits zweimal — in Rio de Janeiro 1906 und in Buenos Aires 1910 — Delegierter der Vereinigten Staaten auf den pan-amerikanischen Kongressen. Ueber die letzte Konferenz hat er einen detaillierten Bericht in der Oktobernummer 1910 des „American Journal of International Law" veröffentlicht, der sich mit den materiellen Ergebnissen der pan-amerikanischen Zusammenarbeit in Buenos Aires befaßt. Der vorliegende Bericht enthält mehr eine Schilderung des gesellschaftlichen Milieus und eine allgemeine Wertschätzung der IV. Konferenz. In dieser Beziehung ist der Artikel (es handelt sich nur um den Separatabdruck eines solchen) von großer Bedeutung.

Schon die Anführung der Namen der auf der Konferenz versammelt gewesenen Diplomaten und die hinzugefügte kurze Würdigung ihrer Persönlichkeit und ihrer Leistungen kann für europäische Internationalisten von großem Werte sein. Man kennt diese Diplomaten und Gelehrten südlich von den Vereinigten Staaten in Europa so gut wie gar nicht. Aber man wird ihnen zweifellos noch begegnen; sei es in der Literatur, sei es auf internationalen Konferenzen. Man tut daher gut, sich über sie zu orientieren. Paul Reinsch weist alsdann den Vorwurf zurück (der sogar auf der Konferenz selbst laut geworden war), daß sie keine radikalen Ergebnisse gezeitigt habe und bezeichnet dies als ein Mißverständnis der Aufgaben einer internationalen Konferenz, wenn man solche grundlegenden Umwandlungen von ihr erwartet. Die Aufgaben „können nicht das Höchste darstellen, das die kombinierten Energien der betreffenden Länder zuwege zu bringen vermögen, sondern das Höchste, was sie mit völliger Uebereinstimmung zu vereinbaren vermögen". Eine kurze Uebersicht des Erreichten stellt die Beiträge der Konferenz in ein richtiges Licht. Dabei finden wir die interessante Mitteilung, daß die von der Rio-Konferenz 1906 angenommenen Verträge von der überwiegenden Mehrheit der amerikanischen Staaten ratifiziert wurden und in den betreffenden Ländern in Kraft sind. Es ist die beste Würdigung des pan-amerikanischen Werkes, wenn der Verfasser sagt, daß „die Konferenzen ein Clearing-House der politischen Erfahrung und der öffentlichen Meinung Amerikas" geworden ist. Man wird die aufklärende Schrift Reinschs mit vielem Nutzen lesen.

☞

Annuaire de l'Union Interparlementaire. Première année 1911. Publié par Chr. L. Lange, Secrètaire général de l'Union. Brüssel und Leipzig. Misch & Thron. Gr. 8°. XII u. 216 S. Gbd. 5 Frcs.

Durch die Herausgabe dieses „Jahrbuches" hat die Interparlamentarische Union der Sache der Weltorganisation einen großen Dienst geleistet. Wenn diese Veröffentlichung in der Hauptsache dem Werke der Union selbst ihr Hauptaugenmerk zuwendet, so ist in diesem ersten Bande bereits deutlich zu erkennen, daß es sich um ein Jahrbuch für alle Bestrebungen handelt, die der Entwicklung der Staatengesellschaft dienen, daß dieses Buch gar bald eine Art „Gotha" des internationalen Lebens werden wir.

Herr Lange, der äußerst verdienstvolle Leiter des Brüsseler Internationalen Amtes, hat bei der Herausgabe dieses Jahrbuches sein ausgezeichnetes Organisationstalent aufs neue bewiesen. Er hat den Friedenstechnikern unserer Zeit, deren Zahl erfreulicherweise mit jedem Tage größer wird, ein neues, höchst schätzbares Hilfsmittel in die Hand gegeben.

In zwei Teile zerfällt dieses Buch. Der erste Teil ist der Interparlamentarischen Union gewidmet. Er unterrichtet uns zunächst über die Geschichte dieser Körperschaft, die — wie es in der einleitenden historischen Skizze (S. 13) richtig heißt — „eines der Elemente der künftigen Organisation der internationalen Gesellschaft geworden ist". Hierauf werden die Aufgaben der Union dargelegt und die Statuten wiedergegeben. Es folgen eine Uebersicht über die interparlamentarischen Ereignisse des Jahres, namentlich über die letzte in Brüssel abgehaltene Konferenz, die Rechnungslegung,

der Bericht des Sekretärs und der einzelnen parlamentarischen Gruppen, wie ein Ausblick auf die kommende Konferenz von 1911. Im zweiten Teile gewährt uns der Herausgeber einen summarischen Ueberblick über das internationale Leben des Jahres, soweit es sich um Aktionen handelt, die von den Regierungen ausgehen oder um solche, die der Union verwandte Ziele verfolgen. So werden die im Laufe des Jahres abgeschlossenen Schiedsverträge, die erledigten und die noch schwebenden Schiedsfälle aufgezählt, wie die internationalen diplomatischen Konferenzen kurz vermerkt. Ein Ueberblick über die privaten Kongresse mit öffentlich-rechtlicher und pazifistischer Tendenz beschließt die Ausführungen.

Das Jahrbuch der Interparlamentarischen Union wird, wenn es seinen Aufgaben treu bleibt und — was wahrscheinlich ist — den Umfang der zu registrierenden Tatsachen noch erweitert, gar bald zu einem der unentbehrlichen Nachschlage- und Orientierungswerke des Internationalismus werden.

☞

Papers on Inter-Racial Problems. Communicated to the first Universal Races Congress held at the University of London. July 26—29 1911. Edited, for the Congress Executive, by G. Spiller, hon. organiser of the Congress. London. P. S. King & Son. Lex. 8°. 1911. XLVI u. 485 S. Pppbd.

Der vorliegende Band ist das bleibende Ergebnis des Londoner Rassenkongresses. Er enthält alle auf diesem erstatteten Referate, die von den Referenten der Kongreßleitung vorher schriftlich überreicht wurden. Eine Neuerung, die nachahmenswert ist. Wenn auch die Erörterungen fehlen, die den einzelnen Berichten folgten, so ist doch der Hauptteil der Kongreßarbeit festgehalten worden, wobei es ermöglicht wurde, diese Arbeit noch vor Beginn des Kongresses in die Hände der Interessenten zu legen.

Da der Rassenkongreß ein pazifistischer Kongreß weitesten Umfanges war, sind die meisten Referate von pazifistischem Gesichtspunkte interessant. Einige davon seien hier besonders angeführt: Baron d'Estournelles, The Respect which the white Race owes to other Races. — Prof. Walther Schücking, International Law, Treaties, Conferences, and the Hague Tribunal. — Sir John Macdonell, International Law and Subject Races. — Jarousse de Sillac, Periodical Peace Conferences. — Dr. L. L. Zamenhof, International Language. — Louis P. Lochner, The Cosmopolitan Club Movement. — Edwin D. Mead, International Organisation for inter-racial Goodwill usw. usw.

Das Buch wird gute Dienste leisten. Es ist ein reiches Arsenal des internationalen Geistes und der Wissenschaft von der Weltorganisation.

☞

World organization as affected by the nature of the modern State by David Jayne Hill. New York, The Columbia University Preß 1911.

Der gewesene amerikanische Botschafter am Berliner Hofe, D. J. Hill, hat im März dieses Jahres acht Vorlesungen an der Columbia-Universität gehalten, die nunmehr in einem 215 Seiten umfassenden Band veröffentlicht worden sind. Der Grundgedanke dieser Vorlesungen, so sagt der Verfasser in seiner Vorrede, ist das Wachstum des juridischen Bewußtseins unter den zivilisierten und seine Verkörperung im modernen Staat, ein Phänomen, dem ein wichtiger Einfluß auf internationales Leben und Verkehr zugeschrieben wird. D. J. Hill, der ein hochgeschätzter gelehrter Schriftsteller ist (seit Jahren arbeitet er an einer umfangreichen „Geschichte der Diplomatie"), ist ein überzeugter Vertreter des pazifistischen Gedankens, und der vorliegende, mit staatsmännischer und sozialphilosophischer Gründlichkeit durchgeführte Vortragszyklus bedeutet eine wertvolle Bereicherung der Friedensliteratur. Dies sei durch das Schlußwort illustriert: „Wir können als das Resultat unseres Studiums die Schlußfolgerung aufstellen, daß die Entwicklung des modernen Staates das gegenseitige Verständnis der Nationen vielfach erleichtert und ihr Gemeinsamkeitsgefühl gestärkt und vertieft hat. Der Prozeß ist noch nicht abgeschlossen, und seine letzten Ergebnisse sind gegenwärtig nicht demonstrierbar, aber wenn wir die Wandlungen der letzten dreihundert Jahre in Betracht ziehen, so können wir vernünftigerweise hoffen, daß die Kräfte der Menschheit immer mehr und mehr von den Plänen und Vorbereitung gegenseitiger Vernichtung abgewendet und der vereinten Hilfstätigkeit zugewendet werden, um Elend, Laster, Krankheit und Unwissenheit, diese gemeinsamen Feinde der Menschheit, zu überwinden. v. S.

☞

War or peace. A present duty and a future hope (Krieg oder Frieden, eine gegenwärtige Pflicht und eine zukünftige Hoffnung) by Hiram M. Chillenden, Brigadier-General, U. S. A. retired. — Chicago, A. C. Mac Clury & Co. 1911.

Hier ist es ein Soldat, der das Krieg- und Friedensproblem einem eingehenden Studium unterzieht. Jedoch nicht vom soldatischen, sondern vom philosophischen Standpunkt aus, wie dies jedem wissenschaftlichen Problem gegenüber sich geziemt. In dem Kapital der zukünftigen Hoffnungen zählt der Autor die Tatsachen auf, die auf den Anbruch einer neuen Aera schon hindeuten und fährt fort: Wenn man alle diese Beweise des Fortschritts betrachtet, kann man zugeben, daß die Pazifisten in ihrem Glauben an das nahe Morgenrot einer besseren Zeit berechtigt sind. Wenn die noch zu überwindenden Hindernisse auch gewaltig erscheinen, ein Rückblick auf die schon erzielten Resultate muß genügen, Zweifel und Entmutigung zu zerstreuen. Die Innertie des menschlichen Fortschritts, jene zurückhaltende Kraft der Ueberlieferung und der alten Denkgewohnheiten, steht noch im Wege allerdings; aber Trägheit, so groß sie auch sei, ist machtlos vor der kleinsten, ausdauernd angewandten Kraft. In dieser Sache des Weltfriedens sind es Erziehungssaaten, die schon in früheren Jahrhunderten und in letzter Zeit reichlicher als je ausgestreut worden, die jene Kraft vorstellen, welche schließlich alles mit sich fortreißen wird. Und diese Saaten — die alten wie die neuen — reifen rasch heran. Die Ernte ist reich, der Arbeiter sind es nicht mehr wenige,

und wenn viele den Mut finden, ihre Sicheln zu schwingen, so wird die Stunde der Frucht gekommen sein. v. S.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Herausgegeben von Josef Kohler in Berlin, L. Oppenheim in Cambridge und Felix Holldack in Leipzig. Breslau 1911. V. Bd., 3. Heft. Mit einem Beiheft.

Aus dem Inhalt: W. G. Macpherson, The Geneve Convention. — Dr. J. Gargas, Völkerrechtliche Regelung der modernen Wanderungen. — Unterwerfung unter ein ausländisches Schiedsgericht. — Inhalt des Beiheftes: Dr. K. Strupp, Der Konflikt zwischen Rußland und China vom Frühjahr 1911 usw.

Revue Générale de Droit International Public. Publiée par Paul Fauchille. Paris 1911. XVIII. année. No. 2.

Aus dem Inhalt: A. Maraazzi et G. Scelle, Une instance à révision devant la Cour de la Haye. — L'Affaire de la Orinoco-Steamship-Company. — Limitation des armements, propositions au Reichstag. — Limitation des armements, propositions à la Délégation du Reichsrat autrichien et à la Chambre Hongroise. — Limitation des armements, propositions du Congrès (américaine), Déclaration du Président des États-Unis, Communication du Bureau int. de la Paix de Berne. — M. Perrinzaquet, Projet pour la création d'un Bureau Général international permanent. — Limitation des armements, propositions à la Chambre des Députés. — Limitation des armements, interpellation et propositions à la Chambre des communes. — Limitation des armements, proposition à la Chambre des Députés italienne. — Van Vollenhoven, l'Objet principal de la troisième Conférence de la Paix. — usw.

— Nr. 3.

A. Cavagleri, La Conception positive de la Société internationale. — R. Robin, Un différend franco-anglais devant la Cour d'arbitrage de la Haye. Affaire de l'Hindou Savarkar. — Maintien en vigeur pour une période supplémentaire de la convention d'Arbitrage du 15 septembre 1905. — L'Arbitrage international et la guerre, proposition de M. Jaurès. — usw. usw.

Bulletin of the Pan-American Union. Ev. John Barrett and F. J. Yánes. Washington. D. C. 1911. Juni.

Aus dem Inhalt: Lake-Mohonk-Conference on International Arbitration. — International Conferenze on the Negro. — Pan-America at Lake Mohonk. — usw. usw.

Prof. Dr. Max Fleischmann ‚Die Unzulässigkeit einer Zwangsvollstreckung gegen fremde Staaten. Berlin, J. Guttentag, 1910. Sonderabdruck aus dem „Bank-Archiv". Jahrgang X, 55 S.

Karl Lamprecht, Historische Methode und historisch-akademischer Unterricht. Mitteilungen und Darlegungen zum jüngsten Stande der geschichtswissenschaftlichen Probleme. — Berlin. Weidmann. 1910. 45 S.

Dr. F. Müller Lyer, Formen der Ehe, der Familie und der Verwandtschaft. (Die Entwicklungsstufen der Menschheit. Bd. III.) München. J. F. Lehmann. 1911. 94 S.

Lynkeus, Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen. Dresden. Carl Reimer. 1910. 223 S. 3 M.

Magnus Schwantje, Die Beziehungen der Tierschutzbewegung zu anderen ethischen Bestrebungen, usw. Berlin. Ges. zur Förderung des Tierschutzes. 30 S.

Berta v. Suttner, Die Fortschritte der Friedensbewegung unter den Völkern. Zum Gedenktag des Haager Kongresses. Wien. Separat-Abdruck aus der „Neuen Freien Presse". 1911. 19 S.

Veröffentlichung des F. Z. A. S. No. 1. Pazifismus und Internationalismus. Nürnberg. Verlag: Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne". 32 S.

Enthält: Wolfgang Krämer, Zum ewigen Frieden. — Dr. M. Höltzel, Die moderne Friedensbewegung. — usw. usw.

August v. Helmár, Zusammenhang zwischen Unterrichtswesen und Heeresorganisation in der Schweiz. Sonderabdruck aus „Strefflens Militärische Zeitschrift, zugleich Organ der militärwissenschaftlichen Vereine". 1911. II. Bd. 8. Heft. 16 S.

Statuten des Verbandes für internationale Verständigung. Beschloss. von der konstituierenden Versammlung in Frankfurt a. M., am 11. Juni 1911. Frankfurt. 19 S.

John Christophorus, Patternson & Co. oder Geist der Kultur und Arbeit. Welttragödie in 5 Akten. Handlung in Southampton und China. Zeit: Anfang des 20. Jahrhunderts. Broschüre (Akt) I—V, jede 32 S. Kiel. Lübcke & Co.

David Jayne Hill, World Organisation as affected by the nature of the modern State: New York. The Columbia University Press 1911. Cloth. 214 S.

N. M. Butler, An Age of Irrationalism. Address to the graduating Classes at Columbia University on commencement Day. 7. Juni 1911. New York. Columbia University. 8 S.

The Peace Society, 95th Annual Meeting. May 18. 1911. Held at the Guildhall under the Presidency of Sir I. Vezey Strong (Lord Mayor of London). London. Peace Society. 30 S. mit zahlreichen Porträts.

John Barrett, Presentation of pan-american Gold Medal to Andrew Carnegie. London 1911. Peace Society. 23 S.

Edwin D. Mead, Thomas Wentworth Higginson. Separatabdruck v.?

William J. Hull, How far has the world progressed toward peace? Questions and Answers on some of the most noteworthy Achievements in Fostering International Peace. Philadelphia, Sunday School Times Company. 14 S.

Seventh National Peace Congress. Edinburgh June 13th—15th 1911. Resolution adopted by Congress, together will report and Balance Sheet of the National Peace Council. London. Council of Peace. 39 S.

International Conciliation. Juni 1911. No. 43. Nicholas Murray Butler, Opening Address at the Lake Mohonk Conference on International Arbitration. May 24, 1911.

20 S. — July 1911. No. 44. William J. Hull, The United States and Latin-America at the Hague. 13 S. — August 1911. No. 45. Prof. Edward L. Thorndike, The Emotional Price of Peace. 11 S. — Sept. 1911. No. 46. His Holiness Pape Pius X., Letter to the apostolic Delegate to the United States of America. 9 S. — New York. American Association for Int. Conciliation. 1911.

National Peace Council. Economic Series. No. 1. Normann Angell, The Police behind Armaments. A paper presented to the seventh National Peace Congress Edinburgh 1911. 8 S. — Educational Series. No. 3. F. J. Gould, The Peace Movement among the young. Position Methods of Teachery. A paper presented to the Educational Conference of the seventh National Peace Congress. Edinburgh 1911. 7 S. — No. 4. Prof. James Seth, Universities and the peace movement. A paper read at the Educational Conference of the seventh National Peace Congress. Edinburgh 1911. 8 S. — Political Series. No. 4. J. P. Newmann, The Approach of nations. 16 S. — No. 5. Joseph G. Alexander, International Federation. With some Additional Notes by J. P. Newmann. A report reprinted to the seventh National Peace Congress. Edinburgh 1911. 8 S. London. National Peace Council. 1911.

World Peace Foundation. Pamphlet Series. April 1911. No. 1, part II: Sir Edward Grey on Union for World-Peace. From his Speech in the House of Commons, March 13, 1911. 19 S. — April 1911. No. 1, part IV: Edwin D. Mead, The International Duty of the United States and Great Britain. 30 S. — July 1911. No. 2, part I: Denis P. Myers, List of Arbitration Treaties. Pacts to which pairs of nations are parties with statistics and notes. 16 S. — July 1911. No. 2, part III: Syndicates for War. The Influence of the makers of war Material and of Capital invested in war supplies. 12 S. — Boston. World Peace Foundation. 1911.

Union Interparlementaire. Documents Interparlementaire. No. 6. Juin 1911. Commissions nationales de la Paix et Préparation de la troisième Conferences de la Haye. Congrès américain; États Généraux des Pays Bas; Chambre de Commons; Delegation autrichienne; Chambre hongroise; 2e Chambre suédoise Bruxelles. Misch & Thron. 1911. 45 S. 1 Fr.

J. H. de Vries, Pour la Paix. Une presse mondiale. Avec préface de Frédéric Passy. Bruxelles (1911). 187 S.

Léon Bollack, La question des Sanctions économiques en cas de violation du droit international. Rapport soumis à la Commission juridique du VIIe Congrès national de la Paix à Clermont-Ferrand 4—7 Juin 1911. 12 S. —, La monnaie internationale Extrait de „La Revue". 15. VI. 1911.

Jacques Dumas, De l'influence qu.aurait la suppression du droit de Capture sur la réduction des charges militaires. Rapport soumis au VIIe Congrès national de la Paix à Clermont-Ferrand 1911. 15 S.

La Gildhala pro-paca kunveno en London. Paroloj de la Lord Mayor, Sinjoro Asquith, Sinjoro Balfour, kaj aliaj eminentuloj. Kun Aldonoj. London. Brittisch Esperanto Association. 23 S.

Société de la Paix de Moscou. (Jahresbericht in russischer Sprache.) Enthält Beiträge von Prinz P. D. Dolgorukoff, Graf L. A. Kamarowsky, J. N. Efremoff, E. P. Semenoff u. a.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede. (Früher „Friedensblätter"). Eßlingen. Juni. Die Friedensbewegung in einer evangelischen Landessynode. — IV. Deutscher Friedenskongreß in Frankfurt a. M. — usw. usw.

— Juli. O. Umfrid, Aktive Politik. — Ders., Der Mißbrauch der Schiffstaufe. — usw. usw.

— August. Militär und Kirche. — H. Friedländer, Das Programm des Reichskanzlers für die Abrüstungskonferenz. — usw. usw.

Der Friede. (Bern.) Juni. Protokoll über die Verhandlungen der Delegiertenversammlung des Schweiz. Friedensvereins. — Prof. Thomann, Friedenspropaganda unter den Schweiz. Geistlichen. — usw. usw.

— Juli. Der IV. Deutsche Friedenskongreß zu Frankfurt a. M. — usw. usw.

La Paix par le Droit. (Paris.) Juni. Fréd. Passy, Ceux qu'il faut honorer: Frédéric Bastiat et le Comte Sclopis. — Th. Ruyssen, Impressions de Congrès. — usw. usw.

— Juli. J. Novicow, La Logique des Pacifistes allemands. — Fréd. Passy, Contraste. — Lucien Le Foyer, La Légitime Défense des Nations. — usw. usw.

La Paix (Genf). August. Quartier la Tente, Pacifisme et l'Enseignement public. — Alf. Testuz, Si vis pacem, para bellum. — usw. usw..

Les États-Unis d'Europe. (Bern.) Mai-Juni. E. A., l'Armée et les travaux d'utilité public. — usw. usw.

The Arbitrator. (London.) Juni. The progress of Arbitration. Speech by Sir Edward Grey at the Dinner to Mr. Andrew Carnegie. — Mayor-General Sir Alfred Turner, The Knell of compulsory Service. — The Kaiser in London. — usw. usw.

— Juli. F. E. Smith, Neutralisation of maritime Commerce. — Gordon M. Savile, The parting of the ways. — Seventh national Peace Congress. — The Imperial Conference. — Mr. Lloyd George. — usw. usw.

— August. J. A. Hobson, The case of Arbitration. — William Poel, Life in the Camp. (Wallensteins Lager). — The war anglo-japanese Treaty. — usw. usw.

Concord. (London.) Juni. Israel Zangwill, Patriotism and Percentage. — C. E. Maurice, The results of Colonial Freedom. — Felix Moscheles, A Bedroom sketch. — usw. usw.

— Juli. Felix Moscheles, Friends, Foes, and fiends. — National Peace Congress Edinburgh. — The Federation of the world. — usw. usw.

Advocate of Peace. (Washington.) July. Albert K. Smiley, What has come to pass in sixteen years. — Nicholas Murray Butler, The Carnegie Endowment

and International Peace. — Thomas Roeburn White, Underlying principles which should govern Appointment of Indges of the International Court. — Charles Yates, Geographical Delimitation on International Boundary. — usw. usw.
— August. The Massanas Jubilee. — The Chamizal Arbitration. — John W. Foster, The Revision of our Neutrality Laws. — President Taft, The Avoidance of war. — John Ball Osborne, How commerce promotes peace. — Georges H. Danton, The emotional Evils of war. — Stanley H. Howe, The hope of Peace. — usw. usw.
The Cosmopolitan Student. (Madison.) Juni. G. F. Schaffner, The corda Fratres Convention. — Philip B. Cohen, Social Uplift and the Jew. — Eduard C. Lindemann, The Cosmopolitan Graduate. — Berlin Cosmopolitan Club. — usw. usw.
The Messenger of Peace. (Richmond, Ind.) Juli.
La Vita Internazionale. (Mailand.) No. 13. E. T. Moneta, Pie X per la pace del mondo. — Fritz Telmann, Gli avversi d'Italia in Austria. — Mario Marinoni, Il diritto di guerra e gli identi della Pace. — Carmelo Perazzi, Le guerre volute dai popoli. — Rosalia Gwiss Adami, per i nostri colleghi di Francia. — usw. usw.
— No. 14. E. T. Moneta, Ad un contraddittore. Il Vaticano e l'Italia. — Dandy, l'opera storica di Gugliemo Ferrero. — Sofia Dr. Figner, La nostra Epoca. — usw. usw.
— No. 15. E. T. Moneta, Il papa prigioniero dell' Italia? — Mario Marinoni, Il diritto aereo. — Angelo Crespi, La zona pericolosa d'Europa. — V. Prestini, La croce rossa e il Pacifismo. — usw. usw.
— No. 16. E. T. Moneta, Conquiste effetuate e conquiste invocate. — Dante Diottalerè, Conflitto argentino. — usw. usw.
Il Popolo Pacifisto. (Bonefro.) No. 5.
Vrede door Recht. (Haag.) Juni-Juli. Festavond en vergadering te Kampen. — usw. usw.
— Juli-August. Garibaldi en het eerste congres voor Vreede en Vrijheid te Geneve 1867. — Europa in China. — usw. usw.
Fredsbladet. (Kopenhagen.) Juli. Aarsmoedet.
— August. Amerikas Voldgiftstraktater med England og Frankrig. — usw.
Fredsfanan. (Stockholm.) Juli-August. Aarsmötet i Oestersund.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen. O. Umfrid, Der Kernpunkt der Friedensfrage. „Ulmer Zeitung", 24. VII. * Ders., Die Pflicht, die Kriege zu vermeiden. „Ulmer Zeitung", 1. VIII. * Ders., Sedativ für die „Hamburger Nachrichten". „Ulmer Zeitung", 15. VI. * Prof. Wilh. Ostwald, Krieg und Rassenbiologie. „Allgemeiner Beobachter" (Hamburg), 1. VII. * Ellen Key, Das Friedensproblem. „Dokumente des Fortschritts", Nr. 6. * Prof. R. Broda, Kultursynthese. „Dokumente des Fortschritts", Nr. 6. * Dr. M. Kronenberg, Die Kosthalle in Berlin. „Berliner Tageblatt", 20. VIII. * Eduard Bernstein, Politik und menschliche Natur. „Berliner Tageblatt", 17. VII. * Dr. Wolfgang Heinze, Internationale Verständigung, 3. VII. * Ders., Der Verband für internationale Verständigung. „Das freie Wort", Nr. 7. * Prof. Arnold Schröer, Deutsch-englische Wechselwirkung in der Wissenschaft. „Kölnische Zeitung", 16. VII. * Prof. D. Ferd. Tönnies, Vorurteile gegen den Rassenkongreß. „Berliner Tageblatt", 27. VI. * A. Pfeiffer, Entwicklung und Ziele der internationalen Friedensbewegung. „Ueber den Wassern" (Berlin), Nr. 14. * Anatole France, Krieg und Frieden. „Der Vorwärts", 2. VII. * Nicholas Murray Butler, The Kahn-Foundation for the travel of american Teachers. „The American Review of Reviews", VII. * J. Novicow, La Logique d'un Pacifiste allemand. „Journal d'Alsace", 29. VII. * v. Ahlefeld, Weltfriede. „Deutsche Revue", VIII. * Bertha v. Suttner, Aus dem Tagebuch eines Militärdiplomaten. „Frankfurter Zeitung", 27. VIII. * Prof. W. M. Förster, Blutiger Daseinskampf oder Weltharmonie. „Der Tag", 29. VIII.

II. Internationale Politik. Otto Corbach, Amerikanischer Imperialismus und europäischer Pazifismus. „Die Gegenwart", Nr. 34. * Harden — der kriegerische. „Zeit am Montag", 7. VIII. * Das Volk steht auf. . . . „Zeit am Montag", 31. VII. * Friedenskundgebung Berlins. „Vorwärts", 22. VIII. * Kriegshetze. „Vorwärts", 20. VIII. * Delcassé und der Delcassismus. „Konservative Monatsschrift" (Berlin), Nr. 8. * Karl Witte, Gambetta und der Revanchegedanke in Frankreich. „Magdeburgische Zeitung", 7. VIII. * Ders., Frankreich und Dänemark im Jahre 1870. „Magdeburgische Zeitung", 17. VII. * Ders., Revanche für Sadowa! „Magdeburgische Zeitung", 10. VII. * Julius Sachs, Die Reunion Englands und Amerikas. „Der März", 18. VII. * Ders., Englands Rückkehr nach Europa. „Der März", 8. VIII. * Giovanni Goiron, L'Avvenire e la politica dell' Italia. „Nuova Antalogia", 1. VIII. * Janus, Agadir. „Pan" (Berlin), VIII. * Friedrich Siegmund-Schultze, Freundschaftsarbeit der britischen und deutschen Kirchen. „Die christliche Welt", 10. VIII. * Friedrich Curtius, Marokko. „Die christliche Welt", 10. VIII. (Eduard Bernstein), Die auswärtige Politik des deutschen Reiches und die Sozialdemokratie. I. II. „Vorwärts", 13. u. 15. VIII. * Heinrich Friedjung, Die Zukunft Nordafrikas. „Vossische Zeitung", 22. VII. * Ders., Die Aussichten der Verständigung. „Vossische Zeitung", 1. VIII. * Fritz Telmann, Fortschritte der austro-italien. Verständigungsbewegung. „Dokumente des Fortschritts", Nr. 7. * Ders., Wir und Italien. „Die Wage", 8. VII. * Ders., Die Niederlage der Christlich-Sozialen und unser Verhältnis zu Italien. „Der Morgen" (Wien), 17. VII. * Prof. D. E. Sieper, Die Presse in ihrer Bedeutung für die deutsch-englische Verständigung. „Vossische Zeitung", 13. VII. * Jean Jaurès, Kaltes Blut in ernster Gefahr. „Der Vorwärts", 7. VII. * Kaptl. z. See v. Persius, Die Herrschaft auf dem Pacific.

„Barmer Zeitung", 1. VIII.; „Neue Straßburger Zeitung", 3. VIII. * Roland de Marées, Se faire aimer . . . „L'Indépendance Belge", 7. VIII. * d'Estournelles de Constant, The „Inevitable" war between the United Staates and Japon. „The Indépendent" (New York), 3. VI.

III. Völkerrecht. Dr. Hans Wehberg, Die Forderungen russischer Versicherungsgesellschaften gegen die Türkei. „Annalen des ges. Versicherungswesens" (Leipzig), 18. V. * Ders., Die Zwangsvollstreckung und die Fristsetzung für die Erfüllung von internationalen Schiedssprüchen. „Gerichtshalle" (Wien), 21. V. * Ders., Léon Bourgeois en de Haagsche Vredesconferenties. „De Nieuwe Courant" (Haag), 29. V. * Ders., Deutsche Privatforderungen gegen ausländische Staaten. „Handel und Industrie", 10. VI. * Ders., Die Großindustrie und das Völkerrecht. „Deutsche Industrie-Zeitung", 10. VI. * Ders., Die Gefahren staatlicher Monopolversicherungsanstalten im Kriegsfalle. „Oesterreichische Versicher.-Zeitung", 24. VI. * Ders., Die zukünftige Bedeutung der Telegraphie für das internationale Friedensrecht. „Zeitschrift für Post und Telegraphie" (Wien), 10. VIII. * Ders., Der neueste Stand der Frage des Seebeuterechts. „Kreuzzeitung", 19. VIII. * Ders., Der deutsch-amerikanische Schiedsvertrag. „Kölnische Zeitung", 7. VI. * Ders., Das Verfahren vor dem Haager ständigen Schiedshof. „Deutsche Juristen-Zeitung", 15. VI. * Ders., Een duitsche Vereeniging voor internationale Toenadering. „Het Vaderland", 16. VI. * Prof. Dr. Niemeyer, Marokko und das Völkerrecht. „Der Bund", 31. VII. * Friedr. v. Sicherer, Der völkerrechtliche Charakter der Ostsee. „Internationale Wochenschrift", 24. VI. * Prof. Dr. F. Meili, Die Stellung des Reichsgerichts zum auswärtigen Privatrecht und zum internationalen Privatrecht im speziellen. „Frankfurter Zeitung", 30. VII. * Ders., Ein internationaler Gerichtshof für Privatklagen. „Nationalzeitung" (Berlin), 22. VII. * Dr. Jacques Kubies, Privatschiedsgerichte. „Pester Lloyd", 5. VIII. * Ders., Ein internationaler Gerichtshof für Privatklagen. „Der Tag", 22. VIII. * Dr. Pachnicke, Der Schiedsgerichtsvorschlag der Amerikaner. „Voss. Zeitung", 5. VIII. * (Prof. v. Muditz), Zur Londoner Deklaration des Seekriegsrechts. „Voss. Zeitung", 11. u. 12. VII. * Ders., Die Ausgestaltung des Seekriegsrechts. „Voss. Zeitung", 30. VI. * Ders., Der Internationale Prisenhof. „Kölnische Zeitung", 20. VII. (?) * Emile Flourens, Die Haager Kongresse, ihr Ursprung und ihre Folgen. „Deutsche Revue", VII. * H. Hormann, Schiedsgerichtsverträge. „Neueste Nachrichten für Residenz und Stadt Braunschweig", 30. VII.; „Fränkischer Kurier", 29. VII.; „Barmer Zeitung", 1. VIII.; „Bremer Nachrichten", 30. VII.; „Neue Straßburger Zeitung", 30. VII.; „Königsberger Hartungsche Zeitung", 5. VIII.; „Ostsee-Zeitung" (Stettin), 30. VII.

IV. Internationales.

V. Wirtschaftliches. O. Umfrid, Die wirtschaftlichen Folgen des Zukunftskrieges für Deutschland. „Der Beobachter", 16. u. 17. VI. * Ders., Neue Erscheinungen hinsichtlich Völkerfrieden und wirtschaftlicher Aussichten. „Der internationale Volkswirt (Berlin), 22. VI. * Alfred Lansburgh, Kriegskostendeckung. „Die Bank" (Berlin), Nr. 8. * Kriegsgeschrei und Rüstungsbilanzen. „Die Finanz-Chronik" (London), 29. VII. * Handel und Hochfinanz als Kriegsgegner. „Central-Anzeiger" (Magdeburg), 5. VIII. * Dr. Franz Oppenheimer, Die große Täuschung. „Der Tag", 5. VIII. * Der frühere Chef des Generalstabes der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, Ueber die Millionenheere. „Deutsche Revue", VII. * David Starr Jordan, Concerning Sea Power. „The Indépendent", VIII. (?) * Berta v. Suttner, Die Carnegie-Stiftung in Aktion. „Die Zeit", 12. VIII. * Alfred H. Fried, Die Carnegie-Konferenz der Nationalökonomen. „Neue Freie Presse", 11. VIII. * Prof. Dr. Eugen v. Philippowich, Krieg und Frieden. „Die Zeit", 20. VIII. * Die (Carnegie) Konferenz in Bern. „Frankfurter Zeitung", 16. VIII.; „Neue Züricher Zeitung", 16. VIII.; „Hamburger Korrespondent', 16. VIII.; „Neue Freie Presse", 20. VIII.; „Fränkischer Kurier", 20. VIII.

Neue Beiträge für den „Wehberg-Fonds".

(Zur Verbreitung der Friedenswarte in den öffentlichen Lesehallen.)

Bisheriger Bestand	M. 1755.65
Am 16. August gingen noch ein:	
J. ter Meulen, Haag	„ 5.—
Summa	M. 1760.65

Dr. Hans Wehberg. Alfred H. Fried.

Briefkasten.

R. F. B. Danke für die Mitteilung. Sie sei hier niedriger gehängt: „Frau Dr. Richard Wirth in Cronberg i. Taunus wurde von der Präsidentin der Ortsgruppe Cronberg des Vaterländischen Frauenvereins mitgeteilt, daß sie aus der Mitgliederliste gestrichen sei, weil sie der deutschen Friedensgesellschaft angehöre."

Eigentlich sollte man diese Vorsitzende, deren Name bekannt werden muß, verklagen. Doch soll man aus Patriotismus davon Abstand nehmen; man könnte durch Verbreitung der Sache das Ansehen Deutschlands im Auslande herabsetzen.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Berliner Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft.

Berlin SW. 29, Gneisenaustr. 100 II.

Die Marokko-Erklärung der Deutschen Friedensgesellschaft.

In einer Sitzung vom 29. Juli hat der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft folgende Erklärung abgegeben:

„Da das Eintreten eines ernsten Konfliktes in der Marokkoangelegenheit noch nicht aus dem Bereich der Möglichkeit gerückt ist, faßte die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft in ihrer Sitzung am 2. August den Beschluß, der Presse von ihrer Auffassung der Lage durch nachstehende Erklärung Kenntnis zu geben:

In Erwägung, daß durch das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs, Spaniens und Deutschlands das Abkommen von Algeciras, welches die Verhältnisse des scherifischen Reiches regelte, als durchbrochen und aufgehoben zu betrachten ist; in Erwägung ferner, daß durch dies Vorgehen auch die Interessen anderer beteiligter Nationen als gefährdet betrachtet werden könnten, wie die neuesten Berichte aus England zeigen, in Erwägung endlich, daß die Verständigung nur zweier beteiligten Nationen nicht die Garantie bietet, daß die marokkanische Frage für die Zukunft zu allseitiger Zufriedenheit geregelt erscheint und keinen Anlaß zu weiteren schweren Konflikten bieten kann, erklärt die Deutsche Friedensgesellschaft, daß sie nur in der Einberufung einer europäischen Konferenz und der gleichzeitigen Zurückberufung der Truppen aus Marokko die Basis einer definitiven Lösung der schwebenden Fragen erblicken kann, weil nur die Anwendung völkerrechtlicher Grundsätze die Gewähr für die Dauer des zu schaffenden Zustandes bieten könnte. Sie weist ferner darauf hin, daß die Politik der offenen Tür für den Handel aller Nationen, sowie Verträge für die gesicherte Ansiedlung und Handelstätigkeit der Untertanen der beteiligten Nationen, sowie die Abgrenzung anerkannter Interessensphären ihr als die einzig richtigen Grundlagen der bevorstehenden Regelung erscheinen. Sie wird den geeigneten Weg einschlagen, diese ihre Ansicht zur Kenntnis der Reichsregierung zu bringen.

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

XIX. Weltfriedenskongress in Rom.

Bei dem diesjährigen Friedenskongress der in der Zeit vom 25. September bis 3. Oktober in Rom tagt wird unsere Gesellschaft durch Alfred H. Fried, Prof. Dr. R. Kobatsch, Schriftsteller Artur Müller und Vorstandsmitglied B. Kosian und der Wiener Akademische Friedensverein durch Ingenieur R. Korpitsch vertreten sein.

Der Vorstand unserer Gesellschaft hat an die neugewählten Abgeordneten für den Reichsrat nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Bekanntlich macht sich in allen Staaten der Welt, namentlich aber in den großen Industrie- und Handelsstaaten, immer deutlicher und vernehmlicher eine Bewegung geltend, welche dahin zielt, daß bei dem progressiv wachsenden weltwirtschaftlichen Verkehre die Reform derjenigen Rechtsgebiete, welche für diesen Verkehr in erster Linie von Wichtigkeit sind, durch internationale Regelung (Verträge) je früher herbeigeführt werde, ferner daß bei dem außerordentlichen Anwachsen der Rüstungsauslagen, welches die Befriedigung kultureller und wirtschaftlicher Bedürfnisse der einzelnen Staaten immer schwieriger gestaltet, auf einen Stillstand und in späterer Folge auf eine Herabminderung der Rüstungsauslagen zu dringen sei, und daß einem internationalen, schon allgemein als Kulturbedürfnis empfundenen Wunsche Rechnung getragen werde, indem zwischenstaatliche Streitfragen durch schiedsgerichtliche Austragung gelöst werden. Politiker aller Parteien, Staatsmänner und Staatsbürger, weltliche und kirchliche Instanzen haben sich bereits ausdrücklich zugunsten dieser zwischenstaatlichen Reformen ausgesprochen.

Um nun diese großen Fragen ihrer Erledigung näher zu bringen, hat sich 1888 die „Interparlamentarische Union", d. h.. eine ständige Vereinigung von Parlamentariern aller Länder gebildet, welche alljährlich in den verschiedenen Hauptstädten Zusammenkünfte abhält und ein ständiges, von mehreren Regierungen — auch der österreichischen — subventioniertes Bureau in Brüssel unterhält.

Wir erlauben uns daher, Sie, hochgeehrter Herr Abgeordneter, auf diese Union, deren Bestand Ihnen ja ohnehin bekannt sein dürfte, und deren österreichische Gruppe bisher von Seiner Exzellenz dem Herrenhausmitgliede Dr. Ernst Freiherrn von Plener präsidiert wurde, mit der Bitte aufmerksam zu machen, der österreichischen Gruppe der Union ebenfalls beizutreten, um dadurch die kulturellen, ethischen und wirtschaftlichen Aufgaben fördern zu helfen, deren Lösung das Ziel dieser internationalen Organisation darstellt."

Der Erfolg war, daß eine größere Anzahl von Abgeordneten der Interparlamentarischen Union beitrat und einige Mitglieder unserer Gesellschaft wurden.

☞

Anläßlich des Empfanges der Bostoner Handelskammer im Wiener Rathause, am 30. Juli 1911, hielt unser Vizepräsident, Professor Dr. Kobatsch, folgende Ansprache:

„Ich begrüße unsere lieben Gäste aus den Vereinigten Staaten aufs herzlichste . . . . . Zweitens als Repräsentant der Oesterreichischen Friedensgesellschaft, die mit der großen American Association for International Conciliation und mit der American peace Society im regen Verkehre ist und die großen Fortschritte bewundert, welche die Schiedsgerichtsidee gerade im Volke der Vereinigten Staaten macht, — und nicht nur im Volke, sondern auch im Parlamente und in der Regierung — hat ja die ganze Kulturwelt es dankbarst begrüßt, daß ihr Präsident William Taft die Vorschläge zum Abschlusse von vollständigen Schiedsverträgen mit England und anderen Staaten Europas machte und so schöne Erfolge damit erzielte!

Solche Besuche wie der Ihre in Europa, tragen dazu bei, etwa noch bestehende Irrtümer zu beseitigen, die gegenseitige Freundschaft zu stärken und die Herrschaft des Rechtes in allen Fragen der Internationalität zu sichern!

Solche Besuche wie der Ihrige, bedeuten daher wirtschaftlichen und industriellen Fortschritt, bedeuten Frieden!

In diesem Sinne heiße ich Sie nochmals herzlichst willkommen und rufe aus: Unsere amerikanischen Freunde, sie leben hoch!"

☞

Schule und Friedensbewegung.

Eine rührige Tätigkeit entfaltet unser Mitglied, Lehrer Josef Werner aus Preschkau in Böhmen, in seinem Schulbezirk. Er veröffentlichte in einer dortigen Zeitschrift einen langen Artikel: „Der Krieg in moralischer und wirtschaftlicher Bedeutung", ferner Stellen aus dem Buche „Die Waffen nieder". Bei der amtlichen Bezirkslehrerkonferenz machte er anläßlich der Neueinführung eines Lesebuches auf die eine allzu kriegerische Stimmung erzeugenden Lesestücke aufmerksam, welchem Uebelstande bei einer Neuauflage abgeholfen wird.

Von der Broschüre „Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer" sandten wir an die k. k. Lehrerbildungsanstalt in Krems eine große Anzahl Exemplare zur Verteilung an die abgehenden Lehramtszöglinge. Die Direktion sendet uns nun ein Schreiben, darin es heißt, „es möchte durch die Verteilung der Büchlein dem schönen und hohen Gedanken der Friedensgesellschaft neue Freunde und Anhänger erwachsen".

Zentralverein der staatlichen Vertragsbeamtinnen.

Bei der kürzlich stattgehabten Generalversammlung dieses Vereines forderte das Mitglied Fräulein Anna Gottinger die Anwesenden auf, in Ermanglung eines eigenen Wahlrechtes die männlichen Verwandten und Bekannten für die Vereinsbestrebungen zu interessieren, um eventuell auch auf diese Weise Vertreter ihrer Standesinteressen in den maßgebenden Körperschaften zu gewinnen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Oesterreich vor kurzem 312 Millionen Kronen für Kriegszwecke opfern mußte, 4—6 Millionen Kronen für das Heer der Beamtenkategorien Allerhöchsten Ortes aber nicht befürwortet werden konnten, machte sie die Versammelten mit den Bestrebungen der österreichischen Friedensgesellschaft bekannt. Die Anwendung brutaler Gewalt zur Durchsetzung mitunter vielleicht auch nur vermeintliche Rechte widerspreche unseren Kulturbegriffen. Die übermäßige Belastung des Staates durch Kriegserfordernisse bedinge die Rückstellung humanitärer und kultureller Erfordernisse. Bei den jetzigen prekären Staatsfinanzen sei es Ehrenpflicht jedes Menschen, für den Völkerfrieden zu wirken. Der Beitritt zur genannten Gesellschaft trage auch den Charakter einer Sympathiekundgebung der im öffentlichen Leben stehenden Frauen für eine ihrer bedeutendsten Vertreterinnen.

Institut für internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen.

Gen.-Sekretariat: 59 Rue Claude Bernard, Paris.

Liste der Vortragenden, welche im Winterhalbjahre 1911/12 Vorträge in deutschen Städten zu halten bereit sind. (Die Daten wären mit dem Generalsekretariat des Instituts zu vereinbaren.)

1. Dr. R. von Ursin, Abo, eh. Vizepräsident des finnischen Landtages (März). Themen: Resultate des Frauenstimmrechts in Finnland; Das Alkoholverbot in Finnland; Das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in Finnland. (In deutscher Sprache.)

2. Dr. Wenzel Schuster, kaiserl. Rat, Prag. Thema: Gewerbliche Mittelstandspolitik in Oesterreich. (In deutscher Sprache.)

3. Dr. R. Blank, Herausgeber der Saprossi Schisni, St.-Pétersbourg. Thema: Die konstitutionelle Entwicklung Rußlands. (In deutscher Sprache.)

4. Dr. Krsteff-Miroljuloff, Universitätsprofessor, Sofia. Thema: Deutsche Kultureinflüsse im geistigen Leben Bulgariens. (In deutscher Sprache.)

5. Prof. André de Maday, Professor an der Universität Neuchâtel (Januar). Themen: Staat und Kirche in der Schweiz; Frauenrechte in Ungarn; Die Erfolge der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. (In deutscher Sprache.)

6. Dr. Alfons Fischer, Karlsruhe (November). Themen: Mutterschaftsversicherung; Neue Wege zur Volksbildung; Rekrutenstatistik und Militärtauglichkeit.

7. Pfarrer lic. Traub, Vorsitzender des Verbandes der Freunde evangelischer Freiheit, Vorstandsmitglied der Parteileitung für Westfalen der Fortschrittlichen Volkspartei, Dortmund (März). Themen: Resultate der Zivilehe in Deutschland; Ethik und Kapitalismus; Demokratie und Kaisertum in Deutschland; Genossenschaftliche Entwicklung in Deutschland; Mutterschaftsversicherung; Sexualreform; Sexuelle Kindererziehung.

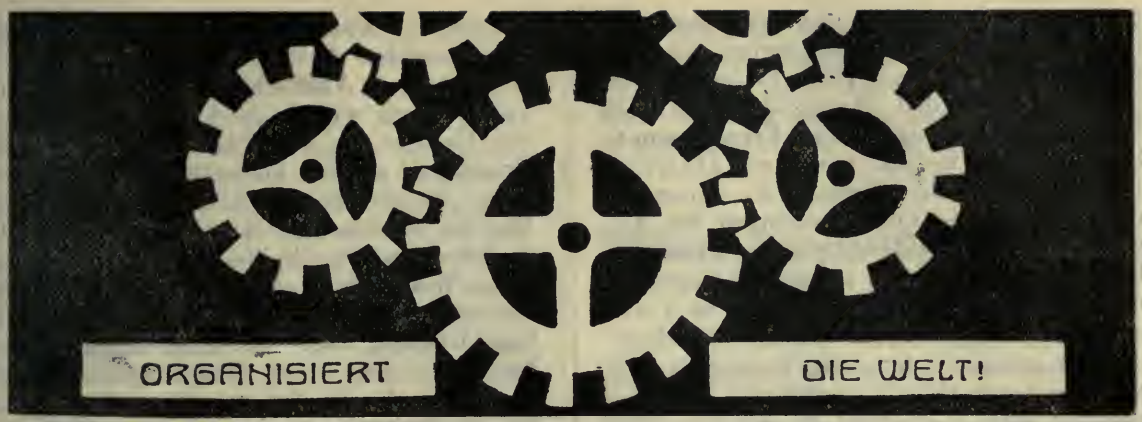
8. Louis Marin, Deputierter, Paris. Ein Thema aus der Entwicklung Frankreichs nach Wahl des Vereins. (In französischer Sprache.)

9. A. Thalamas, Deputierter, Paris. Ein Thema aus der Entwicklung Frankreichs nach Wahl des Vereins. (In französischer Sprache.)

10. Prof. Dr. Georges Blondel, Paris. Themen: Neue Entwicklungen in der französischen Gewerkschaftsbewegung; Die Internationale Bewegung für Schaffung von Jugendgerichten; Die Bewegung für das Verbot der Nachtarbeit im französischen Bäckereibetriebe; Käuferligen. (In deutscher Sprache.)

11. Prof. Dr. R. Broda, Paris, Generalsekretär des Instituts für Internationalen Austausch fortschrittlicher Erfahrungen, Herausgeber der Documents du Progrès und Dokumente des Fortschritts (Januar und März.) Themen: Was die Völker von einander lernen können; Konfessionsloser Schul- und Moralunterricht in Frankreich; Die Religiöse Weltkrise; Resultate der weltlichen Schule in Amerika und Australien; Industriekonstitutionalismus in Australien; Kartelle und Trusts in Amerika; Indiens Erwachen; Das Alkoholverbot in Neuseeland; Resultate des Frauenstimmrechts in Finnland und Australien; Jugendgerichte in England und Amerika; Die Entwicklungslehre und ihre Anwendungen auf Weltanschauung, Moral und Leben.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jerabek in Wien



Oktober 1911.

Das Tripolis-Attentat und die Friedensbewegung.

Nach einer langen Reihe gefährlicher Konflikte, die es gelang, friedlich zu überwinden, erleben wir wieder einmal den Ausbruch eines Krieges. Ein sonderbarer Krieg, fürwahr! Es lag ihm gar kein Konflikt zugrunde; lediglich das Verlangen einer Regierung nach dem Besitz einer andern. Ein Raubzug ohne jede moralische Bemäntelung. Ein Zuschlagen ohne Pourparlers. Freilich, was hätte man hier auch verhandeln sollen? Hier gab es gar keine Gegensätze, die diskutabel gewesen wären. Ueber das Ultimatum „La Bourse ou la vie" ist weder im Privatleben, noch im Völkerleben eine Diskussion zulässig. Da entscheidet nicht die Stärke der Argumente, sondern die Stärke des Knüppels.

Wie immer, wenn es zu Gewaltausbrüchen im Völkerleben kommt, triumphierten auch diesmal die Gegner der Friedensbewegung. Sie folgerten aus der Tatsache des ausgebrochenen Krieges ihren Bankerott. Noch mehr: In schadenfroher Weise machen sie uns geradezu einen Vorwurf daraus, daß wir diese Gewalttat nicht zu verhindern vermochten.

Da zeigt es sich wiederum, wie wenig diese entrüsteten Schreier, diese ironisch lächelnden Superklugen über das Wesen und das Werk der Friedensbewegung unterrichtet sind. Sie meinen, wir bilden uns ein, den Frieden direkt machen zu können. Wir lebten in der Idee, das wir durch gutes Zureden die Gewalt aus der Welt zu schaffen vermöchten. Daher ihr schadenfrohes Grinsen, daher ihr heuchlerischer Ruf nach uns, wenn es der Ordnung in der Welt an den Kragen geht. Wie oft soll man es ihnen wiederholen: Den Frieden können wir nicht machen. Wir können höchstens die Wege zeigen, auf denen zu ihm zu gelangen ist. Wir können auf die Entwicklung hinweisen, die den Frieden mit sich bringt und darlegen, wie man durch vernunftgemäßes Eingreifen den mechanischen Entwickelungsgang zur Friedensorganisation zu beschleunigen vermag. Daß es heute noch zu Gewaltexplosionen kommen kann, nimmt uns nicht wunder. Wären keine mehr zu befürchten, dann wäre der Pazifismus überflüssig. Gerade aber, weil wir den Frieden noch nicht haben, darum wirken wir. Was soll der Ausbruch eines Krieges gegen uns beweisen? Sie sagen, daß wir überflüssig sind. Ich meine: daß wir notwendig sind. Die Zunahme von Epidemien rechtfertigt das Werk der Bakteriologen. Das sieht jeder ein. Niemand wird lächeln, wenn die Aerzte an der Ueberwindung des Krebses arbeiten, trotzdem diese Krankheit immer mehr Opfer fordert. Es wäre ja auch heller Wahnsinn, dies zu tun. Aber den Aerzten gegenüber, die das Heilmittel gegen die Weltanarchie suchen und es verkünden wollen, schämt man sich nicht, so jeder Logik bare Anschauungen zu äußern.

Der Ausbruch eines Krieges ist keine umwälzende Veränderung der Situation, unter der wir bisher lebten. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, als sei damit etwas eingetreten, was unsere Stellung, unsere Existenzberechtigung in Frage stellen würde. Wir wissen es: Was unsere Gegner Frieden nennen, ist ja nur ein latenter Krieg. Wir haben es ja oft genug gesagt: Unter der Herrschaft der internationalen Anarchie ist der Frieden nur dem Grade nach vom Krieg verschieden; nicht dem Wesen nach. Und

nicht darum handelt es sich für uns, den Grad der Anarchie zu bekämpfen, sondern ihr innerstes Wesen. Deshalb bekämpfen wir nicht nur den Krieg, sondern auch jenen Zustand, den man heute Frieden nennt. Die Anarchie wollen wir beseitigen, nicht bloß mildern. Solange die Anarchie herrscht, sind die Voraussetzungen für das Wirken der Friedensidee gegeben; einerlei, ob sie in der Form des latenten Krieges — des sogenannten Friedens — oder in Form des akuten Krieges zum Ausdruck kommt.

Wie oft hat sich in den letzten Jahren das Gradverhältnis der internationalen Anarchie verändert! Wie oft schlug der Zustand des latenten Krieges zum akuten Krieg um. Wir haben die Erschütterungen des Antillen-, des Transvaal- und des mandschurigen Krieges erlebt, und immer ist die Friedensbewegung gestärkt aus diesen Erschütterungen hervorgegangen. Ein jeder akute Krieg erhöht ihre Bedeutung, macht ihr Wirken sichtbarer und läßt erkennen, wie wichtig das von ihr erstrebte Ziel ist. Die großen Erfolge der Friedensbewegung der letzten Jahre wurden durch jene Propaganda der Tat verursacht, die die akuten Kriege für uns bilden. Jene Propaganda, die den Wahnsinn der internationalen Anarchie auch für die Blindesten erkennbar macht. Und gerade das Tripolis-Unternehmen sollte unseren Bankrott bedeuten?

Allerdings gibt es eine Erklärung für diese Annahme. In solch ungeschminkter Brutalität ist, wenigstens gegenüber einem europäischen Staat, noch nie verfahren worden. Die Diplomatie hat sich schon längst daran gewöhnt, ihre anachronistischen Handlungen zu verschleiern, sie wenigstens mit einem Schein von Moralität zu umgeben. Sie sprach von „Okkupation", „Verwaltung", „Protektorat", „Pacht", „friedlicher Durchdringung", wenn sie Länderraub meinte. Jetzt hat sie es einmal unterlassen, das Feigenblatt um ihre Aktion zu legen, die deshalb in ihrer ganzen Nacktheit den Zeitgenossen vor Augen tritt, und sie den großen Widerspruch erkennen läßt, der zwischen den Ideen dieses Jahrhunderts und solchem Vorgehen liegt. Und weil dieses Tripolis-Unternehmen in so ungewohnter Form betrieben wurde, darum glauben die Gegner und Zweifler, es sei etwas vorgefallen, was mit allen bisherigen diplomatischen Handlungen in Widerspruch tritt, es sei die Gewalt zu Ansehen gekommen wie noch nie. Darum müsse die Friedensbewegung lächerlich erscheinen; müsse sie abdanken. Aber wir wissen, daß leider absolut nichts Neues vorgefallen ist. Die internationale Anarchie hat eine anarchische Tat gezeugt, wie sie in den letzten Jahren zur Genüge an der Tagesordnung waren. Tripolis ist nur die Fortsetzung jener Handlung, die bemäntelt in Aegypten, Tunis, Bosnien, Kiautschau, Marokko, unbemäntelt in Korea und im Chuldscha-Konflikt zutage trat. Wenn die Handlungen der Anarchie imstande wären, die Friedensbewegung zu unterdrücken, dann wäre sie schon längst beseitigt. Aber diese Handlungen sind es ja gerade, die die Existenzberechtigung der Friedensbewegung ausmachen. Und je schroffer sie in Erscheinung treten, um so mehr tragen sie dazu bei, die Anerkennung der Friedensidee zu fördern. Tripolis wird uns nicht töten. Das hohe Maß von Brutalität, das gerade dabei entfaltet wurde, wird dem Pazifismus nur eine weitere und — wie wir hoffen — besonders starke Förderung bringen. Wir könnten der Regierung Giolitti eigentlich dankbar sein für die sorglose Ungeniertheit, mit der sie hier der öffentlichen Meinung der Welt ins Gesicht schlug. Sie hat durch ihr unverhülltes Vorgehen für die Friedensbewegung mehr getan, als je eine europäische Regierung für ihre Förderung getan hat. Sie hat den Abscheu der Völker gegen die Gewalt in einem Umfang erregt, der Millionen in die Arme des Pazifismus treiben muß. Die italienische Regierung hat die Schläfrigsten erweckt und hat die Frage aufgeworfen, ob Europa noch länger nach den Grundsätzen der kleinen Raubstaaten Mittelamerikas leben kann.

Die Gerechtigkeit erfordert es jedoch, anzuerkennen, daß die italienische Regierung nicht allein schuldig an diesem verbrecherischen Ueberfall ist. Sie wäre nicht imstande gewesen, nur einen Ziegelstein von den Mauern der Stadt Tripolis zu lösen, wenn es Europa nicht geduldet hätte. Diesen verbrecherischen Krieg führt nicht Italien allein. Ganz Europa führt ihn. Und wenn durch diesen Krieg jene Grundsätze besudelt wurden, die in den Haager Abkommen feierlich, im Namen aller Staatsoberhäupter von 43 Staaten der Welt, festgelegt worden sind, so hat die italienische Regierung dieses Verbrechen nicht allein begangen. Europa hat dabei geholfen; Europa hat sich selbst entehrt. In seiner Passivität gegenüber dem Tripolisraub hat Europa bewiesen, daß es einig sein kann. Wenn es seine Einigkeit in den Dienst des Rechtes gestellt hätte, statt in den Dienst

der Gewalt, so hätte es den Interessen der Völker dieses Erdteils besser gedient.

Was wird die Folge dieses Rechtsbruches der europäischen Regierungen sein? Nicht nur Italien, alle andern Staaten dieses Erdteils werden das tripolitanische Abenteuer teuer genug bezahlen müssen. Mit gesteigerter Schnellkraft werden die Völker auf der schiefen Ebene des Rüstungs-Wettbewerbes weiter hinunterrasseln. Dem Bankrott zu. Schon melden sich die Anreißer der Waffenverkäufer und preisen neue Rüstungen als Schutz gegen den Krieg an, in der selben Weise und mit der gleichen Berechtigung, wie gewisse Schnapsfabrikanten ihre Produkte in den Zeitungen als bestes Mittel gegen die Cholera anpreisen. Die Quacksalber der internationalen Politik sind bereits an der Arbeit. Sie werden uns mit ihrer fadenscheinigen Logik beweisen, daß dieser Krieg nur möglich wurde, weil die Türkei zu wenig gerüstet war. Es hätte der türkischen Flotte wahrlich nicht bedurft, um der Türkei diese Provinz zu erhalten. Wenn der Wille Europas sich für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung eingesetzt hätte, dann wäre der Raub von Tripolis auch ohne Rüstung der Türkei zu vermeiden gewesen. Gerade wie Europa es vermochte, den Krieg zu „lokalisieren", das heißt ihn vom Gebiet der Balkanhalbinsel fernzuhalten, weil es fürchtet, daß es dort zu einer allgemeinen Konflagration kommen müsse, ebenso hätte es die Kraft gehabt, ihn ganz hintanzuhalten. Der Wille zum Frieden ist stärker als alle Geschütze der Welt. Und einem ernst vom Friedenswillen beseelten Europa gegenüber wird kein Staat einen Rechtsbruch zu unternehmen wagen. Das Mittel, das heute die Türkei allein anzuwenden versucht, würde in der Hand eines zum Frieden entschlossenen Europa ein fürchterliches werden. Ein europäischer Boykott gegenüber einem rechtsbrecherischen Staat wäre stärker als alle Geschütze und Panzerschiffe der Welt.

So sehen wir denn aus diesem Tripolis-Verbrechen deutlich die Richtlinie vor uns, die der Pazifismus zu gehen hat. Er ist nicht bankrott. Größere Aufgaben denn je harren seiner. Er hat das zuckende Europa auf den Pfad des Friedens zu bringen. Er hat den Friedenswillen der Völker zu erwecken und ihn zu organisieren. Er hat die Friedenskraft, die heute schon vorhanden ist, in Bewegung zu setzen. Und zu diesem Werke wird er an der Erbitterung, die die Tripolistat hervorgerufen hat, starke Hilfe finden. Die Gegner triumphieren in ihrer Blindheit zu früh. Der Pazifismus ist nicht tot. Er kann nur mit unserer Kultur zugrunde gehen. Er stirbt mit Europa!

A. H. F.

William Steads Protest gegen den Tripolis-Krieg.

In der „Daily News" vom 5. Oktober veröffentlicht William T. Stead einen geharnischten Protest-Artikel gegen das Vorgehen Italiens in Tripolis, in dem er seine Verwunderung und Empörung darüber zum Ausdruck bringt, daß die Bestimmungen der Haager Konvention weder von seiten Italiens, noch von den übrigen 43 Signatarstaaten zur Anwendung gelangten. Stead führt u. a. die Bestimmungen des Art. 48 der Konvention von 1907 an, worin es bekanntlich die Mächte als ihre Pflicht erklären, im Falle eines Konfliktes die streitenden Teile an das Vorhandensein des Haager Hofes zu ermahnen, und worin einem jeden der streitenden Staaten das Recht zuerkannt wird, sich allein an das Haager Gericht zu wenden.

„Jetzt stehen wir einem Kriege gegenüber," heißt es in jenem Artikel, „der sich gegenwärtig im Osten Europas entwickelt. Die Zeitungen sind voll von Erzählungen über Interventionen, Mediationen, Demonstrationen und ich weiß nicht was alles; aber niemand von China bis Peru scheint sich nur einen Moment der Existenz der Haager Abmachungen erinnert zu haben. Weder von den Streitenden einer hat an dieses Tribunal appelliert, noch hat — was noch erstaunlicher ist — einer der 43 Vertragsteilnehmer es für wert erachtet, die „Pflicht" zu erfüllen, die sie im Jahre 1907 auf sich nahmen."

Stead weist darauf hin, daß es nach den Bestimmungen des Artikel 48 der Haager Konventionen noch immer Zeit ist, die Schlichtung des Streites nach dem Haag zu überweisen. „Die meisten der von Italien vorgebrachten Beschwerden", so führt er aus, „entspringen einer ‚verschiedenen Würdigung von Tatsachen', welches die Haager Vertragsstaaten einschließlich Italiens und der Türkei ‚für nützlich und wünschenswert' erachteten, einer internationalen Untersuchungskommission zu überweisen."

„Die Frage des schließlichen Besitzes von Tripolis", heißt es weiter, „ist keine Angelegenheit, welche die Türkei und Italien weder durch Krieg noch durch gegenseitiges Abkommen allein bestimmen können. Die schließliche Disposition über irgend einen Teil des Ottomanischen Reiches kann lediglich durch die Mächte des europäischen Kon-

zertes auf Grundlage der Verträge von 1856 und 1878 entschieden werden."

„Durch Graf Nigra und Graf Tornielli nahm Italien einen führenden Platz beim Abschluß der Haager Konventionen ein. Immer waren die Italiener treue und energische Vertreter des Grundsatzes der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Sie waren 1897 stolz darauf, daß sie in dieser Sache den Vortrab der Völker bildeten. Trotz gegenteiliger Anzeichen weigere ich mich zu glauben, daß das richtige Italien, das wir seit 50 Jahren geliebt und verehrt haben, von der Erde verschwunden ist. Wenn die türkische Regierung das Anerbieten machen wollte, den ganzen Streit der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterbreiten, würde es für jede italienische Regierung schwer werden, ihren eigenen Untertanen zu erklären, warum sie keine zustimmende Antwort auf das Anerbieten ihres Gegners gegeben hat."

„In jedem Falle liegt hier für die zivilisierten Menschen in jedem Lande der Welt eine deutliche Pflicht vor. Die Haager Konventionen, sie mögen noch so sehr belacht und vernachlässigt sein, stellen die Aspirationen alles dessen dar, was Höchstes und Bestes im Menschen liegt. Sie verkörpern auch das reife Ergebnis der Erfahrung und Ueberlegung der verantwortlichen Gesetzgeber aller Nationen der Erde. Sie sind für Millionen Männer und Frauen auf beiden Erdhälften der autoritativste Ausdruck des moralischen Gewissens der Menschheit."

„Die Führung eines Krieges ohne vorherige Anrufung der Hilfe jener darin geschaffenen Maschinerie zur Vermeidung bewaffneter Konflikte bedeutet nicht lediglich die Kriegführung gegen einen einzelnen Staat, sie bezeichnet vielmehr eine Kriegserklärung gegen die Haager Abmachungen. Dies zwingt alle jene, deren Eifer, Enthusiasmus und geduldige Arbeit diese Abmachungen aufgebaut hat, zu jedem zu ihrer Verfügung stehenden gesetzmäßigen Mittel zu greifen, um den Angriff zurückzuweisen und den Angreifer zu züchtigen."

„Würde Italien den Krieg nur gegen die Türkei führen, um Tripolis zu annektieren, so würde dies nichts bedeuten im Vergleiche zu jenem Kriege, den es gegen die Haager Abmachungen mit dem sicheren Ergebnis zu unternehmen wagt, daß es im Falle des Erfolges den Glauben der Völker an ein internationales Recht, dessen höchste Verkörperung das Haager Tribunal bildet, zerstört hat."

„Es wird mitgeteilt, daß der Khalif des Islams in Erwägung zieht, ob er zur Erwiderung dieses Angriffes einer christlichen Macht gegen das moslemitische Reich in Afrika den heiligen Krieg zur Verteidigung des gefährdeten Islam proklamieren solle. Welche Entscheidung er auch fällen möge, es ist der Augenblick gekommen für die Verkündigung eines anderen heiligen Krieges, der nicht mit Kanonen und Bajonetten, aber mit dem noch unbenützten Waffen der Pazifisten, mit dem stillen, beharrlichen und unbarmherzigen Boykott gegen jene Nation geführt wird, die in zynischer Verachtung ihrer eigenen Bekenntnisse auf den Haager Konferenzen von 1899 und 1907 einen todbringenden Krieg gegen die Grundsätze der Schiedsgerichtsbarkeit und der internationalen Gerechtigkeit unternommen hat."

William T. Stead hat es nicht bei diesen begeisterten Worten bewenden lassen. Ein Kreis von Pazifisten, der sich in London gebildet hat und die Vertretung des pazifistischen Standpunktes in diesem Kriege sich zur Aufgabe stellte, hat Stead mit der Mission betraut, die türkische Regierung zu veranlassen, einseitig die Vermittlung des Haager Hofes anzurufen. Stead weilt bereits in der türkischen Hauptstadt.

Das Versagen der italienischen Pazifisten.

Das tripolitanische Unternehmen der italienischen Regierung wird der Friedensbewegung förderlich sein. Das Rechtsempfinden der Menschheit ist eben schon größer als man gedacht hat. Eine Welle der Empörung gegen diesen Rechtsbruch, gegen diese Verachtung aller mit so großer Mühe errichteten Friedenssicherungen geht durch die ganze Welt. In das Reservoir des Pazifismus muß all diese Entrüstung münden und diesem neue, unerwartet große Stärkung bringen. Neben diesem Erfreulichen gibt es aber auch etwas Trauriges; etwas unsäglich Trauriges: Das völlige Versagen unserer italienischen Gesinnungsgenossen, die mit dem Friedensbruch ihrer Regierung bedingungslos zustimmen.

Die Nummer 19 des XIV. Jahrgangs der „Vita Internazionale", Theodor Monetas altbewährtes Kampforgan des Pazifismus, die uns kurz vor Redaktionsschluß in die Hände kommt, beweist diese unerhörte, unbegreifliche und so unsäglich traurige Tatsache. Die italienischen Friedensfreunde haben sich in dieser ernsten Stunde nicht auf die Seite derjenigen gestellt, die für die heiligsten Güter der Menschheit, für die Aufrechterhaltung des Völkerrechts, für den internationalen Frieden eintreten. Sie haben sich nicht gegen ihre Regierung gestellt, wie dies die Amerikaner zur Zeit des spanischen, die Engländer zur Zeit des Burenkrieges, die Deutschen und die Franzosen zur Zeit der Marokkowirren, die Oesterreicher und Ungarn zur Zeit der Annexionskrise getan haben, sondern jubeln dem Kabinette Giolittis, das den schwersten Rechtsbruch in diesen Tagen des internationalen Rechtsfortschrittes vollbracht hat, beifällig zu.

Unser alter bewährter Freund Moneta, der sich einst der von der Regierung angefachten Volksleidenschaft entgegenstellte, als die Absicht bestand, nach Adua den abessynischen Feldzug fortzusetzen, spricht im Leitartikel der erwähnten Nummer der „Vita Internazionale" von der „Gerechtigkeit unserer Sache" und davon, daß „die Energie und Raschheit der Aktion, die die Regierung an den Tag legt, Lobspruch verdienen." Er drückte die Ueberzeugung aus, daß die Ursachen der Niederlagen, die nach Custozza und Lissa geführt haben, heute nicht mehr bestehen und daß der Sieg Italiens unausbleiblich sei. „Mein lebhafter Wunsch ist es, daß der Krieg kurz sei und die Opfer nur gering sein mögen; daß angesichts der Sympathieen, deren sich Italien erfreut und der Legitimität seiner Ansprüche (!!), im Hinblick darauf, daß es eine schwere Gefahr für Europa sein würde, wenn der Krieg nicht beschränkt bleibe, sondern zuerst am Balkan und dann am übrigen Kontinent aufloderte, ist es ziemlich wahrscheinlich, daß irgendwelche Großmächte, und vor allem Deutschland, dazwischen treten werden, um auf die Türkei einen Druck auszuüben und so schnell dem Kriege ein Ende zu machen. Ich wünsche, daß es nur wenig Opfer gebe. Aber ob viel oder wenig (!!), Italien wird die Pflicht haben, die Kinder der Opfer als seine eigenen zu adoptieren und für das Schicksal der Invaliden wie der Soldaten in weniger geizigem Maße vorzusorgen, als dies heute unsere Gesetze zulassen."

Ist das Pazifismus? — Ist das nicht die unumwundene Billigung des Krieges, und die liebenswürdige Bemühung ihn abzukürzen und seine Wunden zu heilen; jene Rote-Kreuz-Politik unserer heftigsten Gegner? Und ist das wirklich Moneta, der hier von der „gerechten Sache (!!) Italiens" spricht, wo das Unrecht zum Himmel schreit?!

In einem anderen Artikel stürzt Mario Marinoni das gesamte moderne Völkerrecht zugunsten Italiens um und sucht den italienischen Rechtsbruch zu rechtfertigen, und Angelo de Gubernatis veröffentlicht einen Artikel, in dem er den Krieg zwar bedauert und die kriegerische Methode verwirft, die Haltung Italiens aber als eine Notwendigkeit darstellt, die nicht zu umgehen war. Bernardo Montani schreibt einen Artikel über „Die Notwendigkeit (!) des Unternehmens" und Dottalevi, der bereits in Bern einen Standpunkt vertreten hat, den die übrigen anwesenden Pazifisten nicht zu teilen vermochten, entwickelt diesen des weiteren in einem „Während die Kanonen sprechen" betitelten Artikel.

Nirgends ist in dieser Nummer eines Pazifistenorgans etwas von einem Protest zu lesen, nirgends wird der Vorwurf erhoben, daß Italien die mühevolle Entwickelung des Haager Werkes geschädigt hat, indem es die in den Haager Abmachungen getroffenen Bestimmungen in ungenierter Weise unberücksichtigt ließ. Hingegen finden wir eine vom 3. Oktober datierte Beifallsdepesche Monetas an den Minister des Aeußeren San Giuliano, abgedruckt, die folgenden Wortlaut hat:

„Indem ich Ihrer energischen Aktion und deren bewundernswerter diplomatischer Vorbereitung, wie diese aus den heutigen Zeitungen hervorgeht, meinen Beifall spende, ersehne ich das baldigste Ende des Konfliktes und den Triumph des guten Rechtes Italiens. Moneta.

Das gute Recht Italiens!

Unsere italienischen Freunde huldigen, wie man sieht, dem Grundsatz „Right or wrong, my country! Sie werden dadurch bei den Chauvinisten aller Länder Beifall finden. Wir anderen Pazifisten werden uns darauf beschränken müssen, die Zeit abzuwarten, wo unsere Freunde in Italien wieder den richtigen Weg wandeln werden. Bis dahin werden wir von unseren italienischen Freunden getrennt marschieren müssen. F.

Rundschreiben des Berner Internationalen Friedensbureaus an die Vertragsstaaten der Haager Abkommen.

Das Berner Internationale Friedensbureau hat im Hinblick auf die Tripolisaktion Italiens nachstehende Denkschrift an alle Haager Vertragsstaaten gerichtet:

Herr Minister!

Die Ereignisse, die soeben Europa verwirren, haben die öffentliche Meinung auf das tiefste erschüttert und haben den verhängnisvollsten Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Nationen genommen. Indem wir Ihre ernste Aufmerksamkeit auf die Enttäuschung und die berechtigte Unzufriedenheit der breiten Volksmassen lenken, die mit Recht der Ansicht sind, daß die Regierungen in diesem ernsten Augenblick nicht ihre volle Pflicht erfüllt haben, sind wir die Interpreten aller jener, die dahin streben, zwischen den Völkern einen stabilen und endgültigen Frieden herrschen zu sehen.

Es scheint, daß sich die Regierungen nicht Rechenschaft darüber ablegen, daß, seitdem sie an den beiden Friedenskonferenzen im Haag teilgenommen haben, in den internationalen Beziehungen eine neue Aera eröffnet wurde. Feierlich haben die Regierungen damals anerkannt, daß für sie die Aera der Gerechtigkeit und Solidarität an-

gebrochen sei. In der Einleitung des Abkommens, das sich auf die friedliche Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten bezieht, haben sie in der Tat erklärt, daß sie von nun ab entschlossen seien, „mit allen ihren Kräften die freundschaftliche Beilegung internationaler Konflikte zu begünstigen" und daß sie „das Reich des Rechtes ausdehnen und das internationale Gerechtigkeitsgefühl stärken" wollen. Außerdem erkannten sie „die Solidarität, die die Mitglieder der Gesellschaft der Kulturnationen einigt", an.

Die in Algeciras vereinigte Konferenz ist deshalb von denjenigen, die an die Möglichkeit eines stabilen und endgültigen Friedens glauben, als ein erster und bemerkenswerter Schritt in der im Jahre 1899 gesteckten Bahn begrüßt worden. Die von Deutschland und Frankreich gegebenen Erklärungen, der Billigung der mit ihnen in Algeciras vertretenen Mächte jene Konvention zu unterwerfen, über die sie gegenwärtig verhandeln, bildet eine neue und feierliche Ehrenbezeugung vor dem Grundsatz der Solidarität zwischen den Völkern.

Mit schmerzlichem Erstaunen haben wir daher gesehen, wie eine Regierung nach der anderen ihre Interesselosigkeit über den zwischen Italien und der Türkei entbrannten Konflikt an den Tag legte. Ohne die Wichtigkeit der Beschwerden zu bewerten, die zur Rechtfertigung des unerwarteten und plötzlichen Ultimatums angeführt wurden, das den Feindseligkeiten voranging, scheint es uns, daß die italienische Regierung sich schwer gegen ihre Verpflichtungen vergangen hat, als sie so handelte, wie sie es tat. Wir glauben, daß es die Pflicht der Regierungen gewesen wäre, der Regierung Italiens in Erinnerung zu bringen, daß sie die anläßlich der beiden Friedenskonferenzen von ihr selbst unterschriebenen Verpflichtungen verletzt habe.

Auf der einen Seite gehören die wenigen von der italienischen Regierung vorgebrachten Beschwerden offensichtlich in das Gebiet der Schiedsgerichtsbarkeit, und vor irgendeiner Kriegshandlung wäre es zumindest nötig gewesen, daß die türkische Regierung sich geweigert hätte, diese Beschwerden der Beurteilung durch ein Schiedsgericht zu unterwerfen. Auf der anderen Seite wäre, wenn die italienische Regierung glaubte, daß die türkische Regierung in Tripolis die öffentliche Sicherheit nicht schütze, und daß sie gegenüber den Fremden, die sich in diesem Lande ansiedeln wollten, unkorrekte Verfahren einschlage, der Weg einer internationalen Konferenz vollständig angezeigt gewesen. Gerade im Hinblick auf das, was sich unter ganz anders schwierigen Umständen und bezüglich eines Landes von ganz anderer wirtschaftlicher Bedeutung in Algeciras zugetragen hat. Die Regierungen hatten das Recht, zu fordern, daß sich die Türkei und Italien einem Verfahren unterwerfen, das Frankreich und Deutschland anerkannt hatten.

In unserer Zeit schändet sich ein Volk, wenn es sich seinen Verpflichtungen entzieht. Und dies ist fast das übereinstimmende Empfinden der öffentlichen Meinung gewesen. Italien hätte in gesetzmäßiger und friedlicher Weise die Genugtuungen erreichen können, auf die es ein Recht zu haben behauptete. Indem es unter gefahrlosen und ruhmlosen Bedingungen zur Gewalt griff, hat es sich selbst Gerechtigkeit widerfahren lassen, ist es in seiner eigenen Sache gleichzeitig Richter und Gendarm gewesen, hat es nicht mit all seinen Kräften die freundschaftliche Beilegung des internationalen Konfliktes, in den es verwickelt war, begünstigt, hat es die Herrschaft des Rechtes beschränkt, aufs tiefste das internationale Rechtsempfinden gekränkt und der Solidarität, die die Mitglieder der Gesellschaft der Kulturnationen einigt, keinerlei Rechnung getragen.

Nicht der Stimme der Oeffentlichkeit fällt es zu, die Enttäuschung und Unzufriedenheit der Völker zum Ausdruck zu bringen, wohl aber den Regierungen ziemt es, in einem Kollektivprotest solidarisch geeinigt dieser Unzufriedenheit und Enttäuschung eine offizielle Weihe zu geben.

Wir anerkennen, daß mindestens eine Regierung ihre Vermittlung angetragen hat und dazu beitrug, das Feld der Feindseligkeiten zu begrenzen. Aber es ist angebracht, zu einer Kollektivvermittlung Zuflucht zu nehmen. Der Appell der Regierungen muß einstimmig sein und derart, daß der den internationalen Frieden störenden Regierung die Waffen aus den Händen fallen und sie verpflichten, sich vor dem Recht zu beugen.

Wir richten unsere dringendste Bitte an Ihre Regierung, ebenso wie an alle Regierungen der Signatarmächte der Haager Akte von 1899 und 1907, damit bei der Regierung Italiens ein gemeinsamer Schritt gemacht werde, der Zeugnis ablege für den Wunsch der Völker, fortan auf das gewissenhafteste die Achtung der Verträge und „der Grundsätze der Billigkeit und des Rechts, auf denen die Sicherheit der Staaten und der Wohlstand der Völker beruhen", zu sichern.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung unserer ausgezeichnetsten Hochachtung.

Für das Internationale Friedensbureau:

Der Generalsekretär: A. Gobat. Der Präsident: H. La Fontaine.

Der sozialdemokratische Parteitag in Jena.

Von Elsbeth Friedrichs, Jena.

Zum zweiten Male schon wurde der Parteitag in den prachtvollen Räumen des Jenaer Volkshauses abgehalten — so hat es der Stifter des Hauses, Ernst Abbe, gewollt —; für solche Veranstaltungen, ohne Unterschied der politischen oder konfessionellen Richtung, hat er seine Hallen erbaut. Zum zweiten Male nach sechs Jahren, und — mit Genugtuung wurde es festgestellt — die Partei ist größer geworden seitdem, nicht nur an Zahl ihrer Mitglieder, sondern namentlich dem inneren Ausbau und der Einheit und der Festigkeit des gemeinsamen Strebens nach. In der Tat, ein gewaltiger Organismus voll Leben und Kraft war es, der während einer Woche, vom 10. bis 17. September, in je achtstündiger Arbeitszeit seine Funktionen erfüllte. 338 Delegierte, darunter 33 Frauen und 36 Reichstagsabgeordnete, bildeten den Kongreß. Außerdem war das europäische Ausland durch zahlreiche Abgesandte vertreten. Jede einzelne Begrüßungsansprache dieser fremden Gäste gipfelte in dem einen Gedanken der Gemeinsamkeit der Kulturaufgaben, der Einheit über Grenzpfähle und künstlich geschaffene nationale Gegensätze hinaus, in dem Grundsatz: „Die internationale Sozialdemokratie hat den Kampf zu führen gegen den Imperialismus im Interesse des Weltfriedens." Der Abgesandte Serbiens und Bosniens sagte: „Wir haben nur einen Beschützer in der Welt, das ist der prinzipielle Gegner jeder Kolonialpolitik und Unterdrückung, das sozialistisch geschulte internationale Proletariat!" und: „Je kriegslustiger unsere Patrioten und Nationalisten, desto revolutionslustiger sind wir!"

So tagte der Kongreß unter dem Zeichen des pazifistischen Gestirns, und so gestaltete er sich im Verlaufe zu einer sich steigernden, glänzenden Friedensdemonstration. Und die wogende Menschenmenge auf den Tribünen stimmte ein mit tausend Händen und mit wiederholtem, einstimmigem Bravo! Wer die Sozialdemokratie in ihrer Arbeitsweise einigermaßen verfolgt hat, der lernte sie auf diesem Parteitage von einer ganz neuen Seite kennen, von einer pazifistischen Seite. Zwar schließt bekanntlich das Erfurter Programm seit langen Jahren die Paragraphen ein: „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere", „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung", „Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege", — doch bilden dieselben als Konsequenz der sozialistischen Staatsauffassung nur Glieder in der Entwicklungskette. Jetzt standen sie im Vordergrund, zogen sich als Leitmotiv durch die gesamten Verhandlungen, und wenn man daran denkt, daß sich dieses aus dem Marokkotrubel emporgetauchte Leitmotiv fortpflanzt von Gruppe zu Gruppe durch das gesamte organisierte europäische Proletariat, so sieht man einen Sturmlauf der Massen sich vorbereiten, der die alte Marsfeste in Europa doch vielleicht ein wenig zu erschüttern vermögen wird.

Dreimal hat Bebel geredet, mit der Ruhe und Ueberlegung des hochbetagten Mannes, mit dem Weit- und Tiefblick des erfahrenen Parlamentariers und mit dem sittlichen Ernst des Kulturführers. Er hat den Imperialismus unserer Zeit wachsen sehen zu einer nahezu inkommensurabelen Größe. Er stellte ihn dar als die fort und fort wachsende Macht und als Ursache allen Verderbens. Die letztvergangenen Wirren behandelte Bebel als typisches Beispiel dafür in seiner etwa zweistündigen Marokkorede. Und das Resultat dieser Marokkoaffäre, das beabsichtigte Resultat? Es ist wiederum Stärkung der Macht, es ist Aufrüstung anstatt Abrüstung in immer schnellerem Tempo der Katastrophe entgegen. Es gibt Mittel dagegen. Nicht der Massenstreik ist es, den die Partei, die deutsche Partei schon vor Jahren auf dem internationalen Stuttgarter Kongreß, abgelehnt hat, er ist nichts als eine phantastische Vorstellung, denn das Volk schreit nach Arbeit, nach Brot und nicht nach dem Massenstreik, wenn ein beginnender Krieg Millionen von Arbeiterfamilien der Hungersnot preisgibt. Dem Ameisenfleiß der Genossen ist es vorbehalten, den Feind zu bekämpfen, dem Ameisenfleiß der Genossen, der um sich greift weiter und weiter, die Massen aufklärt und zur Mitarbeit gewinnt, ohne Säumen und unausgesetzt. Denn der Feind ist schließlich nur eine Minderheit im Staate, wenn auch von ungeheurer Macht. Ihr Mittel heißt, Kriegsgefahr zu schaffen, und dieses Mittel versagt, sobald das Volk nicht mehr daran glaubt, wenn die Kriegshetzereien abprallen an der Aufgeklärtheit der Massen. Darum sei diese Aufklärungsarbeit mit allen anständigen Mitteln die Parole! Für das siegreiche Weiterdringen der Sozialdemokratie ist jetzt die aktive Friedensarbeit eine conditio sine qua non. Daß Bebel ein sehr guter Redner ist, weiß alle Welt, aber diese Rede weckte einen Wiederhall ohnegleichen. Die da zuhörten, das waren zumeist im Kampfe erfahrene Agitatoren und Führer, deren jeder eine zur Arbeit bereite Masse vertrat.

Da mag noch manches zu erwarten sein, und — man darf es behaupten — die Sozialdemokratie steht noch in ihrer Jugend, da ist noch nichts überlebtes, da ist noch Elastizität und Kraft. Wenn eine, so ist es die aktive Friedensarbeit, die der Partei zahlreiche Freunde und Helfer gewinnen wird, denn diese trifft nicht allein das Bedürfnis der Arbeiter, sie berührt die zurzeit lebendigste Sehnsucht im Herzen auch der

Bürgerschaft. Wieder hat die gegnerische Tagespresse ihre Verleumdungsarbeit getan. Wer nach je einem Verhandlungstage im Zeitungssaal des Volkshauses die Blätter las, der mußte sich angesichts dieser entstellenden Berichte vor den Kopf schlagen und fragen: „Ist das Wahnsinn oder verstehe ich nicht zu lesen?" Nun, vielleicht wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo auch dieser längst gewohnten Berichterstattung nicht mehr geglaubt wird, weil die Aufklärungsarbeit das Urteil schärft.

In den Tagesblättern war viel die Rede von einem Streit zwischen den Genossen, der innerhalb der ersten Verhandlungstage mit mehr oder weniger heftiger Erregung ausgefochten wurde. Wie üblich, haben die meisten Berichte die äußeren Merkmale dieses Streites zum Gegenstand ihrer Darstellung gemacht und die Ursache verschwiegen. Diese Ursache bestand in einem Vorwurf, den eine Anzahl besonders aggressiver Genossen und Genossinnen dem Vorstand gegenüber erhoben hatte. Der Vorstand wurde einer Saumseligkeit beschuldigt in der Veranstaltung von Friedensdemonstrationen und ähnlicher notwendiger Veranstaltungen während der Kriegsgefahr. Ob persönliche Animosität dabei eine Rolle spielte, gehört nicht zur Sache. Für uns Friedensfreunde hat nur diese Sache Interesse. Ansicht stand gegen Ansicht. Hatte die eine es für durchaus geboten erachtet, daß das internationale Bureau in den ersten Julitagen sofort zusammentrat, um in den Tagen der Gefahr alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu ergreifen, um der Kriegshetzerei entgegenzutreten, die Einberufung des Reichstages zu fordern usw., so hatten die ruhigeren und vielleicht auch weiterblickenden Elemente den Augenblick der Agitationsnotwendigkeit in jenen Tagen noch nicht für gekommen erachtet und die Agitation hinausgeschoben. Jedenfalls war die öffentliche Kontroverse darüber reich an orientierenden und klärenden Punkten. Ein Wort Dr. Liebknechts aus dieser Debatte möge hier angeführt sein. Er sagte: „. . . . . Die Debatte hat gezeigt, daß trotz der begangenen Fehler die deutsche Partei und die Gewerkschaften noch niemals so geschlossen und so einig waren wie jetzt. Das sollten sich unsere Gegner gesagt sein lassen. Wir stellen fest, daß das deutsche Proletariat wie ein Mann zu einer machtvollen Aktion gegen die Kriegshetzer geschlossen steht. . . . ."

Auch die Amendements, die nach Schluß der Marokkorede zu Bebels Resolution vorgeschlagen und eifrig befürwortet wurden, bewiesen die Heftigkeit der Entrüstung der Genossen über gewisse durch den kriegerischen Geist herbeigeführte Verbrechen, wie die Unterjochung halb oder ganz barbarischer Völker, ja die Ausrottung derselben und die Ausbeutung der Eingeborenen. Schließlich wurde ein Passus gegen das unter dem Vorwand der Friedenssicherung betriebene Wettrüsten dringend empfohlen. Die Amendements wurden abgelehnt, und die Resolution blieb, außer einem kleinen von Bebel selbst gemachten Zusatz, wie sie war. Die Rede über die Reichstagswahlen brachte an Punkten, die uns interessieren folgendes:

Wir stehen in der Zeit der Wahlen. Diese Tatsache war eine der Hauptursachen der planmäßig betriebenen Kriegshetzereien. Man muß dem Volke die Kriegsgefahr zeigen, um neue Flottenvorlagen zu rechtfertigen. Denn kommen wird die neue Vorlage, das ist ganz sicher! Sie wird neue Steuern, neue Zölle, neue Auslandskolonisationsprojekte wecken, sie wird die Hungersnot bringen, während bei planmäßigen Innenkolonisation kein Notleidender in Deutschland zu sein brauchte. „Ich habe auf Grund meiner Studien über die landwirtschaftlichen Verhältnisse", sagte Bebel, „die Ueberzeugung gewonnen, wenn alle Errungenschaften der modernen Agronomie auf das Land, den Landbau, die Landausnutzung angewendet werden, dann ist Deutschland imstande, auf eigenem Grund und Boden 100 Millionen Menschen zu ernähren . . . . . und da sollen wir jetzt nach Marokko gehen! . . . . ."

Bebel und Genossen hätten nun freilich alle diese Wahrheiten längst haben können, wenn sie sich um die Arbeit der Friedensfreunde gekümmert hätten. Gerade zum letzten Punkt haben diese Blätter des öfteren Analogien gebracht*). Aber Arbeitsfrüchte, die nicht in ihrem Garten gereift sind, pflegt die Partei nicht anzuerkennen. „Wir haben die Friedensarbeit längst auf unserem Programm," hieß es, so oft man an einen Genossen mit der Aufforderung herantrat, an dieser oder jener einzelnen Friedensarbeit teilzunehmen. Von jetzt an wird man sich vielleicht auf dem Gebiete wiederholt begegnen, wie man sich von beiden Seiten zur gemeinsamen Arbeit stellen wird, inwieweit man Rücksichten der Sache voransetzt, das wird die Zukunft lehren. Schnell gehen bei den Sozialdemokraten die Ausführungen aus den Theorien hervor, sie haben auch diese nationale Eigenschaft der Grübelei abgestreift, und es heißt bei ihnen: „Gesagt, getan." So ist denn auch die Friedensarbeit innerhalb des großen Organismus sogleich spezialisiert und unter die verschiedenen Organe verteilt worden. Wie Pilze schossen Anträge und Vorschläge hervor. Da kam im Anschluß an die Wahlrede Eduard Bernstein und forderte eine Broschüre, die den Genossen in England und Deutschland gründliche Aufklärung darüber geben soll, daß beide Nationen ihr Interesse nur durch den Frieden wahrnehmen können usw., da die neuerliche gegenseitige Hetzerei bestimmt zu erwarten ist, so muß die Broschüre

*) Friedenswarte, Heft 8/9, S. 264: Deutsche Platzangst.

sofort in Angriff genommen werden. — Angenommen! — Die Zentrale für die arbeitende Jugend wurde mit Instruktionen versehen zu einer planmäßigen Gegenwirkung den bekannten von der Regierung diktierten Militarisierungsversuchen gegenüber. Es wurden ständige Diskussionsabende zur Belehrung der Massen beschlossen. Korporative Auslandsreisen im Dienste der Friedensstiftung wurden ins Auge gefaßt. Das internationale Bureau sowie der Vorstand haben sich gerüstet zu halten auch für den plötzlichen Kriegsfall aus heiterem Himmel. Die Presse soll die Friedensarbeit planmäßig und dauernd betreiben.

Das und noch mehr sind die positiven Ergebnisse des Jenaer Parteitages, soweit sie für den Pazifismus Bedeutung haben. Wird auch nur die Hälfte von dem erfüllt, so ist schlechterdings nicht einzusehen, warum zwei ganz gleiche Bestrebungen dauernd in der Vereinzelung verfolgt werden sollen, warum nicht wenigstens irgendeine Verbindung — sei es auch vorläufig nur durch den Austausch der Berichterstattung — eingeleitet werden könnte. Wieviele Arbeiten z. B. könnten schon gemeinsam geleistet werden für die bevorstehende Haager Konferenz. Gar nicht hoch genug anzuschlagen scheint mir der Nutzen für unsere Sache, der durch gewisse gemeinsam betriebene Agitationen für den genannten Zweck herbeigeführt werden könnte, vorausgesetzt, daß es uns gelingt, aus der Verzettelung heraus und in eine große, bis ins kleinste fest gefügte nationale und internationale Organisation hineinzukommen, völlig einig zu werden im Hinblick auf unsere Aufgabe, die sich immer schwieriger zu gestalten scheint. Von der Sozialdemokratie können wir das lernen. Sie ist die einzige, fest gefügte internationale Partei.

Die deutsche Burschenschaft und die internationale Verständigung.

Bekanntlich gehört die deutsche Burschenschaft zu den größten deutschen Studentenverbänden, die namentlich in allgemein studentischen und politischen Fragen stets tonangebend gewesen ist. Gelingt es daher, die burschenschaftlichen Kreise für die internationale Verständigung zu gewinnen, so ist das ein gewaltiger Vorteil, und zwar namentlich auch deshalb, weil die deutsche Burschenschaft korporatives Mitglied des alldeutschen Verbandes ist. Es dürfte nun eigentlich selbstverständlich sein, daß die deutsche Burschenschaft, die in allen politischen Fragen neutral ist und lediglich den Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland" auf ihre Fahnen geschrieben hat, auch dem Verbande beitreten wird, der eigentlich der Gegenpol zu dem alldeutschen Verbande ist, nämlich dem unter dem Vorsitze Geheimrats v. Ullmann stehenden „Verbande für internationale Verständigung". Gerade dem letzteren müßte die deutsche Burschenschaft viel eher angehören, weil er durchaus nicht so radikal einseitig ein Prinzip auf die Spitze treibt wie die Alldeutschen, die sich schon vielfach wegen ihres Chauvinismus lächerlich gemacht und noch zuletzt anläßlich der Mannesmann-Affäre eine scharfe Zurückweisung durch den Reichskanzler erhalten haben. Dem vornehmen Standpunkte der deutschen Burschenschaft dürfte es eigentlich kaum entsprechen, Mitglied eines so geräuschvollen Bundes wie der alldeutschen Partei zu sein. Schließt sich also die deutsche Burschenschaft dem alldeutschen Verbande an, der im Grunde ein Prinzip vertritt, das zu der Grundanschauung der Burschenschaft nicht paßt — nämlich den Chauvinismus —, wieviel mehr muß sie einer Vereinigung beitreten, die in zurückhaltender, das Wohl des Vaterlandes im Auge behaltender Weise die friedliche Verständigung der Völker befürwortet.

Wer das Organ der deutschen Burschenschaft, die von dem bekannten nationalliberalen Politiker Dr. Hugo Böttger trefflich geleiteten „Burschenschaftlichen Blätter" (Verlag Karl Heymanns, Berlin) in den letzten Jahren verfolgte, durfte zu seiner Befriedigung feststellen, daß sich in diesen Blättern ein Chauvinismus so gut wie gar nicht breit macht, und daß solchen Artikeln, die für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten, gerne Aufnahme gewährt wird. Wie könnte dies auch anders sein, da die deutsche Burschenschaft viele Pazifisten zu den ihrigen zählt. Männer wie Exzellenz Laband, Professor Eickhoff und Professor Nippold sind alte Burschenschafter.

Gerade in jüngster Zeit sind nun einige wesentliche Fortschritte zu verzeichnen, die den trefflichen Geist der deutschen Burschenschaft glänzend dartun. Zunächst hat eine der ältesten deutschen Burschenschaften zu dem § 2 ihrer Satzungen, der lautet:

> „Die Burschenschaft macht es sich zur Aufgabe, in ihren Mitgliedern reges Interesse für alle Verhältnisse des deutschen Vaterlandes zu wecken und zur unbedingten Pflicht, dem deutschen Vaterlande alle Kräfte zu weihen".

folgenden hochbedeutensamen Zusatz angenommen:

> „Sie hält auch eine Beschäftigung mit den auf eine internationale Verständigung der Völker zielenden Bestrebungen für wünschenswert, soweit sie dem Vaterlande zum Nutzen gereichen."

Bemerkenswert ist, daß dieser Antrag in dreifacher Lesung und einstimmig angenommen worden ist.

Braucht man zu zweifeln, daß die anderen Burschenschaften diesem Beispiele über kurz oder lang folgen werden? Schon lesen wir in einer neuen Nummer der „Burschenschaftlichen Blätter", daß in der Burschenschaft Alemannia-Bonn, die als Führerin der deutschen Burschenschaft eine geradezu historische Bedeutung hat, in dem Sommersemester 1911 ein Vortrag über „die moderne Friedensbewegung, insbesondere das internationale Schiedsgerichtswesen" gehalten worden ist. Der Redner war Professor Flex, Vorsitzender des Denkmalsausschusses der deutschen Burschenschaft.

Hervorgehoben sei auch ein Artikel aus den „Burschenschaftlichen Blättern" vom 1. September 1911, in dem ein in Amerika wohnender Burschenschafter mit Begeisterung für die Schiedsgerichtsidee eintritt.

Platzangst.

Von O. Umfrid, Stuttgart.

„Man kann uns doch den Platz an der Sonne nicht streitig machen." Diese Phrase ist während der Marokkokrise wieder unzähligemal von Bierbankpolitikern und Leitartikelschreibern nachgesprochen und nachgeschrieben worden. Liegt der Phrase im Kern Wahrheit zugrunde oder ist sie als völlig inhaltslos zurückzuweisen? Franz Oppenheimer versucht den auf den ersten Blick bestechenden Nachweis ihrer Sinnlosigkeit zu erbringen. „Nicht die Erde ist zu klein für die Zahl der Menschen", sagt er, „sondern die Zahl der Menschen ist zu klein für die Erde." Deutschland ist allerdings relativ dicht bevölkert, 120 Menschen kommen bei uns auf den Quadratkilometer. Und dennoch haben wir so viel agrarisches Nutzland, daß, wenn dasselbe gleichmäßig unter die landwirtschaftliche Bevölkerung verteilt würde, zehn Hektar auf die Familie kämen, während schon fünf Hektar vollauf genügten, um die Familie zu erhalten und ihr noch die Möglichkeit eines rentablen Geschäftsbetriebes zu verschaffen. Wir könnten also nach Oppenheimer doppelt soviel Menschen mit ausreichendem Landbesitz ausstatten als heute, nämlich 34 statt 17 Millionen. Der Grundbesitz in Deutschland ist nun freilich sehr ungleich verteilt: 25 000 Latifundien sind in den Händen der Großgrundbesitzer, man müßte also, wenn man das arme Bauernvolk mit genügendem Landbesitz ausstatten wollte, innere Eroberung — oder sagen wir lieber — innere Kolonisation betreiben und den Großgrundbesitz in niedliche Rentengüter zerschlagen, dann aber wäre nach Oppenheimer die Sorge für Generationen gebannt.

Wir erlauben uns, anderer Ansicht zu sein. Ganz abgesehen von den großen Schwierigkeiten, die einer Zerschlagung des Großgrundbesitzes entgegenstehen, so würde doch nach Oppenheimer nur der landwirtschaftliche Teil der Bevölkerung besser versorgt als dies heute der Fall ist, die Industriearbeiter aber würden nach wie vor das prekäre Dasein des Vogels auf dem Zweig führen, das sie heute führen, und die Ernährung des Gesamtvolkes bliebe nach wie vor das gleich schwierige bis heute nicht genügend gelöste Problem. In dem von Max Henning herausgegebenen „Freien Wort" finden wir in einem mit H. v. L. gezeichneten Aufsatz über „Marokko und das deutsche Volk" die bemerkenswerte Stelle: „Deutschland nimmt gegenwärtig jährlich um etwa 800000 Menschen zu; in den 40 Jahren seit 1871 betrug der Zuwachs etwa 25 Millionen, in den nächsten 40 Jahren wird er etwa 30 Millionen betragen. Diese 30 Millionen bringen wir in Deutschland nicht mehr unter, und selbst wenn es mit diesen 30 Millionen noch ginge, wird es jedenfalls mit den nächsten 30 Millionen nicht mehr gehen. 80 Jahre sind im Völkerleben keine große Spanne Zeit. Wir stehen entweder vor der Wahl, den Ueberschuß, wie in früheren Zeiten, als Völkerdünger an andere Länder abzugeben oder unsern Kindern Neuland zu schaffen. Ein russischer Staatsmann hat einmal gesagt, die wichtigste europäische Frage sei die deutsche; Deutschland gleiche einem Dampfkessel ohne Ventil, der einmal platzen müsse. . . ."

Wenn nun auch Oppenheimer damit Recht behalten sollte, daß man die landwirtschaftliche Bevölkerung noch auf zwei Generationen mit genügendem Landbesitz versorgen könnte, so fängt doch der Platzmangel bei der dritten Generation schon wieder an, und unsere Industriearbeiter sind als eine allen Zufälligkeiten der Weltkonjunktur ausgesetzte Reservearmee nach wie vor in Gefahr, dem Hunger zu verfallen und zu einer Geißel der besitzenden Klasse zu werden. Das sieht freilich bei der gegenwärtigen immer noch relativ günstigen Handelsbilanz nicht so aus. Die heute noch steigende Wirtschaftstendenz der europäischen Industriestaaten kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß eines Tages — nach Industrialisierung sämtlicher Kulturstaaten, einschließlich Chinas und Südamerikas — die Märkte auf ein Minimum zusammenschrumpfen werden. Die Zeit wird ganz sicher einmal kommen, wo sämtliche Kulturländer ihren Bedarf an Fabrikaten in der Hauptsache selbst zu decken imstande sein werden, während von den unkultivierten Negern, Botokuden und Südseeinsulanern eine viel zu geringe Nachfrage ausgehen wird, als daß darauf eine Handelsbilanz aufzubauen wäre. Dann werden unsere Industriewaren im Ausland keinen ge-

nügenden Absatz mehr finden, und wir werden kein Geld mehr haben, um das Getreide, das wir zur Ernährung unserer stets wachsenden Bevölkerung einführen müssen, zahlen zu können. Heute schon muß in Deutschland das gewaltige Quantum von 2 487 000 Tonnen Getreide eingeführt werden, um einen Durchschnittspreis von jährlich 385 060 000 M. In 80 Jahren dürfte sich diese Summe verdreifacht haben, so daß wir jährlich etwa mit einer Milliardenausgabe für unser tägliches Brot werden rechnen müssen. Daher ist die deutsche Platzangst nicht unberechtigt und das Streben deutscher Politiker nach überseeischen Gebieten nicht verfehlt. Verfehlt ist nur die Meinung, daß man bei der Gewinnung dieser Gebiete erobernd vorgehen müsse, statt daß man sich auf die Möglichkeit friedlicher Kolonisation oder Ansiedlung besinnen würde, ganz abgesehen davon, daß z. B. die von unseren Alldeutschen empfohlene Eroberung Westmarokkos an dem Gesamtbild nichts wesentliches geändert hätte.

Daß ich mit meiner pessimistischen Auffassung bezüglich des Weltmarktes nicht allein stehe, dafür mögen folgende Zitate den Beleg erbringen. Dr. Losch sagt in seinem interessanten Buch „Nationale Produktion und Berufsgliederung“: „Niemandem kann verborgen bleiben, daß die Ernährung die wichtigste ökonomische Grundlage für den Einzelnen wie für das ganze Volk ist. Die Mehrzahl des Volkes muß mindestens 50 % des Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden. In demselben Augenblick, wo ein zunehmender Prozentsatz eines Volkes nicht mehr durch Nahrungsmittelproduktion des Inlandes ernährt werden kann, wird die innere und äußere Politik dieses Volkes verwickelt und kritisch. . . Wenn in Amerika die eigene Industrie genügend erstarkt ist, finden die europäischen Waren keinen nennenswerten Absatz mehr; ja Amerika tritt selbst in dem noch übrigen Teil des Weltmarktes als Verkäufer auf. Dann haben wir kein Geld, um Brot für unsere Industriearbeiter einzutauschen. . . Niemand vermag in Abrede zu ziehen, daß der Bedarf an notwendigen Nahrungsmitteln für ein Volk so unerbittlich notwendig ist, daß man überhaupt nur in zwei Fällen völlig ruhig sein kann: entweder müssen jene Waren in ihrer ganzen Menge im Inland erzeugt oder müssen sie aus Quellen entnommen sein, deren Offenhaltung . . . uns garantiert ist.*) Ein dritter Zustand führt auf die Dauer den Ruin jedes Volkes herbei. . . Die Ahnung ist berechtigt, daß das Deutsche Reich ebenso wie die anderen industriell entwickelten Europastaaten in dem Augenblick vor Bürgerkriegen, d. h. vor der Selbstauflösung, stehen, wo für die überschießenden Industriewaren kein Absatz mehr auf diesem Planeten vorhanden, wo also auch keine Kaufkraft mehr für die zu importierenden Lebensmittel da ist, und doch auch keine Vorkehrungen getroffen sind, um das angeschwollene industrielle Proletariat in andere Berufszweige abzuführen. Die tobende Menge wendet sich dann in blinder Opposition gegen die eigene Staatsvertretung, und die Selbstvernichtung beginnt, wie man sie im Laufe der Völkergeschichte ja schon so oft beobachten konnte!“

*) Ich zitiere dem Sinne nach.

Der berühmte Nationalökonom Rudolf Mayer aber spricht geradezu von der bevorstehenden Verarmung Europas. „Ich sehe voraus“, schreibt dieser deutsche Soziologe, „daß der Kolonialmarkt für europäische Waren sich zusammenzieht, ja daß er zum großen Teil verloren gehen wird. Verliert Europa an Markt für die Waren, welche seine Bevölkerung produziert, so muß es verarmen, so muß auch seine wirtschaftliche Organisation sich ändern, weil dann der sinkende Preis der Waren nicht mehr Lohn, Unternehmergewinn und Kapitalzins abwirft. Das ganze außerrussische Europa leidet an chronischem Lebensmitteldefizit. . .“

Sollte man R. Mayer als Nationalisten für voreingenommen erklären, so bin ich in der Lage, einen für Friedensfreunde ganz unverdächtigen Zeugen, Andrew Carnegie, als Eideshelfer aufzurufen. In seiner Schrift „Amerika, ein Triumph der Demokratie“, führt er uns Dinge zu Gemüt, die auch den phlegmatischsten Pflastertreter aufrütteln könnten. „Dieser gewaltige täglich wachsende Export an Nahrungsmitteln nach Europa“, sagt er S. 185/86, „muß ernste Gedanken bezüglich der Zukunft erwecken. Die Bevölkerung der alten Welt nimmt in ungeahntem Maße zu, ohne daß zugleich die bebaute Fläche oder deren Produktivität wüchse. Die 172 Millionen, welche Europa zu Anfang dieses Jahrhunderts beherbergte, haben sich zu 312 Millionen vermehrt — ein Zuwachs, der in der Geschichte der alten Welt beispiellos dasteht. Schon kann die Nahrungsmittelproduktion mit dem Konsum nicht mehr gleichen Schritt halten; ohne die Hilfe Nordamerikas und anderer Länder wären wirtschaftliche Krisen unvermeidlich gewesen. So beträgt das jährliche Plus des Bedarfes an Getreide in Europa ca. 134 Millionen Hektoliter, das an Fleisch 853 000 Tonnen. Schon jetzt ist es also auf auswärtige Hilfe, vor allem von seiten Nordamerikas angewiesen, um diesen Ausfall zu decken, und wird mit zunehmender Bevölkerung in ein festes Abhängigkeitsverhältnis zu ihm treten müssen.“

Von welcher Seite man die Sache betrachten mag, so ergibt sich, daß die Westeuropäer, besonders aber die Deutschen, dem Gesetze der Trägheit folgend, zu seßhaft geworden sind, daß sie im Verhältnis zur geringen Ergiebigkeit des Bodens zu dicht beisammen wohnen und jedenfalls künftig wohnen werden,

und daß infolgedessen, wenn das Ventil des Dampfkessels nicht beizeiten geöffnet wird, Explosionen unvermeidlich sind. Es ist kein Ideal, wie Heringe aufeinander gepökelt zu wohnen, — wir brauchen Platz. Es ist richtig: das Problem wird unter der Herrschaft der von uns Friedensfreunden erstrebten Ordnung viel weniger kitzlig sein, als es unter den heutigen anarchischen Zuständen ist. Heute noch muß mit der Möglichkeit eines Kriegsausbruches gerechnet werden*); sie war uns während der Marokkokrise ganz nahe gerückt. Die erste Folge für Deutschland wäre eine enorme Teuerung, die zweite eine furchtbare Hungersnot schon bei der jetzigen noch nicht übermäßig gesteigerten Dichtigkeit seiner Bevölkerung gewesen. „England", schreibt Rudolf Mayer, „kann alle Lebensmittelzufuhren aus Amerika, Indien und Aegypten vom Kontinent Europas abhalten, und da Rußland, weil kriegführend, nicht exportieren würde, so müßte die schrecklichste Hungersnot in allen Staaten entstehen, denen England die Lebensmittel abschneiden will."

Aber auch wenn es nicht zum Krieg kommt, so liegt es heute noch in der Macht der mit uns konkurrierenden Staaten, uns aufs Trockene zu setzen. England, Rußland, Nordamerika bilden (jedes für sich) sich selbst genügende Wirtschaftssysteme. Frankreich ist eben damit beschäftigt, sich durch Abrundung seines riesigen Kolonialreiches ein solches System zu schaffen. Die Deutschen sind immer noch auf den guten Willen des Auslandes angewiesen. Heute noch wird in England in der Hauptsache das Prinzip der offenen Türe anerkannt, obwohl auch jetzt schon in Canada die englischen Waren einen Vorzugszoll vor den anderen, also auch den deutschen, Produkten genießen. Aber niemand kann — unter den heutigen Verhältnissen — England daran hindern, die offene Tür uns einmal vor der Nase zuzuwerfen. Wird aber Rußland, England, Frankreich, Nordamerika sich irgend einmal unserem Handel verschließen, werden die übrigen Kulturländer genügend industrialisiert sein, um die deutschen Waren nicht mehr in erheblichen Maßstab zu bedürfen, so wird die Erstickungsgefahr, von der unsere Politiker träumen, sehr nahe gerückt sein. So ist es nicht unmöglich, daß in absehbarer Zeit die weltgeschichtlich bedeutsame Szene sich wiederholen könnte, die darin bestand, daß unsere Vorfahren, die Cimbern und Teutonen, an der Grenze des römischen Reiches erschienen, mit der Bitte: „Gebt uns Land." Diese Forderung aber führt, solange die Staatsanarchie noch fortbesteht, erfahrungsgemäß zum Kriege.

Nehmen wir aber an, die Anarchie sei überwunden, die von uns gewünschte Rechtsordnung sei durchgeführt, der Freihandel sei in weitgehendem Maße zum Gesetz erhoben, die Abschneidung der Lebensmittel komme nicht mehr in Betracht: so ist es doch immer noch nicht erbaulich, sich Deutschland als ein Land vorzustellen, das bis zum Himmel hinauf mit Wolkenkratzern bedeckt wäre, oder als ein Land, das etwa so dicht bevölkert wäre wie Indien, wo die Menschen einander Luft und Licht zu rauben genötigt sind. Der Handel, der uns dann die nötigen Waren zuführen müßte, wäre, ganz abgesehen von der Frage der Zahlungsfähigkeit, doch erfahrungsgemäß so vielen Zufälligkeiten ausgesetzt, daß von der wünschenswerten Sicherheit in der Versorgung des deutschen Volkes nicht die Rede sein könnte. Die einzig solide Existenzgrundlage ist der nährende und tragende Boden, der unter den Füßen der Menschen liegt. Man hat schon den Gedanken ventiliert, ob nicht die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes dem Uebel, von dem wir bedroht sind, abhelfen könnte. Einige Erleichterung würde sicher dadurch herbeigeführt, aber wenn dieses Wirtschaftsgebiet seinem Zweck entsprechen sollte, so müßte Frankreich darin einbezogen sein. Eine derartige Einbeziehung aber ist bei der ablehnenden Haltung Frankreichs gegenüber deutschen Plänen kaum zu erwarten. Man hat gemeint, durch Intensierung des deutschen Ackerbaues die Ernährung des deutschen Volkes selbst in die Hand nehmen und durch Kultivierung der Lüneburger Heide und anderen Moorbodens auch das heute noch fehlende Zwölftel unseres Getreidebedarfes beschaffen zu können. In dieser Ansicht reichen sich sogar die Antipoden Dr. Losch und August Bebel die Hand. Aber tatsächlich wäre damit nur für die nächste, nicht aber für die fernere Zukunft gesorgt. Ein Krieg gegen das vereinigte Europa aber ist das allerungeeignetste Mittel, den Hunger zu bannen, da er in Wahrheit das Gespenst des Hungers erst recht heraufbeschwören müßte. Wirklich ruhig sein kann man erst dann, wenn das Ventil am Dampfkessel regelmäßig funktioniert, d. h. wenn die Auswanderung der überschüssigen Deutschen geregelt wird. Für ein Volk aber, das sich periodisch durch Auswanderung entlastet, ist keine Platzangst angebracht; für ein solches Volk ist der Malthusianismus Gespensterfurcht. Raum für alle hat die Erde. In Brasilien allein könnte noch die gesamte Bevölkerung von Europa, ergänzt durch die von Tunis, Algier und Marokko, bequem untergebracht werden. Daher mein ceterum censeo: Schließt Ansiedlungsverträge, damit die Platzangst aus den Herzen der Deutschen und die Deutschenangst aus den Herzen der übrigen Europäer verschwinde!

*) Vor Ausbruch des tripolitanischen Krieges geschrieben.

Kriegsminister Haldanes Rede über Deutschland und Großbritannien.*)

Der englische Kriegsminister Haldane ist als ein Freund und Kenner Deutschlands bekannt. Er hat in Deutschland studiert und sich im Laufe seines Lebens vielfach mit deutscher Wissenschaft beschäftigt. Seine Uebersetzung von Schopenhauers „Die Welt als Wille und Vorstellung", die er im Verein mit Kemp veröffentlichte, wird als mustergültig bezeichnet. Haldane weilt oft in Deutschland. Wiederholt hat er seine Sommerferien in Ilmenau verbracht und wiederholt über deutsche Einrichtungen lobpreisend gesprochen und geschrieben. Es ist zu natürlich, daß einem Manne, der den deutschen Geist zu schätzen weiß, und von Bewunderung für das stammverwandte Nachbarvolk erfüllt ist, der gegenwärtige Zustand des latenten Krieges der beiden großen Völker schwer am Herzen liegen muß, selbst wenn er dazu berufen ist, in seinem Heimatland alle Vorkehrungen zur Führung eines befürchteten akuten Krieges zwischen diese beiden Völker zu treffen. Daß aber Viscount Haldane nach Kräften danach strebt, das große Mißverständnis zwischen England und Deutschland zu zerstreuen, um einer bessern gegenseitigen Wertung und Stimmung der beiden Völker Raum zu geben, geht am besten aus einer Rede hervor, die der englische Kriegsminister in diesem Sommer an der Oxforder Universität gehalten hat, deren Ehrendoktor er ist. Diese am 3. August gehaltene Rede — sie leitete die diesjährigen Sommerterienkurse ein — ist zwar nicht übersehen worden, die deutschen Zeitungen brachten große Auszüge, die ihnen telegraphisch übermittelt wurden, eine richtige Würdigung wurde ihr jedoch nicht zuteil. Der Marokkolärm übertönte sie. Die Schürer des Hasses gegen England bekamen in Deutschland Oberwasser. Deshalb war es für den Verlag der Friedens-Warte eine Freude, eine vollständige, vom Verfasser bewilligte deutsche Ausgabe dieser denkwürdigen Rede veröffentlichen zu können. Eine noch größere Freude, daß Freunde der anglo-deutschen Verständigung den Verlag in die Lage gesetzt haben, diese Rede in 200 000 Exemplaren in Deutschland zu verbreiten. Die Auswahl der Adressen war keine leichte Aufgabe. Der Verlag glaubt, sie glücklich gelöst und die Rede in die Hände aller jener Leute gelegt zu haben, die im öffentlichen Leben stehen, und von denen es wünschenswert erschien, daß sie von dieser im friedlichen Geiste gehaltenen Arbeit des englischen Kriegsministers Kenntnis erhalten.

Viscount Haldane geht in dieser Rede von der Voraussetzung aus, daß wir in einer Zeit leben, „in welcher jeder, der in der Oeffentlichkeit wirkt, in jedem Lande die Pflicht hat, die Strömungen des öffentlichen Lebens und der öffentlichen Meinung des anderen Landes zu verfolgen und zu sondieren". Das Studium des Nationalgeistes erscheint ihm dazu unerläßlich. Der Mangel dieses Studiums verursachte es, daß in der Presse beider Länder so oft Aeußerungen enthalten sind, die für irgendeine Handlung seitens einer der beiden Nationen falsche Beweggründe angeben. Dieser Mangel zeige sich nicht nur bei den Journalisten, sondern auch bei den Politikern.

Für das Verständnis des Handelns beider Nationen erscheint dem Autor eine Differenz im Handeln und Denken beider Nationen zu liegen. „Der Engländer handelt nach einer Vorstellung, der Deutsche begriffsmäßig. Bevor er handelt, hat der Engländer sich weniger oft als der Deutsche, teils gewohnheitsmäßig, teils aus freier Wahl, einen abstrakten Plan oder Grundsatz zurechtgelegt. Es liegt dies in seinem charakteristischen Individualismus, und die Erfahrung hat ihm gelehrt, daß dies oft eine Quelle der Kraft ist. Aber nicht selten erweist es sich auch als eine Quelle der Schwäche. Beständig findet er, daß der von ihm betretene Weg durch Hindernisse verlegt ist, die er hätte voraussehen können. Erst wägen, dann wagen, ist ein Grundsatz, der für die Praxis zu wertvoll ist, als daß man ihn ungefährdet vernachlässigen dürfte. Er kann zuweilen in dieser Welt des Zufalls und des Unvorhergesehenen das Handeln lähmen, aber diejenigen, die ihn befolgen, wissen, wo sie stehen, wenn sie auch nicht immer wissen, wohin sie gehen sollen."

Daß eine solche Divergenz des Handelns zu Mißverständnissen Anlaß geben muß, erscheint dem Verfasser nur zu klar. Er betrachtet es daher als höchst wünschenswert, „daß wir uns die Mühe nehmen, in die Denkgewohnheiten einer großen und gebildeten Nation, mit der wir immer mehr in Berührung kommen, Einsicht zu gewinnen". In der vorliegenden Rede wird nun der Versuch unternommen, das Verständnis der deutschen Geistesrichtung zu erleichtern. Haldane versucht es zu erklären, „warum Deutschlands Aspekt so ist, wie er sich heute darstellt".

Um das Verständnis dafür zu erwecken, geht der Verfasser bis zur Reformation zurück. Er bezeichnet Luther als den Leiter des

*) Internationale Verständigung. Deutschland und Großbritannien. Eine Studie über nationale Eigentümlichkeiten. Festrede, gehalten am 3. August 1911 zur Eröffnung der Sommer-Ferienkurse an der Universität Oxford von The Right Honourable Viscount Haldane, J. B. M. Staatssekretär des Krieges. Autorisierte Uebersetzung von Dr. Rudolf Eisler. Berlin 1911. Verlag der Friedens-Warte. 31 S. 50 Pf.

geistigen Aufstandes der Gewissensfreiheit gegen die Herrschaft der damaligen Kirche. Luther errang den Sieg des Individuums über eine ins Mechanische ausgearbeitete Organisation. Aber der Sieg Luthers mußte bezahlt werden. „Man kann das Denken nicht bloß zu bestimmten Zwecken befreien." Dieser Kampf um die Geistesfreiheit wurde von Lessing fortgesetzt, und diesem folgte Kant. Haldane schildert die weittragende Bedeutung Kants und den Einfluß, den dieser auf das deutsche Geistesleben im 19. Jahrhundert genommen hat. Er führt uns über Goethe zu Bismarck. Das Wort eines deutschen Gelehrten „Ohne Goethe kein Bismarck", akzeptiert er. Das Wirken der deutschen Denker entwickelte die Organisationsfähigkeit der deutschen Politiker.

Auf die Einzelheiten der Haldaneschen Darlegungen kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Schon um den Eindruck des Ganzen nicht abzuschwächen. Man wird die Rede in der vorliegenden Uebersetzung, die Eisler meisterhaft bewirkt hat, nachlesen müssen. Doch aus den Schlußfolgerungen dieser bedeutungsvollen Schrift sei einiges hier hervorgehoben. So heißt es auf Seite 24:

„In meinen obigen Ausführungen versuchte ich die Entstehung und das Anwachsen einiger Verschiedenheiten im geistigen Habitus und Herkommen klarzulegen, welche ein gegenseitiges volles Verständnis zwischen Engländern und Deutschen erschweren. Ist meine Analyse auch nur annähernd richtig, so haben die Angehörigen beider Länder Anlaß, weniger scharf auf die Schwächen der andern zu achten als dies jetzt geschieht. In ihrer großen zivilisatorischen Mission, ihrer kommerziellen und industriellen Entwicklung, ihrer Gütererzeugung und ihrem Warenaustausch, ihrer Wissenschaft, Literatur, Kunst, haben beide Nationen so manche günstige Umstände und Fähigkeiten gemein. Sie haben eine Mission und eine Pflicht zu erfüllen, bei der wohl eine Rivalität leicht zu ertragen sein müßte. Es wäre jammerschade, würde ein friedliches Zusammenwirken in so reicher und bedeutender Arbeit, die für die gesamte Welt so wichtig ist, durch unnötiges Mißtrauen vereitelt oder auch nur gehemmt. Und doch liegen solche Hindernisse oft vor; sie entspringen namentlich aus dem, was die Quelle der meisten Lebensübel ist, aus Unwissenheit und mangelnder Nachsicht. Man lasse die Einsicht erstarken, und jene Fähigkeit zur Selbstbescheidung, welche bei kultivierten Rassen die aus der Temperamentsverschiedenheit entspringenden Tendenzen niederhält, wird rasch und sicher wirksam werden. Doch kann man sich nicht überall auf diese Fähigkeit verlassen. Wohl gibt es viele Engländer und Deutsche, welche Einsicht haben und diese Selbstbescheidung ausüben, aber es gibt ihrer noch mehr — auch in den gebildetsten Klassen — welchen diese Fähigkeit mehr oder weniger abgeht. Ich habe daraus schon viel Unheil entspringen sehen. Ein Teil desselben, das an sich am wenigsten erheblich war, hat auf mich den stärksten Eindruck gemacht. Ich habe bei tüchtigen Mitgliedern beider Länder, die in Geschäftsbeziehungen miteinander standen, diesbezügliche Mängel bemerkt. Zur Zeit, da ich bei Gericht war, pflegte ich diesen Mangel zu gewahren und sehe ihn noch jetzt zuweilen in öffentlichen Angelegenheiten zutage treten. Ich habe Fälle konstatiert, in denen Deutsche die Tendenz der britischen Politik mißverstanden, und ich habe englische Politiker zeitweilig geneigt gefunden, entweder die vorausgesetzten besonderen Intentionen deutscher Staatsmänner zu verdächtigen, oder aber es für gut zu befinden, einen vagen und sentimentalen Appell an sie zu richten. Die deutsche Politik steht nun in hohem Maße unter preußischem Einfluß. Preußische Geistesart ist es, mit der Aufstellung eines Grundsatzes zu beginnen und alles danach zu prüfen. Die Preußen neigen nicht zur Gefühlsduselei und sind erstaunt, wenn jemand im Zweifel darüber ist, daß der natürliche Ausgangspunkt für alle Erörterungen die Festlegung dessen ist, was sie als im Interesse Deutschlands liegend erachten. Man tut gut, sich diese Denkweise vor Augen zu halten und sie in Rechnung zu ziehen. Setzt man sich darüber hinweg, so wird man mißverstanden, und es wird dann vielleicht vermutet, daß man eine heimliche Gegenpolitik verbirgt. Die deutsche Gepflogenheit, selbst da, wo es sich zuweilen um die unmittelbarsten praktischen Angelegenheiten handelt, in abstrakter Weise zu denken und überall nach Grundsätzen zu suchen, erschwert zuweilen jenen das Verhalten, welchen diese nützliche, wenn auch schwierige Denkweise nicht im selben Maße zu eigen ist"

Die Rede schließt mit folgenden Worten:

„Die Griechen pflegten zu sagen, Selbsterkenntnis sei die am schwersten zu erwerbende Erkenntnisart. Das gilt von Völkern wie von Individuen, aber es ist sicherlich von Wert, wenn man diese Erkenntnis zu erlangen sucht. Denn sie kann uns die Sicherheit verschaffen, daß keine der beiden Nationen, ob es sich nun um deutsche oder britische Angelegenheiten handelt, es versäumen wird, sich die Größe ihrer Verantwortlichkeit hinsichtlich des Verständnisses und der Schätzung der andern zu vergegenwärtigen."

Man wird zugeben, daß es sich hier um das unzweideutige Bestreben handelt, die Verständigung Deutschlands und Englands

auf eine eherne Grundlage zu stellen. Möge dieses ehrliche Bestreben in Deutschland Anerkennung finden.

Die „France Militaire".

Während der großen Erregungsperiode zwischen Deutschland und Frankreich haben sich gewisse deutsche Blätter bemüht, hetzerische französische Zeitungsstimmen dem deutschen Publikum zu unterbreiten. Jedenfalls nicht, um die erregte Stimmung zu beruhigen. Diese Zeitungsstimmen wurden außerdem stets mit einem Kommentar versehen, von dem man auch nicht gerade behaupten konnte, daß ihm die Absicht zugrunde lag, die öffentliche Meinung zu ruhiger Besinnung zu bringen. Von den französischen Zeitungen, die bei dieser Gelegenheit am meisten zitiert wurden, leuchtet „La France militaire" hervor, die an aufreizenden Artikeln gegen Deutschland hervorragendes leistete. Dieses Blatt ist in der Tat ein Kriegshetzblatt, wie deren in jedem Lande leider in genügender Zahl nachzuweisen sind. Da es aber ein militärisches Blatt ist, so fällt das Kriegshetzertum nicht so schwer ins Gewicht. Es müssen ihm gewissermaßen mildernde Umstände zugebilligt werden. Dies scheint unsere „friedliebende" Presse, die mit Wohlbehagen die Artikel der „France militaire" reproduzierte (verständige, für den Frieden eintretende Artikel der französischen Presse werden von jener Presse niemals reproduziert; wenn dies schon einmal geschieht, mit so herausfordernden Bemerkungen, wie wir einige davon in dem Artikel „Hetzer-Arbeit" in dieser Nummer angeführt haben), verdrossen zu haben. Um den Eindruck jener Hetzartikel zu verstärken, unternahm man es, „La France militaire" als das „offiziöse Organ des französischen Kriegsministers" oder kurz als „das Blatt des Kriegsministers" zu bezeichnen. Der Herr Generalleutnant Litzmann, der in der „Täglichen Rundschau" (vom 9. August) einen herausfordernden Artikel des famosen Hetzblattes in deutscher Uebersetzung mitteilt, fügt dieser Uebersetzung folgendes hinzu:

„So war am 41. Jahrestage der deutschen Siege von Wörth und Spichern wörtlich zu lesen in der „France militaire", dem Blatt des Kriegsministers Messimy, das die Erlasse des französischen Kriegsministeriums als regelmäßige Beilage bringt („Bulletin militaire") und eine Verbindung von „Militär-Wochenblatt" und „Armee-Verordnungsblatt" (! Red. d. Fr.-W.) darstellt. So darf ein mindestens als offiziös zu bezeichnendes Blatt, das in der französischen Armee den Ton (! Red. d. Fr.-W.) angibt, vom Deutschen Reiche schreiben! Und alte deutsche Soldaten sollen es hinunterschlucken, weil jetzt „Ruhe die erste Bürgerpflicht ist". Warum haben sie auch nicht das Glück gehabt, auf dem Felde der Ehre zu bleiben — vor 41 Jahren!"

In der Nummer vom 12. August der „Täglichen Rundschau" gibt Generalleutnant z. D. Litzmann unter dem Titel „Der Schmach kein Ende?" wieder eine aufreizende Stelle aus einem Artikel der „France militaire" bekannt und leitet die Zuschrift mit den Worten ein: „Die „France militaire", das Blatt des Kriegsministers und der französischen Armee höhnt in ihrem Leitartikel vom usw." Auch in ihrer Nummer vom 19. Sept. unter der Spitzmarke „Der Krieg ist unvermeidlich" spricht die „Tägliche Rundschau" von einem Artikel der „France militaire" als von einer „neuen Herausforderung durch das Organ des französischen Kriegsministeriums". „Die Post" nennt sogar in ihrer Nummer vom 20. Sept. die „France militaire" „ein Organ, dessen sich der Kriegsminister der französischen Republik gerne bedient, wenn er seine Ansichten der Oeffentlichkeit auf anonymem Wege*) mitteilen will".

Ebenso finden wir in der „Deutschen Tageszeitung", im „Hamburger Fremdenblatt", in der „Germania" und in zahlreichen anderen Blättern Entrüstungen über Artikel dieses angeblichen Organes des französischen Kriegsministeriums.

Um über den Charakter dieses Hetzblattes etwas Näheres zu erfahren, wandte sich nun der Herausgeber der „Friedens-Warte" an den Herausgeber des französischen Pazifistenblattes „La Paix par Le Droit" (aus dem in deutschen Zeitungen niemals Artikel übersetzt werden!), Professor Ruyssen, in Bordeaux, der überdies Präsident einer der bedeutendsten französischen Friedensgesellschaften und Mitglied der „Delegation permanent" aller französischen Friedensgesellschaften ist, mit der Bitte um Auskunft.

Hier die Antwort:

„3. September.

Werter Kollege!

Ich bin nunmehr orientiert. Ich habe mich an zwei Offiziere gewandt, von denen der eine Republikaner, der andere Reaktionär ist. Ihre Antworten stimmen absolut überein. **Die politische Autorität der „France militaire" ist null.** Dies Blatt ist ein **Geschäftsunternehmen**; es wird von einem

*) Wir sind neugierig, ob man fortfahren wird, die deutsche Oeffentlichkeit mit den Darlegungen dieses Inseratenunternehmens zu behelligen.

großen Verleger militärischer Literatur herausgegeben (Lavanzelle in Limoges), der daraus ein **Reklame-Instrument für seine eigenen Waren** macht. Die „France militaire" erhält vom Kriegsministerium administrative Mitteilungen, Offiziersernennungen, Verschiedenes usw.*); politisch ist sie jedoch unabhängig und ohne Ansehen (sans credit). Die angesehenen Militärschriftsteller (General Langlois, General de Bonnal usw.) schreiben niemals darin und geben ihre Arbeiten den großen Tagesjournalen."

Das ist also das Blatt, dessen Artikel deutsche Zeitungen ihren Lesern glauben vorsetzen zu müssen, um daraus die Stimmung in Frankreich zu schildern. Ein Inseratenblatt eines industriösen Verlegers ist es also, wegen dessen Artikel deutsche Zeitungen am liebsten einen Krieg gegen Frankreich angezettelt sehen wollen. General Litzmann hätte es sogar vorgezogen, vor 41 Jahren im französischen Feldzuge zu fallen, wenn er gewußt hätte, daß man sich in Deutschland solche Artikel gefallen lasse. Ja, wissen denn die Herren nicht, daß — außerhalb der deutschen Grenzpfähle; natürlich — das Kriegshetzen ein gutes Geschäft ist? Warum fallen sie dann auf die Praktiken eines gewerbsmäßigen Hetzers hinein? Warum verlegen sich deutsche Zeitungen ausdrücklich darauf, just aus diesem Blatte Stimmen wiederzugeben, und warum legen sie nicht Gewicht darauf, die ernsten und friedlichen Artikel aus der großen anständigen Presse Frankreichs zu reproduzieren? Sie haben doch nicht etwa auch die Absicht, zum Kriege zu hetzen?

Wir haben nunmehr festgestellt, daß die „France militaire" nicht das Blatt des französischen Kriegsministers ist. Wir sind neugierig, ob man fortfahren wird, die deutsche Oeffentlichkeit mit den Darlegungen dieses Inseratenunternehmens zu behelligen.

*) Diese Mitteilungen erhält in Frankreich jedes Blatt auf Verlangen. Sie werden auch — wie bei uns — in verschiedenen Tageszeitungen abgedruckt. Ihre offizielle Veröffentlichung erscheint lediglich im „Journal Officiel".

Generalversammlung des Berner internationalen Friedensbureaus.

In später Stunde wurde der für Rom angesagt gewesene XIX. Weltfriedenskongreß abgesagt. Aus sanitären Gründen mußte die Vertagung erfolgen. Die Ansichten waren doch sehr geteilt, und es kostete einen harten Kampf mit dem italienischen Kongreßkomitee, bis die Vertagung durchdrang. Welch Glück war das! Der Friedenskongreß hätte sonst das Vergnügen gehabt, zu einer Zeit in Rom zu tagen, wo die italienische Regierung sich eben anschickte jeden Friedensgedanken mit Füßen zu treten, wo eine kriegerisch fanatisierte Menge die Straßen erfüllte. Wahrlich ein Glücksfall, daß es anders kam. Wir hätten Szenen à la Trafalgar Square erleben können.

Als Ersatz für den Kongreß sollte die Generalversammlung des Berner Friedensbureaus dienen, die für den 26. und 27. September nach Bern einberufen wurde. Leider war es nicht rasch genug und nicht genügend bekanntgemacht worden, daß der Zutritt allen Pazifisten, nicht nur den Delegierten der Friedensgesellschaften, offen stand. Immerhin entwickelte sich diese Versammlung im alten Bern zu einem kleinen Kongreß. Es waren über 60 Pazifisten anwesend, unter ihnen die meisten aktiven Vorkämpfer aus allen Ländern. Es waren erschienen: Baronin v. Suttner, Lafontaine, Gobat, Arnaud, Moch, Mr. und Mrs. Mead, Frau Zipernowsky, Kemenyi, Darby, Alexander, Moscheles, Green, Heath, Dumas, Ruyssen, Prudhommeaux, Quidde, Richter, Nilsson, Monnier, Baron Bonde, Frau Mac Kennty, Puech, Kräuterkraft, Prestini, Dottalevi, Feldhaus, Artur Müller, Barolin, Rumpel, Ginn, Miß Playne, Bucher-Heller, Mrs. Andrews, Fox van der Vries, F. Maier, v. Harder, Geering-Christ, Mlle. Melin, Bovet, Mr. und Mrs. Moscheles, Frau Arnaud und Arnaud jun., Frau Arthur Müller, Ledoux, Westphal, Fried, usw. Mit großer Freude wurde es begrüßt, daß Norman Angell, der Verfasser des epochemachenden Buches „Die große Täuschung" aus Paris gekommen war. Man hatte so Gelegenheit, den geistreichen Nationalökonomen kennen zu lernen.

Die politischen Ereignisse der letzten Zeit ließen eine Stellungnahme vom pazifistischen Gesichtspunkt aus dringend erforderlich erscheinen. In elf Resolutionen wurden die Anschauungen des Pazifismus über die Zeitereignisse und seine Forderungen zum Ausdruck gebracht. In der ersten Resolution, die sich mit dem deutsch-französischen Marokkokonflikt befaßte, wurde das Bedauern zum Ausdruck gebracht, „daß die Regierungen Deutschlands und Frankreichs, nicht dem an sie gerichteten Verlangen der Pazifisten beider Länder entsprechend, sofort öffentlich und förmlich erklärt haben, daß ihr Streit um Marokko keinen Krieg hervorrufen könne, daß er vielmehr für den Fall des Scheiterns der diplo-

matischen Verhandlungen der Vermittlung, der Schiedsgerichtsbarkeit oder einer internationalen Konferenz unterbreitet werden müßte."

In der zweiten Resolution wurde gefordert, daß beide Mächte in allen künftigen Verträgen eine Bestimmung aufnehmen sollen, wonach alle kolonialen Streitfälle, die diplomatisch nicht zu lösen seien, dem ständigen Schiedshof in Haag unterbreitet werden. In der dritten Resolution wurde gegen das Geheimtuen der Diplomatie, in der vierten gegen die Kriegshetze in Deutschland und Frankreich protestiert, während in der fünften die verschiedenen Veranstaltungen von Anti-Kriegsdemonstrationen beglückwünscht wurden.

In der sechsten Resolution wurde verlangt, daß das den Staatsoberhäuptern eingeräumte Recht der Entscheidung für den Krieg aus den verschiedenen Verfassungen beseitigt werde. In der siebenten Resolution wird darauf hingewiesen, daß die Teuerung der Lebensmittel zum großen Teil das Ergebnis der großen Rüstungslasten ist. Die achte und neunte Resolution nahm Stellung zu der Initiative des Präsidenten Taft bezüglich Einberufung einer Studienkommission für die Rüstungen und der Anbahnung vorbehaltloser Schiedsverträge. Schließlich folgten zwei Resolutionen zur Tripolis-Frage, die im Wortlaut hier wiedergegeben seien:

I.

„Die Generalversammlung des Berner Bureaus drückt, auf das tiefste bewegt durch die zwischen Italien und der Türkei anläßlich Tripolis auftauchende Kriegsgefahr, und im Hinblick auf die Tatsache, daß Tripolis weder herrenloses Land noch ein Mündelland ist, vielmehr einem zur Völkerrechtsgemeinschaft zugelassenen konstitutionellen Staate angehört, seine Empörung über das nationalistische Gebahren aus, das die Gefahr mit sich bringt, die italienische Regierung zu den gekennzeichneten Feindseligkeiten hinzureißen. Die Versammlung beschwört das Volk und die Regierung Italiens, den kriegerischen Aufreizungen zu widerstreben und die Entwicklung ihrer nationalen Politik wie die Forderungen ihrer Sonderinteressen in Afrika genau in den Grenzen des Rechts zu halten; sie gibt der festen Hoffnung Ausdruck, daß Volk und Regierung im Konfliktfalle sich es zur Ehre gereichen lassen werden, zu friedlichen Lösungen, wie Vermittlung, Schiedsgerichtsbarkeit oder internationale Konferenz, ihre Zuflucht zu nehmen."

II.

„Die Versammlung stellt fest, daß die Tripolisfrage die natürliche Folge der von den Kulturstaaten im allgemeinen den schwachen oder Mündelvölkern gegenüber, im besonderen von Deutschland und Frankreich Marokko gegenüber, befolgten egoistischen Politik ist.

Sie mißbilligt aufs neue jene Beutepolitik, kraft deren die Mächte auf Kosten der Neutralen und Schwachen das durch die Landerwerbungen anderer erschütterte politische Gleichgewicht wieder herzustellen suchen.

Und sie drückt das Bedauern darüber aus, daß Frankreich und Deutschland sich haben hinreißen lassen, ein gemeinsames Abkommen, den festen Boden der durch die Algeciras-Akte gebildeten internationalen friedlichen Verständigung, zu verlassen."

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 7. Oktober 1911.

Im Augenblick, als ich mich zum Schreibtisch setzte, um über das tripolitanische Unglück zu berichten (ein größeres Unglück gibt es nicht als die Loslassung der Kriegsfurie!), erhielt ich einen Brief Frederic Passys. Besser läßt sich das Ereignis nicht glossieren, also setze ich die Worte unseres Altmeisters hierher.

Neuilly, 3. Oktober.

„Liebe Freundin. Gewiß sind Sie, wie ich, erzürnt und betrübt über den Zustand unseres armen Europas in diesem Augenblick. Der brutale Gewaltstreich Italiens ist ein Attentat gegen die Menschheit und eine Herausforderung an die Zivilisation. Aber man muß erkennen, daß er logisch ist im Hinblick auf das Benehmen der andern Mächte in Afrika, in Marokko und anderswo. Und schon fängt man von manchen Seiten an (s. die Independence belge), zu finden, daß Italien nicht anders handeln konnte, und daß man ihm nichts vorwerfen kann. Der Temps als erster verkündet den Bankbruch des Pazifismus, und die andern folgen ihm nach. Ach leider, leider! Wir werden wieder eine Periode internationalen und vielleicht auch sozialen Wahnsinns durchmachen — eins das andere nach sich ziehend. Denn im Grunde ist die Moral der Gewalt dieselbe in der internationalen wie in der sozialen Politik. „Sie verwalten schlecht Ihre tripolitanische Provinz", sagt Graf San Giuliano zu der türkischen Regierung; „Sie ziehen daraus nicht alle Vorteile, die daraus zu ziehen wären! Also müssen Sie verstehen, daß es unsre Pflicht ist, dieselbe zu okkupieren, um Ordnung hineinzubringen, und Ihre Pflicht, sich diesem Arrangement zu fügen."

„Sie, Herr Graf, oder Ihr Souverän, besitzen Gründe, Parks, Schlösser, die unproduktiv sind: Es mangelt nicht an Leuten, die freudig bereit wären, darauf Früchte und Gemüse zu bauen. Laden Sie sie doch ein, diese Gründe zu okkupieren, oder machen Sie sich gefaßt darauf, daß sie das — im Namen Ihrer Moral — ohne Ihre Erlaubnis tun werden. Und Ihr Apulien, Ihr Kalabrien, und diese ganzen Länderstriche des Elends und der Unwissenheit. . . . Wir sind bereit, würde ein Heer von Hungernden Ihnen sagen, sie auszunützen, wenn es uns

gestattet wird, sie zu okkupieren. Die Türken selber könnten das Argument gegen Sie kehren."

O Sophisterei, Heuchelei und Lüge, wann wird eine Welle von Licht und Gerechtigkeit euch wegfegen aus dem Bewußtsein der Minister, der Diplomaten und der Massen?

Leben Sie wohl. Verzweifeln wir nicht; wir werden das letzte Wort behalten. Aber wann? Wenn wir schon lange nicht mehr sind. Wird man dann auch nur wissen, daß wir gesprochen, geschrieben — daß wir geweint und gelitten haben über die Bosheit der einen und die Torheit der andern? Einerlei; fahren wir fort, zu tun, was wir tun können. Immer der Ihre. Frederic Passy."

☞

„Bankbruch der Friedensbewegung". Auch hierzulande haben wir dieses Wort hören müssen. Es ist falsch: der bewaffnete Friede ist's, der bankerott ist. Unser Prinzip steht wie auf einem ragenden Fels; die ihn umbrandenden Ereignisse können es nicht herunterspülen; aber das Prinzip des „si vis pacem" — das allen kriegerischen Vorbereitungen als Maske dient, das ist durch den masken- und mäntelchenlosen Gewaltakt der italienischen Regierung als widersinnig erwiesen. — Ich sage absichtlich „italienische Regierung" und nicht „Italien". Vergessen wir nie, daß das alte Kriegssystem eine über alle Länder verbreitete Sache ist, die bald da, bald dort zum Ausbruch kommt; daß daneben in allen Ländern (mehr oder weniger; in Italien eher mehr als weniger) das werdende Friedenssystem seine Anhänger und Freunde hat. Ueberall sind die nationalistischen und imperialistischen Parteien am Werk. Sie führen hartnäckige Preßkampagnen, wodurch Stimmungen erzeugt werden, die auf die Regierungen, wenn auch friedenswünschende Männer darunter sind, zum Kriege drängend wirken; — um so leichter, als ja doch in jeder Regierung das militärische Element mächtig vertreten ist. Ein großer Teil des arbeitenden Volkes in Italien hat noch wenige Tage vor dem Ultimatum Protestkundgebungen, Streikansagungen und dergleichen versucht; — aber die Organisation war nicht fest genug, die Chauvinisten waren stärker, und die Menge wird von den Stärkeren mitgezogen. Mögen unsere Freunde nirgends den Fehler begehen, in ihrem berechtigten Schmerz und ihrer berechtigten Empörung über die so plötzlich und so verheerungsdrohend geschleuderte Kriegsfackel, ihre Anschuldigungen mit einem Länder- oder Nationennamen zu formulieren.

☞

Ein sonderbarer Krieg übrigens. Er zeigt, wie die ganze Atmosphäre der modernen Welt sich für die Entfaltung dieses Dinges nicht mehr eignet. Vor Zeiten genügte jeder schwarze Punkt am politischen Horizont, um den Ausbruch des Gewitters zu sichern; in den letzten Jahren wurden auch die schwärzesten Wolken verscheucht, und heute wird vielleicht, nachdem der Donnerstrahl schon eingeschlagen, das schöne Wetter wieder raschest hergestellt. Kaum war der Krieg erklärt, so erhoben sich von allen Seiten die Rufe nach Vermittlung, nach Aktion der Mächte. Und das Merkwürdigste, Noch-nie-dagewesenste von allem: der Krieg wird nur von seiten des Angreifers geführt. Der Angegriffene, oder besser: der Angepackte, an der Kehle Gepackte, schlägt nicht zurück, und kann auf diese Weise wohl gemordet, aber nicht **besiegt** werden. Tolstois Lehre: „Widerstrebe nicht dem Uebel" wird hier zum ersten Male in der Kriegsgeschichte der Völker befolgt, und sonderbar: diese christlichste aller Maximen — es ist ein islamitisches Volk, das sie anwendet. Mit bewundernswerter Zurückhaltung und Selbstbeherrschung gibt da die Türkei der Welt ein großes Beispiel.

☞

Für das Prinzip „Krieg" ist der Begriff „Menschenleben" ein Plunder; die Hinopferung Unschuldiger gehört zu des Krieges Selbstverständlichkeiten, daher hat der Unterzeichner der Kriegserklärung reuelos mit diesem Federstrich viele Tausende seiner Landesgenossen, die in Feindesland leben, der Rache des Gegners preisgegeben, einer Rache, die von der üblichen Ausweisung bis zu fanatisierter Massakerwut sich steigern kann. Und siehe da: in der Türkei wird — **bis jetzt** — den Italienern kein Haar gekrümmt. Bis jetzt . . . Wenn die Mächte noch lange zögern, so wird die türkische Regierung den Ausbruch des Hasses unter den Massen nicht weiter dämmen können. Ich weiß wohl, wie die meisten, in alten Geleisen denkenden, diese Haltung der Türkei auslegen werden: „Sie ist zu schwach, sie ist nicht genügend gerüstet" — wird man sagen. Und wenn das wäre, müßte man den Umstand nicht segnen, daß dieses Ungerüstetsein der Welt die Kalamität erspart hat, die ein sofortiges Zurückschlagen nicht nur über beide beteiligten Länder, sondern auch über das übrige Europa verhängt hätte? Wenn man noch so gerüstet ist, einen Stärkeren gibt es immer. Daß der Stärkere nicht länger das Recht haben soll, den Schwächeren zu vernichten, daß dieser, wenn angefallen, die Sicherheit habe, von Dritten Hilfe zu erlangen: **das** ist der Gang der Zivilisation. Leider ist die Zivilisation noch nicht bis in das Gebiet des Staatenverkehrs gedrungen.

☞

Der Sultan hat von allen Mächten, aber namentlich von seinem deutschen Freund, Intervention erbeten. Kaiser Wilhelm hat geantwortet: „Ich liebe Ew. Majestät sehr, aber zur Vermittlung ist jetzt nicht der Augenblick — vielleicht später, mit Gottes Hilfe." — Man möchte fragen, von welchem Gott ist da die Rede? Von Allah, oder von demjenigen, dessen Schutz der Vatikan auf die italienische Marine herabfleht?

☞

Die Tripolis-Sache ist so erschütternd, so voll von grausigen Möglichkeiten und doch noch

von Friedenshoffnungen begleitet, kurz, so alle Gedanken füllend und alle Gefühle aufwühlend, daß die andern Ereignisse des letzten Monats — und es ist doch gar viel geschehen — verblassen. Marokko, das die Welt so lange in Atem hielt, war endlich zu einem günstigen Abschluß gekommen. Genaues wußte man freilich noch immer nicht, aber Cambon nahm bei Kiderlen das Diner — also atmen wir auf! Seither haben sich abermalige Schwierigkeiten ergeben; ganz einig ist man noch immer nicht. Die Bemühungen der Nationalfanatiker, einen Krieg daraus zu machen, scheinen jedoch endgültig gescheitert. Möge vielmehr daraus eine wirkliche Annäherung — eine deutsch-französische Freundschaft — erstehen, wie dies Jaurès neuerlich wieder als Forderung aufgestellt hat, so wäre das für Europa das beste Ergebnis.

☞

Die marokkanische Krise, auch ohne Krieg, hätte der traurigen Folgen genug. Sie hat viele Hundert Millionen gekostet durch die Verwüstung, welche die Sorge angerichtet hat. Ein Run auf die Sparkassen fand statt, der diese zur Zahlungsunfähigkeit hätte bringen können. Schon der vorausgeworfene Schatten möglicher Kriege bringt finanzielle Stockungen und Verluste herbei. Die gemäßigten Blätter leitartikelten in folgendem Ton: „Die Beendigung der Marokkokrise wird überall, wo nicht die Leidenschaften mitsprechen, die höchste Befriedigung hervorrufen. Eine Zeit der Beunruhigung ist damit zum Abschluß gebracht, und die Hoffnung ist wieder gestattet, daß der europäische Friede vor ernsten Erschütterungen behütet bleiben wird." Und wirklich, mit solch stets unterbrochenen „gestatteten Hoffnungen" begnügt man sich? Immer noch will man nichts davon wissen, den europäischen Frieden durch europäische Föderation auf eine sichere Grundlage zu stellen. Immer nur am Rand des Abgrundes radfahren und sich freuen, wieder nicht abgestürzt zu sein. Wie lange übrigens die Hoffnung auf unerschütterten Frieden anhalten dürfte, das hat das italienische Ultimatum gezeigt.

☞

Ein französisches Kriegsschiff — (ein stolzes — dieses Prädikat wird den schwimmenden Vulkanen automatisch angehängt; so wie alle Verleger „rührig", alle Prinzessinnen „anmutig" — so sind alle Kriegsschiffe „stolz"), die „Liberté", ist im Hafen von Toulon in die Luft gesprungen. Ueber zweihundert arme Seeleute fanden einen fürchterlichen Tod — teils in den Flammen, teils in den Fluten. Ursache: die Selbstentzündung des Pulvers B. So vermutet man wenigstens und schafft von sämtlichen Schiffen das Pulver weg, so daß sich die Marine momentan in entwaffnetem Zustand befindet. Warum lockt das nicht alle anderen Flotten zum Ueberfall? Das zerstörte Schiff kostete 40 Millionen. Eine nationale Sammlung wird eingeleitet, zuerst für die Hinterbliebenen der Verunglückten, was ja sehr lobenswert ist, dann aber auch zur Herstellung eines neuen Panzerschiffs, als wäre dieser Besitz wirklich das Wertvollste unter den Volksgütern. Was diese stolzen Fahrzeuge bezwecken und erreichen, wenn sie ihre wirkliche Bestimmung erfüllen, d. h. durch Flattermine, Torpedos oder Sprengstoffladungen aus den Lüften, vernichtet werden, das läßt sich durch folgende Beschreibung der Liberté-Katastrophe einigermaßen vorstellen: „Die Leichenteile liegen in dem Marinehospital nach Gliedmaßen geordnet haufenweise zusammen; hier die Rümpfe, dort Arme, dort Beine. Ein dirigierender Arzt erklärte: „Zum erstenmal haben wir hier eine Probe dessen, was im Kriegsfalle von den Wirkungen modernen Pulvers zu erwarten ist; die Chirurgen werden furchtbare Arbeit haben, weil die explodierenden Giftgase die ganze Muskulatur zerstören."

☞

Gegen die junge Republik in Portugal hat sich eine royalistische Insurrektion erhoben. Romantische Kämpfe, an denen Prinzen sich beteiligen. Es ist wie ein allgemeines Zurückgleiten in Mittelalterlichkeit.

☞

Die Englandhetze hat in Deutschland wieder eingesetzt. Zuerst anläßlich einer Rede Lloyd Georges zur Marokkosache. Unzählige Zeitungsartikel kommentierten — nicht die Rede selber, sondern eine Auslegung, die ihr von einem Blatt gegeben wurde. Was der englische Minister gesagt hatte, wurde in diesen Artikeln nicht wiederholt, sondern immer nur darüber sich empört, daß er etwas so Gräßliches gesagt. Das ging in das ganze Lesepublikum über; nach und nach entrüsteten sich alle; selbst die Pazifisten, die doch Lloyd George als einen der Ihrigen kannten, beklagten sich über seine Schwenkung; aber niemand hätte wörtlich sagen können, wie die inkriminierte Stelle lautete. Es war einfach die in einer politischen Rede so natürliche Aeußerung, daß, falls die Interessen Englands durch den Ausgang der Marokkosache geschädigt werden sollten, England sich dies nicht gefallen ließe, auch um den Preis des Friedens nicht. Eben weil Lloyd George bei der Opposition als Pazifist bekannt und verpönt ist, mochte er hervorgehoben haben, daß seine Friedensliebe nicht die Preisgabe der Rechte seines Vaterlandes bedeute. Und nun kam eine zweite Hetze in die Blätter über eine vermeintliche Rede des Marineministers Mc Kenna; doch dieses erwies sich als eine glatte Fälschung. Den Täter kennt man nicht. Am 4. Oktober hielt Minister Churchill in Dundee eine Rede, aus der die folgenden Sätze hier angeführt seien:

Was die marokkanischen Schwierigkeiten betrifft, kann die Politik Großbritanniens klar als eine Politik bezeichnet werden, die, wie Asquith und Schatzkanzler Lloyd George erklärten, eine vollkommen gerade

und ehrliche ist. Wir wünschen ernstlich, Frankreich und Deutschland zu einem Abkommen gelangen zu lassen, das für beide befriedigend und vorteilhaft und für uns nicht nachteilig ist. Kein englischer Minister äußerte je öffentlich und geheim eine Silbe, welche einen solch glücklichen Schluß verzögern oder hemmen könnte. Wir wünschen eine Erledigung zu sehen, welche die marokkanische Frage ein für alle Male beendigt, und welche — dies ist weit wichtiger als irgend etwas, was mit Marokko geschehen könnte — diesen beiden großen Nationen, die der Menschheit unschätzbare Dienste geleistet haben, in die Lage setzen würde, zusammen zu leben unter der Bedingung gegenseitiger Achtung. Das ist die einzig sichere Grundlage, auf welcher der Friede Europas aufgebaut werden kann. Der Wunsch nach einem solchen Abkommen leitet die ganze Politik Greys.

Auch Mc Kenna hat wieder gesprochen. In der Grafschaft Monmouth hielt er am 3. Oktober eine Rede, in der er ausführte, an die Stelle der Schiedsgerichte sei jetzt der Krieg getreten. Das ganze Interesse der Welt sei darauf gerichtet, den Frieden wiederherzustellen. Es gebe kein Auswärtiges Amt in Europa, das nicht die gemeinsame Hoffnung teile, daß befriedigende Bedingungen für eine Beilegung des Streites gefunden werden möchten, bevor und nicht nachdem große Opfer an Menschenleben zu beklagen seien. Auf die Frage, ob er ein freundliches Einvernehmen mit Deutschland zum Zwecke der Beschränkung der Flottenrüstungen begünstige, erwiderte Mc Kenna: Nichts würde der Regierung größere Befriedigung gewähren, als wenn sie imstande wäre, Abkommen zu treffen, welche die Rüstungen zu Wasser und zu Lande begrenzen.

☞

In Kiew weilte der Zar, um Truppenrevuen abzuhalten und zu einem berühmten Heiligtum zu wallfahrten. Mitten in einer Galatheatervorstellung wird Stolypin, der Ministerpräsident, niedergeschossen. Terror, Terror überall! Auch der Gemordete hat terroristisch geschaltet. Die Partei der schwarzen Hundert war ihm gewogen. Nach seinem Tode wollte sie zur Sühne ein großes Pogrom veranstalten. Die Bedrohten flohen aus der Stadt. Doch der Kaiser gab den Befehl aus: Es seien keine Unruhen zu veranstalten. Unruhen ist für Massaker ein sanfter Ausdruck — aber immernin: für dieses abwinkende Zeichen sei der — trotz aller Konstitution noch immer Alleinherrschende bedankt.

☞

Auch in Oesterreich fielen Attentäterschüsse. Von der Galerie des Abgeordnetenhauses feuerte ein dalmatinischer Tischlergehilfe, Sozialdemokrat, während der Rede des sozialdemokratischen Führers Dr. Adler fünf Revolverschüsse auf den Justizminister ab. Eine Wahnsinnstat. Daraufhin wurde die ganze sozialistische Partei von den Gegenparteien „Mörder! Anarchisten!" geschimpft. Immer dieses Uebertragen der Schuld eines einzelnen auf ganze Gruppen, Völker oder Rassen!

☞

Und noch etwas Trauriges: der amerikanische Senat hat es abgelehnt, die von Präsident Taft schon unterzeichneten schrankenlosen Schiedsverträge mit England und Frankreich zu ratifizieren. Er machte Aenderungsvorschläge, die der Präsident nicht annahm. Und dieser befindet sich jetzt auf einer Rede-Rundfahrt durch die Staaten, um Stimmung für die Annahme des Vertrages in der nächsten Session (Dezember) zu machen. Die Feinde des Schiedsprinzips waren in hellem Jubel. Und eine andere erfreuliche Sache, die schon als vollzogen begrüßt wurde, ist gescheitert: die Zollaufhebung zwischen Kanada und den Nordamerikanischen Staaten. Der liberale Premier Laurier ist gefallen, mit ihm die ganze kanadische Regierung. Es wurden 122 Konservative und 84 Liberale gewählt. Dieses Ergebnis hat die Rückwirkung, daß die Tarifreform-Partei in England wieder gestärkt ist. Und der große Jingodichter Rudyard Kipling triumphiert.

☞

Nichts als Düsteres gibt es aus der letzten Zeit zu verzeichnen. Es ist, als ob ein Grollen und Krachen und Wehklagen durch den Raum schwirrte, als Vorboten kommenden Zusammensturzes oder als Warnung und Mahnung zu rechtzeitiger Rettung. „Vernunft, raffe dich auf!" klingt es aus allen diesen unheimlichen Lauten heraus. Also weiter: die Cholera. Da hilft kein Leugnen, kein Nichthinhorchen — die fürchterliche Seuche tritt auf. Noch nicht verheerend — aber sie ist da. In Konstantinopel rafft sie viele Opfer hin. (Daß die albanischen Kämpfe die Ursache sind, ist wahrscheinlich.) In Italien, besonders in Sizilien, bricht die Krankheit aus, und die Bevölkerung revoltiert — wie im finstersten Mittelalter — gegen Aerzte und Behörden. Diese Kultur nach Afrika zu tragen, liegt wahrlich kein Bedürfnis vor. Aber das kann geschehen: auf den vollgepfropften Militärtransportschiffen zeigt sich die Cholera — was dann?

☞

Und weiter: die Teuerung. Alle Lebensmittel steigen im Preise, das Fleisch, die Milch, die Wohnungen werden unerschwinglich für die armen Klassen, und schon entstehen Teuerungsrevolten. Von der Teuerung zur Hungersnot ist nur ein Schritt, und wenn es erst zu Hungerrevolten kommt . . . Ueber die Erscheinung der Preissteigerungen wird sehr viel debattiert, projektiert und studiert; aber nur die wenigsten nennen die Wurzel des Uebels: die stets steigenden unproduktiven Ausgaben für Zerstörungszwecke. Daneben sind freilich auch die Zölle, die Grenzsperrungen, die wachsenden Steuern schuld — aber diese sind ja auch nur verschiedene Formen desselben Systems. In der kostspieligen Großmachtstellung des Staates

können die Leute nicht wohnen, und vom Pulver B. können sie sich nicht nähren.

Was kommen müßte, wenn einst der große „Zukunftskrieg" ausbräche, das hat Johann Bloch schon vorhergesagt. Nämlich vollständiger wirtschaftlicher Zusammenbruch und Anarchie. Was schon jetzt — im gegenwärtigen Zustand — da ist, nämlich steigende Not, revolutionäre Ansätze, Krieg — das zeigt die Unhaltbarkeit dieses Zustandes: der bewaffnete Friede ist bankerott.

Pazifistische Chronik.

Anfang September. Infolge der alldeutschen Kriegshetze entsteht eine Panik. Runs auf die Sparkassen. Kurssturz auf den Börsen.

Anfang September. Kriegsalarm. Belgien rüstet.

1. September. Der König von Serbien zu Gast am Petersburger Hof. Trinksprüche.

2. September. In Potsdam wird in Anwesenheit des Kaisers das Steuben-Denkmal enthüllt, das die amerikanische Nation dem Kaiser zum Geschenk machte. Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Präsident Taft.

2. September. Die Kranken der Lungenheilanstalt Beelitz veranstalten eine Kundgebung gegen die Kriegshetze und für den Völkerfrieden.

3. September. Grosse sozialdemokratische Friedensdemonstration in Treptow bei Berlin. Ueber 200 000 Teilnehmer.

3. September. Friedensdemonstration der Arbeiter in Stettin. 5000 Personen.

3. September. Protestkundgebung gegen den Krieg in Arnstadt in Thüringen.

3. September. Auf der Arbeiterbörse von Lyon findet ein Protestmeeting gegen den Krieg statt.

7. September. In Hannover veranstalten die Sozialdemokraten 8 Protestversammlungen gegen die Kriegshetze.

7. September. Protestversammlung der Erfurter Arbeiter gegen den Krieg.

8. September. Sozialdemokratische Protestversammlung gegen die Kriegshetze in Offenbach.

9. September. Der Postdienst mittels Flugmaschinen zwischen Hendon und Windsor eröffnet. Die erste Anwendung des Flugschiffes zu Kulturzwecken.

9. September. Infolge der internationalen Unsicherheit grosse Deroute an der Berliner Börse.

9.—14. September. Der Lord-Mayor von London und 60 Aldermen zum Besuche der Wiener Gemeindeverwaltung.

14. September. Bebels grosse Rede zur Marokkofrage am Sozialdemokratischen Parteitag in Jena. Einstimmige Annahme einer den Krieg verwerfenden Revolution.

14. September. Der englische Kapitän L. O. Twin legt auf dem Grabe der bei Pirna im Manöver verunglückten deutschen Soldaten „im Namen der befreundeten englischen Armee" einen Kranz nieder.

17. September. Grosse Arbeiter-Protest-Versammlung gegen den Krieg in Nürnberg. 30 000 Teilnehmer.

17. September. Deutsch-französische Friedensmanifestation in Bussang im Elsass. 10 000 Teilnehmer; Deutsche und Franzosen.

23. September. Das Brüsseler internationale Sozialistenbureau tritt zu einer ausserordentlichen Sitzung in Zürich zusammen, um Massnahmen zur Beseitigung der Kriegsgefahr zu beschliessen.

24. September. Gross-Admiral v. Köster tritt auf der Tagung des kurhessischen Provinzialverbandes des deutschen Flottenvereins in Kassel für eine Beschleunigung der deutschen Flottenrüstungen energisch ein.

24. September. Grosse öffentliche Friedensdemonstration der Arbeiter in Paris. 50 000 Teilnehmer.

25. September. Das französische Kriegsschiff „Liberté" explodiert im Hafen von Toulon. Hunderte Tote. Beileidsdepesche des deutschen Kaisers und der Berliner Stadtverwaltung.

26. September. Der erste Lord der Admiralität Mc. Kenna hielt in Monmouthshire eine Friedensrede. Rüstungen Kraftvergeudung ... Im nächsten Jahre keine Vermehrung der Seerüstung usw.

26. und 27. September. Generalversammlung des Berner int. Friedensbureau in Bern. Protestresolutionen gegen die Methode der Marokkopolitik und gegen das Tripolis-Unternehmen.

28. September. Kundgebung der sozialdemokratischen Partei in Augsburg gegen die Kriegshetze.

28. September. Italien übermittelt der Türkei das „Ultimatum". Unerhörter Bruch des Völkerrechts.

29. September. Protestversammlung der sozialdemokratischen Partei in Gotha gegen den Krieg. Massenkundgebung.

29. Ablehnung der Forderungen Italiens seitens der Türkei. Beginn des Krieges.

1. Oktober. Eine ausserordentliche Konferenz der französischen Gewerkschaften beschloss bei Ausbruch eines Krieges den Generalstreik auszuführen.

4. Oktober. Am englischen Kirchenkongress befasste sich eine Sonderabteilung mit dem Thema: „Die Aufgabe der Kirche bei Förderung des internationalen Friedens." Rede des Sir F. Lascelles für die anglo-deutsche Verständigung.

4. Oktober. In Paris versammelt sich der Interparlamentarische Rat zu einer ausserordentlichen Sitzung. Missbilligung des italienischen Vorgehens durch eine einstimmig angenommene Resolution.

5. Oktober. Sozialistische Protestversammlung gegen den Krieg in Saloniki. 4000 Teilnehmer.

6. Oktober. Auf einem Bankett, das der deutsche Offizier-Klub in London dem Lord-Mayor und dem Sheriff von London gab, hielt der Lord-Mayor eine Rede zugunsten der anglo-deutschen Verständigung.

8. Oktober. Der 6. Kongress des Deutsch-amerikanischen Nationalbundes in Washington begrüsst die angestrebten vorbehaltlosen Schiedsverträge der Union mit Deutschland, England und Frankreich als bedeutenden Fortschritt zur Sicherung dauernden Friedens.

8. Oktober. Eine Versammlung von Pazifisten beschloss, Delegierte nach Rom und Konstantinopel zu entsenden, die die beiden Regierungen auffordern soll, ihren Konflikt nach den Bestimmungen der Haager Konvention auszugleichen. William Stead begibt sich nach Konstantinopel.

9. Oktober. Die X. Internationale Seerechtskonferenz vom französischen Minister des Aeusseren in Paris eröffnet.

11. Oktober. Im ungarischen Reichstag interpelliert Graf Albert Apponyi die Regierung über die Anwendung der Haager Bestimmungen bei Ausbruch des italienisch-türkischen Konflikts.

10. Oktober. Das Berner internationale Friedensbureau überreicht an die Regierungen sämtlicher Haager Vertragsstaaten ein Memorandum, worin gegen die Nichtbeachtung der Bestimmungen der Haager Abmachungen bei Ausbruch des Tripolis-Konfliktes Protest eingelegt wird.

11. Oktober. Grosse Friedensrede des englischen Ministers Churchill in Dundee. Wunsch nach friedlicher Erledigung des Marokko-Konfliktes. „Zusammenleben unter der Bedingung gegenseitiger Achtung, die einzig sichere Grundlage, auf welcher der Friede Europas aufgebaut werden kann."

Aus der Zeit.

Sir F. Lascelles über die deutsch-englische Verständigung. ::

Ein in London anfangs Oktober tagender Kirchenkongreß hielt am 4. Oktober in der Viktoria Hall zu Hanley eine Sonderversammlung ab mit dem Titel „Die Pflicht der Kirchen zur Förderung des internationalen Friedens". Der Bischof von Lichfield präsidierte, umgeben von einer großen Zahl kirchlicher und politischer Würdenträger. Nach einer sehr kriegsfreundlichen Rede des Sir R. Hardy kam der frühere britische Botschafter in Deutschland, Sir Frank Lascelles, zu Wort, der über die Beziehungen zwischen Deutschland und England sprach. Während es in England zahlreiche Leute gäbe, die daran glauben, so führte er aus, es sei Deutschlands Absicht, in einem günstigen Augenblick England zu überfallen, gäbe es in Deutschland eine Menge Leute, die der Ansicht sind, es sei Englands Absicht, die erste günstige Gelegenheit zu ergreifen, Deutschland zu überfallen und seine Flotte zu zerstören, bevor es zu mächtig werde. Die Mißstimmung zwischen den beiden Völkern könnte dahin führen, die Meinung aufkommen zu lassen, daß Verständigungen und herzliche Beziehungen zwischen ihnen unmöglich wären, bis ihre Stellung durch das Ergebnis eines Krieges endgültig entschieden wäre.

Ein Krieg zwischen England und Deutschland, so fuhr der Redner fort, würde jedoch einer der größten Unglücksfälle sein, der der Welt zustoßen könnte. Jedes Land würde sicherlich unberechenbare Verluste erleiden, und es wäre schwer zu begreifen, welchen Vorteil sie selbst von einem erfolgreichen Kriege erringen könnten. England könnte Deutschlands Flotte zerstören und demzufolge unbestrittene Vorherrschaft zur See erlangen; Deutschland könnte die Macht Englands verstümmeln und einige seiner Kolonialbesitzungen mit Beschlag belegen. Aber es wäre unfaßbar, daß irgend eine Macht die andere ganz vernichten oder nur mehr als einen vorübergehenden Vorteil, der durch die erlittenen Verluste mehr als ausgeglichen erscheinen würde, zu erringen.

Es läge keinerlei Grund für einen Streit vor und es schwebe keine Frage zwischen den beiden Ländern, die nicht durch Verhandlungen beigelegt werden könnte. Keinesfalls gäbe es eine, die einen Krieg rechtfertigen würde. Im Verlauf der Geschichte haben England und Deutschland niemals einen Krieg miteinander geführt. Bei mehr als einer Gelegenheit haben England und Preußen Schulter an Schulter einen gemeinsamen Feind bekämpft. Einige Engländer sagen jedoch, Deutschland sei der allgemeine Friedensstörer der Welt, es mische sich dauernd in Angelegenheiten, die es nichts angingen. Deutsche sagen wiederum, daß, obgleich Deutschland die größte Militärmacht Europas und dazu berechtigt wäre, eine Stimme bei der Beilegung der wichtigeren Fragen zu haben, betrachten es andre Länder, und namentlich England, als einen zu vernachlässigenden Faktor. Deshalb gibt es Leute, die den Krieg für unvermeidlich halten und die ihn am liebsten sofort geführt sehen würden.

Der Redner teilt nicht die Ansicht, daß der Krieg unvermeidlich wäre. Sogar wenn er es glauben würde, hielt er es für ratsam, ihn so lange wie möglich hinauszuschieben in der Hoffnung, daß es doch möglich sein würde, ihn zu vermeiden.

Ein großer Fortschritt im Interesse des Friedens wäre zu erreichen, wenn ein Mittel gefunden werden könnte, das Volk in beiden Ländern zu überzeugen, daß keinerlei Gefahr eines Angriffs bestehe. Er wäre nicht optimistisch genug, zu hoffen, daß irgendein großer Umschwung in der Stimmung der beiden Nationen unmittelbar herbeigeführt werden könnte. Man muß einen langen Zeitraum ins Auge fassen. Wenn man aber einmal die Idee loswerden könnte, daß jedes Land in Gefahr wäre, von dem andern angegriffen zu werden, würde eine Situation geschaffen werden, zur Errichtung wenn auch nicht einer herzlichen Freundschaft, so doch einer guten Verständigung zwischen den beiden Völkern. Das einzige Mittel, das der Redner für den gegenwärtigen Stand der Dinge vorzuschlagen vermöchte, wäre, daß jede Nation danach streben sollte, die andere besser kennen zu lernen. Viel Mißverständnis, dem ein großer

Teil der Mißstimmung zuzuschreiben ist, würde auf diese Weise beseitigt werden können.

☞

Die wahren Ursachen des Tripolis-Krieges. :: :: :: ::

Daß die Rüstungsfreunde aus der Tripolis-Aktion Kapital schlagen werden, ist nur zu klar. Nicht nur die alldeutschen Zeitungen deuten darauf hin, auch freisinnige Organe stoßen in dasselbe Horn. Da leitartikelt die freisinnige „Vossische Zeitung" (Morgenausgabe vom 8. Okt. „Was der Krieg lehrt") in folgender Weise:

„Dieser Krieg hat eine Moral, die, wie fast jede Moral, bitter ist. Sie lautet dahin, daß der Staat, wenn er schweren Gefahren vorbeugen und sich vor Schaden schützen will, keine höhere Pflicht hat, als stark zu sein. Weshalb ist China von Japan angegriffen worden? Weil es schwach war. An Bevölkerungsziffer den Japanern vielfach überlegen, hätten die Chinesen nicht einen blutigen Krieg und schwere Niederlagen über sich heraufbeschworen, wenn sie auch nur mit einigem Verständnis ihre Wehrkraft entwickelt hätten. Die Friedensliebe ist an sich eine rühmliche Tugend. Aber sie darf nicht zur Vernachlässigung der notwendigsten Verteidigungsmittel führen. Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Weshalb ist die Türkei in einen Krieg mit Italien verwickelt worden? Weil sie schwach war, weil die kurze Zeit des jungtürkischen Regiments die Jahrzehnte hamidischer Mißwirtschaft nicht wettmachen konnte; weil die italienische Flotte jeden Widerstand unschwer zu überwinden vermochte. Ein halb Dutzend türkische Dreadnoughts, und die Dinge zeigten ein anderes Antlitz."

Das ist natürlich eine sehr bequeme und billige (für den Verfasser billig; nicht fürs Volk!) Logik. Die Sache hat nur einen Haken. Warum — es drängt sich die Frage auf — hat Italien Tripolis dann nicht schon längst genommen? Warum nicht schon während der langen Jahre hamidischen Regiments? — Da muß doch noch ein andrer Grund dafür vorhanden sein als die fehlenden sechs türkischen Dreadnoughts!

Mir scheinen da die „Daily News" in ihrem Leitartikel vom 30. Sept., „War" betitelt, den wahren Ursachen des italienisch-türkischen Krieges etwas näher zu kommen, wenn sie schreiben:

„Von einem weiteren Gesichtspunkte aus entspringt der Krieg zwischen der Türkei und Italien geradenwegs aus dem Zwist zwischen diesem Lande und Deutschland. Unter dem Schatten dieses Zwists brach Frankreich in Marokko ein und regte den Neid Italiens an. Dieser Zwist ist es, der die Jungtürken schwächt und sie als willkommene Beute der italienischen Angriffsgelüste erscheinen läßt; es ist im letzten Grunde dieser Zwist, der Deutschland und England daran hindert, zusammenzuwirken, um sich vor einer gleichmäßig beide Staaten bedrohenden Gefahr zu schützen. Es hat in den europäischen Angelegenheiten in den letzten zehn Jahren keine Verwicklung gegeben, keine Bedrohung des Weltfriedens, deren letzte Ursache nicht der anglo-deutsche Zwist war. Er ist es, der der Welt eine fast unerträgliche Last von Rüstungen auferlegt hat, eine unaufhörliche Bedrohung, den Ruin des Völkerrechts, den jetzigen Krieg, und vielleicht, noch bevor einige Wochen vergehen, einen allgemeinen Zusammenprall bescheren wird. Welche Entschädigung ist dafür gegeben worden, um einen so ungeheuren Verlust auszugleichen? Wir können nichts entdecken und nichts ist jemals angedeutet worden. Es gibt nur einen Weg, um die gräßliche Krankheit zu heilen, unter der Europa leidet. Man muß die Ursache beseitigen. Diese Ursache ist der anglo-deutsche Zwist, und solange er die Welt verdunkelt, ist keine Hoffnung auf Gesundung und keine Aussicht auf Befreiung."

Sind es aber nicht gerade die Rüstungen, die wiederum die Ursache des anglo-deutschen Zwistes bilden, und sind es alsdann nicht in letzter Linie doch die Rüstungen, die den italienisch-türkischen Krieg hervorgerufen haben? Nicht die Schwäche eines Staates ist die Ursache des Eroberungskrieges, den ein andrer Staat gegen ihn führt. Die Schwäche der führenden Großstaaten, die sich in Eifersucht gegenseitig blockieren und sich durch fortwährende Rüstungen, die das Mißtrauen zeitigt, gegenseitig zur Unbeweglichkeit verdammen, das ist die Ursache solcher Kriege, die die Ruhe ganz Europas stören. Man höre doch endlich einmal auf, das alte, minderwertige Rezept von der allein selig machenden Kraft der Kruppkanone wie eine Litanei gedankenlos herunterzuplärren.

☞

General den Beer Portugael über die Kriegsgefahr.

Der bekannte Militärschriftsteller, der niederländische Generalleutnant den Beer Portugael, bespricht in einer Zuschrift an die „Nieuwe Courant" im Haag die Aussichten auf Erhaltung des Friedens, und äußert sich darüber in folgender Weise:

„Hoffnung und Furcht lösen einander noch ab. Im Gegensatz zu 1870 erleben wir zum Glück jetzt eine Zeit, in der weder Deutschland noch Frankreich nach einem Krieg verlangt, der vielmehr von den Regierungen und dem Kern der beiderseitigen Bevölkerung für ein namenloses Unglück gehalten wird. Wenn der Zustand auch noch nicht vollständig geklärt ist, so möchte ich doch auf einen Faktor aufmerksam machen, der zur Erhaltung des Friedens beitragen kann. Ich meine die außerordentliche Dürre und Trockenheit, die, von Amerika ausgehend, einen großen Teil von West-Europa heimgesucht hat und noch stets heimsucht, die Dürre, die viele Weiden versengt. Bäche, Brunnen und Quellen austrocknet und die Ernte teilweise vernichtet hat. Rechnet man dazu noch die Viehkrankheiten, die in Deutschland, Belgien und

den Niederlanden herrschen, und die beunruhigende Teurung der Lebensmittel für Menschen und Tiere, die in Frankreich und Belgien bereits aufständische Bewegungen veranlaßt hat, — dann steht man vor Zuständen von so hochernster Art, daß die Regierungen, wenn sie die Möglichkeit kriegerischer Erfolge abwägen, mit ihnen unter allen Umständen rechnen müssen. Das Heerwesen der beiden kriegführenden Staaten wird voraussichtlich in der besten Ordnung sein, aber eine dritte Macht hat auch ein Wort mitzusprechen, die Natur, die hier als gute Fee, als Beschützerin des Friedens auftritt. Wenn 500 000 Mann deutsche Truppen mit 10 000 Pferden, 500 000 Franzosen mit ebensoviel Pferden auf einem beschränkten Operationsgebiet gegenüberstehen, wo die Dürre jetzt die Felder versengt hat und wo empfindliche Wassernot herrscht, so können, wenn noch Mangel an Vieh und andern Lebensmitteln eintritt, für die Armeeverpflegung so gewaltige Schwierigkeiten entstehen, daß ihre Folgen für die Kriegsoperationen gar nicht zu übersehen sind. Aber nicht nur die Heere, sondern auch die Bevölkerung würde Unsägliches zu leiden haben. Hungersnot und Pestilenz würden im Gefolge des Krieges ihren Einzug halten, die Cholera hat bereits in die Tür geklopft, in den Gegenden, in welchen der Krieg wütet und schon Mangel und Elend hervorgerufen hat, würde sie einen fruchtbaren, vorbereiteten Boden finden, um fortzuwuchern und ganz West-Europa heimzusuchen. Der Krieg ist immer und unter allen Umständen ein Unheil und ein tieftrauriges Rechtsmittel, aber die Verantwortlichkeit der Machthaber und der Unterhändler ist eine geradezu entsetzliche, da es sich ja nur um ein Mehr oder Weniger von Handelsinteressen handelt. Ein Krieg aus solchen Beweggründen, der überdies alle zerstörenden Kräfte, über die man heute verfügt, entfesselt, wäre ein Verbrechen gegen die Menschheit. Kaiser Wilhelm und Fallières stehen dafür moralisch viel zu hoch."

Schwedischer Protest gegen die Tripolisaktion. :: ::

Die „Schwedische Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung" hat unterm 7. d. M. dem internationalen Friedensbureau in Bern folgende Resolution übersandt:

„Die schwedische Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung fordert die Friedensfreunde der ganzen Welt auf zu einem nachdrücklichen Proteste gegen das Verbrechen an der Menschlichkeit und an der Zivilisation, dessen Italien sich durch seinen barbarischen Ueberfall auf einen friedlichen Nachbarstaat schuldig gemacht hat. Zugleich ersuchen wir das internationale Friedensbureau in Bern, bei den europäischen Großmächten und den Vereinigten Staaten Nordamerikas um Vermittlung zwischen den Kriegführenden und zur raschesten Beendigung des Krieges anzusuchen. Wir beantragen schließlich, daß der künftige internationale Friedenskongreß unter keinen Umständen in Italien stattfinden darf, und daß das Bureau sofort die geforderten Schritte einleitet."

Hetzer-Arbeit. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Folgende Zeitungsnotiz wurde im September von der alldeutschen Presse verbreitet:

In der Schlußsitzung der Hauptversammlung des deutschen Wäschereikongresses, der in Köln stattfand, verlas der Vorsitzende, Herr H. E. Zerener (Berlin), eine im Laufe des Sommers an ihn gelangte Anfrage einer englischen Firma, ob der Deutsche Wäschereiverband nicht geneigt sei, dem englischen einen Besuch abzustatten, wie das schon im Vorjahre seitens der französischen Wäschereibesitzer geschehen war. Die Verlesung wurde durch den Zuruf unterbrochen: „Jawohl, wir wollen nach London gehen, um den Engländern gehörig den Kopf zu waschen!" Eine kurze scharfe Erörterung, in der das Wort „Marokko" mehrfach fiel, folgte, und der Vorsitzende stellte unter dem tosenden Beifall der aus allen deutschen Gauen Versammelten fest, daß er in völliger Uebereinstimmung sei mit den Anwesenden in dem Ausspruch: „Wir alle wollen nach England gehen, aber uneingeladen — und zu einer Stunde, die wir selbst bestimmen!"

Was hätten dieselben Blätter gesagt, wenn auf eine deutsche Einladung von englischer Seite eine so ungebührliche Abweisung erfolgt wäre?

Zu der Rede, die Sir Frank Lascelles für die englisch-deutsche Verständigung gehalten hat und die wir an anderer Stelle näher würdigen, hat die Berliner „Staatsbürger-Zeitung" (5. Okt.) nur folgenden Kommentar: „Das ist die dritte „Verständigungsrede" in 24 Stunden. Wenn die Engländer diese Ergüsse jetzt wieder für zweckmäßig halten, so ist das ihre Sache. In Deutschland dürften auch frühere Verständigungsschwärmer genug von der Sache haben."

Ist es nicht unerhört, mit welcher Offenheit sich die Kriegshetzer jetzt zu arbeiten getrauen. — Man vergegenwärtige sich nur, mit welcher Ausführlichkeit dieselben Blätter den geringsten Ausfall gegen Deutschland wiedergeben, und welches Gewicht sie einem solchen beilegen. Worte der Verständigung, von den ernstesten und führenden Männern gesprochen, sind für sie aber nur „Ergüsse". Was würde das famose Blatt schreiben, wenn in 24 Stunden drei englische Hetzreden gehalten worden wären.

Die famose „Post" hat sich in einem Leitartikel in ihrer Nr. 452 darüber aufgehalten, daß der deutsche Botschafter „der erste" war, der der französischen Republik anläßlich des Unglücks der Liberté kondolierte. Ein Leser dieses Blättchens spendet diesem Protest Beifall für die „wohlverdienten und kräftigenden

Worte", die es aus diesem Anlaß dem deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Schön, zuteil werden ließ, und hielt es auch für angezeigt, wenn dem Berliner Oberbürgermeister „einige kräftige Verse ins Stammbuch geschrieben" werden möchten, weil — nun weil er ein Begrüßungsschreiben des Londoner Lord-Mayor „in einem ungeschickt stilisierten, schwülstigen Schreiben" beantwortet hat. Auch findet es der entzückende Einsender unangebracht, daß der Berliner Oberbürgermeister anläßlich des Liberté-Unglücks sich „recht sehr beeilt" hat, nach Paris zu depeschieren. (!)

Man sieht, die Sehnsucht nach Flegeleien ist in jenen Kreisen unbezwingbar. Nur ja nichts tun, was wie Höflichkeit aussehen könnte; das könnte den Haß vermindern!

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" finden es jetzt wieder für angebracht, einen Artikel zu veröffentlichen, der betitelt ist: „Wie verwundete preußische Offiziere in Belgien behandelt wurden." Es wird von einem alten Weibe in einem belgischen Dorf erzählt, das vor 41 Jahren vor Verwundeten ausgespuckt habe. Der durchweg arrogant geschriebene Artikel soll natürlich dazu dienen, Erbitterung und Haß hervorzurufen. Einige Tage vorher stand die Nachricht in den Blättern, daß Belgien rüste, um seine Neutralität zu wahren.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" brachte Mitte September eine Nachricht, wonach in den Redaktionen der sozialdemokratischen Zeitungen bereits Siegesartikel vorbereitet lägen, um nach Abschluß der franco-deutschen Verhandlungen abgedruckt zu werden. Ungefähr in dem Sinne, daß die deutsche Regierung aus Furcht vor der Sozialdemokratie von einem Kriege abgesehen habe. Dieser Artikel sollte natürlich die Machthaber aufreizen, der Sozialdemokratie zu zeigen, daß sie vor ihr keine Furcht empfänden, indem sie zum Kriege schreiten.

Das sind nur einige Proben von dem Schlamme, den die Marokko-Erregung in Deutschland aufgewühlt hat.

Auf frischer Tat ertappt. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Das Werk der internationalen Verhetzung ist so raffiniert ausgeklügelt, daß es unendlich schwer wird, die Hetzer zu entlarven und an den Pranger zu stellen. Wir wissen ganz genau, daß ein ganzes Heer von Arbeitern am Werke ist, die Stimmung zwischen Deutschland und England zu vergiften. Durch Korrespondenzen verschiedenster Art, durch Entstellung oder Verschweigung von Tatsachen, durch die sensationelle Aufmachung nebensächlicher und an sich harmloser Geschehnisse wirken diese Burschen unentwegt, um die Stimmung in beiden Ländern so bedrohlich zu gestalten, daß man an die Möglichkeit eines Krieges glaubt und — — neue Waffen bestellt. Selten gelingt es, die geheime Minierarbeit dieser Banditen aufzustöbern oder einen von ihnen auf frischer Tat zu ertappen.

Der Zufall wollte, daß kürzlich einer dieser Ehrenmänner etwas tölpelhaft vorging und bei seinem Versuche der Brunnenvergiftung noch rechtzeitig ertappt wurde. Schade, daß für solche Verbrechen das Standrecht keine Gültigkeit hat. Es ist die Korrespondenz, die sich

„Der Preßtelegraph"

nennt, die jenes Verbrechen versucht hat.

Am 29. September berichteten die meisten deutschen Zeitungen, viele von ihnen unter einer herausfordernden Spitzmarke, über eine unerhörte Hetzrede, die der Lord der Marine, Mc Kenna, in Monmouthshire gegen Deutschland gehalten haben soll. Da befand sich u. a. folgende Stelle darin:

„Sicherlich hat sich einiges in unserm Lande geändert, seitdem Deutschland seine Einschüchterungsversuche, mit denen es über die Russen in Persien, ja selbst über Großbritannien im Orient siegreich gewesen ist, nunmehr auch auf Marokko übertragen hat. Die Regierung unsres Landes gesteht zu, daß in den deutschen Forderungen einiges enthalten ist, was unweigerlich zugestanden werden muß. England hat Frankreich immer empfohlen, Deutschland einen Teil zu geben. Seit dem Frontwechsel im Monat August bezüglich der Entschädigungen in Afrika hat England seinen Standpunkt nicht verlassen. Man darf in dieser gemäßigten Haltung nicht ein Zeichen von Schwäche sehen. Sie entspricht der Taktik der englischen Diplomatie, die von dem Verfahren in der Wilhelmstraße grundverschieden ist. In der Wilhelmstraße verlangt man viel, um wenig zu erhalten. In England wählt man mit dem ersten Wurf seine Stellung, auf der man bis zum Ende kämpft.

So war es stets. England ladet zum Frieden ein, zum Nachlassen in den Flottenrüstungen. Aber es gibt gleichzeitig die Versicherung: Wenn man eben darauf dickköpfig antworten und sich auf anderer Grundlage bewegen will, so wird England darin seine Haltung wahren, daß es seine Flotte aufrecht erhält."

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" fügen hinzu: „Diese Rede steht beispiellos in der Geschichte da." So ist es in der Tat. Sie wurde nämlich gar nicht gehalten. Der „Preßtelegraph", der sich diese englische Rede aus Paris (!) telephonieren ließ, veröffentlichte den dazu gemachten Kommentar eines antideutsch gesinnten Pariser Blattes als einen Teil der Mc Kennaschen Rede.

Zum Glück übernahm es das „Wolffsche Telegraphenbureau", den Schwindel aufzudecken. Sonst wäre er zwar nicht unbemerkt geblieben,

aber die Hetzblätter in Deutschland hätten sich gehütet, den Betrug einzugestehen. Auch heute können sie sich mit dem Bewußtsein beruhigen, daß „semper aliquid haeret". Wenn das Verbrechen auch aufgedeckt wurde, die Mißstimmung der Leser jener angeblichen Rede wird sich nicht völlig verflüchtigen.

William T. Stead hat an die deutschen und englischen Journalisten aus diesem Anlaß ein Schreiben gerichtet, das wir hier wiedergeben. Es lautet:

„Ich habe keine Ahnung von der Persönlichkeit oder der Nationalität dieses Verbrechers und weiß nicht, ob er ein Engländer oder ein Deutscher ist; aber er sollte zur Strecke gebracht und an den Pranger gestellt werden als einer der schlimmsten Verbrecher der Gegenwart, und sollte die schwerste Strafe erleiden, die die öffentliche Verurteilung auferlegen kann. Als ein alter Journalist, der sich immer bemüht hat, freundliche Beziehungen zwischen den beiden Völkern und ihrer Presse zu pflegen, wage ich es, meine deutschen und englischen Berufsgenossen dringend zu bitten, sich gegen den Erfinder der Rede Mc Kennas zu gemeinsamer Abwehr zu verbinden und ihn für immer von einem Beruf auszuschließen, dem er zur Unzier gereicht. Er ist ein internationaler Brandstifter, der ertappt worden ist, wie er in das europäische Pulverlager eine Fackel zu schleudern versuchte. Wenn es nach seinen Verdiensten ginge, wäre selbst der Galgen noch zu gut für ihn. Aber da unsre Gesetze keine Strafe für das schlimmste aller Verbrechen vorsehen, so ist es um so nötiger, daß das Publikum und die Presse energisch handeln, um einen Verbrecher zu brandmarken, der seine Beziehungen zu Nachrichten-Agenturen benutzte, um eine böswillige Lüge zu verbreiten, zu dem Zweck, den Krieg herbeizuführen."

Wir können diese kräftigen Worte Steads nur unterschreiben. Wenn man bedenkt, wie bei harmlosen Straßenexzessen die Teilnehmer oft mit jahrelanger Zuchthausstrafe bestraft werden, weil ihre Handlung in aufgeregter Zeit als erschwerend angenommen wird, so muß man es bedauern, daß man einen Kerl, der in einer politisch erregten Zeit solche Beunruhigung hervorruft, die schließlich in einen Krieg zweier Kulturvölker auszuarten droht, nicht ins Zuchthaus sperren kann. Dahin gehörte er.

Das Unerhörte an dieser Tat des „Preßtelegraph" ist, daß Mc Kenna in Wirklichkeit eine Friedensrede gehalten hat. Er sagte u. a., daß die Hoffnung bestehe, die Flotte im nächsten Jahre nicht vermehren zu müssen.

Dieser Fall ist zufällig entdeckt worden. Solche Fälle ereignen sich aber täglich und in großer Zahl, und die Missetäter wie die Missetaten bleiben unentdeckt. Was ist zu tun. um dieses Gesindel aus seinen Verstecken hervorzutreiben, wie kann man sich wehren gegen diese Pestmikroben der internationalen Verhetzung?

☞

Zwölf Milliarden Staatsschuld. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Die Kommission des österreichischen Reichsrates, die sich mit der Kontrolle der Staatsschulden für die frühere Wahlperiode befaßt hat, ist zum Schlußergebnis gelangt und legt die Ziffern über eine vier Jahre und zwei Monate umfassende Geschäftszeit vor. Nach ihrem Bericht ist die Staatsschuld innerhalb dieses Zeitraumes um $2^2/_{10}$ Milliarden gestiegen. Der Bericht gibt nachfolgendes detailliertes Bild: Stand der Staatsschuld vor vier Jahren und zwei Monaten 9 847 071 883 Kr. 56 H., Stand der Staatsschuld nach diesem Zeitraum 12 111 449 952 Kr. 90 H. Die Staatsschuld ist also gestiegen um **2 264 378 069 Kr. 34 H.** Davon entfällt nach Abzug der vom Staate übernommenen Eisenbahnschulden per 1 363 070 709 Kronen 10 H. auf die Verrechnung der Rentenschuld und auf den Anteil des Staates an den Anleihen für die Wiener Verkehrsanlagen im Betrage von 143 381 082 Kr. 47 H., zusammen der Betrag von 901 304 360 Kr. 24 H. Dementsprechend ist die jährliche Zinsenlast des Staates gestiegen von 394 207 541 Kr. 28 H. auf 477 844 662 Kr. 64 H., das ist um **83 637 121 Kr. 36 H.**, und nach Abzug der Jahreslast für die übernommene Eisenbahnschuld von 47 610 546 Kr. 7 H. um **36 026 574 Kr. 29 Heller.**

Diese letztere Summe bezeichnet die Jahresbelastung, die für den österreichischen Staat die Umtaufe des bosnischen Besitztitels, das Spielen mit dem Kriege, bedeutet.

☞

„Wir leben in einer Zeit der internationalen Verständigung". :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Bei der Uebergabe des Steuben-Denkmals, das die amerikanische Nation dem Deutschen Kaiser als Geschenk gemacht hat, hielt Richard Bartholdt, eines der Mitglieder der mit der Ueberreichung des Geschenkes betrauten Abordnung, eine Ansprache an den Kaiser, in der er u. a. folgendes sagte:

„Gibt es wohl zwei Völker, die auf der Tradition ungetrübter Freundschaft fußend und einer Zukunft noch innigerer Beziehungen entgegenblickend, besser berufen wären, in dem großen Humanisierungswerk der Zeit, in der Förderung von Kunst und Wissenschaft und in allen auf die Hebung der Volkswohlfahrt gerichteten Bestrebungen gemeinsame Sache zu machen? Wir leben in einer Zeit internationaler Verständigung, welche die Erkenntnis gereift hat, daß die friedliche Entwicklung wichtiger ist als alles, was die Völker entzweit, und Deutschlands vierzigjähriger Friede

bietet Amerika die Gewähr, daß es nur des Anstoßes bedarf, um die schon bestehende geistige Verständigung zur politischen Tatsache werden zu lassen. Möge der heutige Tag zum geschichtlichen Markstein solch glücklicher Entwicklung werden."

☞

Kriegsalarm in Spanien. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Spanien ist bis jetzt das einzige Land in Europa, in dem es keine pazifistischen Organisationen gibt. Erst seit 1910 besitzt es eine schwache interparlamentarische Gruppe. Nun scheint der Annexions- und Eroberungsdusel auch über dieses Land gekommen zu sein, was hoffentlich dazu beitragen wird, den Pazifismus auch auf der iberischen Halbinsel zu stärken. Der Ministerpräsident Canalejas schwingt die militärischen Fahnen und beschimpft den Pazifismus. Man höre, was er am 7. Okt. auf einem Bankett gesagt hat, das im Unterrichtsministerium veranstaltet wurde.

Aus den Bruchstücken dieser Rede, so sagt die „Köln. Ztg.", der wir diese Mitteilung entnehmen, die einzelnen Telegrammagenturen zugingen, läßt sich außer der Voraussage kriegerischer Ereignisse ein völliger Wechsel in der politischen Haltung des bis vor kurzem demokratischen Regierungsleiters feststellen. Er sagte: „Deutschland konnte seine Wunden aus den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts nicht heilen, ohne daß seine Heere die Grenzen überschritten hätten. Es verlor viel Geld und Blut, bis sein Boden ganz kultiviert und das wirtschaftliche Glück des Landes gesichert war. Italien, geschwächt durch Auswanderungen und die Opfer furchtbarer Unglücksfälle, griff zu kriegerischen Eroberungen. Wir können keine Ausnahme bilden. Wenn Spanien sich nicht zur Schmach der Feigheit verurteilen will, muß es das Beispiel dieser beiden mannhaften Völker nachahmen. Verloren ist ein Land, das seine Pflichten vernachlässigt, weil es noch nicht auf der Höhe seiner innern friedlichen Entwicklung steht." Und zu den akademischen Lehrern gewendet, sprach Canalejos: „Ich verlange von Ihnen, daß Sie nicht die unfruchtbare Idee dieses feigen Pazifismus, die der Begeisterung ihre Flügel lähmt und einen Verrat am Vaterland bedeutet, in den Herzen Ihrer Schüler großziehen! Solange das Vertrauen des Königs mich in der Leitung der Geschicke dieses Landes beläßt, wird kein Professor ungestraft soche Doktrinen verbreiten."

So also steht's in Spanien! Dieses verelendete, ausgesogene Volk, das noch unter den Wunden seiner Kolonialkriege blutet, hat es nötig, „nach berühmten Mustern" Geschichte machen zu wollen. Ist denn ganz Europa mit Blindheit geschlagen?!

☞

„Krieg und Wirtschaftsleben". .: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Unter diesem Titel finden wir in der Frankfurter Halbmonatsschrift „Das Freie Wort" (Nr. 13, 1911) einen mit „Mercator" unterzeichneten Artikel, in dem sich der Autor bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß die enorme Entwicklung des heutigen Wirtschaftslebens einen Krieg zwischen Kulturstaaten unmöglich macht.

„Bei einiger Ueberlegung", so schließt der Artikel, „muß man zu der Ueberzeugung gelangen, daß kein Mensch voraussagen kann, wie sich ein Krieg auf dem Kontinent in bezug auf Finanzen und Arbeiterschaft gestalten wird. Es soll Skeptiker geben, welche über alles Kriegsgeschrei Tränen lachen, weil sie felsenfest davon überzeugt sind, daß heute ein Krieg überhaupt total unmöglich ist zwischen Industriestaaten."

Das ist ja recht schön. Nur als Neuigkeit sollte man das nicht auftischen. Bloch hat, um dies zu beweisen, ein Werk in sechs voluminösen Lexikon-Oktavbänden geschrieben, und der Pazifismus predigt diese Erkenntnis seit einem Menschenalter.

☞

Anti-Kriegs-Kongress der französischen Gewerkschaften

Am 1. Oktober tagte in Paris eine außerordentliche Konferenz der an die Arbeiterkonföderation angeschlossenen Arbeiterbörsen und Berufsverbände, der über hundert Delegierte beiwohnten. Auf der Tagesordnung standen die Punkte: Verhalten im Kriegsfall, die Lebensmittelteuerung und der Kampf gegen die Unterdrückungspolitik der Regierung. Die augenblickliche Situation lenkte natürlich die Hauptaufmerksamkeit auf den ersten Punkt. Die Verhandlungen wurden mit Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Wie die Bataille Syndicaliste mitteilt, wurden von den Delegierten schwerwiegende Erklärungen abgegeben. Besonders wichtig war die des Vertreters des Bergarbeiterverbandes, Bartuel, der auf den im Jahre 1907 gefaßten Beschluß, auf die Kriegserklärung mit dem Generalstreik zu antworten, hinwies, und betonte, daß die Bergarbeiter bereit seien, diesen Beschluß auszuführen. Bemerkenswert war ferner die Uebereinstimmung zwischen Revolutionären und Reformisten in bezug auf die Kriegsfrage. Es wurde mit 111 gegen 5 Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgende Resolution angenommen:

Angesichts der immer noch offenen Möglichkeit eines Krieges und der gefährlichen Konsequenzen der durch den italienischen Krieg hervorgerufenen europäischen Verwicklungen erklärt die Konferenz der Arbeitsbörsen und Verbände:

Die Beschlüsse der Konföderationskongresse über das Verhalten der Arbeiterklasse im Kriegsfall kommen im Augenblick der Kriegserklärung zur Ausführung.

Die Konferenz erinnert an den Hauptpunkt dieser Beschlüsse: „Die Arbeiter sollen auf jede Kriegserklärung unverzüglich mit dem revolutionären Generalstreik antworten."

Demgemäß und zur Vorbereitung der Ausführung dieser Beschlüsse wird

1. an jede Gewerkschaft von der C. G. T. ein Rundschreiben gerichtet werden, das sie auffordert, unverzüglich ihre Mitglieder zur Ausführung der Beschlüsse im gegebenen Augenblick aufzufordern.

2. Jeder Verband muß sofort selbst darangehen, die besten Mittel zur Durchführung des Generalstreiks in seinem Beruf oder in seiner Industrie zu suchen.

3. Jede Arbeitsbörse, jeder Gewerkschaftsverband und jede isolierte Gewerkschaft hat in ihrer Mitte ein Subkomitee für den Generalstreik einzusetzen, vorausgesetzt, daß das Generalkomitee der Organisationen nicht selbst diese Aufgabe übernimmt. Die Subkomitees haben die Aufgabe, die antimilitaristische und antipatriotische Propaganda zu betreiben.

Diese Propaganda hat sich vor allem an die Bauern, die Arbeiter, die Angestellten und die Frauen zu richten. Die C. G. T. hat die Aufgabe, diese Propaganda sogleich zu unterstützen und zu regeln. Um für jede Eventualität gesichert zu sein, ruft die Konferenz jedem Arbeiter seine Pflicht in Erinnerung: Die Kriegserklärung bedeutet für ihn die Parole für die unmittelbare Einstellung der Arbeit.

☞

Das Kapital als Friedensgarantie. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In seiner großen Rede am Jenaer Parteitag hat August Bebel mit dem sozialistischen Dogma gebrochen, wonach die Kriege nicht früher aufhören werden, ehe der Kapitalismus nicht überwunden ist. Wir haben dieses Dogma immer für falsch erklärt und behauptet, daß heute die Kapitalistenwelt in ihrer übergroßen Mehrheit an einer Sicherung des Weltfriedens interessiert ist. Ist doch das Kapital selbst international geworden; es kennt keine Vaterländer noch Grenzen. Bebel wies auf die Beunruhigung der Börsen infolge der lange und geheimnisvoll sich hinziehenden diplomatischen Verhandlungen hin und sagte wörtlich folgendes:

„Obwohl wir in den letzten 20 Jahren um 30 000 Millionen reicher geworden sind, sind doch ganz kolossale Kapitalien investiert. Die deutsche Industrie und der deutsche Handel haben eine ungeheure Ausdehnung erlangt. Gewiß sind französische, englische und amerikanische Kapitalien in Deutschland angelegt, aber andrerseits gehen deutsche Kapitalisten ins Ausland, um dort ihre Gelder anzulegen, und ich sage offen: vielleicht die größte Gewähr für den Weltfrieden liegt in dieser internationalen Verschickung des Kapitals. Diese Verschickung macht einen Krieg zu einer ungeheuer gefährlichen Sache hüben wie drüben, und es wäre Wahnsinn, wollte eine Regierung die Dinge auf die Spitze treiben."

Ist die Internationalisierung des Kapitals (und nicht nur des Kapitals, sondern der ganzen Wirtschaft) als eine wichtige Friedensgarantie erkannt, dann ist es töricht von der Sozialdemokratie, das Proletariat als die allein am Frieden interessierte Menschenschicht auszugeben.

☞

Der Kampf gegen den Krieg. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In der „Zeitschrift für freiheitliche Politik und Literatur", die unter dem Titel „Die Aktion" in Berlin erscheint, leitartikelt ein Anonymus über den „Krieg", wobei hervorgeht, daß der Verfasser von einer Weltbewegung, die seit Jahrzehnten den Krieg behandelt, noch nichts gehört hat. Man lese folgende Zeilen jenes Artikels:

„Ist der Krieg ein Schrecken, so erhebt sich der Schrecken geradezu zur Tragik, wenn man bedenkt, wie schwach und selten (!) der Protest gegen das Ungeheuer des Krieges erschallt. So groß und anhaltend das Interesse der Menschen an Krieg und Kriegsproblemen ist, so geringfügig ist ihre Fähigkeit und so schwach ihr Wollen, gegen die massenweise Abschlachtung sich aufzulehnen. (!) Bei aller Gegnerschaft gegen den Krieg und bei aller Friedensliebe erhebt sich keine mächtige Stimme, die diesen Schrecken verdammt (!!!), und alle unendlichen Betrachtungen und Ueberlegungen über den Krieg und seine ursachlichen Voraussetzungen führen zu keiner eindringenden Einsicht über das Wesen des Krieges innerhalb der Volksmassen (!!), die auch auf die Möglichkeit seiner historischen Ueberwindung hinweisen könnte. Die Verurteilung des Krieges ist selten vom eigenen national-staatlichen oder parteipolitischen Egoismus frei, und die Ueberlegungen über den Krieg gehen selten dieser Erscheinung auf den Grund, sondern machen sich die zufälligen partiellen Ursachen zum Ausgangspunkt. Der Krieg gegen den Krieg als solchen wird nicht geführt."

Der Krieg gegen den Krieg wird nicht geführt! — So geschrieben in einer Nummer der Zeitschrift „Die Aktion", die am 4. September 1911 erschien! — Zwanzig Jahre nach Beginn der Friedensarbeit in Deutschland!

☞

Eine Zuchthaus-Vorlage gegen die Pazifisten? :: :: :

Durch die Zeitungen geht folgende Meldung:

„Nach der „Mil.-Pol. Korr." wird, wie bereits kurz mitgeteilt, von amtlichen Stellen erwogen, durch Aenderung der

Gesetze die Propaganda des Friedens zu beschränken. Die Erwägungen, die sonst bei unsern Regierungsstellen außerordentlich lange dauern, sollen in diesem Falle schon so weit gediehen sein, daß dem Reichstag bald dahingehende Entwürfe vorgelegt würden. Die genannte scharfmacherische Korrespondenz hofft natürlich zuversichtlich, daß die geplanten neuen Bestimmungen „hohe Freiheitsstrafen" für die dem Militarismus unbequeme Friedensagitation vorsehen. Nach Ausbruch eines Krieges soll es jedoch bei diesen Strafen keineswegs sein Bewenden haben, sondern dann soll nach dem Vorschlag der Korrespondenz mit Verführern und Verführten der allerkürzeste Prozeß gemacht, d. h. sie sollen auf Kommando der militärischen Befehlshaber standrechtlich erschossen werden."

Also Zuchthaus und Blei für jene „Verbrecher", die den Krieg beseitigen wollen. Das ist natürlich die Phantasie eines übergeschnappten Hitzkopfes. Aber selbst die Wiedergabe dieses Gedankens durch einzelne Zeitungen, wobei es nicht an Zustimmung fehlte, ist schon an sich etwas recht Trauriges. Auf der einen Seite Nobelpreise für Friedenskämpfer, Ordens-Auszeichnungen, Carnegiestiftung usw., auf der in Deutschland Zuchthaus und Galgen! —

☞

Das „wahre Wesen des Krieges"

schildert der bekannte Oberstleutnant a. D. O. Graewe in Neisse in einem „Am Scheidewege" betitelten Artikel („Nord und Süd", 2. Septbr. 1911) in folgender Weise:

„Hätten die Gebildeten unsres Volkes, die doch dessen Führer sein sollten, eine schwache Vorstellung von dem wahren Wesen des Krieges, es würde weniger über Marokko gesprochen werden. Aber welche Phantasiebilder herrschen da! Die Anpreiser des Krieges waren immer geschäftig, von ihm nur pikant Zurechtgemachtes zu zeigen, wie der Schlächter in seinen Laden Blumen stellt, um das Rohe zu verdecken, den Käufer zu bestechen. Der wahre Krieg hat gar nichts Erhabenes, Dramatisches. Sein innerstes Wesen, die Vernichtung des Gegners, ist sogar die häßlichste menschliche Tätigkeit, die man sich denken kann. Weil eben sein eigentliches Metier höchst unappetitlich ist, wurde stets alles Kriegerische mit besonderem Nimbus umgeben. Wer denkt sich aber noch viel, wenn er liest: Verlust: 100 Mann tot. Und doch stirbt kaum einer von diesen sofort. Die meisten leiden stunden- und tagelang seelisch und körperlich unendlich, ehe sie der Tod fortnimmt. Ich habe viele auf den Schlachtfeldern und in Lazaretten sterben sehen: alle schwer und sehr ungern. Ihre Qualen und die ihrer Angehörigen lösen aber keinen Klang des Verstehens bei ihren Nachkommen aus."

☞

Eine Schüler-Enquête über den Krieg. :: :: :: :: :: :: :

Dr. Stefan v. Màday, Realschullehrer in Innsbruck, berichtet im Oktoberheft der in Langensalza erscheinenden „Zeitschrift für Philosophie und Pädagogik" über eine Enquete, die er selbst in der Militär-Realschule in Innsbruck angestellt hat, die auf seine Veranlassung auch in andern österreichischen Schulen angestellt wurde, wobei den Schülern Fragen über das Wesen, die Nützlichkeit und die Nachteile des Krieges gestellt wurden. Als „vom Durchschnitt abweichend" registriert der Verfasser folgende Antworten:

„Krieg ist Mord unschuldiger Leute, welcher nicht bestraft wird."

„Der Krieg ist eine unsegenhafte, fürchterliche, schreckliche und schlechte Handlung des Menschen."

„Der Krieg ist entweder der Ausdruck bedrängter Volksgefühle oder der Ausdruck unermeßlicher Habsucht."

Die jüngsten Schüler (ca. 11 Jahre alt) gaben folgende Definition des Krieges: Eine Art Schlägerei. — Wenn die Menschen gemordet werden. — Große Rauferei zweier Länder. — Ein großes Blutbad. — Wenn zwei Könige aufeinander böse werden. — Raufen mit Säbel und Kanone. — Schießerei. — Eine sehr unnütze Sache. — Eine lange Tragödie. — Brüderlicher Streit. — Revolution. —

Das Ergebnis der Enquete wird weiter veröffentlicht werden.

Aus der Bewegung.

Ernst Freiherr von Plener. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 18. Oktober werden 70 Jahre vergangen sein, daß Ernst Freiherr von Plener in Eger geboren wurde. In Oesterreich schickt man sich an, dieses Jubiläum des hervorragenden Staatsmannes entsprechend zu feiern. Die Pazifisten — und zwar nicht nur die Oesterreichs — haben allen Grund, sich dieser Feier anzuschließen. Wenn auch kein Stürmer und Dränger, ist Ernst von Plener doch einer derjenigen, die für pazifistischen Fortschritt eingetreten sind. Als Mann von hoher Bildung und politischem Weitblick hat er sich in der interparlamentarischen Bewegung eine von allen Nationen anerkannte Stellung errungen. Seinem Einfluß ist es zu danken, daß die interparlamentarische Idee im österreichischen Abgeordnetenhause nach dem Tode Pirquets nicht verloren ging. Durch seine aktive Beteiligung an den interparlamentarischen Arbeiten nahm v. Plener auch indirekten Einfluß auf die Förderung des Haager Werkes. Der Entwurf eines allgemeinen obligatorischen Schiedsvertrages, den er 1906 der Londoner Interparlamentarischen Konferenz unterbreitete, wurde im darauffolgenden Jahre den Arbeiten der

Haager Konferenz zugrundegelegt und von dieser in ihrer übergroßen Mehrheit gebilligt. Ernst von Plener ist einer der von Oesterreich gestellten Schiedsrichter am Haager Hofe.

Wir wünschen dem Jubilar unverminderte Arbeitskraft und noch ein langes Wirken im Dienste der von uns vertretenen Idee.

Sitzung des Interparlamentarischen Rats. :: :: :: :: ::

Die XIII. Konferenz der Interparlamentarischen Union, die am 9. Oktober in Rom hätte zusammenstreten sollen, wurde — ebenso wie der XIX. Weltfriedenskongreß — aus sanitären Gründen vertagt. Die Konferenz entging dadurch, ebenso wie der Kongreß, der Unannehmlichkeit, in der Hauptstadt eines in einen frivolen Krieg verwickelten Landes tagen zu müssen. Und die verantwortlichen Leiter der Regierung Italiens wurden dadurch der Unannehmlichkeit enthoben, eine der internationalen Verständigung und der Förderung des internationalen Rechts dienende Körperschaft feierlich begrüßen zu müssen, während sie gleichzeitig den größten internationalen Rechtsbruch, den wir in den letzten Jahren erlebt haben, in Szene setzten. Wie unerwartet der Krieg von Tripolis selbst für die leitenden Kreise Italiens kam, beweist der Umstand, daß sowohl das Berner Friedensbureau wie das Interparlamentarische Amt mit den Römer Lokalkomitees harte Kämpfe wegen der Vertagung der beiden pazifistischen Veranstaltungen führen mußten. Die Italiener wollten um keinen Preis in eine Vertagung willigen. Sie hätten diesen Widerstand nicht geleistet, wenn nur ein schwacher Schein der Möglichkeit vorhanden gewesen wäre, daß die die beiden Kongresse protegierende italienische Regierung einen kriegerischen Ueberfall plane. Die Regierung selbst hätte sicherlich für eine Vertagung der Friedenskongresse gesorgt, wenn sie gewußt hätte, daß die Expedition nach Tripolis schon Ende September zur Durchführung gelangen werde.

Gewissermaßen als Ersatz für die vereitelte Konferenz und zum Zwecke der endgültigen Feststellung des Datums der Konferenz, die nunmehr für die Zeit um Ostern 1912 in Rom gedacht war, wurde eine außerordentliche Sitzung des Interparlamentarischen Rats für den 9. Oktober nach Paris einberufen. Diese Sitzung war außerordentlich stark besucht. Von den 21 in der Union vertretenen Parlamenten waren 17 durch 28 Delegierte vertreten. Nur Rumänien, Serbien, Griechenland und die Schweiz (?) hatten keine Vertreter entsandt. Hingegen waren entfernte Länder wie die Vereinigten Staaten und Japan vertreten. Auch die beiden kriegführenden Staaten Italien und die Türkei hatten Vertreter entsandt.

Ueber den Verlauf der Sitzung berichtet Reichstagsabgeordneter Prof. Eickhoff in der „Vossischen Zeitung“:

„Indes,“ so heißt es darin, „wenn nun auch die geschäftlichen Gegenstände der Tagesordnung formell erledigt wurden: die Versammlung stand dennoch von Anbeginn an unter dem Banne des Ereignisses, von dem die ganze Kulturwelt mehr oder weniger überrumpelt wurde, und es darf ruhig ausgesprochen werden, daß die Vertreter aller Staaten ohne jede Ausnahme das Vorgehen der italienischen Regierung einmütig beklagten und es als eine schwere Schädigung der Bestrebungen bezeichneten, denen die Interparlamentarische Union in den 22 Jahren ihres Bestehens mit ebensoviel Besonnenheit und Ausdauer wie glücklichem Erfolge ihre Dienste gewidmet hat. Und so konnte es nicht ausbleiben, daß die Empfindung, von der die Versammlung beseelt war, in einem vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Beschlußantrage ihren zwar maßvollen, aber darum doch nicht minder deutlichen Ausdruck fand. Zunächst wird darin gesagt, daß der Interparlamentarische Rat es vorläufig ablehnt, den Zeitpunkt der nächsten Konferenz zu bestimmen. Was hätte dies in der Tat auch für einen Zweck in einem Augenblick, wo man das Ende der Wirren im Mittelmeere noch gar nicht voraussehen kann! Oder man stelle sich einmal vor, die Konferenz hätte in diesen Tagen wirklich, wie es übrigens der Wunsch der Italiener bis zum letzten Moment war, in Rom getagt! Welch heillose Verwirrung würde dadurch entstanden sein, daß die italienische Regierung sich, wie es in dem Beschlußantrage weiter heißt, „so wenig von dem Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit hat leiten lassen, der die beiden Haager Konferenzen beherrscht habe!“ Die Kriegserklärung Italiens ist ja mit einer solchen Schnelligkeit erfolgt, daß die Möglichkeit einer Verständigung oder Vermittlung völlig ausgeschlossen war. Und so spricht der Interparlamentarische Rat zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Signatarmächte der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 sich auf die Pflichten besinnen, die ihnen diese auferlegt, und ein internationales Vorgehen herbeiführen werden, das der baldigen Wiederherstellung des Friedens zu dienen bestimmt ist. Dieser Beschluß wird allen Regierungen zugestellt werden.“

Die beiden italienischen Delegierten haben sich dabei der Abstimmung enthalten.

Das Ehepaar Mead in Europa. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Wie vor zwei Jahren haben Edwin D. Mead, der Sekretär der Bostoner Friedensgründung, und seine Frau, Lucia Ames Mead, auch in diesem Jahre während des Sommers Europa bereist und in verschiedenen Städten Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns Vorträge gehalten. In Berlin gab Mead die Anregung zu einer von Amerikanern zu errichtenden Kant-Gedenkhalle, auch sprach er auf dem dort stattgehabten internationalen Lehrerkongreß im

Verein mit Frau Mead und Miß Eckstein. In Leipzig gelang es ihm, den Grundstein zu einer Leipziger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft zu legen, deren Vorsitz Professor Ostwald zu übernehmen sich bereit erklärte. Später hielten die Meads noch Vorträge in Jena und Stuttgart.

Große Ehrungen wurden den beiden amerikanischen Pazifisten in Budapest bereitet, wo ihr Vortrag unter dem Präsidium des Grafen Albert Apponyi im großen Saal des Nationalmuseums stattfand. Dann folgte ein Bankett im „Grand-Hotel", an dem mehrere Minister und sonstige hervorragende politische Persönlichkeiten teilnahmen. Auch in Wien, wo die österreichische Friedensgesellschaft einen Vortragsabend veranstaltete, folgte ein zahlreiches Auditorium den interessanten Ausführungen der Vortragenden.

☞

Baronin Suttner in Rumänien. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Auf Einladung der „Deutschen Gesellschaft" in Bukarest wird Baronin Suttner am 9. November in der Hauptstadt Rumäniens einen Vortrag über „Die Bedeutung der Friedensbewegung" halten. Auch wird sie Stücke aus ihren Schriften zum Vortrag bringen.

☞

Auszeichnung für Justizrat Heilberg. :: :: :: :: :: :: ::

Justizrat Dr. Heilberg, Vorstandsmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und Mitglied des Berner Friedensbureaus, wurde anläßlich der Hundertjahrfeier der Universität Breslau durch die Verleihung des Ehrendoktorats der juristischen Fakultät ausgezeichnet.

Literatur und Presse.

Lynkeus, Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen. Dresden 1910. 223 S. 3 M.

Josef Popper — dies der Name, der sich hinter dem Pseudonym verbirgt — war der Ersten einer, die das neue Wissensgebiet der Menschenökonomie bearbeiteten. In seinem bereits 1878 erschienenen Büchlein „Das Recht zu leben und die Pflicht zu sterben" (3. Aufl., Dresden 1903) hat er auf die Bedeutung des Individuums hingewiesen, die die Menschheit vor lauter Wertschätzung ihrer großen Entdeckungen, Erfindungen und Einrichtungen bislang ganz vergessen hatte. In neuerer Zeit haben v. Lindheim und vor allen Dingen Rudolf Goldscheid die Werttheorie des Individuums weiter ausgebildet. Popper schließt sich durch das vorliegende Buch, indem er seine im „Recht zu leben usw." gegebenen Grundgedanken erweitert, diesen Arbeiten an.

Dieses Buch verdient es, unter die heiligen Bücher des Pazifismus aufgenommen zu werden. Neben Bloch, Novicow, Suttner, Norman Angell usw. wird fernerhin auch dieses Buch des großen Sozialphilosophen seinen Platz finden müssen. Es ist ein pazifistisches Buch durch und durch. Schon das Motto sagt es. Dieses lautet:

„Grundprinzip einer gesitteten Gesellschaftsordnung: Wenn irgendein, selbst noch so unbedeutendes, Individuum, das keines anderen Leben mit Absicht gefährdet, ohne oder gar wider seinen Willen aus der Welt verschwindet, so ist das ein ungleich wichtigeres Ereignis, als alle politischen, religiösen oder nationalen Ereignisse und als sämtliche wissenschaftlichen, künstlerischen und technischen Fortschritte aller Jahrhunderte und aller Völker zusammen."

Dieses Diktum ist ein Hebel, der an den Grundstützen der militaristischen Weltanschauung angesetzt wird, um sie von Grund aus zu sprengen. Das ist pazifistische Gesinnung, die der militaristischen mit ihrer Voraussetzung von Menschenopfern und Menschenverachtung die Stirne bietet.

Welche Beleuchtung findet die Phrase des Sterbens für das Vaterland durch diesen Lehrsatz. „Wenn jemand behauptet," so führt Popper aus, „die Kultur der ganzen Menschheit sei — objektiv gesprochen — doch wichtiger, als die einzelnen, vergänglichen Individuen, so setzt er stillschweigend voraus, daß es sich hierbei weder um ihn selbst, noch um seine Lieben handelt." Wie richtig das ist! Die ganze patriotische Phrase ist eben „altruistisch" in dem Sinne, daß sie die Aufopferung immer „den andern" empfiehlt und zumutet.

Treffend geißelt Popper jene Ruhmredigkeit, mit der gewöhnlich die „Taten der Vorfahren" gepriesen werden, „jene Taten, worunter fast immer Kriege verstanden werden". Man möchte sie „um keinen Preis ungeschehen wissen" usw. Die späteren Generationen haben „leicht reden", meint er; auch die bei Vollbringung jener Taten Gesundgebliebenen konnten so sprechen, „aber jene, die verstümmelt oder gar tödlich verwundet wurden und den Tod herankommen sahen, diese allein hatten die Befugnis, das Verständnis, dafür mitzusprechen". Aber über deren Stimmung bei ihrer Selbstaufopferung wird nichts berichtet. Popper gibt zu, daß die Taten der sich Opfernden als groß zu bezeichnen sind, fordert dafür aber das Moment der Freiwilligkeit. Ist ein Zwang angewendet worden, so bleibt die Tat im ganzen etwas Abscheuliches. Aber auch die Freiwilligkeit erscheint ihm nicht unbedingt die Größe der Tat zu rechtfertigen; er verlangt mit Recht den Nachweis, daß der Freiwillige, als er sich zur Tat entschloß, auch wußte, was er tue. „Sterben oder Verwundetsein sind für ihn nur leere Begriffe und ganz unbestimmte Vorstellungen." Dem Freiwilligen dürfe man erst dann glauben, wenn er schwer verwundet seinen Schritt nicht bereut und bereit ist, ihn zu wiederholen.

Unter der scharfen Kritik Poppers fallen alle Lügen, mit denen sich unsere Gesellschaft selbst betrügt oder mit denen sie einzelne ihrer

Mitglieder betrügt, wie ein mit einem Fußtritt zerstörter Sandhaufen auseinander. Es ist also ein wohltuendes Buch. Seelisches und physisches Behagen verbreitet es. Teils durch die innere Befriedigung, die die knorrige Logik bereitet, teils durch die Klarheit und Goethesche Hoheit des Stils und der durch ihn mitgeteilten Gedanken. Ich möchte es als ethisches Erbauungsbuch empfehlen. Schon der eine Satz darin, den man sich nicht fest genug einprägen kann, empfiehlt es dazu: „Man braucht sich der Ethik nicht zu schämen." F.

David J. Hill, Völkerorganisation und der moderne Staat. Einzig autorisierte Uebersetzung von Guenther Thomas. Berlin 1911. 248 S.

In der vorigen Nummer haben wir (S. 270) die englische Ausgabe des Hillschen Buches besprochen. Wir können heute auf die soeben erschienene deutsche Ausgabe dieser wertvollen Veröffentlichung hinweisen.

Die deutsche pacifistische Literatur hat durch diese Uebersetzung eine wertvolle Bereicherung erfahren. Hill liefert uns eine historisch-politische Begründung des Pazifismus vom Standpunkt des modernen Friedenspolitikers, der in der Friedensorganisation der Kulturwelt einen natürlich verlaufenden Prozeß erblickt.

Man wäre versucht, das ganze Buch hier wiederzugeben. Da das nicht angeht, so seien hier nur einige Stellen aus dem Kapitel: Ist der Krieg etwas Unvermeidliches? zitiert:

„Aber warum wird das Bestreben der Friedensadvokaten für „nichts als ein Traum" erklärt? Ist es wahr, daß der Friede nur ein Traum ist, und der Krieg die Wirklichkeit? Dauern nicht die Friedensperioden bedeutend länger als die Kriegsperioden? Welches ist dann der Traum und welches die Wirklichkeit? Wenn man bedenkt, daß noch nie der Preis eines einzigen Schlachtschiffes von sämtlichen Völkern der Erde zusammengenommen für Zwecke der rechtlichen Organisierung des Friedens ausgegeben worden ist, ist es dann nicht zum mindestens voreilig, zu sagen, daß ein weiterer Fortschritt in dieser Richtung unmöglich ist?

Wer will dann behaupten, daß der Krieg unter zivilisierten Völkern wirklich unvermeidlich ist? Wie oft haben die Unglückspropheten in ihrem Alpdrücken ausgerufen: „Es gibt Krieg!", und doch ist die Krisis vorübergegangen, das Mißverständnis ist aufgeklärt worden, es ist ein gerechtfertigtes Zugeständnis gemacht worden, und es hat keinen Krieg gegeben! Und was für Beweise gibt es, daß Krieg zwischen zivilisierten Staaten unvermeidlich ist? Ist es nicht besser, kein Dogma aufzustellen und sich lieber auf die Diskussion zugestandener Tatsachen zu beschränken? So viel zum mindesten ist gewiß, daß es in der Macht der großen Rechtsstaaten liegt, die Frage, ob Krieg oder Frieden, zu entscheiden; und mit gleicher Gewißheit kann behauptet werden, daß es keine Großmacht gibt, die einen Krieg mit irgendeiner andern beginnen möchte. Die größte und wirkliche Gefahr liegt darin, daß man die Gemüter der Menschen auf den Krieg statt auf den Frieden vorbereitet. Es gibt viele rein private Interessen, die den Glauben nähren, daß der Krieg unvermeidlich sei, und daß sich die Völker darauf vorbereiten müßten, aber vom Standpunkt des öffentlichen Interesses findet der Glaube von der Unvermeidlichkeit des Krieges nur sehr schwache Unterstützung. In den Tagen weit verbreiteten Aberglaubens war es leicht, die Menschen glauben zu machen, daß die menschlichen Geschicke von geheimnisvollen Mächten bestimmt würden, über die die menschliche Intelligenz keine Herrschaft habe, aber die Zeit ist vorüber, in der die Ansichten zivilisierter Völker durch solche Behauptungen beeinflußt werden konnten. Es gibt heute in der Welt keine nachweisbaren Rechte oder Interessen zwischen wohl organisierten modernen Staaten, die nicht ohne Blutvergießen geregelt werden könnten, und es würde schwer sein, zu zeigen, was für Vorteile der eine über den anderen erlangen könnte, durch die er für den Verlust an Menschenleben und Geld entschädigt werden könnte, den ein Krieg zwischen ihnen bringen müßte. — Ihr einer gemeinsamer Feind ist bereits erkannt und gebrankmarkt worden. Sein Name ist gegenseitiges Mißtrauen. Dieser Feind kann nicht durch Schnellfeuergeschütze oder durch mit Explosivstoffen beladene Flugzeuge oder durch Flotten von Schlachtschiffen besiegt werden. Nur ein Streiter ist dazu imstande. In der rechten Hand hält er das emporgehobene Schwert, aber es ist zerbrochen; in der andern zittert die Wage, die noch nicht probiert worden ist. Und doch müssen die Völker von der erhabenen Person der Justitia die Bestimmung ihrer Geschicke erfahren."

August Bebel, Aus meinem Leben. Zweiter Teil. Stuttgart 1911. 420 S. 3 M.

Für den Pazifismus ist aus der Lebensgeschichte des hervorragenden Parteiführers jener Abschnitt von größtem Interesse, worin das Verhalten der Sozialdemokratie während des Deutsch-Französischen Krieges und nach diesem geschildert wird.

Bebel erzählt noch einmal die Vorgeschichte des Krieges, die in dieser Darstellung bekannt ist. Nach ihm hat Bismarck den Krieg gewollt; er habe direkt darauf hingearbeitet und nur ein kleiner Kreis Eingeweihter, zu dem König Wilhelm, der nachmalige erste Deutsche Kaiser, nicht gehörte, habe von Bismarcks Absicht gewußt.

Aus den Schilderungen der Situation Frankreichs im Jahre 1870 ist zu erkennen, daß dieser fürchterliche Krieg, an dem wir noch leiden, hätte vermieden werden können, wenn es gelungen wäre, den Ausbruch etwas hinauszuschieben. Das ist als Argument gegen die frivolen Verteidiger des Präventivkrieges, den Bismarck ja selbst verwarf, von großer Bedeutung. Napoleon war krank und laborierte an einem Blasenleiden, das ihn ja einige Monate

später hinraffte. Die Revolution in Frankreich schien vor der Tür zu stehen. Ohne Gewalt wäre vielleicht „alles durchzusetzen gewesen, wenn Bismarck die berühmte „Depesche" nicht umredigiert und so den Kriegsausbruch forciert hätte.

Interessant ist es, in den Memoiren Bebels die Prosteste der damals noch schwachen Arbeiterpartei gegen den Krieg durchzulesen, so die Resolution der Landesversammlung, die am 17. Juli 1870 in Chemnitz zusammentrat und den Krieg verwarf, während am 16. Juli der Braunschweiger Parteiausschuß in einer Volksversammlung eine Resolution zur Annahme brachte, die Frankreich als den frivolen Friedensbrecher bezeichnete und die Berechtigung des deutschen Verteidigungskrieges anerkannte. Im Reichstag, der am 19. Juli zusammentrat, wagten es Bebel und Liebknecht nicht, persönlich gegen den Krieg zu protestieren. Sie taten es in einer schriftlichen Erklärung, deren Text in den Memoiren (S. 178 u. ff.) abgedruckt ist.

Der Braunschweiger Parteiausschuß, der den Krieg bis zur Kapitulation von Sedan für einen Verteidigungskrieg hielt, forderte nach Sedan den Friedensschluß und protestierte gegen den Gedanken einer Annexion Elsaß-Lothringens. Auch den Gedanken einer deutschen Republik brachte er in einem Aufruf zum Ausdruck. Das sollte dem Parteivorstand aber übel bekommen. Wenige Tage später wurden die Braunschweiger Führer der Partei verhaftet und in Ketten nach der Festung Lötzen in Ostpreußen befördert.

Die weitere Entwicklung der Dinge schildert Bebel in anziehender Weise und belegt sie zum Teil durch Dokumente. Man wird diese Schilderung des Kampfes gegen den Krieg und seine unmittelbaren Folgen mit Interesse lesen, wie überhaupt in den Memoiren reiche Belege zur Geschichte der ersten Jahre des neuen Reiches finden.

☞

Paul S. Reinsch, Public International Unions. Their Work and Organization. A Study in international administrative Law. Boston and London 1911. 189 S. cloth.

„Die wichtigste Tatsache, die unserer Generation zu Bewußtsein gekommen ist, ist die, daß die Einheit der Welt Wirklichkeit wurde. Die entferntesten Gegenden sind zugänglich gemacht worden; das große Wirtschafts- und Finanzsystem, bei dem die Hilfsquellen der Erde erschlossen wurden, ist zentralisiert; die psychische Einheit der Welt ist durch den Zeitungsdienst und das Druckschriftenwesen, wodurch im Zeitraum eines Tages oder einer Woche die gleichen Ereignisse allen Lesern in Buenos-Ayres, Kapstadt oder San Franzisco berichtet werden, hergestellt worden. Es sind immer die gleichen politischen Dramen, die überall Interesse, die gleichen Katastrophen, die überall Sympathie, die gleichen wissenschaftlichen Errungenschaften, die überall Freude erregen. Daß eine solche Einheit des Denkens und Fühlens, eine Einheit des Handelns nach sich ziehen muß, ist offenbar." — So, und noch eingehender, charakterisiert der Verfasser des vorliegenden Buches in der Einleitung das, was er den „neuen Internationalismus" nennt. Er betrachtet ihn als die Grundlage des neuen Pazifismus, den er in einer Weise definiert, daß der Verfasser leicht als ein Anhänger der in meinem „Revolutionären Pazifismus" entwickelten Idee erkannt werden kann. „Der ältere Pazifismus," so heißt es in der Einleitung, „war rein negativen Charakters. Der Krieg ist jedoch nur das Symptom eines allgemeinen Zustandes, bei welchem noch ein großes Gewicht auf lokale Interessen gelegt wird."

Reinsch gibt im II. Teil seines Buches eine anschauliche Darstellung der Entwicklung und Organisation der internationalen Verbände, die die Grundlage der Weltorganisation bilden. Er liefert uns eine historische und programmatische Darstellung dieser Union, wie sie in französischer Sprache das „Annuaire de la Vie internationale" bietet. Er behandelt das Thema in sechs Abschnitten. Im ersten werden die internationalen Verbände auf dem Gebiete des Verkehrswesens behandelt, im zweiten die des Wirtschaftswesens, im dritten die des Sanitäts- und Gefängniswesens, im vierten das internationale Polizeiwesen, im fünften die wissenschaftliche Organisation. Im sechsten Abschnitt behandelt Reinsch Organisationen mit einem beschränkt internationalen Umfang. Der dritte Teil des Buches behandelt „Die internationale Union der amerikanischen Republiken" wie „Die zentralamerikanische Union"; der vierte Teil das Verwaltungsgesetz des Haager Tribunals. Im fünften Teil finden wir eine interessante Untersuchung über „internationales Verwaltungsrecht und Staatssouveränität" und schließlich im sechsten Teil eine Erörterung über die „Internationale Union und ihr Verhältnis im Kriege".

Wie man sieht, ist das Reinschsche Buch eine wertvolle Bereicherung der noch nicht sehr umfangreichen Literatur der Wissenschaft vom Internationalismus.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Zeitschrift für Völkerrecht und Bundesstaatsrecht. Herausg. von Prof. Dr. Josef Kohler in Berlin, Prof. Dr. L. Oppenheim in Cambridge und Dr. Felix Holldack in Leipzig. V. Bd. 4. Heft. Breslau 1911.

Aus dem Inhalt: Josef Kohler, England und die Haager Landkriegsordnung. — Schoen, Die völkerrechtliche Bedeutung staatsrechtlicher Beschränkungen der Vertretungsbefugnis der Staatsoberhäupter beim Abschluß von Staatsverträgen usw. usw.

The American Journal of International Law. Vol. V. No. 3. July 1911. New York. Baker, Voorhuis & Company. With Supplement.

Aus dem Inhalt: Elihu Root, The Fonction of private Codification in international Law. — Paul S. Reinsch, The Concept of Legality in International Arbitration. —

The Pontifical Letter on international peace. — The Chamizal arbitration award. — President Taft on International peace. — Statement by the president of the Tribunal that the North Atlantic Fisheries award was a compromise. — Preventation of Pan-American gold medal to Andrew Carnegie. — The third national Peace Conference. — The Seventeenth Annual Lake Mohonk Conference. — usw. usw.

Bulletin of the Pan-American Union. July und August 1911. Washington Annual Review Numbers.

Annales de la Corte de Justicia centro-americana. Director Ernesto Martin. Tomo I. No. 1. Agosto 1911. San José, Costa Rica.

Aus dem Inhalt: Convención para el Establecimento de la Corte de Justicia Centroamericana. — Debate relativo al ingreso en la Corte del Nuevo Magistrado por Nicaragua, Doctor Gattierez Naras. — usw. usw.

The Taiyo. A. Journal of Politics, Commerce, Science and Literature. Editor in Chief, Dr. K. Ukita. Tokio. 1. Sept. (Japanische Revue mit einigen Artikeln in englischer Sprache.)

Aus dem Inhalt (in japanischer Sprache): Alfred H. Fried, Die neuerliche Entwicklung der Friedensbewegung in Deutschland.

Theodor Fuchs, Das Nationale und das Allgemein-Menschliche. Eine politische Studie aus Oesterreich. Wien und Leipzig. 1911. 16 S. 40 Heller.

—, Wissenschaft und Religion. Eine naturwissenschaftlich-philosophische Studie. Wien und Leipzig. 1911. 21 S.

Max Ried, Zur Soziologie des Krieges. Sep.-Abzug aus der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Jahrg. 1891 Heft 3. Tübingen. Nicht im Buchhandel.

Otfried Nippold, Die zweite Haager Friedenskonferenz. II. Teil. Das Kriegsrecht, unter Mitberücksichtigung der Londoner Seerechtskonferenz. Leipzig. 1911. 267 u. XVII S. M. 6.50.

Prof. Dr. Heinrich Lammasch. Der englisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag. Separat-Abdruck aus der „Oesterr. Rundschau" Bd. XXIX, Heft 1.

Prof. Ludwig Quidde, Zur Organisation der Interparlamentarischen Union. Fragen der Mitgliedschaft und des Stimmrechts. Durchgesehener und ergänzter Sonderabdruck aus der „Friedens-Warte". Berlin. Verlag der Friedens-Warte. 1911. 64 S. 60 Pf.

Josef Kolb, „Die letzte Reform". Mißstände der Gegenwart und ihre Behebung. Wien 1911. XV u. 175 S. M. 3.—.

Internationale Verständigung: Deutschland und Großbritannien. Eine Studie über nationale Eigentümlichkeiten. Festrede, gehalten am 3. August 1911 zur Eröffnung der Sommer-Ferienkurse an der Universität Oxford von the Right Honourable Viscount Haldane, I. B. M. Staatssekretär des Krieges. Autorisierte Uebersetzung von Dr. Rudolf Eisler. Verlag der „Friedens-Warte". Berlin 1911. W., Bülowstr. 66. 31 S. 50 Pf.

Paul Sarasin, Ueber nationalen und internationalen Vogelschutz, sowie einige anschließende Fragen des Weltnaturschutzes. Basel. Helking & Lichtenhahn. 24 S. 50 Pf.

VII. Congrès National des Sociétés françaises de la Paix. Clermont-Ferrand. 4., 5., 6. und 7. Juni 1911. Compte Rendu du Congrès par P. D. Clermont-Ferrand. 1911.

Bureau International des Fédérations d'Instituteur. Session de 1911. Réunion de Berlin.

L. Le Foyer, Organisation Internationale des Communications à la presse par les Sociétés de la Paix. Berne. Bureau intern. permanent de la Paix.

N. A. Nilsson, Fédération Internationale. Discours au XVIII. Congrès Universel de la Paix à Stockholm, le 6 Août 1910. Stockholm 1911. 15 S.

Baron de Stael-Holstein, La Réglementation de la Guerre des Airs. La Haye. Martinus Nijhoff. 1911. 80 S.

In't Zicht der derde Vredeskonferentie. Op Aanzoek van het algemeen Nederlandsch Verbond bewerkt door Ihr. Mr. Dr. B. de Jong van Beek en Donk. Dordrecht 1911. 231 S.

A Constitution for World-Wide Federation. Based upon the Constitution of the United States of America, amplified and adjusted for the „United Nations of the World". Vest.-Pocket Edition, No. 2. 24 S. 10 Cents.

B. R. Ward, Standardization in Education. London. Knowledge Organisation Bureau Ltd. 14 S. Mit Tabellen.

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

Völkerfriede (früher „Friedensblätter"). Eßlingen. Sept. O. Umfrid, Landläufige Einwendungen gegen die Friedensbewegung und ihre Widerlegung. — C. Simon, Friedensfrage und soziale Frage. — usw. usw.

— Okt. O. Umfrid, Der Raubzug der Italiener nach Tripolis. — Ernst Long, schiedsgerichtliche Möglichkeiten. — O. Umfrid, Der Kodex des internationalen Rechts. —

Der Friede (Bern). Sept. K. W. Sch., Ein Blick hinter die Kulissen. — K. W. Sch., Internationale Verständigung und Presse. — usw. usw.

La Paix par le Droit (Paris). August-September. Frèderic Passy, Ceux qu'il faut honore: Le Général Türr. — Lucien Le Foyer, La Légitime Défense des Nations. — Th. Ruyssen, La nouvelle constitution d'Alsace-Lorraine. — J. Prudhommeaux et J. L. Puech, Le VII. Congrès français de la Paix. — usw.

Les Etats-Unis de l'Europe (Bern). Sept. Le premier Congrès universel des Races. — usw. usw.
The Arbitrator (London). Sept. The Arbitration Treaty. — Text of the Anglo-American Treaty. — James Speyer, International Finance: A Power for Peace. — A Music-Hall History of England (A School History of England, by C. Th. L. Fletcher and Rudyard Kipling). — usw. usw.
Advocat of Peace (Washington). Sept. The Arbitration Treaties. — Text of the Anglo-American Treaty of Arbitration signed at Washington, August 3., 1911. — Richard Bartholdt, Let the Arbitration Treaties be ratified unchanged — Oscar S. Strauß, American Commercial Diplomacy. — Edwin D. Mead, International Organization for interracial Goodwill. — usw. usw.
The Messenger of Peace (Richmond, Ind.). August. John F. Hanson, New Denmark and her Hero. — usw. usw. Sept. —
The Herald of Peace (London). Sept. The American Arbitration Treaties. — — Charles Ford, War and Evolution. — A mediaeval Arbitration. — usw. usw.
La Vita Internazionale (Mailand). No. 17. Giuseppe Sergi, Il congresso universale delle razze a Londra et la pace. — E. T. Moneta, All' Idea nazionale. — usw. usw.
— No. 18. Roberto A. Murray, La guerra è un male? — Bernardo Montani, L'Impresa di Tripoli. — E. T. Moneta, La glorificazione di Crispi. — usw. usw.
Il Popolo Pacifista (Bonefro). Sept. Alma Dolens, Nel Giubeleo di nostra Patria. — usw. usw.
Vrede door Recht (Haag). Sept. Wittert van Hoogland, Jaarverslag van den Algem. Nederl. Bond „Vrede door Recht". — usw. usw.
Freds-Bladet (Kopenhagen). Sept. Niels Petersen, Kolonialpolitik. — Johanne Meyer, Verdensrace-Kongressen i London. — usw. usw.

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen: Prof. Wilhelm Förster, Blutiger Daseinskampf oder Weltharmonie. „Der Tag", 29. VIII. * Bertha v. Suttner, Der Sinn des Lebens. „Der Zeitgeist", 11. IX. * Theodor Heuss, Die Sozialdemokratie in Jena. „Die Hilfe", No. 38. * K. Kautsky, Der zweite Parteitag von Jena. „Die neue Zeit", 22. IX. * Oberstleutnant Hirzel, Antimilitarismus. „Deutsche Armee und Marine", 8. IX. * O. Umfrid, Sentimentalität in der Politik. „Der neue Alb-Bote" (Ebingen), 9. X. * Ders., Verfolgungswahn. „Der Beobachter", 7. X. * Graewe, Am Scheidewege. „Nord und Süd", X. * Prof. Richard Eickhoff, Die Interparlamentarische Union. „Voss. Ztg.", 9. X. * Stefan v. Máday, Schüler-Enquete über den Krieg. „Zeitschrift für Philosophie und Pädagogik", (Langensalza), X. * Alfred H. Fried, Der „Bankerott" der Friedensbewegung. „Kölnische Ztg.", 11. X.

II. Internationale Politik: Prof. Wilhelm Förster, Deutschland und der Islam. „Der Tag", 29. IX. * O. Umfrid, England und Deutschland. „Der Beobachter", 20. IX. * Ders., Löwengebrüll nach der Vorstellung. „Ulmer Ztg.", 22. IX. * Ders., Der englische Kriegsminister — ein Freund Deutschlands. „Der Beobachter", 11. X. * Eduard Bernstein, Neue Englandhetze. „Vorwärts", 1. IX. * Warum Krieg? „Kölnische Zeitung", 9. IX. * Conrad Haussmann, M. d. R., Deutschlands auswärtige Politik nach Bismarck „März" (München), 12. IX. * Z. Topalowitz. Die Aufrollung der Orientfrage. „Vorwärts", 29. IX. * Otto Corbach, Panamerika. „Der Staatsbürger" (München), No. 19. * Bertha v. Suttner, Tripolis und die Weltfriedensbewegung. „Neues Wiener Journal", 8. X. * Haldane und Deutschland. „Voss. Ztg.", 10. IX. * Arthur Ponsonby, Der Deutsche und der Engländer. Ein Vergleich. „Deutsche Revue", Stuttgart, X. * Der englische Kriegsminister Haldane über Deutschland und Grossbritannien. „Neue Preuss. (✠) Zeitung", 12. X.

III. Völkerrecht. Dr. Hans Wehberg, Die Frage der Verzinsung und Verjährung von Forderungen gegen Schuldnerstaaten. „Bank-Archiv", 1. IX. * Ders., Die Nichtigkeit italienisch-türkischer Verträge im Kriegsfalle. „Der Tag", 5. X. * Ders., Die Prozeßordnung des Haager Schiedshofes und die Versicherungsgesellschaften. „Oesterr. Versicherungs-Ztg." (Wien), 26. VIII. * Ders., Der zentralamerikanische Gerichtshof. „Oesterr. Versicherungs-Ztg." (Wien), 5. VIII. * Ders., Das Seekriegsrecht und der italienisch-türkische Krieg. „Neue Preußische (✠) Ztg.", 4. X. * Ders., Deutsch-englische Privatverträge im Kriegsfalle. „Weser-Ztg.", 19. IX. * Ders., Die Versicherung gegen Minengefahr und der italienisch-türkische Krieg. „Finanzielle Assekuranz-Revue" (Wien), 5. X. * Friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten. „Kölnische Ztg.", 8. IX. * Der Senat und die Schiedsverträge. „Kölnische Ztg.", 8. IX. * Jules C. Schröder, Die Handelsschiffahrt der Neutralen in Kriegszeiten, mit besonderer Berücksichtigung der Dardanellen und des Bosporus, I u. II. „Weser-Ztg.", 7. u. 8. X.

IV. Internationales: Albert Falkenberg, Internationale Beamtenliga. „Die Hilfe", Nr. 18. * Dr. van der Borght, Die Bedeutung eines internationalen statistischen Amtes für den Juristenstand. „Deutsche Juristen-Zeitung", 1. X.

V. Wirtschaftliches: Prof. Gustav Cohn, Ein neuer Weg zum Weltfrieden. „Der Tag", 12. IX. * Mercator, Krieg und Wirtschaftsleben. „Das freie Wort", Frankfurt a. M. * General Graf Luchino del Magno, Ueber die Millionenheere. „Deutsche Revue". * Max Schippel, Jaurès, Miliz und Abrüstung. „Sozialistische Monatshefte", 18.—20. Heft. * Jannasch, Die große Täuschung, „Export", 31. VIII.

Briefkasten.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Ich ersuche Sie hierdurch höflichst um Berichtigung der Briefkastennotiz in Ihrem Heft 8/9!

Ich bin heute noch Mitglied des Vaterländischen Frauenvereins und bin zum Beitritt s. Z. aufgefordert worden, obwohl man wußte, daß ich dem Friedensverein schon angehörte. Ihre Mitteilung kann ich nur durch Mißverständnis eines nicht in die Oeffentlichkeit gehörenden Privatgespächs

erklären. Hochachtungsvollst Frau Dr. R. Wirth, Cronberg.

Wir geben dieser Zuschrift gern Raum und freuen uns darüber, daß unser Gewährsmann schlecht unterrichtet wurde. Red. d. Fr.-W.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Anläßlich der Anwesenheit des Lord Mayors von London in Wien, begrüßte ihn der Vorstand unserer Gesellschaft in einem „Offenen Brief" in der „Neuen Freien Presse". Darin wurde die Tätigkeit des Lord Mayors auf pazifistischem Gebiete gewürdigt und auf die großen Verdienste hingewiesen, die sich der Lord Mayor um das Zustandekommen des englisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages erworben habe. Das Schreiben endigte in folgenden Worten:

Im Lichte dieser Ihrer eigenen Worte erscheint Ihr unsere Stadt so sehr erfreuender und ehrender Besuch gleichfalls die Bedeutung einer solchen Forderung zu haben. In der gegenwärtigen so bewegten Zeit, wo auf der einen Seite die energischsten und praktischsten Schritte zur Erreichung neuer harmonischer Zustände unternommen werden, und auf der anderen Seite die Gefahren der alten Zwietrachtszustände sich drohend erheben, ist jeder solche Austausch von Höflichkeit und Wohlwollen von Volk zu Volk, von Stadt zu Stadt von einer Tragweite, die über die bloße Formalität segensreich hinausreicht. Die Vertreter der Friedensidee haben daher doppelt Anlaß, Ihnen, Mylord Mayor, der Sie sich als einen Ihrer Gesinnungsgenossen und Mitstreiter offen bekennen, die Gefühle ihrer tiefsten Verehrung und Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen.

Für die Oesterreichische Friedensgesellschaft:
Die Präsidentin Berta v. Suttner.

☞

Zum italienisch-türkischen Konflikt.

Die New-Yorker Tageszeitung „World" veröffentlichte am 1. Oktober folgendes Telegramm: Das Prinzip der Vermittlung wäre einzig geeignet, in der gegenwärtigen Kalamität Abhilfe zu schaffen. Da die Amerikaner in den Friedensbestrebungen vorangehen, so richten wir an Ihre Regierung und an Ihr Volk die Bitte, in diesem Sinne zu handeln. Berta v. Suttner für die Oesterr. Friedensgesellschaft.

Ferner wurde nachstehende Resolution verfaßt, die von den Wiener Tagesblättern veröffentlicht wurde:

Anläßlich des Konfliktes zwischen Italien und der Türkei, der eine logische Folge über die schrankenlose Durchsetzbarkeit internationaler Ansprüche ist, fühlt sich die Oesterreichische Friedensgesellschaft wie die Friedensorganisationen der ganzen Welt verpflichtet, ihre warnende Stimme in der Oeffentlichkeit zu erheben und daran zu erinnern, daß es auch diesmal wieder nur eine kleine, allerdings mächtige imperialistisch-nationalistische Partei war, die zum Kriege drängte, während wir wohl wissen, daß unsere zahlreichen und aufrichtigen Gesinnungsgenossen in Italien wie auch anderswo leider noch nicht zu entscheidendem Einflusse gelangt sind. Um so dringender ist die Vermittlungspflicht aller Mächte nicht bloß zum Zwecke der ehesten Beilegung der Feindseligkeiten und der Verhinderung unnützen Blutvergießens und Wiederherstellung der persönlichen, kommerziellen Sicherheit in den von dem Kriege bedrohten Gebieten, sondern auch zur Befriedigung einer Forderung des allgemeinen europäischen Gewissens. Die Friedensgesellschaft fordert alle ihre Freunde im In- und Auslande auf, in diesem Sinne auf ihre Regierungen und Zeitgenossen zu wirken.

☞

Vortrag Mead.

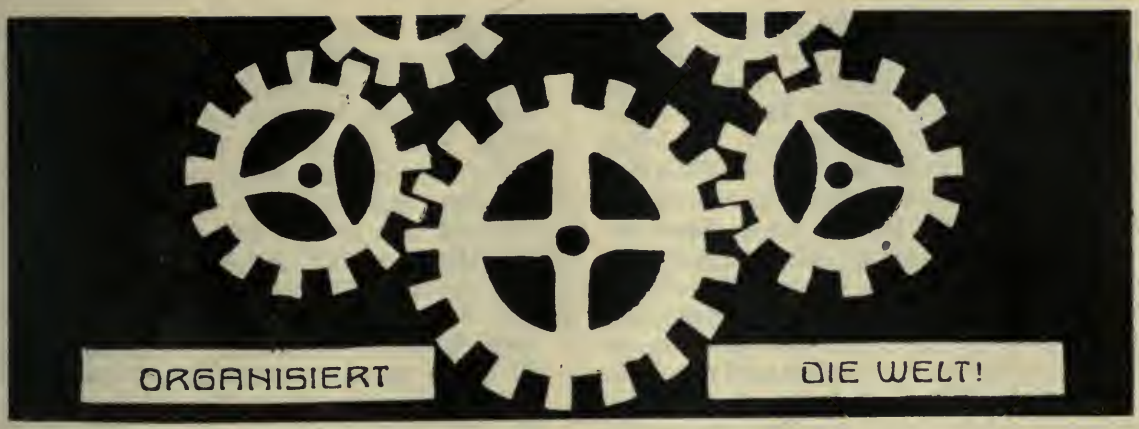
Der bekannte amerikanische Pazifist Edwin Mead, Sekretär der Weltfriedensstiftung in Boston, bereiste diesen Sommer England, Deutschland und Oesterreich-Ungarn, wo er in den großen Städten Vorträge über die Friedensbewegung hielt. In Wien sprach er am 12. v. M. über „das Zusammenwirken Amerikas und Europas für eine bessere Weltorganisation". Im Festsaale des Niederösterreichischen Gewerbevereins, in dem der Vortrag stattfand, hatte sich ein zahlreiches, distinguiertes Publikum eingefunden, das den ebenso wichtigen, wie auch zeitgemäßen Vortrag mit Interesse verfolgte und dem Redner für seine gehaltvollen Ausführungen reichen Beifall spendete. Der angekündigte Vortrag der Frau Mead mußte infolge eines Todesfalles unterbleiben.

☞

Schule und Friedensbewegung.

Ein kürzlich in der „Deutsch-österreichischen Lehrerzeitung" erschienener Leitartikel, der sich mit der Militärdienstpflicht der Lehrer befaßte, veranlaßte einen Herrn Franz Flossmann-Kraus, Lehrer in Oschelin, eine Erwiderung im gegenteiligen Sinne in der „Freien Schul-Zeitung" zu bringen. Bei dieser Gelegenheit konnte er sich's nicht versagen, die Tätigkeit der Friedensfreunde ein wenig herabzusetzen. Der Erfolg, den diese Erwiderung hatte, war überraschend für — die Friedensfreunde. Wie die Schriftleitung der „Freien Schulzeitung" mitteilt, sind nicht weniger als sieben Artikel von Lehrpersonen eingelaufen, die alle die Entgegnung des Herrn Flossmann-Kraus aufs entschiedenste bekämpfen. Raummangels halber konnte die Schriftleitung nur drei davon veröffentlichen. Wir konstatieren mit großer Freude, daß die Friedensbewegung auch in der Lehrerschaft immer stärkere Wurzel faßt, daß sich ihr die Spalten der Lehrerzeitungen öffnen und daß Ansichten wie die des Herrn Flossmann-Kraus vereinzelt dastehen.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien



November 1911.

Das Marokko-Abkommen.

Es ist ein großer Sieg des Pazifismus zu verzeichnen.

Ein gewaltloser Ausgleich auf Grund der Verständigung und gegenseitiger Konzessionen ist zwischen Deutschland und Frankreich unter den schwierigsten Umständen zustandegekommen. Die Zahl der nichtgeführten Kriege ist um einen neuen höchst wichtigen Fall vermehrt worden. Neben den siebenjährigen Krieg jener Aera, wo die gewaltsame Entscheidung zwischenstaatlicher Konflikte noch die Norm bildete, tritt ein bedeutungsvolles siebenjähriges Ringen um die Vermeidung des Krieges, das eben seinen Abschluß gefunden hat und das in seiner vollen Bedeutung vielleicht erst von einer späteren Generation erkannt werden wird.

Den Siegern des siebenjährigen Ringens um den Frieden wird man dereinst Denkmäler setzen.

Ein pazifistischer Sieg ist es, wie er großartiger noch nie dagewesen. Selten war die öffentliche Meinung erregter und verblendeter als in diesen Sommer- und Herbsttagen. Selten noch hat der vergiftende Einfluß der Kriegshetzpresse seine Wirkung auf weite und gerade einflußreiche Kreise des deutschen Volkes in so wirksamer Weise geltend gemacht wie in diesen Tagen. Es hätte eines Winkes bedurft, einer einzigen begeisternden Pose, und die Schreckensmaschinerie eines modernen Großmachtskrieges wäre in Bewegung gesetzt worden. Alle Lobpreiser des Krieges hätten diese Wahnsinnstat zu rechtfertigen gesucht. Die historische Notwendigkeit zu beweisen wäre ihnen leicht geworden, da sich ja der Konflikt mit einem Staate abspielte, der von den Fanatikern der internationalen Anarchie vorsorglich zum Erbfeinde abgestempelt ist. Die Gelegenheit zur Rechtfertigung des Krieges war tausendfach mehr gegeben als die Gelegenheit zur Erhaltung des Friedens.

Es war pazifistische Wirkung, die in dieser Tat zu erkennen ist. Wir wollen nicht so anmaßend sein und behaupten, daß wir Pazifisten diesen Frieden diktiert haben, daß etwa die Angst vor uns die Regierungen zurückgehalten habe, dem Ruf der Unvernünftigen Folge zu leisten. Wir wollen aber auch nicht so bescheiden sein, unerwähnt zu lassen, daß es der Geist ist, den wir seit einem Menschenalter züchten, der hier die Handlungen der Staatsmänner beeinflußt hat. Jener Geist der Solidarität, von dem Kaiser Wilhelm seinerzeit in Cuxhaven gesagt hat, daß er allmählich und stetig in die Handlungen der Staatsmänner übergehe. Wir wollen nicht unerwähnt lassen, daß es in hervorragender Weise jener Besonnenheit zu danken ist, die wir stets als die Voraussetzung friedlichen Ausgleichs zwischen den Staaten erklärt haben. Ist ein Streit erst den Leidenschaften entrückt, und auf die Grundlage vernünftiger Beratung gestellt worden, dann ist die unvernünftige Lösung, die nach Gewalt schreit, ausgeschlossen. Das haben wir immer erklärt und haben infolgedessen gesucht, die Mittel zu finden, die Einrichtungen zu schaffen und zu stärken, die imstande wären, im gegebenen Augenblick der Gefahr die kalte Vernunft zu beschützen vor dem Torengeschrei der Kriegsanbeter. Hier in diesem Marokkostreit hat unser Bestreben eine neue feierliche Sanktion erhalten.

Wie leicht wäre es gewesen, gerade diesen Krieg zu rechtfertigen, nachträglich seine Naturnotwendigkeit zu betonen und ihn als das geschichtliche Ergebnis einer langen Kausalkette hinzustellen. Und daß er vermieden wurde, macht die Niederlage der Kriegspartei zu einem Riesenereignis für die gesamte Weltkultur. Am 4. November haben die Kriegsanhänger des bestgerüsteten Volkes der Welt eine Niederlage erlitten, von der sie sich kaum mehr erholen werden. Heute schreien sie noch und bewerfen sie die Regierung mit fürchterlichen Vorwürfen, und wir Pazifisten sind es, die in der freudigen Lage sind, die Reichsregierung gegen den Ansturm der Reichstagsmehrheit und der sogenannten nationalen Presse in Schutz nehmen zu können. Die Worte, die der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg am 9. November zur Vertretung des Marokko-Vertrages gesprochen hat, werden in der Geschichte der pazifistischen Entwicklung als wertvolles Dokument bestehen bleiben. „Wer es für die Aufgabe ansieht," so heißt es in jener denkwürdigen Rede, „erstrebenswerte Länder durch den Krieg zu erobern, der könnte doch ebensogut, wenn nicht vielleicht noch besser, wie auf Marokko auch auf andere Länder verfallen." Das sind goldene Worte, die einen Markstein bedeuten in der Geschichte des Pazifismus; das sind goldeue Worte, mit denen das Programm der Kriegshetzer in Deutschland geächtet wird von seiten der deutschen Regierung. Wir können diesen Worten unumwunden zustimmen und dem Reichskanzler unseren Beifall ausdrücken, wenn er zum Schluß seiner großen Rede schlicht und einfach auf die hohe Bedeutung der Tatsache hingewiesen hat, daß es zum ersten Male gelungen ist, „sich über eine ernste und schwere politische Frage, die den Keim großen Unheils in sich bergen konnte, mit unserem westlichen Nachbar im Vertragswege zu verständigen". Das ist der Triumph einer pazifistisch gerichteten Politik.

Wir sind nicht immer eines Sinnes mit Kaiser Wilhelm. Wir können daher nicht in den Verdacht kommen, Liebedienerei vor einem Thron zu treiben, wenn wir es hier offen und unumwunden aussprechen, daß die gesamte Kulturwelt dem Kaiser zu Dank verpflichtet ist. In seiner Macht hat es gelegen, dem Gang der Verhandlungen eine andere Wendung zu geben. Ein Wort von ihm hätte genügt, und die Schrecken, die wir jetzt in Nordafrika sehen, wären, zum Kubik erhoben, mitten in Europa vor sich gegangen. Es ist sicherlich nicht die Mehrheit des deutschen Volkes, aber ganz gewiß die Mehrheit des einflußreichsten Bruchteils des deutschen Volkes, die heute diese Tat, diese Friedenstat des Kaisers, mißbilligt. Aber die Erregung wird weichen und wird höherer Einsicht Platz machen. Und so wie sich nach der Konfliktsperiode in Preußen der Haß der Einflußreichen gegen Bismarck und den ersten Wilhelm in frohe Begeisterung und Verehrung gewandelt hat, so werden sich die Anschauungen der deutschen Bürger in dieser neuen Konfliktsperiode auch noch einmal wandeln. Und diesmal ist es eine Konfliktsperiode, die statt des Krieges den Frieden zum Ziel hat. Dann wird man vielleicht zu begreifen anfangen, daß in diesen Marokkotagen Kaiser Wilhelm II. seinen Namen eingeschrieben hat für alle Zeiten in das Buch, in dem die großen Wohltäter der Menschheit verewigt sind. Wir können das sagen, weil wir auch schon anders gesprochen haben. Aber die Pflicht gebietet uns, diesmal so zu sprechen und einen Ruhm zu verkünden, den eine urteilslose Menge verdunkeln will, der aber höher steht als alle Ruhmestaten der letzten zwei Menschenalter.

Freilich, wir wissen es; dieses Lob aus unserem Munde wird für den Kaiser und seine Regierung von der tobenden Menge der nationalen Prahler und Haudegen zu einem Vorwurf gewandelt werden. Schon erdreisten sich freche Schreiber, das Wort „Wilhelm der Pazifist" in beschimpfendem Sinne anzuwenden und der Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie durch ihre zu offen bekundete Friedensliebe den politischen Einfluß des Deutschen Reiches gefährde, daß sie das Reich um jenen Kredit bringe, den es nach der Anzahl seiner Bajonette und Kruppkanonen beanspruchen könnte. Diese Toren! Wie verkennen sie das Wesen unserer Zeit! Sie glauben, daß es genügt, mit der Faust auf den Tisch zu hauen, um die andern Staaten dadurch glauben zu machen, daß man zum Kriege entschlossen sei. Sie wissen nicht, daß heute der Krieg ein offenes Rechenexempel für jedermann ist, daß es bei der internationalen Politik kein Bluffen gibt. Wenn die Reichsregierung noch so resolut mit dem Säbel rasseln würde, könnte jede andere Macht genau wissen, ob dieser Haltung auch die Tat folgen kann. Es könnte jede Regierung darüber im klaren sein, ob das gerade vorliegende Streitobjekt geeignet ist, alle jene Risiken zu rechtfertigen, die ein moderner

Kriegsmaschinenkrieg für einen Staat mit Welthandel und Weltindustrie und 65 Millionen Einwohnern mit sich bringt. Da nützt kein Bluffen! Daß man mit Kanonen nicht nach Spatzen schießen kann, weiß heute jeder Mensch, und im Verhältnis zu dem Aufwand, den ein moderner Krieg mit sich bringen würde, stehen alle europäischen Streitfälle in einem Grad vollkommener Unvereinbarkeit. Unsere Kriegsklugen, die da meinen, daß man mit dem Säbelrasseln noch politische Geschäfte machen könne, übersehen ganz, daß gerade infolge des wahnsinnigen Rüstungswettbewerbs eine Entwertung der Rüstungen vor sich gegangen ist, ähnlich wie durch die große Goldproduktion der letzten Jahre eine Entwertung des Geldes eintrat. Man kann heute nach Tripolis gehen, um seine Rüstungen unter günstigen Verhältnissen einmal auszuproben, man kann aber nicht mehr nach Frankreich oder Deutschland, nicht nach England oder sonst wohin gehen, wo man weiß, daß die Gegenkräfte ebenso gefährlich sind wie die eigene einzusetzende Kraft.

Darum ist der Einwand der Machtpolitik-Anhänger, daß die Offenbarung eines Friedenswillens zum Nachteile eines Staates gereichen kann, mehr kindisch als bösartig. Ebenso kindisch wie die Behauptung, daß die Entschlossenheit zum Frieden gleichbedeutend sei mit der Erhaltung eines „Friedens um jeden Preis“. Man könnte den Erfindern und Nachplapperern dieses Schlagwortes das Goethewort entgegenhalten: „Wie magst du deine Rednerei nur gleich so hitzig übertreiben“. Von einem „Frieden um jeden Preis“ ist bei den Pazifisten nie die Rede gewesen, ebensowenig wie wir von einem innerstaatlichen Frieden um jeden Preis sprechen können. Wir sagen nicht „Fiat pax et pereat mundus“; wir wissen, daß es Fälle geben kann, wo Staat und Volk befugt sind, „vom Himmel zu holen ihre ewigen Rechte“. Man übersehe aber nicht, daß wir Pazifisten unser Werk nicht damit anfangen, das Dach zu errichten, ehe das Haus dasteht; nicht den Krieg als unvermeidlich hinstellen, so lange der Angriffskrieg nicht ausgeschlossen erscheint, daß vielmehr unser Hauptstreben vorerst dahin geht, aus dem Staatenleben jene Konflikte auszuschalten, die einem Volke das Recht geben könnten, sie durch Gewaltanwendung zu beseitigen. Wir erkennen das Recht des Staates auf Notwehr an, und deshalb sind wir nicht für den „Frieden um jeden Preis“. Aber wir glauben nicht, daß die Erwerbung einer Kolonie, einer Bahn, eines Handelsvorteils, einer Einflußzone, jemals einen Krieg rechtfertigen können. Und gerade der Marokkovertrag hat diese unsere Annahme aufs neue bestätigt.

Ueber den Inhalt des Vertrages selbst ist wenig zu sagen. Er sieht ganz unscheinbar aus, und wenn man ihn durchliest, und all diese Bestimmungen über Handelsvorteile, Bahntrassierungen, Zollvorschriften usw. ins Auge faßt, ist es unerfindich, wie es Leute geben konnte, die nur einen Augenblick daran denken mochten, daß um all dieser Konzessionen willen, selbst wenn sie zu verzehnfachen gewesen wären, die Mobilisierung des deutschen Heeres und der deutschen Flotte gerechtfertigt hätte erscheinen können. Es ist sogar zweifelhaft, ob die Schäden, die allein die Kriegstimmung dieses Sommers erzeugt hat, durch die Konzessionen des Marokko-Vertrages in einem Jahrzehnt hereinzubringen sein werden. Sicher aber ist, daß die Schäden, die der Krieg selbst erzeugt hätte, auch im Falle eines deutschen Sieges in einem Menschenalter nicht ausgeglichen worden wären. Von einem Vorteil gar nicht zu reden.

Doch zeigt uns jenes denkwürdige Abkommen drei Momente von großer pazifistischer Bedeutung: Es ist möglich, Landbesitz ohne Krieg zu erwerben; es war möglich, daß Deutschland und Frankreich trotz ihrer jahrzehntelangen großen Gegensätze sich friedlich verständigen konnten. Und daß man für die Beseitigung künftiger Reibungen aus diesem Vertrage an den Haager Schiedshof gedacht hat, ist auch ein erfreulicher Beweis dafür, wes Geistes Kind er ist.

Mögen die Kriegsenthusiasten heulen und jammern. Sie haben allen Grund dazu. Es geht ein Ringen zweier Weltanschauungen durch die Zeit: der Weltordnungsparteien und der Weltanarchisten. Die letzteren wissen, es handelt sich um ihren Untergang. Und diesen zu beklagen hat niemand einen Anlaß, dem die Liebe zum Vaterland und die Liebe zur Menschheit im Busen wohnt.

A. H. F.

Tripolis und die Friedensbewegung.

Von Bertha v. Suttner.

Aus einem am 6. November in Budapest, am 9. November in Bukarest gehaltenen Vortrag.

Ueber den italienisch-türkischen Krieg will ich sprechen, und zwar vom Standpunkt des Kampfes um den Weltfrieden, d. h. also gegen den von Italien unternommenen Eroberungszug, nicht aber gegen Italien oder die Italiener.

Begehen wir in unseren Urteilen nicht den verhängnisvollen Fehler, immer ein ganzes Volk verantwortlich für das zu machen, was einzelne aus diesem Volke vorbereiten, herbeiführen und ausführen.

In anderen Völkern sind gerade so viele Einzelne vorhanden, die bereit wären dasselbe zu tun, was wir der ganzen Nation vorwerfen, in deren Mitte zufällig das geschieht, was wir als Schuld betrachten und sehr irrtümlich als Schuld der betreffenden Nation zu betrachten gewohnt sind.

Die Schuld, die wirkliche, liegt wo anders. Sie liegt in dem ganzen noch rückständigen Zustand unserer zeitgenössischen Kultur, wo der Krieg noch als legitim, als notwendig, sogar als heilsam oder gar heilig gilt, wo er mit einem Wort Institution ist.

Ist denn das zwischenstaatliche Faustrecht, das Expansionsrecht, das Eroberungs-, richtiger Raubrecht nicht noch ein Teil des sogenannten Völkerrechts? O dieser widersinnige Name „Völkerrecht" für das Recht der armen Völker, sich auf Befehl gegenseitig niederzumetzeln!

Siegreich war ja der Friedensgedanke noch lange nicht ans Ziel gelangt, aber wie sehr durchdrang er schon das öffentliche Bewußtsein, wie sehr war das Bedürfnis, die Sehnsucht der Völker nach Zusammenarbeit, nach Sicherheit, nach Gerechtigkeit schon herangewachsen, wie sehr der Abscheu gegen Massenschlächterei verbreitet — so sehr, daß die Rüstungssteigerungen sich nur mehr damit rechtfertigen und durchsetzen konnten, daß sie sich als die Garantie des Friedens ausspielten. Der Krieg wurde sozusagen nur mehr als Abwehr des Krieges, als Verteidiger gegen Angriffe, als letzte Notwehr proklamiert — und da plötzlich, durch jenes italienische Ultimatum, durch die darauf nach vierundzwanzig Stunden, trotz angetragener Verhandlung, erfolgte Kriegserklärung und Ueberfall, trat der Krieg wieder in seiner ganzen arroganten brutalen Selbstherrlichkeit auf, ganz ohne Mäntelchen, ohne Maske — als die Bejahung des schrankenlosen Rechts des Stärkeren, des Eroberungsdranges, der Gewaltherrschaft!

Welch ein Beispiel! Welch Präzedenzfall, der in Zukunft der Gewalt Tür und Tor offen hält!

Alle die im Haag eingesetzten Statuten, Verträge, Verpflichtungen, alle die dort proklamierten Grundsätze sind vergessen, verleugnet, sind als wären sie nie gewesen.

Sie sind aber gewesen; sie sind als ein Licht in die Finsternis der alten Aera gedrungen, und dies Licht kann momentan verdunkelt erscheinen — verlöschen kann es nimmermehr.

Und da sagt man: bankerott sei der Pazifismus. Nein — bankerott ist der bewaffnete Friede, der uns keine, gar keine Sicherheit gewährt, bankerott sind jene offiziellen Versicherungen, Verträge und Uebereinkommen, hinter denen keine Aufrichtigkeit, kein entschlossener Wille lebt, und der Augenblick ist gekommen, wo die Kämpfer für die neue Aera in hellen Scharen herbeieilen sollten, um dem zwar sicheren, aber gar zu langsamen, und zu oft noch unterbrochenen Fortschrittswerke Kraft und Beschleunigung einzuflößen. Die Institutionen müssen ausgebaut und gefestigt werden, durch welche der Rechtsverkehr der Völker geregelt zu werden hat.

Der Feldzug gegen den Krieg — denn ein solcher ist ja der Pazifismus — hat, wie die meisten Feldzüge wechselndes Glück in seinem Verlauf. Erfolge und Schlappen, gewonnene und wiederverlorene Positionen, gewonnene und verlorene Schlachten.

Die Menschen haben mit ihrem Kampf für den Frieden nicht darauf gewartet, daß der Krieg physisch unmöglich gemacht werde. Sie sind schon lange am Werk. Und erreicht ist schon unendlich viel. Nicht nur sind die Forderungen für die neue zwischenstaatliche Rechtsordnung energisch und klar aufgestellt, es sind auch schon greifbare, tatsächliche Ergebnisse vorhanden: Institutionen sind aufgerichtet, Verträge sind geschlossen, das Haager Werk steht da mit seinem Tribunal, mit seinem schon nahvollendeten Friedenspalast, mit seinen Gesetzestafeln, mit seinen als ständig eingesetzten Konferenzen, mit seiner ganzen potentiellen Kraft.

Diejenigen, die den Krieg lieben und den Krieg wollen, die glauben, daß sie die kriegsüberwindende Macht des Haager Werkes aus der Welt schaffen können, indem sie es ignorieren, indem sie es behandeln, als wäre es Luft.

Die tripolitanische Aktion war nicht nur ein Attentat gegen die Türkei, sondern ein Attentat gegen den Haag. Und das Verhalten sämtlicher europäischer Kabinette ist eine passive Beteiligung an diesem Attentat. Die Kabinette stehen nämlich unter dem Banne der alten diplomatischen Denkweise: höchster Respekt vor dem Krieg. Nach dieser Denkweise ist Krieg die Fortsetzung der Politik und Politik die Fortsetzung des Krieges.

Aber neben der alten Denkweise gibt es eine neue, die hat keinen Respekt vor dem Krieg. Sie kann wohl Achtung und An-

erkennung für die Krieger haben, die unter der Herrschaft der alten Begriffe mit Aufopferung, mit Tapferkeit, mit Größe ihre Pflicht tun. Mit dem Begriffe jedoch ändern sich auch die Pflichten. Die Pflicht des neuen Geschlechtes wird sein, den neuen Forderungen der Zeit, dem neuerwachenden Weltgewissen Genüge zu tun.

Die Frage erhebt sich nun, was sind in der gegenwärtigen Bedrängnis die nächsten Aussichten und Aufgaben der Friedensbewegung? Und wie sollen ihre Anhänger sich verhalten, jetzt wo sie wieder dem wohlfeilsten Spotte ausgesetzt sind, wo die Gegner über den Bankrott des Pazifismus triumphieren.

Vor allem: standhaft bleiben, nicht einen Zoll breit vom Boden unserer Prinzipien weichen. Man kann ja nicht einmal sagen, die Ereignisse hätten uns Unrecht gegeben. Wir haben ja niemals behauptet, der Friede (d. h. der internationale gesicherte Rechtszustand) ist, wir forderten nur, er sei! Und wir fügten hinzu, er kann sein, er soll sein und er wird sein. Welche von diesen Behauptungen ist durch den augenblicklich geführten Krieg Lügen gestraft? — Keine.

Daß wir in einer Täuschung lebten, aus der uns dieses Tripolis schmerzlich gerissen hat, das geben wir zu. Wir glaubten nämlich, daß die Friedensbewegung und ihre Postulate schon viel weiter vorgedrungen, ihre Institute schon viel wirkungskräftiger seien, als es tatsächlich der Fall ist. Da es sich aber um einen Umwandlungsprozeß handelt, so bilden die gegenwärtigen Erscheinungen keine Norm für die zukünftigen, und die Zukunft ist ja das Erntefeld jeder Reformarbeit.

Aber nicht um eine Zukunft handelt es sich, die, wie unsere Gegner manchmal zugeben, einige hundert Jahre fernliegt. Die Umwandlung hat schon begonnen — die Saat sprießt schon, der Pazifismus ist eine lebendige Gegenwartserscheinung. Der Begriff von der Illegalität der Gewalt durchdringt schon so stark das öffentliche Bewußtsein, daß solche Gewaltstreiche, wie das tripolitanische Unternehmen, allgemeine Bestürzung geweckt und vielfach entrüstete Verurteilung gefunden hat. Wie ein ‚Blitz aus heiterem Himmel', wie ein schriller Mißton in einem Musikstück, wie ein unerhörter Anachronismus wirken sie.

Zwar liegen ähnliche Dinge nicht gar weit zurück — und darauf berufen sich auch die Italiener — Frankreich in Marokko, England in Aegypten — der japanisch-russische — der Transvaalkrieg . . ., aber man hatte trotz alledem das Bewußtsein, daß etwas Neues in die Welt getreten, ein Etwas, das der Wiederholung jener einer alten Ordnung angehörenden Ereignissen einen Riegel vorzuschieben im Begriffe ist.

Die Beispiele der Vergangenheit können nicht endlos als Anlaß und Rechtfertigung gegenwärtiger Taten dienen, sonst gäbe es überhaupt niemals ein Fortschreiten der Kultur, niemals eine Aufeinanderfolge verschiedener Zivilisationsepochen. So wie es ein letztes Auto-da-fé, eine letzte Hexenverbrennung, einen letzten Sklavenmarkt gegeben hat, so muß es einst auch zu einem letzten Kriege kommen.

Mit dem alten Vorurteil unserer Gegner, daß der Krieg eine Naturnotwendigkeit sei, hat die soziologische Erkenntnis aufgeräumt. Er ist ein menschlicher Willensakt, eine von Einzelnen geplante und herbeigeführte, von hingerissenen Massen ausgeführte Handlung. Daß das italienische 24stündige Ultimatum an die Türkei abgeschickt wurde, war kein Elementarereignis, wie das Erdbeben von Messina (obwohl es, weiß Gott, noch ebenso traurige Folgen nach sich ziehen kann), es war der ausgeführte Entschluß einer Regierung — und dieser Entschluß war gezeitigt durch eine Preßkampagne, durch imperialistische Agitation, durch militärische Ehrgeizregungen, durch wirtschaftliche Gewinnsthoffnungen (obwohl bei den heutigen Kosten der Kriegsführung und den heutigen Weltwirtschaftsverhältnissen jeder Krieg allen Beteiligten und Unbeteiligten wirtschaftlichen Schaden bringt) kurz, nur Wollen gab es da — kein Müssen.

Der Wille, der der Vater der Tat ist, ist selber ein Kind der Erkenntnis (der richtigen, der falschen) oder des Gefühls.

Und das können wir konstatieren: der von wissenschaftlicher Erkenntnis getragene Wille zur Friedensorganisation der Welt ist schon sehr verbreitet, und der durch das veredelte Menschlichkeitsgefühl eingeflößte Abscheu gegen den Krieg steigert sich bis zu dem aus Volksversammlungen immer häufiger und immer lauter tönenden Ruf: „Wir wollen keinen Krieg!"

Durch den tripolitanischen Feldzug wird diese Willensrichtung nicht abgeschwächt — im Gegenteil, vielleicht verstärkt werden. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit internationaler Rechtssicherheit kann durch diese flagrante Entfaltung des internationalen Faustrechts nicht irre gemacht werden — es werden ihr dadurch nur desto deutlicher die Wege sichtbar gemacht, die zum Ziele führen.

Der Ausbruch des Krieges hat verschiedenes in helles Licht gerückt.

Einmal: daß die ewigen Versicherungen der Regierungen, die Rüstungen seien nur zu Verteidigungs- und Ordnungszwecken bestimmt, bewußte Unwahrheit sind, denn man sieht nun, die Heere und Flotten werden heute noch — wie zu Alexanders Zeiten — zu Eroberungszwecken verwendet.

Ferner: daß die gleichfalls ewigen, in jeder Thronrede und jedem offiziellen Trinkspruch bei Monarchenbegegnungen vorgebrachte Konstatierung der vorzüglichen Beziehungen zu allen Mächten; daß die Ver-

sicherungen der Staatsmänner und Diplomaten ebenso bewußt falsch sind, wie zu Macchiavellis Zeit, hat sich auch hier eklatant gezeigt, denn wenige Wochen vor dem tripolitanischen Kriegszug wurde der türkische Thronfolger mit allen Ehren in Rom empfangen, und es wurde ihm beteuert, während man ihn auf beide Wangen küßte und die Expedition in aller Stille mit wunderbarer Präzision vorbereitete, daß Italien nicht die geringste Absicht habe, sich der nordafrikanischen Provinzen zu bemächtigen.

Ferner: daß es schon eine so erstarkte Friedensbewegung, ein so anerkanntes Friedenstribunal gibt, daß das überfallene Land eindringliche Appelle aussendet an befreundete Souveräne, an das „Konzert der Mächte", an die Interparlamentarische Union, an die Friedensvereine, auf daß Verhandlungen, Mediationen usw. der bedrohlichen Lage ein Ende machen mögen. Diese Appelle kamen vom Sultan, vom Ministerrat, vom Präsidenten des Parlaments, von den vereinigten Priestern in Jerusalem. Die Interparlamentarische Union interpellierte — in Ungarn war es Graf Apponyi, der die Regierung energisch an die Haager Verpflichtungen mahnte —, im österreichischen Parlamente interpellierten die Sozialisten, das Berner Friedensbureau richtete einen Protest an sämtliche Regierungen, die die Haager Konvention unterzeichnet haben.

Daß dies alles vergeblich geschehen, zeigt, daß es die Aufgabe der nächsten Haager Konferenz sein wird, die Autorität und die Kraft ihrer eigenen Gesetze zu festigen.

Der Krieg, mit dem jetzt Italien die Welt überrascht hat, hat allenthalben die schlummernden bellikosen Gelüste geweckt; in Italien selbst bringt er einen imperialistischen Rausch hervor, der sich bis zum Traum eines wiederhergestellten römischen Weltreiches steigert. In den anderen Ländern bringt er alle, eine Zeit lang durch die vielen Friedensbestrebungen und Friedensversicherungen geduckten, Kriegshetzer vor die Front; es wird wieder geläufig von dem unvermeidlichen deutsch-englischen, französisch-deutschen, italienisch-österreichischen Zusammenstoß und von der Notwendigkeit neuer Rüstungsvermehrungen zu reden und zu drucken.

Aber auch die Friedenskämpfer werden nur mit desto bestimmteren Forderungen und energischeren Aktionen hervortreten. Sie werden sich enger aneinander schließen und neue Anhänger werden sich ihnen anschließen.

Der Krieg selbst, wie er sich jetzt in Tripolis zu entwickeln beginnt, wird die Argumente der Pazifisten bestätigen und der Welt vor Augen führen, wie recht sie haben mit ihrer Behauptung, es gäbe keinen gewinnbringenden Eroberungskrieg, es gäbe keine glorreichen, fröhlichen, militärischen Spaziergänge mehr. Die Welt hat sich verändert.

Wie schrieb doch der italienische Ministerpräsident an die „Neue freie Presse": „Wir werden den Krieg mehr chevaleresk als kriegerisch führen". —

Ach, anders als höllenhaft kann kein Krieg mehr sich gestalten. Wie lauten die letzten Nachrichten: Leichenhügel, die die Luft verpesten, verstümmelte Kadaver, Massenfüsilierungen, die Cholera, die zu wüten beginnt . . . gar nicht zu reden von den Kosten — täglich über eine Million — von den Stockungen im Handel, von den Fallissements, die nicht nur den kriegführenden, sondern auch den anderen Ländern unberechenbare Verluste bringen.

Da wurde gleich in den ersten Tagen des Feldzuges eine Maßregel getroffen, die mir so recht symbolisch erscheint, für das Wesen des Krieges. Es wurden auf dem Meere die Lichter gelöscht. Ja, das ist's, was der denkende, der zivilisierte Mensch ersonnen hat, um die Seefahrer — auch die fremden — vor Klippen und Untergang zu bewahren, das wird vom Krieger getilgt. Die Finsternis brauchen sie — das Licht wird gelöscht.

Noch ein anderes hat sich mir aufgedrungen. Neulich in einem Kinematographentheater sah ich die Wiedergabe von amerikanischen Sports: Laufen, Springen, Diskuswerfen usw. Unter anderem auch das: Es werden zwei ausrangierte alte Lokomotiven auf den gleichen Schienen gegeneinander losgelassen, mit einer Schnelligkeit von 100 km in der Stunde. Eine Zuschauermenge steht herum und erwartet den Zusammenstoß. Die Maschinen laufen aufeinander zu und mit einem Donnerkrachen stürzen sie auf- und ineinander, gehen in Rauch und Flammen auf und liegen dann als Trümmerhaufen da.

Genau dasselbe würde sich abspielen, wenn heute mit unseren hundertkilometermäßigen Kräften zwei große europäische Nationen gegeneinander in den Krieg getrieben würden.

Aber hoffentlich: so dumm wie alte Lokomotiven werden die Völker doch nicht mehr sein. Dazu ist es in den Geistern doch schon zu hell. Nur „lösche man die Lichter" nicht! —

„Pazifisten vom Vortag und vom Nachtag."

Über die Haltung der italienischen Pazifisten.

Die Haltung der führenden italienischen Pazifisten hat mittlerweile auch in anderen pazifistischen Fachblättern jene Verurteilung erfahren, die ihr in der vorhergehenden Nummer der „Friedens-Warte" zuteil geworden ist. In der Oktober-Nummer des „Concord" drückt J. F. Green sein Bedauern darüber aus, daß ein so bewährter, alter Fahnenträger der Friedensidee, wie E. T. Moneta, das

gewaltsame Vorgehen der italienischen Regierung billigen kann, und erklärt es als äußerst erwünscht, daß der nächste Friedenskongreß nicht in Rom tagen solle. In der Oktober-Nummer von „Paix par le Droit" berichtet J. Prudhommeaux über den traurigen Umfall unserer italienischen Freunde und gibt auch der Ansicht Ausdruck, daß die Pazifisten der ganzen Welt um keinen Preis im Frühjahr 1912 nach Rom gehen werden, „wenn die zu herzliche Entente, die heute die Herren Moneta und Giolitti vereint, die vielleicht unüberlegten Eingebungen der ersten Stunde überleben werde".

Fast fürchten wir, daß man vergebens auf eine Einkehr der italienischen Pazifisten rechnen wird. Sie haben sich zu sehr engagiert. Davon gibt auch das Heft Nr. 20 der „Vita Internazionale" vom 20. Oktober Zeugnis. Im ersten Artikel jener Nummer sagt Moneta: „Warum es nicht sagen? Obwohl Pazifist, pochte mein altes Soldatenherz mit unaussprechlicher Freude vor dem Schauspiel militärischer Tugend und Stärke, das sich in Uebereinstimmung mit jener Begeisterung abspielte, wovon das Land in diesen Tagen eine Probe gab. Ein wahrhaft tröstliches Schauspiel. Da, obwohl das Friedensgefühl . . . in den Kulturländern immer allgemeiner geworden ist, wir doch noch immer in einer Zeit uns befinden, in der die moralischen und politischen Erwägungen gegenüber einem Staate von der Stärke abhängt, über die er verfügt, und noch mehr von dem Ansehen, die jene Stärke im Ausland genießt."

So sieht die Weltanschauung dieses Pazifisten aus, den wir zu den glänzendsten Führern unserer Bewegung gerechnet haben. Ein Rüstungsapostel, der Redakteur eines Panzerplattenblattes könnte nicht anders schreiben. Ebenso seltsam liest sich der in derselben Nummer der „Vita Internazionale" abgedruckte Brief Monetas an die Baronin v. Suttner, worin festgestellt wird, daß die italienischen Friedensgesellschaften mit Ausnahme zweier ohne vorhergehendes Uebereinkommen gegen das Vorgehen der italienischen Regierung nicht protestiert haben. Nur daß der Krieg ohne vieles Blutvergießen und in absolut kultivierter Weise sich abspiele, ist Monetas einziger (wie man weiß vergeblicher) Wunsch, „weil", so begründet er diese „Rote-Kreuz"-Stellungnahme, „unsere Wünsche und Schiedslösungen stets wenig mehr als platonisch geblieben sind". „Bis jetzt besteht kein Präzedenzfall in der Weltgeschichte, daß eine Gebietsabtretung im Streitfall ohne Revolution oder ohne Krieg sich vollzogen hätte." Das ist eine Geschichtslüge, die nicht aufrechterhalten werden kann. Es gibt solche Beispiele schon zur Genüge. Gerade in letzter Zeit sind deren viele vorgekommen. Es sei nur an Bulgariens Loslösung erinnert, an die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, an die Loslösung Norwegens von Schweden; und hätte Moneta einige Tage gewartet, so hätte er sehen können, daß sich Deutschland und Frankreich über Gebietsabtretungen friedlich zu einigen verstanden haben.

Bernardo Montani versucht es darzulegen, daß wir anderen Pazifisten, die wir das Vorgehen Italiens nicht billigen, „Intransigenten" seien, die wir automatisch unsere Grundsätze zur Geltung bringen wollen, ohne irgendeinem Einwand zugänglich zu sein. Und mit einer unzweideutigen Tendenz sucht er den gesamten Pazifismus zu verleumden, wenn er erklärt, daß die italienischen Pazifisten keine Hervéaner noch Tolstoianer seien, als ob die Gegner des italienischen Vorgehens in Tripolis lauter Antimilitaristen wären.

Gubernatis selbst gibt seiner unhaltbaren Anschauung in Briefen an Lafontaine Ausdruck, worin er den Satz aufstellt: „Nous sommes des Pacifistes de la veille et non de lendemain"; „Wir sind Vortags-, nicht Nachtags-Pazifisten." Was soviel sagen will, daß wir dem Uebel vorbeugen wollen, daß wir es aber hinnehmen müssen, wenn es dennoch ausgebrochen ist. Das ist ein großer Fehler, den Gubernatis hier beschönigen will. Wir sind auch Pazifisten am Nachtag. Das heißt, wir vertreten die Anschauung des Rechtes in den internationalen Besitzungen auch dann, wenn es gebrochen worden ist; und auch dann, wenn unser eigenes Land es bricht. Daß Italien sich in Tripolis festsetzt, darum handelt es sich gar nicht; darüber ließe sich streiten. Aber über die Methode, die es dabei anwendet, dieser gewaltsame Bruch aller Gepflogenheiten und dieser rücksichtslose Umsturz aller mühsam errichteten Rechtsschutzmaßnahmen, darüber läßt sich nicht streiten, darüber gibt es nur eine Stimme der Verurteilung in der ganzen Kulturwelt.

Es ist interessant zu sehen, wie diese „Pazifisten des Vortags", die jetzt den unerhörten Rechtsbruch Italiens billigen, sich geäußert haben, als ein anderes Land einen Rechtsbruch beging, der seinem Wesen nach viel milder beurteilt werden mußte. Als Oesterreich-Ungarn nach 30jähriger Verwaltung Bosniens und der Herzegowina die Annexion über jene Länder aussprach, da war es Moneta, der von einer „brutalen Besitzergreifung" sprach. Man lese nur seinen temperamentvollen Artikel über „La Questione d'Oriente" vom 21. Oktober 1908 in der „Vita Internazionale", der unmittelbar nach der Annexion Bosniens erschien.

„Das, was in dieser Handlung Oesterreich-Ungarns beleidigt, ist die Art", so heißt es dort. Und weiter:

„Einen Vertrag, an dem zahlreiche Mächte teilnehmen, ändert man, vernichtet man nicht nach dem Wunsche einer einzelnen Partei."

„Alle Kultur beruht auf der Vertragstreue gegenüber jenen Abmachungen, welche mehrere Mächte unterzeichnet haben."

„Wenn es einem Staate erlaubt wäre, sobald er sich stark genug fühlt, das zu tun, was ihm angenehmer ist, ohne seinen Verpflichtungen gegen die anderen Nationen Rechnung zu tragen, dann wäre keine Ruhe, keine Sicherheit mehr in der Welt."

„Und gerade das ist es, was Oesterreich getan hat."

„Es okkupierte Bosnien und die Herzegowina nach dem Willen der Großmächte und im Sinne des Artikels 25 des Berliner Vertrages. Eines schönen Tages erklärte sein Kaiser unerwartet, ohne Zustimmung irgendeiner anderen Vertragsmacht, die beiden Provinzen der Herrschaft seiner Krone für einverleibt. Wenn das nicht ein Akt rechter und echter ungerechter Eroberung ist, dann wissen wir nicht mehr, welche Bezeichnung man sonst allen anderen möglichen Verletzungen des Völkerrechts geben wird können."

Wem fallen da nicht Gretchens Worte im „Faust" ein:

„Wie konnt' ich sonst so tapfer schmälen,
Wenn tät ein armes Mägdlein fehlen!
Wie konnt' ich über andrer Sünden
Nicht Worte g'nug der Zunge finden!"

So schrieb Moneta als „Vortags-Pazifist". Ist es ihm eingefallen, als „Nachtags-Pazifist" seine Regierung an ihre Vertrags-Untreue zu erinnern? Ihr vorzuwerfen, daß sie die Verträge von Paris und Berlin und die vom Haag — Oh, die vom Haag! — schmählich unbeachtet ließ? Hatte er an der „Art" etwa auszusetzen gehabt, nach der Italien in Tripolis vorging, eine „Art", die die ganze Kulturwelt verletzte, nur die Führer des italienischen Pazifismus nicht? Wo beklagte er die Erschütterung der Ruhe und Sicherheit Europas, und warum nennt er den Ueberfall auf Tripolis und die famose „Annexion" nicht eine „ungerechte Eroberung", wie er es der viel harmloseren Annexion einem seit 30 Jahren okkupierten Lande gegenüber zu tun für gut fand?

Oh, diese Vortags-Pazifisten! In derselben Nummer der „Vita Internazionale", in der obige Worte stehen, gab Moneta einem Artikel von mir seinen Beifall, in dem ich auf sein Verlangen meine Meinung über die bosnische Annexion zum Ausdruck brachte, indem er in einer Vorbemerkung erfreut feststellte, daß ich — ein Vortags-Pazifist — dieses Vorgehen der Regierung Oesterreich-Ungarns als ein „betrübendes Ereignis" betrachte.

Man lese die jetzigen Nummer der „Vita Internazionale", um festzustellen, welche furchtbare Geistesverwirrung sich jener Männer bemächtigt hat, die wir stolz zu den Unsern gezählt haben. Es ist haarsträubend, was dieses ehemalige Pazifistenorgan bietet. Ich sage „ehemalige". Wir können ein Blatt nicht mehr so bezeichnen, daß einen Spezialartikel über die „Großen italienischen Manöver in Monferrata" in Fortsetzungen und mit Manöver-Krokis veröffentlicht und das seinen Lesern einen Bericht über den italienisch-türkischen Krieg aus der Feder „unseres militärischen Mitarbeiters" wohlgefälligst unterbreitet, das ferner ein „Diario della guerra" veröffentlicht, in dem von Tag zu Tag die Scheußlichkeiten des Tripolitanischen Raubzuges festgehalten werden.

Ja, gehört die „Vita Internazionale" jetzt dem italienischen Kriegsministerium? —

Dann wollen wir verstehen und uns damit zufrieden geben.

Wir werden im Frühjahr 1912 nicht nach Rom gehen. Wir werden es bedauern, wenn Moneta und Gubernatis ihren Sitz im Berner Friedensbureau räumen; aber wir werden es leider billigen müssen. Der Pazifismus ist stark genug geworden, um an diesem Schlag nicht zugrunde zu gehen. Er kann es vertragen. Er wird die Zeit erwarten, bis die wahren und echten Pazifisten Italiens, die dort vorhanden sein müssen, eine neue und tatkräftige Gruppe gebildet haben werden. Und diese neue Gruppe wird kommen! A. H. F.

Die Stellungnahme des internationalen Pazifismus zur Tripolis-Affäre.

Es wird den Pazifisten vielfach der Vorwurf gemacht, daß sie in der Tripolis-Affäre Stillschweigen bewahrt haben. Das ist natürlich unwahr. Fast in allen Ländern haben sich Vereinigungen und Einzelpersonen bemüht, der pazifistischen Anschauung gegenüber dem unerhörten Völkerrechtsbruch der italienischen Regierung unverhohlen durch Protest oder Anrufung der Regierungen Ausdruck zu verleihen.

Schon vor Ausbruch des Krieges hat die in Bern tagende Generalversammlung des Internationalen Friedensbureaus in zwei Resolutionen gegen den damals erst drohenden Krieg protestiert. Anfangs Oktober hat das Bureau seinen Protest gegen den Krieg

und die Nichtbeachtung der Haager Abkommen durch ein an die Regierungen aller Haager Vertragsstaaten gerichtetes Memorandum zum Ausdruck gebracht. (Beide Kundgebungen sind in der vorhergehenden Nummer der „F.-W." abgedruckt.)

Der in Paris am 4. Oktober versammelt gewesene Interparlamentarische Rat nahm folgende Resolution einstimmig (die italienischen Mitglieder hatten sich vorher zurückgezogen) an:

„Mit Rücksicht auf die in Italien herrschende Cholera-Epidemie hat der Interparlamentarische Rat in den Tagen vom 8. bis 10. September die Konferenz der Union vertagen müssen, die in Rom stattfinden sollte. Auf den 4. Oktober nach Paris berufen, um aus Anlaß der genannten Versammlung Beschlüsse zu fassen, sieht sich der Rat durch die neuen Ereignisse überrascht. Er ist der Meinung, daß unter den durchaus unvorhergesehenen Umständen, die sich daraus ergeben, ihm nichts anderes übrig bleibt, als jeden Beschluß nach dieser Richtung zu vertagen. Getreu den in hohem Maße friedlichen Ideen, die das Programm der Union bilden, die ihr die Daseinsberechtigung geben und deren Herold sie mehr als jemals bleiben wird, glaubt der Rat sein lebhaftes Bedauern darüber ausdrücken zu sollen, daß so wenig dem Geiste des Friedens und der Gerechtigkeit Rechnung getragen wurde, der die beiden Haager Konferenzen beseelt hat, und daß die Kriegserklärung so rasch erfolgte, daß die Möglichkeit einer Verständigung oder Vermittlung im Sinne der Artikel 3 und 48 der Konvention vom 18. Oktober 1907 ausgeschlossen war. Der Rat drückt sein Bedauern darüber aus, daß die Schritte, die von einzelnen Mächten getan sein sollen, indem sie ihre guten Dienste anboten, bisher fruchtlos geblieben sind, und er hofft, daß ein internationales Vorgehen, wie es die von den Signatarmächten der Haager Konventionen einmütig gefaßten Beschlüsse vorzeichnen, schleunigst zur Wiederherstellung des Friedens wird führen können. Er empfiehlt den verschiedenen Gruppen der Union, in diesem Sinne ihren Einfluß bei ihren Regierungen geltend zu machen."

In England fand anfangs Oktober eine große Versammlung statt, der Sir Thomas Barclay präsidierte, an der die Vertreter von 17 pazifistischen Korporationen teilnahmen. Diese Versammlung nahm eine Resolution an, die die Regierungen auf die Haager Abmachungen verwies. Eine Abschrift dieser Resolution wurde Sir Edward Grey überreicht. Stead wurde beauftragt, nach Konstantinopel zu fahren, um mit der türkischen Regierung wegen Anrufung des Haager Tribunals zu verhandeln. Felix Moscheles wurde beauftragt, mit der italienischen Regierung wegen Annahme eines Schiedsabkommens zu verhandeln.

Stead hielt sich 14 Tage in Konstantinopel auf und erhielt von der türkischen Regierung die Zusicherung, daß sie das Haager Tribunal anrufen werde, sobald die Vermittlungsversuche der Mächte gescheitert sein würden. Er bewirkte auch, daß eine Abordnung des türkischen Parlaments unter der Aegide der Interparlamentarischen Union alle Hauptstädte Europas bereisen und die Parlamente sowie die Regierungen für die friedliche Beilegung des italienisch-türkischen Konfliktes zu interessieren suchen werde. Auf der Rückreise von Konstantinopel nahm Stead in Sofia, Wien, Paris, Haag und Brüssel Aufenthalt und nahm Fühlung mit leitenden Politikern und Pazifisten.

Am Montag, den 6. November fand in London eine Riesenprotestversammlung statt, in der eine von Stead vorgeschlagene Resolution zur Annahme gelangte, in der das Verlangen zum Ausdruck gebracht wurde, „daß jeder Staat, der Krieg beginnt, ohne vorher eine Schiedsentscheidung angeboten zu haben, von allen anderen Staaten der Welt als geächtet erklärt werden soll".

Auch der „Nationalrat der englischen Friedensgesellschaften" hat im Namen von 25 ihm angehörenden Friedensgesellschaften unter dem Vorsitze von Lord Courtney of Pennwith eine Resolution gefaßt, die auch dem Minister des Auswärtigen, Sir Edward Grey, übermittelt wurde, in der die englische Regierung unter Bezugnahme auf die Haager Uebereinkunft aufgefordert wird, ihre Vermittlung im italienisch-türkischen Konflikt anzubieten und Italien aufzufordern, seine Ansprüche und Beschuldigungen gegenüber der Türkei dem permanenten Haager Schiedsgerichtshof oder einem anderen internationalen Tribunal vorzulegen.

Die englische Gruppe der Interparlamentarischen Union hielt anfangs November unter dem Vorsitz Lord Weardales aus Anlaß eines dringenden Appells der ottomanischen Gruppe der Union eine Sitzung ab. Die Versammlung beschloß, an den Premierminister Asquith eine Denkschrift zu richten, in der er ersucht wird, seine freundliche Vermittlung zur Beendigung des türkisch-italienischen Krieges anzubieten.

In Deutschland nahm der „Verband für internationale Verständigung" anfangs November folgende Resolution an:

„Der Verband stellt mit Bedauern fest, daß die Schutzmittel des Völkerrechts zur Aufrechterhaltung des Friedens in der Tripolisfrage versagt haben. Der Verband hofft, daß nichtsdestoweniger das Haager Friedenswerk einen weiteren Ausbau und eine innere Festigung in dem Sinne erfahren wird, daß

die neutralen Mächte in Zukunft gesicherte Gelegenheit haben, den ihnen nach dem heutigen Völkerrecht obliegenden Pflichten zur Erhaltung des Friedens nachzukommen".

Auf ein an den Reichstagsabgeordneten Richard Eickhoff seitens des Präsidenten der türkischen Gruppe der Interparlamentarischen Union gerichtetes Telegramm erwiderte dieser:

„Ich habe Ihr gestriges Telegramm unserer Regierung mitgeteilt, und sie hat mir versichert, daß sie nach wie vor darauf bedacht sei, nach Möglichkeit zur Lokalisierung des Streites beizutragen und ihre Bemühungen für eine schleunige Beendigung des Konflikts einzusetzen."

In Paris protestierte am 7. Oktober im großen Saale des Hotel des Savants eine von 1500 Personen besuchte Versammlung, die die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte einberufen hatte, bei der Pressensé, Quillard und Rouanet sprachen, in einer einstimmig gefaßten Resolution gegen „das Brigantentum" der italienischen Regierung.

Die französischen Pazifisten Passy und Le Foyer haben durch Artikel in der Presse, letzterer auch in einem Schreiben an Achmed Rhiza, der sich an die französischen Friedensfreunde gewandt hatte, ihre Anschauung zum Ausdruck gebracht. Auf Le Foyers Antrag hat auch der Parteitag der Radikal-Sozialisten, bekanntlich die regierende Partei Frankreichs, eine Protestresolution zum türkisch-italienischen Krieg angenommen.

Baron d'Estournelles verlangte in einem Schreiben an den französischen Ministerpräsidenten Caillaux, daß Frankreich auf Grund der Haager Bestimmungen den kriegführenden Staaten die Vermittlung anbiete.

In Oesterreich veröffentlichte der Vorstand der Oesterreichischen Friedensgesellschaften in der Tagespresse seine Stellungnahme zum Krieg. In Schweden faßte die „Schwedische Gesellschaft für Frieden und Schiedsgericht" eine bereits in der vorigen Nummer abgedruckte Resolution, während Baron Bonde namens des schwedischen Friedensverbandes am 1. November dem König ein Schreiben übermittelte, in dem verlangt wird, daß die schwedische Regierung jede sich ihr bietende Gelegenheit benutzen solle, um sich einer gemeinsamen internationalen Intervention gegen den Krieg zwischen Italien und der Türkei anzubieten.

Niederländische Frauen richteten eine Petition an die Königin von Italien.

Aber auch aus Italien ist ein energischer Protest gegen den Krieg zu verzeichnen, der allerdings schon vor dem Ausbruch gefaßt wurde.

Am 23. September protestierte die von Alma Dolens begründete Friedensgesellschaft der Arbeiter „Sociéta pro Arbitrato e Disarmo" auf Vorschlag ihrer Gründerin gegen ein gewaltsames Vorgehen in Tropolis.

Dies sind einige pazifistische Kundgebungen. Ueber andere, die noch stattgehabt haben dürften, wird später berichtet werden. Auch wird das Berner Bureau alle pazifistischen Proteste gegen den Tripolis-Krieg in einem Weiß-Buch veröffentlichen. Es sei nur noch auf die publizistischen Proteste einzelner Pazifisten in der Tagespresse hingewiesen, so auf die Artikel der Baronin v. Suttner, O. Umfrids, Fritz Deckers, Fréd. Passys, Le Foyers, Steads und vieler anderer.

Den Vorwurf, daß das Protestieren nichts nütze, erhebe man nicht. Wir können die Machthaber nicht zwingen. Das einzige, was wir können, ist, ihnen zu zeigen, wie die Menschheit denkt. Und durch unsere Proteste geben wir Millionen, die so denken wie wir, einen festen Halt, veranlassen wir weitere Millionen, mit dem Denken zu beginnen. Der Gedanke zeugt die Tat.

Der Krieg und die austro-italienischen Beziehungen.

Von Fritz Telmann.

Der Feldzug Italiens gegen Tripolis hat Ereignisse gebracht, die geeignet sind, die austro-italienischen Beziehungen zu modifizieren, aber auch Vorkommnisse, die neues Licht auf bisher dunkle Partien des politischen Problems geworfen haben, das unser austro-italienisches Freundschaftskomitee studiert und dem es beizukommen sucht. In beiderlei Hinsicht müssen wir lernen: Wir müssen uns fragen: Was hat sich durch den Feldzug in unseren Beziehungen zu Italien geändert? und wir müssen uns fragen: Was hat uns dieses Schauspiel „Italien im Kampfe und Oesterreich-Ungarn als Partner" (oder Widerpart, wie mans nehmen will) aufgezeigt?

Vor allem eine für uns in diesem Feldzuge unseres Mißvergnügens nicht unebene Tatsache: Die Gefahr eines austro-italienischen Krieges scheint, für die nächsten Jahre wenigstens, beseitigt. Die großen Opfer an Menschenleben, Geld und Wirtschaftsgütern, die Italien brachte und noch zu bringen haben wird, werden dem König und dem Volke (das wohl in seiner Gänze auch heute nicht so kriegsbegeistert ist, wie die italienischen Offiziösen uns glauben machen wollen) wohl auf Jahre hinaus die Lust nehmen, mit einem Gegner anzubinden, der wohl ganz anders zu werten ist, als das Häuflein türkischer Regulärer und die arabischen Freischaren, mit denen die Italiener übrigens auch noch nicht fertig geworden sind.

Nun wollen wir aber natürlich nicht einen „Frieden auf Zeit", sondern „einen

Frieden auf Dauer", also auch für die, wie wir aufrichtig hoffen, nicht allzu ferne Epoche, wo die Wunden, die der Krieg dem schönen Lande geschlagen hat, verheilt sind.

Wie werden wir zu dem reorganisierten, durch den Besitz von Tripolis und der Cyrenaika vergrößerten Italien stehen? Vor allem, und das muß allen den Nörglern am Dreibunde, die in den letzten Wochen aufgestanden sind, gesagt werden: hoffentlich als Bundesgenossen. Wir halten den Dreibund nicht gerade für ein ideales Friedensinstrument, glauben aber umgekehrt, daß eine Lösung des austro-italienischen Bündnisses die Kriegsgefahr enorm steigern und die schon heute unerträglichen Rüstungsunkosten in's Ungemessene wachsen lassen würde. Wir haben also als „austro-italienisches Freundschaftskomitee" entschieden für die Erneuerung des Dreibundes einzutreten.

Aber auch dem verbündeten Italien gegenüber gibt's Reibungsflächen genug. „Trento—Trieste" nehme ich nicht allzu schwer. Das Trento, das uns wirtschaftlich nichts bietet und eine höchst unangenehme Grenze gegen Italien abgibt, wollte schon Andrassy mit Nutzen los werden. Und auch heute geben recht konservative österreichische Politiker zu, daß eine Abtretung des Trento, gegen entsprechend wertvolle Kompensationen, diskutabel sei. Ebenso, wie die einsichtigen österreichischen und italienischen Politiker überzeugt sind, daß „Triest" indiskutabel sei. — Die Gefahr droht vielmehr von Albanien. Wie die Leser dieses Blattes wissen oder auch nicht wissen, standen wir vor wenigen Wochen knapp vor einem Kriege mit Italien. Das war damals, als der Herzog der Abruzzen wie toll im adriatischen Meer herumschoß und vorübergehend einige Punkte der albanischen Küste besetzte. Worauf Baron Aehrenthal den Herzog von Navarra zu sich beschied und ihm kühl eröffnete, daß Oesterreich-Ungarn für den Fall, daß diese Besetzung aufrechterhalten werden sollte, in Albanien einmarschieren werde. Nun ist für uns Freunde des Friedens mit Italien die Frage nicht die, ob es berechtigt ist, wenn Oesterreich-Ungarn in einem solchen Falle den Krieg erklärt, sondern wir müssen als Realpolitiker zur Kenntnis nehmen, daß unsere militärischen Kreise die Besetzung auch nur eines Punktes der albanischen Küste als Kriegsfall auffassen, und daß sie ihre Ansicht bei unserer Diplomatie, aber auch, der kurze Zwischenfall hats gelehrt, bei der „öffentlichen Meinung" durchzusetzen wissen.

Nun können wir natürlich unseren Frieden mit Italien nicht auf der Hoffnung aufbauen, daß nie wieder ein unternehmender italienischer Admiral seine Matrosen in Albanien landen läßt. Das wäre ein höchst labiler Friede. Wir müssen also der albanischen Frage — ich will nur in Parenthese bemerken, daß Italien durch die Sperrung der Straße von Otranto tatsächlich unseren ganzen Seehandel lahmlegen könnte — näherrücken.

Ich sehe nun da drei Möglichkeiten: Entweder gelingt es der Türkei sich zu konsolidieren und ein lebensfähiger kräftiger Staat zu werden. Dann wird die Türkei im Falle des Angriffes durch eine fremde Macht sich selbst ihrer Haut wehren, und Albanien hört auf, ein Streitobjekt zwischen Oesterreich-Ungarn mit Italien zu sein. (Ein Zustand, den viele irrtümlich mit dem Siege der Jungtürken schon hergestellt wähnten.) Oder die Albanesen gewinnen ihre Unabhängigkeit und setzen einen vazierenden Kastrioli oder Ghika zum Herrscher ein. Dann ist wohl anzunehmen, daß das so entstandene neue Reich durch die Eifersucht der Mächte ebenso behütet sein wird, wie jetzt das kleine Montenegro.

Geschieht aber keines von beiden, dann ist es allerdings notwendig, daß die Garantien für ein österreichisch-italienisches Einvernehmen über Albanien verstärkt werden. Daß das bestehende „protocol de desintéressement" aus den 90er Jahren nicht ausreicht, haben wir ja gesehen. Ob man nun eine „Neutralisation der Adria" in Erwägung ziehen wird, wie Alfred H. Fried sie vorschlägt, oder eine Teilung der Interessensphären, darüber wird wohl zu reden sein. Aber über Albanien, das haben die letzten Ereignisse erhärtet, müssen Oesterreich-Ungarn und Italien ins Reine kommen. Denn von dort droht der Krieg.

Die Mansion-House-Versammlung für die Besserung der anglo-deutschen Beziehungen.

Die Friedensfreunde in England haben nur die Erledigung der Marokko-Spannung abgewartet, um eine tatkräftige Bewegung zwecks Besserung der anglo-deutschen Beziehungen, die durch die Ausfälle der Hetzpresse während des Marokko-Sommers stark beeinträchtigt wurden, einzuleiten. Den Anfang machte eine große Versammlung im Mansion-House am 2. November, die eigens zu diesem Zwecke einberufen wurde. Sie war von hervorragenden Parlamentariern und sonst im öffentlichen Leben stehenden Personen überaus stark besucht. Als Redner traten auf: der Lord-Mayor Sir Vezey Strong selbst, der während seiner Mayorschaft soviel für die Förderung des Weltfriedens und der besseren Verständigung von Staat zu Staat getan hat, die Parlamentsmitglieder Lord Weardale, Mr. Noel Buxton, der ehemalige britische Botschafter in Berlin, Sir Frank Lascelles, dessen deutschfreundliche Rede am Kirchenkongreß in Hanley am 4. Oktober (siehe „F.-W." S. 298) noch in aller Erinnerung ist, Lord Courtney, der bekannte liberale Parteiführer, der dem Friedenskongreß von 1908

präsidierte, Lord Brassey und der bekannte Finanzmann Sir Ernest Tritton. Lord Rothschild, der am Erscheinen verhindert war, schrieb einen Brief, der verlesen wurde. Er trat darin für die Notwendigkeit einer vollkommenen Verständigung mit Deutschland ein, die imstande wäre, den Weltfrieden zu sichern.

Das Hauptergebnis der Versammlung bildete die einstimmig angenommene Anregung zur Abhaltung einer anglo-deutschen Ausstellung, die im Jahre 1913 nach dem Muster der 1908 abgehaltenen anglo-französischen Entente-Ausstellung in London stattfinden soll.

Die bei dieser Versammlung einstimmig angenommenen zwei Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

I.

Die Versammlung beabsichtigt, den weitverbreiteten Wunsch zum Ausdruck zu bringen, der in bezug auf die Beurteilung aller bestehenden Mißverständnisse mit Deutschland im Vereinigten Königreiche vorherrscht, und der deutschen Nation auf das nachdrücklichste zu versichern, daß keine verantwortliche Körperschaft im Vereinigten Königreich Deutschland seinen Anspruch auf seine Beteiligung an der Beilegung internationaler Angelegenheiten zu bestreiten wünscht, oder die einer Großmacht gebührenden kolonialen Ansprüche mit unzurechtfertigender Feindseligkeit ins Auge faßt, und legt der Regierung Seiner Majestät auf das dringlichste das Wünschenswerte der Beseitigung des unglückseligen Eindrucks nahe, der in Deutschland in bezug auf die Haltung der Regierung gegenüber den berechtigten Ansprüchen Deutschlands erweckt würde.

II.

Es sollten Schritte unternommen werden, unsere freundlichen Beziehungen mit Deutschland zu stärken und zu entwickeln, und als ein praktisches Mittel zu diesem Zweck empfiehlt die Versammlung, daß eine anglo-deutsche Ausstellung im Jahre 1913 in London abgehalten werde. Es wird beschlossen, daß eine Sonderkommission zur Förderung dieses Planes eingesetzt werde.

In seiner Begründung dieser Resolution führte der Lord-Mayor aus, in Deutschland herrsche bedauerlicherweise die feste Ueberzeugung, daß die Haltung der britischen Regierung in der Marokkofrage Deutschland gegenüber besonders unfreundlich gewesen sei. Man habe sogar von naher Kriegsgefahr gesprochen. Seiner Ansicht nach sei dies in erster Linie auf ein Mißverständnis des deutschen Volkes zurückzuführen. Man habe anscheinend gedacht, daß die deutsche Regierung ursprünglich ein Stück von Marokko fordern wollte und durch eine Drohung von dieser Seite des Kanals davon abgeschreckt worden sei. Man werde wahrscheinlich finden, daß die deutsche Regierung keine solche Absicht gehegt habe, und daß kein ausreichender Grund für all diese Beunruhigung vorhanden gewesen sei. Die Versammlung habe indes zunächst nur mit der Tatsache zu tun, daß die große Masse der deutschen Nation unter dem Eindruck stehe, England beabsichtige in anmaßender Selbstsucht ihre Rechte als Großmacht zu bestreiten. Eine so selbstsüchtige Politik, eine so neidische Taktik würde des Ansehens Englands gänzlich unwürdig sein und unvermeidlich Vergeltung finden und verdienen. „Wir hoffen," schloß der Lord-Mayor, „daß mit der Beendigung der Marokkoverhandlungen eine unruhige Zeit in den internationalen Beziehungen schließen wird. Wir möchten die Gelegenheit ergreifen, unseren Freunden in Deutschland die Versicherung zu geben, daß die große Masse des britischen Publikums nicht von den feindseligen Empfindungen erfüllt ist, die sie annehmen, und daß, wenn wir eine beschränkte Zahl lärmender Chauvinisten haben, wir dies Mißgeschick mit jedem anderen Lande der Welt teilen. Es kommt auf folgendes hinaus: Sollen wir unsere eigenen Angelegenheiten durchführen oder sollen wir durch eine kleine Körperschaft interessierter Persönlichkeiten oder unbesonnener Unheilstifter in verhängnisvolle Bahnen gedrängt werden? Unsere Pflicht ist, daß wir uns, wie der Erzbischof von Canterbury sagte, immun machen gegen die Stiche dieser politischen Moskitos, durch eine bessere Kenntnis voneinander." Der Lord-Mayor nahm am Schluß seiner Ausführung Bezug auf die Rede des deutschen Kaisers in der Guildhall im Jahre 1907 und sagte, diese Erklärungen seien maßgebender für die Richtung der deutschen Politik als die Aeußerungen der Sensationspresse.

Lord Weardale sagte, daß wenige Leute genau die Tatsachen kennen, die sich während der letzten, ein wenig unruhigen Wochen zugetragen haben; doch hofft er, daß, wenn die Dokumente veröffentlicht werden würden, es sich zeigen werde, daß die Haltung Großbritanniens in den Verhandlungen nicht derart war, wie das Publikum in Deutschland es annimmt. Wir hatten freundschaftliche und vertragliche Pflichten Frankreich gegenüber, aber ihre Erfüllung mußte uns nicht in einen feindseligen Gegensatz zu unseren deutschen Freunden bringen. Wir müßten im Gegenteil jene Rolle spielen, die Bismarck einmal für sich selbst in Anspruch genommen hat, die des „ehrlichen Maklers" im Streit zwischen den beiden Ländern.

In einem durchaus freundschaftlichen und entgegenkommenden Sinne sprachen auch die anderen Redner des Abends.

Es wäre zu wünschen, daß diese Reden in Deutschland in weitesten Kreisen bekannt werden würden.

Das Zusammenarbeiten der Interparlamentarier und der Pazifisten
(zugleich ein Beitrag zur Vorgeschichte des Haager Schiedshofs).

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Mit großem Rechte hat sich in Nr. 8/9 dieses Jahrganges der „Friedenswarte" Berta v. Suttner dagegen gewandt, daß der Abgeordnete Pachnicke in seiner Eigenschaft als Interparlamentarier auf die Arbeit der Pazifisten verächtlich herabzusehen wagt. Ich glaube, daß er seine Ansicht etwas weniger laut geäußert hätte, wenn ihm die sehr starke Abhängigkeit der Entstehung und der wichtigsten Beschlüsse der Interparlamentarischen Union von der Arbeit der Pazifisten bekannt wäre. Ich muß es mir hier versagen, dies in allen Einzelheiten darzutun, sondern will nur einen, und zwar den interessantesten Punkt herausgreifen.

Allgemein hält man es für den bei weitem bedeutendsten Erfolg der Interparlamentarier, daß sie die Frage des ständigen Schiedshofes auf ein praktisches Geleise gebracht haben. Bekanntlich wurde der Schiedshofentwurf der Brüsseler Interparlamentarischen Versammlung von 1895 den Beratungen der ersten Haager Friedenskonferenz zugrunde gelegt. Im Interesse der historischen Wahrheit und zur Eindämpfung der Ueberhebung derjenigen, die auf die Arbeit der Weltfriedenskongresse glauben herabsehen zu dürfen, muß nun darauf hingewiesen werden, daß jener Entwurf ohne die vorhergehende Arbeit der Weltfriedenskongresse gar nicht denkbar und in seiner historischen Bedeutung gar nicht zu erfassen ist. Bei der Begründung dieser Behauptung wird darauf hinzuweisen sein, daß Pachnicke gerade als deutscher Interparlamentarier wenig Grund zu besonderem Stolze hat, sondern — wenn er nur ein wenig Dankbarkeit gegenüber den Taten der Vorfahren besäße — tief beschämt seine Ausführungen zurücknehmen müßte.

Die seit 1889 beginnenden Weltfriedenskongresse haben sich bis 1895 ungefähr stets eingehend mit dem Schiedsgerichtshofsprobleme befaßt. Der Pariser Kongreß von 1889 hatte das Projekt von Levi befürwortet, das auch bei Darby „International Tribunals" abgedruckt ist. Dieses war freilich wenig glücklich. In Levis Entwurfe war die Errichtung eines „Conseil international d'arbitrage" vorgesehen, der mit Hilfe der Vermittlung und sonstiger Maßnahmen den Streit zwischen den Parteien beilegen sollte. Für den Fall, daß man einen Konflikt schiedsrichterlich entscheiden lassen wollte, hatte der Conseil aus seiner Mitte einen „Haute Cour d'arbitrage" zu wählen. Auch der dem Berner Weltfriedenskongresse von 1892 vorgelegte Bericht von Hodgson Pratt trat dem Projekte von Levi bei. Auf dem im nächsten Jahre stattfindenden Weltfriedenskongresse zu Chikago befürworteten drei Amerikaner, Butler, Eaton und Brainerd, in einem großen Projekte, das ebenfalls bei Darby abgedruckt ist, einen ständigen Schiedshof. In diesem maßvollen Entwurfe war bereits eine Schiedsrichterliste als Kernpunkt der neuen Idee vorgesehen. Es wurde auf dem Kongresse in Chikago eine Kommission eingesetzt, die auf dem nächsten Weltfriedenskongresse zu Antwerpen im Jahre 1894 einen Bericht erstattete. Dieser Bericht ist wiederum äußerst realpolitisch und ohne die geringste Utopie verfaßt, wovon am besten folgende Ausführungen auf S. 5 des Berichtes Zeugnis ablegen: „Es scheint in der Tat in der Auffassung der verschiedenen Juristen, die sich mit der Frage beschäftigt haben, eine gewisse Verwirrung zu bestehen. Die einen sprechen von einem „Cour d'arbitrage", die anderen von einem „Tribunal international". Sie scheinen zu denken, beides sei ein und dasselbe. Dies ist jedoch nicht der Fall. Der „Cour d'arbitrage" würde nach einstimmiger Ansicht aus Schiedsrichtern gebildet werden, die im voraus von den verschiedenen Staaten erwählt werden. Aus diesen würden sich dann die Staaten die Schiedsrichter auswählen können, die in einer bestimmten Sache Recht sprechen sollten. Ein solcher Zustand würde lediglich die Wirkung haben, die Wahl der verschiedenen Staaten zu begrenzen; sie könnten nicht mehr nach ihrem Gutbefinden jeden ersten besten zum Schiedsrichter ernennen. Das Prozeßverfahren würde sehr einfach und ähnlich dem sein, wie es in dem von uns vorgeschlagenen Code ausgearbeitet ist. Das „Tribunal international" dagegen würde eine wirkliche gewöhnliche Gerichtsbarkeit darstellen, ähnlich der ordentlichen Gerichtsbarkeit der verschiedenen Länder, nur mit dem Unterschiede, daß an Stelle der Privatpersonen die Staaten vor dem Gerichtshofe klagen würden. Eine solche Organisation liegt noch in weiter Ferne."

Findet sich hier nicht schon der Grundgedanke, auf dem der Haager Hof beruht, mit denkbar größter Entschiedenheit ausgesprochen? Leider ist das hier in Betracht kommende Material nicht leicht zugänglich, so daß es wohl erklärlich ist, wenn bisher bei der Darstellung der Vorgeschichte des Haager Schiedsgerichtshofes von den Geschichtsschreibern der Haager Konferenzen auf die wertvolle Vorarbeit der Weltfriedenskongresse nicht hingewiesen worden ist. Der oben erwähnte Code ist übrigens auch bei Darby abgedruckt, während ich den dem Antwerpener Weltfriedenskongresse erstatteten

Bericht über den ständigen Schiedshof der Freundlichkeit des Berner internationalen Friedensbureaus verdanke.

Der Antwerpener Weltfriedenskongreß fand einige Tage vor der V. Haager interparlamentarischen Versammlung statt. Auf der interparlamentarischen Versammlung erhob sich Stanhope (nicht nur ein Interparlamentarier im engeren Sinne, sondern ein Pazifist) und regte an, daß sich die Versammlung mit dem Probleme des ständigen Schiedsgerichtshofes befasse. Da erhoben sich aber Tydeman, Marcoatru und v. Bar und behaupteten, die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts ohne vorherige Feststellung der Grundsätze des Völkerrechts sei wertlos. Demgegenüber trat Gobat mit Macht für den Stanhopeschen Antrag ein, indem er mit vollstem Rechte darlegte, daß die Schaffung des Völkerrechtskodex und des internationalen Gerichtshofes voneinander ganz unabhängig sei. Ihm sekundierten Houzeau de Lehaie und Passy, nachdem jedoch zunächst außer v. Bar noch ein zweiter Deutscher, Hirsch, die Unmöglichkeit der Errichtung des Tribunals vor Kodifizierung des Völkerrechts behauptet hatte. Ja, Hirsch erklärte damals sogar, man solle sich nicht lächerlich machen, indem man sich auf ein solches Projekt einlasse. Daraus erkennen wir ohne weiteres, daß auf der interparlamentarischen Versammlung diejenigen, die Interparlamentarier im engeren Sinne und keine Pazifisten waren, den Stanhopeschen Antrag beinahe zu Fall gebracht hätten und er nur durch das Eintreten der Pazifisten im engeren Sinne gerettet wurde. v. Bar, Hirsch und Tydeman waren lediglich Interparlamentarier; aber Passy, Houzeau de Lehaie, Stanhope und Gobat waren Pazifisten im engeren Sinne. In der Kommission, die von der Haager interparlamentarischen Versammlung zur Prüfung des Schiedshofprojektes eingesetzt worden war, reichten später lediglich vier Pazifisten Entwürfe ein: Stanhope, Rahusen, Gobat und Houzeau de Lehaie. Letzterer wurde auch Berichterstatter auf der interparlamentarischen Versammlung zu Brüssel. Der Name Houzeau de Lehaie, der den Kommissionsbericht der Interparlamentarischen Union unterzeichnete, steht auch unter dem mir vorliegenden Berichte des Antwerpener Weltfriedenskongresses von 1894, dessen Präsident Houzeau de Lehaie gewesen war. Deutlicher können wohl die Tatsachen nicht liegen, die für die starke Abhängigkeit des Brüsseler Entwurfes der Interparlamentarischen Union von den vorhergehenden Weltfriedenskongressen sprechen. Besonders fällt dabei ins Gewicht, daß das Grundprinzip einer Schiedsrichterliste bereits von dem Antwerpener Kongresse einstimmig befürwortet worden ist.

Unter diesen Umständen ist es für die Pazifisten umso ehrenvoller, und die Ueberhebung Pachnickes berührt uns umso peinlicher, wenn man bedenkt, daß der nächste Weltfriedenskongreß zu Budapest 1896 trotz aller eigener wertvoller Vorarbeiten auf ein eigenes Projekt verzichtete, vielmehr lediglich das Projekt der Interparlamentarier warm begrüßte und den Mächten dessen Annahme empfahl. Das war ein außerordentlich verdienstvolles Verhalten; denn hierdurch wurde jede Zersplitterung der Agitation für verschiedene Projekte vermieden und die ganze Wucht der Propaganda auf die Durchsetzung eines einzigen Entwurfes verwandt. Trotz aller eigenen Verdienste bezüglich der Grundidee legte der Budapester Weltfriedenskongreß nicht den geringsten Wert darauf, mit einem eigenen Vorschlage an die Oeffentlichkeit zu treten, sondern begnügte sich in aller Bescheidenheit mit der Empfehlung des von ihm abstammenden Projektes der Interparlamentarischen Union. Man kann diese Selbstbeschränkung nicht hoch genug schätzen. Gerade deswegen hat der Geschichtsschreiber umso mehr Grund, die großen Verdienste der vorhergehenden Weltfriedenskongresse besonders hervorzuheben.

Die welthistorischen Verdienste der Interparlamentarischen Union werden dadurch nicht geschmälert. Ist diese Vereinigung doch mit der ganzen Macht ihres Ansehens für das Schiedshofprojekt eingetreten, und hat sie es doch verstanden, die Aufmerksamkeit der Regierungen in wesentlich höherem Maße auf das Schiedshofproblem zu lenken. Dazu trug nicht nur die meisterhafte Descampsche Denkschrift bei, sondern auch die beiden Beschlüsse zu Budapest 1896 und zu Brüssel 1897, in denen die Union nochmals jenen Entwurf empfahl und den Mitgliedern ans Herz legte, bei ihren Regierungen für dessen Verwirklichung einzutreten.

Aus den hier wiedergegebenen Tatsachen erkennen wir, daß seinerzeit die Pazifisten eine Art Solidarität mit den Interparlamentariern empfunden und demnach gehandelt haben. Im übrigen ist freilich diese Interessengemeinschaft wenig zutage getreten, obwohl eigentlich nichts näher liegt, als daß die Interparlamentarier und Pazifisten zusammenarbeiteten. Ja, nicht nur die Interparlamentarier und Pazifisten allein! Auch das Institut de droit international, die Völkerrechtskommission der Carnegiestiftung usw. verfolgen mehr oder minder gleiche Ziele wie die Interparlamentarier und Pazifisten, und es dürfte sehr empfehlenswert sein, daß alle diese Körperschaften für die Zukunft auf irgendeine Weise zusammengingen.

Als kürzlich von der Carnegiestiftung an mich wie an zahlreiche andere Völkerrechtsjuristen die Anfrage erging, wie nach meiner Ansicht die Ziele der Kommission für Völkerrecht am besten erreicht werden könnten, schrieb ich unter anderem zurück, daß meines Erachtens irgendeine Verbindung zwischen

der neuen Kommission, dem Institut de droit international, den Interparlamentariern usw. geschaffen werden müßte, und entwarf einige Richtlinien in dieser Hinsicht. Damals glaubte ich, es sei dies mehr oder weniger ein neuer Gedanke von mir. Aber abgesehen davon, daß er wahrscheinlich auch von anderen der von der Carnegiestiftung Angegangenen zur Diskussion gestellt worden ist, finde ich ihn jetzt bereits in der Zeitschrift „La Conférence Interparlementaire" (1894, S. 242/243) von Bajer ausgesprochen. Damals schlug Bajer eine Zusammenarbeit des Institut de droit international — der Theoretiker — und der Interparlamentarier — der Praktiker — vor. Er meinte, der Weltfriedenskongreß müßte das gemeinsame Organ sein, auf dem beide zusammenarbeiteten. Als fernere gemeinsame Institution sollte eine Zentralbibliothek für Völkerrecht geschaffen werden, deren Anfänge schon in den Bibliotheken des Berner internationalen Friedensbureaus und der Interparlamentarischen Union beständen. Der schweizerische Bundesrat sollte die Initiative zur Beschaffung einer solchen Weltbibliothek ergreifen. Man ist seither auf den Vorschlag von Bajer nicht zurückgekommen; ich finde lediglich auf S. 260 der „Conférence Interparlementaire" (1894) einen offenen Brief Gobats an v. Bar, aus dem hervorgeht, daß v. Bar sich gegenüber Bajer dahin geäußert hat, die große Mehrheit der Interparlamentarier besitze sehr wenig Empfänglichkeit für ein Zusammenarbeiten mit dem Institut de droit international, da ja die meisten Interparlamentarier nur das allgemeine Schiedsgericht und nichts anderes wollten.

Ob im einzelnen die Vorschläge Bajers, namentlich das Zusammenarbeiten der Interparlamentarier und des Institut de droit international auf den Weltfriedenskongressen, sehr viel Vorteil gebracht hätten, muß bezweifelt werden. Die meisten Mitglieder der Union und des Instituts würden wohl an den Weltfriedenskongressen nicht teilgenommen haben, es sei denn, daß sie Pazifisten im engeren Sinne wären. Dagegen würde die Errichtung einer Zentralbibliothek für Völkerrecht einem erheblichen Mangel abgeholfen haben, der noch besteht. Ist doch heute selbst das wichtigste Material des Völkerrechts in Deutschland unzugänglich; man muß es sich kaufen oder aus dem Auslande entleihen. Die Königliche Bibliothek in Berlin ist in dieser Beziehung recht minderwertig; sie besitzt nicht einmal die Berichte der Versammlungen der International law Association, nicht die Werke von Hull, Scott, Kamarowski usw.

Aber der Grundgedanke Bajers ist vorzüglich, und man sollte ihn noch heute verfolgen. Geht man davon aus, daß die meisten Interparlamentarier keine Fachleute auf dem Gebiete des Völkerrechts sind, so liegt es nahe, zu wünschen, die Interparlamentarier möchten mit dem Institut de droit international oder der Rechtskommission der Carnegiestiftung in der Weise in Verbindung setzen, daß die Interparlamentarier einen von dem Institut oder der Rechtskommission angenommenen Entwurf ihrerseits den Mächten zur Annahme empfehlen, wenn auch eventuell mit einigen Modifikationen. Vielleicht könnte dann auch das Institut mit der Rechtskommission über einen bestimmten Gegenstand in Verbindung treten. Beide würden fortan die zunächst getrennt ausgearbeiteten Entwürfe über einen wichtigen Gegenstand in gemeinsamer Beratung zu einem einheitlichen Entwurfe umarbeiten. Dadurch würde die große Zersplitterung, die augenblicklich besteht, vermieden werden. Während jetzt auf jedem neuen Kongresse ein anderer Entwurf über ein Thema ausgearbeitet wird, würde fortan ein einziges Projekt gleichzeitig durch die Wucht von vier internationalen Korporationen den Mächten zur Annahme empfohlen werden. Das Institut de droit international und die Rechtskommission der Carnegiestiftung würden Entwürfe ausarbeiten und die interparlamentarischen Versammlungen und Weltfriedenskongresse würden diese Entwürfe propagieren und den Mächten zur Annahme empfehlen.

Rüstungs-Kartelle.

Ueber den Einfluß der Erzeuger von Kriegsmaterial und des in Rüstungsgewerben angelegten Kapitals*).

Aus Anlaß der Vorschläge Sir Edward Greys über die Schiedsgerichte erscheint es zweckmäßig, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Militaristen sehr häufig behaupten, die Zunahme der Rüstungen sei notwendig, um den „Frieden zu sichern"; große Armeen und Flotten seien die Prämie für die Versicherung gegen Krieg, und selbst das schädliche „Wettrüsten" könne man dadurch rechtfertigen, daß eine Nation kriegsbereit sein müsse, um den Frieden zu sichern. In dieser Hinsicht werden folgende, kürzlich veröffentlichten Ansichten des Obersten Gaedke, eines deutschen Offiziers und anerkannten Fachmannes, interessieren: „Es ist nur zum Teil richtig, daß die Rüstungen eine Friedensversicherung darstellen. Mit weit besserem Rechte können sie eine ständige Bedrohung des Friedens genannt werden. Für alle Fälle sind sie eine ungeheure Last der Völker geworden. Die am meisten fortgeschrittenen und größten Staaten sind gerade diejenigen, welche unter dieser Last auch am meisten leiden."

*) Nach einem Londoner Berichte der New Yorker „Evening Post" übersetzt; erschienen in der Flugblatt-Serie der World Peace Foundation in Boston, Juli 1911.

Daß die Rüstungen zu einer „ungeheuren Last" wurden, ist Tatsache. In den Jahren 1900—1909 hat z. B. Deutschland rund 10 000 Mill. M. und Großbritannien mehr als 12 000 Mill. M. für Heer und Flotte ausgegeben. Wenn diese Auslagen sich weiter im gleichen Maße steigern, werden beide Völker am Ende der nächsten Dekade (1919) je 16 000 Mill. M. den Rüstungen geopfert haben.

Trotz der Versicherungen der Minister und Diplomaten, daß die auswärtigen Beziehungen der Staaten durchaus friedliche seien, wird der Gedanke an den Krieg im Volke lebendig erhalten, hauptsächlich deshalb, weil die Regierungen die Vorbereitungen auf den Krieg unablässig vergrößern. Oberst Gaedke legt die Gefahren dar, zu welchen dieser Zustand führen muß, und sagt: „Nichts anderes als bindende Abmachungen der Staaten können auf friedlichem Wege die Gefahren beseitigen, welche unausgesetzt auf uns lauern; Verträge sind das einzige Mittel, durch welches man schrittweise zur Sicherung des Friedens zwischen den Kulturnationen gelangt."

Dieser „bewaffnete Frieden" erregt unvermeidlich das gegenseitige Mißtrauen, welches, wie Graf Moltke vor vielen Jahren im Reichstage erklärte, die Völker gegenseitig in Waffen hält und schließlich zum Kriege führt. Der Krieg, sagt Oberst Gaedke, ist der Vater anderer Kriege. „Je mehr wir an unsere eigene Macht und Stärke denken und je häufiger wir die Frucht siegreicher Kriege gekostet haben, desto mehr sind wir erfüllt von dem bösen Geiste des Chauvinismus und des Imperialismus. Der eine Krieg ist der Vater anderer Kriege."

„Geschützte Interessen."

Noch auf einem anderen Wege führen uns Kriege und Rüstungen immer tiefer in den Sumpf; anstatt unsere Lasten zu verringern und uns wahre Sicherheit zu geben, vermehren sie die Lasten und gestalten sie den Ausblick immer düsterer. Ich meine den ungünstigen Einfluß, welchen die Anschaffung schwerer und teurer Geschütze, der Bau riesiger Kriegsschiffe und die Befriedigung vieler anderer „moderner Kriegsbedürfnisse" auf die Staaten übt. Zufolge ihres großen Reichtums allein sind die Unternehmungen, wo das Kriegsmaterial hergestellt wird, eine Gefahr, denn sie sind bereit, ihren Reichtum dazu zu gebrauchen, um beständig Kriegsschrecken heraufzubeschwören oder, selbst wenn sie durchaus nicht so weit gingen, an unseren „Patriotismus" zu appellieren. Ein armer Engländer, welcher Pflüge macht, würde ausgelacht werden, wenn er die Vaterlandsliebe als einen Grund anrufen wollte, aus welchem wir ihm mehr Aufträge erteilen sollen; aber der Millionär, welcher Panzerplatten macht, appelliert ohne Scham an den Patriotismus des Volkes, welches er verproviantiert; er hat Zeitungen zur Verfügung, um diejenigen als Landesverräter oder Wahnsinnige oder wenigstens als Utopisten zu brandmarken, welche versuchen, den ungeheuren Rüstungen Einhalt zu gebieten; er bekommt aber auch eine wachsende Zahl von Arbeitern in seine Interessensphäre, indem er Arbeit, und dazu noch zu höheren Löhnen, schafft. Das Schlimmste daran ist aber, daß diese Uebel sich schneeballartig vergrößern, gemäß den Fortschritten einer Nation, bis wir alle darüber zugrunde gehen werden. Ob es möglich ist, unter den gegebenen Verhältnissen des Uebels Herr zu werden, ist sehr strittig; wenn aber Großbritannien im nächsten halben Jahrhundert in gleichem Maße weiter rüstet wie im vergangenen halben Jahrhundert, dürfte ein so großer Teil der besitzenden Klassen, Gesetzgeber, Bischöfe, Zeitungsunternehmer, Handwerker, gelernte Arbeiter, auf die eine oder andere Art materielles Interesse an den Rüstungs-Unternehmungen (für Heer, Flotte, Luftflotte usw.) erlangt haben, daß der militaristische Schneeball zu einer Lawine geworden ist, der niemand mehr entrinnen kann.

Dreadnaughts und Profite.

Die überhitzte Flottenbegeisterung in England hat es klar gemacht, daß die Regierung und ihre Fachleute dem Parlamente leicht ein Schnippchen schlagen können. Parlament und Volk beugen sich in starrer Bewunderung vor dem mystischen Idol der „Fachmeinung". Kriegswesen, das Gleichgewicht der Mächte, das Problem der „Ueber-Dreadnaughts", der Wert feindlicher Armeen und Flotten sind heutzutage so verwickelte technische Fragen geworden, daß höchstens zwei oder drei Parlamentsmitglieder davon überhaupt etwas verstehen. „Die Mutter der Parlamente" (Beiwort des englischen Parlamentes als des ältesten. Der Uebers.) wird daher taub, wenn der militärische Fachmann oder der Erste Lord der Admiralität jene delphischen Orakelsprüche kundgibt, welche den ehrfurchtgebietenden Namen der See-Lords tragen.

Diese Dinge haben sich eben gründlich geändert seit jenen alten Tagen, da jedes Parlamentsmitglied einige Kriegserfahrung hatte und da militärische Fragen so leicht zu verstehen waren wie etwa Fragen des Fußballspieles oder des Boxens.

Um aber zu unserem Gegenstande zurückzukehren: bei weitem die größten jener unsichtbaren und verderblichen Kräfte, mit welchen die Volkswirte sich schier vergeblich abmühen, sind die bereits erwähnten mächtigen Gesellschaften, welche die verschiedenen Arten von Kriegsmaterial erzeugen und welche durch die ununterbrochenen Kriegsalarme und Flottenprogramme der letzten zehn Jahre zu einer gewaltigen Vermehrung ihrer Kapitalien innerhalb weniger Jahre gelangten.

Um von diesen mächtigen Interessenten eine Vorstellung zu geben, veröffentlicht der „Morning Leader" eine Tabelle, welche die

Aktien und die Obligationen von sechs bedeutenden Rüstungs-Gesellschaften nach der Bilanz für 1909 angibt:

	Aktien-Kapital in Millionen Mark	Obligationen *)
Vickers' Son & Maxim	104,—	59,13
Cammell, Laird & Co.	47,46	34,57
Armstrong, Whifworth & Co.	84,02	50,01
William Beardmore & Co.	40,—	34,03
John Brown & Co.	64,37	20,37
Thames Ironworks Co	12,—	5,22
Summa	352,03	203,60

Interessierte Aktionäre.

Diese Liste erschöpft aber noch lange nicht die Zahl der Gesellschaften, welche an der Erzeugung von Kriegswerkzeugen interessiert sind, und repräsentiert daher auch nicht im geringsten das gesamte Kapital, welches in Betrieben und Maschinen für diese Zwecke angelegt ist. Von den anderen Gesellschaften sind aber einige in weitem Maße auch mit dem Bau von Handelsschiffen beschäftigt, so daß es unmöglich ist, den gesamten für Kriegsschiffe verwendeten Betrag industriellen Kapitals zu berechnen. Die Bedeutung der mitgeteilten Summen ist aber einleuchtend. Das Land hat private Gesellschaften ermuntert, diese Summen auszugeben, so daß sie Jahr für Jahr zugunsten der Aktionäre großen Gewinn bringen; irgendeine Beschränkung in den Rüstungsarbeiten, sei es in England, sei es anderswo, würde naturgemäß diese Gewinne sehr bedeutend schmälern.

Es bedarf keiner sehr lebhaften Phantasie, um einzusehen, daß die außerordentlich große Zahl von Personen, welche, durch das ganze Land verstreut und fast in jeder Klasse der Gesellschaft, Geld in jenen Rüstungsgesellschaften angelegt haben, einen sehr starken Einfluß zugunsten der Ausdehnung der Rüstungen ausüben. Die Zahl dieser Interessenten ist übrigens nicht von solcher Bedeutung wie ihre Qualität. Vor zwei Jahren untersuchte die „Investors' Review" die Liste der Aktionäre von drei Gesellschaften und veröffentlichte die Namen der angesehensten und einflußreichsten Aktionäre. Die folgende Tabelle veranschaulicht den Beruf dieser Personen:

	Vickers' Sons & Maxim	John Brown & Co.	Armstrong, Whitworth & Co.
Herzöge	2	1	—
Marquis	2	—	—
Grafen, Barone oder deren Frauen und Kinder	50	10	60
Niederer Adel	20	7	35
Parlamentsmitglieder	3	2	20
Offiziere des Heeres oder der Flotte	21	2	20
Schiffsbaumeister od. Regierungsliefer.	2	—	—
Finanzleute	3	—	1
Journalisten, einschl. d. Zeitungsherausgeb.	6	3	8

*) Aus der engl. Währung des Originals, zum Schlüssel 1:20 umgerechnet. Der Uebers.

Ein Beispiel.

Die finanzielle Lage dieser „Konzerns" und die sozialen Konsequenzen ihres beständigen Bedarfes nach Aufträgen wurden vor etwa drei Jahren durch einen Brief aufgehellt, den der Vorsitzende der Gesellschaft Cammell, Laird & Co. an den verstorbenen Lord Tweedmouth gerichtet hatte. Zu dieser Zeit war die Gesellschaft aus der Liste der Marinelieferanten gestrichen worden. Und wodurch wurde der Appell, diese Maßregel zu widerrufen, begründet? Durch nichts anderes, als durch den Hinweis darauf, daß die Aktien und Obligationen der Gesellschaft den Betrag von 100 Mill. M. ausmache; daß die Zahl der Angestellten und Arbeiter in den Werken allein, die unmittelbar der Gesellschaft gehören, über 15 000 betrage, und daß die Strafe eine arge Bedrückung sei. Diese ausgebreitete Anlage für Marine-Rüstungen müsse jährlich mit Aufträgen bedacht werden, um existieren zu können. Indem die Regierung einwilligt, daß Anlagen für Marine-Material errichtet werden, ist sie damit auch durch alle subtilen Einflüße gezwungen, für neue Flottenprogramme zu sorgen. Die Leistungsfähigkeit von Vickers' Sons & Maxim z. B. wurde in der Generalversammlung des Jahres 1909 beschrieben. Diese Firma konnte damals drei Kriegsschiffe der Dreadnaught-Type in drei Jahren, vom Tage der Genehmigung der Pläne an, bauen und in jeder Hinsicht dienstbereit ausrüsten, ohne irgendwelche Arbeit außerhalb der eigenen Betriebe verrichten zu lassen. Danach konnte sie alle sechs Monate je einen Dreadnaught vollständig dienstbereit liefern.

Die Geschäftsberichte der einzelnen Gesellschaften und die Reden ihrer Vorsitzenden machen es durchaus klar, daß diese Unternehmungen in ihrem Gedeihen von der Zunahme der Flottenrüstungen abhängen. Dies beweist eine Rede, welche Sir Charles D. Mc. Laren in der Generalversammlung der Gesellschaft John Brown & Co. (im Juli 1905) hielt; in dieser Rede heißt es offen und unverblümt: „Die Ernennung Sir John Fishers zur Admiralität ist eine Tatsache, die für eine Firma wie die unsrige große Bedeutung hat; es ist erfreulich, daß Sir John bereit ist, den Bau von Kriegsschiffen fortzusetzen, denn je größer die Arbeit ist, desto mehr erlangt davon unsere Firma. Wir erzeugen Panzerplatten, große Marinegeschütze und Turbinen, so daß wir stets einen gemessenen Teil an derartigen Arbeiten erhalten." Selbstverständlich wurde diese Rede mit großem Beifalle begrüßt.

Eine österreichische Idee.

Diese Tabellen und Zitate, welche ich dem „Morning Leader" verdanke, gibt mir Gelegenheit, die Bemerkung zu erzählen, welche ein österreichischer Sozialist gegenüber einem englischen Pazifisten machte,

und die von dem Wiener Korrespondenten der „Times“ am 17. März d. J. berichtet wird.

„Schaffen Sie eine friedensfördernde Industrie“, sagte der Sozialist, „welche eben so rentabel ist wie die Industrie zur Vorbereitung auf den Krieg, und Ihre Friedenspropaganda wird die Welt erobern.“

„Obwohl die Geschäftswelt im allgemeinen und die Angestellten und Arbeiter im besonderen“, setzte derselbe Korrespondent hinzu, „unter den Steuerlasten zu erliegen drohen, sind die Kapitalien und Interessen der Erzeuger von Kriegsmaterialien in diesem Lande (d. i. Oesterreich-Ungarn) ebenso wie in Deutschland und anderswo zu sehr für einen vermehrten Kostenaufwand besorgt, als daß sie allzu rasch in der Richtung der „Pflugscharen und des Friedens“ abschwenken würden.“

„Das ist ein Gesichtspunkt, auf welchen“, sagt der Korrespondent, „die öffentliche Aufmerksamkeit in Oesterreich-Ungarn gewaltsam gelenkt wurde, als beim letzten „boom“ auf dem Effektenmarkte insbesondere die Dividenden durch das österr.-ungarische Rüstungsprogramm betroffen wurden.“ Aehnliche Gedanken wird wohl nach und nach auch ein Flottenbudget von 8—900 Mill. M. (es ist das englische gemeint. Der Uebers.) in den Köpfen der britischen Steuerzahler auslösen. . .

Je größer die Kriegsvorbereitung eines Landes ist, desto lauter rufen „Mehr! Mehr!“ die Abkömmlinge der alten Kurschmiede, die Industrien, welche „Eisenkleider“ (Panzer) und Kanonen liefern. Unglückseligerweise findet es jetzt ein beträchtlicher Teil des gewöhnlichen Volkes für nützlich, in diesen sinnlosen Ruf einzustimmen. Woolwich (Sitz des englischen Marine-Arsenals. Der Uebers.) bietet ein Beispiel. Dort hatten während des Burenkrieges viele neue Arbeiter Beschäftigung erhalten. Als der Krieg zu Ende war, mußten diese außergewöhnlich beschäftigten Arbeiter wieder entlassen werden. Was hätte sonst geschehen können? Die Regierung konnte wohl nicht einen anderen Krieg beginnen, bloß um diese Schar von Arbeitern in Beschäftigung zu halten; ebensowenig konnte sie sie bezahlen, ohne daß sie arbeiteten. Nichtsdestoweniger erhob sich in der imperialistischen Presse ein Geschrei der Entrüstung. Sogar die „Labor party“ (Arbeiterpartei) oder wenigstens einige Arbeiterführer waren hierdurch gezwungen, zu untersuchen, ob die Regierung berechtigt war, jene Arbeitermassen zu entlassen.

Im Lande wurde jedoch allgemein wahrgenommen, daß eine nichtimperialistische Regierung (eine Regierung des „Little England“) gelernte britischen Arbeitern die Beschäftigung nahm und sie nach Kanada und Amerika schickte. Aus der Frage wurde eine solche des behaupteten Patriotismus gegen das Klein-Engländertum (Little Englandism); es war eine sträfliche Mißachtung der „Würde und der Sicherheit dieses großen Reiches“.

Der einzige Ausweg aus dieser Schwierigkeit ist nach meiner Ansicht die Verwendung von staatlichen Arbeitern gleich denen in Woolwich zur Herstellung von — Dampfpflügen, Automobilen, Säemaschinen, Fahrrädern usw. So würde die Regierung stets Arbeit für diese Leute finden, und im Kriegsfalle wären sie sehr verwendbar. Soviel ich weiß, werden in der kleinen Waffenfabrik zu Tokio ebenso einfache Zweiräder wie Murati-Gewehre hergestellt, und Krupp erzeugt auch Werkzeuge des Friedens neben denen des Krieges. In England aber ist es noch weit bis zu einem solchen Erfolge; wir stehen der trostlosen Tatsache gegenüber, daß jahrein jahraus für eine immer größere Zahl englischer Arbeiter, Unternehmer und Kapitalisten der Frieden finanziellen Verlust, der Krieg dagegen Gewinn und fette Dividenden bedeutet.

Kapitalistische Interessen.

Von den drei Klassen, die ich soeben erwähnt habe, ist die der Kapitalisten die gefährlichste, denn ihre Macht ist unheimlich, ihr Reichtum fast ohne Grenzen und ihr Patriotismus gleich Null. Selbst wenn sie nicht, wie Krupp, ihre eigenen publizistischen Organe haben, spielen sie doch mit den Eigentümern all der großen Jingo-Blätter unter einer Decke, sind sie Mitglieder derselben Klubs, wie Gesetzgeber, Anwälte und Schriftsteller, stehen sie in engster Verbindung mit all den Einflüssen, welche die „öffentliche Meinung“ bilden, haben sie dazu noch einen romantischen Schimmer um sich, wie er niemals jenen Männern zuteil wird, welche viel nützlichere Dinge erzeugen, als da sind: Schuhe oder Kleider. Selbst in einem Drama Bernhard Shaws kommt ein geheimnisvoller Sprengstoff-Fabrikant vor, welcher die Szene vollständig beherrscht, obwohl Bernhard Shaw beteuert, ein Sozialist, ja ein Antimilitarist zu sein.

Es hieße zuviel von der menschlichen Natur erwarten, ohne daß sie sich im Grunde geändert hätte, wollte man von jenen mächtigen Personen erwarten, daß sie ihre Macht nicht dazu benützen, Kriegsschrecken hervorzurufen und die Kriegsvorbereitungen zu fördern. So finden wir, daß z. B. „König Krupp“ in Essen eigene Gesandte in allen Hauptstädten der Welt hat, von Tokio bis Konstantinopel und von St. Petersburg bis Buenos Aires. Er hat sogar in Sofia einen Vertreter, welcher um die lokale Politik besser Bescheid weiß und mit den lokalen Politikern auf vertrauterem Fuße steht, als alle offiziellen Gesandten zusammen. Derartige Agenten sind gewöhnlich in der Rolle jener englischen oder russischen Kommandanten in Zentralasien, welche mit Orden und Ruhm bedeckt und von der „Daily Mail“ und der „Nowoje Wremja“ als „schweigende Heroen“ gepriesen werden, falls sie sich kriegerisch betätigen und

Territorien annektieren, während sie gänzlich unbekannt und ohne jede Auszeichnung bleiben, wenn sie — mit fast übermenschlicher Anstrengung — Frieden zu halten verstehen.

Eine prächtige Anekdote wird von der Vorgangsweise eines solchen Rüstungsagenten erzählt. Es handelte sich darum, eine ostasiatische Macht zur Bestellung einer großen Menge von Kriegsmaterial zu bestimmen. Dies gelang dadurch, daß der Agent Dokumente vorwies, welche bewiesen, daß eine benachbarte Macht vor kurzem ähnliche große Einkäufe gemacht hatte. Nachdem diese Aufträge von dem Agenten fest übernommen waren, wandte er sich an eine dritte Macht, von welcher es ihm, dank der Anwendung desselben Kunstgriffes, gelang, einen noch viel größeren Auftrag zu erhalten. Wann immer die „Kriegswolken" sich über Südafrika, über dem Balkan oder über dem fernen Osten sammeln, ist es das natürliche Interesse der mächtigen Gruppen von Rüstungslieferanten, die Dinge zur Krisis zu treiben, während jene, welche Frieden wünschen und brauchen, unorganisiert, ohne Geldmittel und besorgt sind, als „Vaterlandsverräter" gebrandmarkt zu werden. . .

Die Spuren der „Kanonenmacher".

Man trifft die Spuren der Kanonenmacher überall auf der Welt. So weiß man z. B., daß der serbische Kriegsminister von Deutschland gezwungen wurde, zu demissionieren, weil er Freiherrn v. Griesinger, den deutschen Gesandten in Belgrad, beschuldigt hatte, daß er an der Kanonenlieferung persönlich interessiert wäre. Aus Nagasaki kommt die Nachricht, daß das japanische Marine-Departement einerseits, die Kawasaki-Schiffbau-Gesellschaft und die Mitsu Bishi-Schiffbau-Gesellschaft andererseits einen Vertrag über den Bau zweier Kriegsschiffe schloßen. Einige dieser großen japanischen Firmen sind jetzt so mächtig geworden und stehen in so enger Beziehung zu der Regierung und der herrschenden Familie, daß der Herausgeber der „Times" von einer dieser Firmen gesagt haben soll, es sei manches Mal schwer zu bestimmen, wo die Firma beginne und wo die Regierung aufhöre.

Bei uns und anderswo ist es der große Reichtum dieser Firmen, welcher sie so gefährlich macht. Wenn sie auf Geschäfte ausgehen, die einige Millionen Pfund Sterling betragen, sind sie bereit, bedeutende Summen à Fonds perdu auszugeben. Es gibt in Rußland, in der Türkei, in den Balkanstaaten, in Südamerika, in China und in anderen Ländern nicht viele junge Offiziere, welche imstande wären, ein Douceur von einigen hundert Pfund Sterling zurückzuweisen; selbst in Ländern wie England, Amerika und Japan, wo man doch annimmt, daß der militärische Ehrbegriff sehr strenge sei, gab es sehr schmutzige Affären in Verbindung mit Kriegslieferungen.

In Konstantinopel traf ich vor mehreren Jahren einen Offizier, der die Kanonenfabrik eines der nördlichen Staaten Europas vertrat. Er ging daran, den Türken Waffen zu verkaufen, nachdem er gute Geschäfte in St. Petersburg gemacht und Belgrad und Sofia besucht hatte. Gerade damals wurde angenommen, die jungtürkischen Offiziere seien so patriotisch, daß sie jedem den Kopf abhauen würden, der auf ein Trinkgeld anspielen wollte. Aber der schlaue Militärsmann aus dem Norden versicherte mir, daß Trinkgelder noch immer angenommen würden und auch notwendig seien. Tatsächlich kaufte er ganze Fachkommissionen auf, welche die von ihm offerierten Waffen zu untersuchen hatten.

Aehnlich berichtet Clemenceau in der Artikelserie, welche er über seine südamerikanische Reise im „Observer" veröffentlichte, daß in Argentinien französische Kanonen von den deutschen Rohren verdrängt wurden, nicht etwa wegen der besseren Qualität der letzteren, sondern weil die dortigen deutschen Vertreter das „argumentum ad hominem" mit größerer Verschwendung gebrauchten.

So ist der reiche Rüstungsproduzent eine Gefahr, nicht bloß für sein eigenes Land, sondern auch auf Kosten kleinerer Staaten. Man kann die Größe der Summen kaum ahnen, um welche es sich in diesem Falle der Korruption und des Betruges handelt. Selbst Regierungen lassen sich manches Mal zu ähnlichen Handlungen herbei, so z. B., wenn sie einer schwächeren Macht ausrangierte, veraltete Kriegsschiffe um teures Geld verkaufen.

In Rußland.

Rußland ist allerdings das Paradies par excellence all der Rüstungsinteressenten, was die Enthüllungen nach dem letzten Kriege nur allzu deutlich erwiesen. Rußland ist ein guter Käufer deutscher Kriegsmaterialien — ein so guter Käufer, daß man nicht weiß, woher Rußland seinen Rüstungsbedarf decken würde, falls es einmal mit Deutschland Krieg führen sollte. Rußland hatte früher eine große Patronenfabrik in Polen; als sie vor einigen Jahren plötzlich abbrannte, sprach die „Nowoje Wremja" die Vermutung aus, daß die Brandleger — Agenten der deutschen Patronenfabriken wären, deren Umsatz bedeutend vermehrt würde, falls die polnische Fabrik vom Erdboden verschwunden wäre.

Ich zitiere diese Beispiele, um die internationale Tätigkeit der großen Rüstungsindustrien Europas darzutun. Daß all diese teuflische Tätigkeit für den Krieg arbeitet, steht außer jedem Zweifel. Die guten Leute, welche heute der Türkei 100 Millionen Patronen verkaufen, sind begreiflicherweise keine Gegner einer „Balkankrise" oder selbst eines Balkankrieges, Ereignisse, die ja gleichbedeutend wären mit einer zweiten Lieferung von 100 Millionen Patronen an die Türkei.

Und dann: es ist nicht abzusehen, wann eine kleine Verbesserung der Gewehrtechnik ein paar Dutzend Millionen Feuerwaffen zum „alten Eisen" macht. Dies bedeutet ungezählte Auslagen für das Volk, aber ungezählte Gewinne für die Waffenschmiede. Tatsächlich folgen sich diese Verbesserungen und Veränderungen unausgesetzt; die altmodischen Waffen wurden dann ebenso unausgesetzt an die Albanesen, Araber, Abessinier, Zentralamerikaner, Zentralafrikaner, Kaukasier, Afghanische Reiter an der indischen Grenze, Chinesen, Neger und andere primitive aber kriegerische Völker verkauft. Die tüchtigen „kleinen" Japaner verkauften kürzlich viele tausend Stück von erbeuteten russischen Flinten an einige Händler in Djibuti, welche sie wahrscheinlich den Wilden in Somaliland weiter veräußern werden, den Afridis oder anderen beutelustigen Gesellen, welche den Preis bezahlen können. Diese interessante Einzelheit wurde bekannt, weil die „Times" sehr in Sorge gerät, wenn die Stämme an der Nordwestgrenze Indiens gute Flinten erhalten. Welche große Menge ausgemusterter Waffen müssen nicht ihren Weg zu den tiefstehenden Völkern des „dunklen Kontinents" finden! Sicherlich: Die „Zivilisation" hat viel von Afrika zu erzählen, angefangen vom „Feuerwasser" bis zu den „Feuerwaffen".

London, am 23. März 1911.

F. Mc C.

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

z. Zt. Budapest, 7. November.

Seit sechs Wochen tobt jetzt unser losgelassener Feind. Der Feind der Friedenskämpfer führt keinen Ländernamen, sondern heißt einfach Krieg. Darum können wir nicht verstehen, daß Menschen, die sich Pazifisten nennen und als solche auch jahrelang glorreich gewirkt haben, plötzlich den gemeinsamen Feind als Freund ansprechen, wenn er zufällig im Namen ihres Landes seine Schrecken entfaltet. Der Ausbruch und der Verlauf des Krieges um Tripolis hat uns allen unendlich viel des Schmerzlichen gebracht; aber das Schmerzlichste beinahe und sicher das Unbegreiflichste wird uns das Verhalten der kriegsbegeisterten italienischen Friedensfreunde bleiben. Das letzte Heft der Vita Internazionale war eine Art Armeezeitung.

Es ist nicht möglich, alle die Ereignisse und Nachrichten, die einander überstürzend, vom Kriegsschauplatz zu uns gedrungen sind, zum Gegenstand von Betrachtungen zu machen; sie sind zu zahlreich und zu unsicher. Die italienische Zensur ließ keine Berichte durch und daher reisten die Kriegskorrespondenten ab; Siegesnachrichten kamen gleichzeitig nach Konstantinopel und Rom, und in beiden Städten

Ein neuer Roman der Suttner.

Nach langer Pause erscheint wieder ein Roman der gefeierten Führerin der Friedensbewegung. „Ein Roman aus der nächsten Zukunft", wie sein Untertitel lautet, ein Roman, der den Weg zu jenen Geisteshöhen weist, die die Menschen erst erobern müssen. Der Titel lautet:

„Der Menschheit Hochgedanken".

Der Inhalt ist in Folgendem kurz skizziert:

Ein amerikanischer Milliardär, der zugleich ein hochstrebender Idealist ist, veranstaltet alljährlich in Luzern eine Zusammenkunft der hervorragendsten Zeitgenossen: Die Spitzen auf den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft usw., die durch eine Woche lang Vorträge veranstalten, welche durch die ganze Welt telegraphisch, telephonisch und phonographisch verbreitet werden. Zu dieser ***Luzerner Woche*** *pilgern auch die Fremden aller Länder, wie sie zu der Sportwoche in Baden-Baden, zur Wagnerwoche in Bayreuth und zu den verschiedenen Flugwochen pilgern. Anstoss zu seinem Entschluss fand der Milliardär in der Eroberung der Lufthöhen. Er will,* ***dem parallel, die Eroberung der Geisteshöhen*** *— der* ***Hochgedanken*** *— pflegen.*

Heldin des Romans ist eine junge, vornehme und reiche Oesterreicherin, die als Rednerin für die geistige Höherbildung der Frau auftritt. Der Held ist ein junger Dichter, dessen Gedanken sich mit denen des Amerikaners begegnen. Vorerst wird die Vorgeschichte dieser Personen dargestellt. Beide begegnen sich und finden sich in der Luzerner „Rosenwoche" wieder. Der Roman beginnt 1909 und spielt in die Zukunft hinüber, etwa zwischen 1915—1920. Zahlreiche Typen werden vorgeführt: reaktionäre Adelige aus Oesterreich, ein vom Renaissancegeist erfüllter italienischer Minister, ein liberal denkender Königssohn aus Deutschland, russische Lebedamen, ein royalistischer Franzose, die lebensfrohe Tochter des Milliardärs und andere.

Der Amerikaner hat für seine Gäste und seine Veranstaltungen in Luzern ein Palais gebaut, und hier finden neben den Vorträgen Darbietungen von Zukunftserfindungen statt, die (der Entwicklung der technischen Wunder vorgreifend) gleichfalls geschildert werden. Zwischen den Personen knüpfen sich Beziehungen; weltpolitische Ereignisse spielen in ihre Schicksale hinein; Humor wechselt mit Pathos, Realistisches mit Phantastischem, und über dem Ganzen schweben als leuchtendes Ziel:

Der Menschheit Hochgedanken.

Es soll hier keine Besprechung des Romans erfolgen. Diese wird von berufener Seite in einer späteren Nummer zum Abdruck gelangen. ***Hier sollen nur die Freunde der Friedens-Sache, die Vertreter des Kulturgedankens, die zahlreichen Anhänger der Baronin Suttner aufgefordert werden, den Roman der gefeierten Pazifistin nach Möglichkeit zu verbreiten.***

Für das Weihnachtsfest 1912 wird es kein passenderes Geschenk geben als dieses neue Suttnerbuch.

Möge es starke Verbreitung finden.

Der Verlag der „Friedens-Warte".

Berlin, Wien, Leipzig.

Man bestellt bei jeder Buchhandlung.

Preis 4 Mk. = 4.80 Kr. brosch., 5 Mk. = 6 Kr. eleg. Lwdbd.

wurde gejubelt. Verschwiegenes und Erlogenes: das läßt sich nicht kommentieren. Wir wissen nur soviel: die Einwohner des überfallenen Landes setzten sich doch zur Wehr — wurden deshalb „Rebellen" genannt, und als solche behandelt. Wir wissen, daß die Hölle dort los ist: Hinrichtungen, Menschenjagden, gegenseitige Wut, gegenseitige Grausamkeiten. Warum nur immer außerhalb des Kriegsschauplatzes das Publikum sich so erhitzt über „italienische" Grausamkeiten oder „arabische" Hinterlistigkeiten und Wildheiten. — Alle und alles ist grausam und wild im Kriege — und muß es sein.

☞

Die letzte Nachricht lautet, daß Italien die Annexion von Tripolitanien proklamiert hat. Damit wird sich voraussichtlich die Türkei nicht bereitwilligst einverstanden erklären, und der Krieg (der im Einverständnis mit den Mächten lokalisierte) wird sich nach anderen türkischen Meeren und Gebieten ausbreiten und möglicherweise auch fremde Länder in Kampf verwickeln. Prophezeien läßt sich übrigens zu Kriegszeiten nichts. Es treten so verschiedene Ueberraschungen, Verwicklungen und Zufälle auf, daß jede Vorherberechnung unmöglich ist. Nur eines läßt sich mit Bestimmtheit sagen: was den Krieg begleitet und ihm folgt, ist Unheil. Gesäter Haß, zerstörte Güter, geweckter Fanatismus — das ist das sichere Fazit. Dazu kommt, daß in diesem besonderen Krieg zu den zerstörten Gütern nicht allein die zerschossenen Mauern, die hingelegten Pflanzungen, die ruinierten Firmen und (in militärischer Schätzung last und least) die vernichteten Menschenleben gehören, sondern die Giltigkeit der Haager Konventionen, und damit die schönsten Erfolge und Hoffnungen eines langjährigen Fortschrittskampfes. Das brutale Faust- und Eroberungsrecht hat man schon als überwunden betrachtet. Der tripolitanische Feldzug hat es wieder zu Ehren gebracht.

☞

Zwei Episoden (einer italienischen Zeitung entnommen) sollen hier — mit den eigenen Worten des Berichtes — festgehalten werden.

1. Es handelt sich um eine unter „afrikanischen Palmen" dargebrachte Huldigung für die Gefallenen: „Umgeben von einem Kreis von Kanonen, und einem Wald von Gewehren, deren Bajonette in der Sonne glänzen, erhebt sich ein kleiner ländlicher Altar, vor dem die Militärkapläne Gebete emporsteigen lassen. Alle Herzen schlagen einmütig vor diesem Ausdruck lieblicher Menschlichkeit und pietätvoller Huldigung für die Brüder, die für Italien und mit dem Namen Italiens im Herzen und auf den Lippen gefallen sind. In der Höhe flattert die Trikolore und sie scheint uns höher als je. Die Trompeten erdröhnen in Absätzen mit schrillem Kriegsruf, während von weiterher in süßen Harmonien ein von der Militärkapelle gespieltes „Ave Maria" ertönt . . . .

2. Unter der Kopfmarke, in Riesenbuchstaben:

Das erste Experiment der Welt eines Aeroplans als Kriegstorpedo, ausgeführt von Leutnant Garotti.

„Die Türken, wie bekannt, haben den Arabern zu verstehen gegeben, daß unsere Aeroplane geflügelte Genien seien, die Allah aus Konstantinopel schickt, um die Verteidiger der Fahne der Propheten zu trösten.

— Aber von heute an — so sagte uns Garotti, werden sie das nicht mehr glauben!

„Als ich in die Nähe des Lagers kam," fuhr der kühne und tapfere Offizier fort, „erhob ich mich aus dem Bereich möglicher Schüsse; dann machte ich einige konzentrische Kreise über der Oase. Als ich glaubte, gerade über dem Zentrum des türkischen Lagers zu sein, ließ ich eine Granate fallen. Der Lärm des Platzens und das Echo fürchterlicher Schreie drang bis zu mir. Zugleich ertönte eine Gewehrsalve, aber mein „Etrich" wurde nicht getroffen. — Dreimal kehrte ich zur Oase zurück und warf eine zweite Granate, die noch größere Verheerung im Lager anrichtete. Ich sah, wie die Menschen und Tiere nach allen Richtungen flohen, wie wahnsinnig geworden, und meine übrigen Granaten warf ich in eine Sandhöhlung hinab, wo viele der Fliehenden Zuflucht gesucht hatten."

Die Nachricht von dem kühnen und wohlgelungenen Experiment des tapferen Leutnants Garotti wurde durch einen Tagesbefehl des Oberkommandos den Truppen bekanntgegeben, wo sie den lebhaftesten Enthusiasmus weckte.

Weiter unten nennt dieselbe Zeitung diese neuerrungene Waffe „Himmelstorpedo". (Torpediniere del cielo.)

Also dazu hat der Mensch es endlich erreicht, sich in Himmelshöhen zu schwingen? Die ewige Ehre des tripolitanischen Feldzuges wird es bleiben, daß er der erste war, den Hochmord einzuführen. Und man begreift auch, daß der Leutnant (wie der Chronist erzählt) bei seiner Rückkunft von dem gelungenen Ausflug mit sichtbarer Zufriedenheit und strahlender Miene den Umstehenden die Hand drückte.

☞

In dem Vierhundert-Millionen-Reiche China spielt sich eine gewaltige Revolution ab. Die Dynastie der Mandschus soll verjagt werden. Bald heißt es, die Republik sei erklärt, dann wieder, die kaiserliche Regierung gewähre eine Konstitution. — Meutereien, Gefechte, Brandlegungen: alle möglichen Gerüchte werden verbreitet; aber auch da erfährt man noch nichts sicheres. Soviel nur ist gewiß — die asiatischen Völker gehen großen Umwandlungen entgegen.

☞

Das Marokkogeschäft ist endlich abgemacht. Weder die Alldeutschen noch die französischen Nationalisten sind damit zufrieden. Während der Verhandlungen gaben sich die beiden genannten Parteien die größte Mühe, daß statt der Verhandlungen die schwebende Frage durch

kriegerische Auseinandersetzung gelöst werde. Jetzt werden sie versuchen, aus den Paragraphen des Uebereinkommens selber Streitfragen zu konstruieren. Zum Glück sieht ein Paragraph vor, daß allfällige Differenzen, die sich aus dem Vertrag ergeben könnten, vor das Haager Schiedsgericht gebracht werden sollen. Vortrefflich. Aber man fragt sich, warum nicht zu allem Anfang als selbstverständlich angenommen wurde, daß, falls die langen geheimen Debatten nicht zur Einigung führen sollten, die Sache im Haag entschieden werde und daher gar kein Anlaß war, in jenen Geschäftsbesprechungen eine Gefahr zu sehen und den endlichen Abschluß als überstandene Gefahr zu begrüßen. Wir dürfen nicht immer jubeln, daß die Herren Politiker das Unheil gnädig von uns abgewendet haben, sondern müssen fordern, daß hinter den politischen und diplomatischen Pourparlers überhaupt kein Urteil drohen dürfe. Einigen sich die Herren, so ist es gut; einigen sie sich nicht, so mögen sie vor den Richter gehen — nicht aber unser Gut und Blut hinwerfen wie man eine Münze auf den Tisch wirft „grad oder ungrad?“ um zu entscheiden, wer den Profit haben soll.

☞

Generalleutnant z. D. v. Reichenau beschreibt im „Tag“ die Wirkung der Brisanzgeschosse. „Der Laie“, fügt er hinzu, „vermag sich vielleicht einen annähernden Begriff von dem Eindruck eines solchen Feuers auf die beschossene Truppe zu machen, wenn er des Grauens und Schreckens gedenkt, die bei dem verbrecherischen Gebrauch schon verhältnismäßig sehr kleiner Sprengkörper unter die Augenzeugen solcher Tat getragen werden. Und nun stelle man sich vor, welche Wirkungen schwere Stahlgeschosse — bei größeren Kalibern bis zu 30 kg Inhalt — auf die beschossenen Truppen hervorbringen müssen. Es handelt sich da nicht um einen Schuß, sondern einen Hagel von Geschossen aus Batterien von Schnellfeuergeschützen. Erhitzte Phantasie wird sich die Schrecken der Hölle nicht furchtbarer auszumalen wissen, als die Wirkungen eines Feuers sich gestalten, das unter betäubenden Detonationen Deckungen und Material zerstört, lebende Ziele aber gräßlich zerfetzt.“

Ja, der Unterschied zwischen dem verbrecherischen Gebrauch kleiner und dem patriotischen Gebrauch großer Sprengkörper ist bedeutend . . . Der Militärphilosoph fährt fort: „Jedenfalls werden aber so manche derer, die den Krieg abschaffen wollen, fragen: „Warum denn die Menschen so martern, warum sie so Furchtbarem aussetzen?“ Auf solche Frage wird am besten mit der Gegenfrage geantwortet: „Warum denn Blitz und Donner, warum Orkane und Ueberschwemmungen?“ Darauf könnte man die Rückgegenfrage machen: „Warum bauen wir Blitzableiter und Dämme?“ Und die andere Frage:: „Wenn schon die Natur uns genügend Unheil droht, warum noch Größeres und Schrecklicheres selber schaffen?“

☞

Unlängst ist das Wirthsche Fernlenkboot auch in Wien vorgeführt worden und hat, wie es in der betreffenden Zeitungsnotiz heißt, „zunächst das Interesse der Kriegsverwaltung erregt“. Der Erfinder glaubt, daß es die Torpedoboote als solche entbehrlich macht. Es können auch von einer Sendstation gleichzeitig mehrere dieser Lenktorpedos an ihre Ziele gesendet werden. Für die Zukunft, die vielleicht nicht einmal so ferne liegt, ist auch eine Ausnutung der Erfindung zum Betriebe von unbemannten Lenkballons sowie Drachenfliegern zum Abwerfen von Geschossen im Bereiche der Möglichkeit. — Alleluja!

☞

Ich sage Alleluja nicht nur in ironischem Sinne, denn ich sehe voraus, daß die Wirthsche Erfindung — der Tod ohne Draht, der Tod mit Taster — in ihren vielen Entwicklungen, den Krieg — der uns Pazifisten schon längst eine moralische Unmöglichkeit dünkt — zu einer physischen Unmöglichkeit machen wird.

☞

Immer wieder kehren die Gedanken zum tripolitanischen Kriege zurück. Er ist ein auf der gegenwärtigen Stunde schwer lastendes Unglück. Ein Telegramm, das nach dem Beschluß einer Moscheeversammlung (7. Oktober) aus Konstantinopel an die Neue Freie Presse gerichtet worden ist, drückt sehr deutlich aus, was in den Augen der ganzen Welt (mit Ausnahme Italiens) dieser Krieg darstellt:

„Italien, das doch unter die Großmächte zählt, hat uns, jedes internationale Recht und jeden internationalen Brauch mit Füßen tretend, die geschlossenen Verträge und die bestehenden Vereinbarungen mißachtend, ohne daß wir den geringsten Anlaß geboten hätten, angegriffen, ganz einfach, um seinen Wunsch zu befriedigen, sich Tripolis' zu bemächtigen, das einen integrierenden Teil unseres Vaterlandes bildet.

Wenn die zivilisierte Welt und diejenigen, die an ihrer Spitze stehen, durch ihr Stillschweigen einen solchen Angriff auf die Rechte und auf die Würde des Menschen, auf die heiligsten Gefühle dulden, was können vom Abendlande und der europäischen Zivilisation der Orient und insbesondere die muselmanische Welt denken, die nach dieser Zivilisation verlangen und sich dem abendländischen Leben anpassen wollen. Ist nicht dieses Stillschweigen geeignet, ihnen die bitterste Enttäuschung einzuflößen, in ihnen Gefühle des Mißtrauens entstehen zu lassen, die für die Zukunft nur Mißverständnisse erzeugen können, die wenig vereinbar mit den allgemeinen Interessen der Menschheit sind?“

☞

Viele Erzählungen und Gerüchte von „italienischen Grausamkeiten“ schwirren durch die Presse. — Grausamkeiten, sicherlich; aber warum „italienische?“ Der Krieg selber ist

grausam und kann nicht anders als grausam geführt werden. Betrachtet man die Kriegshandlungen vom bürgerlich-moralischen Standpunkt, so erscheint jede seiner „Operationen" als barbarisch; betrachtet man sie vom strategischen Standpunkt der militärischen Nützlichkeiten und Notwendigkeiten, so sind sie eben nichts als kriegerisch. Dann kommt noch der Seelenzustand dazu: ein Gemenge von Wut, Rachsucht (jede Repressalie scheint gerecht) Angst, jägerische Verfolgungssucht, aufgestachelte Mordlust, Verzweiflung — und die „Grausamkeiten" sind fertig. Gewiß werden auch die Italiener von ihren Gegnern grausam behandelt. Verstümmlung, mit Dolchen ausgestochene Augen, das ist den italienischen Verwundeten um Tripolis geschehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach sind die Araber grausamer als die Italiener, und wie grausam die Türken sein können, haben die Armeniermassakers gezeigt. Der Mensch, dem eine Waffe in die Hand gegeben wird, mit dem Befehl „töte", und noch irgendein fanatisierendes Schlagwort dazu, — der wird zum Tiger. Viele Gegner des Pazifismus gebrauchen uns gegenüber das Argument: „Krieg wird es immer geben, weil die Bestie im Menschen darnach lechzt." Das ist eine Lüge oder eine unbewußte Umkehrung von Ursache und Wirkung: Nicht weil er eine Bestie ist, muß der Mensch Krieg führen, sondern weil er noch Krieg führen muß, hört er bisweilen auf, Mensch zu sein.

☞

Bedeutend sind die Proteste, die Appelle, die Demonstrationen, die sich seit Ausbruch jenes Krieges erhoben haben: in Parlamentsinterpellationen, in Volksversammlungen, in Meetings, in dem von W. T. Stead versuchten Kreuzzug und auf hundert anderen Wegen wurde versucht, die erschreckte, kulturfortschrittsbeflissene Menschheit, jenem Rückfall in mittelalterliches Faustrecht ein Ende zu bereiten. Aber das alles ist nicht laut, nicht allgemein, nicht leidenschaftlich organisiert genug, um das Ziel zu erreichen. Und die „Mächte" — die es könnten, das sind in „Realpolitik" verstrickte, von eigenen vergangenen und vielleicht auch geplanten zukünftigen Sünden gedrückte, phantasie- und élanlose, protokoll-, statuten- und konventionensteife Schemen, die keines großmütigen Entschlusses fähig sind. Man beobachte den auf diplomatischen Filzschuhen schleichenden Gang der Mediationssache in den Kabinetten aus folgenden zwei, aus „diplomatischen Kreisen" stammende Zeitungsnotizen: 17. Oktober: Es soll über eine europäische Vermittlung im italienisch-türkischen Kriege ein Meinungsaustausch der Mächte angebahnt worden sein. — 3. November: In der internationalen Presse tauchen neuerdings Meldungen über Mediation auf. Die Anregung dazu soll von einer europäischen Großmacht ausgehen. Wie es scheint, darf man diese Meldungen bestätigen, jedoch mit der selbstverständlichen Einschränkung, daß es sich bloß darum handelt, einen Gedankenaustausch in die Wege zu leiten, keineswegs aber darum, schon in diesem Augenblicke, da die Vorbedingungen noch vollständig fehlen, eine solche Mediation eintreten zu lassen. Die Anregung ist von allen Mächten sympathisch aufgenommen worden, und der Gedankenaustausch, der sich mit der politischen Situation beschäftigt, wird fortgesetzt.

Nebenan brennt's. Hilfeschreie dringen herüber. Wir besitzen eine prächtige, selbstkonstruierte Feuerspritze im Haag. Sollen wir sie holen? Gemach! Lasset uns, mit gebotenen Einschränkungen, Gedanken austauschen, und wenn schon alles kracht und flammt, dann werden wir eine Fortsetzung des Gedankenaustausches in die Wege leiten.

☞

Pazifistische Chronik.

Anfang Oktober. Eine Anzahl hervorragender englischer Persönlichkeiten erlässt einen Protest gegen die Verwendung von Kriegs-Luftschiffen.

9.—13. Oktober. In Paris tagt die 10. internationale Seerechtskonferenz.

10. Oktober. Zusammentritt der internationalen Kommission für technische Einheit im Eisenbahnwesen in Bern.

15. Oktober. Der Kongress der italienischen Sozialdemokratie zu Modena protestiert gegen den Krieg und die auswärtige Politik Italiens; er begrüsst die türkischen Sozialisten.

16. Oktober. In Vicenza wird ein Denkmal des österr.-ungar. Obersten Kopal errichtet. Bei dieser Gelegenheit Verbrüderung österr.-ungar. und ital. Offiziere.

26. Oktober. Das Kollegium der reformierten Kirchen der französischen Schweiz erörtert in Lausanne die Einführung eines Friedenssonntags.

30. Oktober. Gründung eines japanisch-deutschen Vereins zu Tokio zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen beider Völker. Präsident Vicomte Aoki.

31. Oktober. Die englische Gruppe der Interparlamentarischen Union richtet an den Premierminister Asquith das Ersuchen um Vermittlung im türkisch-italienischen Krieg.

Ende Oktober. Die Vermittlungs-Aktion der Triple-Entente und Deutschlands zwecks Beilegung des italien.-türkischen Krieges nimmt ihren Fortgang.

1. November. Das internationale sozialistische Bureau in Brüssel erlässt ein Manifest gegen den italienisch-türkischen Krieg.

1. November. Baron Bonde überreicht dem König von Schweden ein Schreiben des Zentralverbandes des schwedischen Friedensverbandes, worin der Wunsch ausgedrückt wird, dass die schwedische Regierung die Initiative für eine internationale Intervention im italienisch-türkischen Krieg ergreifen möge.

2. November. Grosse Versammlung des englisch-deutschen Freundschafts-Komitees im Mansion-House zu London unter dem Vorsitz des Lord Mayors, Sir Vezei Strong, und der Anwesenheit zahlreicher Notabilitäten. Anregung zur Abhaltung einer anglo-deutschen Ausstellung in London im Jahre 1913.

4. November. Unterzeichnung des Marokko- und Kongovertrages zwischen Deutschland und Frankreich in Berlin. Ende der Marokkowirren. Friedliche Erledigung der Differenzen, die die Kriegsgefahr nahe gebracht hatten. Friedliche Verständigung über Gebietsabtretungen.

4. November. Der Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie zu Innsbruck brandmarkt in einer scharfen Resolution „den Raubzug nach Tripolis."

4. November. Der „Verband für internationale Verständigung" bedauert in einem öffentlichen Protest das Versagen der Schutzmittel des Völkerrechts im italien.-türkischen Konflikt.

5. November. Der König von Italien spricht durch ein Dekret die „Annexion" von Tripolis aus.

5. November. Grosses Protestmeeting gegen den Tripoliskrieg in Paris. Vandervelde und Jaurès sprachen.

5. November. Internationales Protestmeeting gegen den Tripoliskrieg im Brüsseler Volkshause. Belgische, französiche, deutsche und türkische Sozialisten als Redner.

5. November. Grosse Protestkundgebung der sozialdemokratischen Partei in Frankfurt a. M. gegen den italienisch-türkischen Krieg.

9. November. Am Lord Mayors-Bankett in London spricht der Premierminister Asquith seine Genugtuung über die Marokkoverständigung zwischen Deutschland und Frankreich aus. Lord Churchill spricht die Hoffnung aus, dass die Hochwassermarke der Flottenrüstungen erreicht sei.

9.—11. November. Grosse Marokko-Debatte im Deutschen Reichstag. Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg gegen die Kriegstreiberei.

10. November. Neuerliche grosse pazifistische Rede des deutschen Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg. Energische Zurückweisung der chauvinistischen Kriegstreibereien.

11. November. Im ungarischen Reichsrat interpelliert der Abg. Karl Hussar den Ministerpräsidenten über die Uebertragung des türkisch-italienischen Krieges nach Europa und über die barbarische Kriegsführung der Italiener in Tripolis.

12. November. In Berlin veranstaltet die sozialdemokratische Partei zwölf grosse Protestversammlungen gegen den Tripolis-Krieg. Französische, belgische und österreichische Redner sind anwesend.

13. November. Der Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft brandmarkt den Tripoliskrieg in einer Protestresolution den „Raubzug" und fordert dessen Beendigung.

Aus der Zeit.

Ein Protest gegen die Luft-Kriegsschiffe :: :: :: :: ::

Die (von Randal Cremer) im Jahre 1870 begründete „International Arbitration League" in London (183 St. Stephen's House, Victoria Embankement, Westminster Bridge SW.) veranlaßt einen internationalen Protest gegen den Bau und die Verwendung von Luftkriegsschiffen, der bereits die Unterzeichnung von 55 hervorragenden Persönlichkeiten des vereinigten Königreichs gefunden hat. Es sind dies: Mr. William Archer. — Sir Thomas Barclay. — Mr. H. Granville Barker. — Canon S. A. Barnett. — Bishop of Bath and Wells. — Professor A. C. Bradley. — Rt. Hon. Sir. John Brunner, Bart. — Mr. A. Kaye Butterworth. — Mr. George Cadbury. — Rev. R. J. Campbell. — Dr. J. Estlin Carpenter. — Dr. John Clifford. — Sir Wm. J. Collins. — Mr. Walter Crane. — Rev. W. Cuff. — Sir A. Conan Doyle. — Sir Edward Elgar. — Bishop of Ely. — Sir George Frampton. — Mr. John Galsworthy. — Sir George S. Gibb. — Mr. H. Rider Haggard. — Mr. Thomas Hardy. — Mr. J. A. Hobson. — Dr. Robert F. Horton. — Sir Victor Horsley. — Sir Ray Lankaster. — Sir George Lewis. — Bishop of Lincoln. — Bishop of Lichfield. — Sir Oliver Lodge. — Professor John William Mackail. — Mr. John Masefield. — Rt. Hon. Sir Wm. Mather. — Dr. G. Campbell Morgan. — Professor Gilbert Murray. — Sir Sidney Olivier. — Bishop of Oxford. — Sir Arthur Pinero. — Mr. Eden Phillpotts. — Sir Arthur Quiller-Couch. — Canon H. D. Rawnsley. — Bishop of Rochester. — Mr. Seebohm Rowntree. — Professor M. E. Sadler. — Mr. John S. Sargent. — Maj. Gen. Sir Alfred Turner. — Rt. Hon Sir George Otto Trevelyan, Bart. — Dr. Alfred Russel Wallace. — Mr. H. G. Wells. — Professor J. Westlake. — Bishop of Winchester. — Professor G. Sims Woodhead. — The Dean of Worcester. — Mr. Israel Zangwill.

Um diesen Protest wirksam zu machen, werden Unterschriften hervorragender Persönlichkeiten aus allen Ländern gesucht. Die Friedensgesellschaften in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und in der Schweiz werden daher ersucht, den untenstehenden Text der Protestresolution zu verbreiten und Unterschriften dafür zu erlangen.

Der Text der englischen Resolution lautet:

„Wir Unterzeichneten protestieren gegen die Verwendung von Luft-Kriegsschiffen. Wir appellieren an alle Regierungen, daß sie mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln ein inter-

nationales Uebereinkommen betreiben sollen, das die Welt davor bewahren soll, daß zu den gegenwärtigen Scheußlichkeiten der Kriegführung eine neue hinzugefügt wird.

Ohne allgemeines Abkommen kann eine einzelne Macht nicht allein zurückbleiben. Jeder Tag des Nachdenkens und jedes verausgabte Geld verringert die Chancen eines solchen Abkommens.

Die Gelegenheit ist günstig. Die Kulturwelt ist jetzt empfänglich für das fürchterliche Antlitz und die wirtschaftlichen Vergeudungen des Krieges. Die Haager Konferenz ist eine Tatsache. Zum erstenmal besitzen die Nationen gegenüber einer neuen Entwicklung der Kriegskunst sowohl die Erkenntnis wie den notwendigen Apparat, diese Entwicklung wirksam zu hemmen.

Die gesamte Kultur bekundet ihr Sehnen nach Frieden und Verständigung, bekundet ihren Wunsch, die bereits schreckliche Last der Rüstungen zu vermindern. Wenn ihre Proteste nicht hoffnungslose Heuchelei sind, kann sie nicht ruhig zusehen, wie die Eroberung der Luft, jene ruhmvollendetste Errungenschaft des Menschen, in verkehrter Weise zu Zerstörungszwecken verwendet wird, kann sie nicht müßig eine neue Initiative züchten, die jene Rüstungslast auf das schwerste steigern muß.

Es gibt Leute, die da glauben, daß der Luftkrieg infolge seiner unverhüllten Schrecken eigentlich ein heimlicher Segen sein würde, da er die Menschen vom Kriege zurückschreiten lassen wird. Jenen sagen wir: Die Kultur soll die Verwüstungen einer neuen und noch aufhaltbaren Krankheitsform nicht sanktionieren, damit die Menschen immer ernstlicher bestrebt seien, sich zur Ausrottung aller übrigen Krankheitserscheinungen zusammenzuschließen. Und ferner: Ihr unterschätzt den Mut und die Anpassungsfähigkeit der Menschennatur, die lange genug bewiesen hat, daß sie alle Formen des Schreckens ertragen kann.

Es gibt auch Leute, die einwenden, daß die Fliegekunst sich ohne den Anreiz des Krieges niemals voll entwickeln wird. Diesen erwidern wir, daß die Geschichte der Menschheit uns nicht der Hoffnung beraubt, daß jede Nachfrage, wenn sie selbst nur dem Zwecke des friedlichen Lebens entspringt, schließlich doch ihre Erfüllung findet. Wenn die Fliegekunst durch den Entschluß der Menschen, sie nur zur gegenseitigen Hilfe zu verwenden, statt zur gegenseitigen Vernichtung, um einige Jahre verzögert wird, wird die Welt dabei nichts verlieren.

Es gibt auch welche, die darlegen, daß der Mensch, wenn er auf der Erde und auf dem Wasser kämpft, ebensogut auch in der Luft kämpfen kann. Diesen antworten wir: Es gab noch niemals einen Augenblick, wo es praktisch möglich war, die Kriegsmaschinen auf der Erde oder am Wasser zu beseitigen, während jetzt der Augenblick da ist, jene der Luft zu beseitigen. Dieser Augenblick ist jetzt — bevor die Verwendung dieser Maschinen erprobt ist*), bevor große Interessen damit verbunden sind, gekommen.

Die Regierungen sind die Vertrauensmänner nicht nur der Gegenwart, sondern auch der Zukunft der Menschheit. Glücksfall ist es, daß dieser Moment in der Hand der heutigen Regierungen liegt. Wir bitten sie, ihn weise auszunutzen."

☞

Kommers-Kultur :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Freiburg folgendes niedliche Stückchen berichtet:

„Ich erlaube mir, Ihnen einiges aus den Reden mitzuteilen, die auf dem Festkommers am 29. Oktober anläßlich der Einweihung der neuen Freiburger Universität von dem Prorektor Geh. Hofrat Fabricius und dem hiesigen Divisionskommandeur Generalleutnant v. Deimling gehalten wurden. Ein Stenogramm der beiden Reden aufzutreiben, war mir bis jetzt unmöglich, auch die Freiburger Presse, die die übrigen Festreden ausführlich wiedergegeben hat, berichtet nur kurz über den Festkommers: Ich muß mich also auf die Mitteilung einiger Aeußerungen beschränken. Im Laufe seiner Rede erwähnte der Prorektor eine Tafel mit den Namen der 47 Freiburger Studenten, die im Jahre 1870 mit in den Krieg gezogen waren. Im Anschluß daran verbreitete er sich über die jetzige gefahrdrohende politische Lage und über die Möglichkeit eines Krieges. Er warnte dann vor den „Einfaltspinseln", die durch ihre „Friedensduselei" das Volk wehrlos machen wollten. Ich kann nur sagen, daß die ganze Rede auf mich mehr den Eindruck einer Agitationsrede, als den einer Festrede machte. Von dieser Ansprache ging Generalleutnant v. Deimling aus, als er später das Wort ergriff. Er hielt eine wahre Lobrede auf den Krieg. Während man früher „in Kürassierstiefeln" über die Bühne des Welttheaters „gestampft" sei, schleiche man heute in „Filzparisern" daher. Einige losgelöste Zitate von Schiller, Nietzsche u. a. führte er zur Bekräftigung seiner Ansichten an. Das beste, was er der akademischen Jugend wünsche, sei, das es ihr vergönnt sei, auch einmal Zeiten des Krieges und des Sieges

*) Dieser Protest wurde vor dem Tripolisattentat verfaßt. Das Argument verliert aber dadurch seine Bedeutung nicht; denn gerade die „Erprobung" der Luft-Kriegsmaschinen in diesem furchtbaren Gemetzel wirkt eher abschreckend als ermutigend. Zur vollen Erprobung sind sie aber in Tripolis ja nicht gekommen, denn die Türken haben den italienischen Luft-Bombenschmeißern keine Gegner in der Luft gegenüberstellen können. Das Mörderische des Luftkrieges tritt erst dann drastisch zutage, wenn man sich vorstellt, daß die Piloten auch gegeneinander kämpfen könnten.

mitzuerleben. Dann redete auch er gegen die Anhänger der Friedensbewegung, die das Volk „kastrieren" und zu „politischen Eunuchen" machen wollen. „An der Spitze der Bewegung steht natürlich ein Weib, Bertha von Suttner. Ist sie vielleicht hier? Sitzt sie vielleicht da oben auf der Galerie?" In diesem Ton gings weiter. Die Rede erinnerte lebhaft an Aeußerungen, die Deimling sich vor einiger Zeit gegen die Männer der Friedensbewegung erlaubte, als er sie Männer nannte, die zwar Hosen tragen, aber nichts drin haben. Der stürmische Beifall, den beide Reden fanden, ist sicher zum großen Teil auf die angeregte Stimmung zurückzuführen, in der ein Kommers zu verlaufen pflegt. Allerdings konnte man auch manchen bemerken, der stamm dasaß und dem die Empörung auf dem Gesichte geschrieben stand." —

Soweit der Bericht. Und das geschieht an einer Universität. So spricht man in akademisch gebildeten Kreisen von der größten Kulturbewegung unserer Zeit. Wenn dieser Bericht nur nicht in die ausländische Presse dringt; die Schamröte müßte jedem guten Patrioten ins Gesicht steigen.

Kurz vor der Drucklegung erhalten wir hierzu folgende Mitteilung der Ortsgruppe Freiburg der Deutschen Friedensgesellschaft:

„Die bekannten Aeußerungen des Herrn Protektor Dr. Fabricius bei den Universitätsfeierlichkeiten haben einen schriftlichen und mündlichen Meinungsaustausch veranlaßt zwischen Genanntem und den Vertretern der Ortsgruppe Freiburg i. B. der Deutschen Friedensgesellschaft. Dabei hat Herr Professor Fabricius wiederholt versichert, daß er die Bestrebungen der Friedensgesellschaften gar nicht in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen und nicht einmal namentlich erwähnt habe. Die Bemühungen der Friedensfreunde würden sogar von ihm hochgeschätzt, was schon daraus hervorgänge, daß er auch der Vereinigung für Internationale Verständigung angehöre.

Um nun weitere Kreise über Ziele und Bestrebungen der modernen Friedensbewegung zu orientieren, wurde der Plan gefaßt, im Laufe des Wintersemesters durch einen bekannten Universitätsprofessor aus unseren Reihen einen Vortrag halten zu lassen. Der Herr Prorektor hatte die Liebenswürdigkeit, uns die Aula oder das Auditorium maximum der neuen Universität ebenso wie freundliche Aufnahme der Redner seinerseits in Aussicht zu stellen.

Nach diesem Akt der Toleranz seitens des Herrn Prorektor sehen wir zurzeit keinen Grund für weitere Erregung unserer Mitglieder.

Ortsgruppe Freiburg i. B.
der Deutschen Friedensgesellschaft.
Adinda Flemmich. Dr. Zakrzewski.

Die psychologische Grundlage der Kriegsbegeisterung

Schon John Stuart Mill behauptete, daß die Grausamkeit eine ganz positive Erscheinung im menschlichen Charakter sei; eine Art wollüstiger Erregung. Unsere Naturforscher berichten, daß man auch an den Affen eine eigentümlich instinktive Grausamkeit beobachten kann. Die Grausamkeit bildet aber ein atavistisches Ueberbleibsel im Menschen. Die Kultur drängt es zurück; es braucht aber nur der alte Adam erweckt zu werden, und die Urneigung dringt wieder vor. Der Kriegsapparat rechnet mit diesem Hervorbrechen der tierischen Urneigungen des Menschen. Interessant ist es, zu vernehmen, wie der bekannte Psychologe, Staatsanwalt E. Wulffen, über die Erweckung der tierischen Instinkte, jener Grundlage der Kriegsbegeisterung, in seinem großen Werke über „Die Psychologie des Verbrechers" schreibt. „Ohne Auslösung der Mordlust im Menschen", so heißt es dort, „durch Suggestion und Nachahmung, wären Schlachten und Kriege unmöglich. Der Staat tut vor und bei der Kriegserklärung und in der Schlacht alles, um diese Suggestion auch zur Wirkung kommen zu lassen. Der Abschaffung des Krieges steht nichts weniger als die innerste Natur des Menschen selber, wie sie in zahlreichen Vertretern der kriegführenden Parteien lebt, entgegen, die durch die Suggestion zur Mordlust angefacht wird. Die idealere, aber auch nur unter Mithilfe der Suggestion entfachte Kriegsbegeisterung als Idee ist mehr bei den höheren Gesellschaftsklassen, die Mordlust mehr bei den unteren entscheidend. Unter den Zugehörigen der unteren Schichten des Volkes befinden sich die zahlreichen Elemente, die im Kriege eine sonst nicht mögliche Gelegenheit finden, ihre Gewalttätigkeit zu betätigen."

Das ist für die Würdigung der Kriegsbegeisterung von großem Interesse. Daß diese Tatsache der Abschaffung des Krieges entgegenstehen sollte, ist unerfindlich. Dann müßte ja die staatliche Ordnung mit der Natur des Menschen ebenfalls unvereinbar sein. Kultur ist ja nichts anderes als Unterdrückung der Tierheit im Menschen.

Professor Kohler über die moderne Friedensbewegung.

In der Kölner Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung entwickelte, wie die „Kölnische Zeitung" berichtet, Prof. Kohler von der Universität Berlin am 20. ds. eine Reihe bemerkenswerter Ansichten über den vielumstrittenen Gegenstand. Er lehnte es zunächst ab, in dem italienisch-türkischen Krieg eine Niederlage des Friedensgedankens zu sehen. Zum ersten sei dieser Gedanke noch im Werden, etwa wie die Beherrschung der Luft durch Flugwerkzeuge, und man dürfe in dem einen Falle so wenig wie in dem andern erwarten, von heute auf morgen das Ziel zu erreichen. Dann aber handle es sich hier gar nicht

um einen Krieg im reinen Sinne des Wortes, sondern mehr um ein Kolonialunternehmen, das für einen Staat, der ein Kulturträger sei, wie Italien, in dem Verfall des Islams, der in Italiens Nähe eine Art Fäulnisherd geschaffen habe, eine gewisse Berechtigung finde. Zweierlei habe aber die Friedensbewegung in der Tat schon erreicht, nämlich daß heute weder reine Kabinettskriege noch reine Prätendentenkriege mehr möglich seien. Die allgemeine Ueberzeugung sei, daß der Fürst des Volkes wegen und nicht das Volk des Fürsten wegen da sei, und diese Ueberzeugung stehe der Führung dieser beiden Arten von Kriegen der Vergangenheit wirksam entgegen. Immerhin gebe es natürlich noch Differenzen, die auch heute noch auf dem Wege des Krieges zum Austrag gebracht werden müssen. Kohler unterscheidet da im wesentlichen zwei Gruppen von Interessen, die solche Differenzen in ihrem Schoße bergen. Zum ersten seien es Rechtsfragen, bei denen eine Nation das Gefühl habe, daß ihr Unrecht geschehen sei, daß sie in ihren billigen Ansprüchen, ja in ihrer Ehre gekränkt worden sei. Hier setzten nun die Bemühungen um ein internationales Gerichtstribunal ein, und in der Tat sei nichts vernünftiger, als, genau wie bei den Rechtsstreitigkeiten von Individuen, solche Streitfragen zwischen Völkern durch eine unparteiische Instanz erledigen zu lassen. Die Selbsthilfe des Krieges sei doch immer nur ein rohes und unvollkommenes Mittel, dem Rechte Geltung zu verschaffen, denn nicht das größere oder geringere Recht, sondern die Stärke der Waffen entscheide den Ausgang des Krieges. In wenigen Jahrhunderten werde man es nicht mehr begreiflich finden, daß man einst derartige Rechtskriege geführt habe. Die zweite Gruppe umfaßt nach Kohler solche Interessen, die die Kulturbestrebungen der Völker, das Wort im weitesten Sinne genommen, berühren, die eigentlichen Lebensgebiete, in denen sie ihr Dasein betätigen. Das Verlangen eines Volkes, Zugang zum Meere zu erhalten, könne z. B. ein derartiges Lebensinteresse darstellen. Kriege um solche Lebensinteressen der Völker zu beseitigen, erscheine vorläufig noch gänzlich unmöglich. Der Weg, der uns hier weiterführen könnte, bestehe in gemeinsamen Verabredungen und Vereinbarungen der Völker zu einem friedlichen Interessenausgleich, und in der Tat wachse ja die Zahl internationaler Beziehungen und Einrichtungen, die in ihrer Gesamtheit zweifellos die Zuspitzung solcher Interessengegensätze zu einer kriegerischen Auseinandersetzung verminderten.

Kohler ging dann dazu über, den Mittelpunkt aller Friedensbewegungen, die Schiedsgerichtsfrage, näher zu betrachten. Die Vereinigten Staaten, die ja eine leitende Rolle auf diesem Felde beanspruchen, haben schon eine lange Geschichte von Versuchen in der Schiedsgerichtsbarkeit hinter sich, die sie zuerst zwischen ihren Einzelstaaten, dann gegenüber England anstellten. Sie hatten freilich noch den Grundsatz der gemischten Kommissionen, d. h. sie setzten ein Spruchgericht aus Vertretern der beiden Streitenden ein. Heute ist dieser Weg verlassen zugunsten gänzlich unparteiischer Schiedsgerichte. Der permanente Schiedshof, den die erste Haager Konferenz im Jahre 1899 eingesetzt hat, ist der erste große Markstein auf diesem Gebiete. Es wäre gut gewesen, wenn man gleich einen festen Gerichtshof gebildet hätte, aber man hat sich vorläufig mit einer Art Rahmen begnügen müssen, in den die streitenden Staaten Schiedsmänner einfügen, wobei jeder Staat zwei Personen ernennt, die sich dann zusammen einen Obmann erküren. Ein Fehler ist noch, daß der eine dieser beiden Männer ein Angehöriger des betreffenden Staates sein darf, denn das tut der Unparteilichkeit des Gerichts natürlich Eintrag. Die Tätigkeit des Gerichts kann nun entweder die einer bloßen Untersuchungskommission sein, oder aber es übt tatsächlich eine richterliche Tätigkeit aus, wenn nämlich die beiden streitenden Völker vorher einen Schiedsvertrag zu diesem Zweck abgeschlossen haben. Hierbei ist sogar dem Schiedsgericht das Recht verliehen, im Zweifelsfalle das Maß seiner Zuständigkeit zu bestimmen, wodurch es eigentlich über den Charakter eines reinen Schiedsgerichts hinauswächst. Der Haager Gerichtshof hat nun tatsächlich eine führende Rolle in der Schiedsgerichtsbewegung gewonnen und alle andern internationalen Schiedsgerichtsformen an die zweite Stelle gerückt; in demselben Maße ist sein moralisches Ansehen gewachsen, so daß nicht anzunehmen ist, daß ein Staat sein Urteil mißachten würde, obwohl dem Gerichtshof natürlich keine Machtmittel zur Verfügung stehen, seine Urteile auch zu vollstrecken. Die zweite Haager Konferenz im Jahre 1907 hat dann versucht, die Schiedsverträge zwischen streitenden Staaten durch einen Schiedsvertrag für alle Völker, auch gegenüber noch nicht vorhandenen Streitigkeiten, zu ersetzen. Da aber meldeten sich nun jene Lebensinteressen der Völker, von denen oben die Rede war, und protestierten gegen die Bindung der Staaten durch einen generellen Schiedsvertrag. So hat man den Mittelweg von Schiedsverträgen zwischen einzelnen Staaten eingeschlagen, aber sehr weit ist man auf diesem Wege noch nicht gekommen. Rechtsfragen werden sich leicht solchen Schiedsverträgen unterwerfen lassen, aber kaum jemals alle Fragen über die Lebensinteressen der Völker. Immerhin ist auch bei dieser Einschränkung eine erhebliche und wirksame Verminderung der Kriege durch die Schiedsgerichtsbewegung für die Zukunft zu erwarten.

☞

Ist eine anglo-deutsche Flottenverständigung in Sicht?

Der Wiener Vertreter des Daily Chronicle meldet nämlich, aus einer von ihm als ausgezeichnet bezeichneten Quelle erfahren zu haben: „daß seit einigen Monaten Verhandlungen zwischen Berlin und London stattgefunden hätten, die den Zweck

verfolgten, eine Einigung wegen Einschränkung der Flottenbauten herbeizuführen. Die Angelegenheit sei dieses Mal von der deutschen Seite in Angriff genommen worden. Deutschland habe sich im Frühjahr zuerst an die britische Regierung gewendet. Die Ursache sei die, daß man in Deutschland die durch den Flottenbau notwendig gewordenen Lasten sehr empfindet, und daß die Berliner Regierung nicht daran denken könne, von dem Reichstage die notwendigen Mittel für weitere Flottenforderungen zu erhalten, die über das zuletzt bewilligte Flottengesetz hinausgehen würden. Die Verhandlungen seien nicht leicht, weil man keine passende Form finden könne, aber nichtsdestoweniger würden die Verhandlungen, wenn auch mit aller Heimlichkeit, so doch mit größtem Eifer geführt."

Es wird sich gar bald zeigen, ob dieser vernünftige Weg eingeschlagen worden ist.

☙

Professor Eickhoff und der Marokkovertrag. :: :: :: ::

Im Hinblick auf die Tatsache, daß der Marokkovertrag vom 4. November für die Unterbreitung von Streitfällen, die sich aus den Vertragsbestimmungen ergeben sollten, den Haager Hof vorsieht, sei daran erinnert, daß Reichtags-Abgeordneter Prof. Richard Eickhoff in einem Artikel in der „Vossischen Zeitung" vom 26. September, „Zur deutsch-französischen Verständigung" betitelt, hierzu die Anregung gegeben hat. Die betreffende Stelle lautet:

„Wenn demnach in dem Streite um Marokko für eine schiedsgerichtliche Regelung kein Raum war, wie selbst der aufrichtigste Freund der Schiedsgerichtsbewegung zugestehen muß, so entsteht andererseits doch die Frage, ob in dem Vertrage, den Deutschland und Frankreich voraussichtlich in Kürze schließen werden, das schiedsgerichtliche Verfahren nicht dennoch wenigstens insoweit zu seinem Rechte kommen soll, als diesem Vertrage die sogenannte Schiedsgerichtsklausel, wie sie die Interparlamentarische Union schon seit Jahrzehnten empfohlen hat und wie sie beispielsweise unseren meisten Handelsverträgen eingefügt ist, als Schlußbestimmung angehängt wird. Das würde bedeuten, daß die beiden vertragschließenden Mächte sich bereit erklären und verpflichten, alle aus der Auslegung und Anwendung des neuen Vertrages etwa entstehenden Meinungsverschiedenheiten, falls sie auf diplomatischem Wege nicht ohne weiteres beseitigt werden können, in gutem Glauben der Entscheidung des Haager Schiedsgerichtshofs zu unterwerfen."

Man wird nicht fehl gehen, wenn man die Einfügung dieser Klausel in jenen Vertrag auf diese Anregung zurückführt.

☙

„Sorgt nur, daß ich angegriffen werde." :: :: :: :: ::

Durch die Presse geht folgende Anekdote:

„Gelegentlich seines letzten Aufenthalts in Danzig hat Kaiser Wilhelm II. im Verlauf eines Gesprächs mit Offizieren Gelegenheit genommen, seinen Standpunkt zu der Frage über seine Bereitwilligkeit zum Kriege dahin festzulegen: „Ich bin jeden Augenblick bereit, sorgt nur, daß ich angegriffen werde." Das „Berliner Tageblatt" bemerkt dazu: So kann der Ausspruch im Ernst natürlich nicht gelautet haben. Den Leuten, die wieder anfangen, mit angeblichen Aussprüchen des Kaisers hausieren zu gehen, sollte das Handwerk energisch gelegt werden.

Sicherlich wollte der Kaiser nur sagen, daß er zur Verteidigung bereit sei, aber einen Angriffskrieg nicht führen will. Ein Standpunkt, den jeder Pazifist billigen wird.

☙

Fortschrittliche Flotten-Frauen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Verein „Liberale Frauenpartei", der der Fortschrittlichen Volkspartei angeschlossen ist, hat sich für den „kraftvollen Ausbau der deutschen Flotte" erklärt. Eine kürzlich angenommene Resolution des unter dem Vorsitz von Frl. Maria Lischnewska stehenden Vereins lautete:

„1. Die Friedensbestrebungen, die sich an die Adresse Englands richten, sind eine direkte Gefahr für die Sicherheit der Nation, (!!) denn sie trüben das nüchterne Urteil des deutschen Volkes. 2. Deutschland braucht für seine wachsende Volkszahl ein großes Siedelungsland, wenn nicht schwere soziale Mißstände im Mutterland heraufkommen sollen. 3. Die beschämende Situation, in der wir uns England gegenüber zurzeit befinden, kann nur aus der Welt geschafft werden durch einen kraftvollen Ausbau der deutschen Flotte. (!!) Die Mittel hierfür sind durch eine Erbanfallsteuer oder eine Reichsvermögenssteuer zu gewinnen. 4. Eine planvolle Weltmacht- und Kolonialpolitik ist eine Lebensfrage für die arbeitenden Massen. Daher muß durch den Staat sowie durch die politischen Parteien dafür gesorgt werden, daß ein Verständnis für Weltmacht- und Kolonialfragen in den weitesten Kreisen geweckt wird." Hurra!

Aus der Bewegung.

Die deutsch-französische Verständigung. :: :: :: :: ::

In der Versammlung, die die deutschen und französischen Delegierten anläßlich der Tagung der Generalversammlung des Berner internationalen Friedensbureaus am 26. September in Bern abhielten, wurde folgende Resolution gefaßt:

„Die Vertreter deutscher und französischer Friedensgesellschaften, die an der Generalversammlung des Internationalen Friedensbureaus am 26. und 27. September 1911 in Bern teilgenommen haben, haben einstimmig den

von dieser Versammlung gefaßten Resolutionen über die Marokkofrage zugestimmt.

Sie stellen mit großer Befriedigung fest, daß es zwischen ihnen Meinungsverschiedenheiten überhaupt nicht gegeben hat, und daß die in beiden Ländern geführte erbitterte Diskussion nicht das geringste an ihren freundschaftlichen Gesinnungen zu ändern vermocht hat.

Sie vertrauen darauf, daß die beiden Regierungen die einer Verständigung nahen Verhandlungen zu einem glücklichen Abschluß führen werden.

So wenig die Behandlung der gesamten Streitfrage durch beide Regierungen den pazifistischen Grundsätzen entspricht, halten sie es doch für die Pflicht aller Friedensfreunde, in der einmal gegebenen Situation ein Abkommen, wie es nach den bisher bekannt gewordenen Mitteilungen in Aussicht steht, ohne Hintergedanken anzunehmen und gegen die vorauszusehenden Angriffe der Nationalisten in beiden Ländern zu verteidigen.

Sie erwarten und legen den größten Wert darauf, daß in diesem Abkommen dafür gesorgt wird, daß alle etwa möglichen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrages einer schiedsgerichtlichen Entscheidung unterworfen werden.

Sie hoffen aber ferner, daß aus den Erfahrungen dieser schweren Krisis beide Völker die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie der Wiederholung solcher Schädigung des Volkswohlstandes und solcher Kriegsgefahr vorbeugen und zu einem allgemeinen Einvernehmen gelangen müsse.

Um eine solche Verständigung zu fördern, haben sie die Einsetzung einer besonderen deutsch-französischen Verständigungskommission beschlossen, für die sie auch die Mitwirkung weiter, auch außerhalb der allgemeinen Friedensbewegung stehender, Kreise erstreben."

In jener Versammlung wurde auch beschlossen, nach Abschluß des Marokkovertrages hervorragende Redner einer jeden Nation in die Hauptstadt des anderen Landes zu entsenden, um dort den Standpunkt des Pazifismus vertreten zu lassen. Von deutscher Seite dürften demnächst die Professoren Ostwald, Quidde, Lamprecht und Justizrat Heilberg in Paris sprechen. Die Namen der französischen Redner werden erst in nächster Zeit bekanntgegeben werden. Es steht jedoch fest, daß die französischen Redner außer in Berlin auch in München und Frankfurt sprechen werden.

☙

Die Friedensresolution der Deutschen in Amerika.

Vom 5. bis 9. Oktober war, wie bereits berichtet wurde, der deutsch-amerikanische Nationalbund, der jetzt in den Vereinigten Staaten 2 500 000 Mitglieder besitzt, zum Bundestag versammelt. Im Namen des „Ausschusses für Friedensbestrebungen", dem u. a. auch der Vizepräsident der New Yorker deutschen Friedensgesellschaft, Herr H. Feldmann, angehört, wurde seitens des Vorsitzenden des genannten Ausschusses, Dr. E. Richard, folgende Resolution unterbreitet, die von den aus 44 Staaten versammelten Vertretern der Deutschen in Amerika einstimmig angenommen wurde.

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„1. Teil. Der sechste Konvent des Deutsch-Amerikanischen National-Bundes richtet an die Zweigverbände, ihre Vorstände und Mitglieder die Aufforderung, den Bemühungen des Ausschusses für Friedensbestrebungen, allen möglichen Vorschub zu leisten. Es wird im allgemeinen empfohlen, die Gründung solcher Gruppen, die sich einzelner Ziele des Bundes besonders annehmen wollen, zu fördern. 2. Teil: Der Deutsch-Amerikanische National-Bund, in seinem sechsten Konvent zu Washington am 6. bis 9. Oktober 1911, begrüßt in den schwebenden Schiedsgerichtsverträgen mit Deutschland, England und Frankreich einen bedeutenden Fortschritt zur Sicherung des dauernden Friedens und ersucht den Senat der Vereinigten Staaten, dieselben ohne irgendwelche Aenderungen, welche ihre Wirksamkeit abschwächen könnten, zu ratifizieren. Eine Abschrift dieses Beschlusses soll dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten, jedem einzelnen Senator sofort bei dem Wiederbeginn der Senatssitzungen durch den Bundessekretär übermittelt werden.

Ferner werden die Mitglieder und Vereine des Bundes ersucht, an die Bundessenatoren ihres Staates Gesuche im Sinne vorstehender Entschließung zu richten."

Am Schlußbankett hielt der Präsident des Nationalbundes, Dr. Hexamer, eine Rede, in der er das Eintreten des Bundes für die Friedensbewegung noch einmal bekräftigte. Wörtlich sagte er: „Heute bekämpfen wir die Trusts, und schon beginnen sie, sich dem Willen des Volkes zu fügen. Die Zeit wird auch kommen, wo durch eine ethische Ausbildung der Nationen die Kriegsgelüste schwinden und Dispute auf friedlichem Wege beigelegt werden. Deutschland, das Land der Philosophen und Denker, dürfte auch hierin den ersten Schritt machen."

☙

Die Carnegie-Stiftung in Asien. :: :: :: :: :: :: :: ::

Präsident Butler von der Columbia-Universität, der bekanntlich Leiter der Abteilung für Propaganda und Erziehung der Carnegie-Stiftung ist, kündigt an, daß Dr. Charles W. Eliot von Cambridge, Mass., ehemaliger Präsident der Harvard-Universität, am 7. November im Auftrage der Stiftung nach Indien, China und Japan abgereist ist. Das Exekutiv-Komitee der Trustees für die Stiftung hat Dr. Eliot ersucht, diese Reise zu unternehmen,

mit dem dreifachen Zwecke, zur Erläuterung der Organisation und der Ziele der Stiftung in den verschiedenen asiatischen Ländern, zum Studium der öffentlichen Meinung jener Länder, besonders soweit sie sich auf internationale Angelegenheiten beziehen und zur Beschaffung von Material für einen Bericht über die Art und den Umfang der Tätigkeit, die die Carnegie-Stiftung bei den verschiedenen asiatischen Völkern im Hinblick auf die Förderung des Friedens und der internationalen Verständigung ausüben könnte.

Dr. Eliot wird über Suez nach Indien reisen und nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in diesem Lande im Februar in China eintreffen. Wenn die Verhältnisse in China es gestatten, wird er eine ausgedehnte Reise durch das Innere des Landes unternehmen, die leitenden Staatsmänner und die führenden Persönlichkeiten der Handelswelt besuchen und mit ihnen über den Gegenstand seiner Reise konferieren. Ein wichtiger Teil der Reise des Dr. Eliots wird in Japan zu erledigen sein, wo der Gelehrte im April 1912 eintreffen wird. Erst im Juli beabsichtigt er nach den Vereinigten Staaten zurückzukehren.

☞

Die Friedensbewegung in Japan. :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Am 23. Juni wurde in Japan eine wichtige Sektion der japanischen Friedensgesellschaft in Osaka, der größten Handels- und Industriestadt des Landes, begründet. Das Verdienst dieser Gründung gebührt in erster Linie dem Grafen Okuma, der dabei von S. Uyemura, dem Bürgermeister von Osaka, R. Mureyama, dem Herausgeber der Zeitung „Osaka Morning News", Motoyama, Präsident der Daily Publishing Company, Doi, dem Präsidenten der Handelskammer von Osaka, Susuki, dem Generaldirektor der Bank von Sermitown, und K. Kikuchi, Mitglied des Parlaments und ehemaligem Gouverneur der Präfektur von Osaka, in wirkungsvoller Weise unterstützt wurde.

Die erste Versammlung der neuen Friedensgesellschaft fand am 23. Juni im Saale der Handelskammer unter dem Vorsitz des Bürgermeisters von Osaka statt, der auch zum Präsidenten der Gesellschaft erwählt wurde. Im September hatte die neue Gesellschaft Gelegenheit, Professor Starr Jordan von der Leland-Stanford-Universität, der eine pazifistische Turnee durch Japan unternahm, zu begrüßen.

☞

Weitere Pazifisten-Proteste gegen den Tripolis-Krieg. (Als Ergänzung des Artikels in der vorliegenden Nummer.)

„Die Geschäftsleitung der deutschen Friedensgesellschaft, die am 13. November 1911 in Stuttgart versammelt ist, erklärt hinsichtlich der italienischen Expedition nach Tripolis, daß sie überzeugt ist, im Einverständnis mit dem gesamten deutschen Volke zu sprechen, wenn sie diese Unternehmung als einen aller Moral und jedem Recht hohnsprechenden Raubzug brandmarkt, durch den der europäischen Kulturwelt die höchste Schmach angetan wird. Sie wünscht, daß es der Wucht der öffentlichen Meinung in allen Kulturländern gelingen möge, die Regierungen dazu zu bestimmen, daß sie mit allen ihnen durch die Haager Konvention gebotenen Mitteln dem frevelhaften Treiben Italiens Einhalt tun, und zwar in Erwägung dessen, daß die für alle Mächte verhängnisvoll werdende Ausbreitung des Kriegs durch die italienische Drohung sehr nahegelegt ist, und daß die Beendigung des Kriegs und Wiederaufrichtung des Rechts im eigensten Interesse aller Mächte liegt, die in Gefahr sind, bei Fortsetzung ihres peinlichen Schweigens ihre eigenste Arbeit, wie sie im Haag zu einem erfreulichen Resultat geführt hat, zu vernichten."

Der Rat der „Polnischen Gesellschaft der Friedensfreunde" in Krakau erläßt unter der Aufschrift „Accusons!" einen flammenden Protest gegen den Krieg und schlägt vor, den nächsten Friedenskongreß statt in Rom in Konstantinopel abzuhalten. Ein Vorschlag, der der Erwägung wert ist.

Literatur und Presse.

Die zweite Haager Friedenskonferenz. II. Teil. Das Kriegsrecht unter Mitberücksichtigung der Londoner Seerechtskonferenz, von Otfried Nippold, Leipzig, Duncker & Humblot, 267 + XVII S., 1911.

Das Nippoldsche Werk über die zweite Haager Friedenskonferenz, bis heute die einzige Darstellung jener bedeutsamen Staatenversammlung in deutscher Sprache, liegt jetzt vollständig vor. Wie einst das Meurersche Werk über die erste Friedenskonferenz, so darf das Nippoldsche als die bedeutsamste Darstellung der Weltliteratur über die zweite Haager Friedenskonferenz betrachtet werden. Gleichwertig sind nur die Werke von Scott: „The Hague Peace Conferences", und von Bustamente: „La seconde conférence de la paix". Bei Higgins und Lémonon vermißt man doch an allzuvielen Punkten eine Wertung der Konferenzergebnisse, so zuverlässig auch der Ueberblick sein mag, den diese Autoren über die Verhandlungen geben. Das bekannte Werk Frieds beschränkt sich auf die Wiedergabe der friedensrechtlichen Ergebnisse. Bei Nippold fällt sehr angenehm auf, daß er die ausländische Literatur sehr sorgsam wiedergibt und in gleicher Weise die Monographien berücksichtigt. Von den anderen Schriftstellern der zweiten Haager Konferenz hat nur Higgins seinem Buche wertvolle Literaturnachweise mitgegeben.

Im einzelnen sei bezüglich des zweiten Teiles des Nippoldschen Buches hervorgehoben, daß sich der Verfasser als ein sehr warmer Anhänger des Unverletzlichkeitsprinzips des Privateigentums im Seekriege zeigt. Die Beseitigung des Seebeuterechts bildet nach Ansicht Nippolds eins der hauptsächlichsten Ziele der nächsten Haager Friedenskonferenz. Es ist sehr erfreulich, daß Nippold in seinem gewiß einen großen Leser-

kreis findenden Buche eine Lanze für die Beseitigung des Seebeuterechts bricht, zumal im letzten Hefte der „Zeitschrift für internationales Recht" Posse auf 250 Seiten für das Seebeuterecht eintritt, ohne freilich seine Ansicht überzeugend zu begründen. Aber Posses Aufsatz ist doch eine recht tüchtige Leistung und bildet demnächst wohl die Hauptstütze der Freunde des Seebeuterechts, so daß die Ansicht Nippolds gerade zur rechten Zeit in den Streit der Meinungen geworfen wird.

Des weiteren sei hervorgehoben, daß sich Nippold gegen die zu weite Ausdehnung des Begriffes der relativen Konterbande auf der Londoner Seekriegskonferenz wendet. Er stimmt hier v. Bar zu, der auch die Regelung der Konterbandefrage in London für einen Rückschritt hält. Nippold bedauert, daß die Vorarbeiten des Institut de droit international bei der Festsetzung des Konterbandebegriffs nicht berücksichtigt worden sind.

In einem Rückblick auf die zweite Haager Friedenskonferenz gibt Nippold einige allgemeine Betrachtungen, die recht wertvoll sind. Auf S. 254 sagt er: „Es würde weder der modernen Auffassung des Völkerrechts entsprechen, noch auch im Interesse der völkerrechtlichen Entwicklung liegen, wenn einige Großmächte allein die Fortbildung des Völkerrechts in die Hand nehmen wollten. Daß das ein Schritt nach rückwärts wäre, lehrt schon die Geschichte des Völkerrechts, und wir feiern an den Haager Konferenzen nicht am wenigsten die Tatsache, daß die sämtlichen Kulturstaaten der Erde auf ihnen vertreten sind. Wenn daher, was keineswegs anzunehmen ist, durch die Londoner Konferenz etwa ein Präzedenzfall hätte geschaffen werden sollen, damit künftig einige Großmächte die Schaffung und Anerkennung völkerrechtlicher Normen an sich reißen und den anderen Staaten überlassen könnten, nachher dazu einfach Ja und Amen zu sagen, so müßte vor einer solchen Gefahr mit allem Nachdruck gewarnt werden. Es fehlt den Großmächten im heutigen Völkerrecht das Mandat, um eine solche Mission übernehmen zu können." Das sind sehr richtige und beherzigenswerte Worte. Ganz stimme ich Nippold darin zu, wenn er die Gleichheit der Staaten als einen Grundsatz des Völkerrechts preist, an dem nicht gerüttelt werden dürfe. Auch das ist richtig, daß der „Cour de la justice arbitrale" unter Zugrundelegung des Rotationssystems einen Rückschritt bedeutet hätte. Die Art und Weise, wie die Großmächte den Cour de la justice arbitrale zusammensetzen wollten, sah einer Vergewaltigung der Kleinstaaten verzweifelt ähnlich. Unerfindlich ist, wie die Größe der einzelnen Staaten etwas mit der Vertretung im Tribunal zu tun haben soll. Sollte denn eine internationale Verwaltung oder eine internationale Gesetzgebung eingerichtet werden, oder nicht vielmehr eine internationale Gerichtsbarkeit? Sind die Richter im höchsten Tribunale, wie einst Schlief behauptete, Vertreter ihrer Staaten oder nicht vielmehr der Rechtsgemeinschaft? Trotzdem aber bin ich über den Grundgedanken eines internationalen ständigen Staatengerichtshofes ganz anderer Ansicht als der Autor des vorliegenden Buches. Gerade Nippold hat in seiner „Fortbildung des Verfahrens in völkerrechtlichen Streitigkeiten" betont, daß das Völkerrecht durch die Judikatur der Schiedsgerichte fortgebildet werden müßte. „Der Haager Schiedsgerichtshof", so sagt Nippold (S. 564), „kann nach dieser Richtung hin für das Völkerrecht noch eine ganz spezielle Bedeutung gewinnen, indem er nicht nur dazu dienen kann, den Völkerstreit zu schlichten, sondern auch das Völkerrecht fortzubilden." Aber der Haager Schiedshof und alle besonderen Schiedsgerichte haben bezüglich einer Fortbildung des Völkerrechts gründlich versagt, und statt rechtlicher Entscheidungen nur Kompromisse gegeben. Der amerikanische Agent im Venezuelastreitfalle von 1910, Dennis, hat kürzlich in der „Columbia Law Review" (1911, S. 493—513) glänzend nachgewiesen, daß nach einstimmiger Ansicht von Autoritäten des Völkerrechts die Schiedsgerichte zur Fortbildung des Völkerrechts versagt haben. Darum haben wir einen wirklichen Gerichtshof nötig. Das große Problem der nächsten Haager Friedenskonferenz bildet daher nächst der Frage der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit die Errichtung eines ständigen internationalen Staatengerichtshofes.

Schließlich erörtert Nippold noch die Abrüstungsfrage kurz und empfiehlt, diese besser zum Gegenstande der Beratung auf einer besonderen Konferenz zu machen.

Das Nippoldsche Werk ist nicht nur eine gründliche, sondern auch sehr fortschrittlich geschriebene Arbeit über die zweite Friedenskonferenz, und wird als solche von dauerndem Werte sein. Wehberg.

☞

La Réglementation de la Guerre des Airs, Notes et Aperçus par Baron L. de Stael Holstein, Docteur es lettres, La Haye, Martinus Niyhoff, 80 S., 1911.

Der Verfasser des vorliegenden Werkes ist ein noch junger Völkerrechtsjurist, der in aller Herren Länder studiert und sich erstaunliche Sprachkenntnisse erworben hat. Seine Studien waren auf das Gebiet der Philosophie beschränkt, bis er sich für das Völkerrecht zu interessieren begann. Das vorliegende Buch ist seine erste Arbeit auf diesem Gebiete, und man muß gestehen, daß er sich äußerst vorteilhaft eingeführt hat. Das Thema war für eine Erstlingsarbeit nicht leicht zu behandeln; doch Stael hat den spröden Stoff meisterhaft bewältigt. Das Buch zerfällt in drei Teile. Im ersten ist das vor 1907 geltende Recht dargestellt, in dem zweiten das gegenwärtige Recht, und in dem dritten das zukünftige. Dabei geht der Verfasser nicht nur auf die Beratungen aller Konferenzen sehr ausführlich ein, sondern gibt auch den Text der einzelnen Beschlüsse. Am Schlusse entwirft der Verfasser, der sein Buch eigens für die Beratungen der leider vertagten XVII. interparlamentarischen Versammlung geschrieben hat, Richtlinien, über welche Punkte sich die Verhandlungen über den Luftkrieg in der Hauptsache erstrecken müssen. So ist das Werk nicht nur denen, die sich für den Luftkrieg interessieren, sondern auch allen Interparlamentariern sehr zu empfehlen, zumal der Verfasser seinem Buche erschöpfende Literaturnachweise beigefügt hat. Wehberg.

☞

Eugen Diederichs' „Politische Bibliothek". I. Gustav F. Steffen, Die Demokratie in England. — II. H. G. Wells, Die Zukunft in Amerika. — III. Lloyd

George, Bessere Zeiten. — IV. Graham Wallas, Politik und menschliche Natur. Jeder Bd. in gr. 8° = 200—250 S. in vornehmster Ausstattung. Kart. à 3 M.

Diesem neuen Unternehmen des weltbekannten Diederichs'schen Verlages in Jena liegt eine Erziehungstendenz zugrunde, die jeder fördern muß, dem es darum zu tun ist, die politische Reife des deutschen Volkes entwickelt zu sehen; jeder, der erkannt hat, daß der Aesthetenkult, zu dem die Tagespresse die meisten Menschen verführt, zum großen Teil Schuld daran trägt, daß moderne Fortschrittsideen gerade in Deutschland so oft verkannt werden, und so schwer Boden fassen. Das Theater nimmt in unserem Leben einen zu breiten Raum ein und verführt denkende und tatkräftige Menschen daher zu leicht, ihr geistiges Leben auf eine Bewegung zu konzentrieren, die vielleicht manchem innere Befriedigung verschafft, die aber für das große Ganze des Volkslebens unproduktiv verläuft. Dem Zug zum Theater kommt der Umstand zugute, daß unsere Zeitungen das politische Leben nur in den Einzelheiten und vom Gesichtswinkel der Partei wiedergeben, so daß sich empfängliche Gemüter von dem wirklichen Tatwesen nur zu leicht abgestoßen fühlen und so selbst ungeheure Lebenswerte verlieren und der Zeit als Werte schaffende Kräfte verloren gehen. Was Diederichs mit seiner neuen Sammlung beabsichtigt, ist eine Erziehung zur Hohen Politik. Nicht zu jener „Hohen Politik", die man so nennt, um den Tiefstand unserer, das zwischenstaatliche Leben handwerksmäßig betreibenden Zunft durch ein Wort zu verdecken, sondern jener Politik, die sich von dem Parteigezänke und Fraktionsklatsch, die unsere Presse erfüllen, von dem Kasernengeist der Weltanschauungs-Genossenschaften wohltuend dadurch unterscheidet, daß sie eine Wissenschaft bildet, die man ganz gut als die Wissenschaft der Kulturkooperation von Menschengruppen bezeichnen kann. Wer erst einmal erkannt hat, daß die Kultur nur durch die Gesamtwirkung aller Teile gefördert wird, daß sie jenseits von rechts und links, jenseits aller Blöcke, Programme und Wahlparolen sich entwickelt, nach Gesetzen, von denen gerade diejenigen die wenigste Ahnung haben, die sich euphemistisch die Gesetzgeber nennen, der wird das, was man gemeinhin als Politik bezeichnet und was uns die Zeitungen als solche mit großer Wichtigkeit vorsetzen, mit dem, was wirklich Politik ist, nicht mehr verwechseln.

In diese Politik einzuführen, zu ihr zu erziehen, hat sich die „Politische Bibliothek" zur Aufgabe gestellt. Sie sucht dies in angenehmer Weise zu tun, um es denjenigen, die sich durch das Wort „Politik" abgeschreckt fühlen, leicht zu machen, dem Rufe zu folgen, den der Volkserzieher in Jena ertönen läßt. Von diesem Gesichtspunkte aus muß man die Auswahl der vier ersten Bände als äußerst geschickt getroffen bezeichnen. Für die „Demokratie in England" wird sich heute naturgemäß jeder Deutsche interessieren, da das englische Problem heute nicht nur ein „alldeutsches", sondern das Problem aller Deutschen ist. Viele, die ihren Haß bestärken wollen, werden in diesem Buche Steffens Bekehrung finden, und noch viel mehr jene, die ihre Sympathie stärken wollen; sie werden zu ihrer Freude erkennen, daß sie von dem England, das sie aus einem Instinkt heraus freudig begrüßen, eigentlich doch noch wenig gewußt haben. Einen Band mit Reden Lloyd Georges zu füllen, ist geradezu eine Heldentat. Dieser Minister ist der populärsten einer, die es je gegeben. Ein Bismarck; von einer anderen Farbe nur. Und doch, woher kennt man ihn. Aus den zehnzeiligen Depeschen in unseren Abendblättern. Hier hören wir ihn reden, und sehen, daß z. B. eine Rede, von der man uns solche typischen zehn Zeilen telegraphiert hat, wie die über „Das Budget des Volkes" vom 29. April 1909, hier 70 Seiten umfaßt. Und wenn man die liest, kennt man nicht mehr bloß den Namen des Mannes, der sie sprach, sondern den Mann selbst. Da ist ein Band des berühmten Wells, über den Steffen im oben erwähnten Bande ein ganzes Kapitel schreibt. Es hätte nicht viel gefehlt und dieser Wells hätte bei uns eine Volkstümlichkeit errungen wie Sherlock-Holmes. Besser wäre es gewesen. Und dieser Wells schildert uns in der Diederichs'schen Sammlung Amerika. Wir reisen mit ihm, wir sehen mit seinen Augen und nehmen in uns all die Wunder sozialen Werdens und Geschehens auf, die uns den Paradeschritt und das deutsche Titelwesen und alle anderen festklebenden Einrichtungen wie im 13. Jahrhundert aufgenommene Kinematogramme erscheinen lassen, deren Abrollung in einem verfinsterten Theater wir beiwohnen, glaubend, daß draußen das Tageslicht glänzt.

Das ist ein geschickter Anfang. Möge Diederichs so fortfahren; Band auf Band türmen. Vielleicht wird seine Politische Bibliothek ein Lichtbad werden, in dem eine Nation sich verjüngt. Wir wünschen es; der Pazifismus kann dann nur in Deutschland das werden, was er im Westen Europas heute schon ist: Ein System der Staatserhaltung durch die Staatensicherung.

F.

Jean Grand-Carteret, France — Allemagne — Maroc. Une victoire sans guerre. Documents et images pour servir à l'histoire du différend franco-allemand. (97 Caricatures.) Paris 1911. Schleicher frères. 211 S. 2,50 Fr.

Ein Buch der Verständigung, das zur rechten Zeit erschienen ist. Jean Grand-Carteret hat als Verständigungspolitiker zwischen Frankreich und Deutschland schon viel Gutes geleistet. Seine Karikaturensammlung „Lui" mit der ehrfurchtsvollen Widmung an den Kaiser, seine in der „Kölnischen Zeitung" im vergangenen Jahre erschienene Artikelreihe über die „Franco-deutsche Wiederversöhnung", die nachher bei Ahn in Köln als Buch erschienen ist, seine Vortragsreise in deutschen Städten sind in angenehmer Erinnerung. Diesen Verständigungsunternehmungen reiht sich das vorliegende Buch vorteilhaft an. Als dessen Motto möchte ich einen Satz aus der Vorrede herausgreifen, der die Tendenz der Schrift am besten kennzeichnet: „Das, was nötig ist, ist, den beiden Nationen das Werk der anständigen Leute zu zeigen, dem Hasse, den unvernünftigen Antipathien den Wunsch nach Freundschaft und gegenseitiger Achtung gegenüberzusetzen." Der Verfasser unternimmt es, die zahlreichen sympathischen und freundschaftlichen Stimmen, die während der letzten Krise in Frankreich laut wurden, zusammenzustellen. Das ist ein

verdienstvolles Unternehmen, wenn man bedenkt, daß in Deutschland nur die hetzerischen Stimmen weite Verbreitung fanden. Er sucht auch seinen Landsleuten durch Wiedergabe deutscher Zeitungsstimmen das deutsche Empfinden verständlich zu machen und den Wortschwall der alldeutschen Hetzorgane auf ihren wahren Wert zurückzuführen. „Von französischer Seite", so sagt der Verfasser an einer Stelle, „muß mit diesem Zustand der Germanophobie, von dem oft die besten Geister befallen sind, ein für allemal ein Ende gemacht werden. Er beraubt uns schließlich des Blickes und der Einsicht, und bewirkt, daß alles, sobald es sich um Deutschland handelt, eine ganz besondere Gestalt annimmt, in der die einfachsten Dinge sich zu Ungeheuerlichkeiten ausgestalten; dies bewirkt, daß wir zuweilen unvernünftig und gegen unsere eigenen Interessen handeln.

☞

Columbia Alumni News. Vol. 3. Nr. 5. New York.

Die vorliegende Nummer vom 13. Oktober der Columbia-Studentenzeitung enthält den ausführlichen Bericht über ein Bankett, daß dem Präsidenten Butler am 7. Oktober im Waldorf-Astoria-Hotel zu New York aus Anlaß seiner zehnjährigen Präsidentschaft gegeben wurde. Ueber 400 Gäste waren anwesend. Von den in der vorliegenden Nummer abgedruckten Tischreden sei besonders die des auch in Deutschland bekannten Prof. Burgess hervorgehoben, der einstens der Lehrer Butlers an der „Columbia" gewesen ist. Butler selbst hielt die Schlußrede, in der er nicht nur für die ihm zuteilgewordene Ehrung dankte, sondern auch ein Bild des Aufgabenkreises eines Universitäts-Präsidenten entwarf, das er mit der eines auswärtigen Ministers in der Regierung verglich. Die Universitäten bezeichnete er als die älteste Institution der Welt nächst der katholischen Kirche. „Universitäten gab es, bevor man die Rundgestalt der Erde erkannte, bevor es eine Reformation gab." Die Aufgabe der Universität schilderte Butler in folgenden Worten: „Die Träumer, die Poeten, die Propheten, die Männer der Feder und der Wissenschaft haben heute die Welt in Händen, hatten sie immer in Händen. Sie sind jene, die die Kräfte freilegen, die die Bewegung bringen, die den Ideen Ausdruck geben, die dann das Volk formt." Diese Männer zu erziehen, sei die Aufgabe der Columbia.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Bulletin of the Pan-American Union. Washington. Int. Union of American Republics. September 1911.

Aus dem Inhalt: The Beginning of Pan-Americanism. — Things South American in a New Light. — usw.

Prof. Dr. Karl Breul, Schillers Wallenstein in Oxford. Sonderabdruck aus dem Montagsblatt (Wissenschaftliche Beilage der „Magdeburger Zeitung") Nr. 14, 1911. 11 S.

Jaques Loeb, Das Leben. Vortrag, gehalten auf dem ersten Monisten-Kongreß zu Hamburg am 10. September 1911. Leipzig, Alfred Kröner. 1911 46 Seiten. 1 M.

Svante Arrhenius, Das Weltall. Vortrag, gehalten auf dem ersten Monisten-Kongreß zu Hamburg am 9. September 1911. Leipzig, Alfred Kröner. 1911. 30 S. 1 M.

Wilhelm Ostwald, Die Wissenschaft. Vortrag, gehalten auf dem ersten Monisten-Kongreß zu Hamburg am 10. September 1911. Leipzig, Alfred Kröner. 1911. 54 S. 1 M.

Frau Alwine Tettenborn, Dr. jur., Das Haager Schiedsgericht. Eine völkerrechtliche Studie. Bonn, C. Georgi. 1911. 87 S.

Gustav Freytag, Erzählungen und Geschichten aus schwerer Zeit. Bilder und Dichtungen. Gesammelt und herausgegeben von Wilhelm Rudeck. Leipzig, Walter Fiedler. 1911. Geb. 310 S.

International Conciliation. Oktober 1911. Nr. 47. H. La Fontaine, The Existing Elements of a Constitution of the United States of the world. New York, American Association for Int. Conciliation. 13 S.

World Peace Foundation. Pamphlet-Series. Oktober 1911. Nr. 3, part. 1: Denys P. Myers, Why the Arbitration treaties should stand. The Objections of the Majority of the Senate Committee of foreign Relations amwered point by point. Boston, World Peace Foundation. 1911 15 S.

Record of the Proceedings of the first universal Races Congress. Held at the University of London. July 26—29 1911. Published for the execution Council in London, King & Son. 1911. 80 S.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Völkerfriede. (Früher „Friedensblätter"). (Eßlingen). Nov. Die neuesten Weltereignisse und die Friedensbewegung. — usw.

Der Friede. (Bern). Okt. G.-C. Italiens Raubkrieg. — Th. K., Schande! — G.-C., Gründe für den Krieg. — Generalversammlung des Berner Bureaus. — usw.

La Paix par le Droit. (Paris). Okt. Lucien le Foyer, Le traité d'arbitrage franco-américain, le traité d'arbitrage franco-danois. — Gaston Moch, Le premier Congrès de Races. — Jaques Dumas et J. Prudhommeaux, L'assemblée générale du Bureau de la Paix. — J. Prudhommeaux, Le conflit italo-turc et les pacifistes italiens. — usw.

Etats-Unis d'Europe. (Bern). Okt. Guerre et Paix. — Rob. Vaunier, 4 septembre. — L'assemblée générale du Bureau international de la Paix. — Traité général d'arbitrage entre la République française et les Etats-Unis d'Amérique. — Emma McKennty, Pour l'Alsace. — Rapprochement franco-allemand. — usw.

La Paix. (Genève). Okt. Jules Payot, Comment un pays disparaît. — Un discours d'Anatole France.

The Arbitrator. (London). Okt. Tripoli. — Marocco. — Lords Roberts Allies. — Edwin D. Mead, Julia Ward Howe's Peace Crusade. — Italy's Act of Brigandage. — usw.

Concord. (London). Okt. Felix Moscheles, Events and Comments. — J. F. Green, Italian pacifists and the war. — Edward G. Smith, A plea for morality. — Jvor

Nicholson, Militarism and the schools. — In place of the congreß. — usw.

Advocate of Peace. (Washington). Okt. The arbitration treaties once more. — The general arbitration treaties with Great-Britain and France: Report of the Senate committee on foreign affairs, together with the views of the minority and the proposed committee amendements. — The opening of the Osaka branch of the Japan Peace Society. — Dr. George W. Cutter, Race Prejudice. — German-American Friendship co-operation: Digest of an address by Edwin D. Mead to the American Association of Commerce and Trade in Berlin, August, 21 th. — usw.

The Cosmopolitan Student. (Madison). Okt. Louis P. Lochner, The sixth international congress of the Corda Fratres. — The first universal Races Congress.

The Messenger of Peace. (Richmond, Ind.). Okt. Mathilda Srager, The duty and opportunity of the schools in the international peace movement. — usw.

Peace and Goodwill. (Wisbech). Okt.

La Vita Internazionale. (Mailand). Nr. 19. E. T. Moneta, A guerra incominciata. — Mario Marinoni, L'impresa Tripolina e il diritto. — Bernardo Montani, La necessità dell'impresa. — Angelo de Gubernatis, L'Italia, Tripoli e la pace. — Dante Diottalevi, Mentre parla il cannone. — usw.

— Nr. 20. E. T. Moneta, L'infatuazione imperialista. — Ders., Il sentimento Europeo. — Ders., Lettera alla Suttner. — Bernardo Montani, La polemica de Gubernatis-La Fontaine. — Dante Diottalevi, L'unica scampo. — Giovanni Vidari, L'azione italiana in Tripolitania e la pace. — Abbi, Note sulla guerra italo-turca. — Alberto Baldini, Le grande manovre italiane nel Monferrata. — usw.

— Nr. 21. Bernardo Montani, I nostri morti. — Giulio Diena, Sul futuro assetto della Tripolitania nei rapporti internazionali. — Mario Marinoni, Il contrabando di guerra e il suo regolamento giuridico. — Note sulla guerra italo-turca. — Ten. Colonn. Gramonteri, Spirito militare italiano. — E. T. Moneta risponde ad H. La Fontaine. — Dante Diottalevi, I pacifisti italiani e la turcofilia al Friedens-Warte e a tutti gli altri. — usw.

Vrede door Recht. (Haag). Okt. Protest-Actie tegen den huidigen oorlog. — usw.

Fredsbladet. (Kopenhagen). Okt. Krigen og Fredssagen. — Er Krig et nödvendigt og unudganeligt Onde? — Niels Petersen, Maerkelige Fredsvenner. — usw.

Fredsfanan. (Stockholm). Sept.-Okt. En finske Fredsarbetare. — Hellner, Obligatorisk skiljedom i toister mellan staterna. — usw.

Artikel.

I. Friedensbewegung im allgemeinen. O. Umfrid, Der Nationalismus in der Klemme. „Der Beobachter", 21. X. * Pastor Wagner, Der zukünftige Friede. „Calwer Wochenblatt", 19. und 23. X. * Fritz Decker, Pazifistenglossen über Tripolis. „Allgemeine Rundschau" (München). 4. X. * W. H. de Beaufort, Die große Illusion. „Deutsche Revue", XI. * Karl Leuthner, Tripolitanischer Lehrkurs. „Sozialist. Monatshefte", 22. Heft. * v. Luschan, Der Rassenkongreß in London 1911. „Koloniale Rundschau" (Berlin), 1911, 10. X. * Chérif, Brigandage politique au XXe siècle. „Mècheroutiette" (Paris), Nr. 23. * Freunde und Feinde des Krieges. „Der Sozialist" (Berlin), 23. X. * Alfred H. Fried, Der „Bankerott" der Friedensbewegung. „Straßburger Post", 11. X. * Ders., Der Tripoliskrieg und die Friedensbewegung (in finnischer Sprache) „Aamuhleti" (Tamerfors), 2. XI. * Dr. R. W. Drechsler, Der neue Roosevelt-Professor. „Berliner Tageblatt", 5. XI.

II. Die Internationale Politik. T. W.(olf), Die deutsch-französischen Abmachungen. I. Das Vorspiel. „Berliner Tageblatt", 2. XI. * Ders., II. Die Tragikomödie. „Berliner Tageblatt", 3. XI. * Prof. Rich. Eickhoff, Zur deutsch-französischen Verständigung. „Vossische Zeitung", 26. IX. * Oda Olberg, Die italienische Parteiaktion vor dem tripolitanischen Kriegszug. „Die Neue Zeit", 13. X. * 100 Jahre zu spät! „Der Reichsbote", 15. X.

III. Völkerrecht. Dr. Hans Wehberg, Deutschland und die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit. „Das freie Wort" (Frankfurt a. M.), Nr. 14. * Ders., Aus der neueren Völkerrechtsliteratur. „Neue Preußische (†) Zeitung", 19. X. * Der italienische Bruch der Kapitulationen. „Vossische Zeitung", 27. X. * Der italienisch-türkische Krieg und die völkerrechtlichen Verträge. „Frankfurter Zeitung", 3. XI. * Professor Dr. Fleischmann, Völkerrechtliche Betrachtungen zum italienisch-türkischen Kriege. „Deutsche Juristen-Zeitung", 15. X.

IV. Internationales. Dr. Martin Wassermann, Weltmarkenrecht. „Berliner Tageblatt", 3. XI.

V. Wirtschaftliches. Frhr. v. Mirbach, Wirtschaftliche Kriegsbereitschaft. „Der Tag", 3. XI.

Briefkasten.

Anonymus aus Dresden. Sie schreiben uns: „Warum haben sich die Friedensfreunde in dieser gewitterschwangeren Zeit nicht mehr gerührt, warum keine Versammlungen berufen, um dem Indianergeheul der Alldeutschen entgegenzutreten? Werden die Gegner der Pazifisten nicht mit gewissem Recht sagen können: „Die Pazifisten lieben den Frieden so sehr, daß sie auch dalden Kampf scheuen, wo er unbedingt im Interesse des Völkerfriedens nötig ist?"

Jemand, der gern Pazifist bleiben möchte.

Die Friedensgesellschaften haben nicht geruht. Allerdings Versammlungen haben sie während der Krise nicht einberufen. Das lag daran, daß der Sommer zu solchen Veranstaltungen nicht günstig ist, daß es auch in der Regel an Geld fehlte. Die Pazifisten haben keine so gut geschulten Massen hinter sich wie die Sozialdemokratie, sie verfügen leider auch nicht über eine so günstige Presse, wie diese. Sie haben nicht die Kraft, die zu solchen Demonstrationen nötig ist. Noch nicht die Kraft. Wenigstens in Deutschland noch nicht.

Aber vergessen Sie auch nicht, daß nur selten die Möglichkeit gegeben ist, den gerade drohenden Krieg direkt zu verhindern. Das konnte auch die Sozialdemokratie nicht, trotzdem sie so tut, als ob es nur ihr zu verdanken wäre, daß es nicht zum Kriege gekommen ist. Wir haben die Aufgabe, die Einrichtungen zu errichten, die jeden Krieg hemmen können; diese Einrichtungen zu stärken und die Psyche des Volkes wie der Regierungen so zu beeinflussen, daß der akute Staatenkonflikt sich friedlich löst. Noch einmal sei es gesagt: Wir sind nicht die Feuerwehr, die man nur zu rufen braucht, wenn der Brand bereits ausgebrochen ist. Wir sind die Agenten für ein Imprägnierungsmittel, das — wenn es rechtzeitig angewendet wird — den Ausbruch des Brandes verhindert.

Wenn es bereits brennt, ist es zu spät, nach den Pazifisten zu rufen. Arbeiten Sie daran mit, daß man uns rechtzeitig erhört, und bleiben Sie Pazifist. A. H. F.

Der Gesamt-Auflage der heutigen Nummer der „Friedens-Warte" liegt ein Prospekt über den neuesten Roman der Baronin Suttner,

„Der Menschheit Hochgedanken"

betitelt, bei.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Ein zweites Preisausschreiben für französische Aufsätze.

Für die 50 Preisgekrönten ebenso wie das erste Mal: acht Tage in Paris, Reise und Aufenthalt kostenfrei. Unter dem Patronat des Komitees für internationalen Schüleraustausch.

Als wir am 24. September v. J. die Ausschreibung dieses Wettbewerbes bekannt gaben, haben wir an unseren Programmartikel, durch welchen wir am ?. Januar 1910 die Gründung unserer Zeitung ankündigten, erinnert, und wir haben besonders auf den belehrenden und erzieherischen Wert unseres Unternehmens hingewiesen.

Heute, nachdem der erste Wettbewerb von einem so glänzenden Erfolge gekrönt war, wiederholen wir das gleiche Preisausschreiben, und wir halten es für angebracht, noch einmal den Leitgedanken, dem unser Werk entsprungen ist, zu erwähnen: Damals schrieben wir:

„Wir wollen auch der Kinder unserer Leser gedenken, der Gymnasiasten und höheren Töchter, die in der Schule sich so fleißig dem Studium der französischen Sprache widmen. Auch ihnen wird unsere Zeitung zur Uebung und Verfeinerung der Konversation ein willkommener Gast sein.

Wir haben noch einen Plan im Auge, der sicher allseitigen Beifall finden wird, den wir aber heute unseren werten Lesern noch vorenthalten müssen. Das „Journal d'Allemagne" wird noch, hoffen wir, ein Lieblingsblatt unserer Jugend werden. An die werten Herren Lehrer aber richten wir die Bitte, uns in unserem Vorhaben zu unterstützen. Jeder Anregung aus ihren Kreisen werden wir gern unsere Spalten öffnen. Wir erklären uns bereit, allen ihren Wünschen, soweit es in unseren Kräften steht, nachzukommen."

Gerade um diesen Hauptpunkt unseres Programms zur Ausführung zu bringen, hatten wir den Entschluß gefaßt, einen Wettbewerb französischer Aufsätze für die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten auszuschreiben.

Unser Vorhaben war gewagt und ganz besonders schwierig. Die Hindernisse erschienen uns so groß, daß wir alle unsere Willenskraft zusammennehmen mußten, um sie zu überwinden. Wir wußten, daß wir für eine gute Sache eintraten.

Vor allem hatten wir das Vertrauen der Herren Lehrer zu gewinnen, jedem Mißverständnis vorzubeugen, den Verdacht eines rein geschäftlichen Gedankens zu zerstreuen und zu zeigen, daß unser Werk auch mit einem idealen Zweck verbunden ist.

Andererseits mußten wir auch das Vertrauen der Eltern, die ihre Kinder für die Reise nach Paris unter unsere Obhut stellen sollten, gewinnen, wir mußten zunächst darauf hinwirken, daß unser Preisausschreiben nicht mit einer der zahlreichen lärmenden Veranstaltungen, die sich eine gewisse französische Presse zur Spezialität gemacht hat, verwechselt wird.

Dann waren noch alle möglichen materiellen Schwierigkeiten zu beseitigen, die Ausgaben und Voranschläge mußten so berechnet werden, daß alles zum guten Abschluß gelange. Diese kleine Andeutung dürfte genügen.

Man kennt den Erfolg! Er hat unsere Erwartungen übertroffen.

Die bekanntesten Neuphilologen haben sich uns zur Verfügung gestellt, und auch in diesem Jahre stehen sie uns mit ihrer Mitarbeit zur Seite.

Die Jury setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Stadtschulrat Prof. Dr. Michaelis, Präsident des deutschen Komitees für internationalen Schüleraustausch,
Herr Oberlehrer Dr. Schmidt, Sekretär des deutschen Komitees für internationalen Schüleraustausch,
Herr Prof. Grosset, Präsident des Komitees der „Alliance française" in Berlin,
Herr Prof. Dr. Ulbrich, Geh. Regierungsrat,
Herr Prof. Paul Boek,
Herr Prof. Francillon,
Herr Prof. Dr. Gropp,
Herr Prof. Dr. Haguenin,
Herr Prof. Dr. Johannesson,
Herr Prof. Dr. Kabisch,
Herr Prof. Dr. Knuth,
Herr Prof. Lagarde,
Herr Prof. Dr. Pariselle;
Herr Prof. Dr. Risop,
Herr Prof. Dr. Roettgers,
Herr Prof. Dr. Schmidt,
Herr Prof. Dr. Weber,
Herr Prof. Dr. Wetekamp,
Herr Prof. Dr. Wolter.

Die Vereinigung der Namen so vieler bekannter Persönlichkeiten liefert schon allein einen Beweis für die Bedeutung dieser Veranstaltung und bürgt für den Ernst der Sache.

Das letztemal betrug die Zahl der uns zugesandten Aufsätze mehrere Tausend. Man kann sich die Arbeit vorstellen, die uns das Durchlesen, die Prüfung und das Ordnen aller dieser Aufsätze verursachte.

Man weiß auch, wie sich da zeigte, in welch hohem Maße die Lehre der französischen Sprache in Deutschland entwickelt ist; nicht allein wurde der Beweis erbracht durch die von uns veröffentlichten Aufsätze, sondern auch durch jene anderen, welche den Preisrichtern unterbreitet wurden.

Man weiß auch von der Reise nach Paris . . . die größte Freude der lebensfrohen Jugend, als sie die Ufer der Seine erblickte . . . der Empfang, der ihnen bereitet wurde . . .

Ein solcher Erfolg hat uns von ganzem Herzen erfreut, er brachte uns einen neuen Beweis von der Beliebtheit unserer Zeitung, deren wachsende Verbreitung uns schon vorher eine feste Grundlage gegeben hatte.

Heute schreiben wir den zweiten Wettbewerb aus, und wollen nur das eine sagen:

Was uns betrifft, soll der zweite dem ersten nicht nachstehen.

Er entspringt denselben Idealen; er wird mit gleicher Sorgfalt vorbereitet werden, er hat denselben Gedanken zum Ziele, und wird, wir hoffen es, von gleichem Erfolge gekrönt sein.

Das „Journal d'Allemagne".

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Vortrag der Mrs. Fanny Fern Andrews aus Boston.

In dem dichtgefüllten Saal 29/30 der Wiener Universität sprach am 12. d. M. die Delegierte der amerikanischen Schulfriedensliga über „Moderner Internationalismus" und über die Methode der im Jahre 1908 in Boston gegründeten Schulvereinigung, die schon 22 000 Lehrpersonen umfaßt und von den staatlichen Unterrichtsbehörden sanktioniert ist. Die beredten und sachlichen Ausführungen der Vortragenden gaben ein klares Bild von den schon bedeutenden Ergebnissen und den weiteren Zielen der Organisationen, die sich in alle Länder Europas verzweigen sollen, und zwar durch Bildung eines internationalen Rates. Zu den Aufgaben der einzelnen Zweige gehört: den verschiedenen Lehrerversammlungen u. dergl. gute Redner beizustellen; die Unterrichtsblätter mit interessanten Artikeln zu versehen; in die öffentlichen Schulbibliotheken Friedensliteratur einzuführen; für die Geschichtskurse in dem Sinne internationaler Unparteilichkeit zu arbeiten; Preisverteilungen für Schülerarbeiten; Beobachtung der Feier des 18. Mai als Friedenstag. Ein Studienkurs über die Grundsätze des Wohlwollens ist bereits ausgearbeitet und in mehreren Schulen adoptiert. Er teilt sich den älteren Klassen angemessen in 8 Grade und beginnt bei dem Wohlwollen zu Lieblingstieren und Spielgenossen, um sich in immer weiteren Kreisen zum Wohlwollen zu allen Nationen zu steigern, das in einer juridischen Weltorganisation seinen Ausdruck finden soll. „Einige Jahrzehnte solcher wissenschaftlich und kräftig durchgeführter Tätigkeit," schloß die Rednerin ihre Ausführungen, „würden in der ganzen Welt eine Geistesatmosphäre hervorbringen, in der der Krieg nicht mehr aufkommen könnte und solche Erziehungsnormen schaffen würde, die mit der höchsten Entwicklung der menschlichen Gesellschaft übereinstimmen."

Ein denkwürdiger Umstand, der sich an diesen, mit reichem Beifall belohnten Vortrag knüpfte, ist der, daß da zum erstenmal eine Frau in den Räumen der Wiener Universität öffentlich gesprochen hat. Der Vortrag fand in englischer Sprache statt und wurde von Frau Professor Mišař in vollendeter Weise ins Deutsche übersetzt.

☞

Populärer Vortragszyklus.

Aus den Reihen der Besucher des im vergangenen Frühjahre abgehaltenen Vortragszyklus über die Friedensbewegung hat sich eine Anzahl Hörer gemeldet, die sich als Wanderredner in den Dienst der Friedensidee stellen will.

Um nun die Fähigkeit und die Eignung des Einzelnen hierzu einer Beurteilung unterziehen zu können, hat die Leitung des Zyklus jedem dieser Hörer ein Thema zur Ausarbeitung eines Vortrages aufgegeben. Die Themata wurden derart gewählt, daß darin die Friedensbewegung mit den verschiedensten Interessensphären in Verbindung gebracht und von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet wird.

Bereits an zwei Abenden fanden solche Vorträge satt. Am ersten der beiden Abende hatte sich auch Mrs. Andrew (Sekretärin der Peace league in Boston), die sich anläßlich einer Vortragstournee in Wien aufhielt, als Gast eingefunden. Sie folgte den Vorträgen mit großer Aufmerksamkeit und bekundete regstes Interesse für diese neue Einrichtung der Propaganda.

Bisher haben folgende Vorträge stattgefunden:

1. Fräulein Anna Gottinger: „Pazifismus und die Frauen."

2. Herr Rechnungsrat Karl Schleck: „Die Beamtenfrage und die Friedensbewegung."

3. und 4. Herren Ernst Jellinek und Lorand Liebel: „Der Handel und die Friedensbewegung."

5. Herr Ludwig Neumann: „Pazifismus und Sozialismus."

Die Besprechung einzelner Vorträge kann erst in einem späteren Zeitpunkte erfolgen.

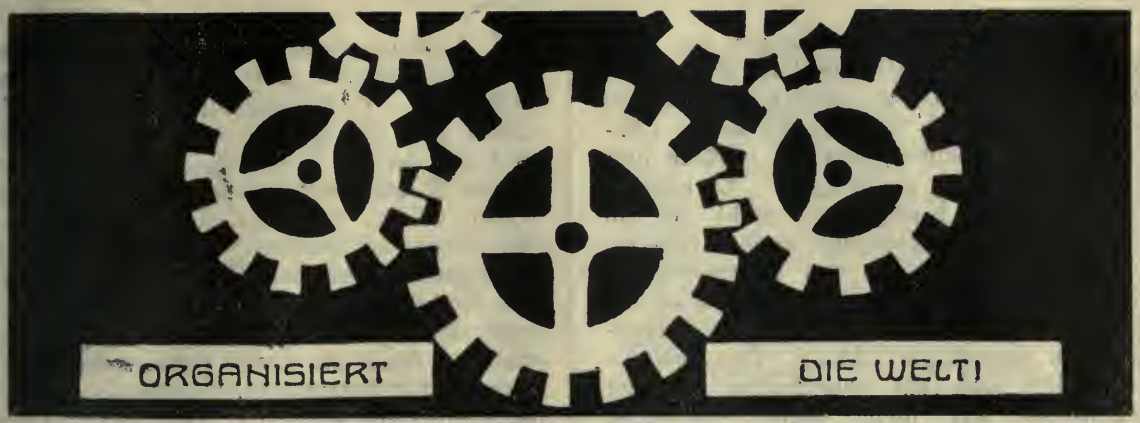
☞

Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer.

Diese in Lehrerkreisen nicht mehr unbekannte Broschüre, welche von einem Schulmanne aus Niederösterreich verfaßt und von der Oesterreichischen Friedensgesellschaft herausgegeben wird, ist nun in fünfter Auflage erschienen. Zweck dieses Büchleins ist, jedem Lehrer die Möglichkeit zu bieten, sich rasch über die Ziele der Friedensbewegung zu orientieren und ihm Material zur Friedensarbeit in der Schule zu liefern.

Der Preis dieser hübsch ausgestatteten Broschüre ist 24 h, doch wird dieselbe jeder Lehrperson, auch Lehrervereinen, auf Verlangen kostenlos und franko von unserm Bureau (Wien I., Spiegelgasse 4) zugesendet.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2 — Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzenz Jelinek in Wien



Dezember 1911.

Zwiesprache.

Der deutsche Freiheitssänger sang einmal: „Der Dichter steht auf einer höheren Warte als auf der Zinne der Partei.“ Diesen Vorbehalt, den inmitten der politischen Wirren der Poet für sich in Anspruch nahm, hat heute der Realpolitiker das Recht, für sich geltend zu machen. Nicht der Realpolitiker im abgenützten Sinne der Faust- und Eisenmänner, sondern jener, der nach Ostwalds glücklicher Definition „praktischen Idealismus“ betreibt. Wer die Wirklichkeit zum Ausgangspunkt seiner Arbeit nehmen will, wer auf dem Boden der Wirklichkeit stehend den pochenden Kulturbedürfnissen unserer Zeit das Bett zu graben sich berufen fühlt, darf sich nicht in den Wirren des Tages, im Gezänk der Parteien, im Geschrei des Marktes verlieren, Von der höheren Warte aus muß er die Dinge übersehen, um ihre Zusammenhänge zu erkennen und für die Zukunft vorzusorgen.

Der Kampf, der seit langem zwischen England und Deutschland geführt wird, der in einer zugespitzten Phase Monate hindurch die Diplomatie und durch Tage die Parlamente beider Länder erfüllte, die Erkältung, die hüben wie drüben Platz gegriffen hat, die eiserne Starrheit der Erklärungen seitens der führenden Politiker mag etwas Bedrückendes für sich haben, für den, der nur die einzelne Phase, der nur das Aeußere des Verlaufes ins Auge faßt. Aber sehen wir einmal über die Aeußerlichkeiten hinweg, betrachten wir diesen Kampf der beiden großen Reiche in seinen tieferen Zusammenhängen, wägen wir die Motive und die Absichten ab, die hier wie dort machtvoll in den Vordergrund treten, und wir werden für die Zukunft ein günstigeres Prognostikon stellen können als die angsterfüllten Schwarzseher an beiden Ufern der Nordsee.

Gewiß, es ist ein mächtiger Kampf entbrannt, der Anlaß zu mannigfachen Reibungen gibt. Wenn wir die Beziehungen, die heute zwischen England und Deutschland herrschen, näher ansehen, so unterscheiden sie sich nur wenig von den Beziehungen, die vor der Reichsgründung zwischen Preußen und Oesterreich geherrscht haben. Der Unterschied liegt lediglich darin, daß damals der Rahmen etwas enger war als jetzt, und daß, ermöglicht durch diesen engeren Rahmen, das Ziel höher gestellt erschien. Zwischen Preußen und Oesterreich handelte es sich um die Vormachtstellung in Deutschland; zwischen Deutschland und England handelt es sich lediglich um einen Ausgleich der Machtstellung beider Reiche. Das geschichtliche Milieu und die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dieser einander ähnelnden Machtkämpfe zweier Staaten sind jedoch grundverschieden, und deshalb wird es in dem Kampfe zwischen England und Deutschland schwerlich mehr zu jenem Ausgange kommen können, den der Kampf zwischen Preußen und Oesterreich genommen hat. Nicht nur, daß unser Anfang des 20. Jahrhunderts grundverschieden ist von der Zeit um die Mitte des 19., ist auch die Rolle der links und rechts von den kämpfenden Staaten sich gruppierenden Nationen von ganz anderer Art wie jene, die im deutschen Zwist die Brudervölker des Reiches gespielt haben.

Dieser Kampf, dessen Zeugen wir sind, wird, soweit Vernunft Vernunft bleibt, niemals zu einem Kriege führen können, so sehr sich auch die Eisenfresser beider Länder bemühen sollten, ihn zu schüren und zur Entflammung zu bringen. Es handelt sich in diesem Kampfe gar nicht um die Beseitigung des einen oder andern Staates. In jedem Lande ist es den Wissenden bekannt, daß der Untergang oder bloß die Schwächung des andern Landes einer Niederlage des eigenen gleichkäme. Das Bewußtsein, daß sich die kämpfenden Staaten gegenseitig gar nicht mehr entbehren könnten, reguliert als oberstes Gesetz diesen Zwiespalt, der äußerlich so unheilbar erscheint. Auch das Bewußtsein, daß ein Ueberwiegen an Macht, eine Führerschaft auf weltpolitischem Boden insofern eine Schwächung des ehrgeizigen Staates bedeutet, als er sich zum Zentrum der Feindschaft aller anderen Staaten machen würde, ist hier in beiden Ländern klar zum Ausdruck gekommen. Nur um eines kann es in diesem großen Völkerstreite sich mehr handeln: Um gleiches Recht für einen jeden Staat im Rate der Völker.

Und wenn wir den Konflikt in seinen feinen Phasen beobachten, so sehen wir, daß die Schärfe, die ihm in diesen letzten Monaten zuteil wurde, in nichts anderem begründet erscheint als in dem Verdacht der einen Macht gegen die andere — nicht daß man sie unterjochen oder beseitigen wolle — sondern daß man ihrer Stimme im Rate der Völker den vollen Wert nicht gönnte. Dieses zarte Empfinden der beteiligten Faktoren drückt sich deutlich in den jetzt veröffentlichten Aeußerungen der Staatsmänner und der führenden fortschrittlichen Parlamentarier aus. Nur das Gerassel der Schnellfeuer- und Kartätschenpresse hat diesen delikaten Verstimmungen jenes erschütternde Echo verliehen, daß die Aengstlichen und Kurzsichtigen schon glaubten, den letzten Ausweg der Dummheit — den Krieg — gekommen zu sehen.

Es liegt kein unüberwindlicher Haß, kein unüberbrückbarer Interessengegensatz in diesem anglo-deutschen Streite. Das kann man schon aus der Art ersehen, wie er in so wichtig ernsten Augenblicken geführt werden konnte. Wo gab es früher nur die Möglichkeit einer solchen Methode der Auseinandersetzung, wie wir sie eben jetzt erlebt haben? Ein Zwiegespräch der Parlamente, ein Debattieren der verantwortlichen Politiker, ein Fragestellen und Antwortgeben, kurz das System des Parlamentarismus zum Kubik der internationalen Verständigung erhoben. Es fehlte nur die Einheit von Ort und Zeit, und wir hätten es erlebt, daß die Führer beider Staaten miteinander in Verkehr getreten wären, um über die Beilegung des Konfliktes zu beraten. Und wir haben es eigentlich erlebt! Wenn Zeit und Ort die Einheit nicht bewahrten, das Wesen und das System der Verhandlungen gestaltete diese zu einer gemeinsamen Beratung der Staatsmänner. Die Diskussion ist ebenso ein Mittel der Vernunft und ein wirkungsvolles Mittel der Vernunft, wie das Schrapnell und das Schnellfeuergeschütz und das kleinkalibrige Repetiergewehr wirkungslose Mittel der Unvernunft sind. Sobald einmal ein Streit auf den Boden der wechselseitigen Diskussion gestellt ist, ist er der veralteten Methode des gegenseitigen Abstechens entrückt, ist er der kriegerischen Lösung entzogen worden. Schon heute ist auf beiden Seiten der Nordsee ein Grundsatz einstimmig anerkannt und mit ihm der Boden für weitere Verständigung gerettet worden, der Grundsatz, daß zwischen den beiden Staaten ein ernster Konflikt gar nicht vorliegt, sondern nur Verstimmungen, verletzte Empfindlichkeiten, Mißtrauen und Verdächtigungen. Um solcher Sentiments wegen scheuen sich aber heute schon die enragiertesten Haudegen, einen großen Volkskrieg zu empfehlen. Die Vernunft ist heute auf beiden Seiten der Nordsee so gekräftigt, daß man erkennt, Verstimmungen seien immer friedlich zu überwinden, Empfindlichkeiten seien durch Schonung immer wieder gutzumachen, und Mißtrauen und Verdächtigungen seien durch praktisch an den Tag gelegte ehrliche Arbeit immer friedlich auszuschalten.

Betrachten wir einmal den Ton und die Art dieser seltsamen Zwiegespräche zweier Regierungen und zweier Parlamente. Wir vermissen darin berauschende Herzlichkeiten, enthusiastische Ergüsse. Seien wir darüber froh. Wir finden hingegen frostige Zurückhaltung, eiserne Festigkeit und ganz versteckt auch etwas ätzende Schärfe darin. Seien wir nicht zu sehr betrübt darüber. In diesen parlamentarischen Zwiegesprächen vermißt man schließlich doch den Haß, jenes gefährlichste Element im Völkerleben, merkt man nichts von gegenseitiger Verachtung. Wie ein starrköpfiges Schmollen muten einen diese

Ministerreden an, die wir hüben und drüben gehört, und ebenso diese Reden der Parlamentarier; ein Schmollen, in dessen Hintergrunde mächtig die hohe Achtung zu erkennen ist, die jedes dieser Völker vor dem andern hegt.

Streifen wir die Nebenerscheinungen ab, die sich bei solchen zwischenstaatlichen Unstimmigkeiten immer geltend machen. Es gibt bei solchen Gelegenheiten immer Leute, die den aufsteigenden Wind zum Treiben ihrer Mühlenräder benützen wollen. Die Faber und die Beresford in England unterscheiden sich in keiner Weise von den Keim und Heydebrand in Deutschland. Diese wollen die Verstimmung benützen, um das Rädchen der Rüstungsvermehrung zu flottem Gange zu bringen, und sie weisen zu diesem Zwecke, als ob sie ein internationales Uebereinkommen geschlossen hätten, auf ihre gegenseitigen Aeußerungen hin. Wie wurden in Deutschland die Aeußerungen des Hauptmanns Faber ausgebeutet! Die englische Flotte war kriegsbereit, sagte er, die Torpedonetze waren heruntergelassen, es hätte jeden Augenblick losgehen können, und die Nationalisten in Deutschland schreien mit zum Himmel gewandten Augen, „mitten im Frieden“ haben sie uns überfallen wollen! Welche Heuchelei! Wir leben ja gar nicht „mitten im Frieden“, gar nie! Das System der internationalen Politik, das gerade jene betrübten Schreier geschaffen, ist noch immer so eingerichtet, daß wir jeden Tag am Rande eines Krieges stehen, nicht nur, wenn ein rüstungsfreundlicher Abgeordneter uns dies ausdrücklich erklären will. Das Rüstungssystem, das uns von den Rüstungsaposteln als unfehlbares Friedensmittel angepriesen wird, besitzt eben jene eigentümliche Wirkung, uns stets am Rande des Krieges zu halten. Unsere Schiffe haben stets die Torpedonetze heruntergelassen, sie sind wie unsere Heere stets schlagbereit, um binnen 24 Stunden ihren Beruf zu erfüllen. Wozu dann diese Heuchelei mit der angeblich so außerordentlichen Gefahr, in der wir uns befunden hätten. Wenn diese Gefahr dank der Politik jener Kriegshetzer die Regel bildet, an die wir uns seit einem Menschenalter bereits gewöhnt haben.

Es ist Zeit, daß wir Ernst machen und uns hüben wie drüben von all diesen Stimmungen, Verdächtigungen und Angsteinjagungen befreien, daß wir aus dieser Wolke des Mißmuts und Unbehagens mit entschlossenem Willen den Ausweg finden. Die Voraussetzungen für eine befreiende Tat im Sinne des Friedens sind gegeben. Zwei Völker, die allen Grund haben, sich gegenseitig zu achten, die wirtschaftlich voneinander abhängig sind, können durch Ueberreizung ihrer Empfindungen, durch das beängstigende Getöse, das die Herolde ihrer Panzerplattenfabrikanten verursachen, nicht dauernd getrennt sein. Sie können sich auch nicht gegenseitig Harakiri machen, Selbstmord auf Gegenseitigkeit verüben, was eben ein Krieg zwischen ihnen bedeuten würde. Wenn Stimmen laut geworden sind, die die Parole ausgaben: „Es muß entweder besser oder schlechter werden“, das heißt also, es muß entweder gebogen oder gebrochen werden, so hat die gesamte mündige, im Besitze ihrer Vernunft befindliche Bevölkerung beider Millionenreiche mit einem Sturmesausdruck, der Mauern umwerfen müßte, es in die Welt hinauszuschmettern: **„Es kann nur besser werden!“**

Es kann nur besser werden! Es muß besser werden!

Vor allen Dingen müssen die Völker dafür sorgen, daß die Diplomatie, die ihre internationalen Angelegenheiten besorgt, das 17. Jahrhundert auszieht und sich in das moderne Kleid unserer Zeit hineinfindet. Wer hielt sich nicht den Kopf mit beiden Händen, als er gelesen hat, wie in den Julitagen dieses Jahres die deutsche wie die englische Diplomatie mit einer kurz angebundenen Nonchalance, fast mit einer ängstlichen Abwägung von Silben es zu einem Zustande hat kommen lassen, den man uns nachher zynisch als den „Rand des Krieges“ bezeichnet hat. Was soll das heißen, wenn der englische Staatssekretär erklärt, Deutschland habe die englische Regierung drei Wochen lang ohne Antwort gelassen und was soll das heißen, wenn der deutsche Reichskanzler erklärt, man habe uns ja nicht noch einmal gefragt, und wir hätten geglaubt, die Antwort schon gegeben zu haben. Hält man darum die teuren Botschaften in allen Ländern, damit man in einem Augenblick, wo es sich um das Wohl und Wehe der Menschheit handeln kann, nicht etwas mitteilsamer, nicht etwas zugänglicher, nicht etwas mehr darauf bedacht sein kann, Mißverständnisse, die durch lächerliche Wortklaubereien oder Wortweglassungen entstanden sein konnten, beizulegen?! Hinweg mit dieser „Patzigkeit“

unserer Diplomaten, denen die Völker mit dem größten Nachdrucke einschärfen müßten, daß ihnen Gott die Sprache gegeben hat, um jeden Rückfall in tierische Barbarei zu verhindern.

Vollkommene Umwandlung unserer Diplomatie! das soll der Kampfruf der Pazifisten auf dem ganzen Erdball werden, wir brauchen keine Auguren mehr in unserer modernen Welt, keine geheimnisvollen Isis-Priester, deren Riten wir nicht verstehen. Wir brauchen keine kastenstolzen Höflinge, sondern smarte Manager, die den Begriff der Staatenzusammengehörigkeit, der Staatenkooperation, der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit vollständig erfaßt haben, und die es nicht als ihre Lebensaufgabe betrachten, günstige Einzelgeschäfte für ihren Auftraggeber zu machen, sondern den Rhythmus der gesamten internationalen Vorgänge im Interesse der Allgemeinheit, mit der sie das Interesse ihres eigenen Staates verbunden wissen, aufrecht zu erhalten.

Bevor wir diese ihrer Aufgaben und ihrer Zeit gewachsene Diplomatie haben, müssen wir Uebergangseinrichtungen schaffen. Die Mitglieder des englischen und des deutschen Parlaments sollen freiwillige Ausschüsse bilden, die zum Zwecke der Kontrolle der heute noch geheimnisvollen Diplomatie dauernd zusammenwirken. Von welchem Vorteil wäre es gewesen, wenn im Juli dieses Jahres Volksvertreter beider Länder gesucht hätten, jene Worte miteinander zu sprechen, die die Diplomaten beider Höfe glaubten, nicht über sich bringen zu können!

Mögen sie weiter immer größere Seeungeheuer bauen, wir wollen eine andere Seite der Rüstungen entwickeln helfen: die Diskussion! Nicht aufhören wollen wir, miteinander zu reden! Zwiesprache wollen wir miteinander pflegen, Tag um Tag, Stunde um Stunde, und durch das Wort und den Gedanken, den es vermittelt, alle jene Miasmen der Völkerverhetzung verscheuchen, die Luft der Verständigung reinigen, auf daß der Friede, der niemals gebrochen werden darf zwischen England und Deutschland, der selbst im erbitterten Kampfe dieser beiden Staaten aufrecht bleiben konnte, ein wahrer Friede werde. A. H. F.

Die Pflicht der Kirche, den Weltfrieden zu fördern.

Vortrag vom Kirchenkongreß zu Stoke-on-Trent (Oktober 1911).

Von Sir Frank Lascelles, G. C. B.

Berechtigte Uebersetzung.

Eure bischöfliche Eminenz!

Ihre Einladung, auf diesem Kongreß über das Thema des Weltfriedens zu sprechen, war mir eine Ehre, welche ich sehr hoch einschätze und welche anzunehmen ich mich verpflichtet fühlte. Ich bin nicht so anmaßend, zu glauben, daß meine Worte in irgend einer Weise die Tätigkeit der Kirche beeinflussen könnten, aber ich kann verstehen, daß Sie den Wunsch haben, die Ansichten und Meinungen eines Menschen zu hören, der eine lange Reihe von Jahren hindurch eine wichtige Stellung in diplomatischen Diensten innegehabt, wo Kriegsfragen beständig am politischen Horizont auftauchten.

Im Laufe meiner diplomatischen Karriere habe ich den Krieg mehrmals aus nächster Nähe beobachten können. Ich war zu Beginn und am Ende des 1870er Krieges in Paris und blieb auch während der Herrschaft der Kommune dort, und sah so viel von dem Elend und den Leiden, die der Krieg mit sich bringt. Dann hatte ich die Ehre, mein Land in Sofia während des kurzen, aber bedeutungsvollen bulgarisch-serbischen Krieges zu vertreten, für welchen infolge seines plötzlichen Ausbruchs keine Vorbereitungen zur Hilfeleistung für die Verwundeten getroffen worden waren. Diese mußten auch unbeschreiblich Gräßliches erdulden, ehe die Rote Kreuz-Gesellschaften Europas auf dem Kriegsschauplatz erschienen. Ich möchte nicht bei diesen entsetzlichen Szenen verweilen und mich auch nicht über die Ursachen dieses Krieges äußern, denn ich denke mir, daß Sie in der kurzen Zeit, die mir zur Verfügung steht, lieber etwas aus den späteren Phasen meiner diplomatischen Tätigkeit hören möchten.

Sie werden es selbstverständlich finden, daß ich nur in ganz allgemeinen Ausdrücken sprechen kann, und daß es mir ganz unmöglich ist, mich in Einzelheiten der Verhandlungen, an denen ich teilzunehmen hatte, und die natürlich ganz vertraulich waren, einzulassen. Ich bin nicht hier, um diplomatische Geheimnisse zu verraten, sondern um meine Meinung darüber zu äußern, ob die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens, oder die Furcht vor der Gefahr eines drohenden Krieges begründeter sei. Ich bin mir dessen bewußt, daß ich in gewissen Kreisen für einen törichten Optimisten gelte, und ich dachte tatsächlich immer, daß das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit als Mittel, inter-

nationale Streitfragen zu regeln, eine so beträchtliche Geltung erlangt habe, daß die Einrichtung des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes die Gefahr eines Krieges wesentlich vermindert habe. Und wirklich ist auch mein Optimismus in der jüngsten Zeit auf eine harte Probe gestellt worden, denn die Kriegsgerüchte, welche Deutschlands und Frankreichs Besprechungen über die Marokkofragen begleiteten, bewiesen klar, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen den beiden Ländern, in den auch andere Länder mit Einschluß des unseren verwickelt worden wären, eine ernstlich in Betracht zu ziehende Möglichkeit sei. Diese Gefahr scheint jetzt durch das zwischen Frankreich und Deutschland getroffene Abkommen, welches sich, wie ich hoffe, als dauernd erweisen wird, beseitigt zu sein. Aber die Gefahr bestand, und bestand in vollem Umfange, obgleich sie möglicherweise durch die Auslassungen der Presse in beiden Ländern und auch bei uns sehr übertrieben wurde, wobei man in Anbetracht der Heimlichkeit, mit der die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen geführt wurden, sehr auf Mutmaßungen angewiesen war. Ich muß gestehen, daß ich, so lange diese Gefahr bestand, es sehr schwer gefunden hätte, eine Rede über das Thema des Weltfriedens vorzubereiten. Ich muß daher um ihre Nachsicht für die Irrtümer bitten, welche möglicherweise in den Beobachtungen, welche ich Ihnen mitzuteilen im Begriffe bin, enthalten sind, und ich bitte Sie, diese auf die ungenügende Vorbereitung zurückzuführen.

Dreizehn Jahre lang hatte ich die Ehre, englischer Gesandter in Berlin zu sein, und während dieser Zeit war, wenn man den Zeitungsberichten trauen durfte, die Gefahr eines Krieges zwischen England und Deutschland mehrmals in Betracht zu ziehen. Meine Ankunft in Berlin fiel fast genau mit dem Jameson-Einfall und der Aufregung, die das bekannte Telegramm des deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger in diesem Lande erregte, zusammen. Dann kam der Burenkrieg, und Deutschland stand mit seinen Sympathien ganz auf Seite der Buren. Das Vorgehen der britischen Regierung wurde von der öffentlichen Meinung Deutschlands fast ebenso heftig verdammt, als Preußens und Oesterreichs Vorgehen im Kriege gegen Dänemark 1864 von der öffentlichen Meinung in England verurteilt worden war. Dann kam die Ausgestaltung der deutschen Flotte, welche in England als Drohung aufgefaßt wurde, deren einseitiger Zweck es sein könnte, Deutschland die Möglichkeit eines Einfalls in England zu gewähren. Nun ist es interessant, zu beobachten, daß, während eine Menge Leute in England ernstlich glauben, daß es Deutschlands Absicht sei, die erste günstige Gelegenheit abzuwarten, um in England einzufallen, es ebenso viele Leute in Deutschland gibt, welche behaupten, daß England die erstbeste Gelegenheit abwarte, um Deutschland anzugreifen und seine Flotte zu vernichten, bevor diese zu mächtig würde. Die auf diese Weise herbeigeführte Situation war wirklich eine äußerst schwierige. Es war fast unmöglich, einem Deutschen begreiflich zu machen, daß England in bezug auf Deutschland irgendwelche Befürchtungen hege. Es war ebenso schwer, den Leuten in England begreiflich zu machen, daß Deutschland auch andere Gründe als den Angriff und Ueberfall Englands zum Bau einer so gewaltigen Flotte haben könnte. So wurde auf beiden Seiten eine Atmosphäre von Verdacht und Mißtrauen geschaffen. Man lehrte das deutsche Volk, England für seinen Feind zu halten, der sich beständig bemühe, Deutschland in allen Erdteilen entgegenzuarbeiten und durch ein System des Einverständnisses mit anderen Staaten es in Europa zu hemmen und mit einem Kreis feindlicher Staaten zu umgeben. Das englische Volk wieder wurde belehrt, daß es die einzige Sorge des Deutschen Reiches sei, Englands Macht in allen Weltteilen zu untergraben und in England selbst einzufallen. An Beweisgründen zur Unterstützung dieser Ansicht fehlte es auf beiden Seiten nicht, und die Beziehungen zwischen beiden Ländern wurden immer gespannter. Die auf diese Weise geschaffene Situation, die schon an sich sehr zu beklagen wäre, da sie Verdacht und Mißtrauen zwischen zwei großen Ländern säet, ist überdies dem Weltfrieden sehr gefährlich, denn obgleich es keinen bestimmten Streitgrund zwischen England und Deutschland gibt, könnte die Abneigung, die zwischen der Bevölkerung beider Länder herrscht, dahin führen, eine Meinung, die ich mehr als einmal aussprechen hörte, zu bestärken, nämlich, daß ein gutes Einvernehmen zwischen den beiden Ländern absolut unmöglich sei, bis die Stellung beider Länder durch den Ausgang eines Krieges endgültig festgestellt wäre. Ein Krieg zwischen England und Deutschland wäre meiner Meinung nach eine der größten Kalamitäten, in welche die ganze Welt geraten könnte. Jedes der beiden Länder würde sicher unermeßliche Verluste erleiden, und man kann schwer einsehen, welche Vorteile jedem von ihnen selbst ein erfolgreicher Krieg bringen könnte. Wenn England siegte, könnte es die deutsche Flotte zerstören und so seine unbestrittene Herrschaft zur See sichern. Wenn Deutschland siegte, könnte es Englands Macht schmälern und vielleicht eine oder die andere seiner Kolonien gewinnen. Aber es ist undenkbar, daß eine der beiden Mächte die andere vernichten oder mehr als einen vorübergehenden Vorteil erlangen könnte, welcher

überdies durch den Verlust, den jede erleiden müßte, mehr als aufgewogen würde.

Ich sagte soeben, daß kein Streitgrund zwischen England und Deutschland bestehe, und soweit ich weiß, gibt es auch keine schwebende Frage zwischen den beiden Ländern, welche nicht durch Unterhandlungen gelöst werden könnte. Gewiß gibt es keine, die den Krieg rechtfertigen würde. Die Handelskonkurrenz, von der man so viel hört, würde sicher eher zum Frieden als zum Krieg führen, und die zahlreichen Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern müßten die Träger dieser Beziehungen eher alles zum Kriege führende vermeiden, als dazu beitragen lassen. Es ist nur natürlich, daß wir das Wohlergehen unserer Geschäftsfreunde lebhaft wünschen, wenn auch nur aus dem egoistischen Grunde, selbst darauf rechnen zu können, die von uns auf sie gezogenen Wechsel auch eingelöst zu bekommen. — Man sollte auch daran denken, daß im Laufe der Geschichte England und Deutschland niemals miteinander Krieg geführt und daß bei mehr als einer Gelegenheit England und Preußen Seite an Seite gegen einen gemeinsamen Feind gekämpft haben. Fürst Bismarck soll einmal gesagt haben, das Deutsche Reich könne unmöglich wegen einer anderen Sache, als einer, die auch der dümmste pommersche Bauer verstünde, in den Kampf ziehen, und tatsächlich hat auch das Deutsche Reich seit seiner 1870 erfolgten Gründung keinen Krieg geführt. An Gelegenheit dazu hat es ja nie gefehlt, und wenn Deutschland Krieg gewollt hätte, hätte es sich selbst ja leicht Gelegenheit schaffen können. Und nichtsdestoweniger wird Deutschland als der den Weltfrieden hauptsächlich störende Faktor betrachtet und als der Staat, der sich beständig in alle Angelegenheiten anderer Länder, die es gar nichts angehen, einmischt. Deutschland andererseits findet, daß seine Stellung als größte Kriegsmacht Europas ihm das Recht gibt, bei der Feststellung von Fragen von internationaler Bedeutung mitzureden, und es bildet eine seiner Hauptklagen, daß andere Länder, und besonders England, diese nicht genügend anerkennen und als quantité négligeable in der europäischen Politik betrachten. Und dann gibt es wieder in England Leute, deren Meinung auf öffentliche Betrachtung Anspruch erheben kann und die glauben, daß, da ein Krieg zwischen England und Deutschland früher oder später unvermeidlich sei, es besser wäre, wenn man ihn gleich führte und so der Sache ein für allemal ein Ende machte. Dieser Ansicht kann ich mich nun nicht anschließen, obgleich ich zugeben muß, daß, wenn irgend eine ernstliche Streitfrage entstehen sollte, die Bitterkeit und Abneigung in beiden Ländern, auf welche ich früher anspielte, eine für den Frieden so gefährliche Situation schaffen würde, daß keine britische Regierung sich über sie hinwegsetzen und es versäumen könnte, notwendige Sicherheitsmaßregeln gegen jeden Angriff zu treffen und uns in den Stand zu setzen, erfolgreich Krieg zu führen, wenn eine so grauenhafte Zwangslage entstehen sollte. Aber obgleich ich die Möglichkeit einer solchen Gefahr zugebe, bin ich doch nicht der Ansicht, daß Krieg unvermeidlich sei. Selbst wenn ich dies dächte, hielte ich es für ratsam, ihn so lange als möglich hinauszuschieben, in der Hoffnung — und ich glaube, daß diese sich selbst rechtfertigen würde — daß man ihn gänzlich vermeiden könnte. Denn warum sollte es schließlich unvermeidlich sein? Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es in Deutschland Leute gibt, welche glauben, daß England beabsichtige, Deutschland anzugreifen. Wir in England wissen, daß dies nicht der Fall ist, aber viele von uns glauben, daß es Deutschlands Absicht sei, uns anzugreifen, wenn sich eine günstige Gelegenheit ergeben sollte. Ich glaube, viele Deutsche würden sich sehr wundern, wenn sie hörten, daß man in England solche Befürchtungen hegt. Wenn daher irgendein Mittel gefunden werden könnte, um die Befürchtungen in beiden Ländern zu zerstreuen und die Bevölkerung hier wie dort zu überzeugen, daß sie nicht in Gefahr sei, angegriffen zu werden, so wäre, denke ich, ein großer Schritt zur Erhaltung des Friedens getan. Ich bin nicht optimistisch genug, zu hoffen, daß eine große Veränderung in den Gefühlen der beiden Völker schnell und unvermittelt erfolgen könnte. Wenn eine solche Atmosphäre von Verdacht, Mißtrauen und Bitterkeit einmal geschaffen wurde, braucht es Zeit und, wie ich fürchte, eine lange Zeit, bis diese ganz zerstreut sind. Aber ich hoffe dennoch, daß, wenn man die Vorstellung los werden könnte, daß jedes der beiden Länder in Gefahr sei, vom anderen angegriffen zu werden, man eine Situation schaffen könnte, in der Geduld und guter Wille auf beiden Seiten zur Begründung wenn auch nicht aufrichtiger Freundschaft, so doch guten Einvernehmens zwischen beiden Völkern möglich würde. Mehr als einmal hat man darauf hingewiesen, daß die bedauerlich schlechten Beziehungen, die jetzt zwischen England und Deutschland herrschen, zum größten Teil auf Mißverständnisse zurückzuführen sind. Wir verstehen im allgemeinen die Deutschen nicht. Die Deutschen im allgemeinen verstehen uns nicht und häufig wird auf beiden Seiten eine Beleidigung angenommen, wo gar nicht die Absicht zu beleidigen bestand. Und vielleicht muß man sich darüber bei zwei stolzen und empfindlichen Völkern, von denen das eine oft denken kann, daß das andere mit Vorbedacht die ihm nach seiner Meinung gebührende Achtung schuldig bleibt, gar nicht wundern. Wie könnte also dieser falschen Auffassung der Dinge abgeholfen werden? Welche

Schritte könnten unternommen werden, um einen Wechsel in der bestehenden Lage, die unbedingt zu beklagen ist, hervorzubringen? Die einzige Abhilfe, zu welcher ich raten möchte und welche, wie ich glaube, sehr wirksam sein müßte, wäre die gegenseitige Bemühung beider Völker, einander kennen zu lernen. Nähere Bekanntschaft würde manche Mißverständnisse, denen man viel von der gegenseitigen Abneigung zuschreiben muß, beseitigen. Aus diesem Grunde freue ich mich sehr über den Austausch von Besuchen zwischen englischen und deutschen Vereinigungen, wie die der Stadtverordneten, der Geistlichen und der Journalisten und gewiß nicht zuletzt der Studenten, welche in den letzten Jahren verhältnismäßig häufig geworden sind. Ein näherer Verkehr würde die genauere Bekanntschaft miteinander erleichtern, und ich glaube unbedingt, daß, wenn jedes der beiden Länder das andere besser kennen wird als heute, nicht nur jede Kriegsgefahr abgewendet sein, sondern auch ein gegenseitiges Einverständnis zustande kommen, welches nicht nur den beiden zunächst beteiligten Völkern zugute kommen, sondern sich als Segen für die ganze Welt erweisen wird.

Ich habe mich bei diesen Bemerkungen auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland beschränkt, aber die Ereignisse der letzten paar Tage haben gezeigt, daß der europäische Frieden durch andere und nach meiner Meinung weit ernstere Gefahren als durch die von mir angedeuteten bedroht ist. — Ich bin überzeugt, daß die Großmächte alles, was in ihrer Macht liegt, tun werden, um den jetzt zwischen Italien und der Türkei ausgebrochenen Krieg zu lokalisieren, und wir hoffen ernstlich, daß dies ihnen gelingen wird. Denn wenn der Krieg sich ausbreitet, so ist es nur zu wahrscheinlich, daß die ganze orientalische Frage, welche Generationen hindurch der Popanz der europäischen Staatsmänner war, wieder aufgerollt und von so großen Verwirklichungen begleitet sein würde, daß die ernstesten Befürchtungen für die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens gerechtfertigt wären.

Der Menschheit Hochgedanken.

Es gibt Bücher, welche so tief eingreifen in die Kette geschichtlicher Ereignisse, daß ihre Wirkung selbst ein Glied im Kausalnexus der Völkergeschichte zu bilden scheint. Nur zwei als Beispiel: Jedermann weiß etwas von der Rolle, die „Onkel Tom's Hütte" in einer wichtigen Entwicklungsperiode der nordamerikanischen Union gespielt hat. Und kaum gibt es unter den Kulturvölkern sehr viele Menschen, die nichts wissen von dem Buche „Die Waffen nieder". In der Tat scheint es, als sei — abgesehen von der klassischen Weltliteratur — der genannte Roman von Berta von Suttner das verbreitetste Buch der Erde. Ein Roman, der ohne Sensations- und Reklametricks innerhalb weniger Jahrzehnte in aller Herren Ländern volkstümlich geworden ist! Wie kommt das?

Der Roman ist das Werk einer Persönlichkeit, die sich berufen fühlt, eine welterlösende Aufgabe zu erfüllen, und die sich zugleich ausgerüstet weiß mit der inneren und äußeren Kraft dazu; denn welche Kenntnis menschlicher Verhältnisse, welche Gestaltungskraft und welches intuitive Erfassen der tiefsten Menschheitsbedürfnisse gehört dazu, um von einer Welt verstanden zu werden!

Das Buch entstand, als die Verfasserin die Mittagshöhe durchschnittlicher Lebensdauer noch kaum überschritten hatte. Es war ein Anfang. Der Ruf „Die Waffen nieder" bildete den Unterbau zu ihrem Kulturwerk. Seitdem erschienen andere Bücher, die verschiedene Probleme behandelten, überall aber blickt deutlich jener Ruf „Die Waffen nieder" als Leitmotiv hindurch, so daß man wohl noch einmal ein Buch erwarten konnte, in welchem zu wirkungsvoller Klarheit und Eindringlichkeit zusammengefaßt jenes Motiv als Krönung des ganzen Lebenswerkes wiederum erscheint.

Das Buch ist nun da. In Form eines Romanes ist es unter dem Titel: „Der Menschheit Hochgedanken" im Verlage der Friedenswarte jetzt erschienen.

„Der Menschheit Hochgedanken", ein Roman aus der nächsten Zukunft! Damit ist gesagt: „Sehet her! So soll es sein! und so wird es sein!" Auch „Die Waffen nieder", dieses so glücklich gewählte Titel- und Kommandowort, welches zugleich das Resultat der Entwicklung ist, stellt eine Forderung auf. Dennoch hat jener Roman einen negativen Charakter im Vergleich zu dem neuerschienenen, der in die Zukunft weist und eine positive Wirklichkeitswelt vor den Blick des Lesers stellt. Das ist auch notwendig. Dem bloßen Wort der Prophetin und Priesterin glaubt man in unserer Zeit ja doch nicht. Tatsachen, Beweise will unsere Leserwelt, Beweise! Daß der ewige ungerechte, der kriegerische Zustand abscheuerregend und hassenswert ist, darin stimmen die Leser der „Waffen nieder" mit der Verfasserin überein; daß er aber überwunden werden kann, daß eine andere, eine höhere Ordnung an seine Stelle treten wird, zu dem Glauben lassen sich die Menschen nicht herbei dadurch, daß es ihnen vorgepredigt wird. Hier aber in der „Luzerner Woche" wird die neue Welt Erlebnis. Zunächst enthüllen sich die Wunder der fortschreitenden Technik, und nicht die Wunder allein, auch ihre Doppelnatur tritt zutage: Entweder werden sie die Menschheit zu den Höhen der Lebensmöglichkeit führen und das verlorene Paradies zurückbringen, Segen ohne Ende spenden, nämlich wenn sich der Mensch ihrer bedient als Mittel

zur Erhaltung und Beförderung des Wohles aller, oder aber sie werden Schuldige und Unschuldige zermalmen, sobald man sie in den Dienst der Schädigung anderer stellt.

So märchenhaft phantastisch dem vom Standpunkte der Gegenwart aus gedankenlos Blickenden diese in der Luzerner Woche vorgeführten Wunderwerke auch erscheinen mögen, als so logische Weiterbildungen jetzt schon vorhandener Entdeckungen und Erfindungen stellen sie sich dem dar, der sich bemüht, der Dichterin nachzugehen in ihren Folgerungen. Nicht Phantasterei ist das, sondern Wirklichkeit, zukünftige Wirklichkeit dessen, was jetzt schon als Problem vor dem forschenden Geist der Menschheit liegt.

Berta von Suttner bleibt nicht nur der konsequenten Verfolgung ihrer Ziele, sie bleibt auch ihrer eigenen Natur in diesem Werke treu in der Art ihres Wirkens. Jenes leidenschaftliche Vorwärtsstürmen auf der Bahn der Entwicklung, die von der Menschheit nur schneckenlangsam beschritten wird, jenes Drängen, was schon ihre frühere Tätigkeit charakterisiert, das ist nicht jugendlicher Sturm und Drang gewesen, das sind die „Schwingen" ihrer Seele, auf denen die Siebzigjährige ebenso kühn wie einst die Jugendliche die Menschheit forttragen möchte, hinauf und vorwärts zu ihr bekannten Menschheitszielen. Wer ihr nicht folgen kann, der mag zurückbleiben und sich hie und da ein Stück mitschleppen lassen von jener kleinen Schar, welche befeuert ist von der Führerin; aber negieren, was man nicht verstehen kann, und gar behaglich spotten, wie es die Verfasserin selbst an einigen der in ihrem Buch auftretenden Gesellschaftstypen schildert — das geht nicht an, das heißt nicht mehr mitgeschleppt werden, das heißt stecken bleiben im — Schlamm.

Das Buch ist ernst und wirklich zu nehmen, nicht nur nach der Richtung der hier angedeuteten, der nächsten Zukunft vorbehaltenen Erfüllung auf dem Gebiete der technischen Erfindung hin — ein Rückblick auf die Errungenschaften des letzt vergangenen Jahrzehnts lehrt, daß die Fülle der von diesem kurzen Vergangenheitsraum umschlossenen neuen Erscheinungen nicht kleiner ist, als das, was uns Mr. Tocker in der Luzerner Woche anno 1920 darstellt — das Buch ist auch wirklich in der Charakteristik und Zusammensetzung der handelnden Personen. Ein amerikanischer Milliardär, der seinen fabelhaften, in einem arbeitsvollen Leben erworbenen Reichtum der Welt zurückgibt in höherer, besserer Münze, indem er an einem paradisisch gelegenen und unter dem Zeichen freiheitlicher Verfassung stehenden Orte des alten Europa, in Luzern eine neue Akademie errichtet, wo im Gewande der Schönheit und Fülle der Menschheit Hochgedanken von ihren Vertretern einer Welt verkündet werden, ein Milliardär, dessen Evangelium es ist, die guten und großen Geister dieser Welt zusammenzurufen und zu einer Gemeinschaft zu verbinden, damit ihre vereinte Stärke um so kräftiger den Hebel des Fortschritts in Bewegung setze — nun, gibt es etwa einen solchen Milliardär nicht? Vereinzelte solcher Wohltäter haben schon in früherer Vergangenheit gewirkt, mehr hat die letzt verflossene Zeit zu verzeichnen, und in der Gegenwart — das wissen wir alle — leben und wirken noch zahlreichere solcher Menschenfreunde. Wir lesen und hören von ihnen; Berta von Suttner aber kennt sie selbst, sie kennt alle Personen der bunten Menge in ihrem Buche, und sie schafft Gesellschaftstypen aus ihnen, die von plastischer Wirklichkeit und — dies bezieht sich auf die eigentlichen Helden ihres Romanes — von hoher Wahrheit sind. Auch diese letzten sind keine Phantasiegestalten, sie scheinen nur dem Alltagsmenschen als erdichtete Größen, weil ihresgleichen noch nicht von ihnen gesehen worden ist, es sind Menschen, die dem Herzen der Verfasserin nahe stehen oder gestanden haben, sie sind die Träger der Hochgedanken, ja, sie selbst ist es, die da lebt, fühlt und wirkt, denn warlich, nur wer ein innerlich so reiches, äußerlich so buntes Leben erfahren hat, kann mit einer solchen Klarheit und Einfachheit die inneren Zustände seiner Helden und die daraus entspringenden Handlungen, besonders aber die sichere, aus dem inneren Wesen hervorgehende Stellung schildern, welche die hervorragenden Geister demjenigen Teil der menschlichen Gesellschaft gegenüber einnehmen, der eigentlich ihre Geduld zum rasen bringen und ihr Herz in Haß und Verachtung verhärten müßte, wenn nicht ein Uebermaß von Güte und ein starker Geist sie alles was menschlich ist, auch das kleine und niedere, verstehen lehrte.

Ein Leser, der auf dem Gebiete unserer besten Romanliteratur zu Hause ist, der hohe Anforderungen stellt, ja, der seine Lieblings-Bücher unter denen sucht, die ein tieferes Problem behandeln, kann doch in die Lage kommen, dieses Buch von Berta von Suttner nur mit halbem Verständnis aus der Hand zu legen. Es gehört eben mehr als nur Schulung im Romanlesen dazu. Freilich wird schon derjenige, der sich mit Bewußtsein zurückerinnert an jenes erste Werk „Die Waffen nieder" und vielleicht auch die Fortspinnung des Fadens in „Marta's Kinder" verfolgt hat, mit besserer Ausrüstung an die Lektüre herantreten und ungleich mehr davon haben, wenn er sich darin wirklich vertieft; aber den vollen, nachhaltigen Eindruck wird nur der haben, welcher das ganze Wesen der Verfasserin erfaßt hat durch die Bekanntschaft auch mit den anderen Büchern (wie Schach der Qual" u. a.), welcher aus den Memoiren der Berta von Suttner auch ihren äußeren Lebenslauf kennt. Dass eine so reiche Natur kein „Einideenmensch" sein kann, zumal im höheren Alter, das ist selbstverständlich. Wäre sie

nichts weiter, als das, was das große oberflächliche Publikum subsummiert unter den Begriff „Friedensberta" — ganz gewiß schon ein Ehrentitel für sich — so ließe sich vielleicht nichts Neues weiter von diesem Roman erwarten. Es liegt aber hier doch etwas anderes vor, etwas Großes, Allumfassendes, das nicht erklärt werden kann mit der Behauptung, der Krieg ist grausam, und die Völker sollen Frieden halten. Wir haben es hier zu tun mit einer abgeklärten pazifistischen Weltanschauung, die, durch und durch realistisch, doch so absolut über aller bisherigen Lebensauffassung schwebt, daß ihre schrittweise sich vollziehende Verwirklichung allerdings mit weisem Bedacht in die Zukunft verlegt worden ist. Und doch — freudig stellt auch dies der Roman fest — diese Weltanschauung und das Leben und Handeln darin und daraus ist schon jetzt Wirklichkeit geworden. Es gibt eine Verbrüderung derjenigen dieser Erde, die ihre Diener und Priester sind, eine Verbrüderung der geistig Hohen und Freien, die als „Gemeinschaft der Seligen" sich über die Erde ausbreitet und die ihre Bande mit jedem Jahre mehr ausweitet um größere Scharen zu umschließen. In dem Buche kommt diese Gemeinschaft zur Darstellung in Gestalt der „Rosenritterschaft". Die ihr angehören, werden das Buch jubelnd als das Ihre empfangen, viele unter uns, die wir Anhänger dieser Gemeinde im weiteren Sinne sind, werden es als ein freudiges Ereignis begrüßen, und die anderen? Die große Menge? Möge es in recht vielen Herzen die Sehnsucht erwecken, Jünger der Rosenritterschaft in Luzern zu werden!

Aber der äußere Rahmen, das Wirkungsfeld der Rosenritterschaft ist noch nicht da, die Zentralisation aller Geistes- und Seelengrößen, die „Luzerner Woche". — — — —

Es gibt ein Buch, das heißt „All sorts and conditions of men". Es erzählt von der reichsten Erbin Londons, daß dieselbe, beanlagt mit unendlicher Güte und Erbarmen mit der leidenden Menschheit, ausgestattet mit der höchsten Bildung, sich in die Niederungen des menschlichen Lebens begibt, dort mit anderen fühlt und leidet und unter Mithilfe dessen, den sie sich zum Gatten erwählt, mit ihrem Reichtum einen gewaltigen Palast schafft für die elendesten, beraubtesten ihrer Volksgenossen, einen herrlichen „Palace of Delight".

Die Wirkung dieses Buches brachte die Mittel zusammen zur Schaffung des von den Dichtern Besant und Rice aufgestellten Institutes. Der Volkspalast in London wurde Wirklichkeit.

Möchte doch eine ähnliche Verwirklichung dem Buche von Berta von Suttner entspringen!

Ich habe in den vorstehenden Ausführungen nur auf den Wert hingewiesen, den das Buch als Ausdruck der Hochgedanken der Menschheit hat, deren Auftauchen ja von dieser Warte aus verfolgt und registriert wird. Daß das Werk auch die schönsten Seiten menschlichen Einzellebens, die Liebe in ihren verschiedenen Formen, die Freude, Einzelglück und Einzelleid, und alle Erdenzier in seinem Rahmen behandel, istt selbstverständlich bei einer Verfasserin, die selbst ein so volles, reiches Leben mit so viel Hingabe gelebt hat, und die aus dem Lebenskampfe als gläubige Optimistin hervorgegangen ist. . . . Aber über diese Seiten des Buches gibt es noch soviel Einzelnes zu sagen, daß ich an dieser Stelle lieber nicht darauf eingehe, sondern mit der von dem freudig optimistischen Geist, der den Roman beherrscht, hervorgerufenen Zuversicht schließe: Alles hier dargestellte wird Wirklichkeit werden!

Elsbeth Friedrichs-Jena.

Der italienische Raubzug und die internationale Rechtsgemeinschaft.

Von Dr. Hans Wehberg in Düsseldorf.

Wer die Ereignisse der letzten Jahre verfolgt hat, muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß die Friedensbewegung auf die Verhütung internationaler Konflikte bei weitem nicht den Einfluß ausgeübt hat, der ihr zukommt. Das liegt sicher zu einem großen Teile daran, daß einzelne Grundfragen des internationalen Gemeinschaftslebens von der Friedensbewegung noch viel mehr aufgeklärt werden müssen. Wir gehen im allgemeinen davon aus, daß ein Krieg nur dann zu rechtfertigen sei, wenn er zur Abwehr eines Angriffes geführt würde. Diese Behauptung bedarf aber einer ausführlicheren Begründung als sie bisher gegeben wurde.

Es ist ganz gewiß ein großes Verdienst von Norman Angell, in seinem Buche „Die große Täuschung" dargetan zu haben, daß selbst ein großer Sieg bei weitem nicht mehr die wirtschaftlichen Vorteile wie in der Vergangenheit, sondern im Gegenteil nur bitteren Schaden für den Sieger mit sich bringt. Dadurch kommen wir der Lösung des großen Problems sicher näher; aber gelöst ist es damit auch nicht. Die einzelnen Staaten geben heute noch mindestens ebenso viel auf die Erweiterung ihres Prestige, ihres Ansehens unter den anderen Völkern, als auf die Vergrößerung ihrer wirtschaftlichen Macht. Gerade der italienisch-türkische Krieg ist nur von diesem Gesichtspunkte aus zu erklären. „Ist es", so sagen unsere Gegner, „nicht wohl begreiflich, daß eine Regierung bei allen großen Fragen der internationalen Politik mitsprechen, nicht von den anderen beiseite geschoben werden

und einen möglichst ehrenvollen Platz im Rate der Völker einnehmen will? Die Nation und das Nationalitätsbewußtsein haben heute noch den gleichen Wert wie früher. Ohne sie ist eine Entwicklung der Menschheit nicht denkbar. Warum soll da also nicht jedes Volk den Ehrgeiz haben, möglichst großen Einfluß auf die Entwicklung auszuüben?"

„Braucht sich ein Volk", so sagen unsere Gegner weiter, „eine Zurücksetzung in dem Rate der Völker gefallen lassen? Wenn alle Völker die Interessen der Gesamtheit über ihre eigenen stellten, wäre alles gut und schön; aber nehmen wir an, einige Mächte verabreden sich planmäßig, einen bestimmten Staat überall zurückzudrängen. Sie beleidigen den dritten Staat nicht direkt, aber suchen ihn zurückzusetzen, wo sie es nur können. Wir fragen, ob hier nicht ein Staat geradezu gezwungen wird, sein Prestige nötigenfalls wieder mit Waffengewalt zu erringen?"

Diese Fragen sind noch nicht hinreichend geklärt, und die Friedensbewegung muß noch mehr tun, um sie der Lösung näher zu bringen. Deshalb werden diese Probleme nur von unseren Gegnern in Angriff genommen und einseitig dargestellt. Das ist neuerdings der Fall in einer sehr tiefgreifenden und gründlichen Untersuchung, die Privatdozent Erich Kaufmann (Kiel) über „das Wesen des Völkerrechts und die clausula rebus sic stantibus (Tübingen, I. C. B. Mohr, 1911, 231 S.) herausgegeben hat. Die Ausführungen Kaufmanns verdienen die größte Beachtung. Es läßt sich unmöglich leugnen, daß etwas Richtiges daran ist, wenn Kaufmann von einem Grundrechte der Staaten auf Selbsterhaltung spricht. Uebrigens ist diese Frage gerade für die Ehren- und Interessenklausel bei der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit von weittragendster Bedeutung. Diesen Zusammenhang hat auch Kaufmann richtig hervorgehoben.

Es leuchtet ein, daß die Kriege um Güter der obenerwähnten Art sehr gut dann vermieden werden können, wenn unter den Staaten so viel Solidaritätsgefühl besteht, daß keiner den anderen in der Weise zurückzusetzen sucht, wie das heute noch vielfach geschieht. Weiter aber ist klar, daß gerade solche Ministerien, die sich durch ihren Mangel an Initiative das Licht an der Sonne von den anderen Staaten nehmen lassen, sehr zur Verwicklung der internationalen Lage beitragen. So ist es ganz gewiß auch in Italien gewesen. Italien hat, darin hat sich das Gefühl des italienischen Volkes nicht getäuscht, heute nicht mehr das Ansehen, das ihm vielleicht als europäische Großmacht zukäme. Es hat auch versäumt, sich rechtzeitig auf friedlichem Wege in den Besitz der etwa erforderlichen Kolonien zu setzen. Hätten die früheren Ministerien in Italien auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden, so wäre die gegenwärtige Regierung gar nicht auf den Gedanken gekommen, einen Krieg mit der Türkei anzufangen.

Aber nicht nur die früheren italienischen Machthaber, auch die anderen Staaten, insbesondere Frankreich, Rußland usw., haben ihr gehöriges Teil dazu beigetragen, Italien auf den Kriegspfad zu hetzen. Mußte es die Begierde Italiens nicht wachrufen, wenn die anderen Länder unter diese Staaten verteilt wurden, und Italien in Gefahr geriet, auch im Mittelmeer beiseite geschoben zu werden?

So wurde die Eitelkeit Italiens aufs schwerste verletzt. Zudem glaubte Italien in seinen Lebensinteressen gefährdet zu sein, wenn sich die ganze nordafrikanische Küste in englischen und französischen Händen befände.

Und indem Italien den Krieg erklärte, tat es dies nur in Befolgung derselben Ideen, auf Grund deren die anderen Staaten auf friedliche Weise zahlreiche Länder an sich gerissen haben. Wohl liegt hier der Fall besonders kraß, weil Italien auch nicht mit einem Scheine Rechtens sein Vorgehen zu rechtfertigen vermocht hat; aber täuschen wir uns doch nicht: In letzter Linie ist die gesamte Staatengemeinschaft, das heutige System der Desorganisation, an diesem Zustande schuld.

Es ist der Durst nach Macht, nach Prestige und Ansehen, wodurch heute die Staaten einander feindlich gegenüberstehen. Jeder will möglichst viel Einfluß auf der Welt ausüben. Und das traurigste ist dabei: Die Entwicklung der inneren Zustände liegt den Regierungen weniger am Herzen als die immer weitere, geradezu krankhafte Erhöhung des Prestigen in der Welt. Was macht es den Regierungen aus, wenn jährlich so und so viel Menschen an Armut zugrunde gehen und nur ein geringer Teil der Bewohner des Staates zu kleinem Wohlstand gelangen kann, wenn nur der Name „Deutschland", „Frankreich" usw. in der Welt an Klang gewinnt! Die Haupttätigkeit aller Regierungen bildet heutzutage ein Schachspiel, bei dem das Wohlbefinden der Bewohner gleich Null, das Prestige des Staates gleich Tausend eingeschätzt wird. Jedenfalls braucht man nur die Ausgaben für dieses Schachspiel den Ausgaben für die Wohlfahrt der Staatsangehörigen gegenüber zu stellen, um die Wahrheit dieses Satzes zu begreifen. Und in schreiendem Gegensatze zu dieser Tatsache steht die Erscheinung, daß von den deutschen Reichstagsabgeordneten von auswärtiger Politik nur wenige von innerer Politik dagegen viel mehr ein hinreichendes Verständnis besitzen.

Es muß immer mehr dahin kommen, daß die Regierungen ihr Hauptaugenmerk auf die Zustände im Innern ihrer Länder richten, daß sie statt des Erwerbes großartiger Kolonieen ihr eigenes Land kultivieren. Es muß immer mehr der Stolz jedes Landes werden,

im Innern möglichst hoch entwickelte Zustände zu schaffen und sich auf dem Gebiete der äußeren Politik mit der ruhigen und besonnenen Vertretung der Interessen zu begnügen.

Zu diesem Zwecke wird man nicht genug Wert darauf legen können, daß sich das Rechtsgefühl der Staaten vergrößert. Dies Gefühl für das Richtige muß allmählich so stark werden, daß sich die Staaten von der Wertlosigkeit der Prestigepolitik überzeugen. Als stolze, ihrer selbst bewußte Mächte müssen sie zufrieden sein, in ihrem Innern einen möglichst hohen Grad der Entwicklung zu erreichen, ohne, wie es jetzt geschieht, darauf Wert zu legen, von anderen Mächten gefürchtet zu sein. Es muß den Völkern zum Bewußtsein kommen, daß bei dieser Prestigepolitik zur Wahrung eines falschen Scheins das wirkliche Interesse eines jeden Staates leidet, daß es über das selbstsüchtige Streben des Einzelstaates hinaus große allgemeine Kulturaufgaben der Menschheit gibt und daß die Hebung dieser allen Staaten gemeinsamen Aufgaben gleichzeitig jedes einzelne Land am besten fördert.

Um möglichst bald aus den heutigen Zuständen hinauszuwachsen, hat die Menschheit gewaltige Aregungen nötig. Es muß einmal ein Sturm über sie hinwegbrausen, wie es zur Zeit der Kreuzzüge geschah. Diese Zeit wird kommen. Denn so sicher die Menschheit bisher von der Postkutsche zur Eisenbahn und zum Luftfahrzeuge gekommen ist, so gewiß wird sich auch die gemeine Selbstsucht der Einzelstaaten überwinden und in Wahrheit aus einer desorganisierten Menge von Staaten eine Kulturgemeinschaft werden, bei der die Selbständigkeit der Einzelstaaten in vollstem Maße bewahrt wird.

Nicht von heute auf morgen kann dieses große Ziel erreicht werden; Jahrhunderte mögen noch bis dahin vergehen. Aber langsam und allmählich wird es besser werden. Weil die Ideenkreise der heutigen Staatenlenker aus dem Mittelalter in unsere Zeit übernommen worden sind, und diese neue Zeit sich so ungeheuer schnell fortentwickelt, deshalb muß es eines Tages den Regierungen wie Schuppen von den Augen fallen, daß die neue Zeit neue Ideen erfordert. Dann wird schließlich auch die Ueberzeugung kommen, daß die ganze Prestigepolitik eine Scheinpolitik war.

Richten wir unseren Blick auf die Kräfte im Völkerleben, die schon heute willens und imstande sind, zu dieser Entwicklung ihr Teil beizutragen, so dürfen wir in absehbarer Zeit nicht erwarten, daß etwa ein Staatslenker die alte Politik zuschanden macht und als Prophet einer neuen Zeit die Richtung weist. Wir müssen vor allem bedenken, daß die heutige Politik eine gewaltige Tradition hat, und mit diesen Traditionen zu brechen fast übermenschlich große Kraft erfordert. Auch außerhalb der Staatenlenker wird kein einzelner das große Werk vollbringen; es kann hier nur durch die tausendfältige Arbeit aller Anhänger der Organisation der Welt etwas erreicht werden.

Diese Arbeit der Pazifisten hat heute noch nicht den Erfolg, den man ihr wünschen müßte. Gegen den türkischen Raubzug — denn die Eroberung von Tripolis war für die Selbständigkeit Italiens nicht nötig — ist nicht mit der nötigen Schärfe Einspruch eingelegt worden. Man verwertet immer noch im nationalen und internationalen Rechte zwei verschiedene Maßstäbe für den Begriff dessen, was recht ist. Am bedauerlichsten aber ist es, daß sich die italienischen Friedensfreunde offen auf die Seite der italienischen Regierung geworfen haben. Dadurch haben sie ihre Ideen verraten, und es fragt sich, wie die Friedensbewegung gegen die doppelte Moral-losigkeit der italienischen Regierung und der italienischen Pazifisten Einspruch einlegen kann.

Vor allem wäre es nötig, daß von einem modernen Geschichtsprofessor in jedem einzelnen Lande ein streng wissenschaftliches Werk über die Räuberei der italienischen Regierung herausgegeben würde. Man müßte ferner den Verlauf der italienischen Politik in den nächsten Jahrzehnten verfolgen und nicht aufhören, an der Hand der Ereignisse nachzuweisen, wie sehr Italien sein Vorgehen geschadet hat. Man müßte in allen Aufsätzen usw. nicht müde werden, den italienischen Feldzug als Raubzug zu brandmarken. Dieser Krieg müßte für alle Zeiten als Schulbeispiel einer modernen Raubpolitik gebrandmarkt werden.

Die Pazifisten, die in Frankreich und Amerika einen großen Einfluß besitzen, dürften ferner nicht müde werden, der italienischen Regierung bei jeder Gelegenheit zu beweisen, daß es eine internationale Solidarität gibt, daß die Staaten gemeinsame Kulturaufgaben haben, denen sie sich nicht entziehen dürfen. Da könnte man vor allen Dingen in der nächsten Zeit, falls Italien sein Lebensversicherungsmonopol einführt, verlangen, daß die Frage der Entschädigung der ausländischen Gesellschaften, die Italien einfach unentschädigt lassen will, dem Haager ständigen Schiedshofe überwiesen wird. Dazu weigert sich heute die italienische Regierung.

Die italienischen Pazifisten sollte man von Rechts wegen auf zehn Jahre von der Teilnahme an allen Weltfriedenskongressen ausschließen; die interparlamentarische Union müßte gleichfalls die italienischen Mitglieder von allen Versammlungen beurlauben. Auf jedem nationalen und internationalen Friedenskongresse müßte programmmäßig auf den italienischen Raubzug mit Verachtung hingewiesen werden. Durch einen solchen Protest würde gewiß das Rechtsgefühl der Völker gestärkt werden.

Sollte es denn keinen Ehrenrat der Völker geben, der in der oben gezeichneten Weise die praktische Richtung weist, durch die Italiens Schmach dem Empfinden der Mit- und Nachwelt möglichst nahe gerückt wird?

Norman Angell und die Pazifisten.

Norman Angell, der Verfasser der „Großen Täuschung", jenes Buches, das wir zu den Besten zählen, die im Dienste der Aufklärung über den Krieg geschrieben wurden, polemisiert in der Novembernummer von „La Paix par le Droit" gegen „gewisse" Pazifisten, die angeblich den Wert seines Buches zu verringern suchten. Seine Kritik richtet sich in erster Linie gegen den Altmeister des Pazifismus, Frédéric Passy, und gegen einen von Angell nicht genannten „ausländischen Pazifisten", der dem Herausgeber eines englischen Blattes, der den Betreffenden um eine Aeußerung über das Norman Angellsche Buch ersucht hat, in folgender Weise antwortete:

„Man weiß nicht, soll man sich mehr über die Unverfrorenheit oder über die Unwissenheit dieses Mannes wundern, der es unternimmt, dieses von echt pazifistischem Geiste und durchweg auf alten pazifistischen Lehren aufgebaute Buch in einen Gegensatz zum Pazifismus zu bringen. [Es ist dies ein dieses Buches unwürdiges Manöver. Herr Parker kennt wohl die Vorurteile gewisser Kreise in Deutschland gegen den Pazifismus und will ihnen die Kapitulation leicht machen, indem er ihnen unschuldig vorstellt, das sei beileibe kein Pazifismus, der da in Norman Angells Buch gepredigt wird.]

Geschäftstüchtig ist das, aber unfair. Es erinnert an die Reklamen gewisser Firmen, die ausländische Ideen nachahmen und diese dem ursprünglichen ausländischen Fabrikat gegenüber als „nationales" Fabrikat anpreisen, und so die Käufer unter dem Mäntelchen des Patriotismus zu einem Geschäft zu verleiten suchen. [Herr Parker will jene deutschen Reichstagsabgeordneten, die bisher über den Pazifismus lachten, zu einer Zustimmung verleiten, indem er ihnen einredet, Norman Angell sei kein Pazifist.

Er wird sich täuschen.

Leider wird Norman Angell in Deutschland nur bei den Pazifisten Verständnis finden. Das beweist schon die Besprechung seines Buches in der nationalen Presse.] Reuig werden Norman Angell und seine verlegerischen Herolde einsehen, daß die moderne Weltanschauung nur von den Pazifisten vertreten wird. Reuig werden sie einsehen, daß das, was in der „Großen Täuschung" verkündet wird, bereits seit mehr als einem Menschenalter vom gesamten Pazifismus in allen Weltteilen verkündet wird."

Norman Angell nennt den Verfasser dieser geharnischten Zeilen nicht. Es liegt aber kein Grund vor, seinen Namen zu verschweigen. Ich selbst habe sie geschrieben. Sie sind abgedruckt in der „Friedens-Warte" von 1911 Seite 25. Nur mit dem Unterschied, daß in der von Norman Angell gegebenen französischen Uebersetzung, die im obigen Zitat in Klammern gesetzten Stellen weggelassen wurden. Dadurch wird der falsche Anschein erweckt, als richte sich jene Kritik gegen das Buch, während sie sich nur gegen eine von dem Herausgeber des englischen Journals, von dem die Anfrage ausging, zum Zwecke der Empfehlung angewandte Taktik richtet. Dieser Herausgeber hat nämlich geglaubt, das Angellsche Buch dadurch anempfehlen zu müssen, indem er den bedenklichen Satz schrieb: „Es (Angells Buch) ist frei von jeder pazifistischen Utopisterei; es ist das Werk eines Praktikers . . ."*)

Nur gegen diese Bemerkung richtet sich der geharnischte Ton jener Kritik. Zum näheren Verständnis muß noch erwähnt werden, daß auch der deutsche Verleger des Norman Angellschen Buches sich bemüßigt sah, in seinem Prospekt das Buch dadurch zu empfehlen, daß er hervorhob, es stünde den pazifistischen Ideen fern. „Keine Friedensbroschüre", „keine gewöhnliche Friedenspropaganda", „ein Buch der Realpolitik". — so heißt es da. Schließlich war es Norman Angell selbst, der in der Vorrede des Buches sich dagegen verwahrte, Pazifist zu sein.

Norman Angell kennt zu wenig die Verhältnisse des pazifistischen Kampfes in Deutschland und Oesterreich, um unsere Empörung über eine solche Beiseiteschiebung unserer Arbeit, der wir unser Leben geweiht haben, zu verstehen. Es ist leider bei uns nichts Neues mehr, daß sich Leute, die sich früher dem Pazifismus gegenüber gleichgültig oder ablehnend verhielten, später, nachdem sie diese Ideen erfaßt haben, sich ihrer früheren Haltung schämen und dann mit Nachdruck hervorheben, daß ihre Friedensaktion mit der der vielgeschmähten Pazifisten in gar keinem Zusammenhang stehe. Sie wollen ernten, wo sie nicht gesät haben und machen in wenig tapferer Weise der öffentlichen Meinung, die in ihrer übergroßen Mehrheit noch kein richtiges Urteil über den Pazifismus besitzt, billige Konzessionen, statt diese aufzuklären. Wir nennen diese Leute „verschämte Pazifisten". Der Methode dieser „verschämten Pazifisten" folgte der deutsche Verleger des Norman Angellschen Buches, der als Verleger eines aufsehenerregenden anglo-deutschen Kriegsromanes dazu alle Ursache hatte, wie auch der englische Propagator jener

*) Das Rundschreiben des Herrn Parker ist in der „Fr.-W." an gleicher Stelle abgedruckt.

Bücher, Mr. Parker. Norman Angell selbst verwahrte sich aus ganz anderen Gründen davor, ein Pazifist zu sein. Er gab sich der irrigen Meinung hin, daß man unter Pazifisten nur jene Vertreter der Friedenslehre meine, die, wie er im erwähnten Artikel von „Paix par le Droit" schreibt, ihre Anschauung auf Sentimentalität und Menschenfreundlichkeit begründen, wie z. B. die Quäker. Daß der Pazifismus alle Richtungen umfaßt, daß er eine völkerrechtliche, soziologische, wirtschaftliche, ethische und religiöse Seite habe, scheint ihm nicht bewußt gewesen zu sein.

Nichts lag mir ferner, als das Werk Norman Angells selbst herabzusetzen. Ich betrachte es als eine der glücklichsten Publikationen unserer Literatur und tue alles, um es zu verbreiten. Herr Normann Angell weiß das ganz genau. Vielleicht weiß er aber nicht, daß ich, ehe sein Buch ins Deutsche übersetzt wurde, als es noch niemand bei uns kannte, in einem Leitartikel der „Friedens-Warte" (1910 S. 60) darauf hinwies. Dieser Artikel beginnt mit den Worten: „Ein wunderbares Buch sei hier angekündigt; ein Buch voll glänzender Logik. . ." Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich behaupte, daß das nicht nur der erste Hinweis in einem deutschen Blatte, sondern überhaupt der erste Hinweis auf jenes großartige Buch war, der in einem nichtenglischen Blatte erschien. Norman Angell begeht also einen Fehler, wenn er mir Voreingenommenheit gegen sein Werk vorwirft.

Er fühlt sich jedoch durch meine (und auch Fréd. Passys) Bemerkungen gekränkt, wonach die Grundidee der „Großen Täuschung" als ein altes Postulat der Friedensbewegung hingestellt wurde. Auch das ist einzuschränken. Nur um die pazifistische Abstammung Norman Angells zu beweisen, wies ich darauf hin, nicht, um den Wert des Buches herabzusetzen. Es ist aber eine Tatsache, gegen die nicht anzukämpfen ist, daß wir immer und überall die Interdependenz der Wirtschaft betont haben, um aus ihr das Widersinnige des Krieges zu beweisen. Es ist notwendig, daran zu erinnern, daß das große Werk Blochs über den Krieg im Grunde auch nichts anderes beweisen will und beweist, als die wirtschaftliche Interdependenz der Völker. Und wenn Norman Angell nur den „Darwinisme Social" von Novicow kennt, jenes Buch, das sich seiner Ansicht nach allein dem seinen in den Grundideen etwas nähert, so sei daran erinnert, daß Novicow 1894 eine Schrift herausgegeben hat, die „Die angeblichen Wohltaten des Krieges" betitelt ist, über deren englische Ausgabe kürzlich (Juli 1911) in „The American Journal of International Law" folgendes zu lesen war: „Der Leser wird sehen, daß in diesem bereits vor 17 Jahren veröffentlichten Buche der Verfasser auf theoretischem Wege zu den gleichen Schlüssen kommt, zu denen Norman Angell in dessen neuem Buch „Die große Täuschung" als Ergebnis seiner Untersuchungen über den gegenwärtigen Verlauf des internationalen Handels und Verkehrs gelangt."

Aber soll denn damit das große Verdienst Norman Angells, der hohe Wert seines Buches bestritten werden? Keineswegs. Wir erkennen seine Arbeit als eine ungeheure Bereicherung unserer Literatur an und finden in seinen Beispielen und Untersuchungen eine Aktualität und eine Tiefe, die von seinen Vorgängern bislang noch nicht erreicht worden ist.

A. H. F.

Randglossen zur Zeitgeschichte.

Von Bertha v. Suttner.

Wien, 8. Dezember 1912.

Die zurückliegenden vier Wochen waren ganz und gar von Krieg und Kriegsgeschrei erfüllt. Und wo auch Friedensstimmen sich erheben wollten, jener Lärm hat sie verschlungen. Es wäre hoch an der Zeit, daß unsere Bewegung auch stürmend und donnernd in das Gewirre hineinführe — aber ach, nur der Wahnsinn kennt einen Paroxismus — die Vernunft kennt ihn nicht. Voll tiefen Kummers, voll banger Sorge stehen wir Pazifisten den gegenwärtigen Ereignissen und deren möglichen Konsequenzen gegenüber. Es ist eine Trauerzeit, das wollen wir nicht verleugnen. Wir bekennen uns zu unserem Schmerz. Ein Schmerz, der nicht ohne Zorn ist.

☞

Also denn: lasset uns die ganze Truppe von Kalamitäten Revue passieren. Tripolis zuerst: Die „Operationen" im Oasengebiete haben in den letzten Wochen keine entscheidende Wendung gebracht. Uebrigens, weiß man denn, was dort vorgeht? Die fremden Kriegskorrespondenten haben teils freiwillig ihre Erlaubnisdokumente dem italienischen Kommando vor die Füße geworfen, teils sind sie ausgewiesen worden. Man erfährt nur, was die offizielle italienische Kriegsberichterstattung für gut findet, mitzuteilen. Von der Cholera ist gar nicht mehr die Rede. Während in Friedenszeiten jeder Staat verpflichtet ist, allen anderen Staaten über jeden einzelnen Fall Meldung zu erstatten, hört man jetzt von Ausbreitung oder Eindämmung der doch in jenen Gegenden konstatierten Seuche keine Silbe mehr. Im Krieg hört eben alles auf, was die menschliche Gesellschaft zu Schutz, Förderung und Sicherung ihrer Lebensinteressen ersonnen hat. Nur mehr ein Gesetz gilt: die militärischen Notwendigkeiten. Zu diesen gehört es offenbar auch, daß die ganze Oasenstrecke, auf der die Eroberer sich weiterbewegen wollen, von allen Hindernissen — als da sind: Menschen, die sich wehren

wollen, Häuser, Pflanzungen, Waldungen usw. — zu „säubern", wobei die Ertragsfähigkeit des Bodens für die nächsten zehn Jahre vernichtet wird — was vielleicht nach dem naiven Urteil des gesunden Menschenverstandes als eine sonderbare Art erscheinen mag, die Kultur nach fernen Gegenden zu tragen. Vorhin sagte ich, es sei im tripolitanischen Feldzug kein neues Ereignis zu verzeichnen. Da vergaß ich vollständig etwas ganz bedeutendes — etwas, das gewöhnlich für umwälzend, für entscheidend gilt. Nämlich: Tripolis und die Lyreneika wurden annektiert, für italienischen Besitz erklärt. Das ist eigentlich ein Abschluß. Es ist aber, als ob Nämlich: Tripolis und die Cyreneika wurden nichts geschehen. Es war eine platonische Annexion.

☞

Ueber die „italienischen Grausamkeiten", von welchen die fremdländischen Korrespondenten Schilderungen und Photographien mitgebracht hatten, erhoben sich überall — in Blättern, Parlamenten, Versammlungen — empörte Proteste. Ich protestiere gegen diese Proteste. Nämlich gegen ihre Form, die den Hauptakzent auf das Wort „italienische" legt. Grausamkeiten des Krieges sind es, nicht der Italiener. Massakers von Wehrlosen: Frauen, Greisen, Kindern, erscheinen besonders hassenswert und unritterlich; wenn man das rügt, so scheint man zu verstehen zu geben, daß die Hinmordung Bewaffneter etwas Ehrenvoll-Kommentmäßiges an sich habe; aber im Kriege mit seinen Wutparoxismen und mit seinen „militärischen Notwendigkeiten" geht es niemals ohne Hinopferung von Unschuldigen ab („unschuldig" sind übrigens die meisten, die im Felde stehen; schuldig sind die, die aus den Ministerien und aus den Redaktionsstuben sie ins Feld schickten). Die Brände, die Seuchen, der Hunger, die den Krieg begleiten, machen vor niemand halt. Um die Italiener zu rechtfertigen, daß nicht sie die Grausamen sind, meldet „Agenzia Stefani" folgende, durch Stabsärzte beglaubigte Grausamkeiten der Araber: In einem Hause in Henni fand man die Leichname von 28 furchtbar verstümmelten Soldaten. Einige waren gekreuzigt, anderen der Bauch aufgeschlitzt, wieder andere gepfählt. In einer Araberhütte fand man die Leichen von sieben Bersaglieris, die mit dem Kopfe über dem Erdboden lebend eingegraben waren. Einem Unglücklichen waren die Augen ausgerissen und an die Schläfen genäht worden — man sah noch den Faden. Ferner fand man ... Genug! Glauben denn die Berichterstatter, daß sie mit diesen Bildern nur Haß und Entrüstung gegen den Feind erwecken und damit den Krieg desto berechtigter erscheinen machen? — Also, solchen Schicksalen setzen die Leiter und Lenker die Söhne des Landes aus! Wildgemachten, von ihnen selber wildgemachten Tigern werfen sie die Opfer vor, und die Zurückgebliebenen sollen dann den Tigern fluchen? Frauen, Mütter! deren Liebstes nicht heimgekehrt und die ihr solche Dinge erfährt, könnt ihr noch beten, könnt ihr noch eine Nacht schlafen.

☞

Der Spaß kostet den Italienern täglich eine Million. Hätte man nicht mit dem zehnten Teil dieses Geldes Ansiedlungskonzessionen erkaufen können, das Land bebauen, bereichern und mit Kulturwerken überschütten? Statt dessen (wieder ein Stückchen aus einem Stefani'schen Siegesbericht): „Beim Durchsuchen der Oase fand man viele Leichen, die von den türkischen Truppen im Stiche gelassen wurden. Aber nach mehr sollen unter den Trümmern der Häuser liegen, die entweder eingestürzt oder in die Luft gesprengt wurden, bevor ihre erbitterten Verteidiger sich retten konnten. Auch die regulären türkischen Truppen, die sich in Sest verschanzt hatten, haben infolge der Aktion unserer Artillerie beträchtliche Verluste erlitten. Seit gestern werden Desinfizierungs- und Assanierungsmaßnahmen in den erörterten Stellungen durchgeführt." Wenn das nicht stolze Kulturarbeit ist: zuerst infizieren, dann desinfizieren und wieder infizieren.

☞

Da sich in jenen afrikanischen Gebieten keine Entscheidung erhoffen läßt, sondern ein vielleicht jahrelang währender Guerillakrieg entstehen kann, so ist es begreiflich, daß die Flotte des Angreifers nunmehr die Türkei in ihren europäischen Häfen und Inseln molestiert und versuchen wollte, um (wie die schöne militärische Phrase lautet) „den Feind ins Herz zu treffen", gegen Konstantinopel vorzudringen und die Dardanellen zu blockieren. Da sind die Mächte erwacht. Denn eine Blockade der Dardanellen würde den internationalen Handel stören. Rußland protestierte, die anderen schlossen sich dem Protest an. Auf den Pariser Vertrag von 1856, auf den Londoner Vertrag von 1871, und auf den Berliner Vertrag (die Haager Verträge hatte man stillschweigend übergehen können) beriefen sie sich. Die „N. Fr. Pr." schrieb: „Eine Blockade der Meerengen ist nach diesen Vertragsbestimmungen eine völkerrechtliche Unmöglichkeit. Wenn es eine völkerrechtliche Polizei gäbe, müßte sie augenblicklich gegen Italien einschreiten, wenn es tatsächlich die Blockade versuchen wollte."

Da haben wirs, was die Welt brauchen würde: eine völkerrechtliche Polizei gegen „völkerrechtliche Unmöglichkeiten." Aber nicht nur handelsstörende Blockaden, nicht der Bruch einzelner ökonomischer Vertragsbestimmungen, sollen von einer internationalen Polizei verhindert werden, — als größte völkerrechtliche Unmöglichkeit müßte gelten: der Völkermord.

☞

Hier also haben die Mächte ihr Veto eingelegt. So heftig auch die imperialistisch-

italienische Presse drängte, die Flottenaktion in die europäisch-türkischen Meere zu tragen, so hochmütig sie erklärte, man würde den Krieg nur nach den eigenen Interessen und nach den strategischen Notwendigkeiten fortführen, ohne sich von irgendjemand etwas dreinreden zu lassen — so hat Italien doch nachgegeben und erklärt, es wolle „vorläufig" auf die Blockade verzichten. — Ich falle auch in die allgemeine Gewohnheit und sage „Italien" statt ital. Regierung oder Kriegsleitung. Was kann denn das ganze Land, was das ganze Volk für alle diese Maßnahmen? Lassen wir das schöne Land, das wir bewundern, das edle Volk, das wir lieben, aus dem Spiele, wenn wir von den Torheiten und den Verruchtheiten reden, die auf dem Gebiete des Krieges von den Kriegsmachern des Landes ausgeführt werden. Der Massenrausch, das Massenfieber, oder nennen wir es nur beim Namen: der Massenwahnsinn, der sich zur Kriegszeit der Völker bemächtigt, der erfaßt wohl noch — mit atavistischer Gewalt — die Mehrzahl, aber nicht die Gesamtheit. Wenn sich einzelne erheben und rufen „Nieder mit dem Krieg", so werden sie von den Fanatikern mit Lynchjustiz bedroht. Tausende mögen wohl in Stillen dasselbe rufen; wir wissen aber auch von vielen, die es auch laut zu sagen wagen. Im Stadtrat von Rom und Mailand — vor feindseligen und erbitterten Zuhörern — sprach Della Seta — zuerst leise dann mit zu immer größerer Kraft anschwellender Stimme: Man glaube nicht, daß die Sozialisten ohne Schmerz der Soldaten gedenken, die ihr junges Leben auf dem Schlachtfeld lassen; man glaube nicht, daß sie den Familien den Beistand weigern wollen. Die Ablehnung gilt dem Kriege als solchen, in dem sie ein Unheil für das Land und einen Hemmschuh für die Kultur sehen. — Bonerdi und Montemartini sprechen im selben Sinne. Montemartini bekleidet als Generaldirektor des statistischen Amtes eine hohe Amtsstellung. Von den Studenten wurde gegen Montemartini und Delle Seta eine Radaudemonstration veranstaltet. Alle Leute, die auf der Straße gegen den Krieg sprechen, werden arretiert; in Mailand wollte eine Witwe zur Sammlung für die Opfer des Krieges eine kleine Summe spenden, die sie unter dem Motto: „Von einer, die den Krieg mißbilligt" einsandte. Die Spende wurde wegen des Mottos als unannehmbar zurückgewiesen. Intoleranz gehört eben zu den von nationalistischer und chauvinistischer Leidenschaft ausgelösten Erscheinungen. Ueberhaupt erinnert das ganze Verhalten des Straßenpublikums und der „wohlgesinnten" Presse Italiens jetzt an den seinerzeitigen Anti-Dreifus-Taumel in Paris. Dort mußte man auch „Vive l'armée!" sagen oder es hieß „à l'eau! à l'eau!" Und auch diese Analogie zeigte sich in allen jenen, die im In- und Ausland für den unschuldig Verurteilten Partei nahmen, wurde nachgesagt, sie seien von einem jüdischen Konsortium gezahlt, — und jetzt heißt es in der italienischen Presse, daß alle ausländischen Blätter, die das tripolitanische Unternehmen mißbilligen, oder die unvorteilhaften Berichte von Kriegskorrespondenten veröffentlichen — von der Türkei gezahlt seien und werden dabei natürlich auch „Judenblätter" genannt. Es ist überall die gleiche Methode.

☞

Nicht die Sozialisten allein sind es in Italien, die dem Friedensideal treu bleiben, und wir müssen die Namen dieser Treuen, soweit wir davon erfahren, hier verzeichnen: Der Pazifist Giretti hat gegen die Schwenkung der Unione lombarde protestiert; Alma Dolens (Teresa Pasini) hat am 25. November in Lodi einen öffentlichen Friedensvortrag gehalten, und die Erklärung sei auch erwähnt, die die Fürstin Colonna aus ihrer Villa am Lago maggiore an ein englisches Blatt geschickt hat: „Obwohl Italienerin, mißbillige ich lebhaft das Vorgehen meiner Landsleute in Tripolis und bin überhaupt mit Andrew Carnegie der Ansicht, daß Krieg eine Schande für den gegenwärtigen Stand der Zivilisation ist."

☞

Der lange, lange Marokkohandel ist also glücklich zum Abschluß gekommen. Der Reichskanzler teilte dies dem versammelten Reichstag mit. In der Hofloge saß der deutsche Kronprinz und hörte gespannt zu. Die Debatte wird eröffnet. Man sollte glauben, die Reden würden sich auf dem Felde des deutsch-französischen Abkommens bewegen und hervorheben, daß — ob nun dieses oder jenes Detail mehr oder minder Vorteil bietet, das vor dem politisch so wichtigen und erfreulichen Ergebnis verschwindet, daß zwischen diesen beiden Nachbarstaaten eine Uebereinstimmung erzielt wurde, durch die nicht nur Konfliktgefahren abgewendet, sondern auch weitere ersprießliche Annäherung ermöglicht wurde. Nein. Der Führer der Konservativen hält eine Kriegsrede gegen — England. Und der Kronprinz nickt und klopft Beifall. Diese Episode, obwohl sie im Augenblick große Sensation machte, ist schon beinahe vergessen — Sensationen dauern jetzt nicht lange, denn es gibt deren zu viele. Kaiser Wilhelm hat hierauf ostentativ seinen Kanzler zum Diner geladen und zugleich auch den Kronprinzen. Ein Witzblatt meinte, daß der Vater dem Sohne vor dem Essen sagte — „Also — jetzt gib dem Onkel Bethmann schön die Hand." Am folgenden Tag reiste der Kronprinz nach Danzig zurück, alarmierte, um sich zu trösten, sein Husarenregiment und ließ es exerzieren.

☞

So ward die ganze Marokkofrage in raschem Dekorationswechsel in eine Frage der deutsch-englischen Beziehungen verwandelt. Am Abgrunde eines deutsch-französischen Krieges

war man vorbei — jetzt wurde enthüllt, daß ein deutsch-englischer Krieg nur an „einen Faden" gehangen (sind die Völker diese ewige Damokles-Existenz nicht schon satt?), denn ein Kapitän Faber hatte erzählt, daß in englischen Kriegshäfen bereits Torpedonetze herabgelassen worden waren. Jetzt galt es also, diese ominösen „Beziehungen" (die trotz jahrelanger gegenseitiger Freundschaftsbesuche und -beteuerungen immer noch gespannt bleiben, weil gewisse Kreise rastlos bemüht sind, sie zu — spannen) wieder einmal zu untersuchen und zu bessern. Auf die Marokkodebatte im Deutschen Reichstag folgte eine solche im englischen Parlament und dabei war weniger von Marokko als von dem deutsch-englischen Verhältnis die Rede. Mit Spannung lauschte die Welt den Worten der britischen Staatsmänner. Diese Worte konnten ja wieder (man verzeihe das Bild, um das mich Wippchen beniden könnte) als der Faden gelten, an dem der europäische Frieden baumelt. Zum Glück, sowohl im Unter- wie im Oberhause ist in ebenso würdevollem wie versöhnlichem Ton von der Angelegenheit gesprochen worden. Einige Sätze, die um ihrer Wichtigkeit und Weisheit und Friedlichkeit willen besonders festgehalten werden sollen, damit bei künftigen Anlässen daran erinnert werden kann, seien hier angeführt. Sir Edward Grey: „Was ich wünsche, was auch hoffentlich möglich ist, obwohl es für den Augenblick schwierig erscheinen mag, ist, daß die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen nicht nur uns, sondern auch unsere Freunde einschließe. — Bonar Law (der Führer der Unionisten): „Die Idee, daß in England eine feindliche Stimmung gegen Deutschland herrsche, ist völlig unbegründet. Wir hören oft sagen, daß infolge des Gegensatzes der Interessen ein Krieg zwischen England und Deutschland über kurz oder lang unvermeidlich sei. Ich glaube nicht an diese unvermeidlichen Kriege. Wenn es jemals zum Kriege kommen sollte, so wird es nicht das unvermeidliche Ergebnis natürlicher Gesetze sein, sondern das Ergebnis menschlicher Torheit." — Premierminister Asquith: „Unsere Freundschaften haben keinen exklusiven oder eifersüchtigen Charakter, und wir werden uns um so mehr freuen, wenn wir ihren Umfang erweitern und in den Bereich ihres friedenstiftenden und versöhnenden Einflusses andere Mächte einschließen können. Wir haben keine Ursache zu irgendeinem Streite mit irgendeiner der großen Mächte der Welt. Das allererste britische Interesse, heute wie immer, ist der Weltfrieden." — Lord Morley: „. . . dies hindert uns nicht im geringsten, den Vertrag (die engl.-franz. Entente) auszudehnen. Lansdowne hoffte ja auch, daß dies geschehen würde, als der Vertrag abgeschlossen wurde." — Lord Lansdowne: „Ich glaube, die Hauptströmung der öffentlichen Meinung in Großbritannien und Deutschland ist stark zugunsten freundlicher Beziehungen und für den Abschluß einer Verständigung bezüglich aller Fragen, die noch ungelöst bleiben und für die Ueberzeugung, daß das Interesse beider Mächte die Erhaltung des internationalen Friedens ist."

☞

Nach dieser englischen Replik folgte ein Duplik im Deutschen Reichstag. Davon auch einige Zitate: Abgeordneter Bassermann: „Wir müssen von allen diesen Dingen (auswärtige Politik) ausschließlich vom deutschen Standpunkt aus sprechen. . . . König Eduards ganze Politik ging dahin, Deutschland zu isolieren oder einzukreisen. . . . Wenn man die Rede Greys liest, kommt man doch auf den Gedanken, daß diese Politik fortgesetzt wird. . . . Was wir wünschen, ist, daß unsere Politik eine wohlvorbereitete sein möge, die sich jeden Augenblick bewußt sei der gewaltigen Machtmittl, die wir besitzen. Wie sind denn die großen Friedensbewegungen ausgelaufen? Wo ist denn die Idee geblieben, daß nunmehr jede internationale Streitfrage vor dem Haager Schiedsgericht zum Austrag kommen wird? Davon ist heute nicht mehr die Rede." — Abgeordneter Lattmann (im Namen der aus Alldeutschen und Antisemiten bestehenden Vereinigung): „. . . Wir haben das Vertrauen zu unserem Volke, daß es sich angesichts der Vorgänge der letzten Monate, angesichts der englischen Ueberfallsgelüste der internationalen Gefahr bewußt bleibt. Deshalb ist die Erhaltung eines starken Heeres und einer schlagfertigen Flotte eine der wesentlichsten Voraussetzungen einer kraftvollen Stellung Deutschlands unter den Völkern." — Freiherr v. Hertling (im Namen des Zentrums): „Die Rede Greys ist, ich muß es sagen, für uns eine Enttäuschung gewesen. Wir müssen verlangen, daß unserer Expansion von den Engländern keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Den Worten des Reichskanzlers, daß wir gegen Eventualitäten gerüstet sein müssen, schließen wir uns an. Kaltblütig, im Bewußtsein seiner Kraft, gestützt auf sein gutes Heer und sein gutes Recht, wird das deutsche Volk der Zukunft entgegensehen." — Fürst Hatzfeld: „Die Verhandlungen im englischen Parlament haben uns leider erkennen lassen, daß der Leiter der englischen Politik ein tiefes Mißtrauen gegen Deutschland hegt. Leider besteht die Wahrscheinlichkeit, daß England an die Seite jeder anderen Macht treten wollte, mit der Deutschland in Krieg geraten würde. Es gibt kein friedfertigeres Volk als uns! Wir nehmen Akt von den Stimmen der Freundschaft, die von verschiedenen Seiten im Parlament laut geworden. Aber wir verlangen, daß diesen Worten endlich auch die Taten folgen. Ueberall drohen politische Verwicklungen. Da darf Deutschland nicht schlafen. Wir können allen Situationen mit Ruhe ent-

gegensehen, aber wir müssen unser Pulver stets trocken halten."

Waren alle diese waffenklirrenden Reden die richtige Antwort auf die englischen Einladungen, sich über alle Fragen zu verständigen — die Ententen auszudehnen? Zum Glück, es wurden auch andere Töne angeschlagen. Dem Abg. Bassermann trat Schrader entgegen: „Ihre zielbewußte Politik scheint mir eine Machtpolitik zu sein; worauf es aber ankommt, das ist der Grundsatz einer Politik des Rechtes." Bebel erklärte, daß seine Partei an der Verständigung mit England festhalte und wies, wie immer, jeden Gedanken an Krieg energisch zurück. Und was die Hauptsache ist, die Rede des Reichskanzlers war von freundlicher Korrektheit und hat in England befriedigt.

In Oesterreich-Ungarn hat es auch eine Sensation gegeben. Der Chef des Generalstabs, Freiherr Conrad von Hetzendorf hat seinen Posten verlassen. Nicht das ist das Sensationelle, sondern die daran geknüpften Preßkommentare und Interpellationen, und besonders die im Publikum mündlich kursierende Version: „Conrad und der Thronfolger wollten Krieg mit Italien; Aehrental und der Kaiser wollten nicht." Wer von einzelnen Personen — und seien es auch die höchsten — will oder nicht will, darauf sollte es wahrlich nicht mehr ankommen dürfen. Und weder das italienische, noch das österreichisch-ungarische Volk wollen eines das andere bekriegen: das hat sich in den durch diese Krise hervorgerufenen Protesten und Erklärungen gezeigt. Das Mißtrauenerweckende, das Verbitternde, das Gefährliche mit einem Wort zwischen den beiden, das sind vornehmlich die militärischen Maßnahmen und Befestigungen an den Grenzen. Immer deutlicher zeigt es sich: was den Frieden am ärgsten bedroht, ist das unselige para bellum-System. Darum halten auch alle kriegerisch Gesinnten so fest daran.

Ich muß es mir versagen, noch von den übrigen Weltwirren — Persien, China — zu sprechen; diese Glossen sind ohnehin schon viel zu lang geworden. Nur eines, nach all dem Betrübenden doch Erfreuliches, möchte ich erwähnen, schon um Herrn Bassermann zu beweisen, daß die von ihm totgesagte Friedensbewegung noch lebt und daß auch vom Schiedsgericht mitunter noch „die Rede ist".

Berlin, 7. Dezember. Der Korrespondent des „Tageblattes" hatte in Washington eine Unterredung mit dem Präsidenten Taft. Der Präsident der Vereinigten Staaten bezeichnete die gegenwärtigen Rüstungen als drückende Lasten für alle Nationen. Trotz der allgemein vorhandenen Friedensneigung müssen diese Rüstungen zunächst aufrechterhalten werden, solange die Völker keine andere Möglichkeit sehen, als die Austragung ernster Differenzen mit den Waffen. Sobald aber der von den Vereinigten Staaten angestrebte Gerichtshof gebildet und die ersten Streitfälle auf diesem Wege beigelegt sein werden, wird sich die Einschränkung der Rüstungen in Amerika und Europa von selbst ergeben. Der Präsident hofft, daß die neuen großen Möglichkeiten, die die Eröffnung des Panamakanals für die Verbindung der Völker schafft, der Friedensbewegung günstig sein werden.

Pazifistische Chronik.

10.—12. November. In Paris tagt der vierte deutsch-französische Handelskongress.

17. November. Erklärungen des Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter in der Sitzung der Budgetkommission des Reichstags über die anglo-deutsche Spannung während der Marokko-Krise.

26. und 27. November. Grosse Debatte im englischen Unterhause. Erklärung des Staatssekretärs Sir Edward Grey über die Marokko-Angelegenheit und über die anglo-deutschen Beziehungen.

28. November. Das seit 1. Juli vor Agadir aufgestellte deutsche Kriegsschiff wird zurückgezogen.

28. November. Grosse Debatte im Oberhaus des englischen Parlaments über die anglo-deutschen Beziehungen. Grosse deutschfreundliche Reden der Lords Courtney, Morley und Lansdowne.

29. November. Demonstration der Sozialisten im Römer und Mailänder Stadtrat gegen den Tripoliskrieg.

1. Dezember. Im Haag tritt die internationale Opiumkonferenz zusammen.

5. Dezember. Marokko-Debatte im Deutschen Reichstag. Kühle Erwiderung der Rede Greys durch den deutschen Reichskanzler.

6. Dezember. Im ungarischen Reichstag interpelliert Graf Albert Apponyi über den aus politischen Gründen erfolgten Rücktritt des österr.-ungar. Generalstabschef Conrad v. Hötzendorf.

6. Dezember. Im österreichischen Reichsrat interpellieren die sozialdemokratischen Abgeordneten Adler, Pernerstorfer und Zeitz über die Entlassung des Generalstabschef Conrad v. Hötzendorf und über eine verwerfliche agressive Politik gegenüber Italien.

6. Dezember. In London bildet sich unter dem Vorsitz von Noel Buxton ein Komitee von liberalen Mitgliedern des Unterhauses zur Kontrolle der englischen Diplomatie. Das Komitee will dadurch die Verständigung mit Deutschland fördern.

10. Dezember. Der Friedenspreis der Nobelstiftung fällt Staatsminister Asser und Alfred H. Fried zu.

Ein neuer Roman der Suttner.

Nach langer Pause erscheint wieder ein Roman der gefeierten Führerin der Friedensbewegung. „Ein Roman aus der nächsten Zukunft", wie sein Untertitel lautet, ein Roman, der den Weg zu jenen Geisteshöhen weist, die die Menschen erst erobern müssen. Der Titel lautet:

„Der Menschheit Hochgedanken".

Der Inhalt ist in Folgendem kurz skizziert:

Ein amerikanischer Milliardär, der zugleich ein hochstrebender Idealist ist, veranstaltet alljährlich in Luzern eine Zusammenkunft der hervorragendsten Zeitgenossen: Die Spitzen auf den Gebieten der Kunst, der Wissenschaft usw., die durch eine Woche lang Vorträge veranstalten, welche durch die ganze Welt telegraphisch, telephonisch und phonographisch verbreitet werden. Zu dieser ***Luzerner Woche*** *pilgern auch die Fremden aller Länder, wie sie zu der Sportwoche in Baden-Baden, zur Wagnerwoche in Bayreuth und zu den verschiedenen Flugwochen pilgern. Anstoss zu seinem Entschluss fand der Milliardär in der Eroberung der Lufthöhen. Er will,* ***dem parallel, die Eroberung der Geisteshöhen*** *— der* ***Hochgedanken*** *— pflegen.*

Heldin des Romans ist eine junge, vornehme und reiche Oesterreicherin, die als Rednerin für die geistige Höherbildung der Frau auftritt. Der Held ist ein junger Dichter, dessen Gedanken sich mit denen des Amerikaners begegnen. Vorerst wird die Vorgeschichte dieser Personen dargestellt. Beide begegnen sich und finden sich in der Luzerner „Rosenwoche" wieder. Der Roman beginnt 1909 und spielt in die Zukunft hinüber, etwa zwischen 1915—1920. Zahlreiche Typen werden vorgeführt: reaktionäre Adelige aus Oesterreich, ein vom Renaissancegeist erfüllter italienischer Minister, ein liberal denkender Königssohn aus Deutschland, russische Lebedamen, ein royalistischer Franzose, die lebensfrohe Tochter des Milliardärs und andere.

Der Amerikaner hat für seine Gäste und seine Veranstaltungen in Luzern ein Palais gebaut, und hier finden neben den Vorträgen Darbietungen von Zukunftserfindungen statt, die (der Entwicklung der technischen Wunder vorgreifend) gleichfalls geschildert werden. Zwischen den Personen knüpfen sich Beziehungen; weltpolitische Ereignisse spielen in ihre Schicksale hinein; Humor wechselt mit Pathos, Realistisches mit Phantastischem, und über dem Ganzen schweben als leuchtendes Ziel:

Der Menschheit Hochgedanken.

Es soll hier keine Besprechung des Romans erfolgen. Diese wird von berufener Seite in einer späteren Nummer zum Abdruck gelangen. ***Hier sollen nur die Freunde der Friedens-Sache, die Vertreter des Kulturgedankens, die zahlreichen Anhänger der Baronin Suttner aufgefordert werden, den Roman der gefeierten Pazifistin nach Möglichkeit zu verbreiten.***

Für das Weihnachtsfest 1912 wird es kein passenderes Geschenk geben als dieses neue Suttnerbuch.

Möge es starke Verbreitung finden.

Der Verlag der „Friedens-Warte".

Berlin, Wien, Leipzig.

Man bestellt bei jeder Buchhandlung.

Preis 4 Mk. = 4.80 Kr. brosch., 5 Mk. = 6 Kr. eleg. Lwdbd.

Aus der Zeit.

Vor zwanzig Jahren. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In diesen Novembertagen, wo die düsteren Ereignisse des tripolitanischen Krieges das Herz aller Freunde des Fortschritts auf das grausamste bedrückten, hätten wir ein freudiges Jubiläum feiern können. 20 Jahre waren es her, daß auf dem Kapitol zu Rom der III. Weltfriedenskongreß eröffnet wurde. Jener Friedenskongreß, der in Europa das meiste Aufsehen erregte, und der den meisten Einfluß nahm auf den Aufschwung der modernen Friedensbewegung.

Am 11. November 1891 war der Kongreß unter dem Vorsitz Ruggero Bonghis, des hervorragenden italienischen Politikers, zusammengetreten. Die Veranstaltung war eine der glänzendsten. Delegierte aus allen Ländern waren erschienen, und zum erstenmal nahmen auch Deutsche am Friedenskongreß teil. D. Richter und Frau Fischer-Lette sind in der Liste genannt. Bertha von Suttner, die im Jahr vorher ihren Roman „Die Waffen nieder!" veröffentlicht und eben die österreichische Friedens-Gesellschaft gegründet hatte, war zum erstenmal auf einem Friedenskongreß erschienen. Als erste Frau sprach sie am Kapitol.

Unter den Beschlüssen, unter denen sich auch einer befand, der den damals noch als Utopie aufgefaßten Wunsch nach einem Schiedstribunal ausdrückte, ist jener besonders hervorzuheben, der sich mit der Gründung des Berner Internationalen Friedensbureaus befaßte. Der römische Kongreß hat damit der Friedensbewegung jene Organisation gegeben, die ihre Entwicklung förderte und ihren Zusammenhang stärkte.

„Der Widerhall, den Kongreß und Konferenz*) diesmal in der Oeffentlichkeit gefunden, hätte lauter kaum gewünscht werden können." So schrieb Bertha v. Suttner in der ersten Nummer der Revue „Die Waffen nieder!" In der Tat schien Kaiser Franz Josef auf die Stimmungen Bezug zu nehmen, als er im Dezember 1891 in der Thronrede zur Eröffnung der Delegationen sagte: „Das Friedensbedürfnis findet sich allgemein. Möge es mir noch vergönnt sein, meinem Volke die frohe Kunde zu geben, daß die Sorgen und Lasten des bedrohten Friedens ihr Ende erreicht haben."

Am fruchtbarsten wirkte die Arbeit des Kongresses auf die nationalen Friedensgesellschaften in den einzelnen Ländern ein. Namentlich in Deutschland bewirkte jener Kongreß in Rom den Anfang der pazifistischen Bewegung, die bis dahin in einer nur schwachen Betätigung des von Franz Wirth begründeten Frankfurter Friedensvereins und der von Max Hirsch begründeten deutschen Interparlamentarischen Gruppe ihre Vertretung fand. Am

*) Unmittelbar vor dem Friedenskongreß fand in Rom die III. Interparlamentarische Konferenz statt.

1. November las ich von der geplanten Abhaltung des Kongresses und der bevorstehenden Abreise der Baronin Suttner zu jener Tagung. Damit hörte ich zum erstenmal von dem Vorhandensein einer Friedensbewegung. Sofort setzte ich mich hin, richtete an Baronin Suttner ein Zustimmungsschreiben und machte ihr den Vorschlag, mit mir eine Zeitschrift für die Friedensbewegung herauszugeben. Der Vorschlag wurde beifällig aufgenommen, und im Januar 1892 erschien das erste Heft der Revue „Die Waffen nieder!", die im selben Jahre noch zur Gründung der Deutschen Friedensgesellschaft führte.

20 Jahre sind es her. — Möge auch für den Augenblick der Horizont verdüstert sein, wir haben keinen Anlaß, über die Fortschritte, die in diesen zwei Jahrzehnten gemacht wurden, zu klagen. Wie ganz anders sieht doch die Welt von 1911 gegenüber jener von 1891 aus. Das Friedenshaus ist noch nicht unter Dach. Aber mächtig heben sich seine Geschosse in die Lüfte, dort, wo vor 20 Jahren noch ein öder Bauplatz sich erhob. Es ist viel erzielt worden. Nicht alles; das ist wahr. Und deshalb — laßt uns weiterbauen. A. H. F.

Deutschland und die Schiedsgerichtsbarkeit. :: :: :: ::

In einem Artikel, den Professor J. v. Martitz unter dem Titel „Die neuesten Vorgänge in der Bewegung für internationale allgemeine Schiedsabkommen" im Novemberheft der „Internationalen Monatsschrift" veröffentlicht, finden wir die interessante Mitteilung, daß die Deutsche Reichsregierung nunmehr bestrebt ist, „mit der Institution der völkerrechtlichen Schiedsgerichtsbarkeit Ernst zu machen". Diese Mitteilung ist um so erfreulicher, als man anzunehmen berechtigt ist, daß Prof. v. Martitz der Regierung sehr nahesteht und deren Absichten kennt. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung in Zukunft, namentlich auf der dritten Haager Konferenz, zur Schiedsgerichtsbarkeit eine andere Stellung einnehmen wird, als dies auf den früheren Konferenzen der Fall war. Schon aus der Zuhammensetzung der Studienkommission zur Vorbereitung der III. Konferenz wird man den Willen und die Absicht der Deutschen Regierung erkennen. Diese Wandlung ist ein Ergebnis der pazifistischen Arbeit, eine Folge der unentwegten Kritik, die wir Pazifisten an der früheren Haltung der Regierung geübt haben.

Aber Prof. v. Martitz scheint hier ein wenig Ursache und Wirkung, Zukunft und Vergangenheit zu verwechseln. Denn der bloße Hinweis auf das Streben der Reichsregierung, das noch durch Taten erkennbar zu machen ist, gibt ihm Veranlassung, die pazifistische Kritik, die sich ja auf das frühere Verhalten der Regierung bezog, mit einer unangenehm berührenden Schärfe zurückzuweisen. So schreibt er am Schlusse des erwähnten Aufsatzes folgendes:

„. . . die häufig gehörte, leider auch in Deutschland von pazifistischer Seite propagierte Unterstellung, daß die Reichsregierung prinzipiell dem internationalen Schiedswesen abgeneigt sei, beruht auf Unkenntnis, Vorurteil und Befangenheit. Die Tatsachen widerlegen sie. Wenn jene Angriffe sich darauf berufen, daß wir bis jetzt nur ein allgemeines Schiedsabkommen, das englische, aufzuweisen haben — an dem wir, wie gezeigt, zunächst noch wenig Freude empfinden —, so mag hingewiesen werden auf die zahlreichen kompromissarischen Klauseln, die unseren Handelsverträgen einverleibt sind; auf unser Eintreten für die Verwandlung des Haager Schiedshofes in einen ständigen internationalen Gerichtshof, vor allem auf unser eigenstes Werk, den internationalen Prisenhof und alles das große, was sich daran geschlossen hat."

„Auf Unkenntnis, Vorurteil und Befangenheit", das ist doch ein bißchen stark! Beruhte es etwa auf unserer Unkenntnis, unserem Vorurteil und unserer Befangenheit, wenn die Reichsregierung zu Führern ihrer Vertretung auf beiden Haager Konferenzen Männer gewählt hat, die, wie Münster und Marschall, die Schiedsgerichtsbarkeit verächtlich machten und ihre Fortentwicklung hemmten. Der eine durch seine Liebe (v. Marschall), der andere durch seinen Haß (Münster). Ist es Unkenntnis der Tatsachen, wenn wir nachwiesen, daß Deutschland allein in Verbindung mit den Balkanstaaten den von den andern 39 Haager Vertragsstaaten, allen übrigen der Staaten der Welt also, gewollten allgemeinen und ständigen Schiedsvertrag vereitelte, wenn es schließlich neben den 33 ständigen Schiedsverträgen, die die Vereinigten Staaten geschlossen haben, neben den 14 Großbritanniens und Frankreichs, mit San Domingo, Haiti, Kuba, Panama, Persien und Venezuela in einer Reihe stehend, nur je einen Schiedsvertrag abgeschlossen hat?

Ich glaube, es wäre angezeigter gewesen, statt sich hier mit einer fasch angebrachten Entrüstung über die Tatsachen hinwegzusetzen, das Verdienst der Pazifisten für die Wandlungen in der Auffassung der Regierung zugunsten der Schiedsgerichtsbarkeit hervorzuheben. Ihrer Kritik allein und ihrer unaufhörlichen und überzeugenden Ermahnung, sich nicht zu starr von den Wegen der übrigen Kulturwelt fernzuhalten, ist es ja schließlich zu danken, daß eine Aussicht auf Besserung sich zeigt. Ich sage: eine Aussicht, denn die „Tatsachen", mit denen v. Martitz uns widerlegen will, sind mit dem besten Willen noch nicht als positive Beweise einer schiedsgerichtsfreundlichen Politik anzusehen. A. H. F.

Der Fall des Schiffes Oldhamia. :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Obwohl der russisch-japanische Krieg schon lange beendet ist, schweben noch verschiedene Reklamationen, und es treten bei einigen derselben der diplomatischen Erledigung ebenso große Schwierigkeiten entgegen, wie bei den deutschen Schadenersatzansprüchen aus dem Burenkriege. Zu den interessantesten Fällen dieser Art gehört der Oldhamiakonflikt zwischen der Manchester Reederei Sivewright, Bacon and Company einer-

seits und der russischen Regierung andererseits.

Nach der Konterbandeerklärung der russischen Regierung sollte im russisch-japanischen Kriege Naphtha als relative Kriegskonterbande gelten. Nach der ausdrücklichen, von seiten des russischen Ministeriums des Aeußeren dem englischen Botschafter abgegebenen Erklärung sollte hierunter nur Feuerungsmaterial für die Kriegsschiffe und Unterseeboote, nicht aber auch das zu Beleuchtungszwecken dienende Petroleum verstanden werden. Am 5. Mai 1905 wurde nun die unter britischer Flagge segelnde Oldhamia, die 149 462 Kisten Leuchtpetroleum an Bord hatte, wegen Konterbandetransportes weggenommen. Die an Bord gegangene russische Prisenmannschaft fuhr so nachlässig, daß das Schiff auf eine Sandbank stieß. Darauf steckte der russische Offizier das Schiff in Brand und verließ die Brandstelle erst nach einem Monat. Die englische Reederei machte vor den russischen Prisengerichten geltend: 1. Es könne ganz dahingestellt bleiben, ob die Wegnahme des Schiffes gerechtfertigt gewesen wäre, auf jeden Fall müsse Entschädigung gezahlt werden, weil die Zerstörung unerlaubt gewesen sei; die Zerstörung neutraler Prisen dürfe nur stattfinden, wenn durch die Beförderung des Schiffes in einen Hafen das Kriegsschiff einer Gefahr ausgesetzt oder der Erfolg der militärischen Operationen beeinträchtigt würde; davon könne keine Rede sein, denn das Kriegsschiff habe sich noch einen Monat an der Brandstelle aufgehalten. 2. Wie durch Sachverständigengutachten festgestellt werden könnte (und auch tatsächlich festgestellt wurde), habe das Petroleum nicht als Feuerungsmaterial benutzt werden können, so daß also ein Transport von Konterbande nicht vorgelegen hätte. 3. Selbst dann, wenn das Schiff Naphtha transportiert hätte, sei eine Beschlagnahme ungerechtfertigt, weil das Petroleum nicht für die japanische Regierung, sondern einer Privatperson bestimmt gewesen sei. Trotzdem wurde der Anspruch der Reederei zurückgewiesen. Die englische Regierung hat auch die russische Regierung nicht veranlassen können, die Frage dem Haager Schiedshofe zu überweisen, und hat Anfang November der Reederei mitgeteilt, daß eine weitere Verfolgung der Angelegenheit keinen Wert habe.

Ganz gewiß ist die russische Regierung, wenn die Tatsachen so liegen, wie oben dargestellt, zum Schadenersatz verpflichtet. Uebrigens hätte ja auch die englische Regierung, wenn sie diesen Standpunkt nicht teilte, die Verfolgung der Ansprüche niemals übernommen. Es ist also höchst bedauernswert, daß dieser Streit dem Schiedsverfahren entzogen wird. Zwischen Rußland und England besteht kein Schiedsvertrag. Wäre ein solcher vorhanden, so hätte die Sache wohl einen anderen Ausgang genommen.

Das Studieren Deutschlands an der Oxforder Universität.

An der Universität Oxford ist es Brauch, daß für die Sommerkurse immer ein bestimmter Gegenstand gewählt wird, der dann von den verschiedenen Vortragenden von verschiedenen Seiten beleuchtet wird. Darüber berichtet Professor Karl Breul von der Universität Cambridge im Montagsblatt der „Magdeburgischen Zeitung“ (Nr. 34, 1911) folgendes:

„Bekannte Forscher und begabte Redner, von denen nur die wenigsten zu den eigentlichen Professoren der Universität gehören, halten eine große Anzahl von Vorlesungen, die sich meist, obschon nicht ausschließlich, auf einen bestimmten, wichtigen, durch die Vorträge allmählich nach allen Seiten zu beleuchtenden Gegenstand beziehen. In einem Jahre ist es etwa „das Zeitalter der Königin Elisabeth“, ein andermal „das neunzehnte Jahrhundert“, vor einigen Jahren war es in Cambridge sogar „das alte Griechenland“. Diesmal aber hat Oxford „Deutschland“ gewählt, das Land, welches in seiner geschichtlichen Entwicklung und nach den jetzt dort herrschenden politischen, gesellschaftlichen und geistigen Verhältnissen und Anschauungen richtig zu verstehen, als eine der dringendsten Aufgaben für die Engländer des zwanzigsten Jahrhunderts in immer weiteren Kreisen erkannt wird. Aus diesem Grunde hat Oxfort als eine der führenden Hochschulen des Landes mit richtigem Blick dieses Jahr das eingehende Studium Deutschlands, besonders des modernen Deutschlands, den zahlreichen Teilnehmern seiner Kurse vorgeschrieben, und im Hinblick auf das in dieser Woche an den Ufern der Isis Geleistete kann ich den lebhaften Wunsch nicht unterdrücken, daß dieses Beispiel in Deutschland Beachtung und Nachahmung finden möge. Würde es nicht möglich sein, daß eine der größeren deutschen Universitäten, oder eine weitblickende Unterrichtsverwaltung, oder auch das neugebildete „Deutsch-Englische Verständigungs-Komitee“ demnächst einmal, etwa im September, an einer deutschen Hochschule einen entsprechend großzügig angelegten Kursus über Großbritannien und Irland veranstaltete, bei dem durch die Vorträge besonders für diesen Zweck geeignete Redner aus Deutschland und England zahlreichen deutschen Männern und Frauen eine Anregung und Belehrung geboten würde, wie sie bisher noch nirgends in Deutschland erhältlich war und nach Lage der Dinge auch nicht erhältlich sein konnte? Wenn einmal der rechte Wille vorhanden ist, zu einem gründlicheren Verständnis des Vetternvolkes jenseits der Nordsee vorzudringen, als es der Durchschnittsdeutsche heute besitzt,

so werden sich die Mittel zur Verwirklichung dieses Gedankens unschwer finden lassen. An den nötigen Männern zum Halten der erforderlichen Vorträge und sachkundigem Beantworten der in Erörterungen aufgeworfenen Fragen würde es gewiß nicht fehlen."

Wir möchten nicht versäumen, diese Anregung eines in England wirkenden deutschen Gelehrten, der schon viel für die Annäherung beider Völker getan hat, auf das dringlichste zur Ausführung zu empfehlen.

☞

Die Schiedsgerichtsklausel im Marokkovertrag. :: :: ::

Der Wortlaut dieser Klausel, der die Streitfälle, die sich aus dem deutsch-französischen Abkommen vom 4. November ergeben, dem Haager Schiedshof zuweist, ist nach den Mitteilungen des diplomatischen Notenwechsels folgender:

„Um aber dem neuen Marokkoabkommen den Charakter eines Staatsaktes zu verleihen, der bestimmt ist, nicht nur alle Streitpunkte zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen, sondern auch die beiderseitigen guten Beziehungen zu fördern, sind beide Mächte übereingekommen, alle Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den vertragschließenden Parteien über Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Abkommens vom 4. November 1911 ergeben könnten und sich nicht auf diplomatischem Wege regeln lassen, einem Schiedsgericht zu unterbreiten, das nach Maßgabe der Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 zu bilden ist. Es wird in jedem Falle ein Schiedsabkommen aufgesetzt und im übrigen nach den Bestimmungen der genannten Konvention verfahren werden, sofern nicht im einzelnen Streitfalle durch eine besondere Vereinbarung hiervon abgesehen wird."

☞

„Was lehrt uns die Marokkoaffaire?" :: :: :: :: :: ::

Unter diesem Titel veröffentlicht Prof. Walter Schücking in Rades „Christliche Welt" (Nr. 45) einen prachtvollen Artikel, dessen Lektüre wir jedem Pazifisten aufs dringlichste empfehlen können. Hier ein Absatz aus jenem Artikel:

„Vermehren wir abermals unsere Rüstungen, ohne bei der nächsten besten Gelegenheit auch loszuschlagen, so vermehren wir nur die internationalen Reibungsflächen und ketten unsere Gegner nur um so enger zusammen. Denn so paradox es klingt, unsere Stellung in der internationalen Welt ist schon heute so schlecht, weil wir so stark sind. Selbst Friedrich Dernburg, meines Wissens ein Anhänger der nationalliberalen Partei, die doch niemals Forderungen für Heer und Flotte ablehnte, hat jüngst über unsere Beziehungen zu England das treffende Wort geprägt. Man glaubt nicht, daß wir so friedlich sind, weil wir so stark sind. Das ganze Problem läßt sich überhaupt nur historisch begreifen. Die Geschichte des deutschen Volkes ist eine Leidensgeschichte gewesen seit mehr als sechshundert Jahren, wie Bismarck so treffend bei der Eröffnung des norddeutschen Reichstags gesagt hat. Und die Schwäche der innerpolitischen Struktur Deutschlands ist von unseren Nachbarn weidlich ausgebeutet worden. Jahrhunderte lang ist immer wieder der deutsche Boden getränkt worden von deutschem Blute durch fremdländische Eroberer. Wie Bismarck einmal anläßlich des letzten deutsch-französischen Krieges gesagt hat: es gibt in Deutschland Familien, wo seit Jahrhunderten jede Generation die Flinte auf den Rücken genommen hat, um das Vaterland gegen Frankreich zu verteidigen. Aber auch England erntet, was es früher gesäet hat, wenn es glaubt, es werde durch uns gezwungen, immer wieder seine Rüstungen zur See zu verstärken, um sein historisches Uebergewicht der Flotte zu behaupten. Ich erinnere daran, daß noch im Zeitalter des deutschen Bundes Lord Palmerston zu sagen gewagt hat, England werde die deutsche Flagge nicht anerkennen; ich erinnere an die Intrigen Englands in der schleswig-holsteinischen Frage, um zu verhindern, daß wir den für eine Marine so trefflich geeigneten Kieler Hafen bekämen, ich erinnere endlich, daß, als das junge Reich unter die Kolonialmächte ging und in völkerrechtlich völlig unanfechtbarer Weise herrenloses Gebiet in Afrika okkupierte, in England an maßgebender Stelle das berüchtigte Wort „Hände weg von Afrika" gefallen ist. Und aus solchem Zeitalter von Jahrhunderten der schlimmsten Demütigungen und Schädigungen hat uns der preußische Militärstaat emporgeführt. Kein Wunder, daß die Parole des deutschen Patrioten von heute die ist: „Rüsten, Rüsten und wieder Rüsten" und daß das Rüstungsfieber ebenso groß ist wie bei der überwiegenden Mehrzahl der Deutschen der ehrliche Wille zum Frieden, mit dem uns Wilhelm II. ein leuchtendes Vorbild ist.

Aber im Auslande versteht man diese Gedankengänge des Deutschen nicht. Man hat die eigenen Sünden zu schnell vergessen und man glaubt, wenn die Rüstungen immer stärker würden, dann stecke auch die geheime Absicht dahinter, eines Tages über den Rivalen herzufallen. Man weiß nicht, daß man durch innere Kolonisation in Deutschland selbst noch zwanzig Millionen Menschen unterbringen könnte und daß wir überhaupt infolge unserer glänzenden wirtschaftlichen Entwicklung nicht zu viel, sondern zu wenig Hände im Lande haben, so daß noch für Hunderttausende von Ausländern Arbeit ist. So aber ist namentlich England von einem tiefen Mißtrauen gegen kriegerische Absichten Deutschlands erfüllt, und das, nehmen wir zur Ehre der englischen Staatsmänner von heute an, ist der einzige Grund, weshalb das britische

Weltreich uns nicht einmal ein bescheidenes Stück von Südmarokko gönnt, ohne daß freilich ihre Tonart damit gerechtfertigt wäre. Man fürchtet, daß wir dadurch eine militärische Position im Mittelmeer erhielten, die wir angriffsweise gegen England ausnützen könnten. Auch der berühmte Jurist Kohler, dem man bei seinen zahlreichen internationalen Beziehungen wohl ein maßgebendes Urteil zugestehen wird, hat sich nach seinen eigenen Worten von dem Argwohn überzeugt, unter dem wir bei den anderen Völkern leiden, als ob unsere Friedensliebe nicht ernsthaft wäre und wir es nur darauf anlegten, andere Nationen mit überlegener Militärmacht anzugreifen und zu überwinden. Das Oderint dum metuant sei ein falscher Grundsatz der Politik; mit dieser Lebensregel habe man Mißtrauen und jene eigenartige Nervosität gegen Deutschland erweckt, die er selbst in England und die Professor Manes sogar in den australischen Kolonien habe beobachten können."

☞

Die Vorkehrungen zur dritten Haager Konferenz. :: ::

Allmählich beginnen die Regierungen jene Kommissionen einzusetzen, die nach dem Wunsche der zweiten Haager Konferenz das Arbeitsmaterial für die dritte Konferenz sichten und deren Programm vorbereiten sollen.

Die Vereinigten Staaten und Frankreich haben bereits vor längerer Zeit jene Kommissionen ernannt. Nunmehr sind Schweden und die Niederlande gefolgt. Der niederländischen Kommission gehören an: der ehemalige Minister des Aeußeren W. H. de Beaufort, der Staatsminister C. W. T. Asser, der ehemalige Kriegsminister Jhr. den Beer Portugael, der ehemalige Marineminister Jhr. J. A. Roell, der ehemalige Justizminister J. A. Loweff, Professor Jhr. Dr. M. J. M. van Eysinga, Baron van Heeckeren. Letzterer als Sekretär, Fräulein J. Lycklama à Nyeholt als Hilfssekretärin.

☞

Rüstungsinteressenten. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

Eine Ergänzung zu dem in der vorigen Nummer enthaltenen Artikel „Rüstungs-Kartelle" bildet nachstehende Notiz, die wir dem „Arbitrator" vom November entnehmen: „Nach einer Mitteilung der „Times" vom 21. Oktober hat die Schiffbaufirma Vickers, Maxim & Comp. in London für die Errichtung eines Docks, in dem die größten Kriegsschiffe von 25 000 t erbaut werden können, soeben 20 Millionen Mark verausgabt. Das wird sicherlich ein sehr gutes Geschäft für die unternehmende Firma, aber ein sehr schlechtes für das Volk von Kanada sein. Vickers, Maxim & Comp. eilen der Nachfrage voraus, so daß, wenn diese kommt, sie fertig sind, um sie zu befriedigen. Und sicherlich werden sie als eine tüchtige Geschäftsfirma auch Sorge dafür tragen, daß diese Nachfrage nicht lange auf sich wird warten lassen. Wenn einmal Millionen investiert sind und nach Dividenden schreien, wird keine Mühe gescheut werden, um dieses Erfordernis zu befriedigen. Die Finanzwelt zieht nur zu oft an den Saiten der Politik, die durch dieses Verfahren immer korrupter wird. Die kanadische Flotte der Zukunft wird der Aufgabe dienen, für Kanada Wirren und für die Herren Vickers, Maxim & Comp. Profite zu erzeugen. Wie es scheint, will die neue Welt keine Lehren aus dem Unglück der alten ziehen. Der Wahnsinn setzt sich fort von Kontinent zu Kontinent. Um die Profite der Schiffebauer und Kanonenfabrikanten zu schützen, müßt ihr euch für den Krieg vorbereiten."

☞

„Es nützt ja doch alles nichts." :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Für die Kleinmütigen, die oft unsere Arbeit hindern, ist da im „Freien Wort" (Nr. 16) ein prachtvoller Artikel erschienen, dem wir weiteste Verbreitung wünschen. Der Verfasser wendet sich gegen jene, die untätig ihre Hände in den Schoß werfen und da glauben, daß es gegen das Weh der Menschheit gar kein Hilfsmittel gibt, die sich mit der Phrase „Es nützt ja doch alles nichts" absolvieren. Es wird zunächst darauf hingewiesen, wie einzelne Taten, so das Buch der Beecher Stowe und Zolas J'accuse eine Umwandlung der bestehenden Zustände herbeigeführt haben, wie verfehlt es gewesen wäre, wenn die mutige Amerikanerin sich gesagt hätte, „es nützt ja doch alles nichts, die Sklavenhalter sind zu mächtig", wenn Zola vor der übergroßen Macht der jesuitischen Generale und Kriegsminister zurückgeschreckt wäre. Die Sklaverei würde in Amerika vielleicht heute noch bestehen und Dreyfus säße sicher noch auf der Teufelsinsel.

„Es ist wahr," so heißt es dann, „nicht jeder kann durch seine Arbeit solche weltbewegende Konsequenzen verursachen, wie derartige Persönlichkeiten; aber dafür kann jeder auch das Bewußtsein haben, daß solche Persönlichkeiten mit allen ihren Leistungen nicht bahnbrechend hätten wirken können, wenn der Boden nicht durch die Kleinarbeit der Tausende bereits gelockert gewesen wäre. Wem es nicht beschieden ist, selbst unsterbliche Taten zu vollbringen, der soll wenigstens den Boden bereiten helfen für den, „der da kommen wird". Darum gibt es nur eine wirkliche Sünde auf diesem Gebiete und das ist das Nichtstun mit der unsinnigen Motivierung: „Es nützt ja doch alles nichts'.

Vieles wäre gewonnen, wenn endlich richtiges Verständnis dafür allgemein verbreitet würde, wie der Erfolg jeder Reformarbeit nur von der Intensität und Häufigkeit unseres Eintretens für die gute Sache abhängt. Es ist ganz unmöglich, daß ein Fortschritt ausbleibt, wenn nur genug für ihn gewirkt wird. Man muß sich vor allem vollkommen klar darüber geworden sein, auf welche Weise Ueberzeugungen in der

Menschenwelt Wurzeln schlagen und die Gemüter beherrschen, ehe man erfolgreich an die Verbreitung von Ideen gehen kann. Jeder Geheimmittel-Verschleißer versteht ja mehr von dieser Psychologie wie die meisten, die „reformieren" wollen. Der größte Unsinn, der häufig genug wiederholt wird, hat mehr Chance, in die Gehirne der Millionen einzugehen, als die herrlichste Wahrheit, um deren Propaganda sich kein Mensch kümmert.

Sowie die fortschrittlichen Geister diesen Dingen die Aufmerksamkeit zuwenden, welche sie in höchstem Maße beanspruchen dürfen, wird die Aufklärung mit Riesenschritten kommen. Nichts darf als unbedeutend betrachtet werden, um die freie Weltanschauung zu fördern, denn alles, aber auch alles nützt. Die Kirchen verschmähen es nicht, Millionen auf Millionen von Traktätchen zu verteilen — und welch ein Inhalt ist darin zu finden! So sollten auch die freien Denker unermüdlich ihre Weltanschauung durch Flugschriften und Zeitschriften, durch Bücher und Broschüren, durch öffentliche Vorträge und Agitation von Person zu Person verbreiten. Der Erfolg wird nicht ausbleiben."

Diesen köstlichen Worten haben wir noch eine andere Aeußerung hinzuzufügen, die wir in dem Buche Josef Poppers (Lynkeus) finden, das vor kurzem hier eingehend besprochen wurde und das jedem fortschrittlich gesinnten Menschen, namentlich jedem Pazifisten, als moderne Hauspostille dringendst empfohlen werden kann. Es ist dies das Buch: „Das Individuum und die Bewertung menschlicher Existenzen"*). Der Verfasser spricht darin (auf S. 23) von der Wirksamkeit von Reformschriften, und sagt darüber: „Wenn eine solche Schrift erscheint, und auch noch eine Zeit nachher, glaubt wohl — ausgenommen der Autor — jeder, daß mit ihr und auch mit noch so vielen Schriften solcher Art niemals eine Umformung der sozialen Institutionen, selbst nur geringer Art, bewirkt werden könne. Und selbst wenn man tagtägliche Beweise solcher Wirkungen aus früheren Zeiten kennt, bezweifelt man doch bei neuen Fällen von neuem den Wert einer solchen Schrift."

„Nüchterne Beobachtung und Analyse der Funktion von Reformschriften zeigt jedoch, daß kaum eine einzige verloren geht; jede trägt ihren Teil bei, die Gesinnungen zu beeinflussen und sei es anfangs auch nur im kleinsten, und später auch in einem größeren Kreise. Alle diese Schriften zusammen bewirken in den Gemütern der Menschen allmähliche Umwandlungen und die Resultate dieser Umwandlungen werden zu irgendeiner Zeit ein sehr robustes Etwas, ein Etwas, das mitunter die ganze Physiognomie der Gesellschaft zu verändern vermag."

*) Siehe „Friedens-Warte" 1911, S. 307.

Das sind goldene Ermahnungen, die allen Kämpfern für eine gute Sache zum Trost, den Zweifelnden aber zum Ansporn dienen werden.

Die „Einfaltspinsel". :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Wir haben in unserer vorigen Nummer unter dem Artikel „Kommerskultur" eine Mitteilung der Freiburger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft zum Abdruck gebracht, aus der hervorgeht, daß der Rektor der Freiburger Universität, Geheimrat Fabricius, sich zu den Vorstandsmitgliedern der Freiburger Ortsgruppe geäußert habe, daß er in seiner Rektoratsrede die Friedensgesellschaften nicht in den Kreis seiner Betrachtungen gezogen habe, daß er die Bemühungen der Friedensfreunde hochschätze und das Auditorium maximum für einen Vortrag eines Akademikers über die Friedensbewegung gern zur Verfügung stelle.

Daraufhin veröffentlichte Geheimrat Fabricius im „Freiburger Tageblatt" folgende Erklärung:

„Die Erklärung, welche die Ortsgruppe Freiburg der Deutschen Friedensgesellschaft in den Sonntagsausgaben hiesiger Zeitungen hat erscheinen lassen, kann den Eindruck erwecken, als ob sie mit meinem Einverständnis erlassen worden sei. Das nötigt mich zu der Feststellung, daß ich eine ähnliche Kundgebung, die mir im Entwurf von einem Vertreter der Ortsgruppe vorgelegt worden ist, entschieden abgelehnt und gegen Form und Inhalt der trotzdem veröffentlichten, mir nicht rechtzeitig mitgeteilten Erklärung sofort Einsprache erhoben habe.

Da die Fassung der Veröffentlichung zur Hervorrufung von Mißverständnissen in hohem Grade geeignet ist, halte ich es für geboten, folgendes zu erklären:

Ich halte die Meinung, daß wir bei unseren gegenwärtigen Kulturzuständen mit der Möglichkeit großer Kriege nicht mehr ernsthaft zu rechnen hätten, für eine vollständige und überaus gefahrvolle Illusion. Darin erblicke ich die Torheit, die ich mit kräftigem Ausdruck zu geißeln suchte. Vernünftigen Bestrebungen, die auf die Erhaltung des Friedens gerichtet sind, stehe ich selbstverständlich sympathisch gegenüber. Dies ist es, was ich den Vertretern der Friedensgesellschaft erklärt habe. Im übrigen verstand es sich von selbst, daß ich ihre Wünsche in bezug auf die Veranstaltung eines Vortrags durch einen Universitätslehrer nicht anders als mit dem üblichen Entgegenkommen aufzunehmen hatte.

Dagegen muß ich auf das nachdrücklichste betonen, daß ich von den Gedanken und Worten meiner Kommersrede nicht das geringste zurückgenommen habe, sondern an ihnen in vollstem Umfange und mit unbedingter Entschiedenheit festhalten.

Daß der Herr Geheimrat von „den Gedanken und Worten seiner Kommersrede" nicht das geringste zurücknehmen will, ist im hohen Grade bedauerlich. Er behauptete zwar in seiner Korrespondenz mit der Freiburger Ortsgruppe, daß er von den Bestrebungen der Friedensgesellschaft überhaupt nicht gesprochen habe. Die Bestrebungen der deutschen Friedensgesellschaft seien ihm im einzelnen gar nicht bekannt. (!) Wen mag der Herr Geheimrat aber nur mit jenen „Einfaltspinseln" gemeint haben, „die durch ihre Gefühlsduselei das Volk wehrlos machen wollten?" Das ist ja gerade jene volkstümliche Auffassung über den Pazifismus, die wir an einer Universität zu begegnen heute zum mindesten als befremdend bezeichnen müssen.

Welche „vernünftigen Friedensbestrebungen" mögen es wohl sein, denen der Rektor der Freiburger Universität „sympathisch gegenübersteht?" Es scheinen uns diese nach einem Satze, den wir in seinem Schreiben an die Freiburger Ortsgruppe vom 11. November lesen, ganz eigentümliche Bestrebungen zu sein, heißt es doch darin: „Dagegen habe ich ganz ausdrücklich gesagt, daß ich die Unterlassung eines notwendigen Krieges für ein größeres nationales Unglück ansehe, als einen ehrenvollen Kampf."

Der Herr Rektor wird es uns nicht übelnehmen, wenn wir ihm erklären, daß wir eine derartige Auffassung des Friedensproblems nicht nur als ein nationales Unglück, sondern als eine nationale Gefahr ansehen, in keinem Falle als ein „vernünftiges" Bestreben. Möge das deutsche Volk davor bewahrt bleiben, daß jene Friedensbestrebungen, die dem Herrn Rektor der Freiburger Universität sympathisch sind, einmal zur Macht kommen. Dem Herrn Rektor möchten wir aber empfehlen, sich über die Grundlagen des Pazifismus im allgemeinen, über die Bestrebungen der Deutschen Friedensgesellschaft im besonderen ein wenig zu orientieren, ehe er wieder einmal die größte Bewegung unserer Zeit verunglimpft.

☞

Die Friedensadresse der englischen Arbeiterpartei an die deutsche Sozialdemokratie.

London, Unterhaus,
7. Dezember 1911.

Die Mitglieder der Labour Party (Arbeiterpartei) übermitteln ihren Kameraden im Deutschen Reichstag brüderliche Grüße.

Das gegenwärtige unglückliche Verhältnis, die Entfremdung zwischen unseren zwei Ländern, ist nicht die Schuld des werktätigen Volkes dieser Länder, sondern politischer und wirtschaftlicher Interessen, welche denen des Volkes entgegengesetzt und die nur so lange mächtig sind, als sie im Dunkeln wirken können, wie jetzt.

Um so mehr ist es notwendig, daß diejenigen, welche diese Ueberzeugung des Volkes und das Gemeinwohl vertreten, in nicht mißzuverstehender Weise ihre internationale Solidarität und ihren guten Willen demonstrieren; und wir ersuchen euch, den Volksmassen, die ihr in Deutschland vertretet, die Versicherungen der Freundschaft derjenigen zu übermitteln, die wir in Großbritannien repräsentieren, und zu glauben, daß es der Wunsch unseres Landes ist — ebenso wie wir sicher sind, daß es der des eurigen ist — daß wir im Frieden miteinander bleiben und daß alle unsere Differenzen, politische und wirtschaftliche, beigelegt werden sollen durch die vernünftigen Mittel schiedlicher Verhandlung und nicht durch die barbarischen Mittel des Krieges. Ramsay Mac Donald, Vorsitzender. — J. Keir Hardie. — Arthur Henderson. — J. W. Goldstone. — Philipp Snowden. — George Lansbury. — J. E. Sutton. — J. R. Clynes. — Charles Duncan. — H. Jowett. — Wm. Adamson. — Albert Smith. — Walter Hudson. — W. J. Wilson. — J. Pointer. — John Hodge. — E. Edwards. — Th. Richardson. — James Parker. — Geo. J. Bardle. — A. H. Hill. — Stephen Walsh. — W. Abraham. — John Wadsworth. — M. Geo. Hancock. — Wm. Johnson. — M. E. Harvey. — Geo. N. Barnes. — C. W. Bowerman. — Albert Stanley. — J. Hall. — Jas. Haslem. — William Brace. — Geo. H. Roberts. — J. W. Tailor. — Th. Os. Richards. — Will Thorne. — Alex Wilkie. — J. W. Thomas. — J. Williams.

☞

Freundschaftskundgebungen der englischen reisenden Kaufleute.

Herr Ludwig Ullmann, Mitglied des Verbandes reisender Kaufleute Deutschlands und Ehren-Vizepräsident des englischen Verbandes reisender Kaufleute, sendet uns ein Schreiben zu, das er von der United Kingdom Commercial Traveller's Association aus London, 4. d. M., erhalten hat. Wir setzen das Schreiben im Wortlaut und ohne Stiländerung hierher:

„Sehr geehrter Herr und Kollege! Wenn wir im allgemeinen uns von jeder Politik fern halten, so ist es doch nötig bei besonderen Ereignissen, vom höheren Standpunkt aus betrachtet, dort einzugreifen, wo die Völker, veranlaßt durch Wirtschaftsfragen, in Wort und Schrift sich bekämpfen und so Entfremdung und Verstimmung in Deutschland und Großbritannien Platz greifen können. Unser verstorbener Präsident Mr. A. P. Allen hatte schon einmal bei Gelegenheit der Börsenversammlung zugunsten freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Deutschland Sie gebeten, unsere freundschaftlichen Gefühle am 17. Dezember 1905 durch ein Telegramm auszudrücken, welches wie ein Widerhall in Deutschland und zurück nach England ertönte. Abermals schweben dunkle Wolken am Horizont, und deshalb bitten wir Sie, als unser Ehren-Präsident der Dolmetscher unserer freundschaftlichen Gesinnung aus den

Kreisen, die ich die Ehre habe zu vertreten, zu sein, und unseren deutschen Freunden zu sagen, daß, soweit es in unserer Macht liegt, wir alles aufbieten werden, um mit Deutschland nicht nur in Frieden, sondern auch in wahrer Freundschaft zu leben. Als unsere Delegierten in Berlin und Leipzig waren, fanden sie allseitig solche großartige Aufnahme und entgegengebrachte Freundschaft, die in uns stets als bleibende Erinnerung fortlebt. Auch die deutschen Freunde, die in diesem Jahre in Edinburg und London uns besuchten und unsere Einrichtungen kennen lernten, werden dieselbe Empfindung unserer Bruderschaft nach Deutschland mitgenommen haben. Hat doch der derzeitige Lord Mayor of London, Sir Thomas Vesey Strong, der auch unser Ehrenmitglied ist, so schöne Worte, die aus tiefstem Herzen kamen, den Delegierten mit auf den Weg gegeben. Der reisende Kaufmann soll nicht nur der Pionier des Handels, sondern er soll auch der Apostel des Friedens sein. Wir wünschen inbrünstig die Fortsetzung der freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und uns, und wollen uns bemühen, diese Freundschaft nicht nur zu behaupten, sondern zu vergrößern. Das Glück Englands und Deutschlands wird beiden Nationen zugute kommen. In diesem Sinne, geehrter Freund, wollen Sie diese Kundgebung für uns verwerten und Ihre ganze Kraft einsetzen, diese große Sache zu fördern. Genehmigen Sie die Versicherung, daß wir alles aufbieten, dasselbe hier zu tun.

Mit brüderlichem Gruß Ihr herzlicher
Fred Coysh,
Secretary of United Kingdom Commercial Traveller's Association."

Kleine Mitteilungen. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

In Paris wurde ein „Office central des Nationalités" errichtet, als deren Begründer und Leiter die Herren Jean Pellissier und Maxim Arnaud genannt werden. Das Office wird sich die Aufgabe stellen, für die in Paris lebenden Angehörigen verschiedenen Nationen ein soziales und wirtschaftliches Zentrum zu bilden und auch durchreisenden Fremden hilfreich zur Seite zu stehen. Es wird sich das Studium des Nationalitätenproblems in geschichtlicher, soziologischer, ethnographischer und wirtschaftlicher Beziehung angelegen sein lassen. — Im Verlage von Dr. Walther Rothschild in Berlin erscheint ein auf zwei starke Bände von ungefähr 60 Druckbogen berechnetes „Handbuch der Politik", in dem Geh. Rat Prof. Zorn über „die internationale Schiedsgerichtsbarkeit" und „die Idee des ewigen Friedens" schreiben wird. Wenn etwa mit der „Idee des ewigen Friedens" die moderne Friedensbewegung gemeint sein soll, so möchten wir doch noch rechtzeitig bitten, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Mit der „Idee des ewigen Friedens" hat die moderne Friedensbewegung nichts — aber rein nichts — gemein. Die „Idee des ewigen Friedens" ist ein Götzenbild, das sich die Gegner des Pazifismus geschnitzt haben, um diesen bequemer bekämpfen zu können. — „Der Vortrupp" betitelt sich eine neue Zeitung, die mit Januar 1912 unter der Leitung von D. R. Kraut in Hamburg herauskommen soll. Sie will „dem Deutschtum" dienen, erklärt jedoch, „jeden Chauvinismus von vornherein ausdrücklich und entschieden" ablehnen zu wollen. Sie will „Pangermanismus" treiben, aber dabei die deutsch-englische Verständigung „nie aus den Augen verlieren". Dr. Max Höltzel wird einer der Bearbeiter dieser Abteilung sein. — Magnus Schwantje in Berlin veröffentlicht vom Januar 1912 ab eine neue Revue, „Ethische Rundschau" betitelt, die alle ethischen Bestrebungen — auch die Friedensbewegung — fördern will. — Das Berner internationale Friedensbureau wird ab 15. Januar die seit 20 Jahren erscheinende Korrespondance bimensuelle in erweitertem Umfange und in deutscher, englischer und französischer Ausgabe herausgeben. — Die ungarische Friedensgesellschaft wird vom Januar ab eine in ungarischer Sprache geschriebene pazifistische Zeitschrift veröffentlichen. — J. F. Green, der Sekretär der „International Arbitration and Peace Association" feiert am 16. November den Tag seiner 25jährigen Dienstleistung als Sekretär jener Gesellschaft. Die englischen Freunde haben es sich nicht nehmen lassen, den verdienstvollen Friedensarbeiter am 28. November in Adelphis Hotel in London durch ein Bankett zu feiern, bei dem die Glückwünsche zahlreicher Pazifisten aus allen Ländern zur Verlesung kamen. — Unter dem Vorsitz von Lady Courtney of Pennwith spricht am 12. Dezember in der Bechstein Hall in London Anna B. Eckstein über die Schiedsgerichtsbarkeit zwischen England und den andern Staaten. — Präsident Eliot, der ehemalige Präsident der Harvard-Universität, hat auf seiner Reise nach Ostasien, über die wir in der vorigen Nummer berichteten, am 15. November Paris passiert. Die parlamentarische Schiedsgerichtsgruppe veranstaltete ihm zu Ehren unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Baron d'Estournelles de Constant, einen Empfang in den Räumen des Senats. — Der nächste Weltfriedenskongreß dürfte im Herbst dieses Jahres in Lissabon stattfinden. Von der Abhaltung des Kongresses in Rom hat das Berner Bureau Abstand genommen.

Aus der Bewegung.

Der Nobelpreis 1911. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :

Der Friedenspreis der Nobelstiftung ist in diesem Jahre zur einen Hälfte dem verdienten holländischen Völkerrechtsjuristen und Staats-

mann T. M. C. Asser, zur andern Hälfte dem Herausgeber dieser Blätter zugefallen.

Asser ist Staatsminister, Präsident der Sektion für auswärtige Angelegenheiten des niederländischen Staatsrats, Präsident der königlichen Prüfungskommission für Diplomatie und internationales Privatrecht, ehemaliger Professor an der juristischen Fakultät der Universität Amsterdam, Präsident des Institut de Droit international, Ehrendoktor der Universitäten Edinburg, Bologna und Cambridge, Mitglied der königl. niederländischen Akademie der Wissenschaften, Adjoint der königl. Akademie von Belgien, Mitglied der königl. rumänischen Akademie. Er ist Mitglied des Haager Hofes, war Delegierter der niederländischen Regierung auf beiden Haager Konferenzen und ist Mitglied des vorbereitenden niederländischen Komitees für die dritte Haager Konferenz.

Staatsminister Asser wurde am 28. April 1838 zu Amsterdam geboren, wo er auch die Universität besuchte, und wo er sich später als Advokat niederließ. Von 1860 an war er Professor an der Universität Amsterdam. Frühzeitig wandte er sich völkerrechtlichen Arbeiten zu und pflegte namentlich das Gebiet des internationalen Privatrechtes, auf dem er sich bald eine führende Stellung errang. Auf seine Veranlassung berief die niederländische Regierung im Jahre 1892 die europäischen Mächte zu einer Konferenz nach dem Haag, um die Kodifikation des internationalen Privatrechtes zu versuchen. Die erste und zweite dieser Konferenzen, die 1893 und 1894 im Haag zusammentraten und denen Asser präsidierte, waren von fast allen europäischen Staaten beschickt. Ihr Ergebnis war ein Vertrag über das internationale Zivilprozeßverfahren, der seit 25. Mai 1899 in Kraft ist. In den Jahren 1900 und 1904 folgten im Haag die dritte und vierte internationale Privatrechtskonferenz, die gleichfalls von Asser präsidiert wurden und deren Ergebnis der Abschluß sehr wichtiger Verträge über das internationale Familienrecht war. Diese Verträge regeln die Angelegenheiten der Eheschließung, der Scheidung, der Trennung von Tisch und Bett, der Vormundschaft für Minderjährige und andere Materien.

Auf den beiden Haager Friedenskonferenzen wirkte Asser vorwiegend in den mit den Kriegsrechtsfragen befaßten Kommissionen.

Der hervorragende Völkerrechtsjurist, der die Organisation der Welt in so hohem Maße gefördert hat, ist auch ein fruchtbarer Schriftsteller. Seine Schriften über das internationale Privatrecht und über das internationale Handelsrecht sind in zahlreiche Sprachen übersetzt und erschienen in wiederholten Auflagen. Er ist Mitbegründer und seit 1869 Redakteur der „Revue de Droit international". Das Nobelkomitee hat ein an Verdiensten reiches Leben gekrönt, das in seinem ganzen Laufe der Annäherung der Völker gewidmet war und hoffentlich noch lange gewidmet bleiben wird.

Der andere Laureat ist sich angesichts einer solchen Fülle von Taten der Bescheidenheit seines eigenen Wirkens wohl bewußt. Er betrachtet die hohe Auszeichnung, die ihm verliehen wurde, in erster Linie als eine Ehrung des Standes, dem er angehört; als eine Aneiferung für die dem Frieden dienenden Journalisten und Schriftsteller. Er fühlt sich auf das tiefste berührt durch den Umstand, daß er der Jüngste unter den Trägern der Nobelkrone ist und begreift die große Pflicht, die ihm damit auferlegt wurde: Mit verdoppelter Kraft für die heilige Sache zu wirken, ihr bis zum letzten Atemzug zu dienen; ohne Kompromiß und ohne Zaudern.

Treugebliebene Pazifisten in Italien. :: :: :: :: :: ::

Wir haben am Schlusse des über die italienischen Pazifisten handelnden Artikels in der letzten Nummer die Ueberzeugung ausgedrückt, daß es in Italien noch andere Pazifisten geben müsse, als jene, die in Italien unsere Grundsätze mit den Füssen treten, und es scheint, daß unsere Vermutung uns nicht getäuscht hat. Es mehren sich bereits die Stimmen der Ueberzeugten, die wahrscheinlich inmitten des allgemeinen Wahns, der das arme Land ergriffen hat, sich nicht sofort an die Oeffentlichkeit getraut haben dürften und denen auch ein Organ nicht sofort zur Verfügung gestanden haben mag, nachdem Moneta und Gubernatis die „Vita Internazionale" zu einem Armeeblatt gemacht hatten.

Da ist die tapfere Alma Dolens, die Gründerin und Präsidentin der „Arbeitergesellschaft für Schiedsgericht und Abrüstung", die bereits vor Ausbruch des Krieges gegen diesen protestierte und nachher ihre mutige Propaganda im pazifistischen Geiste weiter führt. Es liegt uns ein Bericht vor über eine Versammlung, die sie vor einer ungeheuren Volksmenge unter riesigem Andrang von Zuhörern am 25. November in Lodi abgehalten hat.

Auch unser alter Kampfgenosse Giretti hat uns nicht verlassen. Obwohl er sich in den letzten Jahren mehr der Freihandelsbewegung zugewandt hat, um seine pazifistische Ueberzeugung auf diesem Gebiete zu betätigen, fühlte er die Pflicht, jetzt in diesem kritischen Augenblicke in die Bresche einzuspringen. Es liegen uns zahlreiche Zeitungsartikel aus seiner Feder vor, in denen er unentwegt das tripolitanische Unternehmen Italiens verurteilt.

Unter den Treugebliebenen ist auch der ausgezeichnete Präsident der Friedensgesellschaft von Torre de Pellice, Emilio Eynard, zu nennen, wie Baccio Malattesta in Florenz.

Die Hoffnung ist also nicht unbegründet, daß sich der Pazifismus in Italien recht bald reorganisieren wird.

Dem Manifest Monetas, worin dieser die ausländischen Pazifisten beschwört, mit ihren Angriffen einzuhalten, da sie sonst die Errungenschaften, die der Pazifismus in einem halben Jahrhundert in Italien gemacht, zerstören würden, haben wir nur erschreckt die Frage gegenüberzustellen, wieso wir es sein sollen, die dieses Vernichtungswerk begangen haben. Wir? !

☞

Das Budget der Interparlamentarischen Union. :: :: weist an Einnahmen 80 525,59 Frcs. auf. Davon werden 46 680,59 Frcs. von 18 Staaten aufgebracht, 7500 Frcs. von drei interparlamentarischen Gruppen (Japan, Holland, Rußland). Die übrigen Einnahmen rühren aus Restzahlungen des internationalen Komitees, Zinsen und sonstigen Einkünften her. Die Ausgaben beziffern sich für 1912 auf 65 000 Frcs gegenüber 56 000 Frcs. des Vorjahres. Darunter entfallen für Reisen des Sekretärs und der Komitee-Mitglieder 14 500 Frcs. für Publikationen 12 000 Francs.

Es ist hocherfreulich, den steigenden Aufwand dieses Amtes der Interparlamentarischen Union zu sehen, zumal daraus das steigende Ansehen dieser Einrichtung zu erkennen ist.

☞

Richard Feldhaus :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: hat wiederum seine Vortragstätigkeit begonnen. Anfangs November sprach er in Frankfurt am Main, anläßlich einer vom Frankfurter Friedensverein veranstalteten Feier des Frankfurter Friedens. Dann führte ihn sein Weg nach mehreren Städten Süddeutschlands, wo die Zahl der Besucher so gewaltig war, wie sie der vielerfahrene Redner seit der Zeit des Burenkrieges nicht mehr erlebt hat. Auch in der Schweiz hielt Feldhaus verschiedene Vorträge. Seine nächste Tournée, die im Januar beginnt, führt ihn durch Süddeutschland bis nach Wien, wo er unter Vorzeigung von Lichtbildern über den Tripoliskrieg und seine Greuel sprechen wird.

☞

Der internationale Frauenrechtskongress. :: :: :: :: :: Die Friedensfrage bildete natürlich wiederholt den Gegenstand der Beratungen. Der Zusammenhang derselben mit dem Frauenstimmrecht kam auf verschiedene Arten zum Ausdruck. Die Kongreßteilnehmer wurden zur Unterschrift von Friedenspetitionen aufgefordert; die Wirkung des Frauenstimmrechtes auf die Entwicklung der Friedensbewegung wurde erörtert; den Grundton der Kongreßvorträge bildete die Sehnsucht nach aufrichtiger Eintracht in Staat und Gesellschaft. Der schwedische Friedensverein war durch Abgeordneten Baron Karl Karlsson Bonde und Ernst Beckmann, letzterer Präsident der schwedischen liberalen Partei, vertreten. Ebenfalls in Vertretung des schwedischen Friedensvereines hielt der hochangesehene, auch bei uns bekannte Bischof von Wisby, K. H. G. von Schéele, eine schwungvolle Rede. Er verherrlichte in demselben das Frauenstimmrecht, als wichtigstes Mittel des Friedens in Staat und Gesellschaft. Auf Initative schwedischer und ungarischer Mitglieder wurde beschlossen, beim interparlamentarischen Friedenskongreß in Rom zu beantragen, daß im Interesse des Frauenstimmrechtes eine ähnliche Organisation geschaffen werde. Mit Einreichung dieses Antrages wurden die Abgeordneten Baron Bonde und Beckmann, als Vertreter der schwedischen Männerliga für Frauenstimmrecht, betraut.

Literatur und Presse.

Besprechungen. :: : :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: Unter den eingegangenen Druckschriften befinden sich einige, die später noch einer ausführlichen Besprechung unterzogen werden sollen, die aber noch in dieser vor Weihnachten erscheinenden Nummer hier kurz hervorzuheben sind.

Da ist in erster Linie ein neues Buch von J. Novicow, „La Morale et l'Intérêt dans les Rapports individuels et internationaux" betitelt, das eine neue Geistesperle des ausgezeichneten Soziologen zu sein scheint. Ein Buch Novicows ist für uns immer ein Ereignis. Das vorliegende Buch scheint noch mehr zu sein. Schon die Kapitelüberschriften verraten, welche wichtige Materie der Verfasser hier behandelt. Einige dieser Ueberschriften nur: „Identität zwischen Moral und Interesse." — „Identität zwischen Egoismus und Altruismus." — „Der Egoismus ist die einzige Sanktion der Moral." — „Moralische und degenerierte Nationen." — „Der Triumph der Moral." — Das „Office Centrale des Institutions internationales" in Brüssel hat jetzt den ersten Band der Veröffentlichungen über den im Mai 1910 in Brüssel stattgehabten Kongreß der Internationalen Gesellschaften herausgebracht. Dieser erste Band, der die im Kongreß gehaltenen Referate wiedergibt, umfaßt allein 830 Seiten. — William Stead veröffentlicht eine 117 Seiten starke Broschüre über den Tripolisfall, „Tripoli and the Treaties" betitelt. Darin ist alles zusammengezogen, was über den Tripolisfall in pazifistischer Beziehung, namentlich im Hinblick auf das geltende Völkerrecht, zu sagen ist. Auch der internationale Protest gegen diesen Krieg ist ausführlich dargestellt. — Von Wilhelm Ostwald's monistischen Sonntagspredigten ist jetzt die „Erste Reihe" erschienen. Es sind 26 Vorträge, die, anknüpfend an die verschiedenen Ereignisse des Tages oder sonstige Erscheinungen des öffentlichen Lebens, den Gedanken der monistischen Weltanschauung klar und leicht faßlich zur Darstellung bringen. — Walther Nithack-Stahn, Pfarrer an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche in Berlin, dessen pazifistische Arbeit von uns schon so oft rühmend hervorgehoben wurde, hat in einer Broschüre, die den Titel „Völkerfriede? Ein Streitgespräch." führt, das Wesen des Pazifismus in prachtvoll über-

zeugender Weise zum Ausdruck gebracht. Seine Schrift wird ein wertvolles Propagandamittel sein. — Im Verlag der Reichenbachschen Verlagsbuchhandlung in Leipzig erschien soeben der erste Band von Giuseppe Mazzinis politische Schriften in deutscher Uebersetzung von Siegfried Flesch. Das Werk ist auf 9 Bände berechnet. Der große Revolutionsheld und Vorkämpfer der Einheit Italiens tritt uns bereits in diesem ersten Bande besonders plastisch entgegen. — Ein Werk, das gerade für Deutsche von hohem Interesse ist, bringt der Verlag von Walther Fiedler in Leipzig heraus. Es sind dies Gustav Freytags „Bilder von der Entstehung des Deutschen Reichs", die Wilhelm Rudeck aus den publizistischen Arbeiten Freytags in den „Grenzboten" zusammengestellt hat, so daß diese Schilderungen der Reichswerdung seitens eines ihrer hervorragendsten Vorkämpfers sich gerade da an Freytags „Bilder aus der deutschen Vergangenheit" anschließen, wo diese aufhören. Nur zum Teil und unzusammenhängend waren diese Arbeiten Freytags dem deutschen Lesepublikum bis jetzt bekannt. Man wird die Rudeckschе Ausgabe daher mit großer Freude begrüßen. — In den „Dokumenten des Vegetarismus", einer überaus geschmackvoll ausgestatteten Sammlung von Aeußerungen zur vegetarischen Weltanschauung, finden wir einen bemerkenswerten Artikel Magnus Schwantjes über „Vegetarismus und Friedensbewegung", auf den hier hingewiesen werden soll.

☞

Die Erlebnisse des Prinzen Carl von Hohenzollern während des russisch-japanischen Krieges. Verlag von Mittler u. Sohn in Berlin.

Zwei Prinzen aus dem Hause Hohenzollern haben auf Veranlassung des deutschen Kaisers dem russisch-ostasiatischen Feldzug beigewohnt, Prinz Carl (gegenwärtig Generalmajor à la suite des 1. Garderegiments) auf japanischer und Prinz Friedrich Leopold auf russischer Seite. Von diesem ist bis jetzt nichts veröffentlicht worden, während die Aufzeichnungen des Prinzen Carl soeben erschienen sind. Das Buch selber liegt mir nicht vor, sondern ein von Paul Lindenberg gezeichnetes Feuilleton darüber. Daraus läßt sich über Inhalt und Ton des Buches genügende Kenntnis schöpfen, um es in die Klasse der Memoirenwerke einzureihen, die, wie Hohenlohe, General v. Ruff usw., Einblick in die Art gewähren, in der von hohen Militärs und Diplomaten Kriege vorbereitet, gesehen, beurteilt und genossen werden. Die beiden Mächte, so sagt der Rezensent, haben es als große Auszeichnung empfunden, daß der Kaiser zwei Prinzen entsendet hat, den kriegerischen Ereignissen beizuwohnen. (Etwa so wie ein Jagdherr sich geschmeichelt fühlt, wenn vornehme Gäste sich an dem von ihm gebotenen Jagdfest beteiligen. Dies spricht deutlich aus der folgenden Notiz des prinzlichen Tagebuchs über seinen Empfang in Tokio beim Mikado.) „Auf meine Ansprache in französischer Sprache, die durch einen Zeremonienmeister dem Kaiser verdolmetscht wurde, antwortete letzterer: Er sei sehr erfreut, daß S. M. einen Prinzen seines Hauses zu ihm gesandt habe. Es sei dies eine Ehre für ganz Japan und für die Armee, deren Lehrmeister Deutschland gewesen sei; er hoffe, daß der Prinz eine Schlacht mitmachen könne, und habe befohlen, daß ihm alles gezeigt würde, was er sehen wolle. Ein festliches Diner schloß sich an; während desselben spielte die Hofkapelle deutsche Weisen, und wechselten der Kaiser und der Prinz kurze Trinksprüche. Der Kaiser hatte die große Generalsuniform mit dem Bande des schwarzen Adlers angelegt.

Die nächsten Tage brachten zahlreiche Besuche, Gegenbesuche und Empfänge. Dann reiste der Prinz zum Kriegstheater und nahm in Liaoyang Aufenthalt. Kurze Zeit, nachdem Port-Arthur gefallen, begab sich der Prinz dahin und besichtigte des Näheren (wie man ja die „Strecke" zu besichtigen pflegt) die einzelnen Stellen, die mit Strömen von Blut verteidigt und erobert worden waren. Ueberall ragten aus dem Schutt Köpfe, Arme, Beine heraus. Vor der 203 m-Höhe war eine Schlucht mit den Leichen gefallener Soldaten angefüllt.

Da größere Kämpfe in Aussicht standen, kehrte Prinz Carl nach Liaoyang zurück und war auch vom General Kuroki zu einem Fest geladen; man sprach nicht von Vorbereitungen zur nächsten Schlacht, doch vieles, was dem erfahrenen fürstlichen Beobachter nicht entging, deutete auf große Ereignisse hin, die sich alsbald bei Mukden abspielten. Bei einem Diner war der Prinz mit dem General Kodama zusammen, der von Witz geradezu sprühte und doch wußte, daß in wenigen Tagen das große Ringen um Leben und Tod beginnen würde. „Er hatte aber den Willen zum Siege, und dieser Wille, diese Zuversicht erfüllte alle Heerführer. Das ist das Hauptgeheimnis zum Siege." — (Und wenn nun auf beiden Seiten dieser Wille vorhanden ist? Was doch jedenfalls immer zutrifft? Nur nicht solche — an die Wand drückende Fragen!) Den einzelnen Phasen der gewaltigen Schlacht, zu der die Japaner fünf Armeen vereint, wohnte der Prinz aus nächster Nähe bei. Von da (die ergiebigen Jagdstände wechselten) begab sich der Prinz nach Mukden. Ehe er, nachdem der Kaiser seinen Wunsch nach Abberufung erfüllt hatte, das von Epidemien, besonders schwarzen Pocken, heimgesuchte Mukden verließ, konnte er noch dem Baron Noghi den ihm vom Kaiser verliehenen Pour le merite persönlich überreichen, der die Auszeichnung annahm „als Ehrung jedes einzelnen Soldaten seiner Armee, als Ehrung jedes Gefallenen".

Nun gab's verschiedene Feste im Hauptquartier und in Tokio, wo es auch nicht an bunten Zerstreuungen fehlte, und von Nagasaki aus trat der Prinz die Rückreise an, „Japan mit einem Gefühl großer Zufriedenheit verlassend". B. S.

☞

The Hague Peace Conferences of 1899 and 1907, a series of lectures delivered before the Johns Hopkins University in the Year 1908, by James Brown Scott, two volumes, volume I. Conferences; volume II Documents; Baltimore, Johns Hopkins Press, 1911. 887 u. 548 S.

Scott ist in den letzten Jahren eine der bedeutsamsten Erscheinungen in Amerika auf

dem Gebiete des Völkerrechts geworden. Was er als Vorstandsmitglied der amerikanischen Völkerrechtsgesellschaft und als Vorsitzender der Amerikanischen Gesellschaft für internationale Gerichtsbarkeit, ferner als Herausgeber des „American Journal of international law" geleistet hat, ist fast ebenso bedeutsam wie sein Wirken auf der zweiten Haager Friedenskonferenz. Aber abgesehen hiervon hat er zahlreiche Aufsätze in den amerikanischen Journalen zugunsten des internationalen ständigen Staatengerichtshofes geschrieben. Auf dem Wege zu diesem Gerichtshofe ist er geradezu die treibende Kraft in der Welt. In den Protokollen der amerikanischen nationalen Friedenskongresse, der Lake Mohonc-Konferenzen, der Versammlungen der amerikanischen Gesellschaften für internationale Gerichtsbarkeit und für Völkerrecht findet man immer wieder Reden Scotts über das große Problem des ständigen Gerichtshofs.

Das vorliegende Werk ist das einzige, das sowohl die Resultate der ersten wie der zweiten Haager Konferenz schildert, wenn man von Hulls Buch über das gleiche Thema absieht. Nur der erste Band enthält die Darstellung der Konferenzen, während der zweite eine Fülle von Dokumenten wiedergibt, die hier unmöglich aufgezählt werden können, vor allem die Abkommen jener Konferenzen, sowie die Instruktionen und Berichte der amerikanischen Delegierten zu den beiden Staatenversammlungen.

Besonders lobenswert ist die Anordnung, die Scott dem gewaltigen Stoffe gegeben hat. Zunächst gibt er einen Ueberblick über die Entstehung der Konferenzen, ein kurzes Gesamtbild sowohl der ersten und zweiten Konferenz und setzt uns in einem besonderen Abschnitte die Zusammensetzung der Versammlungen auseinander. Sodann schildert er das Zustandekommen und die Bedeutung der einzelnen Abkommen. Es kann in diesem Zusammenhange natürlich nicht auf Einzelheiten in der Darstellung des gewaltigen Stoffes eingegangen werden. Bemerkt sei nur die große Sorgfalt und die wissenschaftliche Tiefe der Darstellung. Er beschränkt sich an keiner Stelle auf eine zusammengedrängte Uebersicht über die Haager Verhandlungen, sondern ergänzt diese in wesentlichen Punkten. So z. B. sind die trefflichen Ausführungen seines Kapitels „The American Court of Arbitration under the Articles of Confederation" in den Reden der amerikanischen Delegierten auf der zweiten Haager Friedenskonferenz nur ganz kurz berührt worden.

Das Register des ersten Bandes umfaßt allein über 50 Druckseiten und erleichtert die Benutzung des Werkes, das von jedem, der über die Haager Friedenskonferenzen schreibt, eingehend benutzt werden muß.

Wehberg.

☞

International Arbitral law and procedure, von Ralston, Ginn and Company, Boston 1910, XIX u. 352 S. Preis 9 M.

Die Idee, die dem vorliegenden Werke zugrunde liegt, ist ausgezeichnet. Ralstons Buch will für die Entscheidungen der internationalen Schiedsgerichte etwa dasselbe sein, was ein Generalregister für die Entscheidungen des deutschen Reichsgerichts bedeutet. Auf dem Gebiete des internationalen Rechts ist ein solches Nachschlagewerk noch viel notwendiger, weil die Sammlungen der bisherigen Schiedssprüche zeitlich nebeneinandergereiht und nicht nach Materien geordnet sind. Wenn man z. B. über die Frage der Verjährung im internationalen Rechte die bisherigen Entscheidungen nachschlagen will, so ist das außerordentlich schwierig. Die Register der bisherigen Sammlungen geben darüber keine oder nur unzureichende Auskunft. Hier setzt Ralston ein und ordnet die Entscheidungen nach Materien. So finden wir in besonderen Abschnitten (im ganzen 16) die auf das Prisenrecht, das Seerecht, die Verantwortlichkeit der Regierungen für Handlungen ihrer Organe, das internationale Prozeßrecht usw. bezüglichen Entscheidungen. Dabei ist zugleich die Stelle der einzelnen Urteile nicht nur angedeutet, sondern ihrem wichtigsten Inhalte nach wörtlich wiedergegeben. Leider ist die Sammlung La Fontaines nicht benutzt, so daß lediglich die in Moores, de Lapradelles usw. Werken angeführten Entscheidungen benutzt sind. Das ist zu bedauern. Das Buch zeigt so recht, wie die Schiedsgerichtsbarkeit nicht imstande ist, das Völkerrecht weiterzubilden. Die Entscheidungen über dieselbe Frage widersprechen sich größtenteils. Das Werk Ralstons ist im höchsten Maße verdienstvoll und sollte kontinentale Schriftsteller zu ähnlichen Darstellungen veranlassen.

Wehberg.

☞

Das Haager Schiedsgericht. Eine völkerrechtliche Studie von Frau Dr. jur. Alwine Tettenborn. Bonn 1911. Carl Georgi. 87 Seiten. Preis 1,20 M.

Wenn ich nicht sehr irre, so haben wir hier die Bonner Doktordissertation einer Frau vor uns. Nach den in der Schrift vertretenen Anschauungen zu urteilen, war Geheimrat Zorn Referent der Arbeit. Wir begrüßen es aufs herzlichste, daß die Probleme der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in Doktordissertationen behandelt werden. Wie Schücking zuerst anregte, Themen des internationalen Friedensrechts zu erörtern, so hat Zorn verdienstvollerweise zuerst die Darstellung einer Frage aus dem Haager Friedensabkommen befürwortet.

So erstaunlich (und betrübend) das auch sein mag, so ist doch festzustellen, daß diese kleine Arbeit die einzige übersichtliche deutsche Darstellung des Haager Werkes ist, die sich auf das geltende Recht beschränkt und nicht zu ausführlich wird. Es ist die einzige kürzere, trotz aller Wissenschaftlichkeit sehr gemeinverständlich und populär gehaltene Schrift über die friedensrechtlichen Arbeiten der Haager Konferenzen. Sie wäre daher besonders geeignet, um in weiten Kreisen über das wertvolle Werk vom Haag aufzuklären.

Die Schrift beschränkt sich nicht auf die Darstellung des Haager Hofes, wie man uns dem Titel schließen könnte. Auch die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit wird behandelt, und die Beratungen der beiden Friedenskonferenzen werden ziemlich eingehend erörtert. Alle Angaben sind sorgfältig gemacht. Nur ist auf S. 26 unrichtig, daß Nippold gegen die

Fristsetzung beim Schiedsspruche sein soll. Das Gegenteil trifft zu.

Vorteilhaft wäre gewesen, wenn sich die Verfasserin in allen Fragen eine selbständigere Ansicht gebildet hätte. Sie stimmt in ungefähr allen Punkten Zorn zu, so betreffs der Ablehnung eines wirklich ständigen Schiedsgerichtshofes und des Artikels 53 des Haager Abkommens. Aber das hindert nicht, ihre Schrift als eine in mehrfacher Hinsicht verdienstvolle zu bezeichnen. Wehberg.

☞

Urkunden zur Geschichte des Völkerrechts. Von Dr. Karl Strupp. Gotha 1911. Andreas Perthes. 2 Bände, 410 und 539 Seiten. Preis 26 M.

Strupp hat mit außerordentlichem Fleiße und großer Gewissenhaftigkeit ein sehr reichhaltiges Quellenmaterial gesammelt; der erste Band enthält die wichtigeren Dokumente bis 1878, der zweite von 1878 bis 1911. Von Schiedsverträgen enthält das Buch den auf der zweiten panamerikanischen Konferenz geschlossenen obligatorischen Schiedsvertrag, die französisch-englischen und englisch-deutschen Schiedsverträge, den Casablancaschiedsvertrag und das Urteil des Casablancastreits. Auch die Beschlüsse der vierten panamerikanischen Konferenz sind abgedruckt. Zahlreiche Verweise auf Literatur sind bei jedem Vertrage angegeben.

Das Professor Freudenthal gewidmete Werk macht einen äußerst gediegenen Eindruck und wird sicher allgemeiner Anerkennung begegnen. W.

☞

„Vernunft-Europa" von Rhenanus. Ein Mahnruf an Regierungen und Völker! Leipzig 1911. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung. Theodor Weicher. 44 S. 75 Pf.

Schade um den schönen Titel. Man hätte ein gutes Buch schreiben können, um ihn zu rechtfertigen. Der anonyme Verfasser hat diesen Titel aber mißbraucht. Er sieht das große Debacle kommen, den Weltkrieg, und möchte ihm vorbeugen. Dies soll durch eine „friedliche Neuordnung der politischen Verhältnisse" erreicht werden. „Nicht im Haager Friedenstempel unter dem Vorsitz (!) der Baronin Suttner, Steads und Frieds" — sonders viel vernünftiger: „von den Staatsmännern der maßgebenden Nationen". Dies geschieht durch eine Aufteilung Oesterreich-Ungarns und der Türkei. Der Verfasser glaubt, daß damit sogar die Dynastie der Habsburger sehr einverstanden sein wird. „Wenn die Wiener Dynastie", so steht auf S. 24, „nur über ein Mindestmaß politischen Denkens verfügt, so muß ihr die freiwillige Teilung als das einzig Mögliche vorkommen."

Genug! „Wer das fordert," so steht's gleich zu Anfang (S. 6), „ist kein Phantast, sondern ein Wortführer der Vernunft!" Wer lacht da? —

☞

Josef Kolb, „Die letzte Reform". Mißstände der Gegenwart und ihre Behebung. Wien 1911. Konegen. 174 S.

Josef Kolb ist ein Mann aus dem Volke, der durch Selbstdenken dazu gelangt ist, sich eine Weltanschauung zurechtzulegen, die jedem Achtung abzwingen muß, wenn er auch die Reformvorschläge des Verfassers etwas dilettantenhaft findet. Das macht aber nichts. Das Denken ist der Motor zu allen großen Reformen, und Kolb ist ein Denker, der es verschmäht, lediglich das von anderen schon Gedachte in sich aufzunehmen. Er ist der Ansicht, „daß man nicht lesen dürfe, wenn man schreibt." Wie Schopenhauer richtig sagt, daß der Selbstdenker seine geistigen Ahnen erst nachträglich kennen lernt, so wird Kolb auch erst nachträglich erfahren, wie oft mancher seiner Gedanken schon vor ihm erörtert wurde. Er verwirft z. B. den Krieg vom Standpunkt der menschlichen Fortpflanzung, denn durch ihn kommt nur der minderwertige Bestandteil der Bevölkerung zur Fortpflanzung. Auf die perverse Auslese des Krieges hat Haeckel schon vor Jahrzehnten hingewiesen, neuerdings hat Zelck den Untergang Roms aus der durch den Krieg bewirkten falschen Auslese des römischen Volkes nachgewiesen. Doch das soll Kolbs Schrift nicht beeinträchtigen. Im Gegenteil: Ich fand neben manchem Naiven doch auch Gedanken, die in ihrer Urwüchsigkeit herzerfrischend wirken. Aus diesem schlichten Buche eines einfachen Mannes aus dem Volke spricht der Geist der Zeit.

☞

Eingegangene Druckschriften. :: :: :: :: :: :: :: ::

(Besprechung vorbehalten.)

Revue Générale de Droit International Public. Publiée par Paul Fauchille (Paris, A. Pedone). No. 5. 1911.

H. Sperl, La Navigation aérienne au point de veu juridique. — K. Neumayer, Le droit administratif international. — Etats-Unis d'Amérique et Grande-Bretagne. — Le Traité Rush-Bagot (1817) concernant le nombre des bâtiments armés à entretenir sur les Grands-Lacs et son application. — usw.

The American Journal of International Law. New-York. Vol. 5. (1911.) Number 4 (Okt.).

Ernest Nys, The Codification of International Law. — Amos S. Hereshey, The History of International Relations during Antiquity and the Middle Ages. — Jacques Dumas, Sanctions of international Arbitration. — Jarousse de Sillac, Periodical Peace Conference. — usw. usw.

Supplement: Enthält die Schiedsverträge zwischen Brasilien und den Vereinigten Staaten und Großbritannien; zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich und Großbritannien; den Opiumvertrag zwischen China und Großbritannien u. v. a.

Bulletin of the Pan-American-Union. (Washington.) Okt.

American Republics at the Turin Exposition. — The power situation on the west coast of South Americas. — usw. usw.

Michael Anitschkow, Krieg und Arbeit. Neue wohlfeile Ausgabe. Berlin. Puttkammer & Mühlbrecht. Gr. 8°. XI 5. 604 S. 3 M.

D. F. Müller-Lyer, Die Familie. Die „Entwicklungsstufen der Menschheit". IV. Bd. Gr. 8°. München 1912. J. F. Lehmanns Verlag. 364 S. 5 M.

Ph. W. Düssel, Reichskredit und weißer Stimmzettel bei den Reichstagswahlen. 8°. Frankfurt a. M. 1911. Selbstverlag. 32 S.

Arthur v. Studnitz, Tripolis und der Dreibund. 8°. Berlin (1911). Deutsches Druck- und Verlagshaus. 15 S.

Magnus Schwantje, Ueber die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens, insbesondere der Hetzjagden. Berlin. Ges. zur Förderung des Tierschutzes usw. Kl. 8°. 32 S. 20 Pf.

Weltenbrand. Von einem Deutschen. Gr. 8°. Leipzig 1911. Dieterichsche Verlagsbuchhandlung. 53 S.

Buddhistische Warte. Eine Monatsschrift für Buddhismus. Deutsches Organ der Mahabodhi-Gesellschaft. Herausgeber Karl Seidenstücker. Leipzig 1911. Jaegersche Verlagsbuchhandlung. III. Jahrg., Nr. 1—2.

Louis Frank, La Paix et le District Fédéral du Monde. L'Avenir de la Belgique au point de vue international. Paris, Librairie Laroune.

Procès Verbal de l'Assemblée générale des Délégues des Sociétés de la Paix. Berne 1911. Bern, Bureau de la Paix. 39 S.

Procès Verbaux du Conseil Interparlementaire. IV. Séance du 4. Octobre 1911. 11 S.

Almanacco della Pace per l'Anno 1911. Anno I. Compilato ed edito a cura dell' Avvocato L. Casaburi-Mancini, New-York. Società internazionale della Pace. Gr. 8°.

International Conciliation. November 1911. No. 48. The General Arbitration Treaties of 1911. New York. 35 S.

Address of Hon. Philander C. Knox before the American Society for judicial Settlement of International Disputes. Cincinnati. Nov. 8. 1911. 41 S.

Noel Buxton, England and Germany. Repr. from the Contemporary Review. Nov. 1911. London. 15 S.

Gustav Herr, Die Untersuchungskommissionen der Haager Friedenskonferenzen, ihre Vorläufer, ihre Organisation und ihre Bedeutung für die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten. Marburg 1911. Adolf Ebel. 78 S.

Report of the seventeenth annual Lake Mohonk Conference on International Arbitration. May 24., 25. and 26. 1907. Reported by Miss Lilian D. Powers. Edited by the Secretary. Lake Mohonk 1911. 258 S.

☞

Fachpresse. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Der Friede. (Bern.) Nov. G.-C., Die Schandtaten von Tripolis. — W. Kohl, Moderne Barbaren. — J. Schläppi, Schule und Friede. — Konrad Schulthess, Pazifistische Rundschau. — usw.

La Paix par le Droit. (Paris.) Nov. Fréd. Passy, Ceux qu'il faut honorer: A.-Ch. Renouard, Ed. Laboulaye. — Normann Angell, „La Grande Illusion", réponse à certains pacifistes. — Charles Richet, La Conquête de la Tripolitaine et la Justice immanente. — Jacques Dumas, Lettre ouverte de la Vieille-Europe à la Jeune-Europe. — Mlle. Clément, Féminisme et Pacifisme. — Th. Ruyssen, L'accord franco-allemand. — usw.

The Arbitrator. (London.) Nov. The Outlook in the Mediterranean. — The War-Minister as Peacemaker. — Vested Interests. — William S. Rowntree, John Bright. — Great-Britain and the Italo-Turkish War. — Letter of the Secretary of the League to Sir Edward Grey. — Britain and the Franco-German negotiations. Speech by Mr. Herbert Samuel in Paris. — usw.

Concord. (London.) Nov. Felix Moscheles, Notes from Italy. — Ders., My country first. — Joseph Finn, International Partnership and peace. — Turkey and the war. — „Faithful among the faithless." — Italy and the war. — William Heaford, International notes. — Gilbert Reid, The Int. Institut of China. — C. E. Maurice, „The War God" by Israel Zangwill.

The Advocate of Peace. (Washington.) Nov. The Italian Hold-up of Turkey. — Stanley van Eps, John Bright, Advocate of Peace. — Benjamin F. Trueblood, The breaking-down of national boundaris. — Japon does not want to fight the United-States. — Erving Winslow, Why not neutralize the depedent States of the Turkish Empire?

The Antimilitarist. (Christchurch, Neu-Seeland.) Sept. The economie side of militarisme. — Anti-Militarists Meeting at the Choral Hall, Christchurch, — The profession of a soldier. — Herbert Corder, Militarism and International Relationship.

La Vita Internazionale (Mailand) **streichen wir hiermit aus der Liste der pazifistischen Fachzeitungen.**

„Vrede door Recht." (Haag.) Nov. Mit Bern. Het Protest der Vredesvereenigingen. — Van der Vries, De Suiker conventie, een typisch voorbeeld van het hedendaagsche Internationalisme. — usw.

Fredsbladet. (Kopenhagen.) Nov. Niels Petersen, Den fransk-tyske Marokko og Kongo-Traktat. — usw.

☞

Artikel. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

I. Friedensbewegung im allgemeinen. O. Umfrid, Hyperästhesie. „Ulmer Zeitung", 16. XI. * Martin Rade, Nationale Gesinnung. „Der Staatsbürger" (München), Nr. 22. * Die italienische Sozialdemokratie und der Krieg. „Freisinnige Zeitung", 2. XII. * R. P(enzig), Internationale Anarchie. „Eth. Kultur", 1. XI. * Karl Fr. Nowak, Schlachtfelder. Camille Lemonniers „Les Charniers". „Berl. Tageblatt", 27. XI. * Stefan v. Maday, Schülerenquete über den Krieg. (Fortsetzung.) „Zeitschrift f. Philosophie und Pädagogik" (Langensalza). Nov. * Rabb. D. Warschauer, Das Friedensideal des Judentums. „Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Juden" (Berlin). Okt. * Das Kriegs- und Friedensproblem in Amerika. „Neue Preußische (†) Zeitung", 16. XI. * Es nutzt ja doch alles nichts. „Das freie Wort", Nr. 16. * Kang Yeon-wei, Les Etats Unis du Monde. „La Revue" (Paris), 15. XI. * Pour la Paix de demain. „La Revue" (Paris), 1. XI.

II. Die Internationale Politik. Said-Ruete, die anglo-deutsche Politik. „Die Zukunft", 18. XI. * Moderne Kreuzfahrer. „Das freie Wort" (Frankfurt a. M.), Nr. 17. * Eduard Bernstein, Gewaltpolitik und Vertragspolitik. „Berliner Tageblatt", 21. XI. * The Workers Educational Association. „Frankfurter Zeitung", 7. XI. * Baron

d'Estournelles de Constant, Milwaukee, croissance et déclin de l'instance allemande. „Le Temps", 10. XI. * Kriegshetze im Reichstag. „Leipziger Volkszeitung", 10. XI. * Gen. Karl Lietzmann, Erziehung zum Deutschtum. „Tägliche Rundschau", 13. XI. * Walther Schüchting, Was lehrt uns die Marokkoaffäre? „Die christliche Welt", Nr. 5.

III. Völkerrecht. F. v. Marlitz, Die neuesten Vorgänge in der Bewegung für internationale allgemeine Schiedsabkommen. „Intern. Monatsschrift" (Berlin), Nov. * Rich. Eickhoff, Ein erfreulicher Fortschritt. „Voss. Ztg.", 14. XI. * Schiedsklausel und Handelsverträge. „Der int. Volkswirt" (Berlin), 12. XI. * Dr. Hans Wehberg, Der Haager ständige Schiedshof und die Versicherungs-Gesellschaften. „Zeitschr. für Versicherungswesen" (Berlin), 21. XI. * Ders., Die Richter des Haager ständigen Schiedshofes. „Deutsche Richterzeitung" (Hannover), Nr. 20. * Josef Mirauer, Kapitalismus und Kriegsrecht. Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit", 1. XII.

IV. Internationales. Dr. Hans Wehberg, Zur Begründung eines intern. Verbandes der Seeversicherten. „Oesterr. Revue für Assekuranz und Volkswirtschaft", 13. XI. * Paul Nathan, Intern. Abrechnung. „Die Hilfe", 30. XI.

Mitteilungen der Friedensgesellschaften.

(Verantwortlich für den Inhalt dieser Rubrik ist nicht die Schriftleitung, sondern die betreffende Friedensgesellschaft.)

Delegierten-Versammlung des württembergischen Verbandes der Deutschen Friedensgesellschaften.

Am 26. November tagte in Heilbronn die Delegiertenversammlung des württembergischen Verbandes der Deutschen Friedensgesellschaft. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Stellungnahme der Friedensfreunde bei den bevorstehenden Reichstagswahlen. Eine Erklärung hierüber soll demnächst veröffentlicht werden. Die Tagung wurde eingeleitet durch eine Propagandaversammlung, in der Miß Eckstein-Boston die Weltpetition zur Verhütung des Krieges unter den Staaten in eindringlicher Beweisführung begründete. Oberpostsekretär Rühle-Stuttgart bekämpfte die selbstherrliche „Moral" der Staaten, Pfarrer Wagner-Neuhengstett suchte die Haltung Englands in der Marokkofrage zu rechtfertigen. England habe nichts anderes getan, als Deutschland in der bosnischen Frage: es habe seinem Verbündeten die vereinbarte Treue gehalten. Zu beklagen sei, daß Deutschland den Anregungen Englands in bezug auf Rüstungsbegrenzung bisher widerstanden habe und plaidierte lebhaft für eine Einbeziehung Deutschlands in die Entente cordiale als Vorläufer eines internationalen Staatenbundes. Angenommen wurde eine Resolution, die gegen die Greuel der italienischen Kriegführung protestiert und eine Intervention der Mächte fordert. In der Begründung hob der Führer der württembergischen Friedensbewegung, Stadtpfarrer Umfrid-Stuttgart, den Wert des deutsch-französischen Marokkoabkommens für den Pazifismus hervor. Die Brücke der Verständigung unter den Völkern sei geschlagen und habe eine Belastungsprobe vertragen. Ebenso hätte Italien die tripolitanische Frage durch Ansiedlungsverträge mit den Jungtürken zu seinen Gunsten entscheiden können. Umfrid verwies auf die großen Kulturarbeiten, die Italien noch im eigenen Lande zu leisten habe und geißelte den Rechtsbruch Italiens mit wuchtigen Worten. Die Reden wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

☞

Oesterreichische Friedensgesellschaft.

Bureau: Wien I, Spiegelgasse 4.

Populärer Vortragszyklus.

Am 29. v. M. fand im Bibliothekssaale des Niederösterreichischen Gewerbevereines der letzte Probe-Vortragsabend des Wanderredner-Kurses statt. Bezirksrichter Dr. Ruziczka sprach über „Die Rechtsfragen der Friedensbewegung", Ing. Hans Spieß über „Vegetarianismus und die Friedensbewegung". Die höchst anregenden Ausführungen fanden die vollste Zustimmung der Anwesenden. Den Vorträgen folgte eine längere Diskussion, an der sich Professor Dr. Kobatsch und Dr. Richard Köhler hervorragend beteiligten.

☞

„Ich bin im Volk ein schlichter Lehrer." Seit Erscheinen der 5. Auflage dieser trefflichen Broschüre haben über 500 Lehrer und Lehrerinnen von unserem Anerbieten — das Büchlein wird umsonst und frei zugesendet — Gebrauch gemacht. Auch viele Schulleitungen suchten um eine größere Anzahl an, desgleichen Lehrervereine, die die Broschüre an den Versammlungsabenden an die Vereinsmitglieder austeilten.

☞

Anläßlich der bevorstehenden Weihnachtsfeiertage erlauben wir uns, unsere P. T. Mitglieder auf folgende Bücher aufmerksam zu machen, die sich zu Festgeschenken eignen und gleichzeitig der Verbreitung unserer Ideen dienen:

Suttner, „Der Menschheit Hochgedanken", broschiert 4,80 K., gebunden 6 K.;

Suttner, „Die Waffen nieder", in Leinwand gebunden 1,60 K., illustrierte Prachtausgabe 5 K.

Zu Neujahr empfehlen wir Ansichtskarten mit dem Bildnis der Baronin Suttner, 12 Stück 1 K. Alles durch unser Bureau, Wien I, Spiegelgasse 4, zu beziehen.

☞

Wiener Akademischer Friedensverein.

Am 16. d. M. hielt der Wiener Akademische Friedensverein seine ordentliche Generalversammlung ab. Wir werden über die Versammlung in der nächsten Nummer berichten.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Appold, Charlottenburg. — Im Selbstverlag des Herausgebers Alfred H. Fried, Wien IX/2.— Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57. — Verantwortl. Redakteur für Oesterreich-Ungarn: Vinzens Jerabek in Wien

JX
1903
F7
Jg.13

Die Friedens-Warte

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY